Geschichte der Industriellen Mitbestimmung in Deutschland

Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts

Teuteberg, Hans Jürgen

First published in:

J. C. B. Mohr, Tübingen 1961, Soziale Forschung und Praxis, Bd. 15, 587 Seiten,

Münstersches Informations- und Archivsystem multimedialer Inhalte (MIAMI)

URN: urn:nbn:de:hbz:6-06429428373

„SOZIALE FORSCHUNG UND PRAXIS“

herausgegeben von der
Sozialforschungsstelle an der Universität Münster
Dortmund

Band 15

GESCHICHTE DER INDUSTRIELLEN MITBESTIMMUNG IN DEUTSCHLAND

Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer
im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts

von

HANS JÜRGEN TEUTEBERG

1 9 6 1

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

2327/67

GELEITWORT

Mit der vorliegenden Schrift wird der dritte Teil der Veröffentlichungen der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund über die deutsche Betriebsverfassung, in deren Mittelpunkt die Mitbestimmung steht, publiziert¹. Während der erste Teil den Versuch unternahm, wissenschaftliche Einsichten in den sozialgeschichtlichen Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen über die Sozialformen des deutschen Betriebes zu vermitteln und ein Ordnungssystem dieser Sozialformen in Vergangenheit und Gegenwart zu entwickeln, diente der zweite Teil im wesentlichen der Darstellung der Mitbestimmungspraxis in der Eisen- und Stahlindustrie und ihrer kritischen Prüfung an den allgemeinen Voraussetzungen, die ein neuer Betriebsstil zu erfüllen hat.

Bei diesen beiden Veröffentlichungen stand die Analyse des aktuellen Erscheinungsbildes der deutschen Betriebsverfassung sowie seine systematisch-theoretische Verankerung im Mittelpunkt der Betrachtung. Um das an einem Bilde zu veranschaulichen, könnte man sagen, daß das Haus der deutschen Betriebsverfassung und vor allem der Mitbestimmung mit seiner Architektur und seinem aktuellen Leben in der Gegenwart vorgestellt wurde. Es fehlte aber noch die detaillierte Untersuchung des Fundaments und die Sichtung des umfangreichen Materials, das zum großen Teil unerforscht in den „Archivkellern“ der Sozialgeschichte lagerte.

Dieser Aufgabe hat sich der Autor Hans Jürgen Teuteberg als Historiker und Soziologe in dem nunmehr veröffentlichten dritten Teil der Gesamtuntersuchung angenommen. Das Ergebnis ist eine nach dem heutigen Stand der Forschung lückenlose Genesis der Mitbestimmung im weitesten Sinne, vom Handwerk und der Manufaktur angefangen bis zur Fabrik des 19. Jahrhunderts und dem Großbetrieb des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts. Zugleich wird damit das Problem der Betriebsverfassung im allgemeinen in eine Geschichte der Sozialpolitik, insbesondere der betrieblichen Sozialpolitik eingeordnet, wie es im Vorwort zum ersten Band angekündigt war. Ange-

¹ Die beiden anderen Teile sind: Otto Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956, und ders., Der Neue Betriebsstil. Untersuchungen über Wirklichkeit und Wirkungen der Mitbestimmung, Tübingen 1960.

©

Hans Jürgen Teuteberg

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1961

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet,

das Buch oder Teile daraus auf photomechanischem Wege

(Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

Satz und Druck: Buchdruckerei Eugen Göbel, Tübingen

Einband: Großbuchbinderei Heinr. Koch, Tübingen

sichts der Tatsache, daß bisher in Wissenschaft und Politik die Mitbestimmung vielfach als Ergebnis einer mehr oder weniger zufälligen und zeitgebundenen Machtstruktur gedeutet wird, erscheinen die Erweiterung des geschichtlichen Horizonts unseres Wissens und die Zementierung des wissenschaftlichen Fundaments der heutigen Betriebsverfassung, die hier unternommen werden, dringend erforderlich. Zugleich werden viele Vorstellungen, die heute noch über Lebensstil und Geistesverfassung der frühindustriellen Zeit in Deutschland bestehen, durch neuerschlossene Quellen und andere Perspektiven berichtigt. Der Blick auf das so wichtige Ordnungsproblem der Betriebsverfassung wird damit vom Tagesstreit abgelenkt auf seine historischen und soziologischen Hintergründe. Es würde der soziologischen Forschung von heute sehr zugute kommen, wenn ihr Denken ganz allgemein wieder stärker von solchen historischen Einsichten und Überlegungen ausginge, um „die Lücke zu schließen zwischen einer Sozialwissenschaft ohne historische Tiefe und einer Geschichtswissenschaft ohne soziologischen Gegenwartsbezug“ (Werner Conze). Das betrifft insbesondere die Erforschung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die die eigentliche „Gründerzeit“ der meisten soziologischen Probleme der Gegenwart ist.

Für den Herausgeber dieser „Geschichte der industriellen Mitbestimmung“ bedeutet das Erscheinen des dritten Bandes eine besondere Freude, weil er damit ein Versprechen erfüllen kann, das er im Hinblick auf eine „Trilogie der Betriebsverfassung“ als Autor des ersten und zweiten Bandes gegeben hat. Das Forschungsprogramm der Sozialforschungsstelle Dortmund zum Thema Betriebsverfassung erhält damit seinen vorläufigen Abschluß.

Dortmund, im August 1961

Otto Neuloh

VORWORT

Die nachfolgende Veröffentlichung beruht in ihren Grundzügen auf einer wissenschaftlichen Arbeit, die auf Anregung und unter geistiger Betreuung von Professor Dr. Wilhelm Treue (Göttingen) entstand. Die Umarbeitung zum Zwecke der Drucklegung wurde später tatkräftig gefördert durch den Herausgeber Dr. Otto Neuloh, Abteilungsleiter der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund. Zu ebenso großem Dank bin ich Professor Dr. Percy-Ernst Schramm und Privatdozent Dr. Dr. Wolfram Fischer verpflichtet, die ebenfalls das Manuskript lasen und mich durch zahlreiche sachkundige Hinweise unterstützten. Bei der Bereitstellung der Literatur und der vielen Quellenunterlagen bewies eine Reihe von Staats-, Wirtschafts- und Firmenarchiven, von wissenschaftlichen Instituten, Parteien und Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein unerwartet hohes Interesse an der Untersuchung und ein Entgegenkommen mancherlei Art. Besonderer Dank gilt schließlich dem unter Leitung von Professor Dr. Werner Conze stehenden „Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte“ (Heidelberg), der auf Anregung von Professor Dr. Gunther Ipsen eine großzügige materielle Hilfestellung gewährte, sowie Dr. Friedrich Zunkel für das Mitlesen der Korrektur.

Dortmund, im August 1961

Hans Jürgen Teuteberg

INHALTSÜBERSICHT

Geleitwort	V
Vorwort	VII
Einführung in die Problemstellung	XIII

Erster Teil

Die Entstehung der Theorien über ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter

I. Die Gedanken der Sozialreformer im Vormärz	1
1. Die Begründung des Rechtsanspruches auf eine Arbeitervertretung (Franz v. Baader)	8
2. Erster Vorschlag zur Beschränkung der Unternehmervergewalt (Immanuel Wohlwill)	19
3. Pläne zur Bildung einer speziellen „Fabrikarbeiter-Abordnung“ (Robert v. Mohl)	24
4. Arbeiterausschüsse als Mittel zur Korporierung des „Fabrikpersonen- Standes“ (Johannes Alois Perthaler)	36
5. Die Bestrebungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen zur Gründung paritätischer „Fabrikvereine“	44
II. Forderungen nach einer demokratischen „Organisation der Arbeit“ während der Achtundvierziger-Revolution	59
1. Karl Georg Winkelblechs „System des ökonomischen Föderalismus“	63
2. Die Beschlüsse des Frankfurter Gesellenkongresses über die Einführung einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung	71
3. Programme der ersten Arbeitersprecher	76
4. Stephan Born und die „Sociale Volks-Charte“ auf dem Berliner Arbeiterkongreß	84
5. Die Gesetzentwürfe des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Frankfurter Nationalversammlung	94

Zweiter Teil

Realformen freiwillig beschränkter Unternehmergewalt

I. Genossenschaftliche Unterstützungskassen als Keimzellen einer betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung	115
1. Exkurs: Die Institution des Büchsenmeisters und Knappschaftsältesten im alten Handwerk, Bergbau und Hüttenwesen	118
2. Die Arbeitervorstände bei den Manufaktur- und Fabrikkrankenkassen	153
a) Porzellan-Manufakturen	154
b) Tuchindustrie	164
c) Großeisenindustrie und sonstige Gewerbebezüge	176
II. Vom Fabrikkrankenkassen-Vorstand zum Arbeiterausschuß als erste Form einer Betriebsvertretung	208
1. Die ersten Arbeiterausschüsse vor der Gründung des Bismarck-Reiches	212
2. Die sozial-liberalen Ausschüsse	228
3. Die sozial-ethischen Ausschüsse	240
4. Das konstitutionelle Fabrikssystem	254
5. Berichte der Fabrikinspektoren über die neuen Betriebsvertretungen	275
6. Die Beurteilung der freiwilligen Arbeiterausschüsse	281
a) Die Debatte der Kathedersozialisten	282
b) Befürchtungen der Arbeitgeber und der „Herr-im-Hause“-Standpunkt	289
c) Die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie	302

Dritter Teil

Der Kampf um die gesetzliche Beschränkung der Unternehmergewalt

I. Versuche zur Einführung gesetzlicher Arbeitervertretungen	317
1. Die preußischen Gewerberäte	320
2. Die Pläne der sächsischen „Kommission zur Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse“	335
3. Gedanken und Ereignisse bei der gesetzlichen Einführung der fakultativen Arbeiterausschüsse	344
a) Theodor Lohmanns und Bismarcks gegensätzliche Ansichten über die Mittel einer „versöhnenden Arbeiterpolitik“	347
b) Der Preußische Volkswirtschaftsrat	355
c) Der Bergarbeiterstreik 1889 und die Februarerlasse Wilhelms II.	362

II. Die fakultativen Arbeiterausschüsse nach der „Lex Berlepsch“ von 1891	376
1. Die Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle	376
2. Die ungünstige Entwicklung der Arbeiterausschüsse und ihre Ursachen	388
a) Die ablehnenden Motive der Unternehmer	390
b) Die Interessenlosigkeit und das Mißtrauen der Belegschaften	393
c) Günstige Resultate	401
III. Die Sonderstellung des Bergbaus in der Frage einer ständigen Betriebsvertretung	410
1. Die freiwilligen Bergarbeiterausschüsse und die preußische Berggesetznovelle von 1892	410
2. Die Einführung der obligatorischen Bergarbeiterausschüsse in Bayern und Preußen	421
3. Bedeutung und Wirkung der preußischen Berggesetznovelle von 1905	438
4. Die Arbeiterkontrolle bei der Grubensicherheit als neues Mittel betrieblicher Einflußnahme	453
IV. Bestrebungen zur Errichtung gesetzlicher Arbeitervertretungen auf überbetrieblicher Ebene um die Jahrhundertwende	465
1. Vorstöße für paritätische Arbeitsämter und Gewerbekammern	466
2. Das Scheitern der Arbeitskammervorlage im Reichstag 1908–1911	472
3. Friedrich Naumanns Gedanken über eine kooperative Industrieverfassung	483
V. Die allgemeine Einführung obligatorischer Betriebsvertretungen im Ersten Weltkrieg	490
1. Die Arbeiterausschüsse als Instrumente der Gewerkschaftspolitik	490
2. Der politische Burgfrieden 1914	499
3. Das Ende der einseitigen Fabrikherrschaft mit dem Hilfsdienstgesetz 1916	508
Schlußbetrachtungen	517
Quellen- und Literaturnachweis	537
Personenregister	571
Sachregister	579

EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEMSTELLUNG

In dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, dem Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952 und dem Ergänzungsgesetz über die Mitbestimmung in den Montan-Holdinggesellschaften vom 7. August 1956 haben die Bestrebungen um die soziale Ausgestaltung der deutschen Betriebsverfassung ihren gesetzgeberischen Höhepunkt, wenn auch sicherlich noch nicht ihren Abschluß gefunden¹. Bei dem Zustandekommen der Gesetze ist im Bundestag wie auch später von ausländischer Seite die deutsche „Mitbestimmung“ als ein in Vergangenheit und Gegenwart ohne Parallele dastehendes Experiment in der Gestaltung der menschlichen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern bezeichnet worden. Das ist aber nur bedingt richtig.

Das heutige Mitbestimmungsrecht, das den Arbeitnehmern auf gesetzlicher Basis eine abgestufte Beteiligung an der Verwaltung der Betriebe der gewerblichen Wirtschaft und vor allem an den Befugnissen der Unternehmensleitungen sichert, ist nämlich nicht erst aus den sozialpolitischen Einsichten der jüngsten Zeit erwachsen, sondern kann als Problem unter anderen Bezeichnungen bis an den Beginn der Industrialisierung in Deutschland zurückverfolgt werden, als sich unter dem Eindruck einer technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturveränderung zwischen den Unternehmern und den Fabrikarbeitern vollkommen neue Beziehungen ergaben. Die Bestrebungen, dem arbeitenden Menschen in Betrieb und Wirtschaft ein Mitbestimmungsrecht zu verschaffen, sind im Grunde so alt wie das Fabrikwesen in Deutschland. Die vorliegende Darstellung unternimmt den Versuch, diesen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Hintergrund der heutigen Mitbestimmung aufzuhellen, und will insbesondere der Entstehung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts mit geschichtswissenschaftlichen Erkenntnismitteln nachspüren.

Wichtige Vorarbeiten zu dem hier anstehenden Thema sind in der Weimarer Zeit von der Rechtswissenschaft und der Betriebssoziologie geleistet

¹ Vgl. BGBl. I, Nr. 24 vom 23. Mai 1951, S. 347. – BGBl. I, Nr. 43 vom 14. Oktober 1952, S. 681 und BGBl. I vom 7. August 1956, S. 707.

worden, die – wenngleich jede dieser Disziplinen ihre besondere Fragestellung hatte – das Auffinden der historischen Quellen und ihre zusammenhängende Interpretation erleichtert haben². Im Zusammenhang mit dem Erlaß der Mitbestimmungsgesetze ist dann eine Flut von Publikationen, meist Zeitschriftenaufsätze und Kommentare, erschienen, in denen aktuelle Grundsatz- und Auslegungsfragen behandelt wurden³. Erstaunlicherweise wandten sich die Wissenschaften nach dem zweiten Weltkrieg erst verhältnismäßig spät wieder der Frage der Mitbestimmung zu. Aber auch unter den großen empirischen Untersuchungen, die sich seitdem mit der gesamten komplexen Problematik *sine ira et studio* auseinandersetzen, fehlte bisher noch eine auf historischen Quellenstudien aufgebaute Abhandlung, die nach dem Ursprung und der Entwicklung der Mitbestimmung im 19. Jahrhundert fragt⁴, obwohl eine Reihe von Autoren die Notwendigkeit einer sozialgeschichtlichen Analyse unterstrichen hat. Soweit wir sehen können, liegt noch keine

² Zunächst wurden in der Weimarer Zeit mehrere rechtsgeschichtliche Dissertationen über die Geschichte der Betriebsvertretung veranlaßt, in deren Mittelpunkt das Betriebsrätegesetz von 1920 stand. Die teilweise ungedruckten und bis auf eine Ausnahme knappen Arbeiten behandeln die sozialpolitische Gesetzgebung ab 1891 und versuchen – ohne auf politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Faktoren bei dieser Entwicklung einzugehen – vor allem Rechtsp parallelen zum Betriebsrätegesetz zu ziehen, dessen Entstehung breiten Raum einnimmt. Entsprechend der speziellen Fragestellung des Juristen war die Kommentierung der Paragraphen wichtiger als die Untersuchung der Theorien und historischen Begleitumstände, auf denen diese Gesetze basierten. Anfang der dreißiger Jahre nahm das unter Leitung von Goetz Briefs stehende Institut für Betriebssoziologie an der TH Berlin mit seinen Mitarbeitern sich der Frage nach dem sozialen Wandel des industriellen Arbeitsverhältnisses näher an, wobei L. H. Adolph Geck unter anderem die Vorstufen einer betrieblichen Mitbestimmung in Theorie und Praxis unter soziologischem Aspekt zu skizzieren versuchte. Ihm wie auch der ihm nahestehenden Autorengruppe ging es aber nicht um eingehende historische Quellenstudien zu diesem Problem, sondern in erster Linie darum, die durch das Zusammenwirken von Menschen in einer Fabrik hervorgerufenen sozialen Verhältnisse in ein soziologisches Beziehungssystem zu bringen und Typen der verschiedenartigen Betriebsverfassungen modellartig verdichtet gegenüberzustellen. Als Literatur vgl.: Hans Wildermann, Die Entwicklung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenausschüsse. Diss. jur. (Masch. Schr.) Kiel 1922. – Josef Gerlach, Der Betriebsvertretungsgedanke in seiner Entwicklung und Verwirklichung. Diss. jur. Gießen 1929. – Alfred Peters, Vorstufen der Betriebsräte. Diss. jur. (Masch. Schr.) Rostock 1929. – Vitaly Gawronsky, Das Mitspracherecht der Arbeitnehmer im Betriebe. Diss. jur. Berlin 1935. – Kurt Sternfeld, Die geschichtliche Entwicklung der Betriebsvertretung. Diss. jur. Jena 1935. – Ludwig Heinrich Adolph Geck, Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit. Berlin 1932.

³ Vgl. Alfred Hockstein-Rasch, Bibliographie zur Mitbestimmung und Betriebsverfassung. Hrsg. vom Deutschen Industrieinstitut, Köln 1955.

⁴ Vgl. die Studie von Wolfgang Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Mitbestimmungsrecht, Köln und Opladen 1959. Sie umfaßt im Gegensatz zu unserer Themenstellung zeitlich nur das 20. Jahrhundert. Eine von Gerhard Adelman verfaßte Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. In: Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, Bd. 54, Bonn 1960, behandelt die überbetrieblichen Einwirkungen auf die soziale Betriebsverfassung der Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirkes Essen. Die Quellensammlung, die vor der Druck-

Monographie vor, in der die Theorien und praktischen Versuche, die Arbeiterschaft an der Gestaltung der Betriebe und der Wirtschaft teilnehmen zu lassen, quellenmäßig fundiert dargestellt werden, wie es etwa W. Jett Lauck für die amerikanischen Verhältnisse so vorbildlich getan hat⁵. Unter diesem Blickwinkel erscheint eine sozialhistorische Untersuchung als Ergänzung zu der bisher vorliegenden Literatur gerechtfertigt, um das noch mangelhafte Wissen um die Entstehung der deutschen Mitbestimmung zu bessern und die Fragestellungen der Gegenwart bei dieser sozialökonomischen Neuordnung zu untermauern.

Das Ziel der Arbeit, die sachlichen und denkerischen Voraussetzungen der Mitbestimmung bei ihrer Entstehung zu klären, verbot es von selbst, sich nur auf die Kommentierung von gesetzlichen Bestimmungen oder die Schilderung einiger typischer Unternehmensverfassungen zu beschränken, ging es vor allem doch darum, die verschütteten geistesgeschichtlichen Verbindungslinien zur gegenwärtigen sozialen Betriebsverfassung aufzuzeigen und den Vorgang in seiner ganzen historischen Tiefe darzustellen, ohne den Kontakt zur Staats-, Kultur- und besonders zur Wirtschaftsgeschichte zu verlieren. Die nachfolgende Untersuchung will daher – ohne ein festes Ordnungsschema mit vorgefaßten Thesen zu haben – vor allem die treibenden Faktoren der geschichtlichen Entwicklung herausstellen und gleichsam die Wurzeln bloßlegen, aus denen der heutige mächtige „Baum der Mitbestimmung“ emporgewachsen ist. Sie will den vielfältigen und oft merkwürdigen Verästelungen bei dem Wachstum nachgehen; auch dort, wo die Triebe aus irgendwelchen Gründen nicht zur erhofften Blüte kamen und verdorrten. Mit anderen Worten: Es soll gefragt werden, wie und warum kam gerade diese historische Entwicklung in Fluß, welche sozialen Leitbilder bestimmten dabei die Einzelpersonlichkeiten, die kleinen gesellschaftlichen Gruppen und großen Organisationen? Welche Stellung nahm der Staat dazu ein, und wie beeinflusste seine Politik das Handeln der Institutionen und Gruppen? Insgesamt war es das Ziel, den Wandel der sozialen Betriebsverfassung in Richtung einer zunehmenden Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht nur als eine Abfolge von gesetzlichen Fakten oder als eine Auswahl zergliederter, von der Wirklichkeit abgezogener Denkmodelle, sondern vor allem als lebendiges historisches Kräftespiel mit allen seinen gesellschaftlichen sowie ökonomischen Bindungen und Aufgaben innerhalb eines Zeitabschnittes als Ausfluß bestimmter Lebensgesinnungen zu begreifen.

legung dieses Bandes nicht mehr berücksichtigt werden konnte, kann als wertvolle Ergänzung zu unserer Untersuchung dienen, vor allem was die Bergarbeiterausschüsse betrifft.

⁵ W. Jett Lauck, Political and Industrial Democracy 1776–1926, New York/London 1926.

Natürlich war es angesichts dieser Themenstellung ein spezielles Anliegen, nach dem Motto *facta loquuntur* möglichst viele unbekannte oder vergessene Originalzeugnisse des 19. Jahrhunderts zu dem Problemkomplex zu sammeln und zu sichten, um eine bessere Einsicht in den Gesamt Ablauf zu gewinnen, als sie bisher gegeben werden konnte. Dabei ergab sich von Anfang an die methodische Schwierigkeit, daß sich weite Strecken dieser sozialgeschichtlichen Entwicklung als wissenschaftliche *terra incognita* erwiesen, während es umgekehrt für manche Teilgebiete eine solche Fülle von Literatur gab, daß eine sorgfältig prüfende Auswahl Platz greifen mußte. Es zeigte sich, daß die Quellen, je mehr man sie an den Beginn der Industrialisierung zurückverfolgte, immer spröder und unergiebig wurden. Je älter die Zeugnisse, desto mehr beschränkten sie sich auf die Schilderung des Institutionellen und desto weniger gaben sie Einblick in die soziale Wirklichkeit. Die für die politische Geschichtsschreibung so wichtigen Akten des Staates und seiner Behörden enthielten bis zur Gründung des Bismarck-Reiches nur wenig. Um so mehr fand sich – meistens an versteckten Stellen und oft unter irreführenden Überschriften – in Zeitschriften, Regulativen, Protokollen, Denkschriften, Statistiken, Firmenberichten usw.

Die besonders 1848 und am Ende des Jahrhunderts einsetzende Fülle von Quellen und Sekundärdarstellungen zu einzelnen Ereignissen bot methodologisch nicht weniger Schwierigkeiten. Viele Stimmen dieser Zeit, besonders die Biographien, steckten voller Apologien und Schuldurteile, voller Halbwahrheiten und Lücken, die es kritisch gegeneinander abzuwägen galt: Darstellungen der Unternehmenseite wurden, wenn irgend möglich, mit den Stimmen der Arbeiterbewegung und des Staates konfrontiert und umgekehrt. Als wichtigste Quellen für die Geschichte der Mitbestimmung im 19. Jahrhundert erwiesen sich die verschiedenen Erhebungen über die Arbeiterausschüsse, die vom Verein für Sozialpolitik, dem Preußischen Handelsministerium sowie von Verbänden veranstaltet wurden, ferner vor allem die Berichte der staatlichen Gewerbeaufsicht⁶. Es zeigte sich die schon früher festgestellte Tatsache, daß die Geschichte der sozialen Ideen und Theorien weit besser durchforscht ist als die soziale Wirklichkeit der industriellen Arbeitswelt im vergangenen Jahrhundert und gerade diese noch einer gründlichen Aufarbeitung bedarf. Die Darstellung der historischen Entwicklung der Mitbestimmung

⁶ Es handelt sich dabei um die Enquéten von Victor Böhmert, Eine Untersuchung über Arbeiterausschüsse und Ältestenkollegien. In: Der Arbeiterfreund. Zeitschrift des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Jg. 27 (1889), S. 439 ff. – Max Sering, Arbeiterausschüsse in der deutschen Industrie. Berichte, Gutachten, Statuten. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 46 (1890). – Julius Post und Heinrich Albrecht, Musterstätten persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäftsangehörigen, Bd. 2: Die erwachsenen Arbeiter, Berlin 1893. – Heinrich Koch, Arbeiterausschüsse. Hrsg. vom Arbeiterwohl, Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege, M.-Gladbach 1907.

hätte aber ein einseitiges Bild gebracht, hätten wir uns um des schwierigen Quellenproblems willen nur auf die Schilderung der abstrakten Ideengeschichte, auf soziale Programme und Philosophien beschränkt. Wie in ähnlichen Untersuchungen hat sich nämlich auch hier erwiesen, daß Theorie und Wirklichkeit stellenweise weit auseinanderklaffen und erst durch eine historische Zusammenschau in eine rechte Beziehung gesetzt werden müssen. Das schwierige Quellenproblem ruft zugleich ins Bewußtsein, welches reiche Arbeitsfeld für den Sozialforscher noch in den Firmenarchiven, Zeitschriften usw. harret. Besser als alle Sekundärliteratur zeigen diese aus erster Hand kommenden Zeugnisse, in welcher Weise die industrielle Gesellschaft des vorigen Jahrhunderts zerklüftet wurde und wie man verständnislos den beiderseitigen Fragen gegenüberstand; aber auch, wie sich Einzelne vom Beginn an um eine Besserung bemühten. Sie zeigen aber vor allem, in welcher Weise die heute gesetzlich verankerten Gedanken schon früher einmal unter anderen Verhältnissen in ähnlicher Weise ausgesprochen wurden.

*

Die vorliegende Arbeit ist unter das Thema Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland gestellt worden, was eine nähere Erklärung des Wortes „Mitbestimmung“ nötig macht, zumal dieser Begriff in arbeitsrechtlicher, ökonomischer, sozialpolitischer und soziologischer Hinsicht verschiedene Ausdeutungen erfahren hat⁷. Die uneinheitlichen Interpretationen, an denen der Gesetzgeber nicht ganz schuldlos ist, brauchen nicht näher erörtert zu werden, da hier keine neue Definition des Mitbestimmungsbegriffes beabsichtigt ist und wegen der Problemstellung auch nicht nötig erscheint. Mitbestimmung wird hier nicht etwa im juristischen Sinn als gleichberechtigtes Mitentscheiden der Arbeitnehmer mit oder ohne Vetorecht im Gegensatz zu den schwächeren Mitwirkungsrechten (Informations-, Anhör- und Beratungsrecht) verstanden, sondern vielmehr als ein umfassender Sammelbegriff für alle diejenigen Rechte, „die dem Arbeitnehmer die Möglichkeit geben, auf den dynamischen Ablauf des Wirtschaftsgeschehens sowohl auf innerbetrieblicher als auch auf überbetrieblicher Basis einzuwirken“⁸. Das Wort Mitbe-

⁷ Zum Begriff der Mitbestimmung vgl. u. a. Oswald v. Nell-Breuning, Mitbestimmung, Landshut 1950, S. 27 ff. – Gerhard Erdmann, Das Recht der Arbeitnehmer an der Beteiligung der Verwaltung der Betriebe der gewerblichen Wirtschaft, Köln 1952, S. 10 ff. – Hermann Meisinger, Begriffsklärung zum Mitbestimmungsrecht. In: Recht der Arbeit, Jg. 1950, S. 41. – Köstel, Zur begrifflichen Systematik einer arbeitnehmerischen Mitgestaltung des Betriebes. In: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Jg. 1951, S. 175. – Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung aaO, S. 108 ff.

⁸ Wir folgen hier der Begriffsbestimmung von Ernst Schipp, Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Deutschland. Diss. rer. pol. Nürnberg 1952, S. 7. – Auch Guido Fischer, Sinn und Zweck der Mitbestimmung. In: Mensch und Arbeit, Jg. 1950, S. 145 ff., stellt die Mitbestimmung selbst als allen graduellen Abstufungen übergeordneten Oberbegriff für seine Betrachtungsweise heraus.

stimmung wird also unabhängig von der gegenwärtigen arbeitsrechtlichen Terminologie im ursprünglichen Sinne so verwandt, wie es nach dem Erlaß der Mitbestimmungsgesetze in den allgemeinen politischen Sprachschatz übernommen worden ist: nämlich als Oberbegriff für alle möglichen Formen der Teilhabe des Arbeitnehmers an der Gestaltung des Betriebes und der Wirtschaft – kurz gesagt, als ein neues Prinzip wirtschaftlicher und sozialer Machtverteilung.

Gerade die Mitbestimmung, faßt man sie als Zentralbegriff für alle Formen der arbeitnehmerischen Mitgestaltung im industriellen Leben auf, bot den besonderen Vorteil, alle diesbezüglichen Ideen, Programme, praktischen Versuche und gesetzlichen Maßnahmen des vorigen Jahrhunderts sowohl im sozialen, personalen und wirtschaftlichen Sektor als auch auf betrieblicher wie überbetrieblicher Ebene zu subsumieren. Um einem möglichen Einwand zu begegnen, möchten wir zusammenfassend wiederholen, daß die Mitbestimmung nicht als ein an der heutigen Gesetzgebung orientiertes spezielles „Recht“ aufgefaßt wird, sondern in erster Linie als eine geschichtlich wirkende Triebkraft, als ein sozialdynamischer Faktor, eine neue industrielle Ordnung unter Einbeziehung der Fabrikarbeiter von unten her aufzubauen, die sich dann allerdings in Gesetzen niedergeschlagen hat. Die Geschichte der industriellen Mitbestimmung kann daher, ganz einfach gesprochen, als das Ringen um eine industrielle Daseinsform, um eine neue Sozialgestalt von Betrieb und Wirtschaft verstanden werden.

*

Eine Geschichte der Mitbestimmung läßt sich nach dieser Definition aus mehreren Gründen nur schlecht abgrenzen. Zunächst einmal tauchte das gesuchte Problem immer wieder unter anderen Bezeichnungen und in anderen Zusammenhängen auf, so daß der sachliche Rahmen von Anfang an sehr weit gespannt werden mußte. Die größte methodische Schwierigkeit lag aber darin, daß der gefundene Tatbestand häufig mit ganz anderen Sachkategorien (Gewinnbeteiligung, Genossenschaftswesen, Koalitionsrecht, Sozialisierung, Gewerberechtsprechung, Sozialversicherung, Gewerbeaufsicht, Tarifpolitik, Arbeitsordnung, betriebliche Sozialpolitik im allgemeinen usf.) so eng verwachsen war, daß er gleichsam erst für diese Darstellung herausgeschält werden mußte. Die mit der Mitbestimmung auch heute noch in der sozialpolitischen Öffentlichkeit verbundenen allgemeinen Ziele, wie Beitrag zur Lösung der sozialen Frage, Wandel der Objektstellung des Proletariats zur Subjektstellung eines Wirtschaftsbürgers, Herstellung der Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital, Verwirklichung einer „Wirtschaftsdemokratie“, Kontrolle der wirtschaftlichen Macht und ihres Mißbrauches sowie Schaffung einer

neuen gerechten Wirtschaftsordnung⁹, waren vor allem an dieser engen Verflechtung und auch an der Tatsache schuld, daß die Grenzen des hier behandelten Problems nicht immer so streng eingehalten werden konnten, wie es an sich wissenschaftlich zu fordern wäre. Dabei muß allerdings darauf verwiesen werden, daß es im Wesen der Themenstellung lag, daß viele Nachbarprobleme die hier angeschnittenen Fragen bedingten oder ergänzten und ohne den Kausalzusammenhang manches nicht klar verständlich geworden wäre. Dennoch waren natürlich große Abstriche und Markierungen nötig, um ein übersichtliches Bild zu erhalten.

Nach Möglichkeit ausgeklammert wurde die gesamte Arbeitnehmer-Mitbestimmung in der gesetzlichen Sozialversicherung, in der Arbeitsrechtsprechung sowie im Schieds- und Einigungswesen, da diese nicht primär zum industriellen Sektor gehört und auch heute nicht mehr zur Kompetenz der „Mitbestimmung“ gerechnet wird. Nicht behandelt wurden ferner die verschiedenen Formen der betrieblichen Zusammenarbeit in fiskalischen, genossenschaftlichen, kommunalen und landwirtschaftlichen Betrieben sowie im gesamten öffentlichen Dienst. Für die Begrenzung des sachlichen Rahmens in dieser Hinsicht können genügend Gründe angeführt werden: Während z. B. bei den landwirtschaftlichen Betrieben bis zum Erlaß des Betriebsrätegesetzes 1920 die Mitwirkung der Arbeitnehmer keine nennenswerte Rolle spielte, handelte es sich bei öffentlichen Betrieben (ausgenommen der eingehend behandelte staatliche Bergbau mit seiner Sonderstellung) meist nur um Nachbildungen der industriellen Betriebsvertretungen, die zudem erst nach der Jahrhundertwende erste Bedeutung erlangten. Da die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst seit 1955 durch das besondere Personalvertretungsgesetz geregelt ist, läßt sich die Trennung der geschichtlichen Entwicklung in einen staatlichen und privatwirtschaftlichen Bereich verantworten.

Rein sachlich würde in diese Untersuchung ein geschichtlicher Aufriß über die Angestellten-Mitbestimmung im 19. Jahrhundert gehören, da die heutigen Mitbestimmungsgesetze sowohl die Arbeiter wie die Angestellten umfassen. Aber allein über die Vorläufer der Betriebsvertretungen der Industrieangestellten fand sich soviel Quellenmaterial an, daß aus technischen Gründen eine besondere Darstellung notwendig ist. Der Themenstellung entsprechend wurden schließlich die wirtschaftliche Beteiligung der Arbeitnehmer am materiellen Betriebserfolg in Form der Gewinnbeteiligung, der Arbeiteraktien und des Miteigentums, die auch Formen der betrieblichen Partnerschaft darstellen, sowie die Arbeiterproduktivgenossenschaften ausgeschlossen. Der gegebenen Definition entsprechend lag der Schwerpunkt der Arbeit

⁹ Diese Ziele nennt Heinz Seidel, der Geschäftsführer der Hans-Böckler-Gesellschaft und Redakteur der Monatsschrift „Das Mitbestimmungsgespräch“ in seinem Beitrag: Mitbestimmungsziele, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Mitbestimmungswirklichkeit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte Jg. 11 (1960), H. 4 S. 193.

vielmehr auf der Beteiligung der Arbeiter an der betrieblichen Willensbildung in sozialer, personaler und wirtschaftlicher Hinsicht.

Im Gegensatz zur heutigen gesetzlichen Regelung wurde aber der Bereich der „überbetrieblichen Mitbestimmung“ entsprechend der allgemeinen Deutung des Begriffes in die Darstellung von Anfang an einbezogen und sehr weit gefaßt. Es mußte schon deshalb bei der Schilderung der historischen Entwicklung darauf eingegangen werden, weil die Ideen, Programme und Gesetzentwürfe hierzu in engster Verbindung mit der betrieblichen Mitbestimmung vorgebracht wurden. Bei der überbetrieblichen Mitbestimmung, die noch heute Kernpunkt eines Konfliktes zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden sowie anderen beteiligten Gruppen ist, läßt sich besonders gut beobachten, wieviele der heute aktuellen Fragen schon einmal vor hundert oder fünfzig Jahren mit gleicher Leidenschaft erörtert wurden. Manches, was heute in Unkenntnis des Vergangenen vorgebracht wird, ist damals schon mit den gleichen Für- und Widerargumenten abgehandelt worden. Da nach unserem Erachten die Teilhabe des Arbeitnehmers an der sozialen Gestaltung des Betriebes in engster Wechselwirkung zu der Sozialordnung der Gesamtgesellschaft steht, war es eben um dieser Verflechtung willen nicht möglich, die Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung isoliert zu betrachten. Der Verf. ist sich freilich bewußt, daß man angesichts so vieler Imponderabilien über die Abgrenzung des sachlichen Rahmens einer solchen Arbeit verschiedener Ansicht sein kann, zumal, wenn es sich, wie im vorliegenden Fall, um eine erste Bestandsaufnahme und Materialsammlung handelt, die es durch nachfolgende Einzelforschung noch wesentlich zu vertiefen gilt.

ERSTER TEIL

DIE ENTSTEHUNG DER THEORIEN ÜBER EIN MITBESTIMMUNGSRECHT DER ARBEITER

1. Die Gedanken der Sozialreformer im Vormärz

Die Zeit zwischen dem zweiten Pariser Frieden 1815 und dem Beginn der Märzrevolution denken wir uns gerne als eine Epoche des fast ungestörten Friedens in Deutschland; beseelt von jener verträumten Verspieltheit, wie sie uns in den Idyllen der Romantik und des Biedermeier entgegentritt. In Wirklichkeit waren die „halkyonischen Tage“ des Vormärz, wie *Ranke* rückschauend seine Jugend nannte, erfüllt von innerer politischer Gärung und untergründiger sozialer Dynamik. Das Verhältnis der Menschen zu den überlieferten Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft war in einen tiefgreifenden, wenngleich nicht überall sichtbaren Wandlungsprozeß eingetreten, nachdem die Aufklärung als geistige Revolution der Neuzeit den Menschen ein neues Lebensgefühl und damit ein Auflehnen gegen die erstarrten Herrschaftsordnungen vergangener Zeiten eingegeben hatte. In diesen Jahrzehnten des Vormärz sammelten sich gleichsam unter der Oberfläche des Geschehens alle Ursachen der Schwierigkeiten an, die dem von Westeuropa heraufziehenden Industrialismus sein Gepräge gegeben haben.

Goethe hat diese verborgene Unruhe des Vormärz, die wirtschaftlichen und sozialen Emanzipationsbestrebungen seiner Zeit gespürt, als er noch ganz in der Sicht des Ancien régime feststellte: „Das überhandnehmende Maschinenwesen quält und ängstigt mich: es wälzt sich heran, wie ein Gewitter, langsam, langsam; aber es hat seine Richtung genommen, es wird kommen und treffen“¹. *Goethe* lehnte damit die „Nützlichkeit“ des beginnenden Maschinenzeitalters ab, weil es den materiellen Vorteil auf Kosten der persönlichen Entwicklung zu suchen schien. Aber er ahnte, daß man den neuen technischen

¹ Johann Wolfgang v. Goethe, Wilhelm Meisters Wanderjahre oder die Entsagenden. In: Goethes Werke, hrsg. von Ernst Merian-Genast, Bd. 9, Basel 1944, S. 366. – *Goethe* stützt sich bei diesem Teil von *Lenardos* Reisetagebuch auf die Berichte seines Freundes *Heinrich Meyer* über die Baumwollindustrie des Zürcher Oberlandes. Vgl. *Rudolf Braun*, Industrialisierung und Volksleben im Zürcher Oberland. Diss. phil. (Masch.-Schrift), Zürich 1957.

¹ Teuteberg, Industrielle Mitbestimmung

Aktivitäten mit ihren gesellschaftlichen Begleitumständen auf die Dauer nicht werde ausweichen können, daß sie sich in Kürze mit der Gewalt einer Naturkraft entladen würden – Segen und Unheil gleichermaßen spendend.

Es ist in späterer Zeit vielfach und in klassischer Weise dargestellt worden, unter welchen inneren und äußeren Antrieben die Industrialisierung in Deutschland ihren Einzug hielt und das Fabrikproletariat, die Masse des „vierten Standes“, aus dem Dunkel der gesellschaftlichen Entwicklung tretend soziale Spannungen von bis dahin unbekannter Art erzeugte². Es kann nicht im Rahmen dieser Arbeit liegen, diese Darstellungen zu ergänzen. Um so mehr interessieren aber hier die zeitgenössischen Aufzeichnungen aus dem Vormärz, in denen Vorschläge zur Behebung der Nöte und Abhängigkeiten der Fabrikarbeiter gemacht werden.

Ein Blick in die Publizistik des Vormärz lehrt, daß nicht nur Goethe die gefährdende Gewitterwolke des Industrialismus am Horizont der Zeit gesehen hat. Auf breitester Grundlage wurden die Vor- und Nachteile des neuen Fabrikwesens, das man bezeichnenderweise mit einem „Herkules in der Wiege“³ verglich, erörtert. Noch ehe in Deutschland die Industrialisierung einen nennenswerten Umfang angenommen hatte, setzte eine ausführliche Diskussion über die soziale Frage ein. England und Frankreich boten genug Anschauungsmaterial, das sich neu anbahnende Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter in der Industrie nicht nur spekulativ zu durchdenken. Deutschland sei in der glücklichen Lage, schrieb damals Gustav v. Mevissen, „die Erfahrungen, die England und Frankreich im industriellen Leben gemacht haben, für sich benutzen zu können. Die Theorie kann hier – ein seltener Fall – der Praxis das Gesetz diktieren“⁴.

Mevissen gehörte zu der Reihe von Wirtschaftsführern und Staatsmännern, die in diesen Jahrzehnten des Vormärz nach England fuhren, um dann später aus ihren Eindrücken entsprechende Lehren für die junge deutsche Industrie ziehen zu können⁵. Konnte man in England die Zustände der Industrie prak-

² Als klassische Darstellung vgl. besonders Werner Sombart, *Der moderne Kapitalismus*. 3 Bde., München/Leipzig 1928.

³ Robert v. Mohl und Carl Mathy, Artikel „Gewerbe- und Fabrikwesen“. In: *Das Staats-Lexikon*, hrsg. von Carl v. Rotteck und Carl Welcker, Bd. 5 (1847).

⁴ Joseph Hansen, Gustav v. Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild 1815–1899, Berlin 1906, Bd. 1, S. 184 und Bd. 2, S. 84.

⁵ Theodor v. Schön, Studienreise eines jungen Staatsmannes am Schluß des vorigen Jahrhunderts, 1891. – A. v. Wolzogen, Aus Schinkels Nachlaß, 1862–1864, 2. Bd., S. 160 und 3. Bd., S. 71 (Brief Schinkels v. 19. 7. 1826 und Tagebuch einer Englandreise). – Besonders aufschlußreich für die Englandreisen der kontinentalen Unternehmer ist Johann Conrad Fischer, 1. Tagebuch einer im Jahre 1814 gemachten Reise über Paris nach London und einigen Fabrikstädten Englands vorzüglich in technologischer Hinsicht, Aarau 1816; 2. desgl. einer zweiten Reise, Aarau 1826; 3. Fragmente aus dem Tagebuch dreier Reisen nach England 1825, Aarau 1829. Alle drei Tagebücher wurden jetzt neu herausgegeben von Karl Schib: *Schriftenreihe 150 Jahre Georg Fischer Werke 1802–1952*, Schaffhausen 1951.

tisch studieren, so gab es in Frankreich seit den Tagen der großen Revolution eine theoretische Beschäftigung mit den Fragen des Proletariats. So war es ganz natürlich, daß die deutsche Betrachtung der menschlichen Probleme in der Industrie von den beiden westlichen Nachbarländern stark beeinflusst wurde.

Bezeichnend dafür war, daß bis zum Anfang der dreißiger Jahre auf dem Gebiet der sozialen Literatur in Deutschland die Übersetzungen englischer und französischer Schriftsteller eindeutig dominierten, wobei die Schriften des Grafen Saint Simon die größte Rolle spielten⁶. Selbst Lorenz v. Stein behauptete noch 1849, „daß Deutschland bis jetzt auf sozialem Gebiet auch nicht das geringste wahrhaft Selbständige zu Tage gefördert hat. Mit peinlichem Gefühl gesteht sich der Kundige, daß unsere ganze gesellschaftlich-geistige Bewegung bis jetzt ein nur zu oft zu schwacher Reflex auf die französische Bewegung gewesen ist“⁷. Wenn das auch nicht in dieser absoluten Form stimmte, so war doch eines richtig: Nicht nur die Gedanken über die Fabrikarbeiter, auch die Vorstellungen über ihre tatsächliche Lage stammten in der Zeit des Vormärz weitgehend aus Frankreich und England. Für alle deutschen Sozialtheoretiker dieser Zeit, angefangen bei Hegel und Marx, waren die westlichen Industrieverhältnisse paradigmatisch für das Elend des Proletariats überhaupt. Wenn auch deutsche Denker, die sich mit den sozialen Verhältnissen in der Industrie beschäftigten, unabhängig davon zu ähnlichen Gedankengängen kamen, so waren doch ihre im westlichen Ausland empfangenen Eindrücke oder die Beschäftigung mit der ausländischen Literatur für sie maßgebend, – bewußt oder unbewußt sind immer wieder Gedankengänge der westlichen Nachbarn hier eingeflossen. So ist es nicht immer einfach, den eigenen Beitrag der deutschen Sozialreformer zu erkennen.

Aber eine Übersicht über die Gedanken der Sozialreformer wird auch noch aus anderen Gründen erschwert. Schon P. Mombert, einer der wenigen, die zusammenfassend die vormärzlichen Anschauungen vom deutschen Fabrikarbeiter wiedergeben⁸, hat darauf hingewiesen, daß die Fragen des Fabrik-

⁶ Vgl. W. Schiebeler, *St. Simonismus*, 1831; F. W. Carové, *Der St. Simonismus und die neuere französische Philosophie*, 1832; K. G. Bretschneider, *Der Simonismus und das Christenthum*, Leipzig 1932, und Moritz Veit, *Saint Simon und St. Simonismus. Allgemeiner Völkerbund und der ewige Friede*, Leipzig 1834.

⁷ Lorenz v. Stein, *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*, hrsg. von Gottfried Salomon, Bd. 1, München 1921, S. 140.

⁸ Es ist auffällig, daß es zahlreiche gute Einzelbeschreibungen über die Lage der vormärzlichen Arbeiterschaft und auch über die Ansichten einzelner Sozialtheoretiker gibt, eine zusammenfassende Darstellung der vormärzlichen Anschauungen über den Fabrikarbeiter aber fehlt. Als Vorarbeiten sind zu betrachten: E. v. Philippovich, *Das Eindringen der sozialpolitischen Ideen in die Literatur*. In: *Die Entstehung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert* (Schmoller-Festschrift), Leipzig 1908, und Paul Mombert, *Aus der Literatur über die soziale Frage und über die Arbeiterbewegung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. In: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 9 (1921), S. 169 ff. – Philippovich behandelt dabei nur Sozialtheorien, soweit sie die volkswirtschaftliche Literatur betreffen, auch liegt sein Schwerpunkt nicht im

proletariats in der zeitgenössischen Literatur immer wieder mit Handwerkerfragen und Problemen der allgemeinen Armut vermischt wurden. Der „Pauperismus“, wie das Massenelend und die strukturelle Arbeitslosigkeit nach 1815 genannt wurden, war das große Schlagwort für alle Schriftsteller. Mit Pauperismus wurden Jahrzehnte hindurch auch die nachteiligen Begleitumstände der Industrialisierung gemeint. In fast allen Schriften, gleich ob sie in das Gebiet der Polizeiwissenschaften, des Gesundheits- oder Ernährungswesens, in das Handwerk, die Landwirtschaft oder ökonomische Theorie fallen, sind die Armen und das Fabrikproletariat noch nicht scharf getrennt. Es sei doch recht auffallend, stellt P. Mombert nach Durchsicht von über 270 sozialreformatorischen Schriften des Vormärz fest, „wie spät und langsam sich in Deutschland die eigentliche Arbeiterfrage aus dem allgemeinen Pauperismusproblem losgelöst hat; auch auf wie lange sie noch mit der Notlage der Handwerker vielfach zusammen behandelt worden ist“⁹. Wenn somit viele deutsche Denker des Vormärz von dem allgemeinen Armenwesen ausgehen, so darf nicht übersehen werden, daß damit oft zugleich der Komplex des Fabrikarbeiters erfaßt wurde. Nur langsam trennten sich in der Literatur wie auch in der Wirklichkeit diese an sich völlig verschiedenen Bereiche, und erst zu Beginn der vierziger Jahre wurde eindeutig zwischen der „natürlichen“ und der „künstlichen“, d. h. gesellschaftlichen Armut unterschieden. Lorenz v. Stein blieb es vorbehalten, dieses Verhältnis erstmals in Deutschland begrifflich abzugrenzen¹⁰. Obwohl also der Gegenstand der Untersuchungen bei den vormärzlichen Schriftstellern erst allmählich erkannt wird, obwohl die neuen sozialen Tatbestände noch nicht eindeutig umrissen sind, weil auch die vorhandenen sprachlichen Möglichkeiten nicht ausreichen, und obwohl daher viele Beobachtungen notwendigerweise an der Oberfläche der Wirklichkeit haften bleiben – sind doch einige Vorschläge erstaunlich hellichtig. Ja, man muß sich eigentlich wundern, wie tief sie in die Problematik des industriellen Lebens eindringen und denen ihrer Zeitgenossen vorausseilen.

Wenn auch das aus dem Westen kommende Anschauungsmaterial für den deutschen Sozialtheoretiker eine große Rolle spielte, so ergab sich doch bald eine spezifisch deutsche Auffassung von den zwischenmenschlichen Verhält-

Vormärz. Momberts Aufsatz besteht im wesentlichen aus einer katalogartigen Aufzählung von 277 Titeln aus dem Vormärz und hat bibliographischen Charakter. Eine erste Gesamtdarstellung für den ganzen Zeitraum hat Hanns Ernst Jansen versucht, *Das Proletariat im Vormärz in den Anschauungen deutscher Denker*. Diss. phil. Kiel 1928. Die beste Arbeit scheint mir, obgleich nur das Rheinland behandelt wird, zu sein: Hans Stein, *Pauperismus und Association. Soziale Tatsachen und Ideen auf dem westeuropäischen Kontinent vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, unter besonderer Berücksichtigung des Rheingebietes. In: *International Review for Social History*, Vol. 1, Leiden 1936, S. 1–121.

⁹ Mombert, *Aus der Literatur über die soziale Frage* aaO, S. 221.

¹⁰ L. v. Stein, *Geschichte der sozialen Bewegung* aaO, S. 133.

nissen in der Industrie. Unter dem Einfluß der klassischen deutschen Philosophie mit ihrem Streben nach der Ganzheit des Menschenbildes und ihrem Kampf gegen den Materialismus, gegen den man die ganze Kraft der Moralität aufbot, wurde die Fabrikarbeiterfrage als sittlich-pädagogisches Problem aufgefaßt. Darin offenbarte sich, wie sehr die neue Epoche der Industrialisierung mit den klassischen Bildungswerten, dem deutschen Idealismus und damit noch der Aufklärung sowie dem Philanthropismus in Verbindung stand. Man sah wohl die Nachteile des neuen „englischen“ Maschinenwesens, glaubte aber, sie durch eine gewisse Humanisierung der Fabrikbetriebe ausgleichen zu können. Eine Schrift, wie die des Engländers *Andrew Ure*, der das System der Fabriken die beste philanthropische Anordnung nannte, die je für Menschen geschaffen wurde, blieb in den deutschen Staaten eine Seltenheit¹¹. Statt dessen glaubte man großen Wert auf die Erziehung des Arbeiters legen zu müssen, der ungebildet, primitiven Genüssen hingegeben und ohne sparsamen Sinn unter der weisen Vormundschaft des Unternehmers zu einem neuen sittlichen Bewußtsein, größerem Verantwortungsgefühl und humaner Bildung geführt werden könne. Die Hebung der geistigen Verfassung des Arbeiters galt als einer jener irrationalen Bereiche menschlichen Seins, der von der rationalen Technik nicht mehr erreicht werden konnte. Da der Vormärz eine Zeit war, in der „Erziehung alles und alles Erziehung“ schien, wurde es auch als fast selbstverständlich angesehen, aus der Fabrik eine Art von Lebensschule zu machen, die Ordnung, Fleiß, Sparsamkeit und Sittlichkeit vermittelte. An das Nachwirken der Aufklärung, der pädagogischen Philanthropie und des klassischen Bildungsideals ist immer wieder zu erinnern, wenn man in den Forderungen der Sozialreformer die sittliche Erziehung der Arbeiter als unerhört wichtig dargestellt findet.

Ein besonderes Merkmal der vormärzlichen Publizistik ist es ferner, daß in vielen Schriften der Begriff „Association“ auftaucht, der heute nicht mehr ohne weiteres verständlich ist und daher einer kurzen Erklärung bedarf. Die „Association“ wird als das geeignete Mittel betrachtet, um den Arbeitsmangel in den Gewerben wie auch überhaupt die allgemeine Massenarmut zu bekämpfen. Eine genaue Definition erweist sich aber als unmöglich, weil jeder etwas anderes darunter verstand. Die einen meinten damit den freiwilligen Zusammenschluß von Arbeitern und Handwerkern zur Gründung von Unterstützungskassen und Hilfsvereinen, andere in Anlehnung an englische und französische Vorbilder die Errichtung von genossenschaftlich geführten Erwerbsunternehmungen (Produktiv-Assoziationen). Es gab auch Publizisten, die verbanden mit diesem Ausdruck den Zusammenschluß von Fabrikherren und Arbeitern in Form von Gewinnbeteiligung oder Aktionärs-Part-

¹¹ Andrew Ure, *The philosophy of manufactures*, London 1835. (Dtsch.) *Das Fabrikwesen in wissenschaftlicher, moralischer und kommerzieller Sicht*. Übersetzt von A. Dietzmann, Leipzig 1835 (3. Aufl. 1861).

nerschaft, wobei sowohl freiwillige Übereinkunft zwischen den Beteiligten als auch eine staatliche Regelung ins Auge gefaßt war. Wirtschafts- und Bildungs-Assoziationen (*Associations commerciales* und *associations morales*) waren in der Regel aber nicht streng getrennt¹².

Das Schlagwort „Association“ wurde so mit den verschiedensten Ideen in Verbindung gebracht. Und doch läßt sich beim näheren Studium der Quellen ein gemeinsamer Grundgedanke dahinter erkennen: Nämlich die Suche nach einem neuen Innungsprinzip der Gesellschaft, nach zeitgemäßen gewerblichen Korporationen und vor allem nach einer neuen „Standtschaft“ für den gesellschaftlich heimatlosen Arbeiter.

Der viel benutzte, aber wenig einheitlich gebrauchte Assoziationsbegriff hängt ebenso wie der fast gleichzeitig aufkommende Ausdruck „Klasse“, der zunächst völlig wertfrei gebraucht wurde, mit der Dekorporierung der vormärzlichen Gesellschaft zusammen¹³. Die alten Stände mit ihrer personal-korporativen Herrschafts- und Genossenschaftsordnung hatten sich unter dem Ansturm der wirtschaftlichen und sozialen Emanzipationsbestrebungen seit Anfang des Jahrhunderts gelockert und gewandelt. Die bürgerliche Gesellschaft glaubte sich auf dem Wege zu einer „atomistischen“ Wirtschaftsgesellschaft zu befinden, wie *Hegel* den Isolierungsprozeß zuerst bezeichnet hatte. Der Ruf nach Assoziation bedeutete daher im Grunde nichts weiter als die Neuordnung der Sozial- und Wirtschaftsordnung. Die gewerblichen Assoziationen sollten wie die ständischen Korporationen der vorindustriellen Zeit zwischen den Einzelnen und die Träger der Macht treten, um ihn gegen die allzu große Machtfülle abzuschirmen, gegen die das Individuum wehrlos ist. Sie sollten gleichzeitig die private Selbsthilfe steigern, um dem Schwächeren die Möglichkeit zu geben, an dem allgemeinen Wettbewerb teilzunehmen und zur Selbständigkeit zu gelangen.

Die Idee der Assoziation gehörte zu den Grundanschauungen des vormärzlichen Liberalismus und bildete das eigentliche Gegenstück zu der Forderung nach Freiheit. Die Freunde des liberalen Fortschritts sahen sich doch einer doppelten Aufgabe gegenübergestellt: Alle die der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehenden Schranken aufzuheben und gleichzeitig der Gesellschaft eine neue Organisation zu geben, um das Bestehen des Ganzen, das zugleich der Boden des Einzelnen ist, zu sichern. Freiheit ohne Organisation, so lautete spätestens in den vierziger Jahren die Erkenntnis vieler, bedeutet nur das unbeschränkte Recht des Stärkeren, die

¹² Mombert, Aus der Literatur über die soziale Frage aaO, S. 223.

¹³ Zur Beschreibung der Ursachen für das Aufkommen des Klassenbegriffs verwendet W. Conze diesen anschaulichen Ausdruck. Vgl. Werner Conze, Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands. In: Historische Zeitschrift, Bd. 186 (1958), Heft 1, S. 20. – Momberts Behauptung, „der Gedanke der Association ist in dieser Zeit ein leeres Schlagwort gewesen“ (S. 223), erscheint mir aus den angegebenen Gründen nicht zutreffend.

„Desorganisation der Gesellschaft“. Das aber wurde besonders von der Masse des Kleinbürgertums abgelehnt, daß sich nach dem „juste milieu“ der Vergangenheit zurücksehnte. Man wollte nicht mehr zum Zunftsystem mit seinen Privilegien und Exklusivrechten zurück, weil sie die wirtschaftlichen Anforderungen der Zeit nicht mehr erfüllen konnten. Aber an der Idee als solcher sollte festgehalten werden. Innungen in neuer Form, neue gewerbliche korporative Institutionen, schienen vielen der beste Ausweg, eine sozialrevolutionäre Krise zu verhindern.

Wie sehr der immer wiederkehrende Begriff der „Assoziation“ den vormärzlichen Sozialreformern als das bewegende Gesellschaftsprinzip der Zeit erschien, sollen die nachfolgenden zeitgenössischen Erklärungen des Ausdrucks veranschaulichen¹⁴:

„Die Association – oder wählen wir ein gewichtigeres Wort... die Verbrüderung – ist das Elixier, welches uns von der moralischen Krankheit zu heilen vermag... Die Association in der Arbeit, die Association in der Vertheilung der Früchte der Arbeit, die Association in der Konsumtion, die Association in den verschiedenen Abstufungen, bald den Meister mit dem Arbeiter umfassend, bald unter den Arbeitern allein oder nur unter einigen derselben errichtet, bald auf den Meister beschränkt, oder ein anderes Mal sich auf eine ganze industrielle Körperschaft ausdehnend, zuweilen endlich die ganze Nation in sich schließend – bildet ein sicheres Mittel, je nach den Umständen allen sich ergebenden Bedürfnissen zu entsprechen.“ Und ein anderer meinte: „Die Association, dieser in unserer Zeit so mächtig gewordene Trieb nach Vereinigung der Kräfte, um den Einzelnen durch die Gemeinschaft mit Allen das Erreichen zu lassen, was er für sich alleine nicht vermochte, diese Association ist das wahre Gesetz der Liebe... dieses Gesetz der Association, welches zugleich das Gesetz der freien Selbstbestimmung in sich schließt, von diesem Gesetz der Association muß man sagen, daß es die Welt von innen her befreien... wird. Sie ist einzig und allein im Stande, das Übel der Gesellschaft zu heilen, nur durch Association kann die Arbeit wahrhaft organisiert werden... die rechte Formel der Association für die menschliche Gesellschaft zu finden, welche die nächste Aufgabe der Staatsweisheit und der Nationalökonomie sein wird, das heißt zugleich die rechte Formel des Glücks und der Freiheit für das ganze Menschengeschlecht gefunden zu haben...“

Diese Ausführungen, denen noch zahlreiche ähnliche zur Seite zu stellen wären, deuten an, daß es sich um ein Leitbild in den Gedanken der Sozialreformer handelt, um das alle ihre Vorschläge in irgendeiner Form kreie-

¹⁴ Michel Chevalier, Über die Arbeiterfrage. Dtsch. Aachen 1848, S. 179, und Theodor Mundt, Die Geschichte der Gesellschaft in ihren neueren Entwicklungen und Problemen, Berlin 1844, S. 430. – Von demselben Autor stammen die sozialgeschichtlich interessanten Schriften: Der dritte Stand in Deutschland und Preußen, Berlin 1847, und Geschichte der deutschen Stände nach ihrer gesellschaftlichen Entwicklung und politischen Vertretung, Berlin 1854.

sen. Die Assoziation multipliziert die Kräfte des Einzelnen im liberalen Wettbewerb und verhilft besonders den Arbeitern zur Selbständigkeit. Wie wir in den nachfolgenden Abschnitten noch zeigen werden, ist hier im Kern der Gedanke des Mitbestimmungsrechtes bereits enthalten.

Zur Kennzeichnung der Pauperismus-Schriften im Vormärz, in denen die ersten Vorschläge für eine betriebliche Vertretung der Arbeiter entstehen, ist noch ein wichtiger Tatbestand zu erwähnen. Bei den vormärzlichen Sozialtheoretikern heben sich deutlich zwei verschiedene Gruppen ab¹⁵. Die einen wollen die Zustände der Fabrikarbeiter nur analysieren und kritisch durchleuchten, die anderen aber reformieren und praktisch verändern. Während die eine Gruppe, wie etwa *Hegel* und *Lorenz v. Stein*, ihre Aufgaben in einer scharfsinnigen Diagnose der gesellschaftlichen Zustände sieht und alle weiteren Sollensvorstellungen als unwissenschaftlich ablehnt, sieht die andere Gruppe darin nur die Voraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche Therapie. Sie kommt zur Ausbildung neuer gesellschaftlicher Theorien, die von einem utopischen Programm bis zur leidenschaftlichen Manifestation und Propagierung der revolutionären Tat reichen. Die Art der vorliegenden Untersuchung, die den ersten Vorschlägen für ein betriebliches Mitbestimmungsrecht der Arbeiter nachspüren will, bringt es mit sich, daß sie sich mehr der zweiten Gruppe der praktischen Reformen zuwendet und die Gruppe der bloßen Gesellschaftsanalysen in den Hintergrund treten läßt.

1. Die Begründung des Rechtsanspruches auf eine Arbeitervertretung (Franz v. Baader)

Die politischen Romantiker im Vormärz sind bekanntlich die ersten Widersacher des wirtschaftlichen Liberalismus in Deutschland gewesen. Ihr organischer Gesellschaftsbegriff wandte sich gegen die mechanistische Aufteilung in isolierte Lebensbereiche, gegen den Individualismus ihres Zeitalters überhaupt. Wie *H. Freyer* gezeigt hat, forderten sie fast ausnahmslos eine am Mittelalter orientierte ständische Gliederung mit Über- und Unterordnung als Grundbedingung aller wirtschaftlichen und sozialen Freiheit¹. Die offensichtlichen Mißstände des Zunftwesens waren nach ihrer Meinung kein hinreichender Grund, jede organische Gliederung der Gesellschaft zu verwerfen. Gerade die von Menschen gebildeten Korporationen und Assoziationen jedwelter Art seien die geeigneten Vermittler zwischen dem Staat und seinen Bürgern, in dem sie die Individuen vor dem unmittelbaren Machtanspruch des Staates schützten und zugleich die vielfältigen Forderungen und Wünsche der Bürger an den Staat kanalisieren und in ein ruhiges Bett leiteten. So würden sie das Gleichgewicht zwischen Despotie und Revolution halten. Alle

¹⁵ Jansen, Das Proletariat im Vormärz aaO, S. 2.

¹ Hans Freyer, Die Bewertung der Wirtschaft im philosophischen Denken des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1921, S. 36 ff.

diese ständischen Korporationen seien daher notwendige Sicherungen und Katalysatoren der Gesellschaft; sie alleine seien imstande, die schlimmste Auswirkung der gesellschaftlichen Atomisierung, die Deklassierung des Arbeiters, wieder aufzuheben und ihn in einen organischen Staatsverband einzufügen.

Edmund Burke, das große Vorbild der deutschen Romantik, und auch *Wilhelm Schlegel* haben diese ethische Wertung der Gesellschaft vertreten und dabei die soziale Frage gestreift². Zu einem wirklichen Kritiker des klassischen Systems der Nationalökonomie, wie es *Adam Smith* entwickelt hatte, wurde aber erst der Romantiker *Adam Heinrich Müller*, der in seinen Dresdner Vorlesungen in den Jahren 1808/09 auf die Absonderung von Kapital und Arbeit, auf die „zwei feindseligen Massen“ in der Industrie aufmerksam machte³. *Müller* wies auf England hin, wo eben dieser angedeutete Prozeß im vollen Gange sei: Dort entstehe ein Volk der Arbeiter und ein Volk der Kapitalrentner, die sich so lange bekriegen würden, bis sich England auflöse und dem politischen Tode nähere⁴. Bevor aber die alten und natürlichen Zustände der Menschen zerstört und durch ein „künstliches“ Fabrikwesen ersetzt worden seien, habe es die Ordnung der „alten ewigen korporativen und ständischen Einrichtungen gegeben“⁵, eine wahrhaft natürliche Ordnung der Dinge. Jedermann sei einem Stand oder einer Korporation verpflichtet gewesen, auf die er habe bauen können. Um die verdrängte Ordnung wiederherzustellen, sei es nötig, dem Arbeiter zu einem zuverlässigen Stand in der bürgerlichen Gesellschaft zu verhelfen.

Hier wird deutlich, wie *Müller* in das Mittelalter zurückblickte, dessen idealisierte Verhältnisse ihm als nachahmenswertes Beispiel für die Neuord-

² Edmund Burke wies 1756 in seiner Schrift: Verteidigung der natürlichen Gesellschaft oder ein Blick auf das Elend und Unglück, das sich für das Menschengeschlecht von jeder Art künstlichen Gesellschaft ergibt, erstmals daraufhin. Vgl. Jacob Baxa, Einführung in die romantische Staatswissenschaft. 2. Aufl., Jena 1931, S. 36. – Wilhelm Schlegel streifte die soziale Frage in seinen Bonner „Philosophischen Vorlesungen“ 1804–1809 (hrsg. von C. J. H. Windischmann, Bd. 2, S. 371).

³ Adam Heinrich Müller machte in folgenden Schriften auf die Trennung von Kapital und Arbeit und die soziale Frage aufmerksam: Die Elemente der Staatskunst, 1809 (Neuaufgabe mit einer Einführung von Jacob Baxa, Jena 1922); Die heutige Staatswissenschaft der Nationalökonomie kurz und faßlich dargestellt (1816); Von der Nothwendigkeit einer theologischen Grundlage der gesamten Staatswissenschaft und der Staatswirtschaft insbesondere (1819); Über die Errichtung von Sparbanken (1819), und Die innere Staatshaushaltung, systematisch dargestellt auf theologischer Grundlage (1820). In: Adam Müllers gesammelte Schriften, hrsg. von Georg Franz, München 1839.

⁴ Müllers Prophezeiung lautete wörtlich: „England nähert sich dem politischen Tode, indem es mehr und mehr in zwei verschiedene Völker, die Arbeiter und die Rentiers, zerfällt, und Principien, die immer verbunden sein sollten, Schaffen – Erhalten, einander entgegengesetzt.“ Vgl. Adam Müller, Die innere Staatshaushaltung aaO. In: Gesammelte Schriften Bd. 1.

⁵ Adam Müller, Über die Errichtung von Sparbanken (1819). In: Gesammelte Schriften, München 1839, Bd. 1, S. 192.

nung von Wirtschaft und Gesellschaft erschienen. Der sinnlosen Mechanisierung des Lebens wurde die organische Betrachtungsweise der Romantik gegenübergestellt. Wenn auch Müller solcherart erstmals einige Grenzen der sozialen Frage absteckte, indem er vor allem auf die Entwürdigung des Arbeiters zum seelenlosen Rädchen in der industriellen Maschinerie hinwies, so unterließ er es doch – wohl auch aus Rücksicht auf Metternich und seinen Rat Friedrich v. Gentz – entsprechende Folgerungen daraus zu ziehen. Sein einziger praktischer Vorschlag, für die Arbeiter besondere Sparbanken einzurichten, blieb von einer wirklichen Reform des industriellen Lebens weit entfernt. Um so weiter gelangte dann einer der enzyklopädischen Köpfe der Spätromantik – Benedikt Franz Xaver v. Baader⁶. Auf Adam Müllers Schriften aufbauend, die er alle gelesen hatte, entwickelte er seine eigenen Vorschläge und stellte dabei wohl als erster in Deutschland eine Theorie auf, die im Kern ein Mitbestimmungsrecht des Arbeiters in Staat und Wirtschaft enthält.

Baader war ein erstaunlich vielgeschäftiger Mann. Zuerst hatte er Medizin studiert, dann aber wie sein Zeitgenosse Novalis sich dem Bergfach zugewandt, um nach dem Besuch der Bergakademie Freiberg und Auslandsreisen 1799 in den bayerischen Staatsdienst zu treten, wo er es 1807 zum Oberstbergrat brachte. Aber Baader ging es nicht nur um das Innere der Natur, sondern er wollte überhaupt alle „inneren Zustände“ erforschen, weshalb er sich auch immer stärker den Fragen der Nationalökonomie und besonders der Philosophie zuwandte. Nachdem er schon 1808 nobilitiert und zum Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ernannt worden war, hielt er in Landshut und ab 1826 in München philosophische Vorlesungen. Zusammen

⁶ Zu Baader vgl. F. v. Baader, *Sämtliche Werke*, hrsg. von Franz Hoffmann, Hamburger u. a., 16 Bde., 1851–1860. Heute leichter zugänglich Fr. v. Baaders *Schriften zur Gesellschaftsphilosophie*, hrsg. von Johannes Sauter. In: *Die Herdflamme*. 14. Bd., Jena 1925. Ferner Claassen, F. v. Baaders theosophische Werke als Inbegriff christlicher Philosophie, 2 Bde., 1886–1887; H. Reichel, *Die Sozietätsphilosophie* Franz v. Baaders, Diss. Tübingen 1901; H. Nohl, F. v. Baader, der Philosoph der Romantik. In: *Euphorion* Nr. 19 (1912), S. 612; Jacob Baxa, Einführung in die romantische Staatswissenschaft, 2. Aufl., Jena 1931; David Baumgardt, Fr. v. Baader und die philosophische Romantik. In: *Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte*, Bd. 10, Halle/Saale 1927 (Habilitationsschrift); Karl Spreng, Studien zur Entstehung sozialpolitischer Ideen in Deutschland auf Grund der Schriften Franz v. Baaders und Franz Josef v. Buß. Diss. phil. Gießen 1932; Eugène Susini, Franz v. Baader et le romantisme mystique, 2 Bde., Paris 1942 und ders. *Lettres inédites de Franz v. Baader*. In: *Bibliothèque d'Histoire de la Philosophie – Librairie Philosophique* éd. J. Vrin, Paris 1942; Theodor Steinbüchel, *Romantisches Denken im Katholizismus unter besonderer Berücksichtigung der romantischen Philosophie*. In: *Romantik. Ein Zyklus Tübinger Vorlesungen*. 1948, S. 87–109; Ernst Benz, Franz v. Baaders Gedanken über den Proletair. In: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, Bd. 1 (1948), H. 2, S. 97–123; H. Grassl, Artikel „Franz v. Baader“. In: *Neue deutsche Biographie*. Bd. 1 (1953), S. 474–476 und Carl Linfert, Fr. v. Baader. In: *Die großen Deutschen. Deutsche Biographie*. Bd. 3 S. 63–74.

mit Joseph v. Görres die Zeitschrift „Eos“ herausgebend, wurde er schnell zu einem geistigen Mittelpunkt der Münchener Romantik⁷.

Es ist nicht ganz klar, was Baader veranlaßte, in den Jahren 1834/35 gerade zur Arbeiterfrage Stellung zu nehmen. Zwar hatte er in der Zeit der Napoleonischen Kriege, nachdem er einige Erfindungen auf dem Gebiete des Glaswesens gemacht hatte⁸, eine größere Glashütte gekauft und eine Zeitlang als Unternehmer auch geleitet, doch lag das immerhin schon fast 25 Jahre zurück. Das Arbeiterproblem spielte in Bayern, wie er selbst schrieb⁹, noch kaum eine Rolle. Auch die zahlreichen Preisausschreiben der wissenschaftlichen Akademien und Universitäten, welche den Ursachen der allgemeinen Verelendung näherkommen wollten, liegen zeitlich viel später und scheinen ihn nicht angeregt zu haben¹⁰. Wenn es Baader auch liebte, öffentlich zu aktuellen Zeitfragen Stellung zu nehmen, so bleibt es doch auffallend, mit welchem Temperament und mit welcher Schärfe er gerade zu diesem Zeitpunkt die soziale Frage in die politische Diskussion brachte¹¹.

Seine Gedanken legte er in drei Schriften nieder: In einer Denkschrift „Über die Proletaires“¹², die er am 23. September 1834 an den bayerischen Innenminister Ludwig Fürst v. Öttingen-Wallerstein richtete, in einem Essay „Über den Evolutionismus und Revolutionismus... des socialen Lebens“¹³ im gleichen Jahre sowie in einer ein Jahr später erschienenen Broschüre mit dem Titel „Über das Mißverhältniß der Vermögenslosen oder Proletaires

⁷ Baumgardt, Fr. v. Baader und die philosophische Romantik aaO, S. 4, erwähnt, daß Baader mit den wichtigsten Denkern seiner Zeit in enger Verbindung gestanden habe. Goethe habe ihn geschätzt, Hegel und Schelling seine Genialität bezeugt, von Schlegel, Tieck, Novalis, Bettina v. Arnim, Clemens v. Brentano, den Gebrüdern Humboldt wie auch Lenau, Hebbel und Kierkegard stammten enthusiastische Urteile über den Theosophen.

⁸ Vgl. Karl Karmarsch, *Geschichte der Technologie seit der Mitte des 18. Jahrhunderts* (1872), S. 524, zit. nach Baumgardt aaO, S. 38.

⁹ Baader weist in seiner Denkschrift von 1834 an die Regierung darauf hin, daß „die bayerische Nation in ihrer Industrie dermaßen noch weit nicht nur hinter... England und Frankreich...“, sondern selbst hinter ihren deutschen Nachbarstaaten ist...“. Erst ein augenblicklicher Aufschwung der bayerischen Industrie habe mit Recht die „Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gezogen“. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 6, S. 506, zit. nach Baumgardt aaO, S. 393.

¹⁰ Die Königlich Preussische Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt stellte erst 1835 die Preisaufgabe, „ob die Klage über zunehmende Verarmung und Nahrungslosigkeit gegründet sei.“ Die Pariser Académie des Sciences morales fragte 1839 nach den Ursachen und Kennzeichen der Verarmung, während das Kgl. Preussische Regierungspräsidium zu Potsdam 1842 ein solches Thema stellte. Die Bayerische Regierung veranstaltete einen ähnlichen Ideenwettbewerb erst im Jahre 1849. Vgl. Mombert, *Aus der Literatur über die soziale Frage* aaO.

¹¹ Baumgardt, Fr. v. Baader und die philosophische Romantik aaO, S. 393.

¹² Franz von Baader, *Über die Proletaires*. In: *Gesammelte Werke* aaO, Bd. 15, S. 506.

¹³ Franz v. Baader, *Über den Evolutionismus und Revolutionismus oder die positive und negative Evolution des Lebens überhaupt und des socialen Lebens insbesondere*, erschienen in den *Bayerischen Annalen* 1834. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 6, S. 281.

zu den Vermögen besitzenden Classen der Societät“¹⁴. Die darin enthaltenen sozialpolitischen Vorschläge sind schon deshalb bemerkenswert, weil sie sich weit von ähnlichen Stellungnahmen seiner Zeitgenossen abheben.

An die Spitze seiner Untersuchungen über das Fabrikarbeiterproblem stellt Baader die aggressive These, daß „die tiefer liegende Wurzel der überall bestehenden leichten Revolutionierbarkeit oder Entzündbarkeit der Societät keineswegs . . . in einem Mißverhältniß der Regierungsformen zu den Regierten besteht, . . . sondern in einem bei der dermaligen Evolutionsstufe der Societät, ihrer Gesittung und Lebensweise eingetretenen Mißverhältnisse der Vermögenslosen oder der armen Volksschichten hinsichtlich ihres Auskommens zu den Vermögenden, welches Mißverhältniß hinwiederum mit jenen zwischen der Geld- und Naturalwirtschaft in Besitz, in Abgaben und Löhnen nach ihrer materiellen Seite zusammenhängt“¹⁵. Baader will damit die deutschen Staaten, die nach der französischen Julirevolution 1830 vor allem politische Unruhen befürchteten, darauf hinweisen, daß es sich hier im Grunde um wirtschaftlich-soziale Dinge handelt.

In seinen weiteren Ausführungen erweist sich Baader als ein strikter Gegner des utopischen Sozialismus¹⁶. Er will das kapitalistische System nicht abschaffen, malt aber dann die Schattenseiten der Fabrikindustrie in den schwärzesten Farben, wie es eigentlich später nur die Sozialisten taten¹⁷, von denen Baader freilich zu Unrecht als Vorläufer in Anspruch genommen wurde. Es kann nicht Aufgabe sein, „dem Fortschritt der Industrie und ihrem Maschinismus“ Einhalt zu tun, heißt es bei ihm, aber den Schäden des Fabrikwesens müsse unbedingt vorgebeugt werden. Man sage zwar, die Freiheit der Konkurrenz zwischen den Arbeitern und den Unternehmern vertrage kein Monopol, effektiv werde aber von den Lohnherren das drückendste Monopol ausgeübt.

Baader war dieses Problem besonders aufgefallen, als er von 1792 bis 1796

¹⁴ Franz v. Baader, Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen besitzenden Classen der Societät in Betreff ihres Auskommens sowohl in materieller als intellektueller Hinsicht vom Standpunkte des Rechts betrachtet. In: Gesammelte Werke, Bd. 6, S. 125 ff.

¹⁵ Fr. v. Baader, Gesammelte Werke aaO, Bd. 6, S. 129.

¹⁶ Baader sagt, „denn falls heute alle Menschen gleich vermöglich wären“, so würde doch morgen nach Abschaffung des Reichtums und der Armut „dieselbe Ungleichheit“ wieder eintreten. In: Gesammelte Werke aaO, Bd. 6, S. 95 und 130, zit. nach Baumgardt aaO, S. 394.

¹⁷ E. Benz, Fr. v. Baaders Gedanken über den Proletaire aaO, weist darauf hin, daß Baaders Urteil über die Lage des industriellen Arbeiters in England in seiner radikalen Kritik nur wenig hinter Friedrich Engels zurückbleibt. Baader prägte im übrigen schon 15 Jahre vor Marx als erster in Deutschland den Begriff des Proletariats, erfaßte in seiner Kritik der Smithschen Wirtschaftstheorie schon das Phänomen der Ausbeutung und erkannte der Arbeit einen Warencharakter zu. Auch Bazard und L. v. Stein hätten nach ihm das noch nicht so klar formuliert wie er.

in England und Schottland lebte und mit seinem Bruder Joseph¹⁸ zahlreiche Hütten- und Bergwerke besuchte. „Wie oft“, so stellte er in seinen sozialen Betrachtungen fest, „habe ich z. B. den meetings und associations der Fabrikherren in England beigewohnt, welche alle mit Festsetzung eines Maximums für die Arbeitslöhne und eines Minimums für die Verkaufspreise endeten, somit um nichts besseres als Conspirationen in Bezug auf die Proletaires waren, deren Lohn sie nemlich beständig tief unter dem natürlichen Werth und Preis ihrer Waare (nemlich ihrer Arbeit) hielten“¹⁹.

Die Proletarier seien gerade in den konstitutionellen Staaten wie England, das ein nur auf Boden und Kapitalbesitz begründetes Repräsentativsystem eingeführt habe, zu dem nicht mehr „gehört werdenden Teil des Volkes“ heruntergedrückt worden, und selbst das letzte Recht, sich korporativ zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen, werde ihnen versagt²⁰. „Wie könnt ihr euch wundern“, erklärte der bayerische Philosoph, „daß die Proletaires, nachdem ihr sie oft genug (ex officio) zusammengerottet habt, endlich auf den Einfall kommen, sich zu ihrem eigenen Vortheil zu associieren?“²¹

Baaders Erwägungen mündeten dann in mehrere realpolitische Vorschläge, den Arbeitern ein besonderes Recht auf Vertretung ihrer Interessen einzuräumen: „Wenn nun schon die Proletaires als vermögenslos nicht gleiche Rechte der Repräsentation mit den vermögenden Classen haben, so haben sie doch das Recht, in den Ständeversammlungen ihre Bitten und Beschwerden in öffentlicher Rede vorzutragen, d. h. sie haben das Recht der Repräsentation als Advocatie, und zwar muß ihnen dieses Recht in constitutionellen Staaten dermalen unmittelbar zugestanden werden, weil sie dasselbe bereits früher, wenn schon nur mittelbar, nemlich beim Bestande ihrer Hörigkeit, effektiv genossen haben . . . Diese Vertretung muß ihnen nun außer (in) den Ständeversammlungen, z. B. bei den Landrätthen, districtweise oder provinzweise, so auch vor und in jenen Versammlungen selbst, durch selbstgewählte Spruchmänner eingeräumt werden, denen man als Anwälte weder Polizeibedienstete noch überhaupt Bedienstete, noch Advocaten im engeren Sinne begeben kann oder

¹⁸ Joseph v. Baader (1763–1835), Erfinder, „Mechanikus“ und kgl. bayerischer Oberbergrat, der bereits 1819 eine „eiserne Kunststraße“ zwischen Nürnberg und Fürth vorschlug und eine Versuchsbahn im Nymphenburger Schloßgarten baute, ohne aber einen Erfolg erzielen zu können. Seine weitreichenden Eisenbahnpläne legte er in folgenden Schriften nieder: Ankündigung einer neuen überall anwendbaren Erfindung von eisernen Kunststraßen, 1814. Aufgenommen in die Denkschriften über Eisenbahnen. In: Franz v. Baaders Schriften zur Gesellschaftsphilosophie, hrsg. von J. Sauter aaO, S. 864; Über ein neues System der fortschaffenden Mechanik, 1817 (2. Aufl., 1822), und Über die Vortheile einer verbesserten Bauart von Eisenbahnen und Wagen. (Akademievortrag) 1825. – Franz v. Baader verfolgte nach dem Tode seines Bruders die Pläne ebenfalls weiter. Vgl. Louis Berger, Der alte Harkort. Leipzig 1890, S. 222, und Baumgardt aaO, S. 55.

¹⁹ Baader, Gesammelte Werke aaO, Bd. 6, S. 132.

²⁰ Ebd., Bd. 6, S. 135, und Bd. 15, S. 509.

²¹ Ebd., Bd. 6, S. 96.

soll, sondern Priester, zu welchen sie auch alleine ein Herz fassen können...“²²

Baader sieht in dieser von ihm vorgeschlagenen Repräsentation des Proletariats eine grundlegende Maßnahme zur Abwendung einer drohenden sozialen Revolution, deutet aber nur mit wenigen Strichen an, wie diese Arbeitervertretung aussehen soll. Auf der einen Seite will er ihnen in den damaligen Parlamenten, den Ständeversammlungen und Landtagen, ein Vortragsrecht schaffen, auf der anderen Seite verlangt er auch ein Vertretungsrecht bei den unteren und mittleren Exekutivorganen der Regierung, den Landräten in den Distrikten und Provinzen. In Verfolgung dieses Gedankens fordert dann Baader an anderer Stelle: *„Dieses große und wichtige Problem kann aber unschwer durch Creirung eines durch alle Provinzen verbreiteten stabilen Arbeiter- und Armenlandrathes gelöst werden, welcher aus dem Arbeiter selber und dem ihm als Fürsprecher, Leiter und Pfleger beigegebenen Clerus zu formiren ist, welchem auch in den Ständeversammlungen das Recht der öffentlichen Bitte und Klage oder der Advocatie eingeräumt sowie dieser Landrath mit einem eigenen Fiscalat verbunden sein muß“*²³. Baader bemerkt weiter, „daß eine solche, das ganze Land umfassende Anstalt schon dadurch die Vortheile einer Assecuranz der Arbeiterklasse gewähren und ihnen, da sie dormalen gewissermaßen bürgerlich ehrlos sind, wenigstens jene Standessehre geben wird, auf welche ein Vermögensloser in der Nation allein Anspruch machen kann, und hierzu das Recht hat“²⁴. Der Arbeiter- und Armenlandrath soll sich nach seinem Vorschlag zusammensetzen aus „von den Regierungen zusammen berufenen und unter ihrer Aufsicht und Leitung stehenden legalen Associationen und Organen der Arbeiter“²⁵.

Zum Verständnis dieser ersten Vorschläge für ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist hinzuzufügen, daß die solchermaßen geplante Einbürgerung des Arbeiters in die Gesellschaft als eine Rechtspflicht des Staates von Baader angesehen wird. Das Recht auf eine legale Vertretung beruhe auf einem „wenn auch nur dunkel gefühlten Rechtsanspruch des Proletaires“²⁶, der sich in der gegenwärtigen Gesellschaft heimatlos und ungeborgen fühle. Ein Teil der Glieder des Staatsorganismus sei zur bloßen Sache herabgewürdigt, während sich doch ein wirklicher Organismus um so höher stelle, „je mehr sich die einzelnen Glieder desselben zur Selbständigkeit steigern“²⁷. Schon wegen der „Kontinuität des Rechtes“ müsse den Arbeitern eine Vertretung eingeräumt werden.

²² Ebd., Bd. 6, S. 138, und Fr. v. Baaders Schriften zur Gesellschaftsphilosophie, hrsg. von J. Sauter aaO, S. 331.

²³ Baader, Gesammelte Werke aaO, Bd. 15, S. 509.

²⁴ Ebd.

²⁵ Baader, Gesammelte Werke aaO, Bd. 6, S. 140.

²⁶ Baader, Gesammelte Werke aaO, Bd. 6, S. 130.

²⁷ Baader, Gesammelte Werke aaO, Bd. 8, S. 73.

Was Baader an diesem Punkt von den Vorschlägen aller anderen Sozialreformer seiner Zeit abhebt, ist dieses: Er weist zuerst auf den Rechtsanspruch des Arbeiters auf eine „standesgemäße“ Vertretung hin, während die meisten seiner Zeitgenossen nichts anderes wußten, als die Rechtsansprüche durch polizeiliche Reglementierung niederzuhalten und die schlimmste Not durch karitative Mittel der Armenpflege zu lindern. Baader wußte, daß dieser Rechtsanspruch des „4. Standes“, in den bestehenden Staat vollwertig eingegliedert zu werden, eine grundsätzliche Änderung der Sozialordnung und des Gesellschaftsaufbaus nötig machen würde. Mit den bisherigen Institutionen und Anschauungen konnte die „Einbürgerung der Proletaires“ nicht gelöst werden. Eine organische Selbsterneuerung der Gesellschaft ohne Revolution war Baaders ausgesprochenes Ziel.

Sein Vorschlag, die katholische Kirche (und nur die ist hier gemeint) als Fürsprecherin für die Arbeiter einzusetzen, verrät die typische Einstellung eines romantischen Theosophen, der sich viel mit der mittelalterlichen Kirche, den Mystikern und besonders mit Jakob Böhme beschäftigt hatte. Wie Baader auch in seiner Sozietätsphilosophie ausführte, sei die Menschheit seit der Reformation immer mehr dem göttlichen Urlicht entsunken. Bei dem Bemühen, es wieder neu zu entfachen, müsse der Geist der alten Traditionen geweckt werden und bei der Lösung der Zeitfragen mitwirken. Aber Baader wollte nicht nur mit diesem Vorschlag die Arbeiter einer gesteigerten Frömmigkeit zuführen und die ungebildeten und verworfenen Proletarier, wie sie ja auch noch Hegel gesehen hatte, mit geistlichen Beistand versehen, sondern vor allem ging es ihm darum, die „ursprünglich sociale Function des Priesters“ und den „menschenfreundlichen Dienst des Diaconats“ wieder herzustellen. Für Baader bildete die Kirche ein vorbildliches Innungsprinzip; ihre ganze organisierende und assoziierende Macht müsse darum in den Dienst der sozialen Frage gestellt werden. Sie könne gleichsam als Katalysator der gesellschaftlichen Spannungen wirken, indem sie mit dem Mittel der Liebe dem alten Recht auf angemessene Vertretung der unteren Klassen wieder zum Durchbruch ver helfe. Die Kirche dürfe sich nicht wie bisher auf eine bestimmte Ordnung festlegen und von ihren ursprünglich sozialen Aufgaben, den Schwachen und Armen zu helfen, dispensieren. Der Klerus, der „bis schier zur socialen Nullität herabgekommen sei“, müsse wieder eine soziale Mittlerfunktion der Gesellschaft übernehmen²⁸.

Baader schloß seine Ausführungen zur sozialen Frage mit dem Hinweis auf die Gefahren einer sozialen Revolution, die die Regierung nicht sehen wolle. Von der Errichtung eines über das ganze Land sich erstreckenden „Ar-

²⁸ Auf die soziale Bedeutung des Diakonats ist Baader besonders in seiner Schrift, Über den morgenländischen und abendländischen Katholizismus. In: Gesammelte Werke, Bd. 10, S. 131, näher eingegangen. Vgl. E. Benz, Fr. v. Baaders Gedanken über den Proletair aaO.

beiter- und Armenlandrathes“ erwartete er die Verhinderung jeder revolutionären Bewegung und die Einbürgerung der Proletarier in die vormärzliche Gesellschaft. „Jede Regierung kann sich dadurch wahrhaft populär machen“²⁹, hebt Baader in seinem Memorandum an den erwähnten bayerischen Minister hervor, um die Regierung zur Durchführung seines Planes zu veranlassen. Die Regierung möge sich beeilen, „denn jede in der Societät sich aus irgend einem Rechtsgrund erzeugende Puisse wird der bestehenden Ordnung und ihren Organen nur dadurch gefährlich, daß man sie von der Einverleibung (Repräsentation) in dem Gesamtorganismus ausschließt, anstatt sie in diesen mit aufzunehmen“³⁰.

Obwohl sich Baader in Denkschriften und Gutachten an Ludwig I. von Bayern für die Verwirklichung seiner Vorschläge einsetzte³¹, war ihm keinerlei Erfolg oder Nachwirkung beschieden. Eine gerechte Beurteilung seines denkerischen Aufgebotes wurde aber auch sicherlich durch die unübersichtliche und dunkle Darstellungsform erschwert, durch die Sprunghaftigkeit seiner Gedankenführung und seine Vorliebe, die Dinge nur zu skizzieren und nicht zu Ende zu führen. „Mit der magischen Lust des Romantikers ergriff er alles Erdenkliche und Zerstreute, alles durchblitzte seine Spekulation, ohne zu einem System des Denkens zu werden“³². Dazu kam der Widerstand der römisch-katholischen Kirche, die ihm mißtraute, seitdem er sich in den Tagen der Heiligen Allianz für eine Versöhnung mit der griechisch-orthodoxen Kirche eingesetzt hatte. So geschah es, daß er, der noch zu seinen Lebzeiten zu den wichtigsten Denkern des spekulativen Idealismus innerhalb der deutschen Romantik gezählt wurde, schon wenige Jahrzehnte danach trotz seiner rastlosen Schriftstellertätigkeit fast völlig in Vergessenheit geriet.

Seine Vorschläge über die Einverleibung des Proletaires in den Organismus der Gesellschaft haben auch zu seinen Lebzeiten nur verhältnismäßig geringen Widerhall gefunden. Der Tübinger Staatswissenschaftler und Nationalökonom Robert v. Mohl hat Baaders Vorschläge kurze, geistreiche und wahre Aphorismen über die Stellung des Proletariats zur menschlichen Gesellschaft genannt und gemeint: „Das Mittel der Besserung wird in einer gesetzlichen Verbrüderung derselben und in einer Vertretung ihrer Rechte durch die Geistlichkeit gefunden. Alle Einzelheiten in der Ausführung sind aber übergegangen, namentlich ist von den Fabrikarbeitern im besonderen nicht die Rede. Es ist wohl mehr als zweifelhaft, ob anstatt einer materiellen Zufriedenstellung jedes Einzelnen eine Organisierung der Masse (diese nur als Mittel und nicht als Zweck gedacht) zu einem gedeihlichen Ziel führen kann.

²⁹ Baader, Gesammelte Werke aaO, Bd. 6, S. 143.

³⁰ Baader, Gesammelte Werke aaO, Bd. 10, S. 116.

³¹ Die Briefe dazu sind erst durch E. Susini, *Lettres inédites de Fr. v. Baader* aaO, in jüngster Zeit bekanntgeworden, wie E. Benz in seiner ausgezeichneten Studie hervorgehoben hat.

³² C. Linfert, *Fr. v. Baader* aaO.

Vielmehr ist zu befürchten, daß der einmal gegebene Anstoß die bürgerliche Gesellschaft und die Industrie gleichmäßig über den Haufen werfen würde.“³³ Wesentlich positiver drückte sich der Berliner Seminardirektor und philanthropische Pädagoge Friedrich Adolph Wilhelm Diesterweg aus, als er 1837 schrieb: „Diese Gedankenreihe empfehle ich nachdrücklichst den Lesern zur weiteren Überlegung, damit die Richtigkeit, Wichtigkeit und Würdigkeit derselben recht erkannt werden... Es ist der Anfang der Organisation der Masse, welche mit Recht von unten auf begonnen werden muß, damit die Constitution der Gesellschaft auf fester Basis ruhe. Nur eine Repräsentation des äußeren Besitztums zu gestatten, ist offenbar eine große Einseitigkeit. Jeder Mensch, jeder Stand, hat seine Rechte, seine unverlierbaren, unverjährbaren“³⁴. Zwei weitere Sozialreformer des Vormärz, der Volkswirt F. H. Bodz-Reymond und der thüringische Pastor Johann Friedrich Theodor Wohlfarth³⁵, zeigten sich beeindruckt und beeinflusst durch Baader, während Hein-

³³ Robert von Mohl, Über die Nachteile, welche sowohl den Arbeitern selbst als dem Wohlstande und der Sicherheit der gesammten bürgerlichen Gesellschaft von dem fabrikmäßigen Betriebe der Industrie zugehen und über die Nothwendigkeit gründlicher Vorbeugungsmittel. In: *Archiv der politischen Ökonomie und Polizeiwissenschaft*, Bd. 2, H. 2, Heidelberg 1835, S. 190.

³⁴ F. A. W. Diesterweg, Beiträge zur Lösung der Lebensfrage der Civilisation, einer Aufgabe der Zeit, Essen 1837, S. 101. – Diese umfangreiche Schrift brachte im übrigen Vorschläge zur Begrenzung der Kinderarbeit und zur Einführung von Fabrikinspektoren (S. 187 ff.). Der Autor stützte sich dabei im wesentlichen auf einen Aufsatz des bayerischen Ministerialrates Kleinschrod über die englische Baumwoll-Manufakturen in Raus *Archiv* Bd. 3, H. 3, S. 351, wo die Factory Acts über die Kinderarbeit vom 29. 8. 1833 zitiert worden waren. Vgl. auch C. Th. v. Kleinschrod, Die neue Armengesetzgebung Englands und Irlands in ihrem 10jährigen Vollzuge, Augsburg 1849. Über Diesterweg vgl. ADB, Bd. 3, S. 173. Diesterweg hatte bereits 1836 eine ähnliche Schrift veröffentlicht, die den Titel trug: *Lebensfragen der Civilisation. Oder: Über die Erziehung der unteren Classen der Gesellschaft*, Essen 1836.

³⁵ Johann Friedrich Theodor Wohlfarth, Der Pauperismus nach seinem Wesen, Ursprunge, Folgen und Heilmitteln. Vom Standpunkte der Geschichte, Anthropologie, Staatsökonomie, Legislation, Polizei, Moral und Kirche, Weimar 1845, S. 215, erklärte sich uneingeschränkt mit Baaders Analyse und seinen Vorschlägen einverstanden. Das ist einigermaßen erstaunlich, da Wohlfarth evangelischer Prediger in Kirchhasel bei Rudolfstadt in Thüringen war. Wie sein Buch zeigt, war er in vorzüglicher Weise über das zeitgenössische Schrifttum zur sozialen Frage orientiert, das er unter genauer Quellenangabe und unter Wiedergabe von Statistiken und Tabellen zitierte. Die Hauptquelle für seine Veröffentlichung war das große Werk von Prof. Scheidler aus Jena, *Die Lebensfrage der europäischen Civilisation und die Bedeutung der Fellenberg'schen Bildungsanstalten zu Hofwyl*. In: *Minerva*. Jahrg. 1839 und Jahrg. 1844 (später selbständig erschienen).

F. H. Bodz-Reymond, Staatswesen und Menschenbildung umfassende Betrachtungen über die jetzt allgemein in Europa zunehmende National- und Privatarmuth, ihre Ursachen, ihre Folgen, die Mittel, ihr abzuwenden und besonders vorzubeugen, 4 Bde., 1837–1839, scheint durch Baaders Broschüre „Über die Proletarier“ besonders beeinflusst gewesen zu sein. Baumgardt aaO, S. 392, Anmerkung 1, weist darauf hin, daß gerade in der eigenartigen Einstellung zur Arbeiterfrage große Ähnlichkeit besteht. Während Bodz-Reymond in Wilhelm Roschers *Geschichte der Nationalökonomie* (1878) S. 789 ff. ausführlich gewürdigt worden ist, ist Baader nur eine zweizeilige Anmerkung im Anschluß an Adam Müller gewidmet worden. Hier zeigt

rich v. Treitschke sich als einer der wenigen auch noch später lobend über die Schrift „Über die Proletaires“ ausgesprochen hat³⁶.

Überblickt man abschließend die *Baadersche* Theorie für eine „Repräsentation der Proletaires“, so ist sein Appell an den Staat, eine „assoziative Sozialpolitik“³⁷ zu betreiben und eine glaubwürdige Sozialordnung zu errichten, mit der sich alle verbunden fühlen, besonders hervorzuheben. Er ist einer der ersten Sozialtheoretiker in Deutschland, der im Anschluß an die Revolution von 1830 das Verhältnis zwischen Arbeiter und Fabrikanten untersucht und die arbeitenden Schichten ihrer sinnentleerten Vereinzelung entreißen und neu in die bestehende bürgerliche Gesellschaft eingegliedert wissen will. Das von ihm zu diesem Zweck vorgeschlagene Organ eines Arbeiter- und Armenlandrates hat trotz seiner Zusammensetzung weniger freigewerkschaftlichen als vielmehr staatlichen Charakter und erinnert an die späteren preußischen Gewerberäte und Arbeiterkammern. Aber die Vertretungsrechte bleiben vage und undeutlich. Trotz der aggressiven Schärfe seiner Formulierungen bleibt *Baader* wie die anderen romantischen Nationalökonomien im Grunde konservativ und zur Vergangenheit hingewandt. Besonders deutlich zeigt sich das in seiner Forderung, den Klerus der Arbeitervertretung vormundtschaftlich beizuordnen. *Baader* lehnt sich damit an *Adam Müller* an, der schon früher eine geistliche Beaufsichtigung der Arbeitersparkassen gefordert hatte. Sicherlich war die Anregung recht wertvoll, die Kirche an ihre ursprüngliche soziale Funktion zu erinnern – führt doch von dieser Forderung ein direkter Weg zu der christlichen Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts. Nur mußte es ihr versagt bleiben, die Rechte der Arbeiter vor der Obrigkeit zu vertreten, wie sie es einstmals für die Armen getan hatte. *Baader* widersprach auch damit seiner einleitend geäußerten Ansicht, es sei ein Irrtum, das Elend der Arbeiter „durch bloße Polizei- oder sogenannte Wohltätigkeitsanstalten ... beschwichtigen zu können, ohne sich die Frage gelöst zu haben, ob und wiefern es sich um etwas mehr, nemlich um eine öffentliche Rechtsanstalt für die Proletaires handelt“³⁸. Eine Rechtsfrage bedurfte aber keiner karitativ-kirchlichen, sondern nur einer politischen Lösung. *H. Freyer* hat denn auch in seiner Kritik der romantischen Nationalökonomie festgestellt³⁹, daß die organische Analogie, wie sie auch *Baader* vertrat, dem scharfen Antagonismus

sich besonders deutlich, wie *Baader* am Ende des 19. Jahrhunderts nahezu in Vergessenheit geraten war.

³⁶ Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 4, 7. Aufl., Leipzig 1907, S. 599, zit. nach Baumgardt aaO, S. 368.

³⁷ Vgl. Otto Neuloh, Sozialpolitik im großbetrieblichen Industriesystem. In: Beiträge zur Soziologie der industriellen Gesellschaft. Hrsg. von Walther G. Hoffmann, Dortmund 1952, S. 80. – Der dort erstmals geprägte Ausdruck knüpft an dem Assoziationsbegriff vor über 100 Jahren wieder an.

³⁸ *Baader*, Gesammelte Werke aaO, Bd. 15, S. 507.

³⁹ *H. Freyer*, Die Bewertung der Wirtschaft im philosophischen Denken des 19. Jahrhunderts, aaO, S. 52.

der materiellen Interessen, diesem gleichsam knirschenden Getriebe einer komplizierten Wirtschaft schlechterdings nicht gerecht werden konnte und daß die patriarchalisch gebundene und religiös durchwaltete Wirtschaft des Mittelalters in der Verklärung des romantischen Geschichtsbildes den ökonomischen Kategorien nicht genügte.

Baaders bleibendes Verdienst ist es aber, Vorläufer für vieles gewesen zu sein, was in den nächsten Jahrzehnten zutage trat. Vor allem hatte er auf den grundsätzlichen Rechtsanspruch des Arbeiters auf eine Vertretung seiner Interessen hingewiesen.

2. Erster Vorschlag zur Beschränkung der Unternehmergewalt (*Immanuel Wohlwill*)

Im Zusammenhang mit dem allgemeinen Problem des „Pauperismus“ stand auch der zweite Vorschlag für eine Interessenvertretung der Arbeiter. Er ist in einer Streitschrift enthalten, die den Titel trägt: „Beiträge zur Theorie des Armenwesens. Veranlaßt durch des Herrn Carl Godeffroy Theorie der Armuth“¹. Sie erschien im Jahre 1834 bei dem Hamburger Verlag Hoffmann & Campe, also zur gleichen Zeit wie die Veröffentlichung von *Baader*. Der Autor wollte unbekannt bleiben, weil „das geschäftige Parteienwesen“ sich gar zu leicht an Namen und Äußerlichkeiten halte². Hinter diesem anonymen Pamphlet verbirgt sich der Pädagoge und Schriftsteller *Immanuel Wohlwill*³; ein aus Harzgerode bei Seesen stammender Schulmeisterssohn, der das Berlinisch-Kölnische Gymnasium und die Universitäten in Berlin und Kiel besuchte und 1829 zum Doktor der Philosophie promovierte. Nach seinen eigenen Angaben hat er seine Erfahrungen nicht an fremden Höfen und Universitäten bereichern können. Dafür mangelte es ihm aber nicht an Gelegenheiten, „die nahe liegenden Höfe und Gänge, die Zufluchtsstellen des Mangels dann und wann zu beobachten und wiederum mit dem hier Wahrgenommenen das glänzende Elend in den Palästen zu vergleichen“⁴. Auch sei er in der Lage gewesen, auf einer „vaterländischen Hochschule ... die Natur der Armuth mit vorurteilslosem Gemüth zu studieren und praktisch zu erproben“⁵. *Immanuel Wohlwill* (der ursprünglich Wolf hieß und erst 1822 diesen Namen annahm) war von 1823 bis 1838 Lehrer an der Israelitischen

¹ (*Immanuel Wohlwill*), Beiträge zur Theorie des Armenwesens. Veranlaßt durch des Herrn Carl Godeffroys „Theorie der Armuth“. Hamburg 1834. In: Aus der Büchersammlung von Gottfried Geffcken in Hamburg (Sammelband 22 des Hamburger StA.).

² Ebd., S. 12.

³ Über Wohlwill vgl. Neuer Necrolog der Deutschen. Hrsg. von Friedrich August Schmidt. Fortgeführt von Friedrich Voigt und Fr. Teuscher. 25. Jahrg. (1847), Teil 1, S. 165, und H. Schröder, Lexikon der hamburgischen Schriftsteller, Bd. 8, Hamburg 1854, S. 126.

⁴ (*Wohlwill*), Beiträge zur Theorie des Armenwesens aaO, S. 12 ff.

⁵ Ebd., S. 13.

Freischule in Hamburg, um danach eine Direktorstelle an der heimatlichen Jacobson-Schule in Seesen zu übernehmen, wo er 1847 starb.

Während seiner Hamburger Zeit verfaßte er über ein Dutzend selbständiger Schriften und Zeitschriftenaufsätze, die seinem jüdischen Glauben und seiner Stellung gemäß religionsphilosophische und philologisch-didaktische Themenkreise berührten. *Wohllwills* Blick wurde im Jahre 1834 auf die soziale Frage gelenkt, als die Hamburger Gesellschaft der Künste ein Preisausschreiben „Über die sittliche Verbesserung der Dienstboten“ veranstaltete, bei dem seine Einsendung preisgekrönt wurde⁶. In dem gleichen Jahr veröffentlichte er, anscheinend daran anknüpfend, seine anonymen Beiträge zum Armenwesen. Wie der Titel schon verrät, ist der Anlaß für *Wohllwills* Streitschrift die im April 1834 veröffentlichte „Theorie der Armuth“ von *Carl Godeffroy* gewesen, über die infolgedessen zunächst etwas gesagt werden muß⁷.

Carl Godeffroy, Sohn des angesehenen Hamburger Kaufmannes *Peter Godeffroy* und einer Mutter englischer Abstammung, bekleidete von 1823 bis 1832 das Amt des Ministerresidenten der Freien und Hansestädte am Zarenhof in St. Petersburg, das etwa einem Gesandtschaftsposten entsprach. Anschließend lebte er nur mit seinen mineralogischen Studien und der Schriftstellerei beschäftigt abwechselnd in Hamburg und der französischen Schweiz, um 1840 noch einmal als Bevollmächtigter seiner Vaterstadt nach Berlin zu gehen. Zwischendurch unternahm er mehrere Reisen nach England und Holstein, wo er reichen Grundbesitz hatte. Am 27. August 1848 ist er in Breslau gestorben.

Godeffroy, der auch über den Ostseehandel und die Ergebnisse seiner mineralogischen Reisen Schriften veröffentlichte, fühlte sich Ende des Jahres 1832 veranlaßt, etwas über den Pauperismus in Hamburg zu schreiben. Es gab dafür eine ganze Reihe von Anlässen. Zwar war die soziale Frage in Hamburg noch nicht zu einem Problem geworden wie in anderen Industrie- und Weberbezirken Deutschlands, doch zeigte sich gerade am Beginn der dreißiger Jahre, daß die bisherige Unterstützung für die wachsende Not in der Hansestadt nicht mehr ausreichte. Obwohl seit 1788 in Hamburg eine Armenanstalt bestand, fühlte sich im Jahre 1831 *Amalie Sieveking*, eine Kusine des dem Pietismus nahestehenden Syndikus *Carl Sieveking*, auf Grund ihrer Arbeit in

⁶ Immanuel Wohllwill, Auf welche Weise könnte in Hamburg die sittliche Verbesserung der weiblichen Dienstboten durch Privatwirksamkeit einzelner Mitbürger oder Mehrerer im Verein befördert werden? Eine von der Gesellschaft der Künste gekrönte Preisschrift. In: Über sittliche Verbesserung weiblicher Dienstboten in Hamburg, Hamburg 1834.

⁷ *Carl Godeffroy*, Theorie der Armuth. Ein Versuch. Hamburg 1834. In: Aus der Büchersammlung des Gottfried Geffcken aus Hamburg (Sammelband 22 des Hamburger StA.). Über *Godeffroy* vgl. H. Schröder, Lexikon der hamburgischen Schriftsteller, Bd. 2, S. 508, und Genealogisches Handbuch bürgerlicher Familien, 27., Göttingen 1914, S. 34 f.

einem Hospital dazu gedrängt, einen zusätzlichen „Christlichen Verein für Armen- und Krankenpflege“ ins Leben zu rufen⁸. Gleichzeitig veranstaltete die Hamburger Patriotische Gesellschaft ein „Preisausschreiben betreffend eine Arbeitsanstalt für Arme, die dem bürgerlichen Betrieb keinen Abbruch tun“⁹. Wenig später eröffnete der junge Hamburger Pastor *Johann Hinrich Wichern*¹⁰ das „Rauhe Haus“, das nach anderthalb Jahrzehnten jedem Protestanten zusammen mit dem Gedanken der Inneren Mission zu einem Begriff werden sollte. Alle diese Maßnahmen und Gründungen in der von ihm vertretenen Vaterstadt mußten *Godeffroy* natürlich lebhaft beschäftigen, zumal er im Jahre 1809 in Edinburgh bei *Dugald Stewart* Vorlesungen über politische Ökonomie gehört hatte. Nach einem Tischgespräch über das Armenwesen, an dem auch der Großkaufmann, Mäzen und Gründer der Hamburger Armenanstalt, *Baron Caspar Voght*¹¹ teilnahm, faßte *Godeffroy* den Entschluß, „die in der Wärme der Diskussion vielleicht etwas zu leidenschaftlich geäußerten Ansichten bedächtiger zu Papier zu bringen.“

Im Gegensatz zu dem allgemein gehaltenen Titel behandelte *Godeffroy* aber nur die Fabrikarbeiterschicht und erklärte deren Armut als ein unabänderliches Naturgesetz und nicht zu vermeidendes Übel, als ein „von der gütigen Vorsehung in ihrer Weisheit konstituierender Elementarstand für jeden Staat“¹². Unter dem Einfluß von *Thomas Malthus* stehend, dessen Bevölkerungslehre er in England kennengelernt hatte, sah er das wegraffende Elend „sogar als Heilmittel für die menschliche Gesellschaft an.“ Jeder direkte Versuch, die Armut aus der Gesellschaft zu verbannen, mußte seiner Meinung nach unvermeidlich zerrüttend und auflösend auf die Staatsmaschine zurückwirken. Als Gegenmittel empfahl er die Wiedereinführung der Zünfte,

⁸ Sieveking, Geschichte und Stammbaum der Familie Sieveking, 1901. – Richard Remé, *Amalie Sieveking*, eine Vorkämpferin für die christliche Frauenbewegung, 1911. – Hildegard Goetting, Die sozialpolitische Idee in den konservativen Kreisen der vormärzlichen Zeit, Diss. Berlin 1922. – Elisabeth Haupt, *Amalie Sieveking* als Gründerin des Christlichen Vereins für Armen- und Krankenpflege (Diss. Frankfurt/M.), Berlin 1953, und die gedruckten Jahresberichte des Vereins. Die beiden letzten Schriften zitiert nach Percy-Ernst Schramm, Hamburg, Deutschland und die Welt. München 1943, S. 397 ff. und S. 725.

⁹ (Wohllwill), Beiträge zur Theorie des Armenwesens aaO, S. 63.

¹⁰ *Johann Hinrich Wichern*, Nothstände der protestantischen Kirche und die Innere Mission, zugleich als zweite Nachricht über die Brüder des „Rauhen Hauses“ als Seminar für Innere Mission, Hamburg 1844. – Ders., Die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche. Eine Denkschrift an die Deutsche Nation, Hamburg 1849. Vgl. *Johann Hinrich Wichern*, Ausgewählte Schriften, Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage, hrsg. von Karl Janssen, Gütersloh 1956. – *Wicherns* gesammelte Schriften, hrsg. von Friedrich Mahling, 6 Bde., Hamburg 1901–1908, werden in der Schriftenreihe zur Sozialpädagogik des Lutherschen Verlagshauses in Berlin von Peter Meinhold zur Zeit neu herausgegeben.

¹¹ Vgl. *Baron v. Voght*, Über die hamburgische Armenanstalt von 1788–1794. 2. Aufl., Lüneburg 1832. – Selbstbekenntnisse C. v. Voghts, gedruckt von G. H. Sieveking. In: Mitteilungen des Vereins für hamburgische Geschichte, Bd. 7 (1901), H. 2.

¹² *Godeffroy*, Theorie der Armuth aaO, S. 20.

Zwangssparkassen, Tugendlotterien und Tugendprämien zur Hebung der Sittlichkeit, Arbeitshäuser, Verminderung der Branntweinschänken, die Errichtung eines Armenministeriums sowie das Verbot jeder privaten Miltätigkeit. Godeffroys Theorie der Armut fand in den Zeitschriften solche Beachtung¹³, daß schon im Jahre 1836 eine zweite Auflage herausgebracht wurde¹⁴.

Dieses allgemeine Aufsehen war es wohl, was Immanuel Wohlwill zu seiner Erwiderung veranlaßte. Er stand dabei mit seiner Kritik nicht alleine; denn schon vor ihm hatte das „Hamburger Volksblatt“ boshaft bemerkt, „es sei ein Buch erschienen über die Kunst, den Armen zu helfen und dabei sein Geld zu behalten“¹⁵. In seiner Gegenschrift versuchte Wohlwill nun zu zeigen, daß „die Ungleichheit des Besitzstandes keine *conditio sine qua non* der bürgerlichen Gesellschaft“ sei. Die Armut entspringe nicht einem notwendigen Schicksal, sondern selbstverschuldeten Ursachen, die die Menschen durchaus bessern könnten: „Der Staat darf die schreiende Ungerechtigkeit nicht dulden, daß der aus der Arbeit hervorgehende Gewinn dem Herrn allein zu Gute kommt“¹⁶. Deshalb müsse das Verhältnis der Arbeiter zu ihren Lohnherren ein Gegenstand obrigkeitlicher Aufsicht werden. Dies um so mehr, je leichter aus Mißhelligkeiten, die hier entstehen, der öffentlichen Ordnung Gefahr drohe. Wohlwill forderte daher „eine gemischte schiedsrichterliche Behörde aus sachkundigen, rechtschaffenen Abgeordneten der Lohnherren und der Arbeiter, denen von Obrigkeit wegen eine Anzahl fähiger, achtbarer Personen zur Vertretung des allgemeinen Rechtes und zur Vermittlung der einander gegenüberstehenden Interessen beizugeben wäre. Durch solche Ausgleichs-Commissionen, wofern man ihnen das gehörige Ansehen gebe und erhielte, möchte ohne alle weitere Freiheitsberaubung das gute Einverständnis am besten zu erhalten sein“¹⁷.

Wohlwill wendet sich damit nachdrücklich gegen die von Godeffroy vertretene Bevormundung der Arbeiter durch Zwangssparkassen, Armenministerium und Arbeitshäuser, die nur für „verworfenen Müßiggänger und Landstreicher“ in Frage kämen. Er rückt damit deutlich von dem Stil der überlieferten Armenpolizei ab. In seiner aphoristischen Schreibweise bemerkt er,

¹³ Rezensionen erschienen im Hamburger Correspondenten v. 5. 4. 1834, in den Kritischen Blättern der Börsenhalle v. 14. und 28. 4. 1834, (S. 111) sowie in der Hamburger Monatsschrift für Politik und Handel, H. 4 (1834), S. 267 ff. Eine sehr ausführliche Würdigung erfuhr später Godeffroys „Theorie der Armuth“ bei dem Berliner Redakteur der Vossischen Zeitung und Freund Lorenz v. Steins, August Theodor Woeniger, in dessen „Publicistischen Abhandlungen“, Berlin 1843, S. 12, indem dieser sie u. a. den Gedankengängen von Eugen Buréts in: *De la Misère des classes laborieuses en Angleterre et en France*. 2 Bde., Paris 1840, gegenüberstellte.

¹⁴ Carl Godeffroy, *Theorie der Armuth oder Minderbegüthung*. Ein Beitrag zur Lehre von der Güthervertheilung. 2. Aufl., Hamburg 1836.

¹⁵ (Wohlwill), Beiträge zur Theorie des Armenwesens aaO, S. 11.

¹⁶ Ebd., S. 38.

¹⁷ Ebd., S. 39. Vgl. auch S. 49.

daß auch für die „delikatesten Beziehungen“, nämlich die Anforderungen an Ärzte und Advokaten, bestimmte Taxen allgemein verbindlich festgesetzt seien. Warum sollte dann, so fragt er, eine der Gerechtigkeit entsprechende Lohnordnung nicht überall durchführbar sein? Er betrachte es deshalb als eine Aufgabe, das Verhältnis des Arbeiters zu seinem Lohnherren gesetzlich zu ordnen. Es sei „*der Lohn in Verhältnis zu den Preisen der Lebensmittel und den Gewinnen der Eigenthümer für bestimmte Termine, unter Mitwirkung von Geschworenen aus der Mitte der Beteiligten, obrigkeitlich festgestellt*“¹⁸.

Abschließend meinte der Verfasser, solche gesetzlichen Anordnungen müßten, damit sie nicht veralten, regelmäßig revidiert werden. Die Regierung sollte über die gemischten Kommissionen mehr „eine leitende Aufsicht, als gebieterische Strenge“¹⁹ ausüben und sich des Befehlens freudig enthalten, wenn man auf schiedsrichterlichem Wege und unter allgemeiner Zustimmung etwas zu Stande bringen könne²⁰.

Auffällig ist hier, daß es in erster Linie um eine gesetzlich festgestellte Lohnvereinbarung unter Mitwirkung der Arbeiter geht und wie bei Baader ein Eingreifen des Staates zugunsten der wirtschaftlich Schwachen befürwortet wird. Der Leipziger Nationalökonom Friedrich Bülow hat freilich später bemerkt, Godeffroys Vorschläge wären nicht so böse gemeint gewesen, nennt aber die Auslassungen des Anonymus ein „treffliches Gegenschriftchen“ und hebt hervor, daß dieser im Gegensatz zu den bisher geäußerten Meinungen die Fabrikherren beschränken will²¹.

Auch Mohl, der 1835 in einer Art Bücherschau, wie er es auch später regelmäßig in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ tat, sämtliche vorliegende Literatur aus dem In- und Ausland zur Arbeiterfrage besprochen hat, hat sich zu dem Vorschlag Wohlwills geäußert und gemeint²²: „Die Richtigkeit der diesen Vorschlägen zu Grunde liegenden Ansichten ist einleuchtend, und es wäre zu wünschen gewesen, daß sich der Verfasser, der mehr als irgend jemand, welcher sich mit dieser Frage bis jetzt beschäftigt, zu einer richtigen Auffassung und Lösung derselben befähigt erscheint, weniger an den viel zu allgemeinen Titel der bekämpften Schrift als an den besonderen Inhalt gehalten hätte, wo denn von seinem richtigen Blick eine umfassendere und gründlichere Behandlung des wichtigen Lebensganges zu erwarten gewesen wäre.“

¹⁸ Ebd., S. 90.

¹⁹ Ebd., S. 91.

²⁰ Wohlwill stand im übrigen in Hamburg mit dem Gedanken einer Lohnreform nicht alleine da. Auch Amalie Sieveking, die bereits erwähnte Vorkämpferin für eine christliche Frauenbewegung, hatte sich gegen das „ungerechtfertigte Herabdrücken des Lohnes“ gewandt. Freilich sah sie „in dem Bereich menschlicher Macht und menschlicher Weisheit kein Mittel, diesem Übel abzuhehlen“. Vgl. P. E. Schramm, Hamburg, Deutschland und die Welt, aaO, S. 397.

²¹ Friedrich Bülow, *Der Pauperismus*. In: Deutsche Vierteljahrsschrift, Jahrg. 1838, H. 1, S. 104.

²² Mohl, Über die Nachtheile . . . aaO, S. 202.

3. Pläne zur Bildung einer speziellen „Fabrikarbeiter-Abordnung“ (Robert v. Mohl)

Robert v. Mohl war es denn auch, der auf dieser Schrift aufbauend sich als dritter im Jahre 1835 zu dem Problem einer Heranziehung der Arbeiter zu wirtschaftlichen und betrieblichen Fragen äußerte¹. Was aber den Tübinger Staatsrechtler und Nationalökonom vor den anderen hier besprochenen Autoren auszeichnet, ist dieses: Er rührte erstmals die Frage der menschlichen Zuordnung und neuen Abhängigkeiten im Fabrikbetrieb als wirkliches Problem an und leitete schließlich aus kritischer Analyse heraus seine eigenen programmatischen Forderungen ab. Mohl gehörte mit seinen Kollegen Wilhelm Roscher und Bruno Hildebrand zu den ersten Kritikern des klassischen Liberalismus in Deutschland, ohne aber etwa die Gewerbefreiheit wieder aufheben zu wollen. Er vertrat einen auf das Ethische hin orientierten Neoliberalismus, der sich zu den klassischen Doktrinen von Adam Smith, François Quesnay, David Ricardo und ihren Epigonen in bewußten Gegensatz stellte. Er distanzierte sich von der liberalen Lehre so weit, als diese sich in ihrer Entwicklung zum Manchesterium zu einer rein optimistischen Auffassung des modernen Industrialismus ausgebildet hatte. Nach Mohls Meinung hatte die von dem großen Schotten begründete Nationalökonomie dadurch, „daß ihr die Anhäufung von Werten in wenigen Händen ganz gleichviel gilt, ja, eigentlich sogar noch lieber ist, einen schweren Irrtum begangen“². Im übrigen sei zwar nun einmal die Gewerbefreiheit „die Mutter der fabrikmäßigen Industrie und somit des in Frage stehenden Übels“³, aber ihre Beschränkung und eine Rückkehr zu den alten Wirtschaftsformen der Zünfte „hieß eine Selbstmord begehen, um eine Krankheit loszuwerden“⁴. Von diesem Standpunkt aus schrieb Mohl 1835 seinen bereits mehrfach erwähnten Essay „Über die Nachteile der . . . fabrikmäßigen Industrie“, der über 70 Seiten stark in der von vielen Intellektuellen gelesenen „Deutschen Vierteljahrs-Schrift“ erschien, die damals der Cotta'sche Verlag herausgab⁵.

Für die Frage der geschichtlichen Entwicklung des Mitbestimmungsgedankens ist nun besonders relevant, daß Mohl bei seinen Untersuchungen über die Wirkungen, die „das System der großen Fabriken auf den wirtschaftlichen, sittlichen, bürgerlichen und staatlichen Zustand der zahlreichen ge-

¹ Gertrud Behse, Die Soziologie der industriellen Gesellschaft bei Robert v. Mohl. Diss. rer. pol. Münster 1952, S. 26. – Über Mohl vgl. ferner Ernst Meier, Robert v. Mohl. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 34 (1878), S. 431 ff., und Robert v. Mohl, Lebenserinnerungen. 2 Bde., Stuttgart/Leipzig 1902.

² Mohl, Über die Nachteile . . . aaO, S. 142, und Meier, R. v. Mohl, aaO, S. 506.

³ Mohl, Über die Nachteile . . . aaO, S. 160.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. dazu H. Wuttke, Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens, 2. Aufl., Leipzig 1875, S. 70 ff.

wöhnlichen Fabrikarbeiter ausübt“⁶, bei den nachteiligen Einflüssen an erster Stelle auf die Abhängigkeit des Arbeiters im Betrieb zu sprechen kommt⁷: „Will er nicht Hungers sterben mit den Seinigen, so muß er in einer Fabrik arbeiten, ein wesentlicher Teil seiner Person ist die Maschinerie, die einem Dritten gehört“. Das verrät eine soziologische klare Einsicht, wie sie bisher niemand vor ihm geäußert hatte. Mohl schildert an dieser Stelle weiter, wie beispielsweise ein Konkurs des Unternehmers den Arbeiter unweigerlich in den Abgrund reiße, ohne daß dieser etwas dagegen tun könne, während ein Handwerker sein Schicksal in einem gewissen Sinne immer noch meistern könne. Das Brot des Fabrikarbeiters hänge von der Einsicht und dem Willen seines Arbeitgebers ab, gegen dessen auftretende unbillige Forderungen er sich kaum wehren könne, weder durch aktiven Widerstand (den der Staat bestraft), noch durch passive Resistenz (zu dem die finanziellen Voraussetzungen fehlen). Mohl kommt schließlich zu der Feststellung⁸: „Faßt man nun aber auf der einen Seite die große und aus gewerblichen Gründen notwendiger Weise immer mehr anschwellende Anzahl der Arbeiter, auf der anderen Seite den bisher geschilderten, wahrlich nicht weniger als übertriebenen Zustand derselben in wirtschaftlicher, sittlicher, körperlicher und staatlicher Beziehung ins Auge, so muß es als eine sehr ernste Aufgabe erscheinen, die jetzt schon vorhandenen Wirkungen und die wahrscheinlich künftigen Folgen solcher Verhältnisse genauer zu erforschen.“

Hier liegt der Ausgangspunkt seiner Untersuchungen. Mohl weist übrigens auch noch an anderer Stelle darauf hin, daß er sich in diesem Essay „Über die Nachteile . . .“ erstmals zu sozialer Kritik gegenüber dem Liberalismus durchgerungen habe. Denn die erste Auflage seines die Malthus'sche Theorie erläuternden Werkes über die „Polizeiwissenschaft“⁹ aus dem Jahre 1832 sei zu seinem Bedauern noch unter die Werke zu rechnen, „welche die fabrikmäßige Industrie in ihren Wirkungen tadellos findet“¹⁰. Erst durch die Kritik Sismondis an Adam Smith's Lehre sei er zu den nicht nur im heimatlichen Württemberg Aufsehen erregenden Ansichten gekommen¹¹.

Nachdem er die ihm ungeeignet erscheinenden Ideen zur Besserung der Lage der Fabrikarbeiter abgelehnt hat, kommt Mohl dann zu seinen eigenen Vorschlägen, bei denen er den Gegensatz im Betrieb „durch das für dieses Verhältnis natürliche Gefühl des Wohlwollens und gemeinschaftlichen In-

⁶ Mohl, Über die Nachteile . . . aaO, S. 143.

⁷ Ebd., S. 145.

⁸ Ebd., S. 152 ff.

⁹ Robert v. Mohl, Die Polizeiwissenschaft, Tübingen 1832.

¹⁰ Mohl, Über die Nachteile . . . aaO, S. 194.

¹¹ Mohl bezieht sich hier wahrscheinlich auf Sismondis Schriften, Du sort des ouvriers dans les manufactures, Paris 1834, und De la richesse territoriale, Paris 1834. Sismondis berühmtes Werk Études sur l'économie politique, Paris 1837 (Dtsch. Neue Grundsätze der politischen Ökonomie hrsg. von R. Prager, 2 Bde., Berlin 1902) lag zu dieser Zeit noch nicht vor.

teresses ausgleichen will“¹². Er fordert als neue soziale Organisationsform eine „Association“, in die „Fabrizierende jeder Art“ eintreten können. Das Prinzip dieser neuen Organisation sollte es sein, „die Verschiedenheit der Interessen der Kapitalisten, des Unternehmers und des Arbeiters dadurch auszugleichen, daß der Arbeiter durch Teilnahme am Kapitalbesitz und Gewinne ebenso wie an der Unternehmung und ihrem Gewinne herangezogen wird“. Mohl läßt hier mit aller Deutlichkeit durchblicken, daß es ihm nicht etwa bloß um eine Lohnerhöhung geht, sondern um die Beseitigung der Aussichtslosigkeit, „die den Arbeiter zu einem bedenklichen Mitglied der menschlichen Gesellschaft macht“¹³.

Es geht ihm darum, daß „bei den Arbeitern, welche ihren sauer verdienten Lohn unverändert . . . erhielten, während sie riesenmäßige Reichtümer beim Herrn sich antürmen sahen, das tiefste Mißtrauen und die Überzeugung entstanden, daß sie nur als Maschinen angesehen und abgenützt wurden, anderen aber der Lohn ihrer Anstellung zugute komme. Um diesen giftigen Samen von Feindschaft auszurotten, bleibt nichts anderes übrig, als daß die Bezahlungsweise des Arbeiters wesentlich geändert und ihnen wirklich in allen Fällen ein Antheil aus dem reinen Gewinne eingeräumt wird.“¹⁴ Im Zusammenhang mit dieser aus ethischen Motiven geforderten Gewinnbeteiligung macht Mohl mehrmals die Erwähnung von einer selbständigen Arbeitervertretung. Einmal soll der Unternehmer „bei der Berechnung des reinen Gewinnes eine Abordnung von Seiten der Arbeiter beiziehen und derselben die Einsicht seiner Bücher“ gestatten, „wobei übrigens nicht nur eine Beedigung auf strengste Geheimhaltung über hierbei erlangte Kenntnisse am Platze wäre, sondern auch die Personen außerhalb¹⁵ der Zahl der Arbeiter von diesem gewählt werden könnten“¹⁶.

Mohl machte hier erstmals den Vorschlag, eine Art von Arbeiterausschuß zu bilden, wie es ihn in dieser Form noch nirgends gab. Der Gewinnanteil jedes Arbeiters sollte nach Lohnhöhe abgestuft als eine Art von Jahresprämie an „die gesamte Masse der in der Fabrik Beschäftigten“ verteilt werden, weil diese ja, und nicht nur der Einzelne, mit dem Unternehmer ausgesöhnt und verbunden werden sollte. Dieselbe Idee äußerte Mohl dann noch einmal 1840, als er forderte, „einem von ihnen selbst aus ihrer Mitte gewählten Ausschuß müßten regelmäßig die Rechnungen vorgelegt und je nach deren Ergebnis bestimmte Quoten des Gewinnes ausbezahlt werden“¹⁷. Und an anderer Stelle

¹² Mohl, Über die Nachteile . . . aaO, S. 173.

¹³ Ebd., S. 174.

¹⁴ Ebd., S. 179.

¹⁵ „Außerhalb“ ist hier mißverständlich und soll anscheinend heißen: Die Zahl der beschäftigten Arbeiter bleibt hier außerhalb von Betracht, es soll auf jeden Fall gewählt werden.

¹⁶ Mohl, Über die Nachteile . . . aaO, S. 179.

¹⁷ (Robert v. Mohl), Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der politischen Ökonomie. In: Deutsche Vierteljahrsschrift, H. 3, Stuttgart-Tübingen 1840, S. 65. –

spricht er davon, „für den Ausschluß entschieden Unwürdiger könnte durch ein aus den Arbeitern selbst zu bildendes Geschworenengericht gesorgt werden“¹⁸.

Die hier vorgeschlagenen Ausschüsse sollten ausschließlich von Arbeitern gewählt und zusammengesetzt sein, es war also an eine sozialhomogene Interessenvertretung gedacht. Aus dem Wortlaut seines Vorschlages ging allerdings nicht hervor, daß sie die Gewinne der Arbeiter wirklich mitfestsetzen sollten. Mohl dachte wohl eher an eine treuhänderische Kontrollfunktion im Sinne eines beratenden Mitverwaltungsrechtes. Von einer einschneidenden Einengung der UnternehmERAUTONOMIE war nicht die Rede. Der Tübinger Nationalökonom hielt die Arbeiter auch nicht für fähig, etwa die kaufmännisch-technische Leitung eines Unternehmens zu übernehmen oder in ihr entscheidend mitzubestimmen, denn er schrieb¹⁹: „Einen Einfluß auf den Betrieb nach seiner technischen und merkantilistischen Richtung könnte wohl den Arbeitern ohne größte Gefahr hinsichtlich der nötigen Intelligenz nicht anvertraut werden. Wir fühlen zwar wohl, . . . daß daneben . . . einer der erfreulichsten Züge des Fabriklebens bestehen bleibt, nämlich die Abhängigkeit so vieler von den etwaigen Mißgriffen der Leitenden. Allein, hier scheint wirkliche Hilfe unmöglich zu sein. Eine demokratische Leitung von großen Gewerbeunternehmen wäre völliger Unsinn.“

Mohls Vorschläge zur Bildung einer Fabrikarbeiter-Abordnung bzw. eines Fabrikarbeiter-Geschworenengerichtes im Rahmen einer Gewinnbeteiligung fußten auf der Streitschrift des Hamburger Pädagogen Immanuel Wohlwill, wie die Ähnlichkeiten in der Formulierung beweisen. Außerdem muß noch auf den Umstand hingewiesen werden, daß der Tübinger Gelehrte das wirkliche Leben der Fabrikarbeiter aus eigener Anschauung wohl kaum gekannt hat. In Mohls „Lebenserinnerungen“²⁰ fehlen überhaupt jede Angaben über eine nähere Berührung mit der Arbeitswelt der Industrie. Auf seinen Bildungsreisen und bei seiner späteren politischen Tätigkeit hat er das preußische Rheinland und die Grafschaft Mark, Berlin, Sachsen und Schlesien, wo die Industrialisierung noch am weitesten fortgeschritten war, nie besucht. Es gab allerdings zu Anfang der vierziger Jahre in Urach bei Tübingen schon eine mechanische Flachsspinnerei, die Mohl auf seinen Spaziergängen wie die anderen Bürger seiner Stadt kennengelernt haben mag.

L. H. Adolph Geck, Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit, Berlin 1931, S. 84, spricht von einem „ungenannten Verfasser“ dieses Aufsatzes. Ernst Meier, R. v. Mohl aaO, S. 436, der die in Zeitschriften und Sammelwerken verstreuten Aufsätze Mohls zusammengestellt hat, konnte auch die Urheberschaft an diesem anonym erschienenen Beitrag nachweisen.

¹⁸ Mohl, Über die Nachteile . . . aaO, S. 180. – Auch in dem von Mohl verfaßten Artikel „Gewerbe- und Fabrikwesen“ im Rotteck-Welckerschen Staatslexikon, Bd. 5 (1847), S. 770, ist der Vorschlag in gleicher Formulierung enthalten.

¹⁹ Mohl, Die Vergangenheit . . . aaO, S. 66.

²⁰ Mohl, Lebenserinnerungen aaO, Bd. 1, S. 119–140, und Bd. 2, S. 363–436.

Jedenfalls hat der Tübinger Nationalökonom ohne große Kenntnisse aus der Praxis über die Probleme der deutschen Fabrikarbeiter geschrieben. Um so mehr mußte er daher darauf bedacht sein, alle nur erreichbare Literatur darüber heranzuziehen. Seine Hauptquelle über die tatsächliche Lage der Arbeiterschaft dürfte das Buch „Die Württembergsche Gewerbsindustrie“ gewesen sein, das sein Bruder *Moritz* bereits 1828 veröffentlicht hatte. Darin hatte dieser die Fabriken in Württemberg und Baden, z. T. auch in der Schweiz und in Bayern aus eigener Anschauung beschrieben. Da aber *Moritz Mohl*, auf dessen Persönlichkeit wir im Verlauf der Revolution von 1848 noch ausführlich zu sprechen kommen, einen extrem manchesterlichen Standpunkt nach Art der Freihandelspartei einnahm, wird dieses Buch *Robert v. Mohl* nicht allein auf die soziale Frage gelenkt haben. Ein Blick auf die von ihm selbst angegebene Literatur macht deutlich, daß er seine Ideen auch weitgehend von den utopischen Frühsozialisten *Owen*, *Saint Simon*, *Sismondi* und *Fourier* übernahm, um in kritischer Analyse und systematischer Zusammenfassung „diejenigen Mittel auszuscheiden, welche alle gänzlich verfehlt und unwirksam erscheinen“²¹. Sein Lob über den Hamburger Anonymus zeigt, daß er hier eine besonders brauchbare Lösung für die soziale Frage sah – sein Aufsatz in der berühmten Cottaschen Zeitschrift sollte ihr das nötige Echo bringen. Im Gegensatz zu *Baader* und dem unbekannten *Wohlwill* haben *Mohls* Analyse der industriellen Zustände und seine Reformvorschläge dann auch einen nachhaltigen Widerhall in der literarischen Öffentlichkeit gefunden.

Als erster nahm ein Fachkollege *Mohls*, der Heidelberger Nationalökonom *Karl Heinrich Rau*²², dazu Stellung. Zusammen mit *G. Hanssen* war er der Herausgeber des „Archives für politische Ökonomie und Polizeiwissenschaft“, in dem der *Mohlsche* Aufsatz erschienen war. *Rau* hieß die darin gemachten Vorschläge im allgemeinen für gut und meinte, es wäre sehr nützlich, „wenn nach diesem Vorschlag die Arbeiter wirklich einigermaßen zu Mitinteressen gemacht werden könnten“²³. Weiter erklärte er, es sei doch denkbar, „daß die Fabrikunternehmer sich zu einer ähnlichen Einrichtung entschließen, um sich die Zuneigung ihrer Arbeiter desto mehr zu versichern; man muß sogar einen großen Werth darauf legen“, betonte er, „daß die Unternehmer letzteren Zweck eifrig ins Auge fassen“. *Rau*, der sich über die Folgen der Aufhebung des Zunftwesens und über grundsätzliche Fragen der Volkswirtschaftspolitik Gedanken machte²⁴, wandte sich dann – um die von den alten

²¹ Mohl, Über die Nachteile ... aaO, S. 159.

²² Vgl. Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 27, S. 380–385, und Artikel „Rau“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Bd. 7 (1910/11), S. 7, sowie ebd., 4. Aufl. (1925), Bd. 6.

²³ Mohl, Über die Nachteile ... aaO, S. 181.

²⁴ Karl Heinrich Rau, Über das Zunftwesen und die Folgen seiner Aufhebung. Gekrönte Preisschrift. 2. verm. Aufl., Leipzig 1816, und Ders., Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik. 2. Aufl., Leipzig 1839.

Mächten noch heftig befehdete Gewerbefreiheit nicht allzusehr wieder einzuschränken – strikt gegen jede staatliche Einmischung und Förderung in dieser Frage. An der Durchführung der Gewinnbeteiligung schien ihm im Hinblick auf die wirklichen Verhältnisse in der Industrie aber noch manches zweifelhaft.

Neben diese wohlwollende Kritik trat dann eine prinzipielle Ablehnung: *Franz Joseph Ritter v. Buß*²⁵, der Freiburger Professor für Staatswissenschaft und Kirchenrecht, lehnte die *Mohlsche* Gewinnbeteiligung mit ihren Arbeiterausschüssen mit Nachdruck und grundsätzlich ab. In einer 1837 gehaltenen Rede vor den großherzoglich-badischen Landständen in Karlsruhe kritisierte er, daß damit nur den Einzelnen, nicht aber der Masse der Fabrikarbeiter geholfen werde²⁶. *Buß*, dessen übrige sozialpolitischen Vorschläge in fast wörtlicher Übereinstimmung dem *Mohlschen* Aufsatz folgten und überhaupt nur wenig eigene Gedanken verrieten, wollte die „sociale Desorganisation“, d. h. die körperlich-seelischen Auswirkungen der dauernden ökonomischen Abhängigkeit des Arbeiters durch den erneuerten Geist christlicher Nächstenliebe in der Fabrik beheben und erwartete, daß sich im Verhältnis des Unternehmers zum Arbeiter ein „Verein wechselseitiger Hilfe, eine Association zwischen dem Herrn und Arbeiter“ gründen ließe. Damit war der Gedanke der „christlichen Fabrik“ ausgesprochen, der später noch jahrzehntelang in der katholischen Sozialbewegung lebendig bleiben sollte. Darüber hinaus schwebte *Buß*, dessen ethisch-evolutionär ausgerichteten Vorschläge vornehmlich auf den Schriften des Franzosen *Edouard Alletz* beruhten²⁷, in Anlehnung an *Godeffroy* ein Armenministerium und eine ständisch-korporative Gesellschaftsordnung vor, die der Klassenteilung vorbeugen sollte. Hier begegnete er sich wieder mit *Baaders* Gedankengängen, ohne aber dessen bedeutende Konzeption wirklich weiter zu führen.

²⁵ Albert Franz, Der soziale Katholizismus in Deutschland bis zum Tode Kettlers, M.-Gladbach 1914; K. Spreng, Studien zur Entstehung der sozialpolitischen Ideen in Deutschland auf Grund der Schriften von Franz v. Baader und Franz Joseph v. Buß, Diss. Gießen 1932; Schwer-Müller, Der deutsche Katholizismus im Zeitalter des Kapitalismus, Augsburg 1932; Rudolf Lange, Franz Joseph Ritter v. Buß und die soziale Frage seiner Zeit, Freiburg/Br. 1955.

²⁶ Rede 23, S. 24, zit. nach Spreng, Studien zur Entstehung von sozialpolitischen Ideen aaO, S. 97. Vgl. Franz Joseph Ritter v. Buß, Über die mit dem fabrikmäßigen Gewerbsbetrieb verbundenen Nachteile und die Mittel ihrer Verhütung. Eine Rede, gehalten am 25. 4. 1837 in der 16. öffentlichen Sitzung der II. Kammer der Großherzoglich Badischen Landstände, Karlsruhe 1837, und Adolf Geck, Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung. Der erste sozialpolitische Versuch in einem deutschen Parlament. Mit einem Geleitwort von August Bebel, Offenburg 1904. – Nach Spreng aaO, S. 115, kann *Buß* nicht als erster deutscher Sozialpolitiker, wie es der Sozialdemokrat Adolf Geck getan hat, und auch nicht als erster katholischer Sozialpolitiker in Deutschland bezeichnet werden, wie es in der Literatur häufig geschehen ist. Seine eigene Gedankenarbeit tritt vielmehr hinter die praktische Einwirkung auf die katholisch-soziale Bewegung zurück.

²⁷ Vgl. Edouard Alletz, Die neue Demokratie oder die Sitten und die Macht der Mittelklassen in Frankreich. Bearbeitet von F. J. Buß, Karlsruhe 1838.

Auch der Leipziger Philosoph und Staatswissenschaftler *Friedrich Bülow*²⁸, Verfasser zahlreicher bekannter Handbücher und Schriften²⁹, nahm kurze Zeit später zu den *Mohlschen* Vorschlägen Stellung, als er in einer Schrift den allgemeinen Pauperismus besprach und dazu sämtliche vorliegende Literatur heranzog. *Bülow*, der schon vorher die organische Befestigung des Lebens und die Opposition gegen jeden Formalismus als Grundrichtung seines politischen Systems bezeichnet und in diesem Zusammenhang sich zu Gunsten des Proletariats ausgesprochen hatte, schrieb im Jahre 1838, es sei dankbar zu akzeptieren, „daß ein so bewährter Rathgeber, wie der Tübinger Publicist ist, wenigstens für das Fabrikwesen eine ganz neue Gestalt des Gewerbslebens fördert und an die Stelle des Absolutismus der Fabrikherrn eine Art Repräsentativstaat setzen will. Es würden aber seine Vorschläge zunächst nicht gegen den Pauperismus im Allgemeinen gerichtet“, fährt *Bülow* in Übereinstimmung mit der *Bußschen* Kritik fort, „sondern nur auf Verbesserung einer Classe berechnet sein, die unter Umständen allerdings die gefährlichste, aber in jetzigen Zeiten keineswegs die unglücklichste ist. Indeß auch für diesen engeren Standpunkt ist zu bemerken, daß der natürliche Zug der Verhältnisse nicht auf diese Einrichtung hinführt, daß sie sich zum Theil ihm entgegensetzen“. *Friedrich Bülow* erkannte damit deutlich die neue Zielrichtung bei *Mohl*, in der Industrie ein repräsentatives Vertretungssystem für die Arbeiter zu schaffen, um die autoritäre und patriarchalische Herrschaft des Unternehmers einzuschränken. Für ihn aber war das alles eine mehr in weiter Ferne liegende Vorstellung, zu schön, um in naher Zukunft daran zu glauben. Daß er im Prinzip mit *Mohl* vollkommen übereinstimmte, zeigte er noch an anderer Stelle, wo er schrieb: „Ich habe in meinem Handbuch der Staatswirtschaftslehre als eine mögliche neue Phase des Gewerbslebens die des genossenschaftlichen Betriebes bezeichnet, welcher die richtige Mitte halten würde zwischen dem schroff trennenden Egoismus der Individuen und dem allen Sporn des Sonderinteresses aufhebenden . . . System der Erwerbsgemeinschaft. Vielleicht erkennt die Zeit allmählig den Werth der Vereinigung zur Erreichung gemeinschaftlicher Zwecke . . . Manche Erscheinungen der Zeit, die Vorliebe für Actienunternehmungen, das Wirken der schottischen Banken, die erwähnten von *Babbage*, *Nebbiens*, *Mohl* gemachten Vorschläge, die Verirrungen selbst des St. Simonismus, des Owenismus und des Fourierismus möchte ich gern als die fernen, ersten Vorzeichen einer Hinneigung zu Formationen betrachten,

²⁸ Über *Bülow* vgl. ADB, Bd. 2, S. 512; Wilhelm Roscher, Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland, Leipzig 1874, S. 902 ff., und Männer der Zeit, Bd. 1, S. 804 ff.

²⁹ Seine wichtigsten Schriften sind: Enzyklopädie der Staatswissenschaften, Leipzig 1832. (2. Aufl., 1856.) – Der Staat und der Landbau, 1833. – Der Staat und die Industrie, 1834. – Handbuch der Staatswirtschaftslehre 1835. – Geschichte des europäischen Staatensystems, 3 Bde., 1837–1838. – Allgemeine Geschichte der Jahre 1830 bis 1838 (Fortsetzung von *Pöhlitz' Weltgeschichte*), 1838. – Geschichte Deutschlands von 1806–1830, 1832. – Hrsg. der Neuen Jahrbücher für Geschichte und Politik.

die sich in mannigfacher Gestalt entwickeln könnten.“³⁰ Für *Bülow*, der vornehmlich das zahlenmäßig weit größere Handwerkerelend und den Pauperismus der gesamten Staatswirtschaft im Auge hatte, erschien das noch keine ausreichende Gesamtlösung. Nach seinen Erfahrungen in der industriell weiter entwickelten sächsischen Textilindustrie war gerade der Industriearbeiter als gesuchte Fachkraft materiell besser gestellt als etwa die im Verlagsgewerbe tätigen Heimarbeiter oder andere Handwerksgehilfen. Im Grunde verkannte er aber dabei, daß zwischen der allgemeinen Verelendung und der gesellschaftlichen Eingliederung der Arbeiter tiefergehende und strukturelle Zusammenhänge bestanden. Wenn er meinte, die Zeitläufe würden einer Beschränkung der Unternehmerrechte eigentlich entgegenstehen, so drückte sich darin seine unumstößliche Grundüberzeugung aus, daß auf wirtschaftlichem Gebiet uneingeschränkte freiheitliche Prinzipien herrschen müßten. Wenn er auch ebenso wie *Rau* die „unbedingte Herrschaft der Gesetze der Güterwelt“ nicht angetastet wissen wollte und daher gegen jede „zwangsweise Einführung dieser Einrichtung“ war, so meinte er, der sich stets gerne gemäßigt und vermittelnd zeigte, doch³¹: „Die Idee selbst, das Interesse des Arbeiters an dem Erfolg des Geschäfts durch einen Antheil an dessen Gewinn zu erhöhen, ist aber keineswegs unbeachtet bei Seite zu stellen. Es ist dieselbe Idee, mit Rücksicht auf den Landbau, von dem Köthner *Albert* und neuerdings von *Nebbiens*³², mit Rücksicht auf das Fabrikwesen von dem Engländer *Babbage* gepflegt worden.“

Hier wird von literarischen Vorbildern gesprochen, die auf *Mohls* Vorstellungen außer *Immanuel Wohlwill* noch eingewirkt haben. Tatsächlich findet sich die Anregung, den Arbeitern einen Anteil am Reingewinn der Fabrik zuzugestehen und zwischen den Unternehmern und den Arbeitern eine betriebliche Partnerschaft in Form einer „Cooperativ-Gesellschaft“ zu bilden, schon 1832 in dem hauptsächlich der technischen Rationalisierung gewidmeten Werk der Cambridger Mathematiker *Charles Babbage*³³, das als wichtiges Handbuch der Technik im Auftrage *Peter Christian Wilhelm Beuths* der Direktor der „Berlinischen Gewerbeschule“, *Friedrich Karl Klöden*, übersetzen ließ und das wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung auch von *Karl*

³⁰ (*Friedrich*) *Bülow*, Der Pauperismus. In: Deutsche Vierteljahrsschrift. Stuttgart-Tübingen. Jahrg. 1838, H. 1, S. 106 ff., und Ders., Zeitfragen aus dem Gebiete der Politik und Volkswirtschaft, Leipzig 1846, S. 251.

³¹ *Bülow*, Der Pauperismus aaO, S. 107.

³² Gemeint ist hier die in diesem Zusammenhang unbedeutende Schrift vom C. H. *Nebbiens*, Der schuldenfreie Staat oder landwirthschaftliche Ansichten und Erfahrungen in Hinsicht auf allgemeine Schuldentilgung sowohl der Landgüter als der Staaten, Berlin 1834. – Auf S. 30 ff. wird eine mögliche Gewinnbeteiligung der Landarbeiter kurz erwähnt.

³³ *Charles Babbage*, On the Economy of Machinery and Manufactures, London 1832. Dtsch.: Über Maschinen und Fabrikenwesen. Aus dem Englischen übersetzt von G. Friedenberg. Mit einer Vorrede von *Friedrich K. Klöden*, Berlin 1833.

Marx später wiederholt zitiert worden ist³⁴. Babbage hatte dort in der nüchternen Weise des Angelsachsen festgestellt: „Vereinigungen zwischen Fabrikherren und Arbeitern können mit Vortheil stattfinden, um sich über von beiden Theilen zu beachtende Regeln zu verständigen; behufs Abschätzung des verhältnismäßigen Werthes verschiedener Gattungen der in ihrem Geschäft vorkommenden Waaren; theils wird hiedurch Zeit gespart, auch andertheils Streitigkeiten vorgebeugt. Sie können auch vortheilhaft dienen, um sich genau von der Anzahl der in den verschiedenen Abtheilungen einer Fabrik beschäftigten Arbeiter, der Höhe ihres Lohnes, der Zahl der von ihnen benutzten Maschinen und anderen statistischen Gegenständen zu unterrichten... Einer der rechtmäßigsten und einflußreichsten Gründe für Vereinigungen der erwähnten Art ist wohl der, über ein sicheres und bestimmtes Mittel übereinzukommen, wie die von den Arbeitern gemachten Leistungen abzuschatzen seien.“³⁵

Schon vor Babbage war dessen Landsmann John Gray in seinem „Social System“ ähnlichen Gedanken einer Kooperation zwischen Arbeitern und Unternehmern nachgegangen und hatte vorgeschlagen, es solle „ein gemeinschaftlicher Fonds den Arbeitern Kapital vorstrecken, um dagegen das Erzeugnis der Fabrikation einzuziehen und zu verwerten. Wenn der Artikel sich, ohne Nachfrage zu finden, im Staatswarenlager anfangs zu häufen, dann habe der leitende Ausschuss dessen Verfertigung einzustellen und die Arbeiter zu anderen Geschäften zu verwenden...“³⁶. Dieses von Gray entworfene soziale System in der Industrie wie auch ähnliche Pläne des Engländers Combe³⁷, die beide im übrigen bezeichnenderweise Anhänger und Schüler Robert Owens³⁸ waren, wurden von Mohl in seinem 1835 erschienenen Aufsatz abgelehnt – einmal, weil sie den klassischen Liberalismus Smithscher Prägung ohne Einschränkung guthießen, zum anderen auch wegen „Gedankenlosigkeit des Planes“³⁹.

Ohne auf diese Pläne und ihre Kritik bei Mohl näher einzugehen, bleibt

³⁴ Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 3: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. Hrsg. von Friedrich Engels. (Volksausgabe) 5. Auflage, Berlin 1956, S. 126 u. 135.

³⁵ Babbage, Über Maschinen und Fabrikwesen aaO, S. 313.

³⁶ John Gray, The Social System. A Treatise on the Principle of Exchange, Edinburgh 1831.

³⁷ Combe, Metaphysical Sketches on the new and old system with opinions on interesting subjects, Edinburgh 1823.

³⁸ Vgl. Robert Owens Schriften: A new view of society or essays on the principle of the formation of the human character and the application of the principle to practice. Four Parts, London 1812–1813 (Dtsch. Eine neue Auffassung von der Gesellschaft. Übersetzt von Collmann, Leipzig 1900). – Report to the county of Lanark, London 1820. – Book of the new moral world, London 1820. – The Life of Robert Owen written by himself with selections from his writings and correspondence. 2 vols., London 1857–1858.

³⁹ Mohl, Über die Nachteile... aaO, S. 199.

es doch aufschlußreich, wie die Gedanken um eine soziale Gestaltung des neuen Fabrikgewerbes, das alle handwerklichen Bindungen und Sicherungen zersprengt hatte, sich innerhalb der europäischen Staaten fortpflanzten, gegenseitig befruchteten und in einem neuen Gewand an die Ausgangsstelle zurückkehrten. Die Probleme einer engeren Assoziierung aller in der Industrie Tätigen, die Heranziehung der Fabrikarbeiter zu Lohn- und Absatzfragen bis hin zur Kontrolle bei der Gewinnbeteiligung und genossenschaftlichen Selbstverwaltung der Betriebe lagen in den dreißiger und vierziger Jahren gewissermaßen in der Luft. Immer neue und doch wieder in der Zielrichtung sich gleichende Theorien und Ideen schossen wie Pilze nach einem Sommerregen hervor.

Nicht nur in England, sondern auch in Frankreich wurden diese Fragen diskutiert und praktisch erprobt. Der Nationalökonom und damalige Anhänger von St. Simon, Michel Chevalier, berichtete 1848 in dem „Journal des débats“⁴⁰ über die bereits gehandhabten Formen der Gewinnbeteiligung: „Seit Jahren besteht schon in Etablissements, in denen man sich des Feuers zum Betriebe der Maschinen bedient, die Einrichtung, den Maschinisten und ihren Heizern außer ihrem fixen Salair eine Prämie zu geben im Verhältnis zu dem Quantum Steinkohlen, welches sie sparen. Bei den Eisenbahnen ist dieser Brauch allgemein geworden.“ Nach seinen Angaben soll die Orléans-Eisenbahngesellschaft zuerst in Frankreich diese Gewinnbeteiligung eingeführt haben. Als kritischer Denker bemerkte Chevalier dazu, daß eben dieses ganze ein delikater Punkt sei, „denn wie will man jedes Jahr die Höhe des Gewinnes konstatieren, ohne den Arbeitern das Recht der Controle einzuräumen?“⁴¹ Wie Mohl war auch der französische Sozialreformer hier an einen entscheidenden Punkt der Überlegungen gelangt. Für ihn stellte dies aber kein unlösbares Problem, besonders in den großen „Etablissements“, dar, wenn man eine Heranziehung der Arbeiter bei der Gewinnbeteiligung erwäge. „Die Association zwischen Meistern und Arbeitern zur Vertheilung des Netto-Gewinnes ist eine jener vielfachen Formen“, sagt Chevalier, „welche das Gegenseitigkeits-Gefühl zwischen allen Gliedern der Gesellschaft annehmen kann. Und das ist eben der Punkt, welchen die Gesellschaft innig in sich aufnehmen muß, wofern ihr, und ich spreche das mit der tiefsten Überzeugung aus, noch etwas anderes übrig bleiben soll als der Untergang“⁴². Chevalier konnte dabei bereits auf eine Reihe von guten Ergebnissen in der Industrie hinweisen. Neben den französischen Eisenbahngesellschaften waren es vor allem der von Léclair geführte Malerbetrieb Rédouly & Co. in Paris

⁴⁰ Michel Chevalier, Über die Arbeiterfrage. Dtsch. von Franz Hauser, Aachen 1848. – Dieses Buch ist eine Übersetzung der bekannten 13 Briefe (Journal des débats), die er im März und April 1848 gegen Louis Blanc und dessen Ateliers nationaux veröffentlichte.

⁴¹ Chevalier, Über die Arbeiterfrage aaO, S. 132.

⁴² Ebd., S. 134.

und die Papierfabrik *Laroch-Joubert*, die bereits 1842 den Gedanken einer Gewinnbeteiligung in die Tat umgesetzt hatten⁴³.

Dabei darf nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß alle diese französischen Ansichten und Erfahrungen aus den vierziger Jahren in irgendeiner Weise immer mit den vielfältigen Ideen der französischen Frühsozialisten und Utopisten in Verbindung standen. Besonders nachhaltig zeigten sich hier die Ideen von *Charles Fourier*, der sein Sozialprogramm schon 1829 vorgebracht hatte⁴⁴. Auch *Mohl* hatte sich noch 1835 in seinem erwähnten Aufsatz „Über die Nachteile...“ damit eingehend auseinandergesetzt. Als er aus betriebswirtschaftlichen Gründen schließlich zu einer Ablehnung des *Fourierschen* Systems kam, machte er doch die für seine eigenen Vorschläge so charakteristische Bemerkung: Es müsse doch ganz klar sein, daß im Rahmen einer Gewinnbeteiligung, wie sie *Fourier* vorschläge, „nur vermittelt gemeinschaftlichen Einflusses auf die Vertheilung die Ausführung des Grundsatzes möglich ist, weil sonst die Berechtigten zur Einsicht in den Stand des Geschäftes nicht zugelassen, also in der Regel ihren billigen Antheil nicht erhalten würden...“⁴⁵. *Mohl* stimmte in genau diesem Punkt *Fourier* zu, wenn er auch sein übriges System verwarf. Eine Einwirkung der Ideen der französischen Kleinbürger-Sozialisten auf einen so empfänglichen Denker wie *Mohl* darf als sicher angenommen werden, wenn sich dies auch schwerlich im einzelnen nachweisen läßt.

Der Gedanke einer Gewinnbeteiligung, der Bildung eines entsprechenden Arbeiterausschusses zur Kontrolle der Geschäftsführung und einer Assoziation von Unternehmern und Arbeitern hat in Deutschland aber nicht nur bei den liberalen Fachgelehrten, wie *Rau* und *Bülow*, und der Kirche nahestehenden Kreisen, wie etwa bei *Buß*, sondern auch interessanterweise bei den Konservativen und in der breiteren politischen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregt. Neben kleineren Literaten, bei denen vor allem der Emigrant *Franz Stromeyer* und der anonyme Autor der Flugschrift „Betrachtungen eines

⁴³ Vgl. *Léclaire*, Répartition des bénéfices du travail en 1842, Paris 1843. – Dieser Pariser Handwerksbetrieb führte die Gewinnbeteiligung vor allem deshalb ein, um seine Maler, Anstreicher, Tapezierer, Glaser usw., die häufig in anderen Städten ohne Aufsicht arbeiteten, zu größerem Fleiß anzuhalten. 1869 wurde das Unternehmen in eine Genossenschaft mit Gewinnbeteiligung umgewandelt. Die Papierfabrik *Laroch-Joubert* nannte sich 1865 „Papeterie coopérative d'Angoulême“, führte aber ebenfalls schon 1842 die Gewinnbeteiligung ein. Die in diesem Zusammenhang oft genannte Firma *Dequenne & Co.*, Fabrik für Heizvorrichtungen, Haus- und Küchengeräte, des Jean Baptist André Godin in Guise (Dép. Aisne) kam erst 1876 zur Gewinnbeteiligung und wurde 1888 in eine Produktivgenossenschaft unter der Bezeichnung „Famillistière“ umgewandelt.

⁴⁴ *Charles Fourier*, Le nouveau monde industriel et sociétaire, Paris 1829. Auszüge heute bei *Charles Fourier*, Introduction et choix par Jacques Delu-Bridel, Genf-Paris 1947, und *Charles Fourier*, Textes choisis. Préface, commentaires et notes explication par Felix Armand, Paris 1953.

⁴⁵ *Mohl*, Die Vergangenheit... aaO, S. 51.

deutschen Proletariats“ zu nennen sind⁴⁶, waren es niemand anderes als der preußische General und Staatsmann *Joseph Maria von Radowitz*⁴⁷ und andere Konservative, die eine Zeitlang die Idee der Gewinnbeteiligung erörterten. *Radowitz*, der in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts zu den führenden literarischen Köpfen um das „Berliner Politische Wochenblatt“⁴⁸ gehörte, war immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß nur ein festes Bündnis zwischen Thron und Arbeiterschaft die sozialen Schäden auf die Dauer heilen können. In Verfolgung seiner staatssozialistischen Gedankengänge wollte er den Fabrikarbeitern auch einen staatlicherseits garantierten Reingewinn an der Fabrik sichern. Im Jahre 1846 schrieb er dazu: „Man belaste die Gesamtheit mit einer Auflage der Schutzzölle, aber zugunsten der wirklichen und eigentlichen Arbeiter, oder vielmehr, man schreibe den Monopolisten vor, wie sie den aus der Auflage erwachsenden Gewinn mit den Arbeitern zu theilen haben. Näher betrachtet verstehe ich hierunter ungefähr folgendes: Der Staat ordne für alle neue entstehenden Fabriken eine genaue Buchführung an und lege ihnen auf, eine gewisse Rate des Reingewinnes an die Arbeiter der Fabrik abzugeben. Unter diesen werde der Betrag nach bestimmten Abstufungen eingetheilt, aber in Sparkassen kapitalisiert und unter Staatsaufsicht gestellt“⁴⁹.

Auch *Radowitz* wollte also die Arbeiter zu Mitinteressenten der Fabriken machen und forderte dabei ebenso wie *Baader* eine staatliche Regelung. Im Gegensatz zu diesem und auch zu *Mohl* zog er aber nicht die sich notwendig daraus ergebende Konsequenz aus seinen Vorschlägen, den Arbeitern auch ein Mitbestimmungsrecht dabei einzuräumen.

⁴⁶ *Franz Stromeyer*, Die Organisation der Arbeit. Belle-Vue b. Konstanz (Bodensee) 1844, S. 25 und S. 305, forderte eine Art von Arbeiterausschuß bei der Gewinnbeteiligung. – Der Autor war 1832 aus Deutschland ausgewiesen und in Frankreich zum Vertrauen Considérants und Anhänger der École sociétaire-Murion geworden, deren Ideen er verbreitete. Von ihm stammt die ebenso gedankenreiche Schrift: Die Folgen der Aufhebung der englischen Korngesetze für Deutschland und die deutsche Industrie. Stuttgart 1846. – In der anonymen Schrift: Betrachtungen eines deutschen Proletariats, München 1848, werden in Anlehnung an die Gedanken Louis Blancs staatlich garantierte Produktiv-Assoziationen mit Mindestlöhnen und Gewinnbeteiligung gefordert. Auf S. 62 ff. heißt es: „Die Administration der Arbeit sowie die Vertheilung des Verdienstes müßte Arbeiter-Committees überlassen bleiben.“

⁴⁷ Vgl. *Joseph Maria v. Radowitz*, Gesammelte Schriften. (Reden und Betrachtungen), 5 Bde., Berlin 1852/53. – Ders., Ausgewählte Schriften. Hrsg. von W. Corvin. 3 Bde., Regensburg 1911. – Ders., Ausgewählte Schriften und Reden. Hrsg. von Friedrich Meinecke, München 1921. – Walter Früh, *Radowitz als Sozialpolitiker*. Seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Frage, Diss. Berlin 1937.

⁴⁸ *Arnold*, Aufzeichnungen des Grafen Carl v. Voß-Buch über das „Berliner Politische Wochenblatt“. In: Historische Zeitschrift, Bd. 106, zit. nach Goetting aaO, S. 11 ff.

⁴⁹ *Radowitz*, Gesammelte Schriften aaO, Bd. 4, S. 149.

4. *Arbeiterräte als Mittel zur Korporierung des „Fabrikpersonen-Standes“ (Johannes Alois Perthaler)*

Eine selbständige Weiterentwicklung des von Mohl vorgeschlagenen Systems einer Arbeitervertretung im Rahmen einer Gewinnbeteiligung nahm der österreichische Jurist und Politiker Johannes Alois Perthaler¹ vor. Da er erstmals das Schwergewicht von der materiellen Gewinnbeteiligung auf den Arbeiterräte als Keimzelle einer neuen Betriebspartnerschaft verlagerte, soll er hier näher behandelt werden.

Perthaler war als Sohn eines steiermärkischen Landarztes in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen. Nach einem Besuch der Universitäten Innsbruck und Wien, wo er Philosophie und Rechtswissenschaften studierte, trat er 1842 in die Kanzlei eines berühmten Wiener Advokaten ein, um sich für die Rechtsanwaltslaufbahn vorzubereiten. Schon kurz darauf veröffentlichte der erst 26jährige, der sich bis dahin fast nur schöngestisch-literarisch betätigt hatte², seine bemerkenswerte sozialpolitische Erstlingsschrift: „Ein Standpunkt zur Vermittlung sozialer Mißstände im Fabrikbetriebe“³.

Darin erklärte er, daß die Entwicklung der Tatsachen auf dem Gebiete der Industrie eine scharfe Kritik der bisherigen Theorien über das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter herausfordere. Das Verhältnis sei nämlich so ausgeartet und die Existenzbasis des Arbeiters so schwer erschüttert, daß man eine Beschäftigung mit diesem Problem nicht mehr wie früher eine Bevormundung des Privatinteresses nennen könne. Ist denn das noch ein Privatinteresse, fragte Perthaler, „wo es sich um die Abwendung sozialer Stürme handelt?“⁴ Im Gegensatz zu den meisten Liberalen seiner Zeit bezeichnete er die soziale Frage als eine legitime öffentliche Angelegenheit und forderte mit Nachdruck ein Eingreifen des Staates in dieser Frage. Denn seiner Meinung nach habe der Staat ein hohes Interesse daran, „daß dem Anwachsen der antisozialen Elemente ein Damm gesetzt werde, das Interesse des Arbeiters wird dadurch unmittelbar das des Staates. Es ist ferner sein Interesse, daß die Fabriksherrn nicht auf dieser Bahn, die Konkurrenz des Arbeiters zum eigenen ebenso antisozialen Interesse grenzenlos auszubeuten, vorwärtsschreiten...“⁵. Denn schon liege in der bedrängten Stellung der Arbeiter gegenüber den Fabriksherrn eine Feindseligkeit, die dem Bedrückten

¹ Über Perthaler vgl. ADB, Bd. 25 (1887), S. 392 ff.; C. v. Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreich (Alte Folge) Bd. 22, Wien 1870, S. 39, und Neue österreichische Biographie, Bd. 5 (1928), S. 112 ff.

² Im Jahre 1839 schrieb der junge Student Perthaler die Tragödie „Aristodem“, 1840 die Novelle „Meeresleuchten“ und 1842 eine kleine juristische Arbeit „Über Familie und uneheliche Kinder“.

³ (Johannes Alois) Perthaler, Ein Standpunkt zur Vermittlung sozialer Mißstände im Fabrikbetriebe. In: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit und politische Gesetzeskunde, Wien Jahrg. 3 (1843), S. 66–84 und S. 118–134.

⁴ Perthaler, Ein Standpunkt... aaO, S. 75.

⁵ Ebd., S. 76.

das Bewußtsein, Bürger eines wohlgeordneten Staates zu sein, gänzlich abhanden kommen lasse. Es sei daher nichts weiter als eine Verkehrung der Begriffe, wenn man eine gerechte Organisation der Arbeit eine Bevormundung des Privatinteresses nenne. Perthaler verglich den Schutz, den der Staat dem Arbeiter gegen die „verderbende Übermacht des Fabriksherrn“ zuzuwenden berufen ist, mit dem Schutz, den er dem Fabriksherrn gegen die übermächtige Industrie des industriell vorangeschrittenen Auslandes in Form von Zöllen angedeihen läßt. Auch diese Schutzzölle seien doch nichts weiter wie eine Bevormundung des Privatinteresses: „Durch jene soll vermieden werden, daß die inländischen Industriellen nicht durch die auswärtigen zu Grunde gerichtet werden, durch diese soll aber verhindert werden, daß nicht eine zahlreiche Klasse durch die andere innerhalb der Nation ausgebeutet und zu Grunde gerichtet werde“⁶. Und dieses sei eine noch viel größere Notwendigkeit als die zuerst beschriebene, denn hinter der Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer lauere der Bürgerkrieg – das größte Nationalunglück, das einen Staat heimsuchen könne.

Perthaler kam dann zu dem Ergebnis, daß es eine im geschichtlichen Entwicklungsprozeß liegende Notwendigkeit sei, „den Maschinen-Fabrikbetrieb und das Verhältnis zwischen Fabriksherrn und seinen Arbeitern zu organisieren“. Um die gesunde innere Organisation, die soziale Gliederung und das „harmonische Ebenmaß“ bei der Leitung der industriellen Interessen wiederherzustellen, schlug er als erstes eine stärkere Besteuerung des Unternehmers und ein garantiertes „Durchschnittsminimum des Arbeiterlohnes“ vor⁷. Aber dieses sei nur als indirekte Maßnahme zu betrachten, zu der noch eine direkte treten müsse. Sie ergebe sich aus der Trennung der innerhalb einer Unternehmung beschäftigten Personen. Diese hätten kein gesellschaftliches Band mehr, das die Schroffheit der egoistischen Bestrebungen und den Geist der feindlichen Zersplitterung verdecke. Um dem abzuweichen, stellte Perthaler fest: „So fehlerhaft für unsere Zeit die Zunftcorporationen sein mögen, für ihre Zeit haben sie ausgereicht, einen vortrefflichen Zweck im Gewerbeleben hervorzubringen, eine Vereinigung derjenigen, welche eine gleiche Lebensbeschäftigung sich gewählt hatten... Es war in dieser Einrichtung der niedrigste Egoismus... überwunden. – Das Princip ist festzuhalten... und es ist das Interesse des Staates, die Bildung der aus den veränderten Zuständen der Gegenwart sich emporringenden neuen Verkörperung der zersplitterten gesellschaftlichen Elemente zu befördern. Die neue Vergesellschaftung, durch welche die gefahrdrohende Arbeitermasse aufgelöst und in eine geordnete, das Wohl des Staates befördernde Thätigkeit geleitet werden soll, besteht in dieser Verbindung aller in einer Fabrik beteiligten Personen durch ein corporatives Band und durch ein gemeinsames Interesse. Jede Fa-

⁶ Ebd., S. 76.

⁷ Ebd., S. 77.

4. *Arbeiterausschüsse als Mittel zur Korporierung des „Fabrikpersonen-Standes“ (Johannes Alois Perthaler)*

Eine selbständige Weiterentwicklung des von *Mohl* vorgeschlagenen Systems einer Arbeitervertretung im Rahmen einer Gewinnbeteiligung nahm der österreichische Jurist und Politiker *Johannes Alois Perthaler*¹ vor. Da er erstmals das Schwergewicht von der materiellen Gewinnbeteiligung auf den Arbeiterausschuß als Keimzelle einer neuen Betriebspartnerschaft verlagerte, soll er hier näher behandelt werden.

Perthaler war als Sohn eines steiermärkischen Landarztes in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen. Nach einem Besuch der Universitäten Innsbruck und Wien, wo er Philosophie und Rechtswissenschaften studierte, trat er 1842 in die Kanzlei eines berühmten Wiener Advokaten ein, um sich für die Rechtsanwaltslaufbahn vorzubereiten. Schon kurz darauf veröffentlichte der erst 26jährige, der sich bis dahin fast nur schöngeistig-literarisch betätigt hatte², seine bemerkenswerte sozialpolitische Erstlingsschrift: „Ein Standpunct zur Vermittlung socialer Mißstände im Fabriksbetriebe“³.

Darin erklärte er, daß die Entwicklung der Tatsachen auf dem Gebiete der Industrie eine scharfe Kritik der bisherigen Theorien über das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter herausfordere. Das Verhältnis sei nämlich so ausgeartet und die Existenzbasis des Arbeiters so schwer erschüttert, daß man eine Beschäftigung mit diesem Problem nicht mehr wie früher eine Bevormundung des Privatinteresses nennen könne. Ist denn das noch ein Privatinteresse, fragte *Perthaler*, „wo es sich um die Abwendung socialer Stürme handelt?“⁴ Im Gegensatz zu den meisten Liberalen seiner Zeit bezeichnete er die soziale Frage als eine legitime öffentliche Angelegenheit und forderte mit Nachdruck ein Eingreifen des Staates in dieser Frage. Denn seiner Meinung nach habe der Staat ein hohes Interesse daran, „daß dem Anwachsen der antisocialen Elemente ein Damm gesetzt werde, das Interesse des Arbeiters wird dadurch unmittelbar das des Staates. Es ist ferner sein Interesse, daß die Fabriksherrn nicht auf dieser Bahn, die Concurrenz des Arbeiters zum eigenen ebenso antisocialen Interesse grenzenlos auszubeuten, vorwärtsschreiten...“⁵. Denn schon liege in der bedrängten Stellung der Arbeiter gegenüber den Fabriksherrn eine Feindseligkeit, die dem Bedrückten

¹ Über *Perthaler* vgl. ADB, Bd. 25 (1887), S. 392 ff.; C. v. Wurzbach, Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreich (Alte Folge) Bd. 22, Wien 1870, S. 39, und Neue österreichische Biographie, Bd. 5 (1928), S. 112 ff.

² Im Jahre 1839 schrieb der junge Student *Perthaler* die Tragödie „Aristodem“, 1840 die Novelle „Meeresleuchten“ und 1842 eine kleine juristische Arbeit „Über Familie und uneheliche Kinder“.

³ (Johannes Alois) *Perthaler*, Ein Standpunct zur Vermittlung socialer Mißstände im Fabriksbetriebe. In: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit und politische Gesetzeskunde, Wien Jahrg. 3 (1843), S. 66–84 und S. 118–134.

⁴ *Perthaler*, Ein Standpunct... aaO, S. 75.

⁵ Ebd., S. 76.

das Bewußtsein, Bürger eines wohlgeordneten Staates zu sein, gänzlich abhanden kommen lasse. Es sei daher nichts weiter als eine Verkehrung der Begriffe, wenn man eine gerechte Organisation der Arbeit eine Bevormundung des Privatinteresses nenne. *Perthaler* verglich den Schutz, den der Staat dem Arbeiter gegen die „verderbende Übermacht des Fabriksherrn“ zuzuwenden berufen ist, mit dem Schutz, den er dem Fabriksherrn gegen die übermächtige Industrie des industriell vorangeschrittenen Auslandes in Form von Zöllen angedeihen läßt. Auch diese Schutzzölle seien doch nichts weiter wie eine Bevormundung des Privatinteresses: „Durch jene soll vermieden werden, daß die inländischen Industriellen nicht durch die auswärtigen zu Grunde gerichtet werden, durch diese soll aber verhindert werden, daß nicht eine zahlreiche Klasse durch die andere innerhalb der Nation ausgebeutet und zu Grunde gerichtet werde“⁶. Und dieses sei eine noch viel größere Notwendigkeit als die zuerst beschriebene, denn hinter der Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer lauere der Bürgerkrieg – das größte Nationalunglück, das einen Staat heimsuchen könne.

Perthaler kam dann zu dem Ergebnis, daß es eine im geschichtlichen Entwicklungsprozeß liegende Notwendigkeit sei, „den Maschinen-Fabriksbetrieb und das Verhältnis zwischen Fabriksherrn und seinen Arbeitern zu organisieren“. Um die gesunde innere Organisation, die soziale Gliederung und das „harmonische Ebenmaß“ bei der Leitung der industriellen Interessen wiederherzustellen, schlug er als erstes eine stärkere Besteuerung des Unternehmers und ein garantiertes „Durchschnittsminimum des Arbeiterlohnes“ vor⁷. Aber dieses sei nur als indirekte Maßnahme zu betrachten, zu der noch eine direkte treten müsse. Sie ergebe sich aus der Trennung der innerhalb einer Unternehmung beschäftigten Personen. Diese hätten kein gesellschaftliches Band mehr, das die Schroffheit der egoistischen Bestrebungen und den Geist der feindlichen Zersplitterung verdecke. Um dem abzuhelpen, stellte *Perthaler* fest: „So fehlerhaft für unsere Zeit die Zunftcorporationen sein mögen, für ihre Zeit haben sie ausgereicht, einen vortrefflichen Zweck im Gewerleben hervorzubringen, eine Vereinigung derjenigen, welche eine gleiche Lebensbeschäftigung sich gewählt hatten... Es war in dieser Einrichtung der niedrigste Egoismus... überwunden. – Das Princip ist festzuhalten... und es ist das Interesse des Staates, die Bildung der aus den veränderten Zuständen der Gegenwart sich emporringenden neuen Verkörperung der zersplitterten gesellschaftlichen Elemente zu befördern. Die neue Vergesellschaftung, durch welche die gefahrdrohende Arbeitermasse aufgelöst und in eine geordnete, das Wohl des Staates befördernde Thätigkeit geleitet werden soll, besteht in dieser Verbindung aller in einer Fabrik beteiligten Personen durch ein corporatives Band und durch ein gemeinsames Interesse. Jede Fa-

⁶ Ebd., S. 76.

⁷ Ebd., S. 77.

brik ist ein Centralpunct, um welchen sich die Arbeiter sammeln, es wäre aber nicht genügend, die Arbeiter einer Fabrik alleine zu verknüpfen, denn das ist eben die wesentliche Aufgabe, die Trennung zwischen Unternehmer und Arbeitern aufzuheben . . . , beide dort zu fassen, wo ihre Interessen in gleiche Richtung gehen und an diesem Punct des gemeinsamen Bedürfnisses . . . die Organisierung ihrer Vergesellschaftung anzuknüpfen“⁸.

Mit einem ausdrücklichen Hinweis auf Mohl⁹ übernahm Perthaler in unveränderter Form dessen Arbeiterausschüsse zur Gewinnbeteiligung¹⁰, die allerdings außerdem noch die Verwaltung der Fabriksparkassen übertragen bekommen sollten. Über Mohls Gedanken aber hinausgehend verband er diese Arbeiterausschüsse erstmals mit der Vorstellung einer sozialen Betriebsgemeinschaft. „Der ganze Personenstand einer Fabrik“, so schrieb er, „bildet eine Art socialer Familie oder socialen Hauswesens, welches die Leitung und Anwendung gewisser Naturkräfte zu seiner Beschäftigung macht, von deren Resultat sie nach Maßgabe ihrer Betheiligung ihr Einkommen beziehen. Der Arbeiter wird zum Unternehmer im untergeordneten Sinne, so wie der Unternehmer nur der geistige Mitarbeiter wird und der Kapitalist den Boden hergibt . . .“¹¹.

Das waren überraschend neue Einsichten, die allerdings mit der persönlichen Einstellung des österreichischen Juristen zusammenhingen. Perthaler war, wie auch seine gleichzeitig abgeschlossene und ein Jahr später veröffentlichte Doktorarbeit zeigt, stark von Georg Friedrich Wilhelm Hegels Philosophie des Rechtes beeinflusst¹² und spielte zudem als Mitglied des „Juridisch-politischen Lesevereins“ in Wien, der liberale Tendenzen zeigte, eine hervorragende Rolle. So ist sein Aufsatz zugleich auch als ein geschickter Versuch zu

⁸ Ebd., S. 120.

⁹ „Ich hege die Überzeugung, daß der anonyme Verfasser des Aufsatzes „Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der politischen Ökonomie“ in dem 11. Heft der Deutschen Vierteljahrsschrift durch seinen Vorschlag das wesentliche des Bedürfnisses richtig hervorgehoben und zur Abhilfe eine Maßregel vorgezeichnet habe, welche der größten und aufmerksamsten Würdigung werth ist . . .“. Vgl. Perthaler, Ein Standpunct . . . aaO, S. 122.

¹⁰ Perthaler, Ein Standpunct . . . aaO, S. 123: „Eine engere Verbindung der Arbeiter mit der Unternehmung und Leitung der Fabrikgeschäfte wäre wohl dadurch zu erreichen, daß den verschiedenen Klassen der Arbeiter außer ihrem festen Lohne auch ein entsprechender Antheil an dem Unternehmungsgewinne zu theil würde. Einem von ihnen selbst aus ihrer Mitte gewählten Ausschusse müßten regelmäßig die Rechnungen vorgelegt werden und je nach dem Ergebnis bestimmte Quoten ausbezahlt werden.“

¹¹ Perthaler, Ein Standpunct . . . aaO, S. 125.

¹² Georg Friedrich Wilhelm Hegels „Grundlinien der Philosophie des Rechtes“, 1821, (Neuaufgabe Leipzig 1921), waren in den dreißiger Jahren auch in Wien mit Begeisterung aufgenommen worden. Perthalers 1842 abgeschlossene und ein Jahr später veröffentlichte Dissertation mit dem Titel „Recht und Geschichte zur encyklopädischen Einleitung in das Studium juristisch-politischer Wissenschaften“ ist ganz von dem Geist Hegels erfüllt.

werten, Metternichs System der Polizeiherrschaft und Reglementierung der Gewerbe, dem eine Arbeiterschutzpolitik völlig fern lag, anzugreifen.

Welche Motive Perthaler auch sonst noch dabei gehabt haben mag, er proklamierte damit als erster deutscher Sozialtheoretiker eine Umstrukturierung der Fabriken im Sinne einer Betriebspartnerschaft, der allerdings noch patriarchalische Züge anhaften. Wenn er auch die Priorität des Unternehmers in keiner Weise antastete, war doch die starke Hervorhebung der Gemeinsamkeit im industriellen Betrieb etwas grundlegend Neues. Wenn die Aufhebung der Trennung zwischen Arbeiter und Fabrikunternehmer möglich sei, schrieb der junge Wiener Referendar, dann habe man erst der Fabrik ihre Bedeutung einzugeben gewußt, dann sei erst der Mißton gelöst, welchen die erste Einführung der Maschinen in den Arbeitsbetrieb brachte, dann sei sie zu einem Ganzen, und zwar zu einem lebendigen, von einer Seele durchdrungenem Ganzen zusammengefügt; in dem kein Organ seinen Vorteil im Untergang des anderen zu suchen im Stande und jeder gewiß sei, daß er sich dadurch am besten fördert, wenn er das Ganze zu fördern sucht. „Die Interessen der Arbeiter und der Unternehmer haben einen gemeinsamen concentrirten Punct“¹³, sagte Perthaler auf die Mohlschen Arbeiterausschüsse hinweisend und meinte: „Der Arbeiter wird den Vortheil der engeren Verbindung leicht gewahr werden, er ist dann nicht mehr der Maschine gleich und mit dieser dem Unternehmer als auszubeutende, bewegende Kraft gegenübergestellt; er ist in die Kategorie der Wesen gehoben, die in der ganzen Unternehmung als Zweck dastehen“.¹⁴

Am Schluß mußte Perthaler freilich bemerken, daß man ein Bedürfnis der von ihm angeregten Maßnahmen noch nicht fühle, da die Symptome der zu heilenden Krankheit noch nicht sonderlich in Österreich bemerkbar seien. Allein, so unterstrich er, die möglichen Zustände früh genug zu erwägen, sei Sache einer besonnenen Leitung der öffentlichen Angelegenheiten¹⁵. Aber Metternich und die anderen Verantwortlichen der Wiener Regierung, an die dieser Appell gerichtet war, haben anscheinend keine Notiz davon genommen. Da es sich um einen jungen und unbekannten Autor handelte, der sich erst die literarischen Sporen verdienen wollte, nahm sich niemand die Mühe, sich mit ihm und seinen Vorschlägen ausführlich auseinanderzusetzen. Perthalers weitreichende Gedanken blieben, ebenso wie die seiner Vorgänger, auf dem Papier. Als er schließlich 1848/49 durch verschiedene Aufsätze und Schriften sowie durch sein Mandat in der Frankfurter Nationalversammlung öffentliche Wirksamkeit erlangte¹⁶ und in die verschiedensten ehrenvollen Stel-

¹³ Perthaler, Ein Standpunct . . . aaO, S. 121.

¹⁴ Ebd., S. 123.

¹⁵ Ebd., S. 134.

¹⁶ Vgl. Perthalers Aufsatz in der Wiener Zeitung „Über Österreichs Weltstellung und über die österreichische Parlamentsfrage im Frühjahr 1848“. In der Frankfurter Nationalversammlung vertrat er die Interessen der großdeutschen Partei gegen die

lungen kam¹⁷, ist er dann selbst nicht mehr auf die kühnen Ideen seiner Jugend zurückgekommen.

Überblicken wir zusammenfassend den Ursprung dieser ersten Ideen und Vorschläge für eine Arbeitervertretung, so ergibt sich ein Querschnitt durch die Vielheit zeitgenössischer Weltbilder, bei der alle geistigen Gegensätze des frühen 19. Jahrhunderts sichtbar werden. Die hier angestellten Betrachtungen haben überhaupt nicht auf die Praxis des industriellen Lebens eingewirkt. Auch die Realformen einer Betriebsvertretung in der 2. Hälfte des Jahrhunderts griffen in keinem einzigen Fall auf die Theorien dieser vormärzlichen Denker bewußt zurück. Wenn auch zwischen *Mohl* und den Nationalliberalen und zwischen der romantischen Nationalökonomie und dem Zentrum bzw. den Konservativen geistige Verbindungslinien gefunden werden können, so gibt es doch keine eigentliche entwicklungsgeschichtliche Verfolgung dieser Anschauungen und Theorien. So erscheint es auf den ersten Blick, als wenn alle diese Theorien untereinander beziehungslos im Raume stünden und höchstens in der Ablehnung des unwürdigen Abhängigkeitsverhältnisses für den Fabrikarbeiter übereinstimmten.

Bei näherer Prüfung erkennt man aber dann doch Gemeinsamkeiten. *Baader*, *Wohlwill*, *Mohl* und *Perthaler* als die wichtigsten Wegbereiter in dieser Frage standen alle vor einem bis dahin nicht bekannten Phänomen des gesellschaftlichen Lebens. Alle vier schrieben über einen sozialen Tatbestand, den sie mehr vom Hörensagen, aus der Literatur oder auf Auslandsreisen kennengelernt hatten. Weder in Bayern noch in Württemberg, weder in Wien noch in Hamburg hatte die Industrialisierung nennenswerten Umfang angenommen. Die Fabrikarbeiter machten erst einen geringen Bruchteil innerhalb der gesamten Volkswirtschaft aus, so daß sie in der Vorstellungswelt der meisten Schriftsteller, die sich mit dem Pauperismus und der allgemeinen Not befaßten, noch keinen großen Raum beanspruchten. Die hier zitierten Autoren gehörten mit zu den wenigen, die Verständnis für den Ernst der sozialen Lage unter den Fabrikarbeitern in den Kreisen des gebildeten Bürgertums zu wecken suchten. In kritischer Auseinandersetzung mit den Schriften *Robert Owens*, *St. Simons* und *Charles Fouriers*, auf die die meisten erst in den folgenden Jahren durch *Lorenz v. Stein* hingewiesen wurden, versuchten sie als erste, ein warnendes Postulat aufzustellen. „Man mache sich doch ja keine Illusionen“, warnte *Mohl*, „wenn es einer aufrichtigen und genauen Untersuchung nicht gelingt, wirksame Vorbeugungs- und Heilmittel zu finden, so ist für den Wohlstand und für die Ruhe Europas zu besorgen, und

kleindeutsche Welcker-Fraktion. Vgl. *Perthalers* Schrift, *Das Kaiserthum Klein-Deutschland*, 1849.

¹⁷ Nach der Revolution unterrichtete er die Brüder des Kaisers, die Erzherzöge Ferdinand Max und Karl Ludwig, in den staatsrechtlichen Wissenschaften. 1850 kam er zur obersten Staatsanwaltschaft und starb als Oberlandesgerichtsrat.

schwerlich dürfte dem Theoretiker und praktischen Staatsmann eine wichtigere, aber auch schwierigere Aufgabe gesetzt werden können...“¹⁸.

Wie sehr die hier genannten Sozialreformer lange Zeit allein dastanden, zeigt ein Blick in das *Rotteck-Welckersche* Staatslexikon in der Auflage von 1847. Bei der Besprechung der sozialen Seite des Fabrikwesens werden neben einer verhältnismäßig großen Anzahl ausländischer Autoren¹⁹ nur *Baader*, *Godeffroy* und *Mohl* als deutsche „Experten“ in dieser Frage angeführt. Die deutsche Literatur für die Arbeiterfrage sei deshalb noch so arm, hieß es zur Begründung, „da uns glücklicherweise der Gegenstand noch ferner liegt“²⁰. So waren auch *Baader*, *Mohl* und die anderen im Grunde Theoretiker einer bürgerlichen Bildungsschicht, die kaum wirklichen Kontakt mit den von ihnen beschriebenen Fabrikarbeitern besaßen. Selbst für *Mohl*, der sich doch so warmherzig für die Fabrikarbeiter eingesetzt hatte, blieben die politischen Arbeitervertreter im Reichstag, vornehmlich die Sozialdemokratie, sein Leben lang höchst suspekt und eine „unheimliche Erscheinung“²¹. *Mohl* und auch die anderen Sozialreformer gingen dieses Problem in akademischer Weise vom Schreibpult an, ihre Vorschläge kamen aus der Studierstube und nicht aus dem eigenen Erlebnis der Fabriken.

Dabei ist ihren Vorschlägen anzumerken, wie sie um die begriffliche Erfassung der neuen sozialen Tatbestände gerungen haben. Ihre Vorstellungen nährten sie aus den verschiedensten Wurzeln, wobei vor allem geistige Anleihen bei den industriell weiter entwickelten Nachbarn im Westen gemacht wurden. So ist *Baader* anscheinend der erste in Deutschland, der 15 Jahre vor dem Kommunistischen Manifest von den „Proletaires“ spricht²², wobei die von ihm benutzte französische Form zugleich die Herkunft bezeichnet. Denn bis dahin hatte man nur von den „ouvriers“ und „Arbeitern“, den „unteren Classen“, „niedereren Ständen“, den „unteren Kreisen der bürgerlichen

¹⁸ Mohl, Über die Nachteile... aaO, S. 158.

¹⁹ Außer St. Simon, Fourier und Owen werden genannt: Gaskell, *The manufacturing population of England, its moral, social and physical conditions etc.*, London 1832. – Ders., *Artisans and Machinery*, London 1836. – Kay, *The moral and physical condition of the working classes*, London 1835. – H. Fielden, *The course of the Factory System*, 1836. – Wing, *The evils of the factory system*, London 1836. – Sadler, *Factory statistics*, London 1836. – Morogue, *Recherches des causes de la richesse et de la misère des peuples civilisés*, Paris 1832. – Ders., *Du paupérisme et de la mendicité*, Paris 1834. – A. de Villeneuve-Bargemont, *Economie politique chrétienne ou recherches sur la nature et les causes du paupérisme en France et en Europe, et sur les moyens de le soulager et le prévenir*, Paris 1834. – Sismondi, *Du sort des ouvriers dans les manufactures*, 1834 usw.

²⁰ Carl v. Rotteck und Carl Welcker, *Das Staats-Lexikon. Encyclopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände*, Bd. 5, Altona 1847, S. 772.

²¹ Mohl, *Lebenserinnerungen* aaO, S. 169.

²² E. Benz, *Fr. v. Baaders Gedanken über den „Proletair“* aaO, S. 100, und Erich Thier, *Wegbereiter des deutschen Sozialismus. Eine Auslese aus ihren Schriften*, Stuttgart 1940, S. 297.

Gesellschaft“, den „Tiefen der Gesellschaft“, den „Gemeinen“ oder – wie etwa Hegel – einfach von dem „Pöbel“ gesprochen²³.

Aber nicht nur Baaders „Proletarier“ hat in der Sozialgeschichte seitdem seinen festen Platz gefunden. Auch die von Mohl erstmals gebrauchte neue „soziologische Optik“ hat sich als beispielgebend erwiesen. Eine neuere Untersuchung über den Gesellschafts- und Ständebegriff um 1840²⁴ hat darauf aufmerksam gemacht, wie sehr sich gerade auch Mohl um eine begriffliche Differenzierung von Gesellschaft und Staat verdient gemacht hat. Standen doch vor dem Mohlschen Aufsatz 1835 die Fabrikarbeiter noch kaum im Mittelpunkt des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses und wurden – wenn überhaupt – nur als Teilproblem des allgemeinen Pauperismus gesehen, das sich mit den überlieferten Maßnahmen der „Wohlfahrtspolizei“ regeln lasse. Mohl war damit einer der ersten, dem die Erkenntnis von dem „Gebrechen im Organismus der jetzigen Gesellschaft“²⁵ aufbrach. Er entlarvte dann zusammen mit den anderen die „völlige Desorganisation der Arbeit“ als die wahre Quelle allen Elends. Im Gegensatz zu den meisten Schriftstellern seiner Zeit ging es Mohl nicht um das Heilen einzelner Symptome der Pauperismus-Krankheit, sondern um „eine wesentliche Änderung in dem sozialen Gebäude“²⁶. Aber auch Baader hatte eben diese Brüchigkeit der überlieferten Sozialordnung gespürt und erkannt, daß die Lösung der Arbeiterfrage auf die Dauer nur durch den Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung gelöst werden konnte, wenn er feststellte, weder Almosen noch Polizei, sondern nur „die Einbürgerung des Proletars, die Einverleibung in den Gesamtorganismus“ könne diese Frage lösen.

Das Empfinden der Sozialreformer, die Abhängigkeit der Fabrikarbeiter und der ökonomische Materialismus des gesellschaftlichen Lebens könne eines Tages zu einer sozialen Revolution führen (wobei man an den Sklavenaufstand in Rom, den Bauernkrieg und die Negerrebellion in Haiti dachte²⁷), rührte aber eine in Deutschland noch nicht besonders akute Problematik an. Die hier vorgetragenen Programme eilten ihrer Zeit voraus und verharren gewissermaßen in einer Art von Schwebezustand, ohne Hoffnung zunächst, eine Umsetzung in die dafür unentwickelte Praxis zu finden. Die von ihnen aufgestellten Lösungen waren im ganzen noch unklar, widerspruchsvoll und betrafen, soweit nur die Gewinnbeteiligung oder Lohnfestsetzung in Frage

²³ Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechtes aaO, §§ 243–246. – Der Ausdruck „Pöbel“, der auch im Rotteck-Welckerschen Staatslexikon noch häufig verwandt wird, beruht anscheinend noch auf der Erinnerung an die Terrorherrschaft der Massen in der Französischen Revolution. Er wurde aber nicht im heutigen abwertenden Sinne, sondern in Anknüpfung an das Antike „populus“ gebraucht.

²⁴ Martin Schumacher, Gesellschafts- und Ständebegriff um 1840. Ein Beitrag zum sozialen Bild des süddeutschen Liberalismus nach dem Rotteck-Welckerschen Staatslexikon. Diss. phil., Göttingen 1955 (Maschinenschrift), S. 51 und S. 306 ff.

²⁵ Schumacher aaO, S. 311.

²⁶ Mohl, Über die Nachteile... aaO, S. 158.

²⁷ Ebd.

kam, mehr die betriebswirtschaftliche als die soziale Seite des Betriebes. Es gab selbst in den Forderungen *Perthalers*, den hörigen und untergebenen Arbeiter zum echten Mitarbeiter des Unternehmens zu machen, keine wirklichen Eingriffe in die Unternehmerautonomie. Und doch waren die Vorschläge, erstmalig Vollzugseinrichtungen der betrieblichen Sozialpolitik zu schaffen, höchst bemerkenswert. Wie sehr man sich hier noch tastend vorwärtsbewegte, gab denn Mohl auch zu. Dieses alles, sagte er, sei nur ein erster Versuch, die soziale Frage zu lösen; was eben noch „mit großer Schüchternheit“ geschehe „und wahrlich nicht in der Hoffnung, Unbestreitbares vorzutragen“²⁸. Er und die anderen Theoretiker standen hier am Anfang einer Wandlung des Denkens, die sie selbst vollziehen halfen. Als Wissenschaftler überließen sie es dem außerhalb der Spannungen stehenden Staat, der Kirche oder aber auch der Selbsthilfe der Industrie, den Umbau des sozialen Gefüges im Betrieb vorzunehmen.

Im Grunde hatten diese Schriftsteller aus den dreißiger Jahren trotz der düsteren Prophezeiungen vor einer kommenden sozialen Revolution noch den Optimismus, daß die sich formierende industrielle Gesellschaft genug Kräfte besitze, die ihr gemäße Lebensform selbst zu schaffen. Bei allen Klagen über die Abhängigkeit des Fabrikarbeiters fehlte im Grunde das schlechte Gewissen. Bis auf Baader wurde den Unternehmern nirgends vorgeworfen, er würde aus reiner Selbstsucht und Eigennutz handeln. Man bemühte sich, mehr die blinde Gläubigkeit in die neuen Lehren des Wirtschaftsliberalismus zu kritisieren, die an den Nöten der Gegenwart vorbei die ökonomische und soziale Harmonie in der Zukunft wie eine Fata Morgana erblickte. Im Grunde war man aber genau so fortschrittsgläubig wie alle anderen Liberalen und glaubte, daß nach Beseitigung der von ihnen gekennzeichneten Schwierigkeiten das Wirtschaftssystem allen das ersehnte größtmögliche Glück bringen werde. Von dem marxistischen Begriff der Ausbeutung unberührt, wurden auch die Ideen der französischen Frühsozialisten wohlwollend auf die Möglichkeit ihrer Verwendung hin überprüft und diese nicht unbedingt als Gegensatz zu dem bestehenden Wirtschaftssystem empfunden. Der Warencharakter der Arbeit wurde von den nationalökonomischen Denkern zwar erkannt, aber in welcher entscheidenden Weise er die Verhältnisse der Menschen untereinander veränderte, blieb doch weitgehend unberücksichtigt.

Nur aus dieser eigentümlichen Grenzsituation des Vormärz sind die hier vorgebrachten Zeugnisse für eine erste Mitbestimmung der Arbeiter am industriellen Leben zu verstehen. Sie sind charakteristisch für das aufkeimende Gefühl, daß sich im Zug des neuen Fabrikenwesens auch die Arbeit nach anderen Prinzipien und Gesetzen gestalten wird, daß eine versäumte gerechte Organisation der Arbeit schnell zu einer völligen Desorganisation der gesell-

²⁸ Ebd., S. 159.

schaftlichen Zustände überhaupt führen könne. Die hier vorgeschlagenen Mitspracherechte der Arbeiter in Form der überbetrieblichen Arbeiterlandräte und Lohnausgleichskommissionen wie auch in Form der betrieblichen Arbeitsausschüsse zur Kontrolle der Gewinnausschüttung erhalten ihre wirkliche Bedeutung erst vor dem großen Hintergrund der gesellschaftlichen Probleme. Denn wenn diese Einrichtungen dazu mithalfen, daß der Arbeiter sich wieder mit der betrieblichen Ordnung versöhnte, dann stand auch seiner Eingliederung in die größere Gesellschaftsordnung nichts mehr im Wege. Den Zusammenhang zwischen einer glaubwürdigen sozialen Betriebsverfassung und der gesamten Sozialordnung erkannt und in das Bewußtsein der Allgemeinheit gelenkt zu haben, ist das entscheidende Verdienst dieser ersten Begründer einer Theorie des Mitbestimmungsrechtes.

5. Die Bestrebungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen zur Gründung paritätischer „Fabrikvereine“

Die ersten Gedanken, Vorschläge und Theorien für ein Mitbestimmungsrecht der arbeitenden Klassen zur Überbrückung und Milderung der schwellenden sozialen Spannungen waren kaum ins Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit gedrungen. Bis zum Beginn der vierziger Jahre wurden diese Programme in kleinen literarischen Zirkeln erörtert, ohne daß die Masse des liberalen Bürgertums davon Kenntnis bekommen hätte. Bewegten sich doch alle diese ersten Kritiker des klassischen und uneingeschränkten Liberalismus ausschließlich im luftigen Gebiet der Theorie und Phantasie. Die Ideen dieser ersten vormärzlichen Sozialreformer waren vorwiegend deduktiv aus den weiter entwickelten Zuständen der französischen und englischen Industrie abgeleitet, während die Welt des deutschen Handarbeiters kaum einer von ihnen aus eigener Anschauung kannte. Die Praxis fühlte sich von diesen Dingen nicht angesprochen.

Zu Beginn der vierziger Jahre trat hier aber ein entscheidender Wandel ein: große Teile der liberalen Bürgerschichten wandten sich sozialen Reformideen zu, und die Lage der arbeitenden Klassen wurde weit über den akademisch-literarischen Raum hinaus als eine „Wunde der Zeit“ von Vertretern der Verwaltung und Wirtschaft diskutiert. Auch die Pläne für eine stärkere Heranziehung der Arbeiter in Fabrik und Wirtschaft bekamen dadurch einen spürbaren Auftrieb. Welche Gründe spielten für die Verbreiterung der Diskussion eine Rolle?

Ein wesentlicher Anlaß dafür war – jedenfalls was Preußen anbetraf – sicher die Thronbesteigung *Friedrich Wilhelms IV.* Während unter der bürokratisch-patriarchalischen Regierung des Vorgängers *Friedrich Wilhelm III.* der „beschränkte Untertanenverstand“ sich kaum um die öffentlichen Angelegenheiten gekümmert hatte, weil die Staatsmaschine gleichsam hinter

verschlossenen Türen lief, wurde das allgemeine Interesse an den Staatsgeschäften in ungeahntem Maße wach, als *Friedrich Wilhelm IV.* in einem Edikt vom 24. 12. 1841 „eine freimüthige Besprechung vaterländischer Angelegenheiten, sofern sie wohlmeinend und anständig sei“, gestattete¹. Im Mai 1842 wurden sogar Karikaturen und Bilder erlaubt und im Oktober die Zensur für alle Bücher von mehr als 20 Druckbogen aufgehoben. Wenn auch diese Zugeständnisse an die Pressefreiheit ein Jahr später wieder ängstlicherweise eingeschränkt wurden, so genügte doch diese kurze Zeit, um eine große und kritische Publizistik in Preußen wie unter einem Zauberstab hervorbrechen zu lassen. Auch nach der Einschränkung des Ediktes konnten die preußischen Zensoren die Stimmen der Opposition nicht mehr völlig zum Schweigen bringen. Der Beginn des politischen und sozialen Radikalismus sowie die Anfänge des Parteienwesens fallen in diese Zeit².

Aus der sprunghaft ansteigenden Zahl der Schriften, die sich nach 1840 mit dem Pauperismus, der Assoziation und allgemeinen Problemen des Sozialismus beschäftigten, kann mit einiger Deutlichkeit abgelesen werden, wie sehr das öffentliche Interesse an diesen Fragen zugenommen hatte. Zu der großen Beachtung der sozialen Frage trug nicht wenig ein Werk bei, das der Kieler Staatsrechtler *Lorenz v. Stein* im Jahre 1842 über den Sozialismus und Kommunismus veröffentlichte³. Der Verfasser würdigte darin den Sozialismus, der bis dahin in Deutschland mehr als gedankliche Mode bekannt geworden war, erstmals in wissenschaftlicher Weise. Das Problem des Proletariats sei, so sagte er darin, mit einer bloßen Verfassungsreform nicht mehr zu lösen. Einer demokratischen Umgestaltung des Staates müsse auch eine neue Gesellschaftsordnung folgen, wenn sich das Individuum frei entfalten solle. Wichtiger als die staatliche Verfassung sei die gesellschaftliche. Die Französische Revolution hielt *Lorenz von Stein* in Wirklichkeit für eine gesellschaftliche Umwälzung, bei der an die Stelle des Feudalismus die Herrschaft der Kapitalisten getreten sei, die ihrerseits dann das Proletariat erzeugt habe. Als Folgeerscheinung seien dann die neuen sozialen Ideen in die Massen eingedrungen, und jetzt bereite sich eine neue soziale Revolution vor. Der Gedanke an eine Republik sei dabei nur vordergründig. Eindringlich mahnte *Stein*, das Königtum habe „für die Erhaltung seiner Selbständigkeit und seiner

¹ Heinrich v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. 5, 5. Aufl., Leipzig 1894, S. 189.

² Gustav Mayer, Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen. In: Zeitschrift für Politik. Hrsg. von Richard Schmidt und Adolf Grabowski. Bd. 6 (1913), S. 1–113. Vgl. ferner Horst Stuke, August Cieszkowski und Bruno Bauer. Zum Problem der „Verwirklichung der Philosophie“ bei den Junghegelianern. Diss. phil., Münster 1958 (Maschinenschrift).

³ Lorenz v. Stein, Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich. Leipzig 1842. Darauf aufbauend erschien dann sein Hauptwerk: Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage. Neuhrg. von Gottfried v. Salomon, 3 Bde., München 1921.

hohen Stellung nur einen Ausweg: es ist der, sich mit aller Besonnenheit, Würde und Kraft im Namen der Volkswohlfahrt und Freiheit an die Spitze der sozialen Reform zu stellen. Alles Königthum wird“, so fuhr er fort, „fortan leerer Schatten oder Despotie werden, wenn es nicht den hohen sittlichen Mut hat, ein Königthum der sozialen Reform zu werden“⁴.

Stein, der wegen seiner gesellschaftlichen Betrachtungsweise als Vorläufer der modernen Soziologie in Anspruch genommen wird, durchschaute aber die geschichtlichen Dinge nicht ganz, da er z. B. vergessen hatte, auf die entsprechende Entwicklung in Amerika und besonders in England einzugehen. Auch wurde von ihm das wirtschaftlich-soziale Element, weil es so neu und aufregend war, in gewisser Übertreibung zur Deutung der Französischen Revolution verwandt, und der kommende soziale Umsturz war bei ihm gewissermaßen eine von rückwärts projizierte Prophetie. Aber der durchschlagende Erfolg seines Buches beruhte gerade auf dieser Einseitigkeit und großartigen Übertreibung. Sein Verdienst war es, ganz klar festgestellt zu haben, daß hinter der Wahlrechts- und Verfassungsfrage die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einer ebenso dringenden Neuregelung harrete.

Steins Appell blieb nicht ungehört. Friedrich Rohmer, ein als politischer und religiöser Messias sich ausgebender Philosoph und Verfasser einer Lehre von den politischen Parteien, schrieb im Revolutionsjahr eine Broschüre mit dem bezeichnenden Titel: „Der vierte Stand und die Monarchie“, worin er den Gedanken an ein soziales Königtum unterstützend feststellte: „Die Monarchie in Deutschland ist berufen, das zu verwirklichen, was die Republik Frankreich ... vergeblich erstrebt: die endliche Sicherung des Looses der niederen Klassen.“⁵ Auch Joseph Maria v. Radowitz war von diesem Gedanken gang so überzeugt, daß er Friedrich Wilhelm IV. in dieser Richtung zu beeinflussen suchte. Unter dem Eindruck der Wiener Märzunruhen schrieb er an den Monarchen, die Regierung habe (wozu sie durchaus in der Lage gewesen wäre) es nicht verstanden, die Opposition auf ihre Seite zu ziehen, wozu auch die sozialistische Bewegung zu rechnen sei. „Man hat diese neue ungeheure Kraft als utopisch verhöhnt oder bloß polizeilich abgewiesen. Überläßt man sie sich selbst, so sprengt sie unfehlbar den ganzen Bau moderner Staaten, welche politische Verfassung sie auch annehmen mögen. Eben deshalb, weil sie außerhalb der doktrinellen Politik steht, gibt sie aber auch neue und große Mittel in die Hände des monarchischen Prinzips und vermag ein kräftiges Gegengewicht selbst innerhalb des Repräsentativsystems abzuge-

⁴ L. v. Stein, Geschichte der sozialen Bewegung ... aaO, Bd. 3: Das Königthum, die Republik und die Souveränität der französischen Gesellschaft seit der Februarrevolution 1848. S. 41.

⁵ Friedrich Rohmer, Der vierte Stand und die Monarchie, München 1848, S. 24. Über ihn vgl. Bluntschli: Denkwürdigkeiten aus meinem Leben. Bd. 3 (1884) und Staeps, Über Friedrich Rohmers Wissenschaft von Gott (Diss.), Erlangen 1897.

ben.“⁶ Auch Radowitz war ganz wie Stein der Meinung, die Sozialreform könne zu einem neuen Kraftquell des Königtums werden.

Friedrich Wilhelm IV. hatte sich aber noch vor diesen Mahnrufen und noch bevor die Weberaufstände 1844 wie ein Blitzlicht den Ernst der Lage beleuchteten, zu einer aufsehenerregenden, wenn auch höchst unpraktischen Tat aufgegriffen. Weihnachten 1843 verkündete er ein in altertümlich-geschwollenem Stil gehaltenes Patent zur Neubelebung des „Schwanenordens“, einer geistlichen Bruderschaft, die von einem Vorfahren, Kurfürst Friedrich III., im Mittelalter gegründet worden war. Der König wollte den „Schwanenorden“ zum Mittelpunkt einer Anzahl von Vereinen machen, die sich der Krankenpflege, Armenfürsorge und der Hebung der „reueig Gefallenen und Bestraften“ widmen sollten⁷. Die Maßnahme erwies sich aber schon binnen kurzem als völlig verfehlt und zeigte, daß der Monarch die sozialen Anliegen seiner Zeit so wenig kannte wie die politischen. Die Bekämpfung des Pauperismus durch die Liebestätigkeit einer religiösen Bruderschaft entsprach den Bedürfnissen in keiner Weise. Selbst V. A. Huber und J. H. Wichern, die für eine christliche Caritas durch Vereine eintraten, wußten nichts damit anzufangen⁸, weil der König nur die Restauration der Fassade, nicht aber die Aufgaben und die Zusammensetzung des Ordens klar umrissen hatte.

Während Friedrich Wilhelm IV. und seine pietistischen Hofkreise den Pauperismus durch Almosen und durch Erziehung der Arbeiter zur Demut in ihr Geschick zu überwinden hofften, indem sie sie auf den göttlichen Willen und eine bessere Zukunft vertrösteten, beschritten nun weite Teile des Bürgertums ganz andere Wege. Immer mehr setzte sich bei ihnen die Überzeugung durch, daß man im Gegenteil alles tun müsse, um das Selbstbewußtsein der arbeitenden Klassen zu erhöhen. Gerade der Arbeiter müsse durch Hebung seiner Bildung und gemeinnützigen Zusammenschluß ermuntert werden, an dem allgemeinen wirtschaftlichen Wettbewerb und dem Aufstieg teilzunehmen. Deshalb förderten überall tatkräftige Liberale die Bildung von Arbeiter- und Handwerkervereinen⁹.

Von Anfang an hob sich aus allen diesen Gründungen der Berliner „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ heraus¹⁰, der nach einem

⁶ Paul Hassel, Joseph Maria v. Radowitz, Berlin 1905, S. 574.

⁷ Das königliche Patent v. 24. 12. 1843 ist abgedruckt bei: Der Schwanenorden. Worte eines Preußen an seine Zeitgenossen, 1844.

⁸ Treitschke, Deutsche Geschichte aaO, Bd. 5, S. 247.

⁹ So gründete z. B. der bekannte westfälische Industrielle und Sozialreformer Friedrich Harkort 1843 in Dortmund den „Verein für die deutsche Volksschule und die Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse“. In Breslau veranlaßte der Kandidat Wolff, der das Proletariatselend in den früheren Kasematten in einer Breslauer Zeitung geschildert hatte, die Gründung eines „Vereins zur Erziehung hilfloser Proletariatskinder“.

¹⁰ Adolf Wilhelm Lette, Zur Geschichte der Bildung und Wirksamkeit des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. In: Der Arbeiterfreund, Jahrg. 1863. –

Aufruf am 7. 10. 1844 in zwei führenden deutschen Tageszeitungen am 25. 10. 1844 durch eine kgl. Kabinettsordre ins Leben gerufen wurde. Anlaß zu der Gründung gab in erster Linie eine Reihe von rheinischen und Berliner Fabrikanten, die 1844 zu der ersten Gewerbeausstellung der deutschen Bundes- und Zollvereinsstaaten in der preußischen Hauptstadt zusammengekommen waren. Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich berühmte Industrielle, wie der „rheinische Baumwollkönig“ *Quirin Croon* aus Gladbach¹¹, der Seiden- und Samtfabrikant *Friedrich Diergardt* aus Viersen, der dem mächtigen *David Hansemann* nahestehende Großkaufmann *Schwenger* aus Aachen, der preußische Generalkonsul in Hamburg und dortige Chef eines Afrika-Handelshauses *William O'Swald*, ferner die Unternehmer *Vopelius* aus Saarbrücken, *Carl Ebbinghaus* aus Elberfeld, *Nobiling* und *Goldschmidt* aus Berlin sowie die Fabrikanten *Wilhelm Boeddinghaus*, *August Wilhelm Friedrich Dannenberg*, *Finckenstein*, *Gustav Wiesenthal*, *W. Wittenstein* u. a.

Für die Bedeutung des Vereins war aber noch wichtiger, daß eine Reihe von hohen Persönlichkeiten aus der preußischen Bürokratie, die durch ihre Amtsgeschäfte Einblick in die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Klassen hatten, sich an diesen Bestrebungen beteiligte. Unter ihnen befanden sich nicht wenige, die von der dringenden Notwendigkeit einer Sozialreform überzeugt waren. Zu ihnen gehörte der Direktor für Handelsfragen im Ministerium des Innern *Robert Freiherr v. Patow*, der Präsident des Oberzensurgerichtes, Staatssekretär *Ferdinand Wilhelm Ludwig Bornemann*, der Oberpräsident der Rheinprovinz *v. Schaper*, die Geheimen Oberfinanzräte *v. Viebahn* und *Knoblauch*, ferner der Präsident des neugegründeten Handelsamtes *Friedrich Ludwig v. Roenne*, der Leiter der preußischen Statistik *Wilhelm Freiherr v. Reden* und der Regierungsrat *Quentin*.

Die hier zusammengekommenen Vertreter aus der Praxis der Verwaltung

Dieser persönlich gehaltene Rückblick des langjährigen Präsidenten des Centralvereins hat nur biographischen Quellenwert. Eine ganz ausgezeichnete wissenschaftliche Darstellung über die Entstehung, Verflechtung und Auswirkung des Vereins gibt die ungedruckte Arbeit von *Nora Stiebel*, *Der „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ im vormärzlichen Preußen*. Ein Beitrag zur sozialreformerischen Bewegung, Diss. phil. Heidelberg 1922. Als wichtigste Quelle kommt in Betracht: Mitteilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. (9 Lieferungen) Berlin 1848–1850. Später: Zeitschrift des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen, Leipzig 1858–1860. Dann fortgesetzt als: *Der Arbeiterfreund*. Zeitschrift des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Hrsg. von *V. Böhmert* und *R. v. Gneist*, Berlin 1862 f. J.

¹¹ Über die Beteiligung *Quirin Croons* an der Gründung des Vereins vgl. *Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*, Bd. 4 (1941), S. 68. – *Croon* eröffnete 1816 zusammen mit seinem Bruder eine kleine Firma für Baumwoll- und Seidenwaren, der es in der Folgezeit gelang, die jahrzehntelange Überlegenheit Englands in speziellen Baumwollwaren zu brechen. – Der evangelische Pfarrerssohn *Friedrich Diergardt* war ebenfalls technisch und kaufmännisch hoch begabt, so daß er schon mit 18 Jahren ein „Fabrikengeschäft“ für Seide und Samtband gründen konnte. 1863 verfügte er über 1000 Webstühle für Stücksamt und 750 für Samtband.

und Wirtschaft waren ein vergleichsweise nüchternes Gremium, ohne das Pathos der utopischen Sozialreformer und ohne philosophische Theorien. Einerseits war auch für sie der Weberaufstand in Schlesien, Böhmen und Minden-Ravensberg ein mahnendes Menetekel gewesen, zum anderen hatte die erste nationale Industriemesse bei ihnen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber dem Arbeiter verstärkt, mit dessen Hilfe man die ersten wirtschaftlichen Erfolge errungen hatte. Allgemein erblickten sie in den Schatten-seiten des Liberalismus nur eine Übergangserscheinung und glaubten an einen Ausgleich der gesellschaftlichen Gegensätze. Dem freien Spiel der Kräfte sollte jedenfalls kein Einhalt geboten werden; den wirtschaftlich Schwachen konnte nach ihrer Auffassung nur auf dem Boden der bestehenden und mühsam erkämpften Ordnung geholfen werden. Den Vereinsgründern lag durchweg die liberale Anschauung zugrunde, daß die dauernde Hebung der arbeitenden Klassen nur durch die Ausbildung ihrer eigenen wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Kräfte möglich sein werde. Die bürgerlichen Schichten hatten dabei die Aufgabe, diese Entwicklung durch „fürsorgliche Einwirkung“ anzuregen. Eine Unterscheidung zwischen Fabrik- und Heimarbeitern, Tagelöhnern, ländlichem Gesinde und den zünftigen Handwerksgesellen wurde dabei nicht gemacht.

Es war daran gedacht, über den gesamten preußischen Staat ein Netz von Handwerker- und Arbeiterhilfsvereinen zu breiten, dessen Mittelpunkt der Berliner Centralverein sein sollte. Das Netz sollte sich aus Provinzial-, Bezirks- und Lokalvereinen zusammensetzen, wobei die letzteren die praktische Reformarbeit zu leisten hatten. Als besondere Aufgaben für die Lokalvereine wurden ins Auge gefaßt¹²:

- a) Errichtung von Spar- und Prämienkassen,
- b) Bildung von Kranken- und Sterbeladen, Unterstützungs- und Pensionskassen,
- c) Anlegung von Schulen für die Fortbildung der Fabrikkinder und Kinderbewahranstalten,
- d) Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse durch Schriften und mündlichen Vortrag durch die Vereinsmitglieder,
- e) *die tätige Mitwirkung auch solcher Fabrik- und Handarbeiter, die nicht Mitglieder des Vereins waren, bei der Verwaltung der geplanten Institutionen.*

Insgesamt wurde der Zweck des Vereins in den von *Bornemann* ausgearbeiteten Statuten damit umrissen, daß man für die Verbesserung des wirtschaftlichen und sittlichen Zustandes der arbeitenden Klassen in Preußen und möglichst auch in anderen deutschen Staaten anregend und fördernd wirken wolle. Der Verein gewann schnell dadurch Popularität, daß er öffentliche

¹² *Stiebel*, *Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen* aaO, S. 70.

⁴ *Teuteberg*, *Industrielle Mitbestimmung*

Kundgebungen veranstaltete und der König sich in seiner Kabinettsordre wärmstens über ihn ausgesprochen und sogar 1500 Taler gestiftet hatte¹³. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß der Centralverein mit seinen vielen Zweigvereinen am Vorabend der großen deutschen Revolution die Chance hatte, zu einem Kristallisationspunkt echten sozialreformerischen Bemühens zu werden. Wie wurde diese Chance genützt?

Die Gründung des Centralvereins wurde von vielen Liberalen gleich zu Anfang begrüßt, weil man dadurch die Regierung zu anderen politischen Konzessionen, besonders in der Wahlrechtsfrage, zu drängen hoffte. Die Aufforderung des Königs zur Mitwirkung an den geplanten Vereinen wurde oft dahingehend ausgelegt, daß die Regierung auf diesem Gebiet nicht mehr ohne Hilfe des Bürgertums auskommen könne. Auch hofften diese Kreise wohl insgeheim, in den Arbeitern Bundesgenossen für ihre politischen Bestrebungen zu finden, wenn man sie nur genügend „aufgeklärt“ habe. Durch die angestrebte Selbstverwaltung der Unterstützungskassen und anderer Institutionen sollte dafür gesorgt werden, daß sie später auch in die politische Tätigkeit eingeschaltet werden konnten. Hatten Bürger und Arbeiter in den selbstverwaltenden Körperschaften sich erst einmal bewährt, so mußte man ihnen wohl oder übel später auch größere Pflichten und Rechte innerhalb der staatlichen Gemeinschaft zugestehen. Es gab sogar welche, die diese geplanten gewerblichen Assoziationen zum Grundstein eines auf öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörpern aufbauenden Staates machen wollten¹⁴. Viele Liberale, das läßt sich aus ihren Veröffentlichungen gut herauslesen, verbanden mit dieser Gründung von Anfang an recht handfeste politische Absichten. Durch die aktive Teilnahme der „arbeitenden Klassen“ an den neuen Vereinen hoffte man, die Arbeiter für die politische Demokratie reif zu machen.

Aber auch die Anhänger des „wahren Sozialismus“ setzten gewisse Hoffnungen auf die Gründung solcher Vereine, erwarteten sie doch dadurch eine soziale Regeneration der gesamten bürgerlichen Gesellschaft in ihrem Sinne. Sie stimmten mit den gemäßigten liberalen Assoziationsfreunden darin überein, die Not der arbeitenden Klassen nicht mehr durch Almosen und Wohlfahrtspolizei, sondern durch freimütige Erörterung der Arbeitsverhältnisse und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten zur Hebung des Existenzminimums zu beseitigen. Empört wurde aber von den Radikalen die Unterstellung zurückgewiesen, die materielle Not sei auch durch die Unsittlichkeit der arbeitenden Klassen entstanden. Ein Sprecher dieser Gruppe, der Junghegelianer *Ludwig Buhl*, meinte, „daß die Sittlichkeit sich innerhalb eines Volkes nicht nach verschiedenen Volksklassen abscheiden läßt und daß, wenn irgendwo ein

¹³ Ebd., S. 83.

¹⁴ Brüggemann, Preußens Beruf in der deutschen Staatsentwicklung. 1843, zit. nach Stiebel aaO, S. 45.

sittlicher Verfall eintritt, dieser nicht von einer Klasse, sondern von einem ganzen Volk verschuldet ist“¹⁵. Man dürfe sich nicht über die Roheit und Unbildung des Volkes wundern, wenn es von der oberen Klasse nur Härte und beleidigende Zurücksetzung erfahre. Die wahre Schuld liege hier an den sogenannten „gebildeten Kreisen“, die die Brücken geistiger Vermittlung abgebrochen hätten und den feinen Umgang nur unter ihresgleichen pflegten. Die Tugend und das Laster sei beiden Klassen gemeinsam, wenn es auch andere Formen habe. Stattdessen müsse eine gesellschaftliche Gleichstellung der niederen Klassen mit den höheren in den Vereinen und ein Abbau der sozialen Schranken gefordert werden. Aus dem Gesinnungswandel der Vereinsmitglieder könne schließlich dann eine Reorganisation der Gesellschaft erwachsen¹⁶. Zusammen mit den gemäßigten Liberalen forderten die Anhänger des „wahren Sozialismus“ eine aktive Teilnahme und statutenmäßig verankerte Vertretung der Proletarier an den Beratungen und der Verwaltung der Vereine. Ein Anhänger dieser Gedankenrichtung, der ehemalige Theologe *Julius Berends*, meinte, die geplante Organisation müßte von der Art sein, „daß in den einzelnen Bezirken in häufigen Versammlungen alle Glieder des Bezirkes zusammengeführt werden, diese ihre Angelegenheiten gemeinsam besprechen und berathen und ihre Beschlüsse durch freigewählte Vertreter an den Vorstand gelangen lassen. In den Bezirken müßte dem Volke, jedem Einzelnen, die Freiheit zustehen, die ihn drückenden Verhältnisse vorzutragen, damit diese, soweit sie eben nicht persönlich sind, dem Urtheil aller anheim gegeben würden“¹⁷.

¹⁵ Ludwig Buhl, Andeutungen über die Noth der arbeitenden Klassen und über die Aufgaben der Vereine zum Wohl derselben, Berlin 1845, S. 34 ff. – Der Verfasser hat auch in seinen anderen Schriften, wie: Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen (Mannheim 1844), ein tiefer gehendes Verständnis für die soziale Frage gezeigt. Als die Spenerscher Zeitung die Meinung vertrat, die Neigung zu Unzufriedenheit und Unruhen unter der Arbeiterschaft rühre nur daher, daß die Pflege der christlichen Gesinnung vernachlässigt worden sei, wandte sich Buhl mit scharfen Worten dagegen und sagte: „Nein, es gibt ein besseres Mittel, Ausbrüche der Unzufriedenheit unter den Proletariern zu verhüten: es ist sehr einfach und besteht darin, daß sie eine befriedigende Stellung gewinnen oder vielmehr, daß sie aufhören, Proletarier zu sein.“ Vgl. Das Arkanum der Spenerschen Zeitung gegen die Noth der unteren Klassen. In: Ludwig Buhl, Fragen der inneren Politik und Verwaltung, Zürich/Winterthur 1843, S. 20.

¹⁶ Stiebel, Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen... aaO, S. 88.
¹⁷ Julius Berends, Wie ist der Noth der arbeitenden Klassen abzuheffen? 2. Aufl., Leipzig 1847. – Der junge Theologe Berends hatte sich in seiner ersten Wahlpredigt gegen die sozialen Mißstände seiner Zeit gewandt. Er geißelte darin vor allem das Streben nach Besitz und Geld und wandte sich dagegen, daß der Mensch ausschließlich für sich das alles erwirbt, was nach Jesus Gemeineigentum sein sollte. Da diese Auslegung der Bergpredigt den Vorgesetzten nicht gefiel, wurde der junge Predigtamtskandidat nach seinem ersten Auftreten auf der Kanzel kaltgestellt (vgl. Julius Berends, Jesus bei den Zöllnern und Sündern. Predigt, Leipzig 1844). Später betrieb Berends eine kleine Druckerei in Berlin und wurde die „Seele des Handwerkervereins“. Er führte auch den jungen Stephan Born in den literarischen Rütli-

Die mehr konservativen Elemente in den Vereinen, besonders einige Beamte, wandten sich gegen die offensichtliche politische Zielsetzung in den Institutionen. Sie wollten, ebenso wie einige der Industriellen, den „unzerstörbaren Bund“ mit den arbeitenden Klassen weiterhin als rein patriarchalisches Verhältnis auffassen, das ihre autoritäre Stellung nur noch festigen sollte. Eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Beratung und Verwaltung der Vereine wurde von ihnen auf das schärfste mißbilligt. Doch befand sich diese Gruppe, wie sich aus den Verhandlungsberichten ergibt, in der Minderzahl.

In den Zweigvereinen, die zwischen 1844 und 1848 recht zahlreich besonders in Berlin, im Rheinland und im Gebiet um Minden-Ravensberg entstanden, spiegelten sich die hier skizzierten opponierenden Interessensgruppen deutlich wider. Je nach Zusammensetzung und Lokalität gewannen in der Leitung der Vereine Liberale, Radikale, Sozialisten oder sogar Kommunisten die Oberhand, wie aus einem Brief *Friedrich Engels* an *Karl Marx* hervorgeht¹⁸. Die überraschend große Zahl der Vereine zeigte jedenfalls, daß am Vorabend der Revolution überall Kräfte am Werk waren, um die Unternehmer und Arbeiter, liberales Besitz- und Bildungsbürgertum und Proletariat in einer gemeinsamen Assoziation und gewerblichen Korporation zusammenzufassen. Wenn die meisten dieser lokalen Zweigvereine dieses Ziel in der Folgezeit nicht erreichten, so lag das sicher an den verschiedenen Vorstellungen über den Zweck der Vereine, vor allem aber daran, daß der gemein-

Kreis ein, dem Hoffmann v. Fallersleben, die Gebrüder Bauer, Max Stirner, Schlöffer u. a. angehörten.

¹⁸ Die wichtigsten Vereinsgründungen nach Stiebel aaO, S. 97–129, waren: 1. Der Berliner Lokalverein, der sich vornehmlich die Hebung des Handwerkerstandes zum Ziel gesetzt hatte, weil es in den vierziger Jahren noch wenig Fabriken in Berlin gab. Zu seinem Vorstand gehörten der Seminardirektor Diesterweg, die Professoren Adolf W. Schmidt, Kalisch und Nauwerck sowie die Redakteure Woeniger und Brüggemann. – 2. In Westfalen die Vereine im Gebiet von Minden-Ravensberg, wo die Spinner und Weber 1844 eine Hungersnot wie in Schlesien erlebt hatten, wenn auch die kleinen bäuerlichen Eigenwirtschaften (Kotten) einen gewissen materiellen Rückhalt boten. Der Rhedaer Arzt Otto Heinrich Lünig, Herausgeber der Zeitschrift „Westfälisches Dampfboot“ und der sozialkritischen Essaysammlung „Dieß Buch gehört dem Volke“, war hier der Wortführer. Durch ihn, dem allerdings ein Klassenkampf völlig fernlag, gewannen die Sozialisten und Radikalen in den Vereinen überall die Oberhand. Der von Vincke in Münster geschaffene Provinzialverein bestand dagegen nur aus gemäßigt liberalen Beamten. – 3. Unter den Zweigvereinen im Rheinland ragte der Düsseldorfer „Verein zur Beförderung von Arbeitsamkeit, Sparsamkeit, Wohlstand und Sittlichkeit unter den arbeitenden Klassen“ unter dem Regierungsrat Quentin und der „Allgemeine Hilfs- und Bildungsverein“ in Köln-Deutz hervor, in dem Kommunisten, Radikale und Liberale um die Führung rangen. Gegen den Widerstand des liberalen Handelskammerpräsidenten Ludolf v. Camphausen gelang es einer Gruppe des „Jungen Deutschland“, den Verein zu beherrschen, so daß Friedrich Engels an Marx berichtete: „In Köln haben wir die Hälfte des Komitees zur Statutenentwerfung mit Unsrigen besetzt.“ (Karl Marx und Friedrich Engels, Briefwechsel. Brief v. 19. 11. 1844, Berlin 1949–1950). Oberpräsident v. Schaper versagte aber den Statuten des Vereins die Genehmigung, so daß der Einfluß der Kommunisten und Radikalen später zurückging.

schaftlichen Arbeit in den Statuten meist zu enge Grenzen gezogen waren. Die Tätigkeit der Arbeitnehmervertreter bestand meistens nur in der Wahl der Vorstandsmitglieder und der Entgegennahme ihrer Berichte.

Die Bezirksvertreter waren zwar vom Bezirk gewählt, fungierten aber nur im Auftrage des Lokalvorstandes. Die Sitzungen der Vereine waren meist nicht öffentlich, und die in der Regel vierteljährlich tagenden Bezirksversammlungen hatten weder beschließende noch beratende Kraft¹⁹. Am hinderlichsten stellte sich aber bei den meisten Vereinsgründungen heraus, daß eine Eintrittsgebühr oder ein ständiger Mitgliederbeitrag auch von den Arbeitervertretern erhoben wurde. So wurde die ursprünglich vorgesehene Zielsetzung aus dem Aufruf des Berliner Centralvereins völlig verfehlt.

Es mehrten sich darum auch die Stimmen, die an dem Aufbau der Zweigvereine und dem mangelnden Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bittere Kritik übten und dann Vorschläge machten, wie die ursprünglich großartige Konzeption des „Centralvereins“ dennoch zu verwirklichen sei. Einer der bemerkenswertesten Vorschläge in diesem Zusammenhang ging im Jahre 1845 von dem Berliner Historiker *Adolf Wilhelm Schmidt* aus²⁰. An den französischen Sozialreformer *Michel Chevalier* sich anlehnend schlug er vor, alle Handwerker, Land- und Fabrikarbeiter, Dienstboten und Tagelöhner in besonderen Lokalvereinen zusammenzufassen, über denen dann Kreis-, Bezirks- und Provinzialvereine stehen sollten, die von einem einzigen Zentralverein geleitet würden. Aufgabe dieser Vereine wäre es, Unterstützungs- und Sparkassen, Lebensversicherungen, unentgeltliche Bäder, Armenwaschhäuser und gesunde Wohnungen, aber auch Arbeitsnachweise, Kreditanstalten, Armenkolonien, Arbeitsämter usw. zu schaffen. *Schmidt* ging aber noch weiter und beschäftigte sich mit der Lohnfrage. Es sei doch unbillig, meinte er, den Arbeitern eine Lohnkürzung ohne weiteres aufzuzwingen. Da irgendwelche Änderungen des Arbeitslohnes die beiderseitigen Interessen immer in entgegengesetzter Weise berührten, hätte man es hier mit einer Quelle dauernder „feindseliger Conflict“ zu tun. Es würde daher ratsam sein, den Lohn künftig nur durch freie Übereinkunft und auf beratendem Wege mit den Arbeitern festzusetzen, und zwar „entweder mittelst besonderer permanenter Commissionen von Herren und Arbeitern unter Heranziehung außerhalb des Gewerbes stehender Sachverständiger, wie sie sich in dem Institut der prud'hommes in Frankreich darstellen, oder durch schiedsrichterlichen Ausspruch des Verwaltungsrathes der Association, in der beide Theile vertreten sein müssen“²¹.

¹⁹ Vgl. die Kritik bei Julius Berends, Wie ist der Noth der arbeitenden Klassen abzuhefen? aaO, S. 19.

²⁰ Adolf W. Schmidt, Die Zukunft der arbeitenden Klassen und die Vereine für deren Wohl. Eine Mahnung an die Zeitgenossen. Berlin 1845, Über Schmidt vgl. ADB, Bd. 31, S. 703.

²¹ Ebd., S. 48. – Das „Conseil des prud'hommes“ war ursprünglich zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Lyoner Seidenindustrie entstanden und dann von

Schmidt glaubte, daß diese paritätischen Lohnkommissionen die Schwierigkeiten des Unternehmers bei Wirtschaftskrisen schon aus dem eigenen Interesse der Arbeiter, die einen Arbeitsplatz zu verlieren hätten, berücksichtigen würden²². Nur müsse das Markten und Feilschen der Unternehmer um den Lohn eine Grenze finden: „Es ist mehr als ungerecht, ja unmenschlich und tyrannisch, wenn der Reichere, um nur selbst keine Einbuße in seinem Gewinn zu erleiden, den kleinsten und nicht selten eingebildeten Verlust im voraus durch das Mark der von ihm Abhängigen, durch Abzüge an ihrer Leibesnothdurft zu decken sucht.“²³

Der Autor gab keine näheren Einzelheiten für die Mitbestimmung der Arbeiter in Lohnangelegenheiten an, war aber realistisch genug, zu sehen, daß die gemeinsamen Kommissionen keine „festen Lohnsätze von möglicher Höhe“ festsetzen können, weil die Bedingungen dafür in der praktischen Staatswirtschaft noch nicht erfüllt seien. Er glaubte allerdings, daß dieses Projekt im Rahmen des deutschen Zollvereins verwirklicht werden könnte, wenn alle Arbeitgeber sich einig seien.

Wichtiger noch als die etwas utopisch anmutenden Pläne Schmidts war aber die Tendenz seiner Schrift. Und die besagte: Neben dem technischen Fortschritt und der Steigerung der Güterproduktion darf der „soziale Gemeinsinn“ nicht vergessen werden. Erst beides zusammen kann die Massenarmut überwinden. Der soziale Gemeinsinn muß geweckt werden „durch die Theilnahme der Arbeiter selbst an der Leitung der Association und der Verwaltung ihrer Einrichtungen. Überall, wo sich lebenskräftige Schöpfungen des Associationsgeistes entfaltet haben, sehen wir daher auch die Theilnahme als wesentliche Lebensbedingung anerkannt, als den Nerv, der die massenhafte Gliederung in fester Einheit zusammenhält“.

Der so scharf analysierende Berliner Historiker wies auf den Geist der Aufsässigkeit hin, der an vielen Orten heute den Arbeiter beherrsche und ihn zu einem wachsenden Kampf mit der bürgerlichen und polizeilichen Ordnung bringe. Der Grund dafür sei weiter nichts als der Mangel an sozialem Gemeinsinn, „der nothwendig da fehlen muß, wo der Proletarier sich isoliert, sich ausschließlich auf sich selbst angewiesen sieht, wo er sich von der Gesellschaft unterdrückt, verworfen und ausgestoßen glaubt und nun in den Wahn verfällt, als gebe ihm dies ein Recht, sich aus allen sittlichen Banden der Gesellschaft emancipirt zu erachten und demnach zu handeln“²⁴. Schmidt, der an der Gründung des Berliner Lokalvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen maßgeblichen Anteil gehabt hatte, vertrat resümierend die Überzeu-

Napoleon I. als eine Art von Gewerbegericht in ganz Frankreich eingeführt worden. In Deutschland, besonders im linksrheinischen Teil, hatte man das mit dem „Rat der Gewerbesachverständigen“ nachzuahmen versucht. Es handelt sich hier um einen Vorläufer der heutigen Arbeitsgerichte.

²² Ebd.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd., S. 61 ff.

gung, daß die Bildung gemeinsamer Assoziationen die Isolierung des Arbeiters, die später Marx mit dem Ausdruck „Entfremdung“ bezeichnete, aufheben könnte: „Mit dem Geist der auf Wechselseitigkeit von Rechten und Pflichten beruhenden Association kehrt... neben dem socialen Gemeinsinn auch der Gehorsam und die friedliebende Gesinnung unter den arbeitenden Klassen wieder ein...“ Der Proletarier sehe sich durch die Heranziehung zur Mitarbeit geehrt und gehoben, „er sieht, daß er auch in dieser Welt etwas ist, daß er, von der Gesellschaft von tausend Fäden umschlungen, selbst ein Glied derselben bildet, daß er nicht mehr einer eigennützigen Despotie dient, die ihn als bloße Sache behandelt und nach Willkür gebraucht oder wegwirft“. Die größte Bürgschaft für eine friedliche Entwicklung, so fuhr er fort, bleibe eine Teilnahme an der Verwaltung der Assoziation und ihrer Einrichtungen, „denn die Arbeiter, in allen ihren Interessen durch ihresgleichen vertreten, bedürfen dann keiner Gewalt, keiner Auflehnung mehr, um dieselben zu wahren und ihre Wünsche einer billigen Entscheidung entgegen zu führen. Die sociale Vertretung ruft, wie das Ehr- und Selbstgefühl, so auch das sociale Vertrauen, dieses aber die Liebe zur Gesellschaft und die gegenseitige Achtung hervor“²⁵. Schmidt distanzierte sich hier eindeutig von dem früheren System der Armenpflege mit seiner patriarchalischen Zielsetzung und zeigte sich als einer der liberalen Vorkämpfer für eine Gleichberechtigung und Mitbestimmung des Arbeiters in Wirtschaft und Gesellschaft.

Unter der Überschrift „Organische Mittel“ wies er auf die zahlreichen freiwilligen Unterstützungskassen hin, bei denen eine Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung schon zum leitenden Grundsatz geworden sei, wie z. B. bei dem über 600 Mitglieder zählenden „Verband der Berliner Schriftsetzer und Buchdrucker“. Doch betrachtete der Autor dies nur als erste Keime für eine umfassendere Vereinigung von Unternehmern und Arbeitern. Man müsse hier endlich sowohl von dem kommunistischen Prinzip der Selbsthilfe wie von dem patriarchalischen Prinzip der Wohltäterei loskommen. Deshalb solle jeder Verwaltungsrat einer Assoziation, der durch die Vereine für das Wohl der arbeitenden Klassen gebildet werde, sich wie folgt zusammensetzen²⁶:

- „1. Einen Ausschuß der Arbeiter, gewählt durch deren Gesamtheit,
2. Einen Ausschuß der Arbeitgeber, ebenfalls durch deren Gesamtheit gewählt,
3. Einen Ausschuß der besteuernden Ehrenmitglieder, etwa zur Hälfte durch die Arbeiter, zum anderen durch die Arbeitgeber gewählt.“

Die Vereine für das Wohl der arbeitenden Klassen sollten gleichsam den Überbau und das Gewölbe abgeben, unter deren Schutz sich die bereits vorhandenen Keime des guten Zusammenlebens in der Wirtschaft zu entwickeln

²⁵ Ebd., S. 63.

²⁶ Ebd., S. 78.

hätten. Die Vereine sollten schließlich die große Triebkraft darstellen, „welche die Verbindung der Gewerbsgenossen, der Fabrikarbeiter, der Gesinde, Tagelöhner und Feldarbeiter unter sich sowie deren Vergesellschaftung aller miteinander durch unablässige Impulse allmählich in Fluß bringt und in ewig rastloser Bewegung hält“²⁷.

Die Bestrebungen Schmidts und anderer Sozialreformer, den Arbeitnehmern ein Mitbestimmungsrecht in gewerblichen Korporationen zu sichern und den Centralverein in dieser Richtung zu beeinflussen, mündeten direkt in das Geschehen der Revolution von 1848. Die Unruhen waren sogar der Anlaß, daß die noch bestehenden Hindernisse für eine volle Entfaltung des Centralvereins endlich fielen. Die in den Zweigvereinen gemachten Erfahrungen und die dabei gegebenen Anregungen zur Ausgestaltung der gewerblichen Assoziationen fanden ihren Niederschlag in den Verhandlungen. So stand am 13. September 1848 auf der Vorstands- und Ausschußsitzung des Berliner Centralvereins eine Beratung über „gewerbliche Corporationen und Vereinigungen“ auf der Tagesordnung²⁸. Nach dem Protokoll hielt Präsident Johann Georg von Viebahn²⁹ es für zweckmäßig, daß man sich unter den Vereinsmitgliedern einmal über die Beziehungen zwischen Fabrikbesitzern und Fabrikarbeitern unterhalte, da für die geplante Reichsgewerbeordnung von den Mitgliedern noch keine Vorschläge unterbreitet worden wären.

Seiner Anregung folgend beschäftigte sich die Versammlung im Verlaufe von 10 Sitzungen mit der Zusammensetzung und den Aufgaben solcher gewerblicher Korporationen und veröffentlichte am Ende des Jahres das Ergebnis dieser Ausschußberatungen³⁰. Darin wurde die schon bekannte Forderung nach allgemeiner Einführung von Arbeiterkranken- und Unterstützungskassen erneuert und erklärt: „Zur Gründung und Verwaltung dieser Kranken- und Unterstützungskassen sowie zur Verfolgung anderer, auf die Verbesserung und Ordnung des betreffenden Fabrikwesens und auf das Wohl der Arbeiter gerichteten Zwecke haben die sämtlichen Beteiligten des Fabrikzweiges in einer Stadt oder in einem Fabrikzweig zu einer korporativen Verbindung unter dem Namen ‚Fabrikverein‘ zusammenzutreten.“ Nach dem Entwurf sollten diese Fabrikvereine die Gründung von Spar-, Pensions-

²⁷ Ebd., S. 85.

²⁸ Mittheilungen des Centralvereins . . . aaO, II. Lieferung (1849), S. 261 ff.

²⁹ Vgl. Walter Serlo, Das Geschlecht von Viebahn und seine Nachkommen. In: Bergmannsfamilien in Rheinland und Westfalen. Münster 1936, S. 98–104. Georg v. Viebahn, Über Leinen- und Wollmanufakturen, deren Ursprung, Umfang und Leistungen in Deutschland, Berlin 1846. – Ders., Über die gewerbliche Aufhülfe der Leinenarbeiter und die Lage der arbeitenden Klassen in Belgien. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, III. Lieferung (1849), S. 323, und Ders., Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, 3 Teile, Berlin 1858–1868.

³⁰ Leider ist das genaue Datum nicht ersichtlich. Vgl. Mittheilungen des Centralvereins . . . aaO, II. Lieferung (1849), S. 301–304.

und Vorschußkassen, die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten (besonders in Lohn- und Arbeitszeitfragen), die Sorge für gesunde und billige Wohnung und Kost der Arbeiter, die Vermittlung von wohlfeilen Wirtschafts- und Wintervorräten sowie die Verwaltung dieser Wohlfahrtseinrichtungen übernehmen. Auch war ihnen die Leitung der Fortbildungsschulen für die Fabriklehrlinge und die Überwachung der sittlichen Führung, ferner die Beaufsichtigung der durch das preußische Regulativ von 1839³¹ eingeschränkten Kinderarbeit sowie schließlich die Sorge um die Witwen und Waisen von Arbeitern zugedacht (§ 8).

Alle diese Aufgaben erschienen, da sie schon in die Gründungsstatuten des Centralvereins aufgenommen worden waren, nicht gerade besonders neu. Viel wichtiger schien es, daß nach dem Entwurf die paritätischen Fabrikvereine erstmals auch in den innerbetrieblichen Bereich eingreifen sollten, um

- a) die Bestimmungen der Fabrikordnung festzustellen;
- b) die Engagementsverträge der Fabrikarbeiter, sofern von den Fabrikdirigenten oder von den Arbeitern darauf angetragen wird, von denselben entgegenzunehmen und für deren Aufrechterhaltung zu sorgen;
- c) das gehörige Verhältnis hinsichtlich der an Stelle Erwachsener beschäftigten jugendlichen Arbeiter und das Lehrlingswesen zu überwachen;
- d) die Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter in denjenigen Fabrikzweigen zu überwachen, in welchen kein eigentlicher Lehrlings- und Gesellenstand vorhanden ist;
- e) dahin zu wirken, daß die Erzeugnisse des betreffenden Fabrikzweiges nicht durch unreelle Fabrikation untergraben, sondern durch strenge Rechtllichkeit der Ruf der Fabrikate erhöht und dadurch der Absatz gefördert werde;
- f) zur Abstellung von Mißbräuchen und Unbilligkeiten, welche beim Gewerbebetriebe von irgendeiner Stelle geübt werden möchten, vermittelnd einzugreifen.“

Die Fabrikvereine, in deren Gestalt und Bestimmungen vieles von den nach 1850 gegründeten Gewerberäten vorweggenommen zu sein scheint, sollten nach dem Entwurf auch die Interessen des Fabrikzweiges bei der lokalen Gemeinde- und Stadtverwaltung vertreten und Mitglieder für einen übergeordneten Gewerberat und ein Gewerbegericht wählen, die dann für einen Distrikt oder eine größere Stadt zuständig sein sollten (§ 12). Ganz wie in früheren Entwürfen war also an eine Gliederung und Stufung der

³¹ Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken. In: Gesetz-sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1839, S. 156. Abgedruckt bei: Günther K. Anton, Geschichte der preussischen Fabrikgesetzgebung bis zu ihrer Aufnahme in die Reichsgewerbeordnung, Leipzig 1891 (neu hrsg. durch Horst Bülter, Berlin 1953), und bei Gerhard Erdmann, Entwicklung der deutschen Sozialgesetzgebung. 2. erw. Aufl., Göttingen 1957, S. 148. Vgl. ferner Syrup-Neuloh, Hundert Jahre staatliche Sozialpolitik, Stuttgart 1957, S. 58 ff.

Selbstverwaltungskörperschaften in der Wirtschaft gedacht. Daß es sich um eine echte paritätische Vertretung handeln sollte, in denen eine gleichberechtigte Mitsprache der Arbeitnehmer garantiert war, ging aus den folgenden Paragraphen hervor, in denen es hieß: „§ 13. *Behufs der Wahl der Ausschüsse sollen die Fabrikvereine sich in zwei Klassen gliedern, von denen die eine durch die Fabrikbesitzer und Dirigenten, und die andere durch die Angestellten und Arbeiter gebildet wird.* § 14. *Vorstand und Ausschuß werden von den Fabrikbesitzern einerseits und von den Arbeitern andererseits und zwar zu gleichen Teilen gewählt. Ob die Arbeiter die auf ihren Teil fallenden Ausschußmitglieder in ihrer Gesamtheit wählen oder sich zu diesem Zwecke in einzelne Unterabteilungen sondern wollen, bleibt der Bestimmung des besonderen Vereinsstatutes überlassen.*“

Noch ehe das Ergebnis dieser gründlichen Ausschußberatungen veröffentlicht werden konnte, hatte die preußische Regierung unter dem Druck der immer stärker werdenden Handwerkerpetitionen eine Abänderung der Gewerbeordnung von 1845 und eine Notverordnung über die Errichtung von Gewerberäten am 9. Februar 1849 verkündet, über die an späterer Stelle berichtet wird. Der Centralverein sah sich nun vor die Notwendigkeit gestellt, Form und Befugnisse der vorgeschlagenen „Fabrikvereine“ umzuarbeiten und gewissermaßen als Ergänzung den neuen staatlichen Wirtschaftsorganen anzupassen. Der am 16. Mai 1849 schließlich wiedervorgelegte und von der Generalversammlung gutgeheißene „Entwurf einer Verordnung betr. die Verhältnisse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Fabriken“ wirkte aber gegenüber dem ersten ursprünglichen Entwurf weitaus abgeschwächt, vor allem waren die Mitsprachebefugnisse der Arbeiter stark beschnitten worden. Im wesentlichen beschränkte man sich darauf, den Staat auf die Notwendigkeit des Erlasses von Fabrikordnungen und die Errichtung obligatorischer Kranken- und Unterstützungskassen für die Fabrikarbeiter hinzuweisen. Im ganzen gesehen bedeutete der Entwurf hinsichtlich einer Beteiligung der Arbeitnehmer einen Rückschritt. Der Entwurf wurde zwar noch dem preußischen Ministerium zugeleitet³², doch blieben er und ähnliche Eingaben erfolglos. Das Ministerium antwortete am 9. September 1849 lediglich, man sei auf den Entwurf nicht eingegangen, weil es nicht für „zeitgemäß“ gehalten werden könne, durch weitere über die Verordnung vom 9. Februar 1849 hinausgehende gesetzliche Bestimmungen in die gewerblichen Verhältnisse und die freie Selbstbestimmung der Gewerbetreibenden einzugreifen, um nicht durch ein etwaiges Widerstreben der Beteiligten die Ausführung der angebahnten Maßregeln zu vereiteln³³.

Die Verhandlungen des Centralvereins spiegeln wohl ohne Zweifel ein

³² Mittheilungen des Centralvereins... aaO, III. Lieferung (1849), S. 402, und ebd., VII. Lieferung (1850), S. 199.

³³ Mittheilungen des Centralvereins... aaO, V. Lieferung (1849), S. 29 ff.

Stück deutschen Liberalismus im Vormärz wider. Sie legen gleichzeitig Zeugnis dafür ab, daß am Vorabend der großen Revolution bis hinein in das „tolle Jahr“ sich viele der besten Geister ernsthaft um eine Versöhnung mit den arbeitenden Klassen und um eine Integrierung der gesellschaftlich heimatlos gewordenen Proletarier in die bestehende bürgerliche Ordnung bemühten. Die von ihnen geschaffenen Mittel und Institutionen blieben aber weithin unzulänglich, weil nur wenige von ihnen erkannten, worauf es bei den gewerblichen Korporationen wirklich ankam: Nicht auf die Hebung der Sittlichkeit und Bildung, nicht auf die Versorgung in Notfällen, sondern in erster Linie auf die Erweckung eines „sozialen Gemeinsinnes“ und die gleichberechtigte Anerkennung der arbeitenden Schichten, mit deren Hilfe der Aufbau der nationalen Industrie erst möglich wurde.

Der deutsche Liberalismus stand bei der Lösung dieser Fragen vor einem schwierigen Dilemma: Im Gegensatz zu den älteren Industriestaaten Westeuropas mußte ein gesamtdeutscher Staat mit allen seinen rechtsstaatlichen Institutionen erst geschaffen und diese gleichzeitig freiheitlich-demokratisch ausgestaltet werden³⁴. Die gedankliche und praktische Bewältigung dieser doppelten Aufgabe war den verwandten Bewegungen in Westeuropa in dieser Schwere nicht gestellt. Die Ansichten über die einzuschlagenden Wege zur Überwindung der sozial unbefriedigenden Zustände waren gemäß den sich herausbildenden liberalen Strömungen und Parteiungen recht verschieden. Einig waren sich aber alle – abgesehen von einigen besonderen Extremisten und Radikalen – in der Ablehnung einer revolutionären Lösung der politischen wie der sozialen Probleme³⁵. Der Glaube an die Reformfähigkeit des monarchischen Staates, seiner Wirtschaft und Gesellschaftsordnung zeigte sich als ein Kernstück liberaler Gesinnung.

II. Forderungen nach einer demokratischen „Organisation der Arbeit“ während der Achtundvierziger-Revolution

In den Wirrnissen der Revolutionsjahre von 1848/49 demonstrierte der „Vierte Stand“ selber, wie eng die politischen Realitäten mit der sozialen Frage zusammenhingen. Im Vordergrund standen freilich die auch bei den unteren Klassen populären politischen Ziele: Der Wunsch nach einer verfassungsrechtlich garantierten Freiheit, die Sehnsucht nach einer nationalstaatlichen Einheit, nach allgemeiner Presse- und Versammlungsfreiheit. Und doch herrschte bei den Massen auch der Gedanke vor, bei dieser Gelegenheit die angestaute soziale Unzufriedenheit zu beheben. Im Grunde waren diese so-

³⁴ Walter Bußmann, Zur Geschichte des Liberalismus im 19. Jahrhundert. In: Historische Zeitschrift, Bd. 186 (1958), H. 3, S. 528.

³⁵ Theodor Schieder, Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert. In: Historische Zeitschrift, Bd. 170 (1950).

zialen Nöte noch elementarer als die Verfassungswünsche; denn nicht aus Zufall waren in den vierziger Jahren die Schlagworte von der „sozialen Frage“ und der „sozialen Revolution“ entstanden¹. Wenn dennoch die politischen Programme der Revolution vorwiegend das Gepräge gaben, so gab es dafür einen einfachen Grund: Die Bewegung war und blieb bis zum Schluß eine ausschließliche Sache des Bürgertums. Die Aufrufe und Ideen ihrer geistigen Führer bildeten überall den entscheidenden Zündfunken und die vorwärtstreibende Kraft – nicht etwa die sozialen Nöte der arbeitenden Klassen. Insbesondere die Fabrikarbeiter – die hausindustriellen Weber und Spinner muß man hier außer Betracht lassen – waren im historischen Sinne noch stumm. Der Hauptgrund dafür lag darin, daß Fabrikherr und Arbeiter vielfach noch einer gemeinsamen Arbeitswelt sich angehörig fühlten und die von *Karl Marx* so scharf diagnostizierte Entfremdung in den älteren westeuropäischen Industrien in den meisten Teilen Deutschlands überhaupt noch nicht beobachtet werden konnte.

Das eigentlich unruhige Element der Revolution, das sich für die Forderungen der bürgerlichen Radikalen anfällig zeigte, waren die beruflich und gesellschaftlich wurzellos gewordenen Handwerksgehlen. Sie stellten die Hilfstuppen für die Revolution und wurden zu den Trägern der von den bürgerlichen Intellektuellen dirigierte Auflehnung. Aber auch sie stürmten in erster Linie nicht gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, sondern gegen das neumodische industrielle Fabrikensystem; denn ihre „revolutionäre“ Kampfpapole hieß: Zurück zu den alten Zünften! Nur dort, wo industrielle Zusammenballung eine größere und geschlossene Fabrikarbeiterschaft hatte entstehen lassen, wie etwa im engen Tal der Wupper, flammten gleichsam einem Wetterleuchten sozialistische und kommunistische Programme auf. Aber im großen und ganzen blieb das von *Karl Marx* so fest angekündigte „Gespenst des Kommunismus“ in Deutschland aus.

Den vielen Fabrikarbeitern, die einstmalen Gesellen gewesen waren, stand ihre handwerkliche Vergangenheit recht lebhaft vor Augen. Die meisten von ihnen waren noch durch familiäre Bindungen und gesellschaftliche Traditionsvorstellungen mit den Gesellen verbunden. So ergab es sich von selbst, daß sich die Wünsche der Fabrikarbeiter und der Handwerksgehlen häufig genug überschritten. In einem Punkt waren sich die beiden Gruppen der arbeitenden Klasse besonders einig: In der Forderung nach einer gerechten und demokratischen „Organisation der Arbeit“, d. h. einer Gewerbe-, Handwerks- und Fabrikenordnung, die dem arbeitenden Menschen ein Mindestmaß gesellschaftlicher Gleichberechtigung und Teilhabe bei der Regelung seiner Arbeits- und Berufsangelegenheiten sicherte. Im Grunde handelte es sich

¹ Diese Ansicht vertritt auch W. Conze in: Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands. In: Historische Zeitschrift, Bd. 186 (1958), H. 1, S. 20.

dabei um eine ideologische Parallelität: Die Forderung nach einer konstitutionell gesicherten Mitwirkung des Volkes wurde von dem staatlichen auch auf den wirtschaftlichen Bereich übertragen. Wie die Debatten und Beschlüsse auf den Handwerker- und Arbeiterkongressen zeigen, waren die Vorstellungen über eine solche konstitutionell-demokratische Wirtschaftsverfassung („Organisation der Arbeit“) freilich sehr verschieden.

Dieser von dem französischen Politiker und Historiker *Louis Blanc* in seiner Zeitschrift „Revue du progrès politique, social et littéraire“ im Jahre 1839 erstmals in diesem Sinne verwendete Ausdruck² hing im übrigen auf das engste mit dem schon vielfach erörterten Begriff der „Association“ zusammen³. Wie dieser war er gleichsam eine Zauberformel für alle sozial reformerischen Bemühungen, wie dieser vieldeutig und schillernd. Deshalb konnten auch die verschiedensten Gruppen darauf schwören. Ein heftiger Gegner des Sozialismus illustrierte das mit folgenden Worten: „Dem einen ist Organisation der Arbeit ein süßes Mittagsschläpfchen in der Sonne, dem anderen die Aufgabe eines festen Pensums von seiten des Staates, während einem dritten die Fourierschen Gruppen und Serien vorschweben; unter Staatsvorsatzkammern denkt sich der eine große Suppenanstalten zur Speisung von 40 Millionen Deutschen, der andere malt sich die Einrichtung eines ungeheuren Kleidermagazines aus. Die meisten denken gar nichts.“⁴ In dieser Spöterei steckte ein wahrer Kern: *Louis Blancs* mit der „Luxemburg-Kommission“ ausgearbeitetes soziales Reformprogramm mit seinen Plänen über die Verstaatlichung einzelner Gewerbebezüge, der Errichtung von staatlichen Lagerhäusern und Basaren und dem Aufbau von genossenschaftlich geleiteten Großbetrieben (ateliers sociaux) fand weit über die Grenzen Frankreichs hinaus auch in Deutschland größte Beachtung. Die von ihm geprägten Ausdrücke und Begriffe, vor allem die „Organisation du travail“, wurden übernommen – auch wenn keine klare Vorstellungen damit verbunden waren. Es war eines jener Worte, die „über den Rhein herübergeflogen waren“. Für die mehr Nachdenklichen bedeutete aber die „Organisation der Arbeit“ ebenso wie die „Association“ ein neues Ordnungsprinzip der Wirtschaft und Gesellschaft, wie ein ernster zu nehmender Aufsatz in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ aus dem Jahre 1845 zeigt: „Der Ausdruck Orga-

² Jean Joseph Louis Blanc, Organisation du travail, Paris 1840. – Die Abhandlung erschien zuerst als Aufsatz in der oppositionellen Zeitschrift „Revue du progrès politique, social et littéraire“ und erlebte dann als Buch bis 1850 neun Auflagen. (Deutsch: Organisation der Arbeit. Nordhausen 1847. 2. Aufl. Berlin 1899.) Wahrscheinlich hat Blanc den Ausdruck „Organisation der Arbeit“ von Adam Smith entlehnt, der ihn in seinem berühmten Kapitel über die Arbeitsteilung verwendet, allerdings noch ohne den sozialen Begriffsinhalt.

³ Vgl. den anonym verfaßten Aufsatz: Organisation der Arbeit. In: Gesellschaftsspiegel. Organ zur Vertretung der besitzlosen Klassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart. Hrsg. von Moses Heß. Jahrg. 1 (1845), S. 45 ff.

⁴ G. Scheidtmann, Der Kommunismus und das Proletariat, Leipzig 1848, S. 22.

nisation der Arbeit ist in der neueren Zeit namentlich in Deutschland und Frankreich zu einem vielfach gebrauchten Schlagwort geworden...“ Sein Hauptsinn ist „die Verminderung des Übergewichtes des Capitals über die Arbeit, die Verbesserung des Zustandes der arbeitenden Klassen durch gleichere Vertheilung des Einkommens. Zur Erreichung dieses Zieles verlangen die Einen die Beschränkung der freien Concurrrenz in den Gewerben und dem Handel, die Anderen die Bildung... freier Erwerbsgemeinschaften, wieder Andere... nichts weniger als völlige Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft“⁵. Ein anderer Zeitgenosse erläuterte den Begriff nicht weniger eindrucksvoll mit folgenden Worten: „Die Gewerbefreiheit ist die Forderung der Zeit und meist auch eine Tatsache, bei der die weitere Entwicklung keine Fesseln mehr verträgt... Die menschenfreundlichen Staatswirthe, die sie zuerst verlangten, waren irre in dem Glauben, sie werde den Zustand der arbeitenden Klassen überhaupt verbessern. Bitter hat sie diese Meinung getäuscht. Daher erklärt sich leicht, daß ebenso allgemein als vor einem halben Jahrhundert der Ruf nach Gewerbefreiheit war, gegenwärtig derjenige nach Organisation der Arbeit ist... Allein es lag dieß nicht in der Freiheit, sondern in der atomistischen Auffassung von der Gesellschaft, welche die Systeme des Gemeinlebens, in denen das Dasein des Einzelnen wurzelt, die positiven Grundlagen der Gesellschaft überall als nur etwas Negatives, Beschränkendes ansieht... Es sind die Folgen der falschen Grundansicht, daß man die wahre Volksfreiheit, anstatt sie in der Selbstgewalt und Selbstregierung der Gemeinden und übrigen organischen Vereine zu erkennen, in einer Summe von Frechheiten der Einzelnen vermeinte... daß man die Kräfte, anstatt sie zu vereinigen, fast nur in Streit setzte, so daß sich überall Vereinzelung, Widerstreit, Concurrrenz und Feindschaft auf Tod und Leben darstellte und unsägliches Elend der Vielen... Freiheit ohne Organisation (ist) nur Herrschaft der Willkür.“⁶

Wie bunt und vielfältig auch die Vorstellungen über dieses zeitgenössische Schlüsselwort gewesen sein mögen, so war doch die starke Betonung bei den verschiedensten Bevölkerungsgruppen ein sicheres Anzeichen dafür, daß überall in steigendem Maße der offensichtliche Zwiespalt zwischen der angestrebten rechtlich-politischen Gleichstellung und der wirtschaftlichen Unterordnung, die Diskrepanz zwischen dem politischen Bürger und dem wirtschaftlichen Untertan empfunden wurde. In welcher Weise eine gerechtere und demokratische Gewerbeverfassung unter dem Stichwort „Organisation der Arbeit“ erstrebt wurde, sollen die folgenden Beispiele aus den Revolutionstagen zeigen.

⁵ Schütz, Über das Princip der Ordnung in der Volkswirtschaft. In: Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, Jahrg. 1845, S. 234.

⁶ Friedrich Schmittthener, Über Pauperismus und Proletariat, Frankfurt/M. 1848, S. 21–24.

Eine getrennte Behandlung der Forderungen der Handwerker und der Fabrikarbeiter erscheint dabei gerechtfertigt: Einmal, um die verschiedene Zielsetzung hinsichtlich einer Mitbestimmung in der Wirtschaft deutlicher herausstellen, zum anderen, um die sich gabelnden Entwicklungslinien in der späteren Zeit besser verfolgen zu können. Denn die Handwerker-Petitionen führten 1848/49 zu einigen praktischen Resultaten in der Gewerbesetzgebung, während die Wünsche der Fabrikarbeiter vorerst ergebnislos blieben. Sie lebten aber in Gedanken weiter, um Jahrzehnte später erneut an die Oberfläche der politischen Wirklichkeit zu kommen.

1. Karl Georg Winkelblechs „System des ökonomischen Föderalismus“

Einer der Hauptsprecher der kleinbürgerlich-handwerklichen Forderungen in der Revolution 1848/49 ist der Sozialphilosoph *Karl Georg Winkelblech* gewesen, von Beruf Gewerbeschullehrer in Kassel, der später unter dem Schriftstellerpseudonym *Karl Marlo* bekannt wurde¹. Er verkörperte in diesen beiden Jahren alle die Elemente der arbeitenden Klassen, die eine Beschränkung der neuen Gewerbefreiheit wünschten und dabei mehr oder weniger eine Restauration der Zünfte und ihrer alten handwerklichen Lebensordnung im Auge hatten, wenngleich sie ein neues, zeitgemäßes Gewand verlangten. Winkelblech war als Professor für Chemie 1839 an die Kasseler Gewerbeschule gekommen, bei der er auch bis zu seinem Tode 1865 wirkte. Schon 1843 hatte er sich, über seine engeren beruflichen Interessen hinausstoßend, dem Studium der Nationalökonomie zugewandt, um „die Leiden unseres Geschlechtes, deren Ursachen und Heilmittel zu ergründen“². Als „wissenschaftlicher Einspänner“ schuf er sich dann sein eigenes und merkwürdiges „System des föderativen Sozialismus“ oder „System des ökonomischen Föderalismus“, wie er es abwechselnd nannte. Durch die darin enthaltene Theorie über eine neue korporative Gliederung der Wirtschaft und einer bewußten Pflege aller Selbstverwaltungskräfte gelang es ihm, sich für die Dauer der Revolution eine führende Stellung in der sozialen Bewegung, besonders aber unter den Handwerkern, zu sichern.

Sein System des ökonomischen Föderalismus (das heute am besten mit wirtschaftlicher Selbstverwaltung übersetzt werden könnte), begann er ab 1848 in einem umfangreichen Werk unter dem bezeichnenden Titel „Organi-

¹ Artikel „Winkelblech“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Aufl., Bd. 6, Jena 1894. – Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck, Bd. 2 (1940), S. 428. – J. C. Poggendorff, Biographisch-literarisches Handwörterbuch zur Geschichte der exakten Wissenschaften, Bd. 2 (1898). – Eduard Biermann, Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo). Sein Leben und sein Werk. 2 Bde., Leipzig 1909. – Stanislaus Grabski, Karl Marlo als Sozialtheoretiker, Bern 1899. – Edgar Allix, L'œuvre économique de Karl Marlo, Paris 1898.

² Biermann, Karl Georg Winkelblech aaO, Bd. 1, S. 102.

sation der Arbeit oder System der Weltökonomie“ niederzulegen³. Seine dort fragmentarisch skizzierte Theorie stellt sich auf den ersten Blick als eine seltsame Mischung von Irrtum und Wahrheit, von vorwärts- und rückwärts gerichteten Ideen dar. Auf der einen Seite übte er scharfe Kritik an dem liberalen Konkurrenzsystem der kapitalistischen Wirtschaft, der Entartung ins Spekulative, dem Mangel an sozialem Mitgefühl und der unwürdigen Behandlung und Stellung der arbeitenden Klassen. Auf der anderen Seite warf er den Sozialisten primitiven Materialismus und Irreligiosität vor und verherrlichte das alte Zunftwesen. Winkelblechs Grundzug war ausgesprochen religiös, seine stark idealistisch gefärbte Sozialphilosophie an der Rechts- und Gesellschaftslehre orientiert, wie sie von *Friedrich Julius Stahl* und *Friedrich Carl v. Savigny* vertreten worden war. Auf der anderen Seite hatten aber auch die Utopien des Frühsozialismus nach Art von *Sismonde de Sismondi* und die Vorstellungen des Sozialkonservatismus nach Art *Thomas Carlyles* ihren Einfluß bei ihm hinterlassen. Der Kasseler Sozialreformer wandte sich gegen die „desorganischen“ Elemente des Kapitals wie auch des entstehenden Proletariats und äußerte damit eine Ideenrichtung, die sich weder in den vormärzlichen deutschen Liberalismus noch in den rationalen französischen oder deutschen Sozialismus einordnen ließ. „Konservative und demokratische, individualistische und sozialistische, kleinbürgerliche und proletarische Züge“, schrieb sein Biograph *E. Biermann* später, „alles das weist das System der Weltökonomie gewiß nicht in wirrem Durcheinander, aber auch nicht in einer die Gegensätze aussöhnenden höheren Synthese auf“⁴. Wie das nachfolgende von *Albert Schäffle* entworfene Schema über den von *Winkelblech* gedachten Neubau der Wirtschaft zeigt, lagen seine Ideen etwa in der Mitte zwischen Liberalismus und Kommunismus⁵ (s. S. 65).

Seine starke Betonung der Zunftverfassung meinte in erster Linie die Wiederherstellung einer verlorengegangenen korporativen Gliederung in der Wirtschaft und die Weckung der selbstverwaltenden Kräfte, nicht aber die Restauration einer überlebten, am Mittelalter orientierten Ständeordnung, wie es noch die romantische Nationalökonomie erstrebt hatte. Sein System, das von seinen Gegnern als „zünftlerischer Rückfall“ so verächtlich gemacht wurde, daß es fast vollkommen in Vergessenheit geriet, wollte weit mehr,

³ Karl Marlos Untersuchung über die „Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie“ erschien ab 1850 in Bruchstücken und großen Pausen und blieb durch den Tod des Verfassers 1865 unvollendet. Seine Witwe veranlaßte die vollständige Herausgabe seines Lebenswerkes, das von 1884–1886 vierbändig schließlich in der 2. Auflage erscheinen konnte. Diese Ausgabe ist auch heute noch am besten zu benutzen. Vgl. ferner den von Eduard Biermann 1911 herausgegebenen literarischen Nachlaß Winkelblechs.

⁴ Biermann, Karl Georg Winkelblech aaO, Bd. 1, S. 152 ff.

⁵ Das Schema wurde entnommen aus Albert Schäffle, Kapitalismus und Socialismus mit besonderer Rücksicht auf Geschäfts- und Vermögensformen. Vorträge zur Versöhnung der Gegensätze von Lohnarbeit und Kapital, Tübingen 1870, S. 307.

da die neue Fabrikindustrie ausdrücklich einbezogen sein sollte. Diese zünftlerischen Vorstellungen sind seiner Theorie im ganzen gesehen sehr abträglich gewesen. Daß sich aber eine nicht unbedeutende Konzeption für die Neugestaltung des gewerblichen Lebens darin verbarg, soll die nachfolgende kurze Darstellung seines politisch-öffentlichen Wirkens zeigen.

Winkelblech brachte seine Forderungen erstmals auf der „Abgeordnetenversammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes“ vor, die am 2. Juni 1848 in Hamburg unter Teilnahme von rund 200 Meistern und Gesellen eröffnet wurde. Dort sagte er, daß das Kapital mit der Zeit ein immer größeres Übergewicht über die Arbeit in Deutschland erringen werde⁶. Deshalb müsse man darauf dringen, „daß eine allgemeine Organisation der Arbeit an die Stelle der halben Maßregeln trete. Der Mittelstand müsse sich des Schutzes erfreuen, der ihm fehle; die Versammlung möge nur erklären, daß allein eine durchgreifende, alle Industriezweige umfassende Zunftverfassung Deutschland vor dem Schicksal Frankreichs und Englands und vor den Gefahren des Kommunismus schützen könne. An die Stelle der alten künstlichen müsse eine neue, natürliche Zunftverfassung treten...“ Anschließend forderte *Winkelblech* die Errichtung einer sozialen Kammer oder eines Parlamentes, das die soziale Gesetzgebung zu beraten und die gefaßten Beschlüsse der politischen Kammer, der die endgültige Feststellung der politisch-sozialen Ordnung vorbehalten sein müsse, vorzulegen habe. Die Mitglieder dieser beiden Kammern sollten „von sämtlichen sozialen Ständen nach

⁶ Verhandlungen der ersten Abgeordnetenversammlung des Norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes zu Hamburg, den 2. Juni bis 6. Juni 1848. Hamburg, S. 22. Zit. bei Biermann aaO, Bd. 2, S. 57 ff.

einem, die Vertretung aller besonderen Berufsgeschäfte hinlänglich verbürgenden Wahlgesetze gewählt werden“⁷. Nach Winkelblechs Vorstellungen konnten diese paritätischen, aus Unternehmern, Arbeitern, Meistern und Gesellen zusammengesetzten Kammern einem jedem Glied der Gesellschaft die seiner Arbeitskraft entsprechende Erwerbssphäre durch eine soziale Gesetzgebung sichern. Obwohl *Winkelblechs* Aktionsprogramm von dem Norddeutschen Handwerkerkongreß einstimmig angenommen worden war⁸, beantragte dann der Braunschweiger Hofbuchbindermeister Selenka, die Frage eines paritätischen Sozialparlamentes (das unwillkürlich an den späteren Reichswirtschaftsrat der Weimarer Zeit erinnert), bis zum „Allgemeinen Handwerker- und Gewerbekongreß“ am 14. Juli in Frankfurt/Main zurückzustellen. *Winkelblech* stimmte zu, vor allem, um eine noch breitere Öffentlichkeit für seine weitgesteckten Ziele zu gewinnen; hoffte er doch, sein Sozialparlament in die zu verabschiedende Reichsverfassung einzubauen⁹. Eine siebzehnköpfige Vertrauensmännerkommission arbeitete eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung aus, die die Quintessenz der Kongreßbeschlüsse enthielt¹⁰.

Umso verwunderlicher erscheint es nun aber, daß auf dem nachfolgenden Frankfurter Handwerker- und Gewerbekongreß, der vom 14. Juli bis zum 18. August im „Römer“ tagte, *Winkelblechs* Vorschlag zur Schaffung einer sozialen Kammer überhaupt nicht erwähnt wurde. Dabei war die Frankfurter Zusammenkunft eine Fortsetzung der Hamburger Bemühungen, und viele, die nach Frankfurt gekommen waren, hatten in Hamburg den *Winkelblech-schen* Plan gutgeheißen. Stattdessen trugen die von der „Freiheit des Völkerfrühlings“ zusammengeführten Meister allerhand unwichtige Einzelfragen vor, forderten in der Hauptsache im Interesse des Handwerks wieder die Einführung alter Zunftbeschränkungen und betrachteten sich überhaupt als eine Art von Gegenparlament zur Paulskirche. Im Gegensatz zu der gemäßigt liberalen Nationalversammlung wurde hier die offene Reaktion auf wirtschaftlichem Gebiet vertreten. Wenn auch allerhand Pläne für Gewerbe-, Handwerker- und Fabrikengerichte, Gewerbe- und Handwerkskammern so-

⁷ Biermann aaO, Bd. 2, S. 58. – Das Projekt einer von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzten sozialen Kammer hatte übrigens vor Winkelblech schon der Kasseler Kürschnermeister J. C. Allendörfer in seiner Flugschrift „Über die Gewerbefrage“ 1848 (Biermann aaO, Bd. 2, S. 24) vertreten. Allendörfers Vorschläge, die außerdem ein zunftmäßiges Selbstverwaltungssystem mit Gewerberat, Gewerbekammer und Gewerbeparlament enthielten, hatten aber nur rein lokale Bedeutung, da sich die Preussische Nationalversammlung hierfür nicht zuständig fühlte. Es ist anzunehmen, daß Winkelblech dieses Programm aus seiner Wählerschaft kannte und aus ihm Anregungen empfing.

⁸ Verhandlungen der ersten Abgeordnetenversammlung... aaO, S. 24, und Biermann aaO, S. 59.

⁹ Verhandlungen der ersten Abgeordnetenversammlung... aaO, S. 33 und 37.

¹⁰ Verhandlungen der ersten Abgeordnetenversammlung... aaO, S. 68 und Biermann aaO, Bd. 2, S. 67 ff.

wie Arbeitsministerien diskutiert wurden, so blieb doch alles verwirrend unklar. Dieses widerspruchsvolle Verhalten der Handwerker fand seine Erklärung in der Tatsache, daß *Winkelblech* verspätet aus Kassel kommend in Frankfurt eintraf und die ersten Wochen nur als Zuhörer an den Sitzungen teilnehmen konnte, weil durch ein Versäumnis die Erteilung seines Mandates erst am 3. August eintraf¹¹. So hatte der Sozialreformer von Anfang an die Zügel verloren.

Dazu kam, daß der Handwerkerkongreß vom Beginn an von einer scharfen Kontroverse zwischen Meistern und Gesellen beherrscht war. Kongreßpräsident *Martin May*, ein wackerer Frankfurter Schlachtermeister, meinte zwar begütigend, die Meister würden schon die Interessen der Gesellen wahrnehmen, es handele sich doch schließlich „um das Verhältnis des Vaters zum Sohne“¹². In Wirklichkeit argwöhnten aber die Meister, daß manche Gesellen Vertreter der sich überall bildenden Arbeitervereine seien. Der Kongreß beschloß die Ausschließung der Gesellen und erklärte, daß sich die Gesellen durch ihre Meister vertreten lassen sollten. Für die Gesellenvertreter war das in der 20. Sitzung am 4. August das Stichwort, an den Verhandlungen nicht mehr teilzunehmen, weil ihnen keine beschließende Stimme mehr eingeräumt war¹³. Sie versammelten sich zu ihrem eigenen Gesellenkongreß, der sich dann in „Allgemeiner deutscher Arbeiterkongreß“ umbenannte.

Winkelblech kam zu spät, um diesen Bruch zu verhindern. Schmerzlich sah er die Chance entgleiten, die beiden feindlichen Brüder in einer neuen Gewerbeverfassung zu versöhnen. In der Begriffsschärfe des Denkens den Meistern überlegen, erkannte er, wie aus dem bisherigen Handwerkerstand die neue Arbeiterschicht hervorwuchs. So betonte er bei den Beratungen immer wieder, bei einer zu schaffenden Gewerbeordnung müsse man alle gewerblichen Interessen im weitesten Sinne des Wortes wahren. Künftig handele es sich nicht nur noch um die Interessen der Handwerker, man müsse auch an die „technischen Gewerbe“, die Fabriken denken. Seine Zuhörer im „Römer“ vermochten aber seinen Gedankengängen nicht weiter recht zu folgen, zumal *Winkelblech* in lehrhaft dozierender Weise weit ausholte. So war es denn auch kein Wunder, wenn sich in den Beschlüssen des Kongresses von seinen hochfliegenden Ideen und Plänen für ein wirtschaftliches Selbstverwaltungsrecht nur noch wenig und das in abgewandelter Form wiederfand¹⁴. In dem

¹¹ Biermann aaO, Bd. 2, S. 91.

¹² Biermann aaO, Bd. 2, S. 95.

¹³ Verhandlungen des ersten deutschen Handwerker- und Gewerbekongresses, gehalten zu Frankfurt/Main vom 14. Juli bis 18. August 1848, hrsg. von G. Schirges, Darmstadt 1848. S. 19, 23, 43, 47 und 139. (Vgl. dort besonders die Sitzungen vom 18., 19. und 22. Juli sowie vom 4. August.) Ein Bericht über den Auszug der Gesellen findet sich auch bei den Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, II. Lieferung v. 15. Februar 1849, S. 171 ff.

¹⁴ Entwurf einer allgemeinen Handwerks- und Gewerbeordnung für Deutschland.

„Entwurf einer allgemeinen Handwerks- und Gewerbeordnung“ wurde als Vorbedingung für eine zu schaffende Gewerbeordnung die Bildung von Innungen auf neuer Grundlage gemäß der neuen staatlichen Gestaltung gefordert und erklärt: „Erkennt der Staat den Handwerker- und Gewerbebestand seinem wahren Wesen nach als ein starkes, wichtiges und notwendiges Glied des ganzen Staatsverbandes an, so muß ihm nicht nur das selbständige Ordnen seiner inneren Angelegenheiten überlassen bleiben, sondern es müssen auch aus ihm Organe geschaffen werden, welche von jedem fremden Einfluß frei ihn bis zu den höchsten Staatsgewalten vertreten“. Aufgabe dieser Organe müsse es sein, die Mittel zur Hebung des Gewerbebestandes den obersten Staatsgewalten zu unterbreiten und auf diese Weise den Weg zur praktischen Lösung eines großen Teils der sozialen Fragen anzubahnen. Die Innungsangelegenheiten sollten bei den Staatsbehörden und gesetzlichen Körperschaften vertreten werden durch

1. Innungsvorstände,
2. Gewerberäte,
3. Provinzialkammern,
4. Gewerbekammern.

Jede Innung hatte zunächst danach einen Vorstand zu wählen, der die von ihr gefaßten Beschlüsse nach Maßgabe einer gesonderten Geschäftsordnung ausführen und gleichzeitig gesetzlich bevollmächtigt sein sollte. Der Gewerberat (§ 9) war als übergeordnete freigewählte Behörde aller Innungen einer Stadt oder eines Bezirkes gedacht.

Der Gewerberat als solcher wurde unterteilt in ein Gewerbegericht und einen Verwaltungsausschuß (§ 11). Dabei hatte das Gewerbegericht zu entscheiden über

- a) die durch das Vermittlungsamt des Innungsvorstandes nicht gütlich beizulegenden Streitgegenstände,
- b) die aus dem Gewerbebetrieb entspringenden Streitigkeiten und Ansprüche der Gewerbetreibenden untereinander und
- c) die Grenzen und Befugnisse der einzelnen Gewerbe untereinander (§ 13).

Der Verwaltungsausschuß sollte dagegen die gemeinschaftlichen Interessen der Gewerbetreibenden seines Bezirkes wahrnehmen, die Innungsstatuten überwachen und über die Lage und die Bedürfnisse des Gewerbebestandes an die Gewerbekammern berichten sowie durch ein Mitglied die Meisterprüfung leiten (§ 14).

Beraten und beschlossen von dem deutschen Handwerker- und Gewebekongreß zu Frankfurt/Main vom 15. Juli bis 15. August 1848. Hrsg. von Albrecht Volkhart, Abgeordneten zum deutschen Handwerker- und Gewebekongreß für den Kreis Schwaben und Neuburg in Bayern. Augsburg 1848. Zit. nach Biermann aaO, Bd. 2, S. 110. Vgl. ferner: Mittheilungen des Centralvereins . . . aaO, II. Lieferung, S. 175 ff.

Ferner sollten Provinzialkammern gebildet werden, die den gesetzgebenden Ständekammern beratend zur Seite stehen und sich sowohl mit den Gewerberäten als mit den Arbeitsministerien ins Benehmen setzen könnten. Die Provinzialkammern sollten durch die Gewerberäte gewählt werden (§ 16). Außerdem war schließlich an die Schaffung einer „Allgemeinen deutschen Gewerbekammer“ gedacht, die sich jedesmal gleichzeitig mit dem politischen Parlament zu versammeln hätte. Als Aufgaben waren ihr zugeordnet, rechtsverbindliche Beschlüsse zur Herstellung übereinstimmender Statuten für die gleichen Innungen zu fassen und allgemeine Maßnahmen und Gesetze für die gewerblichen Interessen zu beantragen. Die Mitglieder dieses Handwerkerparlamentes, so war vorgesehen, sollten durch direkte Urwahlen sämtlicher deutscher Innungsmeister im Verhältnis 1 : 6 der Vertreter der Nationalversammlung gewählt werden. Für den Fall, so hieß es abschließend in § 17, daß in der deutschen Nationalversammlung die Errichtung einer allgemeinen industriellen (sozialen) Kammer beschlossen werden würde, müßten die Handwerke und technischen Gewerbe (Fabriken) darin mit drei Fünfteln sämtlicher Abgeordneten vertreten sein. Erwähnenswert aus dem Entwurf war ferner der Titel IV, nach dem sich die Gesellen im Bezirk eines Gewerberates zu „Gesellschaften“ zu vereinigen hatten. Diese Vereinigungen sollten „sowohl bei der Prüfung der Lehrlinge als bei allen sonstigen Angelegenheiten der Gesellen im Innungsvorstand der Meisterinnungen und bei dem Gewerbegericht durch einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte mit Sitz und Stimme vertreten sein (§ 28)¹⁵. Eine Anmerkung dazu besagte: „Damit die Gesellen zu erkennen vermögen, ob bei allen im Handwerker- und Gewerbebestande vorkommenden Angelegenheiten auch nach Recht und Gesetz gehandelt und ihre Interessen in keiner Weise beeinträchtigt, sondern gewissenhaft beobachtet werden, sind sie berechtigt, sich bei allen Gesellenangelegenheiten, selbst im Gewerberat, durch einen Mann ihres Vertrauens aus ihrer Mitte mit Sitz und Stimme vertreten zu lassen.“

Dieser Entwurf des Frankfurter Meisterkongresses enthielt, wie auch *Biermann* schon betonte¹⁶, nur noch Bruchstücke von *Winkelblechs* föderalistischen Lehren. Der Kasseler Sozialpolitiker hat sich später beklagt¹⁷, daß der Frankfurter Kongreß sich selbst so enge Grenzen gezogen und auf die reinen Handwerksfragen beschränkt habe, während nur eine Minorität „sich mit der sozialen Frage in ihrer ganzen Ausdehnung“ befaßt und ein wirkliches soziales Programm entworfen habe. Der Entwurf bedeutete eine Verengung im zünftlerisch-ständischen Sinne, zumal nur das Handwerk auf Kosten an-

¹⁵ Entwurf einer allgemeinen Handwerks- und Gewerbeordnung . . . aaO, S. 8 und Biermann aaO, Bd. 2, S. 114.

¹⁶ Biermann aaO, S. 117.

¹⁷ Winkelblech, Untersuchungen zur Organisation der Arbeit aaO, 2. Aufl., Bd. 1, Tübingen 1885 (Nachtrag zum 5. Kapitel).

derer sozialer Gruppen gestärkt werden sollte. *Winkelblech* wollte aber, wie er es in Hamburg formuliert hatte, eine allgemeine, alle Industriezweige umfassende neue „Zunftordnung“, eine allgemeine Organisation der Arbeit als Äquivalent gegen das Übergewicht des Kapitals.

Der zweite große Nachteil der vorgeschlagenen Gewerbeordnung lag darin, daß das Mitwirkungsrecht der Gesellen, die nur durch einen Vertrauensmann repräsentiert wurden, mehr als dürftig war. Der Vertreter der Gesellschafte saß zwar bei allen als Gesellenangelegenheiten anerkannten Punkten im Innungsvorstand und auch im Gewerbegericht. Da diese aber ein Teil des Gewerberates sein sollten, hätte der Gesellenvertreter auch im Plenum des Gewerberates sitzen müssen. Das scheint auch aus der Anmerkung zum § 28 hervorzugehen. Ob aber damit auch eine Mitwirkung im Verwaltungsausschuß des Gewerberates, dem die Funktion der Exekutive zugeordnet war, verbunden sein sollte, ging aus dem Entwurf nicht hervor. Auch bei den Wahlen zu der Allgemeinen deutschen Gewerbekammer, die nur zum Teil mit *Winkelblechs* sozialer Kammer identisch gewesen wäre, waren die Gesellenvertreter ausgeschlossen. Sollte sich aber die Nationalversammlung für *Winkelblechs* „soziales Parlament“ entscheiden, verlangten die Meister drei Fünftel der Sitze. Das bedeutete praktisch die Majorisierung der Gesellen und eine Ablehnung einer echten Gleichberechtigung zwischen Meister und Gesellen. Der Fabrikarbeiter blieb völlig unberücksichtigt.

Die Meister erstrebten im Grunde nur eine Restauration der alten korporativen Zunftrechte. Mit Wanderzwang, Maßnahmen gegen die Fabriken, Verbot des Handwerks auf dem flachen Land, Nachweis eines Ehekapitals und Einführung von Arbeitsbüchern wollten sie den krisenhaften Verfall ihres Gewerbes aufhalten. *Gustav Schmoller*, der sich wie *Albert Schäffle*¹⁸ und *Victor Böhmert*¹⁹ mit diesen Handwerksbestrebungen auseinandergesetzt hat, nannte dieses alles „wunderliche Produkte der Kurzsichtigkeit“ und meinte, die ehrbaren Handwerksmeister hätten vergessen, „daß die Not des Handwerkerstandes da am größten war, wo man dem Ideal eines solchen Gewerberechtes noch am nächsten stand“²⁰. Und doch wurde dieser rein zünftlerische Entwurf einer Handwerker- und Gewerbeordnung, der auch in mehreren Ausgaben gedruckt worden war, anscheinend von der Masse des deutschen Kleinbürgertums und des Handwerks unterstützt. Denn aus dem Petitionsverzeichnis zu den Verhandlungen der deutschen Verfassungsgebenden

¹⁸ Albert Schäffle, Gemeinsame Ordnung der Gewerbebefugnisse in Deutschland. In: Deutsche Vierteljahrsschrift, Jahrg. 1859, H. 1, S. 218.

¹⁹ Viktor Böhmert, Freiheit der Arbeit. Beiträge zur Reform der Gewerbebesetze, Bremen 1858, S. 163 und Ders., Briefe zweier Handwerker. Ein Beitrag zur Lösung gewerblicher und sozialer Fragen, Dresden 1854.

²⁰ Gustav Schmoller, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Statistische und nationalökonomische Untersuchungen, Halle 1870, S. 85.

den Reichsversammlung ergab sich, wie außerordentlich stark das Echo darauf in den deutschen Einzelstaaten gewesen ist²¹.

2. Die Beschlüsse des Frankfurter Gesellenkongresses über die Einführung einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung

Der Frankfurter Handwerker- und Gewebekongreß, der nach dem demonstrativen Auszug der Gesellen zu einem reinen Meisterkongreß geworden war, hatte in erschütternder Weise die tiefe Krise des Handwerks deutlich gemacht, das in der Revolution die große und vielleicht einmalige Chance erblickte, sich eine neue Lebensmöglichkeit zu schaffen. In dem Entwurf für eine Handwerks- und Gewerbeordnung waren zünftlerische und staatssozialistische Ideen in der merkwürdigsten Weise vermengt und dem Großkapitalismus wie dem Proletariat der Kampf angesagt worden. Der Staat selbst wurde als Zwangsinstitution aufgefaßt, jede individuelle Leistung sollte durch das Genossenschaftliche verdrängt werden. Der ganze Entwurf war ein Schrei nach der Sicherung des immer mehr verarmenden Handwerkers. Eine größere Absage an die Ideale des Liberalismus läßt sich kaum vorstellen¹.

Infolge der politischen Erregung während der Revolution wurden die verschiedenen Zielsetzungen innerhalb des Handwerks schärfer als jemals zuvor empfunden, jede Gruppe fühlte sich bedroht und versuchte sich durch einen Zusammenschluß zu stärken. Die Loslösung der Gesellen von dem Meisterkongreß offenbarte das Abweichende in den sozialen Forderungen. Die Eröffnung eines eigenen Gesellenkongresses am 20. Juli war ein Schritt von außerordentlicher Tragweite, auch wenn die Versammlung sich recht überstürzt konstituieren mußte und dadurch mit einem gleichzeitig in Berlin tagenden Arbeiterkongreß kollidierte. Die offene und bewußte Trennung

²¹ Vgl. Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung zu Frankfurt/M. Hrsg. von K. D. Hassler, Bd. 2, Frankfurt/M. 1848/49, S. 853. Auch Biermann aaO, Bd. 2, S. 122, zitierte eine Fülle solcher Eingaben zu dem Entwurf. Am interessantesten sind darunter die Schriften des schon erwähnten Fleischermeisters Martin May, des Vorsitzenden des Frankfurter Handwerker- und Künstlervereins und Präsidenten des Handwerker- und Gewebekongresses. Seine am 6. Juni veröffentlichte Flugschrift „Die Arbeitsfrage“ (Frankfurt/M. 1848) fordert aus den Innungen hervorgehende „Gewerbecollegien“ mit beratenden und schlichtenden Funktionen, übergeordnete Gewerbekammern und ein Landesgewerbeministerium. Eine zweite Flugschrift Mays mit dem gleichen Titel, diesmal an den Deutschen Zollverein gerichtet, variierte und ergänzte die Vorschläge. Danach sollten sich die Gewerbecollegien (Gewerberäte) aufgliedern in einen Landwirtschafts-, einen Fabrik-, einen Handwerker- und einen Handelsrat. Darüber sollten dann die provinziellen Gewerbekammern und an der Spitze, dem Beispiele Winkelblechs folgend, eine allgemeine deutsche Gewerbekammer stehen. Sein letzter, aus dem Jahre 1850 stammender „Entwurf einer Gewerbeordnung der freien Stadt Frankfurt“ (Biermann aaO, Bd. 2, S. 118 ff.) bezog die Fabriken ausdrücklich in die organisierte Selbstverwaltung der Wirtschaft ein.

¹ Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49. Bd. 2, Berlin 1931, S. 103.

von Meistern und Gesellen in Frankfurt wurde nicht nur in der Paulskirche, sondern in allen deutschen Staaten diskutiert².

Zunächst trug der Frankfurter Gesellenkongreß noch rein handwerklichen Charakter, bis die Vertreter sich dann schnell überzeugten, daß hier eine Vertretung der „Arbeiderschaft aller Stände“ vonnöten sei, um den Forderungen einiges Gewicht zu verleihen. So wurden noch nachträglich die Arbeitnehmer aller unzünftigen und nichthandwerklichen Unternehmen eingeladen und die Versammlung als eine Art Kampfansage gegen die Meister in „Allgemeiner deutscher Arbeiterkongreß“ umbenannt. Diese Umbenennung zeigte deutlich, wie wenig feststehend diese Bezeichnungen noch waren. „Arbeiter“, so hieß es damals bezeichnenderweise, „das sei ein Wort, das vom Rhein herübergefliegen sei“. In Wirklichkeit hatte dieser Arbeiterkongreß kaum etwas mit sozialistischen, geschweige denn klassenkämpferischen Programmen zu tun. Man wandte sich nur insoweit gegen den Meisterkongreß, als er die Rechte der Gesellen innerhalb der vorgegebenen Ordnung beeinträchtigte. Die Lebensberechtigung der Zünfte und die prinzipielle Unterordnung der Gesellen unter die Meister wurde nicht in Zweifel gezogen. Und doch wurden gegenüber dem Meisterkongreß ganz neue Töne laut. Wie sich die Gesellen eine „Organisation der Arbeit“ vorstellten, ging aus ihren Beschlüssen hervor, in denen es hieß³:

„Da uns weder Liberalismus noch Communismus glücklich machen können und wir ebensowenig zu den alten Monopolen zurückkehren wollen, so haben alle Mitglieder des Kongresses sich mit Stimmeneinhelligkeit für eine ganz neue soziale Ordnung ausgesprochen, welche nicht von den Ausländern entlehnt, sondern aus dem deutschen Volke hervorgegangen ist. Diese neue Ordnung ... nennen wir Föderalismus ... Unverkennbar entsprechen die Reste der mittelalterlichen Zunftverfassung ... nicht ferner den Bedürfnissen der Zeit ... Indem wir also dem über die Innungen ausgesprochenen Urteil

² Ebd.

³ Denkschrift über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung des Handwerker- und Gewerbekongresses, veranlaßt durch den Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zu Frankfurt a. M. in den Monaten August und September 1848. Darmstadt 1848, Titel 1, zitiert nach Biermann aaO, Bd. 2 (Anhang), S. 459. Vgl. ferner: Beschlüsse des allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Frankfurt a. M., gefaßt in den Monaten Juli, August und September 1848, Darmstadt 1848. – Vorschläge des Frankfurter Gesellenkongresses zur Hebung der gewerblichen Arbeiter, nach Mittheilungen der Gesellen Wilhelm Koch (Danzig) und H. Jordan (Halle). In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, II. Lieferung vom 14. Oktober 1848, S. 208–221. – Frankfurter Oberpostamtszeitung vom September 1848. – Als gute Sekundärliteratur neben Valentin und Biermann ist noch zu nennen Heinz Pflaume, Organisation und Vertretung der Arbeitnehmer in der Bewegung von 1848, Diss. phil. Jena 1934. Die Darstellungen bei Georg Adler, Die Geschichte der ersten Socialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf die einwirkenden Theorien, Breslau 1885, und H. Schlüter, Beiträge zur Geschichte des Jahres 1848. In: Neue Zeit, Stuttgart, Jahrg. 3 (1885), S. 121, sind wegen der parteiischen Stellungnahme unzureichend.

beipflichten, erkennen wir auch das Bedürfnis einer neuen, alle Berufsgeschäfte umfassenden, jedem Einzelnen eine seinen Fähigkeiten entsprechende Erwerbssphäre zusichernden Innungsverfassung an.“

Das aber waren fast wörtlich die *Winkelblechschen* Thesen von einer Organisation der Arbeit, wie sie schon in Hamburg erstmals öffentlich formuliert worden waren. Der Kasseler Gewerbelehrer, der weder zu den Meistern noch zu den Gesellen gehörte, benutzte den neuen „Arbeiterkongreß“ als willkommenen Anlaß, noch einmal das vorzubringen, was die Meister ihm versagt hatten. Die Arbeiter und Gesellen hatten ihn, froh einen so überlegenen Fürsprecher für ihre Anliegen gefunden zu haben, sofort in den dreiköpfigen Redaktionsausschuß gewählt, dessen Denkschrift dann ausschließlich die Ideen *Winkelblechs* widerspiegelt. Die Beschlüsse des Frankfurter Gesellenkongresses wurden somit zum Sprachrohr eines einzigen eigenwilligen Sozialreformers.

In den Beschlüssen, die als Adresse an die Nationalversammlung gerichtet waren, hieß es denn auch im vierten und letzten Teil ganz im Stile *Winkelblechs*:

„I. Errichtung einer sozialen Kammer (soziales Parlament), welche die ganze soziale Gesetzgebung zu beraten und die von ihr gefaßten Beschlüsse der politischen Kammer (politisches Parlament) zur Entscheidung vorzulegen hat. Die Mitglieder der Kammer sollen von sämtlichen sozialen Ständen nach einem Wahlgesetz gewählt werden, welches die Vertretung aller besonderen Berufsgeschäfte genügend verbürgt ...“

IV. Errichtung eines sozialen Ministeriums, dessen Mitglieder von der sozialen Kammer ernannt oder bestätigt werden. Dieses an die Spitze aller öffentlichen sozialen Geschäfte tretende Ministerium soll dieselben, durch von ihm zu wählende Beamte, und zwar unter Kontrolle des zum politischen Ministerium gehörenden Cultus- und Industrieministers (Arbeitsministers), auszuüben haben. Es soll sich selbst in ein Cultus- und Industrieministerium teilen ...“

V. Einführung einer neuen, von den früheren gänzlich abweichenden, unseren höchst verwickelten industriellen Verhältnissen entsprechenden, die gleiche Berechtigung aller Produzenten anerkennenden, sich über alle sozialen Berufsgeschäfte ausdehnenden Innungsverfassung (Organisation der Arbeit), wodurch die Freizügigkeit und Abschaffung der Konzession möglich wird ...“⁴

Deutlich taucht hier *Winkelblechs* schon festgestellte Vorliebe für die Parallelität eines sozialen und politischen Parlamentes auf. Zur Erläuterung der mehr grundsätzlich gehaltenen Adresse an die Nationalversammlung diente eine Denkschrift, die sich ausführlich mit dem Entwurf einer Hand-

⁴ Beschlüsse des Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses aaO, Teil IV. Zitiert nach Biermann aaO, Bd. 2 (Anhang), S. 453.

werks- und Gewerbeordnung des Frankfurter Meisterkongresses auseinanderzusetzen. Darin zeigte sich, daß *Winkelblech* fast alle zu schaffenden Selbstverwaltungskörperschaften in der Wirtschaft paritätisch mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetzen wollte, um jede Diskriminierung zu vermeiden. Um die im Entwurf des Meisterkongresses enthaltene Benachteiligung der Gesellen zu beseitigen, wurde der Innungsbegriff ausgedehnt und wie folgt neu formuliert: „Die Innungen bestehen nicht nur aus den selbständigen, sondern auch aus den unselbständigen Innungsgegnossen, welche nach erlangter Volljährigkeit sämtlich ohne Unterschied zur Vertretung ihrer Standesinteressen berufen sind.“⁵ Auch sollte sich die neue Innungsverfassung nicht nur auf die Handwerke, sondern auch auf sämtliche technischen Gewerbe und Industriezweige, auch die des Handels und der Landwirtschaft, erstrecken. Damit hatte man sich in entscheidender Weise von dem alten Zunftwesen abgewandt. Diese neu definierte „Innungsverfassung“ hatte den Charakter einer umfassenden konstitutionellen Gewerbeordnung. Wenn auch *Winkelblech* die alten handwerklichen Bezeichnungen (vielleicht mit Rücksicht auf seine Frankfurter Hörer) beibehalten hatte, so waren sie doch mit einem ganz neuen Sinn gefüllt worden. Denn im Titel II, der von der Vertretung, Verwaltung und Rechtspflege der zu schaffenden Innungen handelte, hieß es z. B.: „Auch wir erkennen an, daß die industriellen Stände durch besondere Organe im Staate vertreten sein sollen. Da uns indessen die Einführung der in Vorschlag gebrachten Sondergerichte⁷ durchaus nicht zeitgemäß erscheint, so bedürfen wir nur zwei solcher Organe, einer industriellen Kammer (Teil der sozialen Kammer), welche der politischen Kammer, und eines industriellen Verwaltungsrates, der den betreffenden Verwaltungsbehörden zur Seite steht.“ Der mit richterlichen und administrativen Funktionen ausgestattete Gewerberat sollte eine, wie im Entwurf vorgesehen, nur aus Handwerksmeistern zusammengesetzte Behörde bleiben. Von dem Verwaltungsrat wurde jedoch gefordert, daß er „nicht bloß von Handwerksmeistern, sondern vielmehr von allen industriellen Ständen erwählt werden, seinen Sitz in der Bezirkshauptstadt und aus Vertrauensmännern . . . des ganzen Bezirkes bestehen soll“. (Zu §§ 9, 10, 11).

Auch die Einführung von Provinzialkammern als vorberatende Versammlung für eine allgemeine deutsche soziale Kammer wurde für zweckmäßig

⁵ Denkschrift über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung des Handwerker- und Gewerbekongresses aaO. Zu § 27 und 28 vgl. Biermann aaO, Bd. 2 (Anhang), S. 464.

⁶ Denkschrift über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung des Handwerker- und Gewerbekongresses aaO. Zu Titel II. Vgl. Biermann aaO, Bd. 2, S. 460 (Anhang).

⁷ Gemeint sind die Gewerbeberichte der Gewerberäte nach § 11 des Entwurfes einer Handwerker- und Gewerbeordnung des Frankfurter Meisterkongresses. *Winkelblech* wollte statt dessen nach englischem Vorbild freigewählte Friedensrichter einführen (vgl. § 11 und 12).

gehalten und etwa zehn solcher Kammern für Distrikte gleicher Bevölkerung vorgeschlagen. In der Denkschrift des Gesellenkongresses wurde verlangt, „daß die Mitglieder dieser Kammern alsdann aus Urwahlen hervorgehen und jede von diesen Kammern wieder zehn Abgeordnete aus ihrer Mitte zur Allgemeinen sozialen Kammer zu wählen haben soll“⁸.

Durch diese Änderungen des Meister-Entwurfes waren nicht nur alle arbeitenden Bevölkerungsgruppen und Produktionszweige einbezogen worden, sondern die Elemente der sozialen Selbstverwaltung auch in einer ausgewogenen Stufung und Machtverteilung so ineinandergefügt worden, daß den Gesellen wie den Arbeitern bis in die höchste Legislative und Exekutive ein Mitspracherecht gewährleistet war. Das vom Gesellenkongreß gutgeheißene *Winkelblechsche* System sah zusammenfassend aus:

Auf der untersten Ebene wurden „Innungen“ für alle Bereiche des wirtschaftlichen Lebens (Handel, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft) gebildet, deren Vorstände jeweils paritätisch aus Meistern und Gesellen, Unternehmern und Arbeitern, Prinzipalen und Kommis usw. zusammengesetzt sein sollten. Diese Vorstände wählten innerhalb eines Bezirkes, einer Stadt oder eines Distriktes einen ständigen industriellen Verwaltungsrat mit ebenfalls paritätischer Besetzung sowie einen nichtständigen Gewerberat, dem allerdings nur Handwerksmeister angehören durften. Diese sollten den Kontakt mit den lokalen und mittleren staatlichen Verwaltungsinstanzen pflegen. Darüber hinaus sollte sich für jede Provinz oder jedes kleinere Bundesland eine industrielle Provinzial- bzw. Gewerbekammer, hervorgegangen durch eine Urabstimmung, erheben, die mit den Landesbehörden in Verbindung zu treten und je 10 Mitglieder in die Allgemeine soziale Kammer zu entsenden hatte. Aus diesem Gremium sollte wiederum als oberste Zentralbehörde und Exekutive das verantwortliche Arbeitsministerium hervorgehen, das aber seinerseits an die Politische Kammer (Parlament) gebunden war, weil diese über die von der Allgemeinen sozialen Kammer (Soziales Parlament) eingebrachten Gesetzesvorschläge die Beschlussfassung hatte⁹.

Damit hatte *Winkelblech* und durch ihn der Frankfurter Gesellenkongreß, soweit man sieht, zum erstenmal in Deutschland eine demokratische Wirtschaftsverfassung großen Stils gefordert, eine konstitutionelle Teilhabe aller in der Wirtschaft Beschäftigten an der sie betreffenden Ordnung. Wenn auch diese erste Konzeption für eine überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer noch im wunderlich-phrasenhaften Stil der Handwerker-Petitionen gehalten war, so schimmerte doch durch die manchmal bombastisch und man-

⁸ Denkschrift über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung des Handwerker- und Gewerbekongresses aaO. Zu Titel II. Biermann aaO, Bd. 2 (Anhang), S. 461.

⁹ Gute Schilderung des Aufbaues bei Adler, Die Geschichte der ersten Socialpolitischen Arbeiterbewegung . . . aaO, S. 167 ff.

gelhaft konstruierten Gedankengänge das unverkennbar ernste Bemühen, dem arbeitenden Menschen in der Wirtschafts- und Sozialordnung eine Form der Gleichberechtigung und Mitsprache zu geben, die in einem entscheidenden Gegensatz zu der alten patriarchalischen Herrschaftsordnung stand. Wenn auch dieses vornehmlich auf *Winkelblech* zurückgehende Ordnungssystem sich in handwerkliche Terminologien kleidete und in Fortführung der überlieferten Vertikalgliederung der Gesellschaft vom Klassendenken noch unberührt war, so muß in diesem Zusammenhang nochmals daran erinnert werden, daß damit nur den entsprechenden Tatbeständen der sozialen Wirklichkeit Rechnung getragen wurde. Denn Handwerker und Arbeiter hatten sich, wie sich besonders auch im nächsten Kapitel zeigen wird, 1848 in ihrem sozialen Wollen noch nicht entscheidend von der übrigen Gesellschaft distanziert, was als ein Merkmal für die Klassenbildung hätte gelten können. Insofern müssen gerade diese Frankfurter Beschlüsse als typische Produkte dieser Zeit verstanden werden. Der Sozialhistoriker sieht in diesen Beschlüssen – richtig eingeordnet in die ideengeschichtliche Entwicklung – einen wichtigen Teilabschnitt in dem Bemühen der Arbeitnehmer, an der Ausformung der Ordnung und der Verhältnisse mitzubestimmen, unter denen sich ihr Leben und ihre Arbeit vollzog. Die Entwürfe der Handwerker und Arbeiterkongresse, in denen Weltfremdheit und Idealismus, soziale Utopie und volkswirtschaftliche Theorie, disziplinloses Schwätzertum und tiefer Glaube an eine bessere menschliche Zukunft zusammengefloßen sind, haben die Beratungen über die Reichsgewerbeordnung in der Frankfurter Paulskirche und damit den weiteren Gang der Entwicklung entscheidend beeinflusst. Der Gedanke einer rechtlichen Fixierung einer konstitutionellen Sozial- und Wirtschaftsordnung ist damit mehr als einhundert Jahre alt¹⁰.

3. Programme der ersten Arbeitersprecher

Die Theorien der Nationalökonomien und Staatswissenschaftler, die praktischen Bestrebungen der bürgerlichen Sozialreformer aus Verwaltung und Wirtschaft hatten den Auftakt gegeben, sich mit der Frage einer Vertretung der unteren Klassen zu beschäftigen. Die Handwerker hatten auf ihren Kongressen in Hamburg und Frankfurt/Main ihre Vorstellungen über eine den neuen Zeitverhältnissen angepaßte Gewerbeverfassung kundgetan, wobei zwischen den Meistern und Gesellen eine recht unterschiedliche Auffassung ans Licht getreten war. Wie war nun die Meinung der anderen großen Gruppen der wirtschaftlich Abhängigen, insbesondere der Fabrikarbeiter, zu der Frage einer „Organisation der Arbeit“?

¹⁰ Fritz Fricke, Zur Geschichte der Betriebsvertretungen in Deutschland. In: Handbuch der Betriebsverfassung. Hrsg. von Erich Bührig, Köln 1953, S. 54, hat auf Winkelblech in diesem Zusammenhang aufmerksam gemacht.

Eine Untersuchung der Wünsche der Arbeiterschaft erscheint aus mehreren Gründen nicht ganz einfach. In seiner klassischen Darstellung der Revolution von 1848 hat V. *Valentin* eindrucksvoll nachgewiesen, wie der städtische und ländliche Mittelstand um die Mitte des vorigen Jahrhunderts rein zahlenmäßig wie auch seiner Bedeutung nach dominierte und den eigentlichen Kern der deutschen Bevölkerung bildete¹. Der Landwirt, der Handwerksmeister, der kleine Fabrikant und Händler, der Advokat und Arzt bildeten damals jene „biedere“ Menschenklasse, die in äußeren schlichten Lebensformen und mit verhältnismäßig geringen Bedürfnissen ein Dasein in gegenseitiger Achtung führte. Über diesem breiten Mittelstand gab es die oftmals kritisierte, heimlich beneidete und verehrte, im Grunde unerreichbare und nicht zu erschütternde Kaste der Aristokratie. Unter ihm befanden sich die wirtschaftlich abhängigen Handwerksgesellen und Lehrlinge, die Knechte, Tagelöhner und Heuerleute, die Kommis, Ladendiener und Dienstboten – und die Fabrikarbeiter, meistens im städtischen Bereich. In der Mehrzahl hofften alle diese „dienenden“ Klassen durch Sparsamkeit, Fleiß, Talent und ein Quentchen Glück auch in eine „ehrbare Nahrung“ zu gelangen, sich einen Acker kaufen, einen Betrieb oder ein Geschäft übernehmen zu können. Von einem seiner Klasse bewußten Proletariat waren diese arbeitenden Schichten noch weit entfernt. Eine amtliche Statistik aus dem Jahre 1846 für Preußen zeigt aber, wie verhältnismäßig gering die Zahl der Fabrikarbeiter selbst innerhalb der „arbeitenden Klassen“ noch war²:

<i>I. Industrie</i>		<i>II. Handwerk</i>	
Textilgewerbe	269 238	Meister	457 365
Metallgewerbe und Bergbau	100 196	Gesellen und Lehrlinge	384 783
Übrige Fabrikarbeiter	181 810		842 148
	551 244		
<i>III. Handel</i>		<i>IV. Verkehrs- und Gaststättengewerbe</i>	
Selbst. Kaufleute		Seeleute u. Reeder	8 594
Kommis	319 641	Binnenschiffer	28 789
Ladendiener und Handelslehrlinge		Fuhrgewerbe	18 670
	319 641	Gastwirtsgewerbe	83 601
			139 654
<i>V. Landwirtschaft*</i>		<i>VI. Haushaltsberufe*</i>	
Landwirtschaftl. Arbeiter, Knechte, Tagelöhner, Inst- u. Heuerleute usw.	rd. 1 400 000	Dienstboten	
		Lakaien	rd. 1 000 000
		Gesinde aller Art	

* Die Berufsgruppen V und VI beruhen auf von G. Schmoller angestellten nachträglichen Schätzungen.

¹ Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49 aaO, Bd. 1, S. 291.

² Die gegenwärtige Bewegung in dem Gewerbestande und unter den gewerblichen Arbeitern Deutschlands und die zur Hebung ihrer Lage getroffenen Vorbereitungen. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, II. Lie-

Auf Grund dieser Zahlen läßt sich der Anteil der wirtschaftlich abhängigen Erwerbsgruppen in Preußen im Jahre 1846 auf etwa 3,5 Mill. (1816 = 3,2 Mill., 1861 = 4,93 Mill.) schätzen, was etwa 22 bis 25 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Der Anteil der eigentlichen Fabrikarbeiter dürfte aber wesentlich geringer gewesen sein, als selbst diese Statistik ausweist. Denn bei der Gruppe Textilindustrie wurden, wie ausdrücklich vermerkt war, die gesamte Hausweberei und insgesamt 31 061 Fabrikkinder unter 14 Jahren (davon 19 342 in der Hausindustrie) mitgezählt. Die gegenüber anderen Gruppen verhältnismäßig geringe Zahl der Fabrikarbeiter ist sicher neben der schon früher gekennzeichneten handwerklichen Tradition ein Hauptgrund dafür, weshalb das klassenkämpferische Bewußtsein, das hier und da von eifrigen Agitatoren vor aufhorchenden Zuhörern gepredigt wurde, in der Revolution nur an wenigen Stellen Eingang fand. In Wirklichkeit war der „III b-Stand“, wie ihn R. Stadelmann treffend genannt hat³, von einem selbstbewußten Industrieproletariat noch weit entfernt. Dieses Übergangsstadium macht es so schwer, eindeutig die Ziele der Fabrikarbeiter hinsichtlich einer neuen Wirtschaftsordnung zu erkennen. Die meisten der von ihnen vorgebrachten Forderungen trugen, wie sich auch noch im nächsten Kapitel zeigen wird, entweder kleinbürgerlich-handwerkliche Merkmale oder knüpften an den utopischen Frühsozialismus französischer Prägung an. Im Regelfall war es nicht das Ziel, die bestehende Ordnung umzustürzen, sondern sie freiheitlich-demokratischer auszugestalten. Welche Forderungen wurden von der Arbeiterseite nun im einzelnen für eine „Organisation der Arbeit“ erhoben?

Besonders ins Auge fällt das Programm des „tatenlustigen“ Schneidergesellen Johann Christian Lüchow. Von Louis Blancs Arbeiterproduktivgenossenschaften inspiriert, die er auf seiner Wanderschaft in Paris kennengelernt hatte, forderte er vom preußischen Staat ebenfalls die Errichtung von „Arbeitsgymnasien“ und „Nationalwerkstätten“, bei denen den Arbeitern ein gewisses Selbstverwaltungs- und wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden sollte. In einer am 2. März 1848 veröffentlichten Flugschrift schlug er vor, die Regierung solle den Arbeitern und brotlosen Handwerksgesellen die leer stehenden Kasernen überlassen, um dort Arbeits-, Speise-, Schlaf- und Unterhaltungssäle einzurichten⁴. „Wir wollen dem Staat

ferung (1849), Mittheilung XXV, S. 156. – Gustav Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 4. Auflage, Bd. 1, München-Leipzig 1923, S. 344 und 358, kommt zu den gleichen Zahlen. Von ihm stammen auch die Angaben über die landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten, die in der preußischen Tabelle von 1846 fehlen.

³ Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948, S. 156.

⁴ Johann Christian Lüchow, Die Organisation der Arbeit und deren Ausführbarkeit, Berlin 1848. Zit. nach: Eduard Bernstein, Die Schneiderbewegung in Deutschland. Bd. 1, Berlin 1913, S. 72. Vgl. ferner: Max Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49, Leipzig 1924, S. 55.

nicht zur Last fallen durch große Geldopfer oder mit ungestümen Forderungen, die unmöglich sind“, erklärte Lüchow bescheiden. „Wir stellen uns unter die Obhut des Staates, des Arbeitsministeriums mit dem Beirat des Centralkomitees; die innere Verwaltung kann aus uns selbst hervorgehen.“ Zu diesem Punkt innere Verwaltung forderte Lüchow dann: „Die Werkführer und Verwalter werden von den Arbeitern auf ein Jahr selbst gewählt werden.“⁵ In den Ausführungsbestimmungen wurde ergänzend hinzugefügt, daß die solcherart gewählte betriebliche Arbeitervertretung „zu jeder Zeit bei genügenden Gründen durch die Majorität abgesetzt werden“ könnte.

Diese genossenschaftlich geleiteten Staatswerkstätten erschienen zu Beginn der Revolution vielen Zeitgenossen durchaus nicht als eine blasse Utopie, sondern als der Anfang einer umfassenden sozialen Reform, als ein erster Schritt zur Einschränkung des ungehinderten liberalen Wettbewerbs und auch als ein möglicher Weg zur Sozialisierung der gesamten Industrie. Daß der Gedanke der „Nationalwerkstätten“ in Deutschland nicht für unreal gehalten wurde (obwohl sich in Frankreich schnell ein katastrophaler Fehlschlag herausstellte!), zeigte die rege Diskussion dieser Jahre, an der sich Karl Marx, Lorenz v. Stein, Friedrich Wilhelm Stahl u. a. beteiligten⁶. Die Lassalleaner haben am längsten an dieser Idee, für die sogar Bismarck zeitweilig Interesse zeigte, festgehalten.

Das von Lüchow vorgeschlagene Bündnis der kleinen und abhängigen Handwerker und Arbeiter sollte dazu dienen, Gegengewichte gegen die allesbeherrschende Macht des Kapitals aufzustellen. Die unter Aufsicht des Staates von Arbeitern selbst verwalteten und selbstgeleiteten Nationalwerkstätten waren aber im Grunde nichts weiter als eine bestimmte Form jener „Associationen“, die auch von den Liberalen dauernd als Heilmittel ins Feld geführt wurden. Jedenfalls bewegte sich auch Lühows Vorschlag durchaus auf dem Gebiet der Sozialreform und nicht auf dem der Revolution.

In eine ähnliche Richtung zielten die Gedanken Wilhelm Weitlings, der von seinen Zeitgenossen als der erste Träger eines sozialistisch-kommunistischen Willens in Deutschland angesehen wurde⁷. Der aus Magdeburg stam-

⁵ Ebd.

⁶ Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850. 4. Aufl., Berlin 1925, S. 37 (der Aufsatz erschien zuerst mit einer Einleitung von Friedrich Engels als Abdruck in der „Neuen Rheinischen Zeitung“), Lorenz v. Stein, Geschichte der sozialen Bewegungen . . . aaO, Bd. 2, S. 256, und Friedrich Wilhelm Stahl, Kritik der sozialen Reformen Frankreichs und ihrer Folgen, Erlangen 1848, S. 5 ff.

⁷ Diese Ansichten vertraten z. B. Theodor Mundt, Die Geschichte der Gesellschaft in ihren neueren Entwicklungen und Problemen, Berlin 1844, S. 275 und Benno, Die Bewegung des Socialismus und Humanismus mit besonderem Bezug auf Deutschland und die Literatur der letzten vier Jahre daselbst (Repertorium der sozialen Literatur), Bautzen 1848, S. 42 ff. Über Weitling vgl. Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 12. Aufl., Bd. 1, Stuttgart 1922. – Hermann Buddensieg, Wilhelm Weitling und der frühe deutsche Sozialismus, 2. Aufl., Heidelberg 1934. – Ernst Barnikol, Weitling, der Gefangene und seine „Gerechtigkeit“, Kiel 1929. –

mende Zunftgenosse *Lüchows*, Sohn eines französischen Offiziers und eines Thüringer Mädchens, ist ein besonders markanter und widerspruchsvoller Geist dieser Jahre gewesen. Aller Verfolgung zum Trotz predigte er unverzagt und mit leidenschaftlichem Ernst seine merkwürdigen Ideen, zuweilen maßlos plump und aufreizend, aber immer glänzend in der Form. Aus Paris vertrieben, wo er eine Zeitlang dem „Bund der Gerechten“ angehört hatte, wandte er sich 1841 nach Genf, wo er eifrig agitierend und Vereine gründend großen Anklang unter den Handwerksgesellen und Arbeitern fand. Aus den Ideen von *Babœuf*, *St. Simon*, *Fourier*, *Considérant*, *Cabet* und *Owen* entwickelte er einen bis ins einzelne gehenden Organisationsplan für die menschliche Gesellschaft, dessen religiösen Mantel er von dem katholischen Sozialreformer *Hugues Felicité Robert de Lammenais* übernommen hatte. Sein stark messianisch geformtes Programm erstrebte eine an das Urchristentum sich anlehrende kommunistische Gütergemeinschaft und zugleich einen einzigen Familienbund der Menschheit, eine Einigung aller Proletarier durch die Revolution. In seiner Schrift: „Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte“ entwarf *Weitling* einen genauen Plan des von ihm erträumten Staates und seiner Wirtschaft⁸. Danach sollten der Bauern-, der Werk- und der Lehrstand zusammen eine „Industrielle Armee“, eine dem Pflicht-Arbeitsdienst ähnliche Organisation bilden. Der Aufbau des „Werkstandes“ sollte folgender sein: Je 10 Angehörige aus diesem Stand wählen einen „Geschäftsführer“, je 100 Geschäftsführer einen „Meister“ und je 100 Meister einen „Werkvorstand“. Arbeiter, die sich um die Gemeinschaft besonders verdient gemacht haben, bilden innerhalb eines Bezirkes von 100 Werkvorständen eine sogenannte „Meisterkompagnie“, um die Meister zu kontrollieren. Die Meisterkompagnien wählen zusammen mit 100 Werkvorständen ihres Bezirkes einen Vertreter in den Gewerbeausschuß, der wiederum einen Vertreter in das (Arbeits-)Ministerium entsendet.

Auch bei *Wilhelm Weitling* spielte also der Gedanke einer Arbeitervertretung, den er noch in einer anderen Schrift in fast genau der *Lüchowschen* Formulierung vertreten hat⁹, eine besondere Rolle, wenn auch in einer recht

Carl Wittke, *The Utopian Communist. A Biography of Wilhelm Weitling*. Louisiana State University Press, Baton Rouge 1950. – Eine interessante zeitgenössische Beurteilung aus England ist: *Young Germany. An Account of the Rise, Progress and present position of German communism with a memoir of Wilhelm Weitling, its founder, and a report of the proceedings at the banquet given by English socialists*, London 1844.

⁸ Wilhelm Weitling, *Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte*. Neu hrsg. von Eduard Fuchs. In: *Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze*, H. 9, München 1895. Vgl. Pflaume, *Organisation und Vertretung der Arbeitnehmer in der Bewegung von 1848*, aaO, S. 11.

⁹ Weitling forderte in seiner Schrift: *Garantien der Harmonie und Freiheit* (1842), neu hrsg. von Franz Mehring, Berlin 1908, S. 144, für seine Gütergemeinschaft: „Alle Zug- und Werkführer werden von den verschiedenen Arbeitersektionen aus ihrer Mitte gewählt.“

eigenartigen Form. Das Vorbild der Frühsozialisten ist deutlich zu erkennen.

Einen wichtigen Unterschied gab es freilich zwischen diesen beiden ersten eigenwilligen Sprechern der Arbeiterschaft. *Lüchow* glaubte ebenso wie seine literarischen Vorbilder an eine wirtschaftsfriedliche Evolution und meinte, der Staat sei aus ethischen Motiven verpflichtet, allen arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen das tägliche Brot zu verschaffen. Eine soziale Revolution könne, wenn man sich nur ernstlich bemühe, der Staat verhindern. *Wilhelm Weitling* dagegen war, wie auch der „Kommunistenrabbi“ *Moses Heß*, mit dem ihn vieles verband, voller Haß gegen die herrschenden Klassen. In seinen Flugschriften sprach er die Warnung aus, man werde es eben mit Gewalt versuchen, wenn die Machthabenden die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollten. Die Schweizer Behörden setzten den höchst unbequemen und eigenbrödlischen Agitator fest, wiesen ihn dann aus und unterdrückten seine Schriften. Und doch konnte man nicht verhindern, daß *Weitlings* Ideen auf die ersten Arbeiterführer wirkten und von wandernden Arbeiterhandwerkern durch das ganze Land getragen wurden. Wenn es *Weitling* auch nicht gelang, wie im nächsten Kapitel gezeigt wird, in der deutschen Arbeiterbewegung selbst Fuß zu fassen, so ging doch aus polizeilichen Untersuchungen hervor, daß es seit *Weitling* einen selbständigen deutschen Handwerker-Kommunismus gab, dessen Auswirkungen in Berlin, Hamburg, Elberfeld und Schlesien nachweisbar waren.

Ohne auf die geistesgeschichtliche Bedeutung *Lüchows* und *Weitlings* für die soziale Bewegung hier näher einzugehen, ist es doch recht aufschlußreich, auch für diese Untersuchung festzustellen, wie sehr diese ersten noch zwischen Handwerk und Proletariat stehenden Arbeitersprecher mit ihren Wünschen nach einer Organisation der Arbeit ganz im Bannkreis der französischen Utopisten standen.

Neben *Lüchow* und *Weitling* sind aber auch die zahlreichen Petitionen, Beschlüsse und Adressen zu erwähnen, die – von Unbekannten verfaßt – an die Parlamente und Behörden gingen. An einigen Stellen kam auch hier der Gedanke einer Arbeitervertretung zum Ausdruck, wenngleich er zuerst nicht zu einem ausgebauten System erhoben wurde. Am meisten Widerhall fand der aus den Reihen der Arbeiter kommende Ruf nach einem paritätisch besetzten Arbeitsministerium, der von einigen liberalen Kreisen durchaus unterstützt wurde. So hieß es in einer von den Pariser Märzereignissen unmittelbar beeinflussten Petition an *Friedrich Wilhelm IV.*: „Der Staat blüht und gedeiht nur da, wo das Volk durch Arbeit seine Lebensbedürfnisse befriedigen und seine Ansprüche geltend machen kann. Wir werden nämlich von Kapitalisten und Wucherern unterdrückt; die jetzigen Gesetze sind nicht im Stande, uns vor ihnen zu schützen. Wir wagen daher, Ew. Majestät, unterthänigst vorzustellen, ein Ministerium bestellen zu wollen, das aber nur von Arbeitgebenden

und Arbeitern zusammengesetzt werden darf und dessen Mitglieder aus beider Mitte gewählt werden dürfen.“¹⁰

Wie eine solche paritätisch besetzte höchste Arbeitsbehörde in Wirklichkeit aussehen und welche Funktionen sie haben sollte, dafür gab es viele utopische und sich widersprechende Vorstellungen. Radikal-demokratische und streng zünftlerische mischten sich dabei bunt durcheinander. In einer stark besuchten Versammlung an der „Einsamen Pappel“ vor dem Schönhauser Tor zu Berlin erläuterten am 26. März 1848 einzelne Arbeitersprecher, welche Aufgaben ein solches Arbeitsministerium in ihren Augen haben mußte. Ein Buchdrucker namens *Brill* aus Breslau meinte: „Sachverständige müssen ein Arbeitsministerium bilden, das sich mit dem ganzen Lande in Verbindung setzt und in jeder Provinzialhauptstadt einen Provinzialausschuß, in jeder Kreisstadt einen Kreisausschuß niedersetzt.“¹¹ Der Schlosser *Siegrist*, der sich bei den Barrikadenkämpfen besonders hervorgetan hatte, beklagte sich im Namen sämtlicher Berliner Maschinenarbeiter, über den Mangel an Arbeit und erklärte: „Wir haben höchst unpraktische Werkführer (d. h. Unternehmer) an der Spitze. Werkführer, die uns selten Gelegenheit geben, einem Meister das Frühstück abzuverdienen. Ein Arbeiterministerium würde ihren Despotismus steuern. Ein solches Ministerium müßte dann auch das Minimum des Lohnes auf 4 Thaler festsetzen, damit die arbeitende Klasse existieren könne, es müsse die Arbeitszeit auf zehn Stunden herabsetzen und die Verwaltung der Kassen beaufsichtigen, ohne Einmischung des Magistrates.“ Ein Seidenwirker namens *Konsky* wollte darüberhinaus, daß solche Arbeitsministerien auch in Frankreich, Österreich und England errichtet würden und alle untereinander in Verbindung träten, denn dann würde es erst möglich sein, „ein gleiches System der Arbeit und Industrie hervorzubringen“¹².

Der preußische König empfing in Gegenwart des Innenministers *Rudolf v. Auerswald* zwei einander widersprechende Deputationen dieser Arbeiterversammlung. Während die erste sich mehr aus konservativ eingestellten Handwerkern zusammensetzte, bestand die zweite, die von dem Goldschmied *Bisky* und dem Buchdrucker *Brill* geleitet wurde, hauptsächlich aus Fabrikarbeitern¹³. *Friedrich Wilhelm IV.* wies jedoch alle Bittsteller an die zuständigen Behörden, ohne zu ihren Anträgen Stellung zu nehmen. Hinsichtlich

¹⁰ Abdruck in der Vossischen Zeitung Nr. 63 vom 15. März 1848. Zitiert nach: Eduard Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Teil 1, Berlin 1907, S. 9. Vgl. Karl Obermann, Die deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848, Berlin 1953, S. 122.

¹¹ Nach einem Bericht der Berliner „Zeitungshalle“. Abgedruckt bei Adolf Wolff, Berlins Revolutionschronik (Jubiläumsausgabe), Berlin 1848, S. 34. Vgl. Paul Boerner, Erinnerungen eines Revolutionärs, Leipzig 1920, S. 74. Arnold Ruge, Briefwechsel und Tagebuchblätter. Hrsg. von P. Herrlich, Bd. 2, Berlin 1868, S. 37 ff. und Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung aaO, Bd. 1, S. 30 ff.

¹² Ebd.

¹³ Boerner, Erinnerungen eines Revolutionärs aaO, Bd. 2, S. 112–113.

eines paritätisch besetzten Arbeitsministeriums wäre ihm das auch wohl schlecht möglich gewesen, da über seine Kompetenzen, seine Errichtung und Eingliederung in den Verwaltungsapparat nur völlig vage Vorstellungen bestanden. Ein von Unternehmern und Arbeitern gewähltes Arbeitsministerium war zwar die „beliebte Arbeiterparole jener Zeit“¹⁴, hatte aber in den Köpfen der Revolutionäre noch wenig konkrete Gestalt angenommen, wie so viele andere Pläne. Verlangte doch auf der gleichen Versammlung vor dem Schönhauser Tor ein Arbeiter die gänzliche Abschaffung der Maschinen, ein Mustermaler das Verbot der Schablonen, weil die Fabrikanten damit sechsmal billiger schaffen könnten, ein anderer ein staatliches Verbot, daß Droschken Pakete von der Eisenbahn in die Stadt mitnehmen¹⁵. Die Wünsche der Versammlungsteilnehmer waren von einer einheitlichen Willenssetzung und einem großen sozialen Reformprogramm weit entfernt; stattdessen versuchte jede Berufsgruppe möglichst viel Freiheit auf Kosten der Konkurrenz zu erreichen. So klagte der Berliner Buchhändler und Abgeordnete in der Frankfurter Nationalversammlung *Moritz Veit*, als er über die eingegangenen Petitionen zu einer Gewerbeordnung Bericht erstattete¹⁶: „Die Errichtung eines Arbeitsministeriums, die auch von mehreren Petenten gefordert wird, war das Lösungswort, das von Land zu Land gegeben wurde, ohne daß weder über den Umfang der Befugnisse einer solchen Behörde noch auch über die Zusammensetzung derselben deutliche Begriffe verbreitet waren.“

Einer der Arbeiterführer, die sich bei der Schaffung eines paritätischen Arbeitsministeriums weiterreichende Gedanken gemacht hatten, ist der greise *Christian Gottfried Daniel Nees v. Esenbeck* aus Breslau gewesen¹⁷. Dieser frühere Arzt, der später Professor für Botanik und Präsident der Leopoldinisch-Karolingischen Akademie der Naturforscher geworden war, hatte als Angehöriger der radikalen bürgerlichen Linken einen solchen Einfluß in der Breslauer Arbeiterschaft, daß ihn die sozialistisch orientierten Arbeiter- und Handwerkervereine als ihren Vertreter zu der Preußischen Nationalversammlung und dem Berliner Arbeiterkongreß schickten. *Esenbecks* Einfluß beruhte nicht zuletzt auf seiner Tätigkeit als politischer Schriftsteller.

In der ersten Nummer der bekannten Revolutionszeitschrift „Fliegende Blätter“ veröffentlichte er einen Aufsatz unter dem Titel „Das Ministerium der Arbeiter“¹⁸, in dem er forderte, dem Arbeiter außer dem Lohn auch

¹⁴ Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung aaO, S. 135.

¹⁵ Hans Krause, Die demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage. Ein Beitrag zur Geschichte der ersten Revolution, Frankfurt/M. 1923, S. 15 ff. Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung aaO, Teil 1, S. 28 ff. und Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung aaO, S. 32.

¹⁶ Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung zu Frankfurt/M. Hrsg. von K. D. Hassler, Bd. 2, Frankfurt/Main 1848–1849, S. 869.

¹⁷ Vgl. ADB, Bd. 23 (1886).

¹⁸ Georg Adler, Geschichte der ersten Socialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland aaO, S. 163.

einen gesetzlich garantierten Anteil an der Unternehmerrente zu gewähren. Von diesem Anteil sollte dann ein bestimmter Prozentsatz dazu verwendet werden, dem Arbeiter einen gewissen Kapitalanteil bei der Unternehmung gutzuschreiben, „bis dieselbe sich zu einer Association von Gleichberechtigten gestalte“. Um das von ihm vorgeschlagene System mit den übrigen Gewerbezweigen in die nötige Harmonie zu bringen, so führte *Esenbeck* an anderer Stelle aus, „ist das ganze Arbeiterleben in seinem ganzen weiten Umfange in die Form eines demokratischen, aus dem Schoße aller Arbeiter heraufsteigenden Ministeriums der Arbeit zu ordnen, dessen höchstes, von allen Arbeitern zu ernennendes Glied als Minister der Arbeiter in den Kreis der Staatsministerii tritt“¹⁹. Der in der Geschichte der Revolution von 1848 als höchst merkwürdig und skurril geschilderte Gelehrte, der sich als bürgerlicher Intellektueller zum Sprecher der Arbeiter machte, brachte diese seine Forderung auf ein Arbeiterministerium sogar als Gesetzesvorschlag in die Preußische Nationalversammlung ein. Doch blieb diese Drucksache ebenso wie das Projekt der Nationalwerkstätten auf dem Papier.

4. Stephan Born und die „Sociale Volks-Charte“ auf dem Berliner Arbeiterkongreß

Was *Karl Georg Winkelblech* für die revolutionären Handwerker gesellen bedeutet hat, das ist *Stephan Born* für die Fabrikarbeiter 1848 gewesen¹. Der Berliner Schriftsetzergeselle, der zuletzt Professor für deutsche Literatur in der Schweiz gewesen ist, brachte als einziger 1848 in Deutschland eine festgefügte Arbeiterorganisation zusammen und entwarf ein soziales Aktionsprogramm, das auf Kongressen und in Parlamenten diskutiert wurde. Ein Arbeiterführer, der wie geschaffen für seine Aufgabe war: Selbst ein Handarbeiter, mit den Sorgen und der Sprache seiner Schicht vertraut, an Bildung, Begeisterung und Schwungkraft aber diese überragend, selbstlos einer Idee dienend und doch nie sich in schwärmerischen Utopien verlierend wie so viele

¹⁹ Nees v. Esenbeck, Was bedeutet die sociale Frage in der Aufgabe der Verfassung? Anhang zu der Broschüre: Die demokratische Monarchie. Gesetzes-Vorschlag der Nationalversammlung zu Berlin, vorgelegt den 1. Juli 1848, Berlin 1848, S. 21 ff. Abdruck bei Ernst Schraepfer, Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland. In: Quellensammlung zur Kulturgeschichte. Hrsg. von Wilhelm Treue. Bd. 6, Göttingen 1955, S. 103.

¹ Vgl. Stephan Born, Erinnerungen eines Achtundvierzigers, 3. Aufl., Leipzig 1898. – Gertrud Quarck, Stephan Born. In: Encyclopaedia of the Social Sciences. Bd. 3, New York 1930, S. 642. – Max Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49, Leipzig 1924. (Diese Darstellung ist ein „Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus“ und daher bewußt einseitig.) – Adler, Geschichte der ersten Socialpolitischen Arbeiterbewegung aaO. – Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung aaO, Bd. 1. – Pflaume, Organisation und Vertretung der Arbeitnehmer in der Bewegung von 1848 aaO. – Krause, Die demokratische Partei von 1848 aaO. – Valentin, Geschichte der Revolution von 1848 aaO. – Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 12. Aufl., Bd. 1 aaO.

Sozialisten. Dem erst 24jährigen gelang im Verlaufe eines Jahres etwas, was vor ihm niemand erreicht hatte: Weiten Kreisen der deutschen Fabrikarbeiterschaft ihre eigenen sozialen Probleme bewußt zu machen und sie einheitlich zusammenzufassen. In der Frage der „Organisation der Arbeit“ ist er der große Antipode zu *Winkelblech* geworden.

Born, der eigentlich Simon Buttermilch hieß, wurde als der Sohn eines jüdischen Kaufmannes in Lissa bei Posen geboren. Nach einem zeitweiligen Besuch des Gymnasiums machte er, der sich von Kind an für die Welt der Bücher interessierte, eine Buchdruckerlehre in Berlin durch. Dort führte der wegen seiner sozialistischen Einstellung entlassene Theologe *Julius Berends* ihn sowohl in die Zirkel der literarischen Opposition, denen damals die bekannten Junghegelianer *Max Stirner*, *Bruno* und *Edgar Bauer* und *August Heinrich Hoffman von Fallersleben* angehörten, als auch in den Berliner Handwerkerverein ein, der sich unter dem Einfluß der aus Frankreich zurückkehrenden Handwerksburschen mit ihren sozialistischen Lehren von einem harmlos-geselligen Bildungsverein zu einer Organisation zur Wahrnehmung sozialer Interessen entwickelte.

Der junge *Born*, der seinen Blick schon durch die Lektüre der Bücher von *Friedrich Engels* und *Lorenz v. Stein* geschärft hatte, begab sich dann auf die Wanderschaft, wobei er zuerst in Leipzig den sächsischen Arbeiterführer *Robert Blum* kennenlernte, der damals noch Kassierer am Stadttheater war. In Paris trat der 22jährige im Jahre 1847 auf Grund seiner Berliner Empfehlungen in engste Beziehungen zu *Friedrich Engels*² und wurde von diesem auch in den Kommunistenbund eingeführt. *Born*, der sich als ein „leicht fassender Schüler“ erwies³, wurde von der wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus zunächst so gefangen, daß die Utopien *Wilhelm Weitlings* ihm dagegen als „pure Luftgebilde“⁴ erschienen. Und doch, so stellte er später in seinen Memoiren fest, habe er sich auch schon damals eine eigene Auffassung von der Lehre *Marxens* bewahrt. Ihm mißfiel vor allem, daß das „Kommunistische Glaubensbekenntnis“ von den Mitgliedern des Bundes mehr mit gläubiger Seele als mit verstandesmäßiger Überzeugung aufgenommen wurde⁵.

² Born, Erinnerungen aaO, S. 43: „Friedrich Engels war in Paris von Januar bis zum Herbst 1847 mein einziger Umgang. Wir brachten die Abende fast ausschließlich zusammen zu, und am Sonntag machten wir häufig gemeinsame Ausflüge in die Umgebung der französischen Hauptstadt.“

³ Ebd.

⁴ Ebd., S. 31.

⁵ Ebd., S. 46: „Wie sah es aber bei der Mehrzahl der Mitglieder des Kommunistenbundes aus? Wie Leute aus dem Volke die Predigt des Herrn Pfarrers, der ihnen persönlich Vertrauen einflößt und ja ein braver Mann ist, so nahmen auch die jungen Kommunisten die Lehre von der Aufhebung des Privateigentums und seiner Ersetzung durch ein Kollektiveigentum ohne viel Kopfzerbrechen hin. Für sie handelte es sich, und das beschäftigte sie vor allem, um eine Besserung des materiellen Daseins, die ja auf Grund der Entwicklungsgeschichte der Menschheit doch einmal kommen mußte.“

Diese selbständige Auffassung behielt er auch, als er Ende März 1848 nach Berlin zurückkehrte und öffentlich zu wirken begann. *Karl Marx*, mit dessen Familie *Born* längere Zeit in Brüssel verkehrte, hatte ihm den Auftrag mitgegeben, eine eigene Arbeiterbewegung nach seinen Ideen ins Leben zu rufen⁶. Aber *Born* erkannte sehr schnell, daß das „Kommunistische Manifest“ sich in dem Deutschland des Jahres 1848 nicht durchführen ließ, weil man die Arbeiter mit dem Klassenkampfgedanken kaum beeindrucken konnte. Jede Arbeiterorganisation mußte noch auf die kleinbürgerlich-handwerklichen Bestrebungen Rücksicht nehmen, wenn sie zum Ziele gelangen wollte. In seinen Erinnerungen beschreibt *Born* seine damalige Auffassung mit folgenden Sätzen: „Jung, voller Tatkraft und voll Glaubens an die Macht der werdenden Ideen war ich überall anzutreffen, wo es galt, einer Bewegung, die nur auf den ersten Anstoß wartete, in Fluß zu bringen. Von allen Spekulationen in die Ferne fühlte ich mich aber befreit. Ich schaute die Dinge an, wie sie sich dem Auge darboten, rechnete mit den gegebenen Verhältnissen und behielt das nächste Ziel im Auge, das sich auch wirklich erreichen ließ“⁷. Sein Ziel aber war es, das liberale Bürgertum in der Revolution zu unterstützen und dabei auf eine Organisation des arbeitenden Volkes als notwendige Vorbedingung für eine später zu gründende Arbeiterpartei hinzuwirken. Zusammenfassend stellte *Born* fest: „Dieses von der Natur der Dinge gegebene Programm drängte sich meiner Einsicht in die Verhältnisse ganz von selber auf. Weggewischt waren für mich mit einem Male alle kommunistischen Gedanken, sie standen mit dem, was die Gegenwart forderte, in gar keinem Zusammenhang. Man hätte mich ausgelacht oder bemitleidet, hätte ich mich als Kommunist gegeben. Das war ich nicht mehr. Was kümmerten mich entfernte Jahrhunderte, wo jede Stunde mir dringende Aufgaben und Arbeit in Fülle darbot.“⁸

Dabei trat *Born* allem Zunftdenken in seinen Reihen entschieden entgegen, da seiner Meinung nach die Industrie nicht mehr zu den überholten Produktionsformen der Vergangenheit zurückkehren könne. Aber für ebenso unsinnig hielt er es, die notwendige Reform der Arbeitsverhältnisse auf den Klassenkampfgedanken aufzubauen. „Das Wort Klassegegensätze“, schrieb er,

Daran glaubten sie und das mit Recht. Zu welchem letzten Ziel die ihnen vorgelegte Theorie führte, ob dies auch erreichbar sei, das machte ihnen keine Sorge.“⁶ Ebd., S. 67 ff.

⁷ Ebd., S. 121.

⁸ Ebd., S. 122. – *Borns* Abrücken von Marx ist nicht erst nachträglich in den Memoiren erfolgt, wie man vielleicht annehmen könnte. In seiner Zeitschrift „Volk“ vom 25. 5. 1848 hieß es ebenfalls: „Wir haben deshalb in unserem Deutschland eine sehr vielseitige Aufgabe: Das Bürgertum einerseits zu unterstützen im Kampf gegen die Aristokratie, gegen das Mittelalter, gegen die Mächte von Gottesgnaden, dem kleinen Gewerbetreibenden wie dem Arbeiter beizustehen gegen die Macht des Kapitals und der freien Konkurrenz... Wir werden uns dabei fernhalten von den hohlen Deklamationen wutschnaubender Schwärmer, die ewig nach dem Strang der Guillotine fassen, weil sie selber keinen Kopf zu verlieren haben, sowie von allem tränenfeuchten und liebesschmachtenden Sozialismus.“

„hatte damals, an den wirklichen Zuständen Deutschlands gemessen, kaum eine Berechtigung. Wenn man wenige Gewerbe, die der Maschinenbauer, der Buchdrucker und noch einige andere ausnahm, so gab es wohl Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Meister war aber in der Regel nichts anderes als ein ehemaliger Geselle. Es waren zwei Altersstufen vorhanden, keine zwei Klassen“⁹. Der erste deutsche Arbeiterführer von größerem Format hatte damit weit besser als seine großen Lehrmeister, deren Feindschaft er sich zuzog¹⁰, erkannt, wie der zwischen Handwerk und Proletariat stehende „Arbeitergeselle“ angesprochen werden mußte. Er, dem selbst die sozialen Nöte aus eigenem Erleben vertraut waren, setzte sich für „eine friedliche, aber durchgreifende Reform“ ein. So ist es nicht weiter verwunderlich, in den persönlichen Äußerungen *Borns* und den Beschlüssen des von ihm inspirierten Berliner Arbeiterkongresses bekannte Thesen und Formulierungen wiederkehren zu sehen, wie sie schon vorher die kleinbürgerlichen Sozialisten vorgebracht hatten.

In einer Artikelserie, die vom 10. bis 22. Juni 1848 in der von ihm geleiteten Zeitschrift „Volk“ abgedruckt wurde, entwickelte er zunächst die vom Berliner „Central-Comité für Arbeiter“ gutgeheißenen Grundgedanken für eine Sozialreform. Im 3. Abschnitt, der insgesamt 13 Punkte umfaßte, kam er auch auf das Problem einer Arbeitervertretung zu sprechen und forderte:

„1. Bestimmung des Minimums des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit durch Kommissionen von Arbeitern und Meistern oder Arbeitgebern.

2. Verbindung der Arbeiter zur Aufrechterhaltung des festgesetzten Lohnes.

6. Regelung der Zahl der Lehrlinge, welche ein Meister halten darf, durch Kommissionen von Arbeitern und Meistern.

13. Schranken gegen Beamtenwillkür in Bezug auf Arbeitsleute. Dieselben können nur durch das entscheidende Urteil einer Kommission von ihren Stellen entlassen werden.“¹¹

Bei diesen Forderungen wurde sichtbar, daß *Born* nicht mehr zu dem Zunftwesen alter Prägung zurückwollte, auf der anderen Seite aber sich nicht vollständig von der kleinbürgerlich-handwerklichen Vorstellungswelt hatte lösen können. Die Mitbestimmung der Arbeiter bei der Festsetzung eines Grundlohnes und einer täglichen Maximalarbeitszeit durch paritätische Kommissionen war die wichtigste Forderung¹². Bei dem Wunsch, das Kündigungs-

⁹ Ebd., S. 136.

¹⁰ Friedrich Engels hat *Born* später sein selbständiges Vorgehen bei der Revolution und seine Häresie vorgeworfen und gemeint, *Born* habe es mit seiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig gehabt und sich „mit den verschiedensten Krethi und Plethi verbündet, nur um einen Haufen zusammenzubekommen“. *Born*, Erinnerungen aaO, S. 146.

¹¹ Veröffentlicht in der Zeitschrift „Volk“ Nr. 5 vom 10. Juni 1848. Abgedruckt bei M. Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung aaO, S. 91 ff., Bernstein aaO, Bd. 1, S. 56 und Biermann, Karl Georg Winkelblech aaO, Bd. 2, S. 221.

¹² Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung aaO, S. 93.

recht ausschließlich auf die gemischten Ausschüsse zu übertragen, bewegte ihn der Gedanke, damit jede Einmischung in das Arbeitsverhältnis und die Angewohnheit, politisch Verdächtige zu maßregeln, unterbinden zu können¹³. Dagegen entsprang der Vorschlag, die Arbeitnehmer bei der Festsetzung der Lehrlinge mitwirken zu lassen, mehr traditionellen Überlegungen, dem Gedanken, ein altes Recht wiederherzustellen. Die von *Born* geforderten gemischten Organe konnten durchaus als Arbeitervertretungen aufgefaßt werden, doch sagte er nicht, wie es sich mit den Wahlen und der Zusammensetzung im einzelnen verhalten sollte. Er meinte nur allgemein, die Mittel, den Lohn sozial festzusetzen, seien schon dadurch gegeben, „daß die Verbindung der Arbeiter der verschiedenen Geschäfte sich über ganz Deutschland ausdehne, daß in einem Kongreß der Arbeiter die Arbeitszeit und das Minimum des Lohnes für ihre Beschäftigung, und zwar mit Rücksicht auf die jeweiligen Ortsverhältnisse, bestimmt werde und daß gegen die Einzelnen, welche den allgemeinen Gesetzen nicht Folge leisten, Repressalien gebraucht werden, so daß ihnen z. B. die Arbeit auf allen Orten entzogen wird, wo die Verbindung besteht“¹⁴.

Abweichend von der orthodoxen Klassenkampftheorie sprach sich *Born* dafür aus, „die sich gegenüberstehenden Kräfte zu versöhnen“ und die beiden Arbeitsparteien „zu einer wirklich freien Übereinkunft“ zu führen. Auf der anderen Seite sollten sich auch die Unternehmer zu einer „Korporation“ verbinden, die sie in allen staatlichen und wirtschaftlichen Dingen repräsentiere und die der Staat durch „Brottaxen“ und Förderung der Konkurrenz genügend zügeln könne. In der Hauptsache aber „verbinden sich die Arbeiter, die sich ebenfalls durch ihre gewählten Vertreter repräsentieren lassen, durch dieselben mit den Arbeitgebern oder Meistern, indem die Vorsteher beider Teile miteinander zu einer Kommission in Verbindung treten...“. Dabei hielt es *Born* für einen Vorzug, „wenn die Arbeiter bei der Wahl der Kommissionsmitglieder die von seiten der Arbeitgeber und umgekehrt diese die von seiten der Arbeiter mitwählten“. Die Kommissionen sollten zugleich als Schieds- und Gewerbeberichte in Funktion treten, z. B. bei einseitig vom Unternehmer erlassenen Arbeitsordnungen, ferner als Verteilerstelle für Lehrlinge und staatliche Aufträge fungieren.

Als nächsten Schritt strebte *Born* an, neben diesen gemischten Kommissionen Assoziationen mit Unternehmenscharakter auszubilden, bei denen Produktion und Vertrieb der Waren gemeinsam besorgt werden, was vom Staat aus begünstigt werden sollte. Die Arbeiter sollten bei den Genossenschaften vollkommen gleichberechtigt sein. „Jedes Mitglied der Association“, schrieb *Born*, „ist Arbeiter, Unternehmer und Verkäufer zugleich, und der Staat

¹³ Ebd., S. 94.

¹⁴ Ebd., S. 94. – Veröffentlicht in der Zeitschrift „Volk“ Nr. 10. Vgl. ferner Pflaume aaO, S. 29.

versieht die Stelle des Bankiers, er hilft der Association durch seine Kreditinstitute nach, er unterstützt sie in dem Aufsuchen nach Absatzquellen... er weist der Association seine Arbeiten zu, sorgt für Erweiterung... Des Staats Sorge muß es... sein, recht viele Associationen ins Leben zu rufen, denn uns scheint es natürlich, daß alles zu Associationen übergeht.“¹⁵ Die von *Born* solchermaßen skizzierten Organe waren weder zünftlerisch noch klassenkämpferisch, sie liefen im Endergebnis eindeutig auf Produktivgenossenschaften und Nationalwerkstätten französischer Prägung hinaus.

Auf eifriges Betreiben *Borns* hin wurde, bevor der Frankfurter Gesellenkongreß zu Ende gegangen war, am 23. August 1848 ein Arbeiterkongreß nach Berlin einberufen, der von 35 Arbeiter- und Handwerkervereinen aus Ostdeutschland, dem Rheinland, Westfalen und Bayern beschickt wurde¹⁶. Berlin und Leipzig als Zentren der neuen Arbeiterbewegung entsandten eigene Delegierte, auch nahm ein Vertreter des Frankfurter Gesellenkongresses teil. Die vierzigköpfige Versammlung bestellte den greisen *Nees v. Esenbeck* aus Breslau zum Präsidenten, *Stephan Born* und einen weiteren Abgeordneten aus Tilsit zu Mitvorsitzenden. Gleich zu Beginn des Kongresses, der zahlenmäßig den Frankfurter Kongreß überragte und auch besser organisiert war, ereignete sich ein unbedeutend erscheinender und doch folgenswerer Zwischenfall. *Wilhelm Weitling* und der vom Frankfurter Gesellenkongreß entsandte Zimmergeselle *Wilhelm Koch* stellten den Antrag, die Forderungen *Winkelblechs* hinsichtlich einer Organisation der Arbeit und der Schaffung eines sozialen Parlamentes in der Form zu unterstützen, wie sie als Adresse an die Nationalversammlung gerichtet worden war. Besonders *Weitling*, der doch hierbei recht eigene Vorstellungen hegte, unterstützte die Pläne des Kasseler Sozialphilosophen. Als aber die Berliner Versammlung beschloß, diesen Antrag auf die zweite Sitzung zu verschieben, um erst einmal eine Kommission für die eingegangenen Petitionen zu bilden, verließ der eigensinnige und impulsive Erzvater des deutschen Handwerkerkommunismus gekränkt den Kongreß, an dem er allerdings auch ohne Mandat teilgenommen hatte¹⁷. Damit brach *Weitling* zugleich jede Fühlungnahme mit der deutschen Arbeiterbewegung von 1848 ab, die durch sein Zutun vielleicht sonst ein ganz anderes Gesicht erhalten hätte. Das *Winkelblechsche* Programm kam damit

¹⁵ Ebd., S. 95.

¹⁶ Über den Verlauf des Berliner Arbeiterkongresses vgl. *Born*, Erinnerungen aaO, S. 162–170; *Adler* aaO, S. 165–173; *Krause* aaO, S. 183. *Pflaume* aaO, S. 37 ff.; *Biermann* aaO, Bd. 2, S. 245 ff., *Quarck* aaO, S. 156; *Bernstein* aaO, Bd. 1, aaO, S. 355; *Wermuth-Stieber*, Die Communisten-Verschwörungen des 19. Jahrhunderts. Im amtlichen Auftrag zur Benutzung der Polizei-Behörden der sämtlichen deutschen Bundesstaaten auf Grund der betreffenden gerichtlichen und polizeilichen Acten dargestellt, 2 Bde., Berlin 1853–1854; *Valentin* aaO, Bd. 2, S. 237 und *Gustav Lüders*, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848, Berlin 1909.

¹⁷ *Wilhelm Weitling*, Garantien der Harmonie und Freiheit aaO, S. 41 (Einleitung), *M. Quarck* aaO, S. 157.

wegen einer reinen Verfahrensfrage zu Fall, nicht aber, weil die Kongreßteilnehmer daran Anstoß genommen hätten, daß „sämtliche socialen Stände“, also auch die Unternehmer, in das soziale Parlament gewählt werden sollten. Am zweiten Sitzungstage wurde vielmehr beschlossen, nicht die Frankfurter Denkschrift zu übernehmen, sondern eine eigene „Sociale Volks-Charte“ auszuarbeiten, wie es *Born* in seiner Einladung an das erste deutsche Arbeiterparlament genannt hatte¹⁸.

Diese „Sociale Volks-Charte“ wurde in drei Ausschüssen vorbereitet und in zahlreichen Sitzungen in eine endgültige Form gegossen. In dem umfangreichen Manifest, das am 2. September an die Frankfurter Nationalversammlung adressiert wurde, hieß es, die Arbeiter hätten mit hochgespannter Aufmerksamkeit, nachdem die politische Bewegung überall in Europa Hoffnungen erweckt habe, die Maßregeln der deutschen Staaten zur Begründung besserer Staatseinrichtungen und die Beratungen der Nationalversammlung verfolgt. Nur sei man mit Recht in Sorge, ob die soziale Frage auch in der Verfassung einen Platz finde. Denn die arbeitenden Menschen stünden den Staatsmännern leider immer noch fern, „ja für die meisten waren die Arbeiter eigentlich gar nicht als Staatsbürger sichtbar, sondern nur als Ziffern in den Bevölkerungslisten und in den Berechnungen der Volksmacht...“¹⁹. Bisher sei es doch so gewesen, daß der Staat nur den Besitz als das anerkenne, was Bestand habe und was er schützen könne. Es sei darum erforderlich, daß die Arbeiter und ihre Tätigkeit sich als bestimmter Besitz in das Grundgesetz des Staates einführen, „sich selbst als lebendige Gemeinschaften, gleichsam als politisch-beseelte Körperschaften...hinstellen und den Staatsmännern bemerklich machen...“. Das solle jetzt mit einer neuen Organisation der Arbeiter geschehen. Der Staat werde dann in dem Arbeiter einen Bundesgenossen finden, der „die Ruhe und Ordnung des Staates aufrecht erhalte“. Nur notgedrungen würden sie, wenn man sie abweise, „aus den wärmsten Freunden der bestehenden Ordnung zu den bittersten Feinden derselben werden müssen“²⁰.

Anschließend wurde die Nationalversammlung gebeten, den Bestimmungen über die Grundrechte den Passus einzufügen, „daß ein aus der freien Wahl sämtlicher Beteiligter hervorgegangener Kongreß Sachverständige zur Vertretung aller deutschen Gewerbeinteressen auf Staatskosten nach Frankfurt berufen werde, um den Volkswirtschaftlichen Ausschuß durch seine Vorlagen und Gesetzesentwürfe bei den Beratungen zu unterstützen. Was die Anzahl

¹⁸ Biermann, Karl Georg Winkelblech, Bd. 2, S. 241; Pflaume aaO, S. 31; Quarck aaO, S. 152.

¹⁹ Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses zu Berlin. Vom 23. August bis 3. September 1848. Berlin 1848. Abgedruckt bei M. Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung aaO (Anhang III), S. 348 ff. Auszüge bei Ernst Schraepfer, Quellen zur Geschichte der sozialen Frage aaO, Bd. 1, S. 104. Ein Original der Beschlüsse befindet sich im Archiv des DGB-Bundesvorstandes in Düsseldorf (A 94 K. 569).

²⁰ Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses aaO, S. 6.

oder das Verhältnis der zum Kongreß zu berufenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer betrifft, so schlagen wir vor, daß derselbe aus allen Klassen der gewerblichen Unternehmer und Arbeiter bestehend einem Dritteile der zur Nationalversammlung zu wählenden Mitglieder gleichkommen möge“. Dieses Manifest war charakteristisch für den Berliner Arbeiterkongreß. Man wollte eine Anerkennung des „Besitzes der Arbeit“, keine Almosen und Wohltaten. Man pochte hier selbstbewußt auf sein Recht, war aber auf der anderen Seite durchaus zu einem Zusammengehen mit Staat und Arbeitgebern bereit, an deren gesunden Reformgeist appelliert wurde. Diese Präambel für eine neue Sozialverfassung war bezeichnend für *Borns* ganze Einstellung, die die Kluft zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht für unüberbrückbar hielt. Der maßvoll-versöhnliche Ton, der von diesem repräsentativen deutschen Arbeiterparlament angeschlagen wurde, macht den ungeheuren geistigen Wandlungsprozeß bis zum Ende des Jahrhunderts deutlich, als sich nur noch zwei in Haß und Bitterkeit erstarrte Fronten gegenüberstanden. *Borns* Arbeiterkongreß war davon noch weit entfernt.

Wie sahen die Kongreßbeschlüsse nun im einzelnen aus? – In den ersten beiden Teilen wurde entsprechend dem Organisationsstatut des Berliner Centralkomitees vom 19. April 1848 die Bildung von „Lokal-Komitees“, „Bezirks-Komitees“ und eines „Central-Komitees für ganz Deutschland“ gefordert, denen allerhand Mitbestimmungsrechte zugedacht waren²¹. *Kein Arbeitgeber sollte künftig mehr einen Arbeiter entlassen dürfen, es sei denn, er habe dem Lokal-Komitee 14 Tage vorher Anzeige gemacht oder vorher eine andere gegenseitige Übereinkunft erzielt (§ 17)*. Das Lokal-Komitee übernahm es dann, für weitere Beschäftigung des Arbeiters zu sorgen. Den Arbeitervertretungen sollte damit ein Mitbestimmungsrecht bei ungerechtfertigten Kündigungen und dem Arbeitsnachweis gesichert werden. Ferner waren sie zugleich als Tariforgane gedacht, da es im § 8 hieß: *„Der Lohnsatz ist für dieselbe Art der Arbeit im ganzen Orte gleich und wird durch Übereinkunft der Arbeitgeber mit den Arbeitern unter Vorsitz des Lokalkomitees so festgestellt, daß der geringste Lohnsatz (Minimum) den Bedürfnissen des Lebens entsprechend ist.“* Das Lokal-Komitee sollte dann nach den so gemeinsam festgestellten Lohnsätzen eine Lohnliste anfertigen, die dem Arbeitgeber wie dem Arbeiter zur Kontrolle zugestellt werden sollte (§ 10).

Damit wurde ein garantiertes Lohnminimum und ein vereinbarter Lohn-tarif angestrebt, wie er später eine Hauptforderung der Gewerkschaften am Ende des Jahrhunderts wurde. Die von *Born* vorgeschlagenen Komitees hatten denn auch mehr Ähnlichkeit mit diesen als mit Betriebsvertretungen. Denn es handelte sich um Assoziationen, die sich in erster Linie auf die Basis ihrer zahlenden Mitglieder stützten und keinen Meister oder Unternehmer auf-

²¹ Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses aaO, II. Teil: Selbsthilfe der Arbeiter. Quarck aaO, S. 353, Zeitschrift „Volk“ Nr. 33, Pflaume aaO, S. 39.

nehmen wollten. Die Arbeitgeber sollten sich dagegen zu eigenen Interessenverbänden zusammenschließen, um mit den Arbeitern paritätisch zu verhandeln. Auch war die Macht der neuen Arbeitervertretung rein lokal engagiert und damit dezentralisiert. Die übergeordneten Bezirks-Comitees und das Central-Comitee hatten dagegen keine klar umrissenen Funktionen und Zusammensetzungen erhalten, sie sollten wohl mehr als Kontrollinstanzen dienen. Obwohl *Borns* „Sociale Volks-Charte“ recht modern anmutende sozialpolitische Vorschläge enthielt, fehlte es aber im Grunde an einem wohlgedachten und in seiner Machtverteilung richtig gegliederten System für eine Gewerbeverfassung. Der starke und einseitige Ausbau der Lokalkomitees hatte allerdings einen besonderen Grund. *Born* wollte sie, wie er in seiner Artikelserie im „Volk“ schon angedeutet hatte, später zu selbständigen Produktivgenossenschaften ausbauen. Kein Arbeitgeber sollte seine Beschäftigten selbst auslöshen, sondern diese Summe gegen Quittung an das Lokalkomitee zahlen, das dann nach Abzug von etwa 7–10 % dieses wichtige Geschäft selbst vornahm (§ 11). Die so einbehaltenen Gelder (eine Art von Gewerkschaftsbeitrag) waren zum Aufbau einer Kreditbank gedacht. Mit Hilfe dieser so angesammelten Kapitalien hoffte man, dann später mit den Unternehmern erfolgreich konkurrieren zu können. Ein solcher Plan hätte aber zur Voraussetzung gehabt, daß sämtliche Arbeiter an einem Ort Mitglied der Arbeiterorganisation waren. Eine utopische Ausnahme, die die Ausführung dieser Kassenidee unmöglich machen mußte, ganz abgesehen davon, daß die niedrigen Löhne solche hohen Abzüge von selbst verboten. Nach *Borns* Angaben hatten seine diesbezüglichen Pläne ihren Ursprung in ähnlichen Maßnahmen, die zur Zeit des Berliner Arbeiterkongresses gerade in einem westfälischen Unternehmen ausprobiert wurden. Später ist er selbst in seinen Erinnerungen wieder von diesen Ideen abgerückt und hat sie als recht sonderbar bezeichnet²². In Wirklichkeit sei das ein Vorschlag des Geometers *Schweniger* gewesen, der „wider Erwarten“ von dem Kongreß angenommen wurde.

Überblickt man abschließend die Arbeit des Berliner Arbeiterparlamentes, so fällt einem auf, wie sehr die Gesamtkonzeption der „Socialen Volks-Charte“ hinter *Winkelblechs* Programm zurückbleibt. Die Stärkung einer gewerkschaftlich-nationalen Arbeiterorganisation stand hier im Vordergrund, nicht der Neubau einer wirtschaftlichen und sozialen Gesamtordnung, die alle in ihr tätigen Glieder berücksichtigte. Man hätte vielleicht erwarten können, daß dieser Arbeiterkongreß sich die Erfahrungen und Gesichtspunkte der vor ihm abgegebenen Entwürfe zunutze gemacht hätte, um eine fruchtbare und speziell dem Arbeitnehmer dienende Synthese zu finden. Trotz der im einzelnen sehr weitgehenden Vorschläge wurde aber dem umfassenden Projekt der *Winkelblechschen* Gewerbeordnung nichts Gleichwertiges entgegengesetzt.

²² *Born*, Erinnerungen aaO, S. 166.

Dort war das Soziale Parlament als ein echtes Gegenstück zu dem politischen Parlament konstruiert worden, mit weitreichenden Befugnissen in die Legislative und die Exekutive hinein. Dem von *Born* vorgesehenen Central-Komitee konnte dagegen nur provisorischer Charakter beigemessen werden, abgesehen davon, daß es nur die organisierten Arbeiter vertrat.

Im Grunde waren die geplanten Lokal-Komitees auch nur Durchgangsstationen zu staatlichen Produktivgenossenschaften. Wie sehr hier *Born* dem kleinbürgerlichen Sozialismus und französischen Utopismus noch verpflichtet war, erhellt besonders seine Forderung im 3. Teil der „Socialen Volks-Charte“, die sich mit der Staatshilfe für die Arbeiter befaßte. Im § 29 hieß es dort: „Die Werkführer in Fabriken und Werkstätten sind mit Zuziehung der Arbeiter zu wählen.“²³ Das war aber fast im Wortlaut die Forderung, die schon *Johann Christian Lüchow* und *Wilhelm Weitling* vor ihm erhoben hatten. Aber nicht nur die kleinbürgerlich-sozialistischen Bestrebungen, auch die handwerklichen Erinnerungen kamen immer wieder zum Durchschein, z. B. in der Bestimmung, die Festsetzung der Zahl der Lehrlinge durch gemischte Kommissionen vornehmen zu lassen oder dem Ansinnen nach Begrenzung der Zuchthausarbeit.

Wenn sich auch noch viel Unklares, Utopisches und Zünftlerisches in den Beschlüssen des Berliner Arbeiterkongresses niederschlug, so wurde doch auf der anderen Seite der Gedanke an eine eigene „Standesorganisation der Arbeitnehmer auf nationaler Grundlage“²⁴ in Kreisen gestärkt, die bis dahin noch überhaupt nicht an eine eigene Vertretung ihrer Interessen gedacht hatten. Der Keim zu den später immer mächtiger werdenden Wünschen der deutschen Arbeiterbewegung nach einer angemessenen Vertretung in Betrieb und Wirtschaft ist in dieser Zeit gepflanzt worden. Während aber die Chartisten in England und die Sozialisten in Frankreich ihren großen Utopien nachgingen, wünschten *Born* und seine Anhänger nur einen stillen und schlichten Zusammenschluß zur Hebung der Lage der Arbeiter innerhalb der bestehenden Ordnung. Sie wollten weder Putsch noch Anarchie, weder Revolution noch Republik, sondern lediglich geeignete Organe, um mit Hilfe des Staates dem mächtigen Kapital Konkurrenz zu machen. In völlig unmarxistischer Weise wurde eine Einordnung in die bestehende Gesellschaftsordnung erstrebt. Die Schwäche und zugleich die Kraft dieses Arbeiterkongresses bestand in der Hervorhebung des gewerkschaftlichen, der Zurückhaltung des politischen Momentes²⁵.

Die nach der Revolution einsetzende Reaktionsperiode hat die Pläne wie auch die Arbeiterorganisation *Borns*, der wohl als der früheste Typ eines

²³ Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses aaO, III. Teil § 29. Quarck aaO, S. 359.

²⁴ So *Erich Marcks* in „Männer und Zeiten“. Bd. 1, Leipzig 1911, S. 214.

²⁵ *Valentin*, Geschichte der Revolution von 1848 aaO, Bd. 2, S. 257.

deutschen Arbeiterführers anzusehen ist, restlos zunichte gemacht²⁶. Dennoch haben die Beschlüsse des Kongresses vorher noch auf die Beratungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Frankfurter Nationalversammlung eingewirkt, dem die Zusammenfassung aller vorgebrachten Entwürfe für eine Gewerbeverfassung vorbehalten blieb.

5. Die Gesetzentwürfe des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Frankfurter Nationalversammlung

Das erste durch ein allgemeines Wahlrecht zustande gekommene deutsche Parlament, die in der Frankfurter Paulskirche tagende konstituierende Nationalversammlung, ist das Ziel heißer Wünsche und hochgespannter Erwartungen und darum auch zahlreicher Petitionen, Adressen und Denkschriften gewesen. Man erhoffte sich von der Frankfurter Reichsversammlung, die am 18. Mai 1848 in feierlicher Form eröffnet worden war, nicht nur die verfassungsrechtlich garantierte bürgerliche Freiheit und die ersehnte politische Einheit – die der Quadratur eines Kreises zu gleichen schien –, sondern auch eine umfassende wirtschaftliche und soziale Reform. Mit der politischen Verfassung sollte zugleich eine solche für die gewerbliche Wirtschaft in Form einer Reichsgewerbeordnung verabschiedet werden. Viele Abgeordnete haben von Anfang an gerade hierin eine wichtige Aufgabe für die Beratungen gesehen. In einem Kommissionsbericht hieß es sogar: „Bei jeder Revolution sind die materiellen und sozialen Interessen des Volkes, welche diesem näher liegen als die politischen Ideen, stets die eigentlichen, im tiefsten Grunde wirkenden Faktoren der Bewegung“¹. Wenn auch eine solche Auffassung sicher nicht von allen geteilt wurde, so war aber doch die allgemeine Einsicht vorherrschend, daß die Arbeitsverhältnisse in Handwerk, Fabrik und in den sonstigen Gewerben der veränderten Zeit entsprechend neu geregelt werden müßten. Eine allgemeinverbindliche rechtliche Fixierung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern machte eine Einschränkung der ungezügelter gewerblichen Freiheit und einen Eingriff des Staates in den Bereich des Privaten zum Wohle des Ganzen unumgänglich.

Schon am zweiten Sitzungstage, am 19. Mai, wurde beantragt, einen

²⁶ Ab Mai 1848 wurde Borns „Arbeiterverbrüderung“ durch die Staatsbehörden mehr und mehr eingeschränkt. Zuerst in Bayern, ab Juli 1850 in Sachsen, ab Juni 1851 in Hannover. Eine Ministerialverfügung gab bekannt, daß sie im Widerspruch zum Vereinsgesetz stehen würde. Preußen und Österreich führten 1854 einen Bundestagsbeschuß zum völligen Verbot der Arbeiterorganisation herbei, jedoch war sie bereits der Exekutive der Einzelstaaten zum Opfer gefallen. Born flüchtete, nachdem er aktiv am Dresdener Maiaufstand teilgenommen hatte, in die Schweiz. Über das Ende der ersten deutschen Arbeiterbewegung vgl. Adler aaO, S. 42, Pflaume aaO, S. 94.

¹ Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. Hrsg. auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redaktionscommission und in ihrem Auftrage von Franz Wigard. Bd. 4, Frankfurt/M. 1848/49, S. 2388.

Volkswirtschaftlichen Ausschuß zur Beratung dieser Fragen und zur Sichtung der betreffenden Eingaben einzusetzen, was dann am 24. Mai auch durch entsprechenden Beschluß geschah². Zu seinen 30 gewählten Ausschußmitgliedern gehörten³ die bekannten Nationalökonom und Staatswissenschaftler *Bruno Hildebrand* (Marburg), *Friedrich Wilhelm Stahl* (Erlangen), *Johannes Fallati* (Tübingen) und *Rössler* (Wien), der begabte badische Handels- und Finanzminister *Carl Mathy* (Karlsruhe) sowie die höheren Beamten *Wilhelm Adolf Lette*, (Berlin) Präsident des preußischen Revisionskollegiums für Landeskultursachen, der preußische Statistiker *Friedrich Wilhelm Freiherr v. Reden* (Berlin), der Ministerialrat *v. Hermann* (München), der Oberregierungsrat *Osterrath* (Danzig) und der württembergische Obersteuerrat *Moritz Mohl* (Stuttgart). Aus der gewerblichen Wirtschaft waren vertreten der bekannte Bankier *Gustav v. Mevissen* (Köln), die hanseatischen Handelsherren *Gevekoht* (Bremen) und *Merck* (Hamburg), der Direktor des österreichischen Lloyd, *Karl Ludwig Freiherr v. Bruck* (Triest) und die Kommerzienräte, Fabrikanten und Kaufleute *Carl Degenkolb* (Eilenburg), *Schwarzenberg* (Kassel), *Jakob Bernhard Eisenstuck* (Chemnitz), *H. Becker* (Gotha), *Carl* (Berlin) sowie der Buchhändler *Moritz Veit* (Berlin), gleichzeitig als Vertreter der Presse. Ferner zählten dazu der Statthalter der Steiermark, Lombardei und von Triest und spätere österreichische Marineminister *Friedrich Moritz Freiherr v. Burger* (Triest), der Provinzial-Steuerdirektor *Friedrich Ludwig Wilhelm Breusing* (Osnabrück), der Advokat *Hollandt* (Braunschweig), der Arzt *Heinrich Carl Alexander Pagenstecher* (Elberfeld) und die damals weniger bekannten Abgeordneten *Sprengel* (Waren), *Schirmeister* (Insterburg), *Dieskau* (Plauen), *Tröge* (Bremen), *Franke* (Schleswig) und *Hlubeck* (Graz).

Zum Vorsitzenden des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wurde der Präsident des 1844 begründeten Preußischen Handelsamtes, der hervorragende Jurist *Friedrich Ludwig v. Roenne* ernannt. Doch schied dieser bereits am 18. Oktober 1848 wieder aus, da er das ihm von der provisorischen Reichsgewalt angetragene Amt eines ständigen Reichsgesandten in Washington angenommen hatte, wo er schon früher einmal als preußischer Ministerresident gewirkt hatte⁴. Nach seinem Ausscheiden übernahm der Chemnitzer Spin-

² Ebd., Bd. 1, S. 27 und 69.

³ Ebd., Bd. 1, S. 88. Vgl. dazu: Biographische Umriss der Mitglieder der konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. nach authentischen Quellen. H. 3, S. 235.

⁴ Vgl. Artikel „Friedrich Ludwig v. Roenne“. In: E. Alberti, Lexikon der schleswig-holstein-lauenburg... Schriftsteller von 1829 bis Mitte 1866. Bd. 2 (1868), S. 280 ff. und Julius v. Roenne, Friedrich v. Roenne. Preußischer Ministerresident und im Jahre 1849 deutscher Reichsgesandter bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Grundzüge aus seinem Leben und dessen Abhandlung über die Verfassung der Vereinigten Staaten. Dem Norddeutschen Parlament gewidmet. Berlin 1867. – F. L. v. Roennes wichtigste Schriften sind: Gemeindeverfassung des preußischen Staates 1843. – Die Gewerbe Polizei des Preußischen Staates, 2 Bde., Breslau 1851. – Das Staatsrecht der preußischen Monarchie, 1856.

nerleidirektor und Vorsitzende der dortigen Stadtversammlung, *Jakob Bernhard Eisenstuck*⁵, den Vorsitz. Der aus Annaberg stammende Mitinhaber eines bedeutenden „Fabrikengeschäftes“ schien für diese Aufgabe, die er bis zum Schluß wahrnahm, wie geschaffen, da er das gewerbliche Leben in Handwerk und Fabrik von der Pike auf kannte. Er war Mitglied des Chemnitzer Industrievereins und des von ihm ins Leben gerufenen Handwerkervereins. Als ein strenger Befürworter der nationalen Schutzzollpolitik war er in das Vorparlament und dann in die Nationalversammlung gewählt worden, wo er der radikalen Linken angehörte⁶. Zusammen mit dem redegewandten *Moritz Mohl* gehörte er zu den ausgesprochenen Wortführern des Ausschusses. Er sei, wie ein Beobachter schreibt⁷, ein geradezu leidenschaftlicher Redner gewesen, der sich bis zur Raserei und stickflußähnlichen Erhitzung steigerte und seine Gedanken mit pfeifend überschlagender Stimme in echt sächsischem Dialekt vorbrachte. Doch habe er viele an Bildung und Talent übertroffen, so daß die Entschlossenheit und Offenheit seines politischen Auftretens von jedermann anerkannt wurden.

Aber auch der Vizepräsident des Ausschusses, *Karl Ludwig Freiherr v. Bruck*, war eine bedeutende Persönlichkeit. Als Begründer der österreichischen Lloyd besaß er in den Augen des amtierenden *Fürsten Schwarzenberg* solche Fähigkeiten, daß er ihm später im Jahre 1855 das Handelsressort in seinem Ministerium übertrug. *Bruck* leitete eine neue Epoche des gemäßigten Schutzzolles in Österreich ein und wurde darüberhinaus als der Verfechter des „70-Millionen-Projektes“ bekannt, das eine Zolleinigung Österreichs mit allen deutschen Staaten, auch mit Preußen, vorsah. Einen ebensolchen bekannten Ruf besaß der Marburger Nationalökonom *Bruno Hildebrand*. Die von ihm eingeleitete Historische Schule in der nationalökonomischen Theorie hatte sich seit Beginn der vierziger Jahre langsam durchgesetzt. In seinem grundlegenden Werk „Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“⁸ versuchte er die Wirtschaft als einen lebendigen und historisch gewordenen Organismus zu begreifen. Er erblickte in ihr kein Nebeneinander von Einzelwirtschaften, sondern ein sinnvolles Ganzes, bei dem jeder Wirtschaftsteil

⁵ Flathe, Bernhard E. Eisenstuck. In: Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 5 (1877), S. 775. – Rudolf Eisenstuck, Die Familie Eisenstuck, 1875. – H. Schneider, Jakob Bernhard Eisenstucks Leben und Wirken, Diss. (Masch.-Schr.) Leipzig 1921.

⁶ Eisenstuck war Mitglied der Partei des „Nürnberger Hofes“, eines Ablegers der linksradikalen Partei des „Deutschen Hofes“. Die Parteien nannten sich nach den Frankfurter Stammtischlokalen, in denen die gleichgesinnten Abgeordneten zu tagen pflegten. Die Bezeichnungen „rechts“ oder „links“ entsprechen nicht dem heutigen parlamentarischen Sprachgebrauch. Vgl. G. Eisenmann, Die Parteien der deutschen Reichsversammlung. Ihre Programme, Statuten und Mitgliederverzeichnisse, Erlangen 1848.

⁷ Karl Biedermann, Erinnerungen aus der Paulskirche, Leipzig 1849, S. 403 u. S. 79.

⁸ Bruno Hildebrand, Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Frankfurt a. M. 1848, S. 324. Über ihn vgl. Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 30 (1878), S. 7 ff. und viele volkswirtschaftliche Lehrbücher.

eine bestimmte Funktion zu erfüllen habe. Mit dem Arbeiterwesen hatte er sich speziell bei seinem Englandsaufenthalt näher beschäftigt⁹. Als nicht geringere Kenner der staatswirtschaftlichen Verhältnisse galten *Friedrich Wilhelm Stahl*¹⁰, *Johannes Fallati*¹¹ (der unter *Gagern* in das Handelsministerium als Unterstaatssekretär einzog), der bayerische Ministerialrat *v. Hermann*, Schutzzöllner und Mitbegründer der großdeutschen Partei, sowie der badische Staatsrat *Carl Mathy*. Die Gestalt dieses geistigen Anführers des südwestdeutschen Liberalismus und langjährigen Oppositionsführers im badischen Landtag hat sein liberaler Gesinnungsfreund *Gustav Freytag* in einer Biographie später gewürdigt¹².

Über *Gustav v. Mevissen*, den Direktor des *A. Schaafhausenschen Bankvereins* in Köln und späteren Unterstaatssekretär im Reichshandelsministerium¹³, *Adolf Wilhelm Lette*, den langjährigen Vorsitzenden des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, des Bundes deutscher Volkswirte und des Vereins zur Förderung der Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechtes (Lette-Verein), wird an anderer Stelle dieses Buches eingehender berichtet¹⁴. Zu erwähnen ist aber noch *Lettes* Freund *Dr. med. Pagenstecher*¹⁵. Durch Vermittlung des ihm nahestehenden Elberfelder Bankiers und späteren preußischen Ministers *August Freiherr von der Heydt* wurde er in das Vorparlament und in die Nationalversammlung gewählt, wo er als alter Heidelberger Burschenschafter die *Gagernsche* Politik für die Einführung einer konstitutionellen Monarchie und einer Kaiserwürde auf demokratischer Grundlage unterstützte. Die radikale Linke wie die reaktionäre Rechte wurden gleichermaßen von ihm scharf bekämpft. Wegen anderer Aufgaben schied er aber schon vorzeitig aus dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss aus. Doch hat er in seinen Lebenserinnerungen die Parteien und markanten Vertreter der

⁹ Treitschke, Deutsche Geschichte aaO, Bd. 5, S. 470.

¹⁰ Friedrich Wilhelm Stahl, Kritik der sozialen Reformen Frankreichs aaO. – Nicht zu verwechseln mit dem berühmten konservativen Rechtsphilosophen Friedrich Julius Stahl.

¹¹ Johannes Fallati hatte sich vor der Revolution mehrmals mit der sozialen Frage befaßt, wie seine folgenden Schriften zeigen: Über die sogenannten materiellen Tendenzen der Gegenwart. Tübingen 1842; Das Vereinswesen als Mittel zur Sittigung der Fabrikarbeiter. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 1844, S. 737, und Zur Verständigung über Begriff und Wesen des Socialismus und Communismus. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 1847.

¹² Gustav Freytag, Carl Mathy, 2. Aufl., 1872. Vgl. Artikel Karl Mathy. In: Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 20, S. 595–600 und Erich Angermann, Karl Mathy als Sozial- und Wirtschaftspolitiker (1842–1848). In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 103 (1955), S. 499–622.

¹³ Joseph Hansen, Gustav v. Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild. 1815–1899, 2 Bde., Berlin 1906. – Ders. Friedrich Wilhelm IV. und das liberale Märzministerium, Trier 1913; Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850. Hrsg. von J. Hansen, Bd. 1, Essen 1919.

¹⁴ Vgl. Anmerkung Nr. 39 in diesem Abschnitt.

¹⁵ Artikel „Carl Heinrich Alexander Pagenstecher“. In: Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 25, S. 67 ff.

Paulskirche treffend charakterisiert. Von dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss sagte er, daß seine weitläufigen Verhandlungen und kolossalen Arbeiten ihn Tag für Tag mehrere Stunden lang beschäftigt haben: „Wir hatten fast jeden Tag mehrstündige Sitzungen, und die frühesten Morgenstunden benutzte ich zu den unerläßlichen Vorstudien.“ Dazu seien noch die Sitzungen des Plenums von 9–11 Uhr und die Fraktionssitzungen von abends 7 Uhr bis nach Mitternacht gekommen. „Kaum blieb die nötige Zeit zum Verschlingen der Speisen“, erinnerte sich der Arzt, „und der Schlaf beschränkte sich auf wenige Stunden.“¹⁶

Bei den Kaufleuten, die dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss angehörten, ragten *Merck* und *Gevekoht* hervor. Der Hamburger *Ernst Merck* galt innerhalb der Abgeordneten als der „Freihändlerkönig“, nachdem er im Frühjahr des Jahres 1848 zum Präsidenten des Frankfurter „Freihandelsvereins“ gewählt worden war. Der weltmännisch-elegante Hamburger Großkaufmann stand in bewußtem und scharfem Gegensatz zu der Gruppe um *Eisenstuck*, *Degenkolb*, *Veit* und *Becker*, was bei den Beratungen eine wichtige Rolle spielte¹⁷. Dagegen wirkte der Bremer Handelsherr *Gevekoht* ungleich bescheidener. Seine unbestrittene Tüchtigkeit hatte er, der enge Vertraute des Bremer Senators und späteren Reichshandelsministers *Arnold Duckwitz*, schon von 1845 bis 1847 unter Beweis gestellt, als er in seiner Eigenschaft als bremischer Resident in den Vereinigten Staaten die erste Postdampferverbindung zwischen New York und seiner Heimatstadt begründen half¹⁸.

Mehr im Hintergrund des Ausschusses wirkte *Friedrich Wilhelm Freiherr v. Reden*¹⁹, der Enkel des berühmten *Freiherrn v. Knigge*. Er war vor allem

¹⁶ Ders., Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848. In: Voigtländers Quellenbücher, Bd. 57, Leipzig 1913, S. 57 ff.

¹⁷ Percy-Ernst Schramm, Hamburg, Deutschland und die Welt aaO, S. 301 und S. 312 ff., beschreibt die Auseinandersetzung zwischen Merck und der Gruppe um Eisenstuck. Auch Rudolf Haym, Die deutsche Nationalversammlung bis zu den Septemberereignissen. Ein Bericht aus der Partei des rechten Centrum, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1850, S. 160, bezeichnet Merck als „enragierten Freihandelsmann“.

¹⁸ Arnold Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841 bis 1866. Ein Beitrag zur bremischen deutschen Geschichte, Bremen 1877.

¹⁹ Artikel „v. Reden“. In: Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 27, S. 507, und Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl. (1910/11), Bd. 7, S. 54. Seine wichtigsten Veröffentlichungen um diese Zeit sind: Die Verhältnisse der handarbeitenden Bevölkerung im Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen. In: Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, Jg. 1 (1847); Erwerbsmangel, Massenverarmung, Massenverderbnis – deren Ursachen und Heilmittel. In: Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, Jg. 1 (1847). – Die Gesetzgebungen Deutschlands. Zerlegung und vergleichende Darstellung der in den einzelnen deutschen Staaten über das Gewerwesen erlassenen Bestimmungen. Aus den Akten des beim volkswirtschaftlichen Ausschuss errichteten statistischen Bureaus für den verfassungsgebenden Reichstag. In: Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung zu Frankfurt/M. Hrsg. von K. D. Hassler, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1848/49, S. 269. (Auch als Sonderdruck Frankfurt a. M. 1848.) – Vergleichende Kulturstatistik der Gebiets- und Bevölkerungsverhältnisse der Großstaaten Europas, 1848.

deshalb erwähnenswert, weil seine großartigen statistischen Unterlagen oft genug zur Grundlage der Beratungen gemacht wurden. Keiner Partei gehörte schließlich der „Sonderling und Querkopf“²⁰ *Moritz Mohl* an, der Bruder des Tübinger Staatsrechtlers und späteren Reichsjustizministers *Robert v. Mohl*. Dieser ehemalige kgl. württembergische Steuer- und Finanzbeamte, der auf einer jahrelangen Studienreise die Probleme des französischen Schutzzolles studiert und dann ein gelehrtes Buch darüber geschrieben hatte, war wohl der fleißigste, red- und schreibseligste Mann des ganzen Ausschusses. Niemand, so erzählt der hier auch schon mehrfach erwähnte Leipziger Professor *Biedermann* in seinen Erinnerungen, hörte sich so eifrig und aufmerksam die endlosen Vorträge an und brachte dann den Ausschuss durch seine unzähligen Anträge zur Verzweiflung, die er nächtelang zuvor zuhause ausgearbeitet hatte. Wenn die Versammlung ihn nicht mehr hören wollte, hielt er aber unerschütterlich trotz Unruhe, Lärmens und „fortgesetzten Beifalls“ auf dem Rednerpult aus, nur sein hoher Fistelton und seine heftigen Gestikulationen hätten seine Gemütsbewegung verraten. *Moritz Mohl* war fanatisch in seiner Überzeugung, aber als Mensch und Gelehrter hoch anzuerkennen. Da er, wie gesagt, über ein großes Rednertalent verfügte, hatte er oft die Mehrheit des Ausschusses für sich. Bei den Beratungen der Gewerbeordnung spielte dieser Umstand eine nicht geringe Rolle.

Dieser absichtlich etwas ausführlich gehaltene Überblick über die Zusammensetzung, Qualifikation und Parteilichkeit des Volkswirtschaftlichen Ausschusses zeigt eine Reihe von bedeutsamen Umständen, die für das Verständnis über den Verlauf der Beratungen nicht unwesentlich sind. Zum einen waren die Mitglieder dieses Gremiums sicher in hohem Maße dafür geeignet, wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen einer Nation zu entscheiden. Man kann wohl sagen, daß sich die fähigsten leitenden Männer aus den verschiedensten Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung zusammengefunden hatten. Auf der anderen Seite war aber dieser Ausschuss nur ein verkleinertes Spiegelbild der großen Nationalversammlung, d. h. mehr eine Vertretung der bürgerlichen Intelligenz als der arbeitenden Schichten. Ein Handwerker, ein Arbeiter oder ein Angestellter waren nicht unter den Abgeordneten²¹. In der Zusammensetzung der Ausschussmitglieder, die noch überwiegend den Lehren des klassischen Liberalismus anhängen, lag eine Gefahr für eine einseitige Betrachtung

²⁰ Biedermann, Erinnerungen aus der Paulskirche aaO, S. 197.

²¹ Vgl. Louis Rosenbaum, Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847–1910. In: Die Paulskirche. Eine Schriftenreihe, Frankfurt a. M. 1923, S. 52. – Nach den hier aufgeführten Angaben waren auch die Vertreter der Wirtschaft im Gesamtparlament gering vertreten. Von 547 Abgeordneten waren 8 Industrielle, 21 Kaufleute und vier sonstige Gewerbetreibende. Rechnet man noch drei Buchhalter dazu, dann war die Wirtschaft mit 36 Abgeordneten = 6,5 % vertreten. Dagegen gab es 107 Professoren und Lehrer = 19,6 % und 182 Juristen = 33,2 %. Die Nationalversammlung war rein statistisch noch mehr ein Juristen-, als ein „Professorenparlament“.

der Dinge. Auf der anderen Seite gab es 1848 noch keine feststehenden Parteiideologien, nach denen sich die Fraktionen zu richten hatten. Im Grunde gab es nur lose Gruppen, und die persönliche Meinung spielte in den Beschlüssen noch eine ausschlaggebende Rolle.

Nach einer eintägigen Redeschlacht wurde am 21. Juni von dem Plenum beschlossen, den Erlaß einer für ganz Deutschland verbindlichen Gewerbeordnung in die Grundrechte aufzunehmen. Dem Abgeordneten *Moritz Veit* (Berlin), der diesen Antrag eingebracht hatte, wurde aufgegeben, bis zur 2. Lesung der Grundrechte einen Entwurf des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung vorzulegen²². „Wegen der in der Sache selbst liegenden großen Schwierigkeiten“ brauchte der Volkswirtschaftliche Ausschuß aber viel länger als vorgesehen für diese Aufgabe und konnte das Ergebnis seiner Beratungen erst am 27. Februar 1849 vorlegen²³.

Der Kommissionsbericht begann mit einem allgemeinen Überblick über die an die Nationalversammlung gerichteten Eingaben zur Gewerbeordnung. Der Berichterstatter *Moritz Veit* referierte auf 12 Seiten über die Beschlüsse der Hamburger und Frankfurter Handwerkerkongresse, die Forderungen der Gesellen und des Berliner Arbeiterkongresses, von denen er nicht zu Unrecht bemerkte, sie alle trügen „den Stempel einer aufgeregten Zeit in sich“²⁴. Neben dem gleichsam von oben beginnenden „System *Winkelblechs*“ mit der Sozialkammer und dem Arbeitsministerium wurden die Wünsche nach Gewerberäten und -kammern und sogar nach einem „Sozialen Vorparlament“ aufgezählt, das aus den Mitgliedern der deutschen Ständeversammlungen gebildet werden sollte. Diese an das politische Vorbild sich anlehrende Idee war vor allem von südwestdeutschen Arbeitervereinen vorgebracht worden, die am Schluß ihrer Adresse hinzufügten: „Es soll ungefähr in derselben Weise zusammengesetzt sein, wie es der Berliner Arbeiterkongreß ausgeführt hat.“²⁵

Dem Hohen Hause wurde dann mitgeteilt, daß gleich zwei Entwürfe für eine Reichsgewerbeordnung der Nationalversammlung vorgelegt würden, da keiner in der Kommission die absolute Mehrheit gefunden habe. Der Abgeordnete *Hollandt* übernahm es dann, über den Inhalt der beiden Entwürfe zu referieren, die der besseren Unterscheidung wegen mit „Hauptentwurf“ und „Minoritäten-Gegenentwurf“ bezeichnet wurden.

²² Stenographischer Bericht über die Verhandlung der deutschen constituierenden Nationalversammlung aaO, Bd. 2, S. 1076, und Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. Hrsg. v. K. D. Hassler aaO, Bd. 1, S. 128.

²³ Stenographischer Bericht aaO, Bd. 7, S. 5422 ff., und Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung aaO, Bd. 1, S. 744.

²⁴ Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung aaO, Bd. 2, S. 871.

²⁵ Ebd., Bd. 2, S. 871.

Der Hauptentwurf, in seinen Grundzügen von *Hollandt* und dem Danziger Oberregierungsrat *Osterrath* niedergelegt, brachte hinsichtlich einer konstitutionellen Vertretung der Arbeitnehmer den schon bekannten dreistufigen Aufbau, denn im Abschnitt IV des Entwurfes hieß es:

„§ 13. Zur Vertretung der gewerblichen Interessen und zur Wahrnehmung der allgemeinen Gewerbeangelegenheiten des Gewerbebezirks ist ein Gewerberat, je nach den verschiedenen Gewerbeklassen, von den Gewerbetreibenden des Bezirkes zu wählen. Den Gesellen und Gehilfen ist angemessene Beteiligung bei der Wahl einzuräumen.“

§ 14. Für die angemessene Zahl von Gewerbebezirken sind Gewerbekammern zu errichten, denen die Entscheidung über Beschwerden gegen Anordnungen der Gewerberäte und die Begutachtung aller auf Gewerbeverhältnisse sich beziehenden Gesetzesvorschläge zusteht.

§ 15. Das Nähere über die Wahl und die Zusammensetzung der Gewerberäte sowie über die Bildung von Gewerbekammern bestimmt die Landesgesetzgebung.

§ 16. Der Reichsgesetzgebung bleibt vorbehalten, zu bestimmen, in welcher Weise und mit welchen Befugnissen aus den Gewerbekammern eine allgemeine deutsche Gewerbekammer zu errichten ist.“²⁶

Gemessen an den früheren Entwürfen der Handwerker- und Arbeiterkongresse wirkte dieser Entwurf, was eine Arbeitervertretung in der Wirtschaft anbelangte, völlig unbefriedigend. Aber selbst die unbestimmte Formulierung, den Gesellen und Gehilfen – von Arbeitern war namentlich gar nicht die Rede – eine angemessene Beteiligung bei der Wahl einzuräumen und der Gedanke an die Schaffung eines Sozialen Parlamentes (Gewerbekammer) ging einigen Liberalen zu weit. Die Abgeordneten *Moritz Mohl* (Stuttgart), *Ernst Merck* (Hamburg) und *Schirmeister* (Insterburg) brachten darum zu dem Abschnitt IV (Organisation der Gewerbeverwaltung) ein Minderheiten-votum ein, in dem die Gewerberäte als ein kurzsichtiges Bemühen abgelehnt wurden, „den Gewerbeleiß in Deutschland in die Formen und Daumenschrauben des althergebrachten zünftigen Handwerks zurückzuzwängen“²⁷. Der freien Regung des „natürlichen Talentes, dem wissenschaftlichen Streben und der selbsterlernten empirischen Handfertigkeit“ solle man nicht durch Prüfung und Zwang Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg legen. Deshalb sollten nach dem Willen dieser Abgeordneten die Paragraphen 13 und 16 im Abschnitt IV ersatzlos wegfallen. Lediglich die beratende Tätigkeit einer Gewerbekammer schien auch diesen Verfechtern einer absoluten Gewerbefreiheit recht einleuchtend und nützlich. Deshalb formulierten sie den § 14 so um, daß er dann lautete: „Es werden in angemessenen Kreisen Gewerbekammern zur Vertretung der Interessen des Gewerbeleißes von den

²⁶ Ebd., Bd. 2, S. 893 ff.

²⁷ Ebd., Bd. 2, S. 906.

Mitgliedern des Gewerbestandes und Handelskammern zur Vertretung der Interessen des Handels von den Mitgliedern des Handelsstandes gewählt.“²⁸ Damit waren selbst das geringste Mitspracherecht der Gesellen und Gehilfen gestrichen und die Gewerbestände als reine Arbeitgebervertretungen gekennzeichnet worden.

Diese Einstellung kritisierte *Robert v. Mohl*, als er in seinen Erinnerungen über seinen Bruder *Moritz* feststellte: „Wie wenig er selbst in seinem Hauptfache Neues irgendwie aufnimmt oder beachtet, beweist er am besten durch seine vollständige Ignorierung der ganzen Arbeiterklasse. Er sieht nur den Fabrikanten, schätzt nur dessen Kenntnis und Tatkraft, freut sich nur über seine Erfolge und findet es ganz in der Ordnung, wenn dieser Millionen gewinnt. Die Forderungen der Arbeiter, auch ein menschenwürdiges Dasein zu erhalten, an dem Gewinn, zu welchem sie durch ihre Geschicklichkeit und harte Anstrengung so vieles beitragen, auch einen billigen Anteil zu erhalten, findet er Wahnsinn, so human er auch sonst gegen Tieferstehende ist; dadurch würden ja der Mitwerbung auf dem Weltmarkt Schwierigkeiten gemacht. Sie sollten den Lohn erhalten, wie ihn Angebot und Nachfrage regelt, damit Punktum. Selbst die große Gefahr der sozialen Bewegung läßt ihn ganz unentwegt: Kartätschen und Galgen seien ein sicheres Mittel dagegen.“²⁹ Eine ebensolche Anschauung hatte auch der „Freihandelskönig“ *Ernst Merck*, der diese extrem-liberale Gruppe anführte. Ihr Hauptanliegen bei der Schaffung einer Reichsgewerbeordnung war es, die noch in einigen deutschen Staaten bestehenden Privilegien, Konzessionen und zünftlerischen Beschränkungen aufzuheben, um den neuen „technischen Gewerben“ überall freie Bahn zu schaffen. Die Gewerbefreiheit sollte lediglich in der „Beachtung des Allgemeininteresses“ ihre Grenzen finden.³⁰ Eine konstitutionelle Arbeitsverfassung hatte in ihren Augen etwas Reaktionäres.

Den dritten Teil des von dem Berichterstatter *Hollandt* vorgelegten Beratungsergebnisses des Volkswirtschaftlichen Ausschusses bildete der selbständige „Minoritäts-Gegenentwurf“ der Abgeordneten *Degenkolb*, *Becker* (Gotha), *Veit* und *Lette*. Er übertraf den Hauptentwurf um ein Beträchtliches und war in seiner inneren Zielsetzung gerade entgegengesetzt. Geistiger Vater dieses zweiten Entwurfes war der sächsische Kattundruckereibesitzer *Carl Degenkolb*, ein Schwiegersohn des berühmten Industriepioniers *Johann Jacob Bodemer*, dessen Stammbetrieb *Bodemer & Co.* er in Eilenburg übernommen hatte. Daß er und seine oppositionellen Gesinnungsfreunde diesen Antrag einbrachten, war kein Zufall, sondern das Ergebnis einer gründlichen und langandauernden Beschäftigung mit diesem Problemkreis.

²⁸ Ebd., Bd. 2, S. 894.

²⁹ Robert v. Mohl, Lebenserinnerungen 1799–1875, Stuttgart/Leipzig 1902, S. 45.

³⁰ Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung aaO, Bd. 2, Tit. I, S. 891 und 899, Tit. III, S. 891 und 901 (besonders § 11).

Zuvor hatte nämlich *Degenkolb* mehrere kleine Schriften veröffentlicht³¹, in denen sich alles das aufgezeichnet findet, was später in dem Minoritäts-Gegenentwurf vorgeschlagen wurde. In diesen kleinen Broschüren erwies sich der sächsische Textilindustrielle nicht nur als ein Mann der praktischen Unternehmensführung, sondern auch als ein ausgezeichnete Kenner der einschlägigen nationalökonomischen Theorien und der statistischen Literatur. Als Anhänger einer nationalen Handelspolitik im schutzzöllnerischen Sinne hatte er sich die von *Bruno Hildebrand* vorgetragene Kritik an dem schrankenlosen Liberalismus zu eigen gemacht und griff deren Hauptexponenten *John Prince-Smith*, *Hermann Junghanns* und *Ernst Merck* scharf an.³² *Degenkolb* sprach sich schon hier für eine Trennung der Gewerbeordnung in eine spezielle Handwerks- und Fabrikordnung aus. In seiner einen Druckbogen umfassenden kleinen Schrift „Entwurf einer Fabrik-Gewerbeordnung“ trat er dafür ein, daß grundsätzlich „nichts mehr der Willkür überlassen werden darf“³³. Alles müsse auf gegenseitiger Vereinbarung ruhen: Das Verhältnis des Gewerbes mit dem Staat, des Gewerbes unter sich, die Beziehungen des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer, die Festsetzung der Löhne und der Arbeitszeit. *Degenkolb* ging davon aus, daß die Industrie innerhalb der Wirtschaft jetzt eine besondere Abteilung bilde, denn sie setze das Zusammenwirken vieler Kräfte in abgeschlossenen Werkstätten voraus, in denen sie gemeinschaftlich arbeiteten. Deshalb sei auch eine besondere „Organisation der Arbeit“ hierfür notwendig. Hier erwies sich, daß *Degenkolb* bei der Beschränkung der Gewerbefreiheit zweierlei Maßstäbe anzulegen wünschte und nicht, wie es noch so viele Handwerksmeister und Gesellen wollten, alles in eine auf das Kleingewerbe berechnete Norm zwängen wollte. Für Fabriken galten in seinen Augen ganz andere Ordnungen als für das Handwerk. Das war eine entscheidende Einsicht, die *Winkelblech* und vielen anderen Sozialreformern noch fehlte. Aber auch bei *Degenkolb* blieb der Begriff der Fabrik letzten Endes noch unklar und nicht folgerichtig zu Ende gedacht. Das räumliche Zusammenwirken vieler Arbeitskräfte im Gegensatz zum Handwerk, die Trennung von Wohn- und Werkraum, die neue Arbeitsregeln verlangte, hatte er erkannt. Das zweite wesentliche Merkmal des industriellen Betrie-

³¹ Carl Degenkolb, Über die Mittel zur Hebung der deutschen Gewerbe, Frankfurt 1848. Später in den Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, II. Lieferung, Mittheilung (1849), S. 226–247. – Ders., Entwurf einer Fabrik-Gewerbe-Ordnung. Dem Volkswirtschaftlichen Ausschusse von seinem Mitgliede Degenkolb, o. O., o. J. (Frankfurt a. M. 1848). – Ders., Arbeitsverhältnisse. Ein Beitrag, Frankfurt a. M. 1849.

³² John Prince-Smith, Gesammelte Schriften, 3 Bde., 1877. – Ders.: Die sogenannte Arbeiterfrage. In: Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte, 2. Jg. (1864), H. 4, S. 192 ff. Über John Prince-Smith vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Bd. 6 (1910), S. 120. – Zu Junghanns vgl. den Hinweis in Kürschners Gelehrten-Kalender, 4. Aufl. (1931).

³³ Degenkolb, Entwurf einer Fabrik-Gewerbe-Ordnung aaO, S. 10.

bes – die Maschine – fehlte bei ihm, obwohl *Degenkolb*s Kattundruckerei mit als erste in Deutschland 1827 vom Hand- zum Maschinendruck übergegangen und ihm das Maschinenwesen aus täglicher Erfahrung bekannt war.

Nach Artikel II seines Entwurfes einer Fabrikenordnung sollte die Organisation der Fabrikindustrie bestehen aus:

- a) dem Ausschuß für jede Fabrik,
- b) dem Industrie-Rat für jeden Bezirk,
- c) der Gewerbekammer für jeden Kreis,
- d) der Zentral-Gewerbekammer für jedes Land,
- e) dem Gewerbeparlament für ganz Deutschland.

Im nachfolgenden Artikel III war die Zusammensetzung dieser Arbeitervertretungen geregelt. Auf der untersten Stufe sollten die Fabrikausschüsse aus den Vertretern jeder einzelnen Arbeitergruppe innerhalb des Betriebes, die je einen selbständigen Arbeiter zu wählen hatten, den einer solchen Gruppe vorstehenden Werkmeistern und drittens aus dem Inhaber der Fabrik oder dessen Stellvertreter zusammengesetzt sein. Die Ausschüsse aller Fabriken aus der gleichen Branche wählten den Industrie-Bezirksrat, der aus zwei Fabrik-inhabern, zwei Werkmeistern und zwei Arbeitern bestehen sollte. Hierauf bauten sich dann die Kreisgewerbekammern mit besonderen Abteilungen für Handel, Landwirtschaft, Handwerk und Industrie auf. Den Abschluß der Pyramide sollten zwei verwaltende und regierende Körperschaften bilden: Die Landeszentralgewerbekammer und das Gewerbeparlament. Nach Artikel IV des *Degenkolb*schen Entwurfes fiel den Fabrikausschüssen die Aufgabe zu, bei Arbeitsstreitigkeiten in erster Instanz zu vermitteln und für die Innehaltung der Fabrikordnung zu sorgen. Ferner sollten die Vertretungen die gemäß der Fabrikordnung zu verhängenden Strafgebel einziehen und mit der Krankenunterstützungskasse verrechnen, die Verwaltung der Fabrikkranken-kasse führen und sie kontrollieren und schließlich die Fabrikinder „sowohl in sittlicher Beziehung in der Fabrik selbst als während des Schulbesuches“ überwachen. Dem Industrie-Rat stand dagegen unter anderem das Entwerfen und die Oberaufsicht über die Fabrikordnungen des ganzen Bezirkes zu, ferner die Festsetzung und Vermittlung der Löhne. Der bezirkliche Industrie-Rat und die Kreisgewerbekammer waren als jeweils höhere Instanzen bei Arbeitsstreitigkeiten gedacht.

Kommentierend hatte der sächsische Industrielle in seinen „Motiven“ hinzugefügt³⁴, man verbinde „durch die Ausschüsse das Einzelinteresse, durch das Medium die Industrie-Räte mit den Gewerbekammern, wo eine Vereinbarung der Gesamtinteressen stattfinden muß, und läßt den Arbeiter von der untersten bis in die oberste Instanz teilnehmen. Die Fabrikarbeiter nehmen nicht allein an der Beratung, sondern auch an der Beschlußfassung teil“. Die

³⁴ Ebd., S. 1.

im Tagelohn Arbeitenden wollte *Degenkolb* im übrigen nicht zu einer Vertretung heranziehen. Nach seiner Meinung könne bei ihnen im allgemeinen nicht die erforderliche Vorbildung vorausgesetzt werden, auch hätten sie eine zu wechselnde Stellung, um diese Aufgaben zu übernehmen. Damit wurde ein Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitskräften gemacht und der Wert einer längeren Werkzugehörigkeit betont – alles Argumente, die bei der Errichtung der ersten praktischen Betriebsvertretungen in den nächsten Jahrzehnten wiederkehren sollten. Mit Hilfe eines Mitbestimmungsrechtes einen Stamm zufriedener und langdienender Facharbeiter heranzuziehen, die eine Störung des Arbeitsfriedens von selbst beheben und an einem Ausgleich der sozialen Spannungen freiwillig mitwirken – dieses Ziel stand hinter dem ganzen Entwurf. Wie kaum zuvor waren in ihm die damaligen betrieblichen Verhältnisse klar gesehen. *Degenkolb* nahm nicht einfach zwei Klassen an, die sich feindlich gesonnen im täglichen Produktionsprozeß gegenüberstehen, sondern definierte viel genauer, wer an dem Betriebsgeschehen und den Wahlen für die Vertretungskörperschaften teilnimmt: 1. Der Fabrikinhaber, 2. der Stellvertreter (leitende Angestellte), 3. der Meister als untere Führungsschicht, 4. der „selbständige“ Fabrikarbeiter³⁵. Darunter stand dann noch der im Tagelohn stehende Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter.

Mit diesem Entwurf für eine „Fabrik-Gewerbe-Ordnung“ fand der Eilenburger Kattundruckereibesitzer aber weder im Volkswirtschaftlichen Ausschuß noch im Plenum der Nationalversammlung viel Gegenliebe, vor allem wohl deshalb nicht, weil sein Programm den reaktionären Zunftanhängern wie auch den klassischen Liberalen zu wenig entgegenkam. Nur eine kleine Schar Anhänger war von seinen Ideen überzeugt. Neben seinem Landsmann *H. Becker* aus Gotha³⁶ war es vor allem der schon mehrmals erwähnte Berliner Schriftsteller und Buchhändler *Moritz Veit*³⁷, der *Degenkolb* treu die Stange hielt. Der einer vermögenden jüdischen Familie entstammende Abgeordnete hatte nach einem stark von *Hegel* beeinflussten Studium im Jahre

³⁵ Was *Degenkolb* in seinem „Entwurf einer Fabrik-Gewerbe-Ordnung“ unter dem Ausdruck „selbständiger Fabrikarbeiter“ versteht, geht aus dem Text nicht eindeutig hervor. Wahrscheinlich sind damit die in einem festen Arbeitsverhältnis stehenden oder gelernten Arbeiter gemeint im Gegensatz zu den oben bezeichneten unruhigen und durchweg ungelernten Arbeitern im Tagelohn, die von den Wahlen ausgeschaltet werden sollen. Auch der eigentliche Minoritäts-Gegenentwurf bringt diese etwas unklare Bezeichnung. Vgl. Verhandlungen zur deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung aaO, Bd. 2, S. 945.

³⁶ Vgl. Friedrich Weidner, Gotha in der Bewegung von 1848, Gotha 1908.

³⁷ Ludwig Geiger, Artikel „Moritz Veit“. In: Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 39 (1895), S. 535–551. – Wehrenpfennig, Zum Andenken an Moritz Veit. In: Preussische Jahrbücher, Bd. 13 (1864), und auch als Sonderdruck, Berlin 1870. – M. Horwitz, Moritz Veit und das jüdische Schulwesen Berlins, Berlin 1864, sowie Nachruf im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel v. 17. Februar 1864.

1833 bezeichnenderweise über *Saint-Simon* promoviert³⁸, der bis dahin in Deutschland erst bruchstückhaft bekannt gewesen war. Auf seinen vielen Reisen knüpfte er viele literarische Beziehungen an, die für seine verlegerische und journalistische Arbeit wichtig waren. An seinem 1830 herausgegebenen „Musen-Almanach“ arbeiteten neben *Goethe*, den er selbst in Weimar kennengelernt hatte, *Gustav Schwab*, *Adalbert Chamisso*, *Achim v. Arnim*, *Fouqué* und andere mit, und in seinem literarischen Zirkel war *Heinrich Heine* sein berühmtester Gast. Als Inhaber des Verlages *Veit & Comp.* in Berlin, zu dessen Autoren *Droysen*, *A. W. Schmidt*, *Ranke* und *Bettina v. Arnim* zählten, schien es fast selbstverständlich, daß *Moritz Veit* sich der Schriftstellerei und dem Journalismus – und damit der Politik – ergab.

Die kleine Gruppe um *Degenkolb*, *Veit* und *Becker* hätte sich aber mit ihren eigenen Vorstellungen über eine Gewerbeordnung vielleicht nicht durchsetzen können, wenn nicht der einflußreiche Abgeordnete *Lette* (Berlin) unabhängig davon dieselben Gedankengänge gehabt und sie nachdrücklich mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit unterstützt hätte. Obwohl er selbst sehr viel später zu der Gruppe stieß, nahm er dann doch starken Einfluß auf den Entwurf.

*Wilhelm Adolf Lette*³⁹ war als Sohn eines Kreissteuereinnehmers und Gutspächters auf der Domäne Kienitz im Kreis Soldin (Neumark) geboren worden. Da der Vater 1810 das Rittergut Wuthenow kaufen und zum Land-

³⁸ Moritz Veit, *Saint Simon und der Saint Simonismus*. Allgemeiner Völkerbund und der ewige Friede, Leipzig 1834.

³⁹ Über Wilhelm Adolf Lette vgl. Victor Böhmert, *Adolf Lette und der Lette-Verein*. In: Zeitschrift des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Jg. 1893, S. 455–462; Artikel „Wilhelm Adolf Lette“. In: Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 18, S. 459, und Marie Fischer, *Ein Lebensbild des verewigten Präsidenten Dr. Lette*. Zu seinem 100. Geburtstage, 2. Aufl., o. O., 1899. Die Tochter Lettes gibt hier auch eine Bibliographie seiner Schriften, die insgesamt 7 Bücher und 25 Aufsätze, Abhandlungen und gedruckte Reden umfaßt. Zu seinen wichtigsten Schriften gehören: *Votum, betr. die Anlage von Altersversorgungsanstalten*. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, IV. Lieferung (1849), S. 16 bis 29; *Denkschrift, betr. die Organisation der gewerbetreibenden Klassen und die Gewerbeordnung vom 9. Februar 1849*. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, V. Lieferung (1849), S. 18–32; *Die Landeskultur-Gesetzgebung des Preussischen Staates*. Eine systematisch geordnete Sammlung aller auf dieselben Bezug habenden Bestimmungen ... nebst einem historisch-kritischen und praktischen Kommentar über die betreffenden Gesetze (zusammen mit Ludwig v. Roenne), 2 Theile, Berlin 1853–1854; *Über den Zustand der Arbeiter- und Armenbevölkerung im preussischen Staate und die Gesetzgebung zur Verbesserung dieses Zustandes* (Rede Lettes auf dem 2. internationalen Kongreß für Wohltätigkeit, der vom 14. bis 18. September 1857 in Frankfurt/M. tagte). In: *Congrès International de Bienfaisance de Francfort-sur-le-Main*, Session de 1857, Tome II Annexes, Francfort s. M. 1858, und Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, N. F., Jg. 1857, Bd. 2, S. 311–381; *Die Verteilung des Grundeigentums im Zusammenhang mit der Geschichte, der Gesetzgebung und den Volkszuständen*, Berlin 1858; *Zur Geschichte der Bildung und Wirksamkeit des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen*. In: *Der Arbeiterfreund*, Jg. 1 (1863), S. 1–25.

rat aufsteigen konnte, verfügte er über die Mittel, um seinen Sohn auf das berühmte „Graue Kloster“ in Berlin und die Universität zu schicken. Während seiner Studienzeit wurde der junge *Lette*, was bezeichnend für seine sozial-revolutionäre Gesinnung war, wegen seiner Teilnahme am Wartburgfest 1817 kurze Zeit gefangen gesetzt. Doch hinderte ihn das nicht, nach bestandem Anskultorenexamen in den preußischen Staatsdienst zu treten. Da sein Vater als erster Gutsbesitzer in der Neumark seine Bauern nach dem preußischen Regulierungsedikt aus der Leibeigenschaft befreit hatte, schrieb *Lette* seine erste Arbeit über die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit. Diese frühzeitige Beschäftigung mit den Auswirkungen und Erfahrungen einer sozialen Reform waren sicherlich für sein großes Interesse an dem Schicksal der arbeitenden Klassen mitbestimmend. Eine steile Karriere führte ihn dann vom Oberlandesgerichtsassessor über den Justizrat und Oberlandesgerichtsrat zum Vortragenden Rat im Ministerium des Innern, in das er auf Anregung des Grafen *Arnim v. Boitzenburg* berufen wurde. *Lette* erhielt von dem Minister den Auftrag, die preußischen Provinzen zu bereisen, um eine Zusammenlegung der zerstückelten landwirtschaftlichen Grundstücke in die Wege zu leiten. Auf seine Veranlassung wurde 1845 ein Revisionskollegium für Landeskultursachen ins Leben gerufen, um die Streitigkeiten der von der Flurbereinigung betroffenen Landwirte besser regeln zu können. *Lette*, der bereits 1844 zum Mitglied des Staatsrates und des „Landes-Oeconomie-Collegiums“ avancierte, wurde der erste Präsident des Gerichtshofes und blieb es bis zum Jahre 1854, als er auf Betreiben seiner reaktionären Gegner aus dem Staatsdienst entlassen wurde.

Dieser fähige preußische Ministerialbeamte gehörte ebenso wie *Degenkolb* und *Veit* einer sozialliberalen Richtung an, die sich ernstlich um eine Aufhebung der Ungleichheit und Unfreiheit der arbeitenden Klassen einsetzte, dabei aber an keine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftsordnung oder der Eigentumsverhältnisse dachte. Ihnen ging es vornehmlich darum, die liberalen Befreiungstaten weiterzuführen, damit die arbeitenden Klassen nicht zu einer Armenbevölkerung absinken. Es wurde durchaus eine soziale Schutzpolitik angestrebt, doch sollte keinerlei Zwang auf die Wirtschaft ausgeübt werden. Ohne dem Spiel der freien Kräfte Einhalt zu tun, wollte man dem wirtschaftlich Schwächeren durch gemeinnützige Vereine, Baugesellschaften, Bildungsstätten sowie Spar- und Unterstützungskassen helfen. Nach Ansicht der Bürgerkreise, die sie vertraten, bildete jede Selbsttätigkeit eine Quelle der Wohlstandsvermehrung, jede Art von Selbsthilfe einen Impuls für die „freie Entfaltung des Associationsgeistes“. *Lette* selbst hatte in den vierziger Jahren verschiedene Handwerkervereine und zusammen mit *Diesterweg* eine Pestalozzi-Stiftung für Lehrerwaisen ins Leben gerufen. In der Sitzung vom 8. August 1848 wurde er einstimmig zum Vorsitzenden des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen bestellt, nachdem der Vorgänger,

Oberfinanzrat *Georg v. Viebahn*, als Abgeordneter in die Zweite Preussische Kammer eingezogen war⁴⁰. *Lette* befand sich in einem gewissen Gegensatz zu der Auffassung *Stephan Borns*, mit Hilfe der Assoziationen eine eigene Arbeiterpartei in Deutschland aufzubauen. Sein Hauptanliegen war es, die arbeitenden Klassen mit dem „neuen Geist“ der Zeit zu versöhnen und die Herzen der Besitzenden dem Schicksal der Arbeiter zuzuwenden, wie es in dem Programm des Centralvereins geheißen hatte. Bei den Verhandlungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen lernte *Lette* auch *Degenkolb* und *Veit* näher kennen, ehe sie zusammen in den Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung gewählt wurden.

Degenkolb und *Veit* kannten darum auch die Denkschrift zur Gewerbeordnung, die *Lette* am 20. Mai 1848 den Mitgliedern des Centralvereins vorgelegt hatte. Diese acht Seiten umfassende Flugschrift mit dem Titel „Organisation der gewerbetreibenden und arbeitenden Klassen“⁴¹ wies außerordentlich viele Ähnlichkeiten mit dem *Degenkolbschen* Entwurf auf. *Lette* forderte darin die Gründung von „Gewerbegenossenschaften“, eine Art von Vereinigungen, die Handwerksmeister, Fabrikanten, Gesellen und Arbeiter gleichermaßen umfassen sollten. Darüber dachte er sich als zweite Stufe paritätisch gewählte Gewerbegerichte, „wie sie am Rhein zum Teil bestehen“⁴², und ebenso zusammengesetzte Handels- und Gewerbekammern. Die Spitze seiner Organisation einer Gewerbeverfassung bildete ein „Zentral-Handels- und Gewerberat“, in dem auch die Arbeitnehmer gleichberechtigt vertreten sein sollten. Dieses dem *Winkelblechschen* Sozialparlament ähnliche Gebilde sollte mit dem Handels-, Gewerbe- und Arbeiterministerium in enger Verbindung stehen.

Die Parallelität mit den Gedankengängen *Degenkolbs* ist unverkennbar. Es gab eigentlich nur zwei wesentliche Unterschiede. *Lette* sah keine Scheidung in eine Fabriken- und Handwerkerordnung vor, führte aber dafür die Fabrikschiedsgerichte als selbständige Organe ein.

Soweit die Vorgeschichte für den 2. Entwurf für eine Reichsgewerbeordnung, den die sämtlich der „Casino-Partei“ angehörende Abgeordnetengruppe *Degenkolb*, *Veit*, *Becker* und *Lette* ausgearbeitet hatte⁴³. Der Entwurf scheint

⁴⁰ Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aaO, V. Lieferung (1850), S. 9.

⁴¹ Wilhelm Adolf Lette, Organisation der gewerbetreibenden und arbeitenden Klassen, Frankfurt/M. 1848. Die Flugschrift, die eigentlich keinen Titel hatte, wurde am 17. Oktober 1849 in revidierter Fassung noch einmal im Organ des Centralvereins abgedruckt. Vgl. Denkschrift des Vorsitzenden, Präsidenten Lette, betreffend die Organisation der gewerbetreibenden Klassen und die Gewerbeordnung vom 9. Februar 1849, vorgelegt zum Zwecke der Berathung des Gegenstandes. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, V. Lieferung (1849), S. 18 ff.

⁴² Ebd., S. 10.

⁴³ Ursprünglich bildete die Casinopartei (später Gothaer-Partei) als „Centrum“ die größte Partei in der Nationalversammlung, welche die Gagernsche Politik einer

erstmal, wie das Datum zeigt, am 12. Januar 1849 als Drucksache fertiggestellt gewesen zu sein. Die folgenden Änderungen und geringen Abweichungen gingen auf *Lette* zurück, dessen Name auch erst unter dem endgültigen Entwurf steht, der durch den Berichterstatter *Hollandt* dem Plenum vorgelesen wurde. Was besagte nun der Minoritäts-Gegenentwurf im einzelnen?

In den einleitenden grundsätzlichen Bestimmungen sprach man sich ebenso wie im Hauptentwurf für die Gewerbefreiheit und die Liquidierung aller zünftlerischen Zwangsbestimmungen und Konzessionen aus. Es folgte im Artikel II die hier weniger interessierende Handwerkerordnung und dann im Artikel III die Fabrikordnung, die vollständig und wörtlich lautete⁴⁴:

„Art. III. Fabrikordnung

Fabrikausschüsse

§ 42. Jede Fabrik wählt einen Fabrikausschuß. Derselbe besteht:

- a) aus einem Mitglied jeder selbständigen Gruppe der Fabrikarbeiter und
- b) aus einem Werkmeister jeder Gruppe, beide durch Arbeiter gewählt,
- c) aus dem Inhaber der Fabrik oder dem von ihm bestimmten Stellvertreter.

§ 43. Die Fabrikausschüsse haben folgende Befugnisse:

1. Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern,
2. Entwerfung und Aufrechterhaltung der besonderen Fabrikordnung,
3. Einrichtung und Verwaltung der Krankenunterstützungskasse,
4. Überwachung der Fabrikkinder,
5. Vertretung der Fabrik in den Fabrikräten.

Fabrikräte

§ 44. Für jeden Gewerbebezirk wird von den Fabrikausschüssen ein Fabrikat gewählt, in welchem die im Bezirk befindlichen Industriezweige sowohl durch Fabrikeinhaber als durch Fabrikarbeiter, soweit Angelegenheiten der letzteren in Frage kommen, vertreten sein müssen.

konstitutionellen Monarchie und eines demokratischen Kaisertums unterstützte. Sie wurde dann zum „Rechten Centrum“, als die Partei des „Württembergischen Hofes“ (linkes Centrum) auftrat. Ende August 1848 traten fast 40 Abgeordnete aus, weil ihnen die Casinopartei zu weit rechts stand und gründeten die Partei „Landsberg“. Da diese nach ihrer Erklärung weiterhin auf dem rechten Centrum bleiben wollte, sich aber von der Casinopartei als linksstehend betrachtete, wurde die Casinopartei zur Rechten im engeren Sinne. Sie tagte in den oberen Räumen des Frankfurter Stammtischlokals „Casino“ und zählte 100 bis 200 Mitglieder und Besucher. Die bekanntesten Mitglieder außer *Degenkolb*, *Veit*, *Becker* und *Lette* waren: *Bassermann* (Mannheim), *Dahlmann* (Bonn), *Droysen* (Kiel), *M. v. Gagern* (Wiesbaden), *Haym* (Halle), *Heckscher* (Hamburg), *Mathy* (Karlsruhe), *Mevissen* (Köln), *v. Raumer* (Köln), *Reichensperger* (Trier), *Beckerath* (Krefeld), *Schmerling* (Wien), *Simson* (Königsberg), *Waitz* (Göttingen), *Welcker* (Baden), *Wippermann* (Kassel). Als Friedrich Wilhelm IV. die angetragene Kaiserwürde ablehnte, hatte die Partei weitgehend ihre Existenzberechtigung verloren.

⁴⁴ Entwurf einer Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Von *Degenkolb*, *Veit*, *Becker* (Gotha), *Lette*. In: Verhandlungen der deutschen verfassunggebenden Reichversammlung aaO, Bd. 2, S. 921 ff. Das Minderheitsvotum dieser Abgeordneten ist auch als Sonderdruck unter dem Titel: Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, Frankfurt/M. 1849, erschienen.

§ 45. Dem Fabrikrate stehen zu:

1. Die Genehmigung der besonderen Fabrikordnungen und die Oberaufsicht über deren Beobachtung;
2. die Festsetzung oder Vermittlung der Arbeitszeit und der Kündigungsfristen;
3. die Festsetzung der Anzahl der Lehrlinge . . . und die Prüfung der Lehrlinge;
4. die Aufsicht über die Krankenunterstützungskassen . . .;
5. die Entwerfung der Statuten der Fabrikpensionskassen und deren Verwaltung . . .;
6. die Vertretung der Fabrikinteressen des Bezirkes bei der Gewerbekammer des Kreises.

Fabrikschiedsgerichte

- § 46. In jedem Gewerbebezirk wird ein Fabrikschiedsgericht eingesetzt, das aus der Wahl des Fabrikrates hervorgeht und dem ein Rechtskundiger vorsitzen muß. Die Landesgesetzgebung bestimmt darüber das Nähere. Dem Fabrikschiedsgericht steht die Entscheidung von Streitigkeiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter sich und miteinander zu.

Art. IV. Von den Gewerbekammern

Kreisgewerbekammern

- § 47. In jedem Gewerbebezirk wird eine Kreisgewerbekammer eingerichtet, in welcher sowohl die Handwerksräte, als die Fabrikräte vertreten sein müssen.
- § 48. Die Kreisgewerbekammern haben die gewerblichen Gesamtinteressen des Kreises wahrzunehmen. Ihnen steht insbesondere zu:
1. die Oberaufsicht über alle die gewerblichen Interessen des Kreises betreffenden Anstalten und Kassen;
 2. die obere Entscheidung in allen durch die Handwerksordnung . . . und die Fabrikordnung . . . ihnen zugewiesenen Fällen;
 3. die Entscheidung über Beschwerden gegen Anordnungen der Handwerks- und Fabrikräte;
 4. die Bestimmung darüber, ob und bei welchen Handwerksartikeln der Verkauf im Umherziehen unzulässig ist;
 5. die Festsetzung, inwieweit gewöhnliche Beschäftigungen der Frauen von demselben gewerbsmäßig betrieben werden können;
 6. die Entscheidung bei Anklagen auf Nachahmung der Muster oder der Fabrikzeichen nach Maßgabe eines zu erlassenden Reichsgesetzes;
 7. die Begutachtung sowie Beratung (landesrechtlicher) gewerblicher Gesetze und Anordnungen . . .;
- § 49. Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Befugnisse der Kreisgewerbekammern, insbesondere auch darüber, ob in denselben zugleich auch die landwirtschaftlichen und Handelsgewerbe vertreten sein sollen, bleibt der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen.

Zentralgewerbekammer

- § 50. Für jeden größeren Einzelstaat werden Zentralgewerbekammern gebildet, welche die Gesamtinteressen aller Gewerbe des Landes vertreten und ohne deren Begutachtung keine auf Gewerbe Bezug habende Gesetze erlassen werden dürfen.

Allgemeine deutsche Gewerbekammer

- § 51. Der Reichsgesetzgebung bleibt es vorbehalten zu bestimmen, in welcher Weise und mit welchen Befugnissen aus den Gewerbekammern der Einzelstaaten eine allgemeine deutsche Gewerbekammer hervorgehen soll.⁴⁵

Bei einer näheren Betrachtung dieses Gesetzentwurfes gewinnt man den Eindruck, daß es sich um eines der bedeutendsten Dokumente in der Geschichte der deutschen Mitbestimmung handelt. Ging es doch hier um die Schaffung einer echten, von Arbeitern paritätisch mitbesetzten Betriebsvertretung, der eine beschränkte, aber deutlich abgegrenzte Mitwirkung in Fabrikangelegenheiten eingeräumt war. Die Befugnisse des Unternehmers wie der Arbeiter fanden ihre Grenze in der Oberaufsicht des Fabrikrates und den Entscheidungen eines Fabrikschiedsgerichtes, dessen Funktionen – erstmals und ganz bewußt vom Handwerk getrennt – ganz den Aufgaben entsprachen, die frühere Entwürfe dem Gewerberat zugedacht hatten. Die Kreisgewerbekammern, die Zentral-Gewerbekammern und die Allgemeine deutsche Gewerbekammer hatten ihr Schwergewicht bei der Einwirkung auf die höhere Legislative und Exekutive des Reiches und der Einzelstaaten und entsprachen damit weitgehend den von Handwerkerkongressen vorgeschlagenen Lösungen.

Die paritätischen Fabrikausschüsse insbesondere können ihrer Zusammensetzung wie ihren Befugnissen nach als Vorläufer der späteren betrieblichen Arbeiterausschüsse und damit auch der heutigen Betriebsräte angesehen werden. Aber auch die Fabrikräte weisen in ihrer Struktur und Funktion große Ähnlichkeit mit den projektierten Arbeitskammern in der wilhelminischen Zeit, den Bezirkswirtschaftsräten der Weimarer Republik und den Arbeiterkammern auf, die nach dem 2. Weltkrieg besonders in Bremen und im Saarland entstanden sind. Die Fabrikausschüsse stimmen in ihrer grundsätzlichen Zielrichtung in auffälliger Weise mit dem heutigen Betriebsverfassungsgesetz überein. So sprechen die „Motive“ zu § 43 des Minoritäts-Gegenentwurfes davon, daß durch „Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, durch Vermittlung von Streitigkeiten, durch Belebung des Interesses der Arbeiter an der Fabrikanstalt „die Fabrikausschüsse die Industriegewerbe fördern und „zugleich die Rechte der Arbeitnehmer wahrnehmen“ sollten. Die hier zum Ausdruck kommende sozialpolitische Tendenz geht damit nicht von einem prinzipiellen Interessengegensatz der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus, sondern im Gegenteil von einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“, wie es auch das heutige Betriebsverfassungsgesetz fordert. Diese Betonung der betrieblichen Gemeinschaft weist noch andere Parallelen auf, die hier aber nicht im einzelnen erörtert werden können, da es sich nicht um eine rechtsvergleichende Untersuchung handelt.

Der Weimarer Ministerialdirigent Johannes Feig hat 1924 das Minder-

⁴⁵ Ebd., S. 926.

heitsvotum in der Paulskirche als „die Wiege der konstitutionellen Fabrik“, also als die Geburtsstätte einer demokratischen Betriebsverfassung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Deutschland gefeiert⁴⁶, und das DGB-Mitglied *F. Fricke* hat neuerdings darauf aufmerksam gemacht, daß z. B. der im § 67 des Betriebsverfassungsgesetzes vorgesehene Wirtschaftsausschuß das paritätische Prinzip fast so verkörpert⁴⁷, wie es damals vorgesehen war. Es sei dabei interessant festzustellen, daß die Betriebsvertretungen in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern, gleich ob sie obligatorisch oder fakultativ entstanden sind, den Grundsatz dieser paritätischen Zusammensetzung übernommen haben. Schließlich hat noch der Arbeitsrechtler *Bühler* auf die Bedeutung dieses Entwurfes hingewiesen und beklagt, daß „die demokratischen Ansätze der rein deutschen, idealistischen Achtundvierziger-Bewegung von der folgenden Reaktionszeit und der sich anschließenden Periode industrieller Entwicklung im Kaiserreich fast restlos verschüttet wurden, daß sie sich erst zwei Generationen später auf Grund von Erfahrungen, die wir uns andernfalls hätten ersparen können, haben Bahn brechen müssen“⁴⁸.

Und doch sind, wenn man es heute rückschauend betrachtet, die Verhandlungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses und seine Entwürfe für eine verfassungsmäßige Organisation der Arbeitsverhältnisse nicht ganz ohne Wert geblieben. Die öffentliche Diskussion dieser Fragen vor einem Gremium frei gewählter Volksvertreter hat das Verständnis für die Probleme endgültig in die breite Öffentlichkeit getragen. Der Gedanke an eine soziale Betriebs- und Wirtschaftsverfassung hat seitdem auch Eingang in die Volkswirtschaftslehre gefunden. Wenn so viele Köpfe an eine bis dahin vergleichsweise unbekannte Materie herantraten, mußten sich zwangsläufig verschiedenste Auffassungen durchkreuzen und der Entwurf etwas Unfertiges behalten. Dennoch sind die in dem Entwurf niedergeschlagenen Gedanken schon auf den Kern des Mitbestimmungsproblems gerichtet gewesen. Der Entwurf steht weit über den meisten Sozialprogrammen seiner Zeit, das in Deutschland damals kaum beachtete „Kommunistische Manifest“ eingerechnet.

Die Untersuchung des Minderheitsvotums zeigt, daß der sächsische Textilunternehmer *Carl Degenkolb* sein eigentlicher Urheber gewesen ist, da der Entwurf nur geringfügige Unterschiede gegenüber seiner ersten Denkschrift aufweist⁴⁹. Der 48iger-Demokrat *Degenkolb*, der 1850 auch in der Praxis die

⁴⁶ J. Feig, Artikel „Betriebsräte“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. (1924), S. 625 ff.

⁴⁷ Fritz Fricke, Zur Geschichte der Betriebsvertretungen in Deutschland. In: Handbuch der Betriebsverfassung. Hrsg. von Erich Bührig, Köln 1953, S. 54.

⁴⁸ Bühler, Arbeitsrecht. I. Teil, Berlin 1926, S. 17 und S. 95.

⁴⁹ Abweichungen gab es z. B. im Artikel III, § 43, Ziffer 2. Dort stand dem Fabrikausschuß die „Entwerfung und Aufrechterhaltung der besonderen Fabrikordnung“ zu. In der ersten Degenkolbschen Denkschrift war nur an eine Aufrechterhaltung der vom Industrierat entworfenen Fabrikordnung gedacht (Artikel IV A,

erste Betriebsvertretung in Deutschland ins Leben rief, war es in erster Linie, der in dem Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ein verfassungsmäßiges Grundrecht erblickte und in seinem Entwurf aufzeigte, wie durch eine Verbindung von Kapital und Arbeit diese Garantie verwirklicht werden könnte. Aber auch *Degenkolbs* weit vorausschauender Entwurf stand letztlich nicht isoliert am Beginn einer Entwicklung, sondern ist im Grunde aus dem denkerischen Aufgebot seiner Zeit erwachsen. Die Forderungen der bürgerlichen Sozialreformer, der Handwerker- und Arbeiterkongresse hatten hier ihre beste Zusammenfassung gefunden. Viele bekannte Elemente und Vorstellungen sind in mehr oder weniger abgewandelter Form hier wiedergekehrt.

Insgesamt blieb der Entwurf – wie fast alle diesbezüglichen vormärzlichen Programme – fest auf dem Boden des liberalen Wirtschaftssystems. Der gerade aufblühenden Industrie sollten durch eine konstitutionelle Gewerbeordnung keine neuen Fesseln angelegt werden, aus denen man sie erst eben befreit hatte. Aber man glaubte, daß auch eine allgemeine ökonomische Freiheit in einer gesetzlich garantierten Ordnung ihre Grenze finden könne, um soziale Mißstände zu beseitigen. Auch für den Unternehmer müsse es gewisse Pflichten geben, „damit die Freiheit des Einzelnen zur sicheren Grundlage der Ordnung des Ganzen und des Gesamtwohles diene“⁵⁰.

Über das Schicksal der vom Advokaten *Hollandt* vorgetragenen Entwürfe ist nicht viel zu berichten. *Hollandt* beantragte selbst⁵¹, die Nationalversammlung möge die Beratung der Gewerbeordnung bis auf weiteres vorläufig zurückstellen und sämtliche eingegangene Petitionen sowie die Verhandlungen der „Kommission für Arbeiter-, Gewerbe- und Handelsverhältnisse“, wie der Volkswirtschaftliche Ausschuß offiziell hieß, einer provisorischen Zentralgewalt zur Benutzung bei der künftigen Reichsgesetzgebung überweisen. Als Begründung gab er an, man solle nicht die Verabschiedung der Verfassung, „deren endliche Lösung tatsächlich dringender ersehnt werde“⁵², durch

Ziffer 2). Außerdem stellten in der ersten Denkschrift Degenkolbs die Bezirksindustrieräte die 2. Instanz für Arbeitsstreitigkeiten dar (Artikel IV B, Ziffer 1). In dem Minderheitenvotum ist die dem Fabrikausschuß übergeordnete Körperschaft dagegen in einen Fabrikrat und in ein Fabrikschiedsgericht aufgeteilt worden, also eine Trennung in Verwaltung und Rechtssprechung erfolgt. Die Fabrikausschüsse hatten die Vermittlung im Sinne eines heutigen Schiedsamtes (§ 43 Ziffer 1) und die Fabrikschiedsgerichte die Entscheidung der Arbeitsstreitigkeiten übernommen (§ 46). Die Funktionsteilung geht auf die Anregung Lettes zurück, der in seinen bereits zitierten Vorschlägen zur „Organisation der Gewerbetreibenden und arbeitenden Klassen“ gesonderte paritätische Gewerbeorgane gefordert hatte, die ausschließlich richterliche Befugnisse haben sollten. Der Einfluß Lettes auf den Degenkolbschen Entwurf ist hier besonders deutlich.

⁵⁰ Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung aaO, Bd. 2, S. 934.

⁵¹ Vgl. Bericht über den Entwurf einer Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. In: Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung aaO, Bd. 2, S. 889 ff.

⁵² Ebd.

Erregung solcher Zwischenfragen erschweren. Wegen der großen Verschiedenheit der Gewerbeordnungsentwürfe und bei Lage der Sache sollten auch „die Arbeiter im engeren Sinne“ und die Konsumenten (!) noch einmal Gelegenheit haben, ihre Wünsche dazu zu äußern. Bis jetzt hätten sich meist nur die Gewerbetreibenden geäußert, was man mit Recht monieren müsse. Für die Zeit bis zur Verabschiedung einer Reichsgewerbeordnung wurde eine provisorische Übergangsregelung gefordert. Die Abstimmung über diesen Antrag sollte nach einer Ankündigung des Präsidenten dann in einer der nächsten Sitzungen erfolgen⁵³.

Der Antrag kam nie mehr auf die Tagesordnung der Nationalversammlung, obwohl sich auch der „Allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit“ in Frankfurt durch Versendung des Minderheiten-votums an die ihm in ganz Deutschland angeschlossenen Gewerbe- und Handwerkervereine dafür nachdrücklich einsetzte⁵⁴. Die alles überragenden politischen und verfassungsrechtlichen Probleme, wie die Verabschiedung der Reichsverfassung am 29. März 1849 und die Kaiserwahl *Friedrich Wilhelm IV.*, verdrängten alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Die erste große Konzeption für eine betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung blieb auf dem Papier.

⁵³ Ebd., Bd. 1, S. 744.

⁵⁴ Verhandlungen der Generalversammlungen des Allgemeinen Vereins zum Schutze der Vaterländischen Arbeit, Darmstadt 1849. – Zollvereinsblatt, Bd. 1848, S. 276. – Allgemeines Gewerbeblatt, Frankfurt, Jg. 1849. – Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, III. Lieferung (1849), S. 443.

ZWEITER THEIL

REALFORMEN

FREIWILLIG BESCHRÄNKTER UNTERNEHMERGEWALT

1. Genossenschaftliche Unterstützungskassen als Keimzellen einer betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung

Die heutige soziale Betriebsverfassung mit ihrer Mitbestimmung für Arbeitnehmer kann auf eine Fülle von ideengeschichtlichen Vorläufern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückblicken. Darum mag es auf den ersten Blick sonderbar, vielleicht sogar unerklärlich erscheinen, daß in der Zeit des Vormärz diese Gedanken der Sozialreformer nirgendwo in die industrielle Praxis umgesetzt worden sind. Bei einer eingehenden Analyse der Quellen, die über die Zusammensetzung und Struktur der ersten Arbeitervertretungen in Fabriken Auskunft geben, wird etwas ganz anderes sichtbar: Bis auf Ausnahmen sind die ersten Betriebsvertretungen mit einem beschränkten Mitbestimmungsrecht in Fabrikangelegenheiten nicht aus dem Gedanken gut eines Sozialreformers, sondern vielmehr aus einer Weiterentwicklung bereits bestehender betrieblicher Sozialinstitutionen entstanden. Im Prinzip, wie in der äußeren Form, leiten sie sich aus verschiedenen genossenschaftlichen Selbstverwaltungen der vorindustriellen Periode her, wobei sich zwei große Traditionslinien erkennen lassen:

Die Verwaltung der Bruderbüchsen, Laden und Innungskassen bei den Handwerksgehlen und

die Verwaltung der Bruderbüchsen und Knappschaftskassen bei den Berg- und Hüttenleuten.

Diese berufsständischen Unterstützungskassen, die in Deutschland eine jahrhundertelange Überlieferung haben, können als die Vorläufer der heutigen Betriebskrankenkassen (früher Fabrikkrankenkassen) angesehen werden. Als freiwillige Einrichtungen auf Gegenseitigkeit besaßen sie eine zum Teil aus dem Spätmittelalter herrührende genossenschaftliche Selbstverwaltung mit gewissen gewohnheits- oder statutenmäßig fest umgrenzten Mitspracherechten für die Kassenmitglieder. Oft war bei ihnen schon das Paritätsprinzip

verwirklicht, bei dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Ausschüssen bei sozialen Fragen gleichberechtigt im damaligen Sinne nebeneinander wirkten. Ein aus der Mitte der Kassenmitglieder frei gewählter Ausschuß konnte allein oder zusammen mit den Vorgesetzten nicht nur eine weitgehende Verwaltungsbefugnis über die Kasse ausüben, sondern auch bei Übertretungen der Arbeitsordnung Strafen festsetzen und auftauchende Streitigkeiten regeln. In ihrer weiterentwickelten Form bildeten diese Kassenvorstände gleichzeitig die Interessenvertretung gegenüber den Handwerksmeistern und Gewerken im Bergbau, Hütten- und Hammerwesen, mit denen dann über Lohn- und Arbeitszeitfragen, Entlassungen, Arbeitsnachweis und Lehrlingsfragen verhandelt wurde. Aber auch gegenüber Magistrat und Landesherrn wußten diese Ausschüsse ihre Forderungen mit Erfolg zu vertreten. Die Verwaltungsausschüsse der verschiedenen gewerblichen Unterstützungskassen im Handwerk, Bergbau- und Hüttenwesen praktizierten damit schon lange vor der Industrialisierung den Gedanken einer betrieblichen Zusammenarbeit. Über den anfänglichen Bereich der Kranken-, Alters- und Sterbefürsorge und über die vielfachen religiösen Aufgaben hinaus wurden die Gesellschaften und Knappschaften die eigentlichen Wegbereiter der späteren betrieblichen Sozialpolitik. Selbst der absolutistische Obrigkeitsstaat im 17. und 18. Jahrhundert, der alle Bereiche der Wirtschaft zu reglementieren versuchte, hat diese alten genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen nicht völlig zu beseitigen vermocht.

Was lag für die in Führung und Versorgung einer großen Zahl von abhängigen Arbeitern noch unerfahrenen frühindustriellen Unternehmer näher, als solche bewährten Unterstützungseinrichtungen zu übernehmen? Kannten sie doch deren Nützlichkeit zumeist aus ihrer eigenen handwerklichen Vergangenheit. So erscheint es nicht unerklärlich, wenn sich schon bei den ersten Manufakturen und Fabriken in Deutschland eine große Anzahl solcher frei gewählten Kassenvorstände vorfindet, denen die Unternehmer von sich aus einen bestimmten Aufgabenbereich in Dingen der Sozialfürsorge und der Arbeitsordnung eingeräumt hatten. Die frühindustriellen Unternehmer führten sie, wie die Quellen zeigen, aus recht verschiedenen Motiven ein. Zunächst erwiesen sich viele dieser Manufaktur- und Fabrikkrankenkassen als finanziell ganz rentable Einrichtungen und entlasteten den noch weitgehend patriarchalisch bestimmten Unternehmer in seiner Sorge- und Treuepflicht für seine Arbeiter. Dieser naheliegende und recht äußerliche Grund spielte häufig eine Rolle, ohne aber allein ausschlaggebend zu sein. Ein viel wichtigeres Motiv bei der Einführung der betrieblichen Unterstützungskassen spielte der in der Manufakturperiode wie auch bei Beginn der Industrialisierung konstant herrschende Mangel an gelernten Arbeitskräften. Da die Arbeiter ihre oft jahrelang eingezahlten Beiträge nicht verlieren wollten, verhinderten die Kassen in geradezu entscheidender Weise eine Abwerbung durch andere Unternehmer und einen Verrat wertvoller Produktionsgeheimnisse. Beides

spielte auch bei der eigentlichen Industrialisierung im 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle.

Daneben waren – auch das läßt sich deutlich aus den erhaltenen Statuten erkennen – religiöse, sozialetische oder philanthropische Erwägungen an der Errichtung von Werkskassen ursächlich beteiligt. In diesen Fällen sahen die Fabrikanten in den neuen Institutionen ein willkommenes Mittel zur „sittlichen Erziehung“ der Arbeiter, d. h. zur Ausbildung von Fleiß, Ordnung, Sparsamkeit und gottgefälligem Lebenswandel, zur Anregung der schlummernden Selbsthilfefräfte und schließlich auch zur Förderung des Betriebszusammenhaltes. Wenn auch die Errichtung dieser betrieblichen Arbeitervorstände zur Verwaltung der verschiedenen Unterstützungskassen in Manufakturen und Fabriken zunächst zahlreichen Motiven entsprang und die Kontrolle der Kassengelder und die Beaufsichtigung der Fabrikordnung sowie die vereinzelt schiedsrichterlichen Funktionen noch wenig mit einer Mitbestimmung bei den Kernfragen des Arbeitsverhältnisses zu tun hatten, so sind doch diese Arbeitervorstände der betrieblichen Unterstützungskassen als die Vorstufen für die späteren Betriebsvertretungen und damit für die heutige Mitbestimmung anzusehen. Denn bei der Handhabung der Verwaltung der Fabrikkrankenkassen ergaben sich immer wieder zahlreiche Fragen, die nur gemeinsam von Unternehmer und Arbeitern gelöst werden konnten. Durch die häufigen Zusammenkünfte lernten beide Teile ihre Sorgen und Wünsche besser kennen und kamen sich im gegenseitigen Verständnis, das zunächst noch durch keine Klassenideologie getrübt wurde, näher. So lag es nahe, daß der Unternehmer bald auch bei seinem Kassenvorstand einen Rat einholte, der statutenmäßig eigentlich nicht zum Aufgabenbereich dieser Institution gehörte. Da der Fabrikhaber auf diese Weise manche Anregung und Kenntnis von Dingen im Betrieb erhielt, die er sonst nie erfahren hätte, war er später vielfach nicht abgeneigt, dem Ausschuß noch weitere Rechte abzutreten und seine Betriebsgewalt freiwillig einzuschränken. In erster Linie übertrug er dem Ausschuß solche Aufgaben, die mit ähnlichen Schwierigkeiten verbunden waren wie die Kassenangelegenheiten und die betriebliche Sozialfürsorge. So betraute der Unternehmer den Ausschuß häufig mit Schieds- und Vermittlerfunktionen in Arbeitsstreitigkeiten und machte ihn zum Organ der Aufrechterhaltung der Ordnung in und außerhalb der Fabrik. Die Fabrikarbeiter trugen ihrerseits, wenn sie zu der neuen Einrichtung Vertrauen gefaßt hatten, dort ihre Ansichten und Beschwerden vor. Der ursprüngliche einfache Arbeitervorstand zur Verwaltung der Unterstützungskasse bekam schließlich das Recht, im Sinne eines Bindegliedes zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft für ein gutes Einvernehmen zu sorgen und in letzter Stufe in einigen Betrieben sogar die Befugnis, bei entscheidenden Fragen der Arbeitszeit, des Lohnes und dem Aufstellen einer Arbeitsordnung mitzuwirken. Aus dem bloßen Anhörrecht wurde auf diese Weise ein beratendes und vorschlagendes

Mitwirkungsrecht und zuletzt manchmal ein Mitentscheiden bei wichtigen Fragen des Arbeitsvertrages. Auf dieser kontinuierlichen Grundlage entwickelten sich die ersten freiwilligen Betriebsvertretungen in Deutschland, die unter dem Namen „*Arbeiterausschuß*“, „*Fabrikrat*“, „*Ältesten-Collegium*“ oder „*Arbeiterrat*“ hauptsächlich nach der Errichtung des Bismarck-Reiches in der deutschen Industrie ihren Eingang fanden¹. Bis auf Ausnahmen waren sie nicht Produkte allgemein sozialpolitischer oder sozialistischer Theorien, sondern die einer allmählichen Fortbildung betrieblicher Sozialinstitutionen, die ihrerseits auf einer langen vorindustriellen Überlieferung fußten.

Die hier aufgezeigten Grundlinien spiegeln in idealtypischer Weise eine komplizierte sozialgeschichtliche Entwicklung wider, die nur am konkreten Einzelfall näher studiert und verstanden werden kann. Aufgabe des nun folgenden zweiten Teils wird es daher sein, der Entstehungsgeschichte des Arbeitervorstandes bei der Manufaktur- und Fabrikkrankenkasse anhand der Quellen nachzuspüren und die Weiterentwicklung dieses Kassenvorstandes zur ersten betrieblichen Arbeitervertretung darzustellen. Da die betrieblichen Unterstützungskassen aber – wie gesagt – durchweg auf älteren Vorbildern beruhen, erschien es angebracht, in Form einer lockeren historischen Skizze vorweg die verschiedenen genossenschaftlichen Sozialeinrichtungen des alten Handwerks, des Bergbaus und des Hüttenwesens zu streifen. Da der Schwerpunkt dieser Untersuchung bei der sozialen Betriebsgestaltung des 19. Jahrhunderts mit seinen besonderen Problemen lag, konnte es natürlich nicht unsere Aufgabe sein, die im ganzen noch äußerst lückenhaften Vorarbeiten über die Bruderschaften, Gesellschäften und Knappschaften in der vorindustriellen Zeit und besonders im Mittelalter weiterzuführen. Der Zweck des zusammenfassend referierenden Exkurses am Anfang dieses Teils ist es lediglich, die genossenschaftliche Selbstverwaltung der gewerblichen Unterstützungskassen, die wir als wichtigste Keimzelle der späteren betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung erkannt haben, in ihrem historischen Gesamtbezug richtig zu erfassen.

1. Exkurs: Die Institution des Büchsenmeisters und Knappschaftsältesten im alten Handwerk, Bergbau und Hüttenwesen

Die Zünfte haben schon frühzeitig aus dem ihnen innewohnenden Gedanken der Solidarität heraus das Bestreben gehabt, den Schaden, der den Einzelnen traf, auf die Schultern der Gesamtheit zu verteilen und als Träger öffent-

¹ Folgende Bezeichnungen tauchen für die ersten Betriebsvertretungen in Deutschland auf: Arbeiterausschuß, Vertrauensausschuß, Werkstätte-Ausschuß, Fabrikarschuß, Arbeiterrat, Ältestenrat, Fabrikrat, Verwaltungsrat, Arbeitervertretung, Ältesten-Collegium, Fabrik-Älteste, Arbeiter-Älteste, Ältesten-Curatorium, Ältestenvereinigung, Vertrauensleute, Arbeiterkommission, Beratungskommission, Vertrauensmänner, Gewerbekollegium, Wohlfahrtsverein, Hilfsabteilung, Einigungsamt, Lokalverein, Fabrikverein und Vergleichskammer.

lich-rechtlicher Zwangsgewalt für alte, kranke und notleidende Zunftgenossen eine Unterstützungspflicht einzuführen. Fast alle Zunftrollen des Mittelalters enthalten Bestimmungen über Sterbe- und Begräbnisladen, Bruderbüchsen, Witwen- und Waisenkassen. Wenn auch diese Vorschriften oft allgemein gehalten sind und nur darauf hingewiesen wird, daß die gesammelten „Büchsenpfennige“ für Arme und Kranke bestimmt sind und deshalb nicht vertrunken werden dürften, ist doch die Selbstverwaltung dieser handwerklichen Unterstützungseinrichtungen gut überliefert¹. Danach zahlte in der Regel jeder Meister zu bestimmten Zeitpunkten auf allgemeinen Beschluß hin sein Scherflein in die Zunftbüchse, die von den „Älterleuten“ (Ältermännern, Olderlue usw.) kontrolliert wurde. Sie bestimmten auch die Höhe der Unterstützung für den in Not geratenen Zunftgenossen und entschieden, wann er bei einer ernsten Krankheit in das „Siechenbett“ eines Spitals aufgenommen werden sollte. Sie trugen ferner Sorge für eine standesgemäße Beerdigung auf dem Begräbnisplatz der Zunft und belegten denjenigen mit harter Buße, der sich nicht den Leichenträgern oder dem Leichenzug angeschlossen hatte. Durch die Bußen und verschiedene andere Gebühren, die bei bestimmten Zunfthandlungen zu entrichten waren, wurden die regelmäßigen Büchseneinnahmen noch verstärkt. Einmal im Jahr legten die „Älterleute“, wie die Kassenverwaltung meistens in den Zunftordnungen hieß, vor der versammelten Innung über die Einnahmen und Ausgaben Rechnung ab. Das war schon deshalb nötig, weil manche Unterstützungen nur in Form eines zinslosen Darlehns gegeben wurden, für das ein Pfand hinterlegt werden mußte. Nach Genesung oder Überwindung des Notfalles hatte der Betroffene die Schuld abzarbeiten und das Geld zurückzubezahlen. Nur bei Fortdauer der wirtschaftlichen Not, vorzeitigem Tod usw. unterblieb die Rückzahlung des Zunftdarlehens.

Für den kranken Gesellen sorgte ursprünglich der Meister, indem er ihm unentgeltlich Kost und Logis weitergewährte. Für den Lohnausfall, Arzneien,

¹ Über die Selbstverwaltung der älteren Meister- und Gesellenkassen unterrichtet an Hand der Quellen am besten Rudolf Wissel, *Der soziale Gedanke beim alten Handwerk*, Berlin 1930, S. 50 ff. – Ders., *Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit*, 2 Bde., Berlin 1929 und Ders., *Von der Krankenfürsorge im Mittelalter zur Krankenversicherung der Neuzeit*. In: *Die Reichsversicherung. Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung*. Jg. 1927, S. 138 ff. – Vgl. ferner Friedrich Kleeis, *Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland*, Berlin-Lichterfelde 1928. – Eugen Schirbel, *Geschichte der sozialen Krankenversicherungen vom Altertum bis zur Gegenwart*. Bd. 1, Berlin-Charlottenburg 1929. – Friedrich Wilhelm Ponfick, *Geschichte der Sozialversicherung im Zeitalter der Aufklärung*. Diss. iur., Leipzig 1940, S. 31. – Von der älteren Literatur ist besonders heranzuziehen: C. L. Stock, *Grundzüge der Verfassung des Gesellenwesens der deutschen Handwerker in alter und neuer Zeit*, Magdeburg 1844. – H. A. Mascher, *Das deutsche Gewerbewesen von der frühesten Zeit bis zur Gegenwart*, Potsdam 1866. – Gustav Schmoller, *Die Straßburger Tucher- und Weberzunft*, Straßburg 1879. – Georg Schanz, *Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände im Mittelalter*, 2. Aufl., Leipzig 1887, S. 70 und 110 ff.

heilkundigen Rat und andere kleine Ausgaben erhielt der Geselle während seiner Erwerbsunfähigkeit ebenfalls einen kleinen Kredit aus der allgemeinen Zunftbüchse, den er später wieder abzurufen hatte². Ebenso häufig scheint die Innung als solche zur Hilfeleistung herangezogen worden sein. Nach den von R. Wissel beigebrachten Quellenzeugnissen mußten dann die Älterleute in Aktion treten. Bei den Flensburger Böttchern hatte der Ältermann von jedem Meister einen lübischen Schilling zu fordern, wenn dort ein Geselle krank wurde. „Unde sterweth he und hefft he nicht, denne scholen de Olderlude ene lathen to Grave bringen und reken dat deme Ampte (d. h. der Zunft) an, unde en islik schall sin Anpard betalen.“³ Bei der „Bruderschaft der Elendigheit unser leven Fruwen“ der Rigaer Schuhknechte hieß darüber ähnlich im Jahre 1414: „Is de kranke Broder so nodorfftig, dat he nictes dho verterende hefft, so schall man ehme dhom ersten Male lenen uhd der Buszen 4 artigh; waret sine Zuicke (Seuche) lenger, so schall man ehme dhom and(er)n Male lenen 4 artigh, und isz et dat sine Zuicke noch länger wehret; so schall men ehme dhom werden Male lenen 4 artigh; und weret Sake, dat sine Zuicke noch langer warde, so schall de Oldermann mit sinen Bysitteren tho dren Malen gahn dho der Tidt 1 nymen artigh, den kranke Broder dho siner Nottorfft, und weret Sake, de kranke Broder dho passe wörde, dat erste Geldt, dat he vordehnet, dar van schall he unser Elendigheit den gelenden Ferding wedder betahlen.“⁴

Die Unterstützung von Meistern und Gesellen aus derselben gemeinsamen Büchse, die von Ort zu Ort verschieden geregelt wurde, war noch im 17. Jahrhundert anzutreffen, wie die Privilegien der Töpfer in Halle (1685), der Schwarz- und Schönfärber zu Frankfurt a. d. Oder, Beeskow, Prenzlau und Cottbus (1696), der Bader in der „alten Mark“ und Priegnitz (1699), der Zimmerleute zu Neu-Ruppin (1670), der Fleischhauer zu Berlin, Cölln etc. (1696) und der Fleischer zu Halle (1683) zeigen⁵. Als die sozialen Unterschiede zwischen den Meistern und Gesellen seit der Mitte des 14. Jahrhunderts beginnend immer stärker hervortraten, richteten die „Bruderschaften“ – die ersten organisatorischen Zusammenschlüsse der Gesellen – daneben aber auch eigene Unterstützungseinrichtungen ein, die nach dem Vorbild der Meisterbüchsen selbst verwaltet wurden. Die „Knechte“, wie die Handwerksge-
 sellen bis ins 15. Jahrhundert noch genannt wurden⁶, wählten dazu unter

² So hieß es bei den Straßburger Zimmerleuten 1478: „Und were es Sache, dasz er sich verhiwe (daß sich der Geselle bei der Arbeit verietzt), so sell ime der Meister Essen und Trinken geben und wann ine Gott hülfet, dasz er wieder gesunt wurt, so soll er ime die selben Tage noch dienen, es sey Winterlon oder Summerlon, yn das in sinem Wert.“ Zitiert bei Wissel, *Der soziale Gedanke im alten Handwerk* aaO, S. 50.

³ Ebd., S. 53.

⁴ Ebd., S. 52.

⁵ Die Privilegien sind abgedruckt bei Moritz Meyer, *Die Handwerkerpolitik des Großen Kurfürsten und König Friedrichs*, Bd. 1, Minden 1884.

⁶ Andere Bezeichnungen für „Knecht“ waren Werkknecht, Knappe, Servus, Servi-

sich einen „Büchsenknecht“ oder „Büchsenmeister“. Seine Aufgabe bestand darin, einen Mißbrauch der Kasse zu verhüten, Beiträge einzusammeln und die Kranken ins Spital zu begleiten, wo sie nach vorheriger Beichte ein reines Bett erhielten. Als Art Krankenkontrolle besuchte der Büchsenmeister, der trotz seines Titels nur ein Geselle war, den Patienten dreimal in der Woche, um sich von dem Stand seines Leidens zu überzeugen. Er war auch für das Geld haftbar, hatte zu bestimmten Terminen vor mehreren Mitgesellen, die gewählt oder ernannt wurden, Rechnung zu legen und konnte größere Ausgaben nur mit Zustimmung der gesamten Bruderschaft leisten. Schon 1389 ist von einem solchen Büchsenmeister bei den Weberknechten in Speyer die Rede, 1402 bei den Ulmer Weberknechten.

Oftmals wurden zur besseren Kontrolle und zur Erleichterung der Beitrags-
 erhebung gleich mehrere Büchsenmeister bestellt⁷. Sie teilten sich dann in die Verwaltung der Kassengeschäfte, wobei einer von ihnen die Beiträge in den verschiedenen Werkstätten zu erheben hatte. Jeder von ihnen besaß einen Schlüssel für die Büchse, so daß diese immer unter doppeltem oder sogar vierfachem Verschluss stand (eine Vorsichtsmaßnahme, die noch bei den Fabrikkrankenkassen des 19. Jahrhunderts ein bewährter Brauch war!). Der Büchsenmeister war in der Regel auch der Vorstand der Bruderschaft, nahm also die Interessenvertretung der Gesellen gegenüber den Zünften, Gilden, Gewerken, Ämtern, Einungen oder Innungen, wie sie zuletzt meistens hießen, wahr. Hier und da stand dem Büchsenvorstand noch ein besonderer Ausschuß zur Seite, so daß der Gedanke einer selbständigen Gesellenvertretung noch stärker betont wurde. So bildeten die Bäckerknechte in Freiburg 1420 einen besonderen Ausschuß mit dem Namen „Vierdleute“, während in Straßburg 1504 die „Acht-knechte“ dem Büchsenmeister größere Macht verleihen sollten⁸.

Die „Gesellschaften“, die bis zur Reformation an die Stelle der vorwiegend religiösen Bruderschaften traten, behielten die äußere Organisation des Büchsenwesens weitgehend bei. Wie vordem wurden einige – meist zwei oder vier – Gesellen zum Kassenvorstand gewählt. Im Gegensatz zu früher nann-

tor, Famulus, Bote, Dienst, Dienling, Dienstknecht usw. Daneben gab es den „Teilknecht“, der mit Gewinnbeteiligung arbeitete; im Gegensatz zum „Wochenknecht“, dessen Name auf Wochenlohn hindeutet. Als der Geselle vom Lehrjungen (Lehrkind, Lehrknecht) unterschieden werden sollte, nannte man ihn auch zuweilen „Meisterknecht“. Im engeren Sinne war dies jedoch der Geselle, der nach dem Tode des Meisters für die Witwe, soweit das die Zunftszugung gestattete, oder bei dauernder Krankheit das Geschäft führte. Ein solcher Meisterknecht hatte eine bevorzugte Stellung. Er wurde von den Älterleuten der Zunft kontrolliert und hatte ihnen Rechenschaft über die Betriebsführung abzulegen. Schließlich war der Meisterknecht auch ein Meister, der sich mangels Kapital, Arbeitsangelegenheit usw. als Knecht verdingte. Quellenbelege bei Wilhelm Ebel, *Gewerbliches Arbeitsvertragsrecht im deutschen Mittelalter*, Weimar 1934, S. 16 ff.

⁷ Schanz, *Geschichte der Gesellenverbände* aaO, S. 74.

⁸ Ebd., S. 75.

ten sich die Vorsitzenden nicht mehr Büchsenmeister, sondern Stubenmeister, Altgeselle, Altknecht, Knappenmeister, Meisterknappe, Meistergeselle, Urtenmeister oder Mahner (weil die das Geld einkassieren mußten!)⁹. Sie wurden von der Gesellenversammlung, die jetzt die Bezeichnung Ladentag, Gebot oder Auflage führte¹⁰, nach altem Gewohnheitsrecht höchstens auf ein Jahr gewählt. Auf diesen Versammlungen entschied man auch mit Stimmenmehrheit über die jeweils zu gewährende Krankenunterstützung aus der Bruder- oder Gesellenlade, wie die Büchse später genannt wurde. Um die Verhandlungen weniger schwerfällig zu gestalten, ging man mehr und mehr dazu über, besonders gewählte Ausschüsse mit der Abstimmung zu beauftragen. Meist waren es dann zwölf Gesellen, die für die anderen die Entscheidungen fällten und mit den Meistern verhandelten, wenn es erforderlich war. Denn im Gegensatz zu den vorwiegend religiös ausgerichteten Bruderschaften beschäftigten sich die Gesellenschaften schon weit mehr mit sozialen und wirtschaftlichen Interessenangelegenheiten im Sinne einer berufsständischen Vertretung. Wenn auch die Aufgaben der kirchlichen Repräsentation und der Fürsorge für Arme und Kranke einen wichtigen Platz behielten, so trat doch der Kampf um einen gerechten Stück- und Zeitlohn, um die Erhaltung des „Blauen Montages“, für ausreichendes Kost- und Logiswesen, um Milderung der Strafen bei Kontraktbruch, um ausreichende Gewinn- und Umsatzbeteiligung sowie das Verlangen nach einer eigenen Gesellengerichtbarkeit stärker in den Vordergrund, wie die fast ununterbrochene Kette der Gesellenaufstände (Das „Aufstehen“) von dem ersten bekannten Streik 1329 in Breslau bis zum Augsburger Schuhknechtstreik 1726 zeigt¹¹. Die Entwicklung vom einfachen und vorwiegend religiös bestimmten Handwerksknecht zum selbstbewußten und sozial unruhigen Gesellen hatte zur Folge, daß auch Forderungen auftauchten, in denen die Gesellen als Arbeitnehmer des Handwerks eine feste Mitwirkung bei der Regelung der sie betreffenden allgemei-

⁹ Ebd., S. 101 und Wissel, Der soziale Gedanke im alten Handwerk aaO, S. 61.

¹⁰ Weitere Bezeichnungen dafür waren Friedenstag, Umfrage, Eingang, Schenke, Tischgesaß und Mittel. Vgl. Schanz, Geschichte der Gesellenverbände aaO, S. 102.

¹¹ Der Zeit- und Stücklohn kam anscheinend von Anfang an nebeneinander vor. Zeitlohn hatten vor allem die Zimmerer, Maurer, Pelzer (Lübeck), Goldschmiede (Köln), die Schmiede und Kürschner; Stücklohn vor allem die Weber (Speyer), die Schneider (Überlingen), Radmacher, Hutmacher (Lübeck), Böttcher und Bäcker. Die Handwerksgesellen waren manchmal tatsächlich am Umsatz oder Gewinn beteiligt. So arbeitete bei den Straßburger Webern der Geselle „uff das halbeil, also was der knecht oder knappe gewint, so sol das halb des meysters und das ander halbeil des knechtes sein.“ Vgl. Schmoller, Geschichte der Straßburger Tucher- und Weberzunft aaO, S. 153. Die Gewinnbeteiligung der Gesellen, die bei der Abschließung der Zünfte und der sozialen Entfremdung zwischen Meister und Gesellen später verboten wurde, blieb bei den ärmeren Zünften, vor allem bei den Webern, am längsten bestehen. Vgl. Ebel, Gewerbliches Arbeitsvertragsrecht aaO. Bezüglich des Kampfes um den „Blauen Montag“, der eine überraschende Parallele mit den heutigen gewerkschaftlichen Forderungen nach einem „freien Samstag“ hat, vgl. Friedrich Wilhelm Stahl, Das deutsche Handwerk, Gießen 1874.

nen Zunftangelegenheiten forderten, wie etwa bei der Lehrlingsausbildung, bei der Aufrechterhaltung des Brauchtums und der Handwerksehre, bei der Regelung des Arbeitsangebotes usw. Doch waren solche Begehren bei den einzelnen Innungen in Form und Inhalt recht verschieden und richteten sich immer nach den lokalen gewerblichen Verhältnissen¹².

Die Gesellenladen waren auch nicht immer selbständige Institutionen. Manchmal blieben sie der Aufsicht der Meister unterstellt und waren nur organisatorisch von der allgemeinen Zunftlade getrennt; in diesem Falle hatte man dann ihre Verfassung in die Zunftordnung der Meister mit aufgenommen. In vielen Fällen zeigte sich in den Statuten auch das Bestreben der Meister, die Gesellenschaft in ihrer Tätigkeit zu überwachen. Bei den Augsburger Kürschnerknechten beaufsichtigten 1574 zwei Meister nicht nur die Gesellenkasse, sondern nahmen zusammen mit vier Altgesellen auch an der Verwaltung teil und legten zusammen mit ihnen jedes Vierteljahr vor der Zunft über Ein- und Ausgaben Rechenschaft ab¹³. Bei der Brüder- und Gesellenschaftsordnung der Wollen-, Leinweber und Hosenstrickergesellen zu Freiburg aus dem Jahre 1591 hatten ebenso wie bei den Schuhmachergesellen zu Arnstadt (Thüringen) im Jahre 1628 die Meister einen besonderen „Pott- und Rechenmeister“ für die Gesellenlade ernannt, obwohl sie keinerlei Zuschüsse dazu leisteten¹⁴. Umgekehrt gab es auch Gesellenschaften, nach deren Ordnung die Meister zu regelmäßigen Zuschüssen verpflichtet waren, ohne irgendwelche Leistungen in Anspruch nehmen zu dürfen. Besonders aufschlußreich in dieser Beziehung war das Statut der „Hasenpfuhler“, der Schifferknechte, in der alten Reichsstadt Speyer aus dem Jahre 1437¹⁵. Die Unterstützungseinrichtung dieser oberrheinischen Schifferknechte sah vor, daß jeder Schiffsherr unter Androhung strenger Strafen für jede Fahrt einen Pfennig, jeder Schiffsknecht aber einen Heller in die Gesellenkasse zahlen mußte. Obwohl die Schiffsherren höhere Beiträge als die Knechte leisteten, besaßen sie doch keinerlei Anspruch auf die Leistungen der Kasse. Die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam aufgebrachten Gelder sollten vor allem dazu dienen, die regelmäßige Arbeitslosigkeit im Winter zu überbrücken. Jede dieser zahlreichen Gesellenladen war auf die besonderen Gebräuche und Existenzschwierigkeiten der einzelnen Gewerbebezüge abgestellt, doch zeigte sich bei aller Buntscheckigkeit in den Einzelheiten im Wesen immer wieder das gleiche: Die Kasse und ihre Verwaltung war meistens der eigentliche Kern des korporativen Zusammenschlusses, der sich Gesellenschaft nannte. Zusammen bildeten dann alle korporativen Gesellenverbände einen Stand innerhalb der größeren handwerklichen Lebenswelt. Wenn sich auch

¹² Schanz, Geschichte der Gesellenverbände aaO, S. 118.

¹³ Ebd. und Ponfick, Geschichte der Sozialversicherung aaO, S. 40.

¹⁴ Ebd. und H. A. Berlepsch, Chronik der Gewerbe, St. Gallen o. J.

¹⁵ W. Zils, Bayerisches Handwerk in seinen alten Zunfturkunden, München o. J.

die Gesellschaften mit ihren besonderen Vorständen zu recht autonomen sozialen Gruppen entwickelten, die gegenüber den Meistern und der Obrigkeit ihr Recht zu wahren suchten, so blieb doch der Zusammenhang innerhalb des Zunftsystems immer bestehen. Es gab keine grundsätzliche Gegnerschaft wie etwa zwischen den Unternehmern und den Arbeiterberufsvereinen im 19. Jahrhundert. Neben der Pflege des religiösen Lebens, der kirchlichen Repräsentation, der brüderlichen Hilfe bei Krankheit, Not und Tod sowie der Beachtung handwerklichen Brauchtums spielte zweifellos schon von Anbeginn auch der Gedanke einer Interessenvertretung in wirtschaftlich-sozialen Angelegenheiten eine wichtige Rolle. Dennoch greift, wie eine neuere handwerksgeschichtliche Untersuchung zu Recht feststellt, „die Frage nach dem Wesen der alten Gesellenverbände gerade an dem Wesentlichen vorbei, wenn sie die Vorherrschaft des einen oder anderen Momentes zu ergründen versucht. Den Gesellen ging es nicht um die Antithetik Klassenkampf oder brüderlich-religiöse Gemeinschaftspflege, sondern um ihre korporative Konstitution als Stand mit Autonomie und Jurisdiktion innerhalb des bestehenden Sozialgefüges des alten Europa. Sie treten in derselben Weise in den Ausstand, wenn die Meister der Stadt ihnen den gerechten Lohn vorenthalten, wenn die Umzugsordnung im Fronleichnamspaziergang sie kränkt oder wenn der Meister einen Gesellen beschäftigt, der den Handwerkergruß vergessen hat. Ihnen kommt es darauf an, ihr ‚Recht‘ zu wahren, in dem ihre ‚Ehre‘ liegt. Und das Recht eines freien Mannes ist nach alter germanischer – freilich nicht nur nach germanischer – Auffassung, sich mit seinen Brüdern genossenschaftlich zusammenzuschließen und seine Angelegenheiten selbst bestimmen zu dürfen“¹⁶. Dieses Selbstbestimmungsrecht fand seine Grenze in der damaligen ständischen Sozialordnung mit ihrer verschachtelten Über- und Unterordnung. Es wurde nicht vergessen, daß die Gesellschaften für den Einzelnen in der Regel Verbände auf Zeit waren, die ihre Mitglieder wieder entließen, wenn sie ausgelernt hatten und die Meisterschaft erwarben. Die altdeutschen Gesellschaften hatten wegen dieser spezifisch-historischen Momente nur bedingte Ähnlichkeit mit den wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Fabrikarbeiter des 19. Jahrhunderts.

Im 17. und 18. Jahrhundert vermochten sich die Zünfte auf Grund ihrer Struktur und Zielsetzung den wachsenden Anforderungen der Technik, der Arbeitsteilung, des Verkehrs und der Geldwirtschaft nicht so schnell anzupassen, so daß viele Formen des Zunftrechtes schwerfällig und starr wurden. Die Zunahme der Bevölkerung, die Übersetzung einzelner Handwerkszweige, die Kriege mit ihren Rohstoff- und Absatzschwierigkeiten wie auch die vielfach neu auftretenden Abhängigkeiten der Innungen von den fürstlichen Höfen verstärkten noch die strukturellen Krisen des Handwerks.

¹⁶ Rudolf Stadelmann und Wolfram Fischer, *Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers um 1800*, Berlin 1955, S. 74.

Zünfte wie Gesellschaften kapselten sich ab, wurden kaum von neuen Ideen bewegt und beschränkten sich auf die Pflege der überlieferten Formen. Die gleichzeitig einsetzende behördliche Reglementierung des absolutistischen Staates ließ zwar die Selbstbestimmung der verschiedenen handwerklichen Korporationen grundsätzlich bestehen und erkannte vor allem auch ihre mannigfachen sozialen Funktionen an, doch sollten alle Ordnungen, Gewohnheiten und Sitten von „Mißbräuchen“ gereinigt und in jedem Fall der obrigkeitlichen „Erlaubniß, Approbation und Confirmation“ unterstellt werden. Viele durch Tradition geheiligte Sonderrechte und Gebräuche, wie die eigene Gerichtsbarekeit, das „Schelten“ und „Aufreiben“ sowie die genossenschaftliche Selbstverwaltung bei den Unterstützungseinrichtungen, wurden eingeschränkt oder gänzlich untersagt. Besonders das „Reichsgesetz wegen der Mißbräuche bey den Zünften“ vom 16. August 1731 (Reichszunftordnung) versuchte, das eigenmächtige Leben der Gesellschaften der landesherrlichen oder städtischen Obrigkeit zu unterstellen und dieser die Aufsicht über die Kassenverwaltungen zu übertragen. Wie aber zeitgenössische Berichte zeigen, ergab sich eine große Diskrepanz zwischen der Reichsgesetzgebung zur Einengung der handwerklichen Autonomie und der handwerklichen Wirklichkeit. Bis auf Preußen, das bereits in den Jahren 1734–1736 eine Reihe von „General-Privilegia“ nach den Bestimmungen der Reichszunftordnung für die einzelnen Handwerke erließ, gingen die anderen Landesherrschaften nur langsam und mit großen Einschränkungen an die Beschneidung der alten Handwerksrechte heran. Noch um 1770 war die Reichszunftordnung in vielen Reichsstädten überhaupt nicht oder „nicht gehörig publicirt“ worden und daher ungültig. Wie die zeitgenössischen Berichte zeigen, waren die durch das Reichsgesetz verfügten Beschränkungen des handwerklichen Selbstbestimmungsrechtes so gut wie nirgends richtig wirksam geworden, und es wurde die Ansicht geäußert, daß wohl kein Gesetz in Deutschland weniger ausgeführt worden sei, als dieses¹⁷. Vor allem wurden die Gesellenladen trotz des Verbotes vielfach weiter selbst verwaltet und auch die eigene Gesellengerichtsbarekeit weiterhin ausgeübt, so daß durch das ganze 18. Jahrhundert bis hin zur Industrialisierung zwei wesentliche Grundelemente der Gesellschaften beibehalten wurden.

Aber auch in Preußen blieb im Grunde zunächst noch alles beim alten, und von einer Aufhebung der handwerklichen Selbstverwaltung konnte keine

¹⁷ Über die Diskrepanz zwischen Gesetzgebung und Wirklichkeit unterrichten am besten Jacob Gottlieb Sieber, *Abhandlung von den Schwierigkeiten, in den Reichsstädten das Reichsgesetz vom 16. 8. 1731 wegen der Mißbräuche bey den Zünften zu vollziehen*. Goslar und Leipzig 1771, S. 2 ff. – Christoph Weißer, *Das Recht der Handwerker*. Stuttgart 1780, S. 76. – Johann Heinrich Fricke, *Grundsätze des Rechtes der Handwerker*, Göttingen und Kiel 1771 und Johann Andreas Ortloff, *Das Recht der Handwerker*, Erlangen 1803. Die Reichszunftordnung ist abgedruckt bei Hans Proesler, *Das gesamtdeutsche Handwerk im Spiegel der Reichsgesetzgebung von 1530–1806*, Berlin 1954.

Rede sein. Das Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten, das im Jahre 1794 unter anderem die bestehenden Gewerbepolizeigesetze und Zunftartikel einheitlich zusammenzufassen versuchte, unterstellte zwar wiederum die Gesellenladen der Aufsicht der Gewerkeältesten (Obermeister der Innungen) und der vom Magistrat oder vom Landesherrn bestellten öffentlichen Beisitzer, doch wurde andererseits auch festgelegt, daß alle einschlägigen Bestimmungen bestehen bleiben sollten, nach denen es erlaubt war, einen Altgesellen zu erwählen und unter dessen Rechnungsführung eine eigene Kasse zur Pflege kranker und verunglückter Gesellen zu errichten¹⁸. Wie die Verwaltung einer Gesellenlade am Ende des 18. Jahrhunderts in Preußen aussah, zeigt vielleicht am besten ein „Privilegium und Gülde-Brief für das Schneidergewerk in den associirten Städten der Grafschaft Ravensberg, Halle, Vermold etc.“ aus dem Jahre 1774, da seine Bestimmungen fast wortwörtlich mit anderen Privilegien dieser Zeit übereinstimmen¹⁹. Danach durften nach vorheriger Anzeige bei der Kriegs- und Domänenkammer in den fünf vom Privilegium erfaßten Städten von den Schneidergesellen besondere „Gesellenarmenkassen“ errichtet werden; doch hatten diese fünf Laden so untereinander in Verbindung zu stehen, daß ein vom Gewerk gewählter „Dekanus“ die Oberaufsicht ausüben konnte. Am Ort der Hauptlade führte der „Dekanus“ sogar selbst die Kassenrechnung, während in den anderen vier Städten die aus der Mitte des Handwerks gewählten „Deputierten“ dieses Amt versahen. Alle fünf Gesellenkassen wurden schließlich durch einen vom Magistrat bestellten öffentlichen Beisitzer überwacht, in dessen Anwesenheit der Dekan und die Deputierten alljährlich abzurechnen hatten. Die Mitarbeit der Gesellen an der Verwaltung der Kassen geschah dadurch, daß sie mit Wissen der Deputierten ein oder zwei Altgesellen wählten, die die Gelder in Empfang nahmen, die Einnahmen auf dem Kassenzettel vermerkten und die mit zwei Schlössern versehene Lade im Hause des Deputierten verschlossen, in der die Kassenzettel aufbewahrt wurden. Somit wurden die eigentlichen Kassengeschäfte nach wie vor durch die freigewählten Altgesellen besorgt, während der Deputierte bzw. der Dekan die Verantwortung für die Richtigkeit der Kassenführung trugen. Der öffentliche Beisitzer als Vertreter der Staatsgewalt überwachte durch eine Kontrolle im Jahr diese umfangreiche Sozial Einrichtung für die Schneidergesellen im Ravensberger Land. Schon dieses Privilegium zeigt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Gesellen behördlich

¹⁸ Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten vom 5. Februar und 1. Juni 1794, Theil II, Titel VIII, Abschnitt 3 (vom Bürgerstande).

¹⁹ Abgedruckt in Neue Sammlung Königl. Preuß. und Kurfürstl. Brandenburgischer, sonderlich in der Chur und Mark Brandenburg publicirten und ergangenen Ordnungen, Edicten, Mandaten, Rescripten von 1771–1775, Bd. 5, 3. Theil, Berlin 1776. Zitiert nach Ponfick, Geschichte der Sozialversicherung aaO, S. 43. (Dieselben Bestimmungen enthalten die Privilegien und Güldebrieve für das Schmiede-, Schuhmacher- und Tischlergewerk 1774 in den fünf associierten Städten der Grafschaft Ravensberg, Halle etc.)

kontrolliert, aber nicht vollständig beseitigt werden sollte. Aber auch diese behördliche Reglementierung scheint – soweit man das aus den spärlichen Nachrichten über das Innenleben der Gesellschaften am Ende des 18. Jahrhunderts erkennen kann – in der Praxis nur schwer zu vollziehen gewesen und immer wieder umgangen worden zu sein²⁰. Es wurde aber nicht nur die Autonomie der Gesellschaften zäh verteidigt, sondern auch neue Vereinigungen gegründet, die noch alle Merkmale der alten Gesellschaften trugen. Sie sind vielleicht der deutlichste Beweis für die kaum erschütterte Lebenskraft der Gesellschaften im 18. Jahrhundert unter dem Absolutismus. Nach einem „Artikul-Buch“ der 1799 ins Leben gerufenen „Weingärtner-Gesell- und Bruderschaft“ zu Reutlingen wurde die früher bestehende Verpflichtung, bei Erkrankungen von Mitgesellen „Frondienste“ zu leisten, dem toten Zunftgenossen das letzte Geleit zu geben und dessen Sarg zu tragen erneut festgelegt und genau beschrieben, wie ein „Auflegtag“, an dem unter Vorsitz von zwei Altgesellen und im Beisein von zwei Meistern die Beiträge in die Gesellenlade gezahlt wurden, zu verlaufen habe. Nach dem „Artikul-Buch“ der Reutlinger Weingärtnergesellen sollte auch ein kleines Schiedsgericht aus den Reihen der Mitglieder für kleine Streitigkeiten eingerichtet und Vorschriften zur Regelung des internen Schuldenwesens erlassen werden. Die Selbstverwaltung der Bruderschaft, in die alle ledige Weingärtner über 17 Jahre aufgenommen werden konnten, lag damit bei den Altgesellen und dem Ladenschreiber, während die Meister und der Magistrat nur die Ordnungsmäßigkeit der Kasse überprüften²¹.

In dem im Zeitalter der Aufklärung besonders aufblühenden Buchdrucker-gewerbe, dessen Gesellen sich zum Unterschied von den übrigen Standesgenossen vornehmerweise „Gehülfen“ nannten, hat es besonders viele Kassengründungen gegeben, wie die nachfolgende Zusammenstellung zeigt²²:

Halle: 1758 Kranken- und Sterbekasse (1850 Invalidenkasse).

Hamburg-Altona: 1767 Kranken- und Sterbekasse (1804 Invalidenkasse).

Dresden: 1768 Kranken- und Benefizienkasse (1802 Witwen- u. Versorgungskasse).

Göttingen: 1770 Kranken- und Leichenbüchse.

²⁰ So übte z. B. der „Großvogt“ der Bruderschaft der Brauknechte zu Hamburg im 18. Jahrhundert weiterhin die an sich verbotene Gesellenjurisdiktion aus, und nach der „Ordnung für die Gesellschaft eines ehrsamten Schreinerhandwerkes in Christian- und Altstadt Erlangen“ vom 27. 10. 1788 wurden die Gesellen weiterhin nach altem Brauch zur Nachtwache bei einem kranken Mitgesellen verpflichtet, was behördlicherseits als ein schädlicher „Mißbrauch“ angesehen wurde. Vgl. Ernst Mummenhof, Die Handwerker in der deutschen Vergangenheit, Leipzig 1901, S. 24 und Johann Andreas Ortloff, Corpus Juris Opificiarum, Erlangen 1804, S. 575. Zitiert nach Stadelmann-Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers aaO, S. 75.

²¹ Stadelmann-Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers aaO, S. 76.

²² Aus der Geschichte des Verbandes der Buchdrucker (Umschlagtitel: 50 Jahre deutsche gewerkschaftliche Arbeit), Berlin 1916. – Hannoversches Buchdruckerleben in 125 Jahren (1824–1949), Hannover 1949, S. 9 ff.

Berlin: 1781 Allgemeine Kranken- und Viatikumskasse mit Invalidenunterstützung (1803 Frauensterbekasse, 1839 Buchdrucker-Witwenkasse).

Magdeburg: 1791 Allgemeine Kasse (1850 Witwenkasse, 1854 Invalidenkasse).

München: 1823 Kranken-, Invaliden- und Fremdenkasse.

Hannover: 1824 Kranken-, Invaliden- und Viatikumskasse.

Frankfurt/M.: 1834 Allgemeine Kranken- und Invalidenkasse.

Wie beispielsweise die Geschichte der Hannoverschen Buchdrucker-Krankenkasse zeigt, wurden die in den einzelnen Druckereien bis dahin bestehenden älteren Kranken-, Sterbe- und Viatikumsassen (d. h. Kassen, aus denen durchreisenden Buchdruckern ein Verzeehr- und Übernachtungsgeld in Höhe von meistens 12 Groschen gereicht wurde) aufgelöst und im Verein mit den Prinzipalen eine größere gemeinschaftliche Krankenkasse für alle Druckereien einer Stadt konstituiert. Die vom Hannoverschen Magistrat am 1. Januar 1824 genehmigten Statuten bringen aber dieselben Rechte und Pflichten für die Mitglieder wie die der älteren Innungskassen. Nur hatte man die Bestimmungen eindeutiger gefaßt und zahlreiche „separate Kassen“ (Invaliden- und Arzneikassen usw.) angegliedert. Die Versorgung der Buchdrucker war also einheitlicher, umfassender und weitreichender geworden.

Neben den überbetrieblichen lokalen Buchdruckerkrankenkassen richteten einzelne Druckereien, die sich über den alten Handwerksbetrieb hinauswachsend zu einem größeren nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführten Verlagsgeschäft aufschwangen, wiederum besondere „Hauskassen“ für ihre Geschäftsangehörigen ein, die mehr den Werkskassen bei den Manufakturen und Fabriken entsprachen. Der Grund lag darin, daß die betrieblichen Kassen billiger verwaltet und besser vor Mißbrauch geschützt werden konnten. Eine Rentabilität war aber erst bei einer gewissen Mitgliederzahl gegeben, so daß nur die Großdruckereien an den alten Hauskassen festhalten bzw. sie neu einführen konnten. Buchdruckerkrankenkassen, die nicht zu den lokalen Innungskassen gehörten, hat es seit 1783 im *Breitkopf-Härtelschen Officin* in Leipzig, seit 1815 und 1824 bei den großen Druckereiverlagen *Du Mont Schauberg* und *J. P. Bachem* in Köln und seit 1837 bei *Velhagen & Klasing* in Bielefeld gegeben. Freilich standen aber auch diese „Hauskassen“ noch stärker als die bei den Manufakturen und Fabriken in der handwerklichen Tradition. Der nachfolgende Auszug aus den Statuten der *Breitkopf-Härtelschen Kasse*, die alle in Leipzig „conditionirenden Kunstverwandten“ aufnahm, zeigt, wie die Verwaltung noch ganz im handwerklichen Sinn geregelt war, wenn auch die Bezeichnungen im 18. Jahrhundert gewechselt hatten. Im § 23 hieß es: „Die Verwaltung dieser Kranken- und Sterbecasse wird zweien anerkannt rechtlichen Männern anvertraut, die beide Mitglieder des *Breitkopf-Härtelschen Officins* sein müssen. Die Amtsdauer ist unbestimmt und jeden Augenblick durch die Gesellschaft widerrufbar, wie denn auch von seiten

der Beamten die Niederlegung des Amtes jeden Augenblick erfolgen kann. Die zwei verwaltenden Mitglieder sind der Cassirer und der ... Beisitzer. Zu dem vakanten Amt werden drei Candidaten presentirt. Die Wahl erfolgt schriftlich mit Stimmzetteln durch alle anwesenden und im Officin conditionirenden Mitglieder. Die Gesellschaft wählt aus den dreien dann einen Stelleninhaber aus, nachdem durch schriftlichen Umlauf die drei Candidaten überall bekannt gemacht worden sind. Auch hier entscheidet die Stimmenmehrheit bei den Stimmzetteln.“ Interessant war dabei, daß nach Artikel 25 ein Schiedsgericht von Streitigkeiten gebildet werden sollte. Der klagende Buchdrucker konnte sich selbst aus der Belegschaft einen Schiedsrichter auswählen, während die Gesamtheit der Kassenmitglieder einen zweiten Schiedsmann wählte. Diese beiden Schiedsrichter wählten dann zusammen noch einen dritten Obmann, und sie alle drei entschieden darauf die Klage nach Stimmenmehrheit unter sich.

Aber nicht nur bei den Buchdruckern, auch bei den Bäckergelesen in Hamburg finden sich 1794, bei den Zimmergesellen 1802 in Eisenberg (Thüringen) und 1788 bei den Schuhmachern in Aschersleben solche Neugründungen von Kassen mit einer mehr oder weniger ausgedehnten Selbstverwaltung²³. Diese Beispiele, die sich bei einer eingehenderen Darstellung, als dies hier möglich ist, noch vermehren ließen, deuten darauf hin, daß die wichtigsten Züge des handwerklichen Unterstützungswesens über die Zeit des merkantilistischen Absolutismus hinweg bis in die Anfänge des Maschinenzeitalters in Deutschland in nur wenig fortgebildeter Form beibehalten worden sind. Eine Reihe von Gründen hat hier anscheinend zusammengewirkt, weshalb die Meisterzünfte und Gesellenschaften so außerordentlich zähe an den überlieferten Einrichtungen und Gebräuchen festgehalten haben: Zunächst einmal vermochten – ganz abgesehen von der kaum wirksam gewordenen Reichszunftordnung aus dem Jahre 1731 – auch die Landesherrn mit ihren „General-Privilegien“ und „General-Zunftartikeln“ den gesamten Bereich der Sozialfürsorge nur höchst ungenügend zu regeln und das unübersehbare Geflecht der genossenschaftlichen Selbsthilfe aus Mangel an einer hierfür geschulten Behördenverwaltung und an finanziellen Mitteln nicht gleich ohne weiteres zu ersetzen. Die nur punktuell wirksamen Maßnahmen der „Armen- und Wohlfahrts-polizey“ mit ihrem Almosencharakter boten dafür nur einen unbefriedigenden Ersatz. Die Meisterzünfte und Gesellenschaften blieben in ihren überlieferten Rechten umso weniger angetastet, je schwerfälliger und ungeschickter der absolutistische Staatsapparat hier agierte. Wenn die vielen lokalen, personalen und korporativen Elemente handwerklicher Selbstbestimmung sich so

²³ Artikel der Kranken-Casse der Großbäcker-Gesellen Hamburgs, welche von denselben mit Genehmigung des wohlmeinenden Amtspatrons im Jahre 1794 errichtet und im Jahre 1829 erneuert wurden. Zitiert nach Kleis, Geschichte der sozialen Versicherung aaO, S. 38. Vgl. H. Nirenheim: Zur Geschichte der Bäcker in Hamburg. In: Mitteilungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 8 (1904).

lange noch zu erhalten vermochten, so war dies „ein typischer Ausdruck für die Schwierigkeiten, die die Obrigkeit in Deutschland bei ihrem Bemühen, Staatsgewalt zu werden, zu überwinden hatte“²⁴.

Auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es noch ein ständiges Hin und Her bei der Autonomie der Zünfte. Selbst in Preußen, das in der behördlichen Bevormundung am weitesten ging, war kein einheitliches Vorgehen zu beobachten. Zwischen 1807 und 1811 wurde zwar im gesamten Land allgemein die Gewerbe-„Freiheit“ eingeführt und unter anderem die eigenständigen Gesellenklassen, um deren Beseitigung der Staat im 18. Jahrhundert vergeblich gekämpft hatte, erneut und diesmal wirksamer aufgehoben. Dadurch wurde besonders die Versorgung der wirtschaftlich abhängigen Arbeitnehmer im Handwerk, die keiner Zunft mehr anzugehören brauchten, lückenhaft und problematisch. Aber das war nur eine Seite der Entwicklung in Preußen. Denn in den nach 1815 preußisch gewordenen Landesteilen blieben die Verhältnisse so, wie sie vorher gewesen waren. In einem Teil der Rheinlande und in Westfalen wurde die unter der Franzosenherrschaft 1790/91 bzw. 1808/10 eingeführte totale Gewerbefreiheit beibehalten, während in Neupommern, Posen, einzelnen Teilen der Regierungsbezirke Erfurt, Arnberg, Münster und Koblenz die handwerklichen Korporationen genau so wie früher weiterlebten. Auch in vielen anderen deutschen Einzelstaaten blieb die alte patriarchalische Zunftverfassung weiterhin in Kraft. So hielten Württemberg, Sachsen, Bayern, Baden und Österreich – von einigen Reformen abgesehen – praktisch bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts an den früheren Zunftverhältnissen fest. In anderen Staaten, in denen unter der französischen Herrschaft die Gewerbefreiheit vorübergehend eingeführt worden war, wurden die alten Rechtszustände wiederhergestellt. So kehrten 1816 Kurhessen, 1817 Hildesheim und Osnabrück (Königreich Hannover) und 1830 Oldenburg wie die Hansestädte zum Zunftwesen alter Prägung wieder zurück, während Preußen seit 1845 wieder die Gewerbefreiheit zu beschränken und die Bildung selbständiger Gesellenkassen zu fördern begann²⁵. Dieses praktisch ununterbrochene Fortleben der alten Zunft- und Gesellenladen mit ihrer mehr oder weniger weitreichenden genossenschaftlichen Selbstverwaltung und Jurisdiktion in den meisten deutschen Landesteilen hat auf die Entstehung der Manufaktur- und Fabrikkrankenkassen einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt, wie in den nächsten Abschnitten noch zu zeigen sein wird.

²⁴ Stadelmann-Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers aaO, S. 100.

²⁵ Wilhelm Stieda, Der Befähigungsnachweis (1895), S. 17. – Vgl. ferner Kurt v. Rohrscheidt, Vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit. Berlin 1898. – Hugo Roehl, Vom allgemeinen Landrecht zur allgemeinen Gewerbeordnung von 1845. In: Beiträge zur preußischen Handwerkerpolitik, 1900. – Otto Thissen, Beiträge zur Geschichte des Handwerks in Preußen, Tübingen 1901. – Moritz Meyer, Geschichte der preußischen Handwerkerpolitik aaO. – Wilhelm Stieda, Artikel „Handwerk“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaft, 1. Aufl., Bd. 5 (1892), S. 369 ff. (Artikel in der 2. und 3. Aufl. stark gekürzt).

Besser noch als beim Handwerk der vorindustriellen Periode lassen sich beim alten Bergbau die Anfänge einer genossenschaftlichen Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung bei den abhängigen Arbeitskräften feststellen. Die Eigentümlichkeit der bergmännischen Arbeit unter Tage, der Zwang zur Arbeitsteilung und die an einzelnen Bergorten betriebene genossenschaftliche Förderung (Eigenlehnerwirtschaft) hatten von Anfang an ein Gefühl des brüderlichen Aufeinanderangewiesenseins aufkommen lassen. Das Bewußtsein ständischer Sonderheit wurde noch verstärkt durch die Verleihung besonderer Privilegien durch die Landesherren, die an einem möglichst einträglichen Bergregal interessiert waren. Nach den von ihnen erlassenen Bergordnungen stand das „Bergvolk“ unter besonderem landesherrlichen Schutz, war von vielen Abgaben und Diensten befreit und genoß – im Gegensatz zur hörigen Landbevölkerung – das Recht auf Freizügigkeit und eigene Jurisdiktion. Ein besonders wichtiger Grund für die Bildung besonderer bergmännischer Korporationen war die seit dem Ende des 12. Jahrhunderts einsetzende Differenzierung in „Gewerke“ (in die im Laufe der Zeit immer mehr auswärtige und bergfremde Geldgeber eintraten) und abhängige Lohnarbeiter, die sich hauptsächlich aus gelernten „Häuern“ und ungelernten Bergknechten zusammensetzten. Das verhältnismäßig frühe Einsetzen der Lohnarbeit, die vom Bergbau wahrscheinlich erst in die übrigen Wirtschaftszweige ihren Eingang fand, hatte aber zur Folge, daß der Bergmann nur noch seine Arbeitskraft, nicht aber seine ganze Person beim Abschluß des Arbeitsvertrages vermietete. Im Gegensatz zum zünftigen Handwerk gab es deshalb auch keinen Eintritt in die Hausgemeinschaft eines Meisters, kein Heiratsverbot und keine Zuchtgewalt des Arbeitgebers während der Arbeitszeit wie bei den Handwerksgesellen. Der „Schichtmeister“, der im Auftrage des Gewerkes die Arbeitsverträge schloß und die Löhne zahlte, konnte den Bergmann lediglich „ablegen“, d. h. entlassen. Auf der anderen Seite fehlte es aber auch an einer patriarchalischen Fürsorgepflicht, wie sie im Verhältnis Meister-Geselle gegeben war, weshalb der Wunsch nach einem eigenen Unterstützungswesen besonders früh auftauchte.

Diese und noch andere Umstände führten wahrscheinlich zur Bildung spezieller bergmännischer Verbände, die sich „Bruderschaften“, „Bruderladen“, „Zechen“ und später fast einheitlich „Knappschaften“ nannten²⁶. Wann und

²⁶ Über die Geschichte des älteren Knappschaftswesens unterrichten zusammenfassend am besten Heinrich Achenbach, Die deutschen Bergleute in der Vergangenheit. In: Zeitschrift für Bergrecht, Jg. 12 (1870), S. 80 ff. – Arwed Emminghaus, Artikel „Knappschaftsvereine“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Aufl. (1892). – Simons, Das deutsche Knappschaftswesen, Mainz 1895. – Adolf Arndt, Bergbau und Bergbaupolitik, Leipzig 1896. – H. Karwehl, Die Entwicklung und Reform des deutschen Knappschaftswesens. In: Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars Jena, Bd. 4, H. 2, Jena 1907. – Otto Hue, Die Bergarbeiter, Bd. 1, Stuttgart 1910, S. 191 ff. – Heinrich Imbusch, Das Knappschaftswesen, Köln 1910. – A. Köhne, Die deutschen Knappschaftsvereine, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung,

wo der erste berufliche Zusammenschluß der Bergleute entstanden ist, wird sich kaum mit Bestimmtheit sagen lassen, weil sich die Knappschaften allmählich aus religiösen Laienbruderschaften entwickelt haben. So bestand in Goslar, einer der berühmtesten Bergstädte des Mittelalters, in der Mitte des 12. Jahrhunderts an der vom Kloster Corvey gegründeten Viti-Kirche eine religiöse Bruderschaft zur Speisung der Armen und Sorge für Wachskerzen und Almosen beim Tode ihrer Mitglieder²⁷. Neben diese Vitus-Bruderschaft traten, nach den Bestätigungen der weltlichen und geistlichen Obrigkeit zu urteilen, noch zahlreiche andere fromme Vereinigungen und milde Stiftungen in Goslar, ohne daß diese an einen bestimmten Berufsstand gebunden waren. So gab 1188 *Kaiser Friedrich I.* einer solchen Bruderschaft, die nach einer Urkunde damals schon 30 Jahre bestand, das Privileg, erkrankten Mitgliedern ein Unterstützungsgeld zu zahlen und zu den Begräbniskosten beizutragen²⁸. Ob diese Bruderschaft eine speziell berg- oder hüttenmännische war, ist nicht nachweisbar, aber auch nicht ausgeschlossen. Erst am Ende des 13. Jahrhunderts bestätigte dann der *Bischof Johannes von Hildesheim* die Errichtung einer „fraternitas“ an der Kirche St. Johanni in Bergedorf bei Goslar, die die Aufgabe hatte, eigens den Bedürfnissen der Bergleute zu dienen. Diese Bruderschaft, die jedenfalls als eine der ersten bergmännischen Korporationen in Deutschland anzusehen ist, hat mehrere Jahrhunderte den Zwecken der Bergleute gedient, wie zwei Urkunden aus den Jahren 1388 und 1473 zeigen²⁹. Im Jahre 1407 begann der Rat der Stadt Goslar selbst den Bergbau zu übernehmen, der durch fehlende Wasserabführung, Einsturz infolge Raubbaus und die Pest zum Erliegen gekommen war. In der Folgezeit versuchte er einen Grubengroßbetrieb aufzubauen und die Arbeitsverhältnisse neu zu regeln. Die bis dahin noch auf eigene Rechnung arbeitenden „Lehnhauer“ verschwanden und wurden durch Lohnarbeiter ersetzt³⁰. Als Regalherr und Hauptgrubenbesitzer setzte der Goslarer Rat nicht nur die Schicht-

Hannover 1915. – G. Wißmann, Entstehung und Entwicklung des deutschen Knappschafswesens bis zum Jahre 1920 (Hrsg. vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands), Bochum 1920. – Lorenz Fischer, Bergbau und Bergarbeiter vom 14. bis 16. Jahrhundert, Staatsw. Diss. (Masch.-Schr.), München 1927. – Adolf Zycha, Rechtsgeschichte des deutschen Bergbaus. In: Göttingsche Gelehrte Anzeigen, Jg. 1940. – Klaus Schwarz, Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Bergleute im späten Mittelalter. In: Freiburger Forschungshefte, hrsg. vom Rektor der Bergakademie Freiberg, Berlin 1958.

²⁷ Albert Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands, Bd. 5, Leipzig 1911, S. 417 und Karl Frölich, Beiträge zum älteren Bruderschaftswesen in Deutschland. In: Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde, Jg. 55 (1922), S. 19 ff.

²⁸ Urkunde Nr. I/1 und I/265 des Goslarer Stadtarchives vom Jahre 1188, zitiert nach Lothar Schroedel, Die Frühgeschichte der sozialen Versicherung mit spezieller Berücksichtigung der Quellen des Harzer Bergbaus. Diss. iur. (Masch.-Schr.), Leipzig 1947, S. 9.

²⁹ Urkundenbuch der Stadt Goslar, Bd. 2, Nr. 70; Bd. 4, Nr. 703 und Nr. 848, zitiert nach Schroedel, Frühgeschichte der sozialen Versicherung aaO, S. 10.

³⁰ Clamor Neuburg, Goslars Bergbau bis 1552, Hannover 1892, S. 100.

dauer und das Gedinge fest, sondern beteiligte sich auch an einer anscheinend schon vorhandenen Sozialfürsorge für die Bergleute. In den im Goslarer Archiv vorhandenen Hüttenrechnungen aus dem Jahre 1409/10 findet sich am Kopf jeder Wochenrechnung die Angabe: „1 Solidus in die bussen“, und die ältesten Grubenrechnungen tragen am Kopf ebenfalls den Vermerk „1 Lot lüb. (lübisch) propter deum“. Wenn auch die Grubenrechnungen erst aus dem Jahre 1487 stammen, so scheint doch die Annahme gerechtfertigt, daß die Grubenverwaltung ebenso wie die der Hütte mindestens seit 1407 regelmäßig einen Wochenbeitrag in die Knappschaftsbüchse leistete. Wahrscheinlich handelt es sich sogar um jene Büchse, die die „fraternitas“ der Bergknappen am Ende des 13. Jahrhunderts bei der St. Johanni-Kirche in Bergedorf errichtet hatte und die nach der erwähnten Urkunde von 1473 noch bestanden haben muß³¹. Neben dem Gewerk als Arbeitgeber führten auch die Bergknappen als Arbeitnehmer einen Teil ihres Wochenlohnes, der regelmäßig am Sonnabend gezahlt wurde, in die gemeinsame Büchse ab. In der Bergordnung vom 9. 1. 1476 hieß es dazu: „Item all gesinde dat wekenlohn up nymt des Sonnabends, schal ein scherf (Scherflein, d. h. Büchsenpfennig) geben in de bussen in die ere godes.“³²

Nach einer zeitgenössischen Chronik fanden dann 1532 und 1536 unter weitestgehender Mitwirkung der Knappschaft Beratungen des Rates der Stadt darüber statt, wie „aufs neue“ eine Ordnung aufgerichtet werden könnte, um denen, die auf dem Berge zu Schaden kommen und dadurch verarmen, notdürftig Hilfe gebracht werden könnte. Das Ergebnis dieser Beratungen war die 1539 erlassene Knappschaftsordnung für den Rammelsberg bei Goslar, wahrscheinlich die erste selbständige Ordnung dieser Art in Deutschland überhaupt. In ihr wurde nicht nur die Verwendung der Büchsenpfennige bis ins einzelne festgelegt, sondern auch erstmals Strafen für Beitragssäumige angedroht. Wer seinen Büchsenpfennig nicht regelmäßig zahlte, dem wurde das „talch“, der von den Gewerken gelieferte Grubenlampenbrennstoff vorenthalten und damit die Einfahrt verweigert. Die Knappschaftsordnung machte auch erstmals Angaben über die Verwaltung der Knappschaft. Danach hatten aus der Mitte der „Berggesellen“ erwählte „Vormünder“ (Vorsteher oder Älteste) einmal jährlich in Gegenwart der gesamten Knappschaft, des Bergvogtes, der Bergherren (Gewerke), des Rates und beider „predicanten“ Rechenschaft über die Kassenführung abzulegen. Dann wählten die Steiger und Hutleute zwei „Vormünder“ aus den Reihen der einfachen Hauer und Bergknechte, diese wiederum zwei Vormünder aus den Reihen der Steiger und Hutleute, also aus der Mitte der von dem Gewerk eingesetzten Aufsichtspersonen, womit eine paritätische Besetzung des Knapp-

³¹ Schroedel, Frühgeschichte der sozialen Versicherung aaO, S. 13.

³² Thomas Wagner, Corpus iuris metallici. Sammlung der neuesten und älteren Berggesetze, Leipzig 1791, S. 1030.

schaftsvorstandes gegeben war. Die Goslarer „Vormünder“ (später auch Brudermeister oder Knappschaftsälteste genannt) wurden in allen Bergordnungen erwähnt³³. Sie verwalteten die Kasse und führten zusammen mit dem Bergvogt die Schlüssel zu der Büchse bei sich, die zuerst in der Kirche, dann auf dem Rathaus und später auf dem Bergamt aufbewahrt wurde. Der Goslarer Knappschaft flossen auch alle von den Aufsichtspersonen verhängten Strafgelder zu, und alles Erz, das beim Transport von der Grube zur Hütte vom Wagen fiel, durfte zum Besten des Knappschaftshauses (anscheinend ein Spital), das der Rat vor den Toren der Stadt zur Verfügung gestellt hatte, verkauft werden. Bemerkenswerterweise mußten die Goslarer Bergherren bei Arbeitsunfällen allein das Arztgeld und den Lohnausfall tragen, und zwar bei Zubeußezechen vier, bei Ausbeutezechen acht Wochen lang. Die Knappschaft übernahm nur die Kosten für darüber hinausgehende längere Krankheit, Arbeitsunfähigkeit bei Invalidität, Armut usw. Die *Grafen von Hohnstein* und das Braunschweiger Herrscherhaus, denen 1552 endgültig die Rechte auf den Goslarer Silberbergbau zufielen, haben dann in den ihnen gehörenden benachbarten Bergorten St. Andreasberg, Gittelde im Grunde, Clausthal und Zellerfeld ganz ähnliche Institutionen für die Bergleute geschaffen.

Noch besser überliefert ist die Entstehungsgeschichte der berühmtesten mittelalterlichen Knappschaft, der zwischen 1350 und 1400 entstandenen „gesellschaft der heuer“ in Freiberg³⁴. Danach wurde der Bergbau in Freiberg in der ältesten Zeit von Einzelpersonen, den „Einspännern“ betrieben. Da die Arbeit bald die Kraft einer Familie überstieg, taten sich zwei oder vier und später bis zu acht Bergleute als „Eigenlehner“ zusammen. Ausgelöst durch die wesentliche Steigerung des Metallbedarfes seit dem 13. Jahrhundert wuchs mit der technischen Vervollkommenung und dem Umfang des Berg-

³³ Wagner, *Corpus iuris metallici* aaO, S. 1045 (Zeile 13 ff.) und S. 1046 (§§ 1, 2 und 5). – Neuburg, *Goslarer Bergbau* aaO, S. 37 und Hue: *Die Bergarbeiter* aaO, Bd. 1, S. 198.

³⁴ Gustav Eduard Benseler, *Geschichte Freibergs und seines Bergbaus*. 2 Bde., Freiberg 1846 und 1853. – Hubert Ermisch, *Das sächsische Bergrecht des Mittelalters*. Leipzig 1887. – Heinrich Gerlach, *Kleine Chronik der Stadt Freiberg*. 2. Aufl., Freiberg 1897. – Paul Wappler, *Über die alte Freiburger Bergknapp- und Bruderschaft*. In: *Mitteilungen des Freiburger Altertumsvereins*, H. 37 (1901). – U. Elsholz, *Die Entwicklung des sächsischen Knappschaftswesens*, Dresden 1910. – F. Langhorst, *Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaus und seiner Arbeiter*, Zwickau 1924. – Johannes Langer, *Die Freiburger Bergknappschaft*. In: *Mitteilungen des Freiburger Altertumsvereins*, Jg. 61 (1931) und Jg. 62 (1932). – F. R. Huffmann, *Über die sächsische Berggerichtsbarkeit vom 15. Jahrhundert bis zu ihrem Ende*, Weimar 1935. – Siegfried Sieber, *Zur Geschichte des erzgebirgischen Bergbaus*, Halle 1954. – Hermann Löscher, *Die Anfänge der erzgebirgischen Knappschaft*. In: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Kanonistische Abtl.)*, Jg. 40 (1954). – Ders., *Die erzgebirgischen Knappschaften vor und nach der Reformation*. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, Bd. 92 (1956). – Ders., *Kerzenheller, Wochen- und Büchsenpfennige der erzgebirgischen Knappschaften*. In: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Kanonistische Abtl.)*, Jg. 42 (1956) und M. Unger, *Stadtgemeinde und Bergwesen Freibergs im Mittelalter*, Diss. phil. (Masch.-Schr.), Leipzig 1957.

baubetriebes zugleich auch der Bedarf an Kapitalinvestitionen. Wegen der geringen geologischen Kenntnisse und den Schwierigkeiten der Wasserabführung wurde der fortschreitend tiefere Stollenbau zu einem risikoreichen Unternehmen. Es genügte nicht mehr, daß die „Eigenlehner“ sich zu einem größeren Gewerk zusammenschlossen, sie mußten sich auch nach vermögenden Leuten umsehen, denen bei Kreditgewährung ein entsprechender Anteil am Bergwerk, der sogenannte „Bergteil“, eingeräumt wurde. So ergab sich auch in Freiberg bald eine Trennung in die nicht selbst arbeitenden Geldgeber, Gewerke und Eigenlehner einerseits und die abhängigen, lohnarbeitenden Bergleute andererseits, die keinen festen Anteil an der Ausbeute erhielten, sondern nur eine feststehende „Bergkost“ bezogen. Die Bergleute waren zwar persönlich weiterhin frei, wirtschaftlich aber abhängig geworden. Allerdings waren sie sich der Abhängigkeit kaum bewußt, da sie neben ihrer eigentlichen Lohnarbeit, die nicht dauernd ausgeübt wurde, auch noch als Eigenlehner schürfen durften. Oft war ihnen auch als „Lehnhäuer“ ein Teil der Grube zum eigenen Abbau mit Gewinnanteil überlassen worden. Der gesamte Freiburger Bergbaubetrieb unterstand dem „Bergmeister“, dem Vertreter des Regalherren. Er verlieh den mutenden Bergleuten nicht nur die Gruben, sondern übte auch die Aufsicht über die Gewerke und die Gerichtsbarkeit aus, wobei ihm aus den Reihen der Bergleute gewählte Geschworene bei der Urteilsfindung zur Seite standen. Übertage war der Schichtmeister als kaufmännischer Rechnungsführer, untertage der Steiger als technischer Betriebsleiter die von den Gewerken eingesetzte Aufsichtsperson. Im Gegensatz zum Handwerk gab es also eine weitgehende soziale Differenzierung innerhalb der Arbeitskräfte, was sich auch in der Zusammensetzung der Knappschaft zeigte. Die Freiburger Knappschaft umfaßte neben den Bergknechten, Häuern und Eigenlehnern ebenso wie in Goslar die Aufsichtspersonen des Gewerkes und des Regalherren, war also im Gegensatz zu einer Gesellschaft im Handwerk keine sozial homogene Interessenvereinigung.

Die freigewählten Vorsteher der Freiburger Knappschaft wurden „Zechmeister“ genannt, wie auch die Verwalter von kirchlichem Vermögen und frommen Stiftungen hießen. Das hing damit zusammen, daß die Knappschaft zunächst in erster Linie eine religiöse Laienbruderschaft war, die „Büchsen“- oder „Wochenpfennige“, die sonst auch „Kirchenheller“ genannt wurden, für fromme und wohltätige Zwecke sammelte³⁵. Auch unterhielt die Knapp-

³⁵ Auch in den benachbarten Orten Schneeberg, Annaberg, Altenberg und Schreckenberg bestanden seit der Mitte des 15. Jahrhunderts unter den Bergleuten ähnliche religiöse Laienbruderschaften, vgl. Oswald Hoppe, *Der Silberbergbau zu Schneeberg bis zum Jahre 1500*. Freiberg 1906, S. 127 (Schneeberger Bergordnung von 1471/72). – Christian Melzer, *Erneuerte Stadt- und Berg-Chronika der im Ober-Erz-Gebirge des belobten Meißen gelegenen Wohl-löbl. Freyen Berg-Stadt Schneeberg*, Schneeberg 1716. – Johannes O. Schm., *Der Silberbergbau zu Annaberg im Erzgebirge bis zum Jahre 1500* (1933), S. 130. – O. Trautmann, *Die Entstehung der Bergstadt Altenberg*. In: *Neues Archiv für Sächsische Geschichte*, Bd. 49 (1928). – Bergordnung des

schaft in der Domkirche einen eigenen „Häueraltar“, zu dem zwei Kaplane von dem Bergmeister angestellt und von der Knappschaft bezahlt wurden. Interessanterweise schlug schon 1447 ein regalherrlicher Aufsichtsbeamter dem sächsischen Landesherrn vor, die Zechmeister, die unter Aufsicht des Bergmeisters die Knappschaft leiteten, auf das ursprüngliche Amt des Einsammelns und Ausgebens der Büchsenpfennige zu beschränken. Ein Anzeichen dafür, daß die Freiburger Bergleute anfangen, sich mit beruflichen und sozialen Standesfragen zu beschäftigen. Nach der Überlieferung lehnte aber der Landesherr diese Beschränkung ab und forderte nach wie vor Berichte und Gutachten der Knappschaft zu einzelnen Fragen an.

Bis zur Reformation verdrängte der Gedanke der sozialen Fürsorge immer mehr das ursprünglich rein religiöse Anliegen der Knappschaft, wenngleich die Pflege des religiösen Lebens noch lange eine wichtige Rolle spielte. Auch bei der Freiburger Knappschaft wurden schon zu Anfang des 16. Jahrhunderts die von den Bergleuten gesammelten Büchsenpfennige bzw. „Kirchenheller“ unter anderem für Unterstützungszwecke verwandt und in Notfällen Geld ausgeliehen, wie die zahlreich überlieferten Schuldverschreibungen (*Miscellanea metallica*) zeigen. Der Freiburger Bergvogt *Simon Bogner* stellte 1567 in seiner Schrift „Alte Freyberger Bergkgebreuche“ dazu fest: „Büchsenpfennige werden getreulich eingebracht vnd gesamlet vnd den Armen ausgespendet, wie es der Bergmeister, Geschworne, Zechmeister vnd Eltiste der Knabschaft eintrechtigk erkennen und beschließen vnd wird kein eigen Nutz dadurch gesucht. Ob sie sich eintrechtigk nicht entschließen können, da gehest nach den meisten Stimmen, Also auch mit dem Beschencken, weil es Blutgelt ist vnd den Armen gehört, wie es auch von den Armen gesamlet wird.“³⁶ Im Gegensatz zu der Ordnung für den Goslarer Rammelsberg gaben die Gewerke und die Regal- und Landesherrn erst seit dem 17. Jahrhundert regelmäßig Beiträge an die Knappschaft. Die Freiburger Knappschaft versammelte sich einmal jährlich am Fronleichnamstage (nach der Reformation am Montag und Dienstag nach Pfingsten). Nach der aus dem Jahre 1553 herrührenden Ordnung dieser Zusammenkünfte, die zugleich die Satzung der Knappschaft darstellte, hatten sich die Steiger und Knappschaftsbrüder im Hause des Bergmeisters zur traditionellen „Frühsuppe“, „Morgensprache“ und anschließenden Prozession unter der eigenen Fahne zusammenzufinden. Wer sich unchristlich betragen hatte oder in seiner Ehre bescholten wurde, den hießen die Zechmeister und Ältesten von der Frühsuppe aufstehen und

Kurfürsten Moritz von Sachsen für den Geisingberg (Altenberg) von 1545. In: Friedrich August Schmidt, *Diplomatische Beiträge zur sächsischen Geschichte*, Bd. 1 (1939), Nr. 33 und Johannes O. Sehm, *Die Schreckenberger Bergordnung 1499–1500*, die älteste deutsche gedruckte Bergordnung, Zwickau 1936.

³⁶ Simon Bogner, *Alte Freyberger Bergkgebreuche*. In: *Freiburger Bergakademie-Bücherei*, Handschrift Nr. 196, Artikel 39. Zitiert nach Wappler, *Über die alte Freiburger Bergknapp- und Bruderschaft aaO*, S. 48 ff.

die Knappschaft verlassen, da nur ehrenhafte Männer unter der Fahne gelitten wurden. Er mußte auch sein „Leder“ abgeben, das noch bis zum 19. Jahrhundert einen wichtigen Bestandteil der Bergmannstracht bildete. Die Knappschaft bildete eine geschlossene Gemeinschaft, zu der Rechtsbrecher und Unehrliche keinen Zutritt hatten. Auf der Jahresversammlung wurden auch die neuen Zechmeister und Ältesten auf ihr Amt verpflichtet. Nach der Ordnung gingen die Bergmeister und einige Geschworene „vor die Tische“ der gemeinen Brüder, zeigten ihnen die Bestätigung an und ermahnten sie, die neuen Knappschaftsvorsteher zu achten und ihnen die Büchsenpfennige zu geben. Die Zechmeister mußten vom Rat der Stadt und der gesamten Knappschaft jedes Jahr neu bestätigt werden. Nur wenn im Laufe der Amtsperiode ein Ältester starb, konnte der Bergvogt die vom Bergmeister, den Geschworenen und den anderen Zechmeistern neugewählten Ältesten allein bestätigen. In der Versammlung wurden auch die neuen Brüder aufgenommen. Sie mußten durch Urkunden ihre eheliche Geburt und ihren guten Leumund nachweisen und zwei Mitglieder für sie bürgen. Nur die, welche in Freiberg oder Umgebung geboren waren, brauchten nicht soviel Formalitäten zu erfüllen. Die Aufnahme eines neuen Bruders mußte in jedem Falle „vor alle Tische“ gebracht werden, wo die Knappschaftsgenossen verpflichtet waren, ihnen bekannte Bedenken gegen den Neuen vorzubringen. Der Bergmeister, die fünf Geschworenen, die vier Zechmeister und zwölf Ältesten – das Zahlenverhältnis bleibt bis zum Ende des 17. Jahrhunderts fast immer dasselbe³⁷ – versammelten sich alle drei Monate oder noch öfter, um die Knappschaftsangelegenheiten zu beraten, wobei keiner den anderen mit „unziemlichen Geschrey oder ungestüme Worte“ zu unterbrechen hatte. Am Jahresende mußten die vier Zechmeister dem Bergmeister, den Geschworenen und Ältesten dann die Knappschaftsrechnung mit allen Ein- und Ausgaben vorlegen. Wenn der Bergmeister und Bergvogt mit ihrer Unterschrift unter allgemeiner Zustimmung die Entlastung gegeben hatten, wurde die Rechnung wiederum „vor alle Tische“ gebracht. Auch aus der Knappschaftslade, die beim Bergmeister aufbewahrt wurde, konnte nur mit Bewilligung der vier Zechmeister und mindestens sechs Ältesten Geld entnommen werden. Nur sie zusammen konnten mit ihren Schlüsseln den Kasten öffnen³⁸.

³⁷ Die genaue Zahl der Ältesten, Zechmeister, Geschworenen usw. von 1518 bis 1679 ist nach den Bruderschaftsregistern festgestellt worden bei Langer, *Die Freiburger Bergknappschaft aaO*, H. 61, S. 18 ff.

³⁸ Wappler, *Über die alte Freiburger Berg-Knapp- und Bruderschaft aaO*, vgl. dort Simon Bogners Beschreibung im Artikel 31: „Knabschaft Persohnen Seint der Bergkmeister, 5 Geschworne, vier Zechmeister und 12 Eltisten, darinen im Jahr einmahl auß auff Pfingsten von ihren Mit Brüdern etliche auff, waß nun außlendische Sein, die werden nicht auffgenommen ... der Bergkmeister und die Vier Zechmeister haben der Knabschaft Geld vnd Kleinnoth sambt ihren Siegel, welches Geld von den Armen Bergleuthen Büchßen Pfennige gesamlet beym Bergkmeister in einem festen Verschloßenen Kasten darzu der Bergkmeister einen besonderen Schlüssel vnd die

Die Freiburger und Goslarer Knappschaftsordnungen zeigen deutlich, wie es zur Entstehung und Ausbildung einer bergmännischen Standesorganisation mit bestimmten Selbstbestimmungsrechten kommen konnte. Sicherlich ist die Entwicklung nicht überall so verlaufen, doch lassen die gedruckt vorliegenden Quellen darauf schließen, daß allgemein die religiösen Bruderschaften der Bergleute nach der Reformation durch die mehr säkularisierten Knappschaften mit der Betonung des sozialen Fürsorgegedankens und der wirtschaftlichen Interessenvertretung abgelöst worden sind. Die Gelder wurden, soweit wir erkennen können, wie bei den Zünften oftmals als Darlehen vergeben, die aber bei einem Sterbefall oder besonderen Notstand nicht zurückbezahlt werden brauchten³⁹. Im Grunde handelte es sich zunächst um eine zinslose Verleihung oder Stiftung von Geldern, die für kirchliche Zwecke gesammelt worden waren. Eine solche Vergabe stand aber durchaus im Einklang mit der damaligen Rechtsanschauung. Ursprünglich sammelten anscheinend die Bergleute, wenn sie noch als Eigenlehner mit Gewinnanteil und Zubeße tätig waren, jedesmal besondere Spenden unter den Berggenossen ein oder zweigten aus den gesparten „Kerzenhellern“ (Büchsenpfennigen) etwas dafür ab. Erst später wurden feste Beiträge erhoben, Säumige bestraft, die Leistungen erweitert usw. Die „Büchsen“ oder „Laden“ wurden anscheinend von Anfang an von „Ältesten“, „Vormündern“, „Brudermeistern“, „Zechmeistern“ unter Kontrolle der „Geschworenen“ und Vertreter der Regal- und Landesherrn verwaltet. Sie führten die Schlüssel für den Geldkasten als Zeichen ihrer Selbstverwaltung bei sich, bestimmten die Höhe der Unterstützungen bei Verdienstausschlag, verordneten die Behandlung durch den „Bergmedicus“ und die Einweisung in ein Spital. Auch die Zahlung des „Knappschaftsalmosens“ oder „Gnadengeldes“ – kleine Renten an Berginvaliden und Witwen oder Erziehungsbeihilfen für Waisen – waren ebenso in ihr Ermessen gestellt wie die Festlegung des Begräbnisgeldes.

Die frühzeitige Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in sozialen Dingen ist ebenso wie die kirchliche Repräsentation und Mitwirkung an der Berggerichtsbarkeit – die ein besonderes Kapitel darstellt⁴⁰ – auch an anderen

Vier Zech Meister ein ieglicher einen Schlüssel haben, Also daß Keiner ohn den anderen darzu kommen kan . . .“.

³⁹ W. Bogsch, Der Marienberger Bergbau in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, Diss. phil., Leipzig 1933, berichtet eingehend von Klagen der dortigen Knappschaft um Rückgabe solcher Darlehen.

⁴⁰ Die Ausübung eigener Berggerichtsbarkeit durch die Knappschaft förderte besonders die ständische Absonderung und die Bildung genossenschaftlichen Korporationsgeistes. Auch die Feststellung und Ausbildung des Bergrechtes geschah nur durch Mitwirkung der Knappschaft oder ihrer Vertreter. So wurde im Schladminger Bergbrief von 1308, einem der wichtigsten Bergweistümer Süddeutschlands, die Bergordnung von dem Bergrichter, dem Rat der Stadt, den Bürgern und den „Knappen gemeiniglich“ erlassen. Auch die steiermärkische Bergordnung von 1336 wurde mit dem „vollkommen Rat vnser getrewen Bürger vnd Perkleut“ erlassen, während in Schwaz (Tirol) sich die gesamte Knappschaft zur „gemaine Sinodumb“, d. h. der

Bergorten überliefert und kann geradezu als ein Merkmal der Knappschaften gelten. Beim Goldbergbau im schlesischen Reichenstein bestand zwischen 1474 und 1526 für die Unterhaltung von „armen, schwachen, verdorbenen und beschädigten Bergleuten“ eine Knappschaftsbüchse, in die jede Gewerkschaft von Grube und Hütte von jedem Gulden, den sie der Knappschaft an Lohn zahlte, zwei Heller zurücklegte. Über die Knappschaftskasse (aus der auch die Kosten für Pfarrer und Kirche bestritten wurden) führten die ältesten Häuer die Rechnung, die ihnen jährlich zwei Geschworene abnahmen⁴¹. In Kuttenberg, wo der Böhmenkönig Wenzel II. bereits 1360 mit seinen „Constitutiones iuris metallici“ eine Bergordnung erließ, scheinen schon 1585 Sonderknappschaften bestanden zu haben. Die Häuer, Treiber, Schmelzer usw. wählten dort gruppenweise ihre Ältesten. Diese hatten auf „ehrbaren Wandel und Gottesfurcht“ zu achten und wurden vom „Obrist-Münzmeister“ auf ihr Amt verpflichtet. Ihnen war auch das Recht gegeben, zu bestimmten Terminen (Haspler-Älteste und Treiber-Älteste alle 14 Tage sonntagsfrüh) sich nach den Verhältnissen zwischen den Vorgesetzten und den Knechten zu erkundigen und Streitigkeiten zu schlichten. Bei kleineren Anlässen konnten sie den Schuldigen selbst zu einer Haftstrafe verurteilen⁴².

Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts ist es nachweislich zu streikähnlichen Arbeitsniederlegungen unter den Bergleuten gekommen, wobei die Knappschaften maßgeblich beteiligt waren. So klagten im Jahre 1447 der Bergmeister und der Bergschreiber in Freiberg darüber, daß „die ynnunge unde bunde der hauwer“ sich so verbunden hätten, daß keiner ohne den Willen des anderen arbeiten könne, was sich „gar scheedelichen dem bergwercke“ gegenüber

gemeinen Synode versammelte, um ähnlich wie in der bauerlichen Markengenossenschaft das Recht zu weisen. An anderen Bergorten gab es ähnliche Pflichttage im Jahre, an denen sich die Knappschaft zur Verlesung der „gemeinen Bergrechte“, zur Abhaltung von Rügegerichten usw. einfand. Vgl. Bergbrief des Leonhard Egelzheim, Bergrichter zu Schladming. In: Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 1, S. 437 (Anhang 1). – F. Khull, Der alte Bergbrief von Schladming. In: Beiträge zur Kunde der steiermärkischen Geschichtsquellen, Jg. 28 (1887) und Jg. 30 (1899). – Franz Anton Schmidt, Chronologisch-systematische Sammlung der Berggesetze der österreichischen Monarchie, Bd. 1, Wien 1832. – Karl Friedrich Mosch, Zur Geschichte des Bergbaus in Deutschland, 2 Bde., Liegnitz 1829. – Joseph v. Sperges, Tyrolische Bergwerksgeschichte, Wien 1765.

⁴¹ Aemil Steinbeck, Geschichte des schlesischen Bergbaus, seiner Verfassung und seines Betriebes, Breslau 1857. – C. Faulhaber, Die ehemalige schlesische Goldproduktion mit besonderer Berücksichtigung des Reichensteiner Bergreviers. Diss. phil., Breslau 1896. – W. Köhler, Arsenik- und Goldbergwerk zu Reichenstein in Schlesien. In: Festschrift zum 12. Allgemeinen deutschen Bergmannstage (4), Breslau 1913. – Hue, Die Bergarbeiter, Bd. 1, aaO, S. 192.

⁴² Graf Kaspar Sternberg, Umriss einer Geschichte der böhmischen Bergwerke und der Berggesetzgebung des Königreiches Böhmen, Bd. 2, Prag 1838, S. 14. – Vgl. ferner J. G. Megerle v. Mühlfeld, Merkwürdigkeiten der königl. Freien Bergstadt Kuttenberg und des daselbst befindlichen uralten Silberbergwerkes, Wien 1825. – Wagner, Corpus iuris metallici aaO und Adolf Zycha, Das böhmische Bergrecht des Mittelalters auf der Grundlage des Bergrechtes von Iglau, 2 Bde., Berlin 1900.

ausgewirkt habe, und es wurde darauf hingewiesen, daß „dy knappschaft vil heymliche rete machen unde offbruche, das doch vor ny gewest ist“⁴³. Als 1449 neue landesherrliche Steuern erhoben wurden, war es wiederum die Freiburger Knappschaft, die Klage erhob. Im Jahre 1453 drang sie wiederholt darauf, daß zur Beseitigung zahlreicher Übelstände ihre Ältesten mitbefragt werden müßten, und 1470 wurden von den Knappen sogar bestimmte Maßnahmen zur Verhütung weiteren Bergbauverfalls vorgeschlagen. Seit 1550 scheint der Kampf gegen wirtschaftliche Mißstände zu einer wichtigen Beschäftigung der Knappschaft geworden zu sein: Von 1611 bis 1730 kämpfte die Knappschaft vor allem gegen die zu hohen Brotpreise, den Getreidewucher, die Akzise, Futtergeld- und Milizsteuer, Quatembergelderhebung, die Schutzgeld- und Kopfsteuer, wobei es immer wieder Tumulte und Unruhen gab. Meist schickten die sächsischen Kurfürsten dann die Beschwerden der Knappschaftsältesten an den Rat der Stadt Freiberg mit dem Ersuchen um Erstattung eines Gutachtens oder Einleitung von Maßnahmen. Auch der Oberbergmeister wurde zur Berichterstattung zu den Verhandlungen aufgefordert, die unter Teilnahme einer kurfürstlichen Kommission, der Ratsvertreter, sechs Knappschaftsältester und vier einfacher Bergleute zusammen mit den Vertretern der angegriffenen Innungen auf dem Rathaus stattfanden. Ebenso bezeichnend waren die Forderungen, welche die erzgebirgischen Knappschaften in und um Annaberg während des Bauernkrieges im Jahre 1525 erhoben⁴⁴. Dort forderten die Knappen u. a. eine viertel- oder ganzjährliche Abrechnung der Büchsenpfennige. Dazu sollten „aus jedem Viertel vier Knappen abgeordnet werden“. Durch sie und die Vorsteher der Knappschaft (Bergmeister und Älteste) sollte dann das Geld den kranken, armen und invaliden Bergleuten gegeben werden. Zu diesem Zwecke wurde auch die Einrichtung eines „Bruderhauses“ für alte und verunglückte Bergknappen ähnlich wie bei der Schneeberger Knappschaft gefordert. Ferner wurde die Forderung nach Neuwahl der bisherigen vier Knappschaftsältesten erhoben, jedoch sollten diese noch ein Jahr im Amt bleiben, um die neuen Vertreter in ihre Aufgaben einzuführen. Auch wurde der Wunsch geäußert, nur noch einen Prediger für die Knappschaft anzustellen, der die reine Wahrheit verkünde, alle anderen aber zu entlassen.

Bei dem „Aufstehen“ und den „Rottierungen“ der Knappschaften, die seit dieser Zeit auch aus dem Harz, aus Böhmen (besonders in St. Joachimsthal 1525), Thüringen, Kärnten, der Steiermark und Tirol überliefert sind⁴⁵, handelte es sich allerdings nicht um soziale Klassenbewegungen im Sinne des 19. Jahrhunderts. Wie schon erwähnt, waren die Knappschaften keine reinen

⁴³ Langer, Die Freiburger Bergknappschaft aaO, S. 67.

⁴⁴ Löscher, Die erzgebirgischen Knappschaften vor und nach der Reformation aaO, S. 182.

⁴⁵ Vgl. das ausführliche Kapitel „Lohnbewegungen und Arbeitseinstellungen“ bei Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 1, S. 305 ff.

Interessenvertretungen der Lohnarbeiter, in ihnen waren auch die von den Gewerken eingesetzten Aufsichtspersonen und regalherrlichen Beamten sowie anfangs die „Eigenlehner“ vertreten. Diese konnten schon deshalb ein gewisses Mitspracherecht beanspruchen, weil die Gewerke in der Regel durch Überlassung eines gewissen Förderanteils oder Stellung von Freikuxen zu den Leistungen der Knappschaftskasse beitrugen. Auch fehlte es trotz der starken Arbeitsteilung und der zum Handwerk vergleichsweise großen betrieblichen Hierarchie an einer Betonung der sozialen Unterschiede. Einerseits waren die Bergmeister, Steiger, Schicht-, Ofen- oder Hammermeister aus der Schicht der Hauer, Schmelzer und Hammerschmiede emporgestiegen, zum anderen befanden sich unter den lohnarbeitenden Berg- und Hüttenleuten, die nicht im ganzen Jahr durchgehend beschäftigt waren, immer noch landbesitzende Bauern und Stadtbürger, die selbst einen „Bergteil“ besaßen oder als Eigenlehner, d. h. Kleinstunternehmer nebenbei selbstständig schürften. Nicht selten standen Gewerke, Eigenlehner und Knappschaften gegen Rat, Innungen oder Landesherr, da gemeinsame Standesinteressen zu verteidigen waren. Die Forderungen der Bergleute bezogen sich wohl auch auf höheren Lohn und kürzere Schichtdauer sowie auf gerechtere Verteilung der Soziallasten, aber auch auf korporative und religiöse Selbstbestimmung (Beibehaltung der zahlreichen kirchlichen Feiertage!), ohne daß das eine vom anderen klar zu trennen wäre.

Bei dem engen Ineinandergreifen von Bergwerks- und Hüttenwesen – die zitierten Bergordnungen betrafen zum Unterschied gegen heute fast nur die Arbeitsverhältnisse im Erzbergbau – erscheint es nicht weiter verwunderlich, wenn in den vielen Berg- und Knappschaftsordnungen die knappschaftlich versicherten Hüttenarbeiter nicht besonders aufgeführt wurden. Da gewöhnlich alle Lohnarbeiter zum Zahlen der Büchsenpfennige verpflichtet wurden, müssen darunter auch die Arbeiter der Pochwerke, der Schmelzhütten (Saigerhütten) und der Eisen- und Kupferhämmer, das sonstige technische Hilfspersonal (Göpelknechte, Bergschmiede zur Reparatur des Gezähes, Grubenmaurer, Kunst- und Wasserknechte) und sogar die Holzfäller und Holzköhler darunter verstanden werden. Nur in wenigen Bergordnungen, wie z. B. in Freiberg und Kuttenberg, wurden besondere „Schmelzerbruderschaften“ erwähnt, die aber anscheinend keine besondere Knappschaftsordnung hatten. Eigene Hüttenknappschaften, über die nach unserer Kenntnis bisher keine besonderen Untersuchungen vorliegen, formierten sich anscheinend erst dort, wo das Hütten- und Hammerwesen sich rechtlich und wirtschaftlich vom übrigen Bergbau trennte. Im allgemeinen blieben die Berg- und Hüttenarbeiter, wie wir es aus den meisten preußischen Landesteilen und aus Bayern wissen, bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, d. h. dem Beginn der neueren liberalen Berggesetzgebung, gemeinsam in Knappschaften organisiert⁴⁶.

⁴⁶ Ebd., S. 209 und S. 292 ff.

Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts erkannten die Territorialfürsten mehr und mehr die Bedeutung der Knappschaften. Die seit dieser Zeit erlassenen landesherrlichen Bergordnungen nahmen sich fast ausnahmslos der Regelung des Knappschaftswesens an, wobei auf frühere Vorbilder zurückgegriffen wurde⁴⁷. Eine Weiterbildung erfuhr das Knappschaftswesen aber erst, als einige Landesherren mit dem Direktionsprinzip reglementierend in das Berg- und Hüttenwesen mit dem Ziel eingriffen, dem willkürlichen Raubbau ein Ende zu setzen, die nach den mannigfachen Kriegen darniederliegende Produktion wieder in Gang zu setzen und das gesamte Bergwesen zentralistisch zu erfassen, wie es dem merkantilistischen Wirtschaftsdenken und der absolutistischen Staatsauffassung entsprach. Da die Fürsten überall eine neue Bürokratie der staatlichen Bergverwaltung einsetzten, lag es auf der Hand, daß die bis dahin freiwillig entstandenen und autonom wirkenden Korporationen der Berg- und Hüttenarbeiter einen einheitlichen gesetzlichen Rahmen erhielten. Aus den älteren Bergordnungen und „Bergfreiheiten“ wurden nach und nach straff revidierte Berggesetze, die dem Staat einen nachhaltigen Einfluß auf den Bergbau sichern sollten. Die Churkölnische Bergordnung von 1669, die das Knappschaftswesen sehr ausführlich regelte, zielte schon teilweise in diese Richtung⁴⁸. Danach wurden die Knappschaftsältesten und der Knappschaftsschreiber nicht mehr wie bisher von den Bergleuten, sondern von der staatlichen Bergbehörde ausgewählt, bestätigt und auf ihr Amt vereidigt, doch hatte der „Berghauptmann“ als Vertrauensmann der Knappschaft bei der Auswahl noch ein Mitspracherecht. Die so gewählten Vorstandsorgane der Knappschaft waren in ihrer Amtsführung und Rechnungslegung auch nur dem staatlichen Bergmeister und dem Bergamt verantwortlich. Leistungen aus der Kasse konnten allerdings weiterhin nur mit dem Einverständnis der Ältesten gewährt werden, doch mußten auch hierbei der Oberbergmeister und das Bergamt in Kenntnis gesetzt werden.

Einen wirklich durchgreifenden Wandel in der Verfassung der Knappschaften in Richtung auf eine Staatskontrolle brachte aber erst die Berggesetzgebung *Friedrich des Großen*. Um den nach den schlesischen Kriegen darniederliegenden Bergbau zu heben, einen Stamm tüchtiger Berg- und Hüttenarbeiter heranzuziehen und das zersplitterte Bergrecht zu vereinheitlichen, revidierte er 1766 die Cleve-Märkische, 1769 die Schlesische und 1772 die

⁴⁷ Bestimmungen über das Knappschaftswesen enthalten unter anderem folgende Bergordnungen aus dieser Zeit: Nassau-Catzenelnbogische Bergordnung (1559), Churtriersche Bergordnung (1564), Hennebergsche Bergordnung (1566), Homburgische Bergordnung (1570), Churkölnische Bergordnung (1669), Eisleben-Mansfeldische Bergordnung (1673), Anhalt-Bernburgische Bergordnung (1706), Jülich-Bergische Bergordnung (1719), Vorder-Österreichische Bergordnung (1731) und die Chur-Sächsische Stollenordnung (1749). Vgl. Hermann Brassert, Bergordnungen der preußischen Lande. Köln 1858 und Karwehl, Entwicklung und Reform des deutschen Knappschaftswesens aaO, S. 16.

⁴⁸ Ebd.

Magdeburg-Halberstädtische Bergordnung⁴⁹. Da diese Ordnungen alle bedeutenden Bergbauggebiete Preußens umfaßten und inhaltlich übereinstimmten, wurden auch auf knappschaftlichem Gebiet annähernd einheitliche Rechtsverhältnisse geschaffen. Nach einer Ausführungsverordnung, der „Instruction zur Einrichtung und Führung der Knappschafts-Casse für die Bergleute in dem Herzogthum Cleve, Fürstenthum Meurs und der Grafschaft Marck“ vom 16. 5. 1767, wurde als oberste Aufsichtsbehörde die Cleve-Märkische Kriegs- und Domänenkammer bestimmt, der zahlreiche Eingriffsrechte zustanden. Ihr unterstand das Bergamt als eigentliche Knappschaftsbehörde, deren Anordnungen alle Knappschaftsmitglieder Folge zu leisten hatten. Die Leitung der Kasse lag in der Hand eines Knappschaftsrendanten, der von den gesamten Einnahmen 4 % als Entlohnung bekam. Er hatte dem Bergamt eine Kautionsstellung zu stellen und wurde durch Handschlag auf eine getreuliche Führung der Kasse vereidigt. Seine Aufgabe bestand vor allem darin, jeden Berg- und Hüttenarbeiter nach seiner Vereidigung in die Knappschaftsrolle einzutragen, wobei 10 Stüber Einschreibgebühren an die Knappschaftskasse zu entrichten waren. Ohne diese Gebührenquittung konnte keiner die Arbeit anfangen. Weiterhin hatte er darauf zu achten, daß der Schichtmeister die Beiträge der Arbeiter bei der Löhnung einbehielt und pünktlich an die Kasse einzahlte sowie die Zuschüsse der Gewerke und die Strafgehalte an die Kasse abgeführt wurden. Ihm und seinem Knappschaftsschreiber waren zur Unterstützung zwei Knappschaftsälteste, der jeweilige Berggeschworene und zwei Oberschichtmeister beigeordnet. Die Knappschaftsältesten, die für ihre Mühe 2 % der Kasseneinnahmen erhielten, untersuchten quartaliter die persönlichen Vermögensverhältnisse des zu Unterstützenden und gaben für das Bergamt ein Gutachten für die Unterstützungsgesuche ab. Die allein vom Bergamt bewilligten Auszahlungen erfolgten in Gegenwart eines Knappschaftsältesten, der diese und die jährliche Rechnungslegung des Rendanten zu überprüfen hatte.

Das neue preußische „Knappschaftsreglement“, das wiederum auch für die Hüttenbetriebe galt, brachte eine genaue Regelung der Pflichten der Mitglieder, einen zwangsweisen Beitritt und eine wesentliche Verbesserung der Leistungen, beseitigte aber dafür die jahrhundertelange Selbstverwaltung der Knappschaftsgenossen an der Verwaltung: die Knappschaftsältesten waren zu ausführenden Organen für die landesfürstlichen Beamten geworden. Damit

⁴⁹ Sämtlich abgedruckt in *Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum*, Bd. 4, S. 911, 985 und 1090. Vgl. dazu Heinrich Achenbach, Geschichte der Cleve-Märkischen Berggesetzgebung und Bergverwaltung bis zum Jahre 1815. In: *Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem Preussischen Staate*, Jg. 17 (1869), S. 178. – Brassert, Bergordnungen der preussischen Lande aaO, S. 60 ff. – Ponfick, Geschichte der Sozialversicherung im Zeitalter der Aufklärung aaO, S. 23. – Hans Wilhelm Büchsel, Rechts- und Sozialgeschichte des oberschlesischen Berg- und Hüttenwesens 1740–1806. In: *Forschungen zur schlesischen Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 1, Breslau-Kattowitz 1941.

hatte das Knappschaftswesen in Preußen den Charakter eines Sozialversicherungsinstitutes mit mathematisch berechenbaren Versicherungsmethoden angenommen, den Charakter einer berufsständischen Interessenvertretung in anderen Arbeits- und Lebensbereichen verloren. Der eigentliche Grund für die weitgehende Beseitigung des genossenschaftlichen Selbstbestimmungsrechtes und die Ausgestaltung der Knappschaftsorgane zu landesfürstlichen Beamtenstellungen lag im folgenden: Aus dem ursprünglichen Almosen der religiösen Bruderschaften im Spätmittelalter war mit der Zeit ein feststehender „Gnadenlohn“ geworden, auf den jedes Kassenmitglied im Bedarfsfall einen Anspruch anmeldete. Auch stellten die steigenden Medizin- und Begräbniskosten immer höhere Ansprüche an die „Büchsen“. Die Bergbehörden, durch deren Edikte die steigenden Ausgaben zum Teil veranlaßt wurden, mußten versuchen, durch Zubußen das Gewicht der Einnahmen wieder zu verstärken. Um die Beiträge und Zuschüsse besser kontrollieren zu können, wurde die Verwaltung der Knappschaftsinstitutionen weitgehend in die behördliche Regie übernommen. Auf der anderen Seite brachte das neue „Direktionsprinzip“ für die Berg- und Hüttenleute gerade in sozialer Hinsicht eine Reihe nicht zu unterschätzender Vorteile. Denn die gesamte wirtschaftliche und technische Leitung der Gruben, Hütten- und Hammerwerke, die Aufstellung der Produktions- und Investitionspläne, die Festsetzung des Gedinges und der Schichtdauer, die Anstellung und Entlassung der Arbeitskräfte wurde den privaten Gewerken durch die neue dirigistische Ordnung der Gewerbepolitik völlig entzogen. Den eigentlichen Eigentümern der Werke blieb nicht viel anderes übrig, als die ihnen zustehende Ausbeute zu erheben oder die vom Bergamt geforderte Zubuße zu zahlen. In allen wichtigen Dingen des Arbeitsverhältnisses übten die Gewerke nur ein beratendes Stimmrecht aus; lediglich im Vertrieb der Produkte konnten sie selbständig verfahren. Für das Knappschaftswesen brachte das Direktionsprinzip bis auf den weitgehenden Verlust der Selbstverwaltung sonst keinerlei Nachteile⁵⁰.

Freilich verloren selbst in Preußen nicht überall die Knappschaftsvorstände ihre Selbständigkeit, weil die alten Provinzialbergordnungen zum Teil noch in Kraft blieben und die neuen Berggesetze nicht überall zur Anwendung kamen. In den anderen deutschen Einzelstaaten, wo die Landesherren den Bergbau von Anfang an selbst in die Hand genommen hatten, wurden – wie etwa im Saargebiet – durch die staatlichen Bergbehörden selbständige Knappschaften erst ins Leben gerufen. Von einer straffen Reglementierung war meistens nichts zu finden, und die alten Verhältnisse blieben, ähnlich wie im

⁵⁰ Kahrwehl, Entwicklung und Reform des deutschen Knappschaftswesens, S. 17. Zur Frage des Direktionsprinzips vgl. allgemein die hervorragende Studie von Agnes Prym, Staatswirtschaft und Privatunternehmung in der Geschichte des Ruhrkohlenbergbaus, Essen 1950, und neuerdings bei Hans Dieter Krampe, Der Staatseinfluß auf den Ruhrkohlenbergbau in der Zeit von 1800 bis 1865. In: Schriften zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte Bd. 5, Köln 1961.

Handwerkswesen, noch lange in Kraft. Der englische König Georg II. mußte noch 1733 in seinem Stammland Hannover durch ein Edikt die Harzer Bergleute verwarnen, „aus Sachen, die nur ein oder anderen besonders angehen, kein gemeinsames Klagewerk zu machen, auch sich allen Auf- und Zusammenlaufens zu enthalten“. Alle Beschwerden und Klagen sollten auf dem ordentlichen Instanzenweg, „soweit sie das Berg-, Poch- und Hammervolk angehen, durch die Knappschaftsältesten oder andere ihnen vorgesetzte Bediente“ gehörigen Ortes vorgetragen werden⁵¹. Das Edikt zeigte, daß auch im 18. Jahrhundert die Knappschaften den Charakter einer berufsständischen Interessenvertretung durchaus nicht überall verloren hatten und die Knappschaftsältesten durch den Landesfürsten weiterhin als das gegebene Beschwerdeorgan angesehen wurden. Die Reglementierung der Knappschaftsverbände im 17. und 18. Jahrhundert ist wegen der zersplitterten Gesetzgebung bis auf Preußen und Österreich nur schwer zu übersehen. Eingehendere und zusammenfassende Untersuchungen müßten noch feststellen, ob das Direktionsprinzip überall zu einem Verlust der Knappschaftsautonomie führte oder ob ähnlich wie beim Handwerk trotz der neuen Berggesetze in Wirklichkeit alles mehr oder weniger beim alten blieb.

Bezeichnenderweise ist auch in den wichtigsten preußischen Bergbaudistrikten die alleinige Führung der Knappschaftskassen durch die Bergbehörden nicht von langer Dauer gewesen. Schon im Jahre 1785 wurde durch eine Reform des *Reichsfreiherrn von und zum Stein* die Entwicklung dieser Institutionen wieder in eine andere Richtung gelenkt. *Stein*, der mit 24 Jahren als Oberbergrat die Verwaltung des Berg- und Hüttenwesens in den preußischen Westprovinzen übertragen bekam, hatte sich schon kurz nach seinem Amtsantritt im Jahre 1784 mit den unerfreulichen Zuständen der erst 1767 gegründeten „Märkischen Knappschaftskasse“ auseinanderzusetzen, die ein beträchtliches Defizit aufwies. Um die Schulden zu tilgen, ordnete *Stein* durch das Bergamt an, daß die Knappschaftsangehörigen monatlich eine Freischicht verfahren sollten, deren Ertrag dann in die Kasse fließen sollte⁵². Die damit unzufriedenen Bergleute wandten sich direkt an den preußischen Bergwerksminister *Freiherr v. Heinitz*⁵³, der nach vergeblichem Zureden einige Sorge zeigte, die Bergleute möchten die Arbeit niederlegen und der ganze märkische Bergbau zum Stillstand kommen. In einem Bericht an *Heinitz* vom 30. Januar 1785 riet *Stein* aber, in diesem Fall nicht nachzugeben, den Bergleuten dafür in anderer Weise ein Zugeständnis zu machen. Er empfahl seinem

⁵¹ Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 1, S. 319, gibt leider die Quelle hierfür nicht an.

⁵² Max Lehmann, Freiherr v. Stein. Bd. 1, Leipzig 1902, S. 70 ff.

⁵³ A. Schwemann, Freiherr v. Heinitz. In: Beiträge zur Geschichte der Technik und der Industrie. Jahrbuch des Vereins deutscher Ingenieure (VDI), Jg. 12 (1922) und Jg. 14 (1924). – Walter Serlo, Heinitz, Reden und Stein und ihre bergmännische Versippung. In: Bergmannsfamilien in Rheinland und Westfalen, Münster 1936, S. 1 ff.

Vorgesetzten, die Verwaltung der Knappschaftskasse von Grund umzugestalten und bemerkte dazu wörtlich: „2. Haben wir schon oben bemerkt, daß die Revier Bediente und insbesondere die Obersteiger sich als Exekutoren der neuen Verordnungen den Haß der Bergleute notwendigerweise zuziehen müssen. Um dieser Veranlassung zu Klagen auszuweichen, so halten wir es für ratsam,

a) daß denen Obersteigers die ihnen zugelegten 10 rh genommen und sie von allem Antheil an die die Knappschafts Anstalt betreffenden Arbeiten und Geschäften dispensirt, da sie von ihrer eigentlichen Bestimmung und den damit verknüpften Arbeiten nur zerstreut werden,

b) dagegen der Knappschaft nachgelassen, jedem Revier 4 aus ihren Mitgliedern zu Knappschaftsältesten dem Berg-Amt vorzuschlagen, woraus das Berg-Amt zwey wählt, die die Geschäfte der Knappschaft gratis dem Antrag der Hördischen Bergleute gemäß besorgen. *Bisher wurden die Knappschafts-Ältesten vom Berg-Amt gesetzt, es ist aber der Sache angemessener, wenn die Bergleute sich diejenigen wählen können, denen sie ihr Interesse und die Mitaufsicht über eine für sie gemeinnützige Anstalt anvertrauen.* Besondere Beschwerden gegen die Knappschafts-Ältesten des Hördiger Reviers, den Wallbaum und Wagener, sind nicht angebracht, sondern nur der Mangel an Zutrauen, aus dem allgemeinen Grund, daß der eine Schichtmeister und der andere Obersteiger ist und sie den Verdacht gegen sich haben, als ständen sie in zu großer Abhängigkeit vom Bergamt ...“⁵⁴

Diese *Steinsche* Anregung, den Arbeitnehmern ein Selbstbestimmungsrecht einzuräumen, hatte ebenso wie das hier geschilderte Aufbegehren westfälischer Bergleute aus Hörde noch nichts mit einer aktuellen „sozialen Frage“ zu tun. Die auf ihrem „Kotten“ sesshaften und nebenbei Landwirtschaft treibenden Bergleute unter *Friedrich dem Großen* und *Friedrich Wilhelm II.* lebten noch äußerst genügsam und kannten nicht den rastlosen Arbeitstrieb der industriellen Arbeitswelt. Der merkantilistische Staat hatte vielmehr Mühe, diese seine Untertanen mit „hartem Traktament“ überhaupt zur Arbeit anzuhalten. Die Unzufriedenheit der Bergleute aus der Nähe Dortmunds, die sich nicht scheuten, über den Kopf des Oberbergrates hinweg an den Minister zu schreiben, war vor allem ein Protest gegen die neue Ordnung und Aufsicht, die in der „skandalösen Lodderwirtschaft“ in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in der Grafschaft Mark nur locker gehandhabt worden war⁵⁵. Auch *Stein* hatte nach seinen Angaben Mühe darin, „seine dickhäutigen Westphälinger in Atem zu versetzen“, die keine anderen Vergnügungen kannten, „que ceux de l'ivresse“⁵⁶. Auf der anderen Seite hatte *Stein* bei

⁵⁴ Bericht des märkischen Bergamtes (Referent Stein). Wetter, 30. Januar 1785. In: Erich Botzenhart, Freiherr v. Stein, Bd. 2, Berlin 1931, S. 118.

⁵⁵ Aloys Meister (Hrsg.), Die Grafschaft Mark, Festschrift zum Gedächtnis der 300jährigen Vereinigung mit Brandenburg-Preußen, Bd. 1, Dortmund 1909, S. 443.

⁵⁶ Stein an Reden am 26. 2. 1785. In: Botzenhart: Frhr. v. Stein aaO, S. 120.

seinen „Generalbefahrungen“ in den westfälischen Kohlengruben durchaus erkannt, „der Arbeiter ist mancherley Bedrückungen ausgesetzt von Seiten des Schichtmeisters und der Gewercken“⁵⁷ und suchte durch die Gewährung einer Selbstverwaltung diesen Mißstand zu mildern. Schon hier zeigte sich *Stein* als der gemeindeverbundene Reformator, der bei aller Aktivierung der wirtschaftlichen Kräfte zugleich an die sozial Schwachen dachte. Auch später wandte er sich gleichermaßen gegen das „Bauernlegen“ und andere Maßnahmen der wirtschaftlichen Unterdrückung, welche die „niedereren Klassen“ von der patriarchalischen Bevormundung zwar befreiten, sie aber dann in die proletarische Besitzlosigkeit hinausstießen. *Stein*, der sich auch im besonderen für das Schicksal der Fabrikarbeiter einsetzte⁵⁸, hat mit seiner Anregung zur Reform der Vertretung im Knappschaftswesen die soziale Entwicklung im Bergbau auf das nachhaltigste beeinflusst, wie sich in späteren Abschnitten noch zeigen wird.

Heinitz, der Leiter des preußischen Bergwerk-Departements, genehmigte den *Steinschen* Vorschlag und ordnete durch Reskript die jährliche Neuwahl der Knappschaftsältesten, die amtlich die Bezeichnung „Vertrauensmänner“ erhielten, in dieser Form in der Grafschaft Mark an⁵⁹. Die somit aus der Mitte der Bergleute und Hüttenarbeiter wieder frei gewählten Knappschaftsältesten hatten zusammen mit den „Berggeschworenen“ nach der „Instruction“ des preußischen Bergamtes die Kontrolle und Aufsicht über die Knappschafts-genossen sowohl bei der Arbeit, als auch in der Familie zu Hause auszuüben. Gleichzeitig sollten sie alle beruflichen und persönlichen Interessen der Kassenmitglieder bei den Behörden vertreten. Sie hatten also nicht nur die Aufsicht über die Kasse und das „Kurwesen“ zu führen sowie Vorschläge für die Höhe der Unterstützungen zu machen, sondern auch die Beschwerden und allgemeinen Wünsche an die zuständigen Stellen zu vermitteln. Die

⁵⁷ Aus einer Denkschrift Steins zur Verbesserung des märkischen Kohlenbergbaus. Wetter, 27. 7. 1784. In: Botzenhart, Frhr. v. Stein aaO, Bd. 1, S. 101.

⁵⁸ An den Rand eines Berichtes der Clevischen Kammer in Wesel vom 13. März 1798, der von einer Vereinbarung zwischen zwei konkurrierenden Spinnereien handelte, schrieb Stein die denkwürdige Marginalie: „Zur Sicherstellung der arbeitenden Classe ist der Entwurf (eines Reglementes) über eine Lohnsteuer und die Rechte und Verbindlichkeiten der Fabrikeninhaber erforderlich.“ Vgl. Erich Botzenhart, Freiherr v. Stein. Briefwechsel, Denkschriften, Aufzeichnungen. Bd. 1, Berlin 1931, S. 276. Ders., Freiherr v. Stein. Staatsgedanken aus seinen unveröffentlichten Geschichtswerken, 1924, S. 35. – Max Lehmann, Freiherr v. Stein. 3. Aufl. (Ausgabe in einem Bande), Göttingen 1928, S. 504 und Pertz, Das Leben des Freiherrn v. Stein, Bd. 6 (1855), S. 196.

⁵⁹ Allgemeiner Knappschaftsverein Bochum (Hrsg.), Denkschrift zur Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes, o. O. 1910. – Die Instruction des preußischen Bergamtes Bochum für die westfälisch-märkischen Knappschaftsältesten. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem Preussischen Staate, Jg. 2 (1855), S. 53. – A. Huysen, Die Knappschaftsvereine im preussischen Staate. In: Ebd. S. 14 und S. 52. – Bülow, Das Knappschaftswesen im Ruhrkohlenbezirk bis zum Allgemeinen Preuß. Berggesetz v. 24. 6. 1865, Borna-Leipzig 1905 (Diss.).

„Vertrauensmänner“ oder „Knappschaftsältesten“ wurden von allen in der Knappschaftsrolle eingeschriebenen Mitgliedern und allen übrigen Arbeitern (Tagelöhnern) auf indirektem Wege gewählt. Die Belegschaften der Zechen und Hüttenwerke wurden danach einmal im Jahr zusammengerufen und von je zwanzig Mann ein „Deputierter“ gewählt. Diese Wahlmänner schlugen dann in einer besonderen Versammlung, die von dem amtlich bestellten Berggeschworenen geleitet wurde und über die er ein Protokoll zu führen hatte, für jede freie Stelle eines Knappschaftsältesten drei Kandidaten vor, deren Namen auf einen Zettel geschrieben wurden. Aus der Zahl derer, die in der geheimen Abstimmung die meisten Stimmen erhalten hatten, wählte dann das Bergamt nach dem Gutachten des Berggeschworenen die nötige Zahl von Knappschaftsältesten aus, die feierlich verpflichtet wurden, das ihnen „anvertraute Amt gehörig wahrzunehmen“. Diese mußten im übrigen neben einem unbescholtenen Lebenswandel, Tüchtigkeit im bergmännischen Beruf und einem gewissen Alter auch über eine „ausreichende Fähigkeit im Schreiben und Lesen“ für ihr Amt verfügen⁶⁰.

Die Institution der freigewählten Knappschaftsältesten wurde auch in dem Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten 1794 bestätigt⁶¹. Fast alle „Bergwerks- und Hüttenadministrationen“ in den verschiedenen weit auseinanderliegenden preußischen Landesteilen haben dann bis auf Schlesien diese erste Form der *Steinschen* Selbstverwaltung in die Kassenregulative übernommen. Die von *Stein* wieder eingeführte Mitwirkung der Knappschaftsältesten (Vertrauensmänner) an den sozialen Angelegenheiten wurde durch die Neufassung und Nachträge zu den Regulativen kaum verändert, so daß diese Frühform einer Arbeitnehmervertretung in den wichtigsten Zweigen der preußischen Grundstoffindustrie vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Erlass des preußischen Knappschaftsgesetzes im Jahre 1854 praktisch unverändert blieb. Die Gewerke, die Eigentümer der Berg- und Hüttenwerke, hatten trotz Beitragszuschuß auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts keinerlei Einfluß auf die knappschaftlichen Verhältnisse.

Wann und wo diese so reformierten Knappschaftsvorstände in Preußen wiedereingesetzt wurden, sollen nachfolgend einige Beispiele zeigen. So wurde für die Bergleute und „ouvriers“ der Bergwerke, Hütten und Salinen des brandenburg-preußischen Bergwerkdistriktes schon 1799 ein Kassenregulativ erlassen, das 1811 und 1828 verbessert bis 1854 in Kraft blieb. Die darin vorgeschriebene dreiköpfige Knappschaftsvertretung mit dem oben beschriebenen Wirkungskreis hat es ab 1799 bei den Eisenhütten Wondollek bei Gumbinnen, Vietz bei Frankfurt a. d. Oder und Torgelow bei Stettin, bei den Vereinigten Hüttenwerken (Blech- und Stabeisenproduktion) Eisenspalterei bei Neustadt/Eberswalde, Kutzdorf bei Küstrin und Zanzhausen bei

Landsberg/Warthe, bei der Eisengießerei Berlin sowie dem Gipsbruch Sperenberg bei Potsdam gegeben. Weitere „Special-Knappschaftsverbände“, die aber die gleichen Statuten übernahmen, entstanden zwischen 1811 und 1818 in der Saline Kolberg, der Eisenhütte Peitz bei Kottbus, dem Kupferhammer Neustadt/Eberswalde, dem Messingwerk Hegersmühle am Finowkanal bei Neustadt/Eberswalde und den Rüdersdorfer Kalksteinbrüchen bei Berlin⁶².

Während im schlesischen Bergbau als Ausnahme wegen eines lange bestehenden Gewohnheitsrechtes nur staatliche Bergbeamte zu Knappschaftsältesten gewählt wurden⁶³, war die Selbstverwaltung der Mansfelder Knappschaft dagegen besonders ausgebaut. „Seitens der Knappschaft“, hieß es dort in den Statuten, „nehmen an der Verwaltung 29 Älteste teil, deren 18 von den Bergleuten der einzelnen Kupferschiefer- und Braunkohlenreviere, 10 von den Hüttenleuten, einer von den Köhlerei- und Forstarbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden, daß jeder Wahlbezirk für einen zu Wählenden drei nach Stimmenmehrheit in Vorschlag bringt, aus denen das Bergamt die Tüchtigsten aussucht. Die Unterbeamten haben gleich den übrigen das passive und aktive Wahlrecht. Das Bergamt ernannt ferner aus der Zahl der Knappschafts-Ältesten, und wenn hierunter kein Geeigneter ist, beliebig aus der Zahl der Knappschaftsgenossen, die Büchsenvorsteher, deren Geschäft in der Untersuchung der häuslichen Umstände der zu unterstützenden Personen besteht. Die Ältesten wählen drei aus ihrer Mitte, welche in vorkommenden Fällen dem Bergamt die Wünsche der Knappschaft vorzutragen haben. Außerdem wählen dieselben zwei Knappschaftsvorsteher aus der Zahl der zum Verbands gehörigen Beamten. Diese Vorsteher, deren Wahl übrigens der bergamtlichen Bestätigung unterliegt, leiten mit den kgl. Berggeschworenen die Ältesten-Wahlen, führen die Knappschaft bei Aufzügen, kontrollieren die Ältesten und haben Zucht und Ordnung zu überwachen.“⁶⁴

⁶² Huyssen, Die Knappschaftsvereine aaO, S. 21. – Vgl. ferner Thomas Philipp v. d. Hagen, Beschreibung der Kalkbrüche bey Rüdersdorf, der Stadt Neustadt-Eberswalde und des Finow-Kanals wie auch der dasigen Stahl- und Eisenfabrique, des Messingwerkes und Kupferhammers, Berlin 1815. – Kurt Hintze, Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen, Berlin 1927.

⁶³ Huyssen, Die Knappschaftsvereine aaO, S. 22. – Hermann Fechner, Geschichte des schlesischen Berg- und Hüttenwesens 1741–1806. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem Preussischen Staate, Bd. 48–50 (1900–1902) und Büchse, Rechts- und Sozialgeschichte des oberschlesischen Berg- und Hüttenwesens ... aaO. – Albert Serlo, Beiträge zur Geschichte des schlesischen Bergbaues in den letzten hundert Jahren, Breslau-Berlin 1869.

⁶⁴ Huyssen, Die Knappschaftsvereine aaO, S. 29. – Über die besonders interessante Geschichte der Mansfelder Knappschaft, auf die wir hier nicht näher eingehen können, unterrichten: H. Pietschke, Über die Entstehung und Entwicklung des Mansfelder Knappschaftsvereins und der Wohlfahrtseinrichtungen beim Mansfelder Bergbau, Eisleben 1892. – 700 Jahre Mansfelder Bergbau (Festschrift), Eisleben 1900. – Gerhard Jordan, Die Geschichte des Knappschaftswesens im Mansfelder Bergrevier, Diss. Halle 1905. – W. Mück, Der Mansfelder Kupferschieferbergbau in seiner rechtsgeschichtlichen Entwicklung, 2. Bde. (mit Quellen), 1910. – W. Möllenberg, Das

⁶⁰ Hue, Die Bergarbeiter, Bd. 1, aaO, S. 419.

⁶¹ Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten aaO, Theil II, Titel 16.

Die Bestimmungen aus dem Mansfelder Kassenregulativ sind in mehrfacher Beziehung recht aufschlußreich: Zum einen ist der Charakter des Knappschaftsvorstandes als Beschwerde- und Interessenorgan deutlich bezeichnet, die Aufgaben der Krankenkontrolle, der Kassenverwaltung usw. aber sind davon ausdrücklich getrennt worden; zum anderen war der Knappschaftsvorstand aber keine reine Arbeitnehmervertretung, sondern durch die Teilnahme der Vorgesetzten zu einem teilweise paritätischen Organ ausgestaltet worden. Weiterhin bemerkenswert erscheint, daß nicht nur die eigentlichen Berg- und Hüttenarbeiter, sondern auch verwandte Hilfs- und Zuliefertätigkeiten unter die Knappschaftsordnung gerechnet wurden: Die Forstarbeiter und Köhler (die Eisenschmelzen zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden weiterhin noch mit Holzkohle beschickt), die Fuhrleute zum Transport des Holzes, die Steinbruch- und Salinenarbeiter. Gerade die Zahl der in der Salzgewinnung tätigen Arbeitskräfte ist nicht unerheblich gewesen und verdient Beachtung. Interessant ist hier die Bestimmung aus einem Knappschaftsreglement vom 18. 3. 1823, das für die Arbeiter des Gradier- und Siedewerkes der Chemischen Fabrik und Fiskalischen Saline Schönebeck erlassen worden war. Bei der alle zwei Jahre vorzunehmenden Wahl der vier dortigen Knappschaftsvorsteher, so hieß es ausdrücklich, „haben die Knappen völlig freie Hand; das Salzamt muß sich jeder Einwirkung enthalten, hat aber das Recht der Bestätigung, die dasselbe indessen nur dann verweigern soll, wenn wirklich ganz untaugliche Personen gewählt worden sind“⁶⁵. Ähnliche Regelungen galten auf den für Staatsrechnung betriebenen preußischen Salzbergwerken Dürrenberg, Artern und Kösen, den Braunkohlengruben Tollwitz und Pretzsch sowie dem Alaunwerk Schwemsal, nur daß die Zahl der Knappschaftsältesten schwankte. Dagegen fehlte es noch 1855 auf der königlichen Saline Staßfurt an einem Knappschaftsinstitut.

In den westlichen Provinzen Preußens stimmten die Satzungen der Knappschaftsvereine im Bergamt Essen-Werden, in den Bezirken Mülheim, Tecklenburg-Lingen, Minden-Ravensberg und bei den Salinen Neusalzwerk und Königsborn (bei Unna) fast völlig mit der hier schon erwähnten Märkischen Knappschaftsordnung überein. Im rechtsrheinischen Siegener Erzbergbau vermochte sich das Knappschaftswesen zunächst nicht solche Bedeutung zu verschaffen wie in den übrigen preußischen Bergwerksdistrikten, weil die dort vorhandenen älteren Bergordnungen keine ausreichenden Bestimmungen dafür enthielten⁶⁶. Erst 1819 wurde die Siegener Knappschaftskassenordnung

Mansfelder Bergrecht und seine Geschichte (1914). – K. Brüning, Der Bergbau im Harze und im Mansfeldischen, Hamburg-Braunschweig 1926.

⁶⁵ Huyssen, Die Knappschaftsvereine aaO, S. 36.

⁶⁶ Jacob Nöggerath, Sammlung von Gesetzen und Verordnungen in Berg-, Hütten-, Hammer- und Steinbruchangelegenheiten, welche seit der Wirksamkeit des Kgl. Preussisch-Rheinischen Ober-Bergamtes erlassen worden sind und in dessen Hauptbergwerksdistrikt Gültigkeit besitzen, Bd. 5, o. O. (1836–1840). S. 117 ff.

erlassen, deren Statuten dann allerdings von zahlreichen Bergrevieren, Eisen- und Stahlhütten übernommen worden sind⁶⁷.

In den Gebieten links des Rheins galten vom Lunéviller Frieden 1801 bis 1815 die französischen Berggesetze vom 28. 6. 1791 und vom 21. 4. 1810, die aber keine Bestimmungen über Knappschaften enthielten. Erst ein Bergwerkspolizei-Dekret vom 3. 1. 1813 erlaubte die Gründung von „Caisses de prévoyance“, was dann im Wurm-Revier, im Dürener Bezirk, bei den Steinkohlengruben des Eschweiler Bergwerksvereins, im Inderevier, im Brühler und Hostenbacher Bezirk sowie vor allem im Saarbrücker Steinkohlenbergbau zur Bildung von Knappschaften führte. Da die Entwicklung der Institutionen der Knappschafts-Ältesten linksrheinisch wegen der französischen Gesetzgebung und aber auch wegen der anderen Besitzverhältnisse etwas anders als in den meisten übrigen deutschen Landesteilen verlaufen ist, wollen wir sie an zwei Beispielen näher beleuchten.

Im Saargebiet hatte es – im Gegensatz etwa zur Grafschaft Mark – von Anfang an nur landesfürstlichen Bergbau gegeben, und die privaten Gewerke hatten kaum eine Rolle gespielt. Unter *Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken*, dem tatkräftigen Landesherrn des 18. Jahrhunderts, entstanden dort neun staatliche Bergwerke, für die nach dem Vorbild der Neunkirchner Eisenhütten, bei denen es „Bruderladen“ und „Bruderbüchsen“ gab, durch fürstliche Verordnung vom 17. Mai 1769 ebenfalls eine „Bruderbüchse“ eingerichtet wurde⁶⁸. Jeder der 350 saarländischen „Kohlengräber“, die in „Compagnien im Generalgedinge oder im Akkord“ arbeiteten, hatte von 1 bis 1 1/2 fl. (d. h. Florin, Florentiner Münze = Abkürzung für Gulden) Verdienst je einen Kreuzer in die Büchse abzuführen. Wenn die Knappschaftsältesten zustimmten, wurden daraus freie Kur, Arznei und Krankenbehandlung bezahlt und die Landchirurgen besoldet. Um eine breitere finanzielle Basis zu erhalten, verpflichteten sich 1797 die Bergleute sämtlicher Saargruben, die vier Jahre zuvor unter französische Herrschaft gekommen waren, in einem Vertrag zur gegenseitigen Unterstützung und bildeten unter dem Namen „Knappschaftskasse“ einen besonderen Fonds, dessen Verwendung einer aus ihrer Mitte gewählten Vertretung anvertraut wurde. Zweck dieser neuen Institution war es vor allem, die Krankengelder ohne Einmischung der Landesbehörden zu verwalten. Ein „treffliches“ Reglement aus dem gleichen Jahre

⁶⁷ Huyssen, Die Knappschaftsvereine aaO, S. 68. – Vgl. ferner K. Ley, Zur Geschichte und älteren Entwicklung der Siegerländer Stahl- und Eisenindustrie, Münster 1909. – H. Schneider, Zur Geschichte des Bergrechtes und der Bergverfassung im Siegerland. Rechts- und staatsw. Diss. (Masch.-Schr.), Bonn 1954.

⁶⁸ A. Hasslacher, Geschichtliche Entwicklung des Steinkohlenbergbaus im Saargebiet. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preussischen Staate, Jg. 32, S. 35 ff. – Alexander v. Brandt, Zur sozialen Entwicklung im Saargebiet, Leipzig 1904, S. 12 ff. – Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 1, S. 422. – Raymund Krisam, Sozialpolitik in den Hauptindustriezweigen an der Saar (Masch. Diplomarbeit), Köln 1951, S. 100. – François Roy, Le mineur sarrois, Diss. Paris 1951.

machte den Beitritt aller 700 Bergleute zur Pflicht und überwies die Straf-gelder, die zur Vermeidung der „Abkehr“ zu entrichten waren, an die Kasse. Das erste rechtliche Kassenstatut vom 21. 2. 1801 bestätigte noch einmal die aus Arbeitern gewählten Vertrauensleute und Ältesten und ernannte zwei neutrale außenstehende Personen, „ein theologisches und ein juristisches Subjekt“, nämlich den Pfarrer Reinhold aus Dudweiler und den Advokaten Henneberger aus Saarbrücken, zur Oberaufsicht und Kontrolle. Ein Eingriff der Behörden in den Knappschaftsverein wurde völlig abgelehnt. Das neue und unabhängige Institut gewann so sehr an Bedeutung, daß die zunächst abseits stehenden Belegschaften der älteren ehemals v. Leyenschen Gruben bei St. Ingbert, der Gruben Großwald und Bauernswald, sich im Laufe der nächsten Jahre daran beteiligten. Sie alle bildeten ab 1816 den „Allgemeinen Knappschaftsverein für Saarbrücken“. Aber durch den zweiten Pariser Frieden 1815 wurde der größte Teil der saarländischen Kohlengruben Preußen zugesprochen, und so kam die Kasse wieder unter die „vormundschaftliche Verwaltung“ des Bergamtes. Die Selbstverwaltung wurde auf das reine Bewilligungsrecht für Unterstützungen beschränkt und erfuhr erst allmählich eine Ausweitung nach dem Beispiel des übrigen Preußens. Am Ende des Jahrhunderts lebte der Kampf um eine Bergarbeitervertretung an der Saar noch einmal heftig auf, wie wir in einem späteren Kapitel zeigen werden.

Als besonders interessante Entwicklung im linksrheinischen Gebiet ist ferner die Knappschaftskassenverwaltung bei der *Altenberger Bergwerksgesellschaft* zu erwähnen. Für die von ihr 1837 übernommenen acht Berg- und Hüttenwerke mit zusammen über 2700 Beschäftigten in der Aachener Gegend bei Düren bestand seit der französischen Besetzung eine „Caisse des malades et blessés“, die von den Bergleuten als eine Art von Selbsthilfe wie im Saargebiet errichtet und selbst verwaltet worden war⁶⁹. Die Arbeiter ließen 1 % ihres Lohnes in die Kasse fließen, doch reichten die Beiträge kaum zu einer geringen Unterstützung der vielen Kranken und Invaliden aus. 1849 begann die *Altenberger Bergwerksgesellschaft*, die auch in Baden, in der Provinz Lüttich, in Frankreich und Schweden Gruben besaß, Zuschüsse zur Kasse zu leisten und erließ für die Unterstützungskasse (Caisse de secours) und die Pensionskasse (Caisse de prévoyance) neue Statuten, die 1854 auf Grund der gesetzlichen Regelung zu einer einheitlichen Knappschaftskasse (Caisse des ouvriers) zusammengefaßt wurden, um Defizit und Überschüsse bei einzelnen Spezialkassen in den Werken besser ausgleichen zu können. Die Verwaltung geschah durch ein „Central-Comité“, das aus dem Generaldirektor als Vorsitzendem, zwei Generalsekretären, dem Obergeringenieur der Bergwerke, den einzelnen Werksdirektoren und je einem von jedem der ständigen Ausschüsse erwählten

⁶⁹ A. Huyssen, Lage der Arbeiter auf den Berg- und Hüttenwerken der Altenberger Gesellschaft. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preussischen Staate, Jg. 1860, S. 450.

Arbeiter oder Unterbeamten bestand. Für jede Hütte und für jede Gruppe von Bergwerken führte ein besonderer Vorstand (Commission permanente) die Verwaltung der speziellen Betriebskasse. Dieser bestand aus dem Werksdirektor, zwei oder drei vom Werksdirektor ernannten Unterbeamten und drei bis fünf Arbeitern, die jährlich durch Stimmenmehrheit von den verschiedenen Arbeitergruppen gewählt wurden. Die monatlich tagenden paritätischen Kassenvorstände in den einzelnen Werken entschieden über die Unterstützungen auf Zeit, das jährlich einmal tagende „Central-Comité“ über die lebenslänglichen und außerordentlichen finanziellen Beihilfen. Die „Commission permanente“ hatte außerdem das Recht, einen oder mehrere Unterausschüsse (Sous-Commissions) aus einem Unterbeamten und zwei Arbeitern zu ernennen, um die Unterstützten oder die unterstützungsbedürftigen Familien zu besuchen. In dringenden Fällen konnte der Werksdirektor anstatt mit dem Vorstand auch mit dem kleinen Ausschuß die erforderlichen Maßnahmen treffen.

Dieses Beispiel einer hochorganisierten Kassenverwaltung mit zahlreichen paritätischen Ausschüssen zeigt, wie das Knappschaftswesen sich unter staatlichem Einfluß bis zur Mitte des Jahrhunderts im Bergbau und in den Hüttenbetrieben, die sich inzwischen in Aktiengesellschaften verwandelten, immer mehr vervollkommnete. Es liegt auf der Hand, daß das Beispiel dieser Arbeiterselbstverwaltung auch auf die übrigen industriellen Gewerbebezüge anregend gewirkt haben muß.

2. Die Arbeitervorstände bei den Manufaktur- und Fabrikekranken-kassen

Das Handwerk, der Bergbau und die Hüttenbetriebe haben die sich im sozialen Bereich ergebenden Fragen und Schwierigkeiten mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu meistern versucht. Kernpunkt dieser Bemühungen bildeten die verschiedenen Unterstützungskassen im Rahmen einer sozialen Fürsorge. Wie wir nachweisen konnten, waren in diesen frei gewählten Kassenvorständen und Arbeiterausschüssen bereits Ansätze zu einer ersten Arbeitnehmervertretung hervorgetreten, indem eine beschränkte Mitbestimmung in sozialen, später dann auch in wirtschaftlichen und ständischen Angelegenheiten praktiziert wurde. Das Bestehen dieser teilweise jahrhundertalten Einrichtungen hat beispielgebend auf die ersten Manufakturen und Fabriken eingewirkt. In außerordentlich ähnlicher Form haben sich auch dort die Frühformen einer Betriebsvertretung aus den Werkskassenvorständen entwickelt.

Die ersten betrieblichen Unterstützungskassen mit selbständigen Arbeitervorständen wurden in den Manufakturen eingerichtet, die im 17. und 18. Jahrhundert in Fortbildung früher entwickelter Ansätze als besondere Organisationsformen des Gewerbes neben das Handwerk und den Bergbau tra-

ten. Bezeichnenderweise finden sich die ersten Nachrichten über solche Arbeiterunterstützungskassen vor allem in den Manufakturen überliefert, die sich einer besonderen Förderung durch die kameralistischen Landesfürsten erfreuten und auf Grund ihrer zahlreichen und hochqualifizierten Arbeitskräfte bereits Merkmale einer fabrikatorischen Großproduktion zeigten. In der Hauptsache waren dies die Porzellan-, Seiden- und Wollwarenmanufakturen.

a) Porzellan-Manufakturen

Die Porzellanmanufakturen sind – abgesehen vom Bergbau und den Hüttenbetrieben – die ältesten Unternehmungen gewesen, die auf einem Lohnarbeitertum im industriellen Sinne beruhten. Ein besonderes Merkmal der „Porzelliner“ war es, daß eine Vielzahl von Spezialisten in Arbeitsgruppen, von denen jede eine besondere Lohngruppe beanspruchte, bei dem Produktionsprozeß zusammenwirkte und vom Gelingen des Ganzen die Existenz und der Erfolg des Einzelnen weitgehend abhing. Dieses Aufeinanderangewiesensein führte wie beim Bergbau zu einer besonderen Pflege der genossenschaftlichen Verbundenheit, die nicht nur Absatzschwierigkeiten und Krisen der Manufaktur überwinden half, sondern auch den eigentlichen Anlaß für die Gründung von betrieblichen Unterstützungskassen bildete. Die in den Porzellan-Manufakturen Beschäftigten galten als „unzüftige“ Arbeiter und konnten in Notfällen keine der sonst zahlreich bestehenden „Bruderbüchsen“, Gesellenladen, Knappschaftskassen usw. in Anspruch nehmen. Es lag darum nahe, mit Hilfe der für Manufakturen bestehenden Privilegien ähnliche Institutionen zu errichten.

Bei der *Staatlichen Porzellan-Manufaktur Meissen*, die 1710 als kurfürstlich-staatliche Unternehmung ins Leben gerufen worden war, wurde bereits 1736 von der Belegschaft eine „Allgemeine Sterbe-Casse“ ins Leben gerufen¹. Diese war auf die vorkommenden Sterbefälle eingerichtet, für die je nach der Lohnklasse bis zu 8 Groschen gesammelt wurden. Später wurden bei dem Tod eines Mitgliedes 8 Taler und bei dem Tod der Ehefrau 2 Taler gezahlt, 1761 dann ein nach Steuerjahren und Lebensalter berechneter Tarif aufgestellt, bei dem die Summen wechselten. Bei dieser Kasse waren ein „bemittelter“

¹ Victor Böhmert, Urkundliche Geschichte und Statistik der Meißner Porzellanmanufaktur von 1710–1880 mit besonderer Rücksicht auf die Betriebs-, Lohn- und Kassenverhältnisse. In: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Bureaus, Jg. 26 (1880), S. 44 ff. – Böhmert fußt insbesondere auf: Acta, die Geschichte der Kgl. Sächsischen Porzellanmanufaktur zu Meissen, ihrer Entstehung und Erweiterung und ihres Umfanges . . . etc. betreffend. Bearbeitet im Jahre 1828 von Inspector Heinrich Gottlob Kühn (1788–1870). – Vgl. ferner K. Berling u. a., Festschrift zur 200jährigen Jubelfeier der ältesten europäischen Porzellanmanufaktur Meissen, Leipzig 1912. – Helmut Gröger, Die Arbeits- und Sozialverhältnisse der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen im 18. Jahrhundert. In: Forschungen aus mitteldeutschen Archiven (Kretschmar-Festschrift), Berlin 1953, S. 184 ff. und Rudolf Forberger, Die Manufakturen in Sachsen vom Ende des 16. bis Anfang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1958, S. 221.

Kassierer und Rechnungsführer sowie vier „Vorsteher“ angestellt, die das gesamte Personal der Manufaktur erwählte. Diese hatten jährlich, wie wir es schon aus Handwerk und Bergbau kennen, vor mehreren Kassenmitgliedern Rechnung abzulegen, die an einem bestimmten Tage kontrolliert und in einem „öffentlichen Arbeitszimmer“ verlesen wurde. Starb ein Mitglied, so wurden, nachdem ein Abschlag auf die Beerdigungskosten gezahlt war, die von dem Verstorbenen hinterlassenen etwaigen Beitragsschulden, Arztlöhne, Medizin- und Verpflegungsrechnungen durch den Vorstand geprüft und dann erst der Rest an die Erben ausgezahlt.

Im Jahre 1756 entschlossen sich die Maler und die in der Verfeinerungsabteilung angestellten Arbeiter, eine „Wittwencasse des Maler-Corps“, 1766 das Personal der Gestaltungs- und Kunstformerabteilung (das sogenannte „Weiße Corps“), eine eigene Witwen- und Waisenkasse zu schaffen. Diesem Beispiel folgten dann die technischen Arbeiter aus der Massemühle, die Kapselfreher, die Verglüher, Gutbrenner und Glasierer, als sie am Ende des Jahres 1766 eine gleiche Anstalt mit dem Namen „Commun-Wittwencasse“ errichteten. Da aber an diesen vier Kassen nur die „Manufakturisten“ teilnehmen konnten, d. h. die direkt mit der Herstellung des kostbaren Porzellans zu tun hatten, wurde 1775 für alle anderen schlechter entlohten Hilfskräfte wie „Holzspeller“, Pförtner, Feuerwächter, Tagelöhner, Fuhr- und Göpelknechte eine besondere „Holzhof-Sterbecasse“ ins Leben gerufen, die als das Gegenstück zu der „Allgemeinen Sterbe-Casse“ gedacht war. Freilich konnte die „Holzhof-Sterbecasse“ infolge der geringeren Beiträge nur ein Drittel der Leistungen gewähren, doch gab auch sie Kredite oder Bürgschaften, indem das Sterbegeld des Versicherten als Sicherheit galt. Auch die kleinsten Leute in der Manufaktur hatten sich damit ein eigenes Versorgungsinstitut geschaffen, das die Mitglieder selbst durch alle Krisen bringen mußten, da die Direktion keinerlei Zubeuße oder Ausgleich leistete. Aus den Akten des kgl. sächsischen Finanzministeriums geht hervor, daß ab 1804 der Beitritt zur „Allgemeinen Sterbecasse“ und der „Holzhof-Sterbecasse“ für alle die zur Pflicht gemacht wurde, die zwei Jahre auf der Manufaktur gearbeitet hatten. Jeder mit mehr als sechs Talern Wochenverdienst hatte außerdem einer der erwähnten Witwenkassen beizutreten. Dabei war der Gedanke vorherrschend, eine möglichst breite und gesicherte finanzielle Basis zu schaffen, um die Kassen vor unvorhergesehenen Krisen zu bewahren. Schon vorher waren die „Manufacturisten“ von ihrem Arbeitervorstand aufgerufen worden, sich in den einzelnen Abteilungen möglichst vollzählig an den Kasseninstituten zu beteiligen. Obwohl ein Eintrittsgeld von 15 Talern und ab 1788 ein volles Monatsgeld neben den Einschreibe- und Einkaufsgebühren zu bezahlen waren, lassen die Beitrags- und Mitgliederverzeichnisse nicht erkennen, daß sich jemand ausgeschlossen hat.

Interessant dabei ist, daß auch alle die zusätzlich neben der „Allgemeinen

Sterbecasse“ bestehenden Witwenkassen der *Meißener Porzellan-Manufaktur* von den Arbeitern selbst verwaltet wurden, wie aus dem von *Böhmert* überlieferten Bericht des Manufaktur-Inspektors *Heinrich Gottlob Kühn* hervorgeht. Der „sehr mühsamen“ Verwaltung jeder der drei Witwenkassen standen danach vor: „ein bemittelter Cassierer, ein Rechnungsführer und vier Vorsteher oder Controlleure. Rechnung über die Verwaltung der Cassen wurde jährlich abgelegt, im Beisein von mehreren Abgeordneten genau durchgegangen und hierauf in jedem Arbeitszimmer zu jedes Mitgliedes Beurteilung öffentlich abgelesen. Die der Verwaltung vorstehenden Personen wählte das Personal, und da jedes Mitglied bei allem, was geschah, beteiligt war, so standen diese Administratoren unter sehr scharfer Controle und durften nie den bestehenden Gesetzen entgegen handeln.“ Das Honorar dieser Administratoren war sehr gering und nicht hinreichend, ihre Mühe und ihren Zeitverlust zu entschädigen. Indessen waren sie gewohnt, so wird von dem Inspektor versichert, „ihre Mühe als einen Beitrag zur Beförderung des guten Zwecks anzusehen“². Das im Werksarchiv heute noch erhaltene kleine Oktavheft, das den Arbeitern als erstes Haupt- und Kassabuch diente, ist ein existenter Beweis für diese erste Selbstverwaltung in einem industrieähnlichen Betrieb.

Die 1736 gegründete „Allgemeine Sterbe-Casse“ ist, von den Berg- und Hüttenbetrieben abgesehen, anscheinend das erste deutsche Versicherungsinstitut industrieller Arbeiter, das auch aus reiner Selbsthilfe entstanden ist. Vorbild für die Gründung waren anscheinend weniger die schon im Verfall befindlichen städtischen Innungskassen als vielmehr die Hüttenknappschaftskassen in Freiberg, Wolfgrün und in der jahrhundertlang den sächsischen Kurfürsten gehörenden *Kupferhütte Grünthal* bei Olbernhau, vor allem aber wohl die verschiedenen „Armuths- und Begräbniskassen“, die ebenfalls unter *August dem Starken* bei den „Blaufarben-Werken“ *Niederpfannenstiel* bei Aue 1717, *Oberschlema* 1735 und des *Erasmus Schindler* bei Schneeberg 1747 im Erzgebirge errichtet worden waren³. Wie sich aus den noch erhaltenen Kassenstatuten des *Schindlerischen Blaufarbenwerkes* ergibt, wurde dort die „Administration“ aber durch den Hüttenfaktor, den Farbmeister und einen „Ladenschreiber“ vorgenommen, ohne daß die allerdings geringe Anzahl der Arbeiter an der Verwaltung der Kasse beteiligt war⁴. Zwischen den Blau-

² Böhmert, Urkundliche Geschichte der Meißner Porzellanmanufaktur aaO, S. 83 ff.

³ Siegfried Sieber, Geschichte des Blaufarbenwerkes Niederpfannenstiel in Aue im Erzgebirge anlässlich seiner 300-Jahrfeier, Schwarzenberg 1935, S. 24 ff. – Ders., Festschrift zum 300jährigen Bestehen des Schindlerischen Blaufarbenwerkes, 1949 (als Maschinenschrift vervielfältigt), S. 31 ff. – Edelmann, Rückblick in die Geschichte des Kgl. Sächsischen Blaufarbenwerkes zu Oberschlema. In: Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Königreich Sachsen, Freiberg 1901, S. 14 (dort auch Erwähnung der Hüttenknappschaftskasse Wolfgrün). – Vgl. ferner: Siegfried Sieber, Zur Geschichte des erzgebirgischen Bergbaues, Halle 1954, S. 94 und Ders., Aus der Geschichte des Kobalts. In: Urania, Jena 1956, H. 3, S. 89 und 92 ff.

⁴ Acta, die bey dem Schindlerischen Werke an der Mulda in ansicht der dabey

farbenwerken, die in ihren Pochwerken, Schmelzhütten und Farbmühlen die für die Glas- und Porzellanherstellung wichtige blaue Kobaltfarbe erzeugten, und der *Meißener Porzellanmanufaktur* bestanden enge Beziehungen, zumal der Werksbesitzer von Niederpfannenstiel, *Veit Hans Schnorr*, ein großes Kaolinlager bei Aue entdeckt hatte, das die „weiße Erde“ nach Meissen lieferte und die ganze Porzellanherstellung erst ermöglichte.

Die verschiedenen betrieblichen Hilfskassen bei der *Meißener Porzellan-Manufaktur* hatten im Laufe des 18. Jahrhunderts einen wechselnden Geschäftsgang und wurden durch die hohen und niedrigen Löhne stark beeinflusst; sie befanden sich aber noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts in einem befriedigenden Zustand. Als durch die Befreiungskriege alle Kassen in ihren Einnahmen geschwächt wurden und die „Allgemeine Sterbe-Casse“ sogar ein Defizit von 4310 Talern aufwies, baten die Vorsteher der Kassen die Direktion, eine „Porzellan-Lotterie“ abhalten zu dürfen. Diese Lotterie wurde zwar nicht bewilligt, „wohl aber durch Allerhöchstes Rescript eine ausführliche Erörterung über die Lage der fraglichen Anstalten und Vorschläge über die Mittel derselben wieder aufzuhelfen, eingefordert“. Die Kassenvorstände wurden also schon hier als Beratungsorgan aufgefaßt. Daß ihre Vorschläge und Stellungnahmen nicht immer unbeachtet blieben, zeigt die folgende Entwicklung. Als nämlich die Werksleitung den Wunsch äußerte, die verschiedenen Kassen zwecks rationellerer Führung zu einer größeren Versicherungsanstalt zu verschmelzen, blieb dieser ohne Erfolg. Auch die zwischen 1837 und 1840 nochmals auftretenden Unternehmerbestrebungen, die Kassen zu vereinigen, scheiterten immer wieder an dem hartnäckigen Widerstand der Arbeiter, „welche ihre eigenen Wittwen-Institute rein und frei von etwaigen politischen Einflüssen, Regierungsmaßregeln etc. erhalten wissen wollten“⁵. Die „Administration“ der Manufaktur konnte, wie der *Kühnsche* Bericht zeigt, ihre diesbezüglichen Absichten gegen den starken Widerstand der Kassenvorsteher nicht durchsetzen und mußte sich schließlich der Ansicht der

befindlichen Bedienten und Arbeitern a. D. 1747 errichteten Begräbniß und Armenordnung und Casse, auch war mehr angängig, betr. anno 1747, 1748, 1749, 1750, gehalten bey den Schindlerischen Blaufarben Wercks Berichten (Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden ohne Rep.-Nr.). Im Punkt 14 dieser Begräbniß- und Armenkasse hieß es: „Damit nun diese Cassa von Bestand seyn und über die Gesetze und Puncte auch allenthalben gehalten werden möge, so soll der Factor und Administrator des Werckes, von welchem die Arbeiter alles Lohn empfangen, oben gesetzte Gelder jedesmahl inne behalten und dem Farbmeister des Werckes Salomon Friedrich Schindler, welcher kraft dieses zum Vorsteher solcher Cassa gesetzt wird, bezahlen und in ein Büchlein einschreiben, welches dieser in einer Lade, so des nächsten darzu gemacht und mit zwei Schlössern, wo er einen und der Factor den anderen zu sich nehmen, die Lade aber bey sich haben und verwahren soll, zu legen hat. Hiernächst wird Joh. Christian Bläßer zum Ladenschreiber hiermit bestellt, und soll nebst dem Farbmeister, der das Geld einnimmt, sowohl Einnahme als Ausgabe gleichergestalt in ein Büchlein einschreiben, und alle Jahre dem Factor des Werckes die Rechnung zur Examination vorlegen, welche so dann in die Lade bey zu legen ist.“

⁵ Böhmert, Urkundliche Geschichte der Meißner Porzellanmanufaktur aaO, S. 85.

Arbeiter anschließen, „daß eine derartige Verschmelzung nicht nur die Verwaltung ansehnlich verteuern, sondern auch das Fortbestehen einer der wesentlichsten Funktionen der Sterbe- und Wittwenkassen, als Leihinstitute in Fällen der Bedrängnis, welche Funktion nicht wenig zur Erhaltung einer geregelten Ökonomie in den Familien der Arbeiter und demgemäß der Moralität des Personals beitrage, in Frage stellen und dadurch die Unzufriedenheit des Manufactur-Personals erregen könnte“. Diese Auseinandersetzung und Respektierung der Arbeiterwünsche zeigt, wie stark die Arbeiterselbstverwaltung bei der *Meißener Porzellan-Manufaktur* zu Beginn des 19. Jahrhunderts bereits geworden war. Dieses Selbstverwaltungsrecht wurde noch 1869, als die „Punctationen“, d. h. die ältesten Kassenregulative nach Überprüfung neu gefaßt wurden, auch weiterhin bestätigt; es hatte sich zur beiderseitigen Zufriedenheit bewährt.

Eine ebenfalls im 18. Jahrhundert begründete betriebliche Arbeiterselbstverwaltung findet sich bei der *Staatlichen Porzellan-Manufaktur Berlin*⁶. *Friedrich der Große* hatte die 146 Beschäftigte zählende Manufaktur 1763 von dem Berliner Bankier *Johann Ernst Gotzkowski* zum Preise von einer Viertelmillion Talern übernommen und ihr von Anfang an bis zu seinem Tode besonderes Interesse geschenkt, wie zahlreiche von ihm unterschriebene Kabinettdres, die Verleihung eines eigenen Siegels sowie viele erteilte Aufträge zur Ausstattung seiner Schlösser und zu Geschenken an Fürstlichkeiten beweisen⁷. Im Jahre 1789, drei Jahre nach dem Tode des Königs, befaßte sich die damalige „Manufactur Commission“ damit, für erkrankte und invalide Arbeiter eine besondere Versorgung sicherzustellen. Ein Mitglied dieser Kommission, der Gewerberat *Rosenstiel*, verfaßte am 27. 1. 1789 ein „Promemoria für die Einrichtung einer besonderen Versorgungsanstalt bzw. -casse für sämtliche Arbeiter von der Königlichen Porcellan-Manufactur“. Der Kasse, deren Einnahmen sich zu zwei Dritteln aus Beiträgen der „ouvriers“ und zu einem Drittel aus Beiträgen der Manufakturleitung zusammensetzen sollten und deren Leistungen ein Unterstützungsgeld für Kranke, Invaliden,

⁶ G. Kolbe, Geschichte der Königlichen Porzellanmanufaktur zu Berlin. Nebst einer einleitenden Übersicht der geschichtlichen Entwicklung der keramischen Kunst. In Veranlassung des 100jährigen Bestehens der Kgl. Manufaktur, Berlin 1863. – E. Krusekopf, Entwicklung der Betriebskrankenkasse der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin. In: Die Betriebskrankenkasse, Jg. 1922, H. 16/17, S. 169. – Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 14 ff. – Preußische Staatsmanufakturen. Ausstellung der Preußischen Akademie der Künste zum 175jährigen Bestehen der Staatl. Porzellanmanufaktur Berlin, 1938.

⁷ Eine Chronik berichtet, Friedrich d. Gr. habe sich bei einem Besuch 1763 „gnädig herabgelassen, sein huldreicher Blick erstreckte sich über alles. Nicht nur in der Mühle und im Schlammereigebäude blieb er lange, sondern auch bei den Porzellanöfen; er zeichnete den Umriß eines sächsischen Gasofens auf eine Schreibtischtafel. Nichts entging seinem scharfen Blick und seiner Aufmerksamkeit“. Zitiert bei Krusekopf, Entwicklung der Betriebskrankenkasse bei der Staatl. Porzellanmanufaktur aaO, S. 169.

Witwen und Waisen, die Zahlung von Kur- und Arzneikosten sowie die teilweise Übernahme des Schulgeldes für die Kinder der Arbeiter vorsahen, gehörten alle volljährigen ausgelerten Manufakturisten an. Diese waren durch zehn Älteste in der Kassenleitung vertreten, die sechs Taler jährlich zur Entschädigung erhielten unter der Voraussetzung, „daß es nicht der eine oder der andere unter den auszuwählenden verständigen und redlichen Männern sich zur Ehre und zum Glück schätzen wird, seinen Mitbrüdern in dieser für sie alle wichtigen Angelegenheit unentgeltlich zu dienen.“

Die Verwaltung hatte sich *Rosenstiel* so gedacht, daß einer der Direktoren der Manufaktur der Rendant der Kasse und die zehn Ältesten das sogenannte „Collegium“ bilden sollten, durch die das Institut dann geleitet werden würde. Die Versammlungen des Ältestenausschusses sollten allmonatlich an einem Sonntag stattfinden, wobei die Ältesten über Krankheit, Bedürftigkeit, Unterricht usw., der Rendant aber über den Stand der Kasse Auskunft zu geben hatten. Auch die Krankenüberwachung sollte von den Ältesten durchgeführt werden, die in entsprechenden Fällen die Disziplinargewalt bekamen, den Simulanten den „Gnadenlohn“ vorzuenthalten. Der „Manufactur Commission“, also der Geschäftsleitung, war nach der Denkschrift die Oberaufsicht über die Versorgungskasse vorbehalten.

Dieses Promemoria wurde in einer Zusammenkunft am 30. 1. 1789 zur Beratung gestellt und die Höhe der Pensionen, der Krankenunterstützungen und der Schuldgeldsummen festgelegt sowie die Ältesten mit ihren Rechten und Pflichten vertraut gemacht. *Rosenstiel* schloß die Zusammenkunft mit dem Wunsche, „daß diese ganze Arbeit ein Mittel zur genaueren Verbrüderung der Ouvriers in der Manufaktur zur Einführung des in manchem Betracht so nützlichen Esprit de Corps und zur Minderung des leider so mannigfaltigen menschlichen Elends abgeben möge“⁸. Nachdem den versammelten Manufakturisten diese Grundsätze durch Vermittlung der Ältesten bekannt gemacht worden waren, erklärten sich nach den Akten nur fünf Personen damit nicht einverstanden. Diesen wurde bedeutet, „daß Wohltaten niemand aufgedrungen und daß sie sich ihrer, ihrer Frauen und Kinder etwaiges trauriges Schicksal lediglich allein beizumessen haben“. In dieser Weise ist die Versorgungskasse der *Staatlichen Porzellan-Manufaktur Berlin* am 30. 1. 1789 entstanden, die in ihren Rechten und Pflichten der späteren Reichsversicherungsordnung schon sehr nahe kam. Durch die Bestellung der zehn Ältesten in einem besonderen „Ältesten-Collegium“ war eine weitgehende Vertretung des Personals in den sozialen Angelegenheiten gewährleistet. In dieser Beziehung hat sich auch bis zur Einführung des Krankenversicherungsgesetzes nichts geändert, so daß die Arbeiterselbstverwaltung in dieser Form über hundert Jahre lang bestanden hat.

⁸ Ebd., S. 170.

Die allmonatlichen Sitzungsniederschriften geben aktenkundiges Zeugnis davon, wie oft gegen widerspenstige Mitglieder vorgegangen werden mußte, die sich der festgesetzten Ordnung nicht fügen wollten. Auf das Drängen der Ältesten hin wurde die in dem Promemoria schon vorgesehene Krankenkontrolle wirklich eingeführt, da die Chirurgen nicht selten die krank gemeldeten Arbeiter zu Hause nicht antrafen. Da die Simulanten mit einer Strafe von 3 Groschen belegt wurden, ist es anscheinend in der ersten Zeit öfter vorgekommen, daß die „ouvriers“ den Ältesten ziemlich respektlos begegneten. Wie aus den Akten ersichtlich ist, mußte das Manufakturpersonal wiederholt darauf hingewiesen werden, ihrer selbst gewählten Vertretung die gebührende Achtung zu erweisen. Zu Beginn des Jahres 1792 wies die Manufakturkommission aber auch die Ältesten auf ihre Pflichten hin, indem sie feststellte: „Der Hauptpfeiler, auf dem sich die lange und immer nützlicher werdende Dauer der Versorgungsanstalt gründen muß, nämlich Treue und zweckdienliche Ausübung alles dessen, was die Vortheile dieses Institutes und die für selbige zu beobachtenden Pflichten jedes einzelnen Mitinteressenten dabei unmittelbar angeht, kann, wie durch mancherlei Veranlassung leider dargetan ist, von Mißbräuchen und Verirrungen leicht erschüttert werden . . . Um dergleichen Störungen möglichst vorzubeugen, kann dem Ältesten bei der Anstalt, da ihnen die Unterverwaltung des Interesses für dieselbe anvertraut ist, nicht oft genug vor Augen gestellt werden, wie sie zum Besten jedes einzelnen Mitglieds und der ganzen Anstalt ihre Pflicht erfüllen. Nicht minder wird man dieß auch von den zu wählenden Ältesten erwarten dürfen . . .“⁹

Der hier kritisierte Mißbrauch der Kasse und ihrer Mittel muß in den Anfangsjahrzehnten ziemlich oft vorgekommen sein. Da die Ältesten anscheinend die Strafgewalt bei kleinen Vergehen am besten auszuüben verstanden, trat die Manufakturkommission schon frühzeitig einige weitere diesbezügliche Rechte an das Arbeiterkollegium ab. Im März 1802 wurden die Ältesten von den Vorstehern der Manufakturanstalt in einem Rundschreiben aufgefordert, daß „ein jeder an seinem Theile auf unerlaubten Handel mit Wrack-Porzellan und auf Diebstähle stets ein waches Auge habe und einen jeglichen, der sich in der Folge des einen oder anderen verdächtigt oder schuldig machen sollte, sofort ohne Scheu bestrafe.“ Diese Maßnahme war nötig geworden, weil das Ausschußporzellan heimlich in den Wirtshäusern, „Tabagien“ und bei den Trödlern gehandelt wurde. Der Betrieb hatte also an die Ältesten eine weitgehende betriebliche Disziplinargewalt abgetreten, die kaum noch mit den ursprünglichen Kassenverwaltungsfunktionen zusammenhing.

Die Kasse bekam im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Reihe von neuen Satzungen, die jedoch immer wieder an der Mitwirkung der Ältesten bei der Verwaltung festhielten. Diese erfuhr sogar eine Verstärkung. So hieß es in

⁹ Ebd., S. 171.

dem revidierten Statut von 1835, daß der Rendant vierteljährlich einen Kassenauszug zu geben hat, der in den Sitzungen mit den Ältesten zu besprechen ist. In dieser Zeit des Vormärz gab es 12 Älteste, die auf zwei Jahre mit Stimmenmehrheit von dem Personal gewählt wurden. Für die Ältesten, deren Zahl man später wieder auf acht herabsetzte, wurden auch mehrmals besondere „Instructionen“ erlassen, bis die Selbstverwaltung der Kasse nach den allgemeinen Bestimmungen der Bismarckschen Sozialversicherung ausgerichtet wurde. Diese Versorgungskasse hat dann in der Folgezeit auf die Berliner Industrie als Vorbild gewirkt. Als die Errichtung von Fabrikkrankenkassen in Preußen obligatorisch gemacht und 1853 ein Ortsstatut für den Gemeindebezirk Berlin erlassen wurde, sandte eine ganze Reihe von Firmen und Berufsvereinen die Satzungen ihrer Krankenkassen an die *Berliner Porzellanmanufaktur* ein, um ihre Bestimmungen an diesem Vorbild auszurichten. Es waren dies die Porzellanmanufaktur F. Adolph Schumann in Berlin-Moabit, der Berliner Gewerbekrankenverein, die Vereinigung der Berliner Buchdrucker und der Berliner Steindrucker und Lithographen, die Schlossergesellenkasse und die Maschinenbau-Arbeiterkasse¹⁰.

Bei anderen Porzellanmanufakturen, die nicht eine solche Sonderstellung in Bezug auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen genossen, ist zwar auch eine Regelung der Kranken- und Altersversorgung zu beobachten gewesen, doch war sie nicht so umfangreich und vor allem die Arbeiterselbstverwaltung nicht ganz so weit ausgebaut. Neben der 1758 von dem bayerischen *Kurfürsten Maximilian III.* gegründeten und 1810 etwa 70 Arbeiter beschäftigenden *Porzellanmanufaktur in Nymphenburg*, bei der es um 1800 schon eine Krankenkasse gegeben haben soll¹¹, ist hier die „Albertische Porcellain Fabrike“ (später *Conta & Böhme*) in Pößneck zu erwähnen. Dort wurde als Selbsthilfeeinrichtung der Arbeiter wie bei der *Meißener Porzellanmanufaktur* am 22. August 1802 eine „Ordnung, wonach die von den in der Albertischen Porcellain Fabrike angestellten Fabrikanten (hier gleichbedeutend mit Arbeitern, d. Verf.) errichteten Aussteuer-Casse zu Pößneck unterhalten und verwaltet wird“, geschaffen. Nach Punkt 6 der Ordnung nahm „der Herr Principal die Casse in Verwahrung und beliebt die von der Gesellschaft bestimmten Ausgaben jedesmahl an zwei deputirte Mitglieder auszuzahlen. Diese Deputirte aber führen über Einnahme und Ausgabe ein richtiges Tagebuch, schließen alle drey Monate ab und ziehen den Hauptabschluß der Jahres-

¹⁰ Ebd., S. 177.

¹¹ Die auf ausgedehnten Aktienstudien beruhende einschlägige Monographie von Friedrich H. Hofmann, *Geschichte der bayerischen Porzellanmanufaktur Nymphenburg*, 3 Bde., Leipzig 1923, bringt leider keine Angaben über die Fabrikkrankenkasse. Es gibt aber noch Akten über die Porzellanmanufaktur beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv und der Abteilung Kreisarchiv in München, die hierüber noch nicht ausgewertet sind. Vgl. ferner: Philipp Andreas Nemnich, *Tagebuch einer der Kultur und Industrie gewidmeten Reise*, Bd. 8, Tübingen 1811, S. 37.

11 Teuteberg, Industrielle Mitbestimmung

rechnung allezeit im Beysein sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft, den Tag nach Michaelis“¹². Wie dieses Beispiel zeigt, war in den kleineren Porzellanmanufakturen, die nicht über soviel Arbeitskräfte verfügten und sich nicht solcher Gunst der Landesfürsten erfreuten wie die Staatsunternehmungen, das Kassenwesen viel weniger entwickelt. Auf eine Mitwirkung der Arbeiter an den sozialen Angelegenheiten und an der Disziplinarbefugnis kann aber, nach den vorliegenden Quellen zu urteilen, geschlossen werden. Welcher Umfang und welche Abweichungen zu den staatlichen Manufakturen im einzelnen bestanden haben, läßt sich dem vorliegenden gedruckten Quellenmaterial nicht entnehmen. Wir müssen uns daher auf diese Feststellungen zunächst beschränken.

Um so bessere Nachrichten sind von einer anderen Betriebskrankenkasse überliefert, die am Anfang des 19. Jahrhunderts in einer Steingut- und Porzellan-Manufaktur in Mettlach (Saar) errichtet wurde. Der aus dem benachbarten Luxemburg stammende Gründer des Unternehmens, *Johann Franz Nikolaus Boch-Buschmann*¹³, der 1809 in einer ehemaligen Benediktiner-Abtei erstmals auf dem europäischen Kontinent Steingut und Porzellan mit Kohle brannte und den mechanischen Antrieb der Drehscheiben mit Wasserkraft sowie den Kupfertiefdruck unter Glasur im großen einführte, erließ im Jahre 1819 für die auf dem Werke schon bestehende „*St. Antonius-Bruderschaft*“ ein Kassenstatut, in dem ein gewisses Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter festgelegt wurde¹⁴. Danach wählte die Generalversammlung der Belegschaft, die sich aus den „Gewerkschaften“ der Massezubereiter, Magazinieri, Handwerker, Former, Warenanfertiger, Ofenarbeiter, Maler und Drucker zusammensetzte, für je 10 Mitglieder dieser „Gewerkschaften“ einen Vertreter in den Vorstand der Bruderschaft, wobei bei „verdeckten Stimmzetteln“ die ein-

¹² Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 17.

¹³ Vgl. Artikel „Johann Franz Nicolaus Boch“. In: Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 2, S. 760 ff.

¹⁴ Vgl. Statut der St. Antonius-Bruderschaft im Jahre 1819 auf Veranlassung von Jean François Boch errichtet. In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 123. Es handelt sich hierbei um ein revidiertes Statut aus dem Jahre 1887, doch lassen die Statuten den ursprünglichen Charakter noch gut erkennen. Der Firmengründer ließ bemerkenswerter Weise seinen Sohn Eugen Anton Boch (1809–1898) unter Einfluß Pestalozzis in Hofwyl (Schweiz) erziehen. Der Sohn übernahm 1829 die Leitung der Fabrik und baute die betrieblichen Sozialeinrichtungen weiter aus. So stiftete er u. a. 100 000 Mark für erkrankte Arbeiter, die durch die Bruderschaft nicht erfaßt wurden. Einer der drei Enkel war René v. Boch-Galhau (1843–1908), der diese Tradition fortsetzte. Über die Geschichte der Firma und ihrer Inhaber unterrichten: Neue deutsche Biographie, Bd. 2 (1955), S. 339 ff. – Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 2. – A. Brogniart, *Traité des Arts Céramiques I*, Paris 1844, S. 94, II, S. 120 ff. – Arbeiterwohl Jg. 1888. – Eugen v. Boch, Ein Blatt der Erinnerung, 1898. – H. v. Zobelitz, Villeroy & Boch. In: Velhagen und Klasings Monatshefte, Oktober 1898. – A. Goergen: Eugen v. Boch, René v. Boch. In: Heimatbücher des Saarlandes, Saarlouis 1912. – Modernes Hartsteingut. Worte und Bilder der Aufklärung. Villeroy & Boch Mettlach. Frankfurt/Main o. J. (um 1913). – Krisam, Sozialpolitik in den Hauptindustriezweigen der Saar aaO, S. 55 ff.

fache Mehrheit entschied. Insgesamt wurden solchermaßen sechs Arbeitervertreter gewählt, sechs weitere von der Direktion ernannt. Der Vorstand, dessen Mitglieder mindestens 25 Jahre alt und 5 Jahre auf dem *Bochschen Werke* beschäftigt gewesen sein mußten, blieb dann ein Jahr im Amt. Wie üblich verordnete er den ärztlichen Beistand, die Arzneien, die Unterstützungen im Krankheitsfalle, bei Verletzungen und Todesfall von Betriebsangehörigen. Auch hatte die Kasse, wie bei den anderen Porzellanmanufakturen, die Funktion einer Spar- und Darlehensbank. Interessant war, daß auch die Angehörigen der längere Zeit einberufenen landwehr- und reservedienstpflichtigen Mitglieder unterstützt wurden. Doch wird diese Bestimmung erst später eingefügt sein.

Die Arbeitervertreter der *Bochschen Steingut- und Porzellanfabrik* waren befugt, selbständig über Aufnahmen und Ausschlüsse von Mitgliedern zu befinden und Geldstrafen zu verhängen, vor allem bei „unehrenhaften und unsittlichen Handlungen“ (§ 6). Dem religiösen Charakter entsprechend, der schon in der traditionellen Bezeichnung „Bruderschaft“ zum Ausdruck kam, wurde den 12 Arbeitervertretern neben der gegenseitigen Hilfeleistung besonders die „Förderung der sittlichen Bildung“ zur Aufgabe gemacht. Kein Arbeiter durfte den anderen vor Gericht verklagen, „ohne vorher den Gegenstand des Zwistes dem Vorstand mitgeteilt und denselben um Herbeiführung einer Einigung gebeten zu haben.“

Diese ganzen Bestimmungen weisen eine große Ähnlichkeit mit denen der Knappschaftskassen auf, die sich im Saargebiet zu Anfang des 19. Jahrhunderts auch noch „Bruderschaften“ nannten, wie schon an anderer Stelle berichtet wurde. Die *Steingut- und Porzellanmanufaktur Boch* schloß sich dann nach jahrelangem Kampf im Jahre 1841 mit einem Konkurrenzunternehmen, das *Nikolaus Villeroy 1797* in einem säkularisierten Kloster bei Vaudrevange in der Nähe von Saarlouis ins Leben gerufen hatte, zu der heute noch bestehenden *Steingut- und Mosaikfabrik Villeroy & Boch* zusammen. Diese rief 1856 in Dresden, 1861 in Wadgassen und 1887 in Merzig bei ihren Zweigwerken nach dem Muster der erwähnten Bestimmungen Betriebskassen ins Leben¹⁵. Fabrikbesitzer René v. Boch-Galhau berichtete 1890 in einer Enquête des „Vereins für Sozialpolitik“, als das Unternehmen seines Großvaters auf acht verschiedene Werke mit rund 5000 Beschäftigten angewachsen war, daß diese Arbeiterselbstverwaltung in den 80 Jahren ihres Bestehens sich so gut bewährt habe, daß sich die Gründung einer besonderen Betriebsver-

¹⁵ Karl Willkens, Denkschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Dresdner Steingutfabrik von Villeroy & Boch 1856–1906. – Statut der Pensionskasse der Terrakottafabrik von Villeroy & Boch in Merzig. In: Post und Albrecht, Musterstätten persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäftsangehörigen aaO, Bd. 2, S. 625. – Die verschiedenen Werkskassen wurden übrigens im Jahre 1939 zusammengelegt und werden heute noch unter dem Namen „Arbeiterpensionskasse der Firma Villeroy & Boch, Mettlach“ unter neuer Satzung fortgeführt.

tretung vollkommen erübrigt habe. „Wir können gewissermaßen behaupten“, schrieb er, „daß unsere Kassenvorstände gleichzeitig auch für alle sonstigen, die Arbeiter betreffenden Fragen als Arbeitervertretung betrachtet und behandelt werden...“

b) Tuchindustrie

Die Einführung von Werkskassen mit einem von Arbeitern gebildeten Vorstand erfolgte in der Textilindustrie unter ähnlichen Umständen und Motiven wie bei den Porzellanmanufakturen. G. Schmoller und O. Hintze haben auf Grund ihrer Forschungen gezeigt, daß besonders in der Krefelder, Mülheimer, Elberfelder und Monschauer Seiden- und Tuchproduktion von Anfang an keine zunftartige Organisation für die Arbeitskräfte bestand¹⁶. Mit Hilfe landesherrlicher Privilegien entwickelten sich aus der Hausindustrie Textil-Großbetriebe, die eine Mischung zwischen Verlags- und Manufaktur-system darstellten. Im Gegensatz zum zünftigen Handwerk gab es wie in den Porzellan-Manufakturen schon eine weitgehende Arbeitsteilung, die Bereitstellung größerer Investitionskapitalien und die Verwendung maschineller Hilfsmittel, zu denen sich noch umfassende Unternehmerkenntnisse gesellten. Diese Unternehmer waren nicht nur Fabrikanten und Verleger, sondern auch „Commercianten“, die ihre hergestellten Produkte im Gegensatz zu den Handwerksmeistern zugleich als kaufmännische Handelsobjekte auffaßten. Schon im 18. Jahrhundert wurden neben den hausindustriellen Webern, Spinnern und Bandwirkern („Lintwirkern“) bestimmte Arbeitskräfte in fabrikartigen Räumen zusammengefaßt. So fanden beispielsweise in der Seidenindustrie die vorbereitenden und abschließenden Arbeiten, wie das „Winden“, das „Kettenschere“, die Appretur und das Färben im Manufaktursystem statt. Später wurde dann die gesamte Seidenherstellung zum zusammengefaßten fabrikatorischen Prozeß. Vor allem wurden schon frühzeitig neben den gelernten Meistern und Gesellen zahlreiche weibliche Arbeitskräfte und zuweilen auch Kinder beschäftigt, wie denn überhaupt die Frauen- und Kinderarbeit keine Erfindung des Maschinenzeitalters ist. Diese Zusammenfassung einer größeren Anzahl von Arbeitskräften in besonderen Werkräumen trug ausgesprochene Merkmale eines industriellen Lohnverhältnisses und brachte damit spezielle Sozialprobleme, die es in der älteren Hausweberei und -spinnerei noch nicht in diesem Maße gegeben hatte. Die Herausbildung einer zunftfreien Textilarbeiterschaft führte auch frühzeitig zu Maßnahmen, um für das Unterstützungswesen der Zünfte einen Ersatz zu geben.

¹⁶ Gustav Schmoller, Über die Entwicklung des Großbetriebes und die soziale Klassenbildung. In: Preussische Jahrbücher, Bd. 69 (1892), S. 459, und Otto Hintze, Die Preussische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert und ihre Begründung durch Friedrich den Großen. In: Acta Borussica, Denkmäler der Preussischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert, hrsg. von der Königlich Akademie der Wissenschaften, Bd. 3, Berlin 1892, S. 46 ff.

So wurde bereits am 1. Dezember 1777 durch Wilhelm Scheibler, dem Mitglied der berühmten Eifeler Tuchherrendynastie, in seinem Monschauer Stammunternehmen Johann Heinrich Scheibler & Söhne eine „Liebesbruderschaft“ ins Leben gerufen¹⁷. Diese Kranken-, Unfall- und Sterbekasse war dazu bestimmt, an die Stelle einer schon bestehenden „Lade“ zu treten. Ganz offensichtlich wurde hier an die Überlieferungen der handwerklichen Unterstützungseinrichtungen angeknüpft. Die „Liebesbruderschaft“ entsprang der Selbsthilfe der Arbeiter und wurde auch von diesen selbst verwaltet, wie der nachfolgende Auszug aus dem Stiftungsbrief beweist:

„Im Namen der heiligsten Dreyfaltigkeit. Mit innigstem Mitleiden hat man bis hiehin wahrgenommen, daß in den Fabriken die auf den Winkeln arbeitenden Knechte, in dem Fall, da sie von Gott mit einer Krankheit oder Leibes-Gebrechlichkeit sind heimgesucht worden, in dem größten Elende darben; man dachte auch Mittel aus, die aber nicht so leicht ins Werk gerichtet, als erdacht werden konnten. Endlich haben beyde Meisterknechte Johann Wilhelm Mendeer und Johann Wilhelm Philippgracht samt ihren untergebenen Tuchscheerern mit genehmhaltung ihres Principalen Herrn Wilhelm Scheibler für gut befunden, eine Liebes-Bruderschaft zu errichten, wodurch dem Elende auf füglichste abgeholfen wird. Es wurde demzufolge eine Casse errichtet, in welche der schon belobte sehr berühmte Tuchfabrikant Wilhelm Scheibler nicht nur seine Einwilligung gegeben, sondern zur Bezeugung seines Wohlwollens der Cassa 25 Rthlr. einverleibt und also der erste Gutthäter unserer Liebes-Gesellschaft muß angesehen werden; damit aber ein jedes Mitglied seine Schuldigkeit sowohl als Vortheile wissen möge, so sind folgende Artikel festgestellt worden: Erstens soll die Cassa allzeit auf Herrn Wilhelm Scheiblers Winkel verbleiben wie auch die Vorsteher davon erwählt werden...“¹⁸

¹⁷ Zur Geschichte der Firma Scheibler vgl.: Philipp Andreas Nemnich, Tagebuch einer der Kultur und Industrie gewidmeten Reise, Tübingen 1809. – Alphons Thun, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, Leipzig 1879. – Schmoller u. Hintze, Die preussische Seidenindustrie aaO., Acta Borussica, Bd. 2. – W. Mushacke, Krefeld im Friedericianischen Zeitalter unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Seidenindustrie, Krefeld 1899. – H. Brauns, Der Übergang der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der niederrheinischen Samt- und Seidenindustrie und die Lage der Arbeiter in dieser Periode, Leipzig 1906. – Anton Hörtges, Crefeld und Lyon vor 40 Jahren und der Übergang zur mechanischen Herstellung in der Sammet- und Seidenfabrikation am Niederrhein, Köln 1909. – Hermann Ritter, Alte rheinische Fabrikantenfamilien und ihre Industrien, Köln 1920. – H. van der Upwich, Die Geschichte der rheinischen Seiden- und Samtindustrie (Diss. Köln), Krefeld 1922. – Hans Carl Scheibler und Karl Wülfrath (Hrsg.), Westdeutsche Ahnentafeln, Bd. 1. In: Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichte, Bd. 44, Weimar 1939.

¹⁸ Scheibler-Wülfrath, Westdeutsche Ahnentafeln, Bd. 1, aaO, S. 374. – Ernst Barkhausen, Die Tuchindustrie in Montjoie, ihr Aufstieg und Niedergang, Aachen 1925, S. 119. – Walter Scheibler, Geschichte und Schicksalsweg einer Firma in sechs Generationen 1724–1937, Aachen 1937, S. 22. – Als Quelle vgl. Wilhelm Schlözer (Hrsg.), Staats-Anzeigen, Bd. 9 (1786), S. 61–66 („Aufnahme der Wollen-Tuch-Manufakturen in Monjoye“). – Krosigk, Der Weg des großen Feuers aaO, Bd. 1, S. 666.

In weiteren 18 Paragraphen waren dann die Rechte und Pflichten der Mitglieder aufgeführt. Zur Stärkung der Einnahmen der Kasse wurden Strafge-der für „Tabakrauchen im Fabrickhause, auf dem Winkel, im Rauhause, Kardenrahmen und Stochrahmen“ eingeführt. Bei unverschuldeter Krankheit, die nicht durch „Vollsaffen, Schlägerey oder Holz des Nachts aus dem Busche tragen“ entstanden war, wurde ein Krankengeld, in Todesfällen ein Sterbegeld von 5 Reichstalern gezahlt.

Ähnliche Betriebskassen sind dann in der Folgezeit auch bei anderen niederrheinischen Seiden- und Tuchmanufakturen entstanden. Der aus Kaiserslautern eingewanderte „Seidenstrumpf-Fabriqueur“ *Franz Henrich Heydweiller*, der eine Tochter des berühmten Krefelder Textilunternehmers *Peter von der Leyen* geheiratet und 1749 dessen Strumpffabrik übernommen hatte, richtete zusammen mit seinem im Siebenjährigen Krieg eingetretenen Bruder *Johann Valentin* 1784 eine ähnliche Kasse ein, ohne allerdings einen besonderen Arbeitervorstand für die Verwaltung der Kasse zu ernennen¹⁹. *Heydweillers* Unternehmen, in dem übrigens die von *Friedrich dem Großen* geförderte Rohseidenherstellung in Preußen erstmals versucht und Maulbeerbäume gepflanzt wurden, war allerdings auch viel kleiner als die *Scheiblersche* Manufaktur.

Wenn wir uns im folgenden etwas ausführlicher mit einer fast ebenso alten Werkskasse beschäftigen wollen, so vor allem deshalb, weil an diesem Beispiel die Motive für die Einführung einer solchen betrieblichen Sozial-einrichtung und einer Mitwirkung der Arbeiter daran besonders deutlich überliefert sind. Es handelt sich um die Unterstützungskasse der heute noch bestehenden Textilfirma *Christoph Andreae* in Köln-Mülheim²⁰. Die Firmengeschichte berichtet, daß sich auf Einladung des *Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz*, der zugleich Herzog von Berg war, im Jahre 1714 zehn evangelische Kaufleute in der „Freiheit Mülheim“ niederließen, weil sie sich durch die katholisch beherrschten Zünfte in Köln an ihrem Fortkommen be-

¹⁹ Stiftungsbrief der Kasse ist abgedruckt bei Scheibler-Wülfrath, *Westdeutsche Ahnentafeln*, Bd. 1, aaO, S. 280 ff. Vgl. ferner, *Genealogische Register der Heydweillerschen Familie* nebst einigen dahingehörigen Nachrichten (als Manuskript gedruckt), Krefeld 1890, und *Schmoller/Hintze*, *Die preußische Seidenindustrie* aaO. In: *Acta Borussica*, Bd. 2, S. 595, 661 ff.

²⁰ W. Andreae, *Beiträge zur Genealogie und Geschichte der Familie Andreae*, Köln 1902 (die Firmengeschichte auf S. 55 ff. ist sehr lückenhaft). – Hermann Thimme, *Geschichte der Firma Christoph Andreae in Mülheim a. Rh. 1714–1914*, Köln o. J. (1914). – Franz Theodor Cramer, *Gewerbe, Handel und Verkehrswesen in der Freiheit Mülheim am Rhein im 18. Jahrhundert* (Diss. phil. Münster), Düsseldorf 1908, S. 66. – Brand und Most, *Heimat- und Wirtschaftskunde für Rheinland-Westfalen*, Bd. 1, Düsseldorf 1913, S. 194. – August Lomberg, *Bergische Männer*, Elberfeld 1927, S. 128 ff. – H. Ritter, *Rheinische Fabrikantenfamilien* aaO, S. 57. – Thun, *Die Industrie am Niederrhein* aaO. – Scheibler-Wülfrath, *Westdeutsche Ahnentafeln* aaO, Bd. 1, S. 20. – Schmoller-Hintze, *Die Preußische Seidenindustrie* aaO, Bd. 2, S. 618 ff. und Ph. A. Nemnich, *Tagebuch einer der Kultur und Industrie gewidmeten Reise* aaO, Bd. 1, S. 277.

hindert fühlten²¹. Unter ihnen befand sich der Bandwirkermeister *Christoph Andreae* (1665–1742), der sich mit einer kleinen Seidenflorettbandproduktion und Leinenweberei gegen die Kölner Konkurrenz behaupten konnte. Sein gleichnamiger Enkel (1735–1804) verhalf dem Unternehmen zur europäischen Geltung, an der vor allem die vom Fürsten eingehandelten Exklusiv-Privilegien, die Ehe mit *Katharina Scheibler*, einer Tochter des Monschauer Tuchgewaltigen, und nicht zuletzt die vom Kurfürsten begünstigte Pracht-liebe an seidenen Geweben großen Anteil hatten. *Andreae*, der seine Ausbildung in Lyon als dem Zentrum der europäischen Seidenindustrie erhalten hatte, erweiterte die Florettbandproduktion, indem er eine Samt- und Seiden-manufaktur ins Leben rief. Ostern 1766 besaß er bereits 49 Webstühle und beschäftigte insgesamt 1500 Arbeitskräfte. Obwohl 1784 ein Hochwasser das Unternehmen fast völlig zerstörte, gelang es ihm in wenigen Jahren mit Hilfe staatlicher Kapitalien, nicht nur eine größere Manufaktur wiedererstehen zu lassen, sondern auch noch im benachbarten Schlebusch und, auf Wunsch des *Kaisers Joseph II.*, in der Wiener Neustadt Zweigbetriebe zu eröffnen, so daß er stolz von sich sagen konnte, „unter die erste Classe der Commercianten des Landes zu gehören“²².

Christoph Andreae hatte, wie alle „Manufactiers“ im 18. Jahrhundert, unter beständigem Mangel an ausgebildeten Fachkräften zu leiden. So war es nicht verwunderlich, wenn er Weber und Färber aus Krefeld, Hamburg, Sachsen und sogar aus Frankreich und Genua anwarb und durch Prämien-löhne („*praemium honoris*“), Befreiung vom Militärdienst und Bau von Arbeiterhäusern die gelernten Arbeiter an sich zu ziehen versuchte, wobei er als echter Vertreter des Merkantilismus auch vor drastischen Methoden nicht zurückschreckte²³. Infolge der großen Konkurrenz, mit der *Andreae* wegen der Privilegien dauernd im Streit lag, war das „Debauchiren“, d. h. die Abwerbung wertvoller Facharbeiter, keine Seltenheit. Eine aus dem Jahre 1767 stammende Fabrikordnung zeigt dann auch das Bestreben des Unternehmers, die aus allen Landstrichen stammende und zu Zügellosigkeiten und „Fabrik-verrätere“ neigende große Belegschaft unter bessere Aufsicht und Kontrolle zu stellen²⁴. Gegen den „Blauen Montag“ wurden strenge Strafen wie Lohn-

²¹ L. Schwering, *Die Auswanderung protestantischer Kaufleute von Köln nach Mülheim am Rhein im Jahre 1714*, Trier 1907.

²² Thimme, *Geschichte der Firma Chr. Andreae* aaO, S. 48. – Lomberg, *Bergische Männer* aaO, S. 132, und Ritter, *Alte rheinische Fabrikantenfamilien* aaO, S. 57.

²³ Thun, *Die Industrie am Niederrhein* aaO, S. 88, berichtet, daß *Andreae* einmal einen für die Krefelder Konkurrenzfirma von der Leyen bestimmten französischen Weber abfang und erst freiließ, als *Friedrich der Große* drohte, er werde ihn mit Gewalt durch seine Soldaten herausholen lassen.

²⁴ Reglement und Anordnung des Fabrikanten Herrn Christoph Andreae in Mülheim am Rhein, nach welcher die bey seiner Sammet- und Seidenfabrique befindlichen Meister, Gesellen und Lehrjungen in Ansehung ihrer Arbeit sowohl als sonstigen Betragen zu richten und die genaueste Befolgung zu beobachten haben. Vgl. Thimme, *Geschichte der Firma Chr. Andreae* aaO, S. 50.

kürzung und Entlassung angedroht und die Lehrlinge wie im Handwerk ganz unter die Strafgewalt des Meisters gestellt, obwohl festgestellt wurde, diese seien „trotz ihrer Meisterqualität nichts mehr als einfache Lohnarbeiter“.

Wenn dann im Jahre 1788 von *Christoph Andreae* eine „*Kranken- und Todten-Cassa*“²⁵ ins Leben gerufen wurde, so sind nach den geschilderten Umständen die Gründe dafür recht einleuchtend. Sie war in erster Linie ein vorzügliches Mittel zur Organisation und Disziplinierung der großen Arbeiterbelegschaft und band durch die eingezahlten Beiträge die Kassenmitglieder enger an das Unternehmen. Im Artikel 2 der Satzung wurde ausdrücklich ein Versicherungszwang „bei Verlust der Arbeit“ festgelegt und eine Einschreibegbühr von 20 Stübren (= 80 Pfennigen) sowie eine Auflage von 4 Stübren vorgeschrieben, während die Rechte des Versicherten erst nach Ablauf des zweiten Monats vom Eintritt an gerechnet begannen. Die Kasse gewährte indirekt einen Schutz vor Verrat von Fabrikgeheimnissen, was bei den wechselnden Modedetails in der Seidenherstellung eine große Rolle spielte. Die Unterstützungen waren also zugleich eine Belohnung für Werkstreue. Ebenso wurde das Vorschußwesen („Losscheine“) neu geregelt. Die eingezahlten Beiträge waren nämlich eine Sicherheit dafür, daß die Gesellen sich nicht heimlich mit einem Darlehn aus dem Staube machten²⁶. Da die Beiträge von den Arbeitern und Meistern zusammen aufgebracht wurden, lag die Verwaltung auch in den Händen der beiden Gruppen. Aus den Reihen der Mitglieder wurden zwei „Ladenmeister“ und zwei Beisitzer ernannt – und zwar je ein Meister und ein Geselle – welche die Kassengeschäfte zu führen hatten, „weshalb ihnen dann der Fabrique Expeditur als Rechnungsführer beigeordnet“ worden war²⁷. Ganz im Stil der früher beschriebenen Innungskassen hatte sich der Kranke bei dem Ladenmeister zu melden, der mit seinem Beisitzer den Kranken besuchen und „nach befindlichen kränklichen Umständen ihm wöchentlich 1 Thaler auszahlen“ sollte. Der Ladenmeister und der Beisitzer überbrachten das Krankengeld selbst, „damit zu gleicher Zeit eine genaue

²⁵ In der Einleitung der ersten Satzung hieß es: „Da die irdische Hülle des menschlichen Körpers nicht allein allerhand Krankheiten und Gebrechen, sondern auch einer gänzlichen Zerstörung durch den Todt unterworfen ist, mittelst aber jene Krankheiten besonders bei den Fabriken manchen zu seiner Arbeit unfähig machen und in nahrungslosen Zustand versetzen, so hat man schon seit geraumen Jahren bei der Seiden-Manufactur des Herrn Christoph Andreae allhier die löbliche und heilsame Veranstaltung gemacht, unter dessen praesidio und gemachten Grundlage zur Unterstützung des Kranken und Begräbnis der Todten eine Kranken- und Todten Cassa zu errichten“. Vgl. Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 13.

²⁶ Thimme, Geschichte der Firma Chr. Andreae aaO, S. 52. – Über die Rolle des Vorschußwesens in der niederrheinischen Seidenindustrie vgl. Thun, Die Industrie am Niederrhein aaO, S. 166 ff.

²⁷ Zitiert nach Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 13, dessen Bericht über die Kasse hier übernommen wird, da er anscheinend direkt aus den Firmenakten stammt.

Untersuchung stattfindet, ob sich der Patient gebessert oder verschlechtert hat“. Im Todesfall konnte der aus Meistern und Gesellen besetzte Kassenvorstand bei der *Andreaeschen Manufaktur* 12 Taler Begräbnisgeld bewilligen und acht Leichenträger aus den Arbeitern auswählen, die anderen waren zur „willkürlichen Leichenbegleitung“ eingeladen.

Die Beispiele für die Arbeiterselbstverwaltung bei den Seiden- und Wollmanufakturen des 18. Jahrhunderts ließen sich bei einem eingehenderen Studium der Quellen, als dies hier möglich ist, sicherlich noch vermehren, zumal was den süddeutschen Raum anbetrifft²⁸. Für die Verfolgung des hier gestellten Problems, die ersten Ansätze einer Arbeiterselbstverwaltung in den Manufakturen aufzuzeigen, mögen die hier zitierten Fälle aber genügen. Umso wichtiger erscheint es, darauf hinzuweisen, daß diese betrieblichen Unterstützungskassen nach der Umwandlung von der vornehmlich handarbeitenden Manufaktur in einen vorwiegend „mechanischen“ Fabrikbetrieb zu Anfang des 19. Jahrhunderts eine weitere Ausdehnung erfahren haben. In zahlreichen nach 1815 gegründeten „mechanischen“ Webereien und Spinnereien, die nach und nach die hausindustrielle Produktion ablösten, sind nach dem Vorbild der Manufakturen solche Werkskassen eingerichtet worden, bei denen der Unternehmer fast immer das Recht der Verwaltung an einen besonders gewählten betrieblichen Arbeitervorstand abtrat. Auch hierfür lassen sich aus der Fülle des Quellenmaterials einige besonders typische Beispiele zitieren. Sie zeigen, daß die Beweggründe für die Einführung eines solchen Kassensystems sich etwas wandelten, daß aber die Struktur der Fabrikkassen weiterhin stark von der handwerklichen Tradition bestimmt gewesen ist.

Besonders vom Beginn der vierziger Jahre an, als die Mechanisierung der Textilbetriebe ihren ersten Höhepunkt erreichte, ist eine ganze Reihe von Kassengründungen überliefert. Zu erwähnen ist hier die *Mechanische Weberei* des Fabrikanten *Carl Ludwig Neuenburger* aus Marklissa in der Oberlausitz. Das im Kreis Lauban im Queistal gelegene Städtchen Marklissa war schon von altersher der Sitz großer Tuchmacherei gewesen, an deren Stelle im

²⁸ So bestand am 30. Mai 1814 in einer „Cotton- und Indienne-Fabrique“ in Lörrach eine „Löbliche Drucker- und Stecher-Kranken-Casse“, die 1820, als die Firma von den Gebrüdern Koechlin übernommen worden war, bereits 143 Mitglieder zählte. Die Firmenfestschriften berichten nichts über die Verwaltung der Kasse. Vgl. die Firmenfestschriften: Koechling, Baumgartner & Cie., Lörrach 1928. – Leuchtende Farben – modischer Druck. Festschrift der Manufaktur Köchling, Baumgartner & Cie. Lörrach/Baden zum 200jährigen Bestehen (1753–1953), o. O., o. J. (1953). – Eine von Arthur Bollinger verfaßte Firmengeschichte ist noch ungedruckt und uns nicht zugänglich gewesen. Wie aus dem Statut der Unterstützungskasse bei der sächsischen Kattendruckerei B. G. Pflugbeil von 1849 hervorgeht, haben die Drucker- und Formstechergesellen schon zu Anfang der zwanziger Jahre ein weitläufiges und besonderes Versorgungskassenwesen gehabt, das sich über die Grenzen der deutschen Einzelstaaten hinaus bis ins Ausland erstreckte. Die Drucker- und Stecherkassen in den einzelnen Unternehmungen waren nur Teile dieser berufsständischen Versicherungseinrichtung.

18. Jahrhundert dann die Leinenweberei trat. Marklissa war nicht nur der Hauptumschlagsplatz für die umliegenden Dörfer der Oberlausitz, sondern vermittelte auch im 18. Jahrhundert die Ausfuhr ins Ausland und besonders nach Übersee. Nach einem Bericht soll von Marklissa aus im Jahre 1777 für über 100 000 Taler Leinwand nach Spanien und Portugal exportiert worden sein²⁹. Nach der Aufhebung der Kontinentalsperre wurden dann zahlreiche Textil-Großbetriebe gegründet. Das auf neun Quadratmeilen 65 000 Menschen zählende Gebiet um Marklissa wurde in den Jahrzehnten des Vormärz zu einem Zentrum der deutschen Baumwollweberei, als 1824 das Berliner *Handlungshaus Nauen, Löwe & Comp.* in Schönberg, später dann in Marklissa und Beerberg Webereien für „rohe Cattune“ und Nessel errichtete. Aber auch die alte Leinenweberei wurde daneben noch weiter betrieben.

1839 verlegte der Unternehmer *Neuenburger* seine sechs Jahre zuvor gegründete Kattunfabrik wahrscheinlich wegen des reichlichen und billigen Arbeitskräfteangebotes und der guten Handelsmöglichkeiten nach Beerberg und Marklissa, wo er 1840 schon 470 Maschinenwebstühle und 200 Handwebstühle laufen ließ. Die damals ständig sinkenden Weberlöhne und die allgemeine Teuerung dürften dann den konkreten Anlaß für *Neuenburger* gegeben haben, am 22. 11. 1840 eine Betriebskrankenkasse ins Leben zu rufen³⁰. Nach dem Statut, das nach einer Verfügung des schlesischen Oberpräsidenten *Merkel* am 30. 9. 1846 revidiert und „der hohen Behörde zur hochgeneigten Bestätigung“ noch einmal vorgelegt werden mußte, wählten die Arbeiter einmal im Jahr einen Vorstand von 12 Mitgliedern aus der Zahl der Werkmeister, Gesellen, Schlichter und Weber, deren Bestätigung dann noch vom Unternehmer abhing. Diese „*Vertrauensmänner*“, wie sie bezeichnet wurden, hatten die Richtigkeit der Ein- und Ausgaben zu überwachen, über Aufnahmen und Ausschlüsse von Mitgliedern zu befinden sowie Strafen für kleine Vergehen zu verhängen. Dem Ausschuß der Vertrauensmänner war überdies das Recht verliehen, „Vorschläge zur Förderung der Interessen des Vereins“ und seiner Mitglieder zu unterbreiten.

Bezeichnenderweise war der Fabrikant *Neuenburger* Mitglied des Berliner „Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“, auf dessen Programm die Errichtung von Unterstützungskassen stand. *Neuenburgers* Kassengründung in Niederschlesien, wo die sozialen Verhältnisse in dieser Zeit kurz vor den Weberaufständen sehr gespannt waren, muß allerdings als Ausnahme bezeichnet werden. Denn es gab sonst nur wenige vom liberalen Bür-

²⁹ R. Jecht, Über Handwerk und Industrie in Marklissa bis 1850. In: Laubner Heimatkalender Jg. 1926. – A. Schulze-Schönberg, Die Gründung und Entwicklung der Landstädte im Kreise Lauban. In: Heimatbuch des Kreises Lauban, hrsg. von F. Bertram, 1928.

³⁰ Anstalten für das Wohl der arbeitenden Klassen zu Marklissa und Umgebung. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aaO, II. Lieferung, S. 138 ff.

gertum gebildete Arbeiterunterstützungsvereine. Wenn diese Bemühungen keinerlei Bedeutung erlangten, so lag das vor allem an der sozialreformerischen Passivität der preußischen Behörden in Schlesien. Der schlesischen Presse war beispielsweise nach dem Weberaufstand 1844 die Besprechung der sozialen Frage völlig untersagt worden, da die Regierung in Breslau die Unruhen weitgehend auf die „Aufreizungen“ der Zeitungen zurückführte³¹. Oberpräsident *Merkel* machte nicht nur dem sozialliberalen Fabrikanten *Neuenburger* bei der Errichtung seiner Fabrikkrankenkasse Schwierigkeiten, indem er die Genehmigung der Statuten hinausschob, sondern legte auch dem Assessor *Schneer* und dem Justiz-Kandidaten *Wolff* alle möglichen Hindernisse in den Weg, als diese in Breslau einen „Weberverein“ und einen „Verein für die Erziehung hilfloser Proletarierkinder“ ins Leben riefen³². Außer diesen beiden Sozialreformern in Breslau gelang es nur noch dem Fabrikanten *Neuenburger*, im Anschluß an den Aufruf des Berliner Centralvereins einen lokalen Arbeiterwohlfahrtsverein zu gründen.

In den anderen deutschen Einzelstaaten sind der Errichtung von Fabrikkrankenkassen in der Textilindustrie nicht soviel Schwierigkeiten begegnet, vor allem nicht in dem benachbarten Sachsen. Hier sind aus der Zeit des Vormärz besonders viele Kassengründungen überliefert: 1832 bei der *Baumwollspinnerei E. J. Clauß* in Plauen, 1840 bei der *Seidenfabrik August Andreas Behrs* in Frankenberg, der *Mechanischen Spinnerei Fiedler & Lechla* in Scharfenstein, 1845 bei den *Baumwollspinnereien J. H. Heymann und Lehmann & Sohn* in Erdmannsdorf und 1849 bei der *Kattundruckerei B. G. Pflugbeil & Comp.* Alle genannten Textilbetriebe ließen die Werkskassen durch von Arbeitern selbst gewählte „*Vorstände*“ oder „*Deputierte*“ verwalten. Inhalt und Entstehung der Kassenstatuten weichen von den hier schon gebrachten Beispielen so wenig ab, daß wir auf eine detaillierte Darstellung verzichten können.

Ebenso wie der schlesische Textilunternehmer *Carl Ludwig Neuenburger* sind auch die beiden Berliner Seidenfabrikanten *Joel Wolff* und *Jacob Abraham Meyer* direkt durch den „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ veranlaßt worden, einen Arbeiterausschuß zur Regelung der Wohlfahrtsangelegenheiten und Verwaltung der Unterstützungskasse zu gründen. Die beiden Unternehmer hatten 1832 in der Havelstadt Brandenburg, in der sich infolge der verbesserten Verkehrsverhältnisse viele Arbeitskräfte von dem unrentablen Fuhrmannsgewerbe der wieder neu erblühenden „Tuch- und Wollwarenindustrie“ zugewandt hatten, eine 700 Mann Belegschaft umfas-

³¹ Stiebel: Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen... aaO, S. 152.

³² Assessor *Schneer*, der für den Breslauer „Weberverein“ eine Enquête unter den Leinwandspinnern und Webern gemacht hatte, veröffentlichte sein Ergebnis unter dem Titel: „Über die Zustände der arbeitenden Klassen in Breslau.“ – Über *Wolff* vgl. Fußnote 9 auf S. 74.

sende „Seidenwaarenfabrik Jacob Abraham Meyer“ als Zweigbetrieb zu dem Berliner Stammunternehmen ins Leben gerufen³³. Schon im Jahre 1845 wollten Meyer und Wolff nach dem Aufruf des Berliner „Centralvereins“, dem sie beide als Mitglieder beigetreten waren, eine Unterstützungskasse einführen. Nach dem Bericht über die Entstehung des Institutes wurde aber von der Mehrzahl der Arbeiter „der große Nutzen dieser in wohlwollender Absicht bezweckten Stiftung nicht gleich erkannt.“ Erst wenige Wochen vor Ausbruch der Revolution, am 1. Januar 1848, konnte ein „Statut des von dem Fabrikpersonal der Meyerschen Seidenwaarenfabrik gegründeten Hilfsinstitutes“ verkündet werden.

Die Zusammensetzung dieses Institutes wie auch die Mitwirkungsrechte der Arbeiter waren darin recht originell und ungewöhnlich geregelt. Nach § 9 wurden die Geschäfte geleitet durch: 1. einen Vorsitzenden mit einfachem Stimmrecht und Entscheidung bei Stimmgleichheit; 2. einen Kassierer; 3. den „zeitigen Werk- genannt Saalmeister“; 4. die „zeitigen“ Altgesellen; 5. fünf mit dem allgemeinen Vertrauen beehrte Bürger der Stadt Brandenburg und 6. durch vier „achtbare Einwohnerinnen aus der hiesigen Stadt in der Eigenschaft als Pflegerinnen“³⁴.

Alle diese genannten Personen bildeten ein gemeinsames „Curatorium“ zur Verwaltung der Kasse. Dieses hatte für die Aufrechterhaltung der Statuten zu sorgen und die Kasse „gehörig zu inspizieren“. Während einer der Fabrikhaber oder in ihrer Vertretung der Disponent das Amt des Vorsitzenden übernahm, wählte das Kuratorium aus seinen Reihen nach Stimmenmehrheit einen Kassenskontrollleur, einen Schriftführer und einen „Pflegevater“ sowie Vertreter in die Geschäftsführung. Für die vielen weiblichen Arbeitskräfte war das Amt der „Pflegermutter“ geschaffen worden, deren Aufgabe es sein sollte, „den weiblichen Mitgliedern, den Ehefrauen, den Witwen und Waisen von Mitgliedern des Institutes bei Krankheiten und Nöten mit weiblich mildem Sinn zur Seite zu stehen und Trost und Labung zu spenden“. Den Pflegermüttern wie auch den Pflegevätern war nach der Satzung die Ermächtigung erteilt, auf Wunsch des Kranken zwei Arbeiter oder Arbeiterinnen von der Fabrik aus zu beurlauben, damit sie dem Kranken „zerstreuende Unterhaltung und Linderung“ brächten (§ 12).

Diese Bestimmungen sind ein wenig sonderbar und aus dem Rahmen fallend. Wahrscheinlich handelte es sich bei den hier erwähnten Unternehmern Jacob Abraham Meyer und Joel Wolff um Calvinisten oder Angehörige einer calvinistischen Sekte (Mennoniten). Darauf deuten weniger die alttestamentarischen Vornamen als vielmehr die Ausdrücke „Pflegermütter“ und „Pflege-

³³ R. Schillmann, Geschichte der Stadt Brandenburg, Berlin 1882. – H. Neumann, Chronik der Stadt Brandenburg, 1927. – O. Tschirch, Geschichte der Church und Hauptstadt Brandenburg, 2. Aufl., 1936.

³⁴ Mittheilungen des Centralvereins... aaO, III. Lieferung, S. 240.

väter“ in dem Statut der Fabrikkrankenkasse. Auch die Bestimmung, daß vier Frauen aus der Gemeinde an der Verwaltung der Kasse beteiligt sein sollten sowie die vorgeschriebene Aufgabe der Pflegerinnen, „Trost und Labung zu spenden“, verraten religiös-karitative Impulse. Wie sich bei einem Vergleich ergibt, ähnelt das Meyersche Kassenstatut dem System der durch Calvinisten begründeten „Elberfelder Armenpflege“.

Nach der 1853 revidierten Elberfelder Armenordnung lag die Leitung der städtischen Armenpflege in den Händen eines siebenköpfigen Ausschusses, dem vier Stadtverordnete und drei Bürger der Stadt angehörten. Der Ausschuß verwaltete das gesamte Armenvermögen, stellte den Etat auf und überwachte ihn, beschloß über die Verwendung der Spenden usw. Diesem Ausschuß unterstanden die Bezirksvorsteher und „Pfleger“ (!). Die Bezirksvorsteher bildeten das Bindeglied zwischen der Stadtverwaltung und den Armenpflegern, welche die eigentlich ausführenden Organe der Armenverwaltung darstellten. Die „Pfleger“, welche die Armen eines Stadtviertels zu betreuen hatten, beantragten die Unterstützungen und konnten in der Bezirksversammlung der Pfleger, einer Art Armenpfleger-Parlament, diese dann auch bewilligen. Sie hatten also ein Mitbestimmungsrecht bei der Vergabe städtischer Mittel und trugen dafür auch die Verantwortung gegenüber der Stadt. „Nicht Mitleid, nicht mildtätiges Schenken sind die Aufgaben eines Armenpflegers, sondern Prüfung und Bewilligung eines Anspruches. Gebunden an strenge Maßstäbe und Instruktionen, doch frei in seiner Entscheidung verwaltet er sein bürgerliches Amt in dem Bewußtsein, stellvertretend für die Bürgergemeinde zu handeln“, heißt es in einer Jubiläumsschrift zum hundertjährigen Bestehen der Elberfelder Armenpflege³⁵. Die Ausstrahlungen des im Tal der Wupper wie auch in der preußischen Hauptstadt besonders rührigen Calvinismus und Pietismus auf die Sozialordnung der Fabriken ist in diesem Fall besonders offensichtlich. Die ursprüngliche Selbstverwaltung einer Kirchengemeinde ist von religiös bestimmten Unternehmern zum Vorbild einer Arbeiterselbstverwaltung in der Fabrik benutzt worden. Gerade dieses Beispiel zeigt, auf welchen mannigfaltigen Wegen man zu den ersten Ansätzen einer späteren Betriebsvertretung gelangen konnte. Nach einem 1850 veröffentlichten „Jahresbericht über das Hilfsinstitut der Meyerschen Seidenwaarenfabrik zu

³⁵ Wolfgang Köllmann, Wirtschaft, Weltanschauung und Gesellschaft in der Geschichte Wuppertals. In: Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde des Wuppertals, Bd. 1, Wuppertal 1955. S. 54 ff. – Ders., „Elberfelder System“. In: Soziale Welt, Jg. 6. (1954) S. 66 ff. – Ders., Hilfe von Mensch zu Mensch. 100 Jahre Elberfelder Armenpflege 1853–1953. Hrsg. im Auftrag der Stadt Wuppertal, 1953. – Über den allgemeinen Einfluß des Calvinismus und Pietismus auf Wirtschaftsgesinnung und Betriebsgestaltung vgl. neben Köllmanns Schriften vor allem Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Gesammelte Aufsätze zu Religionssoziologie. 2. Aufl., Tübingen 1922. – Willi Herbert Wiedemann, Die Barmer Unternehmer, Diss. Köln (Maschinenschrift), 1952 und Paul Wurster, Gustav Werners Leben und Wirken, Reutlingen 1888.

Brandenburg“ soll die Kasse, deren sonstige Bestimmungen den übrigen hier schon zitierten Beispielen gleichen, sich gut bewährt haben. Das Institut erregte sogar die Aufmerksamkeit der pietistischen Hofkreise, und die unter ihrem Einfluß stehende preußische Königin stiftete nach einem Besuch der Fabrik der Kasse 25 Taler jährlich aus ihrer Privatschatulle³⁶.

Ein besonderer Zweig innerhalb des Textilgewerbes war die seit den zwanziger Jahren auch in Deutschland aufkommende Kammgarnspinnerei, deren komplizierte technische Ausrüstung anfangs allerhand Schwierigkeiten bereitete. Da diese sich nicht aus bestehenden älteren Manufakturen entwickelte, sondern in Ablösung des hausindustriellen Gewerbes sofort mit „Fabrik-Etablissements“ ins Leben trat, läßt sich bei der Einführung von Werkkassen besonders gut nachweisen, daß auch hier die neuen Betriebe des „Maschinenzeitalters“ ohne Bruch die Tradition des älteren Handwerks und der Manufakturen fortführten. Als Beispiel wählen wir die *Augsburger Kammgarnspinnerei*, die nach Aussagen von Zeitgenossen im Vormärz „das größte derartige Etablissement im Zollverein“ gewesen ist³⁷.

Sie wurde von dem „Wollwaaren-Händler“ *Johann Anton Friedrich Merz* anfangs der dreißiger Jahre zunächst vor den Toren Nürnbergs gegründet. Seine Berechnung, daß die damals noch sehr erhebliche Wollgarneinfuhr auch durch inländische Garne ersetzt werden könnte, erwies sich in ungeahntem Maße als richtig. Die Bestellungen bei der *Merzschen „Kamm-Woll-Garn-Spinnerey-Fabrik“* waren so groß, daß 1836 das Unternehmen in das Gebäude einer ehemaligen Tabakmühle in Augsburg übersiedelte, um die gegenüber der starken Konkurrenz des Gothaer „Kammgarn-Comptoirs“ noch vergleichsweise hohen Gestehungskosten mit Hilfe der Wasserkraft billiger zu gestalten. Bis dahin hatte *Merz* nämlich seine Maschinen noch mit einem Ochsen-Göpel angetrieben. 1838/39 führte er die „Mule-Jenny“, die von *André Kœchlin* im Elsaß nachgebaute englische Selfactor-Spinnmaschine, ein und spe-

³⁶ Erster Jahresbericht über das Hülfsinstitut der Meyerschen Seidenwaaren-Fabrik zu Brandenburg. In: Mittheilungen des Centralvereins... aaO, VII. und VIII. Lieferung, S. 71 und 74.

³⁷ Hundert Jahre Augsburger Kammgarn-Spinnerei 1836–1936. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Wollgewerbes, Augsburg 1936 (Mit Bibliographie). – Josef Graßmann, Die Entwicklung der Augsburger Industrie im 19. Jahrhundert, Augsburg 1894, S. 20, 26, 46, 54 und 75 ff. – Josef Schmidt, Die Augsburger Kammgarnspinnerei und ihre Stellung im deutschen Wollgewerbe, (Masch. Diss.), o. O. o. J. – Ferdinand Oldenburg: Die Fabriken von Augsburg und Blicke auf die europäischen Industrie- und Gewerbeausstellungen, Augsburg 1850. – A. C. F. Köhler, Über die Nutzbarkeit der Kammwoll-Maschinen-Spinnerei, Leipzig 1827. – Heinrich Klebe, Die Entwicklung von Industrie und Gewerbe in Bayern. München 1930. – Ph. A. Nemnich, Tagebuch einer der Industrie und Kultur gewidmeten Reise, aaO Bd. 8 S. 49 ff. – Wolfgang Zorn, Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwabens, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des schwäbischen Unternehmertums. In: Veröffentlichungen der schwäbischen Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für Bayerische Landesgeschichte, Reihe 1, Bd. 6, Augsburg 1961.

zialisierte sich auf Woll-Musseline. Die Firma, die sich 1845 in eine Aktiengesellschaft umwandelte und damit alle Merkmale einer „modernen“ Fabrik aufwies, rief 1848 im Anschluß an die Revolutionsunruhen eine Kranken-Unterstützungskasse ins Leben. Nach den Statuten, die allerdings erst am 31. 12. 1849 erlassen wurden, mußte sich jeder Arbeiter zum Eintritt verpflichten und zahlte einen gewissen Beitrag, der durch Zuwendungen der Firma dann noch vermehrt wurde. Dafür erhielt er freie Behandlung und Verpflegung im Krankheitsfall. Ein Ausschuß von Meistern und Arbeitern führte unter Oberaufsicht der Betriebsleitung die Verwaltung der Kasse. Im § 23 des Kassenregulatives hieß es dazu: „Die Überwachung der Kranken und möglichste Sorge und Aufmerksamkeit zur Verhütung von Mißbräuchen liegt zunächst dem Ausschusse ob. Zu diesem Zweck hat derselbe aus dem Fabrikenpersonal zuverlässige Krankenbesucher auszuwählen, welche die Kranken wöchentlich wenigstens zweimal besuchen, sich von deren Zustand in Kenntniß zu setzen und darüber zu berichten haben. Findet sich Ungehöriges oder nur Anlaß zu Zweifeln, ob im vorliegenden Fall der Anspruch an die Kasse auch wirklich begründet ist, so ist hiervon unverweilt auch auf dem Comptoir der Kammgarn-Spinnerei Mittheilung zu machen, welche dann, wo nöthig, mit dem Ausschuß den Fall näher erörtern und weiter darüber entscheiden wird.“³⁸

Aus den darauffolgenden Paragraphen ging hervor, daß diese Krankenbesucher aber noch einen größeren Aufgabenkreis hatten, wonach sie „ebenso sehr auch die häuslichen und wohnlichen Verhältnisse der Kranken ins Auge zu fassen und ebenfalls Anzeige zu machen haben, wenn solche von der Art sind, daß der Kranke darunter leiden oder auch derselbe mit Grund irgendwelche Beschwerden zu führen hat.“ Der Ausschuß war damit zugleich ein geeignetes Sprachrohr für soziale Anliegen und anerkanntes Beratungsorgan der Unternehmung. Nach einem Bericht der Firma soll sich bei den Cholera-epidemien 1854/55 dieser Ausschuß vorzüglich bewährt haben. *König Maximilian II. von Bayern*, der 1851 der Kammgarnspinnerei und der von den Gebrüdern *Karl* und *Ferdinand Schüzler* begründeten *Baumwollspinnerei und -weberei* in Augsburg einen Besuch abstattete, war von den Fabrikkrankenkassen dieser beiden großen Textilunternehmen so angetan, daß er ein Handschreiben an das Staatsministerium des Innern, des Handels und der öffentlichen Arbeiten sandte, in dem es als wünschenswert hingestellt wurde, „daß diesem, bei den Fabriken Augsburgs gegebenen Beispiele auch Seitens unserer andern Fabrikorte nachgestrebt, und absichtlich der Erwirkung solcher nützlichen Einrichtungen, den hier betreffenden Betheiligten, unter etwaiger Mittheilung der Satzungen jener Institute zu Augsburg geeignete Aufmahnung und Belehrung zugehe“³⁹. Das bayerische Innenministerium gab

³⁸ 100 Jahre Augsburger Kammgarn-Spinnerei aaO, S. 102. – Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 24 ff.

³⁹ Graßmann, Die Entwicklung der Augsburger Industrie aaO, S. 188.

daraufhin einen entsprechenden Erlaß heraus und versandte die Statuten der beiden Spinnereien an alle bayerischen Kreisregierungen. Im Zuge der königlichen Anregung wurde dann sogar die Konzessionierung von Aktiengesellschaften regelmäßig von der Errichtung betrieblicher Unterstützungskassen abhängig gemacht. Das Beispiel der *Augsburger Kammgarnspinnerei* hat also Anstoß zum Ausbau einer betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung in Bayern gegeben⁴⁰.

c) Grobisenindustrie und sonstige Gewerbebezüge

Porzellanmanufakturen und Textilbetriebe sind, wie wir in den beiden letzten Abschnitten zeigen konnten, bei der Errichtung von betrieblichen Unterstützungskassen und der Einführung einer ersten betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung die eigentlichen Schrittmacher gewesen. Beispiele für solche betrieblichen Arbeiterkassenvorstände finden sich, soweit wir sehen, in den anderen Industriezweigen erst nach dem Ende der Napoleonischen Kriege in Deutschland.

Von der Wahl eines solchen Ausschusses hören wir im Jahre 1828 bei der *Harburger Gummi-Kamm-Compagnie*, der späteren *New York-Hamburger Gummi-Waaren-Compagnie Hamburg-Harburg*. Ihr Gründer, *Heinrich Christian Meyer*, hatte als Sohn eines 1803 aus dem Hannöverschen eingewanderten armen Stuhlmachers nach dem Friedensschluß von 1815 zunächst in einer Bremer Fischbeinfabrik als Werkführer (Meister) gearbeitet und nach deren Konkurs 1817 in einer kleinen Harburger Werkstatt selbst die Produktion von Stöcken und Gebrauchsgegenständen aus Rohr und Fischbein aufgenommen, so daß er in Geschäftskreisen wie im Volksmund bald nur noch der „*Stockmeyer*“ hieß⁴¹. Anfang der zwanziger Jahre kam die Her-

⁴⁰ Graßmann berichtet (ebd.) über die Einführung und Erweiterung zahlreicher Arbeiterunterstützungskassen in Augsburger Industriebetrieben, wie z. B. bei der Maschinenfabrik J. A. Beck & Cie. (1826), bei der C. Forsterschen Kattunfabrik (1836), bei der Mechanischen Baumwollspinnerei und -weberei (1843) und der Baumwollspinnerei am Stadtbach (1852). Einige der Arbeiterkassen-Vorstände fungierten zugleich als „Sitten- und Ehrengericht“. Auch bei der Maschinenfabrik Augsburg, der Baumwollfeinspinnerei Augsburg und noch einem Dutzend anderer industrieller Unternehmen sollen vor der Mitte des Jahrhunderts bereits Fabrikkrankenstellen bestanden haben.

⁴¹ Artikel „Heinrich Christian Meyer.“ In: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 21, S. 578. – Percy-Ernst Schramm, Hamburg, Deutschland und die Welt, München 1953, S. 169. – Heinrich Adolph Meyer, Erinnerungen an Heinrich Christian Meyer. Für die Familie gesammelt von seinem Sohne. Hamburg 1887 (Neudruck in der Hamburger Liebhaberbibliothek 1900). – Zur Firmengeschichte: H. C. Meyer jr. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Hamburg-Harburg 1818–1918. (Hamburg) 1873–1923. Berlin o. J. (1923). – Hans Krieg und Ernst Hieke, Geschichte der New York-Hamburger Gummi-Waaren-Compagnie, 1951 (Manuskript, freundlicherweise zur Verfügung gestellt durch die Wirtschaftsgeschichtliche Forschungsstelle e. V. Hamburg).

stellung von Hartgummi und Gummikämmen, von Elfenbeinklavaturen und Billiardbällen sowie ein Holzgeschäft und eine Furnierschneiderei hinzu. Die schnelle Ausdehnung des Geschäftsbetriebes, das daraus resultierende Anwachsen der Arbeiterzahl und auch die bitteren Erfahrungen der eigenen Jugend, als *Meyer* 1813 vor den Franzosen flüchtend die elterliche Familie miternähren mußte, veranlaßten ihn, im Jahre 1828 eine „Arbeiter-Unterstützungskasse“ für seine Belegschaft ins Leben zu rufen. Die Kasse, die in Krankheits- und Sterbefällen nach der Dauer der Werkszugehörigkeit gestaffelte Unterstützungen und Pensionen gewährte, und zu der die Firma die gleiche Summe beisteuerte wie zusammen alle Arbeiter des Betriebes, wurde von Anfang an durch einen Arbeitervorstand mitverwaltet⁴².

Dem von der Firma ernannten Verwalter der Kasse waren sechs von den Arbeitern gewählte „*Deputierte*“ beigegeben. Da „*Stockmeyer*“ großen Wert auf die Werkszugehörigkeit legte, wurden die Deputierten nicht wie sonst nach Betriebsabteilungen, sondern nach Altersgruppen gewählt. Danach durften alle Kassenmitglieder, die bis zu 10 Jahren im Betrieb waren, zusammen zwei Männer ihres Vertrauens benennen. Ein gleiches Recht besaßen alle, die bis 25 Jahre, und schließlich alle diejenigen, die über 25 Jahre der Firma gedient hatten. Somit war den ältesten Betriebsangehörigen ein weitaus größerer Einfluß bei den Deputierten-Wahlen eingeräumt, die satzungsgemäß alle 2 Jahre stattfinden sollten. Die Mitwirkungsrechte der Arbeiterdeputierten bei der Kasse, deren Statuten „nicht gegen die Majorität der Deputierten“ (§ 16) – auch vom Unternehmer nicht – verändert werden durften, fanden ihre Grenze in der Oberaufsicht der Geschäftsleitung, die „alle Differenzen zwischen Verwalter und Deputierten und einzelnen Mitgliedern der Kasse allein und endgültig entschied“.

„*Stockmeyer*“ unternahm außerdem den Versuch, seine unfallgeschädigten Arbeiter möglichst mit derselben Arbeit in der Fabrik weiterzubeschäftigen. Dabei verlieh er den Arbeitern das Recht, den Grad der Erwerbsminderung selbst einzuschätzen. Durch diese Maßnahme hatten die Arbeiter selbst ein Interesse daran, ihre in die Kasse eingezahlten Beiträge möglichst wirtschaftlich zu verwenden. Es wurde vermieden, daß „durch Simulation mit Unterstützung der Kollegen der vom Unternehmer allein subventionierten Kasse soviel wie möglich in Form einer Rente entzogen wurde“. Nach Angaben von *Victor Böhmert* in der Zeitschrift „Arbeiterfreund“ hat *Heinrich Christian Meyer* „auf die Mitwirkung der Arbeiter bestanden, und zwar unter ausdrücklicher Motivierung, daß nur durch solche direkte Beteiligung das für die Kasse notwendige Interesse unter den Arbeitern zu erreichen sei“⁴³. Gleich-

⁴² Statuten der Privat-Unterstützungskasse für die Arbeiter der Harburger Gummi-Kamm-Compagnie. In: Der Arbeiterfreund, Jg. 23 (1885), S. 431 und *Victor Böhmert*, Die Harburger Gummi-Kamm-Kompagnie, ebd., S. 404 ff.

⁴³ Ebd., S. 405.

zeitig sei es sein Ziel gewesen, durch den Kassenvorstand immer über die Bedürfnisse der Arbeiter unterrichtet zu sein. Die Deputierten wurden dem gleichen Bericht zufolge bald „das Barometer für die Stimmung und die Wünsche der Arbeiter“. Sie wurden willkommene Ratgeber und halfen in schwierigen Entscheidungen die Verantwortung tragen. Die späteren Inhaber der Firma, *Heinrich Christian Meyer jr.* und der Schwiegersohn *Dr. Heinrich Traun*, versicherten 1885, daß „sie es dieser Einrichtung und den wohlwollenden Institutionen ihrer Vorfahren zu verdanken haben, daß sie niemals ernste Differenzen mit der Mehrheit ihrer oft die Zahl tausend erreichenden Arbeiter gehabt haben“⁴⁴.

Wenige Jahre später entstand ebenfalls in einer Hafenstadt, nämlich in dem damals knapp 20 000 Einwohner zählenden westpreussischen Städtchen Elbing, ein ähnlicher Arbeiterausschuß zur Verwaltung einer Werkskasse. Der am Mündungsdelta der Weichsel gelegene Ort, durch den schiffbaren Elbingfluß und den Krafohlkanal mit der Nogat und dem Haff verbunden, war schon unter *Friedrich dem Großen* aufgeblüht, weil dieser Elbing der Hansestadt Danzig vorzog, die damals noch zu Polen gehörte. Der Handel mit Holz, Getreide, Flachs und Wolle hatte die Stadt zusammen mit dem regen Schiffsverkehr bereits in ein Zentrum des „Gewerbefleißes“ verwandelt, als nach 1815 eine Reihe von industriellen Unternehmen entstand, welche die bisher nur gehandelten Landesprodukte und Rohstoffe an Ort und Stelle weiter verarbeiten und veredeln wollten. Einer der Kaufleute, die sich zu dieser Zeit auch in der Rolle des Fabrikanten versuchten, war der 1795 geborene Schiffsreeder und Getreideexporteur *Ignaz Grunau* aus Braunsberg⁴⁵. Im Jahre 1818 hatte er in Elbing sein „Kaufmännisches und Fabrikengeschäft“ eröffnet, das bald zu dem größten Unternehmen seiner Art am Platze wurde. Anfang der dreißiger Jahre legte *Grunau* neben dem Neuen Markt in Elbing seine erste „Dampf-Mahl-Mühle“ an, die nach vier Jahren durch eine ähnliche Maschine „nach amerikanischer Art“ ergänzt wurde. Diese weithin bestaunte technische Anlage, die zwei Dampfmaschinen zu je 14 PS enthielt, verarbeitete den Weizen und Roggen der fruchtbaren west- und ostpreussischen Landschaft zu Mehl, ehe das Ganze auf *Grunaus* Schiffe verladen wurde. Ein wahres Wunderwerk der Technik, das den jungen „Mechanikus“ *Ferdinand Schichau* veranlaßte, selbst eine einsatzfähige Dampfmaschine zu konstruieren und diese 1831 dem gerade gegründeten „Elbinger Gewerbeverein“ vorzuführen. *Ignaz Grunau*, der dem jungen Schlossergesellen *Schichau* zu einem Freistudium an dem „Königlichen Gewerbe-Institut“

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Axel Grunau, Ignaz Grunau und George Grunau 1795–1890, Elbing 1937. – Friedrich Liedke, Die Elbinger Industrie bis zur Gründung der Schichauwerft im Jahre 1837. In: Elbinger Jahrbuch Jg. 10 (1932). – E. Carsten, Elbings wirtschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert. In: Altpreußische Monatsschrift, Bd. 50.

(einem Vorläufer der heutigen Technischen Universität) verhalf und als väterlicher Freund bei der Gründung seiner ersten Maschinenbauanstalt 1837, aus der sich dann später die weltbekannten *Schichau-Werke* entwickelten⁴⁶, Pate stand, wandte sich auch frühzeitig der Pflege der sozialen Beziehungen in seinem Betrieb zu.

Am 1. März 1836 stiftete er, weil er der „immerwährenden Ausgaben“ für Vorschüsse und Unterstützungen der bei ihm beschäftigten Arbeiter überdrüssig war, mit Genehmigung des Elbinger Magistrates eine betriebliche Kranken- und Sterbekasse. Nach dem am 15. 4. 1844 veröffentlichten Statut wurde am ersten Sonntag des Monats Mai eines jeden Jahres nach vorheriger schriftlicher Einladung durch die „Kurrende“ ein neuer Kassenvorstand gebildet, dem neben *Grunau* zwei von der Elbinger Bürgerschaft gewählte andere Kaufleute und Fabrikanten und drei sogenannte „Gutmänner“ aus der Belegschaft sowie ein Arzt angehörten⁴⁷. Die drei Gutmänner und ihre Stellvertreter wurden unter Aufsicht eines „Dirigenten“ auf ähnliche Weise gewählt, wie es bei der Wahl der Elbinger Stadtverordneten geschah, nämlich durch Vorschlag und „Ballotage“, wobei die Stimmenmehrheit entschied⁴⁸. Über die Rechte der so gewählten „Gutmänner“ hieß es in dem Statut: „Sie wohnen den Conferenzen bei, um sich zu überzeugen, daß alles zum besten Nutzen des Vereins behandelt und berathen wird, um dieses ihren Committonen nachrichtlich mitzuteilen und nöthigenfalls Zeugniß von den Verhandlungen geben zu können.“ Daneben besaßen sie nicht nur Sitz bei den Vorstandsversammlungen, sondern auch ein Stimmrecht bei dem Ausschluß von Mitgliedern, der Verteilung der Kassenüberschüsse und bei etwaigen Abänderungen der Statuten. Der § 56 bestimmte: „Sobald die Verhältnisse des Vereins Abänderungen in diesem Statut erheischen, soll dasselbe von dem Curatorio, den drei Gutmännern und 10 Mitgliedern, welche der Verein aus seiner Mitte wählt, sorgfältig geprüft und die durch Erfahrung hervorgetretenen Mängel beseitigt werden, worauf der Magistrat nach seiner Zustimmung die höhere Bestätigung einholt.“

Außerdem konnten durch Stimmenmehrheit des Kuratoriums und der Gutmänner nach dreimaliger Verwarnung Säuer und alle diejenigen entlassen werden, „welche sich durch unerlaubte und unmoralische Handlungen Schäden und Gebrechen zugezogen haben“. Doch scheint diese in § 8 enthal-

⁴⁶ Eberhard Westphal, Ein ostdeutscher Industriepionier. Ferdinand Schichau in seinem Leben und Wirken. Hrsg. von Fritz Pudor, Essen 1957. Vgl. dazu meine Rezension in der Zeitschrift Tradition Jg. 3 (1959) S. 194 ff.

⁴⁷ Statut für die in der Stadt Elbing von dem Kommerzienrat Grunau daselbst im Einverständnis mit den unterzeichneten Interessenten und mit Genehmigung des hiesigen wohlthätigen Magistrates gestifteten Kranken- und Sterbekasse für den hiesigen Ort incl. Vorstädte. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aaO, II. Lieferung (1849), S. 119 ff.

⁴⁸ „Ballotage“ oder „ballotieren“ bedeutete die geheime Abstimmung durch schwarze und weiße Kugeln.

tene Vorschrift nicht allzu pedantisch ausgelegt worden zu sein; denn der alte Kommerzienrat *Grunau* hielt, wie es in den Motiven zu den Statuten hieß, Bier bzw. Branntwein für ein „gesundes und stärkendes Getränk“, dessen gänzlicher Entzug ungerecht wäre.

Das von *Ignaz Grunau* gegebene Beispiel für ein Mitspracherecht der Arbeiter in sozialen Angelegenheiten war im übrigen typisch für das Bewußtsein, das zu Anfang des 19. Jahrhunderts in den östlichsten Landesteilen Preußens herrschte. Denn gerade hier waren die Lehren *Immanuel Kants* von der sittlichen Selbstbestimmung der Individuen im Bildungsbürgertum noch sehr lebendig. Mit Stolz erinnerte man sich an die noch gar nicht weit zurückliegende Zeit, als Ostpreußen das wahre Zentrum einer neuen freien Geistesgesinnung gewesen war, von dem die Errettung der preußischen Monarchie ausging. Diese noch haftenden Eindrücke sind sicherlich ein Grund für die fortschrittliche Einstellung auf dem Gebiet der gewerblichen Sozialreform (mit Ausnahme der Landwirtschaft!) gewesen⁴⁹. Als *Grunau* mit Zustimmung und unter Beteiligung der Elbinger Honoratiorenschaft die Anfänge seiner betrieblichen Sozialpolitik unternahm, fand sich zur gleichen Zeit unter Vorsitz des Landtagsabgeordneten *Heinrich Jacobi* im Königsberger „Bürgerverein“ ein Gremium von Kaufleuten, Handwerkern und Beamten zusammen, in dem die „soziale Frage“ eifrig diskutiert wurde. Auch in Pillau, Fischhausen und Braunsberg haben ebenso wie in Elbing solche „Bürgergesellschaften“ nachweislich bestanden. Die Beeinflussung *Grunaus* durch solche sozialreformerische Zirkel des liberalen Bürgertums liegt auf der Hand.

Die Betriebskrankenkassen bei den Firmen *Heinrich Christian Meyer* und *Ignaz Grunau* sind Gründungen in Hafenstädten gewesen, die natürlich ihre besonderen Verhältnisse und Traditionen auf dem Gebiet der Unterstützungskassen hatten. Da wir hier nur einen allgemeinen Überblick über die Lage in der gesamten Industrie geben wollen, müssen wir es uns versagen, die vielen Vorläufer für solche selbstverwalteten Arbeiterkassen in diesen Küstenorten darzustellen, wie z. B. die genossenschaftlich geführten „Gefahrenkassen“ der Seeleute, die „Assecuranz-Compagnien“ für die allgemeine Seeversicherung oder z. B. den „Kranken-Verein der Commis des Löblichen Krameramtes zu Hamburg“, aus dem 1826 bereits die heute noch existierende „*Hanseatische von 1826 und Merkur-Ersatzkasse*“ entstand. Auch die frühzeitige Selbstverwaltung der Bürgerschaft in Hansestädten, auf die *Grunau* in seinem Statut bezeichnenderweise anspielte, hat hier eine gewisse Rolle bei der Ausgestaltung dieser betrieblichen Sozialinstitutionen gespielt.

Wenn auch den Anregungen für diese Kassen hier nicht weiter nachgegangen werden kann, so erscheint es doch erforderlich, die ersten Elemente einer betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung in der metallherzeugenden und metall-

⁴⁹ Falkson, Die liberale Bewegung in Königsberg aaO, S. 106.

verarbeitenden Industrie, der Großeisen- und Maschinenindustrie, welche neben Porzellan- und Textilgewerbe die dritte große Säule der Industrialisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildete, aufzuzeigen.

Als erster Wegbereiter für den Gedanken einer selbstverwalteten Fabrikkrankenkasse in der Eisen- und Stahlindustrie muß der westfälische Unternehmer *Friedrich Harkort* genannt werden, der sich in Wort und Schrift für sie auf das wärmste einsetzte und auch in seiner Fabrik mit gutem Beispiel voranging⁵⁰. Der von dem Gut Harkorten an der Ennepe zwischen Hagen und Gevelsberg stammende Industrielle gründete bereits 1820 in seiner „*Mechanischen Werkstätte*“ in Schönthal bei Wetter an der Ruhr, die von den Zeitgenossen allgemein als erste Maschinenfabrik nach englischem Muster in Preußen angesehen wurde, eine Fabrikkrankenkasse⁵¹. Als einer der wenigen vormärzlichen Unternehmer machte er sich auch über diese betriebliche Sozialeinrichtung grundsätzliche Gedanken. Sie zeigen, daß *Friedrich Harkort* nicht nur auf technisch-wirtschaftlichem, sondern auch auf sozialem Gebiet eine ungewöhnliche Pionierarbeit leistete. Seine diesbezüglichen Maßnahmen waren nur der Teil eines gut durchdachten Sozialprogrammes, das sich durchaus neben den Theorien der romantischen Nationalökonomie und des utopischen Frühsozialismus seiner Zeit sehen lassen konnte. In seinen Gedanken über das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter war er sogar den meisten Theoretikern überlegen. Der Gedanke einer betrieblichen Sozialreform ist ihm wahrscheinlich zuerst durch die ihm eng befreundeten preußischen Oberpräsidenten *Freiherr v. Stein* und *Ludwig Freiherr v. Vincke* nahe gebracht worden, wie *Louis Konstanx Berger* in der Biographie über seinen Schwiegervater *Harkort* schreibt. In der von ihnen verwalteten Grafschaft Mark, die nach 1815 der preußischen Provinz Westfalen zugeschlagen worden war, hatte die Industrialisierung im Vergleich mit den anderen Landesteilen damals einen bereits ungewöhnlich hohen Stand erreicht. Mit

⁵⁰ Artikel „Friedrich Harkort“. In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien Bd. 1 (1932), S. 38 ff. – Dort ist auch die ältere Literatur angegeben, von der die ausführliche Biographie von *Louis Konstanx Berger*, Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild. Hrsg. von Aloys Meister, 5. Aufl., Leipzig 1926, besonders hervorzuheben ist. *Berger* (1829–1891) war der Schwiegersohn *Harkorts*, sein politischer Parteigänger und wie dieser Großindustrieller, nämlich Inhaber der Gußstahlfabrik *Berger & Comp.* in Witten/Ruhr, sowie national-liberaler Reichstagsabgeordneter. Diese Biographie ist daher einseitig und hat nur noch Quellencharakter. Über *Harkorts* sozialpolitische Ideen vgl. neben seinen eigenen, weiter unten angegebenen Schriften vor allem: W. Tigges, Konsumvereine in Westfalen 1844–1867, Diss. Köln 1928, und Hans Stein, Pauperismus und Association aaO, S. 64 ff.

⁵¹ Eine ausführliche Beschreibung über *Harkorts* „Mechanische Werkstätte“ in Schönthal bei Wetter an der Ruhr aus dem Jahre 1823 findet sich im Staatsarchiv Münster, Akten der Regierung Arnsberg I, G.A., Bd. 12. – Die Fabrikkrankenkasse wird von *Harkort* in seinen Schriften mehrmals kurz erwähnt. Auch sein Schwiegersohn *Berger* und der Fabriken-Kommissar *Jacobi* berichten unabhängig davon.

Sorgen beobachteten Stein und sein Nachfolger Vincke das schnelle Anwachsen des Pauperismus und die Proletarisierung der arbeitenden Klassen. Aber noch klarer als sie sah Harkort die Gefahr einer dauernden Zerklüftung zwischen Unternehmern und Arbeitern und versuchte, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dabei dachte er nicht wie so viele seiner Standesgenossen, die nach den Worten des Freifräuleins *Annette von Droste-Hülshoff* „mit Vieren fahren und rastlose und zumeist glückliche Speculanten sind“, an seinen eigenen Vorteil oder den seiner Fabrik, sondern es ging ihm einzig darum, das Gute und Nützliche hier zum Wohle seiner Heimat zu verbinden. Mit dem höchst praktischen Sinn eines westfälischen Unternehmers, der sich zugleich als überzeugter Christ und königstreuer Bürger fühlte, nahm Harkort zu der sozialen Frage Stellung⁵². Zunächst befürwortete er gemäß den Forderungen anderer Liberaler eine Hebung des sittlichen Verantwortungsgefühls und des Selbsthilfewillens bei den niederen Klassen, denn die „Proletarier sind die ächten Todtengräber der Staaten“. Über diese allgemeine Auffassung dann aber hinausgehend erklärte er, daß die Erweckung der sittlichen Verantwortung und die Entwicklung einer inneren Emanzipation der Fabrikarbeiter solange utopisch bleiben müssen, wie der Arbeiter schutzlos der Willkür des Unternehmers ausgesetzt sei. Seine Auffassung von der gesellschaftlichen Eingliederung des Lohnarbeiters werde vor allem durch die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit bestimmt. „Selbst gehöre ich zu den Leitern der Industrie“, bekannte Harkort, „allein von Herzen verachte ich jede Schaffung von Werthen und Reichthümern, die auf Kosten der Menschenwürde, auf Erniedrigung der arbeitenden Klassen gegründet ist. Zweck der Maschine ist es, den Menschen der tierischen Dienste zu entheben, nicht ärgere Fron zu schaffen“⁵³.

Harkort forderte deshalb neben einer breiten Volksbildung und einem Ausbau des preußischen Volksschulwesens vor allem ein striktes Verbot der gewerblichen Kinderarbeit, die Festsetzung eines Maximalarbeitstages und die Einführung selbstverwalteter Fabrikunterstützungskassen. Dabei dachte Harkort an die Knappschaftseinrichtungen des märkischen Bergbaus, den er aus eigener Anschauung gut kannte. Der Knappschaftsverband, so meinte er, sichere nicht nur Unterstützung in Krankheitsfällen und bei Invalidität; „durch diese einfache Organisation erscheint der Stand gesicherter und unabhängiger als wie jene Massen von Lohnarbeitern anderer Gewerbe.“

⁵² Harkorts sozialreformerische Vorschläge sind vor allem in folgenden Schriften enthalten: Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation und Emancipation der unteren Klassen (Fortsetzung der Bemerkungen über die preußische Volksschule), Elberfeld 1844 (Neudruck durch Julius Ziehen, Frankfurt/M. 1919) und in: Die Vereine zur Hebung der unteren Volksklassen nebst Bemerkungen über den Centralverein in Berlin, Elberfeld 1845. – Außerdem gab Harkort von 1843 bis 1845 den „Märkischen Gewerbefreund“ heraus, in dem sozialpolitische Ideen enthalten sind.

⁵³ Harkort, Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation ... aaO, S. 43 ff.

Weiter wies Harkort darauf hin, daß die höheren Stände sich auf alle mögliche Weise gegen die Wechselfälle des Lebens wappneten; nur der unbemittelte Fabrikarbeiter müsse leer ausgehen. Deshalb sei „eine allgemeine Versicherung zur Unterstützung in Krankheitsfällen der unteren Klassen“ unbedingt erforderlich. Eine 20jährige Praxis mit einer eigenen Fabrikkrankenkasse (Harkort schrieb diese Sätze Anfang der vierziger Jahre) habe ihn gelehrt, daß ein wöchentlicher Beitrag von 1 bis 1 1/2 Silbergroschen hinreiche, um für eine Gruppe von 100 bis 150 Arbeitern die Hilfe des Arztes, Heilmittel und die Beköstigung der Kranken zu bestreiten. Abschließend versicherte Harkort, das Aufstellen von Statuten für eine solche Betriebskrankenkasse sei sehr einfach. Als Muster für die anderen westfälischen Unternehmer druckte er die Statuten einer solchen Kasse ab, in denen die Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung der Kasse nach Art der preußischen Knappschaftsvereine vorgesehen war⁵⁴.

Harkort, dem bereits eine allgemeine Sozialversicherung im *Bismarckeschen* Sinn vorschwebte, glaubte nicht, daß die Misere des Fabrikarbeiters durch die karitative Wohltätigkeit von Privaten, Gemeinden oder den Kirchen noch gelöst werden könnte. Im echt liberalen Sinn empfahl er nach dem Motto: „Hilf dir selbst – dann wird Gott dir schon helfen!“ die Bildung genossenschaftlicher Assoziationen. Nur durch sie konnte seiner Meinung nach der Arbeiter an seiner Fabrik, an der bürgerlichen Gesellschaft und dem System des wirtschaftlichen Liberalismus, an das er bedingungslos glaubte, interessiert werden. „Man konstituiere die Massen“, erklärte er in seinem sozialpolitischen Aufruf, „allein nicht im Geiste des Mittelalters, sondern auf Grund der fortgeschrittenen Civilisation.“ Denn Harkort ging es durchaus bei seinen Vorschlägen nicht nur darum, die bittere materielle Not zu lindern. Vor allem hatte er im Auge, die Arbeiter mit ihrem Beruf und ihrem Werk wieder zu versöhnen. So bemängelte er an anderer Stelle seiner sozialpolitischen Schriften, daß der Arbeiter unter strengster Kontrolle nur gewisse Dienste gegen einen gewissen Lohn verrichte. Die Wohlfahrt der Fabrik und des Unternehmers kümmere ihn dagegen überhaupt nicht. Harkort, der an die große Macht der Bildung, der Vernunft und Philanthropie glaubte, bemerkte dazu: „Die Arbeiterschaft tritt noch zu roh und ungebildet auf, als daß eine engere Verbindung mit dem Capitale möglich wäre ... Denken wir uns indessen eine sittlich gebildete Masse von Individuen, dann könnte ein glückliches

⁵⁴ Harkort empfahl als Muster für die anderen westfälischen Unternehmer nicht die Statuten seiner eigenen 1820 gegründeten Fabrikkrankenkasse, sondern die Satzung der seit 1841 bestehenden Fabriken-, Spar- und Sterbekasse Lüdenscheld. Im § 13 hieß es dort: „Der Verein steht unter Leitung eines Vorstandes von 12 Mitgliedern, welche aus dem Verein durch Stimmenmehrheit auf 2 Jahre gewählt werden. Der Vorstand besteht aus Director, Secretair und Rendanten und aus 10 Beisitzern, von welchen 4 aus der Zahl der Fabrikherrn, und 6 aus der Zahl der Arbeiter gewählt werden.“ Vgl. Harkort, Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation ... aaO, S. 139 und 67 ff.

Verhältnis stattfinden. Außer den festen Löhnen wäre der Arbeit ein Antheil am Gewinne zuzugestehen und Fleiß und Thätigkeit würden Wunder tun.“

Harkort wies hier auf den ökonomischen Nutzen einer betrieblichen Gewinnbeteiligung hin, die eine Verringerung der Aufsicht über die Arbeiter, erhöhte Produktion und im Endeffekt billigere Herstellungskosten brächte. Zugleich stellte er aber auch den ideellen Zweck einer solchen Einrichtung heraus, der seiner Meinung nach darin liege, daß die Arbeiter zu Mitinteressenten an der Fabrik gemacht würden. Wo ein Schäfer an der Herde beteiligt sei, meinte er, einen höchst praktischen Vergleich gebrauchend, dort würden die Schafe auch am besten gedeihen, und ebenso arbeiteten die Kinder des Bauern allemal besser als die nur Lohn empfangenden Knechte. Aus diesen jedermann verständlichen Beispielen des ländlichen Lebensbereiches leitete der westfälische Unternehmer die Notwendigkeit einer engeren Verbindung zwischen Unternehmern und Arbeitern ab. Diese sei gar nicht so schwer zu erreichen, wie es auf den ersten Blick erscheine. „*Der Fabrikunternehmer steht da als ein Monarch*“, schrieb der Royalist Harkort, „*die Arbeiter wie beratende Stände, von Jahr zu Jahr einberufen.*“⁵⁵ Auch er kam damit wie Robert v. Mohl, Johannes Alois Perthaler und andere vormärzliche Sozialtheoretiker zu der Schlußfolgerung, daß eine Beteiligung der Arbeiter am Reingewinn der Fabrik zur Bildung eines ständigen Kontrollausschusses, einer Beratungsinstanz und damit zur Mitbeteiligung des Arbeiters an gewissen Dingen der Geschäftsleitung führen müßten. Als Anhänger einer konstitutionell beschränkten Monarchie schlug er ein seinem politischen Ideal ähnliches Betriebsverfassungssystem vor – ein Gedankengang, der bei der Entwicklung der Betriebsvertretung in den Auffassungen der Unternehmer später noch oft wiederkehrte. Bei seinen Vorschlägen machte Harkort allerdings, wie die meisten seiner Zeitgenossen, noch keine scharfe Unterscheidung zwischen Handwerkern und Fabrikarbeitern, zwischen Problemen des allgemeinen Pauperismus und den speziellen Forderungen für die arbeitenden Klassen. Seine Vorschläge richteten sich weitgehend gegen die Übel der Zeit schlechthin, ganz gleich, ob sie aus der Armut, der ökonomischen Abhängigkeit oder der geringen Allgemeinbildung entstanden waren. Er war überhaupt kein logischer und systematischer Denker und im Grunde ein Feind jeglicher spekulativen Sozialethik und Utopie. Seine Vorschläge kamen auch nicht aus der stillen Kammer des Schriftstellers oder vom Katheder des Gelehrten, sondern aus der lärmenden und neuartigen Welt einer „mechanischen Werkstatt“. Für Harkort, der von früh bis spät mit seinen vielen Plänen und Projekten beschäftigt war, bildete die soziale Frage im Grunde einen Teil der alltäglichen Wirklichkeit, die die meisten anderen Theoretiker nur aus der Literatur kannten. Für ihn war die Verbesserung der Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeitern ein berechenbarer Tatbestand des neuen in-

⁵⁵ Ebd., S. 49.

dustriellen Arbeitslebens. Er ging in seinen Schriften das Problem an, als „gälte es eine verbesserte Form irgendeines Metall-Zylinders herzustellen“.

Wie die meisten jüngeren Liberalen kannte er einige der gesellschaftskritischen und sozialreformatrischen Schriften seiner Zeit⁵⁶, doch hing er keiner dieser Utopien an und hatte auch nicht den Ehrgeiz, eine eigene Theorie mit seinen Schriften zu begründen. Er bezog seine Vorschläge aus der Alltagspraxis des Unternehmers, der mit den Lebensbedingungen seiner Arbeiter aus langjähriger Erfahrung vertraut war. So konnte er voller Stolz feststellen: „Meine Ansichten habe ich nicht entlehnt, sondern in mich hineingelebt.“ Trotz Fehlens einer ausgebildeten Theorie zeigten seine Gedanken jedoch eine große, über die Ansichten seiner Zeitgenossen hinausweisende Linie auf. So ist der westfälische Unternehmer *Friedrich Harkort* das geradezu klassische Beispiel eines sozial denkenden Fabrikanten in der Großeisen- und Maschinenindustrie geworden, zumal er als erster grundsätzliche Erwägungen über die Beseitigung der sozialen Spannungen in der industriellen Arbeitswelt anstellte. Allerdings ist seine 1820 gegründete Fabrikkrankenkasse, über deren Wirken er leider nicht selbst berichtet hat, nicht die erste und einzige Gründung dieser Art in diesem Industriezweig gewesen. Abgesehen von den älteren Hüttenknappschaften, über deren Wirken wir schon berichtet haben, gab es auch an anderen Stellen ähnliche frühe Sozialeinrichtungen, die durch private Unternehmerinitiative ins Leben gerufen wurden.

Ein besonders gut überliefertes Beispiel für die Entstehung einer betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung im Rahmen der Fabrikkrankenkassen findet sich bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts bei der „*Hüttengewerkschaft und Handlung Jacobi, Haniel & Huysen*“, der Vorgängerin der heutigen *Gutehoffnungshütte Oberhausen AG*. Das Werk, das nach Meinung eines sachverständigen Zeitgenossen die Großindustrie für das „Eisengewerbe“ in den westlichen preußischen Provinzen begründet hat⁵⁷ und auch heute noch als das älteste schwerindustrielle Unternehmen des Ruhrgebietes gelten kann, bestand ursprünglich aus drei verschiedenen Eisenhütten:

1. Aus der im Siebenjährigen Krieg von dem Münsteraner Domkapitular *Freiherr Franz Ferdinand von der Wenge zu Dieck* erbauten und 1758 in Betrieb genommenen Eisensteingrube und Eisenhütte „*St. Antony*“ bei Osterfeld im kurkölnischen Vest Recklinghausen;
2. aus dem von dem Siegerner Hüttenmeister *Eberhard Pfandhöfer* 1782 in Betrieb genommenen Hüttenwerk „*Gute Hoffnung*“ bei dem Dorf Sterkrade in dem preußischen Herzogtum Cleve und

⁵⁶ Harkort nannte als Lektüre Villeneuve-Bargemont, Babbage, Duchâtel, Blanqui, Buré, Brougham und Bettina v. Arnims Königsbuch.

⁵⁷ Zu dem Urteil kommt der bereits mehrfach zitierte Wittener Gußstahlfabrikant Louis Konstanz Berger in der Biographie: *Der alte Harkort* aaO, S. 161 und 555 ff. Vgl. ferner die ausführliche Beschreibung bei Philipp Andreas Nennich, *Tagebuch einer der Kultur und Industrie gewidmeten Reise* aaO, Bd. 1, S. 500.

3. aus der im Auftrage der Fürstäbtissin von Essen Maria Cunegunda erbauten Eisenhütte „Neu-Essen“ an der Emscher auf dem Gebiet des Stiftes Essen-Werden.

Als die Fürstäbtissin 1793 die St. Antony-Hütte erwarb, wurde deren Betreuung dem Hüttenfaktor *Gottlob Jacobi* übertragen, der auch schon ihre Hütte Neu-Essen leitete. Dieser tat sich 1805 mit seinen beiden Schwägern, den Brüdern *Gerhard* und *Franz Haniel*, zusammen und veranlaßte die Fürstäbtissin, diese beiden Hütten ihnen zu verkaufen. Die Gutehoffnungshütte ging 1799 in den Besitz der Witwe *Krupp* aus Essen über und wurde von dieser 1808 an *Heinrich Huyßen* und dessen Schwäger *Jacobi*, *Gerhard* und *Franz Haniel* verkauft. So kam es, daß diese vier Unternehmer die drei Hütten in einer Hand vereinigten und nach dem Gesellschaftsvertrag als *Hütten-gewerkschaft und Handlung Jacobi, Haniel & Huyßen* gemeinsam betreiben konnten⁵⁸.

1813 waren auf der Gutehoffnungshütte, St. Antony und Neu-Essen insgesamt erst 162 Arbeiter beschäftigt. Diese Zahl stieg aber schnell durch die Aufnahme des Dampfmaschinenbaues für fremde Rechnung im Jahre 1820, die Errichtung einer Kesselschmiede und einer Schiffswerft in Ruhrort 1829 sowie den Bau eines Stahlpuddel- und Walzwerkes nach „belgischem Muster“ auf der Lipper Heide bei Oberhausen auf insgesamt 710 Leute im Jahr 1836. Allein in der unter Hüttendirektor *Wilhelm Lueg* arbeitenden Gutehoffnungs-

⁵⁸ Zur Unternehmer- und Firmengeschichte vgl. Hans Spethmann, *Franz Haniel*, Duisburg 1956. – F. A. Waldthausen, *Beiträge zur Geschichte der Familie Huyssen*, Düsseldorf 1906. – Gutehoffnungshütte, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb. Ein Bericht aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens (1873–1898), Düsseldorf o. J. (1898). – Fr. Frölich, *Die Werke der Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Oberhausen und Sterkrade*, Berlin 1902. – Arnold Woltmann und Friedrich Frölich, *Die Gutehoffnungshütte Oberhausen/Rhld. Zur Erinnerung an das 100jährige Bestehen 1810–1910* (Düsseldorf 1910). – Mathias Eich, *Die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Oberhausen, Rheinland. Aus Anlaß des 100jährigen Bestehens als Beitrag zur Heimatgeschichte bearbeitet*, Oberhausen 1910. – J. W. Reichert, *Die Geschichte der Gutehoffnungshütte in Oberhausen (Rhld.)*. In: *Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie*, Bd. 2, Berlin 1910. – Fritz Büchner, *125 Jahre Geschichte der Gutehoffnungshütte* (Düsseldorf 1935). – Urkunden aus der Entstehungsgeschichte der Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb 1741–1872, Oberhausen/Rhld., 1938. – Anton Felix Napp-Zinn, *Die Anfänge des deutschen Rheindampferbaues*, Düsseldorf 1939. – Werden und Entwicklung der Gutehoffnungshütte Oberhausen/Rheinland, 1940. – Gutehoffnungshütte, *Franz Haniel Mine*, London 1948. In: *Technical Report on the Ruhr Coalfield*, vol. 3, app. No. 6. – Heinrich Koch, *Erinnerungsschrift zum 125jährigen Bestehen der GHH (Gutehoffnungshütte Oberhausen), Dampffördermaschinenbau*, o. O. o. J. (Dortmund 1949). – Philipp Stein, *100 Jahre GHH-Brückenbau*. Hrsg. von der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG, Werk Sterkrade o. O. (Bielefeld) 1951. – *Die Neuordnung der Gutehoffnungshütte*. Hrsg. vom Vorstand der Gutehoffnungshütte im Anschluß an die Hauptversammlung vom 28. Juli 1953, Oberhausen 1953. Gutehoffnungshütte in zwei Jahrhunderten. Hrsg. von der Gutehoffnungshütte Sterkrade, Aktiengesellschaft Oberhausen (Rhld.) im Jubiläumsjahr 1958, Düsseldorf 1958.

hütte, die eine Hochofenanlage mit mehreren Flamm- und Kupolöfen, eine Gießerei und eine ausgedehnte Maschinenbauanstalt zu dieser Zeit unterhielt, vermehrte sich die Belegschaft wie folgt: 1828 = 200, 1829 = 220, 1830 = 300, 1831 = 320, 1832 = 340, 1846 = 556, 1853 = 626 Arbeiter. Zu Beginn der fünfziger Jahre zählte die vorgenannte Hüttengewerkschaft insgesamt 2000 Arbeiter⁵⁹. Diese Betriebsausweitung innerhalb kurzer Zeit stellte die Gewerkschaft auch in sozialer Hinsicht vor große Aufgaben. Die in den ersten Jahrzehnten gezahlten Einzelunterstützungen an Arbeiter, für die sich seit 1809 zahlreiche Belege in den Geschäftsbüchern finden⁶⁰, reichten bald nicht mehr aus, und die Frage einer generellen Regelung des Unterstützungswesens muß immer dringlicher geworden sein, zumal die Werksleitung bei der großen Zahl von Menschen nicht mehr wie früher an dem Schicksal jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten Anteil nehmen konnte. Schon 1832 bestand, wie aus der Eintragung in einem Geschäftsbuch hervorgeht, eine „Unterstützungskasse für die Sterkrader Hüttenarbeiter“, die jedoch anscheinend noch keine besondere Satzung besaß und von der Firma verwaltet wurde⁶¹. Im Jahre 1837 wurde dann eine zweite werkseigene Unterstützungskasse für die Schiffswerft Ruhrort errichtet. Die Statuten dieser „Unterstützungskasse für kranke Arbeiter bei Jacobi, Haniel & Huyßen in Ruhrort“ vom 9. 1. 1837, die heute noch erhalten sind, sahen allerdings – von der Krankenkontrolle abgesehen – noch keine Beteiligung der Arbeiter an den Kassengeschäften vor. Im Februar 1840 wird dann wiederum in einem Geschäftsbuch erstmalig eine Unterstützungskasse für Oberhausener Arbeiter erwähnt, die ebenfalls von der Hüttengewerkschaft verwaltet wurde. Wie weit hier der Einfluß der Unternehmensleitung reichte, ist nicht klar ersichtlich. Doch ergibt sich aus einem Schriftwechsel, daß sie gemeinsam mit den Arbeitern zu den Einnahmen der Kasse beitrug, wobei die Firma bis 1848 aber keinen feststehenden Beitrag leistete. Nachdem in den vierziger Jahren noch eine Reihe anderer Kassen entstanden war, bei denen der später nur von Arbeitern getragene und am 1. August 1846 gegründete „Brüderliche Unterstützungsverein“ besonders hervorzuheben ist⁶², wurden am 1. Juli 1848 die Sterkrader und die

⁵⁹ Die Zahlen nach Woltmann, *Die Gutehoffnungshütte* aaO, S. 59 und Amtlicher Bericht über die allgemeine deutsche Gewerbeausstellung Berlin 1846. In: *Mitteilungen des Centralvereins*... aaO, II. Lieferung, S. 31.

⁶⁰ Die Sozialfürsorge der Gutehoffnungshütte 1808 bis 1885. (Manuskript freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Historischen Archiv der Gutehoffnungshütte, Archiv-Nr. 40019/14.)

⁶¹ Ebd., S. 9. – Es ist ungeklärt, wann und wie die Kasse errichtet wurde. Aus einem Schreiben des Bürgermeisters von Holten vom 11. August 1834 an den Landrat von Duisburg geht hervor, daß für jenen Zeitpunkt Satzungen der „Anstalt zur Unterstützung kranker Hüttenarbeiter zu Sterkrade“ noch nicht bestanden, „in Zukunft jedoch bei Erweiterung derselben gefertigt“ werden sollten (Archiv der GHH Nr. 20002/47). Vom Februar 1832 an hatte die Firma die Verwaltung der Kasse und die Verzinsung des Vermögens übernommen.

⁶² Ebd., S. 16. – Am 31. Juli 1846 berichtete der Beigeordnete Blumberg an den

Oberhausener Kasse unter dem neuen Namen „Unterstützungskasse zum Wohle unserer Arbeiter und Angestellten auf den Werken Gutehoffnungshütte, St. Antony, Oberhausen & Neu-Essen“ zusammengefaßt und der neuen Sozialeinrichtung am 6. Juli ein erweitertes Statut gegeben ⁶³.

Danach sollte künftig die Verwaltung der Kasse bestehen:

- „1. aus den vier Hauptteilhabern oder Repraesentanten der Firma; aus dem ersten Beamten der Gutehoffnungshütte und dem ersten Beamten von Oberhausen, dann aus dem von uns designirten Buchführer der Casse,
2. aus einer Arbeitervertretung bestehend in sechs Arbeitern, Meistern oder Beamten, welche von allen Arbeitern, Meistern und Beamten frei gewählt werden, und zwar drei für Gutehoffnung und drei für Oberhausen und Neu-Essen“ (§ 15).

Für den Fall, daß einmal alle vier Unternehmer und die zwei ersten Beamten auf der Kassenvorstandssitzung anwesend sein sollten, durfte der Buchführer kein Stimmrecht ausüben, um die Parität nicht zu gefährden (§ 16). Die so gewählte Kassenvorwaltung war gehalten, alle drei Monate eine gemeinsame Sitzung anzuberaumen. Auf jeder Sitzung waren die neuen Einnahmen und Ausgaben namhaft zu machen, und es konnten „etwaige, innerhalb der hier niedergelegten Bestimmungen sich bewegende Vorschläge von jedem Mitgliede vorgelegt werden. Solche Vorschläge werden dann diskutiert und darüber abgestimmt.“ Die Beschlüsse, die mit Stimmenmehrheit gefaßt wurden, mußten in einem besonderen Protokollbuch vermerkt werden. Die Arbeitnehmervertreter erhielten für den Lohnausfall eine Vergütung durch die Firma. Nach dem sechs Paragraphen umfassenden Wahlreglement

Bürgermeister von Borbeck, daß bei der Hüttengewerkschaft „seit vielen Jahren“ eine Privatkrankenkasse bestehe, „wozu jeder Arbeiter pro Monat 4 Sgr. zahlen muß und woraus er in Krankheitsfällen eine wöchentliche Unterstützung von 20 bis 30 Sgr. oder freie ärztliche Behandlung und Arznei und außerdem bei dürftigen Umständen eine besondere Pflege erhält“. Während der Teuerung 1846 habe man die Beiträge erlassen, die Unterstützungen aber weitergewährt. Es ist nicht sicher, welche von den bestehenden Werkskassen damit gemeint ist. Am 1. August 1846 wurde zu den werkseigenen Krankenkassen noch ein „Brüderlicher Unterstützungsverein“ von den Meistern, Angestellten und Arbeitern des Walzwerkes Oberhausen geschaffen (Archiv der GHH Nr. 20002/13, 26), der nachweislich bis 1875 bestanden hat. Da ein ausführlicher Bericht über sein Wirken erst für eine spätere Zeit vorliegt, bleibt er hier unberücksichtigt. Außerdem wurde 1842 noch eine Sparkasse im Betrieb gegründet.

⁶³ In einem Protokollbuch der Firma aus den Jahren 1848–1872 wird auf S. 3 berichtet, daß Werksdirektor Wilhelm Lueg am 4. Juli 1848 den Mitgliedern der Werkskonferenz, zu der Franz und Carl Haniel, Heinrich Huyssen, Friedrich und Ernst Jacobi gehörten, den Entwurf zur Bildung der Unterstützungskasse vorlegte, der dann auch von ihnen angenommen wurde. Die Statuten sind in dem Protokollbuch enthalten. Vgl. Die Sozialfürsorge der Gutehoffnungshütte aaO, S. 16 und Anhang. Ein vollständiger Abdruck der Statuten findet sich auch in den Mitteilungen des Centralvereins . . . aaO, II. Lieferung, S. 130 ff.

im Anhang waren alle Arbeiter, Meister und Angestellten, die ein Jahr im Dienst und volljährig waren, zur Wahl für die Arbeitervertretung zugelassen, wählbar alle die, die fünf Jahre im Werk beschäftigt und 25 Jahre alt waren. Im übrigen betrachtete man – typisch für diese Zeit – die ganze Kassenangelegenheit als eine reine Privatsache der Firma und wünschte „keine Einmischung der Behörden“. Ein Abdruck dieser Statuten wurde im Pult des gewerkschaftlichen Hauses deponiert und diese rückwirkend für den 1. Juli 1848 in Kraft gesetzt, weil an diesem Tage die beiden älteren Kassen aufgehört hatten zu existieren. Der zur Hälfte aus Arbeitnehmern bestehende Kassenvorstand beschloß, wie auch anderswo, über die Höhe der Krankenunterstützungen, die Verabreichung freier Medizin und ärztlicher Behandlung. Für die Kinder der unter 10 Silbergroschen im Tagelohn stehenden Arbeiter wurde von dem Vorstand das Schulgeld gezahlt, ferner 6 Taler Prämie an die Arbeiter gegeben, die von ihrem Lohn 100 Taler sparten und in die seit 1842 bestehende Werkssparkasse brachten. Auch konnte der Ausschuß zu 4 % Zins Darlehen geben, wenn Betriebsangehörige Grundeigentum erwerben wollten, wie denn auch der Arbeiterwohnungsbau besonders von der Werksleitung gepflegt wurde. Abschließend hieß es in den Bestimmungen: „Genaue Gränzen für die Höhe aus der Casse zu gewährender Unterstützungen sind nicht gezogen. Dies soll sich vielmehr nach dem Bedürfnis und nach Umständen richten und ist der Verwaltung der Casse in die Hand gegeben.“ Aus den Nachweisungen über die Barunterstützungen ist zu ersehen, daß der gemischte Verwaltungsausschuß nicht nur Witwenunterstützungen (seit 1849) und Invalidenrenten (seit 1851) zahlte, sondern auch zahlreiche außergewöhnliche Geldbeihilfen bewilligte. Nach einem Bericht der Firma an den „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ beabsichtigte die Hüttengewerkschaft Jacobi, Haniel & Huyßen auch mehr als eine reine materielle Versorgung der Arbeiter, wenn sie in dem Bericht abschließend bemerkte: „Das Gedeihen des Institutes, besonders aber die damit verbundene Vertretung der Arbeiter und Angestellten, für welche die Verwaltung der Kasse die Grundlage und das Band bildet, welche aber außerdem einen Mittelpunkt des Vertrauens für das ganze Fabrikpersonal abgibt, haben überaus wohlthätig gewirkt.“ ⁶⁴

Die treibenden Kräfte für die Einführung dieser sozialen Betriebseinrichtungen waren Franz Haniel und Wilhelm Lueg, welcher der Firma nach dem Tode Gottlob Jacobis von 1823 bis 1864 als technischer Hüttendirektor diente ⁶⁵. Der „alte Haniel“, zu dessen Hüttenwerken auch zahlreiche Schacht-

⁶⁴ Mitteilungen des Centralvereins . . . aaO, II. Lieferung, S. 134.

⁶⁵ Nach seinem Tode folgte sein Sohn Dr. ing. h. c. Karl Lueg (1833–1905), der die Gutehoffnungshütte nicht nur zu einem weltbekannten Unternehmen entwickelte, sondern auch 1904 den Stahlwerksverband, die erste Vereinigung aller deutschen Stahlwerke begründete.

anlagen (wie z. B. die erste linksrheinische Zeche „Rheinpreußen“) gehörten und der bei seinem Tode der größte Zecheninhaber des Ruhrgebietes war, kannte nicht nur die bergamtlichen Schutzbestimmungen für die Bergleute sehr genau, sondern auch das gesamte Knappschaftswesen. Es lag daher für ihn nahe, die bewährten Sozialeinrichtungen des Bergbaus auf seine anderen Fabrikationszweige auszudehnen. *Haniel* studierte alle „Instructionen“ der Kgl. Bergämter und gehörte seit den dreißiger Jahren einem privaten Unternehmungskreis an, der eine Reform der preußischen Berggesetzgebung erstrebte. Wenn auch hauptsächlich und zuerst nur eine „Aufmunterung und Hebung des Bergbaus“ beabsichtigt war, wie es 1845 in einer Denkschrift an die Berliner Regierung hieß⁶⁶, so wurde durch die Unruhen von 1848 sein Blick zweifellos auch auf die soziale Seite der Bergreform gelenkt. In dem Revolutionsjahr wurde *Franz Haniel* durch den preußischen Staatsminister für Handel, Gewerbe und öffentliche Angelegenheiten, *Carl August Milde*, in eine amtliche Kommission berufen, die ein neues Berggesetz für die preußischen Staaten entwerfen sollte. In der Eröffnungssitzung für diese Kommission am 8. 8. 1848 forderte *Milde* in seiner Ansprache, „jede kleinliche fiskalische Rücksicht“ fallen zu lassen und den Bergbau und das Hüttenwesen von den Fesseln veralteter Gesetze zu befreien. Nach diesem für die Zeit typischen Hinweis auf die Notwendigkeit einer „Gewerbefreiheit“ folgte dann aber der bemerkenswerte Zusatz: „Erwägen Sie aber auch sorgfältig, was von jenen alten Institutionen auch heute noch von wohltätiger Fortwirkung sein kann, wählen Sie aus den Schöpfungen unserer Voreltern das Gute heraus, und geben Sie ihm nur diejenige Form, in welcher es in die Gegenwart überzugehen vermag... Ganz besonders aber erlaube ich mir, die Berg- und Hüttenarbeiter und deren Verhältnisse zu den Arbeitgebern Ihrer Fürsorge zu empfehlen. Die Jetztzeit ist gerade in dieser Beziehung mit vielen und leider nur allzulange unbeachtet gebliebenen Ansprüchen hervorgetreten... Lassen Sie uns“, fuhr der Minister fort, „den Principien nach jene alten und ehrwürdigen Knappschaftsinstitutionen festhalten, welche sich im Laufe der Zeit stets so segensreich bewährten, welche selbst während der Jahre der Not und des Hungers, ja während der allgemeinen Aufregung der jüngst vergangenen Monate ihren günstigen Einfluß auf Stimmung und Haltung der Knappschaften zeigten... Auch sie verlangen durchgreifende Reformen, zeitgemäße Reformen ihrer inneren Verfassung sowie ihrer Stellung zu den Arbeitgebern und ganz besonders auch zu den jetzigen die Institute verwaltenden Staatsbehörden.“⁶⁷

Wenn *Franz Haniel* durch sein Wirken in öffentlichen Angelegenheiten anscheinend den Impuls für den Ausbau der betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung nach Art der früheren Knappschaften gab, so war es doch anschei-

⁶⁶ Spethmann, *Franz Haniel* aaO, S. 200.

⁶⁷ Ebd., S. 202.

nend *Wilhelm Lueg*, der die mit der Werkserweiterung auftretenden neuen sozialen Probleme des Betriebes praktisch zu lösen bemüht war. Der Ausbau und die Zusammenlegung der verschiedenen Werkskassen, deren Mitgliederzahl von ihm 1856 mit insgesamt 2300 angegeben wurde, und die Aufwendungen der Gewerkschaft für die Sozialeinrichtungen sind weitgehend auf ihn zurückzuführen. So machte er auch in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher von Sterkrade am 26. 6. 1848 den Vorschlag, daß alle Arbeitgeber des Ortes zur Unterstützung ihrer Arbeiter in Krankheits- und anderen Notfällen ähnliche Kassen wie auf der *Gutehoffnungshütte* gründen sollten. Eine solche Kasse, mit Zuziehung einer Arbeiterkommission verwaltet, so betonte er, könne in Krankheits- und Dürftigkeitsfällen viel Gutes stiften⁶⁸. Die Kassen mit ihren paritätisch besetzten Vorständen bestanden, wenngleich 1862 und 1867 eine größere Revision der Statuten stattfand, in der gegebenen Form bis zum Erlaß der *Bismarckschen* Sozialversicherungsgesetze, die eine völlige Reorganisation des Unterstützungswesens brachten⁶⁹.

Auch bei der räumlich nicht weit entfernten und nicht minder berühmten *Gußstahlfabrik Friedr. Krupp* in Essen⁷⁰ wurde bereits Ende 1836 bzw. Anfang 1837 eine „Hülfskasse in Fällen von Krankheit und Noth“ ins Leben gerufen, die ebenfalls von Arbeiter-Deputierten mitverwaltet wurde. Eine Satzung aus der Gründungszeit der Kasse oder schriftliche Anordnungen des damaligen Inhabers *Alfred Krupp* sind nicht mehr vorhanden, so daß über

⁶⁸ Die Sozialfürsorge der GHH aaO, S. 18 und 31 (Archiv der GHH Nr. 20002/8, 2 und Nr. 20002/6, 3).

⁶⁹ 1862 wurde die Kasse in „Unterstützungsverein der Aufseher, Meister und Arbeiter der Gutehoffnungshütte, St. Antony-Hütte, Neu-Essen, Walzwerk Oberhausen und Eisenhütte Oberhausen“ umbenannt. 1867 schloß sich auch die Schiffswerft Ruhrort mit ihrer 1837 gegründeten Kasse an, die „unter Aufsicht der Werksbesitzer von dem Vereins-Vorstand verwaltet wurde und ihren Sitz in Sterkrade erhielt“. Die Kasse hieß dann: „Unterstützungsverein der Aufseher, Meister und Arbeiter der Werke: Gutehoffnungshütte, St. Antony-Hütte, Neu-Essen, Walzwerk-Oberhausen, Walzwerk Neu-Oberhausen, Eisenhütte Oberhausen und Ruhrort.“ Das Statut vom 1. Juli 1867 sah als Organ einen auf fünf Jahre gewählten 30köpfigen Ausschuß und Vorstand vor, der sich aus den Werksbesitzern und 14 Mitgliedern zusammensetzte, von denen die eine Hälfte von den Unternehmern und die andere Hälfte von den Arbeitern gewählt wurde. Vgl. die Sozialfürsorge der GHH aaO, S. 21 (Archiv Nr. 20002/44, 2 und 32011/44).

⁷⁰ Aus der zahlreichen Literatur über die Geschichte der Firma Krupp heben wir folgende Werke hervor: Ernst Schröder, *Krupp – Geschichte einer Unternehmerfamilie*. In: *Persönlichkeit und Geschichte*. Biographische Reihe, hrsg. von G. Franz und G. A. Rein, Bd. 5, Göttingen 1957. – Ders., *Alfred Krupp*. In: *Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*, Bd. 5, Münster 1953, S. 46 ff. (Dort weitere Literatur.) – Robert Jahn, *Geschichte der Stadt Essen*, Essen 1952. – Alfred Krupp, *Der Treuhänder eines deutschen Familienunternehmens*. In: *Jahrbuch der Arbeitsgemeinschaft rheinischer Geschichtsvereine*, hrsg. von G. Kallen, Bd. 4, Düsseldorf 1938. – Jakob Strieder, *Alfred Krupp*, Lübeck 1933. – Wilhelm Berdrow, *Alfred Krupp*, 2 Bde., Berlin 1927. – Alfred Krupps Briefe. Hrsg. von Wilhelm Berdrow, Berlin 1928. – *Krupp 1812–1912*. Zum 100jährigen Bestehen der Firma Krupp und der Gußstahlfabrik zu Essen, Jena 1912.

die Entstehung nicht viel mehr gesagt werden kann. Lediglich kurze Eintragungen in den Geschäfts- und Kassenbüchern der Firma wie: „26. Nov. 1836, an Krankenkasse von den Strafgeldern geschenkt 2 Tlr.“ usw. beweisen, daß die Kasse schon damals bestanden haben muß. Anscheinend war die Mitgliedschaft für die noch kleine Belegschaft, die einen Silbergroschen Beitrag in der Woche zahlte, noch freiwillig. Dafür wurden bis 1841 fünf, später dann 7 1/2 Silbergroschen werktäglich ohne Rücksicht auf den jeweiligen Verdienst an Krankengeld gezahlt, Arzt- oder Apothekerrechnungen beglichen und gelegentlich besondere Unterstützungen an Witwen und Invaliden gegeben. Aus diesen spärlichen Eintragungen ergibt sich auch, daß 1847 ein Arbeiter von den „Deputierten“, welche die Kasse verwalteten, nicht aufgenommen wurde und im gleichen Jahre, als ein Arbeiter starb, dessen Witwe auf Beschluß der Deputierten nachträglich 3 Taler erhielt⁷¹. Als dann die Zahl der Arbeiter seit den fünfziger Jahren sprunghaft zunahm, überwies Krupp im Jahr 1853 der Kasse 100 Taler und verpflichtete sich, jedes Jahr den gleichen Betrag zuzusteuern, „unter der Bedingung, daß dieses so nützliche Institut gewissenhaft und so, wie es dasselbe verdient, von den Deputierten verwaltet werde“⁷².

Die im Vergleich zur Gutehoffnungshütte wenigen Aufzeichnungen über die Betriebskrankenkasse sind nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß Alfred Krupp bis zur Jahrhundertmitte erst wenige Arbeitskräfte beschäftigte, wie die folgenden Angaben zeigen: 1830 = 5, 1834 = 10, 1836 = 80, 1850 = 237 (1887 = 12 674) Arbeiter und Angestellte. Wenngleich die Überlieferung für die ersten beiden Jahrzehnte spärlich ist, so kann doch an einem Mitspracherecht der Arbeiterdeputierten an der Kruppschen Krankenkasse kaum gezweifelt werden. Bei dieser ältesten Wohlfahrtseinrichtung der Firma hatte sich Alfred Krupp ebenso wie sein Konkurrent Haniel „offenbar Einrichtungen zum Vorbild dienen lassen, die beispielsweise im Bergbau seit Jahrhunderten bestanden“⁷³. Also auch hier hat das Beispiel der genossenschaftlichen Knappschaftseinrichtungen nachhaltig in die emporstrebende Eisen- und Stahlindustrie hineingewirkt.

Das erste erhaltene Statut der „Kranken- und Sterbekasse der Gußstahl-fabrik Fried. Krupp vom 4. September 1855“, aus dem später die für die staatliche Sozialversicherung als Muster dienende berühmte „Kruppsche Krankenkasse“ und die „Arbeiterpensionskasse“ hervorgingen, war in Wirklichkeit schon seit 1853 in Kraft und zwei Jahre später nur in eine „bestimmtere

⁷¹ Richard Ehrenberg, Krupp-Studien. In: Archiv für exakte Wissenschaften (Thünen-Archiv), Bd. 3, Jena 1911, S. 55.

⁷² Wilhelm Vossiek, Hundert Jahre Kruppsche Krankenkasse 1836–1936. In: Sozialpolitik deutscher Krankenkassen, Bd. 1, Berlin 1937, S. 16 und Alfred Krupp 1812–1912 aaO, sowie Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 19.

⁷³ Vossiek, Hundert Jahre Kruppsche Krankenkasse aaO, S. 14.

Fassung“ gebracht worden⁷⁴. Es sah die Wahl von sechs Arbeiter-Deputierten auf einer Generalversammlung vor, wobei aber Krupp soviel Stimmen allein repräsentierte wie zusammen ein Drittel aller Kassenmitglieder. Nach der neuen Satzung, die einen allgemeinen Beitragszwang, eine Erhöhung und Staffelung der Beiträge und Leistungen brachte, wurde Alfred Krupp auch der „Präses“, d. h. der Vorsitzende der Kasse. Bis dahin scheint der Arbeiter Theodor Schulte der „Präses“ gewesen zu sein; denn er mußte, wie es im § 35 des Statutes hieß, sein Amt an den Fabrikhaber abtreten, während die anderen gewählten Arbeiter-Deputierten bis zur Neuwahl auf ihren Posten verbleiben konnten. Die größere Einflußnahme Krupps auf diese betriebliche Sozialeinrichtung hing mit der Gesetzgebung dieser Jahre zusammen, die einen Beitritt für alle Arbeiter und einen Beitragszwang für alle Unternehmer bis zu 50 % der Mitgliedsbeiträge der Arbeiter obligatorisch machte. Im übrigen waren die Mitwirkungsrechte der Deputierten die gleichen wie bei den bisher genannten Firmen: Abschluß von Verträgen mit Ärzten und Apotheken, Bewilligung von Unterstützungen, Zudiktierung von Strafen bei Übertretungen, Einberufung der Generalversammlung und Krankenkontrolle. Jedes Vorstandsmitglied der Kasse war darüber hinaus aber noch verpflichtet, „Klagen oder Anträge, welche ihm von den Mitgliedern eingebracht werden, in der nächsten Vorstandsversammlung zur Sprache zu bringen, und werden Versäumnisse mit einem Thaler bestraft“, hieß es lakonisch im § 36.

Ein anderes Unternehmen der märkischen Großeisenindustrie soll hier noch näher behandelt werden, weil es sich mit der sozialen Selbstverwaltung seiner Betriebskrankenkasse nicht an die Knappschaftsvereine, sondern an die Tradition der Zunft-Büchsen anlehnte. Es handelt sich um die alte „Hermannshütte“, das heutige Hüttenwerk Hörde innerhalb der Dortmund-Hörder Hüttenunion AG⁷⁵.

⁷⁴ Ebd., S. 19, 26, 27 und Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 19.

⁷⁵ Zur Firmengeschichte vgl. Ludwig Hermann Wilhelm Jacobi, Das Berghütten- und Gewerwesen des Regierungsbezirkes Arnsberg, Iserlohn 1857, S. 391 ff. – (Wilhelm van Vlothen), Hoerder Bergwerks- und Hüttenverein Hoerde in Westfalen. 50 Jahre seines Bestehens als Aktiengesellschaft. 1. März 1852–1902. Aachen 1902. – Hoerder Bergwerks- und Hüttenverein, Hoerde in Westf., Industrie- und Gewerbeausstellung Düsseldorf, Hoerde 1902. – Geschichte des Hoerder Bergwerks- und Hüttenvereins in Hoerde. In: Oskar Stille, Eisen- und Stahlindustrie, Berlin 1904. – Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft, Dortmund-Hoerder Verein, Dortmund, Anker und Ketten (Dortmund) 1929. – Dortmund-Hörder Hüttenverein Aktiengesellschaft o. O. o. J. (Dortmund 1937). – 100 Jahre Dortmund-Hörder Hüttenunion Aktiengesellschaft 1852–1952 (Essen 1952). – Erich Schulz, Wirtschaftliche Führer in Westfalen, 1920. – D. Strobil, Ein Blick in eine deutsche Industriestadt, 1922. – Paul H. Mertes, Das Werden der Dortmunder Wirtschaft, 1942. – A. Stock, Handel und Verkehr im Dortmunder Raum seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Diss. Köln, 1948.

Ihr Gründer *Hermann Diedrich Piepenstock*⁷⁶ suchte ähnlich wie *Friedrich Harkort*, der sich später in Hombruch bei Dortmund niederließ, den Weg zur Steinkohle. Für 11 500 Taler kaufte *Piepenstock* 1840 die „Alte Burg“ in Hörde, welche die Grafen von der Mark um 1300 vor den Toren der alten Reichsstadt Dortmund angelegt hatten. Durch Zukauf von Ländereien gewann er genügend Raum, um nach mehrjährigen Vorarbeiten darauf die „*Hermanns-Hütte*“ errichten und in Betrieb nehmen zu können. Sie bildete den ersten Bauabschnitt seiner Konzession, die ihm die Königliche Preussische Regierung in Arnsberg für ein „auf Dampfkraft sich gründendes ausgezeichnetes Puddlings- und Walzwerk nebst Maschinenwerkstatt“ im Jahre 1841 erteilt hatte.

Fast zugleich mit der Errichtung der „*Hermannshütte*“ wurden im Jahre 1842 die „Statuten der Kranken- und Hilfskasse nebst allgemeinen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung für die Meister und Arbeiter der Hermanns-Hütte zu Hoerde“ erlassen⁷⁷. Noch vor seinem Tode im Jahre 1843 erweiterte *Piepenstock* diese betriebliche Sozialeinrichtung durch eine besondere Unterstützungs- und Pensionskasse. Gegen Zahlung eines Beitrages, der sich je nach der Höhe des Arbeitsverdienstes auf 6 bis 12 Pfennige je Taler Verdienst belief, hatte die zuerst genannte Kasse folgende Ausgaben zu bestreiten:

- a) Besoldung eines Arztes zur unentgeltlichen Behandlung erkrankter Arbeiter,
- b) Zahlung der von diesem Arzt an erkrankte Arbeiter verordneten Arzneien,
- c) Zahlung eines Krankenlohnes an erkrankte Arbeiter,
- d) Zahlung der Beerdigungskosten für verstorbene Arbeiter.

Nach Ansammlung entsprechender Geldmittel sollte die Kasse noch folgende Leistungen gewähren:

- e) Unentgeltliche ärztliche Behandlung und Verabfolgung von Arzneien an erkrankte Frauen und Kinder von Arbeitern,
- f) Unterstützung an im Dienst invalide gewordene Arbeiter,
- g) Unterstützung der von verstorbenen Arbeitern hinterlassenen Witwen und Kinder,
- h) Zahlung von Beerdigungskosten verstorbener Ehefrauen und Kinder von Arbeitern,
- i) Zahlung eines Schulgeldes, der Schreibmaterialien und der Schulbücher für schulpflichtige Kinder von Arbeitern.

⁷⁶ Neuer Necrolog der Deutschen, Jg. 21 (1843), 2. Teil Nr. 230. – Wilhelm Schulte, Iserlohn, Die Geschichte einer Stadt, Bd. 1, Iserlohn 1937. – Ders., Hermann Diedrich Piepenstock. In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 12 (1937), S. 1.

⁷⁷ Ausführliches Aktenmaterial über die Statuten findet sich im Staatsarchiv Münster, Abtl. Regierung Arnsberg I/19 Nr. 35, Bd. 1. – Vgl. ferner 100 Jahre Dortmund-Hörder Hüttenunion aaO, S. 22 und 105 sowie Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 21 ff.

Um für die sich ausdehnende Produktion eine breitere finanzielle Basis zu schaffen, wurde die nach dem Tode *Piepenstocks* gebildete Kommanditgesellschaft mit Hilfe von *Gustav v. Mevissens* Bankhaus in Köln in eine Aktiengesellschaft mit dem neuen Namen „*Hoerder Bergwerks- und Hüttenverein*“ umgewandelt und ein Grundkapital von zwei Millionen Talern festgesetzt. Diese firmenrechtliche Umwandlung wurde am 8. Januar 1852 von der Regierung in Arnsberg bestätigt und in ihrem Amtsblatt veröffentlicht⁷⁸. Zu dieser Zeit gehörten außer der Hermannshütte mit dem Puddel- und Walzwerk noch eine mechanische Werkstätte, vier Steinkohlen- und vierzig Eisensteingruben sowie der „*Joster Erbstollen*“ im Bergamtsbezirk Bochum zu der Gesellschaft. Im Betrieb befanden sich freilich nur 12 Erz- und Kohlegruben, von denen die Schachtanlagen „*Adele*“ bei Hörde und „*Argus*“ bei Kirchhörde die wichtigsten waren.

Da die 1842 gegründete Kranken- und Unterstützungskasse nicht für alle Arbeiter galt, die im Kohlen- und Eisenerzbergbau, bei der Verhüttung der Erze im Hochofen, bei der Verarbeitung des Eisens zu Stabeisen, Blechen, Schienen und Rädern für die Eisenbahn hier beschäftigt waren, mußten 1852 die alten Kassenstatuten, zunächst ohne staatliche Genehmigung, erweitert werden. Ein Jahr später wurde das neue „Statut der Kranken- und Unterstützungskasse für die Meister und Arbeiter des Hoerder Bergwerks- und Hüttenvereins“ am 4. August 1853 von der Regierung in Arnsberg bestätigt. Zu dieser Zeit gehörten der Kasse, die einen Bestand von 4500 Taler in verzinslichem und 746 Taler in barem Kapital aufzuweisen hatte, bereits 1473 Mitglieder an. Nach den erweiterten Statuten waren die Leistungen der Kasse, die sich schon in dem ersten Statut durch eine besonders großzügige Familienhilfe und ständige Gesundheitskontrolle auszeichnete, im großen und ganzen unverändert geblieben⁷⁹. Neu war lediglich, daß die Leistungen und Beiträge nach vier Lohnstufen bemessen wurden und jeder neu eintretende Meister und Arbeiter ein Eintrittsgeld in Höhe des dreifachen Tagesverdienstes zu entrichten hatte. Als neue Leistung wurde die Aufnahme schwertransportabler Kranker in besondere Räumlichkeiten der Firma, aus denen 1857 das Hörder „Hüttenspital“ entstand, verzeichnet⁸⁰.

In den Berichten des von der Regierung eingesetzten „Fabriken-Commissarius“ *Ludwig Hermann Wilhelm Jacobi* und des Hüttenarztes *Dr. Marten* finden sich übereinstimmend Angaben darüber, daß die Kasse von einer besonderen „*Commission*“ verwaltet wurde⁸¹. Danach gehörten dem Vorstand

⁷⁸ Amtsblatt der Kgl. Regierung zu Arnsberg, Jg. 1852, S. 105.

⁷⁹ Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 21 ff.

⁸⁰ Thelen, 75 Jahre Hörder Hüttenspital. In: Die Betriebskrankenkasse, Jg. 1933, H. 3. – Zitiert nach Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO, S. 23.

⁸¹ Ludwig Hermann Wilhelm Jacobi, Übersicht von dem Zustande der gewerblichen Unterstützungskassen in dem Kreise Dortmund für das Jahr 1855/56 (Staatsarchiv Münster, Regierung Arnsberg I/19 Nr. 35 Bd. 1) und Ders., Statistische

der Kasse „ständige“ und „unständige“ Mitglieder an. Ständige Mitglieder waren der Direktor des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins als Vorsitzender, der Stellvertreter des Direktors, der Sekretär und der Rendant der Kasse, zwei vom Direktor ernannte Betriebsbeamte und zwei dem Dienstalter nach älteste Obermeister. Unständige Mitglieder waren vier Meister und vier Arbeiter, die aus der Mitte der Meister bzw. der Arbeiter gewählt wurden. Unständig hieß dabei, daß die im Kassenvorstand befindlichen Arbeitnehmer und Meistervertreter nur auf die Dauer von drei Jahren als „Deputierte“ gewählt waren⁸². Zur Aufsicht über die Kranken und zur Überwachung der Tätigkeit der Hüttenärzte mußten wochenweise zwei „unständige“ Mitglieder des Krankenkassenvorstandes, also ein Meister und ein Arbeiter, der Reihenfolge nach abwechselnd die Kontrolle übernehmen. Wie dieser Passus zeigt, waren die Arbeitnehmervertreter weitgehend in die allgemeine Krankenaufsicht eingeschaltet, die nach besonderen „Verhaltensregeln für die Meister und Arbeiter in Erkrankungsfällen“ gehandhabt wurde. Wie tatkräftig dieses Aufsichtsrecht in der Praxis ausgeübt wurde, geht aus einem Sitzungsprotokoll des Krankenkassenvorstandes vom 12. 2. 1870 hervor, in dem gefordert wurde: „Den Hüttenärzten *Dr. Marten* und *Dr. Schmitz* wegen grober Vernachlässigung des plötzlich an Brechruhr erkrankten und gestorbenen Schienenträgers *Karl Pammen* durch den Herrn Vorsitzenden eine ernste Rüge und die Verwarnung zu erteilen, daß im Wiederholungsfall die sofortige Entlassung verfügt werde.“⁸³ Insgesamt gesehen war diese „Commission“ ein erweiterter Wohlfahrtsausschuß, in dem die Arbeitnehmer ein fest abgegrenztes Mitwirkungsrecht besaßen. Das Statut, das 1864 und 1876 Abänderungen erfuhr, verlor ebenfalls mit der *Bismarckschen* Sozialversicherung 1885 seine Wirkungskraft, als das Betriebskrankenkassenwesen neu geregelt wurde.

Wie kam *Hermann Diedrich Piepenstock* dazu, schon bei der Gründung seines Hüttenwerks in Hörde im Jahre 1842 eine solche Betriebskrankenkasse anzulegen? Immer wieder muß diese Frage neu gestellt werden, um die Wurzeln des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und die Entstehung der ersten Betriebsvertretungen besser erkennen zu können. Bei näherem Zusehen ergibt sich, daß *Piepenstock* mit seiner Kasse bewußt an die Tradition der alten Zunft- und Gewerkskassen in seiner Heimatstadt Iserlohn angeknüpft hat.

Nachrichten über die gewerblichen Unterstützungskassen des Reg.-Bez. Arnsberg im allgemeinen und die Kranken- und Unterstützungskasse für die Meister und Arbeiter des Hoerder Bergwerk- und Hüttenvereins insbesondere. In: Zeitschrift des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aaO, Bd. 3, Leipzig 1861.

⁸² Marten, Zur medicinisch-statistischen Geschichte der Hermannshütte zu Hörde. In: Monatsschrift für exakte Forschung auf dem Gebiet der Sanitäts-Polizei, hrsg. von L. Pappenheim, Jg. 2 (1861), H. 3.

⁸³ Aus einem heute noch vorhandenen handschriftlichen Protokollbuch der Betriebskrankenkasse des Hörder Bergwerk- und Hüttenvereins.

Sicherlich war seine stark religiöse Grundhaltung, von der sein am Haus eingemeißelter Wahlspruch „*Jesus ubique meus*“ zeugte⁸⁴, nicht ohne Einfluß, doch entscheidender war die handwerkliche Überlieferung.

In der südwestfälischen Nachbarstadt Iserlohn, die Dortmund im 17. und 18. Jahrhundert an Bevölkerung wie an wirtschaftlicher Bedeutung weit überragte, hatte die berühmte „Panzerzunft“ neben anderen Gilden und Gewerken bereits im 18. Jahrhundert eine besondere „Büchse“ zur gegenseitigen Unterstützung in der Not eingerichtet. Das Reglement der Panzerzunft, die im übrigen nicht mehr wie im Mittelalter Rüstungen, sondern Kleindrahtwaren (Haken, Ösen, Nadeln und Fischangeln) herstellte, definierte im Jahre 1792 diese Innungskasse als eine Einrichtung, „wobey nach Art der bekannten Knappschaftskassen durch einen gemeinschaftlichen, zu festgesetzten Zeiten wiederholten, kleinen unmerklichen Beytrag einzelner Gewerksmitglieder, die ärmeren Classen davon in den drückendsten Umständen, die den Individuis derselben begegnen können, unterstützt werden“⁸⁵. In dem Reglement wurde hinzugefügt, daß nicht nur das „Knopfnadlergewerk“ eine ähnliche Gewerkskasse, sondern auch die *Lohmannsche „Stahlfabrik“* und die *Lübbersche Seidenfabrik* solche „Büchsen“ eingerichtet hatten. Auch die *Piepenstocks* gehörten zu eben jener Panzerzunft, deren Mitglieder sich nach und nach durchweg vom einfachen Schmiedemeister zum Unternehmer der Kleineisenindustrie aufschwangen⁸⁶. *Caspar Diedrich Piepenstock*, der Vater des Gründers der „Hermannshütte“, war es auch, der 1793 zusammen mit anderen Iserlohner Bürgern neben den schon bestehenden Zunft- und Fabrikkrankenkassen noch eine städtische „Allgemeine Begräbnis- oder sogen. Sterbecasse“

⁸⁴ Schulte, Iserlohn aaO, Bd. 1, S. 366 ff.

⁸⁵ Ebd., S. 125.

⁸⁶ Das beste Beispiel für die Entwicklung vom Schmiedemeister zum Unternehmer der Kleineisenindustrie bietet die Firma Piepenstock selbst: Caspar Diedrich Piepenstock (1756–1821) arbeitete in jungen Jahren noch mit seiner Frau alleine in der Werkstatt und wanderte mit „Kasten und Kiepe“ auf dem Rücken nach Amsterdam, um seine Haken, Knopfnadeln und „Augen“ zu verkaufen. Später verlegte er sich auf die Serienfabrikation von Knopfnadeln (Stecknadeln) und machte ein „etabliertes Gewerbe“ daraus. 1815/16 wandten sich die Piepenstocks von der Fertigerzeugung zur Halbzeugfabrikation, indem sie eine von Wasser getriebene „Schauer-Mühle“ für Näh- und Stricknadeln, eine Fingerhutmühle, eine Messinggießerei, eine Messingdrahtzieherei und ein Walzwerk für Messing-Platten (wie damals das Blech genannt wurde) anlegten. In der „Statistischen Übersicht von der im Großherzogthum Berg, Ruhr-Departement, Bezirk Hagen, Canton Iserlohn belegenen Mairie Iserlohn“ (1813) wird Piepenstock bereits als Inhaber einer „Karkas-, Panzer-, Knopfnadel- und englischen Fischangelfabrik“ bezeichnet. Ende der zwanziger Jahre wurde schließlich der entscheidende Schritt gewagt, indem in Neu-Oge an der Lenne bei Hohenlimburg ein Walzwerk für Eisenbleche und eine Verzinnerei angelegt wurde, das erste derartige Werk in Preußen überhaupt. Der Sohn Hermann tat dann den Sprung in das Steinkohlenrevier und damit in die Großeisenindustrie. Vgl. dafür neben Schultes eingehenden Forschungen auch Ph. A. Nemnich, Tagebuch einer der Kultur und Industrie gewidmeten Reise aaO, Bd. 1, S. 463–470 und Giffenig, Historisch-statistische Nachrichten von der Stadt Iserlohn, Dortmund 1802.

anlegte⁸⁷. Er war auch ihr erster Vorsteher und Rendant, wofür er eine Sicherheit von 200 Reichstalern zu hinterlegen hatte. Außerdem gab es noch drei Vorsteher, die das Recht zur Kontrolle und Mitverwaltung hatten. Wie sorgsam dieses Aufsichtsrecht über die Kassenführung geregelt war, geht aus folgender Bestimmung hervor: Es war nämlich vorgesehen, falls später ein Nachfolger von *Caspar Diedrich Piepenstock* keine Kautions stellen konnte, daß auf „gemeinschaftliche Kosten“ ein Kasten mit vier Schlössern und vier Schlüsseln angefertigt werden sollte. Jeder Vorsteher sollte dann einen Schlüssel erhalten und auf diese Weise einen Mißbrauch der Kassengelder verhindern. Die besondere „Commission“ bei der Hörder Bergwerks- und Hüttenunion, die anscheinend 1842 erstmals ins Leben trat, ist hier im Prinzip schon vorgebildet gewesen. Der Iserlochner Industriepionier *Hermann Diedrich Piepenstock* übernahm eine bewährte Einrichtung seines Vaters, den er Zeit seines Lebens sehr verehrte. Die soziale Selbsthilfe der Iserlochner Panzerzunft wurde durch das staatliche Aufsichtsrecht über die Zünfte, das in Form einer Fabrikkommission gehandhabt wurde, immer mehr eingengt und schließlich durch die amtliche Aufhebung der Handwerkerzünfte während der Franzosenbesetzung im Jahre 1810 in dieser Form beseitigt. Der Gedanke der genossenschaftlichen Selbsthilfe in Form von Unterstützungskassen blieb aber erhalten und lebte 1842 in anderer und mehr zeitgemäßer Form in der Hermannshütte wieder auf.

Gerade die Gründung dieser Fabrikkrankenkassen ist ein guter Nachweis dafür, wie zähe sich die Tradition des Handwerks bis weit in das Maschinenzeitalter hinein hielt. Nicht nur *Hermann Diedrich Piepenstock*, sondern auch seinen Arbeitern auf der Hermannshütte, die sich 1840 neben einigen Iserlochner Stammkräften vor allem aus ehemaligen Hörder Nagelschmieden zusammensetzten, blieb dieses handwerkliche Vorbild noch lange und lebhaft vor Augen.

Die Darstellungen über die selbstverwalteten Fabrikkrankenkassen bei der Großeisen- und Maschinenindustrie ließen sich bei weiteren Nachforschungen noch vermehren, ohne daß sich wesentliche neue Einsichten zu dem hier gestellten Problem ergeben würden. Wir können uns daher darauf beschränken, die Namen einiger Werke als Beispiele zu nennen, die nach preußischen Aktenaufzeichnungen bis zur Mitte des Jahrhunderts betriebliche Unterstützungseinrichtungen mit ähnlichem Aufbau und gleichen Funktionen einführen⁸⁸:

⁸⁷ Schulte, Iserlohn aaO, Bd. 1, S. 265.

⁸⁸ Ein Abdruck der meisten Statuten findet sich im Staatsarchiv Münster, Regierung Arnsberg I, Nr. 553 und bei den Akten des Kreises Bochum 1, Landratsamt Nr. 92. – Auszüge dieser und anderer Statuten bei Oberwinter, Entstehung, Entwicklung und Aufbau der deutschen Sozialversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Betriebskrankenkassen. In: Grundriß für den Verwaltungsdienst bei

1. Firma *Heinrich Wilhelm Remy & Consorten* (später *Rasselsteiner Eisenwerke*) bei Neuwied ab 1828,
2. *Königliche Gewehrfabrik-Etablissement* in Hattingen/Ruhr ab 1841,
3. *Bochumer Gußstahlfabrik* (später *Bochumer Verein*) ab 1855,
4. *Gußstahlfabrik von Berger & Comp.* in Witten/Ruhr ab 1856,
5. *Fabrik von Gustav Brinkmann & Cie.* in Witten/Ruhr ab 1856,
6. *Deutsch-Holländischer Aktienverein für Hüttenbetrieb und Bergbau* (*Johannis-Hütte*) bei Duisburg (später *Friedrich Alfred-Hütte Rheinhäusen der Firma Fried. Krupp*) ab 1857,
7. *Vereinigte oberschlesische Hüttenwerke AG, Abtl. Donnersmarck-Hütte* (Inhaber *Graf Guido Henckel v. Donnersmarck auf Neudeck*) ab 1858,
8. *Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb „Phönix“* in Laar bei Ruhrort (heute ein Teil der *Phönix-Rheinrohr AG*) ab 1862,
9. *Henrichshütte* (heute ein Teil der *Ruhrstahl AG*) in Hattingen/Ruhr ab 1867,
10. *Fabrik A. Rossiny & Comp.* in Witten/Ruhr seit 1867,
11. *Eisengießerei und Drahtfabrik von Schulze-Vellinghausen* in Stockum bei Witten/Ruhr ab 1868 und
12. *Puddlings- und Walzwerk zu Schalke, Grillo, Funke & Comp.* in Gelsenkirchen ab 1867.

Sicherlich würde eine Durchsicht entsprechender Akten z. B. in Württemberg, Bayern oder Hamburg eine nicht weniger große Zahl von Kassen erbringen.

Abschließend wollen wir als letztes Beispiel aus dem Bereich der Metallindustrie deshalb die Sozialeinrichtung der *Maschinenfabrik von Keßler & Martiensens* (heute *Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe AG*) behandeln, um zu zeigen, daß es auch in süddeutschen Einzelstaaten frühzeitig diese Bestrebungen gegeben hat. Die Firma *Keßler & Martiensens* entstand, da der ganze Eisenbahnbau in Baden von Anfang an staatlich war, aus der „mechanischen Werkstätte“ einer staatlichen polytechnischen Anstalt. Das Unternehmen verdankte sein Wachstum vor allem der raschen Entwicklung des Eisenbahnnetzes seit dem Beginn der vierziger Jahre⁸⁹. Karlsruhe wurde Sitz der badischen Eisenbahndirektion und damit der Ort, an dem die großen staatlichen Aufträge für den Bahnbau und das rollende Waggonmaterial vergeben wurden. Da die Eisenbahnverwaltungen ihre ersten Lokomotiven mangels besserer Lieferanten noch aus England importieren mußten, sah die erwähnte Karlsruher Firma eine willkommene Chance. Zusammen mit der Firma *August Borsig* in Berlin-Tegel und der *Ferdinand Schichau* gehörenden Ma-

den Betriebskrankenkassen, H. 1, Essen 1930, S. 7 ff. und Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO S. 25 ff.

⁸⁹ Zur Firmengeschichte vgl. Karlsruhe – Wirtschaftszentrum am Oberrhein, hrsg. von der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Karlsruhe 1953, S. 47 ff.

schinenfabrik Tretinkenhoff bei Elbing ist *Keßler & Martiensen* eines der ersten Industrieunternehmen in Deutschland für den Lokomotivbau geworden. Im Jahre 1841 konnte der aus Baden-Baden stammende Offizierssohn und Ingenieur *Emil Keßler* (sein Partner *Martiensen* schied kurz danach aus) auf der Mainzer Gewerbeausstellung seine erste, allerdings noch mit englischen Werkzeugmaschinen gebaute Dampflokomotive vorführen, die auch bei den Fachleuten als durchaus ebenbürtig mit den englischen Modellen anerkannt wurde. In diesem Jahr, da Bayern, Hessen und Württemberg Aufträge an Lokomotiven, Waggonen, eisernen Brücken, Schienen usw. auf Grund dieses Ausstellungserfolges an die Firma vergaben und diese mit einem Schlage zum Zentrum des süddeutschen Maschinenbaues aufrückte⁹⁰, wurden auch die Statuten einer Fabrikkrankenkasse erlassen.

Nach § 7 wählten am Ende jeden Jahres die Arbeitnehmer der Maschinenfabrik aus ihrer Mitte zwölf Mitglieder, die folgende Pflichten hatten:

1. „Am Schluß eines jeden halben Jahres die Rechnung der Krankenkasse, die ihnen von dem jeweiligen Cassierer vorgelegt wird, einzusehen und ihre allenfältigen Bemerkungen den beiden Chefs mitzuteilen.
2. Die Kranken von Zeit zu Zeit zu besuchen, um nachzusehen, ob ihnen in der Art der Verpflegung nichts abgeht und im Allgemeinen und insbesondere darüber zu wachen, daß jedem Kranken dasjenige zukommt, was er nach diesen Statuten und nach Billigkeit anzusprechen hat.
3. Bei Todesfällen die Beerdigung nach § 2 Nr. 5 (dieser Paragraph lautete: Bei etwa vorkommenden Todesfällen wird die Beerdigung auf Kosten der Krankenkasse besorgt und zwar nach der in der Stadt Karlsruhe üblichen mittleren Klasse der Begräbnisart).
4. Die am Schluß jeden Jahres stattfindende Wahl des Doctors anzuordnen und zu leiten.
5. Wenn Anlaß irgendeiner Art den Wunsch herbeiführen sollte, in den Bestimmungen gegenwärtiger Statuten Änderungen eintreten zu lassen, so werden die Herren *Keßler & Martiensen* den Entwurf einer solchen Änderung dem mehrbefragten Comité von zwölf Mitgliedern zur Beistimmung nach Stimmenmehrzahl vorlegen.“

Nach diesen Beispielen mögen abschließend noch ein paar Bemerkungen über die gesetzliche Regelung und allgemeine Entwicklung der Fabrikkrankenkassen folgen. In Preußen hatte die „Allgemeine Gewerbeordnung“ vom 17. 1. 1845 es noch dabei bewenden lassen, den Fabrikarbeitern die Beibe-

⁹⁰ Seit dem Jahre 1841 nahm die Firma Kessler & Martiensen, aus der der eine Gründer Martiensen schon 1842 ausschied, einen bemerkenswerten Aufschwung. 1845 erreichte die Jahresproduktion bereits 45 Lokomotiven und Tender. 1846 wurde in Eßlingen ein „der Carlsruher Maschinenfabrik ähnliches Unternehmen“ gegründet, und Kesslers Name tauchte unter den Mitbegründern der Reutlinger Baumwollindustrie und der Eßlinger Maschinenfabrik auf. Ab 1851 nannte sich sein Karlsruher Werk „Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe“.

haltung oder Neubildung von Unterstützungskassen lediglich zu gestatten. Da es der alleinige Zweck der Bestimmung war, die Kassen zu überwachen, kann man sagen, daß in der gesamten vormärzlichen Zeit das Fabrik-Unterstützungswesen weitgehend der Einzelinitiative überlassen und insgesamt doch recht problematisch und unzulänglich war. Die erste Novelle zu der Gewerbeordnung von 1845, die Verordnung vom 9. Februar 1849, verwandelte das Recht zu einer Kassengründung in eine Pflicht. Der preußische Gesetzgeber versuchte erstmals damit, nicht nur alle Arbeitnehmer in obligatorischen Unterstützungskassen zu vereinigen, sondern auch alle Unternehmer zu regelmäßigen Zuschüssen bis zur Hälfte der von den Arbeitern geleisteten Beiträge zu der Kasse zu verpflichten. Das Gesetz vom 3. April 1854 ging dann noch einen Schritt weiter. War bis dahin die Errichtung einer gewerblichen Unterstützungskasse von der jeweiligen Gemeindebehörde und dem Zustandekommen besonderer Ortsstatuten abhängig gewesen, so wurde von 1854 ab die Genehmigung der Kassen in die Hände der Bezirksregierungen gelegt, die auch ohne Ortsstatut notfalls die Kassen ins Leben rufen konnten. Das Ziel des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Angelegenheiten war es, in den gesamten preußischen Landesteilen ein möglichst lückenloses Netz von gewerblichen Unterstützungskassen auszubreiten. Weitere Gesetze von 1855 und 1856 versuchten dann noch die Beiträge möglichst allgemein zu gestalten, doch befanden sich schon seit dem Gesetz von 1854 die gewerblichen Unterstützungskassen in Preußen in dauerndem Wachstum.

In Hannover, Oldenburg, Sachsen und dem größeren Teil von Thüringen bestanden ähnliche gesetzliche Regelungen wie in Preußen, doch gab es keinen Beitragszwang für die Arbeitgeber. In Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und einer Anzahl von kleineren deutschen Staaten existierten dagegen keine Gesetze über gewerbliche Unterstützungskassen, doch wurde das durch einen praktisch noch wirksamen Altersversicherungszwang wieder ausgeglichen. Nur Nassau und Bremen kannten keinerlei derartige gesetzliche Regelungen. In Süddeutschland hatten die Gemeinden die Pflicht, erkrankte Personen aufzunehmen und auch das Recht, entsprechende Beiträge zu erheben. In Bayern war dieses System am reinsten ausgebildet. Dort hatte z. B. die Gemeinde die Pflicht, 90 Tage lang erkrankte Arbeiter, Gewerbegehilfen, Dienstboten usw. auf ihre Kosten und ohne Rechtsanspruch auf Rückerstattung zu verpflegen. Dafür durften sie von allen Personen mit eigenem Hausstand einen wöchentlichen Beitrag bis zu 3 Kreuzern erheben. Die Gemeinden waren befugt, diese Soziallasten auf die ortsansässigen Fabrikbesitzer abzuwälzen. Auch Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt boten ähnliche Verhältnisse.

Die bisher zitierten Beispiele zeigen, wie die Zahl der Fabrikkrankenkassen seit der Mitte des Jahrhunderts entsprechend diesen gesetzlichen Regelungen in fast allen deutschen Staaten sprunghaft zunahm, bzw. die älteren bestehen-

den Kassen organisatorisch nach den neuen Bestimmungen ausgebaut wurden. Aus dem preußischen Regierungsbezirk Arnsberg in Westfalen, der u. a. den östlichen Teil des heutigen Ruhrgebietes umfaßte, liegt von dem hier mehrfach erwähnten Fabrikkommissar *Ludwig Hermann Wilhelm Jacobi* ein amtlicher Bericht für das Jahr 1855/56 vor, der über die tatsächliche Ausbreitung und den Umfang der gewerblichen Unterstützungskassen für die Fabrikarbeiter wertvolle Aufschlüsse gibt, wie die nachfolgende „Übersicht von dem Stande des gewerblichen Unterstützungswesens im Regierungsbezirk Arnsberg 1855/56“ zeigt⁹¹:

*Übersicht über den Stand des gewerblichen Unterstützungswesens im
Regierungs-Bezirk Arnsberg 1855/56*

Kreis	Kassen	Anzahl der Mitglieder	Männliche Fabrikarbeiter über 16 Jahre
Altena	16	2191	2970
Arnsberg	8	1237	1451
Bochum	14	1488	1964
Brilon	1	160	271
Dortmund	4	2953	3723
Hagen	17	2385	4743
Hamm	1	57	188
Iserlohn	38	4388	5779
Lippstadt	1	28	89
Meschede	–	–	127
Olpe	1	50	142
Siegen	5	794	1146
Soest	2	138	195
Wittgenstein	1	130	1303
zusammen:	109	1 5999	24 091

Nach einer späteren Übersicht *Jacobi*s aus dem Jahre 1861 stieg die Zahl der gewerblichen Unterstützungskassen im Regierungsbezirk Arnsberg von 1855/56 bis 1859 von 109 auf 145, die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder von 15 999 auf 20 268. Damit sind 60,5 % aller hier erfaßten männlichen Fabrikarbeiter über 16 Jahre (Fabrikkinder und Arbeiterinnen waren nicht mitgezählt worden) bereits 1859 von betrieblichen Unterstützungskassen betreut worden⁹². Die tatsächliche Anzahl dieser gewerblichen Krankenkassen

⁹¹ Ludwig Hermann Wilhelm Jacobi, Das Berg-, Hütten- und Gewerbeswesen des Regierungsbezirkes Arnsberg in statistischer Darstellung. Nach amtlichen Quellen herausgegeben. Iserlohn 1857, S. 563. (Die Tabelle spiegelt meistens den Stand der Kassen am Ende des Jahres 1855 wider.)

⁹² Statistische Nachrichten über die gewerblichen Unterstützungskassen des Regierungsbezirkes Arnsberg... In: Zeitschrift des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aaO, Jg. 3 (1861), S. 90.

ist aber noch höher gewesen, weil die in den Knappschaftskassen vereinten Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, die den Bergbehörden unterstanden, von der Statistik der Arnsberger Regierung nicht erfaßt wurden. Da aber einige Hüttenwerke sowohl Knappschaftsangehörige als auch einfache Fabrikarbeiter beschäftigten, wurde nach *Jacobi*s Angaben die „gleichmäßige statistische Behandlung erschwert“, zumal die Kompetenz für die Kassenbetreuung zwischen der Regierung und dem Oberbergamt Dortmund anfangs nicht richtig abgegrenzt war. *Jacobi* half sich aber dadurch, daß er alle Hüttenwerke in seine Tabelle einbezog, für welche die Regierung auch die Gewerbeaufsicht hatte.

Als Kommentar zu seiner statistischen Übersicht stellte *Jacobi* fest, daß zur Zeit weder ein Bedürfnis noch eine Möglichkeit bestehe, alle Fabrikarbeiter durch die Kassen zu erfassen; denn viele jüngere Arbeiter würden bei einer Krankheit noch durch die Eltern und Familien versorgt, zumal viele gewerbliche Krankenkassen-Statuten die Familienmitglieder ausdrücklich in ihre Hilfe einbezogen (z. B. der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein). Die Errichtung von Kassen sei überall an den Orten gescheitert, wo es nur wenig industrielle Arbeit gebe oder die Lage der Fabrik so abgelegen sei, daß eine Vereinigung mit Kassen anderer Fabriken noch nicht möglich war. Soweit solche Hindernisse aber nicht bestehen, sei „die Zuweisung aller gewerblichen Arbeitnehmer zu den Unterstützungskassen durch die im Laufe der letzten Jahre geführten Verhandlungen im großen und ganzen zu Stande gebracht“. Über das ganze Land zöge sich ein Netz von gewerblichen Unterstützungskassen, und es würden „nur wenige Orte zu bezeichnen sein, wo die Möglichkeit dieser heilsamen Einrichtung für Fabrikarbeiter und Gesellen noch erst der Ausführung entgegensteht“.

Was die formelle Verfassung aller Unterstützungsvereine angehe, schreibt *Jacobi* weiter, so beruhe dieselbe im wesentlichen „auf dem Grundsatz der unter gesetzliche Aufsicht gestellten Selbstverwaltung der Beteiligten.“ An der Spitze aller handwerklichen Gesellenladen stehe in der Regel der Vorstand aus Altmeister, Altgestellte und Ladenschreiber, die sämtlich aus der Wahl ihrer Genossen hervorgegangen seien. Neben oder über ihm gebe es eine Generalversammlung, welche die Einhaltung der Statuten überwache. Nur ganz selten, wie etwa in den Städten Arnsberg und Dortmund, bestehe diese Selbstverwaltung nicht, und eine vom Magistrat oder Gemeinderat eingesetzte Kommission führe das Rechnungswesen. Auch die Statuten aller „Fabrikladen“, für welche die von den Fabrikhabern vorgelegten Entwürfe im wesentlichen maßgebend geblieben sind, beruhten nach *Jacobi*s Kenntnissen überall mehr oder weniger auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung: „An der Spitze stehen gewöhnlich der Fabrikherr und der Älteste aus der Zahl der Meister und der anderen Arbeiter, daneben die Generalversammlung aller Mitglieder. Die Fabrikbesitzer haben durchschnittlich eine große Ge-

neigkeit gezeigt, ihren Arbeitern einen erheblichen Anteil an der Verwaltung der Kasse einzuräumen – vorbehaltlich dem ihrer eigenen Stellung und ihrer Beitragsleistung gebührenden Einfluß.“⁹³

Der mit der Gewerbeaufsicht beauftragte preußische Regierungsrat *Jacobi*, der auf Grund seiner unabhängigen Stellung zu einem objektiven und sachlich fundierten Urteil wohl in der Lage war, hat damit für einen der damals industriereichsten Teile der preußischen Monarchie festgestellt, daß dieser über ein dichtes Netz von gewerblichen Unterstützungskassen verfügte und in nahezu jeder größeren Fabrik ein freigewählter Arbeiterausschuß bestand, der an der Regelung der wichtigsten betrieblichen Sozialangelegenheiten mehr oder minder maßgeblich beteiligt war. Nach den anderen Beispielen besteht kein Anlaß zu zweifeln, daß auch in den anderen Teilen Preußens wie in den meisten deutschen Einzelstaaten, soweit sie von der Industrialisierung erfaßt waren, seit der Mitte des Jahrhunderts ähnliche Verhältnisse geherrscht haben.

Ehe wir uns nun der Weiterentwicklung der Fabrikkrankenkassenvorstände zu den Arbeiterausschüssen als erste Form einer Betriebsvertretung zuwenden, ist es vielleicht zweckmäßig, vorher eine kurze Übersicht über die bisher geschilderten Ansätze einer Arbeiterselbstverwaltung in Manufakturen und Fabriken zu geben, vor allem schon deshalb, weil das Bild im ganzen gesehen wenig einheitlich ist. Wie wir gesehen haben, waren die zahlreichen gewerblichen Unterstützungskassen teilweise auf Initiative des Unternehmers und teilweise auf Anregung der landesherrlichen Behörden entstanden. Daneben gab es aber auch Werkskassen, die ihren Ursprung allein dem Selbsthilfewillen der Arbeiter verdankten. Ebenso wie die Einrichtung, so sind auch die Zusammensetzung der Kassenvorstände und das Ausmaß der ihnen übertragenen Befugnisse bei der Regelung der betrieblichen Sozialangelegenheiten sehr verschieden gewesen. Der Grund für die Herausbildung differenzierter Formen einer ersten betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung dürfte in dem Fehlen einer einheitlichen zentralen Gesetzgebung auf diesem Gebiet und der Zersplitterung der deutschen Territorialstaaten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu suchen sein, durch welche den lokalen und gewerblichen Sonderheiten Vorschub geleistet wurde. Bei einer prüfenden Gegenüberstellung der verschiedenen Kassen-Statuten ergibt sich dann doch eine ganze Reihe von Beziehungsfeldern, in denen gemeinsame Grundlinien hervortreten. Die Konstituierung eines betrieblichen Arbeitervorstandes zur Regelung der Kranken-, Unfall- und Sterbefürsorge, der Versorgung der Invaliden, Witwen und Waisen, zur Betreuung und Überwachung der Schulkinder, des sittlichen Lebenswandels der Arbeiter und ihrer häuslichen Verhältnisse sowie schließlich zur Vergabe von kurz- oder langfristigen Darlehen aus den Kas-

⁹³ *Jacobi*, Das Berg-, Hütten- und Gewerbewesen ... aaO, S. 575.

senbeständen entsprang auf der einen Seite „nützlichen“, d. h. wirtschaftlich-rationalen Erwägungen. Es waren dies alles zu Anfang ganz bestimmte Maßregeln zur besseren Disziplinierung der Arbeitskräfte im 18. Jahrhundert, die mit „hartem Traktament“ erst an eine geregelte fabrikatorische Arbeit gewöhnt werden mußten. Der Mangel an gelernten und tüchtigen Facharbeitern und das Fehlen eines richtigen „Fabrikantengeistes“ sind bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hin recht bekannte und vielbeklagte Erscheinungen gewesen und haben einige der größten Hindernisse für die an sich verspätete Industrialisierung Deutschlands gebildet. Wie die zahlreichen und außerordentlich harten Strafbestimmungen in den Kassenregulativen und in den eng damit zusammenhängenden „Fabrikreglements“ zeigen, wurden anfangs die anscheinend nicht so selten vorkommenden Verstöße gegen die betriebliche Ordnung auch streng geahndet. Sehr oft war den Arbeiter-Kassenausschüssen neben der Regelung des Unterstützungswesens auch eine weitgehende Strafbefugnis von der Unternehmensleitung eingeräumt und diese dadurch gleichzeitig zum betrieblichen Ordnungsfaktor erhoben worden. Die Kassen waren vor allem im Manufaktursystem ein vorzügliches Mittel, Diebstahl, Betrügereien, Unterschlagung, Schlägereien, Trunkenheit, unsittlichen Lebenswandel und unerlaubtes Fernbleiben von der Arbeit („Blaumachen“) auf ein erträgliches Maß einzuschränken. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß eine Anzeige und eine Bestrafung solcher Vergehen meistens durchaus im Interesse der Gesamtbelegschaft lag. Auch bei den Bruderbüchsen, Knappschaftskassen, Gesellenladen usw. hatte es früher schon solche niedere Gerichtsbarkeit gegeben, und diese bildete daher auch hier nichts Ungewöhnliches.

Ein weiterer „nützlicher“ Zweck der betrieblichen Kassen war es ferner, daß damit dem unerwünschten Abwerben von qualifizierten Arbeitskräften („Debauchieren“) und dem Verrat von Produktionsgeheimnissen („Fabrikverräterei“), was gerade in den von der Mode abhängigen Porzellan- und Seidenmanufakturen eine große Rolle spielte⁹⁴, in geradezu entscheidender Weise vorgebeugt wurde. Durch die eingezahlten Beiträge wurde der Arbeiter stärker an das Werk und seine Ordnung gebunden, indem er bei Verstößen ein

⁹⁴ Ein großer Teil der von *Schmoller* und *Hintze* gebrachten Regesten von Anordnungen der preußischen Verwaltung über die Seidenindustrie (*Acta Borussica*) handelt von der Verhinderung der Abwerbung von Arbeitskräften. – Wie wichtig die Fabrikationsgeheimnisse genommen wurden, geht z. B. aus der Eintragung des *Monschauer* Tuchfabrikanten *Wilhelm Scheibler* in seinem „Geheimbuch über die Farbrezepte“ hervor, in der es heißt: „Die Haupt und grundsachen muß ein jeder Vernünftige vor sich und die seinigien halten, besonders da sich findet, daß unter 100 Fabricanten Kein einziger den wahren begrieff davon hat, vor dieses Geheimniß müßet ihr meine lieben Kinder dem höchsten Gott alleine danken, denn dieser allein hat mir solches eingegeben.“ In seinem Geheimbuch behandelte *Scheibler* verschiedene Verfahren für die Wollwäscherei, welche Kübel und welche Zusätze zu verwenden seien usw. Seine Geheimrezepte sind noch bis 1875 als Produktionsgeheimnis behandelt worden. Vgl. *W. Scheiber, Scheibler* aaO, S. 20 und 24 ff.

Anrecht auf die Leistungen der Kasse, bei Entlassung oder heimlichem Ausscheiden seine oft jahrelang eingezahlten Beiträge verlor. Andererseits setzten die Leistungen der Kasse meistens erst nach einer gewissen Zeit der Betriebszugehörigkeit ein, in der Regel nach drei Monaten. Weiterhin bot der für Krankheit und andere Wechselfälle des Lebens einbehaltene Lohn zugleich eine notwendige Sicherheit für eventuell gezahlte Vorschüsse und Kredite an den Arbeitnehmer.

Auch die Einräumung des Selbstverwaltungsrechtes, bei dem die frühindustriellen Unternehmer die Regelung der betrieblichen Sozialfürsorge zum Teil weitgehend in die Hände der gewählten „Ältesten“ legten, war nicht frei von ökonomischen Gründen. Es geschah dies nämlich aus der Einsicht heraus, daß diese betriebsnahe Selbstverwaltung sparsamer und rationeller arbeitete, als wenn der Staat, die Innungen oder der Unternehmer allein die Kasse verwaltet hätten. Eine Kontrolle der ein- und ausgehenden Kassengelder durch einen besonders gewählten Ausschuß der Kassenmitglieder bot zugleich die beste Gewähr gegen einen Mißbrauch der Kasse. Durch die Beteiligung der Arbeiter war die Sicherheit gegeben, daß die betrieblichen Unterstützungskassen zu wirtschaftlich rentablen Institutionen wurden, die den Unternehmer von einer unmittelbaren Sorge- und Treuepflicht für die Belegschaft weitgehend befreiten. Die Bemerkung des westpreußischen Unternehmers *Ignaz Grunau*, er habe die Unterstützungskasse auch darum gestiftet, weil er der „immerwährenden Vorschüsse“ an seine Arbeiter bei Notfällen überdrüssig gewesen sei, läßt dieses Entlastungsmotiv hervortreten.

Neben diesen ökonomisch-rationellen Beweggründen gab es aber auch eine Reihe von sozial-ethischen, philanthropischen und religiösen Antrieben für die Begründung einer betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung im Rahmen der Fabrikassen. Diese sollten – das wurde oftmals in den Einleitungssätzen zu den Kassenstatuten festgestellt – zu einer engeren Zusammenarbeit aller betrieblichen Stellen führen und damit den personalen Zusammenhalt in der Manufaktur oder Fabrik stärken. Bei der *Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin* wurde die Kasse mit dem „Esprit de Corps“ in Verbindung gebracht, und die Firmen *Villeroy & Boch*, *Heinrich Christian Meyer* und *Jacobi, Haniel & Huyssen* sahen in dem Kassenzusammenschluß so etwas wie ein Barometer für die Stimmung innerhalb der Belegschaft, ein Beratungsorgan bei wichtigen Entscheidungen im sozialen Bereich usw. Nach den hier gebrachten Beispielen kann es nicht zweifelhaft sein, daß die ersten gewerblichen Unterstützungskassen hier und da schon den Zweck hatten, für ein gutes Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitern zu sorgen und zu einer allgemeinen Arbeitszufriedenheit beizutragen. Noch wichtiger unter den nicht-ökonomischen Antrieben für die Errichtung von Betriebskrankenkassen war der Gedanke, die Arbeiter dadurch zu gottesfürchtigem Lebenswandel, zu Sparsamkeit, zu Fleiß, Ordnung und Sittlichkeit zu erziehen. Die Errichtung

der Manufaktur- und Fabrikkrankenkassen war überhaupt ein wichtiger Bestandteil in der patriarchalischen Einstellung der frühindustriellen Unternehmer. Die von ihnen erlassenen Statuten entsprachen in ihrer inneren Zielsetzung dem ganzen sonstigen Verhalten zu den betrieblichen Untergebenen. Der Unternehmer führte zuhause in der Familie wie auch in seinem Werk ein absolutes und hartes Regiment. Er selbst war von morgens früh bis abends spät rastlos tätig und forderte von dem Arbeiter die gleiche Einstellung zu der Arbeit, wie er sie selbst besaß. Die noch aus der handwerklichen Periode übernommene lange tägliche Arbeitszeit, die Frauen- und Kinderarbeit sowie die harten äußeren Arbeitsbedingungen müssen aus dieser Haltung heraus erklärt werden. Als Gegenstück zu dieser patriarchalischen strengen Ordnung und Unterordnung im Betrieb gab es die patriarchalische Fürsorge. Wenn der frühindustrielle Unternehmer hohe Ansprüche an die menschliche Leistungsfähigkeit seiner Untergebenen stellte, so wurde das doch gemildert durch seine persönliche Anteilnahme an dem Wohl seiner Arbeiter.

Der Unternehmer kannte meistens noch seine „Mannschaft“ (ein Ausdruck aus der *Meißener Porzellanmanufaktur*) ganz genau und fühlte sich nach Tradition und christlichem Gewissen verpflichtet, sie vor der größten Not zu bewahren. In den hier zitierten Kassenstatuten sind diese religiösen, sozial-ethischen und philanthropischen Motive der patriarchalischen Unternehmer vielfach erkennbar. Die Anrufung der Heiligen Dreifaltigkeit, die Erinnerung an die irdische Vergänglichkeit aller Menschen in den Kassenstatuten, die Benennung eines betrieblichen Unterstützungsvereins mit einem Heiligenamen (St. Antonius-Bruderschaft) oder die Bezeichnung der Kassenverwalter als „Pfleger“ nach dem Vorbild der gemeindlich-kirchlichen Armenpflege sind ebenso wie das bekannte „Mit Gott“ auf der ersten Seite des „Cassa-Buches“ Beweis dafür, daß die Errichtung der selbstverwalteten Arbeiterkassen in den ersten industriellen Betrieben nicht nur aus rational-wirtschaftlichen Momenten abgeleitet werden darf. Ihr Entstehen ist jedenfalls nicht monokausal zu erklären.

Alle hier aufgezeigten Tendenzen sind nicht überall und nicht gleich stark anzutreffen gewesen, müssen aber doch bei einer Gesamtwürdigung beachtet werden.

So läßt sich feststellen, daß das patriarchalische Arbeitsverhältnis am Beginn der Industrialisierung in Deutschland, bei dem eine uneingeschränkte Anerkennung der Fabrikherrschaft, eine harte Pflichterfüllung und unerschütterliche Werkstreue gefordert wurden, das zugleich aber auch die Sorge für die Untergebenen einschloß, den eigentlichen Hintergrund für die Gründung der Werkskassen abgibt. Die einzelnen so zustande gekommenen Arbeiterausschüsse hatten es am Anfang recht schwer, sich mit ihren Maßnahmen bei den Belegschaften durchzusetzen, vor allem dann, wenn sie den Mißbrauch der Kassen zu verhindern trachteten. Eine vergleichende Übersicht

über die von dem Unternehmer delegierten Rechte an die Kassenausschüsse in den Manufakturen und Fabriken zeigt, daß die Befugnisse zur Verwaltung der Kassen schnell ausgedehnt wurden, so daß diese weit mehr als tote Zahlungsinstitute darstellten. Neben die selbständige Regelung der sozialen Angelegenheiten, das Recht zur Verhängung kleiner Strafen und die Funktionen eines betrieblichen Schiedsamtes trat hier und dort der Gedanke, die Arbeitervorstände zugleich als Vermittlungs-, Ausgleichs- und Beratungsorgan zu benutzen. Gerade diese Vorstellungen von den Aufgaben der Kassenausschüsse sind von der nachfolgenden jüngeren Unternehmervergeneration, die seit den vierziger Jahren langsam den patriarchalischen und z. T. stark religiös gebundenen Unternehmertyp ablöste, verstärkt und modifiziert worden. Die jüngeren „Fabrikherren“ hatten auf Grund der sich verändernden Betriebsstrukturen mit den wachsenden Belegschaftszahlen nicht mehr die patriarchalische Verbundenheit mit ihren Arbeitern wie noch ihre Väter. Noch mehr als früher war ihr Blick auf den geschäftlichen Erfolg und den „Fortschritt“ gerichtet, wobei die soziale Distanz zu ihren Mitarbeitern im Betrieb immer größer wurde. Unter dem Einfluß des sich verstärkenden wirtschaftlichen Liberalismus wurde von ihnen die menschliche Arbeitskraft vielfach als „Ware“ betrachtet und dem rastlos sich fortentwickelnden Maschinenwesen untergeordnet, wobei manchmal rücksichtslose Härte den an sich notwendigen Prozeß der Rationalisierung begleitete. Aber die anwachsende Zahl der Fabrikkrankenkassen seit den vierziger und fünfziger Jahren gab gleichzeitig ein Zeugnis davon, daß der Gedanke der Sozialfürsorge nicht verloren ging und einsichtige Unternehmer mit den Mitteln ihrer Zeit die „Schattenseiten der Industrie“ zu beseitigen versuchten. An die Stelle der religiös-ethischen Motive trat allerdings mehr und mehr die Vorstellung von der „Association“, d. h. den genossenschaftlichen Selbsthilfewillen der Arbeiter durch solche gewerblichen Unterstützungskassen zu stärken.

II. Vom Fabrikkrankenkassen-Vorstand zum Arbeiterausschuß als erste Form einer Betriebsvertretung

Zwischen 1850 und 1860 hatten bei den meisten größeren gewerblichen Unternehmungen Unterstützungskassen mit einer mehr oder weniger ausgedehnten Arbeiterselbstverwaltung Eingang gefunden. Wie die Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten zeigt, wurden sie vielfach zu einem wichtigen Organ der – allerdings noch nicht weit entwickelten – betrieblichen Sozialpolitik. Um die ursprüngliche Aufgabe, nämlich die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters, kristallisieren sich bald weitere Aufgaben: Neben die Krankenhilfe traten verstärkt die Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenfürsorge. In den Werkskassen wurden die gesamten sozialpolitischen Maßnahmen zusammengefaßt. Oftmals waren sie das, was heute die „Sozialab-

teilungen“ bei den Großbetrieben bedeuten. Die geringe Aufgliederung der betriebssozialen Funktionen brachte es mit sich, daß die Betriebskassen jedenfalls bedeutend umfassendere Aufgaben hatten als heute. Was aber das wichtigste war: sie stellten nicht nur wirtschaftliche Versorgungseinrichtungen für bestimmte Notfälle des Lebens dar, sondern bildeten zugleich eine bestimmte soziale Institution innerhalb der Fabrik, denn die betrieblichen Kassen umfaßten nur die Arbeitnehmer und wurden hauptsächlich von ihnen organisatorisch getragen, verwaltet und kontrolliert. Sie entfalteten damit eine eigene soziale Dynamik und wuchsen über die ursprünglich gesetzten Aufgaben immer mehr hinaus, bis sie schließlich auch einer gesellschaftspolitischen Zielsetzung dienstbar gemacht wurden¹.

Seit der Mitte des Jahrhunderts ist ein langsamer Funktionswandel der Fabrikkrankenausschüsse in Richtung zu einer Betriebsvertretung zu beobachten. Zu dem Gedanken der Industriewohlfahrt und der betrieblichen Sozialfürsorge gesellte sich der Wunsch nach grundsätzlicher Gleichberechtigung und demokratischer Interessenvertretung. Wo die betrieblichen Krankenkassenvorstände sich zu Arbeiterausschüssen mit Betriebsvertretungsfunktionen weiterentwickelten, wurde, ohne daß es den Beteiligten zunächst richtig bewußt war, eine neue menschliche Organisationsform der Fabrik und damit eine neue soziale Betriebsverfassung geschaffen. Dieser Funktionswandel geschah in kontinuierlicher Weise, bei dem sich alte und neue Elemente noch lange mischten. Die ersten Formen einer betrieblichen Arbeitervvertretung stellten gewissermaßen noch einen Kompromiß dar: Sie übernahmen die alten Aufgaben der Sozialfürsorge und der sittlichen Erziehung wie auch den Gedanken der genossenschaftlichen Selbsthilfe aus der alten Handwerker- bzw. Knappschaftsverfassung, erstrebten aber auf der anderen Seite eine grundsätzliche Gleichberechtigung des Individuums und eine konstitutionelle Teilhabe des Arbeiters am Unternehmerwillen.

In der Praxis geschah die Umwandlung der Werkskassenvorstände in demokratische Betriebsvertretungen in der Weise, daß der Unternehmer neue Statuten für die betriebliche Unterstützungskasse erließ, die dem Arbeitervorstand einen erweiterten Aufgabenbereich einräumten. Es fand eine freiwillige Beschränkung der Unternehmerrechte statt, ein allmählicher Verzicht von Befugnissen und ihre Übertragung auf den Arbeiterausschuß. Eine grundsätzlich angelegte Neugestaltung der Arbeitgeber–Arbeitnehmerbeziehungen, die Schaffung einer Betriebsvertretung ohne vorherige Gründung einer Fabrikkrankenkasse blieb eine seltene Ausnahme. Die Erweiterung der Fabrikkrankenkassenvorstände zu Arbeiterausschüssen ist von den Beamten, Wissenschaftlern und Kirchenvertretern, die sich Ende des 19. Jahrhunderts erstmals mit dem Problem einer demokratischen Arbeitervvertretung in der Fabrik be-

¹ Vgl. das Vorwort von Goetz Briefs bei Schwenger, Die deutschen Betriebskrankenkassen aaO.

schäftigten, bereits mehr oder weniger deutlich herausgestellt worden. Der Nationalökonom *Max Sering*, der im Auftrage des „Vereins für Sozialpolitik“ Ende der achtziger Jahre eine Enquête über die bestehenden Arbeiterausschüsse durchführte, schrieb über die Entstehung der ersten Betriebsvertretungen: „In wohl den meisten deutschen Großunternehmen sind Wohlfahrtseinrichtungen und Kassen irgendwelcher Art im Interesse der Arbeiterschaft errichtet worden... Nichts liegt näher, als diejenigen Kreise, für welche jene Einrichtungen bestimmt sind, bei deren Entstehung zu Rate zu ziehen und an der Verwaltung verantwortlich zu beteiligen. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß oktroyierte Wohltaten einer selbstbewußten Arbeiterschaft wenig Freude machen, geschweige denn Dank ernten, daß sie sogar oft Mißstimmung und Unwillen hervorrufen: Nirgends ist eine Bevormundung weniger am Platze, es gibt andererseits kein dankbareres Gebiet gemeinsamer Tätigkeit. Sollen jene Einrichtungen ihren Zweck erfüllen, so muß die Nützlichkeit und Notwendigkeit begriffen werden, die Arbeiter müssen darin ihre eigenen Gedanken und Ideen wiederfinden und ihre freudige Mithilfe zur Durchführung derselben leihen.“² *Sering* wies als Beispiel darauf hin, daß die Klagen über mangelhafte Speisen und Getränke mit dem Tage aufhörten, als die Arbeiter die Verwaltung über die Fabrikantine oder Kaffeeküche übernahmen. Arbeiterausschüsse konnten, ohne Widerspruch zu finden, Zwangssparabzüge durchführen, während eine solche vom Unternehmer angeordnete Maßnahme undurchführbar gewesen wäre. Der Arbeitgeber könne bei der Verwaltung der verschiedenen Sozialeinrichtungen, die sich um die ursprüngliche Unterstützungskasse herum gruppiert haben, die Personalkenntnis älterer Arbeiter nicht entbehren. Der Übergang einer solchen Arbeitervertretung für soziale Angelegenheiten zu einem Ausschuß, der auch bei sonstigen Dingen des Betriebes mitwirkt, sei häufig kaum bemerkbar gewesen: „So behandeln vielfach die Fabrikanten des bergischen Landes die Vertreter und Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkasse, den von den Mitgliedern des Konsumvereins gewählten Vorstand etc. als die berufene Arbeitervertretung, mit der sie, so oft es wünschenswert erscheint, Angelegenheiten der Arbeiterschaft besprechen.“

In ähnlichem Sinne berichtete *Sering's* Kollege *Gustav Schmoller*: „Wo Fabrik- oder Betriebskrankenkassen bestehen oder errichtet wurden, wie deren 1886 5615 für größere Etablissements in Deutschland bestanden, da ist ein kollegialer Vorstand, der wesentlich aus Arbeitern besteht, gesetzlich vorgeschrieben (§ 64 des Gesetzes vom 15. Juni 1883) und tatsächlich unvermeidlich; er geht aus der Generalversammlung, das heißt den Arbeitern der Fabrik hervor... er wird, richtig geleitet, gleichsam von selbst ein Vertrauensorgan der Verwaltung. Es sind gemeinsame Geschäfte, die zu besorgen sind; dazu

² *Sering*, Arbeiterausschüsse aaO, S. 11.

wählt man nüchterne, ehrenhafte Leute, keine Agitatoren; nichts bindet mehr als gemeinsame Geschäfte, gemeinsame Verantwortlichkeit. Wo neben der Krankenkasse eine besondere Unterstützungskasse besteht, wo Darlehn gewährt oder Unterstützungen in besonderen Fällen gereicht werden, ist ein solcher Vertrauensausschuß doppelt nötig. Wo eine Reihe von Kassen (Sparkassen, Prämienkassen etc.) mit dem Geschäft verbunden sind, werden mehrere Ausschüsse fungieren, die aber häufig dieselben Arbeiter umfassen werden.“³ *Schmoller* berichtete über ein Gespräch mit dem Besitzer der *Kammgarnspinnerei A. W. Hardt* in Lennep, der auf die Frage, ob er Arbeiterausschüsse eingeführt habe, antwortete: „Ich behandle die Vertreter und Vorstandsmitglieder der Krankenkasse, den Vorstand des Konsumvereins und das Obermeister- und Meisterkollegium als die berufenen Arbeitervertreter, bespreche und berate mit ihnen, so oft es mir wünschenswert erscheint, die zum Wohl der Arbeiter beabsichtigten Neueinrichtungen. Aus diesem zwanglosen freien Meinungsaustausch in den Räumen unseres Arbeiterkasinos habe ich bei manchem Glase Bier durch Rede und Gegenrede schon manche Anregung zu zweckmäßigen Einrichtungen gewonnen, gegenseitiges Vertrauen gestärkt und das Gefühl des gemeinsamen Interesses geweckt.“

Auch der Nationalökonom *Julius Post* aus Hannover, der im Auftrage des Preußischen Handelsministeriums ebenfalls eine umfassende Erhebung über die Arbeiterausschüsse durchgeführt hatte, äußerte die Ansicht, daß eine Betriebsvertretung nicht ohne Vermittlung entstehen könne: „Auf eine bestehende, durch das Vertrauen der Mehrzahl der Arbeiter getragene Vereinigung oder Körperschaft, auf den Vorstand eines Konsum-, Gesang-, Vergnügsvereines, am besten auf einen Krankenkassenvorstand muß der Ausschuß aufgefropft werden“, schrieb er⁴. *Post* zitierte in diesem Zusammenhang das Beispiel der *Kaffee-Großrösterei Heinrich Franck & Söhne* aus Ludwigsburg, bei der die Entstehung eines Arbeiterausschusses mit Schlichtungsfunktionen aus einem Krankenkassenausschuß besonders gut zu beobachten gewesen ist⁵.

Der Berliner Sozialschriftsteller *Pater Heinrich Koch* meinte dazu in seiner Untersuchung über die Arbeiterausschüsse: „Ist dies auch nicht die einzige Entstehungsform eines Ausschusses, so haben sich doch tatsächlich sehr häufig Krankenkassenvorstände und ähnliche mit Wohlfahrtseinrichtungen betraute Körperschaften zu einem Ausschuß entwickelt. Das deutet darauf

³ *Gustav Schmoller*, Über Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen. In: *Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart*, Leipzig 1890, S. 426.

⁴ *Post*, Musterstätten persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäftsangehörigen aaO, Bd. 2, S. 47 ff.

⁵ In der Fabrikordnung der *Kaffee-Großrösterei Heinrich Franck & Söhne* hieß es: „Zur Entscheidung von Fällen betr. Verstöße gegen die Fabrikordnung oder auch zur Schlichtung von allen möglichen anderen können die Kranken- und Unterstützungskassenausschüsse getrennt oder auch einzeln von der Fabrikleitung angerufen werden. Die Wahl der Ausschüsse geschieht also auch für diesen Zweck.“ Vgl. *Post*, Musterstätten persönlicher Fürsorge aaO, Bd. 1, S. 50.

hin, daß die Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen eine für den Arbeiterausschuß sehr geeignete Tätigkeit ist . . .“⁶ Koch wies ebenso wie Sering an Beispielen nach, daß in zahlreichen Ausschüssen, in denen der Krankenkassenvorstand eo ipso dem Ausschuß angehörte, die Personalbesetzung völlig identisch war. Beachtenswert sind schließlich auch noch die Äußerungen des Generalsekretärs des von katholischen Industriellen getragenen Verbandes „Arbeiterwohl“ und späteren Reichstagsabgeordneten Franz Hitze. Er meinte nämlich, es sei sehr wichtig, „daß Arbeitgeber und Arbeiterausschuß erst auf neutralem Boden – in der gemeinsamen Fürsorge für die Arbeiter und ihre Familien – zusammen raten und taten, das gegenseitige Mißtrauen überwinden lernen, ehe sie sich auf streitige Gebiete einlassen“⁷. Weiter sprach er davon, daß die Fabrik ein selbständiger Organismus sein müßte. Zu einer solchen Organisation gehören aber vor allem vermittelnde Organe. „Diese Organe sind aber in jeder Fabrik, wo z. B. eine Kranken- oder sonstige Unterstützungskasse besteht, bereits gegeben im Vorstand dieser Kasse. Die Delegierten dieser Arbeiter sind das überleitende Glied zwischen Fabrikherr und Arbeiterschaft. Wenn der Fabrikherr mit richtigem Takt, mit vollem Vertrauen dieser Arbeitervertretung entgegenkommt, sie für die öffentlichen Arbeiten in der Fabrik zu gewinnen und heranzuziehen weiß, wenn es ihm gelingt, derselben das nötige Selbstvertrauen und Interesse für das, was über ihre Arbeit hinaus liegt, einzuflößen, dann ist der Grund gelegt und die organische Entwicklung schon von selbst gegeben.“ Der tote Mechanismus einer Fabrik, meinte Hitze, sei dann in einen lebendigen Organismus verwandelt – ein Schritt von ungeheurer menschlicher Tragweite⁸. Eine gut verwaltete und von christlichem Geist getragene Unterstützungskasse im Betriebe könne seiner Ansicht nach zu einer öffentlich sittlichen Macht werden, vor allem dann, wenn aus dem Arbeitervorstand gleichsam ein Ehrengericht wird, dessen Urteil umso vollgültiger ist, als das Vertrauen der dem Gericht Unterstehenden es berufen hat. Unvermittelt und direkt lasse sich jedoch ein solcher betrieblicher Organismus nicht erreichen. „Die Arbeiterkasse mit ihrem Vorstände ist die erste Schule der Selbstverwaltung, die, löst sie ihre Aufgabe richtig, auf die höhere vorbereitet, unvermerkt und ohne die geringsten Stöße in dieselbe überführt.“⁹

1. Die ersten Arbeiterausschüsse vor der Gründung des Bismarck-Reiches

Den ersten betrieblichen Arbeiterausschuß, dessen Aufgaben über den Wirkungskreis eines Fabrikkrankenkassen-Vorstandes hinausgingen, richtete, soweit wir erkennen können, der schon mehrfach erwähnte sächsische Kattun-

⁶ Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 93. ⁷ Arbeiterwohl, Jg. 10 (1890), S. 230.

⁸ Arbeiterwohl, Jg. 1 (1881), H. 5, S. 88.

⁹ Franz Hitze, Der sittliche Einfluß der Arbeiter- resp. gegenseitige Unterstützungskasse. In: Arbeiterwohl, Jg. 1 (1881), H. 3, S. 59.

druckereibesitzer Carl Degenkolb zusammen mit einigen anderen Industriellen, die er für seine Ideen zu gewinnen verstand, im Jahre 1850 in Eilenburg ein. Die Bildung dieser ersten praktischen Betriebsvertretung in Deutschland, deren Grundgedanken Degenkolb in seinen Reden und Denkschriften 1848 so eifrig vertreten hatte, verdient eine ausführliche Beschreibung, zumal die Entstehungsgeschichte gut überliefert ist.

Degenkolb war ein Schwiegersohn des sächsischen Textilindustriellen Johann Jacob Bodemer¹⁰. Dieser stammte aus Schwaben, hatte zusammen mit Friedrich Schiller die Karlsschule besucht und dann in Leipzig einen Handel mit englischen Stoffen angefangen. Damit gewann er in kurzen Jahren einen solchen Wohlstand, daß er schon 1790 die von der sächsischen Kurfürstin Elisabeth 1764 angelegte Kattundruckerei in Großenhain erwerben konnte. 1802 errichtete Bodemer in Zschopau eine Bleicherei und Einkaufsstelle für Rohkattune, und ein Jahr später kaufte er in dem sächsisch-anhaltischen Städtchen Eilenburg (Kreis Delitzsch) ein unterhalb des Schloßberges gelegenes Grundstück an der Mulde, um darauf eine weitere Kattunfabrik zu errichten. Die Nähe der Messestadt Leipzig, die günstige Beschaffenheit des Muldewassers für den Bleichprozeß wie auch die günstige Schutzzollpolitik Preußens, an das Eilenburg bei der Teilung Sachsens 1815 gefallen war, veranlaßten noch weitere Kattunfabrikanten nach dort umzusiedeln, so daß hier im Laufe des Vormärz ein Zentrum der Kattundruckerei entstand.

Anfangs wurden die Rohkattune von den erzgebirgischen Heimwebern gegen Ausgabe des Garns angefertigt, in Zschopau gebleicht und nach Großenhain und Eilenburg zur weiteren Verarbeitung und zum Bedrucken verfrachtet. Als aber die preußische Regierung damit begann, die maschinelle Weberei finanziell zu fördern, nahm Bodemer die gebotene Chance wahr. Als einer

¹⁰ Zur Geschichte der Firma Bodemer & Co., vgl.: Eilenburger Kattunmanufaktur Aktiengesellschaft, Eilenburg 1873–1923, Berlin 1923 (Festschrift). – Zschopauer Baumwollspinnerei Aktiengesellschaft (vormals Georg Bodemer). Gedenkschrift anläßlich der 100jährigen Wiederkehr des Tages der Inbetriebnahme der Spinnerei 1819–1919 (Chemnitz 1919). – Otto Ruhmer, Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Eilenburg. Diss. iur. Halle 1924 (Maschinenschrift). – Albin König, Die sächsische Baumwollindustrie am Ende des vorigen Jahrhunderts und während der Kontinentalsperre, 1899. – F. Gundermann, Chronik der Stadt Eilenburg, 1879. – Wilhelm Büchting, Geschichte der Stadt Eilenburg, 1923. – B. F. Wharton und V. H. Sexhlet, Die Kattundruckerei, 1892. – Lochmüller, Die Entwicklung der Baumwollindustrie in Deutschland, Jena 1906. – Goering, Die Entwicklung des Zeugdrucks im Abendland seit dem 17. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1, S. 379. – Georg Meerwein, Die Entwicklung der Chemnitzer bzw. sächsischen Baumwollindustrie von 1789 bis 1879. Heidelberger Diss., Berlin 1914. – Notizen zur Geschichte der Zeugdruckerei, namentlich baumwollener Gewebe, in Sachsen. In: Mitteilungen des Industrie-Vereins für das Königreich Sachsen, Chemnitz 1839. – Friedrich Georg Wieck, Industrielle Zustände Sachsens. – Das Gesamtgebiet des sächsischen Manufaktur- und Fabrikwesens, Handels und Verkehrs. Historisch, statistisch und kritisch beleuchtet. Chemnitz 1840. – Louis Öser, Album der sächsischen Industrie. 2 Bde., Neuenalza 1856–1863. – H. Schöler, Helden der Arbeit: Die drei Bodemer (1925), S. 68 ff.

der ersten Unternehmer in Deutschland führte er gegen den heftigen Widerstand der Handwerker bereits 1818 in Zschopau mechanische Webstühle nach englischem Muster ein. Als 1819 noch eine weitere Spinnerei dort hinzukam, hatte der sächsische Industriepionier den gesamten Produktionsprozeß vom Spinnen bis zum Bedrucken des Kattuns in einer Hand. Die drei Fabriken in Eilenburg, Großenhain und Zschopau wurden unter dem einheitlichen Firmennamen *Bodemer & Co.* zusammengefaßt. 1830 übertrug *Bodemer* die Leitung dieser drei Fabriken, die inzwischen eigene Niederlassungen in Triest und Smyrna unterhielten, seinen drei Söhnen und zog sich vom Geschäft zurück. Während Großenhain und Zschopau unter anderem Namen selbständige Betriebe wurden, kam der Hauptbetrieb in Eilenburg, der den alten Namen *Bodemer & Co.* beibehielt, in die Hände von *Jacob Bodemer jr.*, Schwiegersohn *Carl Degenkolb* und eines Neffen des Firmengründers namens *Jacob Gottfried Stroh*. Letzterer schied aber bald wieder aus, und *Jacob Bodemer jr.* übernahm die vom Hauptbetrieb abgetrennte Abteilung für Wolldruck, so daß *Degenkolb* die Kattundruckerei und -weberei *Bodemer & Co.* als alleiniger Besitzer weiterführte. Die Firma, die weiterhin die bedeutendste unter allen Eilenburger Kattunfabriken blieb, ging frühzeitig vom Hand- zum Maschinendruck über¹¹.

Die wenigen Angaben verraten bereits, warum gerade eine Eilenburger Kattundruckerei zum Ausgangspunkt der sozialpolitischen Bestrebungen um eine Betriebsvertretung werden konnte: In dem tausendköpfigen Großbetrieb, in dem die Maschinenarbeit eine bedeutende Rolle spielte, mußten die betrieblichen Sozialprobleme auch einen besonderen Platz einnehmen. Aber eine Reihe von weiteren Anlässen kam hinzu. Schon vor und zugleich mit *Degenkolb* hatten sich führende Kräfte des liberalen Bürgertums in der Stadt mit der sozialen Frage beschäftigt. Unter ihnen ragte der seit 1837 in Eilenburg ansässige praktische Arzt Dr. *Anton Bernhardt* hervor, ein Freidenker, Demokrat und nebenberuflicher Schriftsteller. Bei seinen Krankenbesuchen in der Kattundruckerei- und Weberstadt hatte er die Überzeugung gewonnen, daß man etwas für die Arbeiterbevölkerung tun müsse. Um ihren Lebensstandard zu erhöhen, trat er für den Bau billiger Wohnungen ein und propagierte die Gründung genossenschaftlich geführter Krankenunterstützungsvereine¹².

¹¹ So wurde die Perrotine, die Vorläuferin der heutigen Walzendruckmaschinen, damals neu eingeführt. Sie ist nach dem Franzosen Perrot aus Rouen benannt, der 1854 sie so vervollkommnete, daß sie vier Farben auf einmal kontinuierlich auf den Kattun drucken konnte.

¹² In seinem Streben, gesündere und billigere Wohnungen für Arbeiter zu schaffen, baute *Bernhardt* einen Versuchsapparat zum Pressen von Steinen aus Kalksandmörtel, der bis dahin nur in Verbindung mit Lehmsteinen benutzt worden war. Da sich die Regierungen nicht an den billigen neuen Ziegeln interessiert zeigten, gründete er einen eigenen Betrieb zur Herstellung dieser Ziegelpressen. Vgl. *Anton Bernhardt*, Die Kalkziegelfabrikation und der Kalkziegelbau, 1862, und Gedenk-

Im September 1849 rief *Bernhardt* in Eilenburg einen ersten solchen Krankenunterstützungsverein ins Leben, nachdem in der benachbarten Kreisstadt Delitzsch der ihm eng befreundete Richter *Hermann Schulze* ein paar Wochen früher mit gutem Beispiel vorausgegangen war. Während aber *Schulze-Delitzsch*, der Begründer der modernen Genossenschaftsbewegung, entsprechend dem ländlichen Charakter seiner Heimatstadt mehr an die Handwerker und Tagelöhner dachte, wollte *Bernhardt* vorwiegend die Fabrikarbeiter unterstützen. Die Errichtung dieser genossenschaftlich geführten Krankenunterstützungsvereine führte in den nächsten Jahren dazu, daß die Eilenburger Kattundruckereien eine gemeinsame Kranken- und Pensionskasse gründeten. Es kann als sicher gelten, daß sie im Zusammenhang mit den *Bernhardtschen* Ideen entstand.

Bernhardt, der noch vor *Schulze-Delitzsch* zusammen mit dem Eilenburger Schneidermeister *Bürmann* die ersten „Vorschußvereine“ (Volksbanken), Rohstoff- und Magazingenossenschaften für Handwerker und zusammen mit *August Fritsche* den ersten deutschen Konsumverein ins Leben rief¹³ und als echter 48er-Demokrat im preußischen Abgeordnetenhaus in zahlreichen Kommissionen seine sozialpolitischen Pläne zu verwirklichen versuchte, hat auch den Eilenburger Kattundruckereibesitzer *Carl Degenkolb* nachhaltig beeinflusst. Die Beeinflussung ist bis auf das Jahr 1847 zurückzuverfolgen, in dem *Bernhardt* eine damals aufsehenerregende Schrift unter dem Titel „Der Handarbeiterstand und sein Notstand“ veröffentlichte¹⁴. Er trat darin als Anwalt für alle die auf, die „arbeitend darben“. Die Quelle der Not sei nicht der überflüssige Aufwand der Arbeiter, wie so viele meinten, sondern die zu

blatt zum 50jährigen Jubiläum der Firma Dr. *Bernhardt & Sohn*, o. J. – Seine Gedanken über die Krankenunterstützungsvereine legte *Bernhardt* nieder in der Broschüre: Die Ärzte als Gesundheitsbeamte, eine Medicinal-Organisation mit unentgeltlicher Krankenbehandlung und einer progressiven Gesundheitssteuer, 1849. Zit. nach *Ruhmer*, Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Eilenburg aaO, S. 125.

¹³ Die Entstehungsgeschichte dieser Genossenschaften, die nicht zum Thema gehört, ist in wenigen Worten folgende: Die Eilenburger Handwerker fühlten sich seit den vierziger Jahren in zunehmendem Maße in ihrer Existenz bedroht, weil die Kattundruckereien am Ort sich immer mehr ausdehnten und die wenigen Kredite für Investitionen und den Kauf von Rohstoffen an sich zogen. Infolge des noch wenig ausgebildeten Bankenwesens konnte das Handwerk Kredite nur zu hohen Zinsen bekommen, während die unter kommunaler Aufsicht stehende Sparkasse wegen des hohen Risikos nur auf Grundstücke Geld auslieh. *Bernhardt* und *Schulze-Delitzsch* gründeten darum 1850 in Nachahmung englischer Genossenschaftsideen ihre ersten Vorschuß- und Kreditvereine (vgl. *Hermann Schulze-Delitzsch*, Vorschuß- und Kreditvereine als Volksbanken?, 1855). Auch die fast zur gleichen Zeit ins Leben gerufenen Rohstoff-, Magazin- und Konsumgenossenschaften für die kleineren Handwerker knüpften an englische Assoziationsvorbilder an. Interessanterweise bestand für den Einkauf und die Kassenkontrolle dieser ersten Genossenschaften in Deutschland ein besonderer Ältestenausschuß wie bei den gewerblichen Krankenkassen.

¹⁴ *Anton Bernhardt*, Der Handarbeiterstand und sein Notstand, 1847. Zit. nach *Ruhmer*, Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Eilenburg aaO, S. 125.

geringe Entlohnung. Zur Linderung ihrer Lage schlug *Bernhardi* vor, man solle den Brotpreis zum Maßstab des Lohnes machen; denn „die Steigerung des Lohnsatzes im rechten Verhältnis zum Brotpreis sei das einfachste Mittel, den Arbeiter vor Not zu schützen.“ Da aber nach Ansicht des Autors die Arbeitgeber freiwillig nicht das rechte Verhältnis zwischen Lohn und Brotpreis herstellen würden, müsse der Staat als „gesetzlicher Vormund aller unmündigen Staatsangehörigen“ als Mittelsperson fungieren. Er müßte einen nach dem jeweiligen Brotpreis berechneten Minimallohn festsetzen, der dann nicht unterschritten werden dürfte. Diese Schrift, die auf die steigenden und dem allgemeinen Lohnniveau nicht angepaßten Getreidepreise Bezug nahm, wurde von *Carl Degenkolb* im „Eilenburger Wochenblatt“ heftig kritisiert. In verschiedenen Artikeln behauptete der Kattundruckereibesitzer, den Eilenburger Fabrikarbeitern gehe es materiell jedenfalls besser als den übrigen Tagelöhnern, da ihr Lohn in den letzten zwanzig Jahren ständig gestiegen sei, was er anhand einer Tabelle bewies. Wirkliche Not bestand nach *Degenkolbs* Meinung „unter den Handwerkern, die besonders nach Beseitigung der Zunft- und Feudalfesseln mittellos ein Gewerbe beginnen und dadurch leicht ins Proletariat absinken, diesen Stand überfüllen und infolge ihrer gesteigerten Bedürfnisse dann unzufriedener sind als die bereits als Tagelöhner Geborenen“. Da aber eine Rückkehr zu mittelalterlichen Zunftverhältnissen infolge der „veränderten Geistesrichtung“ nicht möglich sei, forderte er – um einer Konzentration des Kapitals in den Händen einiger weniger vorzubeugen – eine bessere Volkserziehung und besonders freien Schulunterricht für alle, auch für die Ärmsten. Dazu Steuerfreiheit für die unteren Klassen, Beseitigung der Klassen- und Kommunalsteuer und stattdessen Einführung einer Einkommens- und Vermögenssteuer. Um eine bessere Erziehung und Ausbildung der Jugend zu erreichen, wünschte *Degenkolb*, der hier sehr stark an *Friedrich Harkorts* sozialpolitische Ideen erinnert, ein völliges Verbot der Kinderarbeit. Die Eltern müßten seiner Ansicht nach so entlohnt werden, daß sie die ganze Familie ernähren konnten und auf die Kinderarbeit nicht angewiesen seien¹⁵.

Mit der Kinderarbeit wurde freilich ein dunkles Kapitel in Eilenburg angerührt. Denn schon seit der Manufakturzeit wurde in den Druckereien der Stadt eine große Zahl von „Streichjungen“ beschäftigt. Diese hatten, während der Kattundrucker die Formen auf den Stoff drückte, die Farbleder wieder mit Farbe zu bestreichen. Für diese Tätigkeit, die die Kinder 10 bis 12 Stunden in einem mit Dunst erfüllten Arbeitsraum festhielt, wurden ein bis zwei Silbergroschen gezahlt¹⁶. In einer Eingabe vom 12. November 1844 an den

¹⁵ Eilenburger Wochenblatt, Jg. 12 Nr. 13, zit. nach Ruhmer, Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Eilenburg aaO, S. 98.

¹⁶ Günther K. Anton, Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung bis zur Aufnahme in die Reichsgewerbeordnung. In: Schmollers Forschungen, Bd. 11, H. 2 (1892), S. 62.

preußischen Kultusminister *Johann Albrecht Friedrich Eichhorn* machte der Arzt *Bernhardi* bereits auf die traurige Lage der Eilenburger „Streichkinder“ aufmerksam und veranlaßte 1845 von der Regierung die Einsetzung einer besonderen Lokalkommission zur Überwachung der Kinderarbeit, die seit 1839 in Preußen schon erstmals beschränkt worden war. Die Kommission, ein erster Vorläufer der Gewerbeaufsicht in Deutschland, entfaltete nach den amtlichen Berichten eine erfolgreiche Tätigkeit, zumal außer *Degenkolb* und *Bernhardi*, der Bürgermeister, der Pfarrer, der Schulvorsteher und ein Fabrikarbeiter darin mitarbeiteten. *Degenkolbs* Vorschläge für eine Reform des Volksschulwesens, die durch seine Arbeit in der Lokalkommission mitveranlaßt gewesen sein dürften, schnitten ein besonders dringliches Problem der Stadt an. Denn die Tagelöhnerkinder, die meistens mit dem 10. Lebensjahr von ihren Eltern in die Fabrik geschickt wurden, konnten in der „Fabrik-schule“, einer Form der Abendschule, nicht einmal mit dem nötigsten Wissen versorgt werden. 1833 wurde zwar von der Stadt eine halbtägige Volksschule für diese Kinder eröffnet, die dann später mit der Fabrik-schule verschmolzen wurde. Die Schulverhältnisse blieben aber weiterhin unbefriedigend, selbst als 1846 eine weitere Bürgerschule gegründet wurde, denn diese konnte wegen des hohen Schulgeldes nicht von den Arbeiterkindern besucht werden. Wenn *Degenkolb* im „Eilenburger Wochenblatt“ für eine Abschaffung der Kinderarbeit und eine freie und bessere Schulbildung eintrat, so dachte er als praktischer Unternehmer freilich auch an die technische Ausbildung, um sich tüchtige Formstecher, Graveure, Coloristen, Zeichner usw. für seinen Betrieb heranzuziehen. Diese qualifizierten Fachkräfte mußten noch in den vierziger Jahren aus dem Elsaß und sogar aus Frankreich herangeholt werden, weil sie unter den einheimischen Arbeitern nicht zu finden waren. Auch das Problem der Berufsausbildung hat, wie sich noch zeigen wird, bei der Entstehung der ersten Betriebsvertretung eine gewisse Rolle gespielt. *Degenkolb*, der größte und einflußreichste Fabrikant am Ort, wollte es aber nicht bei Deklamationen und Zeitungsartikeln bewenden lassen. Er, der auf der höchsten parlamentarischen Ebene für eine demokratische und soziale „Organisation der Arbeit“ eingetreten war, ging auch im Betrieb und im Bereich seiner Stadtgemeinde mit gutem Beispiel voran. Im April 1847, kurz nach dem Erscheinen der Kritik *Degenkolbs* an *Bernhardis* Schrift über den notleidenden Handarbeiterstand im „Eilenburger Wochenblatt“, kam es in der Stadt infolge der anziehenden Preise für Brot, Kartoffeln, Mehl usw. zu schweren Tumulten und Plünderungen der Getreidevorräte auf den umliegenden landwirtschaftlichen Gütern. Die Mißernte im Jahre 1846, die lange Vereisung der russischen Häfen und die damit zusammenhängende Unterbrechung der Importe sowie die Zurückhaltung des Getreides aus Spekulationsgründen hatten diese ungewöhnliche Preissteigerung verursacht. Während das Oberlandesgericht Naumburg a. d. Saale 139 Männer und Frauen wegen Landfrie-

densbruches zu Zuchthaus und Peitschenhieben verurteilte¹⁷, versuchte im Gegensatz dazu der Eilenburger Magistrat durch Errichtung eines Arbeitsnachweises, Verkauf von verbilligtem Brot und Mehl an die ärmere Bevölkerung und eine Spendensammlung die wirtschaftliche Not zu lindern. *Degenkolb* schloß sich der Hilfsaktion an, indem er Lebensmittel an die verteilen ließ, die in der 1840 errichteten städtischen Suppenanstalt ein kostenloses Essen erhielten. Er stiftete eine Kleinkinderbewahranstalt und vergab zusammen mit anderen mehrere Legate. Größte Bedeutung unter seinen vielen sozialpolitischen Bemühungen in diesen Jahren errang aber das unter seinem Einfluß und seiner Initiative abgeschlossene Abkommen der Eilenburger Kattundruckereibesitzer vom 19. März 1850.

Die vier Firmen *Bodemer & Co.* (Inhaber *Carl Degenkolb*), *Danneberg & Sohn* (Inhaber *Adolph Michael* und *C. F. Mitscherlich*), *Ehrenberg & Richter* (Inhaber *Gustav Ehrenberg* und *Carl Richter*) und *Jacob Bodemer jr.* (Inhaber *Jacob Bodemer jr.*)¹⁸ kamen darin überein, in den Arbeitsgrundsätzen unter sich wie auch den Arbeitnehmern gegenüber gleiche Prinzipien zu verfolgen. Es wurde damit mehr als ein bloßer Arbeitgeberverband gegründet, da das Abkommen nicht nur die Rechte der Unternehmer, sondern auch die Pflichten gegenüber den Arbeitnehmern festzulegen versuchte. Es wurde beschlossen, eine gemeinsame Fabrikordnung und ein gemeinsames Lebensmittelmagazin (für den Fall einer neuen Hungersnot wie 1847) einzuführen, die bereits überall bestehenden betrieblichen Kranken- und Pensionskassen zu einer einzigen Kasse zusammenzulegen und schließlich eine gemeinsame und einheitliche Arbeitervertretung in den vier Eilenburger Kattundruckereien einzuführen. In einer besonders dazu verfaßten Schrift waren die Organe zur Vertretung der Arbeiterinteressen wie folgt beschrieben¹⁹:

¹⁷ Eilenburger Wochenblatt, Jg. 12 (1847), Nr. 51. – Alle Angaben nach Ruhmer, Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Eilenburg aaO, S. 96 ff.

¹⁸ Die Firma *Danneberg & Sohn* wird 1812 erstmals erwähnt und 1835 ein I. G. Steinmetz als Inhaber bezeichnet. 1817 legte ein Kaufmann Kirsch aus Glauchau eine Wollzeugfabrik und eine Bleichanstalt in Eilenburg an. 1825 erwarb der Piqué-Fabrikant C. F. Mitscherlich die Wolldruckerei des Kaufmanns Kirsch und verschmolz das Unternehmen mit der Firma *Danneberg & Sohn*, die von Adolph Michael geführt wurde. – Die noch im Verlagssystem arbeitende Firma Gottlieb Rudolf Ranft, später Ranft & Ehrenberg, in Frankenberg wurde 1812 auf Fabrikbetrieb umgestellt und 1828/29 unter dem Namen *Ehrenberg & Co.* nach Eilenburg verlegt, wofür die preußische Zollgesetzgebung den Ausschlag gab. Die Firma *Ehrenberg & Co.*, wurde nach dem Eintritt des Kompagnons Carl Richter in Ehrenberg & Richter umbenannt. – Die Firma *Jacob Bodemer jr.* bestand aus einem „Etablissement für den Druck wollener und halbwollener Stoffe (Mousseline de laine)“. Sie war, wie schon erwähnt, 1846 aus einer Teilung des Bodemerschens Hauptunternehmens in Eilenburg entstanden. Die Firma *Jacob Bodemer jr.* bestand bis zum Tode des Inhabers 1862 und wurde später von der Piqué-Fabrik Lange & Holzweissig übernommen. Vgl. König, Die sächsische Baumwollindustrie aaO.

¹⁹ Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aaO, VII. Lieferung (1850), S. 59 ff. – Eilenburger Kattun-Manufaktur Aktiengesellschaft

- „§ 1 Jede Fabrik wählt einen Fabrikausschuß bestehend aus:
- a) dem Fabrikinhaber oder dem von ihm ernannten Stellvertreter,
 - b) einem technischen Arbeiter,
 - c) einem im Tagelohn Arbeitenden aus der Klasse der Handarbeiter, letztere beide gewählt durch die betreffenden Arbeiterklassen.
- § 2 Die vier Fabriken wählen gemeinschaftlich einen Fabrik-Rat, bestehend aus:
- a) 3 Fabrikinhabern,
 - b) 1 technischen Arbeiter,
 - c) 1 aus der Klasse der Handarbeiter, letztere beide gewählt durch die betreffenden Arbeiterklassen.
- § 3 Den Fabrikausschüssen sind folgende Befugnisse beigelegt:
- 1) Die Aufrechterhaltung und Vollziehung der Fabrikordnung,
 - 2) Die Überwachung der in den Fabriken arbeitenden Kinder, sowohl in sittlicher Beziehung als hinsichtlich des regelmäßigen Schulbesuches,
 - 3) Vermittlung der Streitigkeiten zwischen den Arbeitern,
 - 4) Einziehung beziehentlich Entscheidung der Strafen und Straf gelder,
 - 5) Einziehung und Ablieferung der Beiträge zu der Krankenunterstützungskasse.
- § 4 Dem Fabrik-Rat stehen folgende Befugnisse zu:
- 1) Entscheidung der Beschwerden der Fabrikarbeiter gegen ihre Arbeitgeber,
 - 2) Entscheidung der Streitigkeiten zwischen den Fabrikanten unter sich,
 - 3) Festsetzung und Vermittlung der Arbeitszeit und der Kündigungsfristen,
 - 4) Festsetzung der Anzahl anzunehmender Lehrlinge bei den Formstechern und Druckern im Verhältnis zu den selbständigen Arbeitern,
 - 5) Überwachung und Beförderung der sittlichen und gewerblichen Fortbildung der jüngeren Fabrikarbeiter sowie Oberaufsicht über alle Schulangelegenheiten,
 - 6) Verwaltung der Pensionscassa und Oberaufsicht über die Krankenunterstützungscassa sowie Entscheidung der Ansprüche auf Pension,
 - 7) Förderung der Industrie im allgemeinen, der Eilenburger insbesondere, Überwachung der Gesamtinteressen und Entscheidung der darauf gerichteten Anträge und Maßregeln.
 - 8) Vertretung der Gesamtinteressen bei dem hiesigen Gewerberat sowohl als auch nach auswärts.“

Die so ins Leben gerufenen „Fabrikausschüsse“ sind der Form und Aufgabe nach – soweit wir das erkennen können – die ersten Betriebsvertretungen in Deutschland. Sie besaßen eine kontrollierende, verwaltende und schiedsrichterliche Mitsprache in erster Instanz. Die Beteiligungsrechte der Arbeiter wie auch der Aufbau (Fabrikausschuß, Fabrikrat, Gewerberat) lassen deutlich das Vorbild des Minoritäten-Gegenentwurfes aus dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Frankfurter Nationalversammlung wiedererkennen, an dem *Degenkolb* mitgewirkt hatte. Die Vollmachten der Institutionen hinsichtlich der Fabrikordnung und der Fabrikinder waren in beiden Fällen dieselben, auch der Fabrikrat der Eilenburger Industrie war dem Fabrikrat des Frankfurter Entwurfes bis auf Einzelheiten nachgebildet. Der Unterschied bestand

aaO, S. 12, und Ruhmer, Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Eilenburg aaO, S. 99.

nur darin, daß der Eilenburger Fabrikrat gegenüber den Fabrikausschüssen eine größere Vollmacht besaß, da er die Entscheidung über die Beschwerden der Arbeiter gegen die Arbeitgeber zu treffen hatte.

Natürlich hafteten diesen ersten Betriebsvertretungs-Konstruktionen noch allerhand Mängel an. So war beispielsweise nicht gesagt worden, ob die Wahlen zu den Fabrikausschüssen und Fabrikräten in geheimer und allgemeiner Weise vor sich gehen sollten, auch waren alle Modalitäten über Wahlalter und Wählbarkeit außer acht gelassen worden. Zudem hatten sich die Unternehmer im Fabrikrat, der wie gesagt eine größere Machtvollkommenheit besaß, die absolute Mehrheit gesichert und dafür gesorgt, daß sie im Notfall ihren Standpunkt doch immer durchsetzen konnten. Doch erscheint das unwesentlich angesichts der Tatsache, daß *Degenkolb* und die anderen drei Kattundruckereibesitzer freiwillig in so enge Tuchfühlung mit ihren Arbeitern traten und von sich aus auf eine Reihe von wichtigen Unternehmerrechten verzichteten. Entscheidend blieb der neue Geist, der aus dem „Eilenburger Abkommen“ hervorleuchtete, der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ein gutes Beispiel für die grundsätzlich neue Einstellung waren die Paragraphen in dem Abkommen, in denen die Kündigung der Arbeiter geregelt wurde. Während früher ein „Kontraktbruch“, Verstöße gegen den Arbeitsvertrag, gewöhnlich die Entlassung zur Folge hatten, wurde jetzt dieses drakonische und harte Mittel nicht mehr sofort angewandt. Zuerst wurden bei Übertretungen der Fabrikordnung kleine Geldstrafen verhängt, die der Kranken- und Pensionskasse zugute kamen. Offene Widergesetzlichkeit, Streit mit dem Arbeitgeber bzw. Meister, Vergehen gegen die Sittlichkeit und Untreue wurden allerdings weiterhin mit sofortiger Entlassung geahndet, und der also Gekündigte hatte dann auch keine Aussicht, bei einer anderen Eilenburger Kattundruckerei angenommen zu werden. Da aber die Beaufsichtigung der Fabrikordnung in erster Linie in den Händen des paritätischen Fabrikausschusses lag, war damit auch ein Riegel gegen unberechtigte Kündigungen vorgeschoben. Erwähnenswert für diesen neuen Geist ist vielleicht ferner, daß die Festsetzung der Arbeitszeit bei den Maschinendruckern einer freien und tarifähnlichen Vereinbarung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern unterlag.

Über die praktischen Auswirkungen und die weitere Entwicklung der Eilenburger Fabrikausschüsse ist nichts weiter überliefert²⁰. Es ist jedoch anzunehmen, daß das „Eilenburger Abkommen“ vom März 1850 bis zum Tode *Carl Degenkolbs* und *Jacob Bodemers jr.* im Jahre 1862, wenn nicht gar bis zum Verschwinden oder der Umwandlung der einzelnen Mitgliedsfirmen in Kraft geblieben ist. Ganz unbekannt ist aber das Eilenburger Experiment in

²⁰ Ruhmer, der die Geschäftsberichte der Firma, die betreffenden Jahrgänge des Eilenburger Wochenblattes und das Stadtarchiv daraufhin durchgesehen hat, konnte darüber nichts weiter in Erfahrung bringen.

der Gestaltung der betrieblichen Beziehungen nicht geblieben, da schon am 12. Oktober 1850 *Degenkolbs* langjähriger Fraktionskollege *Adolf Wilhelm Lette* aus Berlin in dem Jahresbericht des von ihm geleiteten „Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ auf diese Betriebsvertretung hinwies.

Wie man auch über die Frage denken möge, sagte *Lette*, „ob es zulässig und ratsam sei, den Arbeitgebern und Fabrikhabern eine so weitgehende Fürsorge für kranke und invalide Arbeiter gesetzlich zur Pflicht zu machen, als dies in Eilenburg durch das freie Zugeständnis und die Autonomie der Fabrikbesitzer . . . geschehen ist, so gebührt doch gewiß unsere volle Anerkennung der Gesinnung, die dem Statut zugrunde liegt und meines Erachtens auch allen zu dessen Ausführung ergriffenen Maßregeln“²¹. *Lette* lobte die in den Fabrikausschüssen und Fabrikräten zum Ausdruck kommende „Mitbestimmung“ der Arbeiter als eine auf den Ideen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit beruhende Einrichtung. Durch sie werde nicht nur die äußere Lage der Arbeiter wesentlich verbessert, sondern auch „ihr sittliches Gefühl und Rechtsbewußtsein gehoben, in dem kein Mittel geeigneter und sicherer ist, um unter den Arbeitern selbst die Elemente des Rechtes, der Ehre und guten Sitte zur Anerkennung zu bringen, die Achtung vor dem Gesetz und der gesellschaftlichen Ordnung zu beleben, als die Übertragung einer Mitaufsicht über den sie zunächst berührenden Kreis dieser gesellschaftlichen Ordnung und eine Teilnahme an der Entscheidung der in diesen Kreis gehörenden Streitigkeiten und Übertretungen durch aus ihrer Mitte gewählte Richter.“ Solche Einrichtungen, meinte der Sozialpolitiker *Lette*, hätten sich noch überall bewährt, „auf anderen Lebensgebieten waren sie in der Vorzeit den Sitten und Institutionen des deutschen Volkes nirgends fremd.“ *Lette* wies damit wie auch schon *Degenkolb* vor ihm darauf hin, daß diese Eilenburger Fabrikausschüsse, diese ersten demokratischen Vertretungsorgane der Arbeitnehmer in einem industriellen Betrieb, im Grunde nur an ähnliche genossenschaftliche Einrichtungen der vorindustriellen Zeit anknüpften.

Ein Musterbeispiel, wie aus dem Vorstand einer betrieblichen Unterstützungskasse ein Arbeiterausschuß mit gewissen Mitbestimmungsrechten werden konnte, bietet auch die Entwicklung bei der *Mechanischen Weberei David Peters & Co.* in Neviges-Elberfeld²². Da die Firmeninhaber selbst über die

²¹ Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, Jg. 1850.

²² Zur Geschichte der Firma David Peters & Co. vgl.: Die Entwicklung der Elberfelder Firma D. Peters & Co. in ihrer fünfzigjährigen Fabrikthätigkeit zu Neviges. Den Festgästen zum 28. Mai 1883 gewidmet, o. O. o. J. – Nachrufe für David Peters (den Älteren) in der Zeitschrift des bergischen Geschichtsvereins Jg. 10, S. 264 und für David Peters (den Jüngeren) ebd. Jg. 27 (1891), S. 8 (Anhang). – Festschrift zum Jubiläum der Firma D. Peters & Co., GmbH., Elberfeld 1808, Neviges 1833, Berlin 1886. Zum 28. Mai 1908 den Festgästen gewidmet. – Lomberg, Bergische Männer aaO, S. 305 ff. und Wolfgang Köllmann, Sozialgeschichte der Stadt Barmen. (Manuskript) S. 267 ff.

Entstehung und Wirkung ihrer Betriebsvertretung ausführlich berichtet haben, soll hier ebenfalls, im Gegensatz zu den späteren Gründungen dieser Art, ausführlicher darauf eingegangen werden.

Der Firmengründer *David Peters der Ältere* (1808–1874) stammte ebenso wie der berühmte Gründer der Krefelder Seidenindustrie *Peter von der Leyen* aus einer holländischen Mennonitenfamilie, die durch Vertreibung im 17. Jahrhundert nach Krefeld, später dann in das Tal der Wupper gelangte. *David Peters*, der bereits in Elberfeld geboren wurde, erhielt seine kaufmännische Ausbildung bei der hier schon mehrfach erwähnten Firma *Ernst Merck* in Hamburg und übernahm 1838 zusammen mit seinem Schwager *Gustav Lucas* das 1808 eröffnete väterliche Handlungsgeschäft, das die Wuppertaler Webereien und Türkischrot-Färbereien mit englischen Baumwollgarnen versorgte. 1833 wurde in dem in der benachbarten Herrschaft Hardenberg gelegenen Ort Neviges eine Spinnerei gekauft, um die aus England bisher bezogene Baumwolle selbst herzustellen. Die Firma *André Köchlin* aus Mühlhausen im Elsaß lieferte die neuesten Selfaktor-Spinnmaschinen, so daß Neviges bald den Ruf eines modernen Musterbetriebes erhielt. Zu Beginn der fünfziger Jahre kam dann noch eine Zwirnerei, die Herstellung von Stickgarn und 1858 eine Fixbleicherei dazu. 1859 brannte die Spinnerei in Neviges, die etwa 150 Arbeiter beschäftigte, gänzlich ab. Obwohl sie dann innerhalb von zwei Monaten wieder aufgebaut wurde, gab *Peters* sie doch bald auf, da sie sich mehr und mehr als unrentabel zeigte. Stattdessen wurde in Neviges eine „Mechanische Weberei“ nach englischem Muster eingerichtet, die im Sommer 1860 die Produktion von Westen-, halbwollenen Konfektions- und Futterstoffen aufnahm.

Um diese Zeit wurde die erste betriebliche Unterstützungskasse gegründet, aus der sich dann eine Betriebsvertretung entwickeln sollte. In einer 1866 veröffentlichten Denkschrift an die Düsseldorfer Regierung berichtete *David Peters der Ältere* darüber selbst²³: „Der Arbeitervorstand trat ins Leben am 24. September 1861 als Organ der von den Arbeitern unter Mitwirkung der Firma gegründeten ‚Unterstützungskasse für die vereinigten Arbeiter bei David Peters‘. Der Arbeitervorstand bestand aus dem Vorsitzenden und fünf Mitgliedern. Vorsitzender war der Vertreter der Firma, die fünf Vorstandsmitglieder waren Arbeiter der Fabrik, drei derselben wurden von den Arbeitern gewählt, die zwei anderen vom Vorsitzenden ernannt. Stark ein Jahr nach seinem Bestehen, im Dezember 1862, gründete dieser Vorstand eine eigene Sparkasse, an der die Beteiligung zunächst nur freiwillig war; durch

²³ Die Denkschrift wurde am 22. April 1866 verfaßt und am 26. Juni des gleichen Jahres im Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Düsseldorf (Nr. 37), S. 270 abgedruckt. Vgl. Sering, *Arbeitervorstände in der deutschen Industrie* aaO, S. 70, und Gemeinwohl. Zeitschrift des Bergischen Vereins für Gemeinwohl, Elberfeld Jg. 1888, H. 1, S. 20.

Vorstandsbeschuß vom 1. März 1865 wurde der Sparzwang eingeführt und anstandslos angenommen. Diese Tatsache kann als Beweis dienen, welchen Einfluß der Arbeitervorstand sich in kurzer Frist bei den Arbeitern erworben hatte. In gleicher Weise war dem Vorstand seitens der Firma schon damals willig ein nicht unbedeutender Einfluß eingeräumt worden. Der Vorstand hat außer der Aufsicht über die inneren Angelegenheiten der Spar- und Krankenkasse noch die Regelung und nötig werdende Veränderung der Stücklöhne sowie des Fabrikgesetzes (Hausordnung) vorzunehmen. Seine in letzteren Beziehungen gefaßten Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der Firma, doch ist bis jetzt noch nicht der Fall vorgekommen, daß diese Genehmigung einem Vorstandsbeschlusse hat versagt werden müssen.“

Aus der Schilderung des Textilunternehmers geht deutlich hervor, daß es sich in den ersten Jahren um einen der üblichen Fabrikkrankenkassenvorstände gehandelt hat, dessen Verwaltungs- und Kontrollbefugnisse nicht einmal sonderlich groß waren. Erst mit zunehmendem Einfluß unter der 400-köpfigen Belegschaft wurden die Vollmachten des Arbeitervorstandes seitens der Geschäftsleitung auch auf die Lohnfestsetzung und die Überwachung der Fabrikordnung ausgedehnt. Am 11. Mai 1864 bestätigte die Düsseldorfer Regierung die Statuten für die Kranken- und Sparkasse, die heute nicht mehr erhalten sind. An ihre Stelle trat am 28. März 1886 ein revidiertes Statut. Zu diesem Zeitpunkt war die Fabrikkrankenkasse gemäß dem inzwischen in Kraft getretenen Reichsversicherungs-gesetz als selbständige Einrichtung ausgeschieden, und der Arbeitervorstand hatte zur Unterscheidung von der Verwaltung der Krankenkasse den Namen „Ältestenrat“ angenommen. Er verwaltete die neben der Betriebskrankenkasse noch weiterhin bestehenden zahlreichen Sozialeinrichtungen²⁴, die nach Angaben der Firma „in der bisherigen Weise“ fortgeführt wurden. Aus den nachfolgenden Paragraphen geht hervor, wie sich die Befugnisse der Betriebsvertretung von 1864 bis 1886 bereits ausgedehnt hatten²⁵:

²⁴ Folgende „Wohlfahrtseinrichtungen“ bestanden bei der Firma David Peters & Co.: 1. Die 1861 gegründete „Unterstützungskasse für die vereinigten Arbeiter bei David Peters“, die nach dem Ausscheiden der Betriebskrankenkasse für die Fälle weiter bestand, wo die gesetzliche Unterstützung der Krankenkasse nicht ausreichte. Ab 1883 bildete sie also eine zweite zusätzliche Krankenkasse. 2. Eine Sparkasse (1862). 3. Eine Hilfskasse für die Angehörigen der im Felde stehenden Arbeiter (1866). 4. Eine Invalidenkasse (1868). 5. Eine Prämienkasse für Hauserwerb. 6. Eine Kleinsiedlung für Werksangehörige. 7. Die Stiftung „Wohlfahrt“ mit Fröbel-Kinder-garten, Handarbeitsschule, Schülerwerkstatt, Lehrküche, Volksbücherei, Festsaal, Sportplatz usw. (1883). Vgl. Programmrede von D. Peters. In: Elberfelder Zeitung vom 20. 2. 1887 und Stiftungsurkunde der „Wohlfahrt“, ebd. v. 28. 5. 1883.

²⁵ Abdruck des revidierten Statutes bei Sering, *Die Arbeitervorstände in der deutschen Industrie* aaO, S. 74 ff. Vgl. ferner David Peters, *Wohlfahrtseinrichtungen im Bergischen*. Der Ältestenrat und die sonstige Arbeitervertretung in der Fabrik von D. Peters & Co. in Neviges. In: Gemeinwohl. Jg. 1888, H. 1 S. 20. – Festschrift zum Jubiläum der Firma D. Peters & Co. 1908 aaO, S. 15 und 30. – Jetzt

„Art. 4. Der Generalversammlung liegt ob:

- a) Entgegennahme der Jahresrechnung,
- b) Wahlen für den Ältestenrat,
- c) Beschlußfassung über Änderung der Statuten,
- d) Beschlußfassung über solche Anträge, welche die Firma oder der Ältestenrat mit Übereinstimmung der Firma der Generalversammlung unterbreiten.

Art. 5. Der Ältestenrat besteht aus einem Teilhaber der Firma als Vorsitzenden ohne Stimmrecht und aus acht Mitgliedern, welche zur Hälfte aus der Generalversammlung erwählt, zur Hälfte von der Firma ernannt werden, wozu ein zu wählendes und ein zu ernennendes Mitglied der Abteilung 9 (Angestellte und Arbeiter des Geschäftes in Elberfeld) angehören muß. Nur männliche Mitglieder, welche mindestens 30 Jahre alt und 10 Jahre in einem Betriebe der Firma beschäftigt sind, können das Amt eines Ältestenrates bekleiden...

Art. 8. Dem Ältestenrat liegt die Besorgung aller Vereinsangelegenheiten ob, welche nicht in den vorigen Artikeln der Generalversammlung vorbehalten sind, insbesondere hat er außer Prüfung der vom Kassensführer zu legenden Kas senrechnung folgende Aufgaben:

- a) Fürsorge für Mitglieder oder deren Familien in allen Fällen von Not und Unglück (sofern Krankheit die Ursache der Not ist, nach Anhörung des Krankenkassenvorstandes),
- b) Beaufsichtigung der jüngeren Arbeiter bezüglich der sittlichen Führung,
- c) Anregung derselben, sich in Freistunden weiterzubilden,
- d) Bekämpfung von Rohheit und Trunksucht,
- e) Sorge für die treue Beobachtung der Fabrikordnung,
- f) Mithilfe, die Veruntreuung und Vergeudung von Rohstoffen zu verhindern. Der Ältestenrat kann in Verfolg der vorstehenden Aufgaben Verwarnungen aussprechen und hat bei Nichtbefolgung derselben den Arbeitgebern zur Veranlassung der weiteren Mitteilung zu machen.

Art. 9. In der Stellung als „Vertrauensmänner von Arbeitern und Arbeitgebern“ haben die Mitglieder des Ältestenrates ferner gemeinsam mit den Teilhabern der Firma Rat zu pflegen über:

- a) Feststellung und Änderung der Fabrikordnung,
- b) Änderung in den Stücklöhnen,
- c) Beschränkung oder Ausdehnung der Arbeitszeit,
- d) Maßregeln zur Beseitigung von Gefahren und Erhöhung qualitativer wie quantitativer Leistungen...

Bei einer Analyse des revidierten Statutes aus dem Jahre 1886 läßt sich feststellen, daß der so arbeitende Ältestenrat im ganzen gesehen noch einen Kompromiß darstellte und etwa in der Mitte zwischen einem Fabrikkrankenkassenvorstand und einer Betriebsvertretung stand. Die Firma sah in dem Ältestenrat noch weitgehend ein Organ zur Disziplinierung der Belegschaft, zur Produktionssteigerung und zur Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen (vgl. Art. 8). Auf der anderen Seite wurde aber doch schon in der sozial-

bequemer zugänglich in: Sozialarchiv. Dokumente sozialwirtschaftlicher Betriebsgestaltung, Gruppe 2 (Betriebsordnung), Beiträge 2 D a 1 und 2 D a 2.

politischen Zielsetzung von einer Betriebsgemeinschaft ausgegangen, und die Ausschußmitglieder wurden als Vertrauensmänner von Arbeitern und Arbeitgebern betrachtet. Gerade dieser Passus war es, der diesen Ältestenrat aus den vielen Werkskassenvorständen heraus hob. Wie Peters mitgeteilt hatte, wurde die Betriebsvertretung schon 1866 bei der Lohnfestsetzung und der Änderung der Betriebsordnung herangezogen. Das Mitwirkungsrecht bei der Arbeitszeitregelung, der Unfallverhütung, der Produktionssteigerung usw. ist anscheinend erst später dazugekommen.

In einem zweiten Promemoria an die Düsseldorfer Regierung berichtete die Firma am 12. Februar 1868: „Das, was unser Vorstand in dem sechsjährigen Bestehen in den verschiedenen Kassen zuwege gebracht hat, ließ sich in Zahlen vorführen. Die andere Seite des Wirkens, der wohlthätige Einfluß auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, entzieht sich dieser Kontrolle, doch kann ich in dieser Beziehung die Überzeugung aussprechen, daß ein Schritt weiter auf dem Wege zur Lösung der sozialen Frage getan ist, wenn die Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber ein Organ haben, welches ihre Interessen vertritt und mit dem der Arbeitgeber bei vorkommenden Fällen sich benehmen oder verständigen kann.“²⁶ Diese Motivierung macht ganz deutlich, daß schon in den sechziger Jahren der Arbeitervorstand (wie er damals noch hieß) als eine Betriebsvertretung aufgefaßt wurde.

Peters Denkschriften und Veröffentlichungen über den Ältestenrat fanden „in verschiedensten industriellen Kreisen Verbreitung“ und wurden auf das lebhafteste diskutiert.²⁷ Allgemein wurde dieser sozialpolitische Versuch gutgeheißen und auch die Ernennung der Hälfte der Betriebsvertretung durch die Firma als vorsorgliche Sicherheitsmaßnahme mit den Worten verteidigt: „Um dem Arbeitervorstand die vermittelnde Kraft zu sichern, halten wir es für richtig und wichtig, daß wie durch das besondere Vertrauen der Arbeiter die eine Hälfte, so durch das Vertrauen der Arbeitgeber die andere Hälfte der Vertreter berufen wird, besonders erscheint dies nötig, wenn, wie bei uns, dem Arbeitervorstand Befugnisse übertragen werden, welche sonst dem Arbeitgeber zukommen...“²⁸ Gerade dieser Punkt war es aber, der den Sozialdemokraten Max Schippel zu der ironischen Bemerkung in der „Neuen Zeit“ veranlaßte: „Die vielerwähnte Firma D. Peters in Neviges-Elberfeld ernennt bescheidenweise die Hälfte der Mitglieder des Ältestenrates, stellt auch noch den Vorsitzenden und läßt dann großmütig die absolute Majorität, bei Stim-

²⁶ Sering, Arbeiterausschüsse in der deutschen Industrie aaO, S. 70.

²⁷ Außer den hier bereits mehrfach zitierten Autoren Sering und Post schrieben noch über den Nevigeser Ältestenrat: A. Lammers, Die Arbeitervertretung in Fabriken. I. Die Fabrik von D. Peters & Co. in Neviges bei Elberfeld. In: Der Arbeiterfreund, Jg. 22 (1884) Nr. 3, S. 319 ff., und Heinrich Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 3.

²⁸ Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäftsangehörigen aaO, Bd. 2, S. 6.

mengleichheit den Vorsitzenden entscheiden.“²⁹ Schippel hatte damit tatsächlich auf den größten Nachteil dieser ersten Konstruktion einer Betriebsvertretung aufmerksam gemacht. Viele andere Betriebskrankenkassenvorstände waren schon früher aus vollkommen freien Belegschaftswahlen hervorgegangen und hatten damit eine mehr demokratische Arbeiterselbstverwaltung gehabt. Aber dafür hatte außer *Degenkolb* noch niemals zuvor ein industrieller Unternehmer einer Arbeitervertretung freiwillig das Recht verliehen, an Lohn und Arbeitszeitangelegenheiten mitzuwirken. *Peters* stand erst am Beginn einer Entwicklung, die er selbst vollziehen half, während *Schippels* Kritik erst aus den neunziger Jahren stammte, als man schon einige Erfahrungen auf diesem Gebiet hatte sammeln können. *Schippel* ging es auch nicht um diesen einen Nachteil, sondern um eine Verurteilung der Institution als solche, die seiner Meinung nach nur „Liebesdienste für das Kapital“ verrichtete und einer „Verkümmern des Selbstgefühls“ und einer „moralischen Prostitution“ der Arbeiterschaft billigen Vorschub leistete³⁰.

Es war aber nicht die scharf ablehnende Stellungnahme der Sozialdemokratie, durch die der *Peterssche* Ältestenrat erst in das Kreuzfeuer der öffentlichen Meinung geriet. Dafür hatten die Firmeninhaber schon vorher selbst gesorgt. *David Peters der Ältere* gehörte nämlich dem Elberfelder Gemeinderat an und hatte dort beim Maiaufstand 1849, als ein revolutionärer, aus Arbeitern und Handwerkern gebildeter „Sicherheitsausschuß“ die Verwaltung der Stadt an sich riß, erstmals die gefährdende Macht des Proletariats kennengelernt³¹. Als einer der wenigen Honoratioren hatte er den Mut, mit dem Revolutionsrat zu verhandeln, der eine Umgestaltung der städtischen Behörden und vor allem eine Verbesserung des städtischen Armenwesens erreichte, die Anfang der fünfziger Jahre wirksam wurde. Zusammen mit *Daniel von der Heydt*, einem Bruder des preußischen Ministers *August von der Heydt*, und einem gewissen *Gustav Schlieper* führte *David Peters* das Elberfelder System der Armenpflege ein, das u. a. durch eine ausgedehnte Selbstverwaltung des „Pflegerdienstes“ gekennzeichnet war, wie wir schon an anderer Stelle berichteten. *Peters*, der starke religiöse Ambitionen hatte und sich in theologischen Streitschriften als Anhänger des Urchristentums zeigte³², hat anscheinend aus vorwiegend religiösen Impulsen heraus den Anstoß für die

²⁹ Max Schippel, Arbeiterausschüsse. In: Die Neue Zeit, Jg. 9, Bd. 1, Stuttgart 1891, S. 129.

³⁰ Ebd., S. 133.

³¹ Die Unruhen in Elberfeld im Mai 1849. In: Täglicher Anzeiger für Berg und Mark. Elberfeld, Jg. 1890, zitiert nach Lomberg, Bergische Männer aaO, S. 309.

³² In *David Peters* Nachlaß fanden sich vier theologische Bekenntnisschriften aus den Jahren 1852–1859, in denen er kritisch auf theologische Streitfragen seiner Zeit einging. So verwarf er die Glaubenssätze des Apostels Paulus und der ökumenischen Konzilien und ging auf das Urchristentum zurück. Vgl. *David Peters*, Die Lehre Jesu und die jetzige christliche Kirche, Elberfeld 1915.

Gründung der betrieblichen Unterstützungskasse 1861 und die Errichtung einer weitgehenden Arbeiterselbstverwaltung, die ihm aus dem städtischen Armenwesen vertraut war, gegeben. Sein gleichnamiger Sohn *David Peters der Jüngere* (1837–1891), der nach dem Tode des Schwagers *Lucas* 1853 in die Firma eintrat, setzte das sozialpolitische Werk seines Vaters fort, freilich unter anderen Erwägungen. Er hatte zunächst u. a. als einfacher Weber in Bradford in England gearbeitet und in der englischen Textilfirma *Saltaire* in Yorkshire zahlreiche betriebliche Sozialeinrichtungen kennengelernt. Der Ausbau der Kranken- und Sparkasse, der Hilfs- und Invalidenfonds, die Gründung einer „Prämienkasse für Hauserwerb“ (einer Art Bausparkasse), die Errichtung einer Werkssiedlung sowie einer Stiftung „Wohlfahrt“, eines Hauses mit einem Kindergarten, einer Handarbeitsschule, einer Schülerwerkstatt, einer Lehrküche und Volksbücherei, sind vorwiegend sein Verdienst gewesen. Er gründete auch für seine Arbeiter Lese-, Gesang- und Musikvereine, baute einen Festsaal und Sportplätze, wirkte im Rahmen seiner Tätigkeit als Gemeindevertreter beim Bau und der Finanzierung eines städtischen Krankenhauses, einer Gasanstalt und der Gründung eines öffentlichen Kredit- und Bauvereins mit und versuchte schließlich über den von ihm mitgeleiteten „Bergischen Verein für Gemeinwohl“ die in seiner Fabrik eingeführten Sozialeinrichtungen in weitere Kreise zu tragen und allgemein populär zu machen³³.

Bei den Septennatswahlen 1887 wurde *David Peters der Jüngere*, dessen betriebliche Sozialpolitik großes Aufsehen erregt hatte, von den Nationalliberalen und Freikonservativen als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Elberfeld-Barmen aufgestellt. Ein Wahlaufuf zählte alle seine Sozialeinrichtungen auf und wies am Schluß darauf hin, daß die Arbeiter bei allen Einrichtungen der Fabrik „mitzubestimmen und mitzubeschließen“ hätten³⁴.

Aber *Peters* Gegner, vor allem die Sozialdemokraten und das Zentrum, machten ihn als „Suppen-Peter“ lächerlich und warfen ihm vor, er habe ein Kochbuch herausgegeben, wonach eine 4-köpfige Arbeiterfamilie von 2,81 Mk. eine ganze Woche gespeist werden könne. In Wirklichkeit hatte *Peters* nur eine vom katholischen Industriellenverband „Arbeiterwohl“ in M.-Gladbach herausgegebene Schrift „Das häusliche Glück“ mitverbreitet, in der auch u. a. eine Zusammenstellung billiger Mittagsrezepte enthalten war. Wegen dieser Kochrezepte, die gar nicht von ihm stammten, gab es viel Aufregung, und die Wahl ging deswegen auch für ihn verloren. Von seinem eigentlichen Verdienst, der Schaffung einer Betriebsvertretung, war kaum die Rede gewesen.

³³ Lomberg, Bergische Männer aaO, S. 360.

³⁴ Stadtarchiv Wuppertal T II, zitiert nach Köllmann: Sozialgeschichte der Stadt Barmen (Manuskript), S. 267.

2. Die sozial-liberalen Ausschüsse

Nach der Gründung des Bismarck-Reiches nahm die Zahl der Arbeiterausschüsse mit dem industriellen Aufschwung sprunghaft zu. Die meist als private Unternehmerschöpfungen entstehenden Betriebsvertretungen, die sich frei von jeder behördlichen Lenkung entwickelten, waren in der Zusammensetzung, in ihrem Wirkungskreis wie auch in ihrer gesellschaftspolitischen Zielsetzung so verschieden, daß es heute einigermaßen schwierig erscheint, sie der besseren Übersicht wegen unter irgend einem Ordnungssystem zu betrachten. Bei der Vielfalt dieser sozialen Institutionen muß im Grunde auch jede Schematisierung und Typenbildung unzulänglich bleiben. Wenn hier dennoch versucht werden soll, die Entwicklung der Arbeiterausschüsse zu gruppieren, sie nach ihren Aufgaben, Rechten und Pflichten einzuteilen und zugleich die verschiedenen Unternehmerrmotive bei der Gründung anzudeuten, so ist daran zu denken, daß es bei diesen Betriebsvertretungsformen viele Zwischenstufen und Variationen gab und daher manche Ausschüsse sowohl zu der einen wie zur anderen Gruppe gerechnet werden können, je nachdem, welche Merkmale betont werden. Bei der folgenden losen Typologie ist ferner darauf hinzuweisen, daß die hier zitierten Beispiele stellvertretend für eine ganze Reihe ähnlicher Ausschüsse stehen, die nicht durch die Enquêtes erfaßt wurden. Wenn es auch, wie besonders die Berichte der Fabrikinspektoren noch zeigen werden, weit mehr freiwillig eingerichtete Betriebsvertretungen gegeben hat als hier erwähnt werden, so dürften doch die hier behandelten Beispiele genügen, die besonders typischen Formen der ersten Arbeiterausschüsse zu erkennen.

Die Arbeiterausschüsse der sozial-liberalen Richtung, wie sie hier genannt werden soll, waren besonders durch zwei Punkte charakterisiert: Sie entstanden fast durchweg aus den Vorständen von Fabrikkrankenkassen oder ähnlichen betrieblichen Unterstützungseinrichtungen und verkörperten in ihrer Zielsetzung ein gewisses Nützlichkeitsprinzip für die Unternehmerrseite. Dabei lagen aber die Mitwirkungsrechte dieser Arbeiterausschüsse zumeist auf Gebieten, die das Interesse des Arbeiters weitgehend in Anspruch nahmen: Arbeitszeit, Lohn und Fabrikordnung. Eine grundsätzliche Interessenhomogenität im Sinne der früheren Handwerkerfassung wurde von dieser Unternehmerrgruppe nicht mehr angenommen. Die Überwindung der Ungleichheit zwischen Arbeit und Kapital war zu einer mehr formalen Rechtsfrage geworden. Die Arbeitgeber dieser Richtung hatten durchaus die Divergenz zwischen der formellen, auf dem Papier stehenden Rechtsgleichheit beim liberalen Arbeitsvertrag und der tatsächlich bestehenden Abhängigkeit als Ursache der Spannungen im Betrieb erkannt. Die von der sozial-liberalen Unternehmerrgruppe geschaffenen Arbeiterausschüsse sollten ein Mittel zur Milderung dieser Spannungen sein. Fest auf dem Boden der bestehenden

Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stehend erblickte sie ihre Pflicht darin, die offensichtlichen Mängel des wirtschaftlichen Liberalismus auf sozialem Gebiet abzuschwächen.

Das alles hatte nur noch wenig mit der patriarchalischen Fürsorge und christlicher Verantwortlichkeit für den Arbeiter zu tun, die bei der Errichtung der gewerblichen Unterstützungskassen im Vormärz einen so wesentlichen Antrieb gebildet hatten. Wenn auch bei diesen Unternehmern die religiöse und patriarchalische Tradition hier und da noch formal weiterlebte, so entsprach das nicht mehr der wirklichen Lebenshaltung. Für viele waren die Arbeiterausschüsse ein willkommenes Mittel, die immer stärker werdenden Klassenkampfbestrebungen der Sozialdemokratie abzuwehren. Gerade diese Unternehmer empfanden die fortschreitende Distanzierung zwischen ihnen und der Belegschaft, die hauptsächlich mit dem Wandel der Betriebsstruktur zusammenhing: An die Stelle der beinahe noch handwerklich anmutenden „industriellen Etablissements“ aus der frühindustriellen Periode waren in der „Gründerzeit“ die weiträumigen Werkshallen getreten, in denen hunderte von Arbeitsgängen vom Eingang des Rohproduktes bis zum Versand stattfanden. Das Kontor mit seiner Angestelltenschicht hatte sich bereits zwischen den Unternehmer und seine ausführende Arbeiterschaft geschoben. Die Bürokratisierung der Betriebe entlastete den Unternehmer von vielen kleinen Organisations- und Verwaltungsaufgaben – entfremdete ihn aber zugleich auch von seiner Belegschaft. Die Sorge vor Wirtschaftskrisen und Konkurrenz von früher nicht gekannter Härte, die Abhängigkeit von Mode, Saison und Exportgeschäften beanspruchten die ganze Arbeitskraft des Firmenleiters und machten eine patriarchalische Sozialfürsorge alten Stils und einen engen persönlichen Kontakt immer schwieriger. Der Unternehmer war froh, in dem Arbeiterausschuß ein geeignetes Organ zu haben, das ihm die Regelung der Sozialangelegenheiten weitgehend abnahm und mit dem er sich bei vorkommenden Anlässen über andere Betriebsdinge schnell verständigen konnte. Weitergehende sozialethische oder gesellschaftspolitische Vorstellungen wurden von dieser Unternehmerrichtung nicht mit den Arbeiterausschüssen verbunden.

Zu den sozial-liberalen Unternehmern, die gleich nach der Reichsgründung einen Arbeiterausschuß ins Leben riefen, gehörte der Porzellanfabrikant *Lorenz Hutschenreuther*. 1856 war er nach Meinungsverschiedenheiten mit seinen „Associés“ aus der im oberfränkischen Marktflecken Hohenberg gelegenen väterlichen Porzellanfabrik ausgeschieden und hatte in dem nicht weit davon gelegenen Ort Selb bei Hof ein eigenes Unternehmen aufgemacht. Selb war im Frühjahr 1856 gerade durch eine Feuersbrunst eingeäschert und die bis dahin vorherrschende Heimweberei völlig vernichtet worden, da auch alle Webstühle verbrannt waren. Durch die Gründung einer Porzellanmanufaktur wurden für die arme Bevölkerung des Fichtelgebirgsortes nicht nur neue

Erwerbsmöglichkeiten geschaffen, sondern Lorenz Hutschenreuther gewann auch zugleich die nötigen Arbeitskräfte. Als am 11. Februar 1857 der „Porcellanfabrik-Mitbesitzer“ Hutschenreuther an die Kgl. Regierung in Oberfranken die Bitte richtete, ihm die Konzession zur Errichtung der Fabrik zu geben, wurde diese ihm unter verschiedenen Vorbehalten erteilt. Unter anderem, so hieß es, müsse er eine Arbeiterhilfe- und Unterstützungskasse im Betrieb errichten¹. Diese Auflage ging, wie wir schon früher berichteten, auf König Maximilian II. von Bayern zurück, der nach einem Besuch der *Augsburger Kammgarnspinnerei* im Jahre 1851 verfügt hatte, daß die Konzessionierung von Aktiengesellschaften von der Errichtung betrieblicher Unterstützungskassen abhängig gemacht werden sollte. Als Hutschenreuther sich mit dieser und anderen Auflagen einverstanden erklärte, erhielt er am 10. 8. 1857 die königliche Genehmigung zur Errichtung einer Porzellanmanufaktur.

Im Jahre 1872 rief er dann einen „Lokalverein“ ins Leben, der von ihm selbst und acht Ausschußmitgliedern geleitet wurde². Fünf von den Mitgliedern wurden durch die Belegschaft gewählt und drei von der Geschäftsleitung ernannt. Die Rechte dieser Betriebsvertretung waren aber sehr eng umgrenzt: Sie wachte über die Innehaltung der Fabrikordnung, konnte selbst Geldstrafen bei Übertretungen verhängen und Beschwerden der Arbeiter wie des Prinzipals im Wege des Schiedsverfahrens erledigen. Dabei entschied die Betriebsvertretung endgültig bei Beschwerden über Mitarbeiter und Vorgesetzte, doch konnte von den streitenden Parteien Berufung eingelegt werden, was dann einen „Sühneversuch“ zur Folge hatte. Erst wenn hierdurch keine Einigung erzielt wurde, mußte auf Antrag des Lokalvereins ein Schiedsgericht angerufen werden, zu dem jeder der streitenden Teile zwei „Experten“ ernannte. Der Lokalverein führte ferner die alleinige Verwaltung über die Invalidenkasse³, dessen Vorstand anscheinend der Vorgänger der Betriebsvertretung gewesen ist.

Einen besonderen Anteil an der Verbreitung der Arbeiterausschüsse nahm der Generaldirektor der „*Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft*“ in Dessau, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Wilhelm Oechelhäuser⁴. Er muß

¹ Hundert Jahre Porzellan Hutschenreuther Selb. Hrsg. von der Lorenz Hutschenreuther AG Selb/Oberfranken 1957, S. 11.

² Schreiben des Fabrikanten L. Hutschenreuther an den Verein für Sozialpolitik am 11. 7. 1890 und Statuten des Lokalvereins für die Porzellanmanufaktur zu Selb 1872. In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 103 ff. – Die Firma besitzt heute nach ihrer Mitteilung keine Unterlagen mehr über diese erste Betriebsvertretung, so daß nicht festzustellen ist, ob der Lokalverein aus dem Fabrikkrankenkassenvorstand oder als Neugründung entstanden ist. Nicht erwähnt ist der Lokalverein in: Ergebnisse einer Erhebung über die in Bayerischen Fabriken und in größeren Gewerbebetrieben zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen, hrsg. vom Staatsministerium des Innern, München 1874, S. 54.

³ Vgl. § 6 des Invalidenkassenstatutes von 1872. Ebd., S. 107.

⁴ Über Oechelhäuser vgl. Klebe, Art. „Oechelhäuser“. In: Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog, hrsg. von A. Bettelheim, Bd. 7 (1905), S. 60. – Wil-

als Hauptrepräsentant der sozial-liberalen Unternehmergruppe angesehen werden, die sich für die Errichtung von Betriebsvertretungen einsetzte. Auf recht eigenen und nicht alltäglichen Wegen war Oechelhäuser zu seinen Ideen über eine Mitbestimmung der Arbeiter gekommen.

Er entstammte einer vierzehnköpfigen Familie im Siegerland und arbeitete in seiner Jugend in der väterlichen Papiermühle, bis diese 1848 in Konkurs ging. Durch eine von ihm ausgearbeitete Denkschrift mit dem Titel: „Die wichtigsten Complements des nationalen Transportsystems“ gelang es dem 28jährigen, der sich als stellungsloser Journalist eine Zeitlang durchgeschlagen hatte, im Jahre 1848 eine Anstellung im Reichshandelsministerium in Frankfurt a. M. zu finden, wo er als „Reichsministerialsekretär“ die handelspolitischen Ansichten seines vorgesetzten Ministers Arnold Duckwitz, eines früheren Bremer Großkaufmannes, publizistisch zu vertreten hatte. Weitere sozialpolitische und nationalökonomische Kenntnisse konnte sich der Autodidakt Oechelhäuser dann als Mitglied der Interimistischen Bundes-Central-Commission, als Vertrauensmann der preußischen Regierung bei ausländischen Gewerbeausstellungen, als Geschäftsführer des „Vereins der zollvereinsländischen Eisenindustriellen“ in Berlin sowie als Bürgermeister der Stadt Mülheim an der Ruhr aneignen, ehe er 1857 als Nachfolger von Hans Victor v. Unruh, des Mitbegründers der Fortschrittspartei, in den Vorstand der zwei Jahre zuvor gegründeten „*Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft*“ gewählt wurde⁵.

Oechelhäuser, der sich aus bescheidenen Anfängen zum Generaldirektor heraufgearbeitet hatte, besaß auf Grund seiner umfassenden Auslands- und Berufserfahrung eine ausgeprägte selbständige Meinung, die sich gerade in sozialpolitischen Dingen nicht unwesentlich von der Mehrzahl seiner Standes-

helm Mollat, Wilhelm Oechelhäuser. In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 1, Münster 1932, S. 107 ff. – Westfälische Lebensbilder, Sonderreihe Bd. 1 (1932), S. 122 ff. – A. Ludwig, Wilhelm Oechelhäuser. In: Jahrbuch der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft, Bd. 58 (1922). – Zur Firmengeschichte vgl. Die Entwicklung der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft zu Dessau in den ersten 25 Jahren des Bestehens 1855–1880. Dessau 1881. – W. Oechelhäuser, Bericht über den Betrieb der elektrischen Centrale Dessau in den Jahren 1886–1891. (Festschrift für die Versammlung deutscher Städteverwaltungen), Berlin-München 1891. – Die fünfzigjährige Entwicklung der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft (Dessau) 1855 bis 1905 (München 1905). – 100 Jahre Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft Düsseldorf 1855–1955, o. O. 1955.

⁵ Die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft ist im wesentlichen eine Gründung des eigenwilligen früheren Magdeburger Regierungsbaumeisters Hans Victor v. Unruh, der schon 1848 als Präsident der Preußischen Nationalversammlung eine bekannte Persönlichkeit war. Unruh, Sproß einer verarmten Offiziersfamilie, baute die Eisenbahnlinie Potsdam-Magdeburg, ehe ihn ein Streit mit dem preußischen Minister August v. d. Heydt veranlaßte, nach Dessau zu gehen, wo er am 7. 5. 1855 zusammen mit dem Bankdirektor Louis Nulandt in den Vorstand der neuen Gesellschaft gewählt wurde. Ein Jahr später schied Unruh aber schon wieder aus, um die Leitung der Pflugschen Waggonbauanstalt in Berlin zu übernehmen, doch blieb er bis zu seinem Tode 1886 in Dessau Aufsichtsratsvorsitzender.

genossen unterschied. Durch seine enge Freundschaft mit *Johann Heinrich Jacobi*, dem Autor der berühmten Flugschrift „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“, hatte sich in *Oechelhäuser* frühzeitig eine liberale Grundüberzeugung herausgebildet. Aber schon in seinen ersten Veröffentlichungen⁶ äußerte er ein besonderes Interesse für die Arbeiterfrage. Als typischer „liberaler Vertreter der Praxis“ lag es ihm nicht, große systematische Theorien aufzustellen. Dafür war es sein Bestreben, den drängenden sozialen Tagesproblemen mit ebenso handlichen Vorschlägen des gesunden Menschenverstandes und des einfachen sozialen Gewissens entgegenzutreten. Im Mittelpunkt seiner sozialpolitischen Ideen stand die Erhaltung und Festigung des sozialen Friedens in der Industrie auf dem Wege einer gegenseitigen Verständigung und der Verbesserung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Eindringlich appellierte er an die Gewissen der Arbeitgeber: „Die rein menschlichen Forderungen lassen sich mit den geschäftlichen oft, zumeistens weitgehend vereinigen.“⁷ Der Unternehmer müsse manches von seinen Interessen, der Arbeiter manches von seinen Illusionen opfern.

Oechelhäuser erwarb sich zunächst ein Verdienst dadurch, daß er die Arbeiterausschüsse durch seine zahlreichen sozialpolitischen Reden, Schriften und Vereinsgründungen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückte⁸. Die Schaffung einer Betriebsvertretung schien ihm der erste und wichtigste Schritt auf dem Wege zur Lösung der „Arbeiterfrage“, deren Probleme ihm anscheinend durch die Schriften *Friedrich Albert Langes* nahegebracht worden sind⁹. Von unten her müsse man den sozialen Frieden aufbauen, meinte der Dessauer Großindustrielle, und eine allmähliche Lösung in dieser Frage suchen, wie denn auch jeder Fortschritt nur ein allmählicher sei. Seine sozialpolitische Grundeinstellung umriß er in der Einleitung zu seiner „Arbeiterfrage“ 1886 mit den Worten: „Ich stehe voll und ganz auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung. Ich habe also nicht mit neuen gesellschaftlichen Problemen, mit großartigen Reformvorschlägen aufzuwarten ... Auch verspüre ich in meinen alten Tagen keine Neigung, nur für den Papierkorb der Kulturgeschichte zu arbeiten, wie die sozialistischen Projektmacher. Ich beschränke mich auf eine spezielle Frage, die Arbeiterfrage, für die ich Herz und Verständnis besitze, und suche aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Vorschläge zusammen, welche ich auf dem Boden unserer Gesell-

⁶ Wilhelm Oechelhäuser, Das schweizerische Gewerbewesen. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 1851.

⁷ Mollat, Oechelhäuser aaO, S. 115.

⁸ Wilhelm Oechelhäuser, Die Arbeiterfrage, Berlin 1886. – Ders., Die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber, Berlin 1887. – Ders., Über die Durchführung der sozialen Aufgaben im Verein der Anhaltischen Arbeitgeber, Berlin 1888. – Ders., Soziale Tagesfragen. 2. Aufl., Berlin 1889.

⁹ Friedrich Albert Lange, Die Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft, Leipzig 1865.

schaftsordnung und in spezieller Anknüpfung an die Verhältnisse unseres deutschen Vaterlandes für sofort oder in regelrechter Folge durchführbar halte. Die Vorschläge haben den Zweck, die Lage der Arbeiter zu bessern, sie sollen aber auch zugleich mit positiven Waffen einen Gegner bekämpfen, der mit rotem Wimpel am Mast unter der gleichen Flagge segelt.“ Offen gab *Oechelhäuser*, der von 1878 bis 1893 nationalliberaler Reichstagsabgeordneter war, zu, mit den von ihm propagierten Arbeiterausschüssen der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen zu wollen.

Der Dessauer Unternehmer erkannte auch mit als erster die Bedeutung der Presse für die Durchsetzung seiner Ideen und gründete 1888 in Berlin die vierteljährlich erscheinende „Deutsche Arbeiterzeitung“, für die er in der Folgezeit zahlreiche Leitartikel schrieb. Darin erklärte er, „daß die bestgemeinten Wohlfahrtseinrichtungen, überhaupt die oktroyierte Wohltätigkeit allein, die soziale Frage nicht lösen können. Man muß vielmehr bemüht sein, ein menschlich näheres Verhältnis mit den Arbeitern auf moralischer Grundlage zu begründen“. Bei der Konstituierung der Arbeiterausschüsse, so stellte er fest, soll „kein anderer Einfluß als die freie Selbstbestimmung der Arbeiter zugelassen werden“. Auf seine Anregung hin konstituierte sich am 6. Dezember 1887 der „Verein der Anhaltischen Arbeitgeber“ in Dessau, der sich als wichtigstes Ziel die „Bildung von Ältestenkollegien aus freigewählten Vertretern der von einzelnen Arbeitgebern beschäftigten Arbeitnehmer“ setzte¹⁰. Die von *Oechelhäuser* persönlich ausgearbeitete und dann von dem Anhaltischen Arbeitgeberverband weiterempfohlene Mustersatzung für einen Arbeiterausschuß war stark mit zweckhaften Erwägungen und Nützlichkeitsprinzipien, die weiter oben angedeutet wurden, durchsetzt¹¹. Vor allem sollte mit Hilfe der betrieblichen Ältestenkollegien der Sozialdemokratie der Boden für eine weitere Agitation in den Fabriken entzogen werden. Immer wieder wies *Oechelhäuser* in seinen Veröffentlichungen auf diese zwei Funktionen einer Betriebsvertretung hin. „Der Arbeitgeber“, so hieß es, „hat seine Aufmerksamkeit seinen persönlichen Beziehungen zu den Arbeitern und der Befriedigung gerechter Ansprüche derselben, sodann dem Eintreten in den Kampf mit der Sozialdemokratie zu schenken.“¹² Nur auf diese Weise glaubte der Dessauer Industrielle die in der Zeit des Sozialistengesetzes ausgewählten Arbeitermassen wieder auf eine friedliche Bahn zurücklenken zu

¹⁰ Vgl. § 3 Abs. a der Satzungen des Vereins der Anhaltischen Arbeitgeber. In: Oechelhäuser, Über die Durchführung der sozialen Aufgaben ... aaO, S. 59, und Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 158. – Über den Verein vgl. Ernst Rausch, Der Anhaltische Industrieverein 1883–1908, Dessau 1909, und Gerhard Kessler, Die Deutschen Arbeitgeberverbände. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 124, Leipzig 1907, S. 23.

¹¹ Normalsatzung des Ältestenkollegiums des Vereins der Anhaltischen Arbeitgeber. In: Oechelhäuser, Über die Durchführung der sozialen Aufgaben ... aaO, S. 157 und Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 440.

¹² Oechelhäuser, Die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber aaO, S. 13 und 24.

können. Die von *Oechelhäuser* so offen verkündete Kampfansage gegen die Sozialdemokratie trug allerdings wesentlich dazu bei, daß die SPD den ersten Arbeiterausschüssen mit begreiflichem Mißtrauen entgegentrat.

Die von *Oechelhäuser* und dem „Verein Anhaltischer Arbeitgeber“ begründeten Arbeiterausschüsse waren sich in der Grundstruktur alle sehr ähnlich: Überall wurde Gewicht darauf gelegt, besonders die jüngeren Arbeiter in und außerhalb der Fabrik in sittlicher Beziehung zu überwachen. Die Ausschüsse sollten die Fabrikordnung kontrollieren, auf Antrag Gutachten erstatten und die Wohlfahrtseinrichtungen verwalten. Dagegen fehlte bei diesen Anhaltischen Ausschüssen jegliche Schieds- und Richterfunktion in Arbeitsstreitigkeiten. Auffällig war das ängstliche Bemühen, den Ausschüssen nicht gleich zuviel Rechte einzuräumen: „Im Zweifelsfalle verfähre man lieber mit übergroßer Vorsicht; es ist leichter, auf Grund gewonnener Erfahrungen Rechte zu erweitern, als einmal eingeräumte Rechte zurückzunehmen.“ Dem Arbeiter sollten mehr moralische denn rechtliche Einflüsse garantiert werden¹³. Man meinte, man dürfe „die zur unmittelbaren praktischen Durchführung ausersehenen Aufgaben nicht zu weit und zu hoch greifen“. Ein übereilter Schritt sei hundertmal schädlicher als ein verzögertes Fortschreiten¹⁴. *Oechelhäuser* und seine Gesinnungsgenossen unterstrichen hier die Abhängigkeit des Arbeiters trotz aller freiwillig eingeräumten Gleichberechtigung. An ihrem aufrichtigen Willen, durch die Arbeiterausschüsse eine Wandlung der gegenseitigen betrieblichen Beziehungen herbeizuführen, war nicht zu zweifeln. Jedoch betonte man die Abhängigkeit zu scharf und ging in dieser Begründung zu weit. Im Grunde war das doch sehr patriarchalisch gedacht, wenn die geschäftliche Souveränität der Arbeitgeber und die Disziplin im Arbeitsverband einer Fabrik als „unantastbar“ erklärt wurden¹⁵. *Oechelhäuser* glaubte allen Ernstes, eine Scheidung zwischen menschlichen und geschäftlichen Beziehungen im Arbeitsvertrag herbeiführen zu können. Deshalb warnte er auch vor „unfähigen Philanthropen“ auf dem Gebiet der Sozialpolitik und vor einer zu ideellen Auffassung der Arbeiterausschüsse¹⁶. Im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung, so sagte er, müsse dem Arbeitgeber grundsätzlich das Recht zugestanden werden, den Arbeitsvertrag allein nach seinem Gutdünken zu knüpfen und zu lösen. Durch die Arbeiterausschüsse wurden – gewissermaßen als erstes Versuchsstadium – einige moralische Verpflichtungen der Unternehmer für die menschliche Seite des Betriebes übernommen, im Prinzip die vermeintlich alten Rechte aber noch beibehalten. Damit stellte *Oechelhäuser* und sein Verband alles wieder in Frage, was er

¹³ Arbeiterfreund Jg. 27 (1889), S. 463.

¹⁴ *Oechelhäuser*, Über die Durchführung der sozialen Aufgaben ... aaO, S. 17.

¹⁵ *Oechelhäuser*, Soziale Tagesfragen aaO, S. 62 und Ders., Über die Durchführung der sozialen Aufgaben ... aaO, S. 15.

¹⁶ *Oechelhäuser*, Soziale Tagesfragen aaO, S. 7 und Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 462.

zur Aufwärtsentwicklung der Arbeiterausschüsse gefordert hatte. Den verhältnismäßig demokratischen Rechten bei der Errichtung einer Betriebsvertretung setzte er recht begrenzte Mitbestimmungsbefugnisse gegenüber: „... es ist zur Zeit besser, die Befugnisse des Collegiums enger zu greifen, jedoch bei seiner Bildung und Konstituierung keinen anderen Einfluß als die freie Selbstbestimmung der Arbeiter zuzulassen.“¹⁷ Kein Wunder, wenn aus den Kreisen der Arbeiterbewegung Stimmen laut wurden, die seinen Worten keinen Glauben schenkten. Ebenso begreiflich mußte es erscheinen, wenn andere Unternehmer die Arbeiterausschüsse überhaupt als überflüssig bezeichneten, wenn die Arbeitgeber die Arbeitsverhältnisse doch einseitig knüpfen und lösen sollten¹⁸.

Insgesamt 11 Betriebe des Anhaltischen Arbeitgeberverbandes waren es, die bis zum März 1889 nach diesen Anregungen einen Arbeiterausschuß gründeten. Es waren dies die Firmen¹⁹: *Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft* in Dessau, die *Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Actiengesellschaft*, *F. Hallström, Kupfer-, Metall- und Eisenwarenfabrik* in Nienburg an der Saale, die *Brauerei zum Waldschlößchen*, *Actiengesellschaft Dessau*, *Deutsche Solvay-Werke*, *Actiengesellschaft in Bernburg*, *Abtl. Sodafabrikation*²⁰, die *Chemischen Fabriken Vorster & Grüneberg* und *Concordia* in Leopoldshall, die *Zuckerfabrik Cuny & Co. in Bernburg*²¹ und die *Dessauer Zucker-Raffinerie* in Dessau²² sowie der *Bernburger Steinmetzbetrieb O. Merkel* in Bernburg und das *Speditionsgeschäft Ziegler, Uhlmann & Co.* in Wallwitzhafen (an der Elbe) bei Dessau.

Wie in einem Bericht des Vorstandes des Anhaltischen Arbeitgeberverbandes in Dessau bekanntgegeben wurde, waren bis 1889 acht „Ältestenkollagen“ und fünf mit Fabrikkrankenkassen kombinierte Arbeiterausschüsse für

¹⁷ *Oechelhäuser*, Über die Durchführung der sozialen Aufgaben ... aaO, S. 24.

¹⁸ Anonyme Zuschrift eines Unternehmers im Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 451 ff.

¹⁹ Berichterstattung von Mitgliedern des Vereins der Anhaltischen Arbeitgeber über die Durchführung der Vereinssatzungen im Jahre 1888, hrsg. vom Vorstand des Vereins unter dem 29. März 1889. In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 160 ff.

²⁰ Der von Ernest und Alfred Solvay in Belgien gegründete Konzern von Ammoniaksoda-Fabriken rief 1880 in Bernburg eine Tochtergesellschaft unter dem Namen Solvay & Cie. ins Leben. 1883 nahm die erste Sodafabrik die Produktion auf. Später kamen der Salzsäure Plömnitz und die Kaliwerke Solvayhall dazu. Bereits in den ersten zwei Jahren (bis 1885) wurden auf allen diesen Werken zahlreiche Kranken-, Alters-, Pensions- und Hilfskassen eingeführt, die die Grundlage für die Arbeiterausschüsse bildeten. Vgl. 75 Jahre Deutsche Solvay-Werke 1880 bis 1955, hrsg. von der Deutschen Solvay-Werke GmbH, Darmstadt.

²¹ G.(ustav) Wimmer, Denkschrift zur Erinnerung an das 50jährige Bestehen der Anhaltischen Versuchsstation in Bernburg 1882–1932. In: Zeitschrift des Vereins der deutschen Zuckerindustrie, Jg. 82 (1932).

²² Festnummer zur Feier des 25jährigen Bestehens der Dessauer Zuckerraffinerie GmbH Dessau, den Arbeitern gewidmet. In: Mitteilungen für die Arbeiter der Dessauer Zuckerraffinerie GmbH, Jg. 7 (1896), Nr. 4.

zusammen 3200 Arbeiter gegründet worden. Das waren 40 Prozent aller Industriearbeiter und die Mehrzahl aller größeren Unternehmungen in dem von *Herzog Leopold Friedrich* regierten Sachsen-Anhalt. Mehr als die Hälfte der Verbandsmitglieder bestand aus mittleren und kleineren Betrieben, bei denen sich die Errichtung von Betriebsvertretungen nicht lohnte. Im übrigen machte man bei den größeren Betrieben recht gute Erfahrungen mit den neuen Ausschüssen. So berichtete die *Continental-Gas-Gesellschaft*: „Kurz nach der Gründung des Vereins wurde für die hiesigen Unternehmungen der Gesellschaft, die Gasanstalt, die Centralwerkstatt und Elektrische Centralstation, auf Grund der allgemeinen Vereinssatzungen ein gemeinschaftliches Ältestenkollegium gebildet, welches ... aus zwei Arbeitnehmern der Gasanstalt, vier Arbeitnehmern der Centralwerkstatt und einem Arbeitnehmer der Elektrischen Centralstation bestand. Dasselbe hat bisher die ihm gestellten Aufgaben, besonders die Beratung der Hilfskassensatzungen, einer neuen Fabrikordnung, der Arbeiterwohnungsfrage, der Zentralhilfskasse, der Lohnzahlungstermine usw. mit Umsicht und Verständnis erledigt, so daß die an diese Institution geknüpften Erwartungen sich in diesem vorliegenden Fall voll erfüllt haben ... Wie sehr übrigens die Arbeiter die Beschlüsse derartiger, von ihnen selbst gewählter Ausschüsse achten, geht wohl am besten aus dem Umstand hervor, daß bis jetzt auch nicht eine einzige Klage oder Beschwerde über die Vorschläge und Urteile beider Kollegien eingelaufen ist ...“²³

Wilhelm Oechelhäuser hatte bereits 1864 gemeinsam mit seinem Bruder *Philipp Otto* die Firma *Ph. O. Oechelhäuser* in Berlin gegründet, die sich mit dem Bau von Gasanstalten und Wasserwerken beschäftigte. 1870 schloß sich ihnen der Berliner Fabrikant *Emil Blum* an, der Pumpen und Transmissionsriemen herstellte. Das neue Unternehmen *Oechelhäuser & Blum* stand mit der früheren Nagelfabrik *Julius Arendt* in Dessau von Beginn an in enger Geschäftsverbindung, die sich dem Bau von Triebwerksteilen und Heißluftmotoren zugewandt hatte. Der lebhafte Verkehr führte schließlich 1872 zur Fusion unter dem neuen Namen „*Berlin-Anhaltische Maschinenbau Actiengesellschaft*“, die später in der heute noch bestehenden *Pintsch-BAMAG Aktiengesellschaft* aufging²⁴. *Wilhelm Oechelhäuser* gehörte bis zu seinem Tode 1902 der „*Berlin-Anhaltischen*“ als Aufsichtsratsmitglied an, und so ergab es sich fast von selbst, daß auch hier eine Arbeitervertretung eingerichtet wurde. Über das am 21. Februar 1888 im Dessauer Werk, der früheren *Arendtschen „Nagelbude“*, eingeführte Ältestenkollegium berichtete Direktor *Emil Blum*, „daß namentlich alle kleinen Wünsche der Arbeiter rasch zur Er-

²³ Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 466 und Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 160.

²⁴ Vgl. Zur Halbjahrhundertfeier der BAMAG 1872–1922. Festausgabe zur Halbjahrhundertfeier der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau AG (Berlin 1922), und 100 Jahre BAMAG Köln-Bayenthal, hrsg. von der Pintsch-BAMAG Aktiengesellschaft, 2 Bde. (Darmstadt 1956), S. 12.

ledigung kamen; es kamen Wünsche an uns heran in den Sitzungen, die die Arbeiter, wenn sie erfüllt werden, sofort befriedigen, die sonst gar nicht zu unserer Kenntnis kamen und die vielleicht als Quengelei eines Einzelnen betrachtet wurden ...“²⁵

Wenig später führte man auf Grund der guten Erfahrungen auch in dem Werk in Berlin-Moabit unter dem Namen „*Arbeiterrat*“ eine Betriebsvertretung ein. Hier wurden aber später im Jahre 1909 die Satzungen des Arbeiterrates auf Grund von Erfahrungen umgeändert, die man bei der Firma *Siemens-Schuckert* inzwischen mit den sogenannten Listenwahlen gemacht hatte²⁶. Durch die Listenwahlen sollte gewährleistet sein, daß den verschiedenen Anschauungen der Arbeitnehmer in der Betriebsvertretung Rechnung getragen wurde. Jede der im Betrieb vertretenen Gruppen (Freie Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, sonstige Arbeitervereine und nicht gebundene Arbeitnehmergruppen) durfte eine Vorschlagsliste mit je sieben Wahlkandidaten für den Arbeiterrat einreichen. *Blum* konnte über den in dieser Weise neu gewählten Ausschuß, der im Jahre 1909 bereits 20 Jahre bestand, nur Gutes berichten: „Wir möchten diese Einrichtung heute nicht mehr entbehren. Die ständigen Berührungspunkte, wie sie durch eine zeitweilige Besprechung aller passenden geschäftlichen und persönlichen Verhältnisse gegeben sind, beseitigen manchen schroffen Gegensatz. Es findet sich immer eine Anzahl von Punkten für die Tagesordnungen der Sitzungen ... Besprechungen über Arbeitsordnungen, Arbeitszeiten, Wohlfahrtseinrichtungen aller Art, gewisse Betriebsverbesserungen, Lohnfragen, Beschaffung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln verschiedener Art, Fürsorge für Unterstützungsbedürftige, Mitverwaltung der Kantineneinrichtungen ... Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß alle diese Aufgaben einen regelmäßigen Verkehr mit dem Arbeiterrat selbst zur Bedingung machen. Wenn der Arbeiterrat eine Sitzung wünscht, wird diese sofort abgehalten ...“²⁷ *Blum* erklärte in seinem Erfahrungsbericht, den er in der Zeitschrift „*Technik und Wirtschaft*“ veröffentlichte, es sei notwendig, bei derartigen Sitzungen die Arbeiter ihre Darlegungen im weitesten Umfang ausführen zu lassen. Man müsse als Unternehmer alle Gründe hören, die sie anführten. „Man muß versuchen, diese Gründe, wenn sie nicht berechtigt sind, zu widerlegen und wird stets, wenn man eine gute Sache vertritt, eine

²⁵ Protokoll der Verhandlungen des Berliner Vereins für Gewerbefleiß vom 5. 5. 1890. – Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 465 und Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 162 sowie Satzungen für das Ältestenkollegium der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau AG in Dessau. In: Technik und Wirtschaft, Jg. 2 (1909), H. 11, S. 496 ff.

²⁶ Satzungen des ständigen Arbeiterrates der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau AG, Berlin W. In: Technik und Wirtschaft, Jg. 2 (1909), S. 499–502.

²⁷ Emil Blum, Zwanzigjährige Erfahrung mit der Einrichtung eines Arbeiterrates. In: Technik und Wirtschaft, Jg. 2 (1909), S. 496.

Verständigung herbeiführen.“ *Blum* fand wiederholt, daß Klagen über schlechte Behandlung sich in nichts auflösten, wenn man sie in Gegenwart der Meister und des Arbeiterrates sachlich behandelte. Die Mitglieder des Arbeiterrates wußten genau, daß in den Fällen, in denen die Behandlung nicht angemessen war, auch gegebenenfalls den Meistern eine Rüge erteilt wurde. „Die Befürchtungen, welche vielfach geäußert wurden, daß durch den Arbeiterrat eine Art Mitregierung geschaffen wird, teile ich nicht. Ich habe in der ganzen Zeit noch keinen Versuch des Arbeiterrates festgestellt, auf Dinge eine Einwirkung zu haben, welche seiner Einwirkung von vornherein nicht unterstellt sind...“ Abschließend meinte der Direktor, es seien auch wiederholt Anträge wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen durch den Arbeiterrat gestellt worden, aber die Mitglieder des Arbeiterrates seien sich sehr wohl bewußt gewesen, daß sie in solchen Fällen nur den Vermittler zwischen Arbeiterschaft und Direktion bildeten.

Oechelhäuser fand unter den liberalen Arbeitgebern in Anhalt einen weiteren publizistischen Bundesgenossen in dem Dessauer Brauereibesitzer *Richard Rösicke*, der ebenso wie er die Ältestenkollegien im Betrieb warm befürwortete, in Fragen des Arbeiterschutzes allerdings scharf und wesentlich von ihm abwich²⁸. *Rösicke*, der später auch die bekannte *Berliner Schultzei-Brauerei* übernahm und auf seiner *Brauerei „Zum Waldschlößchen“* am 1. Januar 1888 bereits einen Arbeiterrat eingeführt hatte, meinte auf Grund seiner Erfahrungen, daß durch solche Institutionen der Arbeitgeber keine Autorität einbüße, sondern sie im Gegenteil dadurch nur kräftigen könne²⁹. Nachdem die Mitglieder seines „*Arbeiterrathes*“ sich ihm gegenüber zuerst sehr zurückhaltend gezeigt hätten, habe man sich später in die noch ungewohnte Form des gegenseitigen Verkehrs hineingefunden, und er habe „manchen wertvollen Aufschluß über die Bedürfnisse des Personals“ erfahren³⁰. Der Brauereidirektor hob hervor, daß die Beratungen in ruhiger und sachlicher Weise vor sich gingen, nachdem sich die Gepflogenheit herausgebildet hatte, daß die Antragsteller nur solche Wünsche vertraten, an deren Erfüllung sie persönlich nicht interessiert waren. Im übrigen gehörte *Rösicke* zu denen, die mehr als *Oechelhäuser* die ideelle Seite der Ausschüsse betonten und forderten, daß auch die Unternehmer ein Opfer dafür brächten³¹.

In die Reihe der sozialliberalen Ausschußgründungen gehört auch die

²⁸ Richard Rösicke, Arbeiterschutz, Dessau 1887. – Ders., Über das Verhältnis der Arbeitgeber zu ihren Arbeitnehmern. In: Schmollers Jahrbuch, Bd. 1 (1893). – Ders., Über die Aufgaben der bürgerlichen Klassen in sozialer Beziehung, Berlin 1908. – Ders., Die Gleichberechtigung der Arbeiter, Berlin 1909. – Über Rösicke vgl. H. St. Art'l, Richard Rösicke, Berlin 1904.

²⁹ Satzungen des Arbeiterrathes der Brauerei zum Waldschlößchen in Dessau vom 1. 1. 1888. In: Post: Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, 2. Teil, S. 39.

³⁰ Ebd., S. 40.

³¹ Rösicke, Arbeiterschutz aaO, S. 103.

1887 von dem Blechwarenfabrikanten *Anton Reiche* in Plauen ins Leben gerufene „*Arbeiterkommission*“, in der nicht nur alle Abteilungen der Fabrik, sondern auch die weiblichen Arbeitskräfte erstmals vertreten waren. Er ließ die Betriebsvertretung sogar alle 14 Tage zusammenkommen, „um Wünsche in Bezug auf Einrichtungen, Beschwerden der Arbeiter gegen Arbeiter und auch gegen Meister und umgekehrt zu erledigen“. Auch Vergehen gegen die Sittlichkeit wurden nach einem Bericht der sächsischen Gewerbeinspektion, die die Wirkung dieser Institution als vorbildlich darstellte, von der Kommission erörtert und bestraft³².

Etwas abweichend in der Form von den bisher genannten Ausschüssen waren die Betriebsvertretungen in der Wormser Lederindustrie, insbesondere bei den *Lederfabriken Dörr & Reinhart* und *Cornelius Heyl*³³. Danach durften die direkten Vorgesetzten der Arbeiter, die höheren Angestellten und Werkmeister, an den Sitzungen nicht teilnehmen, damit die Wünsche und Beschwerden der Arbeitnehmervertreter unmittelbar und ohne Zwischeninstanz an den Fabrikhaber gerichtet werden konnten. Die mittleren Vorgesetzten erfuhren dann auch nicht, wer die Wünsche und Beschwerden vorgebracht hatte und wurden lediglich zur Berichterstattung über den betreffenden Klagepunkt durch den Unternehmer aufgefordert. Der Ausschuß bei der *Lederfabrik Cornelius Heyl* war ausnahmsweise nicht aus einer Betriebskrankenkasse, sondern im Zusammenhang mit der Festsetzung der betrieblichen Arbeitszeit entstanden. In dem Jahresbericht des Großhessischen Fabrikinspektors für die Provinz Starkenburg und den Kreis Worms hieß es darüber: „In den *Heylschen Lederfabriken* zu Worms... finden zum Zweck der Festsetzung der Überstunden gemeinsame Beratungen statt, zu welchen die Firma außer den zuständigen Betriebsleitern zwei Vertreter ernannt und jede Werkstätte drei Vertrauenspersonen wählt. Kleinere Werkstätten werden in Gruppen vereinigt. Diese aus sechs Mitgliedern bestehenden Körperschaften treten

³² Der Arbeiterausschuß in Anton Reiches Fabrik in Plauen-Dresden. In: Volkswohl, Jg. 14 (1890), Nr. 10, S. 48. – Jahresbericht der Kgl. Sächsischen Gewerbeinspektoren 1887, S. 97. – Amtliche Mitteilungen, Jg. 14 (1889), S. 145. – L. Bein, Die Industrie des sächsischen Vogtlandes, 2 Teile, 1884. – Schmidt, Der Krieg und die Veredelungsindustrie des Vogtlandes, Diss. Frankfurt 1919.

³³ Arbeitsfürsorge im Hause Cornelius Heyl (Lederfabrik), Worms a. Rh., Jubiläumsausgabe zum 10. Februar 1913, Leipzig 1913. (Umschlagtitel: Zum 70. Geburtstag des hochverehrten Chefs Cornelius Wilhelm Freiherr Heyl zu Herrnsheim). – Schreiben und Bekanntmachung der Firma Cornelius Heyl in Worms an den Verein für Sozialpolitik vom 20. Juni 1890. In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 150 ff. und Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten der mit Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten, Jg. 14 (1889), Berlin 1890, S. 144. – Gedenkblätter zur Jubelfeier des 50jährigen Bestehens des Hauses Dörr & Reinhart in Worms. – Schreiben der Firma an den Verein für Sozialpolitik vom 11. 6. 1890 und Satzung des Arbeiterausschusses. In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 146. – Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, 2. Teil, S. 41. – Jahresbericht des Großhessischen Fabrikinspektors für die Provinz Starkenburg und den Kreis Worms für 1889.

werkstättenweise oder gruppenweise unter dem Vorsitze des Betriebsführers zusammen und beschließen mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit entscheidet der Arbeitgeber oder ein Vertreter desselben. Über Überarbeit von je einer Stunde Dauer finden Beratungen im voraus statt in der Weise, daß für die nächsten drei Betriebsmonate, vom 1. April anfangend, eine Verständigung herbeigeführt wird. Überarbeit von mehr als einer Stunde Dauer bedarf der Regelung von Fall zu Fall und ist nach 14 Tagen, wenn sie inzwischen aufgehört hat, Gegenstand neuer Beratung. Die Wahlen der drei Vertrauenspersonen und ihrer drei Ersatzleute finden alle zwei Jahre statt und sind geheim ... Werkmeister und Aufseher sind weder wahlberechtigt noch wählbar.“³⁴

3. Die sozial-ethischen Ausschüsse

Neben der sozial-liberalen Richtung hat es eine andere Gruppe von Unternehmern gegeben, deren Motive für eine freiwillige Beschränkung der Unternehmergehewalt durch Errichtung einer Betriebsvertretung offensichtlich anders geartet waren: Sie bildeten die Arbeiterausschüsse auf vorwiegend sozial-ethischer und sozial-religiöser Grundlage. Auch diese Fabrikhaber hatten die gesellschaftliche Veränderung und die dadurch hervorgerufenen Spannungen im Betrieb wahrgenommen. Im Gegensatz zu anderen erblickten sie aber die eigentliche Ursache dafür in dem Mangel an christlicher Harmonie unter den Menschen. Der Gedanke, daß alle Menschen eine große christliche Familie bildeten, so sagten sie, sei seit der Aufklärung verloren gegangen und von der sozialen Zerklüftung der marxistischen Klassentrennung ersetzt worden. Im Grunde seien aber doch die Fabrikarbeiter „Brüder in Christo“, hieß es in der ersten Nummer des Verbandsorganes der katholischen Industriellen¹. Deshalb wurde von ihnen eine nach christlichen Grundsätzen ausgerichtete Organisation der Fabrik gefordert. Das waren in gewisser Weise Überlegungen, die auch schon *Franz v. Baader*, *Franz Joseph Ritter v. Buß*, *Pater Franz Reichensperger* und *Johannes Alois Perthaler* in der vormärzlichen Zeit angestellt hatten. Aber an diese vereinzelt Stimmen erinnerte sich kaum noch jemand in den achtziger Jahren. Geistiger Vater dieser sozial-ethisch ausgerichteten Unternehmer auf katholischer Seite war vielmehr der tatkräftige Mainzer *Bischof Wilhelm Emanuel Freiherr v. Ketteler*, der dem krassen Manchester-Liberalismus der sechziger Jahre eine neue Pflege der sittlichen Beziehungen zu den Arbeitern entgegensetzen zu müssen glaubte². Seine

³⁴ Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten der mit Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten, Jg. 15 (1890), Berlin 1891, S. 102.

¹ Arbeiterwohl, Jg. 1 (1881), H. 3, S. 41.

² Wilhelm Emanuel Freiherr v. Ketteler, *Die Arbeiterfrage und das Christentum*, Mainz 1864 (4. Aufl. mit einer empfehlenden Einleitung von Ludwig Windthorst, Mainz 1890). – Ders., *Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis*

grundlegende Veröffentlichung „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ aus dem Jahre 1864 gab nicht nur der katholischen Sozialpolitik, sondern auch speziell der sozial-ethischen Unternehmergruppe die Richtung an. Wie von ihnen die christliche Gesellschaft letztlich als eine große „Familie von Familien“ aufgefaßt wurde, so wurde auch von ihnen für die menschliche Organisation der Fabrik die Familie als Leitbild auserkoren. Der Zentrumsabgeordnete *Franz Hitze*, der Hauptrepräsentant dieser sozial-ethischen Richtung, formulierte das mit den Worten: „Jede Fabrik repräsentiert eine soziale Körperschaft. Sie soll eine ‚Familie‘ bilden, wo die Gemeinsamkeit des Arbeiters auch persönliche Bande stiftet, die Gefühle persönlicher Freundschaft und Fürsorge die Arbeitenden unter sich wie mit dem Herrn verknüpfen. Wie Knecht und Magd, so sollen auch die Arbeiter, wenn auch im weiteren Sinn, sich zum Hause des Herrn gehörig betrachten ... familiär sollen sie ihm nahe stehen“³.

Die Gleichung Fabrik = Familienverband, die der Sozialreformer *Frédéric Le Play* in Frankreich erstmals aufgestellt hatte, wurde dann – wenn auch mit gewissen Einschränkungen und Verfeinerungen – am klarsten von dem Jesuitenpater *Heinrich Koch* formuliert, als er feststellte, „daß die Familie, dieser schönste und edelste Typus menschlichen Zusammenlebens, in Bezug auf den industriellen Großbetrieb nur ein Bild und Analogon und daß die familienhafte Verfassung für den Großbetrieb ein Ideal sei, das in seiner Reinheit niemals ganz verwirklicht werden wird; eine Fabrik ist viel zu groß, und die einzelnen Personen sind viel zu freiheitlich gesinnt, um das vollendete Bild einer Familie darzustellen. Wenn dieses nun vernünftigerweise nicht erstrebt werden kann, so müssen doch familienhafte Züge dem Fabrikbetriebe

zur Religion und Sittlichkeit. Eine Ansprache, gehalten auf der Liebfrauenheide am 25. 7. 1869. 3. Aufl., Mainz 1869. – Ders., *Fürsorge der Kirche für Fabrikarbeiter*, bischöfliches Referat für die Konferenz der hochwürdigsten Bischöfe Deutschlands zu Fulda im September 1869. In: *Christlich-soziale Blätter*, Jg. 2, Aachen 1869, Nr. 10. – Ders., *Christentum und Sozialdemokratie*. In: W. E. v. Kettlers Schriften, Bd. 3: *Soziale Schriften und Persönliches*, ausgewählt und hrsg. von Johannes Mumbauer, Kempten und München 1911. – Otto Pfülf, *Bischof Ketteler und die deutsche Sozialreform*, 3 Bde., Mainz 1899. – Fritz Vigener, *Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts*, München-Berlin 1924. – Theodor Brauer, *Ketteler, Der deutsche Bischof und die Sozialreform*, 1927. – P. Rausch, *Ketteler als Politiker*. Diss. Heidelberg 1936. – O. H. Müller, *Ketteler*, 1947. – Karl Heinz Schürmann, *Zur Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften*, Freiburg 1958.

³ Arbeiterwohl, Jg. 1 (1881), H. 3, S. 41. – Über Franz Hitze vgl. August Pieper, *Soziale Arbeit im neuen Deutschland. Festschrift zum 70. Geburtstag Franz Hitzes*, M.-Gladbach 1921. – Hans Kraneburg, *Hitzes sozialpolitische Forderungen und ihre Verwirklichung in der Gesetzgebung*, M.-Gladbach 1927. – Karl Gosebruch, *Franz Hitze und die Gemeinschaftsidee*, Diss. Münster 1927. – Maria Moennig, *Die Stellung der deutschen katholischen Sozialpolitiker des 19. Jahrhunderts zur „Staatsintervention“ in der sozialen Frage*, Diss. Münster 1927. – Franz Müller, *Franz Hitze und sein Werk*, Berlin-Hamburg-Leipzig 1928. – Heinrich Weber, *Franz Hitze*. In: *Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*, Bd. 1 (1932), S. 318 ff. (Dort weitere Literatur).

erhalten bleiben. Vor allem muß das Gefühl einer wahren Interessengemeinschaft und Zusammengehörigkeit lebendig und wirksam erhalten bleiben... Vor allem soll dies geschehen durch Arbeiterausschüsse. Persönliche Annäherung und die daraus entspringende enge Tuchfühlung, wie in der Familie, ist in der nach Hunderten und Tausenden zählenden Fabrikgemeinschaft nicht möglich. Und doch ist es gerade die gegenseitige Fühlung in der Familie, welche soviel Mißverständnis und Mißtrauen fernhält, das Wollen und Tun der Einzelnen harmonischer gestaltet, neue sozial-psychische Kräfte verleiht und die ganze Familie zu einem geschlossenen, lebensvollen, gesellschaftlich gestalteten Organismus macht.“⁴ Pater Koch räumte damit ein, daß das psychologische Band einer Familie nicht vollständig in einem Betrieb herzustellen sei, doch glaubte er in dem Arbeiterausschuß ein willkommenes Mittel zu haben, einen befriedigenden Ersatz dafür zu finden. Die Arbeiterschaft stelle Männer ihres Vertrauens auf, meinte er, die dann als berufene Organe der Arbeiter gemeinsame Anschauungen und Wünsche sowie Klagen und Beschwerden einzelner den Leitenden gegenüber zur Sprache bringen könnten. Dem Arbeitgeber sei andererseits auch Gelegenheit gegeben, seine Auffassungen und Pläne den Ältesten und durch sie der Gesamtbelegschaft mitzuteilen. Durch diese Aussprache mit den Arbeitervvertretern müßten sich die gegenseitigen Forderungen modifizieren und eine Mittellinie gefunden werden, die beide – Unternehmer und Arbeiter – zufriedenstelle. „Der Unternehmer lernt in ruhiger Aussprache mit dem Ältestenkollegium mehr und mehr die materiellen Bedürfnisse und Wünsche seiner Arbeiter kennen, lernt Falsches und Übertriebenes von berechtigten Ansprüchen unterscheiden und verurteilt nicht mehr jedes Streben nach Lohnerhöhung als Empörung.“ Je mehr die Arbeiter und ihre Vertreter, meinte Koch, mit der Fabrikleitung in sachliche Unterhandlung treten, um so mehr müßten sie anerkennen, daß auch die Fabrikbesitzer berechnigte Selbstinteressen wahrzunehmen hätten, daß auch ihrem Streben nach Gewinn durch Konkurrenz und Absatzverhältnisse bestimmte Schranken gezogen seien.

Mit dem Gedanken der Rechristianisierung der menschlichen Gesellschaft vom Industriebetrieb her verband sich der Gedanke der sittlichen Erziehung: „Wer eine gute, folgsame, dankbare Arbeiterschaft haben will, muß sie sich erziehen. Ohne Erziehung keine Zucht. Selbst die besten Arbeiter werden, sich selbst überlassen, die Gefahren der Verführung und der Aufwiegelung, wie sie inner- und außerhalb der Fabrik bestehen, nur schwer überwinden... Der Herr kann einen gewinnenden Einfluß auf seine Arbeiter persönlich nicht ausüben, seine Angestellten sind auch nicht die geeigneten Organe: Nun, so suche er Verbindung mit dem Arbeiter... schaffe sich so in diesem das erziehende Organ. Hat er diesen gewonnen, hat er die ganze Fabrik gewon-

⁴ Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 78.

nen. Und diese Erziehung – die Weckung eines sittlichen Geistes in der Fabrik... eine Organisation der guten, eine Isolierung der schlechten Elemente: Das ist doch die ganze Aufgabe zu einer sittlichen Regenerierung der Fabrik.“⁵

Der Gedanke, daß eine familienhafte christliche Harmonisierung und sittliche Regenerierung die soziale Kluft im Betrieb überbrücken könnten, wozu die Arbeiterausschüsse ein gutes Mittel sein würden, war im Grunde wiederum eine Hinwendung an die Vergangenheit. Die Restauration einer patriarchalischen Interessengemeinschaft nach dem Vorbild einer christlichen Familie bedeutete die Übertragung alter Denkformen auf neue Verhältnisse. Im Gegensatz zu der sozial-liberalen Richtung mit ihren ökonomischen Nützlichkeitsbetrachtungen und ihrem offenen Kampf gegen die Sozialdemokratie gab es hier aber mehr ideelle Bestrebungen, sollten doch Arbeiter wie Unternehmer zu Toleranz, Nächstenliebe und Zusammenarbeit erzogen werden. Auch wurde – was wohl der bedeutendste Fortschritt war – die Fabrik als ein eigenständiger Sozialkörper und nicht nur als Stätte kaufmännisch-technischen Wirtschaftens aufgefaßt.

Als ein Prototyp der Arbeiterausschüsse, die von sozial-ethisch eingestellten Unternehmern eingerichtet wurden, kann die 1873 geschaffene Betriebsvertretung bei der *Mechanischen Weberei Franz Brandts* in M.-Gladbach angesehen werden⁶. Es ist naheliegend, zunächst an eine bloße Nachahmung des Ältestenkollegiums zu denken, das die räumlich wie branchenmäßig benachbarte Firma *David Peters & Co.* in Neviges-Elberfeld zuvor eingeführt hatte. Aus den Quellen ist aber keine persönliche Beziehung zwischen dem Katholiken Brandts und dem Reformierten Peters zu ersehen, was in der Zeit der gesellschaftlich-konfessionellen Absonderung im Bismarckschen Kulturkampf nicht weiter absonderlich erscheinen mag. Dagegen ist der Einfluß Franz Hitzes unverkennbar. Die von Ketteler kommenden Anregungen versuchte er in die praktische Wirklichkeit umzusetzen. So forderte er schon 1881 in seiner Schrift „Schutz dem Arbeiter“ nachdrücklich gesetzliche Möglichkeiten, „daß die Arbeiter sich in ruhigen Zeiten organisieren, daß sie die Besten und Tüchtigsten ihres Standes mit ihrem Vertrauen auszeichnen und an die Spitze stellen können; man gebe ihnen die Möglichkeit einer regelmäßigen Verwaltung, Organe, um mit Umsicht und Besonnenheit über die Möglichkeit... einer Lohnerhöhung zu beraten, mit den Arbeitgebern resp. deren

⁵ Arbeiterwohl, Jg. 1 (1881), H. 5, S. 89 ff.

⁶ Schreiben des Franz Brandts an den Verein für Sozialpolitik vom 15. 7. 1890. In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 80. – Vgl. ferner den Festartikel zum 70. Geburtstag Franz Brandts in der „Cölner Volkszeitung“, Jg. 1904, Nr. 937. – J. H. Schütz, Praktische Sozialpolitik in allen Ständen, 1906, S. 520 ff. – W. Hohn, Franz Brandts. In: Führer des Volkes. Sammlung von Zeit- und Lebensbildern. 2. Aufl. Bd. 2 (1920). – Ders., Artikel „Franz Brandts“. In: Staatslexikon der Goeresgesellschaft, 5. Aufl. Bd. 1 (1926), Sp. 1029. – Ders., Werden und Wachsen eines Wirtschaftsgebietes am linken Niederrhein, M.-Gladbach 1937, S. 92 ff.

Vertretern in Unterhandlung zu treten“⁷. Auf *Hitze's* Anregung hin wurde bei der *Weberei Brandts* 1873 eine Krankenkasse gegründet, aus der sich dann die Betriebsvertretung entwickelte⁸. *Hitze* hat dann mehrfach in der von ihm mitredigierten Zeitschrift „Arbeiterwohl“ darüber berichtet⁹. Nach seinem Willen sollte aus der Krankenkasse, diesem karitativen Organ bloßer Betriebsfürsorge, eine Bestätigung seiner Ideen für eine Werksfamilie erwachsen. In dem 1881 von *Brandts* neu erlassenen Statut für das Ältestenkollegium wurde die Beschränkung der Unternehmergewalt und die Übertragung von betrieblichen Befugnissen auf die Betriebsvertretung, die aus vier Vertretern der Firma und acht von der Generalversammlung gewählten Arbeitermitgliedern bestand, festgelegt. Das Kollegium besaß für die 280 vertretenen Arbeitnehmer eine ganze Reihe von verwaltenden, kontrollierenden und vermittelnden Rechten: Die Verwaltung der verschiedenen Unterstützungskassen, das Recht zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften sowie die Befugnis zur Änderung und Ergänzung der Fabrikordnung, wozu allerdings die Genehmigung von *Brandts* nötig war. *Hitze* berichtete aber, daß der Vorstand jahrelang selbständig beraten und beschlossen und der Fabrikhaber in keinem einzigen Fall einem Beschluß die Ausführung versagt habe¹⁰. Damit war auch die Gleichberechtigung der Arbeitervertretung bei der Festsetzung der Arbeitsordnung anerkannt. Interessanterweise saßen auch weibliche Arbeitskräfte in dem Ältestenkollegium, und zur gutachtlichen Unterstützung durften besondere „Vertrauensmänner“ aus den einzelnen Betriebsabteilungen zusätzlich gewählt werden. Diese Vertrauensmänner hatten zusammen mit dem Ältestenkollegium auf die Einhaltung der fünf Paragraphen umfassenden „sittlichen Bestimmungen“ zu achten. Für Trunkenheit, Schlägerei, unsittlichen Lebenswandel inner- und außerhalb des Werkes waren harte Strafen angedroht, die allein der Arbeitervorstand aussprechen konnte, wenn der Unternehmer sich das nicht selbst vorbehielt. Wie diese sittliche Reglementierung der Arbeiter, die einen Wesenszug der sozial-ethischen Arbeiterausschüsse ausmachte, in der Praxis aussah, zeigen die überlieferten Protokolle der Vorstandssitzungen, bei denen es beispielsweise hieß¹¹:

„Die Arbeiterinnen F. und Z. werden verwarnet wegen eines leichtsinnigen Verhältnisses mit jungen Arbeitern einer anderen Fabrik, mit denen sie abends spät noch Zusammenkünfte hatten und ihnen im Falle, daß das Verhältnis nicht total aufgegeben werde, mit Entlassung gedroht. Zugleich soll den Müttern Mitteilung gemacht werden – in beiden Fällen war der Erfolg der beste ...“

⁷ Franz Hitze, Schutz dem Arbeiter! Köln 1881, S. 203.

⁸ Ders., Über den Fabrikorganismus. In: Arbeiterwohl, Jg. 1 (1881), S. 21, 23 und 42 sowie Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 80.

⁹ Franz Hitze, Das Ältestenkollegium in der Fabrik. In: Arbeiterwohl, Jg. 1 (1881), H. 5, S. 85 ff. und H. 6, S. 102 ff.

¹⁰ Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 83.

¹¹ Hitze, Über den Fabrikorganismus aaO, und Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 82.

Ein anderes Protokoll lautete:

„Der Arbeiter O. fängt angetrunken in einem Wirtshause Händel an. Meister N. aus derselben Fabrik sucht ihn zu beruhigen; allein O. wendet sich nun gegen diesen und ergeht sich in den rohesten und ungerechtesten Schimpfereien. Meister N. bringt die Sache vor den Arbeitervorstand. Dieser bestimmt, Arbeiter O. muß, wenn er noch länger auf der Fabrik beschäftigt werden will, Abbitte leisten und seine Einwilligung dazu geben, daß sein ganzer Lohn direkt an seine Mutter ausbezahlt wird. Letztes hat den Zweck, die Mutter, um deren Willen er eigentlich in Arbeit belassen wurde, zu schützen, zugleich aber auch den Sohn vor zu vielem Gelde, das dann vertrunken würde, zu bewahren.“

Ein drittes Protokoll berichtete¹²:

„Ein Arbeiter verkehrte viel mit Arbeitern einer anderen Fabrik, und es wurde bekannt, daß er sich hatte dazu verleiten lassen, Mitteilungen technischer Art seiner Fabrik an das fremde Personal zu machen. Der Arbeitervorstand entschied in dieser Sache: Der Arbeiter X. hat zwar wegen seiner treulosen Handlung sofortige Entlassung verdient; mit Rücksicht auf seine Frau und Kinder aber soll von derselben abgesehen werden, wenn er zu Protokoll erklärt, daß er seine begangenen Fehler einsieht und in Zukunft nichts ähnliches vorkommen soll.“

Mit solcher Art wirkenden Betriebsvertretungen glaubten *Hitze* und *Brandts* einen „christlich-sittlichen Fabrikorganismus“ zu schaffen. Entsprechend dem ethischen Charakter der Arbeiterausschüsse sollte die Belegschaft auch am besten durch ideelle und nicht durch materielle Vorstellungen gewonnen werden. Die Lohnfrage sollte möglichst „ein für allemal“ von dem Arbeitsgebiet der Ältestenkollegien ausgeschlossen werden¹³, eine Anschauung, die sich auch bei den sozial-ethisch orientierten Arbeiterausschüssen nicht durchzusetzen vermochte. Lohn- und Tarifvereinbarungen sollten, wie wir noch an späterer Stelle zeigen werden, gerade zu den wichtigsten Mitbestimmungsrechten der ersten Betriebsvertretungen werden.

Das unter solcher Publizität entstehende Ältestenkollegium bei der Firma *Brandts* fand in dem industriereichen Bezirk Düsseldorf dank der Förderung seines Regierungspräsidenten *Freiherr von Berlepsch* große Nachahmung. Der von diesem ins Leben gerufene „*Linksrheinische Verein für Gemeinwohl*“ arbeitete als erster „Normalstatuten eines Ältestenkollegiums“ aus¹⁴, die sich in Wort und Ziel an *Brandts'* Einrichtung anlehnten. Gegen anfänglich zum Teil starke Opposition der Belegschaften führten fünf weitere Textilbetriebe Arbeiterausschüsse ein. Es waren dies die *Mechanische Weberei, Färberei und Appreturanstalt M. Molls & Meer* in M.-Gladbach, die *Baumwollspinnerei J. A. Lindgens Erben* in Hochneukirch bei M.-Gladbach¹⁵, die

¹² Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, 2. Teil, S. 8.

¹³ Arbeiterwohl, Jg. 1 (1881), H. 6, S. 104.

¹⁴ Rundschreiben des Vorstandes vom 1. 1. 1889 und Wortlaut des Musterstatutes bei Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 167 sowie Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 131.

¹⁵ Ihr Direktor, Peter Busch, war zugleich Vorsitzender des Linksrheinischen

Mechanische Handweberei für ganzseidene und halbseidene Schirmstoffe F. W. Greef in Viersen, die *Mechanische Samt- und Samtbandfabrik Gebr. Rossié* in Süchteln und die *Mechanische Weberei Max Scheibler* in M.-Gladbach¹⁶. In den Statuten dieser Ausschüsse gab es nur geringfügige Abweichungen von dem Ältestenkollegium bei *Brandts*. Bei *Molls & Meer* und *Lindgens Erben* hatte der Ausschuß ein Mitwirkungsrecht bei der Festsetzung der Löhne, um die wichtigste Abweichung zu erwähnen. Wie bei *Brandts* waren die Ausschüsse ganz allmählich aus den Vorständen der Fabrikkrankenkassen erwachsen und bestanden häufig aus demselben Vorstand. Neben der Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen waren die Ausschüsse zugleich Disziplinarbehörde, Erziehungsamt, Ehrengericht und zensorisches Sittenamt, „ganz nach der Art der alten Zünfte in ihrer Blütezeit“. Auch die Jahresberichte der Fabrikinspektoren erwähnten, daß die nach dem Normalstatut des „Linksrheinischen Vereins für Gemeinwohl“ errichteten Betriebsvertretungen sich als das wirksamste Mittel für die Erhaltung und Wiederherstellung eines guten Einverständnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in den folgenden Jahren bewährt haben. Auch im Gewerbeaufsichtsbezirk Elsaß-Lothringen wurde noch im Jahre 1889 ein Ausschuß nach diesem Muster ins Leben gerufen.

Der am 30. Mai 1880 im Karlshaus zu Aachen gegründete „Verein für Arbeiterwohl“, dem die Bestrebungen des Reimser Baumwollspinnereibesitzers *Léon Harmel* und des Biebricher Fabrikanten *Fritz Kalle* mit seinem „Verein Concordia“ zum Vorbild gedient hatten, setzte sich ebenfalls ein für eine weitere Verbreitung der linksrheinischen Arbeiterausschüsse¹⁷. Neben *Franz Hitze*, der Generalsekretär des Vereins für Arbeiterwohl wurde, und *Franz Brandts* waren es vor allem der Zentrumsabgeordnete *Freiherr v. Hertling*, der Aachener Tuchindustrielle *Clemens Sträter*, der unter *Ketteler* stehende Mainzer Domkapitular *Christian Moufang* und Staatsminister a. D. *Ludwig Windthorst*, welche die treibenden Kräfte bildeten. Später schlossen sich diesen rein katholischen Bestrebungen, wenn auch in mehr allgemeiner Form, der 1887 gegründete Fabrikantenverein für Hannover-Linden, der Verein für die Berg- und Hüttenmännischen Interessen des Aachener Bezirkes sowie der erwähnte Bergische Verein für Gemeinwohl an.

Alle genannten Vereine faßten die vielfältigen Bestrebungen bürgerlicher Wohltätigkeit und sozialen Reformwillens zusammen und erinnerten dabei an die Bezirks- und Lokalvereine des „Centralvereins für das Wohl der

Vereins für Gemeinwohl. Zur Geschichte der Firma vgl. Ernst Voegelé, 100 Jahre J. A. Lindgens Erben, Hochneukirch, 1853–1953, Baumwoll- und Zellwollspinnerei.

¹⁶ Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 92 ff.

¹⁷ Zur Geschichte des Vereins für Arbeiterwohl vgl. Emil Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954, S. 129 und 131, sowie Otto Thissen, 25 Jahre Kulturarbeit. Aus der Geschichte des Verbandes Arbeiterwohl In: Soziale Praxis, Jg. 1905.

arbeitenden Klassen“, die schon eine ganz ähnliche Zielsetzung gehabt hatten. Wenn auch konfessionell recht verschieden ausgerichtet, so war die Aufgabenstellung doch fast immer dieselbe: Bekämpfung sowohl der sozialdemokratischen Klassenkampfbildern wie auch der Auswüchse des wirtschaftlichen Liberalismus, Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben, Einrichtung von gewerblichen Schiedsgerichten und Bildung von Institutionen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur besseren Regelung der Arbeitsverhältnisse sowie schließlich Hebung von Sittlichkeit, Religiosität und Vaterlandsliebe unter den Fabrikarbeitern. In diesen Vereinen wurde, wie schon in den Arbeiterbildungsvereinen des Vormärz, ein großes Maß von sozialer Hilfsbereitschaft von den bürgerlichen Schichten investiert, doch gelang es insgesamt gesehen kaum, das Verhältnis der Arbeiterschaft zu der bestehenden Gesellschaftsordnung zu beeinflussen – dazu waren die Gegensätze schon zu mächtig geworden. Das Verdienst der Vereinigungen für die Ausbreitung der ersten Arbeiterausschüsse bleibt aber unbestritten.

Etwas verschieden von den linksrheinischen Arbeiterausschüssen war das Ältestenkollegium, das sich am 20. April 1875 – also schon vor *Hitzes* Auftreten – unabhängig von allen anderen Gründungen auf dem *Eisenwerk Marienhütte* bei Kotzenau und Mallnitz in der Nähe von Liegnitz in Schlesien bildete¹⁸. Diese erste wirkliche Betriebsvertretung in der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie war nach rein sozial-ethischen Prinzipien ausgerichtet: Dem Ausschuß waren vorwiegend erzieherische und disziplinäre Aufgaben gestellt und die sittliche Überwachung der Hüttenlehrlinge und jugendlichen Arbeiter besonders anempfohlen. In der Einleitung zu dem Statut hieß es bezeichnenderweise: „Ein Ehrenrat der Arbeiter, aus unbeeinflusster Wahl hervorgegangen, Richter, Wächter und Diener des Gesetzes zur gleichen Zeit, eine durch das Vertrauensvotum der Arbeiter geschaffene, von dem Vertrauen des Arbeitgebers getragene Verbindung zwischen beiden, ein mitberatendes und mitwirkendes Organ bei allen das Wohl der Arbeiter betreffenden Fragen – so gibt das Ältestenkollegium die Garantie für jenes erspriessliche Zusammenwirken des Arbeitgebers mit den Arbeitern, das weit über die Grenzen der materiellen Interessen beider hinaus sich erstreckt und das auch bei den vollendeten Wohlfahrtseinrichtungen kaum denkbar ist, wenn eben jenes verbindende Glied fehlt, durch das beide Teile sich mensch-

¹⁸ Gutachten des Hüttendirektors Schlittgen an den Verein für Sozialpolitik v. 11. 6. 1890, Statuten und Sitzungsprotokolle des Ältestenkollegiums der Marienhütte bei Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 36. – Erläuterungen zu den Wohlfahrtseinrichtungen für das Arbeiterpersonal des Eisenhüttenwerks Marienhütte bei Kotzenau AG, 1889 (hrsg. vom Direktor Schlittgen anlässlich der Berliner Unfallverhütungsausstellung). – Gutachtliche Aussagen des Eisenhüttenwerks Marienhütte bei Kotzenau. In: Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 460. – Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 11. – Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge aaO, 1. Teil, S. 40 und 2. Teil, S. 9 ff. – Oechelhäuser, Über die Durchführung der sozialen Aufgaben... aaO, S. 22.

lich näher treten... Zucht, Sitte und Ehre unter allen Arbeitern des Werkes, innerhalb wie außerhalb desselben, zu erhalten, in ihnen den Geist der Zusammengehörigkeit, der kameradschaftlichen Gemeinschaft zu wecken und zu pflegen, jedem einzelnen nahezulegen, daß er ein selbsttätiges Mitglied des Ganzen ist, an dem er schafft – das ist der leitende Grundgedanke für die Wirksamkeit des Ältestenkollegiums.“¹⁹

Der Eingriff des Kollegiums der Hüttenältesten in das Privatleben der Arbeiter ging für heutige Begriffe recht weit, indem ein Arbeiter seinen Arbeitsplatz verlor, wenn er z. B. ohne Zustimmung des Ältestenkollegiums eine Ehe einging und keinen „Heiratskonsens“ eingeholt hatte. Diese Einrichtung muß allerdings mit den Augen der damaligen Zeit betrachtet werden, die in der frühen und oft unüberlegten Eheschließung einen Hauptgrund für die Verarmung der Arbeiter sah. Das frühe Heiraten war in der handwerklichen Periode durch vielerlei Vorschriften sehr erschwert gewesen. Als die alten Zunftbestimmungen über das frühe Heiraten außer Kraft gesetzt wurden, da bestimmten die preußischen Gewerbeordnungen von 1845 und 1849 weiterhin, daß ein selbstständiger Handwerksbetrieb erst nach dreijähriger Lehr- und Gesellenzeit, nach Ablegung der Meisterprüfung und nicht vor dem 24. Lebensjahr begründet werden dürfe. Verheiratete Lehrlinge und Gesellen bekamen bis in die sechziger Jahre bei keinem Meister „Kost und Logis“. Dagegen konnte der junge Fabrikarbeiter schon vom 18. Lebensjahr an eine Frau, wenn auch recht kümmerlich, ernähren. Doch konnte er im Gegensatz zum Handwerksgesellen später nicht viel mehr verdienen, höchstens weniger, wenn er alt und schwach wurde. Zudem wohnten die jungen Fabrikarbeiter nicht im Hause eines Meisters, in dem meistens eine (mehr oder weniger) strenge Zucht herrschte, sondern waren als „Schlafburschen“ und Kostgänger irgendwie eingemietet, was die frühen Heiratsabsichten nur beförderte. Der vom Ältestenkollegium beanspruchte „Heiratskonsens“, den es auch noch nachweislich bei der *Württembergischen Metallwarenfabrik* in Stuttgart-Geislingen und bei der *Wächtersbacher Steingutfabrik* in Hessen gegeben hat, wurde in der besten Absicht gehandhabt. Die noch aus der handwerklichen Lebenswelt entnommene Vorschrift paßte freilich wenig in die industrielle Arbeitswelt. Doch war gerade dieser „Heiratskonsens“ in gewisser Weise typisch für die sozialetische Ausrichtung dieser Ausschüsse.

Ebenso einschneidende Eingriffe in die Intimsphäre des Arbeiters waren das Verbot des Ältestenkollegiums auf der Marienhütte, nach der Löhnung in ein Wirtshaus einzukehren und die Streichung des Sonnabends als Lohn-tag. Besonders charakteristisch für die schlesische Betriebsvertretung war es aber, daß die Wahl der Arbeitervertreter ohne Einmischung des Unternehmers vonstatten ging und daß die richterlichen Befugnisse in Gewerbestreitig-

¹⁹ Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, S. 40. – Oechelhäuser, Über die Durchführung der sozialen Aufgaben... aaO, S. 22.

keiten den ersten Platz einnahmen. Unzuträglichkeiten, die sich innerhalb oder außerhalb der beiden Hüttenbetriebsteile abgespielt hatten, mußten unverzüglich dem Ältestenkollegium angezeigt werden, damit es seinen Urteilsspruch fällen konnte. Wie eine solche Verhandlung des Hüttenkollegiums aussah, zeigt die 83. Sitzung vom 14. August 1878:

„Der Arbeiter L. verklagt den Arbeiter J. wegen Beleidigung und gibt an, daß J. ihn im Beisein mehrerer Kollegen beschuldigte, eine Gelegenheitsfuhr nach Hainau nicht bezahlt zu haben. J. gesteht bei der Vernehmung zu, diese Äußerung getan zu haben, er will es jedoch nicht aus böser Meinung getan haben. Das Kollegium beschloß, daß J. dem L. Abbitte leiste und die Hand zur Versöhnung reiche, was geschieht. – Ferner verklagt die Arbeiterin P. den genannten J. Dieselbe gibt an, daß J. sie schon mehrere Male wegen ihres körperlichen Gebrechens schikaniert habe, will jedoch nicht, daß derselbe bestraft werden soll, sondern sie ferner in Ruhe lasse. J. streitet nicht ab, sich dieses zu Schulden kommen gelassen zu haben, es wären ja alte Bekannte und deshalb hätte er sich einen Spaß erlaubt. Das Kollegium beschloß, daß J. Abbitte leiste mit dem Versprechen, sich ferner vor ähnlichen Redensarten zu hüten und wurde ihm bedeutet, daß er bei einer ähnlichen Klage gebührend in Strafe genommen wird. – Der Brenner A. ersucht um Zurückerstattung von 12 Mark seiner Spareinlagen. Der Grund ist ärztliche Hilfe bei der Entbindung seiner Frau, da sein jetziger Verdienst nicht ausreiche. Das Kollegium empfiehlt das Gesuch gehorsamst der Hüttenverwaltung zur Berücksichtigung. – Auf Anzeige des Vorsitzenden und Beschluß des Kollegiums wird der Former J., welcher in der Nacht vom 1.–2. des Monats den Versuch eines schweren Verbrechens an einem unbescholtenen Mädchen sich zuschulden kommen ließ und Personen, die dasselbe schützen wollten, körperlich verletzte, für immer aus dem Hüttenverbande ausgeschlossen. Die Hüttenverwaltung wird gehorsamst ersucht, dem J. die Arbeit auf dem Werk für immer zu versagen.“²⁰

Stil und Grammatik dieses Protokolls verraten den damals noch nicht sonderlich mit der Feder vertrauten Hüttenarbeiter, umso prägnanter ist das Urteil. Dabei wurden auf jeder Sitzung strenge Verfahrensregeln beachtet: Von jeder Verhandlung wurde eine Niederschrift angefertigt und die Sitzungen in einem besonderen „Ältestenzimmer“ des Vereinshauses im Werk abgehalten. Dieses Zimmer war entsprechend eingerichtet: Bilder der Hohenzollernkaiser an der Wand, ein grüner Tisch in Hufeisenform, um ihn herum hochlehnige Eichenstühle, in der Mitte der Sessel des Präsidenten mit Stimmurne und Glocke. Im Interesse der vollen Unparteilichkeit der Entscheidungen gehörte dem Ausschuß „kein Element an, welches im Arbeitsverhältnis dem Einzelnen oder einer Anzahl von Mitgliedern vorgesetzt ist“. Das Kol-

²⁰ Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, Teil 2, S. 13.

legium bestand somit ausschließlich aus Arbeitern, die aus der Mitte derer gewählt wurden, die seit mindestens fünf Jahren auf der Hütte arbeiteten. Die Abstimmungen fanden geheim „durch Kugeln“ statt. Die Beschlüsse wurden von der Hüttenverwaltung „nur im äußersten Fall und nach gewissenhafter Prüfung“ abgeändert, „damit das Gewicht des Ältestenkollegiums, die Bedeutung seiner Beschlüsse nicht – auch nur scheinbar – in den Augen der Arbeiter verliere“²¹. Das Kollegium überwachte ferner die Ausbildung der Lehrlinge und sprach sie frei, verwaltete sämtliche betriebliche Sozialeinrichtungen und beriet bei allen Maßnahmen, die zur Abänderung der bestehenden Fabrikverfassung oder alter Gewohnheitsgebräuche dienten.

Die Befugnisse der Betriebsvertretung waren schon recht ausgedehnt, und diese stellte einen nicht mehr zu übersehenden innerbetrieblichen Machtfaktor dar. Es ist daher ziemlich sicher anzunehmen, daß der Unternehmer ohne Unterstützung oder gegen den Widerstand seines Ältestenkollegiums niemals solche weitgehenden sittenrichterlichen Vorschriften hätte erlassen können. Hüttdirektor *Schlittgen*, der auch später von der Regierung als sozialpolitischer Fachmann bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen herangezogen wurde, berichtete später, seine Arbeiter hätten sich bis auf Ausnahmen immer willig dem Urteilsspruch des Ältestenkollegiums unterworfen, „der oft härter und schärfer ausfiel, als eine Aburteilung durch Vorgesetzte“. Die Urteilsprüche der Betriebsvertretung hatten aber in den Augen *Schlittgens* den Vorteil, daß sie aus dem Munde der Arbeitsgenossen kamen und die unparteiische Rechtsprechung von selbstgewählten Vertrauensmännern ausgeübt wurde. Der Arbeiter finde sich nun viel rascher in die Abänderung althergebrachter Bestimmungen, da er wisse, seine Vertrauensmänner hätten sie mitberaten. Schlägereien gehörten der Vergangenheit an, Spieler und notorische Trunkenbolde seien entfernt und der Ton der Arbeiter untereinander wie auch gegen die Vorgesetzten besser geworden. Mit einer typisch sozial-ethischen Einstellung schloß der schlesische Hüttdirektor sein Lob über das gute Betriebsklima auf seinen Eisenwerken: „Erkennbar zieht durch das ganze der Geist kameradschaftlicher Gemeinschaft, verbunden mit Pflichterfüllung der Arbeiter in der Familie und draußen im bürgerlichen Leben.“²² Nach dem Muster der *Marienhütte* wurden ähnliche Arbeiterausschüsse 1885 auf der *Wilhelmshütte*, *Aktiengesellschaft für Maschinenbau und Eisengießerei in Eula-Wilhelmshütte* und bei der *Norder Eisenhütte, Eisengießerei, Schleiferei und Vernickelungsanstalt Julius Meyer & Comp.* in Norden (Ostfriesland)²³ eingeführt, wobei ausdrücklich auf die Statuten und die Einrichtung der *Marienhütte* Bezug genommen wurde.

Eine direkte Nachahmung fanden die linksrheinischen Ausschüsse dagegen in Hessen. Am 15. Mai 1884 wurde nach dem Vorbild der *Mechanischen Weberei*

²¹ Ebd., S. 12.

²² Ebd., S. 17.

²³ Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 47 ff.

Franz Brandts eine Betriebsvertretung auf der *Fürstlich-Isenburg-Wächtersbacher Steingutfabrik* in Schlierbach (Hessen-Nassau) unter seinem Direktor *Max Roesler* eingerichtet, über die er selbst berichtete: „Seitdem sich die Einrichtung eingebürgert hat und das allgemeine Ansehen und Zutrauen errang, werden die Wahlen sehr sorgsam vorgenommen. Sie fallen immer auf durchaus zuverlässige und verständige ältere Leute, ohne Rücksicht auf etwaigen Besitz, höheren Verdienst und hervorragende Stellung, und zwar ohne jede Einflußnahme meinerseits.“²⁴ Neben den schon von *Brandts* her bekannten Mitbestimmungsrechten gehörte auch die technische und berufliche Weiterbildung der Lehrlinge – wie auf der *Marienhütte* – zu den besonderen Obliegenheiten des Arbeiterausschusses. In einer Protokollniederschrift kam diese besondere Fürsorge für den betrieblichen Nachwuchs zum Ausdruck, wenn es hieß: „Die Ältesten der Former erteilten einem ihrer Kollegen einen scharfen Verweis, weil er sich in ungehöriger Weise an einem Lehrling vergriffen hatte... Wer sich nicht selbst in der Gewalt hat, dem wird das Recht der Ausübung väterlicher Gewalt über jugendliche Arbeiter entzogen und der verfällt künftighin selber in Strafe.“²⁵ *Roesler* berichtete weiter, daß die Fabrikältesten in Straffällen meist ein strengeres Urteil fällten als er dies selbst getan hätte. Er ließ sich von den Ältesten „alle Vorkommnisse von Wichtigkeit oder von prinzipieller Bedeutung“ unterbreiten und nahm die Betriebsvertretung nur bei geringfügigen Angelegenheiten in kleineren Disziplinarvergehen nicht in Anspruch. Nach seinen Angaben waren in seiner fünfzehnjährigen Tätigkeit mit dem Arbeiterausschuß keinerlei Lohnstreitigkeiten vorgekommen. „Ich würde“, sagte *Roesler*, „jedoch keinen Anstand nehmen, auch solche durch die Ältesten schlichten zu lassen, und bin sicher, daß dies in der gerechtesten und sachlichsten Weise geschehen würde sowie, daß sich die Leute jedem Entscheid der Ältesten auch auf diesem Gebiet ohne Widerspruch fügen würden.“ Wie schon erwähnt, hatte auch hier das Ältestenkollegium die Befugnis zur Erteilung eines Heiratskonsenses. Im „Schlierbacher Fabrikboten“, der vermutlich ersten Werkszeitung in Deutschland, wurde dazu zur Begründung ausgeführt: „Wenn nun zu irgendeiner Handlung die Reife gehört, so ist es zur Begründung einer Familie. Die Ältesten haben daher beschlossen, daß als Fabrikangehöriger keiner heiraten dürfe, der nicht zum Meister gesprochen sei. Will sich jemand an diese vorsorgliche Bestimmung nicht kehren, sondern einen Hausstand gründen, bevor die Ältesten seiner Abteilung ihn durch Freisprechung dazu nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten sowie seines Verdienstes für fertig und

²⁴ Statut für den Ältestenausschuß der Wächtersbacher Steingutfabrik bei Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 112 ff. – Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 468 und 443. – Vgl. die im „Schlierbacher Fabrikboten“, insbesondere am 30. 11. 1889 usw. abgedruckten Protokolle über die Sitzungen des Ältestenrates und Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, 2. Teil, S. 20 ff.

²⁵ Post ebd., S. 24.

geeignet erkannt haben, so muß er eben aus unserer Arbeitsgenossenschaft ausscheiden.“²⁶ Aus diesem Bericht der Werkszeitung geht nicht nur die starke handwerkliche Überlieferung bei der Frage des Heiratskonsenses, sondern auch die bezeichnende Tatsache hervor, daß die Bestimmung von den Arbeitern offensichtlich selbst eingeführt worden ist.

Nach einem Vortrag, den *Max Roesler* am 4. und 5. Juni 1889 auf der Hauptversammlung des „Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland“ in Berlin über sein Ältestenkollegium gehalten hatte, beschloß die Versammlung einstimmig, den Verbandsmitgliedern die Errichtung ähnlicher Betriebsvertretungen zu empfehlen und eine Kommission zu bilden, die dort schlichtend eingreifen solle, wo die Befugnisse der Arbeiterausschüsse nicht mehr ausreichten. *Roesler*, dessen Ältestenkollegium für die gesamte keramische Industrie zum Vorbild wurde, hatte sich zuvor in seiner Rede nachdrücklich für eine Erweiterung der Mitbestimmungsbefugnisse seiner Arbeiter eingesetzt, als er sagte: „Erweitern wir den Tätigkeitskreis der an einigen Orten schon erprobten Ältestenkollegien dahin, daß auch Lohn- und andere Beschwerden an dieselben verwiesen werden, so haben wir, was zunächst nötig. Etwaige Unruhestifter aus einzelnen Arbeitergruppen und von außenher zugezogene Unruhestifter werden schon in der Haltung der aus allen Abteilungen eines Fabrikpersonal gewählten Ältesten einen Damm gegen ihre Bestrebungen finden; der Fabrikant vergibt sich aber nichts, wenn er mit einem von ihm selbst ins Leben gerufenen und mit gewissen Aufgaben betrauten Ausschuß seiner Helfer und Genossen bei der gemeinschaftlichen Arbeit verhandelt und dessen Spruch Einfluß auf seine eigenen Maßnahmen einräumt. Die Fabriken sollen Arbeiter wie Besitzer dauernd ernähren, sollen uns selbst überdauern, auch als ein ehrendes Denkmal des gemeinschaftlichen Schaffens und Wirkens aller Kräfte.“²⁷

Später verfaßte *Max Roesler* wie schon vor ihm *Degenkolb*, *Peters*, *Oechelhäuser* und *Rösicke* besondere Schriften, in denen er seine Erfahrungen und Ansichten über die Arbeiterausschüsse niederzulegen versuchte. In seiner Broschüre „Über den Arbeiterkrieg“ stellte er sogar Forderungen auf, die weit über die bisher gemachten Zugeständnisse der Arbeitgeber in dieser Richtung hinausgingen. Die Arbeiterausschüsse sollen, so sagte er dort, „für die Gesamtheit der Arbeiter ebenso die einzige Vertretung ihrer Interessen sein als für den Unternehmer oder die Fabrikleitung... Die Zusammensetzung der Ausschüsse, ihre in großen Fabriken wegen des Umfanges der Aufgaben gebotene Unterteilung, muß sorglich gewählt und nicht allzu häufigem Wechsel

²⁶ Schlierbacher Fabrikbote, Jg. 1889, Nr. 14.

²⁷ Bericht über die am 4. und 5. Juni 1889 in Berlin abgehaltene 13. Hauptversammlung des Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland. In: Sprechsaal, Amtliches Organ des Verbandes keramischer Gewerke, Nr. 28, Berlin 1890. – Vgl. ferner Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 172 und 113 ff. sowie Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 470 ff.

unterworfen werden“²⁸. Die Autorität der Betriebsvertretung müsse allseitig anerkannt werden und dieser sämtliche betrieblichen Hilfskassen und Wohlfahrtseinrichtungen unterstellt werden. Ein „beratender und bestimmender Einfluß nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse“ müsse dem Arbeiterausschuß bei der Einstellung und Entlassung, bei der beruflichen Fortbildung, dem Lehrlingswesen und der Arbeitsordnung eingeräumt werden. Außerdem sei eine „allmählich heranzubildende Befähigung seiner Mitglieder in Lohnfragen“ anzustreben und dieser „über den Gang und die Aussichten des Geschäftes... wahrheitsgemäß zu unterrichten.“ Einer vom Ausschuß gewählten und verpflichteten Kommission sei, wenn nötig, Einsicht in die Bücher und in die Kalkulationen zu gewähren sowie die Bilanz samt Unterlagen vorzulegen.

Roesler forderte damit ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht für eine betriebliche Arbeitervertretung und berührte sich, über die Forderungen der sozial-ethischen Gruppe hinausgehend, mit den Verfechtern eines konstitutionellen Fabriksystems unter den Arbeitgebern. Schon an diesem Beispiel zeigt sich, daß die bisher gekennzeichneten Auffassungen vom Wesen und den Zielen eines Arbeiterausschusses nicht scharf getrennt waren, sondern sich häufig genug überschneiden. Im Laufe der Jahre wechselte die Betonung einzelner Aufgaben der Ausschüsse, und die ursprünglichen Unterscheidungsmerkmale verwischten sich immer mehr. Mit der wachsenden Zahl der Arbeiterausschüsse in den achtziger Jahren verschmolzen dann überhaupt die sozial-liberalen und sozial-ethischen Tendenzen.

Zu der zuletzt erwähnten sozial-ethischen Richtung gehörte noch eine ganze Reihe weiterer Unternehmungen wie beispielsweise die *Bleistiftfabrik A. W. Faber* in Stein bei Nürnberg, die *Schuhwarenfabrik Salamander* und die *Chemischen Fabriken von G. Siegle & Co.* in Stuttgart-Feuerbach²⁹. Die Firma *Faber* berief aber ebenso wie die *Großmeierei C. Bolle* in Berlin-Moabit ihre Arbeiterausschüsse nur bei besonderen Gelegenheiten zusammen, so daß sie nicht als echte Betriebsvertretungen angesehen werden können. Allgemein gesehen hatten die Arbeiterausschüsse der sozial-ethischen Richtung keine große Lebensdauer. Bei den Verhandlungen um die Arbeiterschutznovelle 1891 scheiterten alle Versuche, sie in dieser Form und Zielrichtung in der gesamten deutschen Industrie einzuführen. Das bei ihnen verkörperte starke Eingriffsrecht in die Privatsphäre des Arbeiters erwies sich als zu weitgehend und mit der menschlichen Würde und Achtung vor der Persönlichkeit unvereinbar. Die wirtschaftliche Entfaltung zur anonymen und unpersönlichen Großindustrie in Form großer Aktien- und Kapitalgesellschaften, bei

²⁸ *Max Roesler*, Über den Arbeiterkrieg, Berlin 1895, S. 47.

²⁹ Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 56 ff. bringt für diese Betriebe die Statuten der Arbeiterausschüsse. – Zur Geschichte der Firma *Faber* vgl.: Der Bleistift und seine Vorgänger. A. W. Faber, Nürnberg 1761–1911, Nürnberg 1911.

denen es kaum noch einen einzigen „Fabrikherrn“ gab, hatte keinen Raum mehr für „familienhafte“ Betriebsverfassungen. Der Unternehmer als treusorgender Vater seiner „unmündigen“ Arbeiter war längst zu einer Fiktion geworden, von der sich freilich viele nicht zu trennen vermochten.

4. Das konstitutionelle Fabrikssystem

Schon seit der Zeit des Vormärz gab es Theorien, welche die Fabrik mit einem kleinen, in sich geschlossenen Staatswesen verglichen. So stellte der Saarbrücker Papierfabrikant *Louis Piette* 1840 in seinen „Allgemeinen Maßregeln für die Aufrechterhaltung der Ordnung einer Fabrik“ fest: „Eine Fabrik gleicht einem Staate, dessen Oberhaupt der Fabrikherr ist. Beamte und Volk sind die Werkmeister und Arbeiter. Hat der erste die Fabrik, um Ruhm und Vermögen zu erlangen, und benutzt er dazu Arbeiter, die gegen Lohn ihm Zeit, Kräfte, Geschicklichkeit und Freiheit überlassen, so muß er dagegen für das moralische und materielle Wohl seines Völkchens sorgen: seine Einsicht, seine Sittlichkeit und sein gutes Benehmen fördern; über seine Bedürfnisse, seine Gesundheit, seinen Wohlstand wachen und durch weise Verordnungen die gegenseitigen Pflichten und Rechte des Herrn und der Untertanen zur Ausübung bringen.“¹ Der Freiburger Seidenfabrikant *Carl Mez*, der die konstitutionelle Monarchie als Übergangslösung zur republikanischen Demokratie, dem idealen Zukunftsziel für Staat und Wirtschaft betrachtete, äußerte sich in ähnlicher Gedankenrichtung 1847 vor der Badischen Ständeversammlung, als er sagte: „Mir scheint es, die höhere Industrie wird Phasen durchlaufen wie die staatlichen Verhältnisse. Jetzt steht sie in einem despotischen Zustande; es wird die Zeit kommen, wo wir für die Industrie einen konstitutionell-monarchischen Zustand erhalten werden, und wer kann wissen, ob nicht auch für sie die republikanischen Zustände kommen.“²

Diese und ähnliche Auffassungen, die durch die demokratische Bewegung vor 1848 gefördert worden waren, blieben zunächst recht vereinzelt, um dann mit dem Ausbau des parlamentarischen Systems in Deutschland am Ende des Jahrhunderts in verstärkter Form wiederaufzuleben. Seit dem Aufkommen

¹ Louis Piette, Die Nützlichkeit der Maschinen für die Abnehmer und Arbeiter nebst einigen Bemerkungen über die gegenseitigen Pflichten der Fabrikherrn und Arbeiter, Köln 1840, S. 5 (Zitiert nach Geck, Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit aaO, S. 86).

² Verhandlungen der Ständeversammlung des Großherzogtums Baden 1847/48, Bd. 1. – Vgl. dazu den Aufsatz von Carl Mez in der evangelischen Wochenzeitung *Concordia*, 3. Jg. (1873), S. 13. Über ihn und seine Firma vgl. Robert König, Karl Mez, Der Vater der Arbeiter, Heidelberg 1881. – Johannes Kober, Karl Mez, Ein Vorkämpfer für den christlichen Sozialismus, Basel 1892. – Wolfram Fischer, Karl Mez, Ein badischer Unternehmer im 19. Jahrhundert. In: *Tradition*, Jg. 1 (1956), H. 1 und 2. – 150 Jahre Mez AG, Freiburg 1785–1935, Freiburg 1935, und Franz Kistler, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Baden 1849–1870, Freiburg 1954.

der Arbeiterausschüsse in der Industrie gab es Kreise, die den industriellen Unternehmer mit einem staatlichen Herrscher verglichen, der die drei Gewalten Exekutive, Legislative und Justiz in einer Hand halte. Wie im staatlichen Bereich so glaubte man auch im industriellen Industriebetrieb eine Gewaltenteilung vornehmen zu müssen: Durch eine gewählte Betriebsvertretung sollte dem „absoluten Fabrikherrn“ ein Arbeiterparlament gegenübergestellt werden, das durch eine die gegenseitigen Interessen abgrenzende Fabrikverfassung, die Errichtung von Selbstverwaltungsinstitutionen und durch die Einschaltung paritätischer Einigungsämter und Gewerbegerichte an den drei Gewalten partizipiere. Aus dem „Fabrikabsolutismus“, so lautete ganz allgemein die Forderung dieser Richtung, müsse ein konstitutionelles Fabrikensystem werden. Dabei wurde allerdings zunächst, wie es schon *Carl Mez* vorgeschwebt hatte, mehr an eine konstitutionell beschränkte Monarchie, weniger an eine absolut demokratische Republik gedacht. Mit anderen Worten hieß das: Die Herrschaftsform der Betriebe mit dem Fabrikanten an der Spitze sollte zunächst grundsätzlich beibehalten, der unternehmerische Wille aber in gewisser Weise an die Betriebsvertretung gebunden und kontrolliert werden.

Seit den achtziger Jahren, besonders seit dem Auftreten des „Vereins für Sozialpolitik“, wurde das Wort von der „Konstitutionellen Fabrik“ oder dem „gewerblichen Konstitutionalismus“ fast zu einem Schlagwort in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. In der Literatur, die sich mit einer Neuordnung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern beschäftigte, tauchte dieser Vergleich immer wieder auf, wobei es bezeichnenderweise aber von Anfang an nicht an Stimmen fehlte, die diese Gleichsetzung von Staat und Fabrik als „hinkend“ ablehnten, weil der Wirtschaft andere Gesetze als dem Staatswesen immanent seien.³ In welcher Weise die Vorstellung von einem „konstitutionellen Fabrikensystem“ bei gewissen Unternehmerkreisen Eingang gefunden hatte, zeigte ein Ausspruch des schon erwähnten hessischen Steingutfabrikanten *Roesler*, der besagte: „Es schwebt mir ... vor, daß ich mir eine Fabrik wie eine Art kleinen konstitutionellen Staat am richtigsten verwaltet denke. Der Besitzer oder der Direktor ist der Erste unter Gleichen, welcher mit der Führung und einer gewissen Machtfülle auch die größte Pflichtenfülle übernommen hat, welcher außerdem jedem in der

³ Von einer „konstitutionellen Verfassung“ im Industriebetrieb sprachen u.a. Franz Hitze, Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Arbeit, Paderborn 1881, S. 547 ff. – Schmoller und Böhmert im „Arbeiterfreund“, Jg. 27 (1889), S. 468, und Friedrich Naumann, Das Arbeitsverhältnis in den Riesenbetrieben. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 116, S. 189. – Abgelehnt wurde dieser Vergleich von Oechelhäuser, Soziale Tagesfragen aaO, S. 87, Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 121 und Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 2. – Über die heutige Auffassung der Betriebssoziologie zu diesem Begriff siehe Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung aaO, S. 39.

Fabrik, sei es durch persönliches Beispiel, sei es durch treffende Anweisung oder durch belehrenden Rat den Meister zeigen muß. Die verschiedenen Angestellten, Werkführer und Abteilungsvorstände sind die verantwortlichen Minister des kleinen Monarchen. Das Ältestenkollegium ist die gesetzgebende und in letzter Instanz Recht sprechende Körperschaft in einer Person.“⁴ In seinem Buch „Über den Arbeiterkrieg“ ergänzte Roesler 1895 diese Gedankengänge, indem er feststellte: „Die Zeit der absoluten Herrscher ist vorbei im staatlichen Leben. Sie mögen auch allgemein begraben werden im wirtschaftlichen... Man hat seit einer Reihe von Jahren begonnen, in den Arbeiterausschüssen den absoluten Fabrikmonarchen Regierungshelfer an die Seite zu stellen. Es gibt heute in allen Kulturstaaten Verfassungen, kraft deren wesentliche Teile der Regierungsgewalt, auch das ganze staatliche Erziehungs- und Vermögenswesen, den Regierten übertragen wird. Was den Fürsten recht sein muß, sei den kleinen Fabrikmonarchen billig.“⁵

Es gab sogar kleine Gruppen organisierter Arbeitnehmer, die sich vom Beginn an für eine Übertragung konstitutioneller Einrichtungen auf die Industrie einsetzten. So meinte 1890 in Düsseldorf der Vorsitzende des Deutschen Werkmeisterverbandes, C. H. Zander, alle Wohltaten für die Arbeiter besäßen nur halben Wert und würden ganz ihren Zweck verfehlen, „wenn einfach dekretiert wird, das und das wird eingerichtet, das und das geschieht für euch“. Einen viel größeren Erfolg könne jeder Arbeitgeber erzielen, „wenn er in seiner Fabrik mehr konstitutionell verfährt, soweit die soziale Lage seiner Arbeiter und nicht der Produktionsprozeß an sich nach seiner technischen Seite hin in Betracht kommt. Auch ich“, betonte der Vorsitzende der Angestelltenorganisation, „bekenne mich zu dem Grundsatz: Alles für die Arbeiter, aber alles durch sie! Sie sollen mitwirken, mitraten, mittun...“⁶ Die große Masse der Arbeiterverbände stand allerdings den hier gezeigten Gedankengängen und praktischen Versuchen, wie wir noch an anderer Stelle zeigen werden, feindselig und mißtrauisch, meistens aber gleichgültig gegenüber.

Es fehlte nicht an praktischen Versuchen zur Umgestaltung des betrieblichen Arbeitsverhältnisses im Sinne eines konstitutionellen Fabriksystems. Die ersten Unternehmer, die ihre Fabrikorganisation danach auszurichten versuchten, waren die Inhaber der *Schnellpressen- und Druckmaschinenfabrik Koenig & Bauer* in Kloster Oberzell bei Würzburg⁷. Diese weltberühmte Firma

⁴ Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 468 und Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, 1. Teil, S. 43.

⁵ Roesler, Über den Arbeiterkrieg aaO, S. 40 und 32.

⁶ C. H. Zander, Soziale Wohlfahrtseinrichtungen im Staate, in der Gemeinde und im Fabrikbetriebe, Düsseldorf 1890, S. 21 ff.

⁷ Koenig & Bauer, Maschinenfabrik Kloster Oberzell GmbH, Würzburg, Berlin o. J. (1910). In: Deutsche Industrie – deutsche Kultur, Jg. 8, H. 8. – (Georg Naumann), Und einhundert Jahre gingen ins Land. Am 17. Januar 1833 starb Friedrich

war 1817 von dem aus Eisleben stammenden Buchdruckergesellen *Friedrich Koenig* gegründet worden, der drei Jahre zuvor in London für die „Times“ die ersten Buchdruckschnellpressen der Welt gebaut hatte. Der Erfinder mußte Zeit seines Lebens gegen große Schwierigkeiten ankämpfen, da niemand in Deutschland für seine Ideen Geld hatte. Erst nach seinem Tode konnten sein Landsmann und getreuer Gehilfe *Andreas Friedrich Bauer*⁸ und seine beiden Söhne *Wilhelm* und *Friedrich* den verdienten Erfolg erringen. Die drei waren es auch, die einen Arbeiterausschuß vollkommen neuer Prägung errichteten. Über die Entstehungsgeschichte dieser „originellen“ Betriebsvertretung heißt es, daß am 26. März 1873 die Fabrikhaber aus der Mitte der Belegschaft zwölf Delegierte in geheimer Wahl durch einen „Strich“ oder ein „Kreuz“ benennen ließen, die dann über einen vorgelegten Entwurf eines Fabrikstatutes beraten sollten. Nachdem aber die Arbeitervertreter in der ersten Sitzung nicht über die allgemeinen Grundzüge hinausgekommen waren und um eine künftige Beratung zu erleichtern, wurde beschlossen, daß die Arbeiterdelegierten vor jeder gemeinsamen Sitzung mit den Arbeitgebern sich erst getrennt beraten sollten, „um ungeniert alles besprechen und dann in der gemeinsamen Sitzung mit klar formulierten Anträgen oder Wünschen auftreten zu können“. Fast sämtliche Abänderungen des von den drei Unternehmern vorgelegten Entwurfes wurden dann von den Arbeiterdelegierten veranlaßt und meist auch der Wortlaut ihrer Anträge übernommen. Dabei strichen die Belegschaftsvertreter sogar einige für die Arbeiter formell günstige Bedingungen aus dem Entwurf, „weil sie kein Mißtrauen in dem Statut ausgedrückt wissen wollten“. Nach zwei „Lesungen“ wurde das Statut mit behördlicher Genehmigung am 27. 4. 1873 veröffentlicht und trat in Kraft.

Ein Blick in das 54 Artikel umfassende Fabrikstatut⁹ mit einem Anhang von Statuten über sieben verschiedene Unterstützungskassen und eine Fabrik- und Werkzeugordnung macht deutlich, daß hier auf eine bewußt neuartige Einordnung des Arbeiters in den Betrieb und eine Umwandlung der gesamten Betriebsverfassung hingezielt wurde. Die stattliche Dokumentensammlung, auf deren Bedeutung u. a. *Schmoller* hinwies¹⁰, war einer staatlichen Verfassung nach dem Vorbild der konstitutionellen Monarchie nachgebildet,

Koenig, Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer AG, Würzburg, Lützschena bei Leipzig 1933. – Koenig & Bauer, Die Entwicklung der Zeitungsdruckmaschine mit besonderer Berücksichtigung der Erzeugnisse der Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer AG, Würzburg (1933).

⁸ Artikel „Andreas Friedrich Bauer“. In: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 2, S. 138.

⁹ Concordia, Jg. 3 (1873), S. 161 und 169 ff. – A. Held, Das neue Fabrikstatut bei Koenig und Bauer in Oberzell bei Würzburg. In: Concordia ebd., S. 177. – (Friedrich v. Koenig), Ein Jahrhundert Fabrikleben auf dem Lande. Als Manuskript gedruckt, Münster o. J. (1900).

¹⁰ Gustav Schmoller, Über Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen aaO, S. 428.

wenn das auch nicht ausdrücklich gesagt wurde. *Adolf Held*, ein Vertreter der jüngeren Historischen Schule, der als erster auf diesen „neuen Anstoß, dessen sich Deutschland mit Recht rühmen kann“, aufmerksam machte, wies bereits auf den betriebskonstitutionellen Gedanken hin, als er sagte, „*diese Institution wird eingeführt nicht zur Beschwichtigung aufgeregter und streitsüchtiger Arbeiter, sondern zur moralischen Hebung solcher Arbeiter, die mit ihren Prinzipalen im ungetrübtesten Einvernehmen gelebt haben. Sie werden mündig erklärt, weil sie dazu fähig erscheinen – und die Beratungen behufs Feststellung des Statuts mit den Arbeitern haben diese Fähigkeit neuerdings bewiesen. Der Schritt, den die Herren von Koenig tun, – ist kühn, sie rechnen darauf, daß das erteilte Recht das Pflichtgefühl steigern, daß das übertragene Amt die nötigen Fähigkeiten erhalten und steigern werde . . .*“

Held fragte, warum es überhaupt zu den erbitterten Streitigkeiten zwischen den Gewerkvereinen und den Arbeitgebern komme und gab dann selbst die Antwort: „Nicht über die Lohnfrage, sondern darüber, daß die Arbeiter Anerkennung ihres Rechtes, mitzusprechen, selbständig zu verhandeln verlangen. Hier wird das Verlangte gewährt, ohne Kampforganisation, ohne Aufhebung des organischen Zusammenhanges zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das konstitutionelle System in der Industrie, von dem *Mez* in Eisenach sprach¹¹, die korporative Organisation der Industrie, ohne Zerfallen in zwei kämpfende Gruppen – hier sind diese Wünsche völlig befriedigt.“¹²

Held drückte das aus, was auch wahrscheinlich die meisten Zeitgenossen beim Lesen dieses „Fabrikstatutes“ der Firma *Koenig & Bauer* empfanden: Das war mehr als eine der üblichen Sammlungen von Bestimmungen zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Moral im Betrieb, sondern hier schwang etwas von dem Verantwortungsgefühl des Unternehmers für die Menschen im Betrieb mit, die nicht nur als Christen, sondern auch als Arbeitsgenossen als gleichberechtigt angesehen wurden. In dem Statut war die Rede davon, daß die Angelegenheiten der Krankenkasse, der Sparkasse und des Vorschußwesens „schon seit längeren Jahren . . . den Arbeiterausschüssen zur selbständigen Entscheidung zugewiesen waren“¹³. Wie bei *Peters*, *Brandts* und vielen anderen Unternehmungen war die betriebliche Arbeiterteilhabe Schritt für Schritt aus der Tradition genossenschaftlich verwalteter Wohlfahrtseinrichtungen erwachsen. Da der Firmengründer *Friedrich Koenig* aus dem Buchdruckergewerbe kam, sind die gerade bei diesem Handwerk vorbildlichen Unterstützungskassen sicherlich ein Vorbild gewesen.

¹¹ Gemeint ist hier wieder der vorerwähnte Freiburger Seidenfabrikant Carl Mez. Die Tatsache, daß er auch noch in den siebziger Jahren über das konstitutionelle Fabrikssystem sprach, nachdem er sich bereits 1847 dafür in ähnlicher Form eingesetzt hatte, läßt ihn als den geistigen Urheber dieser Richtung erscheinen.

¹² *Held*, Das neue Fabrikstatut . . . aaO, S. 178.

¹³ *Concordia*, 3. Jg. (1873), S. 161.

Nach Teil III der „Fabrikverfassung“, wie man das verabschiedete Fabrikstatut später bezeichnenderweise nannte, wurde ein Fabrikrat gebildet, der aus den drei Unternehmern, sechs Arbeiterdelegierten und vier Werkführern bestand. Dieser Fabrikrat war definiert als a) die „gesetzgebende Behörde des Etablissements“ und b) als die „rechtsprechende oberste Instanz für alle persönlichen Angelegenheiten, welche in Beziehung zur Fabrik stehen“ (§ 17). Gerade diese Definition wies auf das Vorbild einer staatlichen Verfassung hin. Überdies ordneten sich die drei Fabrikhaber, die sich selbst nur eine Stimme vorbehalten hatten, der Majorität im Fabrikrat unter (§ 16).

Die Mitbestimmungsrechte des Fabrikrates bestanden darin, die bestehenden zahlreichen Wohlfahrtseinrichtungen und „Fabrikgesetze“ zu überwachen, sich hierauf beziehende neue Bestimmungen zu beraten und zu verfügen sowie in strittigen Fällen eine Entscheidung zu fällen. Im Teil IV der „Fabrikverfassung“ war in drei umfangreichen Artikeln (§§ 46–48) von der Festsetzung der Gruppenakkorde¹⁴ und im Teil VII von den „Tarifkommissären“ die Rede. Der Fabrikrat ernannte für den Hauptakkord vier und für jede andere Lohngruppe zwei Beauftragte (§ 49–54), so daß auch die Lohnregelung in die Befugnisse der Betriebsvertretung einbezogen war. Aufnahme oder Versetzung in eine höhere Lohngruppe wurden vom Fabrikrat im Einvernehmen mit den Werkführern entschieden, wobei besondere „Vertrauensmänner“ aus der Belegschaft mit Stimmrecht herbeigezogen werden konnten. Die Löhne wurden also in einer Art paritätischer Lohnkommission im Betrieb ausgehandelt.

Außerdem besaß die Vertretung der Belegschaft das übliche Strafrecht, die Befugnis zur Entgegennahme und Erledigung von Beschwerden und Anträgen sowie das Recht, die Entlohnung der Lehrlinge selbständig festzusetzen. Dagegen war von einer sittlichen Überwachung in und außerhalb der Fabrik nicht mehr die Rede. Die *Maschinenfabrik Koenig & Bauer* ragte aber nicht nur in dieser Weise aus den bisher skizzierten Arbeitervertretungen heraus, sondern war darüber hinaus wahrscheinlich das erste industrielle Unternehmen in Deutschland, in dem eine zweiseitige Betriebsvereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern über die Arbeitszeit getroffen wurde. In dem am 1. Oktober 1869 darüber erlassenen Regulativ der Firma hieß es nämlich: „Den Arbeitern ist von heute an das Recht eingeräumt, über das Maximum der täglichen Arbeitszeit zu bestimmen. Dasselbe wird jährlich durch eine allgemeine Abstimmung sämtlicher Arbeiter der Fabrik festgesetzt.“¹⁵ Bis zum 1. Oktober 1869 waren täglich wie in der übrigen Industrie zwölf Stunden gearbeitet worden. Die darauf folgende erste Abstimmung setzte die tägliche Arbeitszeit dann auf 10 1/2 Stunden fest. Obwohl die Un-

¹⁴ Arwed Emminghaus, Gruppenakkorde in den Fabriken. In: *Arbeiterfreund*, Jg. 9 (1871), H. 1, S. 4, nimmt hierauf ausführlichen Bezug.

¹⁵ Ebd., S. 8.

ternehmer selbst dieses Zugeständnis zuerst als einen „bedenklichen Weg“ bezeichneten, wurden ihre Erwartungen über eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht enttäuscht. Die Reduzierung der Arbeitszeit auf freiwilliger Basis hatte als wichtigstes Ergebnis, daß unnötige Arbeitsversäumnisse und durch Krankheiten veranlaßte Arbeitsunterbrechungen seltener wurden. Freilich sorgte auch das System des Gruppenakkordes dafür, daß niemand auf Kosten der Arbeitskollegen bummelte oder „blaumachte“.

Schmoller berichtete in seinem bekannten Vortrag „Über Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen“, daß die Firma *Koenig & Bauer* ihm am 28. 2. 1890 mitgeteilt habe, „das Statut sei im Verlaufe der Jahre gegenstandslos geworden, aber nicht etwa wegen Differenzen, sondern weil die Arbeiter so an persönliches Zusammengehen und Zusammengehören mit dem Unternehmer gewöhnt seien, daß es des schwerfälligen Apparates nicht bedürfe“¹⁶. Auch *Julius Post* meldete in seiner Enquête über die Arbeiterausschüsse, der Fabrikrat müsse um 1890 „sanft entschlummert“ sein¹⁷. Vielleicht ist das eine Erklärung dafür, daß dieses anscheinend geglückte Experiment einer vollen betrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer später vollkommen in Vergessenheit geriet. Allerdings – und das muß hinzugefügt werden – handelte es sich auch gewissermaßen um einen Ausnahmefall in der Industrie: Die Maschinenfabrik war in ländlich abgeschiedener Umgebung in einem säkularisierten ehemaligen Klostergebäude untergebracht, und die Belegschaft rekrutierte sich aus langdienenden Facharbeitern und einfachen Hilfskräften aus der Umgebung, die nebenbei ein bißchen Landwirtschaft betrieben. Weder den Arbeitskräften noch der den Markt fast monopolartig beherrschenden Firma war an einem häufigen Arbeitsplatzwechsel gelegen. Durch hohe Löhne und kurze Arbeitszeiten versuchte im Gegenteil die Firma, ihre Spezialisten für den Bau von Druckmaschinen möglichst im Geschäftsinteresse zu halten. Unter diesen Voraussetzungen fehlten wesentliche Elemente der sozialen Unruhe und betrieblichen Spannungen im Gegensatz zu der übrigen Industrie. Zweifelnd mußte daher *Held* auch in seiner ersten Besprechung der Einrichtungen gestehen: „Jeder, der das Statut liest, wird die Empfindung haben, daß hier ein ganz neuer und großer Schritt getan worden ist... Aufsehen wird die merkwürdige Tat der Herren *Koenig* gewiß erregen; unbedingtes Lob wird sie schwerlich erfahren.“¹⁸ Diese Charakterisierung sollte zum Motto der ganzen konstitutionellen Richtung werden, die in dem Berliner Jalousie- und Holzpflasterfabrikanten *Heinrich Freese* ihren wohl markantesten Vertreter erhielt¹⁹. Er gab der Richtung nicht nur ihren

¹⁶ Schmoller, Über Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen aaO, S. 428, Anmerkung 1.

¹⁷ Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, 1. Teil, S. 39, Anmerkung 1.

¹⁸ Concordia, Jg. 3 (1873), S. 177.

¹⁹ Heinrich Freese, Die konstitutionelle Fabrik, Jena 1909 (4. Aufl. 1922). – Ders., Fabrikantensorgen, Eisenach 1896. – Ders., Das konstitutionelle System im

Namen, sondern trat auch in zahlreichen Veröffentlichungen für deren Ziele ein.

Freeses Gedankengänge wie auch die praktischen Maßnahmen in seinem Betrieb beruhten zunächst auf einem tiefen persönlichen Mitempfinden für die Lage seiner Mitarbeiter und dem Bestreben, zunächst innerhalb seiner Machtvollkommenheit soziale Gedanken zu verwirklichen. Wie *Stein* und *Hardenberg* zu Beginn des Jahrhunderts die hörigen und politisch unselbständigen Untertanen eines absolutistischen Fürstenstaates zu freien und gleichberechtigten Staatsbürgern zu machen versuchten, so wollte *Freese* die in vielerlei materielle Abhängigkeiten verstrickten Industrieproletarier wieder in freie Wirtschaftsbürger verwandeln.

Die Versuche des Berliner Fabrikanten um eine konstitutionelle Betriebsform waren dabei ein Teil seiner politischen Überzeugung. Als er 1884 den Grundstein zu seiner „konstitutionellen Fabrik“ legte, ging er von der Überlegung aus, daß die einseitige Behandlung der personellen Betriebsangelegenheiten in der Fabrikordnung zu den liberalen Ideen von Gleichheit und Gerechtigkeit eigentlich im Widerspruch stehe und daß sich konstitutionelle Einrichtungen des Staates und der Gemeinde ohne weiteres auf den Fabrikbetrieb übertragen lassen können. *Freese*, der in seiner Jugend eifrig die Ziele der bürgerlichen Linken vertreten, später sich dann der Fortschrittspartei angeschlossen hatte, bevor er 1879 das väterliche Geschäft in Berlin-Niederschönhausen übernahm, hatte sich viel mit philosophischen, historischen und sozialpolitischen Schriften beschäftigt. Dazu lernte er auf seinen Reisen die im Rahmen einer Gewinnbeteiligung arbeitenden Betriebsvertretungen bei den Firmen *Rédouly & Co.* in Paris und *J. C. van Marken* in Delft kennen. Trotz dieser Reiseindrücke und literarischen Anregungen blieb seine Schöpfung doch sein eigenes Werk. Wenn auch der badische Seidenfabrikant *Carl Mez* als erster für den Gedanken eines konstitutionellen Fabriksystems bei den Unternehmern geworben hatte und die *Gebrüder Koenig* in Würzburg erstmals den Gedanken in die Tat umzusetzen versuchten, so war es doch *Heinrich Freese*, der alle diese theoretischen Grundsätze zu einem System zusammenfaßte und mit äußerster Konsequenz auf seinen Fabrikbetrieb übertrug. Sein Ziel war es, aus dem mechanisch seine Arbeit verrichtenden Menschen im Industriebetrieb, dem die Fabrik nur ein unumgängliches Mittel zur Existenzsicherung ist, einen gleichberechtigten Mitarbeiter zu machen, der sich mit dem Arbeitgeber und seinen Interessen verbunden fühlt.

Der Beginn der Reformtätigkeit reicht bis in das Jahr 1879 zurück. Durch

Fabrikbetriebe, 2. veränderte Aufl., Gotha (übergekl.), Leipzig 1905. – Ders., Fabrikantenglück. Ein Weg, der dazu führen kann, Leipzig 1910. – Ders., Der freie Werkvertrag und seine Gegner, Jena 1913. Vgl. dazu: Günther Axhausen, Utopie und Realismus im Betriebsrätegedanken. Eine Studie nach Freese und Godin. In: Betriebs- und finanzwirtschaftliche Forschung, H. 4, Berlin 1920.

eine in diesem Jahre veranstaltete „Fabrik-Landpartie“, die unter Regie eines von den Arbeitern gebildeten Vergnügungsausschusses gestanden hatte, und durch das Vorbild der englischen Gewerkvereine wurde Freese angeregt, den Arbeitern eine betriebliche Selbstverwaltung zu geben. Am 3. August 1884 erfolgte die Annahme einer Fabrikordnung auf Grund einer gegenseitigen Vereinbarung mit der Arbeitervertretung, die aus einem Werkführer, dessen Stellvertreter, dem ältesten Arbeiter jeder Werkstatt und dem 1879 gegründeten Festausschuß bestand. Innerhalb der nächsten Jahre wurde dann der Gedanke der konstitutionellen Fabrikmonarchie fest im Unternehmen verankert. Im Jahre 1888 gab sich die Betriebsvertretung eine Geschäftsordnung, in der alle Rechte und Pflichten festgelegt waren. Freese meinte dazu: „Es ist ganz interessant zu sehen, wie es mir gelungen ist, allen an der Gesetzgebung der Fabrikmonarchie Beteiligten die ihnen zukommende Stellung zu beschaffen: Dem Prinzipal, dem Fabrikparlament und den von ihm vertretenen Wählern. Mir wurde, wie den Ministern im Parlament, das Vorrecht bewilligt, das Wort außerhalb der Reihenfolge verlangen zu können. Der Arbeitervertretung wurde das Recht gegeben, sich ihren Vorstand selbst wählen zu dürfen. Den Wählern wurde das Recht zuerkannt, den Verhandlungen als Zuhörer beiwohnen zu dürfen.“²⁰

Die „Verfassung“ der *Freeseschen Fabrik* sah folgendermaßen aus²¹: Das Ältestenkollegium bestand aus 15 Mitgliedern, von denen alljährlich elf von der Generalversammlung aller Fabrikangehörigen gewählt und vier aus den Reihen der Fabrikbeamten und Arbeiter der Firma ernannt wurden. Das Recht auf Ernennung hatte sich Freese zunächst vorbehalten, um seine höheren Angestellten und auch die Arbeiterinnen in den Ausschuß delegieren zu können, damit sie nicht „in eine dem Ausschuß feindliche Stellung gedrängt werden könnten“. Freese glaubte, für eine Vertretung seiner Angestellten sorgen zu müssen, da sie stark in der Minderzahl waren und er ihre Mitarbeit in der Betriebsvertretung für unerlässlich hielt. Ebenso setzte er sich für die zahlenmäßig weit geringeren Arbeiterinnen ein, indem er ihnen gleiche Rechte und Pflichten einräumte. Und doch wurde nur zweimal eine Arbeiterin in die Vertretung hineingewählt. „Sie wurden regelmäßig übergangen“, stellte der Berliner Fabrikant fest, „ich benutzte daher den Umstand, daß bei einer Wahl die Stimmen der Arbeiter auf den Werkbeamten gefallen waren, um meine Stimme einer Arbeiterin zu geben. Es ist dies mehrfach später geschehen, und

²⁰ Freese, Die konstitutionelle Fabrik aaO, S. 6.

²¹ Entwicklung und Tätigkeit des Ältestenkollegiums der Hamburg-Berliner Jalousiefabrik von Heinrich Freese, Hauptgeschäft Berlin (Schreiben von H. Freese an den Verein für Sozialpolitik mit Statuten). In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 130 ff. Post, Musterstätten persönlicher Arbeitsfürsorge... aaO, 2. Teil, S. 26 ff. – Auszug aus der Arbeitsordnung betr. Arbeitervertretung und Geschäftsordnung der Arbeitervertretung bei Freese, Die konstitutionelle Fabrik aaO, S. 148 ff. und Axhausen, Utopie und Realismus im Betriebsrätegedanken aaO, S. 32 ff.

ich habe im Jahre 1894... sogar zwei Arbeiterinnen in die Vertretung geschickt.“

Das Ernennungsrecht, das er selbst als „einen Rest des patriarchalischen Systems“ bezeichnete, wurde 1909 von ihm freiwillig aufgegeben²². Wählbar war jeder volljährige Angestellte und Arbeiter sowie jede Arbeiterin. Den Vorsitz führte bei den Verhandlungen ein vom Kollegium gewählter Werkmeister. Nach § 56, Abs. 4, der Fabrikordnung stand jedem Belegschaftsmitglied außerdem das Recht zu, zu dem am Schluß jeder Tagesordnung anzusetzenden Punkt „Beschwerden und Wünsche der Arbeiter“ sich zu Wort zu melden. Diese Fragestunde, die es in der englischen Parlamentspraxis gab, wurde nach den Worten Freeses eifrig ausgenutzt: „Der letzte Punkt Wünsche und Beschwerden ist oft der wichtigste und interessanteste der Verhandlungen. Es kann sich dazu jedes Fabrikmitglied zu Worte melden, und es werden dann Beschwerden über mangelhafte Lüftung, Heizung oder Beleuchtung, über Fehler in der maschinellen Anlage, über Lohnabzüge, auch Beschwerden über Kollegen und Beamte vorgetragen. Es kommt selten vor, daß sich niemand zu diesem Punkte zu Worte meldet. So selten, daß der Vorsitzende es immer als ein besonderes Ereignis hervorhebt. Trägt jemand eine Beschwerde vor, so wird die Angelegenheit in Anwesenheit des Prinzipals und der Werkbeamten untersucht und der Fall nach Billigkeit entschieden. Ich habe diese Verhandlungen früher einmal als eine Art Fragestunde im Parlament bezeichnet, und ich glaube, daß die Bedeutung gerade dieser Einrichtung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. *Mir sind bei dieser Gelegenheit manche Dinge zu Ohren gekommen, und ich habe Mißstände beseitigen können, die ich sonst vielleicht nie erfahren hätte. Die Möglichkeit, in öffentlicher Sitzung jede Beschwerde vorbringen zu können, muß als ein unvergleichliches Sicherheitsventil bezeichnet werden. Mancher hat in diesen Sitzungen sein Recht gefunden, der sich zu einer Beschwerde bei seinem vielbeschäftigten Arbeitgeber nie entschlossen hätte, aber wahrscheinlich seinen Groll über das widerfahrene Unrecht lange bewahrt und auf andere übertragen hätte.*“²³

Freese wies darauf hin, daß die Stunden, in denen ein Arbeitgeber die Zeit hat, Beschwerden von Arbeitern anzuhören, nicht allzu zahlreich seien und die unvermeidlichen Erkundigungen bei dem vielleicht schuldigen Vorgesetzten den Beschwerdeführer leicht einer Vergeltung aussetze. Wenn aber eine Beschwerde in offener Sitzung des Arbeiterausschusses verhandelt worden sei, dann gebe es sowohl die Gewähr für eine sachliche Erledigung als auch die Wahrscheinlichkeit, daß die Möglichkeit solcher Beschwerden die Vorgesetzten von manchem Übergriff abhalten wird.

Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsvertretung waren genau umgrenzt: Die Fabrik- und Arbeitsordnung war zwischen der Geschäftsleitung und dem

²² Freese, Die konstitutionelle Fabrik aaO, S. 8.

²³ Ebd., S. 11.

Ältestenkollegium in sechs Sitzungen vereinbart worden. Abänderungen „dieser den Arbeitsvertrag bildenden Bestimmungen finden auf dem Wege freier Vereinbarung zwischen dem Chef und der Arbeiterschaft statt“, hieß es. Wie im Parlament unterlagen Abänderungen und Ergänzungen der Fabrik-, Arbeits- und Geschäftsordnung einer zweimaligen Lesung und Verabschiedung. Nach dem konstitutionellen System nahm die Arbeiterschaft somit schon mitbestimmend an der „Legislative“ teil, während sie in allen anderen Betrieben, wie etwa bei den Mitgliedsfirmen des Linksrheinischen Vereins für Gemeinwohl, höchstens beratende Funktionen hatte. Auch bei der Firma *David Peters & Co.* war die Fabrikordnung formell von der Genehmigung des Arbeitgebers abhängig. Zu den weiteren Mitbestimmungsrechten, die den konstitutionellen Fabrikgedanken im Prinzip weiter ausbauten, gehörte die Einberufung des Ältestenkollegiums bei allgemeinen Betriebsangelegenheiten, bei Streitigkeiten oder Vergehen der Arbeiter sowie bei Beschwerden wegen ordnungswidriger oder zu hoher Bestrafung. Außerdem verwaltete die Arbeitervertretung die zahlreichen Wohlfahrtseinrichtungen und wirkte bei der Festsetzung der Gewinnbeteiligungsquote mit. Damit hatte es eine besondere Bewandnis. Seit dem Jahre 1888 hatte *Freese* den systematischen Ausbau der Gewinnbeteiligung, die er in Frankreich und Holland kennengelernt hatte, zunächst bei seinen Angestellten, später auch bei seinen Arbeitern betrieben. Auch hier ging er von einem praktischen Gesichtspunkt aus: Er wandelte die sehr schwankende und nach dem Geschäftserfolg sich richtende Weihnachtsgratifikation, die zunächst nur einen Geschenkcharakter ohne Rechtsanspruch hatte, in einen festen Einkommensbestandteil mit rechtsverbindlichem Anspruch um. Der Gewinnanteil wurde von zunächst 2 % im Jahre 1888 auf 7 % im Jahre 1897 gesteigert. Ein gewisser Zwiespalt ergab sich bei der Frage, wie die vorübergehend angestellten Arbeiter zu behandeln seien. Hier zeigte sich die Solidarität der *Freeseschen* Arbeiter, indem sich das Ältestenkollegium für eine gleichmäßige Behandlung einsetzte. Unter regelmäßiger Zuziehung der Arbeitervertreter wurden so bis zum Jahre 1909 an die Angestellten der Firma 116 318 Mark und an die Arbeiter 198 963 Mark, zusammen 315 281 Mark ausgezahlt²⁴.

Auch auf dem Gebiet des Tarifwesens leistete der Berliner Jalousiefabrikant vorbildliche Reformarbeit. Bereits 1884 wurde in der Fabrikordnung festgelegt, daß „die Arbeitstarife in der Werkstatt offen aushängen sollten und daß Abänderungen nur auf dem Wege freier Vereinbarung zwischen Chef und Arbeiterschaft, und zwar durch Verhandlungen mit der betreffenden Werkstatt vorgenommen werden sollten“²⁵. Neben Gewinnbeteiligung und Tarifpolitik bildete weiterhin die Einführung des Achtstundentages einen

²⁴ Ebd., S. 30 und Axhausen, Utopie und Realismus im Betriebsrätegedanken aaO, S. 41.

²⁵ *Freese*, Die konstitutionelle Fabrik, aaO, S. 30.

Eckpfeiler in *Freeses* betrieblicher Sozialpolitik. *Freese* führte ihn bereits am 3. März 1892 freiwillig ein, während diese Arbeitszeitverkürzung in der übrigen Industrie erst nach dem Ersten Weltkrieg gesetzlich eingeführt wurde. Die freiwillige Kürzung der Arbeitszeit ging nicht ohne Schwierigkeiten in der Beratung mit der Arbeitervertretung vor sich. Die Holzpflaster- und Jalousiefabrik war stark saisonal und damit auf unregelmäßige Arbeitszeit eingestellt. Bei Saison im Sommer reichten die Arbeitskräfte nicht aus, es wurden selbst nachts und an Feiertagen Überstunden geleistet. *Freese* erkannte, daß die auf diesem Wege erzielten Mehrleistungen in keinem rechten Verhältnis zu dem aufgewandten Geld und der Zeit standen: denn die nachts tätigen Arbeiter leisteten am nächsten Tage weniger, und die Überstunden verteuerten die Produkte in zu großem Maße. Aber die Arbeiter sträubten sich zuerst gegen den Achtstundentag, da sie einen Lohnausfall befürchteten. Trotz dieser Schwierigkeiten nahm die Arbeitervertretung am 14. März 1887 den neun-einhalbstündigen Arbeitstag unter Fortfall der Sonntags- und Überstundenarbeit an, nachdem schon drei Jahre vorher die Nachtschicht abgeschafft worden war. Die guten Erfahrungen mit dieser Arbeitszeitverkürzung veranlaßten *Freese*, zwei Jahre später während einer „stillen Arbeitszeit“ an die Arbeitervertretung heranzutreten, um den entscheidenden Versuch mit dem Achtstundentag zu machen. „Ich sehe noch die erstaunten Gesichter, die die Mitglieder der Arbeitervertretung machten, als ihr Arbeitgeber mit diesem Vorschlag kam“, erinnerte sich der Unternehmer. „Für so fortgeschritten hatten sie mich doch nicht gehalten. Mich leitete aber keine Schwärmerei für die bekannte Forderung einer Dreiteilung des Tages in Arbeit, Erholung und Schlaf . . ., ich hoffte, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden die Kosten für den Maschinenbetrieb, die Beleuchtung und Heizung zu vermindern und durch Gewöhnung der Arbeiter an eine bessere Zeitausnutzung die Leistungsfähigkeit der Fabrik zu erhöhen.“²⁶ Aber, wie schon erwähnt, die Arbeitervertretung hatte Bedenken und verlangte in einer Hauptversammlung am 31. 1. 1890 eine 15 %ige Lohnerhöhung als Ausgleich. Bei der starken Konkurrenz mußte *Freese* das zunächst ablehnen, hatte aber die Freude, im März 1892 den Achtstundentag als ständige Einrichtung einführen zu können. Die Betriebsvertretung gab dazu ihre Einwilligung, als es sich herausstellte, daß die Akkordarbeiter auf eine Revision ihres Tarifes verzichten konnten, weil das Einkommen unter dem Achtstundentag sogar höher als vorher war²⁷.

Mit dem Achtstundentag, der unter Mitbestimmung der Arbeiter zustande gekommen war, ragte der *Freesesche* Betrieb weit über alle anderen Berliner Betriebe hinaus und erregte darüber hinaus in ganz Deutschland einiges Aufsehen. Vor allem deshalb, weil der Unternehmer seiner Betriebsvertretung

²⁶ Ebd., S. 28.

²⁷ Ebd., S. 130.

– mit Ausnahme der rein technischen Produktion und der kaufmännischen Geschäftsführung – überall ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt hatte. Dennoch war sich Freese durchaus noch der Unvollkommenheit seiner Einrichtungen im Hinblick auf seine weitgespannten Ziele bewußt. Nüchtern stellte er fest: „Der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft wird gemildert, begrenzt, aber nicht aufgehoben. Eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft wird ... nicht herbeigeführt. Diese Interessengemeinschaft kann nur angebahnt werden, wenn ... auch ein Anteil an dem wirtschaftlichen Ertrage des Unternehmers eintritt.“²⁸ Für ihn bedeutete daher der Arbeiterausschuß nur ein Kompromiß zur Überbrückung der sozialen Spannungen, ein erster Schritt zu einem garantierten Miteigentumsrecht der Arbeiter am Betriebe. Hier berührte sich Freese mit allen Theorien und praktischen Versuchen, die über eine Mitbestimmung der Arbeiter hinausgehend eine vollkommene Vergenossenschaftung der Fabriken anstrebten, um die Arbeiter zu gleichberechtigten Mitteilhabern zu machen. Die von Owen, Gray, Fourier und Babbage, Mohl, Chevalier und Radowitz im Vormärz erörterten Gedanken, die durch die christlich-soziale Bewegung unter Führung Carl v. Vogelsangs neuen Auftrieb erhalten hatten²⁹, waren schon vor Freese, wie schon früher erwähnt, in Frankreich durch Lclair und Godin, in Holland durch J. C. van Marken und in Deutschland durch den Frankfurter Lederfabrikanten Jacob Hermann Epstein und den badischen Seidenfabrikanten Carl Mez versuchsweise in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Bei allen diesen Versuchen ruhte aber meistens das Schwergewicht der Reformen auf der konomischen und nicht wie bei Freese auf der sozialen Seite des Betriebes³⁰.

In die Richtung des konstitutionellen Systems ist auch der durch seine Verfassung und Organisation berhmt gewordene Stiftungsbetrieb der *Optischen Werksttten von Carl Zeiss* in Jena zu rechnen. Dieser aufsehenerregende Versuch zur Fortbildung der industriellen Unternehmensform hat in der sozialwissenschaftlichen Literatur der letzten fnfzig Jahre solche Beachtung

²⁸ Freese, Das konstitutionelle System aaO, S. 62.

²⁹ Carl v. Vogelsang, Maschine und Arbeit. In: Monatsschrift fr christliche Sozialreform, Jg. 8 (1886) und Ders., Arbeiter und Industriechef in genossenschaftlicher Organisation ebd. – ber Freeses Gewinnbeteiligung vgl. Heinrich Freese, Zehn Jahre in einem Arbeitsparlament. In: Preuische Jahrbcher, Jg. 1895. – Ders., Die Gewinnbeteiligung der Angestellten, Gotha 1905 (vgl. dazu die interessante Rezension durch Adolf Braun in der Neuen Zeit, Jg. 23, Bd. 2, S. 94). – Ders., Die konstitutionelle Fabrik aaO, S. 74 und 82. – Ders., Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer. In: Verhandlungen des 15. Evangelisch-Sozialen Kongresses, Gttingen 1904, S. 120. – ber Gewinnbeteiligungsversuche berichteten auch Jacob Hermann Epstein, Die autonome Fabrik, Dresden 1907 und R. Knig, Karl Mez aaO, S. 14.

³⁰ Das Freesesche Fabriksystem fand auch in benachbarten Lndern groen Widerhall und wurde z. B. von der Maschinen- und Waggonfabrik F. Ringhoffer in Smichow bei Prag nachgeahmt. Vgl. Post, Mustersttten persnlicher Frsorge ... aaO, 2. Teil, S. 32 ff.

gefunden³¹, da wir uns hier auf ein paar wesentliche Punkte beschrnken knnen.

Professor Ernst Carl Abbe war es um eine Betriebsverfassung zu tun, in der die Menschenwrde im Mittelpunkt stehen sollte. Deshalb wollte er seinen wirtschaftlich abhngigen Fabrikarbeitern nicht durch Wohlfahrts-einrichtungen, sondern vor allem durch Rechtseinrichtungen helfen. Nicht materiell zufriedene Untergebene, sondern selbstbewut-freie Mitarbeiter im Werk um sich zu haben, das war sein Ziel. Um das zu erreichen und zugleich den Bestand des Werkes zu sichern, beschlo er, die gesamte Belegschaft an dem Unternehmen direkt zu beteiligen und dieses in eine Stiftung umzuwandeln. Alle Fragen des Arbeitsverhltnisses wurden 1889 in dem Stiftungsstatut durch ein System von gegenseitigen Pflichten und Rechten neu geordnet.

Im Titel V dieses Stiftungsstatutes wurde bereits bestimmt, da ein stndiger Arbeiterausschu – wenn er geschaffen werden sollte, und man ihm all-gemeinere Befugnisse zugestehet – nach dem Willen der Stifter auch bestimmten Anforderungen entsprechen mste. Er msse nmlich mindestens aus 12 Mitgliedern bestehen, jedes Jahr durch eine direkte und geheime Wahl aller ber 18 Jahre alten Betriebsangehrigen neu gewhlt werden, whrend die Whlbarkeit auf die volljhrigen, seit mindestens einem Jahr im Betrieb im gewhnlichen Arbeitsverhltnis ttigen Arbeiter beschrnkt bleiben msse. Ferner msse der Aussch befugt sein, auch ohne Einberufung durch die Geschftsleitung zusammenzutreten und dann ein Recht haben, in allen Angelegenheiten des Betriebes auf seinen Antrag von der Geschftsleitung gehrt zu werden. In den Motiven zu diesem Statut, dem spteren 64 des Stiftungsstatutes, stellte Abbe dazu erluternd fest: „Bisher ist in den Stif-

³¹ Aus der Flle des Schrifttums ber die Zeiss-Stiftung nennen wir: Ernst Abbe, Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3: Sozialpolitische Schriften, Jena 1906, S. 250 (darin auch Wortlaut des Stiftungsstatutes mit Motiven). – Felix Auerbach, Ernst Abbe, sein Leben, sein Wirken, seine Persnlichkeit, Leipzig 1918, S. 277 ff. – Ders., Das Zeiss-Werk und die Carl Zeiss-Stiftung in Jena. Ihre wissenschaftliche, technische und soziale Entwicklung und Bedeutung, 4. Aufl., Jena 1914. – Friedrich Schomerus, Geschichte der Jenaer Zeisswerke 1846–1946, Stuttgart 1951. – Gustav Schmoller, Ernst Abbes sozialpolitische Schriften. In: Jahrbcher fr Nationalkonomie und Statistik, Bd. 31 (1907), H. 1. – Norbert Gnther, Ernst Abbe – der Schpfer der Zeiss-Stiftung. In: Groe Naturforscher, hrsg. von H. W. Frickling, Stuttgart 1948, Bd. 2. – Julius Pierstorff, Die Carl-Zeiss-Stiftung, ein Versuch zur Fortbildung des groindustriellen Arbeitsrechtes. In: Schmollers Jahrbcher, Bd. 21 (1897), H. 2. – Ders., Artikel „Abbe“. In: Handwrterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Bd. 1, S. 2 und 4. Aufl., Bd. 1, S. 1. – Ders., Ernst Abbe als Sozialpraktiker, Jena 1905. – Heinrich Herkner, Ein deutscher Universittsprofessor als groindustrieller Arbeitgeber. In: Osterreichische Rundschau, Jg. 9 (1906), H. 3, S. 178. – Heinz Potthoff, Probleme des Arbeitsrechtes, Jena 1912, S. 242 (Anhang 15). – A. Elster, Jenaer Arbeiterwohlfahrt. In: Soziale Praxis, Jg. 13 (1903/04), Sp. 656 und 682. – Ders., Ernst Abbe, gestorben am 5. Januar 1905 (Nekrolog). In: Soziale Praxis, Jg. 14 (1904/05), Sp. 417 und Walter David, Die Carl-Zeiss-Stiftung heute. Die Schpfung Ernst Abbes und was daraus wurde. In: Frankfurter Zeitung Nr. 139 v. 19. 6. 1954.

tungsbetrieben noch kein Anlaß gewesen, Rechte, welche jedem einzelnen Arbeiter und andererseits der Geschäftsleitung zustehen, ständig auf eine besondere Zwischeninstanz zu übertragen; man hat nur in einigen Fällen behufs Verhandlung bestimmter Angelegenheiten die Wahl eines Ausschusses ad hoc herbeigeführt. Wenn aber, wie es wahrscheinlich ist, über kurz oder lang auch hier eine ständige Zwischeninstanz Bedürfnis wird, so soll diese eine wirkliche Arbeitervertretung sein, nicht eine Kulisse, hinter welcher zuletzt wieder der Unternehmer stecken kann. Sie soll also in allen Stücken so konstituiert sein, daß sie das volle Vertrauen der Arbeiterschaft haben muß, eine Vertretung ihrer Interessen zu sein – damit die Geschäftsleitung, wenn sie in irgend einer Sache mit der Vertretung ins reine gekommen ist, annehmen kann, auch mit der gesamten Arbeiterschaft im reinen zu sein.“³²

Ein solcherart konzipierter Arbeiterausschuß wurde dann 1896 anläßlich der Neufassung der Fabrikordnung ins Leben gerufen und trat im Januar 1897 zu seiner ersten Sitzung zusammen. In der Organisation, Kompetenzregelung und Abgrenzung der Befugnisse wurde die im Stiftungsstatut bereits niedergelegte Idee der Betriebsvertretung, die zugleich ein Verwaltungsorgan zur Kontrolle der Gewinnbeteiligung sein sollte, verwirklicht. Nach den vorläufigen Normen, die 1897 herausgegeben wurden, wählte jede einzelne Abteilung der Zeisswerke auf 15 Arbeitnehmer einen Vertreter, bei kleineren Gruppen einen auf acht Arbeiter. Auf diese Weise wurden im ersten Jahr 32, im Jahre 1902 insgesamt 66 und im Jahre 1909 zusammen 132 Vertreter in den Arbeiterausschuß gewählt. Da dieser „Mammut-Ausschuß“ aber wenig arbeitsfähig war und sich anfangs allerhand Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zeigten, beschränkte er sich auf ein paar Zusammenkünfte im Jahr und überließ seit etwa 1902 einer aus seiner Mitte gewählten „Siebener-Kommission“ die eigentliche Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber der Geschäftsleitung. Die Kommission hielt regelmäßig wöchentlich eine Sitzung ab, in der die Vorgänge im Fabrikleben besprochen wurden und eine allgemeine Stellungnahme vorbereitet wurde. Wichtige Fragen von mehr allgemeiner Bedeutung verhandelte sie in periodischen Sitzungen mit der Geschäftsleitung zusammen, wie auch diese ihrerseits Punkte auf die Tagesordnung dieser Zusammenkünfte setzte. Die Protokolle über diese Sitzungen wurden in den einzelnen Abteilungen später ausgehängt. Bei Auslegungsfragen des Arbeitsvertrages, bei Lohndifferenzen oder anderen Streitigkeiten, bei betrieblichen Verbesserungsvorschlägen und Beschwerden jeder Art trat in der Regel nicht die „Siebener-Kommission“, sondern entweder der Vertrauensmann der betreffenden Abteilung oder der Vorsitzende des Ausschusses in Tätigkeit. Bei diesen Verhandlungen um die kleineren, täglich vorkom-

³² Abbe, Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3 aaO, S. 355 und Petrenz, Der Arbeiterausschuß der Optrischen Werkstätte zu Jena. In: Soziale Praxis, Jg. 22 (1912/13), Sp. 738 ff.

menden Angelegenheiten wurde die Geschäftsleitung durch den Leiter der Personalabteilung vertreten, mit dem sich die Werkmeister sowie die Arbeiter und Arbeitervertreter auch sonst zuerst in Verbindung zu setzen hatten. Nur ganz wichtige und grundsätzliche Dinge wurden zusammen von der Geschäftsleitung und dem Gesamtausschuß erledigt. Auf diese Weise wurde ein schnelles und doch gründliches Verfahren gewährleistet, ohne daß zuviele Leute in Bewegung gesetzt wurden und der Apparat zu sehr an Schwerfälligkeit litt. Der Nachteil der Regelung war aber, daß diese „Siebener-Kommission“ eben doch nicht der Arbeiterausschuß im Sinne des Stiftungsstatutes und auch der Gewerbeordnung war und daher nicht die Befugnisse hatte, selbständig und unter eigener Verantwortung mit der Geschäftsleitung Abmachungen zu treffen, so daß in zahlreichen Fällen auch noch mit dem „Mammut-Ausschuß“ verhandelt werden mußte.

Insgesamt erstreckten sich die Mitwirkungsrechte der Arbeitervertretung auf folgende Gebiete:

1. Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen und der Stiftung,
2. Regelung der Lohnangelegenheiten,
3. Mitsprache bei Entlassungen von Betriebsangehörigen und
4. Beaufsichtigung des Lehrlingswesens.

Auch wurde der Ausschuß bei der Vermittlung allgemeiner Beschwerden und zur Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens eingeschaltet. Die Hauptbedeutung der Betriebsvertretung lag aber wie auch bei Freese in der Mitwirkung bei der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten. Um „ein Produzenten-Interesse im Arbeiter wachzurufen und rege zu erhalten“³³, wurden dem Arbeiterausschuß regelmäßig die Jahresbilanzen vorgelegt und die Höhe der Gewinnausschüttung mit ihm besprochen. Im ganzen gesehen dachte Abbe aber nur an eine kontrollierende und beratende Funktion bei der Betriebsvertretung. Eine wirkliche Mitbestimmung im Sinne einer gleichberechtigten Mitentscheidung hielt er für nicht durchführbar. In einem Vortrag „Über die Aufgaben des Arbeiterausschusses“ im Jahre 1902 erklärte Abbe: „Richtig ist, daß der Arbeiterausschuß nur geringe Befugnisse hat; er hat im wesentlichen nur die Befugnis, in allen Angelegenheiten nur ‚gehört‘ zu werden, eine beratende Mitwirkung in allen Angelegenheiten, die das Interesse der Arbeiterschaft berühren... Dabei ist aber zu unterscheiden, ob jemand seinen Rat zu geben das Recht hat, nur wenn er gefragt wird oder auch, wenn er nicht gefragt wird. Unser Arbeiterausschuß hat auch das Recht zu raten, wenn er nicht gefragt wird. Das Recht gehört zu werden, scheint zunächst nicht viel zu besagen; es besagt noch nicht einmal, daß der, der etwas anhört, es dann auch tun müsse... Da sie nun annehmen dürfen, daß diese Bestimmungen des Statutes niedergeschrieben und getroffen sind unter der

³³ Abbe, Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3 aaO, S. 109.

Voraussetzung, daß es sich um den Verkehr zwischen anständigen Leuten handelt, so können sie die Gewißheit haben, . . . daß die Geschäftsleitung nicht nur alles, was der Ausschuß vorbringt, anhören, sondern auch immer eine Antwort geben wird, die anständigerweise auch immer mit Gründen versehen sein muß. Ich glaube, bei näherem Zusehen werden sie finden, daß das Recht, gehört zu werden, schon ein gewisses wertvolles Recht ist, wenn man es nur richtig zu gebrauchen versteht.“³⁴ Eine echte Mitentscheidung wurde also von Abbe in seinem aus dem Stegreif gehaltenen Vortrag entschieden verneint. In einem solchen Falle müßte man zur Voraussetzung machen, meinte er, „daß dem Arbeiterausschuß auch die Verantwortung übertragen werde, es gebietet dies sachgemäß die Rücksicht auf die Existenz des Betriebes. Wenn im ‚Zukunftsstaat‘ etwa die Arbeiterausschüsse die großen Betriebe dirigieren sollten, so würde das auch nur dann möglich sein, wenn sie die Verantwortung haben“³⁵.

Wie Abbe selbst schilderte, erfüllten sich die Erwartungen der Firma, die sie an diesen Ausschuß knüpfte, nicht sogleich. Während die Masse der Arbeiter der Betriebsvertretung zunächst gleichgültig gegenüberstand, ging der gewählte „Mammut-Ausschuß“ in den ersten Jahren furchtsam, zögernd und ungeschickt an die neuen und ungewohnten Aufgaben heran. Immerhin konnte bereits im ersten Jahr des Bestehens der Betriebsvertretung über den Bau von billigen Arbeiterwohnungen verhandelt und nach einer Reihe von Sitzungen mit der Geschäftsleitung die Gründung einer „Jenaer Baugenossenschaft“ bekanntgegeben werden. Weiterhin wurden in den folgenden Jahren Verbesserungen an der Kantine und der Badeanstalt sowie die Einführung des achtstündigen Arbeitstages im Jahre 1900 erreicht.

Nach 1900 traten die aus der patriarchalischen Periode von Carl Zeiss stammenden, von der Persönlichkeit Abbes beeindruckten älteren Arbeiter zahlenmäßig hinter die neu eingestellten Kräfte innerhalb der Belegschaft zurück. Die jüngeren Arbeiter waren bereits gewerkschaftlich erzogen und faßten die Stiftung nicht mehr als ein Geschenk, sondern als einen Rechtsanspruch auf. In diesen Jahren um die Jahrhundertwende, bevor die „Siebener-Kommission“ geschaffen wurde, geriet die Arbeitervertretung in die schon erwähnten Übergangsschwierigkeiten. Beschwerden wurden aufgebauscht und unbewiesene Vermutungen zu scharfen Anklagen gegen die Geschäftsleitung ausgeweitet, so daß die Unternehmer sich genötigt sahen, über den Kopf der Betriebsvertretung hinweg sich zur Aufklärung der Sachlage an die Gesamtbelegschaft zu wenden³⁶. Erst nach Schaffung der „Siebener-Kommission“ konnten die

³⁴ Ernst Abbe, Über die Aufgaben des Arbeiterausschusses, Vortrag gehalten in der Sitzung des Arbeiterausschusses der Firma Carl Zeiss am 27. Januar 1902 (nach einem vom Vortragenden durchgesehenen Stenogramm). In: Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3 aaO, S. 253.

³⁵ Ebd., S. 254.

³⁶ Friedrich Schomerus, Geschichte des Zeisswerkes aaO, S. 179.

schwelenden Mißhelligkeiten, die im Jahre 1903 z. B. wegen der Neufestsetzung der Akkorde, einer Massenentlassung von 60 Optikern und dem Ausfall einer zugesagten Lohnnachzahlung – alles eine Folge der Wirtschaftsdepression von 1903/04 – aufgeflammt waren, endgültig ausgelöscht werden, wobei sich die ständige Fühlungnahme zwischen Geschäftsleitung und Belegschaftsvertretern im Gegensatz zu den wenigen Sitzungen des „Mammut-Ausschusses“ bewährte. Die „Siebener-Kommission“ gewöhnte sich daran, nicht mehr kritiklos jede Beschwerde zu übernehmen oder völlig unerfüllbare Forderungen aus agitatorischen Gründen zu stellen. Andererseits bemühte sich die Geschäftsleitung mehr als früher, allen Beschwerden sorgfältig nachzugehen. Gerade in der nachfolgenden Periode, als die gesamte deutsche Industrie von schweren Streiks und Aussperrungen wie in einem Erdbeben bis in die Grundfesten erschüttert wurde, blieb Zeiss von jedem Ausstand verschont. Wie Friedrich Schomerus, der heute beste Kenner der Zeissgeschichte schreibt, herrschte aber keine Friedhofsruhe in diesen aufgewühlten Jahren. In freimütiger Aussprache wurden zusammen die Vorkommnisse des Betriebslebens erörtert. Das „Miteinander“ wurde von der Geschäftsleitung dadurch auch äußerlich betont, daß die Firma sich nicht dem Verband der Metallindustriellen oder einem anderen Arbeitgeber-Kampfverband anschloß. Umgekehrt hielten die Zeiss-Arbeiter darauf, alle Betriebsprobleme nur mit dem Arbeiterausschuß und nicht mit der örtlichen Gewerkschaft zu verhandeln, obwohl niemand daran gehindert wurde, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Als im Jahre 1909 in der Gewerbekommission des Reichstages die Frage behandelt wurde, ob auf gesetzlichem Wege in der gesamten Großindustrie Arbeiterausschüsse eingeführt werden sollten, gab die Firma Zeiss im Auftrage des Bundes Thüringer Industrieller ein „Memorandum“ dazu ab, dessen wichtigste Passagen lauteten: „Auf Grund allgemeiner Erwägungen und unserer vieljährigen Erfahrungen glauben wir, daß die Großindustrie keine Veranlassung hat, sich gegen die in der Gewerbekommission des Reichstages beantragte Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse zu wehren. Für den Großbetrieb ist ein Vertretungskörper der in ihm tätigen Arbeiterschaft nicht nur nützlich, sondern stellt sogar eine organisatorisch notwendige Einrichtung zur zweckmäßigen Leitung der Fabrik dar. Erforderlich ist natürlich eine richtige Abgrenzung der Kompetenzen eines Arbeiterausschusses. Die Verantwortung für die Leitung des Betriebes hat die Fabrikdirektion, diese kann ihr von niemandem abgenommen werden. Um aber sachlich richtige Entscheidungen treffen zu können, muß sie sich allseitig informiert halten. Es muß ihr daher auch daran liegen, Informationskanäle zur Arbeiterschaft offen zu haben. Die Fühlungnahme mit dieser kann aber nicht durch einige, zufällig den Direktoren bekannte Arbeiter geschehen, sondern muß durch ordnungsgemäß gewählte, zur Vertretung der gesamten Arbeiterschaft beru-

fene Organe vor sich gehen. Ohne diese bildet sich leicht in der Arbeiterschaft ein Chaos von Meinungen, Stimmungen, Mißstimmungen, Klagen, Wünschen und Forderungen, mit dem die Fabrikleitung nichts anfangen kann und aus dem sich leicht zugespitzte Situationen ergeben. Es ist die natürliche Aufgabe des Arbeiterausschusses, dieses Durcheinander zu sortieren, durchzusieben und die geklärten Tatsachen und die formulierten, mit Gründen versehenen Anträge an die Leitung zu bringen...

Andererseits ist es zur Erhaltung des gegenseitigen Vertrauens nicht unwichtig, daß die Leitung in der Lage ist, ihren Standpunkt... deutlich vor Vertretern der Arbeiterschaft darzulegen. Vielen mißverständlichen Auffassungen wird dadurch die Spitze abgebrochen. Kein moderner Großbetrieb wird auf die Dauer ohne Schaden auf ein Sprachrohr seiner Arbeiterschaft verzichten können. Es ist fast selbstverständlich, daß auch durch unseren Arbeiterausschuß gelegentlich einseitige und übertriebene Anträge und Forderungen gestellt worden sind, die wir dann mit Begründung klar und entschieden abgelehnt haben. Im ganzen müssen wir aber sagen, daß wir die Einrichtung des Arbeiterausschusses für unseren Betrieb nicht mehr entbehren möchten. Abgesehen davon, daß die Gelegenheit zur Aussprache wohlthätig auf die Beziehungen zwischen Fabrikleitung und Arbeiterschaft einwirkt, ist es uns möglich gewesen, auf die Anregung des Arbeiterausschusses hin manche berechnete Klagen und Beschwerden in den Betriebsabteilungen abzustellen, Wünsche zu erfüllen und Fortschritte anzubahnen... Besonders wichtig ist es aber nach unserer Erfahrung, daß durch Vermittlung des Arbeiterausschusses alle berechtigten und unberechtigten Beschwerden, vorhandene Unzufriedenheit und Mißstimmungen, falsche Gerüchte und Auffassungen rechtzeitig zur Kenntnis der Geschäftsleitung oder ihrer Organe gelangen, geprüft, geklärt und korrigiert werden konnten... So stellt der Arbeiterausschuß dreierlei dar:

1. Eine fortlaufende Informationsquelle für die Leiter des Werkes, damit diese für ihre Maßnahmen auch von anerkannten Vertretern der Arbeiterschaft sachliche Unterlagen gewinnen;
2. ein Verhandlungsorgan der eigenen Arbeiterschaft, mit dem sich die Geschäftsleitung über Fragen des Arbeitsvertrages etc. verständigen kann;
3. ein Ventil, durch das sich vorhandene Mißstimmung und Unzufriedenheit rechtzeitig äußern kann, bevor sie sich zu unerwünschten Konflikten verdichtet.³⁷

Trotz der anfänglichen schlechten Erfahrungen stand die Firma also dennoch positiv zu ihrer Schöpfung einer Betriebsvertretung. Aber es wurde auch aus den Fehlern gelernt. Im gleichen Jahre 1909, in dem sich die Geschäftsleitung so grundsätzlich über die Arbeiterausschüsse äußerte, wurde der Be-

³⁷ Ebd., S. 186 ff.

triebsvertretung und auch den Abteilungsvertretern eine neue Satzung gegeben, in der die im Verlauf der Zeit erworbenen neuen Rechte und Kompetenzen schriftlich fixiert wurden³⁸. Anstelle des „Mammut-Ausschusses“ und der „Siebener-Kommission“ trat ein 15köpfiger Arbeiterausschuß, der nicht mehr wie bisher nach dem Mehrheits-, sondern nach dem Verhältniswahlsystem gebildet wurde, wobei die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und die Unorganisierten erstmals berücksichtigt wurden. Der neue Ausschuß wählte dann eine „Siebener-Kommission“, die wie zuvor den geschäftsführenden Ausschuß für das „Arbeiterparlament“ bildete. Ferner wurde auf 15 Personen ein Abteilungsvertreter gewählt, der die besonderen Wünsche seiner Abteilung zu vertreten hatte. Für die Verkleinerung des Ausschusses, die an sich als berechtigt anerkannt wurde, verlangten die gewerkschaftlich Organisierten als Ersatz, daß die Geschäftsleitung in einer Art „Fragestunde“ vor der Betriebsversammlung dem Arbeiterausschuß Rede und Antwort stehen sollte. Als die Zeiss'sche Geschäftsführung diese Forderung ablehnte, beteiligten sich die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer nicht an den Ausschußwahlen 1910, so daß nur Angehörige der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und Unorganisierte gewählt wurden. Erst zwei Jahre später nach dem Inkrafttreten der neuen Satzung war auch diese Klippe umschifft, und der Arbeiterausschuß konnte wieder seine volle Wirksamkeit wie zuvor entfalten.

Als letztes markantes Beispiel für das konstitutionelle Fabriksystem ist schließlich die *Tonwarenfabrik Bärensprung & Starke* in Frankenau bei Mittweida (Kreis Rochlitz) in Sachsen zu erwähnen. Der 1881 dort ins Leben gerufene „Fabrikausschuß“³⁹, der im übrigen ausnahmsweise ohne das Rückgrat eines Fabrikkrankenkassenvorstandes entstanden war und daher anfänglich das heftige Mißtrauen der sozialdemokratisch eingestellten Arbeiter zu überwinden hatte, trug auffallend ähnliche Züge wie die Einrichtung von *Heinrich Freese*. Dem Ausschuß gehörten nach der Fabrikordnung ein Werkführer (Meister), ein Buchhalter und drei von ihren Kollegen erwählte Arbeiter an. Diese wachten über die Innehaltung der Fabrikordnung, entschieden über die zu verhängenden Strafen bei Übertretungen, verwalteten die Betriebskassen und führten den Vorsitz bei den „Arbeiterversammlungen“⁴⁰. Diese Betriebsversammlungen hatten aber eine größere Bedeutung als in der *Freese'schen* Fabrik. Sie konnten auch gegen den Willen des Arbeitgebers auf Beschluß des Fabrikausschusses oder wenigstens von zehn Arbeitern einberu-

³⁸ Das Arbeitsverhältnis im Jenaer Zeisswerk, Jena 1919, S. 25 und Schomerus, Geschichte des Jenaer Zeisswerkes aaO, S. 185.

³⁹ Über den Fabrikausschuß vgl. Schreiben des Fabrikbesitzers Kurt Starke an den Verein für Sozialpolitik vom 4. Juni 1890, nebst einer Fabrikordnung. In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 108.

⁴⁰ Nach §§ 13 und 17 der Fabrikordnung, vgl. Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 111 ff.

fen werden. Dort berichtete der Ausschuß über „sämtliche, die Arbeiter betreffenden Vorkommnisse in der Fabrik, als da sind

- a) Veränderung in dem Personalstand,
- b) Unglücksfälle und deren Folgen,
- c) vorgekommene Bestrafungen,
- d) die Verhältnisse der Sparkasse und der allgemeinen Hilfskasse und
- e) die Angelegenheiten der Fabrikwirtschaft.“⁴¹

Kurt Starke, der Inhaber der Tonwarenfabrik, bemühte sich wie Freese um die Ausbreitung seiner Idee, wie seine „Aufforderung zur Errichtung von Arbeiterausschüssen“ in der Zeitschrift „Volkswohl“, sein Briefwechsel mit Julius Post in Hannover und die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren beweisen⁴². Man dürfe nicht glauben, schrieb Starke, „daß die Arbeiter sofort bereitwillig auf meine Idee eingegangen sind; nein, mit schweren Kämpfen und unter schweren Geduldsproben habe ich mir das jetzt unter uns waltende Vertrauen errungen. Ich glaube aber auch, daß dies durch keinen äußeren Einfluß mehr erschüttert werden kann... Angelegenheiten wie Streik – Achtstundentag – Feier des 1. Mai usw. spielen deshalb bei uns gar keine Rolle, würden aber zwischen uns in der ruhigsten Weise besprochen und gewiß im Sinne der Vernunft erledigt werden. Also noch einmal: Gründet in Euren Arbeitsstätten Arbeiterausschüsse! Rüstet Euch aber mit Geduld und verzagt nicht gleich, wenn ihr anfangs trübe Erfahrungen macht! Die Hand, welche sich mit wahrer Menschenliebe dem Arbeiter immer wieder entgegenstreckt, wird endlich doch ergriffen und festgehalten.“

Auf Starkes Anregungen hin wurde im August 1888 der „Verein der Arbeitgeber des Amtsbezirkes Mittweida“ gegründet, der sich in seiner Satzung an den „Verein der anhaltischen Arbeitgeber“ unter Wilhelm Oechelhäuser anlehnte. Der Verein ließ in den 26 angeschlossenen Fabriken ein Plakat „An unsere Arbeiter“ anschlagen, in dem es u. a. hieß: „Eine große Zahl der Arbeitgeber des Amtsbezirkes Mittweida hat sich nach dem Vorgang anderer Landesteile zu dem Zweck vereinigt, die Verbesserung der sozialen Stellung und des allgemeinen Wohlbefindens des Arbeiterstandes sowie ein friedliches und freundschaftliches Zusammenwirken der Arbeitgeber und ihrer Arbeiter nach Kräften zu fördern! Der Verein gibt sich der sicheren Zuversicht hin, daß die Arbeitnehmer die damit dargebotene Hand vertrauensvoll ergreifen und zur Erreichung dieses schönen Zieles kräftig beitragen werden.“⁴³

Nach der Vereinssatzung sollten überall in den Fabriken des Amtsbezirkes Mittweida, der sich am Ufer des Zschopauflusses am nördlichen Rand des

⁴¹ Nach § 14 der Fabrikordnung ebd.

⁴² Volkswohl, Jg. 14 (1890), Nr. 8. – Briefe an einen Arbeitgeber, hrsg. von Julius Post, Berlin 1890, und Amtliche Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren, Jg. 1887–1889.

⁴³ Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 166. Über den Arbeitgeberverband vgl. Funk und Sauer, Zur Geschichte der Stadt Mittweida, 1898.

Erzgebirges ausdehnte, Betriebsvertretungen gegründet werden. Betriebe bis zu zehn Arbeitern sollten nur einen Vertrauensmann, Betriebe mit zehn bis fünfzig Arbeitern einen Arbeiterausschuß erhalten, bei dem zwei Mitglieder durch die Arbeiter und ein Mitglied durch den Arbeitgeber gewählt werden sollten. Fabriken mit über fünfzig Arbeitskräften wurde empfohlen, einen Ausschuß mit drei gewählten und zwei ernannten Mitgliedern ins Leben zu rufen. Weibliche Arbeiter sollten zwar mitwählen, aber nicht wählbar sein. Nach den Vereinssatzungen waren den Arbeiterausschüssen bzw. den Vertrauensmännern folgende Befugnisse zugedacht:

1. Aufrechterhaltung der zwischen Arbeitgeber und Arbeiterausschuß vereinbarten Fabrikordnung, der Unfallverhütungsvorschriften und aller, das Interesse der Arbeiter, wie die Ehre und Wohlfahrt des Unternehmers betreffenden Anordnungen,
2. die Leitung und Beaufsichtigung der im Interesse der Arbeiter bestehenden oder noch durchzuführenden Wohlfahrtseinrichtungen,
3. die Führung aller Verhandlungen mit dem Arbeitgeber, welche im Interesse des Unternehmens wie der Arbeiter erforderlich sein sollten,
4. die Beaufsichtigung der jugendlichen Arbeiter und deren Anregung zur Ordnung und guten Sitte,
5. die Beurteilung aller ihm vom Arbeitgeber im Interesse des Unternehmens wie der Arbeitnehmer vorgelegten Fragen.

Nach einer Meldung der Zeitschrift „Concordia“ übernahmen neun größere Betriebe das Normalstatut des Vereins der Arbeitgeber des Amtsbezirkes Mittweida für einen Arbeiterausschuß. Auch in den anderen Betrieben schritt die Bildung der Betriebsvertretungen „langsam, aber sicher“ voran. Die Entwicklung würde noch bessere Fortschritte machen, hieß es, „wenn die Mitglieder sich der Frage persönlich annehmen wollten, anstatt sie ihren Beamten zu überlassen“⁴⁴.

5. Berichte der Fabrikinspektoren über die neuen Betriebsvertretungen

Die Zahl der von Unternehmern freiwillig eingerichteten Arbeiterausschüsse nahm am Ende der achtziger Jahre auf Grund der vielfachen Bestrebungen rasch zu. Einen ungefähren Anhaltspunkt über die Ausbreitung der ersten Arbeitervertretungen in der Industrie geben die „Amtlichen Mitteilungen“ der mit der Beaufsichtigung der Fabriken beauftragten Gewerbeinspektoren in den einzelnen deutschen Bundesstaaten. So enthalten die Jahresberichte der Fabrikinspektoren für die Aufsichtsbezirke Schleswig, Minden-Münster, Arnsberg, Kassel-Wiesbaden, Köln-Koblenz, Düsseldorf, Oberbayern, Pfalz, Meissen und Hamburg mehr oder weniger ausführliche Schilderungen über diese betrieblichen Gründungen.

⁴⁴ Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 167.

Eine vollständige und wirklich objektive Übersicht vermögen diese Berichte freilich nicht zu bieten, da die Fabrikaufsicht sich noch weitgehend in ihrem Anfangsstadium befand und auch in den verschiedenen Einzelstaaten nicht einheitlich gehandhabt wurde. Ein großer Nachteil dieser Berichte war es, daß sie nur auszugsweise und meistens erst nach einer zweimaligen Zensur veröffentlicht wurden. Die erste Siebung fand in den Ministerien der Bundesstaaten statt, an welche die Aufsichtsbeamten ihre Berichte einreichten, eine zweite Kontrolle bei dem für die Publikation zuständigen Reichsamt des Innern. Auch waren die Berichte insofern unvollständig, weil die Gewerbeaufsichtsbezirke im allgemeinen so groß waren, daß es einem Beamten völlig unmöglich war, selbst nur die wichtigsten gewerblichen Anlagen in seinem Bezirk im Laufe eines Jahres zu besichtigen. Nur ein Bruchteil der Unternehmungen konnte daher von ihm erfaßt werden. Zudem fehlten manchem Aufsichtsbeamten, was wohl als der größte Nachteil bezeichnet werden muß, die notwendigen volkswirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Kenntnisse, um die richtige Bedeutung eines Arbeiterausschusses für die Pflege der betrieblichen Beziehungen zu erkennen. Alle diese Umstände zusammengekommen mindern den Wert dieser Berichte. Wenn trotz dieser offensichtlichen Mängel und Schwächen die Jahresberichte der Fabrikinspektoren hier als eine wichtige Quelle herangezogen werden, dann nur aus folgenden Gründen: Durch die Berichte gewinnt man wenigstens ein ungefähres Bild über die Ausbreitung der freiwilligen Betriebsvertretungen vor dem Erlaß der entsprechenden Gewerbegesetzgebung. Zum anderen werden die so außerordentlich unterschiedlichen Gründungen erstmals zusammenfassend von einer größeren Ebene aus und nicht mehr einseitig vom Unternehmerstandpunkt aus betrachtet. Insofern behalten die Berichte für diese Untersuchung doch noch eine gewisse Bedeutung.

Nach den Berichten der Aufsichtsbeamten für den Bezirk Köln-Koblenz, in dem bis 1890 nur zwei Arbeiterausschüsse errichtet worden waren, „verhalten sich Arbeitgeber wie Arbeiter den darauf bezüglichen Anregungen gegenüber im allgemeinen noch ablehnend“. Nach Meinung der Berichtersteller wurden die verschiedensten, „oft nicht stichhaltigen“ Gründe dagegen angeführt. Am häufigsten wurde nach ihren Angaben eingewendet, daß die gegenseitigen betrieblichen Beziehungen so erfreulich seien, daß die Gründung eines Arbeiterausschusses als nicht förderlich angesehen werden könne. Von anderer Seite wurde angeführt, der Betrieb sei noch so jung, die Arbeiterschaft noch so fremd oder so wenig seßhaft, daß eine Betriebsvertretung nicht in Frage komme. An verschiedenen Stellen stand der Bildung eines Arbeiterausschusses auch der Umstand entgegen, daß die weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte die Mehrzahl der Belegschaft ausmachten oder daß die Arbeiter einer Fabrik der Allgemeinen Ortskrankenkasse angehörten, „während doch der

natürliche Stamm für einen Ältestenrat in dem Kassenvorstand der Betriebskrankenkasse gegeben ist“¹.

Auch im rechtsrheinischen Teil des Aufsichtsbezirkes Düsseldorf begegneten die Anregungen zur Bildung von Arbeiterausschüssen besonders in der Großindustrie einer ablehnenden Haltung der Arbeitgeber, weil sie von der Einschlebung einer ständigen Zwischeninstanz störende Einflüsse für das Betriebsleben befürchteten, „selbst da, wo die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gut sind“. Auch zwei Jahre später konnte der Fabrikinspektor für den Bezirk Duisburg nur melden: „Die Zahl der Arbeiterausschüsse hat sich nicht vermehrt im Berichtsjahr; die Großindustrie verhält sich gegenüber den Anregungen zur Bildung der Ausschüsse noch immer größtenteils ablehnend.“

Wo sich dennoch solche Ausschüsse gebildet hatten, wurde ein äußerst günstiges Wirken berichtet. Als Beispiel wurde die *Spinnerei und Weberei Otto Böniger* in Duisburg² angeführt, in der seit 1890 ein Arbeiterausschuß in Tätigkeit war. Er setzte sich aus fünf Mitgliedern des Krankenkassenvorstandes und vier alljährlich von den Arbeitern gewählten Vertretern zusammen. Das vierteljährlich unter dem Vorsitz des Unternehmers tagende Gremium beriet nach den Protokollen über „mildere Handhabung der Bestrafungen bei Zuspätkommen, Bewilligung des Akkordpreises auch für jugendliche Arbeiter, Vermehrung der Arbeiterwohnungen, Fortzahlung des Lohnes bei zeitweiligem Spulenmangel, besserer Ventilation der Arbeitssäle, Überarbeiten nach vorausgegangenen Betriebsstörungen oder lebhaftem Geschäftsgang u. ä.“³. Ebenso fiel es nach dem Jahresbericht der Fabrikinspektoren im Bezirk Dresden nicht leicht, den Boden für Arbeiterausschüsse zu ebnen, „da einerseits die Arbeitgeber, durch unliebsame Vorkommnisse gereizt, sich vielfach nicht überwinden können, den ersten Schritt zu tun. Überdies scheinen viele Industrielle von einer bänglichen und gedrückten Stimmung erfaßt zu sein, weil sie zu der stetigen und gedeihlichen Entwicklung des Gewerbes kein volles Zutrauen haben; eine Stimmung, welche durch die vielfach unbefriedigenden Beziehungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern noch herabgedrückt wird und dem Gefühl der Unsicherheit fortgesetzt Nahrung zuführt“.

Über günstige Erfolge bereits bestehender Betriebsvertretungen berichteten die Mitteilungen für die Bezirke Schleswig und Arnberg. In Schleswig hatten im Verlaufe eines siebenmonatigen Streiks der Glasarbeiter die Arbeiter einer Glashütte bis auf wenige Ausnahmen sich verpflichtet, die in anderen Hütten

¹ Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten, zusammengestellt im Reichsamt des Innern, Jg. 15 (1890), Berlin 1891, S. 123.

² Walter Ring, Geschichte der Duisburger Familie Böniger (Privatdruck), Duisburg 1930. – H. Averdunk und W. Ring, Geschichte der Stadt Duisburg, Essen 1927.

³ Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten . . . aaO, Jg. 18 (1893), S. 247 ff.

abgelehnte Forderung durchzusetzen und in ihrem Fachverein zu bleiben. In dieser Hütte wurde dann ein aus Arbeitern und Beamten bestehender Ausschuß aus Vertrauensmännern gebildet, dem die Aufgabe übertragen wurde, alle diesbezüglichen Streitfragen mit dem Hüttenbesitzer durchzusprechen. „Durch Eingehen auf verständige Wünsche der Leute ist bisher der Frieden erhalten geblieben“, hieß es in dem Bericht, „und diesem Umstande ist es wohl auch zu danken, daß die Ausstandsbewegung in der Fabrik keinen Boden fand. Ähnliche Einrichtungen bestehen auch noch in einigen anderen Anlagen und auch in denselben kann ... von einem guten Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern berichtet werden“⁴.

Im Aufsichtsbezirk Arnsberg ging der Streit um eine geringfügige Angelegenheit. Ein Fabrikgebäude, das sich in langer Ausdehnung am Volme fluß hinzog, hatte nur zwei Ausgänge, einen am oberen und einen am unteren Ende. Als nun der obere Eingang, der nur wegen eines Anschlußgleises entstanden war, geschlossen wurde, waren alle Arbeiter unzufrieden, die an der oberen Volme wohnten und diesen Ausgang nicht mehr benutzen konnten. Die Wiedereröffnung sollte sogar durch eine Arbeitsniederlegung erzwungen werden. Nur durch Beratung im Arbeiterausschuß erfuhr die Werksleitung von der bestehenden Aufregung, die dann durch Wiedereröffnung des oberen Ausganges schnell beseitigt wurde.

Besonders hervorgehoben wurde in den Jahresberichten der Fabrikinspektoren der Arbeiterausschuß in der *Mechanischen Bautischlerei Bad Oeynhaus* im Bezirk Minden⁵, die 230 Arbeiter beschäftigte. Der aus 12 Vertrauensmännern bestehende Ausschuß hatte aus seiner Mitte einen Obmann ernannt, der den Verkehr mit der Direktion vermittelte. Die regelmäßigen Zusammenkünfte fanden in der ersten Woche eines jeden Vierteljahres statt, wobei der Direktion die Wünsche der Arbeiter drei Tage vorher mitzuteilen waren. Als Gegenstand der Mitbestimmung wurde hervorgehoben: „Verminderung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden und eine den höheren Lebensmittelpreisen entsprechende Lohnerhöhung, Mitteilung der Akkordpreise bei Übergabe der Akkordarbeit, nachträgliche Bewilligung des Urlaubs und Fortfall der Strafe, wenn infolge eines unvorhergesehenen Zwischenfalls ein Arbeiter sich verspätet hatte, Verdoppelung der Preise für Überstunden, frühzeitige Benachrichtigung der Arbeiter, die Überstunden machen sollten, Materialausgabe in dringenden Fällen auch außerhalb der festgesetzten Zeit, Anbringung von Lüftungseinrichtungen, Schutzvorrichtungen gegen Staub und Sonnenwirkung, Ausbildung der Lehrlinge, Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde auf die Dauer von vier Wochen zur Erledigung

⁴ Ebd., S. 124.

⁵ Statut betr. den Arbeiterausschuß der Aktiengesellschaft Mechanische Bautischlerei und Holzgeschäft in Oeynhaus. In: Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten ... aaO, S. 291.

eiliger Aufträge, Errichtung von Arbeiterwohnungen sowie Vergrößerung des Speisesaals.“⁶ Alle diese Punkte wurden nach gründlicher Diskussion in vier ordentlichen und einer außerordentlichen Sitzung zur allseitigen Zufriedenheit erledigt. Von einer Vermittlung bei Streitigkeiten mußte dabei kein Gebrauch gemacht werden. „Bestens bewährt“ soll sich auch ein Arbeiterausschuß haben, den die Münchener *Gießerei F. S. Kustermann* 1890 nach dem Bericht des Aufsichtsbeamten für den Bezirk Oberbayern ins Leben gerufen hatte⁷. Im Aufsichtsbezirk Pfalz wurden im Jahre 1890 zum ersten Mal in drei Fabriken Arbeitervertretungen festgestellt. So stellte in der *Nähmaschinenfabrik G. M. Pfaff AG* in Kaiserslautern anläßlich der Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der den Vorsitz führende Fabrikant *H. Pfaff* den Antrag, die Arbeiter möchten aus ihrer Mitte einen Ausschuß wählen, mit dem die Arbeiter betreffende Angelegenheiten beraten werden könnten. Der Vorschlag wurde von den anwesenden Arbeitern beifällig aufgenommen und sechs Arbeiter als Ausschußmitglieder und zwei als Beisitzer gewählt. Statuten waren zur Zeit der Besichtigung des Aufsichtsbeamten noch nicht ausgearbeitet⁸.

In der *Schuhfabrik Heimann* in Schweinfurt gab es einen Arbeiterausschuß aus vier Belegschaftsangehörigen, der auf drei Jahre durch die Arbeiter in geheimer Wahl gewählt wurde und dem ein vom Arbeitgeber ernannter Werkführer angehörte. Der Ausschuß wählte aus sich einen Obmann, der die Verhandlungen leitete und über die mit einfacher Mehrheit gefaßten Beschlüsse Protokoll führte. Wahlfähig war jeder Arbeiter der Schuhfabrik, der das 25. Lebensjahr vollendet und seit wenigstens fünf Jahren im Betrieb war. Der Ausschuß, der aber erst wenige Male zusammengetreten war, hatte bis zur Besichtigung durch den Aufsichtsbeamten bei der Feststellung der Fabrikordnung und bei der Verwaltung der Strafgelder mitgewirkt, die zur Unterstützung in Not geratener Arbeiter bestimmt waren.

Auch über die zehnköpfige Arbeitervertretung bei dem *Eisenwerk Kaiserslautern*, dessen Statuten überliefert sind, ließ sich wegen der Kürze des Bestehens noch nichts Besonderes vermelden⁹. Aus dem Statut ging aber hervor, daß die Arbeitervertretung – wie üblich – aus dem Fabrikkranken-

⁶ Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten ... aaO, S. 125.

⁷ Bestimmungen für den Arbeiterausschuß der Gießerei und Werkstätten von F. S. Kustermann. In: Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten aaO, S. 293.

⁸ Ebd., S. 126 und Erich Lüth u. a., *Die Nähmaschinenfabrikation G. M. Pfaff AG* Kaiserslautern, Leipzig 1936. In: *Musterbetriebe der Wirtschaft*, H. 32.

⁹ 75 Jahre Eisenwerk Kaiserslautern. Ein modernes Emailierwerk wird aus Anlaß des Jubiläums dem Betrieb übergeben, 20. September 1939. – Statut der Arbeitervertretung des Eisenwerks Kaiserslautern. In: Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten ... aaO, S. 295 ff. und Ergebnisse einer Erhebung über die in Bayerischen Fabriken und größeren Gewerbebetrieben zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen, hrsg. vom Kgl. Staatsministerium des Innern, München 1874, S. 24.

vorstand entstanden war. Die Vorstände der Krankenkassen bildeten zugleich die Arbeitervertretung, auch wenn sie nicht dafür direkt gewählt waren.

Interessanterweise erwähnten die Jahresberichte der Fabrikinspektoren auch einen Arbeiterausschuß in der hier schon ausführlich beschriebenen *New York-Hamburger Gummi-Waaren-Compagnie* in Hamburg-Harburg. Bei dieser Betriebsvertretung bestand ein sogenannter „Großer Ausschuß“ aus 18 Personen und ein „Kleiner Ausschuß“ aus drei Personen. Der erste Ausschuß trat alle drei Monate, der zweite monatlich zusammen. Die Geschäftsleitung wählte zu diesen Ausschüssen von sich aus sechs Mitglieder (in den „Kleinen Ausschuß“ ein Mitglied), die Belegschaft zwölf bzw. zwei Vertreter. Den Vorsitz führte der Chef bei den Beratungen, die im Betrieb beschäftigten Frauen waren wahlberechtigt, aber nicht wählbar. Der Ausschuß wurde zur Regelung vielfältiger Wünsche und Beschwerden herangezogen, jedoch war das Akkord- und Lohnwesen darin nicht einbegriffen.

Erwähnenswert aus den Jahresberichten von 1890 sind schließlich noch drei Arbeiterausschüsse, die in den Enquêtes des Vereins für Sozialpolitik usw. nicht erfaßt waren. In dem ersten Fall handelt es sich um den Arbeitervorstand bei der *Tuchfabrik C. Lückerrath* in Euskirchen bei Bonn¹⁰. Der sechsköpfige, einmal monatlich zusammentretende Arbeitervorstand war den Ausschüssen des Linksrheinischen Vereins für Gemeinwohl nachgebildet. Die Verwandtschaft mit der sozial-ethischen Richtung ging besonders aus der Bestimmung hervor, daß die Betriebsvertretung vor allem auf die „gute sittliche Führung der jugendlichen Arbeiter außerhalb der Fabrik“ acht haben sollte. Auch der Ältestenrat der *Creuznacher Glashütte*¹¹, der zusammen mit dem Vorstand einer betrieblichen Unterstützungskasse am 1. 1. 1890 ins Leben trat, wurde „als das Haupt sämtlicher Fabrikangehörigen, die zusammen gleichsam eine Familie bilden“, in sozial-ethischer Weise aufgefaßt. In dem noch weitgehend handwerklichen Betrieb war der Ältestenrat aus dem jeweiligen Krankenkassenvorstand und weiteren sechs Mitgliedern gebildet worden. Diese wurden durch „geheime Stimmzettelnwahl von den Glasmachern und Motzern, den Tagelöhnern und Einträgern gewählt“. Wie bei *Brandts* und den Linksrheinischen Ausschüssen war auch hier die Ehrenrat- und Sittenrichterfunktion stark betont. Die Vermittlung von Streitigkeiten im Sinne eines Einigungsamtes, Beachtung und Änderung der Fabrikordnung, Unterstützung allgemeinnütziger Bestrebungen und Veranstaltungen sowie überhaupt „berechtigte Beschwerden und Wünsche einzelner Arbeiter sicher zum Ohr des Direktors zu bringen“ gehörten zu den Befugnissen des Ältestenrates.

¹⁰ Statut für den Arbeitervorstand der Tuchfabrik von C. Lückerrath in Euskirchen. In: Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten aaO, S. 296 ff.

¹¹ Satzungen für den Ältesten-Rath der Arbeiter der Creuznacher Glashütte in Creuznach. In: Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten ... aaO, S. 298 ff.

Im Aufsichtsbezirk Kassel-Wiesbaden fiel dem Aufsichtsbeamten der Arbeiterausschuß in dem *Hedderheimer Kupferwerk F. A. Hesse* auf¹². Nach dem vom 24. Dezember 1890 datierten Statut wurden aus den verschiedenen Betriebsabteilungen, die sich in der Hauptsache mit dem Herstellen von Kupferkabeln beschäftigten, 14 Vertrauensmänner gewählt. Die Firma hatte sich vorbehalten, die Hälfte der Mitglieder und den Vorsitzenden zu ernennen, sich aber dafür verpflichtet, „in der Regel alle die Fabrikordnung, Entlassungen, das Wohl des Einzelnen wie der Gesamtheit der Arbeiter betreffende Angelegenheiten dem Ausschuß zur Beratung“ vorzulegen, unbeschadet des Rechtes, auch unabhängig von der Betriebsvertretung Anordnungen zu treffen. Aus dem etwas weiter südlich gelegenen Bezirk Darmstadt wurde außerdem die Bildung eines sechsköpfigen Arbeiterausschusses bei der *Wagenfabrik und Eisengießerei Carl Schenck* in Darmstadt gemeldet, der seine Entstehung dem Erlaß einer umfangreichen Arbeitsordnung verdankte. Der Ausschuß, der in erster Linie die Unterstützungskasse zu verwalten hatte, konnte aber auch in Lohnfragen und sonstigen, die Arbeiter betreffenden Angelegenheiten von sich aus aktiv werden. Ingenieur *Emil Schenck*, der Geschäftsführer der Firma, schrieb später im Jahre 1910, daß man mit dem Arbeiterausschuß gute Erfahrungen gemacht habe. Durch das einfache Existieren einer Betriebsvertretung konnten in schwierigen Lagen ernstliche Meinungsverschiedenheiten mit der Geschäftsleitung vermieden werden, obwohl die Mehrheit der Belegschaft wie die der Ausschußmitglieder „straff organisiert“ war. Das gedeihliche Wirken des Ausschusses, der sich seinen Vorsitzenden und Schriftführer selbst wählte, wurde vor allem auf die Tatsache zurückgeführt, daß die Direktion sich persönlich um die auf den Sitzungen vorliegenden Fragen kümmerte und auch anwesend war¹³.

6. Die Beurteilung der freiwilligen Arbeiterausschüsse

Mit der Ausbreitung der Arbeiterausschüsse in der deutschen Industrie mehrten sich die Stimmen der Anerkennung – aber auch die der heftigen Kritik. Individuelle Erfahrungen der Unternehmer mit ihren Betriebsvertretungen wurden von den sich gerade erst bildenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den politischen Parteien und Kirchen mit mehr oder weniger Sachkenntnis kommentiert oder glossiert. Neben die leidenschaftlichen Verfechter einer Arbeitervertretung im Betrieb, die in überspannter

¹² Satzungen für den Arbeiterausschuß des Kupferwerkes von F. A. Hesse in Hedderheim. In: Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten ... aaO, S. 302, und Hedderheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke AG, Frankfurt/M. und Mannheim. Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der AG und des 65jährigen Bestehens des Unternehmens 1853–1893–1918, Frankfurt/M. 1918.

¹³ Arbeitsordnung der Wagenfabrik und Eisengießerei von Carl Schenck in Darmstadt. In: Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten ... aaO, S. 110. – Technik und Wirtschaft, Jg. 3 (1910), S. 57 f.

Weise diese am liebsten zum Prüfstein der ganzen „Arbeiterfrage“ machen wollten, traten ebenso radikale Sprecher, welche die neue Institution in Bausch und Bogen mit den schärfsten Ausdrücken ablehnten. Zwischen diesen beiden extremen Ansichten bewegten sich die übrigen Stimmen der öffentlichen Meinung.

a) Die Debatte der Kathedersozialisten

Von größter Bedeutung für die öffentliche Diskussion war es zunächst, daß sich die im 19. Jahrhundert unbestrittene Autorität genießende Wissenschaft dem Problem der Betriebsvertretung wie zur Zeit des Vormärz wieder zuwandte und eine Reihe von „Kathedersozialisten“, d. h. die in der sozialen Frage tätigen Nationalökonomien der jüngeren Historischen Schule, das Gewicht ihrer Stimme zugunsten der Arbeiterrausschüsse in die Wagschale warfen¹. Diese Gelehrten vertraten in scharfer und grundsätzlicher Auseinandersetzung mit der in den siebziger und achtziger Jahren noch vorherrschenden Freihandelschule den Gedanken einer prinzipiellen Gleichberechtigung des Arbeiters in der Wirtschaft. Sie beschäftigten sich schon deshalb mit den Arbeiterrausschüssen, weil sie im Gegensatz zu den Anhängern des „Manchestertums“ Politik und Wirtschaft nicht als zwei getrennte Bereiche, sondern im Hinblick auf eine staatliche Sozialreform als zwei korrespondierende Größen betrachteten, die in einem wechselseitigen Verhältnis stehen. In ihrer vom Deutschen Idealismus und Historismus her geprägten Ethik wurde der Staat nicht wie bei den orthodoxen Freihändlern als eine Quelle der ökonomischen und sozialen Übel und als ein Zweckverband der Individuen angesehen, dessen Macht möglichst beschränkt werden müsse, sondern als ein sittlicher Organismus und eine nach höheren Zielen handelnde menschliche Gemeinschaft, die im Interesse der Allgemeinheit die Freiheit einzelner Glieder, also auch der Unternehmer, im besonderen Fall beschneiden könne. Auch die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft wurden im Gegensatz zur Ideologie der liberalen Freihandelslehre wie der übergeordnete Staat als letztlich nach ethischen Prinzipien ausgerichtete Organismen betrachtet, in denen der Entfaltung des Individuums und seiner persönlichen Selbstbestimmung Raum gegeben werden müsse.

Zur Zeit der Reichsgründung, als erst wenige Arbeiterrausschüsse existierten

¹ Über den „Kathedersozialismus“, der von einem Schimpf- zu einem Ehrennamen wurde, referierten schon einige seiner bedeutendsten Vertreter. Vgl. Adolph Wagner, Sozialismus, Sozialdemokratie, Katheder- und Staatssozialismus, Berlin 1875. – Ders., Die Strömungen der Sozialpolitik und der Katheder- und Staatssozialismus, in: Deutsche Akademische Schriften, Jg. 1912. – Heinrich Herkner, Die Arbeiterfrage, 5. Aufl., Berlin 1908, S. 544. – Zusammenfassende Darstellung bei Hans Gehrig, Die Begründung des Prinzips der Sozialreform. Eine literaturhistorische Untersuchung über Manchestertum und Kathedersozialismus, Jena 1914, und neuerdings bei Karl Erich Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz, Wiesbaden 1957, S. 33 ff.

und ihr Dasein kaum bekannt war, brach der württembergische Staatsrat Friedrich Bitzer in einer kleinen Studie über das Verhältnis von Arbeit und Kapital eine erste Lanze für die neuen Betriebsvertretungen. Bitzer, der die Vorträge des Kathedersozialisten Albert Schäffle über die „Versöhnung der Gegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital“ Ende der sechziger Jahre gehört hatte², versuchte darin den Nachweis zu führen, daß Verabredungen zwischen Unternehmern und Arbeitern über ihre gegenseitigen Rechtsverhältnisse bei der Größe der Fabrikbetriebe und der zunehmenden Fluktuation der Arbeitskräfte in Zukunft nur noch durch betriebliche Vertretungskörperschaften geregelt werden könnten. „Die Bildung von Arbeiterrausschüssen“, schrieb Bitzer im Jahre 1871, „ohne deren Zustimmung die Feststellung und Abänderung der Arbeitsbedingungen für die in den Unternehmungen beschäftigten Arbeiter nicht rechtsverbindlich ist, muß als eine wesentliche Forderung bezeichnet werden, wenn damit Ernst gemacht werden soll, daß den Arbeitern gegenüber von dem Unternehmer diejenige Stellung eingeräumt wird, welche ihnen eine persönliche Unabhängigkeit gewährleistet.“³ Der Stuttgarter Staatsrat stellte dann die unmißverständliche Forderung auf, daß für die Großbetriebe nur noch solche vom allgemeinen Recht abweichende Arbeitsbedingungen als rechtsverbindlich anerkannt werden sollten, die zwischen dem Unternehmer und einem von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählten Vertretungsorgan vorher vereinbart worden waren.

Bitzer gehörte zu den Eisenachern Gründungsmitgliedern des „Vereins für Socialpolitik“, der seit 1873 durch seine Diskussionen über wirtschafts- und sozialwissenschaftliche sowie sozialpolitische Probleme auf den alle zwei Jahre stattfindenden Generalversammlungen und durch die Veröffentlichung

² Albert Schäffle, Kapitalismus und Socialismus mit besonderer Rücksicht auf Geschäfts- und Vermögensformen, Vorträge zur Versöhnung der Gegensätze von Lohnarbeit und Kapital, Tübingen 1870. – In dem 10. Vortrag, der sich mit Karl Georg Winkelblechs System des ökonomischen Föderalismus auseinandersetzte, sagte Schäffle, die ideologische Parallelität von einer demokratischen Verfassung in Staat und Wirtschaft unterstreichend: „Ein politisch sich selbst regierendes Volk wird auch zur geschäftlichen Selbstbestimmung befähigt sein, und umgekehrt ist die geschäftliche Selbstregierung die Elementarschule der politischen Selbstregierung. Fabrikproletarier und Tagelöhner von Herrengütern werden leicht Stimmvieh ihrer Herren oder wüster Wahlpöbel, keinesfalls das Material, aus welchem freie Staaten geschnitten werden. Das tägliche Sichbeherrschen und Mitherrschen, Controlirtwerden und Controlieren in der Genossenschaft erzieht auch zur politischen Mündigkeit für das Gemeinde- und Staatsleben.“ (S. 293) Spezielle Vorschläge für eine Betriebsvertretung wurden von Schäffle, der die Familie und die Genossenschaft zur Grundlage der gesamten Wirtschaft machen wollte, nicht gemacht, da es ihm nur um die großen Linien beim „Bau und Leben des sozialen Körpers“ ging. Interessanterweise verwandte er erstmals den Ausdruck „industrielle Partnerschaft“ im heutigen Sinne.

³ Friedrich Bitzer, Kapital und Arbeit. Ein Beitrag zum Verständnis der Arbeiterfrage, Stuttgart 1871, S. 268. Vgl. dazu Bitzers ähnliche Ausführungen in: Der freie Arbeitsvertrag und die Arbeitsordnung, Stuttgart 1872.

der „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“ zum Sammelbecken der neuen sozialreformerischen Bestrebungen der „Kathedersozialisten“ wurde⁴. Die hier zusammenkommenden Wissenschaftler, Beamten und Wirtschaftsführer, die bald zu einem beachtlichen Faktor der öffentlichen Meinung wurden, bildeten in der Frage der Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern zwei große Lager. Während man sich über das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Notwendigkeit einer Schaffung von Vertretungsorganen ebenso einig war wie z. B. über die Bejahung des Streikrechtes als Kampfmittel aller in der Privatwirtschaft Abhängigen, gab es über die Art und Weise, wie die Interessen der Arbeiter am besten vertreten werden sollten, recht geteilte Meinungen.

Die Führer der einen Gruppe, der Nationalökonom *Lujo Brentano* und der damalige Straßburger Privatdozent *Heinrich Herkner*, waren für eine möglichst unbeschränkte Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Nach dem Muster der „Trade Unions“, die *Brentano* in England eingehend studiert und beschrieben hatte, befürworteten sie in erster Linie die Bildung überbetrieblicher „Arbeitertugenden“ und „Gewerkvereine“⁵. Nach ihrem Willen sollten diese gewerkschaftsähnlichen Arbeiterorganisationen im bürgerlichen Sinne rechtsfähig werden und durch sie der Arbeiter in den Stand versetzt werden, „vereint den Kampf der wirtschaftlichen Interessen mit den Stärkeren aufzunehmen und zu bestehen“⁶. Durch die Verleihung des Rechtsstatus hofften *Brentano* und seine Anhänger, den Arbeiterorganisationen von Anfang an solche Macht zu geben, daß die Arbeitgeber zu friedlichen Verhandlungen gezwungen und Lohnkämpfe in Form von Streiks bald der Vergangenheit angehören würden.

Die innerbetrieblichen Arbeiterausschüsse wurden von *Brentano* nicht direkt abgelehnt. An den Dessauer Generaldirektor *Wilhelm Oechelhäuser* und seine Bemühungen auf diesem Gebiet erinnernd, wies er besonders auf die Funktionen der Betriebsvertretungen beim Aufstellen einer Arbeitsordnung hin. „Mit den Arbeiterausschüssen“, sagte er, „wird vor allem das Dun-

⁴ Vgl.: Die Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage am 6. und 7. Oktober 1872 (Verhandlungen), Leipzig 1873. – Else Conrad, Der Verein für Sozialpolitik und seine Wirksamkeit auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeiterfrage, Leipzig 1906. – Die Schrift von Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 188, Berlin 1939, ist wissenschaftlich wertlos.

⁵ *Lujo Brentano*, Zur Geschichte der englischen Gewerkschaften, Leipzig 1871. – Ders., Die Arbeitergilden der Gegenwart, 2 Bde., Leipzig 1871/72. – Ders., Artikel „Gewerkschaften“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl., Jena 1898–1901 und 3. Aufl., Bd. 4, Jena 1909. – Ders., Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931.

⁶ Ders., Die gewerbliche Arbeiterfrage. In: Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, Tübingen 1882, S. 937. In dem Beitrag nahm *Brentano* zur Sozialpolitik der Unternehmer Stellung und verglich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit dem des Feudalherren zu seinen Hörigen, was von den Unternehmern mit großer Empörung aufgenommen wurde.

kel, in das bisher viele Fabrikordnungen gehüllt waren, und damit der ihrer Handhabung anhaftende Verdacht der Willkür beseitigt. Es kommt nunmehr darauf an, welchen Nachdruck die Arbeiter ihrer Stimme verleihen, wenn sie über den Inhalt der Arbeitsordnung vernommen werden. Wo Arbeiterausschüsse bestehen, welche bei der Handhabung derselben und besonders bei Strafanwendung beteiligt werden, erscheint auch einem der schlimmsten und erbitterndsten Mißbräuche, der Brutalität der Unterbeamten, eine Schranke gezogen.“⁷ *Brentano* ging aber auch bei den Arbeiterausschüssen nicht von einer alles überwölbenden Betriebsgemeinschaft aus, sondern sah in dem Unternehmer und in dem Arbeiter immer wieder nur die Kontrahenten eines Arbeitsvertrages. Strikt wandte er sich gegen die Annahme einer Interessensharmonie und betonte die Unterschiede. In seinen Augen mußte es das Ziel sein, den „freien“ Arbeitsvertrag, der sich als unwahr und in Wirklichkeit als ein unumschränktes Herrschaftsverhältnis im Betrieb mit „gemeingefährlichen Mißständen“ herausgestellt hatte, in ein tatsächliches, von den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt ausgehandeltes Vertragsverhältnis umzuwandeln.

Während *Brentano* in dieser Weise für eine Stärkung der Gewerkschaften eintrat und den in seinen Augen weniger mächtigen Arbeiterausschüssen eine nicht so große Bedeutung bei der Sozialreform beimaß, wollte *Adolph Wagner*, ein anderer markanter Vertreter der jüngeren Historischen Schule, vor allem staatliche und kommunale Einrichtungen, wie z. B. Arbeitsnachweise und Arbeitsämter schaffen, um die Regelung des Arbeitsvertrages nicht mehr allein den Unternehmern zu überlassen⁸. Um die Arbeiter vor Benachteiligungen zu schützen, wünschte sich *Wagner* eine Einschaltung des Staates in diese Frage. Wenn er auch für ein Koalitionsrecht der Arbeiter eintrat, so scheute er doch eine zu große Machtfülle der Gewerkschaften.

Auch *Brentanos* großer Antipode, der zuerst in Straßburg und dann in Berlin lehrende Nationalökonom *Gustav Schmoller*, war gegen eine zu große Ausbreitung der Gewerkschaften, die seiner Meinung nach nur einen Druck auf die Nichtorganisierten ausüben und beständige Kämpfe mit den Arbeitgeberverbänden heraufbeschwören konnten. Er gab dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb eine größere Chance bei einer wirksamen Interessenvertretung als den Gewerkschaften, die genau wie die Arbeiterausschüsse zu dieser Zeit noch in ihren Kinderschuhen steckten. Nach *Schmollers* Meinung konnten der Staat – und hier unterschied er sich auch von *Adolph Wagner* – die Gewerkschaften, die überbetrieblichen Schiedsgerichte, die Eini-

⁷ Ders., Über Arbeitsverhältnis und Fortbildung des Arbeitsvertrages (Einleitung). In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 45, Leipzig 1890, S. 26 f.

⁸ Conrad, Der Verein für Sozialpolitik aaO, S. 99 ff. – Vgl. dazu *Adolph Wagner*, Rede über die soziale Frage. In: Verhandlungen der kirchlichen Oktoberversammlung in Berlin vom 10.–12. Oktober 1872. Hrsg. vom Sekretariat, Berlin 1872.

gungsämter und Arbeitskammern die soziale Frage nicht vollständig lösen, da diesen Institutionen mit ihrer heterogenen Zusammensetzung die Kompetenz für die Interessen der Arbeiter eines einzelnen Betriebes fehlte. In einem 1889 gehaltenen Vortrag „Über Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen“ führte *Schmoller* diese Gedankengänge näher aus, als er sagte: „Was neben den größeren berufsgenossenschaftlichen Einigungen beider Teile und ihren Beratungen in erster Linie von durchschlagendster Bedeutung werden kann, das ist die natürlichste, naheliegendste, einfachste Art der Verhandlung zwischen Unternehmer und Arbeiter. In jedem größeren Werke, in welchem durch die Zahl der Leute der persönliche Verkehr und der Meinungsaustausch zwischen Unternehmer und Arbeiter aufhört, muß eine Vertretung der Arbeiter, ein Ausschuß derselben, ein Ältestenkollegium geschaffen werden, das einmal im Monat mit dem Unternehmer und seinen Beamten in einer Abendstunde um einen Tisch herum sich zusammensetzt, um über das gegenseitige Verhältnis in Formen moderner Höflichkeit und mit Freimut sich auszusprechen.“⁹

Im großen und ganzen stimmte *Schmoller* mit *Brentanos* Analyse über die Ursache der sozialen Spannungen, die Unwahrhaftigkeit des „freien“ Arbeitsvertrages, durchaus überein, und ebenso schwebte ihm eine Art von „sozialem Kompromiß“ zwischen der Herrschaft der Unternehmer und dem vollkommenen Ideal der Gleichheit der Arbeiter vor, eine Vorstellung, die durch die Historische Schule bewußt gefördert worden war. Über die Art und Weise seiner organisatorischen Verwirklichung waren sie aber verschiedener Meinung. *Schmoller* sah im Gegensatz zu *Brentano*, *Herkner* und *Wagner* in den Arbeiterausschüssen eine Einrichtung, die als Verwaltungs- und Mittlerorgan eine große Zukunft haben würde. „Die Bedeutung der Ausschüsse“, so meinte er, „kann für die Zukunft eine außerordentliche werden. Sie bringen definitiv in die alte patriarchalische Ordnung und Verfassung der großen Geschäfte ein ganz neues, fast überall anwendbares Element; mit ihnen verwandelt sich die alte Despotie der Hauswirtschaft in eine öffentliche Anstalt, die nach dem Vorbild anderer Korporationen, Gemeinden, Genossenschaften eine gemischte Verfassung hat, mit ihnen kommen unsere wirtschaftlichen Einrichtungen in Übereinstimmung mit unseren politischen.“ Wenn man den sozialistischen Sprachgebrauch folgen wolle, fuhr *Schmoller* fort, gehe die Epoche des Kapitalismus, die Diktatur des Kapitals zu Ende und eine neue

⁹ Der Vortrag *Schmollers* erschien zunächst in der „Allgemeinen Zeitung“ in Berlin vom 24. bis 31. Januar 1890, dann als Broschüre mit dem Titel: „Über Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen“, München 1890, und wurde im gleichen Jahr dann in *Schmollers* berühmte Aufsatzsammlung „Zur Gewerbe- und Socialpolitik der Gegenwart“, Leipzig 1890 aufgenommen. Vgl. dazu die Würdigung des Vortrages bei Otto Neuloh, Über Wesen und Verfassung der industriellen Großbetriebe. Eine Erinnerung an Gustav Schmoller. In: Soziale Welt, Jg. 3 (1951/52), H. 2.

Epoche der volkswirtschaftlichen Organisation mit den Gewerkschaften und Arbeiterausschüssen beginne nun. „Jene erscheinen in ihrer augenblicklichen Wirkung nach außen als das wichtigere . . ., diese sind für die Zukunft vielleicht das bedeutungsvollere.“¹⁰ Alle reinen Herrschaftsgebilde müßten sich, wenn nicht steter Kampf im Kleinen und zuletzt ewige Reibung und gegenseitige Hemmung im Großen sowie vollständige Stockung und Revolution eintreten solle, „in Verhältnisse gemischter Art verwandeln . . ., wobei ein gewisses Mitsprechen dem Gehorchenden eingeräumt werden muß.“

Das Alte, sagt *Schmoller* in seinem Berliner Vortrag weiter, sei unhaltbar und auf die Dauer unmöglich mit den übrigen politischen Zuständen zu vereinbaren: „Die leitenden, kapitalbesitzenden Kräfte haben nur die Wahl zwischen der kommenden sozialen Revolution, welche unsere ganze wirtschaftliche Kultur begraben kann, und zwischen einem Mitreden der Arbeiter in Form der englischen Gewerkevereine und in Form der bescheidenen deutschen Arbeiterausschüsse. Ein dritter Weg ist unmöglich.“ Prophetisch meinte der Gelehrte, daß die Bildung großer Gewerkschaften den Unternehmern auf die Dauer nicht erspart bleiben würde, „aber diese werden umso versöhnlicher auftreten, wenn vor und mit ihnen Arbeiterausschüsse in den einzelnen Werken gebildet werden.“ Je mehr Ältestenkollegien in ruhigen Zeiten, ehe der Kampf entbrannt ist, gebildet werden, desto bessere Traditionen würden in ihnen entstehen und desto leichter würde die ganze Zusammenarbeit sein. *Schmoller* machte auch auf das Problem der doppelten Loyalität in den Ausschüssen aufmerksam: „Sie sollen Vertrauens- und Amtsorgane des Werkes sein und sind daneben zugleich Interessenvertretung der Arbeiter. Aber in dieser Doppelfunktion liegt gerade der Vorzug: Der Egoismus der Interessenvertretung wird gemildert durch die Sachkenntnis und das Pflichtbewußtsein, welche die Verwaltung der Kassen und andere gemeinsame Geschäfte geben . . .“

Diese eindeutige Parteinahme *Schmollers*, der rückblickend heute als das eigentliche Haupt der „Kathedersozialisten“ erscheint, blieb nicht ohne weitreichenden Einfluß. Auf der Generalversammlung des „Vereins für Socialpolitik“ im September 1890 wurden viele andere Stimmen laut, die der Schaffung einer Betriebsvertretung sympathisch gegenüberstanden. Neben *Schmoller* waren dies vor allem der Redakteur und Reichstagsabgeordnete G. Stötzl aus Essen, der Vorsitzende des Gehilfenverbandes des deutschen Buchdruckergewerbes Emil Döblin aus Berlin, der Tübinger Professor Neumann, die Fabrikdirektoren Albert Frommel aus Augsburg und Louis Simons aus Elberfeld, der Geheime Oberregierungsrat Thiel aus Berlin und der Landtagsabgeordnete und Kaplan Georg Friedrich Dasbach aus Trier¹¹.

¹⁰ Ebd., S. 439.

¹¹ Verhandlungen der am 26. und 27. September 1890 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über die Reform der

Nicht wenig hatte zu diesen günstigen Urteilen die im Auftrage des Vereins kurzfristig durchgeführte, hier bereits vielfach erwähnte Enquête *Max Sering* über die bestehenden Arbeiterausschüsse beigetragen¹², in deren Einleitung er die Bedeutung der neuen Institutionen wie folgt unterstrichen hatte: „Dieselben haben ihre Lebenskraft in einer größeren Zahl von Werken durch längere Wirksamkeit bewährt. Ohne die wirtschaftlich-technische Leistungsfähigkeit der letzteren irgendwie zu schwächen – das Gegenteil ist der Fall – haben die Arbeiterausschüsse unter den verschiedensten ökonomischen und sozialen Bedingungen zu einem gegenseitigen Begreifen, zu einem friedlichen Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern geführt... Sie sind gleichzeitig zu einer so erfolgreichen Schule der Arbeiterschaft auf dem Gebiet der praktischen Verwaltung geworden, daß die Hoffnung auf eine schrittweise Fortentwicklung und weitere Ausbreitung der Institution nicht unbegründet scheint.“¹³ *Sering* grenzte die Arbeiterausschüsse erstmals eindeutig von den Produktivgenossenschaften und der Gewinnbeteiligung ab und schilderte auf Grund seiner Erhebung einige ihm wichtig erscheinende Funktionen der Betriebsvertretungen, ohne aber zu einer Typologie zu kommen oder die grundsätzliche Bedeutung für das Arbeitsvertragsverhältnis zu untersuchen. Jedoch warnte er davor, die Arbeiterausschüsse zwangsweise durch Gesetz einzuführen und in eine Schablone zu pressen, denn „solche sozialen Institutionen müssen wachsen, sie lassen sich nicht als fertige Bäume verpflanzen“¹⁴. Wo die Arbeiter schon durch die Sozialdemokratie verbittert seien, sei es zwar nicht unmöglich, aber doch viel schwieriger, diesen Weg zu betreten. Zunächst gelte es, statt der bloßen geschäftlichen Gemeinsamkeit ein Gefühl der genossenschaftlichen Zusammengehörigkeit, ein Gefühl gemeinsamer Interessen und gegenseitiger Verpflichtungen im Betriebe wachzurufen. *Sering*, der ebenso wie *Schmoller* in den Gewerkschaften nur eine Ergänzung zu den ihm wichtiger erscheinenden Arbeiterausschüssen sah, schloß die Einleitung zu seiner Untersuchung mit dem Appell: „Nichts stärkt mehr den Sinn für das praktisch Mögliche und Notwendige, als die unmittelbare Teilnahme am Regiment. Wer immer solche Schule durchgemacht hat, weiß mit sicherem Empfinden das Richtige und Falsche in allen Vorschlägen und Plänen zu unterscheiden, mit denen man vorhandene Mißstände abhelfen zu können meint. Nur dann glauben die Menschen an das Unmögliche, Phanta-

Landgemeindeordnung in Preußen und über Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrages. Auf Grund der stenographischen Niederschrift hrsg. vom Ständigen Ausschuß. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 47, Leipzig 1890, S. 119 ff.

¹² Zur Person des 1939 vorstorbenen Nationalökonom Max Sering vgl. Sozialwissenschaftliche Hochschullehrer-Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer. Werdegang und Schriften ihrer Mitglieder, 1929, S. 248 ff. (und Supp. 1931) sowie Kürschners Gelehrten-Kalender, 4. Aufl. (1931).

¹³ *Sering*, Arbeiterausschüsse aaO, S. 2.

¹⁴ Ebd., S. 25.

stische, Utopische, wenn ihnen die Möglichkeit einer Besserung ihrer Lage im Wege praktischer, friedlicher Arbeit benommen ist.“ Auch in den Diskussionen des Vereins für Sozialpolitik verteidigte *Sering* die Arbeiterausschüsse gegen die Angriffe einzelner Unternehmer und nannte sie „elementare Gewalten, mit denen jeder nationalökonomisch Denkende rechnen muß.“¹⁵

b) Befürchtungen der Arbeitgeber und der „Herr-im-Hause“-Standpunkt

Wie die Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik 1890 über die „Arbeitseinstellung und die Fortbildung des Arbeitsvertrages“ insgesamt zeigten, war man über das Ausmaß der Koalitionsfreiheit, das den Arbeitern eingeräumt werden sollte, noch nicht einig. Doch befürwortete die überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Sozialreformer die Einführung von Betriebsvertretungen auf freiwilliger Basis, wozu bezeichnenderweise auch eine Reihe von Vereinsmitgliedern gehörte, die Unternehmer waren. Von ihnen distanzieren sich die Arbeitgeber, welche die Arbeiterausschüsse aus mehr äußerlichen Gründen kritisierten bzw. aus Prinzip in auffallend brüsker Form ablehnten. Zu der ersten Gruppe gehörten vor allem viele kleine und mittlere Unternehmer. Sie waren nicht von vornherein gegen jede betriebliche Arbeitervertretung, doch überwogen insgesamt in ihren Augen die Nachteile. Wie die Berichte der *Steinsetzerei O. Merkel*, der *Buchdruckerei Alfred König* und des *Verlages H. S. Artl* aus Dessau an den Verein für Sozialpolitik zeigten, schien diesen Unternehmern einfach die Größe ihrer Betriebe für die Konstituierung einer besonderen Arbeitervertretung zu klein. Die Wünsche und Beschwerden der relativ kleinen Belegschaften konnten bei dem noch persönlichen Betriebsverhältnis auch ohne Mittelsorgan vorgebracht werden. Einen weiteren, ebenfalls äußerlichen Ablehnungsgrund lieferte ein Aufsichtsratsmitglied einer sächsischen Wollgarnspinnerei, das an Professor *Victor Böhmert* schrieb: „Einen Arbeiterausschuß zu bilden, hat sich bisher noch keine Veranlassung gezeigt. Unzufriedenheit und Streitigkeiten sind noch nicht vorgekommen, und unsere Direktoren halten es für bedenklich, ohne bestimmte Veranlassung eine derartige Einrichtung ins Leben zu rufen. Es stehe zu befürchten, daß gerade die, welche es auf Störungen und Erregung von Unzufriedenheit abgesehen hätten, in den Ausschuß gewählt würden.“¹⁶ Bei diesem Textil-

¹⁵ Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 47 (1890), S. 239.

¹⁶ *Sering*, Arbeiterausschüsse aaO, S. 164 und Arbeiterwohl, Jg. 27 (1889), S. 465 ff. – Der hier öfter genannte Carl Victor Böhmert war ursprünglich Redakteur des angesehenen „Bremer Handelsblattes“ gewesen. Er wurde als Sozialpolitiker bekannt durch seine Schriften „Briefe zweier Handwerker – ein Beitrag zur Lösung gewerblicher und sozialer Fragen“ (Dresden 1854) und „Freiheit der Arbeit – Beiträge zur Reform der Gewerbe-gesetze“ (Bremen 1858). Er gehörte dann zur deutschen Deputation auf dem 1. Internationalen Kongreß für Wohltätigkeit und machte, angeregt durch W. A. Lette, Untersuchungen über das Armenwesen in 77 deutschen Städten sowie über die Arbeiter- und Fabrikverhältnisse in der Schweiz und in Deutschland. Er starb 1918.

betrieb, der auf dem flachen Lande lag und vorwiegend Frauen beschäftigte, sollten die patriarchalischen Verhältnisse möglichst lange erhalten bleiben. Eine Interessenorganisation der Arbeitnehmer, die anscheinend noch gar nicht bestand, wurde vorläufig noch als Störungsfaktor betrachtet, sie sollte erst dann eingeführt werden, wenn sich ein Bedürfnis dazu herausstellte.

Ähnliche Argumente mehr äußerlicher Art lieferte der „Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands“. Wie eine auf der Vorstandssitzung vom 23. Januar 1890 beschlossene und in der zweiten Hälfte des Monats Februar durchgeführte schriftliche Rundfrage bei seinen Mitgliedern ergab, wurde die Schaffung von freiwilligen Arbeiterausschüssen zwar von der überwiegenden Majorität der Befragten gebilligt, jedoch gleichzeitig von mehreren Seiten darauf hingewiesen, daß man bei der Verschiedenartigkeit der in Betracht kommenden Verhältnisse nicht in allen Fällen die Bildung derartiger Organe für durchführbar und erstrebenswert halte. Besonders wurde hervorgehoben, daß die Tätigkeit der „Ältestencollegien“ in der chemischen Großindustrie bei hunderten oder tausenden von Arbeitern zum Vorteil gereichen könne, dagegen in Betrieben mit 50 bis 100 Arbeitern, „in welchen . . . der direkte Verkehr zwischen dem Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter noch durchführbar, leicht mehr Schaden als Nutzen bringen würde“¹⁷.

Die Haltung der Unternehmer in der chemischen Industrie gegenüber den Arbeiterausschüssen war aber wohl geteilter, als dies die Rundfrage erkennen ließ. Auch hier standen sich prinzipielle Befürworter und ebenso entschiedene Gegner einer Betriebsvertretung gegenüber, wie mehrere kurz hintereinander erscheinende Beiträge in dem Verbandsorgan zeigten. Professor *Julius Frühauf*, der sich selbst als ein Betriebspraktiker aus Mitteldeutschland bezeichnete, vertrat dort die Ansicht, daß die geringe Fühlung der Arbeitgeber mit den Arbeitern auf die Dauer gesehen zu einem „gemeingefährlichen“ Zustand in der Industrie führen müsse. Wenn eine Reihe von chemischen Fabriken durch einen Streik mattgesetzt werde, so würde davon die Allgemeinheit noch nicht betroffen. Man müsse sich aber einmal vergegenwärtigen, meinte der Autor, was es bedeuten würde, wenn die Arbeiter im Bergbau, in der Eisenindustrie und bei der Eisenbahn gleichzeitig etwa mitten im Winter eine Ge-

¹⁷ Die Chemische Industrie, Zeitschrift hrsg. vom Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands, Organ für die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie, Red. von Emil Jacobsen, Jg. 13 (1890), No. 10, S. 173. – Für die Auseinandersetzung zwischen Prof. Julius Frühauf und Dr. Karl Goldschmidt über den Wert der Arbeiterausschüsse vgl. folgende Beiträge in der Zeitschrift „Die Chemische Industrie“: J. Frühauf, Die Einrichtung von Arbeiterausschüssen oder „Ältesten-Collegien“ im Großgewerbe. In: Jg. 13 (1890), Nr. 4, S. 66. – Ders., Zur Frage der Arbeiterausschüsse. Ebd. Nr. 7, S. 188. – K. Goldschmidt, Zur Frage der Arbeiterausschüsse. Ebd. Nr. 5, S. 83. – J. F. Holtz, Noch ein Wort über Arbeiterausschüsse. Ebd. Nr. 15/16, S. 301 und Volkswohl Jg. 1890, Nr. 8, 10, 11 und 19.

neralsperre verhängen würden. „Eine solche Eventualität berührt nicht nur das Privatinteresse, sondern bringt den Staat in eine Gefahr, deren Folgen nicht mehr absehbar sind. Es handelt sich um eine hochernste Seite der Arbeiterbewegung, die keine Macht mehr zum Stillstand bringen kann.“

Der Verfasser räumte ein, daß man von den Arbeiterausschüssen nicht alles erwarten könne, „am wenigsten ein plötzliches Aufhören der socialen Bewegung, wohl aber die Möglichkeit, daß die meisten Ausstände ohne Verbitterung friedlich beigelegt werden können.“ Die „parlamentarischen Arbeitervertretungen“ seien das einzig praktische Mittel, den großen Streiks wirksam begegnen zu können. Doch dürfe dies, so betonte *Frühauf*, nicht der einzige Zweck der Arbeiterausschüsse sein. Ihre eigentliche Tätigkeit müsse darin liegen, das friedliche Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu befördern, das Wohlgedeihen der Belegschaft zu pflegen und zu überwachen und die soziale Stellung des Arbeiters zu heben. *Frühauf* berief sich dabei auf die von Geheimrat *Julius Post* und *Wilhelm Oechelhäuser* gegebenen Anregungen und verwies auf die praktischen Beispiele bei der *Maschinenfabrik Koenig & Bauer*, der *Marienhütte* bei Kotzenau, bei den *Mechanischen Webereien F. Brandts* und *David Peters* und den von *Max Roesler* und *Kurt Starke* geleiteten Tonwarenfabriken. „Wer freilich den Schritt der Zeit in den beiden letzten Decennien nicht verfolgt“, meinte er, „die totale Wandlung in der Stellung der unteren Klassen nicht bemerkt, die sociale Bewegung der Arbeiter nur für eine vorübergehende Wallung der Gemüter bisher anzusehen sich gewöhnt hat und den schweigenden Gehorsam seiner Leute für die erste und letzte Bedingung des Betriebes hält, mit dem ist über die Einführung von Ältesten-Collegien überhaupt nicht zu reden. Ein späteres Gesetz wird sie anordnen, ohne um die principielle Abneigung Einzelner sich auch nur einen Augenblick zu kümmern. An eine wirkliche Fühlung mit den Arbeitern ist ohne diese Einrichtung auf größeren Werken gar nicht zu denken, so wenig wie an ein persönliches Bekanntwerden mit dem einzelnen Arbeiter und humane Teilnahme an Wohl und Wehe der Familienmitglieder etc., wie dies in kleineren Betrieben möglich und bei patriarchalischem Verhältnis auch noch oft der Fall ist. Man kann aber nicht Hunderten oder gar Tausenden persönlich nähertreten . . . das eine muß heute unter den ganz veränderten socialen Verhältnissen auch der starrste Kopf begreifen lernen . . . in dem Arbeiter den gleichberechtigten freien Menschen zu achten.“ *Frühauf* schloß seinen Aufsehen erregenden Artikel unter Berufung auf einen Ausspruch von *Oechelhäuser* mit den Worten: „Der Widerstand gegen die Einführung der Arbeiterausschüsse zeigt deutlich, wie gegenwärtig noch den meisten Arbeitgebern der Gedanke, mit ihren Arbeitern auf gleichem Fuße verhandeln zu sollen, unfassbar ist und als ein völliger Verzicht auf ihre Autorität erscheint. Vielleicht ändert sich das in der heranreifenden Generation, die solchen unvermeidlichen Kinderkrankheiten entwächst. Die alte Zeit mit ihren

sozialen Vorurteilen liegt hinter uns, sie kehrt nie mehr wieder zurück. Möge der Fabrikbesitzer sich nicht zu spät entschließen, den Forderungen der Zeit nachzugeben. Der Arbeiter wird sonst später das als Recht verlangen, was er heute als einen entgegenkommenden Schritt mit warmem Dank begrüßen würde.“

Diese „bedingungslose Schwärmerei“ für die Einführung obligatorischer Arbeiterrausschüsse wurde kurz danach in derselben Verbandszeitschrift heftig von anderer Seite attackiert. Der rheinische Chemieindustrial Karl Goldschmidt hielt dem Professor entgegen, daß die von ihm zitierten Beispiele gut funktionierender Arbeitervertretungen sich bis auf die *Königin-Marienhütte* in Mallnitz nicht auf Großbetriebe beziehen würden, so daß noch jede Erfahrung über die Wirksamkeit in diesem industriellen Sektor fehle. Der große Streik im westfälischen Bergbau 1889 habe im Gegenteil den bedenklichsten Punkt bei einer Einführung von Arbeiterrausschüssen in der Großindustrie klargemacht: In unruhigen Zeiten würden dort Personen hineingewählt, „welche unerfüllbare Forderungen der Arbeiter vertreten, während der Arbeitgeber gar keine Garantie besitze, daß die Arbeiter dem in ruhigen Zeiten gewählten Ausschuss bei hereinbrechender Aufregung Folge leisten.“ Insgesamt wollte der Autor nur den Gegenden, wo eine ruhige, sesshafte Fabrikbevölkerung mit Sinn für Ordnung und Recht wohne, Ausschüsse zugestehen. Dort könnten sie „nicht nur unschädlich, sondern sogar zur Pflege eines tüchtigen Arbeiterpersonals dienlich sein.“ Aber überall dort, wo die Fabrikbevölkerung zum Wechsel der Arbeitsstellen und zur leichten Erregung neige, würden solche Ausschüsse dem Werk leicht gefährlich werden. Die Sozialdemokratie, deren Begehrlichkeit nach dem Sprichwort „l'appetit vient en mangeant“ niemals gestillt werden könne, müsse man mit ihren eigenen Waffen, nämlich mit guter Organisation und rühriger Agitation, bekämpfen, „mit der Besserung der sozialen Lage allein erhalten wir die Arbeiter nicht bei den Ordnungsparteien.“ Ebenso reserviert und vorsichtig ablehnend sprach sich ein ehemaliger Direktor der *Chemischen Fabrik auf Actien*, vorm. Emil Schering in Berlin, J. F. Holtz, aus. Er betonte, wie er es auch schon zuvor in der von Victor Böhmert und W. Bode herausgegebenen Dresdener Zeitschrift „Volkswohl“ getan hatte, daß die Zweckmäßigkeit dieser neuen Einrichtungen noch lange nicht als spruchreif anerkannt werden könne, vor allem habe man noch nicht den Beweis erbracht, daß die Errichtung eines Fabrikarbeiterrausschusses in allen fabrikatorischen Betrieben die gleiche gute Wirkung habe. „Weit entfernt davon“, berichtete der Chemieindustrial, „den Rath der verständigen und erfahrenen Arbeiter gering zu achten, haben wir Directoren die dem Arbeiterstande angehörigen Vorstandsmitglieder unserer Fabrikkrankenkasse bei der Aufstellung der Grundzüge der Fabrikordnung, bei der Berathung der Wohlfahrtsangelegenheiten usw., kurz bei allen Angelegenheiten, die nicht kaufmännische Angelegenheiten oder wissenschaft-

liche bzw. technische Vorbildung bedingende Fabrikationseinrichtungen betrafen, zu den Berathungen herangezogen. In allen solchen Fällen hing es aber von unserem Belieben ab, ob die Arbeiter gehört wurden oder nicht, wir boten ihnen Gelegenheit zur Meinungsäußerung, weil wir es für recht und zweckmäßig hielten. Anders dagegen würde sich das Verhältnis gestalten, wenn die Arbeiterrausschüsse als durch Gesetz geschaffene Organe der Arbeiterschaft in bestimmten, durch das Gesetz vorgeschriebenen Fällen um ihre Meinung gefragt werden müßten: Nicht der eigene Wille des Betriebsunternehmers bzw. Betriebsleiters wäre dann das treibende Element, sondern der gesetzliche Zwang...“ Holtz glaubte, daß sich hieraus unabsehbare gefährliche Konflikte in der Industrie und eine Lockerung der Arbeitsdisziplin, ohne die nun einmal ein größeres Werk nicht gedeihen könne, ergäben. Der Berliner Unternehmer leitete seine trüben Befürchtungen, wie er selbst schrieb, vor allem von der Tatsache ab, daß auch die zu regelmäßigen Beratungen mit der Betriebsleitung herangezogenen Vertrauensleute der Belegschaft bei dem letzten Streik nichts getan hätten, um diesen zu verhindern. Der an sich gut gemeinte Rath der nationalökonomischen Theoretiker hinsichtlich der Arbeiterrausschüsse sei eben nur schwer in die Praxis umzusetzen.

Die Einwendungen der Chemieindustrialen Goldschmidt und Holtz richteten sich vor allem gegen die obligatorische Einführung der Betriebsvertretungen in allen Industriezweigen, es wurde eine Reihe von Mängeln und Nachteilen kritisiert, ohne aber den Grundgedanken einer sozialen Gleichberechtigung der Arbeiter in der Fabrik völlig zu verwerfen. Gerade das tat aber die zweite Unternehmergruppe, die sich vorwiegend aus den Kreisen der Großindustrie rekrutierte. Auch in den Reihen der chemischen Großindustrie gab es Vertreter dieser Richtung. So stellte in unnachgiebiger und eindeutiger Form Max Hecht, der Justitiar der *Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF)*, am 15. November 1890 in dem weiter oben genannten Verbandsorgan der chemischen Industrie fest: „Warum soll gerade der Unternehmer gezwungen werden, mit Anderen erst noch in Verhandlungen darüber einzutreten, wie es in seinem Eigenthum, in seinem Betrieb gehalten werden soll, während jedem anderen Staatsbürger die unbedingte Herrschaft in seinem Hause gesetzlich gewährleistet ist? Die Nöthigung zur vorherigen Anfrage bei den Arbeitern wird das wirkliche Rechtsverhältnis trüben und die in manchen Köpfen herrschende oder künstlich hervorgerufene Verwirrung der Begriffe über die natürliche Stellung der Arbeiter zum und im Betriebe befördern. Sie wird der Agitation unruhiger Elemente Vorschub leisten, das Ansehen des Arbeitgebers gefährden, die Disziplin schädigen und, wenn den Wünschen der Arbeiter nicht entsprochen wird, Unzufriedenheit erzeugen... Wir sind der festen Überzeugung, daß ein solcher Ausschuss das von Allerhöchster Stelle so warm befürwortete patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgebern und

Arbeitnehmern nicht befördern, sondern sich zu einer Pflanzstätte steter Unruhe und Agitation gestalten würde.“¹⁸

Ebenso grundsätzliche Bedenken äußerte der „Centralverband deutscher Industrieller“, der 1887 in einer Denkschrift an den Reichstag feststellte: „Der Arbeiter ist nicht der gleichberechtigte Teilhaber des Arbeitgebers... er ist dessen Untergebener, dem er Gehorsam schuldig ist... die Zwischenschiebung einer regelmäßigen Instanz zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist unzulässig.“¹⁹ Besonders der Geschäftsführer des Verbandes, *Henri Axel Bueck*²⁰, machte sich zum Sprachrohr dieser Auffassung, bei der sich manchesterlich-freihändlerisches Denken mit tiefer Abneigung gegen jeden Eingriff Außenstehender in den Betrieb paarten. Obwohl es selbst innerhalb des „Centralverbandes“ entgegengesetzte Strömungen gab, wurden offiziell jede Mitbestimmung und Gleichberechtigung der Arbeiter im Betrieb in Form der Arbeiterausschüsse abgelehnt²¹.

Auf der Sitzung des Vereins für Sozialpolitik im September 1890 legte *Bueck* in einem Korreferat zu *Brentanos* und *Schmollers* Ausführungen die Ansichten seines Verbandes zu den Arbeiterausschüssen dar. Er bezeichnete die von den „Kathedersozialisten“ erstrebte Fortbildung des Arbeitsvertrages als durchaus wünschenswert, wenn sie den Arbeiter aus seiner Vereinzelung heraushebe. Übelstände, die mit der ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zusammenhingen, würden auch von den Arbeitgebern nicht gezeugnet, jedoch hätten sich diese und würden noch ständig durch den „allgemeinen Kulturfortschritt“ verbessert. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit betrachtete *Bueck* aber als stark übertrieben, sie seien „gewissermaßen Modesache geworden“²². Die gesetzliche Einführung von Arbeiterausschüssen nannte er einen frommen Wunsch, dessen Ausführung unmöglich bleibe. Als Beweis machte er darauf aufmerksam, daß die Arbeiter im ganzen gesehen für diese Institutionen noch wenig Sympathie gezeigt und ein Kongreß der Bergarbeiter in Halle sie sogar abgelehnt hätten. Wenn die Arbeiterausschüsse bei der großen Streikbewegung von 1889 fast nirgends die Ursache für den Ausstand gewesen seien, so könne man das recht einfach erklären: bei allen bisher gebildeten Betriebsvertretungen habe die Lohn- und Arbeitszeitfrage nicht offiziell zu deren Befugnissen gehört. Wegen des Fehlens dieser wichtigen Kompetenzen, die natürlich die Arbeitgeber von sich aus nie aus der Hand zu geben bereit wären, würden auch künftig die Arbeiterausschüsse kaum ein

¹⁸ Die Chemische Industrie Jg. 13 (1890) Nr. 22, S. 465.

¹⁹ Zitiert nach Franz Hitze, Schutz dem Arbeiter! Köln 1890, S. 171.

²⁰ Deutsches Biographisches Jahrbuch, Bd. 1 (1914–1916), S. 189, und Herkner, Die Arbeiterfrage, 8. Aufl., Bd. 1, S. 431.

²¹ Mehrere Mitglieder, die der Textil- und vereinzelt auch der Schwerindustrie angehörten, hatten nach *Buecks* Angaben Ausschüsse eingerichtet und „kamen damit ganz gut aus“. Vgl. *Henri Axel Bueck*, Der Centralverband deutscher Industrieller, Bd. 3, Berlin 1905, S. 309 und S. 168.

²² Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 47 (1890), S. 134.

großes Echo in der Arbeiterschaft finden. Die von einzelnen Versammlungsrednern stark hervorgehobene Verbindung der Ausschüsse zu dem Erlaß der Arbeitsordnungen wurde von dem Berliner Geschäftsführer kategorisch mit den Worten abgelehnt: „Die Arbeitsordnung festzustellen, ist nach Ansicht der deutschen Arbeitgeber ihr Recht und den Arbeitsvertrag zu schließen ebenso, nicht zu schließen mit einer Organisation oder in irgend einer anderen Weise bedingt, sondern in Verhandlung zwischen dem Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter.“²³ Als Hauptgrund seiner Ablehnung der Arbeiterausschüsse nannte *Bueck* die Gefahr einer weiteren Ausbreitung der Sozialdemokratie, zu deren Organisation die Unternehmer nicht gerade den ersten Schritt tun wollten. *Bueck* schloß sein Referat, das er nach *Schmollers* Worten gegen die „aura popularis“ des Vereins halten mußte, mit den Worten: „Meine Herren, es ist ja in der letzten Zeit viel Scharfsinn und viel Geist aufgewendet worden, um zu beweisen, daß der Arbeitgeber an diesen edleren und humaneren Anschauungen keinen Teil hat, daß er sich im hohen Grade gegen den Arbeiter Tag für Tag versündigt. Nun, meine Herren, es mag ja mancher Übelstand vorhanden sein, aber ich glaube, daß diejenigen sich viel mehr gegen die Arbeiter versündigen, die ihnen eine Gleichberechtigung und ein Selbstbestimmungsrecht in Aussicht stellen, welches absolut nicht mit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vereinbar ist.“ Dieser Schlußgedanke entsprach dem gegen die Gewerkschaften gerichteten Kernsatz seiner Rede: „Niemals, niemals werden die deutschen Arbeitgeber mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen oder anderen außerhalb stehenden Leuten auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln!“ Der Ausspruch wurde bald zum geflügelten Wort und vielfach in sozialpolitischen Debatten und Schriften zitiert.

Ebenso entschieden äußerte sich gegen die Arbeiterausschüsse der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie und die südwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“. In einer am 17. Dezember 1889 abgehaltenen Generalversammlung wurde zu dieser Frage eine Resolution gefaßt, in der es hieß, daß die vorgeschlagenen Institutionen von einem „tatsächlich nicht bestehenden Interessengegensatz“ ausgingen. Mit der Errichtung der Arbeiterausschüsse werde das Prinzip des Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital anerkannt, aus dem die Sozialdemokratie ihre Existenzberechtigung ableite; daher würde diese dann nur um so rascher an Boden gewinnen. Es sei mit Sicherheit zu erwarten, „daß die Arbeiterausschüsse nicht als Friedensinstitution, sondern als permanentes Kampfelement wirken würden, dessen Gefährlichkeit um so größer ist, als die Mitglieder der Ausschüsse bei dem heutigen System der Arbeitsteilung in den seltensten Fällen die ihrer Entscheidung unterliegenden Fragen in dem erforderlichen Umfange beherrschen, trotzdem sich aber zur

²³ Ebd., S. 152.

Abgabe ihres Wahrspruches verpflichtet fühlen werden.“²⁴ Verminderung des Wohlwollens, des Zutrauens, der Achtung in dem persönlichen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer, Beschränkung beider Teile auf den sogenannten Arbeitsvertrag, Lockerung der Disziplin und Organisierung häufiger Arbeitsausstände zur Durchsetzung unberechtigter Forderungen würden die Folgen der Errichtung von Arbeiterausschüssen sein.

Hinter dieser Resolution stand der „König von Saarabien“, der saarländische Schwerindustrielle *Carl Ferdinand Freiherr v. Stumm-Halberg* aus Neunkirchen²⁵. Schon auf der Generalversammlung des mittelhessischen Fabrikantenvereins im Jahre 1872 hatte er sich voller Schärfe gegen alle „künstlichen Gebilde“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gewandt und jede Arbeiterorganisation als dem sittlichen Fortschritt zuwiderlaufend bezeichnet. Auf der Versammlung bekundete *Stumm* seine Entschlossenheit, bei seinen Arbeitern künftig jede Agitation im Keime zu ersticken und die Bildung von Arbeiter-Interessenvertretungen mit allen nur denkbaren gesetzlichen Mitteln zu verhindern²⁶. In einem Vortrag am 7. Juli 1889 anlässlich einer Prämienverteilung an seine Belegschaft bemerkte *Stumm* über die Frage

²⁴ Nationalzeitung v. 21. Dezember 1889 (Morgenausgabe) und Post, Musterstätten der persönlichen Fürsorge... aaO, 1. Teil, S. 45.

²⁵ Über *Stumm* und sein Werk vgl. Henri Axel Bueck, Der Centralverband deutscher Industrieller 1876–1901, 3 Bde., Berlin 1902–1905. – Alexander v. Brandt, Zur sozialen Entwicklung im Saargebiet aaO. – Alexander und Arnim Tille, Die Reden des Freiherrn C. F. v. Stumm-Halberg, 12 Bde., Berlin 1906–1915 (vier Bände davon sind nicht gedruckt und befinden sich im Familiennachlaß in Grünhaus bei Trier. Alexander Tille war Handelskammerpräsident und später zusammen mit dem Bergwerksdirektor Hilger Nachfolger der Gebrüder Stumm. Tille verfolgte die gleiche patriarchalische Betriebspolitik und bekämpfte, sich auf Nietzsche und Darwin stützend, in seinen seit 1907 herausgegebenen „Sozialwirtschaftlichen Zeitfragen“ die „Sozialideologie“ im allgemeinen und die Arbeiterorganisationen im besonderen). – Hundert Jahre Neunkirchner Eisenwerk unter der Firma Gebr. Stumm (1806–1906), Saarbrücken 1906. – K. Keller, K. F. Freiherr v. Stumm-Halberg. In: H. v. Arnim und G. v. Below, Deutscher Aufstieg, Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart rechtsstehender Parteien. Berlin-Leipzig 1925, S. 277 ff. – Felix Pinner, Deutsche Wirtschaftsführer, 15. Aufl., Berlin-Charlottenburg 1925. – Adalbert Wahl, Deutsche Geschichte 1871–1914, Bd. 3, Stuttgart 1930. – Fünfzig Jahre Wirtschaftlicher Verein im Saargebiet, Saarbrücken 1933. – Fritz Hellwig, Der Kampf um die Saar 1860–1870, Leipzig 1934. – Neunkirchner Eisenwerk – Homburger Eisenwerk (Überreicht von der Neunkirchner Eisenwerk AG vorm. Gebr. Stumm), Neunkirchen 1934. – Fünfviertel Jahrhundert Neunkirchner Eisenwerk (Neunkirchen/Saar) und Gebr. Stumm, Mannheim 1935. – Siegfried v. Kardorff, Wilhelm v. Kardorff, Berlin 1936 (Der Freikonservative Kardorff war der Begründer des Centralverbandes deutscher Industrieller, sein Sohn benutzte für die Biographie auch den Stummschen Nachlaß). – Fritz Hellwig, Carl Ferdinand Freiherr v. Stumm-Halberg, Heidelberg 1936. – Ders., C. F. Freiherr v. Stumm-Halberg. In: Rheinische-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 2 (1937), S. 308 ff. und Ders., C. F. Freiherr v. Stumm-Halberg. In: Saarpfälzische Lebensbilder, Bd. 1, Kaiserslautern 1938.

²⁶ Friedrich Schomerus, Die freien Interessenverbände für Handel und Industrie. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 25, S. 505.

der Arbeiterausschüsse, daß er keine Mittelspersonen brauche, die sich zwischen ihn und seine Arbeiter drängten. Seine Begründung lautete: „Die Einsetzung von Arbeiterausschüssen würde dieses persönliche Verhältnis da, wo es besteht, mit der Zeit vernichten und da, wo es nicht besteht, niemals aufkommen lassen.“²⁷ Er befürchtete, daß besonders in unruhigen Zeiten die Ausschüsse sich mit den Ausschüssen anderer Werke, ja anderer Staaten in Verbindung setzen und dadurch „internationale Politik“ treiben könnten. Mißbrauch der Strafgewalt, Denunziantentum sowie Unfähigkeit, in den schwierigen Fragen der Lohnfestsetzung mitreden zu können, waren in seinen Augen weitere Nachteile der Arbeiterausschüsse. Nur „unberufene sozialpolitische Kurpfuscher“ und „die Herren vom Katheder“ konnten seiner Meinung nach so „verwunderliche Verirrungen“ vorschlagen. Die Arbeiterausschüsse würden, so behauptete *Stumm* allen Ernstes, das persönliche Verhältnis, das er zu allen seinen 3200 Arbeitern habe, zerstören. In ruhigen Zeiten würden außerdem gewöhnlich die Werkmeister in die Betriebsvertretungen gewählt, gegen die er persönlich einzelne Arbeiter häufig in Schutz nehmen müsse, in unruhigen Zeiten kämen aber „Hetzer“ in die Ausschüsse, die sich dann von außen gegen die Werksleitung beeinflussen ließen. Über die 60 und mehr verschiedenen Lohngruppen auf seinen Hüttenwerken und über die zahlreichen Lohnabstufungen in diesen Gruppen konnte seiner Meinung nach kein Arbeiterausschuß mit Sachkenntnis und Gerechtigkeit beraten. Auch die Übertragung der betrieblichen Strafjustiz auf die Ältestenkollegien hielt der Industrielle für untauglich, weil die Arbeiter es mit Recht ablehnten, gegen ihre eigenen „Kameraden“ vorzugehen. Höchstens für die betrieblichen Sozialeinrichtungen oder zur Erreichung einzelner Zwecke hielt *Stumm* die Ausschüsse für passend²⁸. So wies er darauf hin, daß für die „Menage“ seit langem auf den Eisenwerken ein Arbeiterausschuß zur Überwachung der Qualität der Lebensmittel und zur Verwaltung der Knappschaftskasse ein besonderer Verein bestehe, auch sei in dem „Disziplinar-Reglement“ ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn eine Arbeitergruppe mit Wünschen oder Beschwerden hervortreten wolle, dies durch zwei oder drei Deputierte zu geschehen habe.

²⁷ Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), S. 446. – Der entscheidende Passus dieser „Strafpredigt an den Kaiser“, der sich anlässlich des großen Bergarbeiterstreiks vor Bergwerksdirektoren für eine Arbeitervertretung ausgesprochen hatte, lautete bei *Stumm* wörtlich: „Leider hat sich eine Anzahl höchst unberufener Kurpfuscher eingefunden, welche die persönliche Fühlung durch Einsetzung von ständigen Arbeiterausschüssen herstellen wollen. Wenn Sozialdemokraten und ihnen geistig verwandte Parteien solchen Widersinn ausposaunen, so ist das erklärlich, weil sie gerade das Gegenteil erstreben; auch von den Herren vom Katheder, welche die Arbeiterausschüsse meist durch eine seltsam gefärbte Brille betrachten, ist es nicht verwunderlich, wenn aber selbst wohlmeinende Arbeitgeber dieses Mittel anpreisen, so kann man über eine solche Verwirrung nicht genug erstaunen...“

²⁸ Ebd., S. 447 und Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, S. 45 (Schreiben Stumms an Post v. 13. Juli 1889).

Irgend ein betriebliches Mitbestimmungsrecht sei ihnen natürlich nicht gegeben. Zusammenfassend meinte *Stumm*: „Das gemeinschaftliche Beraten der Arbeiter über einzelne Dinge, an welchen sie wirklich ein gemeinsames Interesse haben, halte ich also nicht bloß für nicht schädlich, sondern sogar für wünschenswert. Etwas ganz anderes sind die ständigen Arbeiterausschüsse, welche wie ein Parlament über allgemeine Dinge verhandeln sollen, über die sie als ganzes kein Urteil haben können . . . Wenn ein Fabrikunternehmen gedeihen soll, so muß es militärisch, nicht parlamentarisch organisiert sein.“²⁹

Stumm vertrat hier den „Herr-im-Hause“-Standpunkt, wie er selbst in einer Herrenhausrede am 28. Mai 1897 seine Auffassung in dieser und ähnlichen Fragen nannte. Das Wort, das von den „Kathedersozialisten“ und *Stumms* anderen politischen Gegnern zur Kennzeichnung des ganzen und ihrer Meinung nach überholten patriarchalischen Systems in der Industrieführung gemacht wurde, besagte in aller Kürze: Alles für den Arbeiter, nichts durch den Arbeiter!

Diese durch und durch konservative Einstellung leitete sich zum Teil aus *Stumms* Herkunft ab. Im Gegensatz zu vielen Industriellen der Gründerzeit war er nicht aus kleinen Anfängen schnell emporgestiegen. Seine Vorfahren väterlicherseits waren schon seit dem 18. Jahrhundert führende Eisenhüttenleute. Seit 1806 gehörte den Brüdern *Stumm* das *Neunkirchener Eisenwerk*, später kamen die *Halberger* und *Fischbacher Hütte*, 1817 eine Mehrheitsbeteiligung in der *Dillinger Hütte* und 1828 das Hüttenwerk *Geislauren* hinzu. Mütterlicherseits entstammte er der Eisenindustriellenfamilie *Böcking*, die wiederum mit der hier mehrfach erwähnten Tuchherrendynastie *Scheibler* in *Monschau* verwandt war. *Stumm* fühlte sich als Nachkomme eines ehrwürdigen und traditionsreichen Unternehmergeeschlechtes, das etwas geringschätzig auf die parvenues innerhalb des eigenen Standes herablickte. Bezeichnenderweise blieb auch *Stumm* sein Leben lang ein Träger der antiliberalen Bewegung in den Reihen der Konservativen. Er fühlte sich an den Mißständen des liberalen „freien“ Arbeitsvertrages im Grunde unbeteiligt. Für seinen bekannten Standpunkt kam ein zweites Moment hinzu: Mit 22 Jahren mußte *Stumm* bereits das väterliche Erbe und damit eine große Verantwortung antreten. Mit schroffem Pflichtgefühl, ungeheurer Härte gegen sich selbst und unermüdlichem Arbeitseifer versuchte er seinen großen, nur wenigen Menschen gestellten Aufgaben gerecht zu werden. In gleicher Weise verlangte er nun dafür nach dem Motto „Treue um Treue“ auch von seinen Arbeitern „stramme Disziplin“ und soldatischen Gehorsam. Gleich im ersten Jahre seiner Tätigkeit führte er ein entsprechendes „Disziplinar-Reglement“ zusammen mit anderen Rationalisierungsmaßnahmen ein.

Es gehört weiterhin zur Kennzeichnung seiner Auffassung, daß er zugleich

damit den Beginn einer betrieblichen Sozialpolitik in die Wege leitete, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. So verbot er bereits 1858 in allen seinen Werken die Frauenarbeit. In den folgenden Jahrzehnten legten die Errichtung einer Knappschaftskasse, der Bau von 1200 Arbeiter-Eigenheimen, die Gründung der *Ludoviko-* und der *Stumm-Halberg-Stiftung* sowie einer Sterbekasse und die Einführung einer Werk- und Hütterschule mit einer von seiner Tochter geleiteten Kleinkinderbewahranstalt Zeugnis von seiner sozialen Gesinnung ab. Auch im Preussischen Herrenhaus, wo er 1867 in seiner parlamentarischen Jungferrede die Einführung obligatorischer Pensions- und Unterstützungskassen forderte, und im Reichstag, wo er zusammen mit *Wilhelm v. Kardorff* die freikonservative „Bismarck-Partei“ anführte, setzte er sich kompromißlos und immer in vorderster Front für verschiedene sozialpolitische Gesetzentwürfe ein, besonders aber für die Sozialversicherung. Dabei befand er sich in engster Tuchfühlung mit allen anderen bürgerlichen Sozialreformern. Zusammen mit seinem Bonner Parteifreund, Professor *Erwin Nasse*, rief er kurz vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges eine lose Konferenz von Unternehmern ins Leben, deren Programm die wirtschaftliche und sittliche Hebung der Fabrikarbeiter war³⁰. Der Zusammenschluß, der in der Zeitschrift „Concordia“ vorübergehend ein eigenes Publikationsorgan hatte, rückte die in den Gründerjahren in den Hintergrund getretene soziale Frage wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, aus der dann wenige Jahre später die Gründung des Vereins für Sozialpolitik erwuchs. Auch *Stumm* stand dem Verein, dem sein Freund *Nasse* als Gründungsmitglied und langjähriger Präsident angehörte, zunächst wohlwogen gegenüber, bis er dann nach seiner Meinung in ein zu theoretisches Fahrwasser und in gefährliche Spekulationen geriet.

Stumms Fehde mit den „Kathedersozialisten“ kam zum Ausbruch, als *Adolph Wagner* auf dem 1. Delegiertentag christlicher Bergarbeitervereine in Bochum in einer Rede über „Unternehmergeinn und Arbeitslohn“ sich für eine staatliche Förderung der Arbeiterorganisationen ausgesprochen hatte. Als im Preussischen Abgeordnetenhaus die Rede als sozialistische Hetze angegriffen wurde und Kultusminister *Bosse* sie und die Kathedersozialisten in Schutz nahm, „durchbebt eine tiefe Entrüstung die rheinische Industrie“, wie Generalsekretär *Ditges* auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik 1897 in Köln versicherte. *Stumm* nahm *Bosses* Rede zum Anlaß, um im Preussischen Herrenhaus *Wagner*, *Schmoller* und *Delbrück* mit unge-

²⁹ Ebd., S. 450.

³⁰ Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Konferenz für die Arbeiterfrage im Juni 1870, Berlin 1870 und *Concordia*, Zeitschrift für die Arbeitsfrage, Berlin 1870 f. J. (Nicht zu verwechseln mit *Concordia*, Zeitschrift des Vereins zur Förderung des Wohls der Arbeiter, Frankfurt/M. 1879 f. J. und mit *Concordia*, Zeitschrift der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, Frankfurt a. M. 1895–1908, 15 Bde., dann umbenannt in Zeitschrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt).

heurer Schärfe persönlich anzugreifen und sie der umstürzlerischen Tätigkeit zu bezichtigen³¹.

Stumm, der in den achtziger Jahren zu den größten Stahlindustriellen Deutschlands gehörte und mit *Bismarck* wie später mit *Wilhelm II.* eng befreundet war, haßte noch mehr als die Sozialdemokratie, die wenigstens mit „offenem Visier“ kämpfte, alle Wunschvorstellungen über einen sozialen Kompromiß bei den bürgerlichen Sozialreformen und ihre Spekulation über eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnung. Mit kompromißloser Härte und Konsequenz, bei der ihm auf der Gegenseite *August Bebel* erstaunlich ähnelte, verlangte er von jedem *Stummschen* Arbeiter, die Ehre seines Werkes genau so hoch zu halten wie der Soldat seine Fahne. Er selbst betrachtete sich als „ersten Hammerschmied unter Hammerschmieden“, als Offizier unter Arbeitssoldaten, die nicht über Befehle diskutieren können, sondern nur zu gehorchen haben. Der *Stummsche* Arbeiter war infolge eines Systems von Teuerungszulagen der bestbezahlte Hüttenarbeiter im Saarrevier, konnte mit Hilfe von Prämien und Werksvorschüssen ein Eigenheim erwerben, die Kinder auf betriebliche Fortbildungsschulen schicken und sich bis an sein Lebensende von den zahlreichen betrieblichen Sozialeinrichtungen betreuen lassen. Aber alle diese Vergünstigungen und Wohlfahrtseinrichtungen waren rein patriarchalisch; der Unternehmer sorgte für die Arbeiter wie ein Vater für die unmündigen Kinder, wie ein Familienoberhaupt, das sich seiner Verantwortung bewußt ist, aber für seine Maßnahmen den Kindern keine Rechenschaft abzulegen braucht.

Stumm nahm diese Verantwortung für seine Arbeiter schwerer und weitgreifender als die meisten Unternehmer seiner Zeit: Er kümmerte sich auch um die außerberuflichen Dinge seiner Arbeiter. Als er durch die Arbeiterschutzgesetzgebung der Möglichkeit beraubt wurde, die Arbeiter auch außerhalb des Betriebes für Verfehlungen mit Geldstrafen belegen zu können, gewährte er allen, die sich auch außerhalb der Arbeit ohne Tadel verhielten, regelmäßig eine besondere Jahresprämie. Seine Maßnahme begründete er mit den Worten: „Sollte ich jemals verhindert werden, den Arbeiter auch in seinem Verhalten außerhalb des Betriebes zu überwachen, so würde ich keinen Tag länger an der Spitze der Geschäfte bleiben, weil ich dann nicht mehr im Stande sein würde, die sittliche Pflicht zu erfüllen, welche mir mein Gewissen vor Gott und meinen Mitmenschen vorschreibt. Ein Arbeitgeber,

³¹ Bericht über den ersten Delegiertentag christlicher Bergarbeitervereine Deutschlands zu Bochum, Altenessen 1897. – H. Kötzschke, Offener Brief an Freiherrn v. Stumm und Genossen. Leipzig 1895. – Hans Delbrück, Gustav Schmoller und Adolph Wagner, Über die Stummsche Herrenhausrede, Berlin 1897. – Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Köln. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 76, S. 433. – Adolph Wagner, Mein Konflikt mit dem Freiherrn v. Stumm, Berlin 1897. – Ders., Unternehmervergewinn und Arbeitslohn, Göttingen 1897.

dem es gleichgültig ist, wie seine Arbeiter sich außerhalb des Betriebes auf-führen, verletzt meines Erachtens seine wichtigste Pflicht.“³²

Stumms Stolz war es, alles für die Arbeiter Notwendige zu tun; einen Eingriff des Staates und irgendwelche Selbstbestimmungsrechte lehnte er voller Empörung ab. Die Fürsorgepflicht des Unternehmers war auf das engste mit dem Eigentumsrecht des Unternehmers an seinem Werk verbunden. „*Stumms System*“, das mit der Debatte um die Arbeiterausschüsse seine erste wichtige Ausbildung erfuhr, bedeutete damit im Grunde die soziale Sicherung des Arbeiters auf Kosten seiner persönlichen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Es scheiterte daran, wie der Betriebssoziologe *Goetz Briefs* es später scharfsinnig formulierte, daß es eine vorindividualistische Gemeinschaftshaltung in einer individualistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung verwirklichen zu können glaubte, d. h. an einer „ungenügenden Systemkongruenz“³³.

Die persönliche Tragik des Saarindustriellen lag darin, daß er von der Linken als „Scharfmacher“ und von den Freihändlern und Konservativen wegen seiner „superhumanen“ Sozialfürsorge angegriffen wurde. Als Verkörperung des „Herr-im-Hause-Standpunktes“ bildete der Schlossherr zu Halberg eine willige Zielscheibe sowohl für die Sozialdemokratie als auch für die Kathedersozialisten – um nur seine ärgsten Feinde zu nennen –, obwohl *Alfred Krupp* und *Werner Siemens* gleichermaßen als Exponenten des betrieblichen Patriarchalismus gelten konnten³⁴. „*König Stumm*“ betonte immer wieder mit Recht seine tiefe Verantwortung für die ihm unterstellten Menschen ohne einzusehen, daß sein System der Menschenführung der ganzen sozialen Entwicklung, die auf Gleichberechtigung und Mitbestimmung des Arbeiters drängte, diametral entgegengesetzt war. Stumms sonstige große Verdienste als Wirtschaftsführer und Politiker wie auch die persönliche Lau-

³² Fünfviertel Jahrhundert Neunkirchner Eisenwerk aaO, S. 70. – Bezeichnend für Stumms Einstellung war auch, daß er ein Verbot für alle Arbeiter erließ, vor dem 24. Lebensjahr zu heiraten. Vgl. den Abschnitt über den Heiratskonsens in dem Kapitel: Die sozial-ethischen Ausschüsse.

³³ Goetz Briefs, Art. „Betriebssoziologie“. In: Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931, S. 46.

³⁴ In einem Aufruf an die Arbeiter seiner Gußstahlfabrik sagte Alfred Krupp: „Nichts, keine Folge der Ereignisse wird mich veranlassen, mir etwas abtrotzen zu lassen. Die Verwaltung wird mit dem bisherigen als Gesetz bestandenen Wohlwollen fortfahren, die Fabrik zu führen im Geiste meiner Grundsätze und so lange für meine Rechnung, als ich die Arbeiter nach wie vor in bewährter Treue als Angehörige des Etablissements betrachten werde... Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf ungerechtfertigte Forderungen ab, werde wie bisher jedem gerechten Verlangen zuvorkommen, fordere daher alle diejenigen, welche sich damit nicht begnügen wollen, hiermit auf, je eher desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorzukommen, und so in gesetzlicher Weise das Etablissement zu verlassen, um anderen Platz zu machen, mit der Versicherung, daß ich in meinem Hause, wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben will.“ Vgl. Kley, Bei Krupp, Leipzig 1899, S. 38.

terkeit seines Willens sind durch die vielen Schuldurteile seiner Zeit fast in Vergessenheit geraten. Der heutige Historiker wird schon deswegen zu einem differenzierteren Bild über die Persönlichkeit *Stumms* kommen als das 19. Jahrhundert es zu geben vermochte. Er wird in ihm eine der großen Beharrungskräfte erkennen, die den Gang der sozialen Entwicklung notwendigerweise immer begleiten werden. *Stumms* bedingungslose Ablehnung der Arbeiterausschüsse hat ihre weitere Entwicklung jedenfalls entscheidend beeinflusst. Ohne diese Ablehnung hätte sich das Betriebsvertretungswesen in Deutschland sicher schneller und besser entwickelt. Aber *Stumms* leidenschaftlicher Protest war nicht der einzige Hemmschuh in dieser Frage.

c) Die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie

Eine vollkommene Ablehnung erfuhren die freiwilligen Arbeiterausschüsse zunächst auch auf der Gegenseite, in den Reihen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft. Allerdings gab es während der achtziger Jahre unter den Fesseln des Sozialistengesetzes kaum eine eigentliche Stellungnahme dazu. Ein Grund dafür, daß sich die SPD erst so verhältnismäßig spät mit dem Problem einer Arbeitervertretung im Betrieb befaßte, lag im folgenden: Vor 1890 war die Reichstagsfraktion schon durch ihre geringe Zahl in der Einbringung selbständiger Anträge gehemmt. Durch die offene Feindseligkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien wurde die geringe parlamentarisch-öffentliche Wirksamkeit noch mehr eingeschränkt. Sogar bei der Beratung der Arbeiterversicherung am Ende der achtziger Jahre hatte man die Sozialdemokratie von allen Kommissionen ausgeschlossen. Erst im Jahre 1890, als die Partei durch die Wahlen eine große Stärkung erfahren hatte, wurde im Zusammenhang mit der parlamentarischen Diskussion die Auffassung der Partei eingehender fixiert, wobei sich dann wie im Lager der Arbeitgeber recht unterschiedliche Strömungen zu der Angelegenheit bemerkbar machten. Diese sollen uns in späteren Abschnitten im Rahmen einer Darstellung der Gesetzgebung noch näher beschäftigen. Im folgenden geht es lediglich darum, die ersten Ausgangspositionen der organisierten Arbeiterbewegung zu dem Problem der Arbeiterausschüsse zu umreißen.

Die Ablehnung der Arbeiterausschüsse war auf das engste mit der bei der Sozialdemokratie zu Beginn der neunziger Jahre weit verbreiteten Erwartung auf den sozialistischen Zukunftsstaat verknüpft. Nicht nur *Friedrich Engels* hatte in einem Aufsatz die baldige Katastrophe der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorausgesagt³⁵, auch *August Bebel* prophezeite bei der Verkündung des „Erfurter Programms“, daß die meisten der anwesenden Parteimitglieder die Verwirklichung der aufgestellten Ziele noch miterleben würden. Wenn auch das offizielle Grund-

satzprogramm unter anderem eine Forderung nach Arbeiterschutzpolitik enthielt, so setzte doch *Karl Kautsky*, der damals noch maßgebende Theoretiker der deutschen Arbeiterbewegung, im Grunde wenig Hoffnung auf eine reformerische Tätigkeit und erwartete im Gegenteil alles von der seiner Meinung nach bevorstehenden politisch-sozialen Revolution und dem Sturz der herrschenden Klassen. Es wurde kein Hehl daraus gemacht, daß die Verurteilung der Arbeiterausschüsse, wie auch jeder anderen „wirtschaftsfriedlichen“ Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern im Betrieb, aus ideologischen und prinzipiellen Gründen geschah: Es gab und sollte kein gemeinsames Interesse zwischen „Proletariern“ und „Expropriateuren“ geben, wie es *Karl Marx* formuliert hatte. Die Betriebsvertretungen konnten nur den fast naturgesetzlichen Gang der gesellschaftlichen Entwicklung verzögern, die Einheit der Arbeiterschaft zersplittern und diese von den eigentlichen großen Zielen ablenken.

In diesem Sinne warnte „Die Neue Zeit“, die damalige offizielle Zeitschrift der Sozialdemokratie, im Jahre 1889: „Was immer der Unternehmer dem Arbeiter gibt, das hat dieser ihm selbst erst verdient. Dadurch, daß der Unternehmer dem Arbeiter als Wohltäter gegenübertritt, unterdrückt er ihn nicht bloß, denn er will ihn nicht nur abhängiger machen, er entehrt ihn auch, denn er weist ihm eine Stellung an, die ihm im Verhältnis der beiden zueinander nicht zukommt.“³⁶ Im gleichen Jahr wandte sich *August Bebel* im Reichstag besonders gegen den sozialkonservativen und patriarchalischen Charakter mancher Arbeiterausschüsse, als er sagte: „Der diesen sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen zugrunde liegende Gedanke kommt einfach darauf hinaus: Der Arbeiter ist unmündig, der Arbeiter muß bevormundet werden; der Unternehmer ist ein Tugendbold, der gegenüber Arbeitern den Vater zu spielen, der darüber sorgsam zu wachen hat, was ihn schädigen könnte. Kurz und gut, es ist ein feudalpatriarchalisches Verhältnis, das Sie als bürgerliche Partei Jahrzehnte, um nicht zu sagen Jahrhunderte hindurch bekämpft haben, das Sie jetzt als herrschende Partei den Arbeitern gegenüber durchzuführen versuchen.“ Und an anderer Stelle sagt er über die Arbeiterausschüsse, die er verächtlich „ein Feigenblatt des Kapitalismus“ nannte, noch konkreter: „Wir heißen jedes Stück Selbstverwaltung für die Arbeiter willkommen, aber wir müssen es zurückweisen, daß die Arbeiter unter dem Schein ‚konstitutioneller Rechte‘ dem Kapital die Arbeit besorgen, korrumpiert und gar noch gegen die Klasseninteressen des Proletariats ausgespielt werden.“³⁷ Der SPD-Vorsitzende machte hier auf einige schwerwiegende Nachteile der Arbeiterausschüsse aufmerksam, wie sie besonders bei

³⁶ Die Neue Zeit, Jg. 1889, S. 506.

³⁷ Die Neue Zeit, Jg. 9, Bd. 1, S. 135. – Über *Bebels* Persönlichkeit informiert heute immer noch am besten seine dreibändige Autobiographie „Aus meinem Leben“ (1910–1914, Neuaufll. Berlin 1946). Vgl. dazu die ausgezeichnete Würdigung durch *Theodor Heuss* in der Neuen Deutschen Biographie, Bd. 1 (1953), S. 683 ff.

³⁵ *Friedrich Engels*, Der Sozialismus in Deutschland. In: Die Neue Zeit, Jg. 10 (1891/92), Bd. 1, S. 580.

der sozial-liberalen und sozial-ethischen Richtung zu beobachten gewesen waren. Auch *Lujo Brentano* hatte schon vor ihm das „feudale Herrschaftssystem“ in manchen Industriebetrieben heftig attackiert³⁸. Er wurde darin von dem jungen „Kathedersozialisten“ *Heinrich Herkner* unterstützt, der den Nachweis zu führen versuchte, daß eine oktroyierte betriebliche Sozialpolitik, die alles für, aber nichts durch den Arbeiter tun will, die Beziehungen zum Arbeitgeber keineswegs verbessert, sondern eher verschlechtert. Am meisten wurde von *Herkner* aber kritisiert, daß die neuen betrieblichen Arbeitervertretungen von einigen skrupellosen Unternehmern dazu benutzt wurden, um das Odium einer übermäßig strengen Betriebsdisziplin und Ausbeutung der Arbeiter einfach auf den Arbeiterausschuß abzuwälzen, der an seiner Stelle die harten und unpopulären Maßnahmen durchzuführen hatte. Bei Beanstandungen der Fabrikinspektoren konnte sich der Arbeitgeber dann immer in fadenscheiniger Weise darauf berufen, daß dies der Arbeiterausschuß beschlossenen habe. *Herkner* wies dabei auf die Berichte des badischen Fabrikinspektors *Woerishofer* hin, in denen stellenweise von einer völligen Teilnahmslosigkeit der Arbeiterschaft gegenüber den Ältestenkollegien die Rede war, weil die Belegschaften das Gefühl hatten, daß die „Arbeitervertretungen“ im Endeffekt doch immer dem entscheidenden Willen des Arbeitgebers nachgeben müßten³⁹. *Bebel* stand also mit seiner Kritik, daß mit den neuen Arbeiterausschüssen ähnlich wie mit den anderen betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen von

³⁸ Brentano brachte diese Gedanken in einem Zeitungsartikel, der am 7. Juni 1887 in der Berliner „Nationalzeitung“ unter der bezeichnenden Überschrift „Fabrikfeudalität und Fabrikantenadel“ erschien. Schon vorher hatte er in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, Tübingen 1882, Bd. 1, S. 937, in ähnlicher Weise Stellung genommen. Später erläuterte Brentano noch einmal, was er mit dem Begriff Fabrikfeudalismus verstand und schrieb dazu: „Als ich vor Jahren in der ersten Auflage von Schoenbergs Handbuch von der Sozialpolitik unserer industriellen Magnaten sprach, sagte ich, das Ideal vieler unter ihnen sei ein Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ähnlich dem des Feudalherren zu seinen Hörigen. Das Wort wurde mir furchtbar übel genommen. Ich habe nie recht begriffen, warum; wenn nicht diejenigen, die mich angriffen, ihre Vorstellung von den feudalen Verhältnissen aus irgend welchen Schauerromanen geschöpft haben. Denn das Verhältnis des Feudalherren zu seinen Hörigen war häufig, namentlich was die Arbeitsordnung angeht, keineswegs ein unbeschränktes. Der Hörige war, was die Arbeitsordnung und seine Dienste und Leistungen angeht, nichts weniger als allenthalben der Willkür seines Herrn unterworfen. All dies war in den guten alten Zeiten in Urbarien aufgezeichnet, und die Anwendung dieser Ordnung geschah nicht nach Willkür, sondern seitens des Herrn oder seines Vertreters inmitten des aus den Dienstpflichtigen bestehenden Hofgerichtes. Meine Herren, die Sie über meinen Ausdruck Feudalisierung der Industrie so empört waren, geben Sie den Arbeitern doch mindestens diese Freiheiten der Hörigen! In den Arbeiterausschüssen verlangen wir ja nichts anderes als dieses Hofgericht, und wenn diese Freiheiten mit der Stellung des Burgherren verträglich waren, werden sie auch die des modernen Fabrikherrn nicht erschüttern...“ Vgl. Schriften des Vereins für Sozialpolitik (Verhandlungen) Bd. 47, (1890), S. 125 ff. – Heinrich Herkner publizierte seine Gedanken in der Schrift, Die oberelsässische Baumwollindustrie und die deutsche Gewerbeordnung. Straßburg 1887.

³⁹ Bericht für das Jahr 1894, S. 70.

einigen Unternehmern ein „gutes Geschäft“ gemacht wurde – was manchmal auch ganz offen zugegeben wurde⁴⁰, durchaus nicht allein, zumal sich auch *Ernst Abbe* sehr scharf über die nur „dekorative“ Verbesserung der industriellen Zustände ausgelassen hatte⁴¹. Aber der Mißbrauch dieser Institutionen lag nicht nur im Ermessen der Unternehmer. Die Arbeiterausschüsse konnten, wie noch zu zeigen sein wird, ebenso einseitig nur für die Interessen der Arbeitnehmer eingesetzt werden.

Bebel ging es zunächst im Grunde auch nicht um einzelne und sachliche Kritik, sondern ähnlich wie seinem großen Gegenspieler *Stumm* um eine radikale Ablehnung aus prinzipiellen Gründen. Der Sozialdemokratie, die 1890 nach Aufhebung des Ausnahmegesetzes rasch wieder an Mitgliedern und Wählern zunahm, mußte vor allem daran gelegen sein, die Einheit der Partei zu stärken. Sie wollte die Arbeiter von der Unüberwindlichkeit des Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital überzeugen, die teilweise noch recht starken patriarchalischen Bindungen an die Unternehmer zerstören und damit jede Hoffnung auf eine Fürsorge und Selbstbestimmung unter der wilhelminischen Herrschaft nehmen. Nur ein international vereinigt Proletariat war nach dem Glauben der Partei stark genug, sein eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen, alles andere waren nur „Palliativmittelchen“, die keine wirkliche Heilung für die krankhaften Gesellschaftszustände brachten.

Die Einstellung der Partei zu den freiwilligen Arbeiterausschüssen wurde nicht in einer grundsätzlichen Entschließung festgelegt, da diese Einzelfrage zunächst nicht wichtig genug erschien. Die neuen Institutionen wurden vielmehr mit den anderen betrieblichen Sozialeinrichtungen der Unternehmer in einen Topf geworfen und dies alles zusammen als den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufend verurteilt. Wie wenig zunächst von den Ausschüssen überhaupt gehalten wurde, ging aus einer Lokalnotiz im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei aus dem Jahre 1891 hervor, in der es hieß: „Die Fürsorge der Schlotbarone für ihre Arbeiter, wie sie sich

⁴⁰ So hieß es in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, Jg. 1904, Nr. 41: „Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen geradezu durch das Interesse des Arbeitgebers selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für den Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtseinrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt.“

⁴¹ „Wenn die Wohlfahrtsapostel unter sich sind, wissen sie kein besseres Argument, sich in ihren gegenseitigen Bestrebungen zu unterstützen, als die Versicherung: Alle solche Maßnahmen seien ja ganz ‚rentabel‘, die Kosten kämen ja indirekt wieder herein...“ Vgl. Abbe, Sozialpolitische Schriften aaO (1906), S. 54. – Brentanos, Herknors und Abbes Kritik an der „dekorativen“ betrieblichen Sozialpolitik ist nach der Jahrhundertwende verstärkt von bürgerlichen Sozialreformern fortgeführt worden. Vgl. Adolf Günther und René Prévôt, Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich, hrsg. vom Verein für Sozialpolitik, Leipzig 1905. – Robert v. Erdberg, Die Wohlfahrtspflege. Jena 1903. – Flesch, Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter und ihre Familien, Jena 1904.

in der Neuzeit des öfteren dokumentiert in der Schaffung von Einrichtungen ‚zum Wohle des Arbeiters‘, verdient das berechtigte Mißtrauen des Arbeiters, da die Unternehmer wohl schwerlich lediglich einem Zuge ihres menschen- und arbeiterfreundlichen Herzens hierbei folgen, sondern zweifellos eigennützige Zwecke die Triebfeder sind, die unter der Maske des ‚Arbeiterwohls‘ sorgsam verborgen werden“⁴². Das Parteiorgan zitierte dann einen Bericht aus der von *Wilhelm Oechelhäuser* gegründeten wirtschaftsfriedlichen „Deutschen Arbeiterzeitung“, wonach die Fabrik von *Websky, Hartmann & Wiesen* in Wüstewaltersdorf (Niederschlesien) für ihre in Webereien, Bleichereien und Färbereien arbeitende tausendköpfige Belegschaft ein sogenanntes Erholungshaus eingerichtet habe. In dem Haus erhielten die Arbeiter nicht nur verbilligte Speisen und Getränke, sondern konnten sich dort auch nach Feierabend aufhalten und gesellige Veranstaltungen abhalten. Das Erholungsheim, eine Art von „Arbeiterklub“, war vornehmlich für die jüngeren Arbeiter gedacht, die als „Schlafburschen“ in Bodenkammern hausten und sonst abends die Wirtshäuser bevölkerten. Dem Bericht der „Deutschen Arbeiterzeitung“ zufolge waren die Fabrikbesitzer der Ansicht, daß die ganze Verwaltung in die Hände der Arbeiter gelegt werden müsse, daß sie selbst sich darauf beschränken müßten, den Arbeitern eine Gelegenheit zur Erreichung dieser Zwecke kostenlos zu gewähren und daß sie nur insoweit in die Verwaltung eingreifen dürften, als es nötig sei, um zu verhindern, daß die Anstalt ihren eigentlichen Zweck verfehle. Es wurden deshalb auf einer Generalversammlung aller Mitglieder der Fabrikkrankenkasse die Statuten des Erholungshauses beraten und von dieser ein nur aus Arbeitern bestehender Vorstand gewählt, dem die ganze Verwaltung des Erholungshauses übertragen wurde. Die Fabrikbesitzer hatten sich lediglich vorbehalten, unter Umständen einen Werksbeamten, d. h. einen mittleren Vorgesetzten mit beratender Stimme dem Ausschuß beizuordnen.

Zu diesem Bericht bemerkte der „Vorwärts“ kommentierend, der erwählte Arbeitervorstand „erinnert lebhaft an die Arbeiterausschüsse, die auch nur Marionetten in der Hand der Fabrikanten sind. Die Fabrikleitung hat ihren Einfluß auf die Verwaltung der Erholungskasse gesichert, da sie einen Beamten ‚mit nur beratender Stimme‘ beordnen kann! Das genügt... Der ganze Arbeitervorstand ist nur ein Scheinmanöver, und die ganze ‚Uneigennützigkeit‘ der Fabrikbesitzer tritt hier sehr deutlich zu Tage“. Die Einrichtung, so meinte das SPD-Organ abschließend, sei doch nur geschaffen worden, um die Belegschaft von der übrigen Arbeiterschaft zu isolieren und von der Fabrikleitung noch abhängiger zu machen.

Auch wenn die meisten Arbeiterausschüsse nicht direkt zur Bekämpfung „sozialdemokratischer Umtriebe“ eingesetzt wurden, wie es der National-

⁴² Vorwärts (Berliner Volksblatt), Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 8, Nr. 233 v. 6. 10. 1891.

liberale *Oechelhäuser* gefordert hatte, so war doch die Verschärfung der Arbeitsdisziplin durch die Überwachung der Arbeitsordnung, die Verhängung von Geldstrafen und die größere Kontrolle der Arbeiter in und außerhalb der Fabrik, die die Tätigkeit der Ausschüsse meistens mit sich brachte, für die Agitation der Arbeiterorganisationen in den Betrieben außerordentlich hinderlich. Das erkannte vor allem der Redakteur der Berliner „Volkstribüne“, *Max Schippel*⁴³. Als erster deutscher Sozialdemokrat beschäftigte er sich im Jahre 1891 ausführlich und grundsätzlich mit dem Problem einer Betriebsvertretung. Die Arbeiterausschüsse sind, so erklärte der aus Chemnitz stammende SPD-Reichstagsabgeordnete, „teilweise harmlose beratende Körperschaften“, ohne deren Beistand der Unternehmer vielleicht oftmals ratlos sein würde, andererseits „eine Beihilfe, um dem Kapital gefügige und billige Arbeitskräfte zu sichern“. Nach *Schippels* Ansicht konnten die Arbeiterausschüsse niemals eine wirklich unabhängige Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber dem Kapital sein; denn es handele sich nur „um eine Opposition, der jederzeit der Brotkorb höher gehängt und die ganze wirtschaftliche Existenz vernichtet werden kann.“ *Schippel* glaubte, daß die Ausschüsse für die Klassenbewegung völlig bedeutungslos bleiben würden und fragte skeptisch: „Einmal können die Arbeiter zur Führung des Unternehmens nach außen hin niemals herangezogen werden. Hier steht jedes kapitalistische Unternehmen mitten im Konkurrenzkampf drin, und es kann nur kapitalistisch geleitet werden, wenn es gedeihen und nicht unterliegen will. Es lebt und wächst von der Ausbeutung der Arbeit – wie kann es da der Arbeit das Recht einräumen, in ihrem, d. h. gegen die Arbeiterausbeutung gerichteten Sinn die Leitung zu beeinflussen?“⁴⁴ Der sozialdemokratische Parlamentarier hatte damit das vielleicht wichtigste Argument der Arbeiterbewegung gegen die Mitbestimmung im Betrieb vorgebracht. Im Gegensatz zu *Bebel* und dem „Vorwärts“ ging er in seiner Kritik nicht nur von der äußeren Form der neuen Institutionen oder einem Mißbrauch durch die Unternehmer aus, sondern erklärte, was viel ernster zu nehmen war, jede echte Betriebsvertretung als im Widerspruch zum kapitalistischen System stehend. Aus reinem Selbsterhaltungstrieb waren die Unternehmer seiner Meinung nach gezwungen, jede Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu sabotieren.

Interessanterweise fällt *Schippel*, der in dieser Frage marxistischer dachte

⁴³ Paul Kampfmeyer, *Max Schippel*. In: Sozialistische Monatshefte, hrsg. von Joseph Bloch, Jg. 34 (1928), Bd. 67, H. 2, S. 587 ff. und Robert Schmidt, *Max Schippel im Dienste der Arbeiterbewegung*, ebd., S. 595 ff. – *Schippel* war übrigens einer der sachkundigsten Vertreter der SPD im alten Reichstag, wie sein 1902 erschienenes „Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch“ zeigt. Es ist noch heute als wichtige historische Quelle zu benutzen.

⁴⁴ *Max Schippel, Arbeiterausschüsse*. In: Die Neue Zeit, Jg. 9, (1891), Bd. 1, S. 133. Vgl. dazu seine spätere Auffassung in seinem Aufsatz: Vom Arbeiterausschuß zum Betriebsrat. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 25 (1919), Maiheft, S. 440 ff.

als *Bebel*, sein Urteil nicht etwa auf Grund seiner Erfahrungen als Fabrikarbeiter, der das Wirken der Arbeiterausschüsse selbst erlebt hatte, sondern als theoretisierender Linksintellektueller, der aus dem bürgerlichen Lager kommend erst wenige Jahre zuvor zur Sozialdemokratie gestoßen war. *Schippel* hatte in Leipzig, Basel und Berlin Volkswirtschaft und Staatswissenschaft studiert und war durch die staatssozialistischen Ideen von *Rodbertus-Jagetzow* und *Adolph Wagner* sowie durch die Schriften des eigenwilligen Schwaben *Albert Schäffle* allmählich auf den „linken Flügel der Sozialreform“ geraten, wie er in einem Brief an *August Bebel* 1887 bekannte⁴⁵.

Bei seinem Eintreten für weitgehende Sozialreformen und Bildung von Arbeiterkoalitionen verlor er schließlich die Hoffnung auf einen friedlichen Kompromiß zwischen Arbeit und Kapital: Er gab seine aussichtsreiche Laufbahn bei der Chemnitzer Handelskammer auf und wurde 1884 Redakteur des linksorientierten „Berliner Volksblattes“ und später der sozialdemokratischen Berliner „Volkstribüne“⁴⁶. In der Reichshauptstadt herrschte aber gerade Ende der achtziger Jahre eine radikale Strömung innerhalb der Partei, die sich die Berliner „Opposition der Jungen“ nannte. Auch *Schippel* wurde von ihr, als er nach Berlin kam, eine Zeitlang ergriffen und machte sich z. B. zum leidenschaftlichen Verfechter der Arbeitsruhe am 1. Mai, wobei er seinen ersten scharfen Meinungsstreit mit *Bebel* auslöste, der zur Zeit des Ausnahmegesetzes keinen weiteren Konflikt der Massen mit der öffentlichen Gewalt aus taktischen Gründen wünschte. *Schippel* machte sich sogar zum Sprecher der Berliner Opposition, die ihn 1887 zum Parteitag nach St. Gallen entsandte, wo er sich gegen die in den letzten Jahren des Ausnahmegesetzes betriebene abwartende und friedliche Propaganda wandte und seine Überzeugung von dem unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus verkündete. Zu eben dieser Zeit erteilte er den Arbeiterausschüssen auch seine Absage.

Als kurz nach 1891 die radikalste Gruppe unter *Schippels* Berliner Anhängern dann aber immer mehr in ein antiparlamentarisches und revolutionäres Fahrwasser geriet und in Anlehnung an *Wilhelm Liebknechts* Rede über „Die politische Stellung der Sozialdemokratie“ von 1869 eine die soziale und ökonomische Katastrophe auslösende Taktik forderte, trennte er sich abrupt von seinen bisherigen Parteifreunden. *Schippel*, der schon als erster Sozialdemo-

⁴⁵ Der Brief *Schippels* an *Bebel* vom 17. 12. 1887 ist im Auszug abgedruckt bei *Kampfmeyer*, *Max Schippel* aaO. – Über sein Verhältnis zu *Schäffle* vgl. *Max Schippel*, *Schäffles* Lebensbild. In: *Sozialistische Monatshefte*, Jg. 1905, H. 2, S. 1011 ff.

⁴⁶ *Schippel* beschäftigte sich als Redakteur der „Volkstribüne“ übrigens nicht nur mit wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch mit kulturellen und literarischen Tagesfragen. So förderte er die naturalistischen Schriftsteller *Arno Holz*, *Johannes Schlaf* und *Richard Dehmel* und stand bei der Berliner Volksbühnenbewegung *Pate*, die aus dem Leserkreis der *Volkstribüne* erwuchs. *Schippel* gründete auch die erste Arbeiterbibliothek in Berlin, einen Vorläufer der heutigen Volksbüchereien.

krat auf den Wert der sozialreformerisch eingestellten Gewerkschaften auch für die politische Arbeiterbewegung hingewiesen hatte⁴⁷ und deswegen mit *Bebel* auf dem Kölner Parteitag 1893 wiederum in eine heftige Kontroverse geriet, wandte sich immer mehr der von *Eduard Bernstein* vertretenen revisionistischen Auffassung vom Sozialismus zu. Er machte sich *Bernsteins* Analyse der kapitalistischen Entwicklung zu eigen, die an die Stelle der marxistischen Anschauung von den dialektischen Konflikten die Auffassung einer ständigen Evolution setzte. Nach *Bernsteins* These verschlang der Kapitalismus nicht seine eigenen Kinder und löste schließlich seinen eigenen Untergang aus, sondern befand sich im Gegenteil in einem Stabilisierungsprozeß und kam immer mehr in die Lage, die Wirtschaftskrisen abzuwehren und sich zu behaupten. Damit verschob sich aber auch das Ziel der Arbeiterbewegung: Die Aufgabe war nicht mehr der Sturz der herrschenden Klassen durch eine Revolution. An ihre Stelle trat der Gedanke, in einer schrittweise vorgehenden und auf Gewalt verzichtenden Taktik an einer gleichmäßigen Verteilung des Volkseinkommens auf alle Klassen mitzuwirken. Die von dem Revisionismus geforderte evolutionäre Einführung des Sozialismus mit einer fortschreitend sich erweiternden öffentlichen Kontrolle der Wirtschaft veränderte auch die Einstellung zu den Arbeiterausschüssen und einer Mitbestimmung im Betrieb. *Eduard Bernstein* und seine Anhänger sprachen sich daher im Gegensatz zu der ursprünglich vertretenen Ansicht der Sozialdemokratie für eine Institutionalisierung demokratischer Formen im Betrieb aus. Ihr Ziel war es, den Unternehmer in die Rolle eines bloßen öffentlichen Sachverwalters herabzudrücken, ihn durch fortgesetzte Forderungen der organisierten Arbeiterschaft so weich zu machen, daß er schließlich den für ihn immer wertloser werdenden Besitz an den Produktionsmitteln von selbst der Allgemeinheit zur Verfügung stellte. Für eine solche Verstaatlichung konnten die Arbeiterausschüsse aber als „sozialistische Vorposten im Betrieb“ außerordentlich gute Dienste leisten. Diese gewandelte Auffassung eines Teiles der Sozialdemokratie kam aber erst bei der Frage der Bergarbeiterausschüsse nach 1900 zum Durchbruch, wie noch in einem späteren Abschnitt gezeigt wird. So standen sich bis hin zum Ausbruch des 1. Weltkrieges zwei gegensätzliche Meinungen in der Sozialdemokratie bei der Frage der Arbeiterausschüsse gegenüber: Die eine Seite lehnte in der Erwartung des sozialistischen Zukunftsstaates diese Arbeitervertretungen als „Feigenblatt des Kapitalismus“ oder als *contradictio in se* völlig ab, während das andere Lager sie gleichsam als Etappe auf dem Weg zur Sozialisierung ansah, durch welche die Macht des Proletariats in seinem Emanzipationskampf gestärkt wurde⁴⁸.

⁴⁷ *Max Schippel*, Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung, Berlin 1889. – Ders. Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Kongreß zu Halberstadt. In: *Die Neue Zeit*, Jg. 10 (1891/92), Bd. 2 S. 10.

⁴⁸ Über die gegensätzlichen Einstellungen in der Frage der Arbeiterausschüsse,

Schippels Wandlung vom revolutionären Marxisten zum reformerisch eingestellten Revisionisten war in gewisser Weise charakteristisch für einen Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung, die gerade in der wilhelminischen Ära alles andere als einen monolithischen Block bildete. Bezeichnend für die Änderung seiner sozialistischen Grundposition war Schippels Berufung zum Leiter der sozialpolitischen Abteilung bei der Generalkommission der Gewerkschaften zu Beginn der neunziger Jahre nach seiner Trennung von der Berliner „Opposition der Jungen“. Bis zum Jahre 1919 vertrat Schippel hier publizistisch seine Auffassung und „schlug mit zorniger Geißel auf alle orthodoxen Marxisten ein“, welche die historisch bedingten Resultate der *Marx-schen* Forschung für ein endgültig abgeschlossenes Denksystem hielten⁴⁹.

Auch die unter Führung des ehemaligen Marienburger Tischlergesellen *Carl Legien* stehenden „Freien Gewerkschaften“ machten in der Frage der Betriebsvertretung ähnliche Gewissenskämpfe durch. Aus äußeren Gründen wurden die freiwilligen Arbeiterausschüsse zunächst für unzumutbar gehalten, weil nach Meinung der Gewerkschaftsführer nur die „geballte Macht der Arbeiterklasse“ in den nach Berufszweigen gegliederten Gewerkschaften etwas erreichen konnte. Ein Verhandeln der kleinen Arbeiterausschüsse in vielen Betrieben über vorher nicht übersehbare Einzelfragen bedeutete in ihren Augen eine Kräfteaufsplitterung. Außerdem war durch die Arbeiterausschüsse die Gefahr gegeben, daß ein Betrieb auf Grund seiner gut funktionierenden Betriebsvertretung einen Vorsprung in Lohn- und Arbeitsbedingungen herausholte und damit die Interessensolidarität der Gesamtarbeiterschaft gefährdete. Diese Auffassung wurde 1888 von *Max Schippel* vertreten, der damals, wie schon erwähnt, sich noch in der radikalen Strömung der Berliner „Opposition der Jungen“ bewegte⁵⁰. Auch andere Vertreter der sozialistischen Gewerkschaften, wie der Österreicher *Leo Verkauf*, lehnten anfangs die Arbeiterausschüsse als „bequeme und billige Unternehmerpolizei“ ab und

vgl. die Dortmunder Arbeiterzeitung vom 3. Juni 1910 und das Hamburger Echo vom 24. April 1910.

⁴⁹ Schippel gehörte mit Calwer und Hildebrandt später zu den „Protektionisten“ innerhalb der Bernsteinschen Revisionisten. Im Gegensatz zu Bernstein wandten sich die Protektionisten nicht nur gegen die meisten Thesen des orthodoxen Marxismus, sondern auch gegen den Internationalismus der sozialistischen Bewegung, propagierten also etwas, was heute der „Sozialismus in einem Land“ genannt wird. Sie befürworteten Präferenzzölle und eine Art von „Sozialimperialismus“. Während Calwer und Hildebrandt aus der Partei ausschieden, blieb Schippel trotz seines extremen Imperialismus und der Ablehnung der meisten Grundsätze des „reinen“ Sozialismus in der Sozialdemokratie und auch ständiger Mitarbeiter der revisionistisch eingestellten „Sozialistischen Monatshefte“. Er starb als Professor für Nationalökonomie an der Technischen Hochschule Dresden. Vgl. Peter Gay, Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit dem Marxismus, Nürnberg 1954, S. 318.

⁵⁰ Max Schippel, Gewerkschaften und Koalitionsrecht der Arbeiter, Berlin 1888, S. 30.

betonten, daß einzig und allein die Gewerkschaften in den Fragen der Lohn- und Arbeitsordnung legitimiert seien⁵¹.

Die anfänglichen Sorgen der Freien Gewerkschaften, durch die Betriebsvertretungen und überhaupt jede Form der betrieblichen Sozialpolitik werde ihre Daseinsberechtigung und ihre Arbeit geschmälert, hatten recht einfache Gründe: Die Gewerkschaften waren, obwohl schon seit Ende der sechziger Jahre die Sammlungsbewegung in Form der Facharbeitervereine eingesetzt hatte, zahlenmäßig bis 1890 noch recht schwach und noch ohne großen Einfluß auf die öffentliche Meinung geblieben. Auch die Sozialdemokratische Partei betrachtete den kleinen Zwillingsbruder innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung, besonders vor Erlass des Sozialistengesetzes, als recht nebensächliches Anhängsel. Aber auch nach Aufhebung des Ausnahmegesetzes gab es weiterhin viele leitende Parteimitglieder, die die Gewerkschaften als eigentlich nicht selbständigen Teil der Arbeiterbewegung ansahen und ihnen höchstens den Rang der „Artillerie innerhalb einer Armee“ geben wollten. *Bebel* war sogar der Ansicht, daß durch den Akkumulationsprozeß des Kapitals die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften auf die Dauer immer mehr eingeengt werden würde. Alles, was nach Begrenzung der Wirkungsmöglichkeiten aussah, wurde daher von diesen Arbeiterführern rein gefühlsmäßig erst einmal abgelehnt.

Als aber *Carl Legien* ab Ende 1890 klare Ziele für den einzuschlagenden Weg gab und ab 20. 1. 1891 erstmals das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ als offizielles Organ erschien, verschwanden mehr und mehr die Sorgen, daß die Arbeiterausschüsse die Existenzberechtigung der Gewerkschaften in Frage stellen könnten. Die Sozialpolitik und die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterschaft innerhalb der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurden im Gegenteil bald zum Hauptbetätigungsfeld. „Die Sozialpolitik zu fördern“, stellte das Mitglied des Gewerkschaftsvorstandes *Paul Umbreit* fest, „liegt im ureigensten Interesse der Gewerkschaften, denn Gewerkschaftspolitik ist Sozialpolitik.“⁵² Auch *Carl Legien* unterstrich 1891 den Unterschied zwischen der politischen Tätigkeit der Arbeiterpartei, die eine Umgestaltung der Gesellschaftsorganisation anstrebe, und den Aufgaben der Gewerkschaft, die „in ihren Bestrebungen, weil die Gesetze uns hierin Grenzen ziehen, auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft steht“⁵³. Das Ziel sollte es sein,

⁵¹ So z. B. *Leo Verkauf* im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, hrsg. von Heinrich Braun, Tübingen 1891, S. 345.

⁵² *Paul Umbreit*, Die Stellung der Gewerkschaften zur sozialpolitischen Gesetzgebung. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1903, H. 1, S. 319 ff., und Ders., Gewerkschaften und Sozialpolitik, ebd., Jg. 1914, H. 2, S. 780 ff.

⁵³ *Carl Legien* in seinem programmatischen „Aufruf an alle Mitglieder der Gewerkschaften“. In: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jg. 1891, Nr. 3, S. 9 ff.

die Gewerkschaften so zu stärken, daß sie den Unternehmern in der Wirtschaft gewachsen waren.

Die von *Carl Legien* gegebenen Marschziele ermöglichten es den sozialistischen Gewerkschaften eher als der Sozialdemokratie, die offiziell die revisionistischen Abweichungen auf den Parteitag vor dem 1. Weltkrieg nur in Teilfragen und nicht im Grundsatz anerkannte, sich sachlich und prinzipiell mit dem Problem einer Betriebsvertretung der Arbeiter auseinanderzusetzen. Die eigentlichen Stellungnahmen erfolgten aber wie bei der SPD erst nach dem Beginn der gesetzlichen Regelung. Die anfänglichen Bedenken der Gewerkschaften, daß durch die von Unternehmern freiwillig eingerichteten Arbeitervertretungen eine Machteinbuße eintrete, blieben aber in der betrieblichen Praxis nicht ganz ohne Folgen. Nach Berichten der Fabrikinspektoren wurde mehrmals die Einsetzung von Arbeiterausschüssen auf Betreiben der örtlichen Arbeiterorganisation verhindert, die fürchtete, ihren Einfluß bei den Mitgliedern zu verlieren. So wurden bei einer Wahl zu dem Arbeiterrat der *Maschinen- und Waffenfabrik Ludwig Loewe & Co.* in Berlin nach vorheriger Agitation des betreffenden Arbeiterfachvereines nur leere Zettel abgegeben. In einem anderen Fall wurde ein sogar schon bestehender Arbeiterausschuß durch einen Streik der Berliner Former wieder gesprengt⁵⁴.

Leider sind die Berichte der Gewerbeaufsicht, die vor ihrer Veröffentlichung bekanntlich zweimal streng gesiebt wurden, in dieser Hinsicht recht unergiebig. Auch gibt es kaum Aufzeichnungen von Arbeitern über die Arbeiterausschüsse, um das Bild zu ergänzen. Eine Ausnahme bilden die Memoiren des böhmischen Arbeiters *Wenzel Holek*, der wohl als einziger die Vorzüge und Schwächen dieser ersten betrieblichen Arbeitervertretungen vor 1891 ausführlich geschildert hat⁵⁵. *Holek* hat nicht nur die Atmosphäre eines Arbeiterausschusses aus der Sicht eines einfachen Handarbeiters darzustellen versucht, sondern auch als überzeugter Anhänger des Sozialismus dazu Stellung genommen und die eigenen Fehler kritisiert. Diese Umstände zusammen genommen verleihen seiner Schilderung besonderen Wert.

Wenzel Holek wurde 1864 in Böhmen geboren und mußte schon als kleiner Junge seine Eltern auf den Eisenbahnbau, auf das Feld oder in die Fabrik begleiten. Die *Holeks* waren eigentlich Landarbeiter, doch waren die Er-

⁵⁴ Schreiben der Maschinen- und Waffenfabrik Ludwig Loewe & Co. Commanditgesellschaft auf Aktien in Berlin an den Verein für Sozialpolitik v. 31. 5. 1890. In: *Sering, Arbeiterausschüsse*, aaO, S. 145 und 25.

⁵⁵ *Wenzel Holeks Memoiren* erschienen in zwei Bänden unter dem Titel: „Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters“, Jena 1909, und „Vom Handarbeiter zum Jugenderzieher“, Jena 1921. Der sozialdemokratische Pastor Paul Göhre, der aus der evangelisch-sozialen Bewegung kam, veranlaßte *Holek*, seine Erinnerungen niederzuschreiben. In gleicher Weise entstanden noch folgende Arbeitermemoiren: (Karl Fischer), *Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters*, 2 Bde., Leipzig 1903-04 und (Moritz William Theodor Bromme), *Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters*, Jena-Leipzig 1904.

werbsmöglichkeiten in der Heimat so gering, daß sie das ganze Jahr über nicht ausreichten. Sie gehörten daher zur Schicht der Wanderarbeiter, einem nomadisierenden Proletariat, das in Deutschland unter dem Namen „Sachsen-gänger“ bekannt wurde. Auch der junge *Holek*, der als Bettelmusikant und später als Handlanger in Zuckerfabriken und Ziegeleien zum schmalen Verdienst der Familie beisteuern mußte, in den Duxer Bergwerken mit der Hefe des Proletariats in Berührung kam und dann sich als sozialistischer Versammlungsredner betätigte, ging über die nahe Grenze nach Dresden, wo er schließlich mit seiner Frau Anstellung in einer Haarschmuckfabrik fand. Der Betrieb, der wie die ganze Zelluloidbranche damals eine Konjunktur hatte, umfaßte 15 Arbeiter und 45 Arbeiterinnen und Jugendliche. Außer zwei Kammachern waren alles ungelernete Arbeitskräfte, die zumeist den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften angehörten. Nach *Holeks* Erzählungen wurde sehr darauf geachtet, daß jeder Neuankömmling sofort in die Gewerkschaft eintrat, sonst wurde ihm das Leben sauer gemacht. Aus den vielen Aufträgen und Neueinstellungen wußten die Arbeitnehmer, daß die kleine Fabrik eine gute Geschäftslage hatte und trachteten daher mit allen Mitteln, mehr Lohn und mehr Rechte im Betrieb zu erlangen.

Der Sprecher der Arbeiter war ein älterer Drechsler, der öfters Werkstattbesprechungen einberief, auf denen jeder Betriebsangehörige das Recht hatte, seine Beschwerden über betriebliche Angelegenheiten vorzubringen. Wenn sie von den anderen anwesenden Arbeitern als berechtigt anerkannt wurden, trat man in die Verhandlung darüber ein, die dann gewöhnlich recht lebhaft zuzug, „denn an Beschwerden gegen die Meister oder gegen die Betriebsleitung mangelte es nie.“ *Holek* betonte, daß sich diese Beschwerden oft als unbegründet herausgestellt hätten und die Arbeiter darauf hingewiesen werden mußten, daß man zwar sein Recht auf das äußerste wahren, aber auch den im Betrieb übernommenen Pflichten nachkommen sollte. So wurden nur Klagen an den Arbeiterausschuß weitergeleitet, die von allen Arbeitern als berechtigt anerkannt worden waren. Nach Auffassung *Holeks* wurde die Arbeit der Betriebsvertretung weiterhin aber von den Radikalen unter der Belegschaft sehr erschwert, die jede Schonung des Arbeitgebers ablehnten und maßlose Forderungen stellten. An dieser Stelle beginnt *Holeks* Schilderung über seine Tätigkeit im Arbeiterausschuß, die wir wegen des Gehaltes an Atmosphäre mit einigen Kürzungen im vollen Wortlaut zitieren wollen⁵⁶:

„Nach einigen Wochen hatte ich das Glück, in den Arbeiterausschuß gewählt zu werden. Die Wahl war freilich nicht besonders angenehm für mich. Denn meine Lehrzeit war noch nicht beendet; die Fachkenntnisse darüber, ob der Zelluloidschneider, der Fräser oder Stanzer seine Arbeit recht machte, ob er die Lohnzulage verdiente, mangelte mir ganz; über solche Fragen hatten

⁵⁶ *Holek, Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters*, aaO S. 48.

wir aber öfters mit der Betriebsleitung zu reden. Doch war dies – meinten die Kollegen – ihre Sache; meine Sache sei, bei den Verhandlungen als ihr Anwalt zu wirken, da sie mich für redegewandter und kaltblütiger hielten als sie es waren. Ich mußte auf ihr Drängen die Wahl annehmen. Darauf wurden wir beauftragt, bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden und über folgende Punkte zu verhandeln:

Erstens sollte eine Lohnerhöhung, die fast alle verlangten, erwirkt werden, zweitens eine angeblich unbegründete Entlassung des Zelluloidzuschneiders geregelt und drittens einige auf die Arbeitsverhältnisse bezügliche Fragen erörtert werden und ihre Erledigung finden. „Das ist eine harte Nuß“, sagten wir uns. Aber es gab keinen Pardon. Wenn wir, die ersten, uns unschlüssig oder gar feig zeigten, was sollte dann mit den anderen werden?

Die Verhandlungen mit der Betriebsleitung dauerten ungefähr zwei Stunden von 10 bis 12 Uhr vormittags. Der Direktor, er war auch erst einige Wochen da, empfing uns sehr höflich und zeigte sich, als wir unsere Wünsche vorgetragen hatten, so zuvorkommend, daß er die Geschäftsbücher und Bestellbriefe hereinbrachte und uns sogar manches vorlas, um uns zu überzeugen, mit wie wenig Gewinn der Betrieb arbeite und wie man auch oft den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter nicht Rechnung tragen könne. Er führte das alles in so überzeugender Weise aus, daß es auf uns den Eindruck machte, als stünden wir vor einer neuentdeckten Wahrheit. Wahrhaftig, wir standen verlegen vor ihm und fragten uns: War das die Wahrheit oder Absicht, uns einzuschüchtern? Beinahe hatten wir vergessen, was wir wollten.

Dann kam das Peinlichste. Er klagte über die Liederlichkeit mancher Arbeiter und ihre Verlogenheit, ein Tadel, den er sofort mit einigen schlecht ausgeführten Gegenständen zu beweisen versuchte. Worauf wir uns einzuwenden erlaubten, daß wir uns für diese nicht verantwortlich fühlten; sie seien von uns nicht vermittelt worden, er habe sie doch selbst aufgenommen wie sie kamen, und wir könnten sie nun in der Organisation nicht mit einem Schlage anders machen, dies bedürfe einer längeren erzieherischen Arbeit. Als wir darauf hinwiesen, daß vielleicht auch er die Erfahrung gemacht habe, daß mit organisierten Arbeitern ein leichteres Hantieren sei, stimmte er bei, fügte aber hinzu, daß dies erzogene, gebildete und gewerkschaftlich bewußte Arbeiter voraussetze, und das wären unsere Arbeiter nicht.

Er kam bei dieser Gelegenheit auf die *Zeiss'schen Werke* und auf *Abbe* in Jena zu sprechen, wo er früher in Dienst gestanden habe. Dort seien die Arbeiter organisiert gewesen, hätten aber trotzdem ein Pflichtgefühl besessen, von dem hier gar nichts zu merken sei. Mir waren die Einrichtungen der Zeiss-Stiftung aus der Literatur bekannt. Seine Worte wirkten auf mich mit voller Wucht; er hatte ja recht; aber sollte ich ihm dies voll und ganzzugeben vor meinen Kollegen? Nein – wir mußten unsere Klienten in Schutz nehmen und die Anklagen irgendwie abzuschwächen versuchen. Und da

setzte ich dem Direktor auseinander, daß in Jena auch ganz andere Arbeitsbedingungen herrschten als die unsrigen. Unsere Arbeiter hörten zum erstenmal von einer konstitutionellen Fabrik in Deutschland.

Die Verhandlungen hatten uns wenig von dem, was wir zu erringen glaubten, eingebracht. Der Direktor gab uns sein Ehrenwort, die Löhne nach Möglichkeit aufzubessern und grundlos schlechte Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten nicht zu dulden. Wir gaben ihm auch unser Ehrenwort, unseren ganzen Einfluß walten zu lassen, daß keine Mißstände mehr vorkämen. Im Grunde war das, was wir erreicht hatten, nicht zu unterschätzen. Es wurde damit der erste Schritt getan, gegenseitig moralisch zu wirken. Und ich kann sagen, daß sich das Betragen der Arbeiter von Woche zu Woche sichtlich besserte. Auch der Direktor hielt sein Wort, indem er einzelnen ihren Lohn aufbesserte. Das ließ hoffen, daß mit der Zeit geordnete Verhältnisse eintreten würden.

Da wurde das Verhältnis von einer anderen Seite gestört, von den Besitzern, was wir erst gar nicht merkten. Diese schienen für eine solche Verfassung kein Verständnis zu haben und wollten unbedingt Herren im Hause bleiben. Das bewiesen sie durch die Absicht, die Löhne zu kürzen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter unbeachtet zu lassen. Dieser Druck erzeugte in uns Gegendruck. Es verging dann keine Woche, in der der Arbeiterausschuß hätte nicht verhandeln müssen . . .“ (Ein preußischer Kammacher, der durch sein liebedienerisches Betragen außer der Reihe zum Meister befördert wurde und damit zusammenhängende Entlassungen und Neueinstellungen führten dann zu einem Streik, der für die Arbeiter sehr erfolgreich verlief.) „Der Streik hatte dem Arbeiterausschuß einen sehr guten Dienst geleistet, indem dieser den Einfluß auf die Arbeiter voll und ganz gewann durch den ehrlichen Versuch, die Fehler in der Arbeit und im Betragen auszumerzen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen bildeten nach und nach so was wie eine Familie, sie gewöhnten sich daran, der Betriebsleitung nicht nur eine gezwungene, sondern auch moralische Achtung zu schenken, sich den Mitgliedern des Arbeiterausschusses unterzuordnen und ihren Rat zu befolgen. Wir versprachen uns so mit der Zeit recht guten Erfolg von diesem Vorgehen. Aber da überraschte uns in der ersten Hälfte des Monats Juni die Kunde, die Besitzer hätten Konkurs angesagt. Die Nachricht bestätigte sich, und die Folge war, daß wir alle entlassen wurden . . .“

Abschließend faßte *Wenzel Holek* seine Erfahrungen mit dem Arbeiterausschuß in der selbstkritischen Betrachtung zusammen: „Als Mitglied des Arbeiterausschusses oder als Vertrauensmann zu wirken, ist wahrhaftig ein undankbares Geschäft. Der eine kommt zu spät zur Arbeit, der andere macht seine Arbeit liederlich, der dritte bummelt im Betriebe; er wird ermahnt, hat noch ein loses Maul; der oder jener möchte mehr Lohn haben, sie alle kommen zum Betriebsausschuß, der sollte ihnen helfen, für sie reden im Kontor.

Die Verteidigung geht noch in den Fällen, wo dem Schutzbefohlenen wirklich Unrecht geschehen ist; aber wehe, wenn er lügt und lügt, bis er von den Vorgesetzten überwiesen wird. Dann heißt es für ihn bitten, er habe ja nicht gewußt, was er tue und ähnlich. Geht man nicht, so ist man ein schlechter Vertreter der Arbeiterinteressen, andernfalls macht man sich wieder lächerlich vor dem Vorgesetzten oder gilt bei ihnen als Rädelsführer, dessen sie sich bei der ersten besten Gelegenheit zu entledigen versuchen.“

DRITTER TEIL

DER KAMPF UM DIE GESETZLICHE BESCHRÄNKUNG DER UNTERNEHMERGEWALT

I. Versuche zur Einführung gesetzlicher Arbeitervertretungen

Die staatlichen Versuche um die allgemeinverbindliche Errichtung von Arbeitervertretungen konzentrierten sich aus verschiedenen Gründen auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bis zur Revolutionsperiode von 1848/49 gab es praktisch keine Ansätze und Vorstöße bei den Regierungen der deutschen Einzelstaaten, den gegenüber dem Handwerk zahlenmäßig noch geringen Fabrikarbeitern irgendwelche gesetzlich garantierten Mitgestaltungsrechte im Betrieb oder in der allgemeinen Gewerbepolitik einzuräumen. Das lag zum Teil in der wirtschaftspolitischen Anschauung der Zeit begründet. Bei dem preußischen Staatsministerium beispielsweise war das sorgsame Bemühen spürbar, „die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gang zu überlassen“ und keine einzelne Klasse der gewerbetreibenden Bürger des Staates zu bevorzugen, wie es in *Hardenbergs* berühmter „Geschäftsinstruktion für die Regierungen in sämtlichen Provinzen“ vom 26. Dezember 1808 (§ 34) geheißen hatte. Diese Anweisung des preußischen Staatskanzlers, im Sinne des wirtschaftlichen Liberalismus sich jeder behördlichen Einmischung in Handel, Handwerk und Industrie zu enthalten, bildete mindestens bis 1848 eine feste Richtschnur für die preußische Bürokratie, wie sie sich gegenüber den gewerblichen Betrieben und ihren Arbeitskräften zu verhalten habe.

Hardenbergs Geschäftsinstruktion mit ihrem Prinzip der staatlichen Nicht-einmischung war zunächst eine bewußte Absage an die merkantilistische und kameralistische Zwangswirtschaft des vorangegangenen absolutistischen Staates und bezeichnete in fast wörtlicher Anlehnung an das berühmte Werk des Schotten *Adam Smith* es als Hauptaufgabe des Staates, einem jeden Bürger „innerhalb der gesetzlichen Schranken die möglichst freie Entwicklung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte in moralischer sowohl als physischer Hinsicht zu gestatten und alle dagegen noch obwaltenden Hindernisse baldmöglichst auf legale Weise hinwegzuräumen.“ Das nachfolgende Edikt vom 2. November 1810 über die Einführung einer allgemeinen Gewerbesteuer,

das nach französischem Vorbild das Betreiben eines selbständigen Gewerbebetriebes nur noch vom Lösen eines „Patentes“, d. h. eines Gewerbescheines abhängig machte, und das Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe vom 7. November 1811, das die Vorrechte der zünftigen Meister und Gesellen noch mehr als bisher einschränkte, zogen die Konsequenzen aus der Geschäftsinstruktion und verkündeten die vollständige Gewerbefreiheit. Zwar wurden insbesondere nach dem Gewerbepolizeigesetz die Innungen nicht aufgehoben, doch durfte von ihnen kein Gewerbetreibender mehr gezwungen werden, ihnen anzugehören; der Austritt aus der Zunft wurde jedem freigestellt.

Von diesen radikalen Maßnahmen wurden zunächst allerdings nur recht beschränkte Gebiete in Preußen und auch dort nicht die gesamte Wirtschaft berührt. Zum Beispiel bekam das Fabrik- und Manufakturwesen wenig davon zu spüren. Wo diesem die alte Zunftverfassung hinderlich im Wege gestanden hatte, war diese schon zur Zeit des Merkantilismus aus staatswirtschaftlichen Überlegungen heraus im Sinne einer liberalen Freiheit von Fall zu Fall durchlöchert worden. Auf der anderen Seite blieb das Prinzip des preußischen „Allgemeinen Landrechtes“, daß „die Erlaubniß zum Anlegen einer Fabrique zu erteilen, allein dem Staat zukomme“ und daß „dergleichen Erlaubniß als ein privilegium anzusehen und zu deuten“ sei, aus gewerbepolizeilichen Gründen weiterhin in Kraft. So mußte noch aus Gründen der Sicherheit und der allgemeinen Gesundheit für einzeln aufgezählte Gewerbebezüge eine behördliche Konzession beantragt werden, auch wurde zum Betreiben eines „festen Gewerbes“ der Nachweis der Dispositionsfähigkeit und eines festen Wohnsitzes verlangt. Im ganzen enthielten aber die Edikte nur unwesentliche Beschränkungen für die Unternehmer, und insbesondere blieb die Festsetzung des Arbeitsvertrages zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer lediglich Gegenstand einer freien Vereinbarung.

Da Preußen zur Zeit des Erlasses dieser Edikte nur aus den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien und Ostpreußen bestand, wurde die neu verkündete „Gewerbefreiheit“ auch nur in diesen Gebieten wirksam. In den nach 1815 wiedererworbenen Landesteilen Posen, Sachsen, Westfalen, Rheinland und Norddeutschland blieben Gewerbeverfassung und Gewerbeamt so bestehen, wie sie zur Zeit der Besitzergreifung waren: In dem ehemaligen napoleonischen Königreich Westfalen und im Herzogtum Berg die unter französischer Herrschaft eingeführte schrankenlose Gewerbefreiheit, in Sachsen, der Lausitz und Neuvorpommern die alte Zunftverfassung. Außerhalb Preußens behielt praktisch nur die Rhein-Pfalz das französische Gewerbeamt. Die übrigen deutschen Staaten, in denen die Franzosen ihr Gewerbeamt etabliert hatten, nämlich Kurhessen, Oldenburg, Bremen und Hannover, kehrten mit einigen liberalen Modifikationen zu den überlieferten patriarchalischen Zunftgesetzen zurück. Bayern, Baden und Württemberg bequamen

sich – ebenso wie die meisten freien Reichsstädte – überhaupt nur zu unbedeutenden Reformen in den zwanziger Jahren. Erst in den sechziger Jahren drang bei ihnen endgültig die in Preußen 1808 verkündete Gewerbefreiheit ein.

Das Laissez-faire-Prinzip des wirtschaftlichen Liberalismus war also in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur bei einem kleinen Teil der deutschen Staaten überhaupt eingeführt worden, aber selbst hier erwiesen sich – obwohl Preußen durch das Gewerbesteuergesetz vom 30. Mai 1820 dieses fester und einheitlicher verankern wollte – die überlieferten Traditionen stärker als die neuerungsbewußten Absichten des liberalen Gesetzgebers. Die gewerblichen Korporationen starben keineswegs ab, sondern behielten noch lange einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf das wirtschaftliche Leben, besonders auf die soziale Gestaltung des Lehr- und Arbeitsverhältnisses. Wer nicht bei einem zünftigen Meister wie früher gelernt hatte und keinen großen Befähigungsnachweis vorweisen konnte, hatte in der Regel unter der Resistenz und der Schikane seiner Berufsgenossen zu leiden. Die Behörden konnten diese Umgehung der amtlich verkündeten Gewerbe-„Freiheit“ nicht verhindern, weil sie nicht immer wußten, inwieweit das neue Recht das alte aufgehoben hatte. Das vielfach ungebrochene Fortleben der handwerklichen Korporationen, die in engster Verbindung zu der sich gerade herausbildenden Schicht der Fabrikarbeiter standen, die geringe Ausdehnung der neuen Gewerbefreiheit wie auch der industriellen Großbetriebe mögen die wichtigsten Gründe gewesen sein, weshalb die Frage einer speziellen gesetzlichen Vertretung der Industriearbeiter nicht besonders akut war.

Es ist nun bezeichnend, daß schon im vormärzlichen Deutschland, in dem die neue Gewerbefreiheit nur in beschränkten Gebieten und auch da nur wenig konsequent gehandhabt wurde, praktisch vom Beginn an Stimmen aller Richtungen laut wurden, die den „gesellschaftlichen Atomismus“ des neuen Gewerbeamtes heftig kritisierten. Seit dem Erlaß der *Hardenbergschen* Reformgesetze waren die Klagen über den Verlust der sittlichen und korporativen Kräfte, welche vordem die Wirtschaft zusammengehalten und jedem seine auskömmliche Nahrung gesichert hatten, eigentlich nicht mehr verstummt. Im Rückblick auf die verflossene ständische Vergangenheit wurde die Förderung gewerblicher „Associationen“ mit gewissen Selbstbestimmungsrechten als neue Form der Zünfte als eine geradezu staatspolitische Notwendigkeit hingestellt und überhaupt allen Korporationen als Bindegliedern zwischen Staat und Individuum eine organische Bedeutung beigemessen. Es war so, als sei die Woge der wirtschaftlichen Freiheit in Deutschland viel zu weit und viel zu schnell vorgerollt und alles Wasser wolle noch einmal in das gewohnte Bett zurückströmen.

Die dauernden Forderungen an die deutschen Regierungen, die neue Gewerbefreiheit durch eine staatliche Restauration der gewerblichen Korpora-

tionsidee wieder einzuschränken, die wir im ersten Teil dieses Buches ausführlich darstellten, bekamen an dem für das Handwerk besonders krisenreichen Beginn der vierziger Jahre besonderes Gewicht. Während die unter Leitung von *Johann Gottfried Hoffmann*, dem Direktor des Kgl. preußischen Statistischen Bureaus, ausgearbeitete preußische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 erst kleine Kompromißzugeständnisse in dieser Richtung brachte, machte dann der Ausbruch der Märzrevolution den Staatsführungen deutlich, daß viel weitergehende Maßnahmen nötig waren, um die aufgeregten Massen zu beruhigen. Die nachfolgenden Abschnitte sollen zeigen, wie die sozialreformerischen Strömungen aller Lager 1848 erstmals zu einem Durchbruch gelangten und die am meisten betroffenen deutschen Einzelstaaten, Preußen und Sachsen, zur ersten wirklichen Einschränkung des Laissez-faire-Prinzipes bewogen. Sie sollen weiterhin nachweisen, wie die ursprünglich nur für das Handwerk gedachten staatlichen Bestrebungen bereits auf die gesamte „arbeitende Klasse“ einschließlich der Fabrikarbeiter ausgedehnt wurden und wie sich in die Gedankengänge einer Wiederbelebung der Zunftverfassung die neuartigen Ideen von einer demokratischen „Organisation der Arbeit“ mischten. Die Kapitel sollen schließlich schildern, unter welchen verschiedenen Aspekten sich die Staaten um die Lösung dieser Fragen bemühten und aus welchen verschiedenen Gründen diese ersten Bemühungen des Gesetzgebers, den Arbeitnehmern ein beschränktes Mitwirkungsrecht zuzugestehen, scheiterten.

1. Die preußischen Gewerbeberäte

Die erste Maßnahme, welche die preußische Regierung nach den Märzunruhen zugunsten der „arbeitenden Klasse“ traf, war die Gründung eines besonderen Ministeriums für Handel, Gewerbe und Ackerbau am 18. April 1848, das hauptsächlich „den arbeitenden und gewerbetreibenden Klassen der städtischen wie ländlichen Bevölkerung seine Fürsorge“ zu widmen hatte, wie es in der Kabinettsordre hieß. Die Gründung eines solchen zentralen Fachministeriums war seit 1806 unter anderem von *Friedrich List* und Staatskanzler *Hardenberg* gefordert worden, seine Verwirklichung trotz mehrerer jahrelanger Anläufe seit 1817 immer wieder an dem Widerstand der konservativen Bürokratie gescheitert¹. Auch das 1844 zuletzt gegründete Handelsamt mit *Ludwig von Roenne* an der Spitze war ein ungenügender Kompromiß geblieben, da es lediglich beratende Funktionen besessen hatte. An die Spitze des neuen Ministeriums trat nun der bisherige Direktor für Handelsfragen im Ministerium des Innern, *Robert Freiherr von Patow*, der durch

¹ Über die Gründung des preußischen Handelsministeriums und seiner verschiedenen Vorläufer vgl. *Friedrich Facius*, *Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945*. In: *Schriften des Bundesarchives* Bd. 9, Boppard/Rh. 1959 S. 46.

seine Erfahrungen in deutschen und ausländischen Staaten als besonderer Fachmann auf diesem Gebiet galt². Das neue „Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Angelegenheiten“, wie es später amtlich bezeichnet wurde, erwies sich wegen der vielen Anträge und Forderungen auf dem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Sektor bald auch als eine dringende Notwendigkeit.

Am 4. April brachten mehrere Abgeordnete des preußischen Vereinigten Landtages bei dem Ministerium den Antrag ein, „daß in allen Landesteilen sofort Kommissionen aus Arbeitgebern und Arbeitenden jeder Art gebildet werden, um gemeinsam die dringendsten Mittel zu beraten, welche am geeignetsten sind, die Verhältnisse der arbeitenden Klassen zu bessern und zu heben“³. Die Abgeordneten waren zu ihrem Antrag durch das Vorgehen des sächsischen Ministeriums des Innern angeregt worden, das bereits am 3. April 1848 die Bildung ähnlich paritätisch besetzter Ausschüsse beschlossen hatte. Daraufhin erließ der neue Chef des Ministeriums eine Bekanntmachung, in der die Bildung von „Lokal-Ausschüssen“ und Kommissionen der Gewerbetreibenden an allen denjenigen Orten angeordnet wurde, „wo unter einzelnen oder mehreren Klassen derselben die Beseitigung schädlicher Angewohnheiten oder Mißstände als notwendig erkannt oder das Bedürfnis veränderter Einrichtungen im Bereich ihrer Beschäftigung gefühlt werden“. In diesen Ausschüssen sollten die durch gleiche Interessen verbundenen Arbeitgeber (Fabrikanten und Meister) mit den von ihnen beschäftigten Arbeitern (Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen und Gewerbegehilfen) vorhandene Mängel untersuchen, die etwaigen Streitfragen feststellen und die zur Abhilfe geeigneten Maßnahmen vorschlagen⁴. Über diesen Lokalausschüssen sollten dann Bezirkskommissionen stehen, die aus Mitgliedern der Lokalausschüsse gebildet werden sollten. Die Bezirkskommissionen hatten die Anträge der Lokalausschüsse, für die 6–10 Mitglieder vorgesehen waren, zu prüfen, zu vervollständigen und dann die im Bezirk gesammelten Entschlüsse zur weiteren Entscheidung an eine Zentral-Kommission weiterzuleiten, deren Vorsitz *Patow* selbst übernehmen wollte. Der Zweck der Spitzenkörperschaft wurde dabei wie folgt umrissen: „Es ist beabsichtigt, in die Central-Kommission . . . sachkundige Vertreter verschiedener Gewerbebezüge des Landes, und zwar sowohl aus der Klasse der Fabrikanten und Meister wie auch aus der Klasse der Fabrikarbeiter, Gesellen und Gewerbegehilfen zu berufen.“ Die Aufgabe sei es, „allgemeine legislative Anordnungen zur Beförderung

² Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 52, S. 760.

³ Adolf Wolff, *Berliner Revolutions-Chronik. Darstellung der Berliner Bewegung im Jahre 1848 in politischer, sozialer und literarischer Hinsicht*, Bd. 2, Berlin 1852, S. 102.

⁴ *Ludwig v. Roenne*, *Die Gewerbe-Polizei des Preussischen Staates . . .* Bd. 1, Breslau 1851, S. 63 ff. und Mitteilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aaO, II. Lieferung (1849), S. 161.

der Gewerbsamkeit und zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen in Erwägung zu nehmen“.

Geradezu auffällig erscheint, wieviel Ähnlichkeit hier mit den später veröffentlichten Denkschriften der Handwerkerkongresse und den Entwürfen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses in der Frankfurter Nationalversammlung vorhanden ist. Allerdings war diese Ähnlichkeit mehr äußerlich und beschränkte sich auf die institutionelle Form. *Patows* Absichten bei der Errichtung von gewerblichen „Associationen“ liefen im Grunde in eine ganz andere Richtung. Ihm ging es nicht um eine demokratische „Organisation der Arbeit“ und den Aufbau einer sozialen Wirtschaftsverfassung, sondern nur um die Beratung von gewerblichen und sozialen Fragen, die auf einen kleinen Kreis von „Fachleuten“ beschränkt werden sollte. Der Agitation in den großen Volksversammlungen und den Handwerkervereinen sollte damit zugleich der Boden entzogen werden.

Die Anordnung des preußischen Handelsministers fand im Land zunächst nur wenig Anklang. Nur in einigen kleineren Städten wurden überhaupt solche Lokalausschüsse ins Leben gerufen, die dann hauptsächlich Handwerker umfaßten. Zwei Drittel der Mitglieder waren sogar Meister, was offensichtlich gegen den Willen des Ministeriums verstieß. Die Zahl der Lokalausschüsse blieb so gering, daß sie nicht ausreichten, Bezirksausschüsse oder gar eine Zentralkommission zu wählen. Die Aktion *Patows* scheiterte im ganzen, weil von vielen hierin nur eine Beschwichtigungsmaßnahme gesehen wurde. Am meisten wurde aber daran Anstoß genommen, daß die Lokalausschüsse durch die kommunalen Ortsbehörden, die Bezirksausschüsse aber durch die Regierungen beaufsichtigt bzw. geleitet werden sollten. Da die Unruhen zugleich auch politischer Natur waren, wurde in dieser Bestimmung vor allem eine staatliche Bevormundung gesehen und daher der ganzen Reform ein tiefes Mißtrauen entgegengebracht. Eine Mitwirkung der Unternehmer, Kaufleute, Meister, Arbeiter, Gesellen und Handlungsgehilfen bei einer gemeinschaftlichen Beseitigung der wirtschaftlich-sozialen Übelstände war auf diesem Wege nicht ohne weiteres zu erreichen.

Nach dem Rücktritt des Ministeriums *Camphausen* am 25. 6. 1848 übernahm *Patow* den ruhigeren Posten eines Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg; sein Nachfolger im Handelsministerium wurde *Carl August Milde*, der Sohn eines schlesischen Kattunfabrikanten und Gründers der ersten Baumwollspinnerei östlich der Elbe⁵. *Milde* erkannte anscheinend sofort den Mißerfolg des ersten staatlichen Vorgehens, die Gewerbeverhältnisse unter Mitwirkung der beteiligten Schichten zu regeln. Am 20. August 1848 schrieb er an *Hermann Schulze-Delitzsch*: „Teils haben die den Innungen angehörnden oder zu größeren Versammlungen oder Vereinen zusammengetretenen

⁵ Über *Carl August Milde* vgl. Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 21, S. 733 ff.

Handwerker schon aus eigenem Antriebe an die Staatsregierung und an die Gesetzgebung zu stellenden Anforderungen beraten und deshalb keine Veranlassung gefunden, auf die Wahl neuer Ausschüsse oder Kommissionen unter Leitung der Behörden einzugehen, teils ist ein Bedürfnis zur Erledigung örtlicher Beschwerden und Streitigkeiten nicht hervorgetreten, während in der fast überall erfolgten Abfassung gemeinsamer Gesuche um Abänderung bestehender Gesetze die Bildung besonderer Ausschüsse entbehrlich schien.“⁶ Gleichwohl hielt auch *Milde* an dem Plan der preußischen Regierung, eine Revision der Gewerbegesetze nach Befragung von Sachverständigen vorzunehmen, fest. Doch wollte er jetzt andere Wege der Verwirklichung beschreiben, da sich die bisherigen als nicht gangbar erwiesen hatten.

Als die seit Ende Mai in Berlin tagende Preußische Nationalversammlung am 21. Juli 1848 eine besondere Kommission für Handwerker- und Gewerbeverhältnisse bildete und beantragte, unter „Zuziehung freigewählter Sachverständiger aus dem Handwerkerstande Vorschläge zur schleunigsten Abhilfe der dringendsten Beschwerden behufs eines bis zum Erscheinen einer definitiven Gewerbeordnung gültigen und demnächst zu erlassenden provisorischen Gesetzes zu machen“⁷, hielt *Milde* es für angemessen, dem Ausschuß alle Vorarbeiten seines Ministeriums zur Verfügung zu stellen und von der Beschlußnahme der Kommission alle weiteren Maßnahmen auf diesem Gebiet abhängig zu machen. Hoffte er doch, daß die Gewerbetreibenden und Arbeiter zu den Beschlüssen einer gewählten Parlamentsvertretung mehr Vertrauen haben würden als zu den recht einseitig verfügten Anordnungen seines Amtsvorgängers *Patow*.

Da sich die so berufene Kommission aber nicht nur mit dem von der Regierung überlassenen Material, sondern auch mit den Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung, der Meister-, Gesellen- und Arbeiterkongresse sowie rund 1600 eingegangenen Petitionen zu beschäftigen hatte, teilte sie sich zur besseren Sichtung und Ausarbeitung der Materialien in drei „Fachkommissionen“ (Unterausschüsse) auf. Es wurden gebildet⁸:

1. Eine Fachkommission für die Handwerkerverhältnisse unter dem Oberlandesgerichtsassessor *Hermann Schulze* (Delitzsch),
2. eine Fachkommission für Handel und Gewerbe unter dem Regierungsbaumeister *Viktor v. Unruh* (Magdeburg),
3. eine Fachkommission für die Weber und Spinner unter dem Vorsitz der Abgeordneten *Dr. Elsner* (Hirschberg) und *v. Borries* (Herford).

⁶ Der Brief *Mildes* an *Schulze-Delitzsch* ist zitiert bei *Magret Tilmann*, Der Einfluß des Revolutionsjahres 1848 auf die preußische Gewerbe- und Sozialgesetzgebung, Diss. phil. Berlin 1935, S. 27 (Dort auch alle weiteren Belegstellen).

⁷ Ebd., S. 32.

⁸ *Alexander Bergengrün*, Staatsminister *August Freiherr von der Heydt*, Leipzig 1908, S. 205. – Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aaO, II. Lieferung (1849), S. 162.

Diese drei Fachkommissionen hatten damit eine ähnliche Aufgabe wie der Volkswirtschaftliche Ausschuß bei der Frankfurter Nationalversammlung. Hier wurden in 30 Sitzungen die wirtschaftlichen und sozialen Reformpläne behandelt, während sich die Plenarversammlung kaum mit diesen Dingen beschäftigte⁹. Aber auch diese drei Fachkommissionen kamen ebenso wie der Volkswirtschaftliche Ausschuß in der Paulskirche nicht zum Ziel. Als der abschließende gemeinsame Kommissionsbericht fertiggestellt war, wurde die Preussische Nationalversammlung am 5. Dezember 1848 aufgelöst und die so hoffnungsvoll begonnene Arbeit abgebrochen.

Die Handwerker befürchteten nun, daß die so dringend gewünschte Regelung ihrer Verhältnisse wieder aufgeschoben werden würde und reichten daher durch den Vorstand des Provinzial-Innungsvereins für die Provinz Preußen eine Eingabe bei dem König ein, weitere Maßnahmen in die Wege leiten zu wollen. Nachdem eine Handwerkerdeputation am 18. Dezember nochmals die Notlage des Gewerbes geschildert hatte, befahl *Friedrich Wilhelm IV.* dem neu ernannten preussischen Handelsminister *August Freiherr von der Heydt*, die Angelegenheit wieder in die Hand zu nehmen.

Von der Heydt war, wie schon in einem früheren Abschnitt geschildert, der Mitinhaber eines angesehenen und alten Elberfelder Bankhauses, langjähriger Präsident des Elberfelder Handelsgerichtes und Mitglied des Landtages und des Gemeinderates gewesen¹⁰. Eine Persönlichkeit, von der der langjährige Mitarbeiter des Handelsamtes und Handelsministeriums *Rudolf v. Delbrück* in seinen Lebenserinnerungen sagte: „Von klarem Verstande, energischem Willen und gründlichem Fleiße faßte er die Aufgaben seines Ministeriums großartig auf.“¹¹ Wenn *von der Heydt* ebenso wie *Delbrück* auch ein unbedingter

⁹ Wie schon in einem früheren Abschnitt erwähnt, waren es vor allem der Breslauer Botaniker *Nees v. Esenbeck* und der ebenfalls von dort stammende Schriftsetzer *Brill*, welche die Preussische Nationalversammlung dazu bewegen wollten, der sozialen Idee in der Verfassung Rechnung zu tragen. Vgl. *Christian Gottfried Daniel Nees v. Esenbeck: Was bedeutet die sociale Frage in der Aufgabe der Verfassung? Anhang zu der Broschüre: Die demokratische Monarchie. Gesetzesvorschlag der Nationalversammlung zu Berlin vorgelegt den 1. Juli 1848, Berlin 1848.* Ebenso forderte *Brill*: „Die hohe Versammlung wolle ihrem Verfassungswerke die Grundsätze über die soziale Verfassung des Volkes in den Vordergrund stellen, ja zum Mittelpunkt des ganzen Werkes machen!“ Vgl. *Tilmann, Der Einfluß des Revolutionsjahres 1848 auf die preussische Gewerbe- und Sozialgesetzgebung aaO, S. 34.* – Mit *Brill* gab es in der ganzen Preussischen Nationalversammlung sechs Arbeiter und Angestellte unter den Abgeordneten (1,5 %), während in der Frankfurter Nationalversammlung die Arbeitnehmer bekanntlich völlig fehlten. In dem Berliner Parlament saßen ferner 16 Handwerker und Lehrer (5,8 %), 95 Juristen (23,8 %) und 77 Landwirte (19,3 %). Vgl. *Louis Rosenbaum, Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preussischen Parlamenten 1847–1910. In: Die Paulskirche, eine Schriftenreihe. Frankfurt/M. 1923, S. 58.*

¹⁰ *Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 12 (1880), S. 358.* – *Bergengrün, Staatsminister August Frhr. v. d. Heydt aaO.* – *Hansen, G. Mevissen aaO, Bd. 2, S. 5.*

¹¹ *Rudolf v. Delbrück, Lebenserinnerungen 1817–1867, mit einem Nachtrag aus dem Jahre 1870, Bd. 1, Berlin 1905, S. 223.*

Anhänger der liberalen Wirtschaftstheorie war, so lagen doch gewisse sozialpolitische Gedankengänge seiner Auffassung recht nahe¹². Ausschlaggebend dafür war wohl, daß er durch seine vielen öffentlichen Tätigkeiten auch die Bedürfnisse der wirtschaftlich Schwachen und Abhängigen genügend kennengelernt hatte. Besonders muß hier seine Tätigkeit in der kommunalen Elberfelder Armenpflege erwähnt werden, die sein Bruder *Daniel* zusammen mit dem Fabrikanten *David Peters d. Älteren* begründete und in den nächsten Jahren als mustergültig für ganz Deutschland ausbaute. Auch *August von der Heydt* wußte, was in dem „Elberfelder System“ geradezu als Prinzip erhoben wurde, daß der wirtschaftlichen Not mit armenpolizeilichen Mitteln und Almosen auf die Dauer nicht beizukommen war. Sie konnte letzten Endes nur durch die Weckung der Selbsthilfekräfte des Einzelnen und die Schaffung gesunder wirtschaftlicher Existenzen gesteuert werden. *Von der Heydt* kannte die wachsende Gefahr des Industrieproletariats, die sich in dem frühindustrialisierten Tal der Wupper schon frühzeitig abzuzeichnen begann, aus eigener Anschauung. Gerade weil er hier um eine Abhilfe bemüht war, stand er den Wünschen der Handwerker nach Wiedereinführung der alten Zunftordnungen recht ablehnend gegenüber. *Von der Heydt* blieb es auch vorbehalten, die erste Revision des heftig bekämpften Gewerbepolizeigesetzes von 1845 durchzuführen.

Der neue Handelsminister glaubte nicht, die Pläne seiner Amtsvorgänger *Patow* und *Milde* und der Fachkommissionen der Preussischen Nationalversammlung ohne weiteres übernehmen zu können und hielt daher eine nochmalige Vernehmung von Sachverständigen für nötig. Auch wollte er sich vor allem die Zustimmung der Betroffenen sichern, ehe der Gesetzentwurf an die beiden Kammern ging. Auf seine Einladung hin entsandten die Provinzial-Handwerkervereine aus sämtlichen preussischen Provinzen je zwei Meister und einen Gesellen nach Berlin, um die vorliegenden Entwürfe des Handelsministeriums zur Ergänzung und Abänderung der Allgemeinen Gewerbeordnung von 1845 zu beraten. Insgesamt 24 Vertreter nahmen an den Verhandlungen teil, die vom 17. bis zum 30. Januar 1849 unter dem Vorsitz des Ministers und seines Unterstaatssekretärs *Adolph v. Pommer-Esche* stattfanden. Es entsprach dem Charakter und der Zusammensetzung der Versammlung, daß die Forderungen der Handwerker im Vordergrund standen, wenn auch einige Kaufleute, Fabrikanten und Arbeiter anwesend waren¹³.

¹² *Bergengrün, Staatsminister A. Frhr. v. d. Heydt aaO, S. 209.*

¹³ *Verhandlungen, betr. die Berathung des Entwurfes einer Verordnung zur Ergänzung einer Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, Berlin 1849 (StA. Münster, Akten des Oberpräsidiums B, Nr. 2744).* – *Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 30. Mai 1849 einberufenen II. Kammer, Bd. 2 (Beilage), S. 697 und 34. Sitzung vom 17. Oktober (Kommissionsbericht über die Revision der Verordnung vom 9. 2. 1849 betr. die Errichtung von Gewerbe-Räthen und Abänderung der Gewerbe-Ordnung).*

In der Versammlung war man durchweg der Ansicht, daß man den Gesellen und Fabrikarbeitern eine Möglichkeit geben müsse, ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Diese Bestrebungen fanden bei *August von der Heydt* Gehör. Wegen der Wahlen wurde der Entwurf für eine neue Gewerbeordnung in großer Eile von dem Ministerium fertiggestellt, und schon am 9. Februar 1849 unterzeichnete der König und sein neues Kabinett die „*Verordnung betreffend die Errichtung von Gewerberäten und verschiedenen Abänderungen der Allgemeinen Gewerbeordnung*“¹⁴, nachdem die sachverständigen Tagungsteilnehmer sie gutgeheißen hatten. Die Beratungen in den Kammern, welche die Novelle nachträglich zu genehmigen hatten, zogen sich wegen der politischen Ereignisse bis zum 30. Januar 1850 hin, an dem die neue Verordnung dann endgültig verkündet wurde.

Nach der Gewerbeordnungs-Novelle konnte in jedem Ort oder Bezirk, wo sich ein Bedürfnis dazu herausstellte, zur Wahrnehmung der Interessen des Handwerks und der Industrie ein Gewerberat in Form einer Körperschaft errichtet werden, der ein Beratungsorgan für die Behörden sein sollte. Der Gewerberat zerfiel nach der Verordnung in drei verschiedene Abteilungen für die Handwerker, den Handelsstand und die Fabrikindustrie. In der Handwerker- und Fabrikindustrie-Abteilung sollten die Arbeiter und Arbeitgeber derart vertreten sein, daß der Arbeitgeberseite immer ein Mitglied mehr angehörte, „um eine notwendige Mehrheit bei den Abstimmungen zu erreichen“. Diese Bestimmung mit der ungeraden Mitgliederzahl zugunsten der Arbeitgeber war ein ausdrücklicher Wunsch der Berliner Sachverständigen-Konferenz gewesen, wie das Verhandlungsprotokoll zeigt¹⁵. Das aktive Wahlrecht für den Gewerberat war allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus Handwerk und Industrie sowie allen selbständigen Handelstreibenden (nicht aber den Handlungsgehilfen) zuerkannt worden, die das 24. Lebensjahr vollendet hatten und seit mindestens sechs Monaten im Bezirk des Gewerberates wohnten oder in Arbeit standen (§ 7). Wählbar waren alle Wahlberechtigten, die das 30. Lebensjahr zurückgelegt hatten und ihr Gewerbe seit mindestens fünf Jahren betrieben (§ 8). Die Mitglieder der drei Abteilungen des Gewerberates sollten auf vier Jahre von der Klasse gewählt werden, der sie angehörten. Für die Handwerks- und Fabrikabteilung erfolgte

¹⁴ Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten, 1849, S. 93. – Über die Beratung des Entwurfes vgl. die minutiöse Darstellung bei Tilmann, Der Einfluß des Revolutionsjahres 1848 auf die preussische Gewerbe- und Sozialgesetzgebung aaO, S. 35–41 und Rudolf Benario, Deutsche Wirtschaftsrate in Vormärz und Märzrevolution, Fürth 1933.

¹⁵ Verhandlungen, betr. die Berathung des Entwurfes... aaO, S. 57. – Der die Stimmenungleichheit festlegende Paragraph 5 der Verordnung lautete: „In der Handwerks- und in der Fabrikabteilung... sollen die Arbeitgeber... und die Arbeitnehmer... gleiche Vertretung, jedoch mit der Maßgabe erhalten, daß das zur Ergänzung der ungeraden Mitgliederzahl in jeder Abteilung erforderliche Mitglied aus den Arbeitgebern zu wählen ist.“

die Wahl in besonderen Wahlversammlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (§ 9, Abs. 2). Glaubten die wahlberechtigten Arbeitnehmer in ihrer Klasse nicht die ausreichende Zahl befähigter Mitglieder für den Gewerberat zu finden, so waren sie befugt, ihre Vertreter auch aus den Reihen der Arbeitgeber zu wählen (§ 9).

Wesentlicher als die Zusammensetzung des Gewerberates waren die Bestimmungen über seine Tätigkeit. Danach sollten u. a. die tägliche Arbeitszeit der Gesellen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter nach Anhörung der Beteiligten für die einzelnen Handwerks- und Fabrikzweige von dem Gewerberat einheitlich festgesetzt werden. Ferner sollten ortsstatutarische Anordnungen über die Verhältnisse der Arbeitgeber zu ihren Arbeitern mit der Wirkung getroffen werden können, daß eine Abänderung der erlassenen Vorschriften durch einen Arbeitsvertrag nicht zulässig sei. Ebenso konnte bestimmt werden, daß alle Fabrikarbeiter sich den Kassen zur gegenseitigen Unterstützung anzuschließen hatten und daß sich die Fabrikhaber bei diesen Unterstützungskassen durch Beiträge aus eigenen Mitteln bis zur Hälfte des Betrages, den die bei ihnen beschäftigten Arbeiter aufbrachten, beteiligen mußten. Dafür sollte dann den Unternehmern eine entsprechende Teilnahme an der Kassenverwaltung eingeräumt werden. Schließlich war noch der § 21 erwähnenswert, in dem die Beschaffung und Unterhaltung der Geschäftsräume für den Gewerberat der betreffenden Kommunalgemeinde auferlegt wurde, während die Kosten für die laufende Geschäftsführung durch Beiträge der Gewerbetreibenden gedeckt werden sollten. Nach der Verabschiedung durch die zweite Kammer und das Preussische Herrenhaus wurden solche Gewerberäte dann 1850 vornehmlich in den mitteldeutschen und schlesischen Industriebezirken eingerichtet. Zu Beginn des Jahres 1851 waren insgesamt 93 dieser neuen Institutionen durch die Aufsichtsbehörden genehmigt worden¹⁶.

Das erste staatliche Projekt für eine beschränkte Vertretung der Arbeitnehmer war innerhalb weniger Wochen verabschiedet worden. Weder die Beschlüsse und Denkschriften des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Frankfurter Nationalversammlung noch die Erfahrungen des Berliner „Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ oder die Entschlüsse der Gesellen- und Arbeiterkongresse wurden dabei berücksichtigt, obwohl es in vielem um das gleiche Problem ging¹⁷. Der aus Frankfurt zurückkehrende Präsident des Preussischen Revisionskollegiums für Landeskultursachen, *Adolf Wilhelm Lette*, übte als neuer Vorsitzender des Berliner „Centralvereins“ dann auch heftige Kritik an den neuen Gewerberäten. *Lette*, der

¹⁶ Gesetz-Sammlung für die Kgl. Preussischen Staaten aaO, S. 43. – Das preussische Handelsministerium nannte die Städte Breslau, Görlitz, Liegnitz, Ratibor, Sagan, Schwedt, Magdeburg und Umgebung, Halle, die Grafschaft Wernigerode am Harz usw.

¹⁷ Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aaO, V. Lieferung (1849), S. 20 ff.

mit anderen Abgeordneten bekanntlich einen eigenen Entwurf für eine Reichsgewerbeordnung fertiggestellt hatte, konnte gewissermaßen als Experte auf diesem Gebiet gelten. Bei der preußischen Gewerbeordnung vom 9. Februar 1849 fand er nur zu viele Angriffsstellen. In einer Denkschrift mit dem Titel: „Die Organisation der arbeitenden Klassen und die Gewerbeordnung vom 9. Februar 1849“ stellte er unter Bezugnahme auf seine früheren Flugschriften und den von ihm mitunterzeichneten Minoritäten-Gegenentwurf für die Paulskirchen-Versammlung fest: *„Die Bestimmung im § 5 der Verordnung vom 9. Februar und im § 4 der zweiten Verordnung von demselben Datum, wonach in den zur Wahrnehmung der Interessen der Industrie und der Arbeiter wie zur Ausgleichung und Entscheidung von Streitigkeiten herzustellenden Organen – den Gewerberäten und Gewerbegerichten – gleichmäßig sowohl die Arbeitgeber (Handwerksmeister, Fabrikhaber) als auch die Arbeitnehmer (Gesellen, Gehilfen, Werkführer, Fabrikarbeiter) ihre selbstgewählte Vertretung haben sollen, muß als ein unantastbares Axiom betrachtet werden, von welchem die ganze politische und soziale Bedeutung und Wirksamkeit jener Institutionen abhängt.“*¹⁸ Lette forderte eine gleichmäßige Ausdehnung der Gewerberäte und Gewerbegerichte und nicht eine Beschränkung auf solche Orte und Gebiete, „wo dazu vermöge der Erheblichkeit des gewerblichen Verkehrs ein besonderes Bedürfnis obwaltet“. Denn ein Bedürfnis dazu wäre im Grunde überall vorhanden, da überall Handwerker lebten, für die diese Institutionen vor allem gedacht seien. Weite Gebiete würden somit durch die Verordnung nicht erfaßt. Lette bemängelte ferner die offensichtliche Benachteiligung der Handlungsgehilfen und Angestellten, die von den Wahlen ausgeschlossen waren, sowie das Fehlen einer allgemeinen obligatorischen Fabrikordnung, einer gesetzlichen Kündigungsfrist, einer allgemeingültigen Feststellung der Arbeitszeiten, einer Handhabung des betrieblichen Strafwesens bei Übertretungen der Fabrikordnung und einer Regelung der Kinderarbeit. Ganz besonders kritisierte aber Lette das Fehlen der im Minoritäts-Gegenentwurf des Volkswirtschaftlichen Ausschusses vorgesehenen „Fabrikausschüsse“ für jede Fabrik, „hervorgehend aus dem Fabrikhaber oder seinem Stellvertreter und aus selbstgewählten Werkführern und Fabrikarbeitern zur Beaufsichtigung und Handhabung der Fabrikordnung und zur Verwaltung der errichteten Hilfs- und Kranken-Sammelkassen und ähnlichen Einrichtungen, soweit sie sich auf die Fabrik beschränken“¹⁹.

Der preußische Sozialpolitiker vermißte also vor allem eine betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer, wie sie in dem Frankfurter Gesetzentwurf eine so große Rolle gespielt hatte. Erst durch die Einrichtung von „Fabrikausschüssen“, so meinte *Adolf Wilhelm Lette*, werde eine organische Gliederung für die Industrie gewonnen. Erst durch sie erhalte die Fabrikenabtei-

¹⁸ Ebd.¹⁹ Ebd., S. 27 und S. 30.

lung im Gewerberat – der ungefähr dem „Fabrikrat“ in seinem Entwurf entsprach – einen rechten Platz und eine wirkliche Einwirkungsmöglichkeit auf das Arbeitsverhältnis. Die Generalversammlung des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen billigte am 6. Oktober 1849 *Lettes* Kritik an der preußischen Gewerbeverordnung und faßte den Beschluß, „daß der Centralverein an dem Entwurf der Verordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter, insoweit sie sich auf Krankenkassen-Verwaltung derselben durch Fabrikausschüsse und Fabrikordnung beziehen, festhalte“²⁰. Eine entsprechende Petition, die im wesentlichen *Lettes* Kritik enthielt, wurde am 18. Oktober 1849 an die Erste und Zweite Preußische Kammer gesandt und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß das Objekt eine nochmalige Behandlung durch den Gesetzgeber lohne. „Das englische Parlament hat seit dem Jahre 1773 zwölfmal über diesen hochwichtigen Gegenstand verhandelt“, hieß es am Schluß der Eingabe²¹.

Während *Lettes* Eingabe unbeantwortet blieb, zeigte sich in der Praxis bald eine große Enttäuschung über die neuen Gewerberäte. Eine allgemeine Unzufriedenheit gab es darüber, daß den Institutionen keine wirklichen und weitgehenden Selbstbestimmungsrechte eingeräumt worden waren. Nach den Bestimmungen der Verordnung waren die Gewerberäte von jeder verwaltenden Tätigkeit ausgeschlossen, die Behörden hatten sich in den wichtigen Fällen die Entscheidung selbst vorbehalten. Da aber die Gewerberäte sich nicht damit begnügen wollten, ihre wirtschaftlichen Interessen nur zu beraten, sondern auch aktiv zu regeln, gerieten sie bald in Konflikt mit den sie beaufsichtigenden Behörden. Ein weiterer Nachteil lag in der Zusammensetzung der Gewerberäte. Um einer einseitigen Berücksichtigung des Handwerkerstandes vorzubeugen, waren auch die Kaufleute und Fabrikanten aufgenommen worden. Während aber die beiden letzten Gruppen durchweg Anhänger einer unbedingten Gewerbefreiheit waren, wünschten die Handwerksmeister und Gesellen gerade eine Beschränkung des Handels und vor allem der Industrie. Ihnen schmeckte sowieso die ganze Verordnung zu wenig nach Zunft, am liebsten hätten sie die ganze Industrie wieder in eine handwerksmäßige Norm gezwängt. Die hier sich feindlich gegenüberstehenden Wirtschaftsgruppen waren aber nicht gleichmäßig vertreten und die Handwerkerschaft stets zu der Rolle einer hoffnungslosen Minderheit verurteilt.

Aber auch die Fabrikanten und Kaufleute hatten an den neuen gewerblichen Korporationen nur wenig Interesse, weil die in der Verordnung erteilten Befugnisse vorwiegend auf die handwerklichen Verhältnisse zugeschnitten waren. Die Unternehmer und Kaufleute hatten zudem die Möglichkeit, ihre Belange in den durch Erlaß vom 11. Februar 1848 errichteten Handelskammern wahrzunehmen. In den Gewerberäten wie in den Grundsätzen der

²⁰ Ebd., S. 51 ff.²¹ Ebd., S. 64.

Verordnung konnten sie nur einen Rückschritt zum alten handwerklichen Kastenwesen erblicken. Viele Unternehmer lehnten es auch ab, sich mit den Arbeitern regelmäßig an einen Verhandlungstisch zu setzen. Besonders die Masse der Kleinfabrikanten stand dem Problem einer Interessenvertretung, das bis dahin keine solche Parallele hatte, weitgehend verständnislos und interessenlos gegenüber. Einig waren sie nur mit den Handwerkern in der Ablehnung der im § 21 festgelegten Pflicht, auch noch zu den Kosten der Institution beizutragen.

Die Handwerksmeister sahen bald ein, daß sie ihre Stimmen in dem Plenum des Gewerberates nicht voll zur Geltung bringen konnten, zumal auch die dort vertretenen eigenen Gesellen häufig gegen sie stimmten. So versuchten sie, an manchen Orten selbständig Beschlüsse zu fassen, was aber das Handelsministerium durch Zirkularverfügungen energisch unterband, da der Minister *von der Heydt* bekanntermaßen ein Gegner aller Bestrebungen war, die auf eine grundsätzliche Aufhebung der Gewerbefreiheit zielten. Da die Beschlüsse der Handwerker in den Gewerberäten weiterhin der Genehmigung der Mehrheit bedurften und schließlich noch vom guten Willen des Magistrates oder der Gemeinde abhängig waren, verloren die Handwerksmeister bald jedes Interesse an den von ihnen anfangs begrüßten Einrichtungen.

Wie *Lette* in seiner Denkschrift vorausgesagt hatte, protestierten auch die Fabrikarbeiter und Gesellen gegen die Stimmenungleichheit zugunsten der Arbeitgeber. Nach der in der Verordnung festgelegten Zahl von mindestens fünf Mitgliedern für jede Abteilung ergab sich eine Zusammensetzung von vier Arbeitnehmern gegen elf Arbeitgeber²². Von einer Mitbestimmung der Arbeitnehmer konnte bei dieser Zusammensetzung keine Rede mehr sein. Eine Minorität, die stets überstimmt wurde, mußte nur Reibungen und Unzuträglichkeiten heraufbeschwören. Dabei hatten die Fabrikarbeiter und Handwerksgesellen, nachdem ihre Vertreter in den repräsentativen Versammlungen des Staates und der Gemeinden durch die Kräfte der Reaktion verdrängt worden waren, gehofft, in den Gewerberäten ein neues Betätigungsfeld für ihre Bestrebungen wie vordem in den Handwerkervereinen zu finden. In Berlin hatten dann anfangs auch Mitglieder der von *Stephan Born* gegründeten „Arbeiterverbrüderung“ versucht, in die Gewerberäte hineingewählt zu werden. Minister *von der Heydt* erkannte aber schnell die Bestrebungen dieser zum Sozialismus hin tendierenden Gesellen und Arbeiter und sprach sich in einem Bericht an den König im April 1851 dafür aus, die Regierungen

²² Arbeitgeber: 3 Handwerksmeister, 3 Fabrikanten und 5 Kaufleute. Arbeitnehmer: 2 Handwerksgesellen, 2 Fabrikarbeiter bzw. Werkmeister. Die Vertretung der Handlungsgehilfen geschah durch die selbständigen Kaufleute, also durch die Arbeitgeberseite. – Einen guten Einblick in die Sitzung eines solchen Gewerberates gibt ein Protokollbuch des Iserlohrner Gewerberates aus dem Jahre 1851, das sich im Staatsarchiv Münster befindet (Akten des Kreises Iserlohn 1, Landratsamt Nr. 224).

sollten ein Augenmerk darauf richten, daß sich die „Volkspartei“ nicht in den Gewerberäten festsetze. Bei einer Ergänzungswahl zu dem Berliner Gewerberat empfahl der Generaladjutant *Leopold v. Gerlach* in einem Schreiben an den Unterstaatssekretär des Innern, *Carl v. Mantuffel*: „S. Majestät haben mir indeß befohlen, Ew. Hochwohlgeboren zu eröffnen, daß, wenn Neuwahlen zu dem Gewerbe-Rath geschehen sollten, strenge darauf zu halten, daß nur ordentliche und loyal gesinnte Personen gewählt und die Wahl anrühiger und revolutionär gesinnter Leute auf das Entschiedenste verhindert werde, keinesfalls aber Subjekte der letzten Klasse in den Gewerbe-Rath zugelassen werden.“²³ Minister *von der Heydt*, der von dem Brief Kenntnis erhielt, traf sogleich Vorkehrungen, „um die Befähigung der Gewählten unter Mitwirkung des Polizeipräsidiiums einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen und solche Personen, gegen deren moralische oder politische Verhalten Bedenken obwalten, von dem Gewerberath auszuschließen“.

Der unglückliche Ausgang der 48er-Revolution und das Erstarken der alten Mächte in Preußen spiegelte sich in diesen Aussprüchen wider. Zu dieser Zeit beriet das Preussische Handelsministerium bereits eine Reform des Gewerberates im konservativen Sinne. Am 15. Mai 1854 wurde die Wirksamkeit der Gewerberäte durch Gesetz dann auch erheblich eingeschränkt²⁴. Nicht nur mußte danach fortan die Wahl des Vorsitzenden von der Regierung bestätigt werden, sondern es wurde auch den Kommunalbehörden und Landräten ein noch größerer Einfluß auf die Beschlüsse des Gewerberates eingeräumt. Nach dem neuen Gesetz konnten an der Wahl der Mitglieder des Gewerberates künftig nur noch diejenigen teilnehmen, die ein selbständiges Gewerbe betrieben und an den politischen Gemeindewahlen teilzunehmen befugt waren. Durch die Angleichung an das preussische Wahlrecht wurden die kleinen Gewerbetreibenden und alle Arbeitnehmer von der Gewerberatswahl ausgeschlossen²⁵.

²³ Tilmann, Der Einfluß des Revolutionsjahres... aaO, S. 48.

²⁴ Heinrich Bodemer, Zur Beurteilung des Entwurfes einer Gewerbeordnung für das Königreich Sachsen, Leipzig 1859, S. 43. Verfasser dieser Schrift ist ein Kattunfabrikant, der schon vor 1848 auf den Versammlungen deutscher Gewerbetreibender besonders auf die Not der erzgebirgischen Heimarbeiter aufmerksam machte und vom Standpunkt des Unternehmers einige praktische Vorschläge vorbrachte, ohne aber die wirkliche Bedeutung der sozialen Frage zu erkennen. Vgl. Bodemer, Über die Zustände der arbeitenden Klassen, Grimma 1845 und Ders., Die industrielle Revolution mit besonderer Berücksichtigung auf die erzgebirgischen Erwerbsverhältnisse, Dresden 1856.

²⁵ Anlaß für die Ausschließung der Arbeitnehmer aus den preussischen Gewerberäten war eine Petition der Berliner Innungsvorstände vom Februar 1853 an die II. Kammer, in der der Antrag enthalten war: 1. Alle unselbständigen Elemente aus dem Gewerberat zu entfernen, 2. einzelnen Abteilungen die Befugnis zu geben, selbständig Beschlüsse zu fassen, 3. einem Beamten den Vorsitz in den Abteilungen und im Plenum zu übertragen, um jede Einseitigkeit zu vermeiden. Von der Heydt erfüllte die erste und dritte Forderung durch das Gesetz vom 15. 5. 1854.

Die Verstärkung der behördlichen Bevormundung und die Ausschaltung der Arbeitnehmer konnten die ursprünglich mit „Ansprüchen aller Art besetzten Corporationen“ auch nicht mehr zum Leben erwecken²⁶, zumal schon vorher eine Reihe von Zirkularreskripten die Verordnung von 1849 erheblich verschlechtert hatte. So hatten schon vor dem Erlaß des einschneidenden Gesetzes von 1854 die Behörden auf Grund dieser Verfügungen eine Zensur der Veröffentlichungen des Gewerberates verhängt und bestimmt, daß die Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden sollten. Aber *von der Heydt* glaubte wohl selbst nicht daran, daß alle diese Maßnahmen ein größeres Interesse an seinen Schöpfungen erwecken konnten. Für ihn waren diese Maßnahmen in erster Linie ein taktisches Zugeständnis an die führende konservative Partei und die 2. Kammer, in der der Abgeordnete *Wagner* bereits eine Revision der Gewerbegesetzgebung von 1849 beantragt hatte. Der Institution der Gewerberäte selbst, so berichtete *von der Heydt* später in seinen Erinnerungen, habe er damals keine Träne nachgeweint. „Ihr Eingehen“, berichtete er dem König, „sei kein großes Unglück.“ Ihre Errichtung sei eine sozialpolitische Maßregel in erregter Zeit gewesen, die ihre damalige Bestimmung erfüllt habe. . . . *Die wüste Agitation in formlosen Handwerker- versammlungen, die überhand zu nehmen drohte, hörte allmählich auf, die Wahlen zu den Gewerberäten . . . wirkten wie ein Ventil für die allgemeine Aufregung.*“²⁷ Die Gewerberäte sollten mit anderen Worten dem regellosen Treiben der Vereine und Kongresse ein Ende machen und die hochgehenden Wogen der Revolution in harmlosen kleinen Diskussionen unter Aufsicht der Behörden verlaufen lassen. An eine wirkliche Mitbestimmung der arbeitenden Klassen war in Wirklichkeit nie gedacht gewesen²⁸.

In der Tat machte die Auflösung der preußischen Gewerberäte rasche Fortschritte. Von den 67 wirklich tätig gewordenen Gewerberäten waren bis 1854 alle bis auf 17 stillschweigend wieder eingegangen, wie die nachfolgende Tabelle zeigt²⁹:

²⁶ Bodemer, Zur Beurteilung des Entwurfes . . . aaO, S. 43.

²⁷ Bergengrün, Staatsminister A. Frhr. v. d. Heydt aaO, S. 207.

²⁸ Dem preußischen Handelsminister kam es nach seinen Worten darauf an, „daß die Regierung die auf Geltendmachung ihrer Interessen gerichteten Bestrebungen der Gewerbetreibenden auf gesetzliche Bahnen leitete, gleichzeitig aber zur Wahrung anderweiter gleichberechtigter Interessen sich die Vermittlung und, wenn es erforderlich wurde, die Entscheidung sicherte. Wenn man hierbei dem allseitig geäußerten Verlangen der Beteiligten nach einem aus ihrer Mitte hervorgegangenen Organ für die Wahrnehmung der Interessen und Verhältnisse des gewerblichen Verkehrs entgegenkam, so mußte es doch von vornherein als unstatthaft erkannt werden, denselben weitgreifende und unabhängige Wirksamkeit beizulegen, auf welche ihr Anliegen gerichtet war.“ Zitiert nach Tilmann, Der Einfluß des Revolutionsjahres . . . aaO, S. 46 ff.

²⁹ Ebd.

Anzahl der Gewerberäte in Preußen

Provinz	davon geneh- migt	davon kamen nicht zu- stande	wurden errichtet	von den errichteten Gewerberäten wurden wieder aufgehoben:															
				1852	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64			
Preußen	3	1	2	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pommern	2	—	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Posen	3	1	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	8	5	3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Schlesien	15	3	12	2	8	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen	20	4	16	2	11	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Westfalen	21	6	15	3	4	3	1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rheinprovinz	21	6	15	—	4	2	2	1	2	—	—	1	1	—	—	—	—	—	2
insgesamt	93	26	67	10	30	10	4	2	3	2	—	1	2	—	—	—	—	—	3

Auseinandersetzungen mit den sie bevormundenden Behörden, Schwerfälligkeit der Organisation, das ungleiche Stimmenverhältnis und schließlich die Ausschließung der Arbeitnehmer und kleinen Gewerbetreibenden sowie die hohen Kosten, die alle Beteiligten scheuten, hatten diesen gewerblichen Korporationen allgemeine Mißachtung und Lächerlichkeit eingebracht und ihnen schließlich das Grab bereitet. Es erfolgten noch zwei Novellen zur Gewerbeordnung im Jahre 1861, die aber den Verfall der Gewerberäte auch nicht mehr zu ändern vermochten. Am längsten hielt sich noch der Berliner Gewerberat, über den die liberale Berliner „Nationalzeitung“ 1856 berichtete: „... der hiesige Gewerberath fristet noch ein höchst kümmerliches Dasein und gibt hin und wieder durch eine Entscheidung . . . ein Lebenszeichen von sich. Bei den letzten Wahlen war die Beteiligung unter den Kaufleuten und Fabrikanten gleich Null . . . In der Tat steht das Institut gewissermaßen als ein Curiosum in Mitten unsrer zopfvernichtenden Zeit da.“³⁰ Bei den im März 1856 abgehaltenen Neuwahlen für den Berliner Gewerberat waren nämlich in einem Bezirk von 400 Wählern nur 32 erschienen, in einem anderen von 300 nur 18 und in einem dritten von 400 nicht ein einziger³¹. Damit war die erste staatliche Initiative, den Arbeitnehmern ein beschränktes Mitwirkungsrecht einzuräumen, endgültig gescheitert. Dabei hätte die Verordnung von 1849, die den Todeskeim schon bei ihrem Erlaß in sich trug, nicht nur im Handwerk, sondern vor allem auch im Bereich der Fabrikindustrie wichtige Aufgaben lösen können. Nach der ursprünglichen Zielsetzung hätten die Gewerberäte in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreifen und durch einen weiteren Ausbau die Funktion eines echten Ver-

³⁰ Nationalzeitung Jg. 1856 und Ernst Friedrich Goldschmidt, Die deutsche Handwerkerbewegung bis zum Sieg der Gewerbefreiheit, 3. Aufl., München 1916, S. 78.

³¹ Bodemer, Zur Beurteilung des Entwurfes . . . aaO, S. 80 ff.

tretungsorgans für die arbeitenden Klassen erhalten können. Besonders der § 49, wonach der Gewerberat für einzelne Fabrik- und Handelszweige selbständig die Arbeitszeit festsetzen durfte, war eine außerordentlich bedeutende Maßnahme der Sozialpolitik. Es hätte die Möglichkeit bestanden, erstmals in Preußen für die erwachsenen Arbeiter einen Maximalarbeitstag festzulegen; eine Möglichkeit, um die später im Reichstag noch lange gerungen werden sollte. Wenn die Gewerberäte hier versagten, so lag das an der mangelhaften Konstruktion durch den Gesetzgeber. Denn, wenn ein Gewerberat die Höchstarbeitszeit örtlich festsetzte, mußten auch der Magistrat oder die Gemeinde ihre Zustimmung, später auch noch die Regierung oder der Landrat seine Einwilligung geben. Das größte Hindernis aber war, daß es an einer ausreichenden Strafbestimmung bei Übertretungen dieser festzulegenden Maximalarbeitszeit fehlte. Jeder Unternehmer, Kaufmann oder Handwerksmeister konnte die Anordnungen des Gewerberates ungestraft übertreten, was dann auch in der Regel geschah.

Die Einführung der preußischen Gewerberäte blieb im ganzen gesehen nur eine taktische Maßnahme der Regierung zur Beruhigung der politischen Lage. Die auf den Handwerker- und Arbeiterkongressen zu Tage getretene Aufregung wurde durch die neuen Institutionen kanalisiert und in ruhigere Bahnen gelenkt, da den revolutionären Handwerkern die Kaufleute und Fabrikanten als mäßigendes Element gegenübertraten. Die Gewerberäte verhalfen der Regierung, die vorübergehend verlorengegangenen Zügel in diesen Fragen wieder in die Hand zu bekommen. Diese recht naheliegenden taktischen Zwecke wurden erreicht, nicht aber ein Ausgleich der verschiedenartigen Interessen der gewerblichen Wirtschaft und erst recht nicht ein Ausgleich der Spannungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern. Das Problem einer Mitbestimmung, das außer *Lette* erst wenige verantwortliche Leiter des preußischen Staates in seiner wirklichen Bedeutung erahnten, blieb völlig ungelöst.

Allerdings war diese Frage am Anfang der fünfziger Jahre wegen der außerordentlich unterschiedlichen industriellen Entwicklung noch nicht überall mit der gleichen Dringlichkeit gestellt und konnte daher in umfassender und allgemeingültiger Form noch gar nicht beantwortet werden. Zumindest bis zum deutsch-österreichischen Krieg von 1866 war es – das zeigt die Gewerbegesetzgebung dieser Jahre recht deutlich – einigermmaßen schwierig, allgemeinverbindliche Normierungen für die im industriellen Aufstiegsprozeß befindliche Wirtschaft zu treffen. Zu viele einander widersprechende Forderungen an den Staat standen sich gegenüber und verlangten nach einer grundsätzlichen Vorklärung: Rückkehr zu einem reformierten und moderierten Zunftzwang oder weiterer Ausbau der von den alten Mächten noch immer heftig befehdeten Gewerbe-„Freiheit“, Verschmelzung der staatswichtigen Gewerbe zu Nationalwerkstätten und Arbeitsproduktivgenossenschaften nach

französischem Muster oder Förderung der neuen Aktiengesellschaften, Ausbau des Selbsthilfe- oder des Staatshilfeprinzips in der Arbeiterfrage. In diesem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gärungsprozeß beschränkte sich die preußische Gewerbegesetzgebung darauf, die noch vorhandenen zünftigen Privilegien weiter abzuschwächen (besonders in den nach 1866 erworbenen Landesteilen) und das Koalitionsrecht der Arbeiter sowie das Unterstützungskassenwesen weiter auszubauen. Im ganzen lavierte die preußische Wirtschafts- und Sozialpolitik der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre nach den Worten *Gustav Schmollers* recht stockend „zwischen polizeilich-bureaucratischem Zopf und gewerbefreiheitlicher Staatsanschauung“ nicht sehr geschickt hin und her³². Der eigentliche Grund dafür war, daß der Verfassungskonflikt in Preußen alle anderen Aktivitäten lähmte.

In den deutschen Staaten außerhalb Preußens gab es lediglich einige Gesetze und Verordnungen zum Unfallschutz, zur Einführung von Arbeitsordnungen, Verbote der Lohnzahlung in Waren und eine Einschränkung der Kinderarbeit. Von der Errichtung gewerblicher Korporationen und der Einräumung eines Mitbestimmungsrechtes für die Handwerker und die Fabrikarbeiter war in den Gesetzgebungen bis auf Sachsen nirgends die Rede³³.

2. Die Pläne der sächsischen „Kommission für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse“

Außer Preußen war es nur das Königreich Sachsen, das vor der Gründung des Bismarckreiches die Frage einer Arbeitervertretung gesetzlich zu regeln versuchte. Das hatte seine besonderen Gründe. In Sachsen herrschte, wie sich aus der Gewerbestatistik ergibt¹, rein zahlenmäßig bis 1850 das Handwerk und das hausindustrielle Verlagssystem vor, obwohl seit der Gründung des Zollvereins auch hier die „geschlossenen Fabriketablissemments“, besonders die Großbetriebe des Bergbaus, der Hütten- und Textilindustrie, prozentual am

³² Gustav Schmoller, Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 im Lichte der deutschen Wirtschaftspolitik von 1866–1890. In: Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart, Leipzig 1890, S. 42 (Der Aufsatz erschien zuerst im Jahrbuch für Volkswirtschaft, Gesetzgebung und Verwaltung im Deutschen Reiche, Jg. 14 (1890), S. 691 ff.).

³³ Vgl. z. B. Paul Möslin, Die Gewerbegesetzgebung der Thüringer Herzogtümer im 19. Jahrhundert bis zur Einführung der Gewerbefreiheit. Diss. Erlangen 1909. – Max Jänecke, Die Gewerbe-Politik des ehemaligen Königreiches Hannover in ihren Wandlungen von 1815–1866, Hannover 1892. – Wilhelm Ullmann, Die hessische Gewerbepolitik von der Zeit des Rheinbundes bis zur Einführung der Gewerbefreiheit, Diss. Heidelberg 1903. – Josef Kaizl, Der Kampf um Gewerbe-reform und Gewerbefreiheit in Bayern von 1799–1868. In: Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, H. 1. Leipzig 1879. – Ludwig Köhler, Das württembergische Gewerbe-recht von 1805–1870, Tübingen 1891.

¹ Gustav Schmoller, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, Halle 1870, S. 139 ff.

sondern auch die in den kleinen Gemeinden rührten sich. Überall flammten in den Märztagen Demonstrationen und bewaffnete Unruhen auf. In den Dörfern der Lausitz, wo die Hausweber trotz der beständigen Erwerbslosigkeit noch den althergebrachten Stuhlzins, das Spinn- und Lehnsgeld sowie andere Feudalabgaben an den Gutsherren oder die Städte entrichten mußten, gab es die ersten Aufstände; das Erzgebirge, Zittau und die Chemnitzer Gegend folgten wenig später. Die entlassenen Arbeiter der *Chemnitzer-Rieser Eisenbahngesellschaft*, die bankerott gegangen war, verstärkten die Aufrührer. Während der Hungertyphus in Annaberg grassierte, zerstörten aufgebrachte und verzweifelte Nagelschmiede aus Grünhain, Scheibenberg, Mittweida, Raschau, Markersbach und Schwarzenburg zwei „Mechanische Nagelfabriken“ in dieser Gegend¹⁰. In ihrer Zerstörungswut glaubten diese Maschinenstürmer, hier die Ursache ihrer Not beseitigt zu haben.

Die politischen Ereignisse führten am 13. März zu einer Neubildung des Kabinetts in Dresden. König Friedrich August berief den Rechtsanwalt Dr. Braun für die Justiz, den Großindustriellen Mylau für die Finanzen, den Leipziger Professor für Pandektenrecht, Ludwig Freiherr von der Pfordten, für Inneres und v. Holtzendorff für das Kriegsministerium. Als Zugeständnis an die Demokraten erhielt aber dann der Zwickauer Stadtrat Oberländer das Innenministerium, während von der Pfordten sich mit dem Kultusministerium begnügen mußte. Erschreckt durch die Verzweiflungstaten und bewaffneten Gewaltausbrüche versuchte die neue Regierung zunächst, den aufgebrachten Handwerkern und Fabrikarbeitern entgegenzukommen und einige Notstandsmaßregeln zu ergreifen. Diese fielen vor allem in das Ressort des neuen Innenministers. Der „herzlich unbedeutende“¹¹ Oberländer, dem es selbst an jeder Erfahrung auf dem Gebiet gebrach, ließ dem langjährigen Ministerialdirektor im Innenministerium Albert Christian Weinlig völlige freie Hand bei den zu ergreifenden Maßnahmen¹².

Weinlig, zuvor Inhaber einer nationalökonomischen Professur in Erlangen, ergriff auch sofort die willkommene Gelegenheit, seine früher gehegten sozialpolitischen Konzeptionen in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Pläne dafür lagen schon lange in seiner Schublade. Bereits am 3. April 1848 erschien eine von ihm verfaßte und von Oberländer unterzeichnete Bekanntmachung¹³,

¹⁰ Ebd. und Gustav Jahn, Die Zerstörung der Maschinennagelfabrik im Dorf Mittweida bei Scheibenberg durch aufrührerische Nagelschmiede, Handarbeiter und Bauern der Umgebung – geschildert und zum Besten seiner treuen Arbeiter veröffentlicht von G. J., früherer Besitzer der Fabrik, Chemnitz 1848.

¹¹ Ebd.

¹² Karl Bräuer, Albert Christian Weinlig. In: Sächsische Lebensbilder, Bd. 3, Leipzig 1941, S. 363 ff. und Paul Domsch, A. C. Weinlig. In: Berichte der Technischen Staatslehranstalten Chemnitz, H. 2, Chemnitz 1912, S. 19 ff.

¹³ Daß Weinlig der wahre Verfasser und Initiator dieser Verordnung war, geht aus einem Brief an seinen Bruder Ernst hervor. Vgl. Siegfried Moltke und Wil-

die ein wirkliches Verständnis sowohl für die Not der arbeitenden Menschen als auch für die Krise der gesamten Wirtschaft erkennen ließ¹⁴. In ihr wurde der ernste Wille der Regierung spürbar, möglichst schnell und nach besten Kräften zu helfen.

Durch diese ministerielle Bekanntmachung wurde eine sogenannte „Vorbereitende Kommission für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse in Sachsen“¹⁵ einberufen und gleichzeitig die Bevölkerung in allen Teilen des Landes zur Bildung von Lokalausschüssen aufgefordert, die der Kommission dann die erforderlichen Materialien zuleiten sollten. Wie es in der Bekanntmachung ausdrücklich hieß, sollten die Arbeitnehmer und Arbeitgeber getrennte Ausschüsse bilden, womit eine Majorisierung der unteren Klassen verhindert werden sollte. Für die größeren Städte wurde empfohlen, die Unternehmer- bzw. Arbeiter- und Gesellenausschüsse nach Gewerbebezügen zu konstituieren. Um die Berichte dieser Lokalausschüsse in der Form möglichst einheitlich und vollständig zu gestalten, versandte die vorbereitende Kommission in Dresden, wie es in der Bekanntmachung bereits angekündigt worden war, eine 12seitige Schrift mit dem Titel: „Fragepunkte für die Ausschüsse der Gewerbetreibenden und Arbeiter“.

Alle diese vom sächsischen Innenministerium eingeleiteten Maßnahmen erwiesen sich zunächst als recht erfolgversprechend: An die Stelle der ungeordneten Bewegung trat eine geordnete politische Maßnahme. Der Zwang aller Beteiligten, nun selbst mit den Problemen zu ringen, sachliche Arbeit zu leisten, und, anstatt nur zu kritisieren, selbst Wege aufzuzeigen, auf denen die erwünschte Änderung vollzogen werden könnte, nahm den radikalen Scharfmachern sofort viel Wind aus den Segeln und ließ alle kommunistischen Anwandlungen beiseite treten¹⁶. Entsprechend den hauptsächlichen Wirtschaftsgruppen wurde zunächst die aus acht Unterabteilungen bestehende „Vorbereitende Kommission“ gebildet, in der alle Stände, auch die Arbeit-

helm Stieda (Hrsg.), Albert Christian Weinlig in Briefen von ihm und an ihn, Leipzig 1931.

¹⁴ Weinlig hatte die Genugtuung, daß die preußische Regierung bei den Vorarbeiten zur Einsetzung der Gewerberäte seine Bekanntmachung fast wörtlich übernahm. Auch im preußischen Landtag bezogen sich einige Anträge in dieser Richtung ausdrücklich auf das Vorgehen des sächsischen Innenministeriums, so daß Weinligs Initiative überragende Bedeutung zukommt.

¹⁵ Vgl. Bericht über die Beratungen der vorbereitenden Kommission für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse in Sachsen, abgehalten in Dresden, o. O., o. J. (Dresden 1849), S. 8. – Ein ausführlicher Bericht findet sich auch in: Die gegenwärtige Bewegung in dem Gewerbestande und unter den gewerblichen Arbeitern Deutschlands und die zur Hebung ihrer Lage getroffenen Vorbereitungen. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, II. Lieferung (1849), S. 158. Vgl. ferner Horster, Entwicklung der sächsischen Gewerbeverfassung... aaO, S. 90 und Geyer, Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen... aaO, S. 37.

¹⁶ Bräuer, A. C. Weinlig aaO, S. 382.

nehmer, anteilmäßig gleich vertreten waren¹⁷. *Stephan Born*, der mehrfach erwähnte Leipziger Arbeiterführer, befand sich unter den Arbeitervertretern in der Kommission.

Dieser Kommission ging von den paritätischen Lokalausschüssen, deren Zahl am 30. 7. 1849 fast 2000 in Sachsen betrug, auf Grund der ausgearbeiteten Fragebogen ein gewaltiges Enquête-Material zu, das dann im „Kleinen Plenum“ der Kommission beraten wurde. Die heute noch vorhandenen Verhandlungsberichte der Kommission zeigen, wie sehr der sächsischen Regierung (im Gegensatz zu Preußen!) an einer wirklichen Mitsprache und Vertretung der arbeitenden Klassen im Betrieb und in der Gesamtwirtschaft gelegen war, wenn auch vorerst noch in bescheidenem Rahmen.

Ein Unterausschuß der Kommission sprach sich zwar gegen die Einführung eines besonderen Arbeiterministeriums und einer besonderen Vertretung der Gewerbe im Reichsparlament aus, weil man in der Bevorzugung eines Standes nur die „schädlichsten Einseitigkeiten“ erwarten könne. Jedoch wurde die Notwendigkeit einer besonderen Vertretung von Handel und Gewerbe in der Verwaltung durch Handelskammern, Gewerberäte und Gewerbeberichte voll anerkannt und deren gesetzliche Einführung durch die Dresdner Staatsregierung beantragt. Eine nähere Betrachtung der hier interessierenden Gewerberäte zeigt, daß eine paritätische Beteiligung der Arbeitnehmer daran für unbedingt notwendig gehalten wurde, weil die Gewerberäte künftig das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überwachen und überhaupt alle Angelegenheiten der Fabrikpolizei übernehmen sollten¹⁸. Die hierauf zielende Empfehlung des Unterausschusses befaßte sich auch mit den Einwänden, die einer Beteiligung der Arbeiter an den Gewerberäten entgegenstanden, und stellte dazu fest¹⁹: „Man kann zwar anführen, daß die Verwaltungsthätigkeit dieser Organe einestheils einen höheren Bildungsgrad, andernteils eine gewisse Unabhängigkeit der Stellung und Verfügung über Zeit erfordere, welche sich bei den Arbeitern nicht leicht finde . . . man kann ferner sagen, daß in den meisten hier einzuschlagenden Punkten die Interessen beider Theile parallel gehen, endlich, daß bei einer Innungseinrichtung,

¹⁷ Die vorbereitende Kommission setzte sich im August 1848 wie folgt zusammen: 5 Regierungsvertreter, 5 Kaufleute aus Leipzig, Dresden, Pirna und Plauen sowie 25 weitere Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wie gering die Großindustrie in Sachsen noch war, ergibt sich daraus, daß nur 6 als Vertreter der Unternehmer und Arbeiter „geschlossener Fabrik-Etablissements“ benannt wurden. In der Hauptsache handelte es sich hier um Kattundrucker, Besitzer und Arbeiter von Buchdruckereien und mechanischen Spinnereien, Angehörige der Eisenhütten und Maschinenbauanstalten. Die Mehrheit der Kommission bestand aber aus Handwerksmeistern und Gesellen und Vertretern der Hausindustrie wie Strumpfwirker, Spitzenhersteller, Weber der verschiedenen Berufszweige, Näherinnen, Tuchfabrikanten, Holzspielwaren- und Instrumentenbauer.

¹⁸ Bericht über die Berathungen der vorbereitenden Kommission . . . aaO, S. 21 ff.

¹⁹ Ebd.

welche die gehörige Vertretung der Arbeiter gewährt²⁰, schon dadurch hinreichend gesorgt sei. Indessen scheint dies doch Alles nicht völlig zu genügen, um jede Beteiligung der Arbeitnehmer auszuschließen . . .“ In der von *Weinlig* selbst am 7. Dezember 1848 vorgetragenen Empfehlung hieß es zusammenfassend: „Die Commission spricht sich für die Errichtung eines Gewerberathes in jedem Verwaltungsbezirk aus und wünscht, daß in dem deshalb zu erlassenden Gesetze folgende Grundsätze beachtet werden mögen:

- a) Der Gewerberath wird gebildet aus je einem Mitglied der Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Gewerbegruppe, wozu drei Vertreter des Kleinhandels treten . . .
- c) Die Wahl geschieht direct durch alle berechtigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Gruppe für sich, das erste Mal unter Leitung der Behörde, später unter Leitung des Gewerberathes.
- d) Stimmberechtigt sind alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit Ausnahme der Lehrlinge und unzünftigen Gehilfen in innungsmäßigen Gewerben, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen vom 18. Lebensjahr an . . .“²¹

Ein in den Gewerberat zu Wählender mußte 21 Jahre alt, als Arbeitgeber drei Jahre, als Arbeiter ein Jahr in demselben „Etablissement“ oder derselben „Profession“ gearbeitet haben. Frauenspersonen waren „natürlich“ nicht wählbar. Alle die auf 2 Jahre gewählten Gewerberatsmitglieder sollten die gleichen allgemeinen Rechte und Pflichten haben, „doch soll den Mitgliedern aus dem Arbeiterstande die Übernahme besonderer zeitraubender Geschäfte gegen ihren Willen nicht angesonnen werden“²².

Der Gewerberat, dem als zusätzliches neutrales Mitglied ein Regierungsbeamter und die Gewerbefachschullehrer des Bezirkes als Berater angehören sollten, wählten den Präsidenten aus ihrer Mitte. Gültig waren die mit absoluter Majorität gefaßten Beschlüsse. Die Kompetenz der gedachten Wirtschaftsorgane war recht weitreichend gedacht. Sie sollte sich erstrecken auf²³:

1. Vertretung der gewerblichen Interessen des Bezirkes und die Stellung von Anträgen an die Verwaltungsbehörde, die übergeordneten Handelskammern²⁴ und das Innenministerium.

²⁰ In den ganzen Vorschlägen waren Arbeitnehmer im weitesten Sinne, d. h. alle handarbeitenden Schichten gemeint. Die Fabrikarbeiter spielten, wie weiter oben erwähnt, zahlenmäßig 1848 in Sachsen noch eine untergeordnete Rolle.

²¹ Bericht über die Berathung der vorbereitenden Kommission . . . aaO, S. 22.

²² Ebd., S. 23. – Die Mitwirkung im Gewerberat sollte grundsätzlich ehrenamtlich sein. Durch diese Bestimmungen hoffte man die Arbeiter vor unfreiwilligen Lohn-einbußen zu bewahren.

²³ Ebd.

²⁴ Die Handelskammern sollten aus 7–9 Fabrikanten und Großhändlern eines jeden Bezirkes sowie aus je 2 Deputierten jedes in dem der Handelskammer zuzuteilenden Bezirk vorhandenen Gewerberats gebildet werden. Die Handelskammern waren als Rekursinstanz für die Gewerberäte und zugleich als Bindeglied zum Ministerium gedacht.

2. Beratung und Begutachtung der ihnen von den Behörden vorgelegten Fragen gewerblicher Natur.
3. Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortführung der gewerblichen Statistik.
4. Die Ausübung der Gewerbepolizei, Aufsicht über Innungssachen, Fabrikpolizei²⁵, Konzessionierung und Erteilung von Ausnahmegewilligungen in den von der Gewerbeordnung näher zu bestimmenden Fällen. Ausdrücklich wurde hierbei bestimmt: „Bei Ausübung dieser Befugnisse hat der Gewerberath die Autorität von Verwaltungsbehörden und ist von letzteren, soweit erforderlich, mit Executionsmitteln zu unterstützen.“
5. Gleichzeitig sollte der Gewerberath bei allen gewerblichen Streitigkeiten, die nicht im Zivilrecht, sondern in der Auslegung der Gewerbeordnung und des öffentlichen Rechtes (z. B. auch Beschlüsse des Gewerberates) ihren Ursprung hatten, als Schiedsamt wirken²⁶.
6. Schließlich sollten die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer eines Verwaltungsbezirkes jeder für sich und nach Branchen geordnete besondere Vereine bilden, die als Wahlkörper für die genossenschaftlich-paritätischen Organe in der Verwaltung und Rechtspflege (Gewerbeamt und Gewerbegericht) zu gelten hätten.

Dieser vornehmlich auf Weinlig zurückgehende Entwurf zeigte, obgleich hinsichtlich der Mitwirkung der Arbeitnehmer einige Schwächen unverkennbar waren, im ganzen eine arbeitnehmerfreundliche Tendenz, die dann auch sofort auf den Widerstand der Fabrikanten und ganz besonders des Leipziger Großhandels stieß. Wie Otto Gruner und G. Sachsenröder in einer Eingabe des Leipziger Handelsvorstandes vom 1. Februar 1849 an die Kommission behaupteten, würde der Handelsstand in den Gewerberäten und Handelskammern nur ungenügend vertreten sein²⁷.

Die Kommission dachte aber nicht nur daran, die Arbeitnehmer in überbetrieblichen Wirtschaftsräten, sondern auch direkt im einzelnen Betrieb zu größerer Mitverantwortung heranzuziehen. Dabei wurde an die von den meisten Unternehmern schon lange eingeführten Fabrik- und Hausordnungen

²⁵ Die Fabrikpolizei sollte durch eine besondere paritätisch besetzte Abteilung des Gewerberates ausgeübt werden. Welche weitreichenden Befugnisse damit verknüpft werden sollten, geht aus folgender späterer Empfehlung hervor: „Wird ein Arbeiter beschädigt oder verletzt, so hat der Fabrikant, sobald ihn die Schuld mangelnder Fürsorge trifft, die Verpflichtung, die Kur- und Unterhaltungskosten, letztere nach Maßgabe des früheren mittleren Verdienstes und für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit zu tragen. Wird der Arbeiter gänzlich arbeitsunfähig, so bestimmt im Zweifelsfall der Gewerberath die Beitragspflicht des Fabrikanten für denselben.“ Vgl. Bericht über die Berathungen der vorbereitenden Kommission ... aaO, S. 224.

²⁶ Eng zusammen hängen damit die Vorschläge zur Bildung paritätisch besetzter Gewerbe- und Handelsgerichte, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

²⁷ Separatvotum zu dem Bericht der außerordentlichen Abtheilung über Gewerberäthe, Handelskammern und Gewerbegerichte gehörig. In: Bericht über die Berathungen der vorbereitenden Kommission ... aaO, S. 39 ff.

(Arbeitsordnungen) angeknüpft. Ein Unterausschuß der Kommission hatte, als er sich mit dem Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter befaßte, eine ganze Reihe der eingesandten Fabrikordnungen studiert und schlug daraufhin vor, künftig sei in allen Betrieben, wo es die Fabrikherren oder die Arbeiter wünschen, „ein von den Arbeitern zu erwählender Ausschuß bei der Führung der Aufsicht über die Fabrikdisciplin nach Maßgabe der Bestimmungen der Hausordnung zu betheiligen.“²⁸

Auch sollte der Gewerberath das Recht haben, erforderlichenfalls die Einführung eines solchen Arbeiterausschusses anzuordnen. Dem Arbeiterausschuß konnte neben der Überwachung der Fabrikordnung auch die Verwaltung der verschiedenen Unterstützungs- und Krankenkassen übertragen werden. Als Beispiel wurde angegeben, in einer größeren Fabrik, bei der auf 100 Arbeiter ein Werkführer (Meister) und auf 20 Arbeiter ein Vormann (Vorarbeiter) entfalle, könne die Einrichtung getroffen werden, daß diese 100 Arbeiter zwei aus ihrer Mitte wählen, die dann wöchentlich einmal mit sämtlichen Werkführern, Korrespondenten, Expedienten und dem Ingenieur unter dem Vorsitz des Unternehmers sich in einer Konferenz vereinigen. „Hierbei kommen Beschwerden aller Art, von den Arbeitern gegen die Werkführer und umgekehrt zur Sprache, sowie Verbesserungen, Vorschläge und Bestimmungen des Fabrikbesitzers.“²⁹

Sieht man von den Entwürfen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Frankfurter Nationalversammlung ab, so ist dies, soweit wir sehen, die erste Gesetzesvorlage einer verantwortlichen Regierung für eine fakultative Betriebsvertretung in Deutschland gewesen.

Von einer gesetzlichen und allgemeinen Einführung der betrieblichen Arbeiterausschüsse glaubte aber die Kommission Abstand nehmen zu müssen, weil man bezweifelte, ob ein solches Organ für alle Formen der Betriebe der gewerblichen Wirtschaft zweckmäßig sei. Hierbei wurde an die besonders zahlreichen Klein-Unternehmen und Handwerksbetriebe gedacht, für die in der Tat ein solcher Ausschuß fehl am Platze war. Bei der Verschiedenheit der Anschauungsweise sowohl der Fabrikanten wie auch der Arbeiter, hieß es im Kommissionsbericht, könnten manche Etablissements keine Veranlassung haben, ein solches „Beaufsichtigungsorgan“ für den Unternehmer zu wünschen. Auf der anderen Seite sei aber nicht zu leugnen, „daß derartige Arbeiterausschüsse in Übung eines Theiles der inneren Fabrikpolizei sich bereits in einzelnen Fällen bewährt haben und daß sie nicht wenig dazu beitragen werden, das Rechtsgefühl und die ehrenhafte Haltung aller Arbeiter zu fördern ...“³⁰ Die Kommission empfahl daher abschließend nur die fakultative Einführung einer betrieblichen Arbeitervertretung.

Das Für und Wider aller dieser Kommissionsempfehlungen wurde in einem

²⁸ Bericht über die Berathungen der vorbereitenden Kommission ... aaO, S. 219.

²⁹ Ebd. ³⁰ Ebd., S. 218.

dickleibigen Verhandlungsbericht niedergelegt³¹. Die weitreichenden Vorschläge, deren wesentliche Elemente in den Reichstagsdebatten und den Gewerbeordnungsnovellen später wiederkehren, deuten bereits an, daß Weinlig, gestützt auf wirklichkeitsgetreues Quellenmaterial seiner Erhebung, die Regelung einer umfassenden Gewerbeordnung vorschwebte, die, wie er selbst sagte, „zwischen Schrankenlosigkeit und altem Zunftzwange in der Mitte“ stünde, auf jeden Fall aber dem Arbeiter einen größeren Anteil an der Wahrung seiner Lebensrechte gewährte. Sie sollte das Vorbild und der Anfang für eine größere Reichsgewerbeordnung darstellen, die er im Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung durchzudrücken hoffte³². Weinlig, der damals keiner bestimmten Partei angehörte, sah in der revolutionären Bewegung seiner Tage starke und gesunde Kräfte emporsteigen, die beim Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung eingesetzt werden sollten. Bei richtiger Lenkung konnte seiner Meinung nach die demokratische Bewegung Gutes stiften, wenngleich ihre Entartungserscheinungen zu bekämpfen seien. Weinligs Ziel war es, die neue wirtschaftliche Freiheit in den sozialen Gedanken einzubinden.

Aber wie allen diesen sozialpolitisch großartigen Bemühungen innerhalb der Revolutionsjahre war auch denen in Sachsen kein Erfolg beschieden. Ehe die Kommissionsvorschläge vom Innenministerium in Dresden in eine gesetzliche Form gegossen werden konnten, fegte der blutige Maiaufstand 1849 alle diese Pläne vom Tisch³³. Die Kommission löste sich auf, die hoffnungsvollen Gedanken für ein gesetzlich garantiertes Mitspracherecht der Arbeitnehmer verschwanden so schnell, wie sie aufgetaucht waren.

3. Gedanken und Ereignisse bei der gesetzlichen Einführung der fakultativen Arbeiterausschüsse

Nach dem preußisch-österreichischen Krieg 1866 machte der engere Zusammenschluß der norddeutschen Staaten im Norddeutschen Bund eine Angleichung der verschiedenen Gewerbegesetzgebungen notwendig, um die am 1. November 1867 verkündete Freizügigkeit für die Arbeitnehmer zu gewährleisten. Die am 21. Juni 1869 verabschiedete, auf einen Entwurf der Abgeordneten Eduard Lasker und Johannes v. Miquel zurückgehende Ge-

³¹ Das hier durch die Enquête beigebrachte Quellenmaterial kann geradezu als Fundgrube für den Wirtschafts- und Sozialhistoriker betrachtet werden, dessen Auswertung eine besonders dankbare Aufgabe wäre.

³² Aus der bisherigen Literatur ist aber zu ersehen, daß Weinlig dort nicht mitgewirkt hat. Eine vergleichende Untersuchung müßte erst noch feststellen, aus welchen Gründen seine weitreichenden Pläne für eine Gewerbeordnung gescheitert sind.

³³ Walter Schwinke, Der politische Charakter des Dresdner Maiaufstandes 1849 und die sächsischen Parteien während des Aufbruchs und seine unmittelbaren Folgen, Diss. phil., Jena 1917.

werbeordnung für den Norddeutschen Bund brachte keinen weiteren Schritt in Richtung auf eine betriebliche oder überbetriebliche Arbeitervertretung. Die schmachlich verunglückten preußischen Gewerberäte und die Pläne der sächsischen „Kommission für die Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse“ standen in den Verhandlungen nicht einmal zur Debatte¹. Zwar wurde eine ganze Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen aus den Gewerbeordnungen der Bundesstaaten übernommen, wie das Verbot der Sonntagsarbeit, Fortbildungsschulzwang, Ausstellung von Arbeitszeugnissen, weitere Einschränkung der Kinderarbeit, fakultative Fabrikaufsicht und Truckverbot, d. h. Verbot der Entlohnung in Naturalien. In dem Abschnitt über die Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter hieß es aber weiterhin, daß „die Arbeitsbedingungen dem freien Ermessen der Beteiligten anheimgestellt sind“. Es wurde keine den Unternehmer wie den Arbeiter gleichermaßen verpflichtende Arbeitsorganisation vorgeschrieben; von einer Beschränkung der Unternehmerrechte und einer Übertragung auf selbständige Arbeitervertretungen war nicht die Rede.

Die Gewerbeordnung von 1869 war im ganzen noch tief von der liberalen Freihandelslehre durchdrungen, die – im Gegensatz zu der wirtschaftlichen Vorstellung der Konservativen – eine wirkliche Fortführung der staatlichen Sozialpolitik ausschloß. Die Mehrheit der Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages glaubte als echte Liberale noch durchweg an einen harmonischen Ausgleich der aufgetretenen gesellschaftlichen Gegensätze, für die der Begriff der Klassenfeindschaft erst jetzt allmählich eine Beziehung gewann². In den Kreisen des liberalen Fortschritts und besonders bei den zur Demokratie neigenden Linksliberalen wurde die soziale und politische Bedeutung der Arbeiterfrage durchaus erkannt. Die Repräsentanten dieser Richtung wollten die soziale Lage der Arbeiterschaft, unter der man wegen der zahlreichen sozialen Übergänge und Verflechtungen zwischen Handwerk und Industrie-proletariat meistens noch alle handarbeitenden Schichten verstand, durchaus bessern. Die beste Hilfe nach allgemein liberaler Überzeugung war aber nicht eine staatliche Reglementierung der industriellen Arbeitsverhältnisse durch sozialpolitische Gesetze, sondern die Stärkung der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Der liberale Gedanke der „Association“, der schon im Vormärz und 1848 eine so große Rolle bei den Programmen zur Überwindung der sozialen Schwierigkeiten gespielt hatte, bewies auch noch im letzten Drittel des

¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes, 1. Legislaturperiode, Session 1868, Anlage Nr. 43, S. 111, und Session 1869, Anlage Nr. 13, S. 94. – Hans Herzfeld, Johannes v. Miquel, 2 Bde., Dermold 1938/39.

² Walter Bußmann, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. In: Historische Zeitschrift, Bd. 186 (1958), H. 3, S. 550, und Ernst Schraepfer, Linksliberalismus und Arbeiterschaft in der preußischen Konfliktzeit. In: Forschungen zu Staat und Verfassung (Hartung-Festschrift), Berlin 1958, S. 389.

19. Jahrhunderts seine Lebenskraft; vor allem darum, weil bei der Selbsthilfe das liberale Grundprinzip von der Erhaltung der selbständigen Persönlichkeit nicht angetastet wurde.

Der Gedanke, mit der genossenschaftlichen Selbsthilfe in Form von „Arbeiter-Coalitionen“ die soziale Frage zu entschärfen und zugleich damit die liberale Partei durch eine von ihr organisierte Arbeiterschaft zu stärken, führte in dem Parlament des Norddeutschen Bundes zu dem Entschluß, das seit 1845 in Preußen und auch in den anderen Staaten bestehende Koalitionsverbot wieder aufzuheben, um dadurch den Zusammenschluß von Arbeitervereinigungen möglich zu machen. Sachsen, das 1861 von der patriarchalischen Zunftverfassung zur radikalen Gewerbefreiheit übergewechselt hatte, war hier schon vorangegangen. In Preußen hatte sich der evangelische Sozialreformer *Victor Aimé Huber* seit 1865 für die Koalitionsfreiheit und ein Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter eingesetzt, wie sein Gutachten für die vom preußischen Handelsminister *Heinrich Graf v. Itzenplitz* zusammengeführte Sachverständigenkommission zeigt³.

Die Einräumung eines gesetzlich verbrieften Koalitionsrechtes für die Arbeiter war zugleich der Beginn einer selbständigen politischen Arbeiterbewegung, die in den folgenden Jahrzehnten schnell über die von den Linksliberalen gesetzten Ziele hinausstieß. Die ersten Erfolge des von *Ferdinand Lassalle* begründeten „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ waren gering, doch wurde damit eine Entwicklung eingeleitet, welche auf die Dauer die Arbeitermassen vom Liberalismus trennte. Die von den Lassalleanern erhobene Forderung nach Errichtung staatssozialistischer Produktivgenossenschaften nach dem Muster *Louis Blancs*, der zentralistische Aufbau der Partei und die großdeutschen Ideen widerlegten die These von einer Interessenkongruenz zwischen dem Liberalismus und der Arbeiterschaft. Von *Lassalle* und der entstehenden Arbeiterbewegung schien eher ein Weg zu *Bismarck*, der Monarchie und gewissen konservativen Kreisen als zu der damals in Opposition stehenden liberalen Fortschrittspartei zu führen⁴.

³ Huber wandte sich in dem Gutachten u. a. auch gegen die willkürliche und einseitige Bestimmung des Arbeitslohnes durch die Arbeitgeber und fragte: „Wie sollen sich die Arbeiter überzeugen, daß sie einen wirklich gerechten Lohn bekommen, solange die ganze Sache ohne ihre Mitwirkung als ein Geheimnis behandelt wird, in welches eingeweiht zu werden sie völlig unwürdig sind?“ Huber dachte aber nicht an eine gesetzlich garantierte Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb, sondern mehr an eine Stärkung der genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisation. Vgl. *Victor Aimé Huber, Ausgewählte Schriften über Sozialreform und Genossenschaftswesen*, hrsg. von K. Munding, Berlin 1894, S. 554. – Ders., *Über Arbeiter-Coalition. Ein der Coalitionskommission nicht vorgelegtes Gutachten*, Berlin 1865. – Ders., *Soziale Fragen, Theil IV, Die latente Association*, Nordhausen 1866.

⁴ Wie weit eine Bundesgenossenschaft zwischen Konservativen und Lassalleanern während der Konfliktzeit zwischen Bismarck und dem liberalen preußischen Landtag ging, schildert auf Grund von Aktenstudien *Adolf Richter*, *Bismarck und die Arbeiterfrage im preußischen Verfassungskonflikt*, Stuttgart 1935, S. 88 ff. – Vgl.

- a) Theodor Lohmanns und Bismarcks gegensätzliche Ansichten über die Mittel einer „versöhnenden Arbeiterpolitik“

Es lag daher auf der Linie dieser Entwicklung, wenn sozial denkende Konservative kurz nach der Gründung des Bismarck-Reiches als erste den verlorengegangenen Faden der staatlichen Sozialpolitik wieder aufnehmen und an ihm fortzuspinnen versuchten. Unter anderem tauchte auch das seit den Revolutionstagen scheinbar vergessene Problem einer gesetzlichen Regelung der Arbeitervertretung im Betrieb wieder auf. Als treibende Kraft, den Arbeitern ein Organ zur Vertretung ihrer Interessen zu verschaffen, erwies sich *Christian Theodor Lohmann*, der Vortragende Rat und spätere Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium. Der aus Winsen an der Aller stammende „steifnackige Hannoveraner“, wie *Bismarck* seinen nach *Hermann Wagener*s Abgang wichtigsten sozialpolitischen Mitarbeiter halb unmutig, halb bewundernd nannte, wollte die Gesellschaft von innen und vor allem von unten her als einen wohlgefügteten Stufenbau sozialer Ordnungen begreifen. Sein Studium in Göttingen, das von der *Stahlschen* Rechtsphilosophie und der Gesellschaftstheorie *Lorenz v. Steins* gleichermaßen beeinflusst wurde, sowie die in seiner Heimat stark vertretene pietistische Frömmigkeit vom Schlage eines *Ludwig Harms* aus Hermannsburg, der als „Prophet der Lüneburger Heide“ die religiöse Selbstbestimmung predigte, hatten ihm zu dieser Auffassung verholfen. *Lohmann*, der an *Wicherns* Innerer Mission, der Gründung des „Evangelischen Vereins“ und dem Ausbau der hannoverschen Landessynode als deren erster Generalsekretär in den sechziger Jahren regen Anteil nahm, ging es vor allem darum, das landesherrliche Kirchenregiment mit seiner patriarchalischen Strenge von unten her durch eine neue Synodalordnung aufzulockern. Diese Reform der Kirchenverfassung prägte auch weitgehend seine Vorstellungen über eine zeitgemäße Ordnung für Staat und Wirtschaft. Wie er für die Unabhängigkeit der evangelischen Landeskirche und das Gemeindeprinzip eintrat, so befürwortete er auch die Dezentralisierung des preußischen Behördenapparates und eine Stärkung der Selbstverwaltung der abhängigen Arbeitskräfte in der Industrie, die er auf seinen Reisen im Mindener Gewerbebezernat eingehend kennengelernt hatte. Da das religiöse Leben seiner Meinung nach sich am stärksten in der sich selbst bestimmenden kleinen Gemeinde entfaltete, so mußten auch die kleinen Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer zuerst als Keimzellen einer neuen Sozialordnung wirken. Der Staat, zu dessen ersten Dienern er gehörte, hatte nach ihm die Aufgabe, diese Entwicklung zu fördern, d. h. das ständische Eigenleben des Arbeiters zu ermöglichen.

Als *Lohmann* 1871 als Hilfsarbeiter in das preußische Handelsministerium berufen wurde und dort bald das Referat für gewerbliche Arbeiterfragen

ferner die Darstellung in dem von O. Neuloh und mir bearbeiteten Nachlaß des Geheimrates Dr. Friedrich Syrup: *Hundert Jahre staatliche Sozialpolitik 1839–1939*, Stuttgart 1957, S. 78.

übertragen bekam, begann er sich für die Schaffung gesetzlich anerkannter Arbeitervertretungen einzusetzen. Neben einem möglichst freiheitlichen Koalitionsrecht, Bildung von Gewerkschaften, Arbeiterfachvereinen und Arbeiterkammern empfahl er besonders die betrieblichen Arbeitsausschüsse. Den Einwand, der Arbeiter sei hierfür noch nicht hinreichend vorgebildet, entkräftete er mit den Worten: „Umso wichtiger ist es, diese Fähigkeit durch praktische Übung bei ihm auszubilden. Wir sehen alle Tage, wie in den sozialdemokratischen und Gewerkvereinen Leute aus dem Arbeiterstande die Interessen, welche sie infolge der Agitation für die berechtigten halten, lebhaft und nicht ohne Geschick vertreten. Nur durch Schaffung einer Vertretung, welche nicht unter Herrschaft einer Partei steht, aber dadurch, daß sie bei der Staatsregierung zu Worte kommt und evtl. von ihr zur Äußerung aufgefordert wird, für alle Parteien von Interesse wird, kann der immer weiter um sich greifenden sozialdemokratischen Stimmung entgegengewirkt werden.“⁵

Der Konservative Lohmann hob damit die erzieherische Bedeutung der Arbeitervertretungen hervor, die seiner Meinung nach an dem Funktionieren und der Glaubwürdigkeit der Gesamtgesellschaftsordnung einen maßgeblichen Anteil haben könnten. Es kam ihm dabei vor allem darauf an, die papierne Freiheit des zeitgenössischen Individualismus, die für den Arbeitnehmer zur tatsächlichen Unfreiheit zu werden drohte oder sogar schon geworden war, mit neuen Inhalten zu füllen. Den Weg dazu sah er nicht in einer von oben reglementierten „Wohlfahrtspflege“ und einem Betriebspatriarchalismus, sondern in der Gewährung und dem Ausbau von Rechtsformen, die den Arbeiter in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu einem mitbestimmenden und selbstverantwortlichen Faktor emporhoben. Nicht in einem patriarchalischen Verhältnis, sondern nur in einer sittlichen Gemeinschaft tatsächlich Gleichberechtigter konnte der Arbeiter aus der Situation des Objektes herauskommen. In zahlreichen Ausführungen bekämpfte er daher den einseitigen Herr-im-Hause-Standpunkt mancher Unternehmer. „Der Großbetrieb“, sagte er einmal, „ist nicht mehr eine reine Privatangelegenheit; durch die Vereinigung großer Massen von Arbeitern zu einer Gesamtorganisation gewinnt er eine Bedeutung für die Gesamtheit, welcher dieser ein Recht gibt, in seine Gestaltung durch gesetzliche Bestimmungen einzugreifen. Daneben bedingt er für die zu ihr vereinigten Arbeiter eine Beschränkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung, welche mit den unsere ganze Rechtsordnung beherrschenden Ideen nicht mehr vereinbar ist, wenn sie nicht in einer geordneten Mit-

⁵ Hans Rothfels, Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik (1871–1905). In: Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv, H. 6, Berlin 1927, S. 49 ff. – Walter Vogel, Bismarcks Arbeitsversicherung, Braunschweig 1951, S. 93, und Hans Rothfels, Zur Geschichte der Bismarckschen Innenpolitik. In: Archiv für Politik und Geschichte, Jg. 7 (1926), H. 9, S. 302.

wirkung ein ausgleichendes Korrelat findet.“⁶ In demselben Sinn meinte er an anderer Stelle: „Die breiten Massen des Volkes, welche bisher passiv an dem öffentlichen Leben teilnahmen, erheben die Forderung, an den Errungenschaften der bisherigen Kultur teilzunehmen und als mitbestimmender Faktor in die weitere Kulturentwicklung einzutreten.“⁷ Lohmann, der mit den Kathedersozialisten engen Kontakt hatte – so besuchte er u. a. Schmoller in Straßburg – und die englischen Gewerkvereine ebenso wie Brentano eingehend studierte, war vom Ende des Herr-im-Hause-Standpunktes so felsenfest überzeugt, daß er im Hinblick auf die Industriearbeiter bemerkte: „Sie waren schon lange keine Patriarchen mehr, nur den Absolutismus des Patriarchentums übten sie noch aus.“⁸

Dabei gab er sich nie der Illusion hin, mit der Einführung einer gesetzlichen Arbeitervertretung allein könne die soziale Spannung überwunden werden. Die Ausgestaltung der Rechtsordnung im Sinne einer Mitbestimmung des Arbeiters war für ihn nur ein Mittel, den Arbeiter zum „Bewußtsein seiner Selbstverantwortlichkeit... und der Mitverantwortlichkeit für das allgemeine Wohl“ zu erziehen⁹, ihn zu einem Träger einer neuen Sozialordnung umzuformen. An diesem Punkt begegnete er sich mit Bismarck, dem die Sozialpolitik auch in erster Linie ein Teil der großen Gesamtpolitik zur Behauptung der monarchischen Gewalt war und zur Sicherung des Reiches diente. Beide wollten den Arbeiter in den „unvollendeten Bau des Reiches“ eingliedern, doch waren ihre Wege dazu recht verschieden.

Alle Anregungen Lohmanns in den siebziger Jahren, eine Sozialreform von unten her durch eine Mitbestimmung des Arbeiters herbeizuführen, scheiterten an dem entschlossenen Widerstand Bismarcks, der einen Ausbau der Gewerbeordnung nach dieser Richtung hin ablehnte. Diese prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten über die Mittel einer „versöhnenden Arbeiterpolitik“, wie Lohmann seine Bestrebungen nannte, waren auch der Grund dafür, daß er im Vorstadium der Bearbeitung des Unfallversicherungsgesetzes aus seinem Amt schied, um erst nach Bismarcks Sturz für andere Aufgaben dorthin zurückzukehren¹⁰. Bismarck selbst schwebte ebenso wie seinem sozialpolitischen Berater Hermann Wagener, dem Führer der „Kreuzzeitungspartei“, ein

⁶ Aus Lohmanns handschriftlicher Aufzeichnung „Die Bedeutung der heutigen Arbeiterbewegung“ (1889), zitiert bei Rothfels, Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik aaO, S. 88.

⁷ Aus Lohmanns handschriftlicher Aufzeichnung „Wesen der sozialen Entwicklung“ (1890), ebd.

⁸ Aus Lohmanns handschriftlicher Aufzeichnung „Die Bedeutung der heutigen Arbeiterbewegung“ (1889), ebd.

⁹ Deutsche Blätter, Jg. 1874, S. 43.

¹⁰ Gute Darstellungen über Lohmanns Gedankengänge und seinen Bruch mit Bismarck finden sich außer in Rothfels klassischer Biographie neuerdings auch bei Heinrich Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1956, S. 684, und bei Eckart Schleth, Der profane Weltchrist. Neubau der Lebensform für den Industriemenschen, München 1957, S. 45.

sozialkonservativer Ständestaat mit christlicher Prägung und einem sozialen Königtum an der Spitze vor¹¹. Ihm war an der politischen Gewinnung der Arbeiter und einer Befriedigung ihrer sozialen Forderungen durchaus gelegen. Doch wurde das immer wieder durch die Überlegung überdeckt, damit zugleich den Liberalismus und später die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Allerdings war *Bismarcks* Auffassung von den Aufgaben und Zielen einer staatlichen Sozialpolitik mehr als ein bloßes wahltaktisches Manöver, wie einige seiner Gegner behaupteten. An seinem ehrlichen Willen, die soziale Frage zu lösen, gab es keinen Zweifel. Doch war bei ihm der Gedanke vorherrschend, daß die Sozialpolitik in erster Linie um des Staates, nicht um der Arbeiter willen betrieben werde. Auch das gesamte sozialpolitische Wollen hatte sich letztlich in die 1871 aufgebaute politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herrschaftsordnung einzufügen. Der Staat sollte als Helfer in der Not auftreten und sich dadurch den Arbeiter verpflichten. Damit blieben aber die Arbeiter ein von *Lohmann* tief beklagtes Objekt der Politik und der Omnipotenz des Staates.

Einige von *Bismarcks* Zeitgenossen behaupteten, daß der Kanzler überhaupt kein umfassendes sozialpolitisches Programm besessen habe, sondern vielmehr glaubte, es gebe wie in der großen Politik (Der „unvollendete Bau des Reiches“) auch in der Sozialpolitik keine fertigen Rezepte und Patentlösungen; man müsse die Fragen auf sich zukommen lassen und sie je nach den Umständen auf dem praktischen Wege dauernd neu beantworten. In diesem Sinne schrieb der bekannte Nationalökonom *Carl Rodbertus-Jagetzow*, dessen staatssozialistische Theorien großes Aufsehen erregt hatten, an seinen Verlegerfreund *Rudolph Meyer* am 6. März 1875: „*Bismarck* ist ein ‚praktischer‘ Mann, und das sind sie in dem Reichskanzleramt ‚Alle, Alle‘. Er ist weit mehr ein Mann der Induktion als einer, der nach vorangegangener statistischer oder gar theoretischer Erörterung erst zur Praxis zu schreiten gewillt ist. Er möchte gern die soziale Frage auch so behandeln... wie die französischen Kriege, die Kaiserfrage, den Kampf mit der katholischen Kirche.“¹² In einem anderen Brief verglich *Rodbertus Bismarck* in seiner über-

¹¹ Grundlegend über *Bismarcks* Einstellung zur Sozialpolitik sind die materialreichen Studien von H. Rothfels, Theodor Lohmann und die Kampffahre der staatlichen Sozialpolitik aaO. – Ders., Prinzipienfragen der *Bismarckschen* Sozialpolitik. In: Königsberger historische Forschungen, Bd. 7 (1935). – Ders., *Bismarck's Social Policy and the Problem of State Socialism*. In: The Sociological Review, vol. 30, London 1938. – Ders., *Bismarck und das 19. Jahrhundert*. In: Schicksalswege deutscher Vergangenheit, Düsseldorf 1950. – Vgl. ferner Karl Thieme, *Bismarcks Sozialpolitik*. In: Archiv für Politik und Geschichte, Bd. 9 (1927), S. 382. – Peter Simon, *Bismarcks Kampf gegen die Mediatisierung des Staates durch die Sozialpolitik* (Wirtschafts- und sozialwiss. Diss.), Köln 1935. – Otto Voßler, *Bismarcks Sozialpolitik*. In: Historische Zeitschrift, Bd. 167 (1943). – Vogel, *Bismarcks Arbeiterversicherung* aaO.

¹² Carl Rodbertus, Briefe und sozialpolitische Aufsätze, hrsg. von R. Meyer, Bd. 1, Berlin 1882, S. 400.

ragenden Bedeutung mit *Napoleon I.*, meinte aber, daß die soziale Frage für ihn zum russischen Feldzug werden könnte, womit er nicht ganz unrecht behalten sollte. Selbst in der Kanzlerpartei war – im Gegensatz zur Außenpolitik – die Meinung über *Bismarcks* Konzeption einer Sozialpolitik recht geteilt. Fürst *Otto zu Stolberg-Wernigerode*, der Vizepräsident des Staatsministeriums und spätere Präsident des preußischen Herrenhauses, faßte einmal seine Kritik an der *Bismarckschen* Sozialpolitik in dem Satz zusammen: „In den größten Zielen hat er eigentlich immer recht, und in diesen geht er auch immer von den großen Gesichtspunkten aus: aber in den Einzelheiten der Ausführung, worin er in der äußeren Politik ein Meister ist, hat er in der inneren Politik häufig ganz falsche Wege eingeschlagen. Da er aber das einzelne seiner Aktion immer mit dem Großen und Ganzen identifizierte, so kommt derjenige, welcher über die einzuschlagenden Wege anderer Ansicht ist, bei ihm leicht in den Verdacht, ihn zu hindern, seine Pläne durchkreuzen zu wollen. Das erschwerte seinen Mitarbeitern so unsäglich die Unterstützung...“¹³

Im Grunde besaß der Kanzler – und auch das war ein Motiv seiner Sozialpolitik – ein angeborenes Gefühl der Fürsorge für die sozial und wirtschaftlich Schwachen¹⁴. Die vornehmlich aus einer religiösen und patriarchalischen Gesinnung gespeiste soziale Hilfsbereitschaft entstammte aber der Welt eines ostelbischen Gutsbesitzers und war mit einer tieferen Kenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Theorien seiner Zeit, wie sie z. B. im Kreis der Kathedersozialisten erörtert wurden, nicht verbunden. Dennoch war *Bismarck* zweifellos nicht verborgen geblieben, daß die Arbeiter mehr als eine Beseitigung der materiellen Mißstände, mehr als christliche Karität und mehr als patriarchalische Fürsorge wollten, nämlich eine prinzipielle Gleichberechtigung und Mitbestimmung in allen für sie wichtigen Fragen, einfach eine Anerkennung der Menschenwürde. Der Kanzler vermochte aber wohl die Dringlichkeit einer speziellen gesetzlichen Regelung durch Anerkennung der Gewerkschaften und Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse in der Industrie nicht anzuerkennen. Ihm schwebte im Gegensatz dazu vor, diesem Anliegen im Rahmen einer Neuordnung der gesamten berufsständischen Ver-

¹³ Wilhelm Herse, Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode und die deutsche Reichspolitik 1867–1881. In: Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde, Jg. 55 (1922), S. 17.

¹⁴ So schreibt sein Gutsverwalter Ernst Westphal (*Bismarck als Gutsherr*, 1932, S. 42), daß *Bismarck* schon früh aus angeborener Menschenfreundlichkeit „sich ständig um die Lage seiner Arbeiter gekümmert“ habe und beständig bestrebt war, ihre materielle Lage in patriarchalischer Weise zu sichern. Dieses Pflichtgefühl, den Schwächeren zu helfen, hat ihn auch während seiner Amtszeit nie verlassen. So schlug *Bismarck* 1863 dem preußischen Innenminister die Errichtung von staatlichen Altersversorgungsanstalten vor und bat den preußischen Handelsminister, Victor Aimé Huber und andere Sozialreformer dazu zu hören. Vgl. Richter, *Bismarck und die Arbeiterfrage* aaO.

tretung Rechnung zu tragen. Viel zu wenig bekannt ist, daß *Bismarck* beim Aufbau seiner Sozialversicherung Pläne äußerte, die auf einen Umbau der Wirtschaftsordnung in dieser Richtung zielten. Schon in der von ihm überarbeiteten „Kaiserlichen Botschaft“ vom 17. November 1881, in der unter anderem die Versicherungsgesetzgebung angekündigt wurde, hieß es in einem Abschnitt bezeichnenderweise, es sei die schwierigste, aber auch die höchste Aufgabe jedes Gemeinwesens, das auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens stehe, die rechten Wege und Mittel für eine staatliche Fürsorge zu finden. „Der engere Anschluß an die realen Kräfte des Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden ... die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein im gleichen Umfange nicht gewachsen sein würde.“

Der zweite Entwurf für ein Unfallversicherungsgesetz baute dann *Bismarcks* Wünschen entsprechend auch auf nach Berufsklassen gebildeten Zwangskorporationen, den Unfallberufsgenossenschaften auf. Die Mitarbeiter des Kanzlers vermuteten damals sofort, daß mit diesen Körperschaften des öffentlichen Rechtes, die sich über das ganze Reich erstrecken sollten, weitergehende „politische Ziele“ verfolgt wurden. *Lohmann*, der für die Unfallversicherung damals noch zuständige Hauptreferent, schloß dies aus *Bismarcks* ablehnender Haltung zu dem von dem Reichstag angenommenen ersten Unfallversicherungsgesetzesentwurf. „Wenn es *Bismarck* wirklich nur um die Sache und nicht um weitere politische Ziele zu tun wäre“, schrieb *Lohmann* am 1. Februar 1882 an seinen Jugendfreund, den Edesheimer Pastor Dr. *Ernst Wyneken*, „so hätte er sofort die Linke beim Wort nehmen und ihnen sagen müssen, er werde ihnen ihren eigenen Entwurf mit den noch notwendigen Abänderungen und Ergänzungen in der nächsten Session wieder vorlegen und danke ihnen für das Entgegenkommen...“¹⁵ *Lohmann* fiel auf, daß der Kanzler jeden anderen möglichen Träger einer gesetzlichen Unfallversicherung, z. B. kommunale Versicherungen, zugunsten des berufs-genossenschaftlichen Prinzips ablehnte. Als *Bismarck* Ende September 1883 nach Berlin zurückkehrte, entwickelte er gegenüber seinem wichtigsten sozialpolitischen Mitarbeiter seine Gedanken über die Träger der Unfallversicherung. Nach *Lohmanns* Aufzeichnungen soll der Kanzler damals zu ihm gesagt haben: „Die Unfallversicherung an sich sei ihm Nebensache, die Hauptsache sei ihm, bei dieser Gelegenheit zu korporativen Genossenschaften zu gelangen, welche nach und nach für alle produktiven Volksklassen durchgeführt werden müßten, damit man eine Grundlage für eine künftige Volksvertretung gewinne, welche anstatt oder neben dem Reichstage ein wesentlich

¹⁵ Nachlaß *Lohmann* zitiert bei Kurt Marzisch, Die Vertretung der Berufsstände als Problem der Bismarckschen Politik. Diss. phil., Marburg 1934, S. 30.

mitbestimmender Faktor der Gesetzgebung werde, wenn auch äußerstenfalls durch das Mittel des Staatsstreiches...“¹⁶

Nachdem *Lohmann* wegen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten über das Ziel der staatlichen Sozialpolitik aus seinem Amt geschieden war, drängte *Bismarck* auf die Verwirklichung seiner weit über eine Unfallversicherung hinausreichenden Pläne. Gegenüber einem seiner Ressortminister äußerte er: „Dies eine, nämlich die Berufsgenossenschaften, wolle er noch zustande bringen, dann wolle er sich auf das Auswärtige Amt als sein Altenteil zurückziehen und die Fortführung der inneren Angelegenheiten anderen überlassen.“¹⁷ In den von Geheimrat *Karl Freiherr v. Gamp-Massaunen* im Handelsministerium und Geheimrat *Tonio Bödiker* im Reichsamt des Innern ausgearbeiteten Entwürfen, die beide die zwangsweise Bildung von Berufsgenossenschaften für alle gleichartigen haftpflichtigen Betriebe im Reich vorschrieben, war den Arbeitnehmern auf *Bismarcks* ausdrücklichen Wunsch ein möglichst umfangreiches Betätigungsfeld eingeräumt worden. Träger der Unfallberufsgenossenschaften waren zwar die Arbeitgeber, doch sollten die Arbeiter in einem besonderen Arbeiterausschuß in den Genossenschaften mitwirken. Nach *Gamp-Massaunens* Entwurf war vorgesehen, zur Festsetzung der Unfallentschädigung und zur Rechtsprechung bei Streitigkeiten einen paritätischen Ausschuß mit zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern sowie einem unparteiischen Berufsjuristen zuzuziehen. *Bismarck* ging dieser Vorschlag nicht weit genug: vier Beisitzer schienen ihm für diese wichtige Aufgabe viel zu wenig zu sein. Vor allem wünschte er „lieber mehr Arbeiter, geschäftsfremde Laien als Juristen“, da Juristen an sich nicht gerechter seien als andere Staatsbürger, sie kannten nur mehr Gesetze und Verordnungen auswendig, auf die es hier nicht ankomme. Bei der Festsetzung der Unfallrente sei nur die praktische Lebenserfahrung wesentlich¹⁸. Die sich auf sämtliche Industriezweige erstreckende korporative Organisation sollte aber nicht nur die Durchführung der Unfallversicherung ermöglichen, sondern die erste Grundlage für eine umfassende Selbstverwaltung der gesamten gewerblichen Wirtschaft abgeben. Die Berufsgenossenschaften waren dazu ausersehen, in den Kreisen der Industrie den Geist der Selbständigkeit, Selbstverantwortung und Selbsterziehung im Sinne des allgemeinen Wohls wieder zu erwecken und zu befestigen. Sie sollten der Ausgangspunkt für weitere so-

¹⁶ Brief *Lohmanns* an *Wyneken* am 5. 10. 1883 über seine Unterredung mit *Bismarck* am 27. September 1883 über den dritten Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes. Vgl. Rothfels, Theodor *Lohmann* und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik aaO, S. 63.

¹⁷ Ebd. – Vgl. Marzisch, Die Vertretung der Berufsstände aaO, S. 54.

¹⁸ Randnotiz *Bismarcks* auf den Entwurf *Gamps*. Marzisch, Die Vertretung der Berufsstände... aaO, S. 57.

ziale Gliederungen und Institutionen bilden, deren Schaffung bei Fortführung der Sozialpolitik noch notwendig sein würde¹⁹.

Nachdem der Kaiser im Dezember 1883 seine Zustimmung zu dem Entwurf für eine Unfallversicherung gegeben hatte, ließ *Bismarck* ihn im Januar 1884 an die Regierungen zur Stellungnahme gehen und in den Zeitungen besprechen. Allgemein wurde in der Öffentlichkeit bezweifelt, daß die vorgesehenen Unfallberufsgenossenschaften die geeignete Grundlage für eine neue Standesorganisation aller der in der Industrie Tätigen und eine Einteilung der Wirtschaft in korporative Verbände abgeben könnten. Von allen denen aber, die eine neue Organisation und Interessenvertretung der arbeitenden Klassen erwarteten, wurde kritisiert, daß die Berufsgenossenschaften in Wirklichkeit nur Korporationen der Arbeitgeber darstellten und von einem Selbstbestimmungsrecht der Arbeitnehmer keine Rede sein könne. Im Reichstag wurde *Bismarck* vor allem durch *Eugen Richter*, dem neugewählten Vorsitzenden der Deutsch-Freisinnigen Partei, der Vorwurf gemacht, daß er die politischen Parteien durch berufsständische Interessenorganisationen ersetzen wolle. Dieser Verdacht, daß die Berufsgenossenschaften zu einem späteren Zeitpunkt zu einem wesentlich mitbestimmenden Faktor in der Gesetzgebung gemacht werden sollten, war tatsächlich nicht unbegründet, wie *Lohmanns* Aufzeichnungen zeigten. In ähnlicher Weise notierte *Tonio Bödiker*, der 1884 der erste Präsident des neugeschaffenen Reichsversicherungsamtes wurde, nach einem Besuch in Friedrichsruh über die Aufgabe der Unfallberufsgenossenschaften: „Es schien mir, als ob er sie zur Basis der Wahlen für den Reichstag machen wollte.“²⁰ Eine noch weitergehende Vermutung sprach *Karl Oldenburg*, der 2. Bundesratsbevollmächtigte für Mecklenburg-Schwerin, bei seiner Kritik des Unfallgesetzentwurfes aus. Die dritte Gesetzesvorlage konnte er sich damals nur so erklären, daß man „in diesem mechanischen Gebilde den Ansatz zu einem sozialistischen Neugestaltungsprozeß für die Wirtschaft ablesen wollte“²¹.

Der Gedanke, korporative Genossenschaften in den verschiedenen Berufszweigen zu Trägern einer gesetzlichen Sozialversicherung zu machen, setzte sich nur bei der Unfallversicherung durch. Bei der Kranken- sowie Alters- und Invaliditätsversicherung wurde der Anschluß an die „realen Kräfte des Volkslebens“, wie ihn besonders *Huber*, *Stöcker* und *Schäffle* gefordert hatten,

¹⁹ Aus einer Denkschrift des Ministeriums für Handel und Gewerbe zur Unfallversicherung vom 24. Oktober 1881 und einem Immediatbericht vom 18. 4. 1882, zitiert nach Marzisch, Die Vertretung der Berufsstände... aaO, S. 31. – Bemerkenswerterweise war zur Ausarbeitung des Gesetzentwurfes über den Aufbau der Unfallversicherung auf korporativer Grundlage u. a. Albert Schäffle, der Verfechter berufsständischer Ideen, beigezogen worden. Vgl. Schäffle, Aus meinem Leben, Bd. 2, Berlin 1905, S. 143 und 153.

²⁰ Egmont Zedlin, Die Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890–1894, Stuttgart 1929, S. 21. – Rothfels, Prinzipienfragen aaO, S. 61.

²¹ Karl Oldenburg, Aus Bismarcks Bundesrat, Berlin 1929, S. 85.

versäumt und statt dessen neue Behörden, die Versicherungs- und Oberversicherungsämter, geschaffen; *Bismarcks* eigentliche Konzeption blieb, wie schon *H. Rothfels* nachgewiesen hat, im ersten Ansatz stecken, weil die Organisation der einzelnen Berufsstände mit zuviel Schwierigkeiten verbunden war. Entgegen *Bismarcks* ursprünglichen Vorstellungen führten die Gesetze, besonders die Alters- und Invaliditätsversicherung („Klebe-gesetz“) zum Aufbau einer großen bürokratischen Apparatur. An einen Ausbau der Berufsgenossenschaften für andere gesellschaftspolitische Zwecke, insbesondere für Aufgaben der gewerblichen Selbstverwaltung und Mitwirkung der Arbeitnehmer, wurde überhaupt nicht mehr gedacht. *Bismarcks* Plan, nicht nur alle Zweige der Sozialversicherung mit selbständig handelnden Berufsgenossenschaften auszustatten, sondern diese zugleich zu einer durchgreifenden Reform der gesellschaftlichen Zustände zu benutzen und sie u. a. zu einer umfassenden Vertretung aller produktiven Schichten in einer korporativ-ständischen Form auszubauen, scheiterte in erster Linie an seinen politischen Nebenabsichten. Wie *Bismarck* nach seiner Entlassung offen zugab, hatte er damals die Absicht gehabt, diese berufsständischen Vertretungen der Wirtschaft, die eine eigene parlamentarische Spitze erhalten sollten, als Träger eines neuen berufsständischen Wahlrechtes und als konkurrierende Organe gegen den widerspenstigen Reichstag einzusetzen²². Das wäre aber nur mit Hilfe eines Staatsstreiches, an den *Bismarck* bezeichnenderweise in seinem Gespräch mit *Lohmann* auch dachte, möglich gewesen.

b) Der Preußische Volkswirtschaftsrat

Der Gedanke, neben der politischen Vertretung des Parlamentes eine ebensolche der wirtschaftlichen Interessen als Gegengewicht und Druckmittel gegen die politischen Parteien aufzubauen, hatte sich auch 1880 bei der Errichtung des „Preußischen Volkswirtschaftsrates“ abgezeichnet. Da diese Institution einige Ähnlichkeit mit den Forderungen nach einem „Gewerbe-Par-

²² In den von Hermann Hofmann geleiteten „Hamburger Nachrichten“, die *Bismarck* nach seiner Entlassung gerne als Sprachrohr benutzte, hieß es am 18. 1. 1893 darüber: „Es lag damals in der Absicht der Regierung, die Bildung von Gruppen anschaulich zu machen, innerhalb deren die sozialpolitischen Aufgaben, in specie diejenige der Altersversorgung, ihre genossenschaftliche Lösung finden konnten und die, wenn sie erst genauer definiert seien und der innere Verband derselben durch die Gesetzgebung hergestellt wäre, die Unterlage für die Wahlkörper der Landesvertretung hätten bilden können“ (vgl. Hermann Hofmann, Fürst Bismarck 1890 bis 1898, Bd. 2, Hamburg 1913, S. 199). Ferner wies *Bismarck* in einer Rede am 17. April 1895 vor Handwerkerinnungen auf die damaligen diesbezüglichen Absichten hin, als er sagte: „Ich habe früher geglaubt, daß man unsere Wahlgesetzgebung in Preußen sowohl wie im Reiche auf dergleichen Berufsgenossenschaft begründen könne, daß jede Berufsgenossenschaft ihrerseits das Recht hat, sich durch selbständige Abgeordnete vertreten zu lassen. Ich habe dafür kein Verständnis gefunden, und ich habe, solange ich Minister war, zuviel Kämpfe nach außen, nach oben gehabt, um mich dem zu widmen und zu wenig Anklang im Reichstag...“ Vgl. Horst Kohl, Die politischen Reden des Fürsten Bismarck aaO, Bd. 13, S. 357.

lament“ im Jahre 1848 (wie auch mit dem späteren Reichswirtschaftsrat in der Weimarer Zeit und den heutigen Plänen um einen Bundeswirtschaftsrat) hat, soll im folgenden etwas näher darauf eingegangen werden.

In den ersten Jahren nach der Reichsgründung war *Bismarck* mit dem Reichstag noch im wesentlichen zufrieden gewesen. Seit 1878 begann er aber immer offener seine Enttäuschung zu äußern, daß das deutsche Parlament nicht das von ihm erhoffte Sinnbild der Einigkeit geworden sei. Statt der Regierung die Möglichkeit zu geben, in den Abstimmungen „das Barometer der Gefühle und Stimmungen des Volkes“ kennenzulernen, würde ein erbitterter Kampf der Fraktionen um die Macht ausgetragen. Eine besondere Gefahr erblickte der Kanzler in dem Überhandnehmen der Berufsparlamentarier, „die die Welt bloß aus der Proszeniumsloge oder der Zeitungsredaktion auf der Bühne betrachten, ohne selbst darin mitzuleben“ und die schließlich nur „ihre eigenen Interessen zum Zwecke ihrer eigenen Herrschaft vertreten“²³. Nach seiner Ansicht hatten die alten Parteibegriffe wie konservativ, liberal und demokratisch im allgemeinen Volksbewußtsein weitgehend ihre Grundlage verloren, da die wirtschaftlichen Interessenkonflikte alles andere überschatteten. Die alten Gegensätze der politischen Parteien würden im Grunde nur noch künstlich als agitatorisches Mittel weiter gepflegt. Auf Grund dieser Erfahrungen kam *Bismarck* zu zwei wichtigen Schlußfolgerungen: 1. *Ersetzung des allgemeinen Wahlrechtes wie des preußischen Dreiklassenwahlrechts durch eine neue Form der berufsständischen Vertretung (Berufsgenossenschaftent!)* 2. *Schaffung eines Volkswirtschaftsrates aus Berufsvertretern mit beratenden Funktionen*. Der Reichskanzler war damit der Ansicht, daß an die Stelle des politischen Parteiwesens eine echte Mitsprache der „produktiven Stände“ aus dem Volke treten müsse.

Bei der Neuorientierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik seit 1878 (Übergang vom Freihandel zum Schutzzollsystem, Umgestaltung der Reichsfinanzen mit dem Ziel der wirtschaftlichen Verselbständigung des Reiches, Aufbau einer umfassenden staatlichen Sozialversicherung) machte sich das Bedürfnis nach einer sachverständigen Beratung durch die Vertreter wirtschaftlicher Interessengruppen besonders bemerkbar. Klagen über „Danaer-Geschenke vom grünen Tisch“ und unpraktische „geheimrätliche Verordnungen“ wurden für *Bismarck* zum täglichen Brot. Nicht unwillkommen war ihm daher, als der zweite Kongreß des „Centralverbandes deutscher Industrieller“ am 22. Februar 1878 die Einsetzung eines „Beirates der Regierung in wirtschaftlichen Fragen aus höheren Beamten und Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Verkehrswesens“ forderte und der „Deutsche Handelstag“ am 30. Oktober 1878 sich mit einer ähnlichen Resolution anschloß, nachdem die Handelskammern in Wuppertal und Elberfeld

²³ Kohl, Die politischen Reden des Fürsten Bismarck aaO, Bd. 10, S. 255.

schon in den Jahren zuvor sich in dieser Richtung betätigt hatten²⁴. *Bismarcks* Plan ging von Anfang an darauf hin, einen Volkswirtschaftsrat für das gesamte Reich zu schaffen, um die aufstrebenden und miteinander ringenden Kräfte der Wirtschaft in ein geordnetes Zusammenwirken zu bringen und der Regierung bei den in Aussicht genommenen neuen Gesetzen eine sachverständige Beurteilung aus den Kreisen der Hauptbetroffenen zu sichern. Aus verschiedenen Gründen glaubte der Kanzler sein Ziel am schnellsten zu erreichen, wenn er zunächst in Preußen mit der Errichtung einer derartigen Institution anfang. Durch eine königliche Verordnung vom 17. November 1880 wurde ein Preußischer Volkswirtschaftsrat ins Leben gerufen, der sich aus drei Sektionen für Handel, Industrie und Landwirtschaft zusammensetzte²⁵. Jede Sektion hatte einen besonderen Ausschuß von fünf Mitgliedern zu wählen. Diese bildeten zusammen mit 10 von der Regierung ernannten Mitgliedern einen ständigen Ausschuß des Volkswirtschaftsrates mit insgesamt 25 Mitgliedern. Der permanente Ausschuß konnte auf Wunsch der Ressortminister jederzeit zur Beratung oder gutachtlichen Äußerung berufen werden, während die Regierung zu den Sitzungen des Plenums oder der Sektionen besondere Staatskommissare entsandte. Insgesamt bestand der Preußische Volkswirtschaftsrat aus 75 Mitgliedern, die vom König auf die Dauer von 5 Jahren berufen wurden. Da der Volkswirtschaftsrat noch keinen entsprechenden organisatorischen Unterbau hatte, veranstalteten die Handelskammern, kaufmännischen Korporationen und landwirtschaftlichen Vereine zu

²⁴ Die Handelskammer Wuppertal hatte schon 1875 Klage darüber geführt, daß in den Parlamenten zu wenig Vertreter der Wirtschaft sitzen würden. Nach ihren Feststellungen waren von den 427 Abgeordneten des preußischen Landtages nur 27 Industrielle oder Kaufleute und von den 385 Reichstagsabgeordneten sogar nur 23 Gewerbetreibende. Zusammen mit der benachbarten Elberfelder Kammer wurde deshalb 1877 der Vorschlag gemacht, einen besonderen preußischen Volkswirtschaftsrat zu schaffen, um sich bei der Beratung gewerblicher Angelegenheiten im Landtag besser einschalten zu können. Der erste detaillierte Vorschlag für einen Volkswirtschaftsrat stammt anscheinend von Richard v. Kaufmann, Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen in den Staaten Europas, die Reorganisation der Handels- und Gewerbekammern und die Bildung eines volkswirtschaftlichen Centralorgans in Deutschland, Berlin 1879.

²⁵ Preußische Gesetz-Sammlung 1880, S. 367. – Über die Geschichte des Volkswirtschaftsrates unterrichten neben den veröffentlichten Protokollen (Berlin 1881 bis 1883) vor allem Julius Curtius, Bismarcks Plan eines deutschen Volkswirtschaftsrates, Heidelberg 1919. – Heinrich Herrfahrdt, Das Problem der berufsständischen Vertretung von der französischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart und Berlin 1921, S. 58 ff. – Marzisch, Die Vertretung der Berufsstände als Problem der Bismarckschen Politik aaO. – Friedrich Schmidt, Vom Wesen und Wert parlamentarischer und berufsständischer Ideen. Diss. Köln 1929, S. 61. – E. Tatarin-Tarnheyden, Die Berufsstände, ihre Stellung im Staatsrat und die deutsche Wirtschaftsverfassung, Berlin 1922, S. 119. – Max Weigert, Der Volkswirtschaftliche Senat, Berlin 1880. – Georg Freiherr v. Eppstein und Conrad Bornhak, Bismarcks Staatsrecht, 2. Aufl., Berlin 1923, S. 143, und Hans Goldschmidt, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung, Berlin 1931, S. 158.

diesem Zweck „Präsentationswahlen“. Aus den solcherart vorgewählten Vertretern wurden dann dem König durch die betreffenden Ressortminister 15 aus der Industrie, 15 aus dem Kaufmannsstand und 15 aus der Landwirtschaft vorgeschlagen, außerdem nach freier Wahl der Minister noch 30 weitere Mitglieder, von denen mindestens 15 dem Handwerker- und Arbeiterstand angehören mußten.

Die Idee, neben den Arbeitgebern auch die Arbeitnehmer in das Wirtschaftsparlament zu berufen, ging auf *Bismarck* selbst zurück, der schon im Jahre 1848 einen Aufbau des Parlamentes aus den Ständen „Rittergutsbesitzer, Bauerngutsbesitzer, Städte und Arbeiter“ für möglich gehalten hatte²⁶. Entgegen den Vorschlägen des „Centralverbandes deutscher Industrieller“ und des „Deutschen Handelstages“ verzichtete der Kanzler darauf, höhere Beamte der beteiligten Ressorts als Mitglieder des Volkswirtschaftsrates zu ernennen und hielt an einer Vertretung des Handwerker- und Arbeiterstandes fest. Da eine Reorganisation der Innungen erst noch bevorstand und die Freien Gewerkschaften durch das Sozialistengesetz vom 21. Oktober 1878 verboten worden waren, konnten die Handwerker und Arbeiter ihre Vertreter nicht wie die Arbeitgeber in Industrie, Handel und Landwirtschaft „präsentieren“, sondern mußten sie direkt berufen lassen. Die Präsentationswahlen für den Preußischen Volkswirtschaftsrat fanden im Dezember 1880 in jeder Provinz am Ort des Oberpräsidenten unter dessen Vorsitz statt. Unter den Berufenen waren 16 Rittergutsbesitzer und Gutsbesitzer, 1 Hofbesitzer, 1 Forstinspektor, 17 Großindustrielle und Großkaufleute, 11 Fabrikanten, 8 Kaufleute, 2 Bergräte, 1 Amtsrat, 1 Regierungsassessor a. D., 9 Handwerksmeister (darunter auch in der Industrie tätige) und 6 Arbeiter²⁷. Unter den berufenen Arbeitern befanden sich je ein gelernter Stellmacher, Schriftsetzer und Zimmerpolier sowie je ein ungelernter Fabrikarbeiter, Eisenformer und Hilfsarbeiter, was in der Öffentlichkeit zu dem Tadel führte, die berufenen Arbeitnehmer seien meistens „Zünftler“ (Bank- und Handelszeitung vom 16. Januar 1881). Bei der zwangsweisen Ausschaltung der Freien Gewerkschaften im Zeichen des Ausnahmegesetzes war diese Tatsache allerdings nicht weiter überraschend. Doch zeigte die aus dem bürgerlichen Lager kommende Kritik, daß das Fehlen eines „Präsentationsorgans“ für die Arbeiter als den eigentlichen Absichten des Volkswirtschaftsrates zuwiderlaufend empfunden wurde.

In der Eröffnungsrede am 27. Januar 1881 umriß *Bismarck* noch einmal die Aufgaben des Preußischen Volkswirtschaftsrates: Er solle dazu dienen,

²⁶ Leopold v. Gerlach, Denkwürdigkeiten. Hrsg. von seiner Tochter, Bd. 1, Berlin 1891, S. 199.

²⁷ Nach den von K. Marzisch ausgewerteten Akten des preußischen Handelsministeriums, betr. Volkswirtschaftsrat. Vgl. Marzisch, Die Vertretung der Berufsstände aaO, S. 17. Nach dieser Aufstellung sind allerdings nur 72 Mitglieder gewählt worden, obwohl die königliche Verordnung 75 Mitglieder vorschrieb.

„daß diejenigen unserer Mitbürger, auf welche die wirtschaftliche Gesetzgebung in erster Linie zu wirken bestimmt ist, über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der zu erlassenden Gesetze gehört werden. Es fehlte bisher an einer Stelle, wo die einzuschlagenden Gesetzesvorlagen einer Kritik durch Sachverständige aus den zunächst beteiligten Kreisen unterzogen werden könnten, und die Staatsregierung war außerstande, für ihre Überzeugung von der Angemessenheit der Vorlagen das Maß von Sicherheit zu gewinnen, welches nötig ist, um der von ihr zu übernehmenden Verantwortlichkeit als Grundlage zu dienen.“²⁸

Schon zwei Tage nach Eröffnung des Preußischen Volkswirtschaftsrates ließ *Bismarck* durch die preußischen Gesandten bei den deutschen Bundesstaaten eine Ausdehnung dieser preußischen Einrichtung auf das Reich erbitten. Zu den 75 preußischen Mitgliedern sollten 50 weitere Mitglieder aus den übrigen deutschen Staaten treten. Mit Rücksicht auf die verschiedenartige Verteilung der wirtschaftlichen Interessen sollte man jedoch den einzelnen Regierungen die Bestimmung darüber überlassen, in welcher Weise sie die Auswahl der Vertreter der fraglichen Berufszweige (Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handwerk und Handarbeit) bewirken wollten. Im Durchschnitt sollten auf eine Million Einwohner des Reiches drei Vertreter gewählt werden, so daß der Deutsche Volkswirtschaftsrat 125 Mitglieder zählte. Es war daran gedacht, ähnlich wie in Preußen die Institution einfach durch eine kaiserliche Verordnung ins Leben zu rufen, um den langwierigen Detaildebatten im Parlament zu entgehen. Da aber *Bismarck* entscheidendes Gewicht darauf legte, den Arbeitern und kleinen Handwerkern im Deutschen Volkswirtschaftsrat eine Vertretung zu geben, mußten allen Mitgliedern Reise- und Tagegelder gewährt werden, was die Vorlage eines Nachtrages zum Haushalt des Reichstages notwendig machte. Für eine jährliche Tagung des Plenums von 21 Tagen und des permanenten Ausschusses von 42 Tagen wurden 84 000 Mark gefordert, die aber der Reichstag in zwei Sitzungen am 24. Mai und 10. Juni 1881 ablehnte²⁹. Der Reichstag blieb auch bei seiner Ablehnung, als die Regierung in der nächsten Haushaltsdebatte 1882/83 die Forderung wiederholte, obwohl der Kanzler selbst die Vorlage in zwei Reden verteidigte.

Die Einwände der Abgeordneten waren größtenteils nicht grundsätzlicher Natur und enthielten mehr Hinweise auf Schwierigkeiten und Mängel, die bei beiderseitigem gutem Willen zu überwinden waren³⁰. So erwiderte *Bis-*

²⁸ Kohl, Politische Reden des Fürsten Bismarck aaO, Bd. 8, S. 211.

²⁹ Reichshaushaltsetat für das Etatjahr 1882/83, Anlage 3, S. 8. Erläuterungen und Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1881, S. 1270 und 1589, zitiert nach Herrfahrdt, Das Problem der berufsständischen Vertretung... aaO, S. 72.

³⁰ Die beste Zusammenstellung der Kritik gegen den Volkswirtschaftsrat bringt Curtius, Bismarcks Plan eines deutschen Volkswirtschaftsrates aaO, S. 25.

marck auf den Vorwurf, die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsgruppen und das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern komme in der angegebenen Stimmenverteilung nicht richtig zum Ausdruck: „Das auf den ersten Blick auffällige Mißverhältnis in der Vertretung verliert an Bedeutung, wenn erwogen wird, daß für den Volkswirtschaftsrat die sektionsweise Beratung zulässig ist und daß es bei diesen Beratungen überhaupt nicht um entscheidende Beschlußfassungen, sondern nur um eine gutachtliche Beleuchtung handelt, welche für die Entschliebung der Staatsregierung bei Herstellung ihrer dem Reichstage und dem Landtage zu machenden Vorlagen verwertet werden soll. Die Staatsregierung hat in den vorbereitenden Stadien das Gewicht der Gutachten, die sie erhält, nicht nach dem numerischen Verhältnis, sondern nach verantwortlicher Würdigung des Inhaltes zu messen.“³¹ Während über diese und andere Meinungsverschiedenheiten eine Verständigung denkbar war, gab es jedoch in der Besorgnis des Reichstages, der Volkswirtschaftsrat könne als regierungshöriges Nebenparlament zur Schwächung oder sogar Ausschaltung der gewählten Volksvertretung mißbraucht werden, einen unüberbrückbaren Gegensatz. Besonders die Fraktionen der Linken und des Zentrums legten durch ihre Sprecher *Leopold Sonnemann*, *Wilhelm Löwe-Calbe*, *Ludwig Windhorst*, *Eugen Richter* und *Ludwig Bamberger* dar, daß die Parteien kein Interesse an der Unterstützung der Regierung durch Sachverständige hätten, deren konkurrierende Tätigkeit eine Gefährdung der parlamentarischen Autorität darstellen würde.

Nach diesen zwei Ablehnungen gewann auch *Bismarck* die Überzeugung, daß auf diesem Wege eine zeitgemäße Wiederbelebung des alten ständischen Gedankens und seine Einfügung in den modernen repräsentativen Staat kaum möglich war. Es handelte sich letztlich um eine politische Machtfrage, bei der alle Vernunftgründe vergeblich bleiben mußten.

Aber auch dem Preußischen Volkswirtschaftsrat war nach diesem Mißerfolg keine lange Lebensdauer mehr beschieden. In zwei Sessionen 1881 und 1882 befaßte er sich zwar mit den Entwürfen für die Unfall- und Krankenversicherung, der Neugestaltung des Innungswesens und der Einführung eines staatlichen Tabakmonopols, wobei die Vertreter der Handwerker und der Arbeiter häufig zu Worte kamen. Wie die Verhandlungsprotokolle aber zeigten, gab es von Anfang an recht erhebliche Spannungen im Plenum wie im permanenten Ausschuß. Vor allem waren die Arbeitervertreter bei der Beratung des Entwurfes für die Unfallversicherung ganz anderer Meinung

³¹ Kohl, Die politischen Reden des Fürsten Bismarck aaO, Bd. 8, S. 198. – In einem Schreiben an das Staatsministerium vom 9. 11. 1880 hatte sich Bismarck ähnlich geäußert: „Mein Bestreben ist nun dahin gegangen, daß jedes Interesse überhaupt zu Worte kommen könne, ohne Rücksicht darauf, mit wieviel Stimmen dies geschieht; sollte der Stimmenzahl die Entscheidung beigelegt werden, so würde damit der ganzen Institution ein für die unabhängige Bewegung der Regierung zu schweres Gewicht beigelegt werden (Ebd., S. 208).“

als die übrigen Mitglieder³². Als der neugewählte Preußische Landtag im Februar 1883 den Etat des Preußischen Volkswirtschaftsrates, dessen Plenum bis dahin erst viermal zusammengekommen war, sperrte, versuchte *Bismarck* zum letzten Male für seine Schöpfung Stimmung zu machen. Ein vom Handelsministerium ausgearbeiteter und von ihm selbst durchkorrigierter Artikel, der „ohne Firma und Unterschrift“ in der „Norddeutschen Zeitung“ erschien, forderte eine Beibehaltung des Preußischen Volkswirtschaftsrates auch für den Fall, daß die dafür erforderlichen Geldmittel vom Preußischen Landtag vorenthalten würden. Die Körperschaft müsse der Staatsregierung als eine Institution erhalten bleiben, in der die widerstrebenden Interessen der Wirtschaft geklärt und ausgeglichen werden könnten. Außerdem habe der Arbeiterstand, so wurde bezeichnenderweise erklärt, außer in der Sozialdemokratischen Partei im Parlament keine Vertretung. Der Volkswirtschaftsrat dürfte daher nicht zu einer Versammlung werden, in der nur noch die Interessen der wohlhabenden Klassen vertreten würden. Deshalb sei eine Bewilligung der Mittel für die Reise- und Tagegelder unumgänglich nötig³³.

Aber auch dieser letzte Appell blieb vergeblich. Der Preußische Volkswirtschaftsrat trat zwar 1884 noch einmal zur Begutachtung einer Novelle der Gewerbeordnung und des 3. Entwurfes des Unfallversicherungsgesetzes und 1887 bei der Alters- und Invaliditätsversicherung zusammen, doch nahmen nach 1883 nicht mehr alle Mitglieder an den Sitzungen teil. Dann wurde es ganz still um ihn.

Überblickt man alle diese Bemühungen, so läßt sich nicht länger die Behauptung aufrechterhalten, *Bismarck* habe allein durch den Aufbau einer umfassenden staatlichen Sozialversicherung auf der einen und der Bekämpfung der Sozialdemokratie auf der anderen Seite die soziale Frage lösen wollen. Die gesellschaftliche Integration der Arbeiterschaft in das von ihm geschaffene Reich hoffte er auch durch die Schaffung einer neuen berufsständischen Vertretung zu erreichen, in der alle Kräfte der aufstrebenden Wirtschaft ihren Platz haben sollten. Die Sozialversicherung war dem Kanzler anscheinend zunächst nur der Anlaß, das ganze Reich mit einem Netz korporativer Genossenschaften in allen Berufszweigen zu überziehen, die in einem Volkswirtschaftsrat eine parlamentarische Spitze erhalten sollten. Den Arbeitnehmern wollte er, ohne daß das Stimmenverhältnis zunächst eine Rolle spielte, eine fest umgrenzte Mitwirkung einräumen. Aus mannigfachen Gründen scheiterte der Aufbau dieser Form einer gewerblichen Selbstverwaltung, die unverkennbare Ähnlichkeit mit den entsprechenden Programmen der Achtundvierziger-Revolution besaß. Ausschlaggebend für die Ablehnung

³² Vgl. Brief des Kommerzienrates Heimendahl an den Kanzler am 5. 2. 1881 in den Akten des Handelsministeriums betr. Volkswirtschaftsrat. Zitiert nach Marzisch, Die Vertretung der Berufsstände aaO, S. 21.

³³ Ebd. S. 32.

dieser Wiederbelebung des ständischen Eigenlebens war die nicht unberechtigte Furcht der politischen Parteien, daß der Kanzler mit dieser berufsständischen Vertretung zugleich eine Schwächung oder sogar Ausschaltung des ihm unbequemen Reichstages erstrebte.

c) Der Bergarbeiterstreik 1889 und die Februarerlasse Wilhelms II.

Drei Umstände waren es, die das Interesse des Staates an einer gesetzlichen Regelung der Arbeitervertretung wieder weckten. Es waren dies 1. das gute Funktionieren der Arbeitervertretungen in der Krankenversicherung, 2. der große Bergarbeiterstreik von 1889 verbunden mit dem weiteren Anwachsen der Sozialdemokratie und den Wirtschaftskrisen dieser Jahre und 3. das zeitweilig große Interesse *Kaiser Wilhelms II.* beim Antritt seiner Regierung an der Arbeiterfrage sowie seine Beeinflussung durch *Freiherrn v. Berlepsch*, dem damaligen Oberpräsidenten der Rheinprovinz und späteren preußischen Handelsminister.

Das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 schrieb vor, daß jeder Betrieb mit mehr als 50 versicherungspflichtigen Arbeitnehmern eine Betriebskrankenkasse zu bilden habe, bei deren Verwaltung den Arbeitnehmern bestimmte Mitbestimmungsrechte einzuräumen waren³⁴. Danach mußte jede Kasse einen freigewählten Vorstand haben, der die Kasse selbständig verwaltete und auch juristisch vertrat. Auch konnte das Kassenstatut nur nach Anhörung der im Betrieb beschäftigten Personen oder deren bevollmächtigter Vertreter erlassen werden (§§ 34, 35 und 64, Abs. 1). Dem Arbeitgeber war in der Generalversammlung und im Kassenvorstand zwar ein Stimmeneinfluß eingeräumt, doch durfte dieser ein Drittel der Gesamtstimmen nicht übersteigen. Bei einem Beitragsrückstand konnte der Arbeitgeber sogar von jeglicher Vertretung und Wahlberechtigung ausgeschlossen werden (§ 38). Von 1883 bis 1890 waren in dieser Weise nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes rund 6000 Betriebskrankenkassenvorstände im Deutschen Reich gebildet worden, die sich nach einem allgemeinen Urteil „vollkommen bewährt“ hatten³⁵. Obwohl die Arbeitervertreter entsprechend dem Verhältnis ihrer Beiträge eine Majorität von zwei Dritteln der Vorstandsmitglieder stellten, zeigten sie sich den zugewiesenen Aufgaben im allgemeinen gewachsen, zumal, wenn diese Ämter einer betrieblichen Selbstverwaltung „älteren und besonnenen Leuten aus dem Betrieb“ anvertraut wurden. Die

³⁴ RGBL. S. 73 (§§ 59–68). Für den weiteren Ausbau der Krankenversicherung vor 1900 vgl. Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 20. 5. 1885 (RGBL. S. 159), das Gesetz betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen v. 5. 5. 1886 (RGBL. S. 132) und das Krankenversicherungsgesetz (Novelle) vom 10. 4. 1892 (RGBL. S. 417). Vgl. ferner Anton Erkelenz, Arbeitervertreter in den Organen der Arbeitsversicherung. In: *Arbeiterversorgung*, Jg. 1909, H. 11.

³⁵ Sering, *Arbeiterausschüsse in der deutschen Industrie* aaO, S. 12.

gesetzlich eingeführten Krankenkassen in den Betrieben konnten zumeist – was wohl der Hauptgrund für das erstaunlich schnelle und gute Funktionieren dieser Institutionen war – auf die lange Tradition der freiwilligen gewerblichen Unterstützungskassen und die teilweise früheren gesetzlichen Regelungen in den deutschen Einzelstaaten aufbauen. Schon 1883 hätte freilich nach *Lohmanns* Plänen die Möglichkeit bestanden, die betrieblichen Kassenvorstände durch entsprechende Erweiterung ihrer Befugnisse zu ersten Betriebsvertretungen auszubauen, wie es auch in der Praxis bei den meisten freiwilligen Arbeiterausschüssen geschehen war. Die vom Gesetzgeber bewußt stark ausgebaute Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Regelung der betrieblichen Krankenkassenangelegenheiten legte diesen Gedanken nahe. *Gustav Schmoller*, der große Befürworter der betrieblichen Arbeiterausschüsse in der Wissenschaft, kritisierte denn auch die Halbherzigkeit des Gesetzgebers bei der Sozialversicherung, als er feststellte: „Es wäre besser gewesen, wenn man an die sozialpolitischen Gesetze und das Arbeiterversicherungswesen mit klaren Plänen über das ganze Arbeitervereinswesen, über die ganze doch notwendige Umbildung des Arbeitsverhältnisses herangetreten wäre.“³⁶ Zu einem solchen Schritt konnte sich die Regierung, obwohl *Bismarck* bei der Unfallversicherung entsprechende Pläne erwogen hatte, nicht entschließen.

Der eigentlich entscheidende Anlaß für die Reichsregierung, gesetzlich legitimierte Verbindungsorgane zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schaffen, wurde dann der große Bergarbeiterstreik im Mai 1889, der sich hauptsächlich im niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier abspielte³⁷.

³⁶ Schmoller, *Die Kaiserlichen Erlasse vom 4. 2. 1890* aaO, S. 466.

³⁷ Über den Bergarbeiterausstand von 1889 unterrichten heute am besten Max Jürgen Koch, *Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelm II.* (1889 bis 1914), Düsseldorf 1954, S. 33 ff. und Hans Georg Kirchhoff, *Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau 1871–1914*, Köln-Opladen 1954, S. 48 ff. Als wichtigste Monographien aus der älteren Literatur sind zu nennen: Victor Böhmert, *Der Streik der deutschen Kohlenbergleute vom Mai 1889*. In: *Der Arbeiterfreund*, Jg. 27 (1889), S. 133 ff. – Gustav Natorp, *Der Ausstand der Bergarbeiter im niederrheinisch-westfälischen Kohlenbezirk*, Essen 1889. – A. Eschenbach, *Die Lehren des Bergarbeiterstreikes im Mai 1889*, Berlin 1889. – Ernst Matthias, *Der nächste allgemeine Streik der Bergleute und seine rationelle Bekämpfung*, Ratibor 1890. – Karl Oldenberg, *Studien zur rheinisch-westfälischen Bergarbeiterbewegung*, Leipzig 1890. – Heinrich Ommelmann, *Der rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik*, Dortmund 1889. – Lambert Lensing, *Der große Bergarbeiterstreik von 1889 im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Ein Wort zur Abwehr*, Dortmund 1889. – Hue, *Die Bergarbeiter* aaO, Bd. 2. – Anton Bredenbeck, 1889. *Die erste Erhebung der Bergarbeiter*, Dortmund 1909. – Ernst Jüngst, *Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund*, Essen 1908. – Ilse Dahlmeier, *Geschichte der Arbeiterkämpfe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier. Wirtschafts- und sozialw. Diss.*, Köln 1922. – Wilhelm Hahn, *Der Bergarbeiterstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unter besonderer Berücksichtigung der Stellung Wilhelms II. und Bismarcks*. Diss. phil., Göttingen 1924. – Paul Grebe, *Bismarcks Sturz und der Bergarbeiterstreik im Mai 1889*. In: *Historische Zeitschrift*, Bd. 157 (1937). – Marie-Luise Lehmkuhler, *Streik als soziale*

Der Ausstand ging wie die Beschwerden, Unruhen und kleineren Arbeitsniederlegungen in den Jahren 1857, 1867 und 1872 zunächst nicht von der Lohnfrage aus, sondern von der Verschlechterung der knappschaftlichen Verhältnisse und dem Verlust alter Rechte. Eine Petition von 52 Knappenvereinen des Ruhrgebietes an den preußischen Minister für öffentliche Angelegenheiten, *Albert v. Maybach*, führte zu einer rasch wachsenden Zahl von Bergarbeiterversammlungen, in denen Forderungen nach höherem Lohn, Arbeitszeitverkürzung, besserer Behandlung durch die Zechenbeamten, nach milderer Handhabung der betrieblichen Disziplinar mittel und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse über und unter Tage die ursprünglichen Anliegen etwas in den Hintergrund treten ließen. Auf den Versammlungen und in den ersten Forderungen an den „Verein zur Wahrung der bergbaulichen Interessen“ vor dem Streikausbruch war von Arbeiterausschüssen noch nicht die Rede³⁸.

Auf einer Zusammenkunft in Berlin zwischen den drei Streikführern, den Bergleuten *Schröder*, *Bunte* und *Siegel*, und *Friedrich Hammacher*, dem Vorsitzenden des Bergbaulichen Vereins, tauchten dann erstmals die Fragen einer Arbeitervertretung auf. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich beide Parteien am 15. Mai 1889 in dem „Berliner Protokoll“ auf Vorschlag des freisinnigen Reichstagsabgeordneten *Karl Adolf Baumbach* u. a. dahin, daß die Überschichten bei großer Geschäftsanhäufung nur auf Grund einer vorherigen Vereinbarung zwischen der Zechenverwaltung und einem jährlich neu zu wählenden Bergarbeiterausschuß angesetzt werden sollten³⁹. Der Gedanke einer Einsetzung von Arbeiterausschüssen war in diesem Fall von dritter und unbeteiligter Seite als Kompromißvorschlag an die streitenden Parteien herangetragen worden.

Zu dieser Zeit empfing *Wilhelm II.* Delegationen des Zechenverbandes wie auch der Streikenden. Er war ebenso wie *Bismarck* der Ansicht, daß der Streik nichts mit der sozialdemokratischen Agitation zu tun habe, sondern im Gegenteil ernsthaften Mißständen entspringe und daher mindestens zum Teil berechtigt sei. Gleichzeitig sah hier der Kaiser eine Möglichkeit, die seit der Aufhebung des Direktionsprinzips in der liberalen Ära verlorengegangene Oberaufsicht und Schiedsfunktion des Staates im Bergbau zurückzugewinnen⁴⁰. So machte der junge Monarch den drei „Kaiser-Delegierten“, wie die Öffentlichkeit schnell die drei Streikführer in Berlin getauft hatte, zwar ernste Vorhaltungen wegen des ungesetzlichen „Kontraktbruches“ und des Wider-

Krise des Großbetriebes. Eine historisch-soziologische Studie über den Ruhrbergbau. In: *Soziale Welt*, Jg. 3 (1952), S. 143.

³⁸ Zu dieser Schlußfolgerung kommt Koch, *Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet*... aaO, S. 38, der die Protokolle der Bergarbeiterversammlungen durchgesehen hat.

³⁹ Ebd., Jüngst, *Festschrift aaO*, S. 143 und Kirchhoff, *Staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO*, S. 61.

⁴⁰ Grebe, *Bismarcks Sturz und der Bergarbeiterstreik aaO*, S. 92.

standes gegen die Staatsgewalt sowie wegen der Behinderung Arbeitswilliger, forderte aber nicht unmittelbar zum Abbruch des Streikes auf. Der Wunsch nach einer Betriebsvertretung der Bergarbeiter wurde von *Wilhelm* im Gegensatz zu anderen Programmpunkten der Streikenden gebilligt. Denn als er zwei Tage später nach der Unterzeichnung des „Berliner Protokolls“ die Abordnung des Bergbaulichen Vereins empfing, machte er gerade zu diesem Punkt den Arbeitgebern nähere Ausführungen. Zunächst betonte er seine Genugtuung, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich in Verhandlungen zusammengefunden hätten (was 1872 die Zecheninhaber noch strikt abgelehnt hatten). Für die Unternehmer sei es ratsam, meinte der Kaiser, auch in Zukunft möglichst enge Tuchfühlung mit den Arbeitern zu halten, damit ihnen Beschwerden und Mißstände nicht entgingen. Ganz ohne Anlaß könne sich dieser große Streik unmöglich entwickelt haben. „*Ich möchte Sie bitten*“, schloß *Wilhelm* seine Rede an die Arbeitgeber, „*dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, ihre Wünsche zu formulieren.*“⁴¹

Während nach dem „Berliner Protokoll“ nur in der Frage der Überschichten ein loses Verhandlungsorgan eingerichtet werden sollte, gingen die Formulierungen des Kaisers weit über das hinaus, indem auch eine betriebliche Vertretung der Arbeiterschaft in allen anderen Angelegenheiten propagiert wurde. Wenn auch nach der Rede außerbetriebliche Schieds- und Einigungsämter oder die Anerkennung der großen Arbeiterberufsvereine gemeint sein konnten, so wurde doch dieses kaiserliche Wort in der Öffentlichkeit allgemein im Sinn einer Errichtung von ständigen Arbeiterausschüssen verstanden. Wenngleich *Friedrich Hammacher* die patriarchalische Ordnung im Bergbau für revisionsbedürftig hielt und – im Gegensatz zu *Stumm* und dem „Centralverband deutscher Industrieller“ – eine Gleichberechtigung der Arbeiter grundsätzlich anerkannte⁴², so sah er doch ebenso wie die anderen Abgesandten der Ruhrkohlenindustrie die Bedeutung der kaiserlichen Auslegung des Berliner Protokolls. Nachdem ihnen *Bismarck* durch die Reichskanzlei mitteilen ließ, er sei gegen die Errichtung ständiger Arbeiterausschüsse in der Privatindustrie⁴³, schöpften sie wieder neuen Mut und erklärten sich außer-

⁴¹ Jüngst, *Festschrift aaO*, S. 142. – Kirchhoff, *Staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO*, S. 63, und Oldenberg, *Studien zur rheinisch-westfälischen Arbeiterbewegung aaO*, S. 933.

⁴² Vgl. den Auszug aus der Rede *Friedrich Hammachers* im Reichstag am 4. 12. 1889 bei Kirchhoff, *Staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO*, S. 62. Vgl. Alex Bein und Hans Goldschmidt, *Friedrich Hammacher, Lebensbild eines Parlamentariers und Wirtschaftsführers 1824–1904*, Berlin 1932. Über die Geschichte des Vereins für die bergbaulichen Interessen sind vor allem als Quellen die gesammelten Stenographischen Berichte der Generalversammlungen sowie die Jahresberichte des Vereins neben der schon erwähnten *Festschrift* von Jüngst heranzuziehen. Als zusammenfassende Darstellung unterrichtet heute am besten Gerhardt Gebhardt, *Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen*, Essen 1957, S. 20 und S. 542 (dort weitere Literaturangaben).

⁴³ Vgl. Rede des der Freisinnigen Volkspartei angehörenden Abgeordneten

stande, das Berliner Protokoll in seiner Gesamtheit zu akzeptieren. Der Beschluß über die Einführung von ständigen Arbeiterausschüssen wurde wieder gestrichen. In der „Essener Erklärung“ vom 18. Mai 1889 war dann nur noch ganz allgemein von einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und der Belegschaft in der Frage der Überschichten die Rede, ohne aber zu erwähnen, wie das in der Praxis geschehen solle. Allgemein wurde in den Kreisen der Zecheninhaber, die *Hammacher* einen sozialpolitischen Alleingang in Berlin vorwarfen, der Standpunkt vertreten, ein Eingriff in das „Hausrecht“ des Unternehmers könne unmöglich hingenommen werden, und die Frage der Arbeiterausschüsse sei daher als endgültig erledigt zu betrachten⁴⁴.

Gerade diese Ablehnung, die das Berliner Protokoll in einem wesentlichen Punkt reduzierte und den Gedanken der Gleichberechtigung, der während des Streiks im Reichstag wiederholt ausgesprochen wurde, tief verletzte, rief unter den Bergleuten Protest hervor. Eine am 19. Mai in Bochum zusammengeordnete Kundgebung der Bergleute nahm zwar die „Essener Erklärung“ der Zecheninhaber an, weil die finanziellen Mittel für die Fortsetzung des Streikes nicht mehr ausreichten, doch wurde in einer Resolution betont, wie sehr man an dem Prinzip der Bergarbeiterausschüsse festhalte. Vor allem wurde beklagt, daß die Worte des Kaisers an die Unternehmer, möglichst enge Tuchfühlung mit den Arbeitern zu halten, keinen Anklang gefunden hätten⁴⁵.

Wenn auch die Bergarbeiter hier zunächst nichts erreichten, so hatte doch die im Verlauf des Streikes aufgetauchte Forderung nach einer ständigen Arbeitervertretung im Betrieb einen lebhaften Widerhall in der Öffentlichkeit gefunden. Der Gedanke der Arbeiterausschüsse rückte durch den Streik von 1889 mit einem Schlage in die vorderste Front der sozialpolitischen Diskussion. Hatte sich der Zentrumsabgeordnete *Franz Hitze* 1887 noch als einziger im Reichstag für die Errichtung gesetzlich festgelegter Arbeiterausschüsse ausgesprochen⁴⁶, so waren es nach dem Mai 1889 zahlreiche Vereinigungen und Persönlichkeiten, die sich in Denkschriften und Entschlüssen für eine beschränkte Mitbestimmung des Arbeiters im Betrieb einsetzten. So proklamierte der im Frühjahr 1889 entstandene „Deutschnationale Arbeiterbund“ in Hannover als das Hauptziel seiner Betätigung, die Vertretung der Arbeiterinteressen zu fördern und an einer Verbesserung des Vertrauens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mitzuarbeiten⁴⁷. Der Vorstand des Fabri-

Schmidt im Reichstag am 3. 12. 1889, zitiert bei Kirchhoff, Staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO, S. 64.

⁴⁴ Jüngst, Festschrift aaO, S. 144, und Koch, Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet... aaO, S. 45.

⁴⁵ Eschenbach, Die Lehren des Bergarbeiterstreiks im Mai 1889, aaO, S. 67.

⁴⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 1. Session 1887, Bd. 1, S. 130.

⁴⁷ Böhmert, Eine Untersuchung über Arbeiterausschüsse aaO, S. 477.

kantenvereins in Hannover machte daraufhin den Vorschlag, der Arbeiterbund möge doch aus seiner Mitte eine ständige Kommission von einigen Mitgliedern wählen, die sich an allen Verhandlungen des Fabrikantenvereins beteiligen könne, bei dem die beiderseitigen Interessen berührt würden. In der Folgezeit entwickelten sich hieraus feste Lohntarifvereinbarungen.

Der Vorstand des mehrfach erwähnten „Bergischen Vereins für Gemeinwohl“ erklärte in einer Eingabe an *Bismarck* am 30. November 1889: „In völliger Übereinstimmung mit der Mahnung, welche Se. Majestät der Kaiser und König an die Deputation der Zechenbesitzer richtete, erachten wir es als dringend erwünscht, daß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eine nahe Fühlung gewonnen und aufrechterhalten wird, daß erstere von den Bedürfnissen und Wünschen der letzteren rechtzeitige und vollständige Kenntnis gewinnen und daß nicht bloß zu Zeiten drohender Ausstände, sondern auch im Zustande des sozialen Friedens ständige Organe geschaffen werden, in denen die Vertreter beider Berufsstände Gelegenheit haben, ihre gegenseitigen Forderungen auszusprechen, insoweit sie nicht übereinstimmen, auszugleichen und in Einklang zu bringen. Diesem Zweck sollen die Ältestenkollegien in den einzelnen größeren Fabriken und besondere Verwaltungsdeputationen in gewerbreichen Städten dienen...“⁴⁸ Die Eingabe blieb nicht ohne Antwort. Geheimrat *Christoph v. Tiedemann*, der damalige Chef der Reichskanzlei, wandte sich im Auftrage *Bismarcks* an den Elberfelder Textilfabrikanten *David Peters jr.*, um dessen Meinung zu hören. *Tiedemann* schrieb an *Peters*, der die Eingabe als Vorsitzender des Bergischen Vereins für Gemeinwohl unterzeichnet hatte: „Über die Beantwortung der meisten Fragen bin ich mir im reinen; eine ist jedoch darunter, und zwar, wie ich glaube, die wichtigste, über die ich mir noch kein abschließendes Urteil habe bilden können. Da Sie auf dem Gebiet der Wohlfahrtseinrichtungen für ihre Arbeiter mustergültige Vorkehrungen getroffen haben und wie ich weiß, der Arbeiterbewegung überhaupt völlig unbefangen gegenüberstehen, so würde es für mich von hohem Werte sein, wenn Sie die Güte haben wollten, mir Ihre Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Arbeiterausschüsse mit einigen kurzen Worten mitzuteilen.“ *Peters* antwortete, daß er in allen größeren Unternehmen eigene Arbeiterausschüsse für zweckmäßig halte, für kleinere Betriebe empfehle er jedoch zur Bildung einer gemeinsamen Arbeitervertretung einen Zusammenschluß mehrerer Betriebe in dieser Frage. Von einer gesetzlichen Einrichtung von Betriebsvertretungen riet *Peters*, der 1864 seinen ersten freiwilligen Arbeiterausschuß eingeführt hatte, ganz entschieden ab. *Bismarck* hatte sich, wie diese Anfrage der Reichskanzlei zeigte, bis 1889 noch kein endgültiges Urteil über die Arbeiterausschüsse gebildet.

Der letzte und eigentlich auslösende Anlaß für die gesetzliche Behandlung

⁴⁸ Ebd., S. 479 und Ch. v. Tiedemann, 6 Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck, Leipzig 1910.

der Arbeiterausschüsse wurde durch *Wilhelm II.* selber gegeben. Der junge Kaiser hatte schon bei seiner Thronbesteigung 1888 der Arbeiterfrage sein besonderes Interesse geschenkt und Meldungen und Berichte sammeln lassen, die darauf hinwiesen, daß in den industriellen Arbeitsverhältnissen nicht alles in Ordnung sei⁴⁹. Manche Wünsche, so schien es ihm, hatten eine gewisse Berechtigung. Während sich *Bismarck* nach Abschluß der Arbeiterversicherungsgesetzgebung 1889 immer mehr die Vorstellung aufdrängte, „daß die Grenze erreicht sei, bis zu welcher die Sozialreform im Moment gehen dürfe“, und er eine wesentliche Erweiterung des durch die Gewerbeordnung gewährten Arbeiterschutzes mit den wirtschaftlichen Interessen des Reiches nicht vereinbar hielt, ließ der 29jährige Kaiser gerne sein Ohr Sozialreformern und Politikern, die die Industrie mit einem neuen Geist erfüllt sehen wollten. Er appellierte an die „verständnisvolle und freudige Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, um deren Wohlfahrt es sich handele, und der Arbeitgeber, welche bereit sind, die für sie erwachsenden Opfer zu bringen“⁵⁰. Wenig später betonte er in einer Rede vor dem Brandenburger Provinziallandtag, daß alle, die ihm bei seiner vornehmsten Sorge um das Wohl der arbeitenden Klassen behilflich sein wollten, „ihm von Herzen willkommen sind, wer sie auch sein mögen“⁵¹. Eine besondere Auszeichnung, der „Kaiser Wilhelm-Orden“, sollte zur Anerkennung hervorragender sozialer Verdienste dienen.

Bei dieser Aktivität des Kaisers spielte der Gedanke eine Rolle, daß er wie sein Vorfahre *Friedrich d. Gr.* ein „roi des gueux“ – ein König der „Geusen“, d. h. der Bettler sein wollte, wie er es in seinem Gespräch mit *Bismarck* einmal nannte, der diesen Ausdruck in der Zeit des Verfassungskonfliktes selbst einmal gebraucht hatte. *Wilhelm* wollte zeigen, daß der Monarch auch für den letzten seiner Untertanen ein warmes Herz habe und ein unmittelbares Vertrauensverhältnis zwischen dem Kaiser und den Arbeitern der beste Weg zur Lösung der sozialen Spannungen sei. Es war dies eine Betonung des persönlichen Momentes, ein Hinweis auf das Gottesgnadentum des Herrschers und eine Erinnerung an die patriarchalische Fürsorge des Absolutismus, die im Grunde schlecht zu den Forderungen nach einer Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Arbeiter paßte⁵². Das eigentliche Anliegen der sozialen Frage

⁴⁹ Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918, Leipzig/Berlin 1922.

⁵⁰ Aus einer Rede Wilhelms II. zur Eröffnung der Ausstellung für Unfallverhütung in Berlin. Zitiert nach Franz Hitze, Die Februarerlasse und die Arbeiter-sozialpolitik Kaiser Wilhelms II. (Sonderdruck aus Franz Hitze, Deutschland unter Kaiser Wilhelm II., Berlin 1914), S. 22.

⁵¹ Ebd. (Aus einer Rede des Kaisers beim Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages 1890).

⁵² Näheres darüber bei Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz aaO, S. 28, und Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich, Berlin 1958, S. 19.

hatte er im Gegensatz zu seinem Kanzler gar nicht erkannt, wie sich auch noch später an anderer Stelle zeigen wird. Interessanterweise war es aber sein Einmischen in die Sozialpolitik, was den letzten Anstoß zur Regelung der Arbeiterausschüsse gab.

Unter die Ratgeber, die den Monarchen im Sinne einer Aktivierung und neuen Ausrichtung der staatlichen Sozialpolitik beeinflussten, zählt *Bismarck* in seinen Erinnerungen den Pädagogen *Georg Hinzpeter*, einen früheren Erzieher des Kaisers, den früheren Chemieindustriellen und Gründer des Kalisyndikates, den Grafen *Hugo Sholto Oskar v. Douglas*, den ehemaligen schlesischen Bergwerksleiter, Historien-Maler und Professor für Kostümkunde an der Berliner Akademie der Künste, *August v. Heyden*, den Vizekanzler und Staatssekretär im Reichsamt des Innern *Karl Heinrich v. Bötticher* und vor allem den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, *Freiherr v. Berlepsch*⁵³. Inwieweit *Hinzpeter*, *Douglas* und *v. Heyden* auf den Kaiser in dieser Richtung eingewirkt haben, ist nicht festzustellen. Dagegen ist von *Berlepsch* in mehrfacher Weise bekannt geworden, daß sich *Wilhelm II.* seine Ideen und Vorstellungen zu eigen machte⁵⁴.

Hans Hermann Freiherr v. Berlepsch entstammte einem bis auf das 13. Jahrhundert zurückgehenden hessisch-thüringischen Adelsgeschlecht, dessen Stammburg heute noch in der Nähe von Hannoversch-Münden erhalten ist. *Berlepsch* wurde als Mitglied der 2. Linie, die keinen Anspruch auf das Majorat und den Grafentitel hatte, in Dresden geboren, wo sein Vater von 1821 bis 1867 als Geheimer Finanzrat im Finanzministerium die Leitung der sächsischen Forstverwaltung ununterbrochen in der Hand gehabt hatte. Wie sein Vater wandte sich der junge *Berlepsch* der Beamtenlaufbahn zu, die ihn über die Stationen eines Landrates in Kattowitz (1872), eines leitenden Staatsministers in dem thüringischen Kleinstaat Schwarzburg-Sondershausen (1877), eines Regierungsvizepräsidenten in Koblenz (1881) und eines Regierungspräsidenten in Düsseldorf (1884) bis zum preußischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz führte. Diesen letzten Posten bekleidete er vom Oktober 1889 bis zum 31. Januar 1890, um dann anschließend bis 1896 das Amt des preu-

⁵³ Otto v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 3, Stuttgart/Berlin 1919, S. 54 ff.

⁵⁴ Über *Berlepsch* unterrichten neben seinen eigenen Schriften: Sozialpolitische Entwicklungen im ersten Jahrzehnt nach Aufhebung des Sozialistengesetzes (1901). – Warum betreiben wir soziale Reform? In: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Bd. 11, Jena 1903. – Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bismarck, Berlin 1922. – Sozialpolitische Erfahrungen und Erinnerungen, M. Gladbach 1925 (weniger ertragreich, da erst im Alter von 80 Jahren niedergeschrieben), vor allem Leopold v. Wiese, Freiherr v. Berlepsch. In: Kölner Sozialpolitische Vierteljahrsschrift, Jg. 5 (1926). – Werner Trappe, Dr. Hans Freiherr v. Berlepsch als Sozialpolitiker. Diss. Köln 1934. – Walter Bußmann, Artikel „Freiherr v. Berlepsch“. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 2 (1955), S. 96, und Hans Borchard, 50 Jahre preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin 1929.

ßischen Handelsministers zu übernehmen, das vorher *Bismarck* neben seinem Kanzlerposten ausgeübt hatte.

Die Tätigkeit als Landrat und Regierungspräsident in den industriereichsten Bezirken des damaligen Reiches vermittelte *Berlepsch* zahlreiche Erfahrungen mit Arbeitern, die ihm bei seinen Verhandlungen mit den streikenden Bergarbeitern 1889 sehr zustatten kamen. Besonders während seiner „Düsseldorfer Lehrzeit“, in der er viel Berührung mit Sozialreformern hatte, befestigte sich in ihm die Überzeugung, daß es sich bei der Arbeiterbewegung „um eine jener großen historischen Bewegungen handelt, die nicht mit Gewalt zu unterdrücken sind, vielmehr in ihrem innersten Kern eine starke Berechtigung haben, so daß sie sich im Laufe der Zeit unfehlbar durchsetzen werden“⁵⁵. Durch seine Vermittlungen und Anweisungen an die ihm unterstellten preußischen Behörden, mit den Streikführern unmittelbar Kontakt aufzunehmen, verlief der Ausstand im Rheinland wesentlich ruhiger als in der benachbarten Provinz Westfalen, wo unter anderem auch Truppen gegen die Bergarbeiter eingesetzt wurden. *Berlepsch* bemühte sich vor allem, die christlichen Bergarbeiterorganisationen bei seinen Befriedungsmaßnahmen heranzuziehen. Die sozialistischen Gewerkschaften waren zu dieser Zeit erst dabei, unter den Ruhrkumpeln Fuß zu fassen.

Berlepschs Vorgehen und Verhalten bei dem Streik 1889 verschaffte ihm schnell den Ruf eines reformfreundlichen Beamten. Auf Verlangen des Staatsministeriums faßte er die Vorschläge des westfälischen Oberpräsidenten *Konrad v. Studt* aus Münster, der in einem Verordnungsentwurf Arbeiterschüsse auf jedem Bergwerk zwangsweise einführen wollte⁵⁶, und seine eigenen Überlegungen, die vor allem auf eine gesetzliche Schaffung von Berggewerbegeräten, Einigungsämtern und paritätischen Bergwerks-Gewerbekammern hinausliefen, zu einer großen Denkschrift zusammen⁵⁷. Zunächst

⁵⁵ *Berlepsch*, Sozialpolitische Entwicklungen... aaO, S. 26. – Auf dem 12. Evangelisch-sozialen Kongreß im Jahre 1901 wies *Berlepsch* in ähnlicher Form auf diese Überzeugung hin, als er sagte, daß die Sozialversicherung und der Arbeiterschutz die materielle Lage der Arbeiter schon erheblich verbessert hätten. Diese würde sich auch noch weiter bessern, doch könnten diese Maßnahmen alleine nicht den sozialen Frieden bringen, „wenn nicht gleichzeitig die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkannt, festgesetzt und gesichert wird. Wer hierzu nicht bereit ist, der hat das innerste Wesen des großen sozialen Kampfes, in dem wir noch stehen, des Emanzipationskampfes der Lohnarbeiter, nicht begriffen, der kann zwar ein guterherziger Wohltäter der Arbeiterschaft werden, nie aber ein erfolgreicher Sozialreformer. Gerechtigkeit, nicht Wohltaten erheischt die soziale Entwicklung der Zeit“.

⁵⁶ *Kirchhoff*, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO, S. 17.

⁵⁷ Denkschrift des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, *Frhrn. v. Berlepsch* an die preußischen Minister des Innern und für Handel betr. Errichtung von Arbeiterschüssen im Bergbau und Bergwerks-Gewerbekammern (StA. Koblenz, Oberpräsidium Koblenz, Abtl. 403, Nr. 8169), zitiert nach *Peter Rassow* und *Karl Erich Born*, Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890–1914. Wiesbaden 1959, S. 34 (Nr. 18). Vgl. dazu *Berlepsch*, Sozialpolitische Erfahrungen und Erinnerungen aaO, S. 25, und *Trappe*, *Berlepsch* als Sozialpolitiker aaO, S. 9.

führte er dort an, der vorjährige Ausstand hätte erwiesen, „daß jede Fühlung zwischen den Arbeitgebern, auch den wohlwollendsten, mit den Arbeitnehmern im Bergbau verloren gegangen ist, daß die Bergleute im großen und ganzen mit tiefgehendem Mißtrauen gegen die Zechenverwaltungen erfüllt sind, daß ein wesentliches Hindernis für die Herbeiführung einer Verständigung in Streitfällen zwischen Zechenverwaltungen und Bergleuten in dem Mangel einer organisierten Arbeitervertretung zu suchen ist.“ Während alle anderen gewerblichen Berufsstände ihre Organisation gefunden hätten und durch diese mit der Staatsverwaltung in ständiger Fühlung stünden, fehlten solche Organe für den Fabrik- und Bergarbeiter noch gänzlich. Die bestehenden Organisationen der industriellen Arbeiterschaft stünden fast ausschließlich unter sozialdemokratischem Einfluß und seien daher nicht geeignet oder nicht willens, mit den Behörden Fühlung aufzunehmen. *Berlepsch* stellte dann in seinem Bericht weiter die Behauptung auf, daß der große Streik von 1889 längst nicht mit einer solchen Erregung und Erbitterung geführt worden wäre, wenn eine staatlich legitimierte, ordnungsgemäße Vertretung bestanden hätte. Am Beginn des Ausstandes, als die Sozialdemokratie noch keinen nennenswerten Einfluß auf die Bergleute besaß, wäre es im anderen Fall möglich gewesen, den sozialistischen Einfluß auszuschalten. Jetzt habe er aber eine bedenkliche Höhe erreicht und wesentlich dazu beigetragen, daß maßlose Forderungen aufgestellt und die ruhigen und überlegenden Bergleute in den Hintergrund gedrängt würden. Um den Übelständen abzuhelpen, schlug *Berlepsch* neben der Errichtung paritätischer Bergwerks-Gewerbekammern (für den Oberbergamtsbezirk) und Schiedsgerichten (für die Bergwerksreviere) die Einführung betrieblicher Arbeiterschüsse vor. Im Gegensatz zu seinem Kollegen *Studt* empfahl er aber, die Arbeiterschüsse nicht aufzuzwingen: „Ihre Einführung muß freiwillig seitens der Grubenverwaltungen erfolgen, die sich ein begutachtendes Organ ihrer Arbeiterschaft verschaffen wollen, um beständig mit derselben in Fühlung zu bleiben. Es handelt sich um einen Akt des Vertrauens, der nicht erzwungen werden kann. Widerwillig gewährt und gehandhabt, würde der Arbeiterschuss nicht nur ein totes Organ sein, sondern das Gegenteil von dem herbeiführen, was von ihm erwartet wird.“⁵⁸ Die staatlichen Oberbergämter und unteren Bergbehörden sollten sich möglichst jeder Einwirkung enthalten und die Einführung der Betriebsvertretung dem guten Willen der Unternehmer überlassen. Allerdings sollte der einmal eingeführte Ausschuss dann zum Teil der Arbeitsordnung auf der betreffenden Schachanlage gemacht werden, um den Rechten und Pflichten des Bergarbeiters eine vertragsähnliche Basis zu geben.

Die Pläne und Vorstellungen *Berlepschs* sind auf den Kaiser nicht ohne Einfluß geblieben, zumal sie rein äußerlich in wesentlichen Punkten seinen eigenen Intentionen entsprachen, wie die Ansprache an die Delegierten der

⁵⁸ Ebd.

Grubenbesitzer im Mai 1889 zeigte. Aber noch eine Reihe weiterer Ereignisse und Beweggründe kam hinzu, die *Wilhelm II.* zum Eingreifen in diese Frage veranlaßte. Ein rein äußerlicher Umstand war der, daß der *König von Sachsen* und der *Großherzog von Baden* anläßlich der Beisetzung von *Kaiserin Augusta* in Berlin auf den baldigen Erlass eines für das ganze Deutsche Reich verbindlichen Arbeiterschutzgesetzes drängten, nachdem man ihnen selbst in den Landesparlamenten deswegen Unannehmlichkeiten bereitet hatte. Vor allem hatte Sachsen durch seinen Gesandten *Wilhelm Graf von Hohenthal-Bergen* angekündigt, im anderen Falle einen ähnlichen Antrag im Bundesrat zu stellen⁵⁹. Wie *Bismarck* in seinen Erinnerungen feststellte, war für den Kaiser weiterhin der Gedanke maßgebend, daß bei einem erneuten Streik im Ruhrgebiet und einem Aussetzen der Kohlenförderung die Kaiserliche Marine wehrlos dem Feind ausgeliefert sein würde und die Armee durch die Eisenbahnstockungen nicht mobil machen könnte.

Unter dem Einfluß dieser Informationen, Erlebnisse, Ratschläge und Befürchtungen trug *Wilhelm II.* in der Kronratssitzung vom 24. Januar 1890 dem preußischen Staatsministerium seine Gedanken, die er in zwei Ausarbeitungen vorher niedergelegt hatte, zur Verbesserung des Arbeiterschutzes und zur Herstellung eines dauerhaften sozialen Friedens in der Industrie vor. Unter anderem wünschte sich der Kaiser folgende Maßnahmen:

1. Die Fabrikordnungen sollen nicht mehr einseitig von den Unternehmern erlassen, sondern mit den Vertretern der Arbeiterschaft vereinbart werden.
2. Diese Vertreter der Arbeiterschaft (Arbeiterräte) sollten, um den sozialdemokratischen Einfluß fernzuhalten, nicht von den außerbetrieblichen Arbeiterfach- oder Gewerkevereinen, sondern innerhalb jedes Betriebes gewählt werden, sofern er wenigstens 50 Betriebsangehörige habe.
3. Späterhin könne man daran denken, aus den Arbeiterräten auf der Bezirksebene „Oberarbeiterräte“ zu bilden, denen dann ähnliche Organe der Unternehmer gegenüberzustellen seien. Die „Oberarbeiterräte“ sollten in ständiger Berührung mit der staatlichen Fabrikaufsicht stehen. Als Aufgabe war ihnen zugedacht, einmal im Jahr der Staatsverwaltung über die Arbeiterverhältnisse in den Industriebetrieben des Gewerbebezirkes Bericht zu erstatten. Bei einem Ausstand sollten dann die Oberarbeiterräte zusammen mit den ähnlich aufgebauten Unternehmerorganen unter dem Vorsitz neutraler Fabrikinspektoren zu Einigungs- und Schlichtungsämtern ausgebildet werden⁶⁰.

⁵⁹ Ernst Gagliardi, *Bismarcks Entlassung*, Bd. 1, Tübingen 1927, S. 26, und *Bismarck, Gedanken und Erinnerungen* aaO, S. 50.

⁶⁰ Etwas ungenaue Wiedergabe bei: Georg Freiherr v. Eppstein (Hrsg.), *Fürst Bismarcks Entlassung* (nach hinterlassenen Aufzeichnungen des pp. Karl Heinrich v. Bötticher und des pp. Franz Johannes v. Rottenburg), 1920, S. 149.

Der Kaiser führte zur Begründung dieser seiner Vorschläge an, daß „berechtigten Forderungen, wenn sie nicht berücksichtigt werden, sich in unberechtigte verwandeln“ und der Einfluß der Sozialisten und Anarchisten ins Maßlose gesteigert werde. Um ein Blutvergießen und neue Unruhen künftig zu vermeiden, wollte der Kaiser in einem Erlass den Arbeitern zeigen, daß ihr Monarch ein Herz für sie habe und gewillt sei, ihnen zu helfen. Zugleich sollte den Arbeitern aber klargemacht werden, daß die Regierung unbedingt am Gesetz festhalten und jede weitere Ausschreitung strengstens bestrafen werde. *Wilhelm* ging es, wie er selbst hervorhob, darum, den Beginn seiner Regierung nicht gleich durch die Anwendung scharfer staatlicher Machtmittel zu verdunkeln. Mußten aber solche Machtmittel dennoch eingesetzt werden, dann konnte ein vorheriger Appell zur Versöhnung eine gute moralische Rückenbedeckung sein.

Wenig später erließ dann *Wilhelm II.* am 4. Februar 1890 seine später berühmt gewordenen „Februar-Erlasse“, die im „Reichs- und Staatsanzeiger“ verkündet wurden. In ihnen gab der Kaiser dem Wunsch nach einer umfassenden und verstärkten Arbeiterschutzgesetzgebung Ausdruck und forderte dann in der an den Handelsminister gerichteten zweiten Order wörtlich: *„Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und den Organen Meiner Majestät befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Austausch ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den Letzteren Fühlung zu behalten.“*⁶¹

Bismarck machte von Anfang an aus seiner Gegnerschaft zu den seiner Meinung nach unbestimmten und unerfüllbaren Hoffnungen erweckenden Erlassen kein Hehl, wobei anscheinend auch wahltaktische Überlegungen mitspielten. Die beiden Erlasse, die bezeichnenderweise ohne Unterschrift des Kanzlers

⁶¹ Eppstein, *Fürst Bismarcks Entlassung* aaO, S. 168 und S. 170. – Der hier interessierende 2. Erlass ist wahrscheinlich durch Bötticher ausgearbeitet worden. Vgl. Rothfels, *Theodor Lohmann* aaO, S. 99. – *Bismarck, Gedanken und Erinnerungen* aaO, Bd. 3, S. 68. – Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst, *Denkwürdigkeiten der Kanzlerzeit*, hrsg. von Karl Alexander v. Müller, 1931, S. 468. – Hitze, *Die Februarerlasse und die Arbeiterschutzpolitik Kaiser Wilhelms II.* In: *Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.*, Berlin 1914, S. 19. – Schmöller, *Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 im Lichte der deutschen Wirtschaftspolitik* aaO. – Eine neue und minutiöse Darstellung der Entstehung der Februarerlasse findet sich bei Born, *Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz* aaO, S. 7 ff. Vgl. ferner Hermann Bollnow, *Wilhelms II. Initiative zur Arbeiterschutzgesetzgebung und die Entlassung Bismarcks*. In: *Aspekte sozialer Wirklichkeit*, Berlin 1958, S. 107 ff., und Ritter, *Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich* aaO, S. 19 ff.

erschienen, waren vorher von *Bismarcks* engsten Mitarbeitern in seinem Sinne gründlich überarbeitet worden. Dabei hatte es einige nicht unwichtige Veränderungen gegeben. Während vorher der Kaiser in der Kronratssitzung ausdrücklich von der Errichtung betrieblicher Arbeiterausschüsse gesprochen hatte, war nach der Redigierung in den Erlassen nur noch ganz unbestimmt von Vertretern der Arbeiter die Rede, worunter auch beispielsweise die Gewerkschaften verstanden werden konnten. Nach neueren Untersuchungen gab *Bismarck*, dem das alles nach *Lohmanns* Aufzeichnungen als ein „humanitärer Schwindel“ erschien, diesen recht konkreten Plänen des Kaisers absichtlich einen etwas phantastischen Anstrich, um vor allem die konservativen Parteien und ihre Presse zurückzuschrecken und auf seine Seite zu ziehen. Sein Ziel dabei war es, durch eine Art von Pferdekur ein solches Maß an Kritik hervorzurufen, daß die Erlasse erst gar nicht zur Ausführung gelangten. Der Kaiser unterschrieb die stark abgeänderten Erlasse auch nur, weil er froh war, daß der widerspenstige Kanzler ihm überhaupt die verlangten Entwürfe vorlegte⁶².

Durch massiven Druck auf die bayerische und sächsische Regierung sowie seine Ministerkollegen, durch Einschaltung des Preußischen Staatsrates sowie durch die in den Erlassen angekündigte Einberufung einer internationalen Arbeiterschuttkonferenz versuchte *Bismarck* aber noch weiter möglichst viel Wasser in den Wein zu gießen, um die auf den Rat von „phantastischen Leuten“ ausgearbeiteten Volksbeglückungspläne „unschädlich“ zu machen⁶³. Doch mußte sich der Kanzler in seinen Erinnerungen selbst eingestehen, daß er sich dieses Mal getäuscht hatte⁶⁴. Der am 11. Februar 1890 zusammengetragene Preußische Staatsrat hieß bis auf die Schwerindustriellen *Louis Baare* (*Bochumer Verein*), den Geheimen Oberfinanzrat a. D. *Hans Jencke* (*Gußstahlfabrik Fried. Krupp*) und *Carl Ferdinand Freiherr v. Stumm-Halberg* (*Eisenwerke Neuenkirchen*) das sozialpolitische Programm des Kaisers im ganzen für gut, nachdem *Wilhelm II.* zur Eröffnung der Sitzung die Erlasse noch einmal ausführlich erläutert hatte. Allerdings wiesen diese Erläuterungen eine vorsichtige Abänderung der in der Kronratssitzung vorgetragenen Ansichten auf. Die Besprechungen des Monarchen zuvor mit *Jencke* und *Stumm*, die einen scharf ablehnenden Standpunkt vertraten, waren nicht ganz ohne Wirkung geblieben.

Die eigentlichen Plenarsitzungen des Staatsrates, an denen *Bismarck* auf Wunsch des Kaisers nicht teilnahm, dauerten vom 26. Februar bis zum 1.

⁶² Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz aaO, S. 20.

⁶³ So bestellte der Reichskanzler den sächsischen Gesandten in Berlin Graf v. Hohenthal, den Initiator der Arbeiterschutzanträge im Bundesrat, zusammen mit dem bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld zu sich und bat sie, ihre Regierungen möchten ihn in dieser Frage gegen den Kaiser unterstützen, da er sonst zurücktrete.

⁶⁴ *Bismarck*, Gedanken und Erinnerungen aaO, S. 69, und *Gagliardi*, *Bismarcks Entlassung* aaO, Bd. 1, S. 323.

März 1890⁶⁵ und standen unter dem Vorsitz des Staatssekretärs *Bosse*. Auf ihnen prallten bei der Frage, ob eine gesetzliche Einführung der betrieblichen Arbeiterausschüsse zu empfehlen sei und welche Mitbestimmungsrechte ihnen einzuräumen seien, die Ansichten noch einmal mit unverminderter Heftigkeit aufeinander. Der schon mehrfach erwähnte Berliner Jalousie- und Holzpflasterfabrikant *Heinrich Freese* stellte als Anhänger des konstitutionellen Fabriksystems den Antrag, für Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern die Einführung von obligatorischen Betriebsvertretungen in der Gewerbeordnung vorzuschreiben. Die Ausschüsse sollten zu einem Drittel ihrer Mitglieder von den Unternehmern zu ernennen sein, die übrigen zwei Drittel von der Belegschaft frei gewählt werden. Ihre Mitwirkung sollte erforderlich sein bei der Einführung und Änderung der Arbeitsordnung (Fabrikordnung), bei der Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit für eine längere Zeit als zwei Wochen im Jahr sowie bei der Verwaltung der betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen⁶⁶.

Der Antrag *Freeses* wurde, obwohl noch weitere ausschlußfreundliche Unternehmer, Sozialreformer und Arbeitnehmer an den Beratungen teilnahmen⁶⁷, von der Mehrheit des Preußischen Staatsrats für zu weitgehend gehalten. Man konnte sich nur dazu entschließen, die Bildung von Arbeiterausschüssen auf freiwilliger Grundlage zu empfehlen. Die Annahme der Forderungen nach einer umfassenden und tiefgreifenden Gesetzregelung in dieser Frage, die von der Öffentlichkeit aus den Februar-Erlassen herausgelesen wurde, war nach dem Urteil *Alfred Graf v. Waldersees*, des Generalfeldmarshalls und Chefs des Großen Generalstabes, vor allem an der mit „Sachkenntnis und Geschick“ geführten Opposition des Krupp-Vertrauten *Jencke* und *Stumms* gescheitert. Dazu kam noch, daß die Beratungen unter dem überwältigenden Wahlerfolg der Sozialdemokratie standen, die am 20. Februar 1890 ihre Stimmenzahl fast verdoppeln konnte und mit 1 427 000 Stimmen mit einem Schlage zur stärksten Partei des Reiches wurde. Damit hatten sich die Gewichte in der sozialpolitischen Diskussion entscheidend verschoben⁶⁸. Die

⁶⁵ Die Verhandlungen des Preußischen Staatsrates im Februar 1890 sind nicht veröffentlicht worden. Über sie unterrichten am besten *Alfred Graf v. Waldersee*, *Denkwürdigkeiten*, hrsg. von Otto Meißner, Stuttgart 1923, Bd. 2, S. 106 ff. – *Schultheß*, *Europäischer Geschichtskalender 1890*. – *Gagliardi*, *Bismarcks Entlassung* aaO, Bd. 1, S. 167. – *Hellwig*, *Stumm* aaO, S. 400, und *Hitze*, *Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.* aaO, S. 22.

⁶⁶ *Freese*, Das konstitutionelle System im Fabrikbetriebe aaO, S. 4.

⁶⁷ Auf der Unternehmenseite hatten Direktor Schlittgen von der Marienhütte/Kotzenau (Schlesien) und Generaldirektor Ritter von den Fürstl. Pleßschen Gruben (Waldenburger Revier) schon freiwillige Arbeiterausschüsse eingeführt und sie ebenso wie das Staatsratsmitglied Prof. Hitze zur weiteren Nachahmung empfohlen. Von der Arbeiterseite nahmen der Schlossermeister Deppe (Magdeburg), der Werkmeister Spengler (Mettlach) und der Bautischlermeister Vorderbrugge (Bielefeld) als ehemalige Mitglieder des Preußischen Volkswirtschaftsrates sowie der Arbeiter Buchholz als Mitglied des Reichsversicherungsamtes Berlin an den Beratungen teil.

⁶⁸ Ritter, Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich aaO, S. 20.

Furcht vor der Sozialdemokratie, die bei den herrschenden Kreisen mit der Erinnerung an den blutigen Kommune-Aufstand in Paris und der Tätigkeit der russischen Anarchisten zusammenhing, schränkte die schon erwogenen Zugeständnisse wieder ein.

Dennoch wurden nach der internationalen Arbeiterschutzkonferenz am 15. März in Berlin, bei der eine gemeinsame Verständigung über eine Reihe von Grundsätzen für die Ausgestaltung des Arbeiterschutzes erzielt wurde, zunächst überall Auswirkungen der Ideen der Februar-Erlasse sichtbar. Die gesetzliche Regelung der Arbeiterausschüsse stand unmittelbar vor der Tür.

II. Die fakultativen Arbeiterausschüsse nach der „Lex Berlepsch“ von 1891

1. Die Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle

Die Rede *Wilhelms II.* im Kronrat, die Beratungen des Preußischen Staatesrates, die Februarerlasse wie auch die Ergebnisse der ersten internationalen Arbeiterschutzkonferenz fanden bald darauf ihren Niederschlag in einem Gesetzentwurf über die Errichtung von Gewerbegerichten und einem Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung. Der Kaiser selbst gab den beiden Entwürfen in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages am 6. Mai 1890 ein besonderes Geleitwort, um ihre Bedeutung zu unterstreichen. Die vieljährigen und mühsamen Vorarbeiten des Reichstages auf diesem Gebiet des Arbeiterschutzes, die immer wieder den lebhaften Unwillen *Bismarcks* erregt hatten, fanden hier die ausdrückliche Zustimmung des Souveräns. Mit der Entlassung des Kanzlers am 20. März war der mächtige Wall beseitigt worden, der sich den Absichten der Sozialreformer in dieser Frage immer wieder entgegengestemmt hatte.

Während das Gesetz zur Errichtung der Gewerbegerichte am 29. Juni des Jahres recht schnell zur allgemeinen Zufriedenheit verabschiedet werden konnte¹, erforderte der Entwurf der Gewerbeordnungsnovelle, die bald unter dem Namen „Arbeiterschutzgesetz“ oder „Lex Berlepsch“ bekannt wurde, ausgedehnte Beratungen im Plenum und in den Kommissionen. Grundlage

des Entwurfes bildete ein Antrag Preußens vom 12. April 1890 an den Bundesrat zur Abänderung der Gewerbeordnung, dem im wesentlichen *Theodor Lohmann* mit seinen jüngeren Mitarbeitern im Handelsministerium, den Regierungsassessoren *Dönhoff* und *v. Meyeren*, in angestrenzter Arbeit die Gestalt gegeben hatten². Danach sollte unter anderem jede Fabrik gesetzlich verpflichtet werden, eine Arbeitsordnung zu erlassen, in der folgende Bestimmungen enthalten sein mußten:

- a) Bestimmungen über Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit sowie über die Pausen;
- b) Bestimmungen über Art und Zeit der Abrechnung und Lohnzahlung;
- c) Bestimmungen über Kündigungsfristen sowie über die Gründe, aus welchen Entlassungen oder Austritt aus der Arbeit ohne Kündigungsfrist erfolgen durfte;
- d) Bestimmungen über Art und Höhe eventuell festzusetzender Ordnungsstrafen; Strafbestimmungen, die das Ehrgefühl der Arbeiter oder die guten Sitten verletzen, durften nicht in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. Geldstrafen sollten den doppelten Betrag eines Tageslohnes nicht überschreiten, außerdem war der Zweck anzugeben, dem die Strafgehalte zugeführt werden sollten.

Ferner sollte in die Gewerbeordnung ein § 134 d mit folgendem Text aufgenommen werden: „Vor dem Erlaß einer Arbeitsordnung oder eines Nachtrags derselben ist den in der Fabrik beschäftigten Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt derselben zu äußern. Für Fabriken, für welche ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, wird dieser Vorschrift durch Anhörung dieses Ausschusses über den Inhalt der Arbeitsordnung genügt.“ In der Begründung zu dem preußischen Antrag wurde ausgeführt, daß der einzelne Arbeiter, der eine Beschäftigung suche, in der Regel keine Wahl habe, ob er sich den in der Arbeitsordnung vom Arbeitgeber festgestellten Arbeitsbedingungen unterwerfen wolle oder nicht, daß ihm also beim Vertragsabschluß jede Einwirkung auf die einzelnen Bedingungen des Arbeitsvertrages entzogen sei. Unter diesen Umständen erscheine es daher billig, daß vor dem Erlaß einer Arbeitsordnung oder eines Nachtrages den im Betrieb beschäftigten Personen die Möglichkeit gegeben werde, die Interessen der Arbeiterschaft dabei zu vertreten. Ferner machte die Begründung des Antrages darauf aufmerksam, daß erfahrungsgemäß manche Arbeitsordnungen Bestimmungen enthielten, durch die sich die Arbeiter geschädigt oder gekränkt fühlten, während sie für den Arbeitgeber einen so geringen Wert hätten, daß er auf ihre Annahme verzichtet haben würde, wenn ihm die Stimmung seiner Arbeiter bekannt gewesen wäre. Dabei wurde betont, daß es dem Unternehmer

¹ Das Gesetz betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juni 1890 (RGBl. S. 141) schuf für Arbeitsstreitigkeiten eine Sondergerichtsbarkeit, die sich vor allem durch beschleunigte und verbilligte Verfahren unter Zuziehung von Laienbeisitzern auszeichnete. Die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Gewerbegerichten (später auch in den Kaufmannsgerichten) ist ein interessantes Sonderproblem in der Geschichte der deutschen Mitbestimmung, auf das wir hier aber nicht näher eingehen können. Die Vorgeschichte reicht von der genossenschaftlichen Zunft- und Bergrichterbarkeit im Mittelalter über die *Conseils des prud'hommes* in der Lyoner Seidenindustrie im 18. Jahrhundert bis zu dem „Rat der Gewerbesachverständigen“ in den französisch besetzten Teilen des Rheinlandes und den Versuchen zur Schaffung von Gewerbegerichten in der 48er Revolution. Als wichtige Quelle vgl. Protokoll der Konferenz der Arbeiterbeisitzer Deutschlands, Dresden 1909.

² Antrag Preußens vom 12. 4. 1890 an den Bundesrat, betr. Abänderung der Gewerbeordnung (Bundesratsdrucksache Nr. 50/1890), zitiert nach Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik 1890–1914 aaO, S. 1 ff.

überlassen bleiben solle, in welcher Form er der Belegschaft die Möglichkeit gebe, sich über den Inhalt der Arbeitsordnung zu äußern und etwaige Wünsche vorzubringen. „Wenn es sich auch nicht empfiehlt“, hieß es zum Schluß, „die neuerdings mehr und mehr Eingang findenden Arbeiterausschüsse zu einer gesetzlichen Einrichtung zu machen, so werden sie jedoch durch die Gesetzgebung soweit zu berücksichtigen sein, daß sie in den Fällen, wo eine Anhörung der Arbeiter vorgeschrieben wird, als deren Vertretung anerkannt werden.“³

Diese Ergänzungen und Änderungen der Reichsgewerbeordnung wurden in der Sitzung des Bundesrates am 25. April 1890 von den Bundesstaaten gutgeheißen und gingen in unveränderter Form am 6. Mai als Vorlage der Verbündeten Regierungen an den Reichstag, wo der Gesetzentwurf an die zuständige Reichstagskommission verwiesen wurde.⁴

Die Ausschußberatungen unter dem Vorsitz des schlesischen Grafen Franz v. Ballestrem⁵ und unter der Berichterstattung von Franz Hitze dehnten sich, durch die langen Herbstferien des Reichstages unterbrochen, bis in den folgenden Winter 1891 aus. Die Streitpunkte, an denen sich die Gemüter erhitzen, waren fast dieselben, die auch schon in den Beratungen des Preussischen Staatsrates eine Rolle gespielt hatten. Die Bestimmung des Gesetzentwurfes, daß vor Erlass oder Abänderung der Arbeitsordnung die im Betrieb beschäftigten Arbeiter gehört werden mußten, bedeutete an sich schon ein sozialpolitisches Novum und einen starken Eingriff des Gesetzgebers in die betrieblichen Verhältnisse. Das zeigte unter anderem ein Aufsehen erregendes Buch, das der evangelische Pastor Paul Göhre über seine dreimonatigen Erfahrungen als Fabrikarbeiter und Handwerksbursche eben gerade zu dem Zeitpunkt der Beratungen veröffentlichte. Göhre, der mit seiner Veröffentlichung zeigen wollte, daß die Zustände im Hinterhaus der wilhelminischen Gesellschaft weiten Kreisen des herrschenden Bürgertums unbekannter waren

³ Ebd., S. 4.

⁴ Drucksache der Reichsregierung vom 6. Mai 1890. In: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Session 1890, Bd. 1, Anlage Nr. 50, S. 16 ff.

⁵ Franz Graf v. Ballestrem (1834–1910), der von 1896–1906 auch Präsident des Reichstages war, gehörte zu den größten Schwerindustriellen des oberschlesischen Reviers. Unter Leitung seines aus Westfalen stammenden Generaldirektors Franz Pieler wurde die Steinkohlenförderung auf den etwa ein Dutzend Ballestremischen Gruben von 300 000 auf 2 Mill. Tonnen im Jahr gesteigert und die Carlshütte in Ruda zum ersten modernen Zinkhüttengroßbetrieb Deutschlands ausgebaut. Die Ballestrems entstammten einer altitalienischen Familie, von denen ein Mitglied im 18. Jahrhundert unter den Fahnen Prinz Eugens und der preussischen Armee gefochten und schließlich in Schlesien in die Familie des Industriepioniers Franz Wolfgang Freiherr v. Stechow (1694–1758) hineingeheiratet hatte. Vgl. A. Perlick, Oberschlesische Berg- und Hüttenwerke, Kitzingen 1953. – H. Bahlow, Schlesisches Namenbuch, Kitzingen 1953, und Hermann Fechner, Geschichte des schlesischen Berg- und Hüttenwesens 1741–1806, Berlin 1903.

als die Lebensverhältnisse der Neger im Urwald, hatte zur Frage der Arbeitsordnung kritisch bemerkt: „An erster Stelle heißt es wörtlich: ‚Das Recht, Arbeiter anzunehmen, steht nur der Direktion oder deren Beauftragten zu. Durch Annahme der Arbeit unterwirft sich jeder Arbeiter den Bestimmungen der Fabrikordnung, von welcher er bei seinem Antritt ein Exemplar ausgehändigt erhält und worüber durch eigenhändige Eintragung des Namens in ein im Kontor ausliegendes Buch zu quittieren ist.‘ Und an letzter Stelle heißt es wörtlich: ‚Änderungen sowie Zusätze zu derselben werden von der Direktion durch Anschlag bekanntgemacht und treten jedesmal sofort in Kraft.‘ Hier prägt sich auch dem Harmlosesten“, schrieb Göhre, „klipp und klar der ganze Charakter dieser wie wohl fast aller bestehenden Fabrikordnungen aus. Sie ist deutlich das Produkt der Fabrikleitung, zugeschnitten nach den allein maßgebenden Gesichtspunkten ihrer einseitigen Interessen. Sie ist eine Hausordnung, die der Eigentümer allein nach seinem Willen erläßt und der sich jeder zu fügen hat, solange er als Glied dem Hause angehört. Es gibt für die Arbeiter gegen solche Arbeitsordnungen keinen anderen wirksamen Protest, als den des Austritts aus dem Verbands, dem sie Gesetz ist. Ihr Dasein und ihre Gültigkeit bezeichnet in allen Fällen von Bedeutung die vollkommen schweigende Abhängigkeit der Arbeiter; sie ist der Ausdruck eines absolutistischen Systems, das gerade Gegenteil von wirtschaftlicher Freiheit, die doch das heute herrschende Gesetz im Wirtschaftsleben der Völker sein soll; sie ist eine neue und folgenschwere Ursache der Unselbständigkeit und Unreife des Charakters der heutigen Fabrikarbeiter...“⁶

Auf diese offenbaren Einseitigkeiten in der Frage der Festsetzung der Arbeitsordnung hatten, wie schon erwähnt, die Motive des ersten preussischen Antrages aufmerksam gemacht und sie zur Begründung der Schaffung des § 134 d herangezogen. Obwohl schon dadurch der Grundsatz der sozialen Gleichberechtigung im Betrieb ausgesprochen wurde, gingen jedoch die Auseinandersetzungen hauptsächlich um die Form, in welcher die Belegschaft zu der Arbeitsordnung gehört werden sollte. Der sozialpolitische Experte des Zentrums, Franz Hitze, brachte bereits am 20. Mai 1890 seine schon früher geäußerte Forderung vor, sofort obligatorische Ausschüsse in der gesamten Industrie einzuführen, um eine ordnungsgemäße Mitwirkung der Belegschaften bei der Arbeitsordnung zu gewährleisten. Der katholische Sozialreformer wünschte eine kräftige Einwirkung auf die Arbeitgeber durch das Gesetz, um sie zu veranlassen, überhaupt solche betrieblichen Arbeitervertretungen zu bilden. „Man könnte“, so führte er in seinem Antrag wörtlich aus, „an eine Reihe von Bestimmungen im Gesetz denken, in welchen eine regelmäßige Anhörung des Ausschusses durch die Arbeitgeber vorgesehen wird.“ Für ihn

⁶ Paul Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche, Leipzig 1891, zitiert nach Ernst Schraepler, Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland, Bd. 2, Göttingen 1957, S. 38 ff.

war die Befugnis zum Mitwirken bei der Arbeitsordnung nur ein erster Schritt zu weiteren betrieblichen Mitbestimmungsrechten. Auch glaubte *Hitze*, daß die Arbeiterausschüsse sowohl eine gute Grundlage für die in einem größeren Gewerbebezirk zu errichtenden paritätischen Arbeitskammern abgeben würden wie auch ein geeignetes Vertrauensorgan zwischen Unternehmern und Arbeitern darstellen könnten⁷. Seine Gedanken, die sich bekanntlich in Richtung auf eine „Werksfamilie“ bewegten, vermochten die Mehrheit des Ausschusses nicht zu überzeugen. Die entsprechenden Anträge des Zentrums, für alle Betriebe der Privatindustrie mit mehr als 50 Arbeitnehmern obligatorische Arbeiterausschüsse vorzuschreiben, wurden ebenso wie schon im Preußischen Staatsrat abgelehnt. Man blieb bei den im Entwurf der Verbündeten Regierungen vorgesehenen fakultativen Ausschüssen, die nach allgemeinem Wunsch allerdings durch freie Wahl der Arbeitnehmer zustande kommen sollten⁸.

In der nun folgenden zweiten Lesung fand der Zentrumsantrag eine warme Empfehlung durch den deutschfreisinnigen Abgeordneten *Wilhelm Oechelhäuser* und einige seiner alten nationalliberalen Freunde, die sich schon in den 80-er Jahren als Förderer der Arbeiterausschüsse erwiesen hatten. *Oechelhäuser* gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß ein ständiger Betriebsausschuß, wenn er erst einmal zur Anhörung der Bestimmungen über die Arbeitsordnung zusammengetreten sei, in nur seltenen Fällen wieder aufgehoben werde. Auch der Anwalt der Deutschen Gewerkvereine, der Leipziger *Max Hirsch*, trat für kontinuierlich wirkende und obligatorisch eingeführte Arbeiterausschüsse ein, die durchaus neben den Gewerkschaften tätig sein könnten, während *Oechelhäuser* allerdings die ganzen Arbeiterberufsvereine dadurch zu ersetzen glaubte.

Die Sozialdemokraten zeigten sich dagegen als heftige und prinzipielle Gegner der Arbeiterausschüsse in jeder Form. *August Bebel* wandte sich in der

⁷ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Session 1890/91, S. 184.

⁸ Drucksachen des Deutschen Reichstages, Session 1890/91, Bd. 2, S. 190. – Der wichtigste Teil in dem Hitzeschen Kommissionsbericht lautete wörtlich: „Ein Theil der Kommissionsmitglieder glaubt, die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse befürworten zu sollen... Außer der Begutachtung der Arbeitsordnung und eventueller Abänderungen ließen sich wohl auch noch andere gesetzliche Aufgaben festlegen, um den Ausschüssen Thätigkeit und Leben zu geben. So könnte z. B. vor Gewährung von gesetzlichen Vergünstigungen, z. B. bezüglich der Sonntagsruhe, der Arbeitszeit, der Pausen „Anhörung“ des Ausschusses vorgeschrieben werden. Wenn die Ausschüsse allgemein eingeführt werden – so wurde von einer Seite hervorgehoben – so seien diese auch die beste Unterlage von Bezirks-Arbeiterausschüssen (Arbeiter- oder Arbeitskammern), bestimmt, den Arbeitern auch über den Rahmen der einzelnen Fabrik hinaus den freien und friedlichen Ausdruck ihrer Beschwerden zu ermöglichen... Bei voller Anerkennung des Wunsches, daß möglichst alle Fabriken sich zur Einführung von Arbeiterausschüssen entschließen möchten, hielt die Majorität, in Übereinstimmung mit den Vertretern der verbündeten Regierungen, den Weg des gesetzlichen Zwanges für verfehlt.“

Reichstagssitzung vom 15. April 1891 als Fraktionsredner nicht nur gegen die obligatorischen, sondern auch gegen die fakultativen Ausschüsse und meinte: „Das System von Arbeiterausschüssen, das Sie einführen wollen, ist ein Scheinsystem. Die Arbeiterausschüsse bedeuten danach nichts weiter als was ähnliche Verfassungseinrichtungen auf politischem Gebiet bedeuten: Sie sind das schein-konstitutionelle Feigenblatt, mit dem der Fabrikfeudalismus verdeckt werden soll... Der Unternehmer hat stets Mittel und Wege in genügender Menge zur Hand, um diejenigen Elemente in den Arbeiterausschüssen, von denen er glaubt, daß sie in besonderem Maße auf die Abstimmung der Mehrheit einwirken, daß sie Wünsche und Angelegenheiten zur Sprache bringen, die dem Unternehmer unangenehm sind, zu entfernen und zu maßregeln. Dies zu verhindern vermögen Sie nicht. Solange es aber kein Mittel gibt, solchen Maßregelungen entgegenzuarbeiten – und wir können solche Mittel nicht schaffen, ich halte es für undenkbar, daß sie geschaffen werden können –, solange wir eine solche Sicherheit für die unparteiische Zusammensetzung nicht haben, können wir uns nicht herbeilassen, einer solchen Einrichtung unsere Zustimmung zu geben... Da wir prinzipielle Gegner der Ausschüsse sind, so haben wir keine Veranlassung, mit positiven Anträgen in bezug auf die Organisierung derselben hervorzutreten; wir lehnen den ganzen Paragraphen ab...“⁹ Nach Auffassung der Sozialdemokratie würde eine soziale Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern in den Ausschüssen doch nie zum Ausdruck kommen. Solange aber nicht Gleichheit und Freiheit der Lebensbedingungen für alle Menschen herbeigeführt sei, werde der soziale Kampf nicht zur Ruhe kommen. Auch die Arbeiterausschüsse würden die gesellschaftlichen Gegensätze und den Klassenkampf nicht abschwächen. Sie seien nur ein „Palliativmittelchen, um diese Gegensätze zu verhüllen“. In dieser Stellungnahme kam das ganze tiefe Mißtrauen der Arbeiterbewegung gegen die staatliche Sozialpolitik zum Ausdruck, die auf der einen Seite tatsächlich an einer spürbaren Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse und seit *Berlepsch* auch an einer sozialen Gleichberechtigung der Arbeiter wirkte, auf der anderen Seite aber jede Zusammenarbeit mit der selbständigen Arbeiterbewegung zurückwies und sogar mit den schärfsten Repressivmitteln bekämpfte. Der Graben des Mißtrauens, der Verständnislosigkeit und der Bitterkeit, den das Ausnahmegesetz aufgerissen hatte, war noch zu weit und zu tief, als daß er bei diesem Gesetzentwurf hätte sofort überbrückt werden können. Jede noch so gut gemeinte Maßnahme der Regierung war wegen ihrer Doppelgleisigkeit bei der Sozialdemokratie zunächst dem Vorwurf der heuchlerischen Scheinheiligkeit ausgesetzt. Bei den Arbeiterausschüssen argwöhnte man, daß sie letzten Endes das Ziel hatten, die geballte Kraft

⁹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages Session 1890/91, Bd. 3, S. 2323, und Robert Fette, Arbeiterausschüsse. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 15 (1911), Bd. 1, S. 131.

der Arbeitermasse zu zersplittern, sie als billige „Unternehmerpolizei“ zu benutzen und die von unternehmerhörigen Arbeitern geleiteten Betriebsvertretungen sogar als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie einzusetzen. Zweifellos war das zu keinem Zeitpunkt die Absicht *Berlepschs* und des für den Gesetzentwurf zuständigen preußischen Handelsministeriums. Doch gab es genügend Vertreter, für die *Wilhelm Oechelhäuser* das beste Beispiel war, die unter anderem diesen Gedankengängen nachgingen. *Bebels* Ressentiment gegen die Arbeiterausschüsse war stärker, als dieses Projekt es verdiente, aber es war nicht aus der Luft gegriffen.

Bebel fand sich in seiner strikten Ablehnung der Arbeiterausschüsse wiederum Seite an Seite mit *Stumm*, der freilich im Gegensatz zu ihm gerade die fehlende „Betonung des Autoritätsprinzips“ zum Anlaß seiner Kritik machte¹⁰. „Wenn Sie Frieden wollen“, sagte *Stumm* in der Reichstagssitzung vom 19. Mai 1890 zu dem preußischen Finanzminister *Johannes v. Miquel*, „dann streben Sie nicht künstlich eine Organisation des 4. Standes an, die eine Fiktion ist, die in Wirklichkeit in der heutigen Zeit gar nicht mehr besteht, sondern suchen Sie Arbeiter und Arbeitgeber persönlich zusammenzuführen, nicht auseinander zu reißen.“¹¹ Bezeichnenderweise wandte sich der Saar-Industrielle nicht gegen die Einführung sozialer Bestimmungen in die Arbeitsordnung, die auf seinen *Neunkirchner Eisenwerken* gerade in dieser Hinsicht als vorbildlich gelten konnten. Im Gegenteil stellte *Stumm* sogar den Antrag, den § 134 b des Entwurfes, der den Inhalt der zu erlassenden Arbeitsordnungen regelte, noch zu erweitern. Durch einen Zusatz sollte jeder Fabrikbesitzer ermächtigt werden, für seine Arbeiter (minder- und volljährige) in die Arbeitsordnung besondere Vorschriften aufzunehmen, die sich auf das Verhalten außerhalb des Betriebes beziehen. Das wurde aber von den meisten, besonders

¹⁰ Vgl. das Schreiben *Stumms* an Reichskanzler Leo Graf v. Caprivi, zitiert nach *Hellwig*, C. F. Frhr. v. *Stumm-Halberg*, Heidelberg 1936, S. 430.

¹¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Session 1890/91, Bd. 1, S. 157. In ähnlicher Weise hatte sich *Stumm* schon 1889 in einer Rede vor seiner Belegschaft ausgedrückt, als er sagte: „Auf der Fiktion der Existenz des 4. Standes im Gegensatz zum Besitz beruht auch das verhängnisvolle Bestreben, die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber zu organisieren und sie unter Führung von Leuten zu bringen, welchen jede Kenntnis der Verhältnisse, wie Lohnhöhe, Arbeitszeit usw. abgeht. Es ist für mich eine der schwierigsten Aufgaben meines Berufes, genau abzuwägen, ob der eine im rechten Lohnverhältnis zum andern steht, und es ist keiner unter Euch, auch kein Arbeiterausschuß, den ich sonst sehr gerne zu Beratungen heranziehe, imstande, mir diese Aufgabe abzunehmen, um wieviel weniger ist dies also bei Personen der Fall, denen eine eingehende Kenntnis des Betriebes und der Arbeitsverhältnisse abgeht... „Selbst ist der Mann“ ist der Grundsatz jedes tüchtigen Arbeiters, mit dem er auch seinem Arbeitgeber gegenüber am weitesten kommt, während ein Zusammenschließen zu Kampforganisationen, welche früher oder später unter die Botmäßigkeit fremder Agitatoren gelangen, seine Selbständigkeit vernichtet und ihn in einen Konflikt mit seinem Arbeitgeber setzt, welches jedes persönliche Verhältnis, das die beste Gewähr für das Wohl des Arbeiters bildet, vernichten muß.“ Vgl. *Hellwig*, *Stumm* aaO, S. 289 ff.

auch von *Berlepsch*, als unzulässige Übertreibung und Einmischung in die privaten Angelegenheiten des Einzelnen angesehen. Eine Beaufsichtigung selbst der jugendlichen Arbeiter außerhalb des Betriebes sollte nur mit Genehmigung des Arbeiterausschusses möglich sein. *Stumm* drang mit seinem Antrag, der an die patriarchalischen Zustände der frühindustriellen Periode wieder anknüpfen wollte, nicht durch.

Die zweite und dritte Lesung der „Lex-Berlepsch“ erforderte dann noch insgesamt 28 Ausschusssitzungen, in denen der preußische Handelsminister, assistiert durch seinen Unterstaatssekretär *Lohmann* und die Ministerialräte *Königs* und *Wilhelmi*, den Gesetzentwurf mit großer Sachkunde und Beredsamkeit vertrat. Schließlich nahm der Reichstag die von der Kommission vorgelegten Bestimmungen an und das „Gesetz betreffend Abänderung der Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetz)“ konnte am 1. Juni 1891 in Kraft treten¹².

Was hatten die über ein Jahr währenden Beratungen über die gesetzliche Regelung einer ersten bescheidenen Betriebsvertretung im Endergebnis nun tatsächlich gebracht? Zunächst fiel auf, daß der entscheidende Paragraph 134 d gegenüber dem von *Berlepsch* verfaßten ersten preußischen Antrag an den Bundesrat nur unwesentliche Abweichungen erfahren hatte. Er lautete in der verabschiedeten Form: „Vor dem Erlaß der Arbeitsordnung oder eines Nachtrages derselben ist den in der Fabrik oder in den betreffenden Abteilungen beschäftigten Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt derselben zu äußern. Für Fabriken, für welche ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, wird dieser Vorschrift durch Anhörung des Ausschusses über den Inhalt der Arbeitsordnung genügt.“ Hatten die Arbeiter oder ihre gewählten Vertreter gegen die Arbeitsordnung oder deren Nachträge schriftlich oder zu Protokoll Bedenken erhoben, so mußten diese gleichzeitig mit der Arbeitsord-

¹² Über die Änderungen des Entwurfes nach der 1. und 2. Lesung vgl. die Denkschrift *Berlepschs* an Caprivi vom 24. 12. 1890 zitiert nach *Rassow-Born*, Aktenstücke zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland, aaO, S. 13. – Über das Gesetz, betr. Abänderung der Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetz) vom 1. Juni 1891 (RGBl. S. 261) vgl. *Robert v. Landmann*, Kommentar zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, 2 Bde., 5. Aufl. München 1907. – *Schenkel*, Die deutsche Gewerbeordnung, 2. Aufl., Bd. 2, Karlsruhe 1894. – *Ph. Lotmar*, Der Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches, 2 Bde., 1902 und 1908. – *R. Schellwein*, Arbeit und Recht, Berlin 1892. – *K. Koehne*, Die Arbeitsordnungen im deutschen Gewerberecht, 1901. – Ders., Die Arbeitsordnung vom Standpunkt der vergleichenden Rechtswissenschaft, Stuttgart 1901. – *Königs* war als Regierungsrat Mitarbeiter von *Berlepsch* in Düsseldorf gewesen, ehe er von diesem in das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe nach Berlin berufen wurde. *Wilhelmi* war auf Wunsch *Lohmanns* aus dem Reichsamt des Innern zum Handels-Ressort übergewechselt. Beide Ministerialräte galten als Exponenten einer neuen Richtung in der Sozialpolitik und waren an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes maßgeblich beteiligt. Infolge Überarbeitung starben beide in geistiger Umnachtung. *Berlepsch*, Sozialpolitische Erfahrungen und Erinnerungen, aaO, S. 30.

nung der unteren Verwaltungsbehörde eingereicht werden (§ 134 e). Als ständige Arbeiterausschüsse im Sinne des § 134 d galten:

- „1. Diejenigen Vorstände der Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen oder anderer für die Arbeiter der Fabrik bestehende Kasseneinrichtungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte zu wählen sind, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden.
2. Die Knappschaftsältesten von Knappschaftsvereinen, welche die nicht den Bestimmungen der Berggesetze unterstehenden Betriebe eines Unternehmers umfassen, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden.
3. Die bereits vor dem 1. Januar 1891 errichteten ständigen Arbeiterausschüsse, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden.
4. Solche Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den volljährigen Arbeitern der Fabrik oder der betreffenden Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Die Wahl der Vertreter kann auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Abteilungen des Betriebes erfolgen (§ 134 h).“¹³

Die Gesetzgebung hatte also von einer pflichtweisen Einführung der Betriebsvertretungen Abstand genommen, andererseits aber auf die Bildung von Arbeiterausschüssen einen gewissen Zwang ausgeübt, da die Anhörung der Belegschaft über die Arbeitsordnung vorgeschrieben wurde. Vor allem in größeren Betrieben war das ohne eine gewählte Betriebsvertretung schwierig zu bewerkstelligen. Außerdem hatte der Gesetzgeber die „freiwilligen“ Ausschüsse so klar bezeichnet und die Bildung durch Einbeziehung der Krankenkassenvorstände und ähnlicher Institutionen so erleichtert, daß die Hoffnung gehegt werden konnte, die Arbeitgeber würden bei genügender Einsicht und etwas Entgegenkommen die Bestimmungen so verstehen, wie sie gemeint waren. Man hoffte, „daß die Arbeitgeber auch ohne Zwang der Intention der Gesetzgebung und dem Druck der öffentlichen Meinung folgen würden, so daß sich alsbald ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis anbahnen würde“¹⁴. Gegen die zwangsweise Einführung wurde zunächst geltend gemacht, wie es vor allem *Berlepsch* tat, daß sich ein Vertrauensverhältnis, wie es hier erstrebt werde, nicht durch Gesetzesparagrafen erzwingen lasse. Die Mehrheit der Kommission hielt den Weg der gesetzlichen Pression für verfehlt. Die Ausschüsse könnten nur dann Gutes wirken, „wenn Arbeitgeber wie Arbeiter sich mit Vertrauen entgegenkämen“, „Vertrauen und ehrliche Verständigung aber könnten nicht erzwungen werden, vielmehr würde die gute Wirkung der Institution mit dem Zwang sofort in Frage gestellt“¹⁵.

¹³ Neuerdings Abdruck bei Gerhard Erdmann, Die Entwicklung der deutschen Sozialgesetzgebung, 2. Aufl. In: Quellensammlung zur Kulturgeschichte, hrsg. von Wilhelm Treue, Bd. 10, Göttingen 1957, S. 236. (1. Aufl. S. 188).

¹⁴ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Session 1890/91, Bd. 2, S. 1466.

¹⁵ Ebd.

Auch die Mitwirkungsbefugnisse der Arbeitervertretungen wichen in den Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 im ganzen gesehen nur unwesentlich von dem preußischen Antrag am 12. April, also der ersten *Berlepschen* Konzeption ab. In die Arbeitsordnung mußten folgende Bestimmungen aufgenommen werden, über die die Arbeitnehmer vorher zu hören waren:

- a) Anfang und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit sowie die für die erwachsenen Arbeiter vorgesehenen Pausen.
- b) Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung.
- c) Sofern es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen bewenden sollte, die Frist der zulässigen Aufkündigung sowie die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf.
- d) Sofern Strafen vorgesehen werden, die Art und Höhe derselben, die Art ihrer Festsetzung und, wenn sie in Geld bestehen, die Art der Einziehung und den Zweck, für welchen sie verwendet werden sollen.
- e) Sofern die Verwirkung von Lohnbeträgen nach Maßgabe der Bestimmung des § 134 Abs. 2 durch die Arbeitsordnung oder Arbeitsvertrag ausbedungen wird, die Verwendung der verwirkten Beträge.

Wichtig war ferner der erst nachträglich in den Beratungen hinzugefügte Absatz 3 im § 134 b, in dem es hieß: „Mit Zustimmung eines ständigen Arbeiterausschusses können in die Arbeitsordnung Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen und mit der Fabrik verbundenen Einrichtungen sowie Vorschriften über das Verhalten minderjähriger Arbeiter außerhalb des Betriebes aufgenommen werden.“ Die Bestimmung, die bekanntlich auf einen Antrag *Stumms* zurückging, sollte dem „mangelnden Sparsinn, übermäßigen Besuch von Wirtshäusern usw.“ vorbeugen. Schon in den Beratungen der Kommission waren berechtigte Zweifel aufgetaucht, ob damit nicht die Gefahr mißbräuchlicher Ausdehnung bei aller wohlwollenden Absicht gegeben sei. Aus dieser Befürchtung heraus hatte man sich auch gescheut, den Unternehmer allein solche Bestimmungen treffen zu lassen, wie es *Stumm* gewollt hatte. Damit konnten ohne Einverständnis der Betriebsvertretung keine Strafen wegen Beschädigung oder mißbräuchlicher Benutzung einer betrieblichen Sozialeinrichtung wirksam werden. Um den unglücklich wirkenden Absatz 3 wieder abzuschwächen, wurde ein Antrag gebilligt, daß in solchen Fabrikbetrieben, wo kein ständiger Arbeiterausschuß gebildet wird, auch keine Vorschriften über die Beaufsichtigung jugendlicher Arbeiter außerhalb des Betriebes erlassen werden durften. Das war aber genau das Gegenteil der *Stummschen* Absicht.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Februarerlasse *Wilhelms II.* und noch mehr das weitgehend von *Berlepsch* konzipierte „Arbeiterschutzgesetz“ in den Jahren 1890/91 eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der deutschen Betriebsverfassung und Mitbestimmung gebracht haben, wurde doch von seiten des Gesetzgebers erstmals der Grundsatz verkündet, daß die

innerbetriebliche Ordnung nicht mehr allein vom Willen des Unternehmers abhing. Nach der Auffassung des Staates bildete das industrielle Arbeitsverhältnis nicht mehr eine private Angelegenheit zweier Vertragskontrahenten, sondern dieses hatte sich in die allgemein geltende Rechtsanschauung einzufügen. Die industrielle Arbeitswelt in den Fabrikbetrieben wurde, wie es *Schmoller* gefordert hatte, zu einer öffentlichen Angelegenheit. Von diesem neuen Standpunkt aus nahm der Staat das Recht für sich in Anspruch, von nun an jederzeit in Angelegenheiten der menschlichen Fabrikorganisation einzugreifen. Dieses Prinzip, das den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ von Staats wegen in Frage stellte, war das eigentlich Entscheidende an der Gewerbeordnungsnovelle von 1891. Dieser Punkt wurde von dem nationalliberalen Abgeordneten *Möller*, einem Unternehmer, besonders hervorgehoben, als er bei der 2. Lesung der Novelle im Reichstag feststellte: „Es ist für mich sehr wesentlich, daß hier zum ersten Mal auch der Arbeiterschaft in neuer Form Recht wird, daß hier zum ersten Mal dem Arbeitgeber gesagt wird: Du bist nicht in erster Stelle Herr in Deinem Hause, Du bist gezwungen, die Arbeiter anzuhören, wenngleich Du weißt, daß das nicht zum Frieden führen wird. Das ist, was weite Kreise des Arbeitgeberstandes beunruhigt hat und was hier unbedingt ausgesprochen werden mußte“ (Verhandlungen des Deutschen Reichstages vom 15. April 1891).

Die praktischen Ergebnisse des Gesetzes waren – so fortschrittlich es sich auch auf anderen Gebieten des Arbeiterschutzes zeigte – gerade in der Frage der Betriebsvertretung noch sehr bescheiden. Eine echte und dauernde Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den wichtigsten Punkten des Arbeitsverhältnisses war noch nicht begründet worden. Die kümmerlichen fakultativen Arbeiterausschüsse mußten – wenn sie überhaupt gebildet wurden – zwar vor dem Erlaß oder der Abänderung der Arbeitsordnung gehört werden. Das Anhörrecht der Arbeiter begründete aber noch keine Verpflichtung für die Arbeitgeber, die Beschwerden und Wünsche auch zu erfüllen. Ob sie darauf eingingen, blieb erst einmal grundsätzlich Sache des Unternehmers. Zwar waren der zuständigen Ortspolizeibehörde der Inhalt der Arbeitsordnung und die schriftlich fixierten Wünsche der Arbeiter oder ihrer Vertreter mitzuteilen, doch prüfte diese nur, ob die Arbeitsordnung den gesetzlichen Bestimmungen entsprach. Die Behörden hatten somit nur wenig Möglichkeit, sich als neutrale Vermittler oder Schiedsleute bei Streitigkeiten einzuschalten. Die Fabrikinspektion und die Gewerbeberichte waren noch zu sehr im Ausbau begriffen, um hier wirksam in allen Fällen einzugreifen. Unternehmer, die den § 134 der Gewerbeordnung nur formal erfüllten und sich auf die Mitteilung beschränkten, daß die Belegschaft entsprechend der Vorschrift beim Erlaß oder der Abänderung der Arbeitsordnung gehört worden sei, konnten de facto weiterhin „Herr im Hause“ bleiben¹⁶.

¹⁶ Born, Staat und Sozialpolitik, aaO, S. 100 und S. 105.

Entscheidend blieb freilich, daß damit gegen die Intention des Gesetzgebers verstoßen wurde. *Berlepsch* und der Kreis derer, die eine neue Sozialpolitik befürworteten, wollten die Arbeiterausschüsse auf freiwilliger Basis durch einen Appell an den guten Willen der Unternehmer schaffen. Man hielt es für falsch, solche Vertrauensorgane zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber mit staatlichen Zwangsmitteln aus dem Boden zu stampfen, da sich ihrer Meinung nach ein echtes Vertrauen nicht erzwingen ließ. Durch das Arbeiterschutzgesetz wurde von Staats wegen deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter als gleichberechtigte Partner im Arbeitsverhältnis anzusehen seien und daher eine Berechtigung hätten, bei der Festsetzung der Arbeitsverträge mitzuwirken. Die Entscheidung über die Festsetzung der Bedingungen des Arbeitsverhältnisses blieb allerdings weiterhin grundsätzlich dem Unternehmer vorbehalten, es lag in seinem Gewissen und in seiner Moral, ob er sich nach den Wünschen und Beschwerden der Arbeiter richtete oder nicht. Der Staat hatte damit das Prinzip der betrieblichen Mitbestimmung in bescheidenen Umrissen verkündet und den Gedanken der sozialen Gleichberechtigung im Gesetz erstmals angesprochen. Die Verwirklichung des Prinzips in der betrieblichen Praxis war nur unvollkommen gewährleistet, doch waren die Bestimmungen so elastisch gefaßt, daß die Möglichkeit einer Ausdehnung jederzeit gegeben war.

Diese grundsätzlich neue Betrachtungsweise des Staates beim industriellen Arbeitsvertrag war der tiefere Grund, weshalb *Stumm*, *Bueck* und andere Repräsentanten der Schwerindustrie gegenüber den Arbeiterausschüssen einen beinahe wütenden Widerstand leisteten. Es ging ihnen nicht um eine soziale Arbeitsordnung oder überhaupt um eine gesetzlich festgelegte Fürsorge für den arbeitenden Menschen im Betrieb, sondern um die neue Lage, daß ein Unternehmer in seinem von ihm aufgebauten und geführten Betrieb dazu gezwungen werden konnte, sich mit seinen Arbeitern an einen Tisch zu setzen, um mit ihnen über seine Maßnahmen zu diskutieren. Der Streit um die Arbeiterausschüsse, die doch gemessen an anderen Problemen der Sozialpolitik nur eine kleine Einzelbestimmung des Arbeiterschutzes darstellten, wurde nur deshalb so erbittert geführt, weil selbst mit der bescheidenen Anhörung einer betrieblichen Arbeiterabordnung der Gedanke der *égalité* verbunden war. Die bescheidene Änderung der Gewerbeordnung bedeutete, dem „Teufel der Gleichberechtigung“ wenigstens den kleinen Finger reichen¹⁷. *Gustav Schmoller* und andere, die Sinn für geschichtliche Zäsuren und Größenverhältnisse hatten, erkannten schon damals die wahre Bedeutung der *Berlepschen* Reform, die einen umstürzenden Einbruch in das patriarchalische Ordnungsdenken der Wirtschaft und das Ende einer Quasi-Hörigkeit des Arbeiters einleitete.

¹⁷ Fricke, Geschichte der Betriebsvertretung in Deutschland, aaO, S. 58.

2. Die ungünstige Entwicklung der Arbeiterausschüsse und ihre Ursachen

Infolge der Gewerbeordnungsnovelle stieg zunächst überall die effektive Zahl der betrieblichen Arbeiterausschüsse, wie die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten 1892/93 für die Bezirke Düsseldorf, Münster, Hessen (Bezirk I und II), Mittel- und Oberfranken, Niederbayern, Leipzig, Frankfurt a. d. O.-Potsdam sowie Mecklenburg-Schwerin zeigten¹. Im Jahre 1892 wurde aus dem Düsseldorfer Bezirk gemeldet, daß 285 Ausschüsse der verschiedensten Art, darunter 155 ständige Arbeiterausschüsse und 130 Krankenkassenvorstände, vor dem Erlaß der Arbeitsordnung gehört worden waren. (Bei näherer Nachprüfung stellte sich dann allerdings heraus, daß diese an sich hohe Zahl nur 19 v. H. aller in dem gewerbereichen Bezirk in Betracht kommenden Betriebe darstellte.) Mit hohen Zahlen konnten besonders die Bezirke Magdeburg (67 Ausschüsse), Oberfranken (wo die Zahl von 40 im Jahre 1892 auf 55 im Jahre 1894 anwuchs), Frankfurt a. d. O.-Potsdam (43 Ausschüsse) und Köln-Koblenz (27 Ausschüsse) im Jahre 1893 aufwarten.

Aber diese Statistik hatte zunächst wenig zu besagen, da die Mehrheit der Ausschüsse bald danach zu einem Scheindasein und völliger Bedeutungslosigkeit herabsank. In anderen Bezirken hatte dieser Zustand schon von Anfang an bestanden. So bedauerte der Vorstand der großherzoglich-badischen Fabrikaufsicht 1892, über Umfang und Tätigkeit der dortigen Ausschüsse keine genaue Auskunft geben zu können, weil sich aus den übergebenen Fabrikordnungen und Protokollen meistens nicht ersehen ließ, ob es sich um einen ständigen Arbeiterausschuß in der Fabrik oder nur um einen einmalig zusammengerufenen Ausschuß zum Zweck der Äußerung über die Arbeitsordnung gehandelt habe. Aus dem Aufsichtsbezirk Münster wurde 1893 berichtet: „Mit Erfüllung des § 134 d der Gewerbeordnung – über den Inhalt der Arbeitsordnung gehört zu werden – sind die Arbeiterausschüsse, welche nicht selten ad hoc zusammengerufen waren, wieder in die Vergessenheit zurückgesunken. Protokollbücher sind mir nicht zu Gesicht gekommen.“² Ähnlich vorsichtige, mißtrauische und ungünstige Urteile mehrten sich von Jahr zu Jahr in den amtlichen Berichten der Gewerbeinspektion und kehrten in gewissen Bezirken wie Baden, Sigmaringen, Altenburg, Erfurt, Posen, Westpreußen,

¹ Vgl. z. B. die Amtlichen Mitteilungen aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten, herg. vom Reichsamt des Innern, Jg. 17 (1892), Berlin 1893, S. 159 ff. Die Berichte der Gewerbeinspektion aus den deutschen Einzelstaaten, die für den Sozialhistoriker bei den verschiedensten Problemen eine wichtige Fundgrube bilden, stellen für die Ausbreitung und das Funktionieren der fakultativen Arbeiterausschüsse nach 1891 die wichtigste Quelle dar. Allerdings sind dabei keine genauen statistischen Angaben zu erwarten, da die Institution der Gewerbeaufsicht erst in diesen Jahren auf Grund ihrer durch das Arbeiterschutzgesetz erweiterten Zuständigkeit zu regelmäßigen Kontrollbesuchen überging, während bis dahin die Betriebe in einem Bezirk nur höchst sporadisch visitiert worden waren.

² Ebd., Jg. 18 (1893), S. 245.

Pommern, Schleswig, Braunschweig, Arnberg und Münster regelmäßig und in fast typischer Weise wieder. Weiter wurde aus Ostpreußen, wo die Zahl der betrieblichen Arbeitervertretungen von Anfang an klein geblieben war, berichtet: „Die Arbeiterausschüsse, welche in 13 gewerblichen Betrieben ins Leben gerufen wurden, hatten noch keine ihrer sozialpolitischen Bedeutung entsprechende Lebensäußerung zu verzeichnen. Ihre Tätigkeit hat sich bisher im wesentlichen auf die Mitwirkung beim Erlaß der Arbeitsordnung beschränkt. Nur in einzelnen Fällen ist ihnen jedoch die Bestimmung über die Verwendung der Strafgehalte und der verwirkten Lohnbeträge vorbehalten.“³ Ebenso waren in den Bezirken Berlin und Charlottenburg im Jahre 1893 bis auf wenige schon bekannte Ausnahmen die Arbeiterausschüsse in ihrer Organisation über die allerersten Anfänge nicht hinausgekommen. Aus Magdeburg wurde geschrieben: „Von der Tätigkeit der Arbeiterausschüsse ist wenig zu berichten. Es fehlt leider bei den Arbeitgebern vielfach das Interesse für die Einrichtung. Der Ausschuß eines der größten Werke des Bezirkes hat sich wegen Mangels an Interesse des Fabrikleiters und bei fehlendem Vertrauen der Arbeiter wieder aufgelöst.“⁴

Es wurde nur zu bald klar: Die teilweise hochgespannten Erwartungen der Sozialreformer, die sie an die gesetzlichen Bestimmungen geknüpft hatten, erfüllten sich nur zu einem sehr geringen Teil. In den Jahren 1892 und 1893 war eine große Zahl neuer Arbeiterausschüsse in der Industrie entstanden; im Gegensatz zu den vor 1891 gegründeten freiwilligen Betriebsausschüssen führten die auf Grund der Gewebenovelle entstandenen neuen Organe aber nur ein völlig passives und formelles Schattendasein. Ein mecklenburgischer Fabrikinspektor charakterisierte diesen bedauerlichen Tatbestand am besten, als er in den „Amtlichen Mitteilungen“ für das Jahr 1895 schrieb: „In einer kleinen Maschinenfabrik, wo der Ausschuß alle 14 Tage prinzipiell zusammentrat, fand ich mit bewundernswerter Ausdauer im Protokollbuch regelmäßig den Satz wiederholt: ‚In der heute vorschriftsmäßig angesetzten Versammlung der Firma H. in G. fand sich zu erledigen nichts vor, da vom Arbeiterausschuß keine Wünsche ausgesprochen wurden – und somit ist die Verhandlung geschlossen‘ (folgen sieben Unterschriften).“ Nicht weniger bezeichnend bemerkte ein Bericht aus Breslau für das Jahr 1901, daß sich die Tätigkeit der meisten Ausschüsse auf das Organisieren von Winterbällen und Sommerausfahrten (Betriebsausflügen) beschränkte. Dagegen führte in einer kleinen Spinnerei und Weberei im Arnberger Bezirk die Arbeiterschaft im Jahre 1903 darüber Klage, daß in ihrer Fabrik kein Arbeiterausschuß be-

³ Eine Ausnahme machten die Tabakfabriken von Loeser & Wolff in Elbing, bei denen der Arbeiterausschuß auch über die Unterstützung der betrieblichen Wohlfahrtskasse mitbestimmen durfte und insofern eine Strafjustiz besaß, als er bei der Fabrikleitung Kündigungen von Arbeitern beantragen und Verwarnungen aussprechen durfte. Vgl. Koch, Arbeiterausschüsse, aaO, S. 86.

⁴ Ebd.

stünde. Es ergab sich dann aber, wie der zuständige Aufsichtsbeamte mitteilte, „daß seit Jahren der Vorstand der Fabrikkrankenkasse als Ausschuß bestellt war, was jedoch den Arbeitern gar nicht bekannt und auch den Krankenkassen-Vorstandsmitgliedern noch nicht recht zu Bewußtsein gekommen war“⁵.

a) Die ablehnenden Motive der Unternehmer

Für die ungünstige Entwicklung der meisten Arbeiterausschüsse nach 1891, die sich nur durch ihre dekorativen Funktionen auszeichneten, wurde in den Jahresberichten der Gewerbeaufsicht eine ganze Reihe von Gründen angegeben. In erster Linie schoben die Beamten den Arbeitgebern die Schuld zu, weil sie die Arbeiterausschüsse nur in seltenen Fällen mit anderen Aufgaben als mit der Beratung der Arbeitsordnung betraut hatten. Nach Ansicht vieler Unternehmer hatten die Ausschüsse ihren Zweck erfüllt, wenn die Arbeitsordnung unter ihrer Zustimmung zustande gekommen war. Von diesem Tage an wurde der Ausschuß in vielen Fabriken gar nicht mehr oder höchst selten zusammengerufen, bzw. wurde mit ihm danach nur noch über recht nebensächliche Dinge verhandelt, die weder in den Augen der Betriebsleitung noch in denen der Belegschaft etwas galten. Es mangelte größtenteils an der Einsicht, daß die Ausschüsse nur bei der Übertragung gewisser neuer Verantwortlichkeiten lebensfähig bleiben konnten. In den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten von Frankfurt a. d. O.-Potsdam, Münster, Kassel, Düsseldorf und Unterelsaß wurde die Beschränkung auf diese Aufgabe ausdrücklich hervorgehoben⁶. Häufig wurden auch nach den amtlichen Berichten die Nachwahlen für die ausscheidenden Ausschußmitglieder unterlassen, so daß die Organe auf diese Weise funktionsunfähig wurden. 1895 wurde aus Oberfranken berichtet, daß von 61 Ausschüssen höchstens ein Fünftel durch Neuwahlen noch wirklich organisiert war.

Die Nützlichkeit eines weitergehenden Bindegliedes zwischen Arbeitgebern und Arbeitern wurde zumeist in diesen Fällen nicht anerkannt. Einzelne Unternehmer versuchten sogar geflissentlich, wie der Aufsichtsbeamte von Köln-Koblenz vermerkte, die direkte Anbringung von Beschwerden der Arbeiter im Betrieb zu verhindern. Er zitierte dazu die Stelle einer ihm übergebenen Arbeitsordnung, in der es hieß: „Wer sich zu beklagen hat oder den Direktor zu sprechen wünscht, hat dies dem Betriebsingenieur oder einem Werkführer mitzuteilen, welche beide verpflichtet sind, die nötige Erlaubnis zum Eintritt nachzusuchen. Unerlaubtes Eintreten in das Direktionsbureau wird strengstens untersagt.“⁷ Ein Jahr später mußte derselbe Beamte nochmals feststellen, „es würden sicherlich viel weniger Verstöße gegen die Strafgebestimm-

⁵ Die Beispiele stammen aus den Amtlichen Mitteilungen, aaO, Jg. 1893, S. 245, Jg. 1894/95, S. 486 und Jg. 1896, S. 420.

⁶ Amtliche Mitteilungen, aaO, Jg. 1893, S. 245.

⁷ Amtliche Mitteilungen, aaO, Jg. 17 (1892), S. 160.

mungen vorkommen, wenn es gelänge, beim Erlaß der Arbeitsordnungen überall die Bildung von Arbeiterausschüssen durchzusetzen, denen u. a. auch eine Mitwirkung in der Verwaltung der Strafgebestanden werden müßte; leider wird gerade letztere Mitwirkung häufig ganz entschieden von den Arbeitgebern zurückgewiesen, wie überhaupt die ganzen Ausschüsse hier nicht recht ins Leben getreten sind. Nur wenige Arbeitsordnungen sind mit Hilfe der Arbeiterausschüsse zustande gekommen. Von diesen wenigen Ausschüssen ist zur Zeit meines Wissens aber nur ein geringer Teil noch in Wirksamkeit, und zwar einfach, weil sie vom Arbeitgeber nicht mehr berufen worden sind.“⁸

Wie die Berichte zeigten, war das eigentliche Wesen und die tiefere Bedeutung der Arbeiterausschüsse vielen Arbeitgebern unklar geblieben. So wandten sie häufig ein, ihr Verhältnis zu ihrer Belegschaft sei das denkbar beste, weshalb sie keines „künstlichen“ Mittel- oder Bindegliedes im Betrieb bedürften. Was da über das gegenseitige Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern angeführt wurde, war – besonders in kleineren und patriarchalisch geführten Betrieben – sicher von der Realität objektiv nicht weit entfernt. Auch Max Sering hatte 1889 in seiner Enquête für den Verein für Sozialpolitik eine solche Gruppe von Unternehmern festgestellt. Von diesen Fabrikherren wurde jedoch übersehen, daß auch die Anschauungen ihrer Arbeiter mit der Zeit immer selbständiger wurden und das bisher harmonische Verhältnis schnell ins Wanken kommen konnte, wenn keine Arbeitervertreter zur Mitverwaltung betrieblicher Dinge rechtzeitig herangezogen wurden. Wie die Aufsichtsbeamten betonten, wäre manche Unzufriedenheit nie entstanden und mancher Unternehmer nie von einem Streik überrascht worden, wenn er frühzeitig für eine gute Arbeitervertretung gesorgt hätte. Der schon mehrfach erwähnte Gewerbeinspektor aus Köln-Koblenz meinte dazu: „Das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern war im allgemeinen auch vorhanden. Berücksichtigt man jedoch, daß die Arbeitermassen erfahrungsgemäß durch Agitatoren vielfach leicht zu erregen sind, so drängt sich doch der Wunsch auf, beizeiten ein vermittelndes Bindeglied geschaffen zu sehen.“

Noch schwerer wogen in den Augen der Beamten aber die Fälle, in denen die Unternehmer in dem Arbeiterausschuß nicht so sehr ein Organ zum gemeinsamen Handeln und zur gegenseitigen Verständigung als vielmehr ein Kampfinstrument der Arbeiterklasse sahen und die Ausschüsse mit den von ihnen gefürchteten Gewerkvereinen gleichsetzten. Diese Arbeitgeber glaubten, daß die Arbeiterausschüsse sozialdemokratischen Tendenzen leichter zugänglich seien und sich mehr mit sozialistischen Zukunftsidealen als praktischen Angelegenheiten der Fabrik befassen würden. Sie befürchteten, daß erst durch die Betriebsvertretungen der Funke des sozialen Aufruhrs in den eigenen

⁸ Amtliche Mitteilungen, aaO, Jg. 18 (1893), S. 245.

Betrieb getragen werde. [Die Furcht vor einer sozialdemokratischen Unterwanderung der Belegschaften ließ viele Arbeitgeber an ihrer aus reinem Mißtrauen diktierten Ablehnung mit größter Zähigkeit festhalten.]

So trugen noch 1903 in der Oberpfalz, wo sich die Ausschüsse schon bewährt hatten, und im Kölner Bezirk einige Arbeitgeber immer noch Bedenken, den Arbeitern eine demokratische Vertretung zu gewähren, weil sie davon nur unliebsame Betriebsstörungen erwarteten, zu denen die Ausschüsse von außenstehenden Arbeiterorganisationen veranlaßt wurden. Der Hinweis der Gewerbeinspektoren, daß solche negativen Erfahrungen mit keinem einzigen Ausschuß in den beiden Bezirken gemacht worden seien, vermochte sie nicht von ihrer ablehnenden Haltung abzubringen. Im Gegenteil kam es sogar vor, daß die vom Gesetzgeber geförderten selbständigen Regungen der Arbeitervertretungen rücksichtslos als erste Anzeichen einer Rebellion gegen die Unternehmerngewalt unterdrückt wurden. In den Aufsichtsbezirken Köln-Koblenz und Merseburg-Erfurt erklärten Arbeitgeber, sie würden alle die Arbeiter sofort entlassen, die Einwendungen gegen die erlassenen Arbeitsordnungen machten. Im Bezirk Hessen I, in dem mehrere Belegschaften darüber klagten, daß sie nicht ordentlich oder gar nicht gehört worden seien, wurde den Aufsichtsbeamten ein Fall bekannt, in dem ein Arbeiter tatsächlich entlassen worden war, als er sich mit dem Inhalt der Arbeitsordnung nicht einverstanden erklärte⁹.

In dem Bericht des großherzoglich-badischen Fabrikinspektors *Wörishoffer*, der wegen seiner Arbeiterfreundlichkeit besonders bekannt war, hieß es im Jahre 1894, daß die Arbeiter den Ausschüssen teilnahmslos gegenüberständen, weil sie das Gefühl hätten, daß die Arbeitervertretungen doch immer dem letztlich entscheidenden Willen des Arbeitgebers nachgeben müßten. Wörtlich führte er dazu aus: „Die Arbeitgeber erwärmen sich im ganzen ebensowenig für die Einrichtung. Einen wirklichen Einfluß auf die Gestaltung und den Vollzug des Arbeitsvertrages wollen sie den Arbeitern nicht einräumen, und für Ausschüsse, die nur den Zweck haben, das patriarchalische Verhältnis dort aufrecht zu erhalten oder wieder einzuführen, wo es aus dem Bewußtsein beider Teile schon fast verschwunden ist, dafür setzen sie bei den Arbeitern keine Neigung voraus. Auffallend ist aber immerhin, wenn einzelnen Ausschüssen schon bald nach ihrer Errichtung und wegen kleiner, die entscheidende Stellung der Fabrikleitung gar nicht einmal berührender Dinge ihre Bedeutungslosigkeit klar gemacht wird.“¹⁰ Als drastisches Beispiel dafür, wie in einigen badischen Fabriken die Arbeiterausschüsse nur auf dem Papier bestanden, schilderte *Wörishoffer* folgenden Fall: „In einer Fabrik, welche das Statut für die Errichtung eines Ausschusses gemeinsam mit den Arbeitern

besonders sorgfältig vorbereitet hatte, war die Vornahme der Ersatzwahl für ein Vorstandsmitglied nötig geworden. Die Fabrik schlug einen Aufseher vor, der Arbeiterausschuß beharrte aber auf der Wahl eines Arbeiters und wählte, um ja bezüglich der Person des Arbeiters keinen Anlaß zu Beanstandungen zu geben, den Arbeiter, welchen das Bezirksamt kurz vorher in Vorschlag gebracht hatte, um an den in Berlin stattfindenden Beratungen über die Ausnahmebestimmungen bezüglich der Sonntagsruhe in der Industrie teilzunehmen. Unmittelbar nach diesen über die Wahl entstandenen Differenzen wurde sämtlichen Ausschußmitgliedern, bis auf einen und den Vorgeschlagenen, am nächsten Zahltag die Entlassung aus der Arbeit mitgeteilt.“ Auf späteres Befragen erklärte die Direktion der Gewerbeinspektion, die entlassenen Arbeiter hätten gegen die Anordnungen und Einrichtungen des Betriebes öffentlich und heimlich agitiert. Die betreffenden Arbeiter nahmen, so meinte *Wörishoffer*, begreiflicherweise einen ursächlichen Zusammenhang ihrer Entlassung mit ihrem Verhalten im Ausschuß an.

Solche Maßregelungen kamen mehrfach vor und dienten dazu, den Ausschußmitgliedern ihr Amt zu erschweren und in der Belegschaft das Vertrauen auf die Wirksamkeit des Ausschusses zu erschüttern. Das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber erzeugte vielfach auch auf der Arbeiterseite ein entsprechendes Mißtrauen und einen Mangel an Interesse. Die Wahlen zu den Ausschüssen fanden unter schwacher Beteiligung statt, und diese kamen ihren Pflichten nur widerwillig und säumig nach. Wenn betriebliche Mißstände vorhanden waren, wurde in den Sitzungen darüber kaum gesprochen, mußte doch befürchtet werden, sich bei der Fabrikleitung mißliebig zu machen und entlassen zu werden. So wurden die Arbeiterausschüsse oft selbst von den Arbeitern übergangen, und diese wandten sich dann an eine allgemeine Arbeiter-Beschwerde-Kommission wie in Frankfurt 1897, an die örtlichen Gewerkschaftsleitungen wie in Kiel, Flensburg und Neumünster 1894 oder wählten einen weiteren Sonderausschuß und beauftragten diesen, wie im Chemnitzer Bezirk 1901, mit dem Fabrikleiter zu verhandeln. Die Interessenlosigkeit der Arbeiter war vielfach eine Reaktion auf die ablehnende Haltung der Arbeitgeber. Diesen Tatbestand charakterisierte die badische Fabrikinspektion 1897, als sie feststellte: „Wo die Arbeiter gleichgültig sind gegen die Ausschüsse, haben sie damit trübe Erfahrungen gemacht. Wo sie dieselben fordern, sprechen sie damit die Hoffnung aus, daß sie doch noch einmal Einfluß erringen. Die Arbeiter sind also nicht gegen die Ausschüsse als solche. Mehrmals hatten die Arbeiter bei Ausständen die Errichtung und Anerkennung von Ausschüssen zur ausdrücklichen Forderung erhoben.“

b) Die Interessenlosigkeit und das Mißtrauen der Belegschaften

In den Berichten der Gewerbeinspektoren wurde allerdings nicht übersehen, daß die Arbeiter selbst vielfach eine positive Entwicklung der Ausschüsse

⁹ Amtliche Mitteilungen, aaO, Jg. 17 (1893), S. 158.

¹⁰ Bericht für das Jahr 1894, S. 70. Vgl. Herkner, Die Arbeiterfrage, aaO, 5. Aufl., S. 193.

behinderten, und die Schuld nicht überall bei der Arbeitgeberseite lag. Es fiel auf, daß bei manchen Belegschaften ähnlich wie bei den Unternehmern ein tief eingewurzelter Mißtrauen gegen die neue Institution bestand, das von außenstehenden Arbeiterorganisationen bewußt genährt wurde, vermutete man doch in diesen Fällen hinter den Arbeiterausschüssen eine neue und versteckte Form der Bevormundung des Arbeiters im Betriebe, wie ja auch nach Auffassung der Sozialdemokratie um 1890 grundsätzlich jede vom Arbeitgeber oder dem Staat ausgehende Maßnahme gegen die Freiheit und Unabhängigkeit des Arbeiters gerichtet war. Aus dem Chemnitzer Aufsichtsbezirk wurde 1895 mitgeteilt: „Will der Arbeitgeber betreffs wichtiger Einrichtungen etwas vom Ausschuss erfahren, so merkt man, daß sich die Leute immer unter dem Eindruck befinden, als ständen sie einer Falle gegenüber. Selbst die offensten und rückhaltlosesten Erklärungen helfen dagegen nichts.“ Aufrichtig gemeinte Anregungen des Unternehmers, ein ständiges Organ zur Regelung gemeinsamer betrieblicher Fragen zu schaffen, blieben in solchen Fällen meistens erfolglos. In einer Baumwollspinnerei im Bezirk Münster und in einer Fabrik im Anhalter Bezirk blieben beispielsweise Vorschläge der Geschäftsleitungen, Ausschüsse einzurichten, bei den Arbeitern unbeachtet.

Ein weiterer Grund für die Hemmnisse, die von Arbeiterseite bereitet wurden, war, daß die Belegschaften häufig zuviel von den Ausschüssen erwarteten und diese als ein Organ zur Durchsetzung weitgespannter sozialer Forderungen ansahen. Aus solcher Einstellung heraus war es nur zu erklären, wenn bekannte sozialdemokratische Agitatoren wie 1900 im Waldenburger Bergrevier oder „besonders mißtrauische und polternde Männer“ wie 1894 in der Oberpfalz in die Ausschüsse hineingewählt wurden, die dann nach den Inspektionsberichten „weder Anstand noch Maßhalten in den Forderungen kannten“. Auf einen ähnlichen Umstand ging ein sächsischer Gewerbebeamter näher ein, als er feststellte: „Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Arbeitgeber den Arbeitnehmern verhältnismäßig mehr entgegenkommen bezüglich der Herstellung eines guten Verhältnisses als umgekehrt. Es ist überaus schwer für den Arbeitgeber, mit dem Arbeitnehmer ein leidliches Verhältnis herbeizuführen.“ Als Beispiel wurde in diesem Bericht aus Sachsen erwähnt, „daß der Beamte der Gewerbeinspektion bei Vorträgen und Versammlungen von Arbeitervereinen und der Kommission für Berufsstatistik der Tischler zu Dresden und Umgebung Gelegenheit hatte, wahrzunehmen, wie die Arbeiter durch falsche Angaben über Löhne, Schutzvorrichtungen usw. systematisch zur Unzufriedenheit angeregt wurden.“ Es wurde dann ausführlich über die Betriebsverhältnisse einer größeren Stuhlfabrik berichtet, bei der eine nähere Nachprüfung ergab, „daß beinahe sämtliche Angaben des Vorstandes der Kommission für Berufsstatistik der Tischler zumindest übertrieben waren“¹¹. Ähnliche Erfahrungen wurden bei anderen ange-

lichen Mißständen gemacht, auf die die Beamten durch anonyme Anzeigen oder direkte mündliche Beschuldigungen hingewiesen worden waren. Unter diesen Umständen war es erklärlich, wenn Arbeiterfachvereine und andere außenstehende Arbeiterorganisationen das Wirken der betrieblichen Arbeiterausschüsse, die am besten alle erhobenen Beschwerden sachgerecht nachprüfen konnten, in ihrem Sinne zu beeinflussen suchten.

Auf der anderen Seite hegten die Belegschaften zuweilen auch ein starkes Mißtrauen gegen die eigenen Arbeitervertreter, besonders wenn diese mit der sittlichen Beaufsichtigung der minderjährigen Arbeiter vom Arbeitgeber beauftragt wurden. Die *Fabrik für chemische Produkte L. Vossen & Co.* in Neuß (Rhein) berichtete von den drei Mitgliedern ihres Arbeitervorstandes, „daß sie sich den Haß der übrigen Arbeiter zuziehen würden, indem eine noch so vorsichtige Handhabung der Einrichtung unter ihrer Mitwirkung Schwierigkeiten und Mißhelligkeiten unvermeidlich erscheinen lasse. Bei Vorgängen außerhalb der Fabrik würden sie sich gar nicht einmischen können“¹². Nach einer anderen Mitteilung des Aufsichtsbeamten für den Bezirk Kassel (1892) brachten die dortigen Arbeiter der neuen Einrichtung der Arbeiterausschüsse wenig Sympathie entgegen, „namentlich, wenn von dem Arbeiterausschuss eine Aufsicht über die Arbeiterschaft oder eine Rechtsprechung gegen Arbeiter erwartet werde. Der Leiter eines größeren Werkes teilt mit, daß der Ältestenrat Bestrafungen seinerseits nie aussprechen wolle, sondern dieses regelmäßig ihm selbst überlasse“¹³. In einer Tuchfabrik in Brandenburg schließlich wurde der Statutenentwurf eines Ältestenkollegiums von der Arbeiterseite mit dem Bemerkten abgelehnt, man wolle keinen Aufpasser haben und untereinander gleich behandelt sein.

Als das größte Hindernis für das Funktionieren der Arbeiterausschüsse, das von Belegschaften bereitet wurde, bezeichneten die Gewerbeaufsichtsbeamten aber fast übereinstimmend die Gleichgültigkeit der Arbeiter, die nach ihrer Meinung nicht so sehr als Reaktion auf die Ablehnung der Arbeitgeber als vielmehr als Mangel von sozialer Schulung zu verstehen war. Diese Arbeiter erblickten in den ausgeschriebenen Wahlen zu den Arbeiterausschüssen ganz einfach eine Belästigung und zwecklose Bevorzugung von einigen Arbeitskollegen, die aber an der Situation des Einzelnen doch nichts zu ändern vermochten. In einer Fabrik im Arnberger Bezirk mußte nach amtlichen Feststellungen schon im Jahre 1896 ein Arbeiterausschuss seine Tätigkeit auf ausdrücklichen Wunsch der Belegschaft wieder einstellen, obwohl der Direktor ein großes Interesse an der Einrichtung gezeigt hatte. In einer Fabrik im Koblenzer Raum konnte ein anderer Unternehmer 1897 die

¹² Schreiben der Firma L. Vossen & Co. in Neuß an den Verein für Sozialpolitik 1890. In: Sering, Arbeiterausschüsse, aaO, S. 153. Vgl. ferner die Arbeitsordnung der Firma v. 14. 3. 1889 ebd. S. 154.

¹³ Amtliche Mitteilungen, aaO, Jg. 17 (1892) S. 160.

¹¹ Arbeiterwohl Jg. 27, S. 482.

Ausschußmitglieder nur mit knapper Not zusammenbekommen, um mit ihnen die schon lange dringlich gewordene Verwaltung der Betriebskrankenkasse zu regeln. Im übrigen waren die Ausschußmitglieder froh, „wenn man sie in Ruhe ließ.“ Im Württemberger Jagst- und Neckarkreis wurde ebenfalls eine Besprechung unter sich oder mit dem Vorgesetzten als wenig nutzbringend und sogar unter der Würde des Arbeiters angesehen. Als „unfähig“ schließlich bezeichnete weiterhin ein Bericht aus dem Bezirk Frankfurt a. O.–Potsdam einen Ausschuß in einer Maschinen- und Dampfkesselfabrik, von dem der Direktor schrieb: „Bei uns besteht ein ständiger Arbeiterausschuß schon seit dem Jahre 1871 und sollte zunächst bei der Verwaltung der seitens der Firma gegründeten Pensions-Invalidenkasse mitwirken. Später wurde er bei der Beratung der Arbeitsordnung sowie bei der Beaufsichtigung des Arbeiterkonsumvereins, der Lehrlings-Fortbildungsschule und sonstigen Fragen zugezogen. Leider war bei den Ausschußmitgliedern das Interesse für die gesamten Einrichtungen nicht zu wecken. Sie erwiesen sich vielmehr als nicht befähigt für die Mitwirkung bei den Fragen und zeigten sich schließlich auch ganz abgeneigt dagegen.“¹⁴

Bezeichnend für die Gleichgültigkeit auf der Seite der Belegschaft war vor allem der Umstand, daß der vorgeschriebene Erlaß der Arbeitsordnung bzw. die Abänderung derselben fast überall ohne nennenswerten Einspruch der Arbeiter erfolgte. „Es müßte dies“, so stellte der Fabrikinspektor für den Bezirk Köln-Koblenz im Jahre 1893 fest, „eigentlich auffallen in Anbetracht der erheblichen Zahl solcher Entwürfe zu Arbeitsordnungen, welche wegen einzelner Härten in ihren Bestimmungen von Aufsichtsbeamten beanstandet wurden, wenn man nicht einerseits eine gewisse Gleichgültigkeit der Arbeiterkreise, andererseits den Zwang zu berücksichtigen hätte, der durch den Einfluß der Leitung durch Kündigung ausgeübt werden konnte.“¹⁵

Tatsächlich wurden nur wenige Bedenken durch die Arbeiter bei der Anhörung zur Arbeitsordnung angemeldet. Die Mitwirkung erstreckte sich, wie ein Aufsichtsbeamter in Württemberg vermerkte, in der Regel darauf, der Arbeitsordnung zuzustimmen. Einwendungen wurden meistens nur in den Fabriken erhoben, „in welchen die Arbeiter in der Bildung selbständiger Ansichten fortgeschritten waren oder Fachvereinen angehörten, mit denen sie die vorgelegten Arbeitsordnungen besprechen konnten“¹⁶.

Lediglich in einigen Fällen führte die Anhörung der Arbeiter zu Arbeitseinstellungen. Im Aufsichtsbezirk Minden protestierten die Arbeiter gegen eine Bestimmung der Arbeitsordnung, nach der alle die einen Verweis oder Entlassung erhalten sollten, die ohne ärztliche Bescheinigung einen oder mehrere Tage von der Fabrik fernblieben. Die Arbeiter wandten dagegen ein, daß sie noch nebenbei landwirtschaftliche Arbeiten verrichten und teilweise

¹⁴ Amtliche Mitteilungen, aaO, Jg. 18 (1893) S. 246.

¹⁵ Amtliche Mitteilungen, aaO, Jg. 18 (1893) S. 154.

¹⁶ Ebd., S. 158.

in einem Heuerlingsverhältnis stehen würden, so daß wegen Zeitmangels während der Ernte eine rechtzeitige Entschuldigung oft nicht ausführbar sei. In diesem Falle meinte aber der Aufsichtsbeamte, daß ein solches Fernbleiben mit einem geordneten Fabrikbetrieb nicht zu vereinbaren und diese Bestimmung daher Rechtsens sei. In einem anderen Falle wollten die Arbeiter in einer Töpferei im Herzogtum Anhalt die Arbeitsordnung aus dem Grunde nicht anerkennen und die Arbeit eventuell niederlegen, „weil das Rauchen und Biertrinken (Auflegen von Fäßchen) während der Arbeit verboten sein sollte und die betreffenden Arbeitervertreter hierin eine Beschränkung der persönlichen Freiheit erblickten“¹⁷. Dem Zureden des Gewerbeinspektors gelang es schließlich, den Widerspruch der Arbeiter zu beseitigen. Lediglich in Sachsen-Altenburg gab die Anhörung der Arbeitsordnung in zwei Fällen Anlaß zum Streik.

Insgesamt bot die schwache Entwicklung der freiwilligen Arbeiterausschüsse um die Jahrhundertwende kein sehr ermutigendes Bild und veranlaßte selbst Sozialreformer, die ursprünglich für die Idee der Betriebsvertretung eingetreten waren, davon wieder abzurücken. So erklärte der Nationalökonom *Wilhelm Stieda* im Jahre 1898 resignierend auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß in Berlin: „Die Arbeiterausschüsse, obschon sie eine Vorstufe bei der Organisation sein könnten, haben sich in der Praxis nicht bewährt. Sie werden in ihrer gegenwärtigen Zusammenstellung und mit ihren gegenwärtigen Kompetenzen wohl in Zukunft für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses keine nennenswerte Bedeutung erlangen können.“¹⁸ In derselben Richtung bewegte sich auch die Diskussion auf dem Kongreß, bei der sich der bekannte Berliner Lithograph *Tischendörfer* der Versammlung selbst als „so ein elendes Arbeiterausschußmitglied“ vorstellte. Nicht weniger pessimistisch stellte der hessische Steingutfabrikant *Max Roesler*, der als Vorsitzender des Gesamtverbandes der keramischen Industrie Deutschlands in den achtziger Jahren in Wort und Tat für die Arbeiterausschüsse sich eingesetzt hatte, im Jahre 1895 in einer kleinen Broschüre fest: „Ihre Einführung, ihr Bestand und ihr Gedeihen in vielen Fabriken sind noch öfters an dem Unverstande, dem Mißtrauen, der Unlust und dem Übelwollen, auch der Ängstlichkeit der Arbeiter als an der ablehnenden Haltung der Fabrikleitung gescheitert.“¹⁹

¹⁷ Ebd., S. 159.

¹⁸ Die Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses, abgehalten in Berlin 1898 (Protokoll), Göttingen 1898, S. 30. – Vgl. dazu *Wilhelm Stieda*, Artikel „Arbeitsordnung und Arbeiterausschüsse“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Aufl., Bd. 1 und Ders., Arbeitsordnungen in Deutschland. In: Handelsmuseum Jg. 6 (1892), H. 19. – Über den von *Stöcker*, *Harnack*, *Ad. Wagner* und *Hans Delbrück* im Anschluß an die Februarerlasse Pfingsten 1890 gegründeten Evangelisch-sozialen Kongreß vgl. neben den Kongreßprotokollen vor allem die von dem Generalsekretär *W. Schneemelcher* herausgegebenen Mitteilungen „Evangelisch-Sozial“.

¹⁹ *Max Roesler*, Über den Arbeiterkrieg, Berlin 1895, S. 47.

Die ungünstige Entwicklung der Ausschüsse nach 1891 bis um die Jahrhundertwende hatte bei näherem Zusehen eine ganze Reihe von Ursachen, die sich aber erst aus einer sorgfältigen Summierung der verschiedenen Gewerbeinspektionsberichte ergaben und von dem einzelnen Beamten nicht überall vollständig zu erkennen waren.

Die Bedeutungslosigkeit der betrieblichen Arbeitervertretungen resultierte zunächst einmal aus dem zwiespältigen Charakter und der unklaren Zielsetzung, die der Gesetzgeber ihnen mitgegeben hatte. Auf der einen Seite sollten die Ausschüsse an einem friedlichen Ausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern mitwirken; auf der anderen Seite aber ein Aufsichts- und Kontrollorgan bei der Beachtung der Arbeitsordnung sein, womit gerade die Gegensätzlichkeit wiederum unterstrichen wurde. Der Gesetzgeber hatte die Anhörung der Arbeiterschaft bei dem Erlaß oder der Abänderung der Arbeitsordnung als einen ersten Schritt und als Beispiel einer ständigen Mitwirkung der Belegschaft an ähnlichen gemeinsamen betrieblichen Angelegenheiten gewählt, vor allem aber die Schaffung ständiger Vertrauensorgane im Auge gehabt. Von vielen Arbeitgebern wurde diese in den Denkschriften und Reichstagsdebatten oftmals ausgesprochene Absicht bewußt oder unbewußt nicht zur Kenntnis genommen und die Ausschüsse nur als ein bequemes Vermittlungsorgan ihrer Anordnungen oder nur als dekoratives Anhängsel betrachtet, das nach dem Erlaß der Arbeitsordnung keinerlei neue Funktionen mehr zugewiesen erhielt. Die erste Hauptursache für das Versagen lag also in der vom besten Willen getragenen, aber letztlich höchst unklaren Konstruktion der gesetzlichen Bestimmungen, die nur indirekt auf das eigentliche Ziel zusteuerten und daher oft mißverstanden wurden.

Ebenso wesentlich für den Mißerfolg war aber, daß die Interessenlosigkeit einer oder beider Parteien die Institution zu einem bloßen Schattendasein verurteilte. Vorwiegend war die Ablehnung der Arbeitgeber, den Ausschüssen weitere betriebliche Kompetenzen zu verleihen und sie zu einem lebensfähigen Gebilde auszugestalten, der erste Anlaß, auf den dann die Gleichgültigkeit der Arbeiter als Reaktion erfolgte. Es gab allerdings auch nicht wenige Fälle, in denen mangelnde soziale Aufklärung, wenig vorhandenes Umstellungsvermögen oder einfache Trägheit und Inaktivität den Ausschüssen selbst dann ein Grab bereiteten, wenn die Unternehmer guten Willens waren. Die mehr indirekte Beförderung des Arbeiterausschuß-Gedankens durch die Arbeiterschutznovelle hing gerade wegen der Freiwilligkeit der Einrichtungen in wahrhaft entscheidender Weise davon ab, ob es gelang, vor allem die Arbeitgeber von dem Nutzen der neuen Institutionen zu überzeugen. Schon *Oechelhäuser*, *Hitze*, *Roesler* und andere hatten in den siebziger und achtziger Jahren vorausgesagt, daß ein Erfolg oder ein Mißerfolg der Arbeiterausschüsse in erster Linie in den Händen des Arbeitgebers liegen werde, daß

dieser sich der wichtigen sozialen Aufgabe mit viel Geduld und unbekümmert um anfängliche Mißerfolge widmen müssen²⁰.

Wenn sich jedoch die Unternehmer und die Belegschaft für die neue betriebliche Einrichtung ehrlich interessierten, so erwuchsen erneut zwei nicht vorhergesehene Hemmnisse für die Entwicklung: Während die Arbeitgeber in diesen Fällen fast durchweg die Tätigkeit der neuen Ausschüsse mit unberechtigt großer Sorge betrachteten, setzten umgekehrt die Arbeiter gleich zu viele Hoffnungen auf die Betriebsvertretungen. Bei den Arbeitgebern herrschte vielfach eine heute fast unglaublich erscheinende Furcht vor einer sozialdemokratischen Agitation und Unterwanderung der Betriebe, die allerdings eng mit der damaligen innenpolitischen Entwicklung in Verbindung stand. Nach den Anarchistenattentaten auf den italienischen Ministerpräsidenten und den französischen Staatspräsidenten, die die Erinnerungen an die Pariser Kommune und das *Nobilingsche* Attentat auf *Wilhelm I.* weckten, forderten die konservative und die nationalliberale Partei eine neue Umsturzvorlage der Regierung, um das alte Sozialistengesetz wieder in Gang zu setzen. Die Tagungen und Beschlüsse der sozialistischen Internationale wie auch das starke Anwachsen der Sozialdemokratischen Partei während der letzten Wahlen waren weitere Anlässe, diesen Bestrebungen innerhalb der Kartellparteien eine gewisse Gefolgschaft zu sichern. *Berlepsch*, der gerade als nächsten Schritt seiner Sozialreform eine rechtliche Anerkennung der Arbeiterorganisationen, zunächst der Gewerkschaften, vorbereitete, geriet unter der Kanzlerschaft *Caprivis* und *Hohenlohe-Schillingsfürsts* immer mehr in Vereinsamung und schließlich in offenen Widerspruch mit der amtlichen Regierungspolitik, so daß er 1896 seinen Abschied nahm. Der neue preußische Handelsminister, *Ludwig Brefeld*, galt als ein Vertrauensmann des „Centralverbandes deutscher Industrieller“, so daß allgemein vom Ende des „Neuen Kurses“ in der Sozialpolitik gesprochen wurde. Die beginnende Periode staatlicher Repräsentativpolitik in der Arbeiterfrage, die vor allem durch die Umsturzvorlage 1895, die „Zuchthaus-Vorlage“ von 1899 und einen weitgehenden Stillstand der allgemeinen Arbeiterschutzesgesetzgebung gekennzeichnet war, konnte kaum die rechte Atmosphäre für ein Aufblühen der kränkenden Arbeiterausschüsse sein.

Die Haltung *Kaiser Wilhelms II.* in dieser Frage spiegelte, wenn auch etwas verzerrt, die Stimmung weiter Kreise des Bürgertums wider, die zu diesem Zeitpunkt einer Anerkennung von Arbeiterorganisationen mit großer Re-

²⁰ So stellte der mehrfach erwähnte Linksrheinische Verein für Gemeinwohl am 31. Januar 1889 in einer Denkschrift fest: „Wir wollen aber von vornherein betonen, daß die dem Arbeiterausschuß zugeschriebenen segensreichen Wirkungen nur dann erreicht werden können, wenn der Arbeitgeber es versteht, den toten Buchstaben der Satzung Leben einzuhauchen.“ Vgl. *Arbeiterfreund*, Jg. 27 (1889), S. 478.

serve gegenüberstanden. Sein Interesse an den Arbeiterausschüssen war schon bald nach den Februarerlassen merklich erlahmt, als sich kein spontaner Erfolg der sozialpolitischen Maßnahmen zeigte. Im Gegensatz zu *Berlepsch*, der behutsam vorging und erst auf längere Zeit gesehen mit einer Besserung der gesellschaftlichen Spannungen rechnete²¹, erwartete der ungeduldige Kaiser in kürzester Frist „politische Zinsen von der sozialen Kapitalsanlage“. Als er sah, daß die 1890 verabschiedeten einzelnen Reformmaßnahmen nicht sofort die erhoffte Wirkung erzielten – nämlich die Arbeiter für sich und den Thron einzunehmen – schwenkte er sofort in das Gegenlager über und überlegte, wie man anstelle von Reformgesetzen nun mit Strafgesetzen der immer stärker werdenden Arbeiterbewegung Herr werden könne. Bezeichnenderweise wurde *Stumm* ab 1892 einer seiner engsten Vertrauten. Im Grunde hatte *Wilhelm II.* mit dem von ihm gebrauchten Begriff des „roi des gueux“ wie auch mit den nach *Berlepschs* Ideen konzipierten Februarerlassen nur eine Zeitlang kokettiert, ohne die wahre Bedeutung der Arbeiterfrage zu erfassen. Daß er sich in seiner ersten Enttäuschung von dem weitgesteckten Programm zur Herstellung einer sozialen Gleichberechtigung und Emanzipation des Arbeiters wieder abwandte, wurde als schwerer Vorwurf gegen ihn erhoben. Wenn auch seine Haltung nicht allein den Ausschlag gab, so trug sie doch dazu bei, den Ausbau der bescheidenen Ansätze einer Mitbestimmung im Betrieb zu vereiteln und die Repressivmaßnahmen der „*Ära Stumm*“ in der öffentlichen Meinung zu sanktionieren. Viele Sozialreformer sahen voller Betrübnis, daß der Kaiser wie in der Außenpolitik, so auch in der Sozialpolitik zu einem unglücklichen Zickzack neigte und der im „Neuen Kurs“ zum Ausdruck kommende Versöhnungswille gerade in dieser Frage am ehesten wieder ins Gegenteil umschlug. Es sei, so stellte *Theodor Lohmann* im Hinblick auf die Forderung nach einer Arbeitervertretung in den Februarerlassen ironisch fest, das Merkwürdige an solchen Dokumenten, „daß viel

²¹ In einer Denkschrift vom 29. Mai 1895, in der *Berlepsch* die Bedingungen für sein weiteres Verbleiben in der Reichsregierung zusammenfaßte, führte er über seine Erwartungen hinsichtlich der Sozialpolitik aus: „Die Gründe, die namentlich von seiten der Großindustrie... gegen eine Weiterführung der Sozialreform auch in den angegebenen Grenzen geltend gemacht werden, daß durch sie nur die Begehrlichkeit des Arbeiters gemehrt, sie nicht zufriedengestellt und nicht der Sozialdemokratie entfremdet würden, kann ich nicht als stichhaltig anerkennen. Es liegt in der Natur aller Reformen, die mit Rücksicht auf die geschichtliche Entwicklung und die tatsächlichen Verhältnisse vorsichtig unternommen werden, daß sie diejenigen, zu deren Gunsten sie eingeleitet sind, mögen diese zu den besitzlosen oder den besitzenden Klassen angehören, zunächst nicht befriedigen. Es werden Jahrzehnte vergehen, bis mit einer durch sie bewirkten allgemeinen Besserung der Lage der Arbeiter ihre Stimmung zugunsten der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sich ändert...“ Vgl. Karl Alexander v. Müller, Der dritte deutsche Reichskanzler. In: Sitzungsberichte der bayerischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse, 1931/32, S. 32, zitiert nach Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz, aaO, S. 121.

mehr darin steht, als diejenigen, welche sie abgefaßt haben, gewußt und begriffen haben.“

Durch die staatliche Repressivpolitik der neunziger Jahre in eine Art Kampfstellung gedrängt, suchten viele der neu gegründeten Ausschüsse sich enger an die Arbeiterbewegung anzulehnen und besonders bei den christlichen und freien Gewerkschaften Rückhalt zu finden. Die wachsende gewerkschaftliche Orientierung dieser Ausschüsse führte dazu, daß auf der Arbeitnehmerseite der ursprüngliche Gedanke eines gemeinsamen Vertrauensorgans in den Hintergrund trat. Ein Nebenresultat war, daß die von *Franz Hitze* und dem Zentrum vornehmlich ausgehenden Bestrebungen zur christlichen Regeneration der Fabrik mit Hilfe einer „Werksfamilie“ durch diese Entwicklung weitgehend illusorisch wurden. Zwar fand die Betonung des Gemeinschaftsverhältnisses und die Ablehnung des Klassenkampfgedankens weiterhin die Unterstützung der konfessionellen christlichen Gewerkschaften, doch trat mit der Verschärfung des sozialen Konfliktes nach 1891 auch bei ihnen der Kampf um die materielle Lage der Arbeiterschaft mehr und mehr in den Vordergrund, auch sie lernten den Streik als gefährliche Waffe handhaben. Die veränderte innenpolitische Situation hatte auch die Entwicklung der Arbeiterausschüsse auf ein völlig neues Gleis geschoben.

c) Günstige Resultate

Zur Abrundung des geschichtlichen Bildes gehören allerdings auch die in der Minderzahl vorhandenen Arbeiterausschüsse, bei denen sich trotz der vielen hemmenden Einflüsse eine positive Entwicklung abzeichnete. Am günstigsten lauteten die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten nach 1891 zunächst aus Niederbayern. Hier waren den Ausschüssen von Anfang an größere Befugnisse als gewöhnlich eingeräumt worden, und von Jahr zu Jahr wurden sie noch erweitert. Die etwa 20 nach dem Erlaß der Gewebenovelle errichteten Arbeiterausschüsse hatten u. a. das Recht zur Beilegung von Streitigkeiten in Lohnfragen, zur Wahrung der Arbeiterinteressen hinsichtlich der Gesundheit und Sicherheit im Betrieb, zur Verwaltung der Sozialeinrichtungen, zur Überwachung der jugendlichen Arbeiter sowie zur Fürsorge für erkrankte Belegschaftsangehörige neben der Mitwirkung beim Erlaß und der Beaufsichtigung der Fabrikordnung erhalten²². Als Folge davon faßten die Arbeiter Vertrauen zu der Wirksamkeit der Ausschüsse, und die Arbeitervertreter setzten ihre ganze Kraft ein, ein dauernd gutes Verhältnis in den Betrieben herzustellen. Wie die Berichte von 1892, 1893, 1897, 1898, 1903 und 1904 erwähnten, wurde das beiderseitige Interesse an den neuen Institutionen rege erhalten und der Beweis erbracht, daß bei beiderseitigem ehrlichem Willen die Ausschüsse eine recht leistungsfähige Tätigkeit entfalten

²² Amtliche Mitteilungen aaO, Jg. 18 (1893), S. 248.

konnten. Nach dem Jahresbericht von 1903 stieg die Zahl der Betriebsvertretungen sogar auf 31. In den übrigen Bezirken des Königreiches Bayern war dagegen in dieser Periode nur wenig Verständnis für die Arbeiterausschüsse anzutreffen. Nur ganz vereinzelt konnte auf ein gedeihliches Wirken hingewiesen werden wie etwa bei den Firmen *F. S. Kustermann* in München, der *Nähmaschinenfabrik Pfaff* in Kaiserslautern und der *Schuhfabrik Heilmann* in Schweinfurth, die aber sämtlich vor Erlass der „Lex Berlepsch“ ihre Betriebsvertretungen freiwillig eingeführt hatten. Sonst standen die Ausschüsse in Bayern vorwiegend auf dem Papier. In Oberbayern gaben erst 1897 einige Arbeitgeber ihren bis dahin konsequent ablehnenden Standpunkt auf, und zur gleichen Zeit wurde auch erstmals in Unterfranken die Selbständigkeit und Unabhängigkeit einiger Fabrikausschüsse hervorgehoben. Zwischen 1898 und 1902/03 folgte dann die Oberpfalz mit einigen positiven Nachrichten.

Die Berichte aus Württemberg, das entsprechend seiner politischen Vergangenheit der konstitutionellen Betriebsverfassung verhältnismäßig viel Interesse entgegenbrachte, klangen von Anfang an teilweise recht ermutigend. Besonders im Jagst-, Neckar- und Donaukreis funktionierten Arbeiterausschüsse, die fast immer zugleich auch Vorstände der Betriebskrankenkassen waren, hervorragend und wurden von den Unternehmern auch in allen anderen möglichen Angelegenheiten zu Rate gezogen. Aus dem Donaukreis berichtete 1894 ein Gewerbeinspektor: „Die bis jetzt in 25 Fabriken des Aufsichtsbezirkes organisierten Arbeiterausschüsse haben sich durchaus bewährt. In ständiger Fühlung mit der Betriebsleitung einerseits und den Arbeitern andererseits haben sie schon mehrfach Gelegenheit gehabt, in schwebenden Fragen zur Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beizutragen. Den Ausschüssen wird eine möglichst weitgehende Anteilnahme an der Verwaltung der zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen, insbesondere der Fabrikantinen, eingeräumt. In einigen Fabriken ist ihnen auch die Aufgabe zugewiesen, Streitigkeiten der Arbeiter unter sich zu schlichten.“ Allerdings – das muß hier zur Erklärung hinzugefügt werden – handelte es sich hierbei nicht um großstädtisches Industrieproletariat, sondern um vorwiegend ländliche Arbeiterbevölkerung²³. Besonders lobend erwähnt wurde der „Wohlfahrtsverein“ der *Württembergischen Metallwarenfabrik* in Geislingen/Steige, den Direktor *Carl Haegele* schon 1887 als erste Form einer

²³ Das geht aus der Bemerkung eines württembergischen Fabrikinspektors aus dem Jahre 1899 hervor, der feststellte: „Die Heranziehung der Arbeiter zur Verwaltung der Strafgeleider und Überschüsse aus den Kantinen trägt neben der erzieherischen Wirkung, die sie namentlich auf die ländliche Arbeiterbevölkerung ausübt, sehr zur Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei.“ Über die Verhältnisse der Arbeiter Württembergs in den neunziger Jahren vgl. die kürzlich erschienenen Memoiren des evangelischen Arbeitersekretärs August Springer, *Der Andere das bist Du*, Tübingen 1954.

Betriebsvertretung eingerichtet hatte²⁴ und der Arbeiterausschuß des über 500 Mitglieder zählenden Arbeitervereins „Harmonie“ bei den drei Fabriken der Firma *A. Gutmann & Co.* in Göppingen. Dort schlichtete der Ausschuß die Streitigkeiten zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitnehmern so gut, daß in keinem Fall das zuständige Gewerbegericht in Göppingen angerufen werden mußte. Auf Antrag der Arbeitervertretung wurden von dem Unternehmer verhängte Geldstrafen gemildert oder aufgehoben und selbst Kündigungen rückgängig gemacht. Ein Bericht aus dem Jagst- und Neckarkreis faßte im Jahre 1903 sein Urteil in den Sätzen zusammen: „Die Arbeiterausschüsse sind, wo solche bestehen und richtig zusammengesetzt sind, von gutem Einfluß auf das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewesen. Kleine Differenzen wurden von ihnen ausgeglichen und vielfach auch die Arbeiter über ihre manchmal sehr unsicheren Ansichten von ihren Rechten und Pflichten belehrt.“

In Preußen und Sachsen bezogen sich die günstigen Berichte der Gewerbeaufsicht zumeist auf solche Betriebe, die schon vor dem Erlass der Gewerbeordnungsnovelle freiwillig Betriebsvertretungen eingerichtet hatten. Neben der *Freese'schen Jalousie- und Holzpflasterfabrik* in Berlin waren dies vor allem die schon erwähnte *Tonwarenfabrik Bärensprung & Starke* im sächsischen Frankenau und die damit in Verbindung stehenden Firmen des Mittweidaer Arbeitgebervereins. Typisch für das gute Weiterfunktionieren der „alten“ Arbeiterausschüsse war der Bericht eines Gewerbeinspektors über den Ausschuß in der *Mechanischen Bautischlerei Bad Oeynhausen* aus dem Jahre 1894, in dem es hieß: „Schon im Jahre 1890 habe ich auf die segensreiche Wirksamkeit des Arbeiterausschusses hingewiesen, der etwa 230 in der Tischlerei beschäftigte Personen vertritt. Bei Durchsicht des Protokolls fand ich bestätigt, daß sich diese Einrichtung seit jener Zeit gut bewährt hat.“ Demgegenüber spielten die erfolgreichen Neugründungen nur eine untergeordnete Rolle. Besondere Erwähnung fanden nur der 1900 errichtete ständige „Wohlfahrts- und Sicherheitsausschuß“ bei der *Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft (AEG)* und die von *Richard Rösicke* eingerichtete Betriebsvertretung bei der *Schultheiß-Brauerei* in Berlin²⁵. Bemerkenswert war allerdings, daß

²⁴ Vgl. die Statuten des 1887 gegründeten „Wohlfahrtsvereins der Angehörigen der Württembergischen Metallwarenfabrik in Geislingen/Steige“ und das Schreiben *Carl Haegeles* (Direktor von 1880–1898) an den Verein für Sozialpolitik am 8. 7. 1890. In: *Sering, Arbeiterausschüsse* aaO, S. 53. Über die Geschichte der von *Daniel Straubs* in Geislingen gegründeten „*Plaque-Fabrik*“ unterrichtet die Festschrift *Geformtes Metall – gestaltetes Glas*. Ein Buch vom Entstehen modernen Haushaltsgerätes, hrsg. von der Württembergischen Metallwarenfabrik, Geislingen/Steige im 100. Jahre ihres Bestehens, Stuttgart 1953, S. 70.

²⁵ Die unter Leitung *Emil Rathenaus* stehende „*Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft*“, die 1883 unter dem Namen „*Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Electricität*“ in Berlin gegründet worden war, führte zuerst in ihrer Maschinenfabrik eine Betriebsvertretung ein, als nach der Jahrhundertwende die Produktion und die

sowohl in Preußen wie in Sachsen Fälle bekannt wurden, in denen unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse die Arbeitszeit zur beiderseitigen Zufriedenheit verkürzt wurde. So hob 1892 der Aufsichtsbeamte im Bezirk Köln-Koblenz hervor, daß in einer Fabrik unter Mitarbeit der Betriebsvertretung eine gegen früher erheblich verkürzte Arbeitszeit eingeführt worden sei, ohne daß sich eine Verminderung der Gesamtarbeitsproduktivität zeigte. „Nicht zum wenigsten schreibe ich dies der persönlichen Einwirkung der Arbeitervertreter zu“, hieß es, „welche ein Interesse haben, darauf zu achten, daß die unter ihrer Beteiligung zustande gekommene Einrichtung keinen Anlaß zu ihrer Aufhebung gebe.“²⁶ Noch aufschlußreicher war die Mitteilung eines Gewerbeinspektors aus Chemnitz über einen ähnlichen Fall, in dem es unter wesentlicher Mitwirkung der Arbeiterausschüsse mehrerer Strumpffabriken im sächsischen Erzgebirge gelungen war, mit den Unternehmern eine Einschränkung der Wochenarbeitszeit zu vereinbaren. Der Bericht darüber lautete:

„In dem Fabrikdorf Thalheim erfolgte im Dezember des Berichtsjahres (1893) unter Hinweis auf die ungünstige Geschäftslage und den äußerst gedrückten Preis der Waren in einer Anzahl von Strumpffabriken eine Herabsetzung des Lohnes von 5 bis 15 %. Hierbei war teilweise so verfahren worden, daß den Arbeitern die Wahl gelassen wurde, entweder sich sofort die Lohnkürzungen auch an dem bereits verdienten Lohne gefallen zu lassen oder das Arbeitsverhältnis nach Ablauf der Kündigungsfrist als gelöst zu betrachten. Infolge dieser Maßnahme traten die Arbeiterausschüsse aus den betreffenden Fabriken – einige Fabrikbesitzer hatten es unverständlicherweise für angezeigt gehalten, ihren Ausschußmitgliedern im Falle der Teilnahme an der Versammlung mit sofortiger Entlassung zu drohen – zusammen, um über die Frage, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen gebessert werden könnten, zu beraten. Der Beratung wohnte ein Vertreter der Kgl. Amtshauptmannschaft Chemnitz bei. In der Versammlung wurde allseitig geltend gemacht, daß so bedeutende Lohnherabsetzungen in Anbetracht der ohnehin

Belegschaft sprunghaft zunahm. Der „Wohlfahrts- und Sicherheitsausschuß“ konnte bereits im ersten Jahr seines Bestehens einen Erfolg erzielen, indem er durchsetzte, daß Vorrichtungen für Ventilation und Staubabsaugung sowie gegen Feuergefahr angebracht wurden. Zur Firmengeschichte vgl. Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft, 2 Bde., Berlin 1899. – Das Kabelwerk der Allgemeinen Electricitätsgesellschaft (AEG) Berlin 1908. – Die Allgemeine Electricitätsgesellschaft (Berlin) 1883 bis 1908, Berlin 1908. – Conrad Matschoß, Die geschichtliche Entwicklung der Allgemeinen Electricitätsgesellschaft (AEG) in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens. In: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie, Jahrbuch des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), Jg. 1 (1909). – AEG (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft) 1883 bis 1923, Berlin 1924. – Der AEG-Konzern 1930. Aufbau, Werke und Arbeitsgebiete des AEG-Konzerns, der Holdinggesellschaften und Beteiligungen, Berlin 1930 (2. Aufl. 1932). – 75 Jahre AEG, Berlin-Frankfurt/M., 1958. – Über Rösickes sozialpolitisches Wirken vgl. E. Sassenbach, 25 Jahre Berliner Gewerkschaftsbewegung, Berlin o. J.

²⁶ Amtliche Mitteilungen aaO, Jg. 17 (1892) S. 161.

niedrigen Akkordsätze nicht ertragen werden könnten und auch nicht nötig seien. Die üble Lage, in welcher die Arbeitgeber gerade seien, wäre zum Teil dadurch herbeigeführt worden, daß vielfach über den Bedarf produziert und dann zu jedem Preise verkauft wurde. Um dem Preisdruck zu begegnen, müsse die Produktion eingeschränkt und die in Thalheim übliche 13-stündige Arbeitszeit verkürzt werden. Es wurde hiernach einstimmig der Beschluß gefaßt, die Kgl. Amtshauptmannschaft als Gewerbegericht zu ersuchen, dahin zu wirken bzw. zu vermitteln, daß die Arbeitszeit in Thalheim gleichmäßig verkürzt werde und weitere Lohnherabsetzungen nicht vorgenommen werden möchten. Nunmehr nahm die Kgl. Amtshauptmannschaft die Angelegenheit in die Hand; in einer von ihr einberufenen Versammlung einigten sich zunächst die Fabrikbesitzer von Thalheim dahin, bis auf weiteres täglich nur acht Stunden arbeiten zu lassen und Lohnkürzungen nicht vorzunehmen...“²⁷

Eine solche weitgehende Mitbestimmung in Lohn- und Arbeitszeitfragen bildete zu Beginn der neunziger Jahre allerdings nach den Berichten der Gewerbeaufsicht eine Ausnahme. Eine Seltenheit war es ferner, daß bei einem Streik im sächsischen Crimmitschau im Winter 1903/04, bei dem etwa 7000 Weber um den Zehnstudenten kämpften, die Anerkennung der Arbeiterausschüsse zu einem besonderen Punkt der Forderungen gemacht wurde.²⁸

Im Großherzogtum Hessen hatten von Anfang an die Arbeiterausschüsse in einigen Betrieben des Mainzer Gewerbeaufsichtsbezirkes eine günstige Entwicklung genommen. Seit 1894 hatten vor allem die größeren Fabriken hier vielfach Betriebsvertretungen, die nicht nur zur Beratung der Arbeitsordnung, sondern auch zur Regelung der Arbeitszeit (vgl. das frühere Beispiel aus der Wormser Lederindustrie!) und bei Neueinstellungen von Arbeitskräften herangezogen wurden. Verschiedene Arbeitgeber versammelten ihre Ausschußmitglieder regelmäßig von Zeit zu Zeit, um mit ihnen die Angelegenheiten der Fabrik zu besprechen. 1896 wurden im Mainzer Bezirk 62 Arbeiterausschüsse gezählt, was gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung

²⁷ Amtliche Mitteilungen aaO, Jg. 18 (1893) S. 248 ff. – Die heutige Stadt Thalheim bei Stollberg im Erzgebirge ist seit 1730 als ein Hauptsitz der sächsischen Strumpfwirkerei bekannt. In Thalheim, das schon 1830 ein reines Industriedorf darstellte, gab es 1840 bereits 269 Strumpfwirkmeister mit etwa 500 Stühlen. 1924 wurden in den Thalheimer Strumpffabriken 5000 Arbeiter beschäftigt, wobei die dortigen Firmen etwa 10 v. H. der sächsischen Wirkwarenindustrie repräsentierten.

²⁸ Der Weberstreik von Crimmitschau ist sozialgeschichtlich besonders relevant, weil er für die deutschen Unternehmerverbände den Anlaß für einen engeren Zusammenschluß bildete. Als direkte Folge des Ausstandes entstanden die großindustriell ausgerichtete „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“, die dem Centralverband deutscher Industrieller angegliedert wurde, und der unter Führung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller stehende „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“, der die mittleren und kleineren Gewerbeunternehmer bis zum handwerklichen Betrieb hinunter erfaßte. Vgl. Gerhard Albrecht: Sozialpolitik. In: Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd. 16, Göttingen 1955, S. 68, und Herkner, Die Arbeiterfrage, 5. Aufl., aaO, S. 224 ff.

von 23 bedeutete. Vielfach konnten Lohndifferenzen durch die Ausschüsse beseitigt und in einem Fall sogar ein Streik abgewendet werden, der sonst mit ziemlicher Sicherheit eingetreten wäre. Wenn einige Unternehmer bei ihren Ausschüssen keinerlei Fortschritte feststellen konnten, so lag das nach Ansicht der Beamten daran, daß diese Arbeitgeber selbständig ältere Arbeiter mit der Leitung der Ausschüsse beauftragt hatten, die aber deswegen keinerlei Vertrauen in der Belegschaft besaßen. Erst allmählich wurde von diesen Unternehmern eingesehen, daß nur „dann der Ausschuß sich bei Streitigkeiten bewähren konnte, wenn er sich auf einen unbedingten Rückhalt in der Arbeiterschaft stützen konnte. Sie fingen deshalb an, die Ausschüsse aus geheimen Wahlen hervorgehen zu lassen. Die Neubildung von Ausschüssen wurde ferner dadurch erleichtert, daß auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter immer mehr Wert auf das Vorhandensein solcher Arbeitervertretungen legten. Wie in Sachsen wurde in einigen Streikfällen die Errichtung von Ausschüssen als besondere Forderung erhoben.

Aus den übrigen deutschen Mittel- und Kleinstaaten kam nur ganz vereinzelt Kunde von einem tatkräftigen Wirken der neuen Betriebsvertretungen, wie etwa von der *Brauereigesellschaft vorm. Sinner im Grünwinkel* bei Karlsruhe, der damals bedeutendsten deutschen Preßhefefabrik, den *Rheinmühlenwerken* und der *Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen Heinrich Lanz*, beide in Mannheim²⁹.

Insgesamt ergeben die Jahresberichte der Gewerbeinspektoren in den einzelnen deutschen Bundesstaaten ein anschauliches Bild über die Ausbreitung und das tatsächliche Funktionieren der fakultativen Arbeiterausschüsse um die Jahrhundertwende. Sie ergänzen vor allem die lückenhaften und teilweise recht einseitigen Enquêtes, die 1889 Victor Böhmert für den „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“, Max Sering für den „Verein für Socialpolitik“ und Julius Post für das preußische Handelsministerium, später dann im Jahre 1905 der Verein deutscher Maschinenbauanstalten für seine Mitglieder und im Jahre darauf Heinrich Koch für den katholischen Unternehmerverband „Arbeiterwohl“ veranstaltet hatten³⁰. Wertet man die Be-

²⁹ Über die Firmengeschichte unterrichten die Festschrift Karlsruhe, Wirtschaftszentrum am Oberrhein, hrsg. von der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Karlsruhe 1953, S. 30 ff. und Paul Neubaur, Heinrich Lanz. Fünfzig Jahre Wirken in Landwirtschaft und Industrie 1859–1909, Mannheim 1909, und Ders., Heinrich Lanz (große Ausgabe), Berlin 1910, (auf S. 381 Abdruck des am 1. 11. 1903 erlassenen Statuts für die verschiedenen Arbeitersschüsse der Firma).

³⁰ Zum Vergleich: Prof. Böhmerts Untersuchung (veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Arbeiterfreund“, Jg. 27 [1889], S. 439 ff.) basierte auf einer schriftlichen Befragung von 17 Unternehmern, 4 Arbeitgeber- und 2 Arbeitnehmerverbänden. Prof. Serings Enquête (veröffentlicht in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 46/1891) enthielt eine Sammlung von Gutachten, Statuten und Berichten über 40 Arbeiterausschüsse. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten richtete 1905 an 155 Firmen eine Rundfrage, inwieweit sich die freiwilligen Arbeiterausschüsse auf die Produktivität der Betriebe ausgewirkt hätten. Nach einer Meldung in der Zeitschrift

richte der Gewerbeaufsicht hinsichtlich der regionalen Verbreitung der Arbeiterausschüsse aus, so kommt man zu folgender Aufstellung³¹:

Ausdehnung der Arbeiterausschüsse um 1900 im Deutschen Reich

Gewerbeaufsichts- Bezirk	Zahl der Arbeiter-Ausschüsse	Berichtsjahr
Berlin	181	1905
Breslau	85	1905
Frankfurt/O.-Potsdam	43	1893
Magdeburg	49	1905
Merseburg	83	1905
Erfurt	84	1905
Schleswig	78	1905
Hildesheim	73	1905
Lüneburg-Stade	42	1905
Münster-Minden	(7 % aller Betriebe)	1905
Arnsberg	171	1905
Düsseldorf	285	1892
Aachen	72	1905
Köln-Koblenz	112	1905
Niederbayern	30	1905
Oberfranken	55	1894
Pfalz	2	1890
Meißen	22	1905
Sachsen	54	1901
Altenburg	45	1904
Donaukreis	25	1894
Mainz	62	1896

„Soziale Praxis“ (Jg. 25/1905–06, Sp. 351) berichteten 85 Unternehmer über das Bestehen einer Betriebsvertretung, 40 über das Nichtvorhandensein. 58 derselben Firmen gaben ein günstiges und 27 ein ungünstiges Urteil ab. Der Berliner Jesuitenpater Heinrich Koch richtete im Frühjahr 1906 an 110 Betriebe, deren Arbeiterausschüsse in der Öffentlichkeit bekannt geworden waren, eine Umfrage, von denen aber nur 42 antworteten. Koch zog erstmals das Material der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen und der Gewerbeaufsicht heran und befragte Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeitersekretäre, so daß seiner Untersuchung in diesem Rahmen der größte Wert beizumessen ist.

³¹ Die statistischen Angaben stammen sämtlich aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten. Für Preußen, Bayern und Württemberg konnten diejenigen aus dem Jahre 1905 einheitlich benutzt werden, während für die übrigen Bundesstaaten auf frühere Jahrgänge zurückgegriffen werden mußte. Leider haben einige Gewerbeaufsichtsbezirke überhaupt keine zusammenfassenden Zahlen geliefert. So fehlen z. B. die Aufsichtsbezirke Pommern, Ostpreußen, Sachsen-Anhalt, Hannover, Hessen-Nassau, Oberbayern, Elsaß-Lothringen, Baden und Hamburg.

Wie schon früher erwähnt, rührt die Unvollständigkeit der Angaben vor allem daher, daß auch nach Erweiterung der Gewerbeaufsicht nicht alle Betriebe des Aufsichtsbezirkes einmal jährlich kontrolliert werden konnten oder manche Ausschüsse ein so bescheidenes Dasein führten, daß sie den untersuchenden Beamten entgingen. Da es sich nach dem Arbeiterschutzgesetz um eine freiwillige Einrichtung handelte,

Auf Grund dieser Zahlenangaben aus den wichtigsten deutschen Industriegebieten läßt sich schätzen, daß 1905 etwa 10 % aller privatwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern im Deutschen Reich einen Arbeiterausschuß besaßen. Gliedert man die in den Berichten erwähnten Firmen mit einer Betriebsvertretung nach Branchen auf, so ergibt sich folgendes Bild (ohne Bergbau):

Metallindustrie

Marienhütte in Kotzenau und Mallnitz (bei Liegnitz/Niederschlesien)
 Wilhelmshütte in Eula-Wilhelmshütte
 Hermannshütte in Gremsdorf
 Friedrichshütte in Greulich
 Fürstlich-Stolberg'sche Hüttenwerke in Ilsenburg (Krs. Wernigerode/Harz)
 Norder Eisenhütte Julius Meyer & Comp. in Norden/Ostfriesland
 Eisenwerk Kaiserslautern
 Berlin-Anhaltische Maschinenbau AG. (BAMAG) in Berlin
 Rietschel & Henneberg, Fabrik für Zentralheizungen in Berlin
 Eisengießerei Wiedenbrück & Wilms in Köln-Ehrenfeld
 F. S. Kustermann, Gießerei und Werkstätten in München
 Nähmaschinenfabrik G. Pfaff in Kaiserslautern
 Aktiengesellschaft für Maschinenbau und Eisengießerei in Eula-Wilhelmshütte
 Panther-Fahrradwerke Ernst Kuhlmann & Co. in Magdeburg
 Württembergische Metallwarenfabrik in Geislingen/Steige (Krs. Göppingen)
 Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer in Kloster Oberzell b. Würzburg
 Landmaschinenfabrik Heinrich Lanz in Mannheim
 Metallwarenfabrik F. Hallström in Nienburg/Saale (b. Bernburg in Sachsen-Anhalt)
 Deutsch-amerikanische Maschinenfabrik Ernst Kirchner & Co. in Leipzig-Sellershausen
 Stahlfederfabrik Heintze & Blandkertz in Berlin
 Wagenfabrik Carl Schenck in Darmstadt
 Maschinenfabrik J. M. Voith in Heidenheim/Brenz (Württemberg)
 Lokomotivfabrik Krauß & Co. in München
 Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg (MAN)
 Gebr. Sulzer in Ludwigshafen

Chemische Industrie

Chemische Fabrik Concordia in Leopoldshall (Sachsen-Anhalt)
 Vorster & Grüneberg in Leopoldshall

hing es mehr von ihrem Interesse ab, ob sie darüber regelmäßig und zusammenfassend berichteten. Die vom Kaiserlichen Statistischen Reichsamt seit 1906 herausgegebenen Statistiken über die bestehenden freiwilligen Tarifverträge im Deutschen Reich (Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 3-5) enthalten ebenfalls Angaben über bestehende Arbeiterausschüsse. Doch sind hierunter auch alle sonstigen Tarifkommissionen und Einigungsämter aufgenommen worden, so daß man keine Angaben über die eigentlichen Betriebsvertretungen erhält. Ein Vergleich mit den Zahlen der Gewerbeaufsicht ist auch nicht möglich, da die Statistik der Tarifverträge nach Berufszweigen und nicht regional gegliedert ist. Das gleiche trifft für eine Gewerkschaftsstatistik in den Jahrbüchern des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu.

Deutsche Solvay-Werke in Bernburg
 L. Vossen in Neuß/Rhein
 G. Siegle in Stuttgart-Feuerbach

Textilindustrie

Mechanische Weberei D. Peters & Co. in Neviges-Elberfeld
 Mechanische Weberei Franz Brandts in M.-Gladbach
 J. A. Lindgens Erben in Hochneukirch (Krs. Grevenbroich b. Rheydtt)
 Baumwollspinnerei M. May & Co. in M.-Gladbach
 Mechanische Weberei Max Scheibler & Co. in M.-Gladbach
 Mechanische Handweberei für ganzseidene und halbseidene Schirmstoffe
 F. W. Greef in Viersen b. M.-Gladbach
 M. Molls & Meer, Mechanische Weberei, Färberei und Appreturanstalt in M.-Gladbach
 Mechanische Samt- und Samtbandfabrik Gebr. Rossiè in Süchteln b. Krefeld
 Tuchfabrik C. Lückcrath in Euskirchen b. Bonn
 Otto Böninger, Spinnerei und Weberei in Duisburg
 Mechanische Weberei Linden b. Hannover
 Flachsspinnerei Hirschfeld (Sachsen)
 Strumpffabriken in Thalheim (Erzgebirge)
 Beer & Co., Wirkwarenfabrik in Liegnitz
 Otto Müller & Co., Mechanische Weberei in Görlitz

Keramik- und Glasindustrie

Fürstlich-Isenburg-Wächtersbacher Steingutfabrik in Schlierbach (Krs. Gelnhausen)
 Lorenz Hutschenreuther in Selb bei Hof (Oberfranken)
 Tonwarenfabrik Bärensprung & Starke in Frankenau (Krs. Rochlitz/Sachsen)
 Steingut- und Mosaikfabrik Villeroy & Boch in Mettlach/Saar
 Feinsteingutfabrik Max Roesler in Rodach b. Coburg
 Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin
 Creuznacher Glashütte in Bad Kreuznach
 Glashütte Schleswig

Gummi- und Lederwarenindustrie

New York-Hamburger Gummiwaren-Kompagnie in Hamburg-Harburg
 Schuhfabrik Heimann in Schweinfurth
 Lederfabrik J. H. Epstein in Dresden
 Schuhfabrik Salamander in Kornwestheim b. Stuttgart
 Lederwerk Dörr & Reinhardt in Worms/Rhein
 Lederfabrik Cornelius Heyl in Worms/Rhein

Papier- und Holzverarbeitende Industrie

Luxuspapierfabrik Max Krause in Berlin
 Zellstoff- und Papierfabrik Feldmühle (Schlesien)
 Bleistiftfabrik W. A. Faber in Stein b. Nürnberg
 Jalousie- und Holzpflasterfabrik Heinrich Freese in Berlin und Hamburg
 Aktiengesellschaft Mechanische Bautischlerei Bad Oeynhausen

Optische und feinmechanische Industrie

Optische Werkstätten Carl Zeiss in Jena
 Neue Photographische Gesellschaft Aktiengesellschaft in Berlin

Gas- und Elektroindustrie

Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau und Berlin
 Siemens & Halske in Berlin
 Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft (AEG) in Berlin

Nahrungs-, Getränke- und Genußmittelindustrie

Schultheiß-Brauerei in Berlin
 Waldschlösschen-Brauerei in Dessau
 Rheinische Brauerei in Mainz
 Brauereigesellschaft vorm. Sinner im Grünwinkel b. Karlsruhe
 Rheinmühlenwerke Mannheim
 H. Franck & Söhne in Ludwigsburg
 Elsässische Konservenfabrik und Importgesellschaft in Straßburg/Elsaß
 Dessauer Actien-Zuckerraffinerie
 Zuckerfabrik Cuny & Co. in Dessau
 Meierei C. Bolle in Berlin
 Tabakfabrik Loeser & Wolff in Elbing (Westpreußen)

Sonstige

Warenhaus Willy Cohn in Halberstadt
 Grand Bazar zum Strauß in Nürnberg
 Warenhaus Leonhard Tietz in Berlin und Köln
 Stettiner Portland-Zementfabrik in Züllchow (Pommern)
 A. Gutmann & Co. in Göppingen

III. Die Sonderstellung des Bergbaus in der Frage einer ständigen Betriebsvertretung

1. Die Bergarbeiterausschüsse und die preußische Berggesetznovelle von 1892

Im Gegensatz zu den übrigen Industriezweigen hatten im Bergbau bis zum großen Streik von 1889 die auf freiwilliger Grundlage eingeführten Arbeiterausschüsse noch verhältnismäßig wenig Bedeutung erlangt. Auf vielen Schachtanlagen wurden die Bergleute wie in der früheren Zeit zur Verwaltung der Knappschaftskasse und sonstiger betrieblicher Wohlfahrtseinrichtungen herangezogen¹, doch gab es nur wenige Zechen, auf denen diese Wohlfahrtsaus-

¹ So hieß es in dem Statut für eine Arbeiterunterstützungskasse auf der Zeche „Hibernia“ bei Gelsenkirchen vom 26. Juli 1874: „Die Verwaltung der Kasse wird von einem Ausschuß geführt, der aus dem Werksdirektor als Vorsitzendem, zwei Werksbeamten und drei Vertretern der Arbeiter besteht. Sämtliche Mitglieder des Ausschusses mit Ausnahme des Vorsitzenden werden in der Generalversammlung der bei der Kasse beteiligten über 19 Jahre alten Arbeiter durch die Mehrheit der Erschienenen gewählt. Der Ausschuß hat über die Bewilligung von Unterstützungen in der Weise zu befinden, daß er zunächst über die Zulässigkeit, sodann über die Höhe derselben mit Rücksicht auf die im einzelnen Falle obwaltenden Umstände und die Leistungsfähigkeit der Kasse zu befinden hat.“ Eine Enquête des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter 1894 ergab, daß von 88 befragten Zechen 54 die Belegschaft ähnlich wie auf Hibernia zur Verwaltung der Unterstützungskasse herangezogen. Vgl. Der Bergknappe Jg. 1 (1894) S. 4 ff.

schüsse mit weitergehenden Rechten ausgestattet worden waren. So bestand seit dem 19. Dezember 1887 bei den schon früher erwähnten *Deutschen Solvay-Werken* in Bernburg (Sachsen-Anhalt) ein Ältestenkollegium, das sich aus dem Vorstand der Kranken- und Hilfskassen sowie dem jeweiligen Knappschaftsältesten des Anhaltischen Knappschaftsvereins zusammensetzte. Das für die Belegschaft des Ernst-Solvay-Schachtes in Roschwitz und die Solpumpstation in Plömnitz zuständige Arbeiterkollegium wurde nicht nur zur Verwaltung der Sozialeinrichtungen des Werkes, sondern auch zur Beratung verschiedener vom Anhaltischen Arbeitgeberverein ausgehender Fragen ständig herangezogen². Diese zusätzliche Abtretung von Unternehmerrechten an eine Betriebsvertretung ging, wie schon früher erwähnt, auf die Initiative des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Generaldirektors der *Dessauer Continental-Gas-Gesellschaft*, *Wilhelm Oechelhäuser*, zurück. Ähnliche Rechte waren einem „Kameradschaftlichen Verein“ eingeräumt worden, der seit 1887 bei der von Bergwerksdirektor *Hilt* geleiteten *Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau* im Wurm-Revier bestand. Ein besonderer „Ehrenrath“ des Vereins, der aus Vertretern der Geschäftsleitung und der Belegschaft zusammengesetzt war, unterzog ähnlich wie bei den Arbeiterausschüssen in der linksrheinischen Textilindustrie, die anscheinend als Vorbild gedient haben, Vergehen der Arbeiter in und außerhalb des Betriebes der Rechtssprechung und ging unter Zuziehung von Arbeiter-Vertrauensmännern gegen Trunksucht, Schlägereien usw. energisch vor³.

Der entscheidende Anstoß, die Knappschaftsältesten und Arbeiterkassenvorstände im Bergbau mit weiteren Befugnissen im Sinne einer konstitutionellen Betriebsverfassung auszustatten, wurde erst durch den großen Bergarbeiterstreik im Mai 1889 und die nachfolgenden Ereignisse gegeben. Wie schon beschrieben, hatte sich das Fehlen geeigneter Vermittlungsinstanzen für die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter im Verlauf des Ausstandes als verhängnisvoll erwiesen und die Regierung von der Notwendigkeit überzeugt, allgemein in der Industrie Organe zur besseren Fühlungnahme zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu schaffen, da diese offensichtlich ganz verlorengegangen war. Wie ebenfalls erwähnt, machten sich die Bergleute die von dritter Seite herantretende Forderung nach Errichtung von Bergarbeiterausschüssen zu eigen, doch scheiterte trotz kaiserlicher Mahnung, den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche zu formulieren, die Forderung zunächst an dem schroffen Widerstand der vereinigten Zechenvorstände. Bemerkenswerterweise handelte es sich hierbei vor allem um den Ruhrbergbau.

² Arbeiterfreund, Jg. 1889, S. 466.

³ Hilt, Bericht über die Entstehung und Entwicklung der Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau im Wurmgebiet, erstattet zur Erinnerung an das 50jährige Bestehen der Gesellschaft, Aachen 1896.

Eine ganze Reihe von Zechenverwaltungen in anderen Bergbaugebieten war nach dem Streik aber durchaus von der Nützlichkeit einer geeigneten Vermittlungsinstanz überzeugt, wenn diese ausgleichend zwischen der Verwaltung und der Arbeiterschaft wirkte. Entsprechend der Anregung *Wilhelms II.* wurden freiwillig Arbeiterausschüsse eingeführt. (So entstanden als direkte Folge des Streikes auf den Schachtgroßanlagen des *Fürsten Hans Heinrich XI. zu Pleß* in der oberschlesischen Standesherrschaft Fürstenstein (südlich Myslowitz) im Juli 1889 sogenannte „Vertrauensmänner-Konferenzen“, die als erste durch Statut organisierte vollgültige Betriebsvertretungen in dem seit 1865 liberalisierten Bergbau anzusehen sind⁴.) Auf den regelmäßig stattfindenden Besprechungen behandelte der Werksdirektor *Ritter* mit den Arbeitern die sich gerade ergebenden betrieblichen Probleme wie die Festsetzung der Überschichten, die Veränderungen der Ein- und Ausfahrtszeiten, die Gewährung von Vorschüssen, die Vergebung von Unterstützungen aus den Strafgeleiderfonds sowie andere allgemein die Arbeiter betreffende Maßnahmen. Nach dem am 10. Juli 1889 erlassenen Statut konnten, um „eine stetige Fühlung der Verwaltung mit den auf den Gruben beschäftigten Arbeitern sicherzustellen“, bereits fünf Vertrauensmänner auch außerhalb des vierteljährigen Turnus die Einberufung einer Sitzung des Arbeiterausschusses verlangen. Beamte der Fürstl. Pleßschen Bergwerksverwaltung, über die eine Beschwerde vorgebracht wurde, durften nach dem Statut nicht an der Konferenz teilnehmen; dagegen wurde den Vertrauensmännern ausdrücklich zugesichert, daß ihnen aus dem Vorbringen von Beschwerden keine Maßregelungen erwachsen würden. Wie Direktor *Ritter* in einem Brief an den Verein

⁴ Vgl. Ordre des Fürsten von Pleß, betr. die Einrichtung von Vertrauensmännerkonferenzen auf den konsolidierten Fürstensteiner Gruben und Gutachten des Generaldirektors Ritter an den Verein für Sozialpolitik vom 21. Juni 1890. In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 27 ff. – Die seit 1447 bestehende Standesherrschaft wurde 1847 in Nachfolge eines Fideikommisses von dem Neffen des letzten Herzogs von Anhalt-Köthen in weiblicher Linie, Hans Heinrich X., Graf von Hochberg und Freiherr von Fürstenstein, übernommen, der der Stammvater der Fürsten von Pleß wurde, denn 1850 wurden den männlichen Nachfolgern des ehemaligen Reichsgrafen dieser Titel verliehen. Zum Steinkohlenbergbau im Pleßer Gebiet, der zu den ältesten Unternehmen in Oberschlesien zählte, gehörten folgende Schachtanlagen: Emanuels-segen (seit 1754), Ruberg-Grube (seit 1805), Louis-Ehre-Grube (seit 1809), Heinrichs-Glück-Grube (seit 1805/06) Augustenfreude-Grube (seit 1839), Neue Heinrichs-Glück-Grube (seit 1845) sowie die Bradegruben (1849/50). Unter Fürst Hans Heinrich XI., der von 1855 bis 1907 regierte, wurden nicht nur die ersten Bergarbeiterausschüsse in Deutschland freiwillig eingeführt, sondern auch zahlreiche Arbeiterkolonien, Schulen, Waren- und Schlafhäuser für Arbeiter gebaut. Vgl. Heinrich Wegge, Der Bergbau in der Standesherrschaft Fürstenstein und im privilegierten Bergbaugbiet des Fürstentums Pleß, 1892. – Voltz, Handbuch des oberschlesischen Industriegebietes, 1913, S. 722 ff. – Georg Zivier, Geschichte des Fürstentums Pleß, Bd. 1 (1906), S. 33. – Konrad Wuttke, Aus der Vergangenheit des oberschlesischen Berg- und Hüttenlebens, 1913, S. 180, 442 und 744. – Kaisig-Bellée, Oberschlesische Biographien, Bd. 2 (1938), S. 128, und Alfons Perlick, Oberschlesische Berg- und Hüttenleute aaO, S. 55.

für Sozialpolitik versicherte, lag der Wert der neuen Bergarbeiterausschüsse für ihn darin, „daß einmal namentlich bei Kohlenbergwerken, wo Tausende von Bergleuten unter der Erde an den verschiedensten Orten einzeln arbeiten und wo also die Berührung der Aufsichtsbeamten mit den Bergleuten eine außerordentlich schwierige und zersplitterte ist, das wechselseitige Verstehen immer mehr Platz greift und somit die Hauptursache von Mißhelligkeiten, nämlich die Mißverständnisse, beseitigt werden. Dann ist aber auch der Arbeitgeber resp. der Leiter des Werkes besser in der Lage, dem Arbeiter nicht nur als Vorgesetzter, sondern als Mensch gegenüber zu treten . . .“ *Ritter* hob hervor, daß der Streik von 1889 der eigentliche Anlaß zur Einführung der Betriebsvertretung durch den *Fürsten Pleß* gewesen sei und meinte: „Gerade die Legalität der Vertretung ist gegenüber etwaigen künftigen Streikbewegungen von großer Wichtigkeit und für uns das Hauptmotiv zur Einführung der Ausschüsse gewesen. Während bei der vorjährigen Streikbewegung die Arbeitgeber gezwungen waren, mit den illegalen Rabulisten, die sich die Führung der Arbeiter anmaßten und namens der Arbeiter sprachen, ohne hierzu ein Mandat zu haben, zu verhandeln, werden in Zukunft die Arbeitgeber alle derartigen Versuche zurückweisen können und nur mit den von der Belegschaft legal gewählten Ausschüssen verhandeln.“

Wie manche Unternehmer in der übrigen Industrie war auch die Bergwerksverwaltung des *Fürsten Pleß* von einer teilweise richtigen Erkenntnis der tatsächlichen betrieblichen Situation an die Schaffung von geeigneten Vertretungsorganen für die Belegschaft herangegangen und hatte diese mit einigen bis dahin im Bergbau unbekannten Mitwirkungsrechten ausgestattet. Wie die Arbeiterausschüsse der sozialliberalen Unternehmerrichtung waren aber auch die Vertrauensmänner-Konferenzen mit dem entscheidenden Mangel behaftet, daß dabei die vorhandenen Kräfte der Arbeiterbewegung vollständig ignoriert wurden und die neuen Betriebsvertretungen als Kampfmittel gegen sie ausgespielt werden sollten. *Ritters* offen ausgesprochene Absicht, mit seinen Arbeiterausschüssen die „illegale“ Arbeiterbewegung in Oberschlesien an die Wand zu drängen, veranlaßten den sozialdemokratischen Bergarbeiterführer *Otto Hae* später zur bitteren Bemerkung, die Ausschüsse des *Fürsten von Pleß* seien im Grunde nur Dekorationsstücke gewesen, bestimmt, einer besseren gesetzlichen Regelung der Arbeitervertretung vorzubeugen⁵.

Dem Beispiel der *Pleßschen* Grubenverwaltung folgten die Steinkohlenzechen „*Vereinigte Glückshilf*“ und „*Friedehoffnungsgrube*“ bei Hermsdorf im Waldenburger Revier im Herbst 1889⁶. Die von der dortigen gemein-

⁵ Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 2, S. 429. Vgl. die anonyme Schrift: Eine Abrechnung mit der Fürstl. Pleßschen Grubenverwaltung. Bochum 1911.

⁶ Statut für die Wahl und die Tätigkeit der Vertrauensmänner der Belegschaft der Friedehoffnungs-Grube zu Hermsdorf vom 30. Oktober 1889 und die Bestim-

samen Zentralkommission erlassenen Statuten für die Tätigkeit der Vertrauensmänner lehnten sich in den Bezeichnungen und Modalitäten weitgehend an die etwas altertümlich gehaltene „Ordre“ des Fürsten von Pleß an, doch waren die Mitwirkungsbefugnisse der Bergarbeitervertretung in einem Fall noch erweitert worden. So gehörte auf der Zeche „Vereinigte Glückhelf“ auch die Lohn- und Gedingefrage, die Beförderung von Hauern und Lehrhaubern sowie die Beilegung betrieblicher Streitigkeiten, „bei denen die Arbeiter ganz unter sich bleiben sollten“, zu den Aufgaben des Ausschusses. Freilich wurde wie auf den Pleßschen Schachanlagen die ganze Tätigkeit als beratendes Mitspracherecht und nicht als gleichberechtigte Mitbestimmung aufgefaßt.

Auch im mitteldeutschen Bergbaurevier hatte der Streik von 1889 zu ähnlichen Überlegungen Anlaß gegeben. Nach Beendigung des dortigen Ausstandes richtete der Bergwerksdirektor Scheibner aus Lugau ein Rundschreiben an die ihm unterstellten Zechenverwaltungen im Lugau-Olsnitzer und Zwickauer Steinkohlenrevier, worin er sich beklagte, daß die alten patriarchalischen Zustände im Bergbau nur noch teilweise bestünden und bei dem großen Streik die bisherigen gesetzlichen Vertreter der Bergarbeiter, die Knappschaftsältesten und Vorstände der Krankenkassen, sämtlich völlig versagt hätten. Er schlug deshalb vor, „daß man die weitgehenden Zugeständnisse, die wir in der neuen Arbeitsordnung gemacht haben, noch erweitert, damit die ganze Bewegung innerhalb der gesetzmäßigen Bahnen bleibe. Das können wir nur, wenn wir der Arbeiterschaft der einzelnen Werke wie des ganzen Reviers eine Vertretung sichern, die mit den Vertretungen der Werksverwaltungen als gleichberechtigter Faktor über allgemeine Lohnfragen, Arbeiterverträge usw. berätet und beschließt. Dadurch könnten Lohnerhöhungen im voraus beraten werden, sie könnten bewilligt werden, wenn es die Verhältnisse gestatten“⁷. Scheibner regte an, unter dem Namen „Einigungsausschuß“ auf jeder Zeche eine ständige Betriebsvertretung zu errichten, die dann in einem für das ganze Revier zuständigen „Einigungsamt“ eine übergeordnete Organisation erhalten sollte. Die vornehmlich mit Tarifaufgaben betrauten Ausschüsse sollten paritätisch mit Vertretern der Zechenbelegschaften und der Zechenverwaltungen besetzt werden, wobei der Einfachheit halber die mit Stimmzetteln geheim gewählten Knappschaftsältesten die Interessenvertretung der Arbeiter

mungen über die Tätigkeit der Vertrauensmänner bei dem Steinkohlenbergwerk „Vereinigte Glückhelf“ vom 2. September 1889. In: Sering, Arbeiterausschüsse aaO, S. 31 ff. Vgl. die Festschrift über das Steinkohlenbergwerk Vereinigte Glückhelf-Friedehoffnung Hermsdorf (Reg. Bez. Breslau), Hermsdorf 1892.

⁷ Arbeiterfreund Jg. 27 (1889), S. 473. Vgl. ferner Emil Herzog, Geschichte des Zwickauer Steinkohlenbergbaus, Dresden 1852. – R. F. Koettig, Geschichtliche, technische und statistische Notizen über den Steinkohlenbergbau Sachsens. Leipzig 1861. – Heinrich Gebauer, Die Volkswirtschaft im Königreiche Sachsens, Bd. 1, Dresden 1893, S. 554 und 568 ff. – Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaus und seiner Arbeiter. Zur 50jährigen Erinnerung an die Gründung der sächsischen Bergarbeiter-Organisationen, Zwickau 1924.

zu übernehmen hätten. Neben der Festsetzung der Lohnhöhe und der Art der Lohnauszahlung beabsichtigte der Lugauer Bergwerksdirektor den erweiterten Knappschaftsvorständen auch Fragen der Arbeitsordnung, die Regelung der Überschichten und andere allgemeine Probleme zur Mitwirkung zuzuwenden, wenn sie das Verhältnis der Arbeiter zur Betriebsleitung berührten. Nach Scheibners Vorstellung sollten die Beschlüsse der „Einigungsausschüsse“ zwar an die endgültige Zustimmung der Grubenbesitzer gebunden, doch sollte jeder Ausschuß unter dem Vorsitz eines neutralen Regierungsbeamten gebildet werden, dem man auch von seiten der Arbeitgeber eine Vermittlungsbefugnis bei Meinungsverschiedenheiten zuerkennen wollte.

Wie bei den freiwilligen Arbeiterausschüssen in der Industrie scheiterten solche und ähnliche energische Vorstöße einsichtsvoller Unternehmer an der Interessenlosigkeit, der Kurzsichtigkeit und dem Mißtrauen der Belegschaften oder auch den politischen Nebenabsichten der anderen Arbeitgeber, die eine Hauptaufgabe der Bergarbeiterausschüsse in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickten. Typisch für solche Fehlschläge, die zumeist aus verständlichen Gründen nicht an die Öffentlichkeit gelangten, war ein Bericht der Gewerkschaft „Britannia“ in Mariaschein Ende 1889. Ihm zufolge hatte die Werksleitung die ganze Belegschaft in Gruppen zu zwanzig Mann eingeteilt und diese dann je einen Vertreter wählen lassen. Alle diese Gruppenvorsteher bildeten dann zusammen die Belegschaftsvertretung, welche die Unterstützung der Kranken, Witwen und Waisen, die Verwaltung des Knappschaftsvermögens, des Lebensmittelmagazines, die regelmäßige Grubeninspektion usw. übertragen bekommen hatte. Die Grubenverwaltung war der Meinung gewesen, durch den Bergarbeiterausschuß bzw. die Gruppenvorsteher über alle betrieblichen Mißstände unterrichtet zu werden, um rechtzeitig dann eingreifen zu können, auch da, wo es mit Geld allein nicht getan war. Der Bericht schloß mit der resignierenden Feststellung, daß man sich in dieser Erwartung gründlich getäuscht habe: „Teils ist die Mannschaft für die erwartete Arbeit noch nicht reif genug, teils hindert die sozialistische Agitation die verständigen, einsichtsvollen Männer.“⁸

Von größter Bedeutung für die weitere Ausdehnung der freiwilligen Arbeiterausschüsse im Bergbau war es, daß einzelne fiskalische Zechenverwaltungen dem Privatbergbau mit gutem Beispiel vorangingen. So genehmigte das Herzoglich-Anhaltische Staatsministerium zu Beginn des Jahres 1890 die Einsetzung eines Ältestenkollegiums auf der staatlich betriebenen Saline „Leopoldshall“ bei Staßfurt, das noch in demselben Jahr geschickt zu verhüten wußte, daß die Grube in einen auf die Nachbarzechen ausgebrochenen wilden Streik hineingezogen wurde. Das von Bergrat Weißleder eingesetzte Kollegium von 21 Bergarbeitern, das eine rund tausendköpfige Belegschaft zu vertreten hatte, wurde auf der Generalversammlung des „Vereins der

⁸ Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, I. Teil, S. 46.

anhaltischen Arbeitgeber“ als „der wichtigste Fortschritt der Vereinssache im laufenden Jahre“ gefeiert und mit Stolz darauf hingewiesen, daß der mitteldeutsche Kleinstaat den großen deutschen Bundesstaaten, vor allem dem größten deutschen Bergbaustaat Preußen, in dieser Frage vorangegangen sei⁹. Auch hier war *Wilhelm Oechelhäusers* unermüdliche Agitation für die Arbeitersausschüsse auf fruchtbaren Boden gefallen.

Der staatliche Bergbau in Preußen folgte kurz darauf auf diesem Wege nach. Am 21. Februar 1890, nach Verkündung der Februarerlasse des Kaisers, erschien eine Bekanntmachung des Königlichen Oberbergamtes Bonn, durch die auf allen staatlichen Steinkohlenzechen des Saargebietes die Einsetzung von ständigen „*Vertrauensmännerausschüssen*“ angeordnet wurde. Den Belegschaften der Staatsbergwerke an der Saar sollte, wie es in der Verfügung hieß, damit Gelegenheit gegeben werden, durch selbstgewählte Vertreter „Anträge, Wünsche und etwaige Beschwerden der Werksverwaltung vorzutragen und sich hierüber sowie über sonstige allgemeine Fragen und Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses in Zusammenkünften mit dem Bergwerksdirektor gutachtlich zu äußern“. Auch Fragen der Betriebsordnung, Streitigkeiten der Bergleute untereinander und – was als besonders bemerkenswerte Neuerung erschien – allgemeine Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Bergleute sollten darin einbegriffen sein¹⁰.

Die Bestimmungen über die Wahl und die Tätigkeit von Vertrauensmännern auf den staatlichen Steinkohlengruben bei Saarbrücken wurden von allen anderen fiskalischen Gruben in Preußen, d. h. im Harz und in Oberschlesien, kurz darauf übernommen, so daß die in den Februarerlassen von *Wilhelm II.* gegebene Anregung, „die staatlichen Bergwerke bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen“, größtenteils bald erfüllt war.

Die Wirkung der Bergarbeitersausschüsse auf den fiskalischen Zechen gestaltete sich, wie später im Preußischen Landtag mitgeteilt wurde, um so erfreulicher, je mehr Aufgaben den Ausschüssen zugewiesen wurden¹¹. So erhielten nach anfänglichem Zögern die Saarbrücker Vertrauensmänner auch das Recht, wie im Waldenburger Revier bei der Beförderung der Hauer ihre Stimme abzugeben, ehe die Direktion dann die endgültige Entscheidung traf. Auch bei der Festsetzung der Überschichten, bei der Beschaffung von Arbeits-

⁹ Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), H. 3. – Deutsche Arbeiterzeitung Nr. 10 (1890) und Bericht des Vorstandes des Vereins der anhaltischen Arbeitgeber auf der 3. ordentlichen Generalversammlung zu Dessau am 28. 4. 1890. In: Sering, Arbeitersausschüsse aaO, S. 166.

¹⁰ Bestimmungen über die Wahl und Tätigkeit von Vertrauensmännern auf den Kgl. Steinkohlengruben bei Saarbrücken. In: Post, Musterstätten persönlicher Fürsorge... aaO, II. Teil, S. 43, und Sering, Arbeitersausschüsse aaO, S. 34 ff.

¹¹ Vgl. die Begründung aus einem Regierungsentwurf zur Einführung obligatorischer Bergarbeitersausschüsse im Preußischen Abgeordnetenhaus. Drucksachen des Preußischen Abgeordnetenhauses, Session 1904/05, Drucksache Nr. 747.

geräten und der Verwaltung der verschiedenen Wohlfahrtskassen wurde der Betriebsvertretung ein Mitwirkungsrecht durch das Oberbergamt eingeräumt. Am 1. Januar 1903 erging die weitere Anweisung, daß die Vertrauensmänner, soweit sie den Steigerabteilungen unter Tage angehörten, bei Arbeitsunfällen und auch sonst regelmäßig einmal im Monat die Strecken auf ihre Sicherheit hin zu befahren hatten. Nach einiger Zurückhaltung wurde von diesem Recht, das in den nächsten Jahren allgemein noch eine große Rolle spielen sollte, eifrig Gebrauch gemacht.

Die um diese Zeit gerade entstehende Bergarbeiterorganisation im Saargebiet hielt die neue Betriebsvertretung auf den staatlichen Zechen wegen ihrer Zusammensetzung zunächst für „wertlos“. Nach dem am 21. Februar 1890 vom Königlichen Oberbergamt Bonn erlassenen Wahlreglement sollten die Ausschußmitglieder aus und von jeder Steigerabteilung unter Tage gewählt werden, alle anderen Arbeitergruppen auf dem Werk aber von einer Vertretung ausgeschlossen bleiben. Der nach dem Streik 1889 gebildete „Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirkes Bonn“ verlangte dagegen die Auswahl der Ausschußmitglieder nach Belieben der Belegschaften und stellte dementsprechend eigene Kandidaten bei den Ausschußwahlen auf, die größtenteils gewerkschaftlich eingestellte Rechtsschutzvereinsmitglieder waren. Als die staatliche Bergwerksverwaltung unter Hinweis auf den § 3 des Wahlreglementes diese als „nicht gewählt“ erklärte, protestierten mehrere große Bergarbeiterversammlungen in Sulzbach und Dudweiler gegen das nach ihrer Meinung ungerechte Wahlverfahren. Versammlungen der Vertrauensleute des Rechtsschutzvereins, die die Entscheidung des Oberbergamtes nicht anerkennen wollten, versuchten vergeblich mit Resolutionen und Reformvorschlägen bei den Zechenverwaltungen und sogar im Reichstag eine Änderung des Wahlmodus in ihrem Sinne durchzusetzen¹². Ähnliche Klagen wurden von den staatlichen Zechen im ober-schlesischen Revier laut. Auch hier wurde eine Mitarbeit der freien Bergarbeiterorganisationen aus Angst vor einer sozialdemokratischen Unterwanderung bei den Arbeitersausschüssen abgelehnt, so daß die in bester Absicht geschaffenen Institutionen letztlich an der bürokratisch-starren Auslegung eines Wahlparagraphen zu einem Scheindasein verurteilt wurden. Wie der Bergarbeiter *Krolik* auf dem ersten preußischen Bergarbeiterdelegiertentag im März 1905 in Berlin mitteilte, bestanden die meisten Bergarbeitersausschüsse auf den preußischen Staatszechen „nur auf dem Papier“. Nach seinen Worten wurden auf vielen Zechen die Ausschußkandidaten nur von den Zechenverwaltungen vorgeschlagen und die Belegschaften genötigt, nur für diese zu stimmen. „Wenn die Mitglieder des Arbeitersausschusses sich im Interesse der Belegschaft ein freies Wort erlauben, setzt man ihnen den Stuhl vor die Tür“,

¹² Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 2, S. 401.

meinte der Delegierte¹³. Diese sozialdemokratischen Äußerungen, in denen auch immer prinzipielle Vorbehalte gegen eine Betriebsvertretung mitschwingen, wurden allerdings durch die Berichte der amtlichen Berginspektion stark eingeschränkt, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine gute Entwicklung der neuen Einrichtungen zu erkennen glaubte. Allerdings war auch aus diesen Berichten deutlich herauszulesen, daß ohne Mitarbeit der großen Bergarbeiterverbände die behördlich verordneten Betriebsvertretungen auf die Dauer nicht lebensfähig sein könnten.

[Obwohl sich der preußische Staat im Bergbau und anderen ihm allein unterstehenden Gewerbebetrieben als ein Schrittmacher einer neuen konstitutionellen Betriebsverfassung zeigte¹⁴, machte die Ausbreitung der Bergarbeiterausschüsse bei den privaten Zehngesellschaften keinerlei Fortschritte. Die kaiserliche Mahnung aus dem Jahre 1889, den Arbeitern Gelegenheit zur Formulierung ihrer Wünsche zu geben, verhallte besonders im Ruhrgebiet ungehört, obwohl sie gerade an diese Adresse gerichtet worden war. Von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung der Bergarbeiterausschüsse blieb daher die Berggesetzgebung, die sich in einzelnen Bundesstaaten speziell mit dieser Frage beschäftigte.]

In Preußen hatte *Berlepsch* als damaliger Oberpräsident der Rheinprovinz in seiner schon ausführlich erwähnten Denkschrift vom 23. Januar 1890 eine gesetzliche Einführung von betrieblichen Bergarbeiterausschüssen (auf freiwilliger Grundlage), gewerblichen Schiedsgerichten für jedes Bergrevier und einer Bergwerks-Gewerbekammer für jeden Oberbergamtsbezirk (die letzten beiden Gremien auf paritätischer und obligatorischer Grundlage) vorgeschlagen. Diese großangelegte Konzeption für eine betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung im Bergbau, an der fast alle maßgebenden Behörden des rheinisch-westfälischen Industriegebietes mitgearbeitet hatten, war aber aus verschiedenen Gründen nicht sofort zu verwirklichen, obwohl *Berlepsch* kurz darauf zum preußischen Handelsminister aufstieg und durch *Bismarcks* Sturz der mächtigste Widerstand gegen diese Regelung beseitigt worden war. Als *Berlepsch* nämlich im März 1890 durch zwei Erlasse zunächst die mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzten Bergwerks-Gewerbekammern einzuführen gedachte, rieten die Oberpräsidenten *Nasse* (Koblenz) und *Studt* (Münster) wegen eines gerade ausgebrochenen neuen Streikes im Revier dringend von einer Errichtung dieser und ähnlicher Vertretungsinstanzen für die Arbeiter ab. *Konrad v. Studt* wies darauf hin, daß der

¹³ Protokoll des 1. Bergarbeiterdelegiertentages für Preußen in Berlin vom 28. bis 30. 3. 1905, Alten-Essen 1905, S. 70.

¹⁴ So führte Preußen nicht nur auf den fiskalischen Gruben, sondern auch bei der staatlichen Eisenbahnverwaltung, bei der Kaiserlichen Torpedowerkstatt in Friedrichsort und den technischen Betrieben der preußischen Feldzeugmeisterei Arbeiterausschüsse ein. Vgl. Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 142 ff.

Streik von dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband ohne besonderen Anlaß und mit „maßlosen Forderungen“ begonnen worden sei, denen die Bergwerksverwaltungen beim besten Willen nicht nachkommen könnten. Bei einer solchen von der Sozialdemokratie veranstalteten „Kraftprobe“ sei es nicht ratsam, solche Einrichtungen, die in ruhigen Zeiten segensreich und versöhnlich wirken könnten, einzuführen, da sie leicht als Konzession an die Streikenden aufgefaßt würden. Im Vorjahre, sagte der westfälische Oberpräsident, habe er sich selber für die Einsetzung obligatorischer Arbeiterausschüsse im Bergbau eingesetzt, weil die Streikgefahr beseitigt und die Hoffnung gehegt werden konnte, daß solche Institutionen den Ausgangspunkt dafür bilden würden, die widerstreitenden Interessen zu versöhnen. Zu dem gegenwärtigen kritischen Zeitpunkt dürfe man jedoch nichts unternehmen¹⁵. *Berlepsch* stellte daraufhin einen bereits ausgearbeiteten Entwurf für eine Berggesetznovelle erst einmal zurück, zumal die Verabschiedung des für alle anderen Gewerbebezüge geltenden Arbeiterschutzgesetzes dringlicher erschien. So kam es, daß der Bergbau zunächst ohne eine gesetzliche Regelung des Betriebsvertretungswesens blieb, obgleich er es gewesen war, der den Gesetzgeber zur Beschäftigung mit dieser Materie angeregt hatte.

Erst nach der Neufassung der allgemeinen Gewerbeordnung fand *Berlepsch* Zeit, sich wieder mit den Arbeiterausschüssen im Bergbau zu beschäftigen, und am 24. Juni 1892 erfolgte dann der Erlaß einer Novelle zum Preußischen Berggesetz von 1865¹⁶. In engster Anlehnung an die Gewerbeordnungsnovelle von 1891 sah die neue Berggesetznovelle den Erlaß genau beschriebener Arbeitsordnungen vor (§ 80 a), zu denen alle großjährigen Bergarbeiter vorher gehört werden mußten. Die geäußerten Bedenken mußten innerhalb von drei Tagen zusammen mit der Arbeitsordnung der Bergbehörde eingereicht werden, die sie dann auf ihre inhaltliche und formale Gesetzmäßigkeit zu kontrollieren hatte (§ 80 g). Das bedeutete insofern eine Erweiterung der Gewerbeordnungsnovelle, weil nach dieser die Beschwerden der Arbeiter nicht mitgeteilt zu werden brauchten. Allerdings war auch bei der Berggesetznovelle nicht gesagt worden, was auf die Einwände zu geschehen habe. Wie bei dem Arbeiterschutzgesetz von 1891 hatte man sich nicht entschließen können, die Errichtung von Arbeiterausschüssen als zwingend vorzuschreiben.

¹⁵ Vgl. die Schreiben der Oberpräsidenten *Nasse* und *Studt* am 30. 3. und 5. 4. 1890 an *Berlepsch*. (Staatsarchiv Koblenz, Akten des Oberpräsidiums Koblenz, Abtl. 403, Nr. 8169, zitiert nach Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO, S. 103.)

¹⁶ Georg Gothein, Die preußischen Berggesetznovellen. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Jg. 1905, S. 181. – Brassert und Gottschalk, Allgemeines Berggesetz für die preußischen Staaten, Bonn 1914, S. 240 ff. – Als Quellen vgl. die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses, 17. Legislaturperiode, 4. Session 1892, S. 1143, 1477 und 1683 ff. sowie die Drucksachen Nr. 99 (Text des Entwurfes) und Nr. 146 (Bericht der Kommission).

Durch die Vorschrift zur Anhörung der Arbeiter sollte vielmehr auf indirektem Wege die Bildung von Arbeiterausschüssen auf freiwilligem Wege erreicht werden, die dann allerdings bestimmten Regeln unterworfen wurden.

Die Bestimmungen der preußischen Berggesetznovelle von 1892 wichen hinsichtlich der Arbeiterausschüsse eigentlich nur in einem Punkt wesentlich von der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 ab: Den Bergarbeiterausschüssen war zusätzlich das Recht verliehen worden, aus ihrer Mitte einen besonderen Vertrauensmann zu wählen, der die Festsetzung von Lohnabzügen bei vorschriftswidrig geladenen Fördergefäßen überwachen sollte (§ 80 c)¹⁷. Das „Wagen-Nullen“, d. h. die Bestrafung der Bergleute, die ihre Förderwagen nicht ganz gefüllt oder die Ladung mit einem großen Prozentsatz Steine durchsetzt hatten, bildete bis dahin eine Quelle ständiger betrieblicher Reibereien im Bergbau. Während die Steiger über die sinkende Arbeitsmoral derjenigen klagten, die sich auf Kosten der im gleichen Gedinge stehenden Arbeitskameraden oder des Betriebes einen materiellen Vorteil erschleichen wollten, wandten die Bergleute ein, daß die schwieriger gewordenen Abbauverhältnisse im Streb und die längeren Transportwege in erster Linie an den vorschriftswidrig gefüllten Förderwagen schuld seien. Durch die neue Bestimmung war es nun möglich, das Nullen von Förderwagen zu kontrollieren. Insbesondere sollte nach dem Gesetz von dem Vertrauensmann darauf geachtet werden, daß die Geldstrafe im Regelfall nicht die Hälfte des Tagesverdienstes eines Einzelnen überschritt und auch bei schweren Übertretungen nur bis zur Höhe eines Tagesverdienstes anstieg. Alle Straf gelder mußten in die Arbeiterunterstützungskasse fließen und in einer Liste eingetragen werden, die von der Bergaufsicht jederzeit eingesehen werden konnte. Der Willkür unterer Vorgesetzter bei der Verhängung von Disziplinarmaßnahmen, die bis dahin einen ständigen Stein des Anstoßes gebildet hatte, war damit ein erster Riegel vorgeschoben worden, ohne daß die Unzufriedenheit wirklich beseitigt wurde. Erst bei einer späteren Gesetznovelle wurde das harte „Wagen-Nullen“ als Disziplinarmaßnahme endgültig abgeschafft. Nur langsam gewannen die Vorschriften an Raum, die den Arbeiter vor einer einseitigen Handhabung der Arbeitsordnung zugunsten des Unternehmers zu schützen versuchten.

Die Berggesetznovelle von 1892 war gegen den heftigen Widerstand der Zecheninhaber vom Preußischen Landtag verabschiedet worden. In einer Denkschrift des Vereins für bergbauliche Interessen vom 28. März 1892 wurde der Gesetzentwurf als ein unberechtigtes Mißtrauensvotum gegen den Bergbau bezeichnet, das in keiner Weise berechtigt sei. Das Jahr 1889, auf das sich die Regierung berufe, habe nur ganz geringe Mißstände aufgedeckt, und auch

¹⁷ Über die Aufnahme dieser Bestimmung in die Berggesetznovelle vgl. die Drucksache 99 des Preußischen Abgeordnetenhauses, Anlageband 3, S. 1566, und die Motive zu diesem Gesetz S. 29.

diese seien längst abgestellt. Der Entwurf passe auf die anomalen Zustände eines Streikes, nicht aber auf die gewöhnlichen Betriebsverhältnisse. Die preußische Bergwerksindustrie dürfe von der Regierung nicht schlechter gestellt werden als die anderen Gewerbebezüge¹⁸. *Berlepsch* machte demgegenüber geltend, daß die preußische Berggesetznovelle nur insoweit von der allgemeinen Gewerbeordnung abweiche, wie dieses durch die Eigenart des Bergbaus erforderlich sei.

Insgesamt gesehen bedeutete die Berggesetznovelle ebenso wie das allgemeine Arbeiterschutzgesetz sozialpolitisch einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt. Wenn man auch äußerlich noch an der Fiktion des liberalen Arbeitsvertrages festhielt, so wurde doch in Wahrheit durch die weitgehenden gesetzlichen Vorschriften über den Inhalt der Arbeitsordnung und die Mitwirkung der Arbeiter daran ein weiterer Schritt in Richtung auf eine neue soziale Betriebsverfassung getan. Im Bergbau war dies gleichzeitig eine teilweise Wiederherstellung der „alten Rechte“, die die Bergleute in der dirigistischen Zeit vor 1865 besessen hatten. Die Bedeutung der preußischen Berggesetznovelle von 1892 lag vor allem darin, daß vom Gesetzgeber aus ein neues Prinzip verkündet wurde. Die greifbaren Vorteile waren zunächst nur gering. Insbesondere hatte das vielfach geäußerte Verlangen nach obligatorischer Einführung von Betriebsvertretungen in der Novelle keinen Platz gefunden. Auch der Bergbau war damit in dieser entscheidenden Frage 1892 noch nicht weitergekommen als alle anderen Industriezweige.

2. Die Einführung der obligatorischen Bergarbeiterausschüsse in Bayern und Preußen

Infolge des passiven Widerstandes der Zechenverwaltungen, welche die neuen Bestimmungen als ein „lästiges Eindringen in private Verhältnisse“ ansahen, war die Entwicklung der Bergarbeiterausschüsse nach 1892 alles andere als ermutigend. Im Gegensatz zum staatlichen Bergbau machten die privaten Zechengesellschaften nur wenig von der vom Gesetzgeber deutlich bezeichneten Möglichkeit Gebrauch, ständige Arbeiterausschüsse freiwillig einzurichten. Im Ruhrgebiet wurde, wie verschiedene Seiten später mehrfach versicherten, nicht eine einzige Betriebsvertretung auf den Zechen ins Leben gerufen. Wie in den anderen Industriezweigen beschränkten sich die Unternehmer darauf, die Belegschaften bei dem Erlaß oder der notwendigen Abänderung der Arbeitsordnung anzuhören, so daß die Absicht des Gesetzgebers, Organe der ständigen betrieblichen Fühlungnahme auf freiwilliger Basis zu schaffen, nicht erfüllt wurde.

Um so wichtiger war es, daß die Forderung nach obligatorischen Bergarbeiterausschüssen, also nach einer gesetzlich garantierten Arbeitervertretung

¹⁸ Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO, S. 109.

im Bergbau, von den gerade entstehenden Bergarbeiterverbänden, die sich in vielen Punkten von der sonstigen Arbeiterbewegung unterschieden, aufgegriffen und ständig erneuert wurde. Der im Anschluß an den großen Streik im Oktober 1889 gegründete „*Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen*“, dessen Führer sich mehr oder weniger zur Sozialdemokratie bekannten, richtete schon im Frühjahr 1890 und 1891 an den Bergbaulichen Verein, die Regierung und den Reichstag die Forderung nach Einführung von obligatorischen Arbeiterausschüssen¹. Da aber zu diesem Zeitpunkt zugleich die Verstaatlichung des gesamten Kohlenbergbaus, eine 50prozentige Lohnerhöhung, die gesetzliche Festsetzung eines Minimallohnes, der Erlaß eines Reichsberggesetzes, Verbot der schwarzen Listen und anderes mehr verlangt wurden, hatten auch die Bestrebungen um eine Betriebsvertretung keinerlei Chancen für eine Verwirklichung. Ein Streik im Jahre 1891 hatte lediglich zur Folge, daß der schon 1889 angeregte „Ausstandssicherungsverein“ der Zechengesellschaften ins Leben gerufen wurde und rigorose Abwehrmaßnahmen Platz griffen. Eine Antwort bekamen die Streikenden von den Arbeitgebern überhaupt nicht. Dadurch, daß der „Alte Verband“, wie er seit Mai 1890 kurz genannt wurde, radikale und realistische Ansprüche vermengte, zeigte er, wie wenig er selbst die Grenzen seiner Möglichkeiten zunächst einzuschätzen vermochte.

Nach diesen Mißerfolgen stagnierte der Verband und sank sogar bis zur Bedeutungslosigkeit herab, bis Otto Hue, der inzwischen zu einem überzeugten Anhänger der gewerkschaftlichen Neutralität und des Revisionismus geworden war, im Jahre 1895 die Zügel der Verbandsleitung ergriff. Er erkannte ähnlich wie Carl Legien bei den Freien Gewerkschaften, daß die Vermischung von politischen und gewerkschaftlichen Zielen den eigentlichen Grund für den Mißerfolg am Anfang der neunziger Jahre gebildet hatte und die Mehrheit der Bergarbeiter im Ruhrgebiet nicht bereit war, den radikalen politischen Parolen zu folgen, wohl aber vernünftigen gewerkschaftlichen Forderungen. Es entsprach daher seiner „nur-gewerkschaftlichen“ Taktik, gerade die Forderungen nach obligatorischen Arbeiterausschüssen als logische Fortsetzung der Sozialpolitik des „Neuen Kurses“ wieder vorzubringen. Auf seine Anregung hin richtete der Vorstand des „Alten Verbandes“ im März 1901 eine diesbezügliche Denkschrift an den Preußischen Landtag, in der es u. a. hieß: „Auf allen Bergwerken und deren Nebenanlagen, welche mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, sind ständige Arbeiterausschüsse einzusetzen. Als solche gelten nur jene Vertretungen, deren Mitglieder von den großjährigen Arbeitern des Bergwerkes, der betreffenden Betriebsanlage oder der mit dem Berg-

¹ Über die Entstehungsgeschichte und die ersten Forderungen der Bergarbeiterverbände im Ruhrgebiet unterrichtet heute am besten Max Jürgen Koch, *Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II.*, Düsseldorf 1954.

werk verbundenen Betriebsanlagen aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl bestellt sind.“²

Auch dieser Eingabe war wie allen anderen zuvor kein Erfolg beschieden. Ihre Bedeutung lag aber vor allem in der Tatsache, daß sie zu einem Zeitpunkt gestellt wurde, zu dem die Sozialdemokratie den Gedanken an eine wirtschaftsfriedliche Interessenvertretung im Betrieb wenigstens offiziell noch rundweg ablehnte. Gerade in diesen frühzeitigen Forderungen spiegelte sich die besondere Situation der Bergarbeiter wider, die im Gegensatz zu den anderen Arbeitergruppen die Erinnerung an ihre alte korporative Standesvertretung noch nicht ganz verloren hatten. Die Einrichtung von Arbeiterausschüssen bedeutete im Grunde besonders für die Älteren nur die Wiederherstellung eines der „alten Rechte“, auf die sie sich besonders während des großen Streikes immer wieder bezogen. Für die jüngeren Bergleute und vor allem für die vielen fremden Arbeitskräfte, die in dem letzten Jahrzehnt erst in den Bergbau geströmt waren, galt allerdings nicht diese Tradition. Für sie waren die Ausschüsse nur ein willkommenes Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, ein Vorposten der Arbeiterbewegung im Betrieb.

Ein noch größerer Anteil an den gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Schaffung von ständigen Betriebsvertretungen kam der christlichen Bergarbeitergewerkschaft zu, die sich seit dem Mai 1890 als Gegenorganisation zu dem sozialdemokratisch orientierten „Alten Verband“ zusammengefunden hatte. Ihr erster organisatorischer Zusammenschluß, der *Rheinisch-westfälische Bergarbeiterverein „Glückauf“*, übermittelte bereits am 22. Oktober 1890 Minister Berlepsch eine Eingabe, die die bestehende Wirtschaftsordnung als die Quelle aller Unzufriedenheit und Mißstände bezeichnete und eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen vor der liberalen Berggesetzgebung verlangte. Vor allem, so betonte der Vereinsvorsitzende Anton Fischer, sollten den Bergarbeitern wieder die „Vorrechte“ eingeräumt werden, die sie früher einmal besessen hatten. Um die „alte und festgefügte Ordnung der Dinge“ wiederherzustellen und einen brauchbaren und zuverlässigen Nachwuchs heranzuziehen, empfahl der Bergarbeiterverband neben einer Sicherung vor Entlassung, Wiederherstellung der alten hierarchischen Ordnung und staatlicher Regelung der Produktion u. a. auch die Einführung von Arbeiterausschüssen, die ähnlich wie die Knappschaftsvorstände und Geschworenen früher besonders bei der Gedingefestsetzung eine weithin selbständige Stellung erhalten sollten³. Noch deutlicher als der „Alte Verband“ wies die christliche Gewerk-

² Hue, *Die Bergarbeiter*, aaO, Bd. 2, S. 540.

³ Wörtlich hieß es in der Eingabe: „Das leider vielfach in Anwendung gebrachte System, durch willkürliches und niedriges Setzen des Gedinges ein höheres Förderungsquantum zu erzielen, müssen wir als einen Hauptmißstand mit bezeichnen und bitten zur Beseitigung Ew. Exzellenz dringend, daß zwecks Prüfung solcher Vorkehrungen das Institut der vereideten, unter direkter Aufsicht der Revierbeamten

schaft bei der Frage einer Betriebsvertretung auf die alten Knappschaftsverhältnisse hin, die als vorbildlich empfunden wurden. Auch sollten unter Mitwirkung der Arbeiter und der Staatsbehörden einheitliche Arbeitsordnungen für alle Zechen eingeführt werden, in denen sämtliche Rechte und Pflichten der Belegschaft klar formuliert sein mußten. Diese letzte Forderung deckte sich im übrigen mit der Bestimmung in der Berggesetznovelle 1892, so daß in diesem Punkt den Wünschen der christlichen Bergarbeiter voll entsprochen wurde. Es zeigte sich, daß die Absichten *Berlepschs*, der übrigens diese Eingabe ausführlich am 10. Januar 1891 beantwortete, hinsichtlich einer Arbeitervertretung bei diesem Teil der Arbeiterbewegung am meisten Anklang fanden. Das war nicht ohne Bedeutung, da die christlichen Gewerkschaften – im Gegensatz zur übrigen Industrie – gerade unter den Bergarbeitern einen beachtlichen Faktor darstellten.

Der Nachfolger des 1892 eingegangenen „Glückauf-Vereins“ wurde der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands“, dessen Leitung später *August Brust* übernahm. Wie sein Vorgänger baute der im August 1894 in Bochum gegründete und dann zahlenmäßig rasch anwachsende Verband auf den Bestrebungen der lokalen katholischen und evangelischen Knappschaftsvereine auf, die eine naturrechtliche und gottgewollte Differenzierung der Gesellschaftsklassen anerkannten und infolge dieser Sozialethik auf einen friedlichen Interessenausgleich bedacht waren. Gleich auf seinem ersten Delegiertentag 1897 in Bochum nahm der Gewerkverein auf Grund zahlreicher Referate eine Resolution an, in der unter anderem die Einführung obligatorischer Bergarbeiterausschüsse verlangt wurde⁴. Diese sollten ein Mitwirkungsrecht haben bei 1. der Verwaltung der Unterstützungskassen, 2. dem Erlaß und der Abänderung der Arbeitsordnungen, 3. der Vermittlung von Streitigkeiten, 4. der Durchführung bergpolizeilicher Vorschriften und 5. der Lohn- und Gedingefrage. Die Wahl zu den Ausschüssen sollte frei und geheim sein. Auf Grund dieser Entschließung wurde am 25. April 1897 eine Eingabe an den Preußischen Landtag gerichtet.

Der Christliche Gewerkverein hatte aber nicht mehr Glück als der sozialdemokratische „Alte Verband“, obwohl eine schwere Bergwerkskatastrophe auf der Bochumer Zeche „Karolinenglück“ im folgenden Jahre zumindest die

stehenden Pflichthauer, wie dasselbe früher bestanden, wieder eingeführt, resp. die Obliegenheiten derselben einem jährlich neu zu wählenden Arbeiterältesten-Ausschuß, dessen Mitglieder während dieser Zeit weder abgelegt noch befördert werden dürfen, übertragen würden...“ Vgl. Denkschrift des Bergarbeitervereins „Glückauf“ an den preußischen Handelsminister v. Berlepsch am 22. Oktober 1890, Staatsarchiv Münster, Akten des Oberbergamtes Dortmund, Abtl. B, Gruppe 2, Nr. 29 zitiert nach Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik, aaO, Nr. 19 und die Antwort Berlepschs am 10. 1. 1891, ebd. Nr. 20.

⁴ August Brust, Bericht über den 1. Delegiertentag christlicher Bergarbeiter Deutschlands vom 31. 1. bis 2. 2. 1897, Bochum 1897, S. 30, und Bergknappe Nr. 6 vom 1. 5. 1897.

dringende Notwendigkeit einer Arbeiterbeteiligung an der Überwachung der Grubensicherheit noch einmal besonders deutlich zeigte. Dieses Unglück, das die Mängel der staatlichen Bergaufsicht erkennen ließ, und andere Umstände veranlaßten den Zentralvorstand des Gewerkvereins im Jahre 1901, eine besonders scharf gehaltene Denkschrift über eine Reform des preußischen Berggesetzes zu verfassen, in der die Errichtung von ständigen Betriebsvertretungen wiederum als eine der wichtigsten Hauptaufgaben bezeichnet wurde⁵. Die scharfe Tonart der Denkschrift und die Kongreßberichte zeigten deutlich an, welchen Entwicklungstendenzen der anfangs so wirtschaftsfriedliche Gewerkverein sich nicht verschließen konnte: Durch die starre Haltung der Zechenleitungen, besonders im Ruhrgebiet, wurde eine immer energischer werdende Vertretung der Bergarbeiterinteressen als notwendig angesehen. Auch die christlichen Gewerkschaften hatten eingesehen, daß ohne Kampf die Unternehmer nicht zu Zugeständnissen bereit waren.

Die Forderungen der sozialdemokratischen und christlichen Bergarbeiterverbände konnten wohl in der Taktik der schrittweisen Verwirklichung, nicht aber in der letzten Zielrichtung auf einen Nenner gebracht werden, da ihre gemeinsame Erinnerung an die ständisch-korporative Vergangenheit schnell verblaßte. Die beiden Bergarbeiterorganisationen, denen die Unternehmer jede Legitimität verweigerten, hätten allein auch nicht eine gesetzliche Beschränkung der Unternehmerngewalt bewirken können, wenn nicht zwei unvorhersehbare Ereignisse eingetreten wären, die den Gang der weiteren Entwicklung entscheidend beeinflussten. Diese zwei entscheidenden Ereignisse waren der Erlaß einer Novelle zum Berggesetz für das Königreich Bayern im Jahre 1900 und der Ausbruch des zweiten großen Bergarbeiterstreikes im Ruhrgebiet im Jahre 1905.

Die bayerische Regierung hatte ursprünglich in einem Gesetzentwurf in fast völliger Übereinstimmung mit der preußischen Berggesetznovelle von 1892 zunächst nur die Einführung von fakultativen Bergarbeiterausschüssen vorgeschlagen. Auf Grund der guten Erfahrungen mit den ständigen Betriebsvertretungen in den bayerischen Staatsbetrieben, besonders bei der Eisenbahnverwaltung, entschieden sich die beiden Kammern des bayerischen Landtages dann aber völlig überraschend für die zwangsweise Einführung von Bergarbeiterausschüssen⁶. In die am 30. Juni 1900 verabschiedete Neufassung

⁵ Denkschrift des Zentralvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands betr. Reform des preußischen Berggesetzes, Alten-Essen 1901, S. 24 ff.

⁶ Bezeichnenderweise war auch das österreichische Gesetz über die Genossenschaften beim Bergbau vom 14. 8. 1896 weitaus arbeiterfreundlicher als die preußische Berggesetznovelle von 1892. Es führte Zechenausschüsse (Lokalausschüsse) für die Vertretung der einzelnen Grubenbelegschaften ein, die z. B. nicht daran gehindert wurden, sich untereinander über ihre Forderungen zu verständigen. Es war sogar in dem österreichischen Gesetz vorgesehen, daß alle Bergarbeiterausschüsse sich in der nur aus Arbeitern bestehenden 2. Abteilung der Reviergenossenschaft ein

des bayerischen Berggesetzes wurde im Artikel 91 folgende Bestimmung aufgenommen: „Auf Bergwerken, welche mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, sind ständige Arbeiterausschüsse einzusetzen. Als solche gelten nur jene Vertretungen, deren Mitglieder in der Mehrzahl von den volljährigen Arbeitern des Bergwerkes, der betreffenden Betriebsabteilung oder der mit dem Bergwerk verbundenen Betriebsanlagen aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden.“⁷ Im Gegensatz zu dem § 134 h der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 und dem § 80 f der Novelle zum preußischen Berggesetz, die beide auch Krankenkassenvorstände, Knappschaftsälteste und bereits bestehende Arbeiterausschüsse als Arbeiterausschüsse im Sinne des Gesetzes gelten lassen wollten, wurde hier erstmals der Charakter einer echten Betriebsvertretung, die für diesen alleinigen Zweck ins Leben gerufen wird, stark betont. Die obligatorischen bayerischen Bergarbeiterausschüsse besaßen wie die fakultativen Ausschüsse in Preußen das Recht, vor dem Erlaß oder der Abänderung der Arbeitsordnung gehört zu werden (§ 91, Abs. 1), einen Vertrauensmann zur Überwachung der Lohnabzüge bei vorschriftswidrig gefüllten Fördergefäßen zu wählen (§ 88) und ihre Zustimmung zur Aufnahme von Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei der Benutzung der Wohlfahrtseinrichtungen sowie über das Verhalten minderjähriger Arbeiter außerhalb des Betriebes zu geben (§ 87)⁸.

Die Jahresberichte der bayerischen Bergaufsicht brachten in den folgenden Jahren eine Reihe von Beispielen über die gute Auswirkung dieser gesetzlichen Maßnahme. Übereinstimmend wurde berichtet, daß die ständigen Arbeiterausschüsse den im Gesetz vorgezeichneten Kreis ihrer Befugnisse auf andere betriebliche Angelegenheiten ausweiteten. Meistens handelte es sich um das Abstellen von Mißständen und die Verbesserung von Einrichtungen auf der Schachthanlage im Sinne einer Arbeitserleichterung.

So wurden von dem Arbeiterausschuß auf einer Zeche der *Oberbayerischen Actiengesellschaft für Kohlenbergbau* nach einem Bericht der Bergbehörde im Laufe eines Jahres folgende Anträge gestellt und von der Zechenleitung angenommen⁹: Anschaffung neuer Grubenlampen, Vermehrung und bessere Einrichtung der Arbeiterhäuser, Neuregelung der Schießarbeit, Anbringung einer Ventilation in den Werkstätten, Genehmigung der vorzeitigen Ausfahrt

übergeordnetes Vertretungsorgan wählen sollten, dem u. a. eine Mitwirkung bei Lohnstreitigkeiten eingeräumt wurde. Ob und wie weit Bayern durch das österreichische Vorgehen etwa beeinflusst wurde, müßte noch festgestellt werden.

⁷ Aretin v. Rauck, Bayerisches Berggesetz, 2. Aufl. Berlin 1911, S. 66 ff.

⁸ Dieser Artikel entsprach völlig dem § 134 b, Abs. 3, der Gewerbeordnungsnovelle von 1891, so daß er hier keiner weiteren Erläuterung bedarf.

⁹ Vgl. die Jahresberichte der Kgl. Bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektoren und der Kgl. Bayerischen Bergbehörden, München 1901–1905, und K. A. Weithofer, Das Pechkohlengebiet des bayerischen Voralpenlandes und die Oberbayerische Actiengesellschaft für Kohlenbergbau (München). Denkschrift aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Gesellschaft (1870–1920), München 1920.

von Arbeitern, die Grubenholz zuzurichten hatten, Einführung einer Wasserversorgung an warmen Orten der Grube, Austausch des Gezähes (Arbeitsgerätes) zu jeder Tageszeit, Verlängerung der werkärztlichen Sprechstunden usw. Wie in allen Berichten betont wurde, konnten aber auch Fragen der Arbeitszeit und des Lohnes zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt werden. Die Arbeiterausschüsse auf den Pechkohlenzechen der *Oberbayerischen Actiengesellschaft* erreichten die Einführung eines festen Gedingesatzes für verschiedene Zimmererarbeiten, Feststellung eines gleichen Schichtlohnes für gleiche Arbeitergruppen, Festsetzung der Gedinge vor Ort und Beendigung der Arbeit vor hohen Festtagen um vier Uhr nachmittags.

Ebenso wurden auf der bekannten bayerischen Zeche „*Peißenberg*“ durch die dortige ständige Betriebsvertretung einige nicht ganz unwichtige Erfolge für die Belegschaft erzielt: Erhöhung des Schichtlohnes für Sonn- und Feiertagsarbeiten, Entschädigung der mit der Aufsicht beim Bremsschachtbetrieb betrauten Hauer mit 50 Pfennig pro Stunde und Erhöhung des Schichtlohnes der Pferdekehnte. (Das Pferd war um diese Zeit noch das wichtigste Transportmittel unter Tage!) Später wurden die Arbeitervertreter auf der Zeche „*Peißenberg*“ auch zur Grubenbefahrung und Unfallverhütung herangezogen. Im Jahre 1905 stellte die bayerische Berginspektion in einem zusammenfassenden Bericht fest, daß die bayerischen Grubenverwaltungen den ständigen und gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsvertretungen, nachdem sie anfänglich viel Mißtrauen und Zurückhaltung gezeigt hätten, mit viel Sympathie gegenüberstünden, „da sie eingesehen haben, daß mit diesen ein ruhiger, sachdienlicher Meinungsaustausch sehr wohl möglich und für die Interessen des Werkes ebenso wie für die Arbeiterschaft vom Vorteil ist“¹⁰. Auch der bayerische Ministerpräsident, *Klemens Freiherr v. Podewils-Dürnitz*, gab, wie die Zeitschrift „*Soziale Praxis*“ berichtete, in seiner Rede vor der Abgeordnetenversammlung am 20. Februar 1906 eine anerkennende Beurteilung über die Tätigkeit der bayerischen Bergarbeiterausschüsse ab.

In Preußen bekam die Forderung nach ständigen gesetzlichen Arbeitervertretungen einen ungeahnten Nachdruck, als im Januar 1905 der bis dahin größte Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet ausbrach¹¹. Noch weniger als beim ersten Ausstand 1889 war ein akuter wirtschaftlicher Notstand die eigentliche Ursache der Arbeitsniederlegung, da gerade eine Periode wirtschaftlichen

¹⁰ Aus einem Bericht der Kgl. Bayerischen Berginspektion in den Jahresberichten der Kgl. Bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektoren und der Kgl. Bayerischen Bergbehörden, Jg. 1905.

¹¹ Über die Geschichte des Streikes 1905 unterrichten heute am besten Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. aaO, S. 85 ff. – Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO, S. 137 ff. – Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz aaO, S. 184. – Die Arbeit von Dieter Fricke, Der Ruhrarbeiterstreik von 1905, (Ost-)Berlin 1955, ist nicht nur wegen ihrer einseitigen Tendenz, sondern auch wegen ihrer unrichtigen Darstellung wissenschaftlich wertlos.

Aufschwunges herrschte. Die von ausländischen Arbeitskräften eingeschleppte epidemische Wurmkrankheit (Ankylostomiasis), die zu ungewolltem Krankfeiern, Lohnausfall und längerer schmerzhafter Behandlung führte, die vom Kohlensyndikat aus Rationalisierungsgründen überraschend verfügte Stilllegung einer Reihe von Gruben, Verlängerung der täglichen Arbeitszeit durch größere Dauer der Seilfahrten, Wohnungsnot infolge der Masseneinwanderung ausländischer Arbeitskräfte und das „Nullen“ unvorschriftsmäßig beladener Förderwagen, durch das die im Kameradschaftsgedinge arbeitenden Bergleute bis zu einem ganzen Tageslohn verlieren konnten, waren – wie neuere Spezialuntersuchungen über den Streik gezeigt haben – im Grunde nur auslösende oder verstärkende Elemente des Streikes, bei dem von 224 000 Arbeitern an der Ruhr 195 000 in den Ausstand traten. Die eigentlichen und tieferen Ursachen des Streikes lagen in der allgemeinen Mißstimmung und Unzufriedenheit gegen die Politik des in Syndikaten, Kartellen, Konzernen und mächtigen Gesellschaften vereinigten Unternehmertums, das ein Verhandeln mit den Bergarbeiterverbänden auf dem Boden der Gleichberechtigung nach wie vor kategorisch ablehnte. Die inzwischen zahlenmäßig stark angewachsenen und innerlich gefestigten Gewerkschaften im Ruhrgebiet hatten demgegenüber den Bergleuten vielfach ihr altes Selbstgefühl zurückgegeben, das nach einer „Kraftprobe“ verlangte, zumal auch die öffentliche Meinung weitgehend auf Seiten der Arbeiter stand.

Der Streik konnte sich wiederum völlig überraschend ausdehnen, weil es noch immer an ausreichenden Institutionen für einen Interessenausgleich fehlte. *Hugo Stinnes*, auf dessen Zeche „Bruchstraße“ in Langendreer bei Bochum am 7. Januar 1905 der Streik wegen Verlängerung der Seilfahrten ohne vorherige Anhörung der Belegschaft zuerst ausgebrochen war¹², erklärte

¹² Der Streikausbruch auf der Stinnes-Zeche „Bruchstraße“ ist ein Beispiel dafür, in welcher Weise die Bestimmungen der Berggesetznovelle von 1892 über die Anhörung der Belegschaft bei Änderungen der Arbeitsordnung in der Praxis gehandhabt werden konnten. Die Zeche „Bruchstraße“ hatte wie viele andere Schachtanlagen wegen des Anwachsens der Betriebsgröße Schwierigkeiten mit der Arbeitszeit. Da die Wege von der Arbeitsstelle im Streb zum Förderschacht länger geworden waren und die Belegschaft stark zugenommen hatte, kam man mit je einer halben Stunde für die Ein- und Ausfahrt nicht mehr aus. Um die vereinbarte Zeit von acht Stunden vor Ort einzuhalten, verlängerte Stinnes die Seilfahrt auf je eine Stunde. Als ein entsprechender Anschlag Mitte Dezember 1904 bekanntgemacht wurde, trat die Belegschaft zwei Tage in den Streik. Das Oberbergamt veranlaßte darauf die Zechenleitung, den Anschlag wieder zurückzunehmen, da nach der Berggesetznovelle von 1892 vor jeder Änderung der Arbeitsordnung die Belegschaft gehört werden mußte. Am 22. Dezember erschien ein neuer Anschlag mit der gleichen Ankündigung und dem Zusatz, alle großjährigen Arbeiter sollten ihre Stellungnahme bis zum 28. 12. mündlich oder schriftlich dem Betriebsführer abgeben. Die Änderung der Arbeitsordnung trete am 1. Februar 1905 in Kraft, um allen nicht einverständenen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich nach anderer Arbeit umzusehen. Stinnes hatte damit der gesetzlichen Pflicht genügt, zugleich aber klar seinen Herr-im-Hause-Standpunkt zu erkennen gegeben, der überhaupt keine Diskussion über die Änderung zuließ. Vgl. Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet aaO, S. 88 ff.

sich bereit, in formloser Art mit seiner Belegschaft unter Teilnahme von Vertretern der Bergbehörde und des Bergbaulichen Vereins zu verhandeln. Er lehnte es aber ab, irgendwelche Gewerkschaften als Interessenvertretung anzuerkennen oder sich dem Spruch des von den Streikenden angerufenen „Einigungsamtes“ (Schiedsgerichtes) bzw. Berggewerbegerichtes, die beide unter dem Vorsitz eines neutralen Beamten oder Juristen paritätisch besetzt waren, zu unterwerfen. In einem Schreiben an den Berghauptmann, den Vorsitzenden des Berggewerbegerichtes, betonte Stinnes, der Streik auf seiner Zeche „Bruchstraße“ sei so prinzipieller Natur, daß er den gesamten rheinisch-westfälischen Bergbau betreffe. Damit war eine Lokalisierung auf die Zeche „Bruchstraße“, an der auch die vier Gewerkschaften (Alter Verband, Christlicher Gewerkverein, Gewerkverein Hirsch-Dunker und Polnische Berufsvereinigung) zunächst interessiert waren, unmöglich geworden¹³. Untergeordnete Funktionäre, besonders vom „Alten Verband“, bliesen, obwohl die Leitung den Zeitpunkt für eine allgemeine Kraftprobe für äußerst ungünstig hielt, kräftig in die überall verborgen schwelende Glut der Unzufriedenheit, so daß der Ausstand mit Windeseile durch das Ruhrgebiet sich fortpflanzte. Die Gewerkschaftsvorstände standen dieser Entwicklung zunächst machtlos gegenüber, bis sie sich dann gegen ihren ursprünglichen Willen entschlossen, sich zum Sprecher der Bewegung zu machen, um sie auf diese Weise wieder in ihre Gewalt zu bekommen. Eine am 12. Januar in Essen tagende Revierkonferenz der Delegierten aller vier Bergarbeitergewerkschaften verurteilte zwar die Disziplinlosigkeit der Belegschaften, die sich ohne Weisung dem wilden Streik auf der Grube „Bruchstraße“ angeschlossen hatten, formulierte dann aber die einzelnen Forderungen, die eine von den Streikenden gewählte „Siebener-Kommission“ unter Leitung des christlichen Gewerkschaftsvorsitzenden *Johann Effert* am 13. Januar dem Bergbaulichen Verein übermittelte. Neben einer Schichtverkürzung, vollständiger Beseitigung des „Wagen-Nullens“, Festsetzung eines Minimallohnes und Einführung von Arbeiterkontrollleuten zur Hebung der Grubensicherheit, einer umgehenden Reform des Knappschaftswesens, Beseitigung der vielen und harten Strafen, einer humaneren Behandlung durch die Vorgesetzten, einer Verbesserung des Zechenkoloniewesens und einer Anerkennung der Arbeiterorganisationen wurde unter Punkt 6 gefordert: „Errichtung eines Arbeiterausschusses zur Vorbringung und Regelung a) aller Beschwerden und Mißstände, b) aller Lohndifferenzen einschließlich des Gedingelohnes, c) zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen, deren Abrechnung alljährlich der Gesamtbelegschaft bekannt zu geben ist. Wenn die Zechen keine Beiträge geben, das heißt die Kassen allein aus den Strafgebern der Arbeiter gespeist werden, sollien sie kein Verwaltungs-

¹³ Konrad Engel, Der Bergarbeiterstreik im Ruhrbezirk im Jahre 1905. In: Glückauf, Organ des Bergbaulichen Vereins, Jg. 41 (1905), Nr. 8, S. 217.

recht, andernfalls nie mehr als die Hälfte der Sitze haben, selbst wenn sie mehr Beiträge zahlen.“¹⁴

Offensichtlich hatten diese und auch einige der anderen Forderungen mit dem Geschehen auf der Zeche „Bruchstraße“ nicht viel zu tun. Doch waren die Wünsche nicht, wie der Bergbauliche Verein in seiner Antwort schrieb, „erst nachträglich zusammengesucht“, sondern schon meistens lange vorher einzeln begründet worden. Für die Bergleute war der Streik allerdings ein willkommenen Anlaß, alle vorhandenen Beschwerden zusammenzutragen in der Hoffnung, mit einem Schlage aller Mängel ledig zu werden. Obwohl die Mehrheit des Reichstages und weite Teile der Öffentlichkeit mit den streikenden Bergleuten offen sympathisierten¹⁵, lehnte der Verein für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund jede Verhandlung ab, bei der als Partner die Vertreter der Siebenerkommission auftreten würden. Der Streikverlauf habe gezeigt, so wurde gesagt, daß die Streikführung keinerlei Autorität genieße. Zudem seien „Vereinbarungen die Arbeitsordnung betreffend nur Sache der einzelnen Zechenverwaltungen und des einzelnen Arbeiters“¹⁶. Die Annahme der Forderungen würde den „Ruin des rheinisch-westfälischen Bergbaus und der für diesen so unerläßlichen Disziplin“ bedeuten. In den Forderungen nach Einführung von ständigen Arbeiterausschüssen und Arbeiterkontrolleuren zur Hebung der Betriebssicherheit wurde lediglich ein Versuch der Sozialdemokratie gesehen, in den Grubenbelegschaften ihre Position zu verstärken.

Vergeblich entsandte die Regierung den Leiter der Bergbauabteilung im Preußischen Handelsministerium, den Oberberghauptmann v. Velsen, mit einer Reihe von Regierungskommissaren zur Vermittlung ins Streikgebiet.

¹⁴ Vgl. u. a. August Brust, Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Jg. 20 (1905) H. 3, S. 491. – Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 2, S. 587. – Otto Erkelenz, Kraftprobe im Ruhrgebiet 1905 (Gewerkvereins. Agitationsbibliothek), Düsseldorf 1905, S. 46. – Johann Effert, Zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier. Essen 1906, S. 15 ff. – H. A. Bueck und Leidig, Der Ausstand der Bergarbeiter im Ruhrkohlenrevier: Januar/Februar 1905. In: Schriften der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, Nr. 1. – Lorenz Pieper, Aufsätze über den Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. In: Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, H. 17 (1905) und Reichsarbeitsblatt Jg. 3 (1905), Nr. 2.

¹⁵ So erließ der Kurator der Bonner Universität Franz von Rottenburg, ein Mitarbeiter Bismarcks aus der Zeit der Sozialversicherung und enger Freund Berlepschs, einen Aufruf zur Sammlung für die Streikenden, der eine Million Goldmark erbrachte. Zitiert bei Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz aaO, S. 184 ff. Nicht nur die Presse der Sozialdemokratie und des Zentrums, auch konservative Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“ kritisierten den Herr-im-Hause-Standpunkt der Zechenbesitzer. Vgl. Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet aaO, S. 92, Anmerkung 6 und 7. Vgl. auch den Stimmungsbericht des Grafen Lerchenfeld, des bayerischen Gesandten in Berlin, an seine Regierung am 30. 1. 1905. In: Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 89.

¹⁶ Engel, Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet aaO, S. 224.

Der Bergbauliche Verein lehnte in den Verhandlungen brüsk jede staatliche Vermittlung mit dem Hinweis ab, es bestehe nicht die geringste Wahrscheinlichkeit, daß irgendwelche Abmachungen von der Arbeiterseite eingehalten würden. Auf den Vorwurf des Oberberghauptmannes, die Arbeitgeber wollten anscheinend „mit den Arbeitern die Beine nicht unter denselben Tisch stecken“, wurde kurz erwidert, daß man in der Tat in den bestehenden Bergarbeitergewerkschaften keine legitimen Arbeitervertretungen erblicken können¹⁷. Die Unternehmer schlugen statt dessen der Regierung vor, eine Enquête zu veranstalten, um die angeblichen Mißstände im Ruhrbergbau auf das genaueste zu untersuchen.

Der staatliche Vermittlungsversuch war damit zunächst gescheitert; v. Velsen mußte sich auf Weisung seines Vorgesetzten zunächst darauf beschränken, die von den Zechenbesitzern gewünschte Untersuchung durchzuführen und die staatlichen Bergrevierbeamten mit der Entgegennahme und Prüfung der Beschwerden der Arbeiter auf den einzelnen Zechen in Gegenwart der Grubenverwaltungen zu beauftragen.

Auch im Reichstag wurde die Streiklage debattiert. Am 20. Januar richteten die Sozialdemokraten, die im Preußischen Landtag nicht vertreten waren, an die Regierung eine Anfrage, wobei der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Hue den Unternehmern die alleinige Schuld an der Ursache des Ausstandes zuschob. Demgegenüber betonte ebenso wie Reichskanzler Bernhard v. Bülow der Handelsminister Theodor Adolf v. Möller die Absicht der staatlichen Organe, weiterhin unter Wahrung striktester Neutralität vermittelnd und versöhnend auf die beiden Parteien einzuwirken. Einerseits wurden die Streikenden zur Mäßigung ermahnt, andererseits mit scharfen Worten dem Bedenken Ausdruck gegeben, daß die Zechenbesitzer jede Vermittlung ablehnten¹⁸.

Die Regierung hatte sich zunächst zu dieser neutralen und vermittelnden Stellung entschlossen, da der Streik trotz gegenteiliger Berichte in der Unternehmerpresse über die Belästigungen und Bedrohungen Arbeitswilliger mit beinahe unheimlicher Ruhe und Disziplin verlief – ein Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften die anfangs entglittenen Zügel wieder fest in die Hand genommen hatten. Als aber Ende Januar nach dreiwöchiger Dauer noch kein Ende des Streikes abzusehen war, hielt die Regierung den Zeitpunkt für gekommen, aus der bisherigen Reserve hervorzutreten und die Initiative zur baldigen Beendigung des Ausstandes zu ergreifen, wobei vor allem außenpolitische Motive eine Rolle spielten. Die Reichsregierung dachte nämlich

¹⁷ Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO, S. 143 ff.

¹⁸ Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1904/05, S. 3751, 3903 und 3919 ff. sowie Heidrun Walther, Theodor Adolf v. Möller. In: Bibliothek familiengeschichtlicher Arbeiten, Bd. 25, Neustadt an der Aisch, 1958, S. 101.

darán, wie unerfreulich es angesichts des blutigen Aufstandes in Rußland wirken mußte, wenn auch sie in Deutschland mit Waffengewalt gegen aufständische Arbeiter vorging. Zudem ließen der russisch-japanische Krieg und die Marokko-Krise in den Jahren 1905/06 es nicht geraten erscheinen, die militärische Schlagkraft des Reiches durch einen längeren Ausfall der Kohlenproduktion zu schwächen. Besonders während der Marokko-Krise wurde von Bülow und dem Auswärtigen Amt die Möglichkeit eines Präventivkrieges gegen England und Frankreich erwogen, was aber von Wilhelm II. entschieden abgelehnt wurde¹⁹.

Im Einverständnis mit Kaiser und Reichskanzler kündigte für die Öffentlichkeit ziemlich überraschend der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Arthur Graf v. Posadowsky-Wehner, an, die Regierung werde den Weg der Reichsgesetzgebung beschreiten, um die ihrer Meinung nach berechtigten Beschwerden der Arbeiter abzustellen, wenn das Preußische Staatsministerium nicht unverzüglich Schritte zur Beendigung des Ausstandes unternehme. Die Vorlage eines Reichsberggesetzes, das seit 1890 immer wieder von der Sozialdemokratie und dem „Alten Verband“ gefordert worden war, hätte für Preußen den Verlust eines der wichtigsten bundesstaatlichen Sonderrechte bedeutet.

Angesichts dieser Drohung entschloß sich das Preußische Staatsministerium zu einer Änderung der Taktik. Nachdem am 26. Januar der Abgeordnete Georg Gothein und die Sozialdemokratie im Reichstag bereits eine entsprechende Anfrage gestellt hatten, kündigte der preußische Handelsminister Möller im Abgeordnetenhaus die kurzfristige Vorlage einer Berggesetznovelle an, die die wesentlichen Beschwerdepunkte der Arbeiter regeln werde, da auf dem Verhandlungswege mit den Unternehmern anscheinend nichts zu erreichen sei. Die Beschwerden, so meinte Möller, seien alle nicht neu, die Regierung habe sie schon 1889 erörtert. Gleichzeitig wurde berichtet, daß der Oberberghauptmann v. Velsen im Auftrag der Regierung wiederholt mit den Arbeitervertretern verhandelt und inzwischen mehrere Kommissionen zur Untersuchung der Beschwerden eingesetzt habe²⁰.

Dieses Einschwenken der Regierung, das im wesentlichen ein Verdienst des schlesischen Grafen Posadowsky war, führte zum baldigen Abbruch des Auf-

¹⁹ Nach Bülows Aufzeichnungen soll Wilhelm II. gesagt haben: „Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen führen, aber nicht vorher und nicht à tempo.“ In: Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 88.

²⁰ Preußisches Abgeordnetenhaus, Legislaturperiode 1904/05, S. 9178 und Drucksachen Nr. 649 und 654. – Die von der Regierung angestellten Untersuchungen ergaben im übrigen keine wesentlichen Beanstandungen. In Arbeiterkreisen erhoben sich allerdings gegen die Untersuchungsmethoden Proteststimmen und vor allem die Forderung, an den Nachprüfungen direkt beteiligt zu werden. Das wurde zwar von der Regierung abgelehnt, doch wurde den Beamten durch Verfügung eingeschärft, strikteste Neutralität bei den Untersuchungen zu wahren.

standes am 10. Februar und verhinderte ein weiteres Umsichgreifen auf andere deutsche Bergbauggebiete wie im Jahre 1889. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt auch schon die Streikkassen leer²¹.

Infolge der schwierigen Materie dauerte es aber noch bis zum 8. März 1905, bis der unter Leitung von Theodor Lohmann ausgearbeitete „Gesetzentwurf betr. die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Preußischen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892“ dem Preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegt werden konnte²². Die Novelle sah unter anderem das Verbot des Wagennullens, die Beschränkung der Schichtdauer und der Straf gelder sowie die obligatorische Einführung ständiger Arbeiterausschüsse auf Zechen mit mehr als 100 Arbeitnehmern vor. Bezeichnenderweise lehnte die gerade in Berlin tagende Versammlung der preußischen Bergbauvereine die Novelle im allgemeinen und die Arbeiterausschüsse im besonderen ab, da „diese ein Herd für die Sozialdemokratie werden und nur Unruhe und Streit, aber keine Vermittlung stiften würden“. Die Meinung, daß der Arbeiterausschuß größeren Einfluß auf den Werksbesitzer haben und diesen zu einem Entgegenkommen gegenüber dem einzelnen Arbeiter bestimmen werde, berge im Hintergrund die direkte Aufforderung zur geschlossenen Organisation der Belegschaft, der naturgemäß die Arbeitgeber eine ähnlich geschlossene entgegenzustellen gezwungen wären²³. Ähnliche Ablehnungen äußerten der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (dem auch Handelsminister Möller als ehemaliger westfälischer Industrieller angehört hatte) und die Nordwestdeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Die Bedenken der Schwerindustrie gegen vom Gesetzgeber angestrebte Eingriffe in die betrieblichen Verhältnisse des Bergbaus faßte am 16. März 1905 der „Centralverband deutscher Industrieller“, dem auch sämtliche Bergbauliche Vereine Deutschlands angehörten, in einer Resolution zusammen. Hinsichtlich der obligatorischen Einführung der Arbeiterausschüsse wurde in der Entschließung festgestellt, daß diese Maßregel nicht auf den Bergbau beschränkt werden könne; sie würde vielmehr über kurz oder lang auf alle industriellen Betriebe ausgedehnt werden müssen. Der „Centralverband“, wurde abschließend erklärt, nehme nicht gegen die Arbeiterausschüsse Stellung, soweit sie von den Arbeitgebern nach Maßgabe ihrer besonderen Verhältnisse freiwillig eingeführt werden. Die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen müsse aber der „Cen-

²¹ Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 2, S. 598.

²² Vgl. Drucksache 747, Legislaturperiode 1905, 1. Session, Anlageband 1, S. 6239 ff. – Borchardt, 50 Jahre Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe aaO, S. 53, und Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 92.

²³ Resolution der Preußischen Bergbauvereine vom 16. März 1905 der Preußischen Regierung als Denkschrift überreicht. In: Staatsarchiv Münster, Akten des Oberbergamtes Dortmund, Abtl. B., Gruppe 2, Bd. 32, zitiert nach Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 93.

tralverband“ entschieden zurückweisen, weil nach den bisher auf ähnlichen Gebieten gemachten Erfahrungen in ihnen nur die sozialdemokratisch und sonst organisierten Arbeiter Platz finden und damit tatsächlich die Arbeiterausschüsse Organe der Arbeitervereinigungen werden würden. „Die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse würde die staatliche Organisation der Sozialdemokratie bedeuten . . .“²⁴ Eine Reihe anderer Unternehmervereinigungen und auch einzelne Bergwerksbesitzer, wie der Vorstand des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, der Verein deutscher Arbeitgeberverbände und der *Fürst v. Pleß*, schlossen sich in Einzelresolutionen diesem Generalprotest der deutschen Industrie an.²⁵ Dieselben Befürchtungen äußerten im Preußischen Abgeordnetenhaus die Nationalliberalen und vor allem die Deutsch-Konservativen unter ihrem Abgeordneten *Ernst v. Heydebrand*. Die forderten die Einführung eines „Sicherheitsparagraphen“, der jede politische Tätigkeit der Arbeiterausschüsse verbot und öffentliche Ausschüßwahlen anordnete.²⁶

In den Kommissionsberatungen setzten diese politischen Vertreter der Unternehmer sogar wesentliche Verschlechterungen bei der Novelle durch: Die Einführung der Ausschüsse sollte wie früher in das Ermessen des Unternehmers gestellt bleiben, das Oberbergamt nicht nur die Befugnis, sondern auch die Pflicht zur Auflösung eines Ausschusses bei Überschreitung seiner Kompetenzen haben und das Wahlrecht und die Wählbarkeit an längere Beschäftigungszeiten gebunden sein. Schon in der Resolution der preußischen Bergbauvereine vom 16. März 1905 waren für die Einführung von Arbeiterausschüssen folgende Kautelen gefordert worden: a) Für das aktive Wahlrecht ein Mindestalter von 25 Jahren und eine wenigstens 3jährige ununterbrochene Beschäftigung auf der Zeche; b) für das passive Wahlrecht ein Mindestalter von 30 Jahren und eine wenigstens 5jährige ununterbrochene Beschäftigung auf der Zeche; c) für aktives und passives Wahlrecht allgemein: Der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und der Reichsangehörigkeit sowie die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift.²⁷ Gerade diese letzten Bestimmungen waren nur von der Sache her gesehen überspannt; kein Arbeiter

²⁴ Henri Axel Bueck, Der Centralverband deutscher Industrieller, Bd. 3, Berlin 1905, S. 672.

²⁵ Vgl. Jahresbericht des Vorstandes des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins 1904/05. – Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 140 v. 2. 4. 1905 (Beschluß einer Vorstandssitzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zum Entwurf der Berggesetznovelle vom 18. 3. 1905). – Glückauf, Jg. 41 (1905), Nr. 8, S. 223. – Der Protestbrief des Fürsten von Pleß ist abgedruckt bei Leo Stern (Hrsg.), Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, 1, S. 81 f.

²⁶ Vgl. die Reden der Abgeordneten Hilbck, v. Heydebrand und von der Lase, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses, Legislaturperiode 1905, 1. Session, S. 2170 und A. Hilbck, Zum Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier, Köln 1905.

²⁷ Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 93.

ter brauchte fünf Jahre, um die Betriebsverhältnisse auf einer Zeche genau kennenzulernen, um die Vertretung der Arbeiterinteressen übernehmen zu können. Die Bestimmungen richteten sich eindeutig gegen die Mitglieder der Sozialdemokratie, der Arbeiterberufsvereine und der großpolnischen Partei im Ruhrgebiet. Mit anderen Worten: Die Zahl der Wähler und der Gewählten bei den Arbeiterausschüssen sollte zu Gunsten der Unternehmer beeinflusst werden. In der Plenarsitzung gelang es jedoch der Regierung, die ursprüngliche Vorlage wieder weitgehend herzustellen. Die Nationalliberalen und die Konservativen wurden vor allem deshalb zum Einlenken bewegt, weil bei einer Ablehnung der Berggesetznovelle eine schwere innenpolitische Krise drohte, die auch sie nicht wollten. Reichskanzler *Bülow* setzte sich nämlich mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität aus den schon erwähnten außenpolitischen Gründen für das Zustandekommen dieses Gesetzes ein, zudem hatte er sich der Siebenerkommission gegenüber zu einer gesetzgeberischen Aktion bei einem Abbruch des Streikes verpflichtet. Auch die Gegner der Vorlage wußten, daß die Regierung bei einem Scheitern des Gesetzes im Preußischen Landtag gezwungen war, sich an den Reichstag zu wenden, in dem bereits Anträge der Abgeordneten *Albrecht* (Sozialdemokratie), *Graf v. Hompesch* (Zentrum) und *Adolf Stöcker* vorlagen, das Vertragsverhältnis zwischen den Zechenbesitzern und ihren Belegschaften durch entsprechende Änderungen der Reichsgewerbeordnung zu regeln.²⁸ Bei einer Behandlung dieser Fragen im Reichstag drohte dann aber die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse nicht nur im Bergbau, sondern in der gesamten deutschen Industrie. Hier blieb nur übrig, das kleinere Übel zu wählen. Ausschlaggebend war freilich, daß Nationalliberale und Deutsch-Konservative die Regierung, die von einer inneren Krise ungünstige Auswirkungen auf die Außenpolitik befürchtete, nicht im Stich lassen wollten. So kam es, daß auch die heftigen und prinzipiellen Gegner der Novelle diese weitgehend in der von der Regierung konzipierten Form annahmen.

Die Stellungnahme der Bergarbeiterverbände während der Beratungen faßte der Preußische Bergarbeiterdelegiertentag, der ebenfalls im März 1905 in Berlin tagte, nach einem Referat *Johann Efferts* zusammen. In einer Entschließung wurde eine erhebliche Erweiterung der Regierungsvorlage gefordert, besonders, was die Rechte der Arbeiterausschüsse anbetraf. Im einzelnen wollte man die Festsetzung einer Mindestanzahl von Ausschußmitgliedern, die Herabsetzung der zur Einführung eines Arbeiterausschusses erforderlichen Belegschaftsziffer auf 20 Arbeiter, Mitwirkung der Ausschüsse in der Lohn- und Gedingefrage, die Einführung des Verhältniswahlrechtes und eine mög-

²⁸ Vgl. Antrag Albrecht und Genossen. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 11. Legislaturperiode, 1. Session 1904/05 und 2. Session, Anlageband 8, Nr. 804, S. 4780. – Antrag Hompesch und Genossen, ebd. Nr. 832, S. 4818 und Antrag Stöcker und Genossen ebd., Nr. 837, S. 4888.

lichst enge Verbindung der Ausschüsse zu den bestehenden Gewerkschaften²⁹. Bei aller Kritik räumten die Bergarbeiterzeitungen bis auf einige radikale Organe der Sozialdemokratie ein, daß die Novelle eine wesentliche Verbesserung der Bergarbeiterverhältnisse bringe und die Regierung ihre Versprechungen, die sie beim Abbruch des Streikes gegeben habe, hielt. Allerdings wurde auch übereinstimmend beklagt, daß nicht alle Wünsche der Arbeiter Berücksichtigung gefunden hätten.

Nach drei Lesungen im Abgeordnetenhaus und zwei Lesungen im Herrenhaus konnte dann die so heftig umkämpfte Berggesetznovelle am 14. Juni 1905 verabschiedet werden und in Kraft treten. Sie enthielt als wichtigste Bestimmung, daß auf allen Bergwerken mit mehr als einhundert Arbeitnehmern ein ständiger Arbeiterausschuß vorhanden sein mußte (§ 80 f, Abs. 4)³⁰. Als ständige betriebliche Arbeitervertretung waren dabei zugelassen worden:

1. „Die Vorstände der für die Arbeiter eines Bergwerkes bestehenden Krankenkassen oder anderer für die Arbeiter des Bergwerkes bestehender Kasseneinrichtungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte zu wählen sind, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden;
2. die Knappschaftsältesten von Knappschaftsvereinen und Knappschafts-krankenkassen, welche nur die Betriebe eines Bergwerksbesitzers umfassen, sofern sie aus der Mitte der Arbeiter gewählt und als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden;
3. die bereits vor dem 1. Januar 1892 errichteten ständigen Arbeiterausschüsse, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden;
4. solche Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den Arbeitern des Bergwerkes, der betreffenden Betriebsabteilung oder der mit dem Bergwerk verbundenen Betriebsanlagen aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Die Wahl des Vertreters kann auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Abteilungen des Betriebes erfolgen. Die Verhältniswahl ist zulässig.“

²⁹ Protokoll des Preußischen Bergarbeiterdelegiertentages, Bochum-Essen 1905, S. 58.

³⁰ Gesetz, betr. die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes für die preußischen Staaten 1865/1892. In: Preussische Gesetzsammlung 1905, S. 307. – Vgl. ferner Bernhard Bodenstein, Arbeiterausschüsse, Arbeitsordnungen, Unterstützungskassen im Bergbau, Erläuterungen zur Berggesetznovelle von 1905, Essen 1905, S. 15. – Franz Hitze, Die Preussische Berggesetznovelle von 1905. In: Soziale Kultur. Monatshfte des Katholischen Volksvereinsverlages, M.-Gladbach 1905, H. 9, S. 500. – Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, H. 23/24 (1905), S. 128 ff. – Johann Effert, Der Streik der Ruhrbergleute und die Berggesetznovelle sowie die Reorganisation des Gewerkvereins, Essen 1905. – Erkelenz, Kraftprobe im Ruhrgebiet aaO, S. 27. – Gothein, Die preussischen Berggesetznovellen von 1905 aaO, S. 170. – Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 36.

Die hier zugelassenen Formen einer ständigen Betriebsvertretung lehnten sich weitgehend an die entsprechenden Bestimmungen des § 134 b des Arbeiterschutzgesetzes von 1891 an. In den Kommissionsberatungen zu der Berggesetznovelle 1905 war auch der Antrag gestellt worden, die Ziffern 1 bis 3 des § 80 f, Abs. 4, zu streichen, weil diese hier aufgezählten Arbeitervorstände nur „Surrogat-Vertretungen“ seien und die Bergarbeiter sie bisher nie als Betriebsvertretungen – im Gegensatz zur anderen Industrie – aufgefaßt hätten. Der Einwand wurde aber mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Ziffern 1 bis 3 sich auf bestimmte konkrete Verhältnisse im Bergbau beziehen würden. Die Zusätze, daß die Knappschaftsältesten und Krankenkassenvorstände als Arbeiterausschüsse im Sinne des Gesetzes bestellt werden durften, bezogen sich insbesondere auf die Verhältnisse in den Oberbergamtsbezirken Clausthal und Bonn, wo diese Institutionen schon lange in dieser Weise gehandhabt wurden. Ziffer 3 bezog sich vor allem auf den Oberbergamtsbezirk Breslau, in dem bekanntlich der *Fürst v. Pleß* schon 1889 freiwillig Arbeiterausschüsse eingeführt hatte. Es zeigte sich damit, daß die Bestimmungen sich eng an die schon vorhandenen Ansätze im Betrieb anlehnten und diese organisch fortzuentwickeln versuchten.

Der Aufgabenbereich der obligatorischen Bergarbeiterausschüsse ging dagegen erheblich über den hinaus, der den obligatorischen Ausschüssen der Bayerischen Berggesetznovelle von 1900 und den fakultativen Ausschüssen in der Gewerbeordnungs-Novelle von 1891 eingeräumt worden war. Neben die schon bekannte Anhörungspflicht der Unternehmensleitung beim Erlaß oder der Abänderung der Arbeitsordnung (§ 80 g, Abs. 1), das Zustimmungrecht der Arbeiter über die Aufnahme von Vorschriften in die Arbeitsordnung bezüglich der Benutzung von Wohlfahrtseinrichtungen sowie über das außerbetriebliche Verhalten minderjähriger Arbeiter (§ 80 d, Abs. 3) und das Überwachungsrecht betreffend Lohnabzüge bei vorschriftswidrigem Beladen von Fördergefäßen (§ 80 c, Abs. 2) traten nun folgende neue Mitwirkungsbefugnisse der Arbeiter:

1. Das Mitverwaltungsrecht an einer Unterstützungskasse der Arbeiter, in die alle Strafgeelder überwiesen werden mußten (§ 80 d, Abs. 2).
2. Die allgemeine Aufgabe, darauf hinzuwirken, „daß das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber erhalten bleibt und wiederhergestellt wird“.
3. Das Recht, Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, die sich auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse des Bergwerkes bezogen, zur Kenntnis des Bergwerksbesitzers zu bringen und sich darüber zu äußern. Durch die Arbeitsordnung konnten dem Arbeiterausschuß außerdem noch weitere Aufgaben zugewiesen werden (§ 80 f, Abs. 1)³¹.

³¹ Außer den genannten Befugnissen sollten den Arbeiterausschüssen vor allem noch folgende Aufgaben zugewiesen werden: 1. Teilnahme an der Grubenkontrolle,

3. Bedeutung und Wirkung der preußischen Berggesetznovelle von 1905

Die preußische Berggesetznovelle von 1905 stellte insgesamt gesehen einen Höhepunkt der staatlichen Sozialpolitik vor dem Ersten Weltkrieg dar. In keinem anderen Gesetz zuvor oder später bis 1914 wurden die Wünsche der Arbeiter nach Festsetzung eines maximalen Arbeitstages, nach Mitwirkung bei der Lohnfestsetzung, dem Strafwesen und den betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen so weitgehend berücksichtigt. Vor allem war man dem von den Sozialreformern so lange propagierten Gedanken eines „konstitutionellen Fabriksystems“, wie damals die Mitbestimmung genannt wurde, ein ganz erhebliches Stück näher gekommen. Das Gesetz stellte einen Fortschritt dar, weil in dem größten deutschen Bundesstaat eine ständige Betriebsvertretung in einem der wichtigsten Gewerbegebiete vom Gesetzgeber zwingend vorgeschrieben wurde. Von der gesetzlichen Regelung in Preußen hing letztlich die Lage aller deutschen Bergarbeiter ab¹. Wiederholt war im sächsischen, thüringischen und bayerischen Landtag von der Regierungsseite aus erklärt worden, solange Preußen den Reformweg nicht beschreite, müßten auch die kleineren Bergbaustaaten auf ihren alten Gesetzen beharren. Wenn auch das Königreich Bayern in der Frage der obligatorischen Einführung der Arbeiterausschüsse im Bergbau vorangegangen war, behielt doch die preußische Berggesetznovelle von 1905 wegen ihres materiellen Gehaltes eine richtungweisende Bedeutung in der Entwicklung der deutschen Betriebsverfassung. Das Gesetz hatte im Gegensatz zu der Berggesetznovelle von 1892 und der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 die Arbeiterausschüsse nicht nur mit der Gestaltung der Arbeitsordnung beauftragt, sondern ihnen auch von Anfang an ein größeres Tätigkeitsfeld im Betrieb zugewiesen, um sie vor einem Scheindasein zu bewahren. Die schlechten Erfahrungen aus den neunziger Jahren sollten sich diesmal nicht wiederholen. Die Novelle sicherte den Bergleuten auf dem sozialen und personellen Sektor des Arbeitsverhältnisses einige wichtige Mitwirkungsbefugnisse zu, während auf anderen Gebieten mehr verwaltende, kontrollierende oder gutachtliche Funktionen eingeräumt worden waren. Besonders das Zentrum, das schon bei der Besprechung des Streikes von 1889 und der Beratung des preußischen Berggesetzes als erste politische

2. Anhaltung der Bergleute zur Befolgung der Sicherheitsvorschriften und Anhörung beim Übertritt eines Schleppers in die Lehrhauerklasse, wie es auch in der Saarbrücker Arbeitsordnung vorgeschrieben war. Bodenstein; Arbeiterausschüsse aaO, S. 23.

¹ Die Bedeutung Preußens als Bergbaustaat um die Jahrhundertwende geht aus folgenden Zahlen hervor: Im Jahr 1904 gab es im Deutschen Reich 3055 Schachtanlagen mit zusammen 658 660 Arbeitern. Davon entfielen auf Preußen 581 423 (= 90 %), auf Bayern 105 574, auf Sachsen 30 338, auf Hessen 1917, auf Braunschweig 3344, auf Sachsen-Meiningen 3620, Anhalt 2983, Altenburg 2640, Lothringen 21 731 Arbeiter. Der Rest verteilte sich auf die übrigen Bundesstaaten. Vgl. Hue, Die Bergleute und der preußische Landtag. In: Neue Zeit, Jg. 1905/06, Bd. 1, S. 605 ff.

Partei im Preußischen Landtag die obligatorische Einführung von Bergarbeiterschiedsgerichten gefordert hatte², feierte die Gesetznovelle als eine außerordentliche sozialpolitische Errungenschaft und prinzipielle Anerkennung der Arbeiterwünsche nach sozialer Gleichberechtigung. Das „Eis für eine geordnete Arbeitervertretung“, so wurde gesagt, sei nun endgültig gebrochen. Mit Genugtuung konnte Franz Hitze, der große Vorkämpfer der Arbeiterausschüsse bei dem Zentrum, darauf hinweisen, daß auf dem ersten Preußischen Bergarbeiterdelegiertentag auch die sozialdemokratische Bergarbeitergewerkschaft für die erstmals mit wirklichen Befugnissen ausgestatteten betrieblichen Arbeitervertretungen votiert hätte.

Dennoch konnte die preußische Berggesetznovelle den Charakter eines Kompromißgesetzes nicht verleugnen, eines Gesetzes, das im Grunde keine der betroffenen Parteien befriedigte und das hinter den Wünschen und Hoffnungen mehr oder weniger zurückgeblieben war. Bis auf das Zentrum, das in dem Gesetz so etwas wie einen persönlichen Triumph erblickte, fand sonst jede Partei an dem Gesetz etwas auszusetzen. Die Kritik entzündete sich an einer ganzen Reihe von Bestimmungen.

So hatte Handelsminister Theodor Adolf v. Möller bei den Beratungen der Novelle hervorgehoben, daß die Arbeiterausschüsse nur Instrumente der Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf den einzelnen Werken seien und daß verhindert werden müsse, daß die Arbeiterausschüsse als solche sich zu einem großen Arbeiterparlament versammeln und eine geschlossene Organisation im Gegensatz zur Arbeitgeberschaft herstellen³. Wörtlich sagte der Minister, der als westfälischer Unternehmer und Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Dortmund-Hörde eine Kenntnis der tatsächlichen Betriebsverhältnisse hatte: „Der vielfach von Werksbesitzern geäußerten Befürchtung, daß die Arbeiterausschüsse politische Bestrebungen verfolgten oder in sonstiger Weise den Werksverwaltungen Schwierigkeiten bereiten werden, kann eine Berechtigung nicht abgesprochen werden. Diesen Schwierigkeiten wird aber dadurch entgegengewirkt werden können, daß einerseits dem Arbeiterausschuß lediglich eine beratende oder besser informierende Stellung zugewiesen, dem Werksbesitzer dagegen die ihm gebührende

² Bergarbeiterschutz und Zentrum. Eine aktenmäßige Darstellung der Tätigkeit des Zentrums im Deutschen Reichstage und im preußischen Landtage zugunsten der Bergarbeiter. In: Soziale Tagesfragen, hrsg. vom Volksverein für das katholische Deutschland, H. 10, M.-Gladbach 1908, S. 15 ff.

³ Einen in der Herrenhaus-Kommission gestellten Antrag, den Zusammenschluß verschiedener Arbeiterausschüsse zu verbieten, lehnte Handelsminister Möller mit dem Hinweis ab, daß ein solcher Zusammenschluß schon durch den Wortlaut des Gesetzes ausgeschlossen sei, da sich die Tätigkeit des Ausschusses nur auf das einzelne Bergwerk beziehen dürfe. Vgl. den Bericht der Kommission des Herrenhauses 1905, S. 12 und S. 16. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preussischen Abgeordnetenhauses, Legislaturperiode 1904/05, S. 13143 und 13235.

volle und freie EntschlieÙung über seine Maßnahmen vorbehalten wird...“⁴ Alle Anträge im Abgeordnetenhaus, die den Ausschüssen eine gleichberechtigte Mitentscheidung bei Kündigung, Lohn- und Arbeitszeitfragen geben wollten, also über ein mitwirkendes, beratendes und informatives Recht hinausgingen, waren auf Grund dieser von Möller verkündeten Einstellung der Regierung abgelehnt worden.⁵

Gerade aber das hatte bei den Bergarbeitern die erste große Enttäuschung hervorgerufen. Der preußische Bergarbeitertag hatte sich im März 1905, als er die Regierungsvorlage im ganzen guthieß, vor allem für ein Recht der Arbeiterausschüsse zur Mitwirkung bei der Lohnfestsetzung, Gedingebemessung usw., bei der sich fast dreiviertel aller betrieblichen Konflikte entzündeten, eingesetzt. Nach der Verkündung des Gesetzes stellte Otto Hue, der Führer des sozialdemokratischen „Alten Verbandes“ fest: „Der springende Punkt ist, daß der Arbeiterausschuß gerade da keine Rechte hat, wo er seiner ihm zugeschobenen Aufgabe gemäß am besten das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Unternehmer behüten resp. herstellen könnte, nämlich in der Lohnfrage. Eine arbeiterfreundliche Gesetzgebung würde den Arbeiterausschüssen die Äußerung auch immerhin über Lohnfragen zugestanden haben.“⁶

Als im Frühjahr 1906 der Christliche Gewerkverein die Arbeiterausschüsse beauftragte, eine Lohnerhöhung zu vertreten, erhob die Mehrzahl der Zechenverwaltungen an der Ruhr den Einwand, nach Absicht des Gesetzgebers gehöre das nicht zur Kompetenz der Betriebsvertretung. Die Ablehnung, mit den Bergarbeiterausschüssen über Lohn- und Gedingefragen zu verhandeln, rief unter den Anhängern der neuen Institution große Enttäuschung hervor, da sie auf eine Ausdehnung der Mitwirkungsbefugnisse, die im Gesetz vorgesehen war, auch auf die Lohnangelegenheiten gehofft hatten. Als dann die Bergarbeiterverbände am 8. Oktober 1906 bei allen Zechenverwaltungen und dem Zechenverband eine Forderung nach 15 % Lohnerhöhung stellten, faßten die Unternehmer den Beschluß, die Forderung abzulehnen, die gewählte Siebenerkommission wiederum nicht anzuerkennen und den Werksverwaltungen zu empfehlen – diesmal nur mit den Arbeiterausschüssen über Lohnfragen zu verhandeln. Dieses plötzliche Zugeständnis war um so bemerkenswerter, als der freisinnige Abgeordnete Wolff-Lissa mit seinem Antrag, den Bergarbeiterausschüssen ein Vertretungsrecht „in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden gemeinsamen Fragen“ (also auch in Lohnangelegenheiten!) zu geben, in der Berggesetzkommission des Preußischen Landtages kurz vorher durchgefallen war und Georg Gothein, der wegen seiner politischen Tätigkeit

⁴ Anton Bredenbeck, Kritische Randbemerkungen zur Berggesetznovelle. In: Die Neue Zeit, Jg. 23 (1904/05), Bd. 1, S. 804.

⁵ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses, Legislaturperiode 1904/05, S. 13256.

⁶ Otto Hue, Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 11 (1907), Bd. 1, S. 18.

bekannte ehemalige Generalsekretär des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, daraus gefolgert hatte, mit dieser Ablehnung werde dokumentiert, daß die Arbeiterausschüsse auch keine wirkliche Arbeitervertretung sein sollten.⁷

Der Grund für das überraschende Zugeständnis der Arbeitgeberseite zeigte sich bald. In der unternehmerfreundlichen „Kölner Zeitung“ wurde erklärt, den Arbeiterausschüssen sollten durch Lohnlisten, graphische Darstellungen usw. das „fortwährende Steigen der Löhne nachgewiesen“ werden, um die „Ungerechtigkeit“ der Lohnforderungen klarzustellen. Die Anerkennung der Arbeiterausschüsse als legale Vertretungen der Belegschaften in der Lohnfrage verfolgte damit den Zweck, die Überflüssigkeit der Bergarbeitergewerkschaften zu demonstrieren. Da nach der Erklärung des Handelsministers Möller eine Zusammenarbeit der Ausschüsse untereinander ausgeschlossen sein sollte, hofften die Unternehmer nach dem Grundsatz divide et impera die geschlossene Phalanx der Gewerkschaften in der Lohnfrage in viele kleine betriebliche Interessengruppen aufzuspalten und sie gegeneinander auszuspielen. Als die Siebenerkommission aller Bergarbeiterverbände an der Ruhr auf dieses Angebot der Unternehmer einging und den Arbeiterausschüssen empfahl, sich für Lohnverhandlungen zur Verfügung zu stellen, war das Ergebnis erwartungsgemäß eine totale Ablehnung der Lohnforderungen. Die Arbeiterausschüsse hatten ihre Aufgabe als Tariforgane nicht lösen können.

Dieses Vorgehen der Zechenverwaltungen wurde nicht nur in der Bergarbeiterpresse heftig kritisiert. In der „Norddeutschen Zeitung“, die häufig auch die Meinung der Regierung wiedergab, erschien bezeichnenderweise ein Artikel, der die Lohnforderungen im Prinzip als berechtigt anerkannte. Nicht ganz ohne Unrecht wurde vermutet, daß dieser Zeitungsartikel von der Regierungsseite inspiriert oder sogar verfaßt worden war.

Jedenfalls zeigte die Entwicklung, daß die vom Gesetzgeber ausgesprochene Erwartung, die Ausschüsse sollten dem sozialen Frieden in der Industrie dienen, ohne die deutliche Verleihung von Mitwirkungsrechten nicht zu erreichen war. Auf der anderen Seite konnten die Ausschüsse nur dann ihre vermittelnde Funktion erfüllen, wenn die hinter ihnen stehenden Arbeiterorganisationen dem einzelnen Unternehmer es nicht ratsam erscheinen ließen, den Herr-im-Hause-Standpunkt hervorzukehren. Wie der sozialpolitische Experte des Zentrums, Franz Hitze, schon bei den Beratungen 1905 darauf hingewiesen hatte, sollten die Arbeiterausschüsse die Gewerkschaften nicht ersetzen, sondern im Gegenteil ihnen einen „starken Rückhalt“ gewähren.⁸ Während er aber meinte, die Wirksamkeit der Ausschüsse hänge in erster Linie von der Einsicht und dem guten Willen des Arbeitgebers ab, erklärte

⁷ Gothein, Die preußischen Berggesetznovellen aaO, S. 185.

⁸ Franz Hitze, Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung, Berlin 1905, S. 60.

der Bergarbeiterführer *Otto Hue*, nichts könne falscher sein als diese Ansicht; Arbeitervertretungen könnten nur dann wirksame Vertretungen sein, wenn sie straff organisierte Belegschaften hinter sich hätten, „mit anderen Worten: *Arbeiterausschüsse müssen Organe der gewerkschaftlichen Berufsvereine sein*“⁹.

Weiterhin wurde an der Berggesetznovelle von 1905 vor allem die Bestimmung des § 80 f, Abs. 3, kritisiert, nach der ein Arbeiterausschuß nach fruchtloser Verwarnung vom Oberbergamt aufgelöst und nach wiederholter Auflösung für ein Jahr suspendiert werden konnte, wenn er seine Kompetenz überschritt¹⁰. Dieser aus Angst vor einer politischen Betätigung von der Landtagskommission nachträglich eingefügte Passus, so wurde gesagt, mache von vornherein jedes Vertrauensverhältnis zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer illusorisch. Das hier zum Ausdruck kommende Mißtrauen sei nur dazu geeignet, den Arbeiter vor einer Mitarbeit an dieser Institution zurückschrecken zu lassen. Ein Mitglied des „Alten Verbandes“, der Sozialdemokrat *Heinrich Heermann*, meinte in diesem Zusammenhang, einem Arbeiterausschuß anzugehören sei gleichbedeutend mit einem „Abonnieren auf den Möbelwagen“¹¹. Wie leicht könne es vorkommen, daß sich die Ausschußmitglieder beim Verhandeln der Belegschaftswünsche mit der Zechenverwaltung uneins würden, damit das gute Einvernehmen störten und dann ihre Befugnisse überschritten hätten. Daß man mit betrieblichen Verhältnissen unzufriedene Arbeiterausschüsse auflösen durfte, war in den Augen *Heermanns* noch nicht das Schlimmste, wohl aber, daß man ein Ausschußmitglied dann als „Hetzer“ auf die Straße setzen könne. Was hier gefordert wurde, war nichts anderes als der heute selbstverständlich gewordene verstärkte Kündigungsschutz für die Betriebsvertretung.

Eine Einschränkung der Ausschüsse war auch die Bestimmung über die Teilnahme am aktiven und passiven Wahlrecht. In der ersten Regierungsvorlage vom 8. März 1905 wurden für das aktive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen keinerlei Bedingungen aufgestellt, so daß alle Arbeiter ohne Ausnahme an den Wahlen teilnehmen konnten. Die zu wählenden Arbeitervertreter sollten dagegen mindestens 25 Jahre alt sein, mindestens ein Jahr auf dem Bergwerk gearbeitet haben, die bürgerlichen Ehrenrechte und die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. In den Kommissionsberatungen waren diese Bestimmungen durch Anträge der Nationalliberalen und der Deutsch-Konservativen wesentlich verschärft worden. Nach der endgültigen Fassung des Ge-

⁹ Hue, Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen aaO, S. 22.

¹⁰ Gegen die Auflösung bzw. Suspendierung stand freilich der Klageweg bei dem Bezirksausschuß offen. Vgl. den Kommentar bei Bodenstern, Arbeiterausschüsse aaO, S. 25.

¹¹ Heinrich Heermann, Arbeiterausschüsse im Bergbau. In: Die Neue Zeit, Jg. 24 (1905/06), Bd. 1, S. 239.

setzes galt als Vorbedingung für das aktive Wahlrecht die Volljährigkeit und eine mindestens einjährige Arbeit auf dem Werk, für das passive Wahlrecht ein Lebensalter von mindestens 30 Jahren und eine mindestens dreijährige ununterbrochene Betriebszugehörigkeit (§ 80 f, Abs. 4). Der Ausdruck „ununterbrochen“ hieß dabei, daß ein Arbeiter vom Antritt des Arbeitsverhältnisses bis zum Zeitpunkt seiner Wahl als Arbeiterausschußmitglied ohne Kündigung im Arbeitsverhältnis derselben Zeche gestanden haben mußte. Für die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses hatte Handelsminister *Möller* auch eine amtliche Auslegung gegeben. Danach bedingte die Teilnahme an einem Streik an und für sich noch nicht den Verlust des Wahlrechtes und der Wählbarkeit. Der Verlust sollte erst dann eintreten, wenn der Arbeitnehmer bei einem Streik aus der Belegschaftsliste gestrichen wurde¹². Wie aber der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 5. August 1905 bemerkte, stand es den Zecheninhabern jedesmal frei, bei einem Streikenden, den sie nicht im Arbeiterausschuß zu sehen wünschten, auch formal das Arbeitsverhältnis aufzuheben, indem man ihn aus der Arbeiterliste strich. Der Begriff „ununterbrochene Beschäftigung“ konnte damit von den Unternehmern benutzt werden, um die Zahl der wählbaren Arbeiter einseitig einzuschränken.

Weiterhin war nach § 80 f, Abs. 4, gesagt worden, daß die Wahl der Arbeitervertreter nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Betriebsabteilungen erfolgen müsse, eine Verhältniswahl sei dabei zulässig. Der Gesetzgeber wies damit ausdrücklich auf das Listenwahlsystem hin, wie es beispielsweise auch bei den paritätischen Kaufmannsgerichten seit Juni 1890 bestand. Dieses System bedingte das Vorhandensein bestimmter Gewerkschaften, von denen dann jede eine besondere Kandidatenliste aufstellte. Nicht zu solchen Arbeiterorganisationen gehörende Bergarbeiter mußten sich nach diesem System wohl oder übel für einen der Arbeiterverbände entscheiden, da sie sonst ohne Vertretung blieben. Die Zecheninhaber opponierten von Anfang an gegen die Zulassung des Proportionalwahlsystems und klagten bei den Beratungen der Berggesetznovelle, „daß man auf diese Weise den Bergarbeiter förmlich in die Organisationen hineinpresse, da der Einzelne, der ihnen nicht angehöre, sein Stimmrecht nicht ausüben könne“. Dabei wurde besonders auf das Ruhrgebiet hingewiesen, in dem die Bergarbeiterorganisationen schon überwiegend politischen, jedenfalls keinen rein wirtschaftlichen Charakter mehr trügen¹³. Die Bedenken wurden von dem Oberbergamt Dortmund geteilt, das die Verhältniswahl bei den Betriebsvertretungen im Bergbau „als überflüssig und unpraktisch“ erklärte. Statt dessen sollten die Zecheninhaber den Betrieb in eine Reihe kleinerer Abteilungen zerlegen, von denen jede

¹² Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preussischen Abgeordnetenhauses betr. die Berggesetznovelle vom 28. Juni 1905, S. 1062.

¹³ Bericht der Kommission des Preussischen Abgeordnetenhauses betr. die Berggesetznovelle 1905, S. 28 und 58.

dann ein Ausschußmitglied wählte. Da aber der Betrieb auf diese Weise die Möglichkeit erhielt, die Obertagearbeiter einer ihm passenden anderen Abteilung zuzuschlagen, um nur ein Beispiel zu nennen, konnte die Zechenleitung wiederum das Stimmenverhältnis manipulieren.

Auf allen nur denkbaren Wegen versuchten die Arbeitgeber die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse, durch die nach Ansicht *Buecks* „die Unzufriedenheit gesteigert und der Agitationsstoff vermehrt worden“ sei¹⁴, zu ihren Gunsten einzuschränken. Als der Essener Verein für bergbauliche Interessen den eingeschlossenen Vereinszechen Normalstatuten für die zu wählenden Bergarbeiterausschüsse vorschlug, entsprachen diese ebenso wenig den Absichten des Gesetzgebers wie den Wünschen des Arbeiters¹⁵. Es wurde vor allem bedauert, daß man gewisse, den Wahlmodus erschwerende Bestimmungen aufgenommen habe und grundsätzlich die Erörterung aller Wünsche, Beschwerden und Anträge in den Arbeiterausschüssen verboten habe, „welche lediglich die Angelegenheiten Einzelner oder von Kameradschaften betreffen“ (§ 12, Abs. 5).

Wie die Proteste und Gegenaktionen kurz nach dem Erlaß der preußischen Berggesetznovelle von 1905 zeigten, war die überwiegende Mehrheit auf beiden Seiten weder mit der Organisation noch mit den Rechten der neuen Betriebsvertretungen zufrieden. Viele Sozialreformer waren deshalb auch der Meinung, die Regierung habe in ihrem Bestreben, es möglichst allen Parteien recht zu machen, soviel Wasser in den Wein gegossen, bis dieser selbst nur noch Wasser war. „Was das Abgeordnetenhaus“, so sagte *Georg Gothein* bei einem Vortrag vor der Gesellschaft für soziale Reform, „damit geleistet hat, bezeugt eine absolute Unfähigkeit auf sozialpolitischem Gebiet. Denn es ist eine pure Schaumschlägerei, wenn man eine solche Organisation, wie sie geschaffen worden ist, überhaupt noch einen Ausschuß nennt“¹⁶. In ähnlicher Weise schrieb die unternehmerfreundliche „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ von dem Gesetz, dem Vogel seien die Federn so gerupft worden, daß man ihn nur noch schwer wiedererkenne. So gab es nicht nur in der Arbeiterpresse herbe Kritik an dem Gesetz. Doch ging diese Kritik an den neuen Institutionen im Bergbau im ersten Ärger viel zu weit. So war es mehr eine Äußerung des Unmutes und der Enttäuschung als eine wirklich sachliche Beurteilung, wenn der „Bergknappe“, die Zeitschrift des Christlichen Gewerkvereins, die Ausschüsse als Schutztruppen der Unternehmer bezeichnete, „bei denen anständige Charaktere es sich überlegen, ehe sie solche Ämter übernehmen“¹⁷.

¹⁴ Bueck, Der Centralverband deutscher Industrieller aaO, Bd. 2, S. 683.

¹⁵ Vgl. die Bestimmungen über die Wahl und Tätigkeit eines Arbeiterausschusses. Vorgeschlagen vom Vorstand des Bergbauvereins in Essen. In: Bodenstein, Arbeiterausschüsse aaO, S. 70 ff. und Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 147 (Anlage VII).

¹⁶ Schriften der Gesellschaft für soziale Reform. H. 23/24, Jena 1907, S. 128.

¹⁷ Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 38, und Hue, Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen aaO, S. 17. Der so viel Aufsehen erregende Artikel im „Bergknappen“

Die eigentliche Konzeption des Gesetzgebers, hinter der vor allem *Theodor Lohmann* und *Arthur Posadowsky-Wehner* steckten, war ein bedeutender Ansatz zur Neugestaltung des ganzen Arbeitsverhältnisses. Bei den Beratungen im Preußischen Abgeordneten- und Herrenhaus waren einige nicht zu leugnende Schwächen des Entwurfes verstärkt worden und neue hinzugekommen, so daß ursprünglich wertvolle Absichten verwässert wurden. Aber es war kurzfristig, bei dem Streit um einzelne Paragraphenziffern die dahinterstehende Idee der sozialen Gleichberechtigung gänzlich zu vergessen. Rückblickend beklagte Reichskanzler *Bülow* die hemmungslose Kritik an den Gesetzen seiner Regierungstätigkeit als eine typisch deutsche Charakterschwäche, als er schrieb: „Wer ein wenig jenseits des Parteigetriebes und Parteizauns steht, begreift oft nicht, warum unsere Parteien für die Erledigung von an sich unbedeutenden Fragen nicht zusammenkommen können, warum sie geringfügige Meinungsverschiedenheiten über Details der Finanz-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik mit einer Feindseligkeit ausfechten, als gälte es Bestehen und Vergehen des Reiches. Gewiß spielt da die löbliche deutsche Gewissenhaftigkeit im kleinen mit, aber sie entscheidet nicht. Entscheidend ist die Tatsache, daß den einzelnen Parteien die Abneigung gegen die Nachbarpartei wesentlicher ist als die in Frage stehende gesetzgeberische Aufgabe, die oft nur als willkommene Gelegenheit ergriffen wird, den vorhandenen parteipolitischen Gegensatz recht nachdrücklich zu unterstreichen.“¹⁸

Die Haltung des „Alten Verbandes“ gegenüber den Ausschüssen war nach dem Erlaß der Berggesetznovelle im ganzen recht widerspruchsvoll. Bei der Verbandsleitung bestand ähnlich wie bei der SPD-Führung ein großes Ressentiment. Auf den Generalversammlungen war dagegen von Anfang an eine gewisse Sympathie laut geworden, und die 11. Generalversammlung hatte ihre Einführung bekanntlich sogar zur Forderung erhoben. Es gab keinen Zweifel, daß im Gegensatz zur offiziellen Einstellung der Partei- und Verbandsleitung viele sozialdemokratisch organisierte Bergarbeiter für die Betriebsvertretungen eintraten. In Mitteldeutschland, Schlesien und Bayern, wo die Arbeiterausschüsse schon stellenweise recht frühzeitig auf freiwilliger Grundlage entstanden, waren sie vom Verband auch sofort für seine Zwecke eingespannt worden. Im Grundsatz blieb aber die Verbandsführung, die *Sachse* anstelle von *Hue* übernahm, weiterhin abweisend. Als dann beim Ausbruch des Streikes 1905 die Streikenden von sich aus ständige Arbeiterausschüsse forderten, wie besonders der Bergarbeitertag in Berlin zeigte, mußte sich der Verband notgedrungen diese Forderung zu seiner eigenen machen. Nach dem Erlaß der Berggesetznovelle, die die Ausschußanhänger

stellte allerdings nur die Meinung eines gelegentlichen Mitarbeiters dar. Wie der Vorstand des Christlichen Gewerkvereins später entschuldigend feststellte, habe man im Drang der Geschäfte die viel zu scharfe Stelle übersehen. (Vgl. Hermann Vogel-sang, Der Arbeiterausschuß im Bergbau, Essen 1908, S. 70.)

¹⁸ Bernhard Fürst v. Bülow, Deutsche Politik, Berlin 1916, S. 184.

aller Richtungen enttäuschte, erklärte *Sachse* auf der vom 10. bis 15. Juni tagenden 16. Generalversammlung des Alten Verbandes: „Wie die Arbeiterausschüsse jetzt gestaltet sind, sind sie gar nichts wert, und wir werden uns reiflich überlegen müssen, ob wir von dieser Mißgeburt überhaupt Gebrauch machen wollen“ (Protokoll S. 309). In einer von *Sachse* eingebrachten und einstimmig angenommenen Resolution hieß es dann wie früher wieder ablehnend: „Die Arbeiterausschüsse hat der Landtag nicht nur ganz rechtlos gemacht, sondern sie sind zu Hilfstuppen der Unternehmer ausersehen, wie es aus dem § 80 f hervorgeht.“

Trotz dieser Ablehnung stellte der sozialdemokratische „Alte Verband“ aber dann doch ebenso wie der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Kandidaten für die ersten Arbeiterausschußwahlen auf und bekundete damit seine Absicht, an der Ausführung des Gesetzwerkes mitzuarbeiten¹⁹. Auf der einen Seite mußte man doch im stillen anerkennen, daß die Berggesetznovelle einen wesentlichen Fortschritt innerhalb der Sozialreform darstellte und die Regierung ernsthaft gewillt war, die Arbeiterverhältnisse im Bergbau nach gemeinnützigen Gesichtspunkten zu regeln. Auf der andern Seite glaubte man aber immer wieder betonen zu müssen, daß die Unternehmer noch weit davon entfernt seien, „dem Arbeiterausschuß irgendwelchen tatsächlichen Einfluß auf die Regelung der Betriebsverhältnisse zuzugestehen“²⁰. Letztlich ausschlaggebend blieb, daß man bei den Arbeiterausschußwahlen nicht ins Hintertreffen geraten wollte. So erließ der Verbandsvorstand am 14. August 1909 in der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“ einen Wahlauf Ruf, in dem es zu den bevorstehenden Arbeiterausschußwahlen hieß: „Auf Kameraden, suchet nach geeigneten Kandidaten, organisiert und agitiert nach Kräften, damit unser Verband als Sieger aus dieser Wahl hervorgeht.“ Wie gesagt wurde, sollte unbedingt verhütet werden, daß sogenannte „Zechenknechte“ gewählt würden. Denn am 9. September hieß es in der gleichen Zeitung noch einmal: „Die Wahlagitation kann und muß energisch geführt werden, da es immerhin zu verhindern gilt, daß Zechenkandidaten gewählt werden... Wir meinen, nach den Vorgängen bei dem Streik und im Landtag usw. gehört schon ein seltener Glaube dazu, auf die Berücksichtigung der Arbeiterwünsche seitens der Zechenherren und der Behörden zu hoffen. Trotzdem werden wir die Arbeiterausschüsse wählen, selbst auf die Gefahr hin, daß nachträglich auf Grund des Schundgesetzes nur Streikbrecher als ‚Arbeitervertreter‘ anerkannt werden... Wir hoffen nicht mehr auf ein ‚Entgegenkommen‘, sondern nur noch auf Selbsthilfe. Wir wählen die Arbeiterausschüsse, mag dann kommen, was da will.“

¹⁹ Vgl. die Jahresberichte des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum 1905/06.

²⁰ Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, Jg. 15 (1905), Nr. 11, S. 163.

Die sozialdemokratischen Arbeiter verbanden also von Anfang an nur geringe Hoffnungen mit der Wahl und wollten im Grunde nur das Schlimmste in ihren Augen verhüten. So wurden überall auch tatsächlich sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt. Wie die „Bergarbeiterzeitung“ vom 14. Oktober 1909 aus Berge-Borbeck im Ruhrgebiet berichtete, wählte eine Belegschaftsversammlung der Zeche „*Karolus Magnus*“ in Anwesenheit des SPD-Redakteurs *Leimpeters* ihre Kandidaten, und der Betriebsführer erklärte sich mit der Aufstellung der Ausschußmitglieder einverstanden. Schließlich erließ der Verbandsvorstand in derselben Zeitung am 21. und 28. Oktober Wahlauf rufe und berichtete noch am 25. November über 22 Belegschaftsversammlungen, in deren Mittelpunkt die Arbeiterausschußwahlen standen. Für die Öffentlichkeit war es dann um so überraschender, als die „Bergarbeiterzeitung“ am 2. Dezember einen Aufruf brachte, in dem die Beteiligung an den Wahlen widerrufen wurde. Als Begründung zählte man eine ganze Reihe von Ursachen auf, so unter anderem, daß die Ausschüsse kein „Mitbestimmungsrecht“ hätten, sie könnten doch nur praktisch „Beschwerden zur Kenntnis bringen“. Weiter wurde angegeben, daß man keine Einzelbeschwerden, sondern nur Beschwerden der allgemeinen Belegschaft vorbringen könne. Manche Zechen seien schon in dieser Hinsicht benachteiligt. Es wurde auch Klage geführt, daß mißliebige Ausschußmitglieder jederzeit durch Versetzung in eine andere Wahlabteilung ihren Posten verlieren oder auf die Straße gesetzt werden könnten. Der Alte Verband habe sich aber vor allem wegen des für die Arbeitnehmer schlechten Wahlregulativs für die Wahlenthaltung entschlossen. Denn nach Meinung des Verbandes würden alle die Bergarbeiter, die im Januar an dem großen Streik teilgenommen hatten, wegen der „unterbrochenen Arbeitszeit“ sowieso von der Wahl ausgeschlossen, so daß eine Beteiligung nutzlos sei. Wörtlich hieß es in dem Aufruf: „Wir erklären uns mit den entrechteten Kameraden und Kampfesbrüdern solidarisch! Die Arbeiterausschüsse in der vom Landtage vorgeschriebenen und von den Zechenverwaltungen noch möglichst verschlechterten Form sind als praktische Arbeitervertretungen nicht anzuerkennen... Unbeschadet unserer prinzipiellen Einstellung zu den Arbeiterausschüssen sprechen wir uns für die Nichtbeteiligung an den Ausschußwahlen aus. Wo man viele tausende ehrlicher Bergleute wie gemeine Verbrecher vom Wahlrecht ausschließt, da ist es unsere Pflicht, uns an die Seite dieser Arbeitsbrüder zu stellen und gegen das ihnen zugefügte Unrecht und gegen das Schundgesetz zu protestieren, indem wir keine Arbeiterausschüsse wählen.“

Wie diese Entwicklung zeigt, war diese Entscheidung nur vordergründig und ein formaler Anlaß für die Ablehnung. Das schlechte Wahlregulativ und die nicht zu überschenden Schwächen der Berggesetznovelle waren schon vorher bei der Zustimmung zur Beteiligung an den Ausschußwahlen bekannt gewesen. Das Abrücken von den Wahlen in der letzten Minute erschien un-

logisch motiviert. In Wirklichkeit ging es, wie die Debatte um die Arbeiterausschüsse im Jahre 1891 schon gezeigt hatte, um grundsätzliche Einstellungsfragen. Die Frage der Arbeiterausschüsse rührte wegen der darin zum Ausdruck kommenden Tendenz zur sozialen Befriedung der Industrie an den Grundfesten des offiziellen Parteiprogramms. Nur mit dem Sieg des radikalen orthodoxen Flügels konnte die Tatsache erklärt werden, daß die Sozialdemokratie bald darauf in einem ihrer repräsentativen Organe die Berggesetznovelle einen „räudigen Köter“ nannte, dem alle notwendigen Gliedmaßen fehlen²¹. Und dennoch hatte die kurze Episode gezeigt, welche mächtige Strömung für die Arbeiterausschüsse es selbst innerhalb der vom sozialistischen Zukunftsstaat träumenden Arbeiterschaft gab und wie pseudo-orthodox im Grunde die Beschlüsse des „Alten Verbandes“ waren.

In einem längeren Beitrag in der „Neuen Zeit“ versuchte dann der Sozialdemokrat Max Hirsch die grundsätzliche Einstellung der Partei zu den Arbeiterausschüssen überhaupt zu erläutern, um die besonders unter den Mitgliedern des „Alten Verbandes“ aufgetretene Verwirrung zu beseitigen²². In seinem Artikel erklärte der Verfasser, daß die Diskussion um die Arbeiterausschüsse, dieser ausgleichenden Einrichtungen im Kampf um die divergierenden Interessen des Kapitals und der Arbeiterschaft, im Grunde so alt sei wie die Industrie überhaupt. Die Unternehmer hätten die Ausschüsse anfangs als das Allheilmittel gepriesen, um die Reibung und Kämpfe zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu vermeiden. Wie Hirsch dann betonte, entspreche der den Arbeiterausschüssen zugrunde liegende Gedanke nicht der Auffassung des klassenbewußten Proletariats über den Klassenkampf. Es sei auch kein Zufall, daß die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und besonders die christliche Arbeiterorganisation in den Ausschüssen ein unentbehrliches Requisit bei ihrer Politik erblickten, die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit zu überbrücken. Mit einer anschaulichen Schilderung versuchte dann der Autor die Kluft im Betrieb zu demonstrieren, die keine Interessenvertretung überbrücken könne. „Die gewählten Ausschußmitglieder“, so schrieb er, „sind wohl ehrliche Kollegen, gute Gewerkschaftler, in den Versammlungen geben sie sich radikal und gerade. Anders dem Unternehmer gegenüber. Schon der äußerliche Kontrast: Der wohlgenährte, geschniegelte und gebügelte Plutokrat empfängt den mit Werktagskleidern angetanen, mit Holzpantinen schwerfällig einhertretenden Abgesandten der Arbeiterschaft in seinem eleganten Privatkontor. Der ‚Chef‘ fühlt sich wie ‚zu Hause‘, während die ungewohnte Umgebung auf den Arbeiter derart deprimierend wirkt, daß er sich – vielleicht zum ersten Male – erst so recht der tiefen gesellschaftlichen Kluft bewußt wird, die sie beide trennt. Auch der unerschrockenste

²¹ Heermann, Arbeiterausschüsse im Bergbau aaO, S. 237.

²² Max Hirsch, Das Fiasko der Arbeiterausschüsse. In: Die Neue Zeit, Jg. 25 (1906/07), Bd. 1, S. 573.

Arbeiter fühlt sich dann unsicher und befangen. Wenn dann vollends der ‚Chef‘ als geriebener Geschäftsmann mit tausend Gründen seine ablehnende Haltung gegenüber den Arbeiterforderungen begründet, wenn er schließlich versteckt oder offen, brutal oder gönnerhaft auf sein wirtschaftliches Übergewicht verweist, gar mit Repressalien droht, die Abgesandten kaum zu Wort kommen läßt und sie mit leeren Redensarten hinauskomplimentiert, dann fühlen sich die Arbeiter beschämt, wie wenig sie vorstellen und wie gering man sie einschätzt . . .“²³

Durch die Aufklärung des Sozialismus, fuhr Hirsch fort, habe sich aber das Selbstbewußtsein des Arbeiters gehoben. Maßregelungen würden nicht mehr wie früher ruhig hingenommen und die „Opfer brutaler Paschawirtschaft“ vor dem Ruin geschützt. Allmählich habe auf beiden Seiten die Auffassung Platz gegriffen, daß die Arbeiterausschüsse nicht mehr von der Gnade und den Wohltaten des Unternehmers abhingen. Beide Teile wußten, daß hinter den vorgebrachten Beschwerden eine machtvolle Arbeiterorganisation, unterstützt durch eine weitreichende Arbeiterpresse, stehe. Im gleichen Maße seien die Arbeiterausschüsse auch überflüssig geworden, da Tarifverträge, Schlichtungskommissionen und örtliche Gewerkschaften den gleichen Dienst täten. Es sei damit ersichtlich, so wurde als Schlußfolgerung gesagt, daß die Ausschüsse im Kampf um die Besserstellung der Lage der Arbeiterschaft bis jetzt nur eine untergeordnete Rolle gespielt und nur den Erfolg gehabt hätten, „die Emanzipation des Proletariats aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu verzögern“. Hirsch machte dann die interessante Feststellung, daß die Einstellung der Sozialdemokratie zu den Bergarbeiterausschüssen von Anfang an anders gewesen sei. Mit Arbeitern besetzte Sicherheitsausschüsse und Arbeiterkontrollen hätten auch immer im Interesse der Arbeiterbewegung gestanden, um die Unfallziffern zu senken. Die Forderung der Sozialdemokratie nach obligatorischer Einführung von Arbeiterausschüssen wurde aber bei der Beratung der Berggesetznovelle von 1892 abgelehnt. Als sich nach 1891 in der übrigen Industrie überall die Ausschüsse ausbreiteten, verhielten sich die Zecheninhaber strikt ablehnend. Die neue Berggesetznovelle von 1905 führe also nur etwas zwangsweise ein, was bisher freiwillig nicht zu erreichen war²⁴. Unter den Händen des preußischen „Dreiklassen-Landtages“ sei dann die Novelle „zu einem Scherbenhaufen zusammengehauen“ worden. Der sozialdemokratische Autor schloß dann seine Betrachtung, die wohl eine der ausführlichsten Stellungnahmen der Sozialdemokratie zu dem Problem einer

²³ Ebd., S. 574.

²⁴ Hirsch bezog sich hier auf die Motive zu der Berggesetznovelle von 1905, in denen es u. a. hieß: „Es ist aber zu berücksichtigen, daß der Privatbergbau von der freiwilligen Einrichtung ständiger Arbeiterausschüsse bisher nur geringen – im Oberbergamtsbezirk Dortmund gar keinen – Gebrauch gemacht hat und daß nicht darauf gerechnet werden kann, daß die Werksbesitzer in einem erheblicheren Umfange als bisher freiwillig zur Bildung ständiger Arbeiterausschüsse übergehen werden.“

betrieblichen Arbeitervertretung vor dem 1. Weltkrieg darstellt, mit dem Hinweis, daß die durch Schaffung derartiger Institutionen gewollte Mitbestimmung der Arbeiterschaft bisher ein „Scheinkonstitutionalismus“ gewesen sei und man sich daher abgewöhnen müsse, künftig von den Arbeiterausschüssen etwas Besonderes zu erwarten.

Wegen der Nichtbeteiligung des „Alten Verbandes“ gingen die ersten Arbeiterausschuwahlen im Dezember 1905 unter geringer Beteiligung vor sich. Von großen tausendköpfigen Belegschaften an der Ruhr erschienen nur wenige Dutzend, auf manchen Schachthanlagen nicht ein einziger Arbeiter zur Wahl. Obwohl sich besonders die Zentrumsprelle alle Mühe gab, blieben selbst viele christliche Gewerksvereiner der Wahlurne fern, so daß sich insgesamt nur etwa 11 % aller Wahlberechtigten beteiligten²⁵. In der Hauptsache wurden neben christlichen Gewerkschaftlern unorganisierte Bergleute gewählt, die sich nicht an dem Januarstreik beteiligt hatten und daher in den Augen vieler Bergleute als Streikbrecher galten. Eine solche Besetzung der obligatorischen Bergarbeiterausschüsse bedeutete einen schlechten Start der Mitbestimmung. Um noch nachträglich die Desavouierung der Ausschuwahlen zu rechtfertigen, veröffentlichte die sozialdemokratische „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ am 17. März 1906 eine Liste von 61 Zechen des Ruhrgebietes, bei denen Bergarbeiter, die am Ausstand 1905 teilgenommen hatten, bei den Wahlen von den Zechenverwaltungen ausgeschlossen worden waren. Ein Geschäftsbericht des Bergbaulichen Vereins in Essen räumte dann auch ein, daß über 12 000 Arbeiter nicht in die Wählerlisten aufgenommen worden seien. Ein Bericht des Regierungspräsidenten von Münster vom Dezember 1906 sprach sogar von der Ausschließung von 39 000 Bergleuten, die am Streik teilgenommen hatten²⁶.

In den übrigen preußischen Bergbaurevieren gab es nicht diese Kämpfe um die Auslegung des Wahlreglementes. Auch die organisierte Arbeiterschaft aller Richtungen beteiligte sich an den Ausschuwahlen. Das lag vor allem daran, daß die Sozialdemokratie in Schlesien mit seinen vielen königstreuen Knappenvereinen noch nicht solchen Fuß gefaßt hatte wie im Ruhrgebiet. Im mitteleutschen Bergbau mit seinen vielen kleineren Betrieben unter hundert Mann waren die Auswirkungen der neuen Gesetzgebung viel weniger spürbar. Da hier zudem nach dem Streik von 1889 viele Arbeiterausschüsse freiwillig eingeführt worden waren, konnte an schon eingespielte Institutionen angeknüpft werden. Obwohl es auch hier Mißerfolge gab, mußte selbst die Sozialdemokratie bescheinigen, daß die Arbeiterausschüsse unter Mitarbeit aller Gewerkschaften recht erfolgreich mit den Unternehmern zusammenarbeiten²⁷.

²⁵ Glückauf, Jg. 1905, Nr. 24, S. 184.

²⁶ Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet aaO, S. 112.

²⁷ Hirsch, Das Fiasko der Arbeiterausschüsse aaO, S. 578.

Der „Bergknappe“, das Organ des Christlichen Gewerksvereins, brachte eine Statistik über die Wirksamkeit der neuen obligatorischen Bergarbeiterausschüsse, um mit dieser Übersicht zu zeigen, daß die Christlichen Gewerkschaften recht gehandelt hatten, als sie im Gegensatz zum „Alten Verband“ zur Teilnahme an den Arbeiterausschuwahlen aufforderten. Nach dieser Übersicht wurden Anträge der Ausschüsse auf Lohnaufbesserung in der Mehrzahl der Fälle von den Zechenverwaltungen anerkannt und zahlreiche Vergünstigungen und Erleichterungen für die Belegschaften erzielt. Zum Beweis über die Tätigkeit und Wirkungsweise der neuen Betriebsvertretungen wurde das Protokoll einer Bergarbeiterausschuß-Sitzung am 13. 3. 1906 auf der Zeche „Prosper II“, die zur *Arensbergischen Actiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb* in Essen gehörte, abgedruckt. In dem Protokoll hieß u.a.²⁸:

„In der vom Ausschuß beantragten Sitzung wurde folgendes verhandelt: Auf die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung antwortete der Betriebsführer, daß der Lohn schon gestiegen sei, und zwar seit 1904 um 10 Pfennig pro Schicht und Kopf. Dann wurde das Versprechen gegeben, daß der Lohn auch fürderhin steigen solle. Auf eine prozentuale Lohnerhöhung ließ man sich nicht ein. Der Lohn der älteren Zimmerhauer sollte aufgebessert werden, wenigstens wolle der Betriebsführer solches befürworten. Dann wurden folgende Beschwerden vorgebracht:

1. Die Anschläger über Tage bekommen für Sonntags- und Überschichten weniger als die gewöhnliche Schicht. Hier wurde Abhilfe versprochen.
2. Die Arbeiter in der Lampenbude sollen bei gleicher Arbeit auch gleichen Lohn bekommen.
3. Bisher mußten die Zimmerhauer Material aus der Schmiede und Schreinerei auftragen, ohne dafür Vergütung zu bekommen. Dieses Auftragen soll fortfallen.
4. Die Kaue soll vergrößert werden und während der Schicht geschlossen sein, um Entwenden von Kleidern vorzubeugen.
5. Für die Tagesarbeiter sollen besondere Schränke angeschafft werden.
6. Der Betrag für Schießmaterial soll nicht mehr im Lohnbuch aufgeführt werden.
7. Beeinflussung seitens der Beamten zum Verfahren von Überschichten soll unterbleiben.
8. Am Luftschacht soll eine Kohlentafel angebracht werden, damit die Leute, die dort ausfahren, sich von ihrer Förderung überzeugen können.
9. Einige Fahrwege sollen ausgebessert werden.
10. Abschlagszettel will man jetzt an zwei Tagen ausstellen, um dem großen Gedränge abzuhefen.
11. Von jetzt an sollen seitens der Zeche auch Sägen geliefert werden, entweder als Gezähstück oder zum Selbstkostenpreis.

²⁸ Bergknappe vom 31. 3. 1906. – Über die Zeche vgl. Denkschrift zur Erinnerung an das 50jährige Bestehen der Arensbergischen Actiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Essen/Ruhr. Zechen Prosper I–IV bei Borbeck und Bottrop 1856 bis 1906, Düsseldorf (1906).

In allen angeführten Punkten wurde Abhilfe versprochen. Schließlich räumte der Betriebsführer den Ausschußmitgliedern das Recht ein, an jedem Tage auch Einzelbeschwerden einzubringen.“

Dieses Protokoll zeigte, daß die im Normalstatut des Bergbaulichen Vereins enthaltenen Einschränkungen in der Praxis rasch übergangen wurden und die Zechenverwaltung auch die Beschwerden von Einzelnen und von Kameradschaften durch den Ausschuß entgegennahm. Allerdings wurden auf anderen Zechen Anträge auf Lohnerhöhung durch die Arbeiterausschüsse nicht so wohlwollend behandelt wie auf „Prosper II“. Meistens wurden sie mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Lohn- und Gedingefrage nur mit den Kameradschaften bzw. dem Einzelnen verhandelt werde. Nur in wenigen Fällen wurde auf Ersuchen des Arbeiterausschusses eine Lohnerhöhung zugesagt, wie z. B. auf dem *Ramsbecker Werk* (Sauerland), den Zechen „*Margarethe*“ (bei Sölde), „*Rheinpreußen*“ (bei Moers) und „*Oberhausen*“²⁹. Im ganzen gesehen war aber, wie die Jahresberichte der preußischen Bergaufsicht zeigen, ein gedeihliches Wirken der Bergarbeiterausschüsse im Ruhrgebiet nicht so häufig zu beobachten, wie der Christliche Gewerkverein es wahrhaben wollte. Viele Betriebsvertretungen waren infolge der mangelnden Wahlbeteiligung nur teilweise oder gar nicht zustande gekommen. Über die Praxis der Ausschüsse hieß es oft, es ließe sich noch „kein Urteil“ fällen, die Ausschüsse seien „nicht hervorgetreten“ oder von den Ausschüssen sei bislang „wenig Gebrauch gemacht“ worden. In anderen Fällen, so meldeten die Beamten, wurden die neuen Einrichtungen von der Belegschaft „ignoriert“ (Revier Witten) bzw. von vornherein „ausgeschaltet“ (Waldenburger Revier). Die Mitglieder des „Alten Verbandes“ erkannten den Ausschußmitgliedern oft keinerlei Vertretungsbefugnisse zu, so daß die Bergarbeiterverbände unter Umgehung der Ausschüsse direkt mit den Zechenverwaltungen verhandelten³⁰. Ein Berginspektor aus dem Revier Dortmund III berichtete, die Ausschüsse hätten keinen besonderen Einfluß auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, weil die Ausschüsse durchweg „nur aus dem christlichen Verbandsangehörigen oder außerhalb der Verbände stehenden Arbeitern bestehen und mit der Gesamtheit der Belegschaft zu wenig Fühlung haben dürften“. Aus dem Revier Wattenscheid wurde berichtet, die Tätigkeit der Ausschüsse sei „eine durchaus befriedigende“, zu bedauern sei nur, „daß die Ausschüsse nur von einer kleinen Zahl von Arbeitern gewählt seien und die Gesamtbelegschaft nicht hinter sich haben“. Behördlicherseits wurde damit attestiert, daß man ohne den „Alten Verband“ auf die Dauer keine Betriebsvertretung schaffen konnte, die das Vertrauen der ge-

²⁹ Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 40.

³⁰ Vgl. Soziale Praxis Jg. 15 (1905/06), Sp. 1305 (Bericht über Bergarbeiterausschüsse im Siegerland), Bericht der Bergwerksinspektionen Dortmund III, Hamm, Naumburg a. d. Saale usw. aus dem Jahre 1907.

samen Belegschaft genoß. Die Ausschüsse konnten nur da erfolgreich arbeiten, wo die Gewerkschaften in den Ausschüssen die Majorität besaßen, andernfalls wurden die Betriebsvertretungen einfach übergangen. Die Berichte zeigten ferner, daß die Zechenverwaltungen meistens die prinzipiellen Fragen des Arbeitsverhältnisses von der Beratung auszuschließen versuchten. Die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse beschränkte sich im großen und ganzen auf die Verwaltung der Arbeiterunterstützungskassen und die Regelung kleinerer, allerdings manchmal nicht unwichtiger betriebstechnischer und betriebsorganisatorischer Fragen. Ein stärkeres Interesse an den Einrichtungen war überall da vorhanden, wo die Arbeiterverbände die Möglichkeit zum Ausbau einer Tarifinstanz sahen³¹.

Insgesamt hatte sich der Versuch des Gesetzgebers, durch die obligatorische Einführung von Betriebsvertretungen im Bergbau eine maßgebende Vermittlungsinstanz aufzubauen, deren Eingreifen künftige Streiks verhindern würde, bei den meisten Zechen als ein Fehlschlag erwiesen³². Durch die einseitige Auslegung des Wahlreglementes wurde das Stimmenverhältnis zugunsten des Arbeitgebers manipuliert, so daß die Ausschüsse keine wirklichen Vertretungen der Gesamtbelegschaft darstellten. Dennoch erwies sich die ständige Beratung vieler Betriebsangelegenheiten in den Ausschüssen als ein wenn auch nicht gleich sichtbarer Erfolg für die Arbeiter und ihre Organisationen. Trotz vieler und offensichtlicher Mängel, an denen mehr die Beteiligten als die Regierung Schuld hatten, waren die neuen Einrichtungen zweckvoll. Auch der sozialdemokratische „Alte Verband“ sah das bald ein und beteiligte sich an den nächsten Ausschußwahlen. Die Zechenverwaltungen wehrten sich noch lange, den Ausschüssen weitergehende Rechte zu übertragen, weil sie befürchteten, damit der Agitation der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auf ihren Werken Vorstoß zu leisten. Daß die mit der Gewerkschaft verknüpften Betriebsvertretungen auch zu einem betrieblichen Ordnungsfaktor werden konnten, der beiden Teilen zum Nutzen gereichte, wurde erst ganz allmählich erkannt.

4. Die Arbeiterkontrolle bei der Grubensicherheit als neues Mittel betrieblicher Einflußnahme

Einer der größten Mängel der preußischen Berggesetznovellen von 1892 und 1905 hatte darin bestanden, daß den Arbeitern keine Mitwirkung bei der Grubensicherung und Unfallverhütung unter und über Tage eingeräumt worden war, obwohl die infolge der fortschreitenden Technisierung und steigenden Produktion sich häufenden Betriebsunfälle dies dringend geboten

³¹ Hilgenstock, Über Lohntarife im britischen und rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. In: Glückauf, Jg. 43 (1907), Nr. 49–52. – Adolf Braun, Die Möglichkeit von Lohntarifen im Bergbau. In: Soziale Praxis, Jg. 1907, Sp. 593 ff.

³² M. Metzner, Die soziale Fürsorge im Bergbau, Jena 1911, S. 138.

erscheinen ließen. Die Forderung nach einer Beteiligung der Arbeiter an der Grubeninspektion, die vor allem von den Bergarbeiterverbänden seit dem Beginn der neunziger Jahre erhoben wurde, gehörte zu einer Reform der staatlichen Bergaufsicht, mit der es eine eigene Bewandnis hatte.

Der ungeheure Aufschwung der Bergbaubetriebe mit ihrer raschen Vermehrung der Belegschaftszahlen und Erhöhung der Produktivität hatte nämlich die staatlichen Aufsichtsorgane wie in keinem anderen Gewerbebezirk vor neue Probleme gestellt. Die Berginspektoren hatten nicht nur auf die allgemeinen Gefahren für Leben und Gesundheit der Bergleute durch Überwachung der technischen Anlagen zu achten, sondern auch auf die Innehaltung der sonstigen zahlreichen Arbeiterschutzbestimmungen zu sehen. Wie bei der Gewerbeaufsicht in der allgemeinen Industrie war es schwierig, genügend Beamte zu finden, die sowohl technisch wie sozialpolitisch hinreichend vorgebildet waren. Dazu kam, daß die Beamten – weil nicht genügend Mittel für Planstellen bewilligt waren – einen viel zu großen Inspektionsbereich zugewiesen bekamen und in den meisten Revieren der Berginspektor der einzige untere Träger der gesamten Bergaufsicht war. Durch die Errichtung der Berggewerbeberichte und Einigungsausschüsse in den neunziger Jahren war seine Tätigkeit noch mehr kompliziert worden, so daß in vielen Fällen den Beamten die Aufgaben einfach über den Kopf wuchsen. Bei den vielen Pflichten, die ein Berginspektor ohne sonstige Hilfe zu bewältigen hatte, war es in der Regel unmöglich, alle Schachtanlagen eines Aufsichtsbezirkes in kurzen Zeitabständen auf ihren bergpolizeilichen Zustand hin so zu revidieren, wie es im allgemeinen Interesse erforderlich gewesen wäre. Es war darum auch für die Verantwortlichen auf einer Zeche relativ leicht, wirklich vorhandene Mißstände zu verschleiern. Einen ernsten Mangel der Bergaufsicht stellte, worauf besonders die Gewerkschaften hinwiesen, die Tatsache dar, daß zwischen den Bergwerksdirektoren und den Aufsichtsbeamten häufig enge gesellschaftliche Beziehungen bestanden. Sie hatten nicht nur eine gemeinsame akademische Ausbildung hinter sich, sondern es kam auch häufig vor, daß die verhältnismäßig gering besoldeten Berginspektoren und Bergassessoren später in den Dienst einer privaten Zechengesellschaft traten, die die Kenntnisse eines preußischen Beamten wohl zu schätzen wußte. Gerade das aber sprach dafür, den Berginspektoren Arbeiterkontrolleure zur Entlastung an die Seite zu stellen.

Aber dies allein hätte noch nicht eine Revision der Bergaufsicht bewirkt, wenn nicht die absolute Zahl der schweren und tödlichen Unfälle im Bergbau so sprunghaft angestiegen wäre, wie sie die nachfolgende Tabelle zeigt¹:

¹ Otto Hue, Die Bergarbeiter und der preußische Landtag. In: Die Neue Zeit, Jg. 24 (1905/06), Bd. 1, S. 607. – Lorenz Pieper, Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, Stuttgart und Berlin 1903. In: Münchener Volkswirtschaftliche Studien, H. 58. S. 131. – Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO, S. 128, Anmerkung 273.

Schwere und tödliche Unfälle im preußischen Bergbau 1894–1904

Jahr	Gemeldete Unfälle	Entschädigte Unfälle	Schwere und tödliche Unfälle je 1000 Versicherte
1894	38 241	4 779	11,2
1900	58 451	6 894	12,3
1903	74 433	9 281	15,0
1904	80 204	9 950	15,5

Die Zahl der schweren und tödlichen wie die der Arbeitsunfälle insgesamt stieg stärker an als die Zahl der Beschäftigten. Die Zahl der tödlichen Unfälle von 2 pro Tausend im Jahre 1860 schnellte im Jahre 1870 auf über 4 pro Tausend, um dann allerdings relativ wieder abzusinken. Die rapide Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse im Bergbau ging aus folgendem Vergleich hervor: Im Jahre 1885 feierten von 1000 preußischen Knappschaftsmitgliedern 529 im Jahre einmal krank, im Jahre 1904 waren es schon 590.

Das Massenunglück auf der Zeche „Karolinenglück“ im Jahre 1898 gab, wie schon erwähnt, dem preußischen Handelsminister *Ludwig Brefeld* den Anlaß, auf einer Sitzung des Preußischen Landtages am 24. Februar 1898 die Heranziehung von Arbeitern als Hilfsinspektoren der staatlichen Bergaufsicht zu fordern, wobei er sich auf ähnliche Einrichtungen in Belgien und Frankreich stützte, die bereits mit gutem Erfolg arbeiteten. Allerdings sollten nach seinem Willen die Arbeiterkontrolleure nicht von den einzelnen Zechenbelegschaften, sondern von den Berggewerbeberichten, den Knappschaftsvorständen und Unfallberufsgenossenschaften gewählt und dann von den staatlichen Oberbergämtern ernannt werden. Danach wollte man die Grubenkontrolleure mit behördlichen Vollmachten ausstatten, jedoch den staatlichen Aufsichtsbeamten weiterhin unterstellen. Sie sollten während ihrer Tätigkeit auch vom Staat besoldet werden. Doch war nicht vorgesehen, besondere Planstellen für sie zu schaffen, was eine Belastung des Bergetats bedeutet hätte. Gerade das wollte *Brefeld* mit dieser Maßnahme vermeiden.

Die Oberbergämter und die Regierungen in Düsseldorf und Arnsberg sprachen sich jedoch ebenso wie die Mehrheit der Abgeordneten im Landtag gegen die Verwirklichung dieses Planes aus. Nach ihrer Ansicht waren die Bergarbeiter für solche verantwortungsvollen Inspektionsaufgaben noch nicht hinreichend vorgebildet. Zudem würde, so wurde hervorgehoben, eine solche Institution nicht nur auf den harten Widerstand der Zechenverwaltungen stoßen, sondern auch die Arbeiter selbst nicht befriedigen. Es wurde auf den ersten Delegiertentag des Christlichen Gewerkvereins hingewiesen, auf dem gefordert worden war, „daß den Bergrevierbeamten Gehilfen zur Seite gestellt werden, aus den Reihen der tätigen Arbeiter, um die Beamten bei den

Revisionen der Grube zu unterstützen“². Die Belegschaften wollten nach Ansicht der Behörden ihre Arbeiterkontrollen in geheimer und direkter Wahl auf die Dauer von zwei Jahren benennen. Sie sollten nur bei groben Verstößen gegen ihre Amtsführung mit Zustimmung der Belegschaften abgesetzt werden dürfen. So etwas könne aber nicht geduldet werden. Entgegen den Plänen *Brefelds* wurde daher 1898 lediglich die Zahl der staatlichen Aufsichtsbeamten durch sogenannte „Einfahrer“, zumeist Steiger aus dem fiskalischen Bergbau, verstärkt und im übrigen alles beim alten gelassen.

Als aber die Zahl der tödlichen und schweren Betriebsunfälle auch in den nächsten Jahren im Gegensatz zum Bergbau in den westlichen Nachbarländern nicht zurückging, Bayern im Jahre 1900 von sich aus staatliche Arbeiterkontrollen einführt und auch in Sachsen von einem gelungenen Versuch auf der Zeche „*Zauckerode*“ berichtet wurde, bei dem ein Mitglied des Arbeitersausschusses regelmäßig zur Berginspektion zugezogen wurde³, da stellte der Preußische Landtag 1901 im Etat eine gewisse Summe für die Erprobung ähnlicher Maßnahmen bereit mit dem Hinweis, daß es von dem Ausfall dieser Versuche abhinge, ob man von Arbeitern gewählte „*Sicherheitsmänner*“ zunächst auf den fiskalischen Bergwerken einführen werde und ob man eventuell gesetzgeberisch vorgehen könne⁴.

Wie schon berichtet, erfolgte dann im Jahre 1903 eine Anordnung des Oberbergamtes Bonn, durch die den „*Vertrauensmännern*“ in den einzelnen Steigerabteilungen der staatlichen Saarbrücker Zechen die Befugnis erteilt wurde, einmal im Monat in Begleitung des staatlichen Revierbeamten die Grube auf ihre Sicherheit hin zu kontrollieren. Nachdem sich dann zeigte, daß die Arbeiterkontrollen auf den staatlichen Bergwerken sich durchaus bewährten, bildete die Frage bei den Beratungen des Bergetats im Februar 1904 wiederum den Gegenstand einer längeren Aussprache im Preußischen Landtag. *Max Hirsch*, der Anwalt der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, der bereits 1899 den Antrag gestellt hatte, Arbeiterdelegierte die Gruben befahren zu lassen, richtete an die Preußische Regierung die Anfrage, warum das Beispiel an der Saar nicht auf alle anderen staatlichen und privaten Zechen ausgedehnt werde⁵. Schließlich seien auch 50 mit der Grubensicherung zusätzlich beauftragte staatliche „Einfahrer“ im Oberbergamtsbezirk Dortmund viel zu wenig, wenn man bedenke, daß hier allein eine Viertelmillion Bergleute arbeiteten und eine Zeche im Durchschnitt 14 000 Meter lange Sohlen habe.

² Bergknappe Nr. 8 vom 15. 4. 1897.

³ Hue, *Die Bergarbeiter* aaO, Bd. 2, S. 538.

⁴ Aus einer Denkschrift des Christlichen Gewerkvereins 1901, S. 131.

⁵ Bergarbeiterfragen vor dem preußischen Landtag. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Hauses betr. die eigentlichen Bergarbeiterfragen bei der Gelegenheit der Beratung des Etats der Preußischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung am 12., 15. und 16. Februar (1904), hrsg. vom Centralvorstand des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Alten-Essen 1904, S. 35.

Er wurde assistiert durch den Abgeordneten *Wojciech Korfanty*, der einen anschaulichen Bericht über das ungenügende System der staatlichen Bergaufsicht gab. Unter anderem führte er aus: „Die Revision der Bergwerke wird tatsächlich derartig gehandhabt, daß, wenn der betreffende Revierbeamte auf dem Werk erscheinen soll, alle Unordnung, alle gesetzwidrigen Veranstaltungen sofort weggeschafft, verdeckt oder verbaut werden. Ich habe es mit meinen eigenen Augen gesehen, daß auf dem Werk, wo der Revierbeamte erscheinen sollte, oben auf die Kasten drei Kreuze gemacht wurden; wenn diese herunterkamen in die Strecken und vor Orte, dann wußten sowohl die Beamten wie die Knappen: es kommt ein Revisor! Auch Glockenzeichen wurden gegeben, wenn der Revierbeamte kommt. Von plötzlich unvorhergesehenen Revisionen ist keine Rede. Wenn ein Ort, eine Strecke schlechte Ventilation hat oder eine Strecke schlecht verbaut, verzimmert ist, und der Revierbeamte erscheint, so wird sie einfach verbaut, und der Revierbeamte kommt nicht hinein. Kehrt der Revierbeamte den Rücken, dann werden die Leute wieder weiter beschäftigt.“⁶

Der Abgeordnete *Korfanty*, der damals schon als Schriftleiter der „*Polnischen Blätter*“ in Kattowitz (und später nach Kriegsende als Führer der polnischen Aufständischen, als Abstimmungskommissar und polnischer Vizepräsident) eine große politische Rolle spielte, betonte, daß nur die Arbeiter durch ihre ständige Beschäftigung alle die zahlreichen Mängel im Bergbaubetrieb feststellen und für eine wirklich durchgreifende Beachtung der bergpolizeilichen Vorschriften sorgen könnten. Es sei auch wichtig, wenn die Arbeiter auf diese Weise mehr Vertrauen zu den Aufsichtsbeamten gewännen. Dem Arbeiter würde das Zutrauen fehlen, wenn die Aufsichtsbeamten aus der Gesellschaftsschicht genommen würden, die in einem gespannten Verhältnis zu dem Arbeitnehmer stehe. Weshalb soll man, so fragte der polnisch-deutsche Abgeordnete abschließend, „diesen Aufsichtsbeamten nicht Leute aus der Arbeiterklasse zur Hilfe geben, die dieselbe Sprache sprechen, die die Verhältnisse verstehen und die dieselbe Psychologie haben?“ Aber auch dieser eindringliche Appell vermochte die Gegner der Arbeiterkontrolle nicht zum Einlenken zu bewegen.

Erst das in der deutschen Bergbaugeschichte bis dahin größte Unglück auf der Zeche „*Radbod*“ bei Hamm am 12. November 1908, bei dem 344 Bergleute den Tod fanden und das die Öffentlichkeit in starkem Maße erregte, veranlaßte die Regierung, eine neue Berggesetznovelle vorzubereiten. Wie im Jahre 1905 entbrannte wiederum ein heftiger Kampf um die endgültige Gestaltung des Gesetzentwurfes. Die Bergbaulichen Vereine Preußens bezeichneten in einer Resolution die Einführung einer Mitwirkung der Arbeiter an der Grubeninspektion als den „schwerwiegendsten und verhängnisvollsten Schritt, welchen die preußische Berggesetzgebung unternehmen kann“ und wiesen darauf hin, daß genügend technisch vorgebildete Beamte mit jahre-

⁶ Ebd., S. 79.

langer Erfahrung dafür zur Verfügung ständen⁷. Die beabsichtigte Neuerung müsse bei diesen Beamten eine Verletzung ihres Pflichtgefühls und eine Beeinträchtigung ihrer Dienstwilligkeit bewirken. Auf der anderen Seite würde das Verantwortungsgefühl des Arbeiters noch mehr schwinden. Der „Verein technischer Bergbeamter Oberschlesiens“ erklärte, die geplante Einführung von Sicherheitsmännern werde sich als „verhängnisvoll gegenüber der unbedingt erforderlichen Aufrechterhaltung der Beamtenautorität und der Disziplin auf den Gruben“ zeigen⁸. Wenn sich aber die Einführung nicht umgehen ließe, so wurde resignierend gesagt, dann müßte man die Arbeiterkontrollen auch staatlich besolden, sie müßten aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden und dürften auf keinen Fall Beziehungen zu den Arbeiterausschüssen haben. Im übrigen wurde eine Stärkung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie prophezeit, wie die Resolution des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie und ein Referat des Geschäftsführers des Bergbaulichen Vereins im Oberbergamtsbezirk Dortmund auf einer Sitzung des Ausschusses des Centralverbandes deutscher Industrieller in Berlin zeigte⁹. Die heftigen Proteste der verschiedenen Unternehmergruppen waren ein Beweis dafür, daß die Forderung nach einer Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Grubenaufsicht nicht nur die Fragen der Unfallverhütung, sondern auch die der Betriebsverfassung betraf. Die ständige Grubenkontrolle ermöglichte nämlich wie in keinem Fall zuvor den Belegschaftsvertretern, eine vollkommene Übersicht über die Mißstände im Betrieb zu erlangen. Die Zechenverwaltung wurde auf diesem Wege gezwungen, ständig mit den Arbeitervertretern in Fühlung zu bleiben und sich mit ihnen zu beraten. Da die Sicherheitsmänner nach dem Gesetzentwurf staatlichen Schutz genießen sollten und die unabhängigen Revierbeamten hinter sich hatten, konnten sie auch eine relativ starke Position gegenüber der Zechenleitung beziehen. Ein zusätzliches Druckmittel war, daß irgendwelche Mißstände auf einer Zeche als Agitation gegen das Werk wie gegen die Unternehmer allgemein in der Öffentlichkeit verwandt werden konnten.

Trotz dieser Einsprüche konnte die Berggesetznovelle aber verhältnismäßig schnell am 28. Juli 1909 verabschiedet werden¹⁰. Die neuen Bestimmungen

⁷ Vgl. die Zeitschrift des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Jg. 48 (1909), S. 115 und 206.

⁸ Ebd., S. 117.

⁹ Vgl. Resolution des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie. In: Deutsche Industriezeitung Nr. 30 vom 24. Juli 1909, S. 635, und Referat des Geschäftsführers des Bergbaulichen Vereins im Oberbergamtsbezirk Dortmund auf der Sitzung des Ausschusses des Centralverbandes deutscher Industrieller am 30. Januar 1909, ebd., S. 123.

¹⁰ Preussische Gesetzsammlung 1909, S. 679. Vgl. die Kommentare dazu bei Brassert und Gottschalk, Allgemeines Berggesetz für die preussischen Staaten aaO. – Reuß, Erläuternde Bemerkungen zur preussischen Berggesetznovelle, 1909. – Ders., Die Abänderungen der Berggesetznovelle. In: Zeitschrift für Bergrecht, Jg. 1909,

sahen vor, daß in allen Steinkohlenbergwerken, unterirdisch betriebenen Braunkohlen- und Erzgruben sowie Kalisalzbergwerken mit mehr als hundert Arbeitern neben dem Arbeiterausschuß sogenannte „Sicherheitsmänner“ bestellt werden mußten (§ 80 f.). Für jede Steiger- bzw. Fahrabteilung wurde ein Sicherheitsmann gewählt, der mindestens fünf Jahre als Hauer und ein Jahr ununterbrochen auf dem betreffenden Bergwerk gearbeitet haben mußte. Auf Grund der schlechten Erfahrungen bei den Arbeiterausschuwahlen 1905 wurde jedoch bestimmt, daß ein Streik oder eine Aussperrung nicht mehr als Arbeitsunterbrechung gewertet werden dürfe (§ 80 b). Aufgabe der Sicherheitsmänner war es, in Begleitung eines staatlichen Aufsichtsbeamten ihre Steigerabteilung zweimal im Monat zu befahren und die Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen und die sonstigen Vorrichtungen zum Schutz der Bergleute zu kontrollieren. Der Sicherheitsmann besaß ein Fahrbuch, in dem er das Ergebnis seiner Kontrolle schriftlich zu skizzieren hatte und das dem Betriebsführer nachher zur Begutachtung vorgelegt wurde. Irgendwelche Anordnungen konnte der Sicherheitsmann nicht treffen (§ 80 f–g, Abs. 1). Verlangte der Arbeiterausschuß eine Befahrung außer der Reihe, so mußte der Betriebsführer dem stattgeben oder den Revierbeamten benachrichtigen, der dann über die Weigerung der Zechenleitung entschied (§ 80 f–g, Abs. 3, 4 und 10). Andererseits durfte der Sicherheitsmann die Grubenfahrten nur auf Verlangen des Arbeiterausschusses oder der Werksverwaltung außer der Reihe vornehmen. Bis auf die vom Arbeiterausschuß verlangten Sonderbefahrungen mußte die Tätigkeit des Grubenkontrollen von der Zeche bezahlt werden.

Während des ersten Jahres seiner Wahlperiode konnte der Sicherheitsmann gekündigt werden, wenn er

1. seinen Verpflichtungen als Sicherheitsmann nicht nachkam,
2. wenn sonst Tatsachen vorlagen, die eine Fortsetzung seiner Tätigkeit als Sicherheitsmann nicht geraten erscheinen ließen,
3. wenn er seine Ausübung der Sicherheitstätigkeit zu Zwecken mißbrauchte, die mit seinem Amt nicht in Zusammenhang standen,
4. oder wenn ein anderer wichtiger Grund vorlag, der mit der Ausübung seines Amtes als Sicherheitsmann nicht zusammenhing. Dieser Entlassungsgrund durfte aber nicht außerhalb des Arbeitsverhältnisses liegen (§ 80 f.)¹¹.

Im übrigen war bei ihm die fristlose Kündigung wie bei jedem anderen Bergmann möglich. Das Bestreben des Gesetzgebers war aber – wie diese Bestimmungen deutlich zeigten – darauf gerichtet gewesen, den Grubenkontrollen nach Möglichkeit vor Kündigungsgründen zu schützen, die zwangsläufig

S. 177. – E. Müller-Erbach, Das Bergrecht Preußens und des weiteren Deutschlands, 2 Bde., Stuttgart 1916–1917. – M. Flesch, Die Vertrauensleute der Bergleute und die Bergwerksbesitzer. In: Die Hilfe, Jg. 1908, Nr. 52 und Jg. 1909, Nr. 1.

¹¹ Reuß, Die Abänderungen der Berggesetznovelle ... aaO, S. 554.

aus seiner Tätigkeit erwachsen mußten. Nicht ohne Eindruck war auch auf den Landtag geblieben, daß von seiten der Bergarbeiter immer wieder auf das Beispiel des Knappschaftsältesten *Kiesel* von der „Königin-Luise-Grube“ verwiesen wurde, der auf Grund seines energischen Eintretens im Arbeiterausschuß für die Belange der Belegschaft von der Zechenleitung „gewimmelt“, d. h. entlassen worden war¹².

Durch die Einrichtung der Sicherheitsmänner war den Bergleuten ein neues und wichtiges Mitwirkungsrecht im Betrieb zugestanden worden. Die Bergarbeiterausschüsse hatten dadurch eine wichtige organisatorische Erweiterung erfahren, und zum erstenmal war einer gesetzlich anerkannten Betriebsvertretung der Arbeiter ein dauernder und maßgeblicher Einfluß auf die Beseitigung betrieblicher Mißstände durch besondere Kontrollorgane gegeben. Die Befugnisse der Bergarbeiterausschüsse waren in dieser Novelle im übrigen dieselben geblieben, wie sie schon die Novelle von 1905 vorsah. Neu war nur, daß der Arbeiterausschuß, wie schon erwähnt, die ordentliche und außerordentliche Befahrung der Grube durch die Sicherheitsmänner festsetzen (§ 80 f, g, Abs. 3 und 4) oder auch die Befahrung für eine Zeitlang aussetzen konnte (§ 80 f, m). Wichtig war ferner, daß der Bergarbeiterausschuß vom Bergamt nicht suspendiert, sondern nur noch aufgelöst werden konnte (§ 80 f, g). Schließlich war noch bemerkenswert, daß die vor dem 1. Januar 1892 freiwillig gegründeten Bergarbeiterausschüsse (Vertrauensmännerkonferenzen, Kameradschaftliche Vereine, Ältestenkollegien usw.) sowie die mit diesen Aufgaben betrauten Knappschaftsvorstände der Auflösung verfielen und sich der neuen Regelung anpassen mußten.

Wie im Jahre 1905 standen die Bergarbeiterverbände dem Gesetz wiederum mit geteilter Meinung gegenüber. Während der Christliche Gewerkverein nach anfänglichem Zögern die Novelle als einen Fortschritt begrüßte und eifrig an der Ausführung mitarbeitete¹³, lehnten der „Alte Verband“, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die Polnische Berufsvereinigung das Gesetzwerk als unzureichend ab. Der „Alte Verband“ forderte statt dessen eine reichsgesetzliche Lösung, staatlich besoldete und nur von Arbeitern gewählte Grubenkontrolleure, die allein und jederzeit die Schachanlage inspizieren konnten und auch die Gewalt hatten, bergpolizeiliche Anordnungen zu treffen¹⁴. Allerdings beteiligte sich auch die sozialdemokratische Gewerkschaft an den Wahlen für die Arbeiterkontrolleure wie auch für die Arbeiterausschüsse, weil man inzwischen die Erfahrung gemacht hatte, daß diese Institutionen trotz aller Mängel und Schwächen recht vorteilhafte Dienste für die tägliche gewerkschaftliche Arbeit leisten konnten.

¹² Bergarbeiterfragen vor dem preußischen Landtag aaO, S. 81.

¹³ Vgl. Der Bergknappe vom 27. Februar und 10. April 1909.

¹⁴ Vgl. Drucksache Nr. 17 und Kommissionsbericht im Preußischen Abgeordnetenhaus, zitiert nach Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 2, S. 644, und Kirchhoff, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau aaO, S. 172.

Die Tätigkeit der Sicherheitsmänner und der obligatorischen Arbeiterausschüsse blieb aber auch nach dem Jahre 1909 im ganzen gesehen ohne rechten Erfolg, da das gegenseitige Mißtrauen sowie die von den Gewerkschaften geführten Arbeits- und Wahlkämpfe bei der Besetzung dieser Interessenorgane eine größere Wirksamkeit verhinderten. Der „Alte Verband“ beharrte auf seiner Forderung nach unabhängiger Grubeninspektion „ohne Aufpasser“¹⁵, während die Zechenleitungen sich keinerlei Mühe gaben, die neuen Institutionen am Leben zu erhalten.

Bezeichnend für die auch weiterhin ablehnende Einstellung der Schwerindustrie gegenüber den Betriebsvertretungen überhaupt war eine Stellungnahme W. Bäumers, des Geschäftsführers der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. In der Unternehmerzeitschrift „Stahl und Eisen“, deren wirtschaftspolitischen Teil er damals leitete, schrieb er im Hinblick auf die Berggesetznovelle von 1909, daß die Arbeitgeber auch weiterhin „Herren im Hause“ zu bleiben gedächten, wenn auch nicht als Sklavenhalter mit der Peitsche in der Hand und im Sinne einer übertriebenen Herrenmoral, aber doch als Disponenten und verantwortliche Leiter im Betrieb. Die Gewerkschaften wünschten durch ihre Vertreter in den Arbeiterausschüssen zu entscheiden, welche Arbeiter aus dem Betrieb entlassen werden sollen und welche nicht. Wenn aber die gewerbliche Tätigkeit überhaupt noch bestehen solle, dann müsse der verantwortliche Leiter des Betriebs, der in diesem Sinne „Herr im Hause“ sei, auch darüber befinden, ob begründete Entlassungen vorgenommen werden sollen oder nicht. Darf er das nicht mehr, prophezeite der einflußreiche Vertreter der Unternehmerinteressen, „dann geraten wir in ein Chaos, bei dem überhaupt privatwirtschaftliche Tätigkeit nicht mehr bestehen kann“¹⁶. Bäumers wollte damit vor allem gegen den verstärkten Kündigungsschutz für die betrieblichen Arbeitervertreter opponieren, der einen empfindlichen Eingriff in die Unternehmerautonomie darstellte.

Bäumers griff in seinem Artikel besonders aber den christlichen Gewerkschaftler Hermann Vogelsang an, der kurz zuvor eine Broschüre über die Bergarbeiterausschüsse veröffentlicht hatte, die eine genaue Anleitung darstellte, wie man die vom Gesetzgeber gestärkten Ausschüsse taktisch gegen die Zechenleitungen einzusetzen habe. „Nicht mit Unrecht“, hatte es dort geheißen, „sehen die Arbeitgeber in der Einführung von Arbeiterausschüssen den Übergang vom absoluten zum konstitutionellen Betriebssystem. Mit der Einführung eines Arbeiterausschusses wird der Arbeitgeber als rücksichtsloser

¹⁵ Soziale Praxis, Jg. 1909/10, Sp. 1379. – Hue, Die Bergarbeiter aaO, Bd. 2, S. 649. – Kulemann, Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen ... aaO, Bd. 1, S. 186 und S. 195.

¹⁶ W. Bäumers, Arbeiterausschüsse, christliche Gewerkschaften und Arbeitgeberinteressen. In: Stahl und Eisen, Zeitschrift für das deutsche Eisenhüttenwesen. Jg. 29 (1909), Nr. 22, S. 381.

Alleinherrscher verdrängt. Deshalb der teilweise geradezu fanatische Widerstand gegen die Ausschüsse. Für die Arbeiter schon allein Grund genug, um die allgemeine Einführung von Arbeiterausschüssen anzustreben und die bestehenden Ausschüsse auszunutzen. Einen großen praktischen Wert erhalten die Arbeiterausschüsse in der Regel erst dann, wenn hinter ihnen eine starke Organisation steht...¹⁷ *Vogelsang* gab dann in seiner Broschüre genaue Verhaltensmaßregeln für die Ausschußmitglieder und in Muster-schreiben Anweisungen, wie man eine Beschwerde formuliere, wie man sich im Fall der Ablehnung durch die Zechenleitung verhalte usw. Die Anweisungen und Musterbriefe, die im Preußischen Landtag das Gelächter der konservativen Abgeordneten hervorriefen, hatten jedoch einen tieferen Hintergrund: Sie zeigten, daß ein großer Teil der organisierten Bergarbeiter aus den Ausschüssen etwas machen wollte. Sie waren freilich zugleich ein Zeugnis dafür, wie sehr es an geeigneten Arbeitersprechern mit etwas Bildung, Wort- und Schriftgewandtheit noch mangelte. In den Anweisungen der Broschüre hieß es beispielsweise: Jedes Ausschußmitglied solle nach Möglichkeit persönlich seine Klage vorbringen. Nur für den Fall, „daß dem Ausschußmitglied die Redefähigkeit mangelt“, sollte man sich an einen Gewerkschaftsbeamten wenden. Auch wurden die Bergarbeiter ermahnt, die anstehenden Tagesordnungspunkte möglichst auf mehrere Ausschußmitglieder zu verteilen, und es müsse als selbstverständlich angesehen werden, schrieb *Vogelsang*, „daß die beiden anderen dem Vortragenden beipflichten und denselben nach Kräften unterstützen... die drei Ausschußmitglieder müssen überhaupt zusammenhalten und durch die gerissene Taktik der Grubenverwaltung sich nicht auseinanderbringen lassen“¹⁸. Die bis in kleinste formulierten Anweisungen gaben einen versteckten Hinweis darauf, daß bis dahin zum Kummer der Gewerkschaft anscheinend öfter gegen diese elementaren Grundregeln einer Interessenvertretung verstoßen wurde und die Arbeiter auch nicht ganz ohne Schuld waren, wenn die Betriebsvertretungen in der Praxis so wenig leisteten.

Vogelsang, der die Broschüre im Auftrage des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter verfaßt hatte, sagte als erster Arbeitersprecher ganz offen, daß man die Ausschüsse als verlängerte Ausführungsorgane der Gewerkschaft ansehe, Belegschaftsversammlungen sollten künftig nur noch nach vorheriger Verständigung mit der örtlichen oder zentralen Gewerkschaftsleitung stattfinden. Die Ausschußmitglieder der verschiedenen Zechen wurden angewiesen, sich in ihrem Bezirk viermal im Jahr zu Konferenzen zu versammeln, die dann von Gewerkschaftsvertretern geleitet würden. Man solle die Protokollbücher mitbringen, die Beschwerden und Anträge vergleichen, um die Gewerkschaftsorganisation bei ihren Vorstößen im Parlament bzw. bei

¹⁷ Hermann *Vogelsang*, *Der Arbeiterausschuß im Bergbau*, Essen 1908, S. 75.

¹⁸ Ebd., S. 45.

der Regierung mit zweifelsfreiem Material zu versorgen. Abschließend hieß es, was den Zorn *Bäumers* und der anderen Unternehmer besonders hervorgerufen hätte, wörtlich: „Es ist den Ausschüssen der verschiedenen Gruben allerdings durch das Gesetz bzw. durch die Auslegung verboten, als Ausschüsse zusammenzukommen und für mehrere Gruben gemeinsam Forderungen zu erheben. Dadurch wird aber nicht verhindert, daß die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse als Angehörige der Organisation zusammenkommen können. Nichts hindert auch die Ausschüsse der verschiedenen Gruben, gleichzeitig im Namen ihrer Belegschaften dieselben Forderungen bei ihren Grubenverwaltungen zu stellen.“ Als Ziel der Gewerkschaft nannte *Vogelsang* ganz offen: „Die Arbeiterausschüsse können und müssen die Vorarbeit für die gesetzliche Festlegung weiterer Rechte machen. Sie müssen vorhandene Rechte geschickt ausnutzen und durch ihre Arbeit immer wieder beweisen, daß die Rechte der Arbeiterausschüsse erweitert werden können und müssen.“ Als nächste Ziele wurden dabei genannt: Vergrößerung der Zahl der Ausschußmitglieder, das Recht, auch Einzelbeschwerden vorbringen zu können, Teilnahme an der Lohn- und Gedingeregulierung, ein „Mitbestimmungsrecht“ bei der Verhängung von Strafen, Einführung von Arbeiterausschüssen auch auf Zechen mit weniger als 100 Mann Belegschaft und schließlich Mitwirkung beim Erlass der Unfallverhütungsvorschriften.

Die Unternehmerschaft protestierte vor allem deshalb gegen diese Gewerkschaftsschrift, weil die hier beschriebenen Arbeiterausschüsse kaum noch etwas mit dem in den Februarerlassen ausgesprochenen Gedanken des „Friedensinstrumentes“ zu tun hatten. Sie bedeuteten nach Meinung der Arbeitgeber vielmehr eine indirekte staatliche Organisation der Arbeiterbewegung. Die Delegiertenversammlung des „Centralverbandes deutscher Industrieller“ sah sich deshalb veranlaßt, sich am 24. 9. 1909 nochmals ablehnend gegen die Bergarbeiterausschüsse wie gegen die Einrichtung der „Sicherheitsmänner“ zu äußern¹⁹.

Außer in Preußen und Bayern wurden vor dem Ersten Weltkrieg keine Betriebsvertretungen oder Arbeiterkontrolleure im Bergbau obligatorisch eingeführt. In Sachsen gab es lediglich im Lugau-Olsnitzer Steinkohlenrevier, wie schon erwähnt, auf den privaten und königlichen Gruben einige fakultative Arbeiterausschüsse, die nach der alten Art meistens mit den Knappschafsvorständen identisch waren. Diese Arbeiterausschüsse wurden durch Gesetz vom 12. Februar 1909 für alle Bergwerksbetriebe mit mehr als 50 Arbeitern eingeführt²⁰, erlangten jedoch noch weniger Bedeutung als in Preußen. Ein Bericht darüber besagte lakonisch: „Entweder gehören die Ausschüsse den Freien Gewerkschaften an, oder sie sind königstreu. Im ersten Fall erhalten sie alle ihre Weisungen von der Gewerkschaft und sind aus diesem Grunde

¹⁹ Stahl und Eisen, Jg. 29 (1909), S. 719.

²⁰ Kgl. Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt von 1909, S. 123.

zur Vermittlungstätigkeit mit den Unternehmern nicht geeignet. Im anderen Falle richten sich die Ausschüsse vollständig nach der Werksleitung.“²¹ Durch ein Gesetz vom 6. Juni 1910 wurden dann im Königreich Sachsen für alle Untertagebetriebe mit mehr als 30 Arbeitnehmern auch Sicherheitsmänner eingeführt, wobei je 300 Arbeiter einen Grubenkontrolleur und einen Stellvertreter zu wählen hatten²². Auch in Bayern sicherte eine Novelle zum Bayerischen Berggesetz am 3. August 1910 den Arbeitern im Privatbergbau eine regelmäßige Beteiligung an der Grubeninspektion zu²³. Umgekehrt wie in Preußen wurden aber Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner nicht institutionell getrennt. Die Sicherheitsmänner wurden von der Betriebsvertretung auf der Zeche direkt gewählt, alle übrigen Paragraphen stimmten mit der preußischen Berggesetznovelle überein. Nur in den Bestimmungen über den Arbeiterausschuß war man erheblich weiter gegangen. Hatte schon die Novelle zum Bayerischen Berggesetz aus dem Jahre 1900 obligatorische Arbeiterausschüsse für alle Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern vorgeschrieben (in Preußen seit 1905 ab 100 Arbeitnehmern), so wurde im Jahre 1910 für alle bayerischen Bergbaubetriebe mit mehr als 50 Arbeitern das Verhältniswahlssystem zur Pflicht gemacht. Die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen hatten damit nach Vorschlagslisten der im Werk vertretenen Gewerkschaften zu erfolgen, so daß erstmals auch von gesetzgeberischer Seite dem von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Organisationsprinzip Rechnung getragen wurde.

Die Berggesetze der anderen deutschen Bundesstaaten enthielten keinerlei Bestimmungen über Betriebsvertretungen im Bergbau. Im allgemeinen begnügten sie sich, die Knappschaftsvorstände als Interessenorgane zu betrachten. Eine Ausnahme machten nur die Reichslande Elsaß-Lothringen, wo in vier großen Bergwerken Arbeiterausschüsse entstanden: in der Erzgrube „Aumetz-Friede“ bei Aumetz, bei den *Röchlinschen* Gruben in Algringen, bei der Grube „Fentsch“, die dem *Bochumer Verein* gehörte, und den Erzgruben der Firma *Fried. Krupp* in Aumetz²⁴. Elsaß-Lothringen führte dann auch im Jahre 1909 durch ein Gesetz Arbeiterausschüsse für alle Bergbaubetriebe mit mehr als 50 Arbeitern ein, doch beschränkte sich die Mitwirkung der Ausschüsse vornehmlich auf die betrieblichen Arbeiterunterstützungskassen. Von einer besonders regen Tätigkeit wurde nicht berichtet.

²¹ Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 42.

²² Kgl. Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt von 1910, S. 117.

²³ Aretin v. Rauck, Bayerisches Berggesetz mit Nachtrag, München und Berlin 1911. – Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern 1910, Nr. 55, S. 799 ff.

²⁴ Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen 1909, Nr. 27, S. 138, und Denkschrift der Landesregierung. In: Der Bergknappe Nr. 12 vom 22. März 1913, S. 5 sowie Koch, Arbeiterausschüsse aaO, S. 42.

IV. Bestrebungen zur Errichtung gesetzlicher Arbeitervertretungen auf überbetrieblicher Ebene um die Jahrhundertwende

Die Vorschläge der Sozialpolitiker, durch Schaffung von geeigneten Verständigungsinstanzen einem Ausgleich der widerstreitenden Interessen in der Industrie näher zu kommen, hatten sich seit den Tagen des Vormärz und damit vom Beginn der Entwicklung an nicht allein auf den Bereich der Fabrik beschränkt. Vielfach hatte man gleich daran gedacht, die Fabrik-Ausschüsse, Ältesten-Collegien und Arbeiterausschüsse durch überbetriebliche paritätische Organe auf Bezirks-, Provinzial- und Länderebene zu ergänzen und sie damit in ein größeres System wirtschaftlicher Selbstverwaltung hineinzustellen, um den „arbeitenden Klassen“ von der untersten Stufe des Betriebes bis hinauf in die Ebene der höchsten Legislative und Exekutive hinein Einflußmöglichkeiten zu schaffen.

Die Petitionen der Handwerkerkongresse und des liberalen Centralvereins hatten ebenso wie die Gedanken der ersten Arbeitersprecher und die Gesetzentwürfe des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung 1848 in diese Richtung gezielt. Dahinter standen, wie schon erwähnt, die mehr oder weniger bewußten Vorstellungen, den handarbeitenden Schichten der Bevölkerung eine neue Standesvertretung zu geben und der im Industrialisierungsprozeß dekorporierenden Gesellschaft eine neue korporative Ordnung zu geben, in der auch die Fabrikarbeiter einen staatlich legitimierten und von allen anderen Gruppen anerkannten Platz erhielten.

Unter dem Druck dieser von vielen Seiten erhobenen Forderungen hatten Preußen und Sachsen im Gefolge der Märzrevolution sich zu den ersten gesetzgeberischen Schritten aufgerafft und in den überbetrieblichen Gewerbeberäten eine erste bescheidene Interessenvertretung für die Arbeitnehmer in Handwerk und Fabriken schaffen wollen. Es hatte sogar den Anschein gehabt, als erachte der Staat die Einführung solcher überbetrieblichen Interessenorgane für vordringlicher als die gesetzliche Regelung der zur gleichen Zeit erhobenen Forderung nach Einführung betrieblicher Arbeitervertretungen. Die tatsächliche Entwicklung verlief freilich dann gerade umgekehrt: Die mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzten Gewerbeberäte kamen, wie im Königreich Sachsen, überhaupt nicht zustande oder erwiesen sich, wie in Preußen, innerhalb weniger Jahre in der Praxis als ein vollkommener Fehlschlag. Dafür rückten nach der Gründung des Bismarck-Reiches die betrieblichen Arbeiterausschüsse immer mehr in den Blickpunkt der amtlichen Sozialpolitik, bis sie 1891 in der Gewerbeordnungsnovelle ihre erste gesetzliche Gestaltung fanden.

Die vielfältigen Bestrebungen, der Lohnarbeiterschaft auch in überbetrieblichen, staatlich anerkannten Organen eine wirksame Vertretung ihrer Interessen zu verschaffen, waren nach dem Fehlschlag mit den Gewerbeberäten

aber keineswegs erloschen. Zwar wurde, so weit man erkennen kann, von keiner Seite daran gedacht, die Gewerberäte in der alten Form zu restaurieren, doch blieb der darin zum Ausdruck kommende Grundgedanke lebendig und wurde in zeitgemäßer Abwandlung von den verschiedensten Richtungen immer wieder aufgegriffen.

1. Vorstöße für paritätische Arbeitsämter und Gewerbekammern

Einen solchen Wiederbeginn der sozialpolitischen Diskussion über die Frage einer überbetrieblichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer in gesetzlich anerkannten Organen leitete der Freiburger Nationalökonom *Gustav Friedrich v. Schönberg* im Jahre 1871 ein, der in einer Schrift vorschlug, das gesamte Reich mit einem Netz von paritätischen Arbeitsämtern zu überziehen¹. Als besondere Aufgabe sollten diese Arbeitsämter Arbeitsstatistik treiben, um den Regierungen die notwendigen Unterlagen für den Ausbau der Sozialgesetzgebung zu liefern. Eine gleichberechtigte Mitwirkung von Unternehmern und Arbeitern wurde dabei als unerläßliche Voraussetzung angesehen. Gleichzeitig wollte *Schönberg* die Institutionen mit der Vermittlung von gewerblichen Streitigkeiten betrauen.

Ähnliche Anregungen brachte der dem Zentrum angehörende Mainzer Domkapitular *Christoph Moufang* vor. Er könne es sich recht gut vorstellen, erklärte der aus der Schule *Kettlers* kommende Theologe 1876 in den Verhandlungen des Reichstages, „wenn die Gesetzgebung dazu überginge, es den Arbeitern zu ermöglichen, den gesellschaftlichen Trieben, daß sich Gleiches mit Gleichem vereinigt, die rechte Leitung zu geben, daß alsdann in unseren verschiedenen Arbeiterklassen der konservative Geist der Ruhe und Ordnung sich mehren und kundgeben würde“². *Moufangs* Anregung wurde in den nächsten Jahren von seiner Partei im Parlament durch zahlreiche Interpellationen und Anträge, zu deren Sprecher sich meist *Franz Hitze* machte, weiterverfolgt³.

Die Sozialdemokraten *Fritzsche* und *Bebel* brachten dann 1877 namens ihrer Fraktion als erste einen Gesetzentwurf im Reichstag ein, der unter anderem die Errichtung territorial gegliederter Gewerbekammern ins Auge faßte. In

¹ Gustav Friedrich v. Schönberg, *Arbeitsämter, eine Aufgabe des Deutschen Reiches*. Berlin 1871. Über ihn vgl. den Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Bd. 7 (1910/11), S. 316.

² Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Legislaturperiode 1876, S. 4461. Über Chr. Moufang vgl. Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 52 (1901), S. 487, und H. Haupt (Hrsg.), *Hessische Biographien*, Bd. 1 (1918), S. 246.

³ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Drucksache Nr. 39 (Antrag Hitze), Legislaturperiode 1893/94; Drucksache Nr. 21 (Antrag Hitze) und Interpellation Hitze/Lieber, Drucksache Nr. 121, Legislaturperiode 1894/95; Drucksache Nr. 46 (Antrag Lieber/Hitze), Legislaturperiode 1899/1900 usw.

der entsprechenden Bestimmung wurde gefordert: „Bis spätestens zum 1. 1. 1879 sind von Reichs wegen *Gewerbekammern* in genügender Anzahl zu errichten. Dieselben sind berufen, die Gewerbe- und Arbeiterinteressen zu vertreten und den Behörden Berichte zu erstatten, welche zu veröffentlichen sind, Anträge an die Behörden zu stellen sowie gemeinsam gewerbliche Einrichtungen und Fachbildungsanstalten zu beaufsichtigen. Die Mitglieder der Kammern sollen zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern bestehen.“⁴ Auch in den folgenden Jahren war die Sozialdemokratie, die sogar in ihr Erfurter Programm eine dahingehende Forderung aufnahm⁵, besonders rührig in der Wiederholung ähnlicher Anträge im Reichstag. Nicht weniger als sechs Entwürfe wurden von ihr bis zur Jahrhundertwende eingebracht⁶.

Am klarsten kamen die Bestrebungen der Sozialdemokratie in dem Antrag aus der Sitzungsperiode 1899 zum Ausdruck, der dann 1900 und 1903 in der gleichen Form noch einmal wiederholt wurde. Er sah die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von territorialen Arbeitsämtern und paritätischen *Arbeitskammern* (wie die Gewerbekammern jetzt genannt wurden) vor. Das Reichsarbeitsamt sollte Unfallverhütungsvorschriften erlassen, statistische Erhebungen über die Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter führen und in Jahresberichten veröffentlichen sowie die Bewegungen des Arbeitsmarktes, insbesondere Streiks und Aussperrungen verfolgen. Den territorialen Bezirksarbeitsämtern war die Aufgabe gegeben, die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften in den einzelnen gewerblichen Anlagen zu überwachen, Arbeitsvermittlungen zu errichten und zugleich als Einigungsamt bei Arbeitsstreitigkeiten tätig zu werden. Die bezirklichen Arbeitsämter sollten von einem von der Zentralbehörde des zuständigen Bundesstaates ernannten Arbeitsrat geleitet werden, dem drei von der dazugehörigen Arbeitskammer gewählte Hilfsbeamte zur Seite standen. Die bei jedem Arbeitsamt einzurichtende Arbeitskammer sollte mindestens 50 Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassen und das Recht haben, Enquêtes über Gehälter und Löhne anzustellen, Beschwerden und Mißstände zu untersuchen und über wirtschaftliche

⁴ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Drucksache Nr. 92 (Antrag Fritzsche/Bebel), Legislaturperiode 1877. Vgl. dazu Max Schippel, *Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch*, Berlin 1902, S. 120.

⁵ Das Erfurter Programm der Sozialdemokratie verlangte: „Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksämter und Arbeitskammern.“

⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Drucksache Nr. 144 (Antrag Grillenberger/Bebel), Legislaturperiode 1884/85 (verhandelt am 11. März 1885), – Drucksache Nr. 10 und Kommissionsbericht betr. die Organisationsfrage der Arbeitskammern. – Drucksache Nr. 122, Legislaturperiode 1885/86 (Mitverhandelt im Plenum mit anderen Arbeiterschutzgesetzentwürfen), – Drucksache Nr. 465 (Antrag Albrecht betr. die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern), Legislaturperiode 1899/1900. Wegen Nichtberatung wiederholt in der Legislaturperiode 1900/1901 (Drucksache Nr. 64).

und soziale Fragen bei den Regierungen Gutachten zu erstatten. Bei Arbeitsstreitigkeiten hatten sie ebenfalls als gewerbliche Schiedsgerichte zu fungieren. Nach dem sozialdemokratischen Antrag sollten dem Arbeitsamt wie der Arbeitskammer polizeiliche Befugnisse (Verhängung von Ordnungsstrafen gegen Unternehmer) verliehen werden.

Diesen Anträgen des Zentrums und der Sozialdemokratie schlossen sich seit 1899 der größte Teil der Nationalliberalen und später *Stöcker* und die Wirtschaftliche Vereinigung (Christliche-Soziale, Antisemiten und Deutsch-Soziale) mit ähnlichen parlamentarischen Vorstößen an, bis schließlich die Sozialpolitiker aller Reichstagsparteien sich mit dieser Frage beschäftigten⁷. Bei diesen ersten Anträgen der an sich politisch so unterschiedlichen Parteien gab es einige interessante Parallelen: Während das Zentrum mit *Hitze* und *Lieber* an der Spitze die sozialetischen Ziele des Linksrheinischen Vereins für Gemeinwohl und des katholischen Industriellenverbandes „Arbeiterwohl“, zu dessen Vorstandsmitgliedern neben *Hitze* auch *Moufang* gehörte, vertraten, standen die Nationalliberalen *Freiherr von Heyl*, *Bassermann* und *Rösicke* hinter dem von Generaldirektor *Wilhelm Oechelhäuser* entworfenen Programm des Vereins der anhaltischen Arbeitgeber, während die Sozialdemokratie in der Frage der Arbeitervertretung – wenn auch nur bedingt – sich die Auffassung *Heinrich Freeses* von dem konstitutionellen System in der Industrie zu eigen machte. Im Grunde ging es bei allen diesen Anträgen darum, der Arbeiterschaft eine öffentlich-rechtliche Interessenvertretung zu schaffen, wie sie die Landwirtschaft in den Landwirtschaftlichen Vereinen, das Handwerk in den Handwerkskammern und die Arbeitgeber in Handel und Industrie in den Industrie- und Handelskammern besaßen. Die gesetzlich anerkannten Berufsvertretungen für die Arbeiter sollten auch den Überbau für die betrieblichen Arbeiterausschüsse abgeben. Zudem glaubte man, auf diese Weise am besten das kaiserliche Wort aus den Februarerlassen zu verwirklichen, „den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzten Fühlung zu behalten“. Auch bei den staatstragenden Parteien wurde erkannt, daß infolge der Abneigung der Regierung, mit den Arbeitergewerkschaften in offizielle Beziehungen zu treten, die Arbeiterschaft im Gegensatz zu den anderen Berufsständen bei der Vorbereitung der Gesetzentwürfe nur ungenügend oder gar nicht zur Beratung oder Mitwirkung hinzugezogen wurde. Das sollte durch die Arbeitskammern (Gewerbekammern) anders werden. Gleichzeitig hofften die Antragsteller, die bisherigen Einwände der Unternehmer gegen

⁷ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Drucksache Nr. 144 (Zusatzantrag Heyl/Bassermann betr. Gewerbegerichtsabteilungen), Legislaturperiode 1898/1900. – Drucksache Nr. 61 (Antrag Pachnicke/Rösicke betr. Reichsarbeitskammer). – Drucksache Nr. 47 (Antrag Hitze/Heyl), Drucksache Nr. 24 (Antrag Pachnicke/Rösicke), Legislaturperiode 1900/01 usw.

eine überbetriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu entkräften. Diese hatten immer wieder behauptet, daß eine Heranziehung besonders der Arbeiterverbände bei der Gestaltung der Gesetzgebung zwecklos sei, weil sie nur einen Bruchteil der Gesamtarbeiterschaft vertreten würden und daher nicht repräsentativ seien. Diese Bedenken konnten, da die Arbeitskammern alle in gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen umfassen sollten, dann nicht mehr vorgebracht werden.

Für die Regierung kamen die parlamentarischen Initiativanträge nicht sonderlich überraschend, hatte sie sich doch selbst seit den Tagen der Reichsgründung mit ähnlichen Problemen beschäftigt. In einem Vortrag vor dem preußischen Handelsminister *Graf v. Itzenplitz* am 21. April 1872 hatte *Theodor Lohmann* kurz nach seinem Amtsantritt als Vortragender Rat für die gewerbliche Arbeiterfrage vorgeschlagen, eine öffentlich anerkannte Einrichtung für die Arbeiter zu schaffen, durch die sie analog wie der Handel und die Industrie in den Handelskammern und die Landwirtschaft in den Landwirtschaftlichen Vereinen eine Vertretung ihrer Interessen bei der Regierung gewinnen könnten⁸. Der damals vorherrschende Einwand, daß die Belange der Arbeiter schon durch andere Seiten der Wirtschaft vertreten würden, wurde von ihm als nicht zutreffend bezeichnet, „denn in den Handelskammern und den landwirtschaftlichen Vereinen werden die Verhältnisse der Arbeiter vorwiegend immer vom Standpunkt des Unternehmers erörtert. Um ein richtiges Bild zu erhalten, muß man auch eine Erörterung ermöglichen, welche vom Standpunkte des Arbeiters ausgeht“. Nur so sei es möglich, betonte *Lohmann*, den Arbeitern Vertrauen zu der bestehenden Staatsordnung einzuflößen. Preußen müsse als erster deutscher Bundesstaat die ganze Frage im „großen Stil“ behandeln und dürfe sich nicht scheuen, „neue, bisher für ungewöhnlich geltende Maßregeln zu ergreifen“.

Die weitgreifenden Gedankengänge *Lohmanns* wurden ebenso wie seine Bestrebungen zur gesetzlichen Einführung betrieblicher Arbeiterausschüsse von *Itzenplitz* und seinem direkten Vorgesetzten, Ministerialdirektor *Moser*, mit kühler Reserviertheit aufgenommen. Die Politik des Preussischen Handelsministeriums war es zwar, alle Selbsthilfebestrebungen („Coalitionen“) der Arbeiter, wie es *Victor Aimé Huber* empfohlen hatte, zu unterstützen. Man wehrte sich aber gegen alle Pläne, selbst die Initiative zu ergreifen und etwa ein umfassendes System wirtschaftlicher Selbstverwaltung unter Mitwirkung der Arbeiterschaft zu dekretieren. Ausschlaggebend für die Ablehnung des Handelsministers *Itzenplitz* war aber, daß die unter dem Eindruck der ersten sozialdemokratischen Erfolge stehende Öffentlichkeit einem behördlichen Vorgehen zu diesem Zeitpunkt wenig Verständnis entgegengebracht

⁸ Vgl. Brief *Lohmanns* an *Friedrichs* und *Wyneken* am 20. und 19. Mai 1872 und *Lohmanns* Nachlaß. Zitiert nach *Rothfels*, *Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik* aaO, S. 28 und 46.

hätte. Während die anderen bei diesem Vortrag *Lohmanns* vorgebrachten sozialpolitischen Gedanken, die die Fabrikinspektion, die Frauen- und Kinderarbeit, die Wohnungsfrage und das Hilfskassenwesen betrafen, weitgehend günstige Aufnahme bei seinen Vorgesetzten fanden, wurden seine Pläne über eine soziale Gleichstellung der Arbeiter mit den anderen Berufsständen durch Schaffung von Interessenvertretungen nicht einmal erörtert. So sehr *Lohmann* auch die Annahme seiner anderen Reformvorschläge begrüßte – sie stellten nach seiner Auffassung nur einen Notbehelf im Rahmen der staatlichen Sozialpolitik dar. Sie waren ein Teil des Arbeiterschutzes, ein fürsorgliches Eingreifen des Staates in das Arbeitsverhältnis zugunsten des wirtschaftlich Schwächeren. Das eigentliche Ziel der staatlichen Sozialreform mußte es aber in seinen Augen sein, gesellschaftsgestaltend einzugreifen und die Arbeiterschaft zur selbstverantwortlichen Teilnahme an der Sozialreform wie anderen Angelegenheiten des allgemeinen Wohls zu erziehen. Das konnte nur durch die Errichtung entsprechender Interessenvertretungen geschehen.

Auch *Bismarck* beschäftigte sich mit dem Problem einer gesetzlichen Ständevertretung für die „arbeitenden Klassen“, doch gedachte er, wie schon erwähnt, diese Frage im Rahmen einer allgemeinen Neuordnung der Vertretung aller Berufsstände zu lösen. Als 1869 die Errichtung von Handelskammern im Preußischen Landtag zur Debatte stand, waren ihm bereits die ersten Vorschläge zur Einführung allgemeiner Gewerbekammern gemacht worden. Besonders von Seiten der Handwerker und ihrer politischen Vertreter, die das klägliche Ende der Preußischen Gewerberäte in den Jahren zuvor noch nicht vergessen hatten, war die Forderung erhoben worden, daß dem „frevelfhaften Spiel“, das die politischen Parteien, mit der „Handwerker-, Gewerbe- und sozialen Frage“ trieben, vom Staat endlich ein Ende gesetzt werde. Aber die Entwürfe für die Errichtung von Gewerbekammern, in denen man „frei und unverfälscht die wechselseitigen Ansichten regelmäßig und geordnet zum Ausdruck bringen und sich eine geregelte und gesetzmäßige Förderung und Pflege ihrer gesamten Interessen sichern könne“, wurden abgelehnt⁹.

Als der Kanzler im November 1880 den Preußischen Volkswirtschaftsrat, der wie früher erwähnt als Oberbau einer Interessenvertretung der verschiedenen Berufsstände gedacht war, ins Leben rief, wurde diese Maßnahme von den Konservativen begrüßt und die Schaffung von Handels-, Landwirtschafts-, Handwerker- und Arbeiterkammern als organisatorischer Unterbau für diese Institution, die *Bismarck* bekanntlich zu einem Deutschen Volkswirtschaftsrat auszuweiten gedachte, gefordert¹⁰. Der Antrag des konservativen Abgeordneten *Hans v. Kleist-Retzow* im Reichstag, zunächst einmal mit der Einrichtung von Handwerkerkammern zu beginnen, fand aber wie alle anderen dies-

⁹ Herrenhaus-Drucksache Nr. 86, Legislaturperiode 1869/70 (Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe).

¹⁰ Kreuzzeitung Nr. 268 vom 14. November 1880.

bezüglichen Anträge nicht die erforderliche Mehrheit¹¹. Daraufhin ließ sich *Bismarck* im April 1882 vom Preußischen Handelsministerium eine Denkschrift über die Organisation von Gewerbekammern ausarbeiten, in der als Wahlkörper für das Handwerk die Innungen, für die Landwirtschaft die Landwirtschaftlichen Vereine und für die Industrie die Unfallberufsgenossenschaften vorgeschlagen wurden, was den Centralverband deutscher Industrieller veranlaßte, auf einer Delegiertenversammlung am 18. September 1872 die Ausschließung der Landwirtschaft und der Arbeitnehmer von den geplanten Gewerbekammern zu fordern¹².

Bismarck kam aber nicht dazu, seine Pläne für die Schaffung von Gewerbekammern zunächst weiterzuführen, da die Arbeiten für die Inangsetzung des Preußischen Volkswirtschaftsrates ihn völlig in Anspruch nahmen. Erst als diese Bestrebungen infolge des Widerstandes im Reichstag endgültig gescheitert waren, wurden auf seine Veranlassung die Vorarbeiten für die Gewerbekammern wieder aufgenommen. Der Kanzler hatte aber aus den Verhandlungen zur Errichtung des Volkswirtschaftsrates die Erkenntnis gewonnen, daß die Parlamente die Gewerbekammern in der bisher geplanten Form gleichfalls ablehnen würden. Darum dachte er daran, die Provinzialverbände zu Trägern der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu machen und die Provinziallandtage mit den Wahlen hierzu zu beauftragen. Aber auch dieser Plan, die Gewerbekammern als Provinzial-Volkswirtschaftsräte (Bezirkswirtschaftsräte) auszugestalten, stieß auf Widerstand. Diesmal waren es die preußischen Oberpräsidenten, die Bedenken anmeldeten. Sie waren der Meinung, die Landtage würden sich aus politischen Gründen gegen solche Institutionen wenden. Unterstaatssekretär *v. Möller* machte als Kompromiß den Vorschlag, statt dessen lose „Gewerbekonferenzen“ bei jedem Regierungspräsidenten einzurichten. *Bismarck* billigte zwar den Vorschlag, der mit seinem ursprünglichen Plan kaum noch etwas gemeinsam hatte, betrachtete aber seine Bemühungen, auf diesem Wege noch etwas zu erreichen, praktisch als gescheitert¹³. Seit dem Sommer 1883 wandte er sich von dem Projekt der Preußischen Gewerbekammer bzw. des Provinzial-Volkswirtschaftsrates endgültig ab, um den Ausbau der Berufsgenossenschaften zu Trägern wirtschaftlicher Selbstverwaltung voranzutreiben, bei dem ihm aber, wie schon früher dargestellt, ebenfalls kein Glück beschieden war.

¹¹ Antrag Kleist-Retzow betr. die Errichtung von Handwerkskammern. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Drucksache Nr. 128, Legislaturperiode 1880/81, S. 128 ff. und Bericht der Kommission vom 16. Mai 1881, Anlagen Bd. 4 (1881), S. 750 ff.

¹² C. A. Martius, Materialien zur Beurteilung der Frage der Interessenvertretung in Industrie und Handwerk, 1894, S. 4 (Anlage 2).

¹³ Vgl. zu diesen Vorgängen Julius Curtius, Bismarck und die „Preußischen Gewerbekammern“. Ein Beitrag zum Problem der Bezirkswirtschaftsräte. In: Nachrichten aus dem Ruhrbezirk, Jg. 2 (1921).

2. Das Scheitern der Arbeitskammervorlage im Reichstag 1908–1911

Bis zur Jahrhundertwende waren eine Fülle von Anträgen zur Einführung einer gesetzlichen überbetrieblichen Arbeitervertretung von allen Seiten eingebracht worden, ohne daß sich für die Regierung eine mittlere Linie abgezeichnet hätte, auf der die extremen Ansichten sich einigen konnten. Es gab weder eine Übereinstimmung darüber, wer die Träger der geplanten Institutionen sein sollten, noch eine einheitliche Meinung über die Zusammensetzung und Rechte. Es war dies auch einer der Gründe, weshalb die Regierung die gesetzgeberische Behandlung dieser Frage immer wieder hinausshob.

Die große Unklarheit zeigte sich am deutlichsten in der Frage, ob man *Arbeitskammern* oder *Arbeiterkammern* schaffen sollte. Die Auseinandersetzungen, die sich besonders nach der Jahrhundertwende gerade in dieser Frage zuspitzten, nahmen einen breiten Raum ein. Bemerkenswerterweise redeten die Verfechter der beiden Standpunkte aneinander vorbei: Die Arbeitskammern und Arbeiterkammern steuerten nämlich nicht, wie es zunächst den Anschein hatte, mit verschiedenen Mitteln auf dasselbe Ziel zu, sondern jede dieser geplanten Körperschaften hatte im Grunde rein begrifflich andere Funktionen. Arbeitskammer bedeutete die gesetzliche Organisation einer ständigen Verhandlungsinstanz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Fragen. Arbeiterkammer bedeutete dagegen die gesetzliche Organisierung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft als reine Arbeitnehmervertretung ähnlich den Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammern. Die Arbeitskammern waren, da sie in Ziel und Zusammensetzung weit über die alten Preußischen Gewerbeämter hinausgingen, etwas prinzipiell Neues: Sie wollten Unternehmer und Arbeiter in sachlicher Arbeit als gleichberechtigte Partner zusammenführen und damit dem Klassenkampfgedanken entgegenwirken. Man war der Meinung, daß es genügend berufliche Fragen gebe, über die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam mit Erfolg beraten könnten. Wurde bei diesen Beratungen häufiger eine Übereinkunft erzielt, so mußte das schließlich auf die Agitation der Arbeiterbewegung wie auf den Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer nicht ohne Einfluß bleiben. Die Arbeiterkammern gingen dagegen von dem alten Gedanken der Standesvertretung aus. Der an sich richtige Gedanke, allen Arbeitern eine gesetzlich anerkannte Interessenvertretung zu geben, übersah aber die Tatsache des Bestehens der Gewerkschaften. Die Schaffung von solchen Interessenvertretungen – das hatte das Beispiel der betrieblichen Arbeiterausschüsse genügend bewiesen – war nur dann sinnvoll, wenn sie in irgendeiner Form mit den Gewerkschaften verknüpft und damit zu einem wirklich repräsentativen Faktor der Arbeiterschaft gemacht wurden.

Obwohl man sich diese beide Institutionen recht gut nebeneinander wirkend und ergänzend vorstellen konnte, entspann sich eine vom heutigen

Standpunkt aus unfruchtbar und ermüdend erscheinende literarische und politische Fehde über den Vorrang dieser beiden Funktionen. Die Auffassungen, ob man die Arbeits- oder die Arbeiterkammer bevorzugen sollte, waren selbst innerhalb der einzelnen Parteien und Verbände keineswegs einhellig. Es kam sogar vor, daß einzelne Gruppen im Verlauf des Streites ihre Meinung vollkommen wechselten.

Das Zentrum unter seinem führenden Sozialpolitiker *Franz Hitze* und der bekannte Kieler Nationalökonom *Bernhard Harms*, der in mehreren Veröffentlichungen auf das Beispiel der Arbeitskammern und Industrie- und Arbeitsräte in Holland, Belgien und Frankreich hinwies, setzten sich für gemischte Interessenorgane ein¹. Man erwartete von ihnen eine Überbrückung der Gegensätze, eine Förderung des sozialen Friedens in der Industrie und glaubte, daß derartige Einrichtungen am ehesten den in den kaiserlichen Februarerlassen ausgesprochenen Absichten entsprechen würden. Ihnen schloß sich später als markante Persönlichkeit der Reichstagsabgeordnete *Mathias Erzberger* an. Auch die Gesellschaft für Soziale Reform unter *Berlepsch* trat für die Errichtung von Arbeitskammern ein².

Mit einer ebenso großen Zahl von Argumenten befürworteten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, Politiker und Behördenvertreter die reinen Arbeiterkammern. Hier machten sich vor allem die Nationalökonom *Karl Wilhelm Bücher*, *Magnus Biermer* und *Alexander Wierminghaus*, damals noch junger Syndikus an der Kölner Handelskammer, der pensionierte badische Fabrikinspektor *Fuchs*, der Volksparteiler Rechtsanwalt *Kohn* aus Dortmund und der Sekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Düsseldorf, *Anton Erkelenz*, zu den Wortführern³.

¹ Bernhard Harms, Die holländischen Arbeitskammern, Tübingen 1903. – Bernhard Harms, Jay und Varlez, Über die Arbeitskammern in Holland, die Arbeitsräte in Frankreich und die Organisation der Industrie- und Arbeitsräte in Belgien. In: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, H. 12 und 13 (1903/04). – Bernhard Harms, Deutsche Arbeitskammern. In: Beiträge zur Arbeiterstatistik, Tübingen 1904. – Ders., Die Literatur zur Arbeitskammerfrage. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 84 (1905). – Ders., Referat über Arbeitskammern. In: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Bd. 2, H. 4, S. 11 ff. – Ders., Arbeitskammern und Kaufmannsgericht, 2. Aufl., Tübingen 1906. – Ders., Artikel „Arbeitskammer“. In: Handwörterbuch der Volkswirtschaft, 3. Aufl. Bd. 1 (1910) und im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl. (1909 bis 1911), Bd. 1, S. 1058 ff. Vgl. auch A. Noyelle, Les chambres du travail en Allemagne. Thèse de doctorat, Faculté de Droit, Paris 1909.

² Mathias Erzberger, Die Industrie-(arbeits)kammern. Ein geschichtlicher Überblick über die bisherigen Bestrebungen im Reichstage auf Errichtung einer Interessensvertretung in der Industrie, zugleich eine Materialsammlung, Jena 1905. – Vgl. Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, H. 16, 19 und 21. Jena 1904, 1905 und 1906 sowie Dochow, Arbeitskammern. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 28 (1904), S. 1909 ff. und Hermann Pachnicke, Die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, Referat erstattet zusammen mit Dr. H. Freiherr v. Berlepsch. In: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, H. 1 (1901).

³ Magnus Biermer, Arbeiterkammer. In: Sammlung nationalökonomischer Auf-

In Wahrheit waren die Meinungen innerhalb dieser Parteien und Interessengruppen aber nicht einheitlich, besonders die Arbeiterverbände schwankten hin und her. So forderten die sozialdemokratischen Fraktionen in Bremen und Württemberg reine Arbeiterkammern, während im Reichstag der sozialdemokratische Arbeitskammerentwurf den Regierungen zur Begutachtung überwiesen wurde. Die Spaltung trat bei den Freien Gewerkschaften besonders auf dem Jahreskongreß 1905 zutage, als sich 151 Delegierte gegen 48 für eine von *Paul Umbreit* und *Otto Hue* gemeinsam erarbeitete Resolution aussprachen, die reine Arbeiterkammern vorsah⁴. Diese Uneinigkeit und das Schwanken bei der größten Arbeiterbewegung wurde von *Carl Legien* mit dem Hinweis begründet, „daß sämtliche Parteien in dieser Frage ihre Anschauung geändert hätten“, nachdem ein Wechsel in den Verhältnissen eingetreten sei. Nach *Legiens* Worten befürchteten nämlich die Gewerkschaften, daß die Arbeiter wegen ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Unternehmer in den paritätischen Arbeitskammern kein vollkommen freies Votum abgeben könnten.

Im Gegensatz zu den Forderungen der Freien Gewerkschaften hielt die Sozialdemokratie gemäß ihrem Erfurter Programm zunächst an den gemischten Arbeitskammern fest. Erst später, in dem Reichstagswahlaufzug 1911, vollzog sie einen endgültigen Frontwechsel und schloß sich den Freien Gewerkschaften an. Die christlichen Gewerkschaften hielten seit ihrem Kongreß 1903 in Frankfurt/M. an den paritätischen Arbeitskammern fest, während die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, wie schon erwähnt, ähnlich den Freien Gewerkschaften die reinen Arbeiterkammern empfahlen⁵.

Aber es gab auch eine ganze Reihe von prinzipiellen Gegnern jeder Form einer gesetzlichen überbetrieblichen Interessenvertretung der Arbeiter. Der Deutsche Handelstag, der Handels- und Gewerbekammertag, der Centralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen erklärten – der Deutsche Handelstag sogar mehrfach –, es liege weder ein Bedürfnis zur Schaffung solcher Kammern vor, noch würden sie irgendwelchen erkennbaren

sätze und Vorträge, Bd. 1, H. 2, Gießen 1905, S. 52 ff. – Karl Wilhelm Bücher, Zur Arbeiterkammer. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 60, S. 400. – Alexander Wierminghaus, Artikel „Arbeiterkammer“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 5 (1910). – K. Fuchs, Zur Frage der reinen Arbeiterkammer. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 20, S. 101.

⁴ Paul Barthel, Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, Dresden 1916, S. 23.

⁵ Zur Polemik über die Arbeits- und Arbeiterkammern bei den Gewerkschaften vgl. die Auseinandersetzungen zwischen Robert Schmidt und Stadthagen im Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, Jg. 9, Nr. 49 und 51, Jg. 11, Nr. 3 und Nr. 16. – Vgl. ferner die Beschlüsse des 15. Verbandstages der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vom 23.–30. Mai 1904 in Hannover und des 16. Verbandstages vom 20.–27. Mai 1907 sowie das Programm des Zentralrates der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Abtl. B: Grundsätze der Gewerkvereine, Absatz 7 und 8.

Nutzen stiften. Es sei im Gegenteil zu erwarten, daß dadurch nur die sozialen Spannungen verschärft würden. Die Arbeiter, so argumentierte der Deutsche Handelstag, würden den Unternehmern in den Arbeitskammern niemals Gerechtigkeit widerfahren lassen, an eine friedliche Verständigung werde auf deren Seite überhaupt nicht gedacht. Dazu wurde die bei den Arbeiterversammlungen schon einmal vorgebrachte Ansicht geäußert, der Staat legitimiere durch solche Institutionen nur die Sozialdemokratie. Interessanterweise hielten viele Industrieverbände und Handelskammern die paritätischen Arbeitskammern für absolut schädlich und überflüssig, die reinen Arbeiterkammern dagegen für das kleinere Übel. Ausnahmen machten nur der Deutsche Buchdruckerverein und die Handelskammer Bremen, die den Arbeitskammern gegenüber Sympathie bezeugten. (Bezeichnenderweise gibt es in Bremen heute als Ausnahmeerscheinung eine „Arbeiterkammer“!)

Die Regierung stand dieser Flut von Anträgen, Entschlüssen und Streit-schriften, an der sich die nationalökonomische Wissenschaft wie nie zuvor leidenschaftlich beteiligte, zunächst abwartend gegenüber, zumal sie unter anderem erst die Rechtsfähigkeit der Arbeiterberufsvereine gesetzlich geordnet haben wollte. Der Wunsch, den in den Kaiserlichen Februarerlassen gegebenen Richtlinien endlich nachzukommen, das offensichtliche Versagen der fakultativen Arbeiterversammlungen in den Betrieben, die immer noch anwachsende Zahl der Streiks und der Aussperrungen sowie das zahlenmäßige Anschwellen der Arbeiterverbände waren schließlich aber Gründe genug, sich dennoch mit der dornenvollen Materie zu befassen. Die Regierung wollte freilich die Frage organisatorisch in einem ganz anderen Sinne als die meisten Antragsteller lösen. Sie dachte an eine Erweiterung der den Gewerbegerichten 1901 verliehenen Befugnis, in gewerblichen Fragen Anträge an Behörden und gesetzgebende Körperschaften zu stellen⁶. Gegen eine solche Form der Interessenvertretung waren aber schon seit 1893 von fast allen politischen Parteien schwere Bedenken geltend gemacht worden. Vor allem wurde angeführt, daß dadurch die als reine Rechtsprechungsorgane gedachten Gewerbegerichte in gefährlicher Weise mit Aufgaben, die über ihren eigentlichen Wirkungskreis hinausgingen, überbürdet würden. Es bestünde dadurch die Gefahr, daß durch die notwendig werdende Austragung von Meinungsverschiedenheiten über Fragen des Arbeitsverhältnisses die sonstige ordentliche Rechtsprechung leiden müßte. Das wollte, da sich die Gewerbegerichte seit ihrer Einführung 1890 außerordentlich gut bewährt hatten, freilich niemand, am allerwenigsten die Regierung. So wurde dieser organisatorisch auf den ersten Blick verlockende Weg wieder aufgegeben.

⁶ Vgl. Gewerbegerichtsgesetz vom 31. Juli 1901, § 70, Abs. 2: „Das Gewerbegericht ist berechtigt, in gewerblichen Fragen Anträge an Behörden an Vertretungen von Kommunalbehörden und an gesetzgebende Körperschaften der Bundesbehörden oder des Reiches zu richten.“

Im Jahre 1905 erklärte der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, *Arthur Graf von Posadowsky-Wehner*, auf eine Interpellation der Zentrumsfraktion, die verbündeten Regierungen hätten sich bereit erklärt, Arbeitskammern ins Leben zu rufen. Der in der öffentlichen Meinung hin- und herwogende Streit über die Vorteile der Arbeits- und der Arbeiterkammern sowie die ungeklärte Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine machte es aber nicht leicht, eine wenigstens einigermaßen diskussionsfähige Vorlage zusammenzustellen. Erst nach zwei neuen Anfragen der Abgeordneten *Karl Trimborn* im Frühjahr 1907 und *Graf Hompesch* (Zentrum) Anfang 1908, einem Antrag *Stöckers* und der Wirtschaftlichen Vereinigung sowie Resolutionen der National-liberalen und des Zentrums im Jahr 1907 war die Regierung in der Lage, die baldige Vorlage eines Regierungsentwurfes anzukündigen⁷.

Die Regierung erfüllte dann ihre Zusage, indem sie am 1. Februar 1908 dem Bundesrat den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes vorlegte⁸. Diese erste Regierungsvorlage, deren geistige Väter die Staatssekretäre *Graf v. Posadowsky* und *Theobald v. Bethmann-Hollweg* waren, entsprach dem von einer Seite geäußerten Verlangen nach paritätischen Arbeitskammern; der Gedanke an einen Ausbau der Gewerbegerichte war endgültig fallengelassen worden. Der allgemeine Zweck dieser Arbeitskammern wurde in dem Entwurf wie folgt umschrieben: „Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbebranche sowie die auf dem gleichen Gebiet liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrnehmen“ (§ 2). Zu den besonderen Aufgaben der Arbeitskammern sollten gehören:

1. Die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses im Betrieb.
2. Die Unterstützung der Behörden durch Mitteilungen und Gutachten.
3. Der Erlass von Arbeiterschutzvorschriften.
4. Die Beratung der die Angelegenheiten berührenden Wünsche und Anträge.
5. Veranstaltungen und Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Mitwirkung an der Verwaltung von solchen Einrichtungen (§ 3).

Außerdem war in der Vorlage den Institutionen das Recht verliehen worden, selbständig Erhebungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Bezirkes zu veranstalten, Anträge an gesetzgebende Körperschaften, Behörden und Kommunalverbände zu richten (§ 4). Dagegen durften Angelegenheiten, die lediglich die besonderen Verhältnisse einzelner Betriebe betrafen, nicht

in den Wirkungskreis einbezogen werden. Bei Streitigkeiten im Betrieb zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern konnten die Kammern aber auf Anruf einer Partei als Einigungsamt in Tätigkeit treten, wenn es kein zuständiges Arbeitsgericht gab, die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt waren oder die Einigungsverhandlungen vor dem zuständigen Gewerbegericht ergebnislos verlaufen waren (§ 6). Alle diese allgemeinen und besonderen Funktionen der Arbeitskammern fanden unter den Anhängern der paritätischen Kammerbesetzung eine günstige Aufnahme.

Scharfe Angriffe wurden aber gegen die Verbindung der geplanten Arbeitskammern mit den Unfallberufsgenossenschaften und dem damit zusammenhängenden umständlichen Wahlverfahren gerichtet. Es war in dem Entwurf nämlich vorgesehen, daß sich die Kammern je zur Hälfte aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern zusammensetzen sollten. Die Arbeitgebervertreter sollten von den Vorständen der gewerblichen Unfallberufsgenossenschaften nominiert werden (§ 11), die Arbeitervertreter je zur Hälfte von den bezirklichen Arbeiterausschüssen und den Arbeitervertretern, die gemäß § 114 d des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 zur Beschlußfassung über die Unfallverhütungsvorschriften von den Ausschüssen der Versicherungsanstalten gewählt worden waren⁹. Diese gingen nach § 62 des Invalidenversicherungsgesetzes wieder aus den Vertretern der Versicherten bei den unteren Verwaltungsbehörden hervor, die schließlich von den versicherten Arbeitern direkt gewählt wurden. Mit anderen Worten hieß das: Die versicherten Arbeitnehmer in einem Betrieb entsandten ihre wahlberechtigten Arbeitskollegen zur Generalversammlung, die dann den Vorstand der Krankenkasse wählte. Die Vorstände der betrieblichen Krankenkassen eines Bezirkes wählten dann die Vertreter bei den Rentenstellen der Invalidenversicherung und diese einen Ausschuß für die Versicherungsanstalt; dieser Ausschuß wiederum den Arbeiterrat für Unfallverhütung bei der Berufsgenossenschaft und dieser dann schließlich jene zweite Hälfte der Arbeitervertreter in der Arbeitskammer. Kein Wunder, wenn die Kritik von einem „sechsmal durchgesehenen Ausschuß“ sprach, der kaum noch eine rechte Fühlung mit der Arbeiterschaft besaß. Durch diesen Wahlmodus und das Erfordernis zur Schöffenqualifikation (§ 13) sollten nach Möglichkeit der Einfluß der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften eingedämmt werden. Die Regierung wollte damit den Klassengegensatz neutralisieren und die praktische berufliche Zusammenarbeit in den Kammern in den Vordergrund stellen. Es dürfe, so wurde in den Motiven zu dem Gesetzentwurf gesagt, „in fachlich gegliederten Arbeitskammern am ehesten die gerechte Würdigung der verschiedenen Standpunkte sowie eine verständnisvolle Förderung der beruflichen Interessen, welche Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf gewerblichen und wirtschaftlichen

⁷ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Legislaturperiode 1907, Drucksache Nr. 25, Nr. 243, Legislaturperiode 1907/08, Drucksache 517. Vgl. Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 172, 173 und 174.

⁸ Bundesratsdrucksache Nr. 14, Legislaturperiode 1908. – Reichsarbeitsblatt, Bd. 6 (1908), Nr. 3, S. 279, und Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 176.

⁹ Reichsgesetzblatt 1900, S. 585.

Gebieten verbinden, erwartet werden.“ Der Gedanke, Unternehmer und Arbeiterschaft in Beratungen über praktische Fragen der engeren Berufsarbeit zusammenzuführen, die ihnen aus gleicher Erfahrung vertraut waren, bildete auch den Grund, weshalb die Regierung die Einführung von Arbeiterkammern von Beginn an ablehnte. Sie hätten nicht dem in den Februarerlassen ausgesprochenen Gedanken zur Pflege des Friedens in der Industrie gedient.

Weitere Kritik richtete sich dagegen, daß den mehr als zwei Millionen hauptberuflich tätigen Frauen im Reich keinerlei Vertretung eingeräumt worden war. Ebenso mißfiel, daß die Kammern ihren „neutralen“ Vorsitzenden nicht selber wählen durften. Dabei waren gerade dem Vorsitzenden nach der Regierungsvorlage so wichtige Aufgaben wie die der laufenden Geschäftsführung, die der Vertretung der Kammern nach außen hin, die des Vorsitzes in den Abteilungen und im Falle eines Bestehens von mehreren Kammern an einem Ort sogar die Leitung aller dieser Kammern übertragen worden. Zudem sollte die Stimme des Kammervorsitzenden bei Stimmgleichheit den Ausschlag geben; auch konnte er ergangene Beschlüsse durch Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde wegen Kompetenzüberschreitung oder Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften beanstanden. Schließlich wurde bemängelt, daß von der geplanten gesetzlichen Interessenvertretung für die Arbeitnehmer das Handwerk, die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei, die Schifffahrt, die Hausindustrie, sämtliche Eisenbahnen und sonstige Staatsbetriebe einschließlich die des Heeres und der Marine ausgeschlossen waren. Diese und noch eine Reihe von anderen Argumenten, die von den verbündeten Regierungen im Bundesrat und von den verschiedenen Verbänden vorgebracht wurden, ließen den Entwurf fast durchgehend auf Ablehnung stoßen¹⁰.

Der Regierungsentwurf, der am 25. November 1908 erstmalig dem Reichstag vorgelegt wurde, versuchte, einige der vorgebrachten Bedenken zu berücksichtigen¹¹. Vor allem war die verfehlte Anlehnung an die Berufsgenossenschaften fallengelassen worden. Während die Befugnisse der Kammern bis auf eine Ausnahme die gleichen wie zuvor geblieben waren, hatte man die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit (§§ 11–13) völlig umgestaltet. Dieses Mal hatte man sich für die Wahlen das bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bestehende Verhältniswahlssystem zum Vorbild genommen, das bereits allgemeine Anerkennung gefunden hatte. Auch hinsichtlich der Geschäftsführung waren einige Verbesserungen vorgenommen und die Frauen

¹⁰ Vgl. Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 175 (Denkschrift der Handelskammer für Schwaben und Neuburg vom 28. 1. 1908). – Nr. 179 (Denkschrift der Potsdamer Handelskammer vom 11. 3. 1908). – Nr. 181 (Denkschrift der Handelskammer Bielefeld vom 20. 3. 1908). – Nr. 182 (Denkschrift des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände vom 23. 3. 1908). – Nr. 183 (Denkschrift der Handelskammer für die westliche Niederlausitz vom 26. 3. 1908). – Nr. 184 (Denkschrift des Bundes der Industriellen vom 3. 4. 1908).

¹¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Drucksache Nr. 1048, Legislaturperiode 1908/09.

und die Handwerksgesellen miteinbezogen worden¹². Die Forderungen nach Umwandlung in reine Arbeiterkammern und die Bedenken, die sich überhaupt gegen die Errichtung solcher Institutionen richteten, waren wiederum unberücksichtigt geblieben.

Bethmann-Hollweg, der diese zweite Vorlage im Reichstag vertrat, forderte die Abgeordneten auf, die Einführung der Arbeitskammern als einen Akt „antibürokratischen staatlichen Sozialismus“ anzusehen und warnte vor der trügerischen Hoffnung, diese schwierige sozialpolitische Frage allein mit Gesetzesparagrafen und dem Heer der dahinterstehenden Beamten lösen zu wollen. Gerade hinsichtlich der Arbeitskammern müsse man den Standpunkt vertreten, daß ein Zusammenarbeiten der beteiligten Berufsstände von größerem Vorteil sei als alle Reglementiererei, die immer unpraktisch ist und schließlich dazu führe, hinter jeden Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Polizisten zu stellen. „Heute finden die Gegensätze“, so sagte *Bethmann-Hollweg*, „zwischen der Arbeitgeberschaft und der Arbeitnehmerschaft in der Organisation und namentlich in der Presse den schärfsten Ausdruck. Dann ruft man nach der Gesetzgebung, und diese macht sich daran, die Frage durch steife, hölzerne und nüchterne Paragraphen zu lösen, wobei einzelne Teile der Industrie immer zu kurz kommen. Wir haben uns daran gewöhnt, in unserer Sozialpolitik alle Vorschriften zu treffen ohne Rücksicht darauf, ob auch das Kleid für den Einzelnen paßt. Wir sind eben die deutschen Theoretiker.“ Der Staatssekretär warnte damit vor dem Glauben an den Perfektionismus der staatlichen Sozialpolitik und wies auf die Ergebnisse hin, die sich seit der Einführung der fakultativen Arbeiterausschüsse gezeigt hatten: Die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ließ sich nicht durch Paragraphen erzwingen, selbst wenn sie mit deutscher Gründlichkeit abgefaßt waren. Wenn der ehrliche Wille des Unternehmers fehlte, die Arbeiter als gleichberechtigte Sozialpartner anzuerkennen, blieb die bestgemeinte Gesetzesnorm ein totes Gerippe ohne Fleisch und Blut. Insofern hatte *Bethmann-Hollweg* recht, wenn er vor einer Überbewertung der staatlichen Sozialpolitik warnte. Das Festbeißen der politischen Parteien an einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes war sinnlos, wenn das dahinter stehende Prinzip nicht erkannt wurde. Es war müßig, eine gesetzestechische Patentlösung vom Staat zu erwarten, wenn es in erster Linie auf den guten Willen der Beteiligten ankam. Die von *Bethmann-Hollweg* geäußerte Skepsis über die Möglichkeiten der Regierung in der Sozialgesetzgebung waren recht neue Töne, die darum im Plenum des Reichstages starken Widerhall fanden. Der Abgeordnete *Heinz Pothhoff*, Vertreter eines führenden Angestelltenverbandes, meinte, es würde in Deutschland mit einem Seufzer der Erleichterung

¹² Vgl. den Entwurf des Arbeitskammergesetzes in der vom Bundesrat verabschiedeten Fassung. Zitiert nach Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 195.

begrüßt werden, wenn sich die Arbeitskammern gewissermaßen als „eine Maschine zur Ersparnis gesetzgeberischer Arbeit bewährten...“

Im ganzen wurde der zweite Entwurf für ein Arbeitskammergesetz, der nach der ersten Lesung an die zuständige Reichstagskommission überwiesen wurde, weit weniger kritisch als die erste Vorlage an den Bundesrat aufgenommen. Nur die Sozialdemokratie lehnte auch die zweite Regierungsvorlage scharf und grundsätzlich ab¹³. In der Kommission wurden in zwei Lesungen nochmals erhebliche Änderungen vorgenommen, wobei man auf die in der ersten Lesung des Reichstages vorgebrachten Einwände einzugehen versuchte. Am 15. Mai 1909 erstattete schließlich die Kommission darüber schriftlich Bericht¹⁴. Wegen des Schlusses der Sitzungsperiode mußte aber der Arbeitskammerentwurf vertagt werden. Er gelangte dann als dritte neue Regierungsvorlage, in der die wichtigsten Kommissionsbeschlüsse des Vorjahres berücksichtigt worden waren, am 11. Februar 1910 wieder vor das Plenum des Reichstages, nachdem der Bundesrat vorher diese ohne Gegenvorschläge genehmigt hatte¹⁵.

In dem neuen von der Regierung zum dritten Male überarbeiteten Entwurf hatten die Arbeitskammern eine Mitwirkungsbefugnis beim Abschluß der Tarifverträge und beim Einrichten von Arbeitsnachweisen (§ 3 a und b) bekommen, den Arbeitgebern war die Pflicht zur Auskunftserteilung bei der Wahl an die Behörden auferlegt, die Angestellten von den Arbeitskammern ausgeschlossen und die Sitzungen der Kammer als nicht öffentlich erklärt worden. Außerdem mußte jeder, der als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer in die Arbeitskammer hineingewählt wurde, dem betreffenden Gewerbe zumindest ein Jahr hauptberuflich angehören.

Unter den Kommissionsbeschlüssen, die nicht in die dritte Vorlage aufgenommen worden waren, gab es vor allem vier Punkte, über die keine Einigung zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit erzielt werden konnte:

1. Die Befugnis zum Errichten der Arbeitskammern,
2. die Festsetzung des Lebensalters für die aktiven und passiven Wähler,
3. die Einbeziehung oder Ausschließung großer Arbeitergruppen von der Vertretung in den Kammern und
4. die Wählbarkeit der Gewerkschaftssekretäre.

¹³ Zur Kritik der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften an der zweiten Arbeitskammervorlage vgl. das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, Jg. 18 (1908), Nr. 49, S. 777 ff. Über die erste Lesung des 2. Entwurfes im Reichstag siehe Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Legislaturperiode 1908/09, Bd. 6, S. 283 ff.

¹⁴ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Drucksache Nr. 1418, Legislaturperiode 1908/09 (Kommissionsbericht).

¹⁵ Ebd., Drucksache Nr. 236 und Rassow-Born, Akten zur staatlichen Sozialpolitik aaO, Nr. 200 (Neue Vorlage eines Arbeitskammergesetzes, dem Bundesrat am 6. Januar 1910 durch das Reichsamt des Innern vorgelegt).

Gerade der letzte Punkt war es, der wesentlich zum Scheitern der Arbeitskammervorlage beitrug. Die Wahl von Sekretären der Arbeitnehmervereinigungen (und auch der Arbeitgebervereinigungen) wurde von der Regierung unter Zustimmung einer Minderheit des Reichstages als unannehmbar rundweg abgelehnt. Eine friedliche Verständigung beider Teile, so wurde erklärt, sei nur dann zu erreichen, wenn die Freiheit der Beschlußfassung nicht durch die Kontrolle von außen und durch ein bestimmtes Programm beeinträchtigt sei. Die Gewerkschaftssekretäre glaubten zumeist, so wurde betont, von ihrem einmal eingenommenen Standpunkt nicht heruntergehen zu dürfen, in der Regel lägen sie auf einem Programm fest. Dagegen sollte es nach Ansicht der Regierung das Ziel sein, daß die Arbeiter unter Berücksichtigung aller am Arbeitsplatz gewonnenen Erfahrungen „unbefangen und frisch ihre Meinung sagen“¹⁶. Man dürfe auch nicht jemand zum Obmann eines Schiedsgerichtes oder zum Mitglied eines Richterkollegiums machen, der für eine Partei die Schriftsätze verfasse. Die Gewerkschaftssekretäre seien gleichsam die „Kommandeure ihrer Organisationen“. Zwischen den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern hätten aber Dritte nichts zu suchen, besonders nicht solche Personen, deren Beruf es sei, wirtschaftliche Kämpfe mit allen Mitteln auszufechten. Im übrigen sei die Mitwirkung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebersekretäre durch die vorgesehene Zuziehung als Sachverständige bei der schiedsrichterlichen Tätigkeit der Kammern als Vertrauensleute bereits gesetzlich gewährleistet.

Demgegenüber wurde von der Reichstagsmehrheit ausgeführt, daß der einfache Arbeiter mangels Vorbildung und Zeit sich nicht so in die sozialpolitische Gesetzgebung hineinarbeiten könne wie die Arbeitgeber und deshalb diesem bei der Abstimmung in der Kammer nicht gewachsen sei. Der Arbeiter könne wohl die Verhältnisse seines Betriebes, nicht aber ohne weiteres die Probleme seines Berufszweiges überblicken. Auf der Gegenseite könne auch nur von „Vertretern der Arbeitgeber“ gesprochen werden, denn den persönlich allein verantwortlichen Unternehmer gebe es – wenigstens in der Großindustrie – nicht mehr. Wenn also die Arbeitgeber ihre Betriebsleiter usw. als ihre Stellvertreter in die Kammern entsenden würden, so wurde gesagt, wo bleibe dann die angekündigte Parität? Weiterhin fehle es den Arbeitern an der für die Mitgliedschaft unerläßlichen wirtschaftlichen Selbständigkeit und finanziellen Unabhängigkeit. Die Arbeiter, organisierte und unorganisierte, forderten daher übereinstimmend die Wählbarkeit der Gewerkschaftssekretäre. Einige Unternehmerverbände, so wurde zur Unterstützung dieser Ansicht hinzugefügt, hätten sich sogar dafür ausgesprochen¹⁷. Die geringeren

¹⁶ Vgl. die Ausführungen des Regierungsvertreters bei der Kommissionsberatung, S. 53 ff.

¹⁷ So zum Beispiel der Zentralausschuß der Handwerkerinnungen Deutschlands, das Kartell der 17 Arbeitgeberverbände im Baugewerbe Berlins mit 3000 Mitgliedern, die Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe usw.

Leistungen der Arbeitskammern in Frankreich, Holland und Belgien beruhten gerade auf dem Ausschluß der Gewerkschaftsvertreter. Die Arbeitskammern könnten nur dann erfolgreich wirken, wenn die Vertreter beider Teile die nötige Autorität der hinter ihnen stehenden Arbeitermassen genießen würden. Die von der Regierung mißbilligte „Kontrolle von außen“ müsse sich jede Vertretungskörperschaft gefallen lassen, der Reichstag nicht ausgenommen.

Schroff und unversöhnlich standen sich so die Meinungen gegenüber. Während über die anderen drei strittigen Punkte vielleicht noch ein Übereinkommen möglich gewesen wäre, schien hier ein Kompromiß ausgeschlossen. Vergeblich wurden noch von außerparlamentarischer Seite Vermittlungsversuche unternommen, um die Vorlage zu retten. So schlug der Parteitag der Christlich-Sozialen 1910 vor, den beiderseitigen Verbandssekretären in den Arbeitskammern den Status von Rechtsbeiständen zu geben, damit sie wie die Rechtsanwälte vor Gericht die Interessen ihrer Klienten wahrnehmen könnten. Der Sozialpolitiker *Wilhelm Kulemann* forderte an Stelle der Wählbarkeit der Gewerkschaftssekretäre die Einführung besonderer Sicherheitsvorschriften für die Arbeitnehmervertreter in den Arbeitskammern, um ihnen eine gewisse Unabhängigkeit zu geben, nämlich Schutz vor willkürlicher Entlassung während der Kammertätigkeit nach dem Vorbild der Sicherheitsmänner, wie es die Preussische Berggesetznovelle von 1909 festgelegt hatte. Schließlich wurde noch von anonymer Seite der originelle Vorschlag unterbreitet, bei den ersten Kammerwahlen die Gewerkschaftssekretäre zwar auszuschließen, ihre Wahl aber bei allen anderen Wahlen als gesetzlich zulässig zu erklären, sofern die beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber einverstanden seien. Es blieb alles vergeblich. Zwar gelangte der dritte Entwurf für ein Arbeitskammergesetz nochmals in die Kommission und in die zweite Lesung, die sich bis Ende 1911 hinzog. Wegen der starken Meinungsverschiedenheiten, bei denen die Wählbarkeit der Gewerkschaftssekretäre die wichtigste bildete, wurde aber auf eine Weiterberatung kein Wert mehr gelegt. Die Regierung verzichtete darauf, dem 1912 neugewählten Reichstag einen vierten Entwurf vorzulegen, da keinerlei Aussicht bestand, ein Arbeitskammergesetz im Sinne der Regierung durchzusetzen und die Reichstagsmehrheit nicht bereit war, von ihren Änderungswünschen abzugehen. Damit war die ganze Aktion für die Schaffung einer gesetzlich anerkannten Interessenvertretung der Arbeiter auf überbetrieblicher Ebene zu einem negativen Abschluß gekommen.

Erst nach dem Munitionsarbeiterstreik 1917 wurde im April 1918, veranlaßt durch einen Vorstoß der Gewerkschaften, die Frage einer öffentlich-rechtlichen Vertretung der Arbeitnehmer in Form von Arbeitskammern im Reichstag wiederum debattiert¹⁸. Lediglich in der Hausindustrie wurde durch

¹⁸ Vgl. Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften v. 15.

das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 eine Abart der Arbeitskammer geschaffen, die sogenannten Fachausschüsse für die Hausindustrie, deren Errichtung und Wirksamkeit aber durch den Krieg verzögert wurde¹⁹.

3. Friedrich Naumanns Gedanken über eine kooperative Industrieverfassung

Einer derjenigen, die sich bis zuletzt für ein Zustandekommen des Arbeitskammergesetzes einsetzten und dieser Form industrieller Arbeiterteilhabe eine zentrale Bedeutung beimaßen, war *Josef Friedrich Naumann*, der in der Mitte der neunziger Jahre sein evangelisches Pfarramt niedergelegt hatte, um sich als Publizist und Volksvertreter ganz den Fragen der Politik widmen zu können¹. In zahlreichen Reichstagsreden sprach er, der nach dem Scheitern seines eigenen „Nationalen Vereins“ seit 1907 mit *Lujo Brentano* zum links-liberalen Freisinn gehörte, zu den drei Regierungsvorlagen und forderte den Aufbau einer kooperativen Wirtschaftsverfassung, bei der die paritätischen Arbeitskammern wesentliche Bausteine bilden sollten. Klarer als die meisten seiner Zeit hatte er erkannt, daß die Jahre des äußerlich glanzvollen Aufstiegs des Reiches zur Weltmacht mit eigener Flotte und großem Kolonialbesitz zugleich mit immer stärker werdenden inneren Spannungen verbunden waren, die mit tödlicher Sicherheit eines Tages das Ganze zu zersprengen drohten, wenn man nicht rechtzeitig einen Ausgleich versuchte. Vor allem sah er, daß die unterste Schicht der wilhelminischen Kastengesellschaft, die Arbeiterschaft, energisch nach einem Selbstbestimmungs- und Mitbestimmungsrecht verlangte. Neue Formen der Zusammenarbeit in Betrieb, Wirtschaft und Staat zu schaffen, war ihm daher ein Kernpunkt aller politischen Bemühungen.

Naumann, als Sohn eines konservativ-lutherischen und kinderreichen Pastors in dem Leipziger Vorort Störmthal geboren, hatte bereits in seinen Jugendjahren in dem sich rasch industrialisierenden Königreich Sachsen das Phänomen des sich ausbreitenden Industrieproletariats aus nächster Nähe erlebt und gesehen, wie die Fabrikschornsteine über den Kirchturm seines Heimatstädtchens hinauswuchsen. Als Pfarrer im sächsischen Langenberg und in

Dezember 1917 und den Arbeitskammerentwurf der Gewerkschaften aller Richtungen in der Sozialen Praxis, Jg. 27 (1917/18), Sp. 138. Über den vierten Entwurf eines Arbeitskammergesetzes unterrichten ferner das Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. 1 (1923), S. 747, und die Soziale Praxis, Jg. 27 (1917/18), Sp. 465. Über die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau am 8. Februar 1919 vgl. Reichsgesetzblatt 1919, S. 202.

¹⁹ RGBl. 1911, S. 976.

¹ Aus dem umfangreichen Schrifttum über Naumanns Persönlichkeit nennen wir als neuere Darstellungen: Theodor Heuss, *Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit*, 2. Aufl., Tübingen 1949. – Ders., *Friedrich Naumann*. In: *Die großen Deutschen*, Bd. 4 (1958), S. 143. – Richard Nürnberger, *Imperialismus, Sozialismus und Christentum bei Friedrich Naumann*. In: *Historische Zeitschrift*, Bd. 170 (1950), S. 525, und Werner Conze, *Friedrich Naumann*. In: *Schicksalswege deutscher Vergangenheit* (Kähler-Festschrift), Düsseldorf 1950.

Frankfurt am Main wurde ihm erstmals deutlich bewußt, wie sehr die meisten seiner Amtsbrüder und Vorgesetzten die lärmenden Fabriksäle als Störfaktor in ihrer überlieferten patriarchalischen Ordnung empfanden, wie peinlich sie es vermieden, an den Herd der neuen sozialen Spannungen vorzudringen und wie sehr sich die Kirche allgemein im Hinterhaus der wilhelminischen Gesellschaft auf das rein Missionarische, auf Sakramentsverwaltung und Individualseelsorge beschränkte. Naumann wußte allerdings, in welchem Maße die seit der Reformation bestehende Symbiose zwischen „Thron und Altar“ und der seit der Confessio Augustana geforderte prinzipielle Gehorsam gegenüber der weltlichen Obrigkeit eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen evangelischer Kirche und industrieller Arbeitswelt erschwerten. Als „Oberhelfer“ in Johann Hinrich Wicherns „Rauhem Hause“ in Hamburg lernte er den Gedanken der Inneren Mission als neuen Weg der sozialen Hilfe kennen. Wenn auch Wicherns Geist seitdem ihn nicht wieder verließ, so stieß doch der agile sächsische Pfarrer bald über den hier gesetzten Rahmen sozialer Hilfstätigkeit hinaus, weil er ihm zu eng dünkte. Naumann bemerkte nämlich, daß Wicherns karitatives Sozialprogramm für die seiner Meinung nach notwendige Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung und die Einbeziehung der Arbeiterschaft in eine größere „Gemeinschaftskultur“ nicht genügte. Wichern erwartete, wie schon vor ihm Johann Friedrich Oberlin, Gustav Werner, Carl Mez und andere Apostel evangelisch-sozialer Hilfstätigkeit, die Lösung der sozialen Frage von einer sittlich-religiösen Regeneration der Arbeiter. Die karitativ-missionarische Arbeit dieser Männer rüttelte zwar die Geheimen Oberkonsistorialräte und andere Würdenträger der evangelischen Landeskirchen aus ihrer fromm-milden Passivität gegenüber weltlichen Dingen hoch, doch erkannte Naumann zugleich, daß Wicherns Innere Mission im Grunde hinter den Opfern der industriellen Revolution hinterherlief, statt aktiv in die Gestaltung dieses gesellschaftlichen Prozesses einzugreifen, daß sie im Grunde den in Armut darbenenden Arbeiter, nicht aber den gesellschaftlich heimatlosen Proletarier meinte, der auf der Suche nach einer neuen Lebensordnung war, weil die alte rettungslos zerbrochen war und ihm nichts mehr bieten konnte. Die Wiedereingliederung der abtrünnigen Arbeiter in das Reich Christi, die Versöhnung zwischen Kirche und sozialistischer Bewegung, der „ersten großen Häresie der evangelischen Kirche“, konnte nach Naumanns Auffassung letztlich nicht durch karitative Fürsorge bei dem „Nächsten“, sondern nur durch strukturelle Maßnahmen erfolgen. Die Vermittlung der christlichen Botschaft mußte sich neuer Mittel bedienen, die der gewandelten gesellschaftlichen Situation Rechnung trugen. Im Gegensatz zu den älteren christlichen Sozialreformern und auch zu seinem Lehrmeister Wichern versuchte Naumann, nicht so sehr den Einzelnen oder besonders sozial gefährdete kleine Gruppen, sondern die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu apostrophieren. Bezeichnenderweise gehörte der große Soziologe

Max Weber seit den frühen neunziger Jahren zu seinen engsten und persönlichen Freunden, was für sein charakteristisches Streben nach gesamtgesellschaftlichen Einsichten nicht ohne Bedeutung war.

Naumanns Bemühen, in möglichst wirklichkeitsnahen und gesamtgesellschaftlichen Bezügen zu denken, führte ihn beinahe zwangsläufig u. a. zu der Problematik, wie man eine neue Arbeits- und Industrieverfassung schaffen könne. Nach seiner Ansicht hatte auch schon früher jede Arbeitsgemeinschaft unter einer bestimmten Verfassung gestanden; auch der Bauernhof und der Handwerksbetrieb ruhten auf einem – juristisch allerdings schwer zu erfassenden – System von abgestuften Mitregierungen auf „monarchischer“ Grundlage. Schon damals hatte es aber keine absolute Monarchie in der Arbeitsverfassung gegeben. Erst durch das Industriezeitalter mit seinen großen und rationalisierten Betrieben sei dann die Frage nach der rechten Verfassung in das allgemeine Bewußtsein gehoben und die Forderung nach einer schriftlichen Fixierung der Rechte und Pflichten von den Beteiligten erhoben worden. Dieser Forderung gelte es nun nachzukommen, denn „die moderne Industrie hat noch keine normale Verfassung gefunden, und das Suchen nach ihr durchzittert unser ganzes soziales Leben“². Über alle anderen christlichen Sozialprogramme in diesem Punkt kühn hinausgehend betonte Naumann die Notwendigkeit, „den Aufbau einer nach oben steigenden Industrieverfassung von Grund auf zu erarbeiten durch eine alte liberale Forderung: die der einfachen, wirklichen Sicherung des Koalitionsrechtes und von da aus Schritt für Schritt in die Höhe bis zu einem Industrieparlamentarismus, bis zu einem System der Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter an der Arbeitsverfassung der Industrien im ganzen durch Arbeiterausschüsse, Arbeitskammern usw.“³.

Als Vorbedingung für ein erfolgreiches Wirken der Arbeitskammern und anderer Vertretungsorgane der Arbeiter war es nach seiner Ansicht erforderlich, daß der Staat die Gewerkschaften und alle anderen Berufsverbände der Arbeiter offiziell anerkenne und durch ein wohlgegliedertes System der Selbstverwaltung zu mitverantwortlichen Staatsträgern umforme. Die freie und ungehinderte Koalition der Arbeiter bildete die notwendige Vorstufe und gewissermaßen das „Urelement“ einer modernen demokratischen Industrieverfassung. Von einer demokratischen Teilhabe der Arbeiter an der Verwaltung der gewerblichen Wirtschaft und ihrer Betriebe innerhalb eines gesetzlichen Rahmens war er fest überzeugt, wenn er sagte: „Denn davor, daß dieses Problem der Arbeitsverfassung kommt, können wir nicht dauernd die Augen verschließen; wir können nicht dauernd Sozialreform auf der

² Friedrich Naumann, *Ausgewählte Schriften*. Hrsg. von Hannah Vogt. In: *Civitas gentium. Quellenschriften und Monographien zur Soziologie und Kulturphilosophie*, hrsg. von Max Graf zu Solms, Frankfurt/Main 1949, S. 276.

³ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 227 (Reichtagssitzung vom 11. 3. 1907), S. 683, und Naumann, *Ausgewählte Schriften* aaO, S. 340.

Stelle treiben, an der nicht die eigentliche Zukunftsentscheidung der deutschen Nation in wirtschaftlicher Hinsicht liegt, so nützlich sie auch sonst sein mag. Die Zukunftsentscheidung liegt darin, ob wir jene große Produktionssteigerung in Deutschland erreichen werden, die darin besteht, daß auch die großindustrielle Arbeit freudige und selbstgewollte Leistung und Eigeninteresse der arbeitenden Personen wird. Bis an dieses ferne Ziel müssen wir die Frage wenigstens durchdenken.“⁴ Naumann wies auf die Nachteile des Kasernenhofstils in der Industrie hin, als er sagte: „Man kann geradezu sagen, daß Deutschland durch seine militärische Erziehung für den industriellen Großbetrieb herangebildet ist. Aber im militärischen Vorbilde liegt neben unleugbaren Vorzügen eine sehr bedeutende Gefahr, nämlich die Erziehung zur gehorsamen Unterordnung auf Kosten der Erziehung zur bewußten Mitarbeit.“ Prophetisch forderte der sächsische Pfarrer und Politicus, es gelte künftig „aus Industrieuntertanen Industriebürger zu gestalten“⁵.

Neben der Sicherung und dem Ausbau des Koalitionsrechtes forderte Naumann demgemäß eine feste und konkrete Umgrenzung der Befugnisse aller Arbeitervertretungen als Voraussetzung einer demokratischen Industrieverfassung. Bei einer nur gutachtlichen oder beratenden Tätigkeit würden z. B. den Arbeitskammern der „innere Halt“ und jede Verantwortungsfreudigkeit fehlen. Diese seien nur durch bestimmte und selbständig auszuführende Verwaltungsaufgaben für diese Gremien zu erzielen. Überhaupt ging es Naumann darum, die Arbeitskammern von dem Nebel der Phraseologie zu befreien und ihren Aufgabengehalt nüchtern und klar herauszustellen. Die aus den kaiserlichen Februarerlassen übernommene Formulierung in der Präambel des Gesetzentwurfes, daß die Arbeitskammern dazu berufen seien, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen und für ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sorgen, gehörte seiner Meinung nach nicht zu den realen und wichtigen Aufgaben der Arbeitskammern. Spöttisch fügte er hinzu, das wäre so, als „wenn in der deutschen Reichsverfassung oder in der Anordnung des Deutschen Reichstages die Bestimmung enthalten wäre: Der Reichstag ist dazu da, das gute Einvernehmen zwischen den sich streitenden Parteien herbeizuführen“! Ganz gewiß könne das auch einmal vorkommen, aber der Zweck einer beschließenden Körperschaft könne das bloße Friedensstiften nicht sein⁶. Alle konventionellen und ideologischen Wunschträume beiseite schiebend stellte er fest, daß die Milderung der sozialen Spannungen in Betrieb und Wirtschaft sich nur langsam würde erreichen lassen und die gänzliche Überbrückung nur ein in der Ferne liegendes Endziel sein konnte. Auch die Arbeitskammern bedeuteten ihm nur „einen Schritt auf

⁴ Naumann, Ausgewählte Schriften aaO, S. 341.

⁵ Ebd., S. 278.

⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 231, S. 341 (Reichstagssitzung vom 11. 3. 1908). Vgl. Naumann, Ausgewählte Schriften aaO, S. 343.

dem Wege der Organisierung des Gewerbes“, mehr noch nicht. Aber im Gegensatz zu vielen anderen Reichstagsabgeordneten, die sich in den einzelnen Bestimmungen des Arbeitskammergesetzentwurfes wütend verrannten und unüberwindliche Schranken der Meinungsverschiedenheit auf türmten, an denen schließlich der ganze Entwurf scheiterte, betonte Naumann immer wieder die grundsätzliche Bedeutung dieses Versuches, eine neue Ordnung für die Wirtschaft aufzurichten, mit deren Hilfe man die Sozialdemokratie zur Mitarbeit am Staat gewinnen könne⁷.

Die Gedanken zu seinen vielbeachteten Reichstagsreden hatte Naumann schon im Jahre 1900 in seiner politischen Programmschrift „Demokratie und Kaisertum“ und in einer Reihe von Vorträgen niedergelegt, die 1902 unter dem Titel „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ zusammengefaßt erschienen waren⁸. Bereits dort hatte er ausführlich die Demokratisierung der Betriebe der Wirtschaft durch Heranziehung der Arbeiter zur Mitverantwortung erörtert. Der Staat, so hatte er dort gemeint, seien wir alle, aber der Staat dürfe nicht alles. Dieselben Grundsätze gelte es auch im Industriebetrieb anzuwenden, der mit seinen Riesenausmaßen an Beschäftigten, Kapital und Gütern längst zu einer öffentlichen Anstalt geworden sei. In seinen wirklichkeitsnahen Gedankengängen begegnete Naumann sich mit den Überlegungen, die Gustav Schmoller ein Jahrzehnt vorher bereits angestellt hatte.

Es entsprach ganz diesem Wirklichkeitsdenken, daß der politische Pastor auch die Hindernisse erkannte, die sich einer sofortigen Demokratisierung der Industrieverfassung entgegenstellten. Ein vollkommener Übergang der Betriebe in die Hände der organisierten Arbeiterschaft, durch den erst eine volle Betriebsdemokratie erreicht werden könne, werde vielleicht später einmal realisiert werden, prophezeite er. Aber man müsse „als ersten Satz der Betriebsverfassung der Gegenwart anerkennen, daß die Arbeitsmittel Privateigentum des Unternehmers oder anderer außerhalb des Betriebes stehender Personen sind. Darin aber liegt, daß von vornherein alle Betriebsparlamente ... nur eine beschränkte Vollmacht erlangen können“⁹.

Friedrich Naumann hatte tatsächlich zunächst das im Auge, was man heute ungefähr unter der Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaft versteht, nämlich ein gestuftes „Mit“-Bestimmen, nicht etwa ein „Allein“-Bestimmen der Arbeitnehmer. In wirtschaftlich-geschäftlichen Fragen wollte der Sozialpolitiker die Arbeitervertretungen gänzlich ausschließen oder ihnen höchstens eine beratende Stimme zugestehen. Diese Bestimmung sollte allerdings durch Einführung von Arbeiteraktien und andere Formen einer Kleinbeteiligung am Unternehmen gemildert werden, in keinem Falle sollte jedoch über den

⁷ Ebd., Bd. 262, S. 3423 und S. 3483 (Reichstagssitzung vom 5. 12. 1910).

⁸ Friedrich Naumann, Demokratie und Kaisertum, Berlin 1900 (3., neubearb. Aufl. 1904) und Ders., Neudeutsche Wirtschaftspolitik, Berlin 1902 (2., erw. Fassung 1906). Auszüge bei Naumann, Ausgewählte Schriften aaO, S. 275 ff.

⁹ Naumann, Ausgewählte Schriften aaO, S. 279.

Reinertrag, Löhne oder sachliche Betriebsausgaben von der Arbeiterseite mitbestimmt werden. *Naumann* erkannte, daß die Gewinnbeteiligung, wie sie *Carl Zeiss* und *Heinrich Freese* durchführten, im großen Maßstab in der deutschen Wirtschaft nicht einzuführen war. Einesteils sei die Unternehmerschaft noch zu sehr dem Monarchiegedanken verhaftet, andernteils strebe die Arbeiterschaft noch einseitig nach dem Erwerb der industriellen Souveränität durch politische Mittel, die mit wirtschaftlich-sachlichen Überlegungen wenig zu tun hätten. Statt dessen gelte es, die betrieblichen Arbeiterausschüsse, „die konstitutiven Elemente der Arbeitsgemeinschaft“, nach Kräften zu stärken, zumal sie häufig nur auf dem Papier bestünden oder sich auf die Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen beschränkten. Man solle diese ersten Betriebsvertretungen aber dennoch nicht verachten, meinte *Naumann*, „denn sie sind Vorschulen des in Zukunft kommenden Fabrikparlamentarismus“¹⁰. Um die Aufgabe einer Vorschule leisten zu können, müsse der Umkreis ihrer Tätigkeit genau bestimmt sein und im Laufe der Zeit erweitert werden, wobei man allerdings mit allen den Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde, die sich in der Vergangenheit bei der Schaffung von staatlichen Verfassungen gezeigt hätten. Die wichtigste Frage bei dem sozialpolitischen Versuch bleibe aber: Welche tatsächlichen Befugnisse kann eine privatwirtschaftliche Betriebsleitung dem Fabrikparlament einräumen, ohne selbst die Geschäftsführung aus der Hand zu geben?

So waren auch die Grenzen einer betrieblichen Mitbestimmung, die keine Sozialisierung sein soll, erkannt. *Naumann* zählte ein ganzes Bündel von Unternehmerrechten auf, die eine Werksleitung unter diesem Gesichtspunkt ohne weiteres auf einen Arbeiterausschuß delegieren könne, wie etwa das Vorschlagsrecht bei der Einstellung von Meistern und Arbeitern, die Verteilung des „Lohnquantums“ innerhalb der einzelnen Arbeitsgruppen, die Überwachung der Fabrikordnung, die Überlassung der innerbetrieblichen Strafgewalt und die Festsetzung der räumlichen und zeitlichen Arbeitseinteilung. Immer hatte *Naumann* dabei den Gedanken, durch Einschlebung einer Selbstverwaltung das Betriebssystem elastischer zu gestalten und die Reibungsflächen zwischen Leitenden und Ausführenden durch selbstverantwortliche Zwischeninstanzen zu verringern.

Außerdem wies der sächsische Politiker noch auf einen Punkt hin, der in der Entwicklung der deutschen Betriebsverfassung eine unheilvolle und geradezu entscheidende Rolle gespielt hatte: das Verhältnis der Betriebsvertretungen zu den Arbeiterverbänden. „Falsch würde es unter allen Umständen sein“, sagte er, „die Ausschüsse im Betrieb als Gegenorganisation zu den Gewerkschaften herstellen zu wollen. Ein Teil der Wirkungslosigkeit der Ausschüsse beruht in der Tat ja auf dieser falschen Absicht“¹¹. Er meinte, daß ohne den Hintergrund einer guten gewerkschaftlichen Erziehung die Aus-

schüsse nicht zu einer realen Leistung kommen würden, denn dasjenige Maß an Kenntnissen, das zur Führung einer industriellen Selbstverwaltung gehöre, sei an sich nicht vorhanden und müsse von den Arbeitern erst erworben werden. Da nun einmal die Berufsorganisationen der Arbeiter vorhanden seien und auf den Betrieb einwirkten, sei es schon besser, dieser Wirkung einen sichtbaren und kontrollierbaren Verlauf zu geben. Hätte man starke Gewerkschaften einerseits und einen wirksamen Fabrikparlamentarismus andererseits, so könnte man sich viel staatliche Bürokratie ersparen. Überhaupt brauche man gerade beim Arbeiterschutz wie auch für die ganze Sozialpolitik nur deshalb soviel Gesetze, weil die deutsche Industrieverfassung noch so unentwickelt sei. Abschließend stellte *Naumann* fest: „Man hat bis jetzt die soziale Frage viel zu einseitig als bloße Frage materieller Versorgung angesehen, sie ist im Großbetrieb einfach eine Frage des Menschenrechtes. Und nun sehen wir eine Zukunft mit immer größeren Riesenbetrieben heranrücken. Wird diese Zukunft eine neue Sklaverei sein, ein Ende aller liberalen Träume, eine Hörigkeit der Massen? Oder gibt es eine Form der Mitwirkung der Beamten und Arbeiter an der Leitung, die derartige moderne Versklavung unmöglich macht? Behalten wir die Menschenrechte im Industriebetrieb? Das ist das tiefste Problem der Industrieverfassung.“¹²

Mit großer Weitsicht hatte *Friedrich Naumann* damit schon kurz nach der Jahrhundertwende die Konturen einer künftigen deutschen Arbeitermitbestimmung großen Stils und ihre prinzipielle Bedeutung für den Bestand der gesamten Gesellschaftsordnung aufgezeigt, zugleich auch – wie nur wenige seiner Zeit – die Vielschichtigkeit, die notwendigen Abstufungen, die Gefahren und die Grenzen dieses Problems erkannt. Er wollte, daß der Industrialismus, diese neue Form des Arbeitslebens, vom Gesamtwillen des deutschen Volkes getragen werde, eines Gesamtwillens, der durch die Mitverantwortung aller am industriellen Betriebssystem hervorgerufen wurde. Bei einem 80 Millionen-Volk, von dem 50 Millionen allein vom Lohn ihrer Arbeit leben müßten, ließ sich nach *Naumanns* Ansicht keine gesündere Basis des Zusammenlebens vorstellen. Wenn man die Arbeiter nicht nur als Mitbürger des politischen Staates, sondern auch des Wirtschaftsstaates anerkenne, dann „gehören ihre Seelen und Hände dem Körper, dessen Teile wir alle sind. Sie auch zu Mitbürgern des Wirtschaftsstaates zu machen, ist die normale Fortsetzung jenes Schrittes, den *Bismarck* tat, als er das Deutsche Reich auf Monarchie und allgemeines Wahlrecht gründete“.

Wie seinem Freund *Max Weber* war auch *Naumann* trotz unermüdlicher Tätigkeit der äußere politische Erfolg versagt. Zwar fanden seine Schriften, wie schon die Zahl der Auflagen zeigt, ebenso wie seine 1895 gegründete Zeitschrift „Die Hilfe“ nicht nur in intellektuellen Kreisen, sondern vor allem

¹⁰ Ebd., S. 280.¹¹ Ebd., S. 282.¹² Ebd., S. 287.

auch unter der Arbeiterschaft einen breiten und nachhaltigen Widerhall¹³. Aber es war ein Kennzeichen dieser bewegten Jahre vor 1914, daß es bei diesen politischen Reden und Schriften blieb. Obgleich *Naumann* wohl zu den besten politischen Köpfen seiner Zeit zählte und seiner Konzeption einer kooperativen demokratischen Industrieverfassung in dieser Vollständigkeit und gesellschaftlichen Einsicht nichts Vergleichbares gegenüberzustellen war, hat es damals keinerlei Möglichkeit gegeben, diese Gedanken in der Praxis zu erproben. Dem Reichstag war in der wilhelminischen Ära nicht ein solcher Einfluß beschieden, um die kühnen Ideen eines Einzelgängers in die gesetzgeberische Tat umzumünzen. Freilich war auch *Naumann* nicht ganz schuldlos: seine eigenen nicht immer konsequenten Auffassungen, in denen sich die Strömungen einer ganzen Epoche kreuzten, verstellten ihm oft den Weg zum politischen Erfolg. So blieben auch seine weitreichenden Gedanken über eine Arbeitermitbestimmung, von ihm selbst als die einzig mögliche Zukunftslösung empfunden, ohne direkte Folgen in der Praxis, wenn auch im geistigen Raum nicht folgenlos. Als *Naumann* 1919 die erste und einzige Chance in seinem Leben bekam, seine Ideen zu realisieren, starb er, noch nicht sechzigjährig, zu dem Zeitpunkt, als er vielleicht am dringendsten gebraucht wurde.

V. Die allgemeine Einführung obligatorischer Betriebsvertretungen im Ersten Weltkrieg

1. Die Arbeiterausschüsse als Instrumente der Gewerkschaftspolitik

Die ersten praktisch wirkenden Betriebsvertretungen in Deutschland waren nicht im Schoß der sich revolutionär gebärdenden sozialistischen Arbeiterbewegung geboren worden. Besonders die Sozialdemokratie lehnte sie, wie gesagt, anfangs völlig ab, da die Ausschüsse nach ihrer Meinung von dem Wohlwollen und der Einsicht der Arbeitgeber abhängig waren und die Arbeiterschaft an mit unzureichenden Befugnissen ausgestatteten Ausschüssen kein Interesse haben könne. Im Jahre 1891 schrieb der Wiener Sozialist *Leo Verkauf* anläßlich einer Besprechung von Prof. *Sering's* Schrift über die Arbeiterausschüsse: „Was wir bis jetzt von den den Arbeiterausschüssen zugewiesenen Aufgaben kennengelernt haben, entspricht vielleicht den augenblicklichen Interessen der Unternehmer, keineswegs den Anforderungen einer rationellen Sozialpolitik. Nach einer Richtung könnten die Arbeiterausschüsse den Wünschen und Bestrebungen der Massen entgegenkommen, und gerade hier versagen sie ihrer Mehrzahl nach. Der ‚Arbeitsvertrag‘ ist heute de facto ein

¹³ Die kürzlich veröffentlichten Memoiren des ehemaligen christlichen Arbeitersekretärs August Springer, *Der Andere das bist Du*, Tübingen 1957, zeigen in seltener Deutlichkeit noch einmal den tiefgehenden Eindruck, den Friedrich Naumann, der von 1907 bis 1912 Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Heilbronn war, mit seinen Reden und Schriften unter der schwäbischen Arbeiterschaft hinterlassen hatte.

Herrschaftsverhältnis, bei dem der Unternehmer seine wie des Arbeiters Pflichten einseitig festsetzt und wieder verändert. Die Streiks sind ein einseitiges Aufbäumen gegen dieses Herrschaftsverhältnis, der Versuch, in Wirklichkeit das zu einem Vertrag zu gestalten, was heute ein solcher nur in der Fiktion der Juristen ist. Hier nun könnten die Ausschüsse Besserung bringen, wenn ihnen die Aufgabe zuteil würde, mit dem Arbeitgeber Vereinbarungen über Lohnhöhe, Arbeitszeit, Fabrikordnung usw. zu treffen. Gerade aber hier versagen die Unternehmer ihre Zustimmung; sie willigen ein, daß die Ausschüsse sich hier und da über Änderungen der Arbeitsordnung äußern, weiter gehen sie nur in vereinzelten Fällen.“¹ Ein isoliert abhängiger Ausschuß, stellte *Verkauf* weiter fest, könne aber materiell nur dann erfolgreich wirken, wenn er in einer mächtigen Arbeiterorganisation einen Rückhalt habe, sonst werde er zu einem „Jasageapparat“ oder müsse auf die Dauer die Auflösung und Entlassung seiner Mitglieder hinnehmen. „Es ist schwer“, wurde zum Abschluß der Kritik erklärt, „von einer solchen Institution eine Besserung der heutigen Zustände zu erhoffen... Weder ist eine Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung des Unternehmens in der Mehrzahl der Fälle beabsichtigt, noch scheint sie erreicht worden zu sein. Die Ausschüsse sind heute eine bequeme und billige Unternehmerpolizei, die dort Erfolge aufzuweisen hat, wo nicht eine mächtige Organisation der Arbeiter existiert. Wo dies der Fall ist, da ist die Einführung der Ausschüsse einfach unmöglich...“

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, deren offizielle revolutionäre Richtung noch lange an dem prinzipiell ablehnenden Standpunkt gegenüber den Ausschüssen festhielt, wandten sich die Freien Gewerkschaften seit der Mitte der neunziger Jahre mehr und mehr dem Problem einer Betriebsvertretung zu, bis sie einen beinahe entgegengesetzten Standpunkt einnahmen. Das von *Carl Legien* verkündete Organisationsprinzip der Gewerkschaften, eine materielle Hebung der Arbeiterschaft durch Streik und Verbindung aller in einem Beruf tätigen Arbeitnehmer zu erreichen, hatte zu diesem Anschauungswandel wesentlich beigetragen. Je mehr sich die sozialistischen Gewerkschaften auf die praktische Gegenwartsarbeit zur Lösung konkreter sozialpolitischer Probleme einstellten, um so mehr gerieten sie in Widerspruch mit den Anhängern des revolutionären Zukunftsstaates. Gerade in der Frage einer Betriebsvertretung zeigte sich der politische Stilwandel, die grundsätzlich andere Einstellung der Gewerkschaften recht deutlich. Schon kurz nach der Jahrhundertwende wurde von den verantwortlichen Gewerkschaftsführern in den Arbeiterausschüssen nicht mehr ein „konstitutionelles Feigenblatt des Kapitalismus“, wie es *Bebel* 1889 noch formuliert hatte, gesehen, sondern ein willkommenes sozialistischer Vorposten im Betrieb, ein Schritt zur Einengung der Unternehmerrautonomie und eine wichtige Zwischenstation auf dem evolutionären

¹ *Leo Verkauf* im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 4 (1891), S. 544.

Weg zu einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Diese neue Anschauung war in gewissem Sinne mit dem erstarkenden Selbstbewußtsein der Gewerkschaften und der Ausbreitung des von *Eduard Bernstein* ausgelösten Revisionismus identisch, der in den Reihen der Gewerkschaften besonders viele Anhänger hatte. *Bernsteins* Evolutionstheorie machte, wie schon an anderer Stelle ausführlich dargestellt, gerade die Arbeiterausschüsse zu einem nicht unwichtigen Interessenobjekt. Durch geheime und direkte Ausschußwahlen in den Betrieben, so wurde erkannt, konnte auch die Unternehmensleitung „demokratisiert“ werden, durch Ausübung eines betrieblichen Mitbestimmungsrechtes die Sphäre des Privateigentums eingeengt werden². Das wachsende Interesse der sozialistischen Gewerkschaften an den Arbeiterausschüssen hatte, abgesehen von dem Wandel der Theorie, auch eine Reihe konkreter Ursachen. Zunächst zeigte sich, daß mit dem zahlenmäßigen Anwachsen der Gewerkschaften³ immer mehr Arbeiterausschüsse trotz des Widerstrebens vieler Unternehmer mit organisierten Betriebsangehörigen besetzt wurden. In vielen Fällen wurden die Ausschußwahlen, besonders im Bergbau, zu einer Angelegenheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Für die Gewerkschaftsleitungen wuchsen dementsprechend die Möglichkeiten, die Ausschüsse für ihre Interessen einzusetzen. „Es ließ sich nicht verkennen“, hieß es in den Sozialistischen Monatsheften, „daß unter Umständen durch geschicktes Vorgehen die Mitglieder des Arbeiterausschusses nicht nur Vorteile für die Arbeiter des Betriebes erreichen konnten, sondern auch in der Lage waren, kleine Beschwerden und Wünsche zu vertreten und in solchen Fällen Abhilfe bei Differenzen zu schaffen, um die sich ein Eingreifen der Organisationsleitung nicht lohnte.“⁴

Von geradezu entscheidender Bedeutung wurde es aber, daß sich die Arbeiterausschüsse als Träger der sich ausbreitenden *Tariffpolitik* der Gewerkschaften bewährten. Die Gewerkschaften hatten nämlich frühzeitig erkannt, daß die vielen Arbeiten der Industrieproduktion, das große Ausmaß der Arbeitsteilungen, die Differenzierung der Arbeiterschaft nach großstädtischem und ländlichem Milieu sowie die verschiedenen technischen und organisatorischen Formen innerhalb eines Berufes oder Betriebes eine Aufteilung der Tarifvereinbarungen bedingten und alle Tarifabschlüsse bis auf wenige ein-

² Über den grundsätzlichen Einstellungswandel vgl. Carl Legien, Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1900, S. 112, und Robert Schmidt, Endziel und Bewegung. In: Vorwärts, Nr. 42 vom 28. 2. 1898.

³ 1907/08 gab es folgende Mitgliederzahlen: Freie Gewerkschaften 2 Millionen (1896 noch 300 000), Christliche Gewerkschaften 400 000, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 110 000, kleinere konfessionelle und polnische Arbeiterberufsvereine zusammen 350 000. Vgl. W. Kulemann, Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen, 2. Aufl. Bd. 2, Jena 1908, S. 60, 150 und 120.

⁴ Robert Fette, Arbeiterausschüsse. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 15 (1911), Bd. 1, S. 133.

heitliche Gewerbe vom Einzelbetrieb ausgehen mußten. Und je vielseitiger die Normen einer tariflichen Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden, die die Gewerkschaften für alle möglichen Arbeitsverhältnisse im Interesse der Arbeiterschaft zu erringen verstanden, desto notwendiger erwies es sich, im Einzelbetrieb durch betriebskundige Personen oder Gruppen die Ausführung im einzelnen zu überwachen sowie eine erste Verständigung über strittige und weitergehende Ausgestaltungen der Arbeitsbedingungen möglichst unmittelbar an Ort und Stelle anzubahnen. Die Entwicklung der Arbeiterausschüsse als unterste Glieder einer umfassenden Tariforganisation und ihre Verschmelzung mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten im Betrieb wurde nunmehr das Ziel der Gewerkschaften. Umgekehrt hob der feste Rückhalt an den unabhängigen und widerstandsfähigeren Gewerkschaften das Ansehen und den Einfluß der Betriebsvertretungen unter der Arbeiterschaft. Vielfach erhoben sich erst durch diese Anlehnung die Ausschüsse aus einem Zustand verhältnismäßiger Hilfslosigkeit und wurden, wie es später der Sozialdemokrat *Max Schippel* in der Ausdrucksweise des marxistischen Parteiprogramms formulierte, „aus *moyens de duperie* zu *instruments d'émancipation*“⁵.

Die Verbindung zwischen Arbeiterausschüssen und Gewerkschaften war, nachdem diese sich auf den reformistischen Weg begeben hatten, auf lange Sicht gesehen kein Zufall. Die Arbeiterverbände gewannen in den Betrieben vom Gesetz her legitimierte Stützpunkte der Agitation und Kontrollorgane zur Überwachung der Tarifverträge, während die Betriebsvertretungen in den Gewerkschaften den früher so oft vermißten langen Arm sahen, um die großen nur innerhalb des Produktionszweiges oder der Gesamtwirtschaft lösbaren Probleme anzugehen. Nachdem die Gewerkschaften die grundsätzliche Bedeutung der Ausschüsse für ihr künftiges Wirken erkannt hatten, versuchten sie, ihre „betrieblichen Hilfsorgane“ vor persönlicher Unternehmerwillkür und sachwidriger Beeinflussung mit einem besonderen Schutz zu umkleiden.

Die Verbindung zwischen Gewerkschaft und einzelnen örtlichen Arbeiterausschüssen zur Regelung von Lohnvereinbarungen mit den Unternehmern gemäß den technischen Betriebsverhältnissen setzte schon frühzeitig ein⁶. Ein erstes Beispiel dafür, wie ein gewerkschaftlich beeinflusster Arbeiterausschuß als Tariforgan benutzt wurde, gab es in den Berliner Brauereibetrieben am

⁵ Max Schippel, Vom Arbeiterausschuß zum Betriebsrat. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 23 (1919), Bd. 1, S. 440.

⁶ Vgl. Fanny Imle, Gewerbliche Friedensdokumente. Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Tarifgemeinschaften in Deutschland, Jena 1904, S. 170. – Dies., Die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland, Jena 1907. – Karl Mamroth, Gewerblicher Konstitutionalismus. Die Arbeitstarifverträge in ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung, Jena 1911, S. 70. – J. Schmeller, Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung, Leipzig 1906, S. 91.

Anfang der neunziger Jahre. Der *Berliner Gewerkschaft der Brauereiarbeiter* war es bereits 1892 gelungen, durch Abschluß tarifähnlicher Verträge, Regelung des Arbeitsnachweises und Festlegung von Einigungsinstanzen eine Anerkennung durch die Brauereidirektoren zu erlangen, zu denen bezeichnenderweise der hier mehrfach erwähnte Direktor der *Schultheiß-Brauerei*, *Richard Rösicke*, gehörte. Da sich die Berliner Brauereiarbeiter aus den verschiedensten Arbeitsgruppen in den verschiedensten Betriebsverhältnissen zusammensetzten, blieb der Gewerkschaft nichts anderes übrig, als einzelne Werks- und Gruppentarife abzuschließen. Zum Abschluß und zur Überwachung der Tarifverträge trat die Gewerkschaft mit den schon gebildeten Arbeiterausschüssen in Berührung. Schon bald wurde der Nutzen einer gegenseitigen engen Verbindung erkannt, so daß der „*Verband der Brauereiarbeiter*“ anlässlich einer Boykottbewegung im Jahre 1894 die Forderung aufstellte: „In Brauereibetrieben, wo mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigt sind, ist ein Arbeiterausschuß zu wählen (§ 134 h Gewerbeordnung). Der Ausschuß hat die Aufgabe, entstehende Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schlichten. Ist keine oder eine dem Arbeitnehmer nicht genügende Entscheidung getroffen, so steht dem Arbeiter das Recht zu, sich an die Kommission der Brauer und Brauereihilfsarbeiter zu wenden.“⁷

Immer mehr Gewerkschaftsorganisationen gingen seit dieser Zeit dazu über, bei der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und überhaupt bei Lohnbewegungen die Einsetzung von betrieblichen Arbeiterausschüssen als Mittlerstelle zwischen Direktion und Gewerkschaft zu verlangen, wofür es eine Fülle von Beispielen gab⁸. Unter anderem waren es der *Deutsche Metallarbeiterverband* und die in der *Werftarbeiterbewegung* vereinigten Arbeiterorganisationen, die in Verhandlungen mit den Einzelbetrieben die Errichtung von Betriebsvertretungen durchsetzten. Es zeigte sich, daß die Aufgaben der Gewerkschaften so groß waren, daß noch genügend Raum zur Betätigung für die Arbeiterausschüsse blieb. Die anfänglich gehegte Befürchtung, die Ausschüsse würden die Gewerkschaften gewissermaßen arbeitslos machen, hatten sich längst als unbegründet herausgestellt.

Der wachsende Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiterausschüsse, die häufig dadurch eine Wesensveränderung durchmachten, blieb den Unternehmern nicht verborgen. Nach einem Bericht in der „*Kölner Zeitung*“ fand am 18. Oktober 1905 eine Versammlung des *Vereins deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA)* statt, auf der man sich u. a. mit der Frage der Arbeiterausschüsse im Hinblick auf die Produktivität der Betriebe beschäftigte. Auf eine vertrauliche Rundfrage des Vereinsvorstandes hin berichteten 85 Firmen über das Bestehen eines Ausschusses und 40 über deren Nichtvorhandensein. 58 Firmen davon gaben ein günstiges, 27 ein ungünstiges Urteil ab. Bemerk-

⁷ E. Brackert, *Geschichte der Brauereiarbeiterbewegung*, Berlin 1916.

⁸ Fette, *Arbeiterausschüsse* aaO, S. 133.

kenswerterweise bezogen sich die ungünstigen Urteile vor allem darauf, daß die Arbeiterausschüsse „mehr die Interessen der Arbeiter als die der Fabrik vertreten wollten und statt einen Damm gegen die gewerkschaftliche Organisation zu bilden, mit diesen Hand in Hand gehen“⁹. Die Rundfrage bestätigte, daß überall dort, wo die Gewerkschaftsorganisation stark ausgebildet war, die Arbeiterausschüsse im wesentlichen die Vermittler zwischen Gewerkschaft und Unternehmer bildeten. Eine obligatorische Einführung von Betriebsvertretungen im Metallgewerbe wurde aber von den befragten Unternehmern abgelehnt, „obgleich sie in der ganz überwiegenden Mehrheit günstige Erfahrungen mit ihnen gemacht haben“. „Die Unternehmer“, hieß es in der Notiz, „befürchten eine zu große Stärkung der Arbeitermassen.“ Kommentierend schrieb dazu *Ernst Francke*, der Herausgeber der *Sozialen Praxis*: „Die starke Entfaltung der Gewerkschaften dürfte durch die Bildung oder Nichtbildung von Arbeiterausschüssen doch nur wenig berührt werden. Es scheint daher nicht recht verständlich, wie man auf der einen Seite die Arbeiterausschüsse als nützlich anerkennt und zugibt, daß sie ohne Fühlungnahme mit den Gewerkschaften wenig Autorität bei den Belegschaften genießen und auf der anderen Seite wegen der unerwünschten Gewerkschaften die Arbeiterausschüsse nicht verallgemeinert sehen will.“¹⁰

Das vielleicht beste Beispiel für den Einsatz von Arbeiterausschüssen als Instrumente der Gewerkschaftspolitik vor dem Ersten Weltkrieg bot das Buchdruckergewerbe, in dem auch wegen der einheitlichen handwerksmäßigen Berufsverhältnisse die ersten Tarifverträge in Deutschland zustande kamen¹¹. In der Zeitschrift „*Typographia*“, dem Organ des gewerkschaftlichen *Gutenbergbundes*, hatte es 1906 schon richtungsweisend geheißt: „Sichert uns der Tarif einen geordneten, gerecht und billig seienden oder anerkannten Arbeitsvertrag und in gewisser Hinsicht auch damit gewisse Imponderabilien im Arbeitsverhältnis, so wird es Aufgabe der Arbeiterausschüsse sein, in erster Linie alle etwa in letzterem entstehenden sachlichen und persönlichen Differenzen im engeren Betriebe auszugleichen. Wenn diese Grundsätze immer weitere Beachtung finden, dann wird mancher Konflikt zwischen Arbeitgeber und -nehmer verhütet werden... Aber wie unendlich viel wird hierin gefehlt, und welch mangelhaftes Verständnis für die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Ausschüsse auch auf der Unternehmenseite. Hier sucht der Kollege aus Furcht vor Unannehmlichkeiten von sich jedes Odium abzuhalten, das ihn irgendwie bei der Geschäftsleitung in einen verdächtigen Geruch bringen kann, man wählt den ersten besten Draufgänger und verschanzt sich hinter ihm – dort vermutet man einen Eingriff in das Hausrecht des Unter-

⁹ *Soziale Praxis*, Jg. 25 (1905/06), Sp. 351.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Vgl. dazu Friedrich Zahn, *Die Organisation der Prinzipale und Gehülfen im deutschen Buchdruckergewerbe*. In: *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd. 45/46 (1890), S. 329.

nehmers und ignoriert sie usw. Die Aufgabe der Vertrauensmänner wie der Arbeitsausschüsse soll nicht sein, Differenzen zu schaffen, sondern bestehende oder auftauchende zu schlichten. Das ist der Kern der Sache.“¹²

Im April 1907 erließ das *Tarifamt der deutschen Buchdrucker* eine Bekanntmachung, in der den Buchdruckereibesitzern „ebenso höflich als dringend“ empfohlen wurde, die Wahl von Arbeitsausschüssen zu begünstigen und hinzuwirken, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner der Gehilfen der betreffenden Druckerei diesem Ausschuss angehören. Wenn die Bildung eines Ausschusses wegen des geringen Betriebsumfanges nicht möglich sei, sollten die von den Buchdruckergehilfen gewählten Vertrauensmänner der Gewerkschaft als Betriebssprecher anerkannt werden. Das Tarifamt erwartete auf der anderen Seite von der Gehilfenschaft, „daß sie nur wirklich besonnene Personen mit dem Amte des Vertrauensmannes beehrt, die sich des ihnen erteilten Vertrauens in jeder Weise würdig erweisen und sich bewußt sind, daß sie neben der Vertretung der Rechte der Kollegen auch dem Prinzipal gegenüber gewisse Pflichten haben“¹³. Zur Erfüllung dieser Aufgabe gehörten nach Meinung des Tarifamtes erfahrene, mit dem Betrieb vertraute und bei den Kollegen wie den Betriebsleitern geachtete Arbeiter und nicht „unreife Burschen“, die sich durch nichts anderes als ein stattliches Mundwerk auszeichnen oder aber von den Kollegen vorgeschickt werden, weil sie als ledige Leute vor einer Maßregelung nicht zurückzuschrecken brauchen.

Das Verhältnis zwischen der Buchdruckergewerkschaft und den Arbeitsausschüssen wurde schließlich im Einverständnis mit den Arbeitgebern durch den Deutschen Buchdruckertarif vom 1. Dezember 1912 endgültig geregelt. In einem 13 Punkte umfassenden Anhang mit der Überschrift „Anerkennung und Schutz der Vertrauensleute des Personals“ hieß es u. a.¹⁴: „Wo in Druckereien und Abteilungen mindestens 6 Gehilfen beschäftigt sind, ist ein Vertrauensmann zu wählen, die Wahl ist dem Prinzipal oder dessen Stellvertreter mitzuteilen. Dieser Vertrauensmann ist der Vertreter seiner Kollegen dem Prinzipal gegenüber.“ Er hatte „an Stelle der Gesamtheit seiner Mandatgeber als Sprecher und Vermittler zwischen Prinzipal und Personal zu wirken“. Die Vermittlung war zunächst auf tarifliche Bedinge beschränkt, doch sollte er nach den Bestimmungen in dem Anhang auch „außertarifliche Wünsche seiner Mandatgeber dem Prinzipal zum Vortrage bringen“. Zu dem vorgetragenen Wunsch hatte der Arbeitgeber spätestens innerhalb einer Woche Stellung zu nehmen. Über die Sicherungen des Vertrauensmannes hieß es abschließend: „7. Der Vertrauensmann hat eine 14-tägige Kündigung (sonst meistens einwöchig). Bei ausgesprochener Kündigung ist die Wirkung derselben, falls sich der Vertrauensmann gemäßregelt fühlt, bis nach dem Spruch

¹² Zitiert nach Soziale Praxis, Jg. 26 (1906/07), Sp. 843.

¹³ Ebd., Sp. 763.

¹⁴ Abdruck bei Schippel, Vom Arbeitsausschuß zum Betriebsrat aaO, S. 442.

der Schiedsinstanz zu verschieben, sofern der Prinzipalvertreter (des Schiedsgerichtes) dies vom Prinzipal verlangt. – 12. Die Kündigung des Vertrauensmannes darf nicht wegen nachweislich ordnungsgemäßer Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten erfolgen. Erfolgt eine Kündigung aus solchen Gründen dennoch, so sind die Schiedsgerichte verpflichtet, auf Maßregelung zu erkennen, auch haben die Schiedsgerichte die Berechtigung, auf die Zurücknahme der Kündigung eines solchen Vertrauensmannes zu dringen.“

Wie die Tarifvereinbarung im Buchdruckergewerbe zeigte, waren die beiden Vertretungsinstitutionen, der gewerkschaftliche Vertrauensmann und der betriebliche Arbeitsausschuß, leicht in Vereinbarung zu bringen und sogar zu verschmelzen. Durch die Einschaltung in die Tariforganisation konnten die Betriebsvertretungen aus dem Anhören und Mitberaten in die nächste Stufe des Mitwirkens und Mitbestimmens hineinwachsen. Ohne den Einfluß der Gewerkschaft war dies freilich nicht so schnell möglich. Durch die Verknüpfung mit der Tarifpolitik wurden die Arbeitsausschüsse auch nach Ansicht der Gewerkschaften „eine brauchbare, unter Umständen sogar wuchtige Waffe der wirtschaftlichen Arbeiterdemokratie“¹⁵.

Die veränderte, grundsätzlich positive Stellungnahme der Gewerkschaften und des revisionistischen Flügels der Sozialdemokratie gegenüber den Arbeitsausschüssen kam dann besonders während der Reichstagsdebatten über die Arbeitskammervorlage zum Ausdruck. Die Regierung hatte damals die Absicht, die bereits vorhandenen betrieblichen Arbeitsausschüsse in der Industrie als Wahlkörper für die geplanten bezirklichen Arbeitskammern zu benutzen. Die Arbeitsausschüsse sollten deswegen zwar nicht obligatorisch eingeführt, dennoch nach Möglichkeit wenigstens ein Teil der Arbeitervertreter in den Arbeitskammern durch die betrieblichen Arbeitsausschüsse gewählt werden. Der Reichstagskommission erschien das aber als eine Lücke, und sie beschloß am 3. März 1909, für jeden Betrieb mit mehr als 20 Arbeitnehmern einen ständigen Arbeitsausschuß einzuführen. Dieser Ausschuß sollte insbesondere die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter über Betriebseinrichtungen, Arbeitsverhältnisse und Wohlfahrtseinrichtungen dem Betriebsleiter vortragen sowie vor Anordnung bei Überstunden und Sonntagsarbeit gehört werden, ohne daß die Ausschußmitglieder bei der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten behindert werden durften. Bei der 2. Lesung des Arbeitskammergesetzesentwurfes, die vom 5. bis 7. Dezember 1910 im Plenum stattfand, wurde an diesem Kommissionsbeschuß nichts geändert. Gegen diese geplante Ausdehnung der Arbeitsausschüsse und ihrer Befugnisse setzte wie schon früher eine heftige Agitation der Arbeitgeberverbände ein. Diesmal übernahmen die Handelskammern die Führung: Sie sprachen sich rundweg ablehnend gegen die obligatorischen Arbeitsausschüsse aus. Sie sahen darin ein Entgegenkommen gegen übertriebene und einseitige Wünsche radikal gerichteter Interessen-

¹⁵ Ebd., S. 443.

vertretungen. Der obligatorische Arbeiterausschuß, hieß es in dem Gutachten einer Handelskammer, verwirkliche mit seiner Beteiligung an der Verwaltung der Betriebe die „konstitutionelle Fabrik“ – ein solches System wäre aber der Anfang des wirtschaftlichen Zusammenbruches in Deutschland. Der obligatorische Arbeiterausschuß sei eine Schwärmerei wie der Gedanke an ein konstitutionelles Heer. Textilfabrikanten in Forst in der Lausitz bemerkten in ihrer an den Reichstag gerichteten Eingabe, diese Arbeiterausschüsse, wie sie der Entwurf vorsehe, würden nur hindernd und beunruhigend in die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingreifen. Daß der Ausschuß über die Notwendigkeit von Überstunden und Sonntagsarbeit gehört werden solle, sei die „schwerste und kränkendste Verletzung“, es bedeute einen unerhörten Eingriff in das Dispositionsrecht des Unternehmers, wenn er in dieser Beziehung dem Ausschuß eine Zustimmung oder ein Vetorecht einräumen wolle. Interessanterweise machten sich in diesem Augenblick sozialistische Arbeiterführer, die sich offiziell gegenüber den Ausschüssen bis dahin immer negativ, kritisch oder zurückhaltend verhalten hatten, erstmals in der Öffentlichkeit zum Verteidiger dieser Institution. Noch während der 3. Lesung der Arbeitskammervorlage äußerte der Sozialdemokrat Robert Fette 1911 in den „Sozialistischen Monatsheften“, daß die Arbeiterausschüsse, wenn nicht alle Erwartungen trügen, in den nächsten Jahren noch eine erhebliche Rolle spielen würden. *„Für die Arbeiter besteht kein Anlaß, sich der Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse zu widersetzen... die Vertretung macht die gewerkschaftliche Arbeit nicht überflüssig, sondern bedeutet vielmehr deren energische Unterstützung, wenn anders der Ausschuß nicht ein blutleeres Gebilde bleiben soll. Mit und neben der Organisation kann der Ausschuß nützliche Aufgaben erfüllen. Das hat sich deutlich erwiesen. Lediglich diese Erfahrung hat eine andere Haltung (der Sozialdemokratie) gegenüber den Ausschüssen gezeitigt.“*¹⁶

Zu der positiven Beurteilung der Arbeiterausschüsse bei einem Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung hatte schließlich nicht wenig der Umstand beigetragen, daß auch in den benachbarten Staaten England, Holland, Belgien, Frankreich, der Schweiz und Österreich unter den Bezeichnungen *arbeidsraden*, *shop councils*, *consulting committees*, *conseils d'usine*, *chambres d'explications*, *comités ouvriers* und *délégués permanents* den deutschen Betriebsvertretungen ähnliche Institutionen Fuß gefaßt hatten und mit der dortigen Arbeiterbewegung zusammenarbeiteten.¹⁷

¹⁶ Fette, Arbeiterausschüsse aaO, S. 135.

¹⁷ Als wichtigste zeitgenössische Literatur nennen wir unter anderem Demeure, Note sur les chambres d'explications. Extrait de la Revue universelle des mines, Paris 1887. – Julien Dupuis, La Délégation ouvrière dans l'usine (Thèse de doctorat). Paris 1909. – Weiler, La conciliation industrielle et le rôle des mineurs, Brüssel 1893. – Ders., Vivons-nous sur un volcan? Brüssel 1893. – Ders., L'esprit d'autorité et la conciliation industrielle, Brüssel 1894. – Hermann Vogelsang, Der Arbeiterausschuß

2. Der politische Bürgerfrieden 1914

Nach dem Scheitern der Arbeitskammervorlage und des Gesetzentwurfes über die Rechtsstellung der Berufsvereine entwickelte die Reichsregierung zunächst keine neue Initiative mehr in der Frage einer gesetzlichen Interessenvertretung der Arbeiter. Überhaupt trat danach eine merkliche Stagnation der gesamten staatlichen Sozialgesetzgebung ein. Clemens von Delbrück, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, erklärte anlässlich der zweiten Lesung des Etats seines Amtes am 20. Januar 1914: „Wir sind mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt.“ Nach seiner Ansicht sei es zunächst wichtiger, die bestehenden sozialpolitischen Gesetze mit Leben zu füllen als neue zu erlassen. Die Durchführung der organisatorischen Verwaltungsneuerungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung erfordere Zeit; unter diesen Umständen solle man auf dem gesamten Gebiet der Sozialpolitik, insbesondere der Sozialversicherung, eine Pause eintreten lassen. Auf sozialem Gebiet seien immer neue Wege eröffnet worden, und immer neue Ziele hätten sich gezeigt, deren Verfolgung für die Regierung eine selbstverständliche Pflicht gewesen sei. Er halte es aber für ebenso selbstverständlich, sich zu hüten, sich auf diesem Gebiet einem „gedankenlosen Vorwärtstreiben“ hinzugeben. Das solle keinen Abbau der Sozialpolitik bedeuten. Er trete aber künftig für eine „verständige Sozialpolitik“ ein, die nicht nur dem Arbeitnehmer, sondern auch dem Arbeitgeber gibt, was ihm zusteht. Unter einer verständigen Sozialpolitik verstehe er eine solche, „die auch dem Arbeitgeber das Maß von wirtschaftlicher, und ich möchte sagen, moralischer Ellbogenfreiheit gibt, das notwendig ist, um die großen Aufgaben zu erfüllen, die er bisher erfüllt hat und in viel größerem Maße wird erfüllen müssen... Eine verständige Sozialpolitik muß in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen bleiben. Die Betätigung

in Belgien, Köln 1908. – Bayles, The Shop council, New York 1886. – Focroulle, Le conseil d'usine, Brüssel-Paris 1892. – Gibon, Les conseils d'usine, Paris 1895. – Eugen Schwiedland, Der Gedanke verbindlicher Arbeiterausschüsse in Österreich. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 32 (1908), S. 47. – Josef Grunzel, Die Arbeiterausschüsse in Österreich, Wien 1896. – Eugen Schwiedland, Die Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 1891, S. 1245. – Ders., Arbeiterausschüsse. In: Das Handelsmuseum, Jg. 1891, Nr. 16, 17, 22 und 25. – Ders., L'organisation de la grande industrie en Autriche. In: Revue d'Économie politique, Jg. 1891, S. 993. – Ergebnisse der... Enquête über den Gesetzentwurf betr. die Einführung von Einrichtungen zur Förderung des Einvernehmens zwischen den Gewerbsunternehmen und ihren Arbeitern. Zusammengestellt vom Berichterstatter Dr. Baernreither, Wien 1893. – Eugen v. Philippovich, Arbeiterausschüsse und Einigungsämter in Österreich. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Jg. 1894, S. 604. – R. Faber, Eine Enquête über Arbeiterausschüsse, Wien 1893. – Emil v. Neumann, Ein Arbeiterausschuß. In: Deutsche Worte, Wien, Jg. 13 (1893). – Ferdinand Schmid, Die neuen social-politischen Vorlagen der österreichischen Regierung. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 5. – J. A. Levy, Arbeidsraden, Nijmegen 1887. – H. P. van Heukelom, Arbeidsraden, Amsterdam 1892.

auf sozialpolitischem Gebiet muß im Einklang stehen mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Das ist die Frage.“¹

Delbrück, der sich mit dieser Rede in bewußten Widerspruch zu der Politik seiner Amtsvorgänger *Posadowsky* und *Bethmann-Hollweg* begab, stand mit seiner Ansicht nicht allein. Bereits im Jahre 1912 hatte der bekannte Berliner Nationalökonom *Ludwig Bernhard*, der sich mit der systematischen Erforschung der Entlohnungsmethoden einen Namen gemacht hatte, in seinem Buch „Unerwünschte Folgen der Sozialpolitik“ ähnliche Forderungen erhoben². Auch im Bundesrat, im Reichstag, in bestimmten Kreisen der Öffentlichkeit, besonders im „Kartell der schaffenden Stände“, waren diese Überlegungen laut geworden.

Die Rede des ehemaligen Handelsministers *Delbrück* über den Stand und die Aufgaben der deutschen Sozialpolitik wurde mit Recht von den meisten als eine amtliche Verkündung des Stillstandes der staatlichen Sozialpolitik aufgefaßt. Unter der Überschrift „Das Ganze halt?“ kritisierte Professor *Ernst Francke*, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“ und 2. Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, die Erklärung des Staatssekretärs. Man könne, so schrieb er, vielleicht bei der Sozialversicherung eine kurze „Verdauungspause“ einlegen, nicht aber bei der gesamten Sozialpolitik. Die glänzende wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Jahre 1913, die *Delbrück* in seiner Rede geschildert habe, sei der triftigste Beweis dafür, daß die Grenze des wirtschaftlich Möglichen in der Sozialpolitik noch nicht überschritten sei. *Francke* verwies auf die Schrift des Direktors der Deutschen Bank, *Karl Helfferich*, „Deutschlands Volkswohlstand von 1888 bis 1913“, die der beste Beweis dafür sei, daß die Ära der Sozialreform auch die Zeit des wirtschaftlichen Aufstiegs gewesen war: Mitte der neunziger Jahre schätzte man das deutsche Volkseinkommen auf 23 Mrd. Mark, das Volksvermögen auf 200 Mrd. Mark. Für das Jahr 1913 nahm *Helfferich* an, daß es 42 und 320 Mrd. betrage. „Gerade, weil der Umfang der sozialpolitischen Tätigkeit im Einklang stehen muß mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik“, schloß *Francke*, „ist ein Stillstand der Sozialreform unmöglich, ja nicht einmal eine längere Pause denkbar“³.

Eine von der Gesellschaft für Soziale Reform am 10. Mai 1914 nach Berlin einberufene Großkundgebung, an der neben *Gustav Schmoller*, *Franz Hitze*, *Hans Hermann v. Berlepsch*, *Heinrich Herkner*, *Arthur Graf v. Posadowsky-Wehner* und *Ernst Francke* auch die Führer der Christlichen Gewerkschaften,

¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Legislaturperiode 1913/14, 1. Session (Sitzung vom 20. Januar 1914). – Vgl. *Soziale Praxis*, Jg. 23 (1913/14), Sp. 508, und Joachim von *Delbrück*, Clemens von *Delbrück*. Ein Charakterbild, Berlin 1922.

² *Ludwig Bernhard*, Unerwünschte Folgen der Sozialpolitik, Berlin 1912 (2. Aufl., Berlin 1913).

³ *Soziale Praxis*, Jg. 23 (1913/14), Sp. 510.

der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes und viele andere teilnahmen, protestierte daraufhin in machtvoller Weise gegen die in Regierung und Öffentlichkeit um sich greifende „sozialpolitische Schwäche“ und forderte u. a. wiederum die Schaffung paritätischer Arbeitskammern⁴. Aber trotz des in dieser Größe noch nicht dagewesenen Appells sanken die Aussichten auf einen Fortgang der staatlichen Sozialpolitik und damit auf einen weiteren Ausbau der gesetzlichen Arbeitervertretungen auf einen absoluten Tiefpunkt.

Wenige Wochen später brachte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges dann die ganze Sozialpolitik in ein neues Fahrwasser. Innerhalb weniger Tage nach der Mobilmachung wurde zwischen den streitenden Parteien ein politischer Burgfriede geschlossen⁵. Wie kam es zu dem plötzlichen Umschlag?

In den ersten Augusttagen 1914 wurden auch die sozialistisch eingestellten Arbeitermassen von der Woge der nationalen Hochstimmung erfaßt. Auch für sie war das Vaterland plötzlich kein imaginärer Begriff, sondern lebendige Wirklichkeit geworden. Der Gedanke an die internationale Verbundenheit aller Proletarier, der die 91 sozialdemokratischen Zeitungen in Deutschland mit ihrer 1,5-Millionen-Auflage bis zur Mobilmachung Tag für Tag beherrscht hatte, verschwand beinahe über Nacht, als hätte es ihn nie gegeben. Am 1. August brachte der größte Teil der SPD-Presse einen Artikel der von *Friedrich Stampfer* herausgegebenen Parteikorrespondenz, in dem es hieß: „Eine Niederlage wäre gleichbedeutend mit Zusammenbruch, Vernichtung und namenlosem Elend. Unser aller Gedanken bäumen sich gegen diese Möglichkeit auf. Unsere Vertreter im Reichstage haben unzählige Male übereinstimmend erklärt, daß die Sozialdemokraten ihr Land im Augenblick der Gefahr nicht im Stich lassen könnten. Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern

⁴ Ebd., Sp. 930.

⁵ Zum Problem des politischen Burgfriedens 1914, das hier verständlicherweise nur kurz und vor allem nicht in seinen späteren Auswirkungen behandelt werden kann, vgl. u. a. *Ludwig Heyde*, Die deutschen sozialistischen Arbeiter im Weltkrieg und *Walter Zimmermann*, Die sozialistische Arbeiterschaft im 2. Kriegshalbjahr. In: Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, H. 54/55 (1915). – *Paul Lensch*, Die Sozialdemokratie, ihr Ende und Glück, 1916, S. 46 ff. – Ders., Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg, Berlin 1915, S. 58. – *Eduard David*, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg 1915. – *Konrad Haenisch*, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Kriege 1916 (mit Bibliographie). – *Karl Liebknecht*, Klassenkampf gegen den Krieg, Berlin o. J., S. 14. Als neuere Darstellungen sind heranzuziehen: *Hermann Heidegger*, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870–1920. In: Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 25, Göttingen 1956, S. 71 ff. – *Peter Gay*, Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. *Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Karl Marx*, Nürnberg 1954, S. 338. – *Heinz Josef Varain*, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung *Carl Legiens* (1890–1920), Düsseldorf 1956, S. 71. – *Kurt Koszyk*, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933. In: Deutsche Presseforschung, Bd. 1, Heidelberg 1958, S. 16.

hierfür abgegeben worden ist. Die ‚vaterlandslosen Gesellen‘ werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen.“⁶ Der linksstehende „Zentralverband deutscher Konsumvereine“ und unzählige andere Arbeiterverbände schlossen sich diesem freiwilligen Bekenntnis zur Landesverteidigung vorbehaltlos an und erbrachten damit den kurz zuvor noch kaum für möglich gehaltenen Beweis, wie positiv im Grunde die Haltung der Arbeiterschaft zum Staat trotz der jahrzehntelangen anti-staatlichen Agitation geblieben war. Am 4. August 1914 stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einschließlich *Karl Liebknechts* geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite⁷. Das kam besonders für das Ausland so überraschend, daß das englische Labourblatt „Daily Citizen“ behauptete, die deutschen Sozialdemokraten seien durch die kaiserliche Regierung gekauft worden⁸. Das wurde freilich von dem sozialdemokratischen Pressebüro am 20. Oktober 1914 energisch zurückgewiesen und erklärt, die Zustimmung sei keinesfalls aus opportunistischen Zweckmäßigkeitsgründen oder aus der Angst heraus erfolgt, im Ablehnungsfalle werde die Regierung Partei und Gewerkschaften auflösen und gegen ihre Führer und Abgeordneten das Standrecht verhängen.

In Wirklichkeit hatte, wie der „Vorwärts“-Chefredakteur *Friedrich Stampfer* später feststellte, der 4. August das Wesen der Partei nicht verändert. Die Sozialdemokratie war schon lange vor dem Kriege zu einer reformistischen Partei mit allen ihren Vorzügen und Mängeln geworden. Hinter ihren Fahnen marschierten die unzufriedenen Industriearbeiter, die ihrem Gefühl nach zur bestehenden wilhelminischen Gesellschaftsordnung radikal oppositionell, aber keineswegs revolutionär eingestellt waren. Es lag mehr an der Überlieferung und der Taktik der Partei, daß der reformistische Charakter der Sozialdemokratie vorher nicht so klar hervorgetreten war. Die Kriegskreditbewilligung entsprang nicht einer augenblicklichen Panikstimmung, sondern war das Resultat einer jahrzehntelangen Entwicklung, und es waren auch nicht die Führer, sondern die sozialdemokratischen Massen selbst, die diese Entscheidung herbeiführten. „Es zerbrach“, sagte *Stampfer*, „das Wunschbild einer revolutionären Massenpartei, die in Wahrheit niemals existiert hatte“⁹. Es war ein Sieg des Revisionismus, der den Sieg des Vaterlandes höher als die Internationale einschätzte. Wenn auch schon kurz danach eine Minderheiten-gruppe um *Liebknecht* und *Kautsky* die Entscheidung des Parteivorstandes

⁶ Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung, Jg. 1914.

⁷ Heidegger, Die deutsche Sozialdemokratie und der Staat aaO, S. 74, gibt die Begründung des Parteivorstandes für die Zustimmung zu den Kriegskrediten in den wichtigsten Teilen wörtlich wieder. Bei ihm auch eine ausführliche Schilderung des Streites, ob die Bewilligung der Kriegskredite mit der marxistischen Lehre vereinbar sei oder nicht.

⁸ Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur aaO, S. 27.

⁹ Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach 1947 (2. Aufl.), S. 20.

angriff, weil diese ihrer Meinung nach gegen die Parteitheorie verstieß, so änderte das doch zunächst nichts an der Tatsache des politischen Burgfriedens.

Auch die andere Seite machte das vom Balkon des Berliner Schlosses gerufene Kaiserwort, daß es in dem bevorstehenden Kampf keine Parteien gebe, sondern nur noch Deutsche, wahr: Der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ löste sich auf, sozialdemokratische Stadträte wurden in ihren Ämtern bestätigt, die teilweise noch bestehenden Verbote gegen sozialdemokratische Zeitungen und Vereinslokale wurden gegen die Zusicherung, im Krieg keine Klassenkampfgedanken zu propagieren, aufgehoben, ferner durch einen Erlass des Kriegsministers die Verbreitung sozialdemokratischer Presseerzeugnisse im Heer freigegeben und die Mitglieder sozialdemokratischer Organisationen nicht mehr wie bisher von der Beschäftigung in Heeres- und Marinebetrieben ausgeschlossen. Die ganze amtliche Repressivpolitik gegen die sozialistische Arbeiterbewegung war durch das Bekenntnis des 4. August hinfällig geworden.

Die Freien Gewerkschaften wurden ebenso wie die Sozialdemokratie vom Kriegsausbruch völlig überrascht. Zunächst hatte man mit einem politischen Massenstreik gerechnet, wie ihn *Bebel* auf dem Parteitag 1906 für einen solchen Fall angedroht hatte. Man rechnete mit einer Auflösung und hatte schon Vorsorge getroffen, das Gewerkschaftsvermögen in die Schweiz zu bringen. Aber das Reichsamt des Innern, das bereits am 2. August wegen der Vermittlung von Arbeitskräften mit der Generalkommission verhandelte, zerstreute alle Bedenken wegen einer Ausnahme-gesetzgebung: „Wir denken gar nicht daran, Ihnen zu Leibe zu gehen, falls Sie keine Schwierigkeiten machen; denn wir sind froh, große Organisationen der Arbeiterklasse zu haben, auf die sich die Regierung bei den notwendigen Hilfsaktionen stützen kann.“¹⁰ Es wurde im Gegenteil vereinbart, daß die Gewerkschaften die Vermittlung von Industriearbeitern auf das Land übernehmen sollten, um bei der Einbringung der Ernte zu helfen. Die Generalkommission stellte daraufhin alle Streiks ein und beschloß, aus den Mitteln der Streikkassen die in den ersten Kriegswochen schnell anwachsende Zahl der Arbeitslosen zu unterstützen. In den ersten Monaten des Krieges wurden daraufhin nicht weniger als 24 Millionen Mark aus den Streikfonds für die Angehörigen der Kriegshinterbliebenen und Arbeitslosen verausgabt. Da allgemein nur mit einer kurzen Kriegsdauer gerechnet wurde, erschien es allerdings nicht als ein großes Risiko, die Lohnbewegungen einzustellen und die gesammelten Streikgelder für Erwerbslose zu verwenden. Dennoch war dies wie bei den Sozialdemokraten bei der Kriegskreditbewilligung ein nicht zu übersehender Beweis, daß auch die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftler auf der Seite der nationalen Landesverteidigung stand. Daraufhin wurde, besonders auf Betreiben der Militärbefehlshaber und Kriegsämter, auch gegen die Gewerkschaften jede Aus-

¹⁰ Paul Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg, Berlin 1917, S. 21.

nahmeregelung abgebrochen. Zum Zeichen der äußeren Versöhnung zwischen Staat und Arbeiterklasse besuchten Minister, Generäle und hohe Staatsbeamte den Vorstand der Freien Gewerkschaften in seinem Berliner Hauptquartier¹¹.

Es zeigte sich, daß der Krieg mit seinen harten Notwendigkeiten und neuen Problemen die widerstrebenden Parteien zusammenzwang, jahrelang gehegte Konflikte unterdrückte und selbst den Klassenkampf zunächst als Schatten in den Hintergrund treten ließ. Der Krieg unterbrach keine verheißungsvollen Ansätze, sondern brachte ganz im Gegenteil Bewegung in die mit Haß und unendlicher Bitterkeit erstarrten Fronten und vollendete unter neuen Einsichten des Verstehens in ungeahnt schneller Weise einen neuen Teilabschnitt in der sozialen Entwicklung der Industrieverfassung. Er stieß damit Tore auf, an denen die Arbeiterschaft bis dahin vergeblich gerüttelt hatte und die mancher Sozialreformer gerne früher geöffnet hätte. Zugleich war es eine eigenartige Ironie der Geschichte, daß die Inangabe einer gewaltigen Kriegsmaschine, wie sie das kaiserliche Deutschland im August 1914 darstellte, neue Wege des mitmenschlichen Verstehens und einer weiteren Humanisierung der industriellen Arbeitswelt erschloß. Allerdings hatte die Einstellung aller Repressivmaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung auch recht konkrete Gründe: Die Mobilisierung der gesamten Volkswirtschaft für den Kriegsbedarf, die zwangsweise Umorientierung von der friedlichen Warenproduktion zur Rüstungsmaschinerie hatten den Verantwortlichen in der Regierung mit erschreckender Deutlichkeit klargemacht, daß die reibungslose Versorgung des Heeres in erster Linie von dem guten Willen der Arbeitnehmer abhängig war, sich für den Dienst der Kriegführung zur Verfügung zu stellen¹².

Die offizielle Anerkennung der Gewerkschaften, die gemeinsame Arbeit in der Kriegswohlfahrtspflege und der sich im Gegensatz zu den ersten Kriegsmonaten immer stärker bemerkbar machende Mangel an Arbeitskräften nötigten Arbeitgeber und Behörden zu größtem Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterverbänden. Die Errichtung von provisorischen Arbeitsvermittlungen und die Regelung der Erwerbslosenunterstützung, die bis dahin trotz verschiedener Anläufe noch keine gesetzliche Lösung gefunden hatte, führte an vielen Stellen zu einer dauernden Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Regierungsstellen und Arbeitgeberorganisationen. In vielen Gewerbezweigen wurden paritätische Arbeitsgemeinschaften für die Fragen der Arbeitsbeschaffung und der Kriegswohlfahrtspflege gebildet¹³. Innerhalb kur-

¹¹ Herkner, Die Arbeiterfrage, 8. Aufl., Bd. 2, aaO, S. 542.

¹² Emil Lederer, Die ökonomische Umschichtung im Kriege. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Jg. 1918/19, S. 10 ff.

¹³ Paul Umbreit, Die Arbeitslosenfürsorge und der Krieg. In: Friedrich Thimme und Carl Legien, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915, S. 184.

zer Zeit erreichten die Gewerkschaften eine de-facto-Anerkennung, was durch eine Erklärung *Delbrücks* im Reichstag bestätigt wurde, in der es hieß: „Die Gewerkschaften sind nicht vorzugsweise Agitationswerkzeuge, sondern haben in erster Linie Aufgaben zu erfüllen, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht denkbar ist.“¹⁴

Aber auch von seiten der Gewerkschaften war die Zustimmung zu dem politischen Burgfrieden aus ehrlicher Überzeugung gegeben worden. Das Schicksal des Reiches wurde auch als Schicksal der deutschen Arbeiterschaft aufgefaßt. Zur Bewilligung der Kriegskredite im Jahre 1915 schrieb das offizielle Organ der Generalkommission: „Wenn aber die bisherige Parteitaktik eine solche Vermittlung zwischen Parteipflicht und Staatsbürgerpflicht nicht kannte, so lag das lediglich daran, daß noch niemals das Wohl des Reiches und das Wohl des Volkes im gleichen Maße zusammenfielen als gegenwärtig...“¹⁵

Den mit Regierung und Unternehmervverbänden Hand in Hand zusammenarbeitenden Gewerkschaften gelang es in der nächsten Zeit, manche neuen sozialen Zugeständnisse, auch auf dem Gebiet der industriellen Betriebsverfassung, zu erreichen. Zwar wurde bis zum Munitionsarbeiterstreik 1917 das heiß umkämpfte Projekt der paritätischen Arbeitskammer nicht mehr angerührt, desto mehr wurde aber bei den betrieblichen Arbeiterausschüssen erreicht. Aufgrund einer Eingabe der vier Bergarbeiterverbände erließ der seit 1909 amtierende Handelsminister *Reinhold von Sydow* Anfang 1915 eine Verordnung an die preußischen Oberbergämter, nach der den obligatorischen Bergarbeiterausschüssen auf den privaten und staatlichen Zechen in allen Arbeiterfragen einschließlich der Lohn- und Gedingefrage ein Mitwirkungsrecht eingeräumt wurde. Die Verfügung sah im einzelnen vor¹⁶:

1. *Alle wichtigen Fragen und Änderungen des Arbeitsverhältnisses sowie Änderungen der Schichtzeit, die Einlegung von Übersichten und die Frage der Gefangenenbeschäftigung sollen vorher in besonderen Sitzungen mit dem Arbeiterausschuß eingehend besprochen werden. Alle Wünsche und Beschwerden der Arbeiter sollen genau geprüft und möglichst berücksichtigt werden.*
2. *Auch bei Differenzen in der Lohnfrage sollen die Arbeiterausschüsse gehört werden.*
3. *Die Oberbergämter sind angewiesen worden, darauf zu achten, daß auch auf den Privatgruben in diesem Sinne verfahren wird. Sie sollen bei*

Siegfried Nestriepke, Die Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2, Stuttgart 1923, S. 41. Zitiert nach Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat aaO, S. 74.

¹⁴ Clemens von Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland, München 1924, S. 37, und Nestriepke, Die Gewerkschaftsbewegung aaO, Bd. 2, S. 9.

¹⁵ Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, Jg. 1915, S. 157.

¹⁶ Soziale Praxis, Jg. 24 (1914/15), Sp. 679.

Zwistigkeiten zwischen den Zechenherren und den Belegschaften eingreifen.

4. *Die Oberbergämter sollen auch dann bei Zwistigkeiten eingreifen, wenn sie nur von einer Seite zur Vermittlung angerufen werden.*
5. *Wenn Streiks oder Aussperrungen auf einem Bergwerksbetrieb drohen, sind die Oberbergämter verpflichtet, auch ohne Vermittlungswunsch einzugreifen.*

Diese Verfügung des preußischen Handelsministeriums bedeutete einen erheblichen Schritt vorwärts in der sozialen Ordnung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bergbau. Denn bis dahin waren besonders im Ruhrbergbau die Arbeiterausschüsse bei Lohnstreitigkeiten meistens als unzuständig abgelehnt worden. Die im Berggewerbegerichtsgesetz vorgesehenen Einigungsämter, die bekanntlich durch *Berlepsch* eingeführt worden waren, hatten vordem nur in Aktion treten können, wenn sie von beiden Parteien zugleich angerufen wurden. Auch die Bergrevierbeamten hatten sich bei Lohnstreitigkeiten meistens in diesem Sinne verhalten. Das wurde nun mit dieser Verordnung grundsätzlich geändert. Die neue „Burgfriedensverfassung“ im Bergbau wurde von der sozialdemokratischen „Bergarbeiter-Zeitung“ lebhaft begrüßt. Sie schrieb: „Wenn es im Preußischen Landtag gelingt, diese Verordnung des Ministers allgemein zur Geltung zu bringen, so wäre das immerhin ein großer Fortschritt, der zu einer besseren Verständigung bei Differenzen zwischen Bergarbeitern und Arbeitgebern beitragen würde“¹⁷. Wie die Bergarbeiterzeitung später berichtete, machten die Bergarbeiterausschüsse von ihren neuen Rechten weitgehenden Gebrauch. Sie brachten die nach Kriegseintritt beobachteten Lohn- und Gedingeabzüge zur Sprache und veranlaßten die Oberbergämter zum Einschreiten bei Zwang zum Verfahren von Übersichten, bei überscharfem Bestrafen, bei Behinderung der Freizügigkeit durch Sperrung der Überweisungsscheine sowie schlechter Behandlung durch Vorgesetzte (besonders in Oberschlesien). Wie die Zeitschrift „Bergknappe“ dazu ergänzend anführte, gab es auch nach dem Erlaß der Verordnung immer noch einige Zechenverwaltungen, die sich weigerten, in Lohnfragen mit den Arbeiterausschüssen zusammenzuarbeiten. Aber das handelte sich jetzt nur noch um Ausnahmen. „Manchmal“, hieß es selbstkritisch in dem Organ der christlichen Gewerkschaft, „liegt die Schuld auch bei den Arbeiterausschüssen selber, weil sie sich zu wenig rühren oder zu wenig brauchbare und zuverlässige Angaben von Kameraden erhalten.“ Zusammenfassend wurde das Urteil abgegeben, „daß doch mancher erfreuliche Erfolg für unsere Kameraden erzielt worden ist. Im übrigen möchten wir nur wünschen, daß sich die Privatgrubenbesitzer überall das Entgegenkommen des Handelsministeriums zum Vorbild nehmen“¹⁸. Wie diese und andere Berichte zeigten, war es den Bergarbeiterverbänden seit 1915 gelungen, einen ständigen Einfluß auf

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd., Sp. 882.

die Gestaltung der betrieblichen Arbeitsverhältnisse im Bergbau zu erreichen, indem sie die Bergarbeiterausschüsse zu Eingaben an die Zechenverwaltungen veranlaßten¹⁹.

Ein weiteres Beispiel für die innere Kräftigung der Arbeiterausschüsse wurde in den Berichten der Gewerbeinspektion Köln erwähnt. Einige Unternehmer der eisenhaltenden Industrie hatten dort kategorisch eine gemeinsame Besprechung mit den Gewerkschaften über Lohn- und Arbeitsbedingungen unter den gleichen Bedenken wie vor 1914 abgelehnt. Durch Vermittlung der Gewerbeinspektoren und der Militärbehörden konnte aber schließlich eine Einigung dahingehend erzielt werden, daß künftig die Arbeiterausschüsse oder Krankenkassenvorstände im Namen der Belegschaften über die Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln durften. Die Militärbehörden veranlaßten ferner den Kölner Regierungspräsidenten, durch behördliche Verfügung ein solches Mitwirkungsrecht für die Arbeiterausschüsse zu legalisieren. Unter diesem Druck amtlicher Stellen wurde die Arbeitsordnung in den betreffenden Betrieben in diesem Sinne abgeändert²⁰. Auch hier zeigte sich der tiefgreifende Wandel in den bisherigen Positionen. Der staatlich geförderte Machtzuwachs der Gewerkschaften bedeutete vielfach zugleich ein Aufblühen der Betriebsvertretungen.

Bei diesem unverhofften Machtzuwachs für die Arbeitervertretungen konnte es nicht ausbleiben, daß einzelne Gewerkschaften und Angestelltenverbände recht bald über den ihnen eingeräumten Raum der Befugnisse hinauszustoßen versuchten. Seit dem Jahre 1915 tauchten Gedanken auf, für die Arbeiterausschüsse außer einem Mitwirkungsrecht in sozialen, personellen und tarifrechtlichen Angelegenheiten auch eine Produktionskontrolle und mitverantwortliche Teilnahme an der technischen und betriebsorganisatorischen Betriebsleitung zu verlangen. Dabei wurde nicht verschwiegen, daß dies nur eine Übergangsstufe sein sollte und als Endresultat eine Sozialisierung und Verstaatlichung der gesamten Industrie angestrebt wurde. Wenn demgegenüber seit August 1915 sich auch die Unternehmer in steigendem Maße für eine neue und grundlegende Fixierung des betrieblichen Mitbestimmungsrechtes in Form der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse aussprachen, so geschah das vor allem aus dem Grund, den Gewerkschaften auf diese Weise bei ihren viel weitergehenden Sozialisierungsplänen möglichst viel Wind aus den Segeln zu nehmen und einem weiteren unkontrollierten Vordringen auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes eine feste Normierung entgegenzusetzen. Für die Arbeitgeber, so wurde argumentiert, sei der Krieg und die Rüstungsproduktion im Grunde ein „anomales ökonomisches Ereignis“, jenseits der gewohnten wirtschaftlichen Planung und Rentabilität liegend. Die planwirtschaftliche Kriegspro-

¹⁹ Vgl. auch die Beurteilung der Auswirkungen der Verfügung im „Bergknappen“ vom 29. Mai und 20. November 1915.

²⁰ Amtliche Berichte der Gewerbeinspektion Köln 1914–1918.

duktion verlange von allen Wirtschaftsteilnehmern, auch von der Unternehmenseite, ungewöhnliche Zugeständnisse und größtes Entgegenkommen in sozialpolitischen Fragen. Dazu sei man bisher auch nach besten Kräften bereit gewesen. Nach Meinung der Unternehmer müßte aber die ganze Sozialpolitik nach dem Kriege erneut überprüft und einer normalen Friedenswirtschaft wieder angepaßt werden. Auf keinen Fall dürfe der Staat aber zulassen, daß die Gewerkschaften und Angestelltenverbände ihre vorübergehende Vormachtstellung im Krieg politisch ausschachten²¹. Dieser ein Jahr nach Kriegsausbruch gegebene Hinweis, die gewährten sozialen Zugeständnisse müßten unter Umständen später wieder abgebaut werden, offenbarten, daß die Spannungen unter der Oberfläche latent geblieben waren.

Für die Gewerkschaften war das alles aber im Gegenteil nur der Beginn einer umfassenden Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie dachten gar nicht daran, das hier so schnell gewonnene Terrain wieder aufzugeben.

3. Das Ende der einseitigen Fabrikherrschaft mit dem Hilfsdienstgesetz 1916

Der durch die Blockade ständig steigende Rohstoffmangel, der wachsende Verbrauch der in schweren Materialschlachten kämpfenden Truppe, die Rationierung der Lebensmittel durch Einführung eines Kartensystems und die Einstellung von Gefangenen und weiblichen Arbeitskräften in Munitionsfabriken und anderen kriegswichtigen Betrieben verlangten in den folgenden Kriegsjahren eine gründliche Rationalisierung des gesamten Wirtschaftsapparates mit dem Ziel einer straffen Zusammenfassung aller vorhandenen Kräfte und Mittel. Als *Hindenburg* und *Ludendorff* 1916 die Oberste Heeresleitung übernahmen, um den Krieg vor einem wirksamen Eingreifen der Amerikaner in Europa mit einer letzten großen militärischen Anstrengung zugunsten der Mittelmächte zu beenden, wurden auch im Innern des Reiches einschneidende Veränderungen angekündigt. So sah das „Hindenburg-Programm“ unter anderem vor, ab Herbst 1916 alle nicht im Heeresdienst befindlichen Männer zwischen 17 und 60 Jahren zu einem Pflichtarbeitsdienst heranzuziehen und den Wechsel des Arbeitsplatzes in kriegswichtigen Betrieben auf ein Mindestmaß einzuschränken. Diese angekündigten Maßnahmen bedeuteten in erster Linie einen Verzicht auf den freien Arbeitsvertrag und das Recht auf Freizügigkeit.

Die Regierung wußte, daß sie der Industrie-Arbeiterschaft, die von diesem Gesetz in erster Linie betroffen wurde, einen Ausgleich für die ungewöhnliche Beschränkung der persönlichen Freiheit geben müsse: Alles bis dahin gezeigte Entgegenkommen würde die Arbeiterschaft auf die Dauer nicht zum Durchhalten bewegen und gefährliche Streiks, wie sie in England schon ausgebro-

²¹ Deutsche Arbeitgeberzeitung vom 14. März sowie 15. und 22. August 1915.

chen waren, nicht verhindern können. Obwohl sich die britischen Gewerkschaften nämlich schon zu Anfang des Krieges verpflichtet hatten, alle Arbeitskonflikte in kriegswichtigen Betrieben durch Schiedsgerichte austragen zu lassen, waren schon im Jahre 1915 die ersten Streiks auf Munitionsfabriken, wie in Clyde, übergegriffen. Um die Erregung unter den englischen Arbeitern zu dämpfen, hatte die Londoner Regierung die „Whitley-Räte“, d. h. betriebliche „Work committees“ und überbetriebliche „District councils“ sowie „Joint standing industrial councils“, die in etwa den deutschen Arbeiterausschüssen und Arbeitskammern entsprachen, mit gewissen Mitbestimmungsbefugnissen für die Arbeiter eingeführt¹. Die deutsche Regierung befürchtete eine ähnliche Entwicklung und wollte daher als Äquivalent für die Beschränkung des freien Arbeitsvertrages und des Rechtes auf Freizügigkeit die obligatorische Einführung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen sowie von Einigungsämtern und Schiedsausschüssen in der gesamten deutschen Industrie proklamieren. Es erschien der Regierung in der kritischen Situation, da die Völker unter der äußersten Kraftanstrengung um den Sieg rangen, dies als ein entscheidender Vorteil für die Arbeitnehmer, der sie mit den übrigen Beschränkungen versöhnen mußte.

Als das Kriegsamt im preußischen Kriegsministerium unter Generalleutnant *Wilhelm Gröner* und andere Regierungsstellen deswegen mit den verschiedenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen Verhandlungen aufnahmen, machten die Gewerkschaften ihre Mitarbeit von folgenden Bedingungen abhängig²:

1. Schaffung ausreichender Garantien zum Schutz der rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft;
2. Festsetzung der Ausführungsbestimmungen unter Mitwirkung der Volksvertreter im Reichstag.

Das Ergebnis dieser ersten Verhandlungen war ein im Reichsamt des Innern fertiggestellter Entwurf eines „Gesetzes betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst“, der aus vier Paragraphen und einigen Richtlinien bestand³. Doch wurde dieser von vielen Seiten abgelehnt, da er nicht genügend Sicherungen vorsah, um Mißbräuche bei der geplanten Zusammenfassung und Rationalisierung der Arbeitskräfte auszuschließen. Nicht nur von seiten der Gewerkschaften und Angestelltenverbände, auch von den Parteien, die deswegen in

¹ Vgl. Theodor Plaut, Entstehung, Wesen und Bedeutung des Whitleyismus, des englischen Typs der Betriebsräte, Berlin 1922, S. 25 ff. – Charlotte Leubuscher, Sozialismus und Sozialisierung in England, 1923, S. 184. – Bericht der Whitley-Commission vom 8. März 1917, S. 16. – The Labour Year Book, Jg. 1919, S. 253, und International Labour Review, Bd. 7 (1923), S. 228.

² Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, Nr. 47 vom 18. 11. 1916, S. 477.

³ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 13. Legislaturperiode, 2. Session (Drucksache Nr. 509).

interfraktionellen Besprechungen zusammenkamen, und besonders den Mitgliedern der Haushaltskommission des Reichstages wurden zahlreiche Änderungs- und Zusatzanträge eingebracht, so daß der Regierungsentwurf binnen kurzem auf 20 Paragraphen answoll. Da die Durchführung und der Erfolg des „Hindenburg-Programmes“ in erster Linie von dem guten Willen der Arbeiterverbände abhing, an den betriebsorganisatorischen Umstellungsmaßnahmen mitzuarbeiten, war es für diese nicht schwer, in den Reichstagsverhandlungen durch ihre Vertreter noch wesentliche Zugeständnisse für die Arbeiterausschüsse herauszuholen.⁴ Konservative und Nationalliberale mußten sich dieses Mal auf Bedenken beschränken, die sich auf die geplante rechtliche Stellung der Ausschüsse, ihre Organisation und ihre Befugnisse konzentrierten.⁵ Schließlich konnte als Ergebnis der Beratungen am 2. Dezember 1916 das „Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst“ verabschiedet werden und am 5. Dezember in Kraft treten.⁶

Das Gesetz sollte nach dem Willen von *Hindenburg* und *Ludendorff* als Ergänzung zu den militärischen Anstrengungen (Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Bootkrieges usw.) das gesamte deutsche Volk für den totalen Krieg mobilisieren, um dadurch die kämpfende Front zu verstärken. Es verpflichtete daher zunächst jeden männlichen Deutschen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr, soweit er nicht schon einberufen war, zum „vaterländischen Hilfsdienst“ für die Dauer des Krieges, wobei im übrigen auch die Gewerkschaften und Träger der Sozialversicherung, ohne besonders genannt zu sein, zu den Einrichtungen im Sinne des Kriegshilfsdienstes gerechnet wurden. Es brachte ferner für alle Beschäftigten in Betrieben des vaterländischen Hilfsdienstes, nämlich allen Rüstungs- und kriegswichtigen Versorgungsbetrieben (nicht aber der Land- und Forstwirtschaft), eine Beschränkung der Freizügigkeit in der Weise, daß ein Wechsel der Arbeitsstelle nur mit einem Abkehrschein möglich wurde. Niemand konnte Arbeit finden, der nicht einen Abkehrschein des letzten Arbeitgebers vorweisen konnte.

Doch wurden diese Paragraphen von den Gewerkschaften als nebensächlich, wenn auch unerfreulich, gegenüber dem sozialpolitischen Fortschritt an-

⁴ Ebd., Antrag Spahn und Genossen (Drucksache Nr. 532) und Antrag Albrecht und Genossen (Drucksache Nr. 535).

⁵ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 13. Legislaturperiode, 2. Session, S. 2173 und 2179.

⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 13. Legislaturperiode, 2. Session, Drucksache Nr. 574. Vgl. ferner Franz Hoffmann, *Der Vaterländische Hilfsdienst*, 4. und 5. Aufl., Berlin 1918. – Max Herrmann, *Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 1916*, Berlin 1917. – Georg Baum, *Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 1916 nebst Ausführungsbestimmungen*. In: Heß' *Kriegsschriftensammlung* Nr. 47, Stuttgart 1917. – Carl Legien, *Gesetz betr. den Vaterländischen Hilfsdienst*, Berlin 1916. – Eugen Schiffer und Johannes Junck, *Der Vaterländische Hilfsdienst*, Berlin 1917. – Otto Eckler, *Was muß man vom Vaterländischen Hilfsdienst wissen?* Saarbrücken 1917.

gesehen, den das Gesetz sonst enthielt. Die entscheidende Neuerung lag in dem § 11 begründet, in dem es hieß:

„In allen für den Vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben, für die der Titel VII der Gewerbeordnung gilt und in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen. Soweit für solche Betriebe ständige Arbeiterausschüsse nach § 134 b der Gewerbeordnung oder nach den Berggesetzen nicht bestehen, sind sie zu errichten. Die Mitglieder dieser Arbeiterausschüsse werden von den volljährigen Arbeitern des Betriebes oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Das Nähere bestimmt die Landeszentralbehörde.“

Nach denselben Grundsätzen und mit den Befugnissen der in Abs. 1 bezeichneten Art sind für Betriebe mit mehr als 50 nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtigen Angestellten besondere Ausschüsse (Angestelltenausschüsse) für diese Angestellten zu errichten.“⁷

War noch von seiten der Konservativen und Nationalliberalen als politische Vertreter der Arbeitgeber verhältnismäßig wenig gegen die obligatorische Einführung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gesagt worden⁸, so hatten doch die nachfolgenden Paragraphen ein recht wesentliches Streitobjekt gebildet. Der § 12 des verabschiedeten Gesetzes, der sich im übrigen eng an die Formulierung der diesbezüglichen Bestimmungen der Preussischen Berggesetznovelle von 1905 anlehnte, besagte:

„Dem Arbeiterausschuß liegt es ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seiner Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern. Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses muß eine Sitzung anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden.“

Entgegen einem weitergehenden Antrag *Bernsteins*⁹ konnten aber die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse den Unternehmer nur über ihre Anträge, Wünsche und Beschwerden unterrichten, ihn beraten und sich zu vorliegen-

⁷ Nach den am 22. Januar 1917 erlassenen Ausführungsbestimmungen für Preußen wurde der Arbeiter- bzw. Angestelltenausschuß von den volljährigen Angehörigen der jeweiligen Berufsgruppe in einem Betriebe gewählt und bestand aus mindestens fünf und höchstens zehn Mitgliedern. Den Vorsitz führte der nicht stimmberechtigte Unternehmer des betreffenden Betriebes. Für die bereits vor dem 5. 12. 1916 bestehenden Betriebsvertretungen galten übrigens diese Bestimmungen nicht.

⁸ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 13. Legislaturperiode, 2. Session, S. 2173, 2179 und 2250.

⁹ Ebd., Drucksache Nr. 534 (Antrag Bernsteins).

den Fragen gutachtlich äußern. Die Ausschüsse besaßen keine wirklich entscheidende Handlungsvollmacht, irgendwelche Dinge allein zu entscheiden. Dennoch war dieses Mitspracherecht stärker, als es zunächst aussah.

Denn die Betriebsvertretungen hatten noch eine zweite wichtige Aufgabe. Kam nämlich bei Streitigkeiten über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen eine Einigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiterausschuß nicht zustande (§ 13), so konnte, wenn nicht beide Teile zugleich ein Gewerbegericht, ein Berggewerbegericht, das Einigungsamt einer Innung oder ein Kaufmannsgericht als Vermittlungsstelle anriefen, der Streitfall vor einen im § 9 des Gesetzes vorgesehenen Schlichtungsausschuß kommen, der aus einem Beauftragten des Kriegsammtes als Vorsitzenden und je drei Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestand. Wenn auch der Unternehmer nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes seinen Arbeiter- und Angestelltenausschuß nur anzuhören brauchte und die Anordnungen auch gegen seinen Willen treffen konnte, so sorgte die Existenz der Schlichtungsausschüsse dafür, daß dies nach Möglichkeit unterbunden wurde.

In der Praxis zogen die Unternehmer, wie sich bald zeigte, in Streitfällen eine Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß vor, da dieser nach § 13, Abs. 2, die Befugnis zur Anrufung eines Schlichtungsausschusses im anderen Fall sofort ausnutzte. Die Anrufung des Schlichtungsausschusses brachte oft genug für den Arbeitnehmer ein günstiges Urteil, zumal das Kriegsamt den Vorsitzenden stellte. Der Arbeitgeber war im unterliegenden Fall gezwungen, sich dem Spruch des Schiedsausschusses zu unterwerfen, wenn er nicht die Abwanderung seiner Arbeiter hinnehmen wollte. Durch die Einschaltung der Schiedsausschüsse, die ähnlich wie schon zuvor im Bergbau selbständig von den Arbeiterausschüssen angerufen werden konnten, wurde ein starker Druck zur Berücksichtigung der Anträge der Betriebsvertretungen erreicht. Der Gesetzgeber hatte im Gegensatz zu ähnlichen früheren Gesetzen soviel als möglich sich bemüht, sämtliche Fragen des Arbeitsverhältnisses in den Kompetenzbereich der Ausschüsse zu ziehen und den Arbeitern einen effektiven Einfluß auf die Gestaltung ihres Betriebes einzuräumen.

Die mit einem neutralen Vorsitzenden besetzten paritätischen Schiedsausschüsse waren schon vor dem Gesetz in der Metallindustrie eingeführt worden und hatten sich dort außerordentlich gut bewährt. Ihre Errichtung hing mit einer Anordnung der preußischen Feldzeugmeisterei zusammen, in der ähnlich dem Hilfsdienstgesetz bestimmt worden war, daß die Arbeiter der Kriegslieferungsbetriebe nur mit Zustimmung des Arbeitgebers aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden durften und dieser ihnen einen Abkehrschein ausstellen sollte. Die Gewerkschaften legten sofort Protest ein, weil den Arbeitnehmern dadurch die Möglichkeit genommen wurde, zur Erreichung von Lohnerhöhungen den Arbeitsplatz zu wechseln. Nach Verhandlungen mit der preußischen Feldzeugmeisterei und anderen Militärbehörden kam es dann im Februar

1915 zur ersten Einsetzung paritätischer Schiedsausschüsse in der Berliner Metallindustrie. Da sich die Schiedsausschüsse bei der Entscheidung von Streitfragen bewährten, wurde schon 1915 dem Generalkommando empfohlen, solche Ausschüsse aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern auch in anderen Industriezweigen anzuregen¹⁰. Das Hilfsdienstgesetz verwirklichte dann diese Empfehlung im großen Stil.

Die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes brachten, wie es der Abgeordnete *Gustav Stresemann* im Reichstag ausdrückte, „einen Siegeszug des Organisationsgedankens“¹¹, sie errichteten einen neuen Eckpfeiler in dem System organisierter Mitwirkung der Arbeiterschaft in den Fragen des Arbeitsverhältnisses. Das Gesetz bedeutete zugleich aber eine endgültige Abkehr der Regierung vom Herr-im-Hause-Standpunkt und den Abschluß einer bis dahin wenig glücklichen Gelegenheitsgesetzgebung. Die „Institute des sozialen Friedens“, wie *Wilhelm II.* in seiner ersten überschwenglichen Begeisterung 1890 die Ausschüsse getauft hatte, waren nach jahrzehntelangen zermürbenden Auseinandersetzungen ganz überraschend Wirklichkeit geworden. Auf einem Kongreß der Arbeiter- und Angestelltenverbände in den Berliner „Germania-Festsälen“ am 12. Dezember 1916, an dem als Gäste der Leiter des Kriegsammtes, Generalleutnant *Gröner*, und der Staatssekretär des Innern, *Helfferrich*, teilnahmen, wurde im Namen der Vertreter aller gewerkschaftlichen Richtungen erklärt, „an der Durchführung des Gesetzes mit allen Kräften mitarbeiten zu wollen“¹². Obwohl es bei den vorhergehenden Beratungen im Parlament besonders zwischen *Carl Legien* und *Helfferrich* zu starken Auseinandersetzungen gekommen war, stand diese Kundgebung der „Heimatarmee“ völlig im Zeichen der Versöhnung und des gemeinsamen guten Willens. Der Staatssekretär erklärte im Namen der Regierung, daß eine Mitwirkung der Gewerkschaften und Angestelltenverbände bei der Ausführung des Gesetzwerkes unbedingt notwendig sei. „Zur Lösung dieser Aufgabe appellieren wir nicht nur an den guten Willen und die Vaterlandsliebe, sondern auch an die Sachkenntnis und die praktische Erfahrung der hier vertretenen Organisationen.“ Auch Generalleutnant *Gröner* wies auf die Bedeutung des Gesetzes für die soziale Entwicklung hin und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß diese Gemeinschaftsarbeit mithelfen werde, nach dem Kriege

¹⁰ Umbreit, Die Gewerkschaften im Weltkriege aaO, S. 71, und Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, Jg. 1915, S. 114.

¹¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Legislaturperiode 1916/17, 2. Session, S. 2250, und Theobald von Bethmann-Hollweg, v. Stein, Helfferrich und Gröner, Vaterländischer Hilfsdienst. Reden zur Vorlage des Gesetzes im Reichstag, Stuttgart 1916.

¹² G. Bauer, Bericht über die Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen betr. das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916, Berlin 1917. – Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Jg. 1916, S. 214. – Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, Jg. 1916, S. 521.

vieles Trennende zu beseitigen. *Alexander Schlicke*, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wurde nach einem gemeinsamen Vorschlag aller Arbeiterorganisationen als Vertreter der Arbeitnehmer ins Kriegsamt berufen¹³. Nach Abschluß der Kundgebung schrieb ein Blatt der Angestelltenbewegung, die „Deutsche Technikerzeitung“, am 20. Januar 1917: „Der 12. Dezember 1916 wird für die deutsche Arbeiterbewegung ein Tag von geschichtlicher Bedeutung bleiben.“

Die Zahl der Betriebsvertretungen stieg nach dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes außerordentlich stark an, und die Ausschüsse entfalteten eine emsige Tätigkeit, die sich wegen der steigenden Lebenshaltungskosten aber meistens um Lohnerhöhungen drehte. Die Arbeit der Ausschüsse wirkte sich, wo sie neu eingeführt wurden, fast immer für den Arbeitnehmer vorteilhaft aus: Meistens gelang es durch bloßes Verhandeln, die geforderten Lohnerhöhungen durchzusetzen¹⁴. Wenn auch infolge der schweren Kriegsjahre kaum Verbesserungen im Arbeitsschutz erreicht werden konnten, gelang es aber doch wenigstens, die ständigen Preissteigerungen in etwa zu kompensieren. Allgemein wurde eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wie eine Verlängerung der Arbeitszeit und ein rapides Absinken des Lebensstandards verhindert – mehr konnten in den letzten beiden Kriegsjahren auch die Ausschüsse nicht erreichen. An dem für die Arbeiter vorteilhaften Ausgang der Lohnverhandlungen waren vor allem die schon erwähnten Schlichtungsausschüsse maßgeblich beteiligt. Die vom Kriegsamt ernannten Vorsitzenden, die im Zivilberuf ausdrücklich keine Unternehmer sein durften, suchten oft aus politischen Erwägungen die Wünsche der Arbeitnehmer weitgehend zu berücksichtigen. Da infolge der paritätischen Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse ihre Stimme vielfach den Ausschlag gab, war die gesamte Schlichtungspraxis von diesen Rücksichten bestimmt¹⁵. Dadurch wurde wiederum die Stellung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gefestigt.

Während aber von der Regierung und den gemäßigten Verbänden die Ausschüsse vornehmlich als Instrumente des sozialen Friedens und der Zusammenarbeit mit den Unternehmern betrachtet wurden, wollten einige radikale Arbeiterverbände ihre Zustimmung zu dem Kriegshilfsdienstgesetz als den Beginn eines Kampfes gegen das „absolutistische Fabriksystem“ insgesamt verstanden wissen, als einen Schritt zur allgemeinen Sozialisierung der Industrie¹⁶. Die neuen Ausschüsse wurden von ihnen gemäß schon vorhandenen Vorbildern zu reinen Gewerkschaftsstellen im Betrieb ausgebaut. In vielen Fällen hatten die Gewerkschaften die Ausschüsse völlig in der Hand, und diese strebten nichts anderes an, als Organe und Ausführungswerkzeuge der Ge-

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl. die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten 1914–1918, Teil I, S. 303 und Teil III, S. 43.

¹⁵ Ebd., Teil I, S. 1028 und Teil II, S. 346.

¹⁶ Industriebeamtenzeitung vom 2. März 1917.

werkschaften zu sein¹⁷. Der alte Typus des vom Unternehmer freiwillig eingerichteten Ausschusses, der keinerlei Bindung zur Arbeiterbewegung hatte, verschwand im Zuge dieser Entwicklung mehr und mehr.)

Die Arbeitgeberschaft erkannte diese Entwicklung mit Sorgen und setzte in vielen Fällen der behördlich verfügten Mitwirkung der Arbeitnehmer in Betriebsangelegenheiten einen passiven Widerstand entgegen. Da die Ausführungsbestimmungen zu dem Hilfsdienstgesetz am 22. Januar 1917 trotz aller Ausführlichkeit vergessen hatten, einen Zeitpunkt für die Errichtung der obligatorischen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zu bestimmen, machten sich manche Unternehmer diesen Mangel zunutze und zögerten die Errichtung der Betriebsvertretung bis zu 7 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes hinaus. „Alle Vorstellungen sind ergebnislos gewesen“, klagte *Ernst Francke*, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“¹⁸. Erst durch eine neue Ausführungsverordnung vom Dezember 1917 wurde vorgeschrieben, daß der jeweilige Regierungspräsident die Errichtung eines Arbeiter- und Angestelltenausschusses verfügen könne, wenn der Arbeitgeber den gesetzlichen Bestimmungen nicht nachkomme. Der passive Widerstand ließ daraufhin nach, doch sahen die Unternehmer weiterhin mit Unbehagen, wie die Ausschüsse besonders von den Anhängern der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ zu Streikzwecken benutzt wurden und betonten daher immer wieder das Provisorische dieser Institution¹⁹. Die Gewerkschaften hatten aber inzwischen ein so enges Verhältnis zu den Arbeiterausschüssen gewonnen, daß nach ihrem Willen nur ein Ziel in Frage kam: Erhaltung der Ausschüsse nach Ablauf des Kriegshilfsdienstgesetzes als unterste Stufe einer allgemeinen Arbeitervertretung auf gesetzlicher Grundlage²⁰.

Mit diesem kurzen Ausblick auf die unmittelbaren Auswirkungen des Hilfsdienstgesetzes soll diese Untersuchung hier abschließen. Die seit 1916 einsetzenden inneren Auseinandersetzungen zwischen der revolutionären und reformistischen Richtung um den Führungscharakter der Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften, die anschließende Fraktionsspaltung und die damit zusammenhängenden politisch-gesellschaftlichen Bewegungen bis zum

¹⁷ Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten 1914–1918, Teil I, S. 966. – Der Arbeitgeber vom 5. März 1918 und Der Proletarier vom 27. Juli 1918.

¹⁸ Soziale Praxis, Jg. 1916/17, Sp. 768.

¹⁹ So richteten Hugenberg und Stinnes am 23. Februar 1917 im Namen des Bergbaulichen Vereins eine Eingabe an Hindenburg, in der sie die schlechten Auswirkungen des Kriegshilfsdienstgesetzes auf die Arbeitsverhältnisse betonten und eine Abschaffung des Gesetzes nach Kriegsende befürworteten. Auch die Nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie forderte im Gegensatz zu den Gewerkschaften, daß „mit Rückkehr friedlicher Verhältnisse auch die Einrichtungen des Gesetzes – die obligatorischen ständigen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen – aufgehoben werden sollten“.

²⁰ Paul Umbreit, Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften. Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm im Auftrag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1918, S. 19.

Ende des Kaiserreiches beeinflussten – unter anderem durch das Hinzukommen der Räte-Ideologie – den Charakter und die Zielsetzung der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse so entscheidend, daß die Geschichte der Mitbestimmung nach 1916 einem neuen Kapitel angehört, in dessen Mittelpunkt unter anderem der Erlaß des Betriebsrätegesetzes 1920 steht. Das Werden dieses Gesetzes und der Weg bis zur heutigen sozialen Betriebsverfassung muß aber einer anderen Darstellung vorbehalten bleiben.

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

I

Wenn wir die hier ausgebreiteten Untersuchungsergebnisse zur Geschichte der industriellen Mitbestimmung im 19. Jahrhundert insgesamt noch einmal überblicken, so hebt sich zunächst die Tatsache hervor, daß die theoretischen Einsichten und die Ausbildung der Realformen lange nebeneinander hergelaufen sind und erst zu einem vergleichsweise späten Zeitpunkt eine rechte Beziehung fanden. Infolge der verspäteten Industrialisierung Deutschlands orientierte sich in der Zeit des Vormärz das denkerische Aufgebot in dieser Frage zunächst vorwiegend an englischen und französischen Verhältnissen. Die ersten Theorien für ein Mitbestimmungsrecht der Fabrikarbeiter erwachsen weitgehend am Vorbild der industriell weiter entwickelten großen Nachbarstaaten des europäischen Westens. Da den deutschen Sozialreformern das praktische Anschauungsmaterial in der Heimat zunächst fehlte, wurden die auf Bildungsreisen und durch das Studium der ausländischen Literatur empfangenen Eindrücke bestimmend. Die ersten Vorschläge und Ideen für ein Mitbestimmungsrecht trugen daher überwiegend utopischen Charakter und eilten den sich gerade entwickelnden Formen der industriellen Arbeitswelt in Deutschland voraus.

Und doch waren die in der stillen Studierstube entstandenen und nach westlichen Vorbildern ausgerichteten Vorstellungen mehr als müßige Gedankenspielerereien; denn mit großer Hellsichtigkeit wurden die neu auftauchenden Fragen selbständig weiter durchdacht und eine soziologische Schauweise an sie herangetragen, indem vor allem die Interdependenz zwischen Betriebs- und Gesellschaftsordnung herausgestellt wurde. Wenn auch die vorgeschlagenen Lösungsversuche der ersten vormärzlichen Sozialdenker nach heutiger Sicht unzulänglich und teilweise ständisch rückwärts gewandt erscheinen, so ist doch daran zu erinnern, daß diese vor einem damals noch unbekannten sozialen Phänomen standen, zu dessen Erfassung sie sich erst einen Begriffsapparat schaffen mußten. Es bleibt ihr Verdienst, erstmals und überzeugend auf die Notwendigkeit einer „Einbürgerung des Proletaires“ in die Gesellschaft mit Hilfe einer korporativen Vertretung hingewiesen und zugleich einen sittlichen Rechtsanspruch darauf formuliert zu haben. Im Gegensatz zu ihren meisten Zeitgenossen wollten sie die in der Fabrik auftauchenden sozialen Fra-

gen nicht mehr allein mit den tradierten Mitteln der Armenpolizei und der karitativen Fürsorge, sondern vor allem mit einer Stärkung des Assoziationswillens bei den „arbeitenden Klassen“ und einer Beschränkung der Unternehmerautonomie angehen.

Die ersten theoretischen Konzeptionen, durch Elemente genossenschaftlicher Teilhabe das Herrschaftsverhältnis in den Fabriken erträglicher zu machen, um den Arbeiter von der Vorstellung zu befreien, daß seine Arbeitskraft nur wie ein beliebiges Werkzeug gemietet sei, fanden in der Masse des kleinunternehmerisch-handwerklichen Bürgertums kaum einen, wohl aber im Bildungsbürgertum einen ersten Widerhall. Die Forderungen erhielten in dem Maße Gewicht, wie sich die Nachteile des einseitigen Individualismus und des ökonomischen Liberalismus, insbesondere die sich aus der fortschreitenden Trennung von Arbeit und Kapital ergebende Objektsituation des Industriearbeiters verstärkten. Die Ideen und Programme, mit deren Hilfe die immer mehr sichtbar werdende Zerklüftung zwischen den Arbeitsparteien überbrückt werden sollte, erreichten dann nach der Lockerung der scharfen Zensurbestimmungen und dem Aufkommen der ersten oppositionellen Publizistik sowie dem Beginn des politischen Parteiwesens in den vierziger Jahren bis hin zur Revolution 1848/49 vor allem in Preußen ihren ersten Kulminationspunkt. Die von der Wissenschaft bisher wenig berücksichtigten Protokolle über die jahrelangen Verhandlungen des „Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ in Preußen legen ein beredtes Zeugnis ab, in welcher Weise sich damals am Beginn des Fabrikensystems in Deutschland bereits führende Köpfe des liberalen Bürgertums um die Aufhebung der sozialen Distanz zu den „arbeitenden Klassen“ bemühten, unter anderem durch die Förderung der Arbeiterselbstverwaltung im Rahmen paritätischer „Fabrikvereine“, den Vorläufern der späteren Gewerberäte und Arbeitskammern.

Gerade diese Dokumente aus dem Vormärz zeigen, wie sehr sich unsere bisherige Betrachtungsweise bei diesen und ähnlichen sozialen Fragen an den Verhältnissen, wie sie etwa *Friedrich Engels* 1844 in seinem berühmten Buch über die Lage der arbeitenden Klassen in England schilderte, und auch an den Denkvorstellungen eines klassischen Liberalismus ausgerichtet hat, wie es ihn in der Praxis kaum gegeben hat. Eine Analyse der Verhandlungsberichte des „Centralvereins“, der Handwerker- und Arbeiterkongresse sowie der Nationalversammlungen in Frankfurt und Berlin wie auch der Schriften anderer Sozialschriftsteller beweist, daß repräsentative Gruppen der damaligen Gesellschaft, einige Vertreter des Großbürgertums, der Aristokratie und der höheren staatlichen Bürokratie ausgenommen, sich nie ganz aus dem Feld der sozialen Bemühungen und auch der betrieblichen Sozialpolitik zurückgezogen haben. Auf dem Wege von den erstarrten Bindungen eines älteren Wirtschaftssystems zur liberalen Gewerbe-„Freiheit“ wurden schon wieder neue Bindungen sozialer Art eingegangen. *Praktisch vom Beginn der Industrialisierung an*

suchten in vielen Teilen Deutschlands einflußreiche Zirkel mit der verschiedensten politischen Prägung den „gesellschaftlichen Atomismus“ und die Entfremdung zwischen Fabrikherr und Fabrikarbeiter zu überwinden. Allerdings wurde diese wie auch andere soziale Fragen nur als eine vorübergehende häßliche Begleiterscheinung der Industrialisierung empfunden. Im optimistischen Fortschrittsglauben wurde – noch unberührt vom Kommunistischen Manifest – auf die Selbstheilungskräfte der Gesellschaft vertraut, die es nach Meinung der damaligen Zeit nur anzuregen galt. Auch Angehörige des unternehmerischen Bürgertums schlossen sich aus patriarchalischen, religiösen oder philanthropischen Erwägungen den Vorschlägen zur Verpersönlichung und Humanisierung des Arbeitslebens an. Sie erkannten, daß eine nur auf rationellen und ökonomischen Betriebszweck ausgerichtete Menschenführung in der Industrie die persönliche Fühlungnahme erschwerte und die Arbeiter dem Unternehmer entfremdete. Sie gewannen daraus die Überzeugung, daß eine Distanz zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft Raum für Mißverständnisse, Härten und Ungerechtigkeiten schuf, was nicht nur den mitmenschlichen Verkehr, sondern auch die Rentabilität des Unternehmens auf die Dauer belastete.

Die Ansichten über die einzuschlagenden Wege waren gemäß den liberalen Strömungen sehr verschieden. Die von der Mehrheit vorgeschlagenen Institutionen blieben unzulänglich, weil sie sich in erster Linie um die Hebung der Sittlichkeit und Bildung bei den Arbeitern sowie um die Fürsorge bei Notfällen, nicht aber so sehr um die gesellschaftliche Gleichberechtigung bemühten. Dafür dachten andere Liberale, wie am besten aus dem Minderheitenentwurf im Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Frankfurter Nationalversammlung hervorgeht, an ein großzügiges System für eine demokratische „Organisation der Arbeit“, in dem bereits die Kerngedanken der heutigen Mitbestimmung enthalten waren. Bis auf wenige radikale Gruppen war man sich aber einig in der Ablehnung einer revolutionären Lösung des Problems. Es gehörte zur liberalen Überzeugung fast aller bürgerlichen Richtungen, daß die Monarchie mit ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf evolutionärem Wege umgeformt werden könne. Die Alternative Revolution oder Reaktion bestand im Gegensatz zum Ende des Jahrhunderts in dieser Frage kaum.

Auch die Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter, die sich größtenteils noch als eine einheitliche soziale Schicht empfanden, hielten die sich auftuende soziale Kluft in den Fabriken für überbrückbar und erklärten sich auf ihren Kongressen 1848 in weitgehender Unkenntnis der von *Karl Marx* ausgegebenen Parolen bereit, an den Beratungen über eine Reichsgewerbeordnung und eine Reform der Arbeitsverfassung mitzuarbeiten. In ihren wunderlichphrasenhaft wirkenden und logisch oft mangelhaft konstruierten Bittschriften offenbarten sich Sehnsucht nach einer idealisierten „guten alten Zeit“ und

einem ständischen juste milieu, weltfremde Wunschbilder nach dem Muster französischer Utopisten und ein redseliger Glaube an die Macht des allgemeinen Fortschritts. Durch den verschroben bombastischen Stil mit seiner scharfen Absage an die neue Gewerbefreiheit schimmerten aber doch hier und da ernste Bemühungen durch, eine dem neuen „Maschinenwesen“ angepaßte und zugleich für alle Teile gerechte Lebensform, eine Gleichberechtigung für alle „arbeitenden Klassen“ und eine vernünftige Reform des patriarchalischen Herrschaftsverhältnisses in der Wirtschaft herbeizuführen. Wenn auch dabei vieles wieder in überholte handwerkliche Vorstellungen gekleidet wurde, so waren doch zumindest die Forderungen des geistigen Führers der Handwerkerbewegung *Karl Georg Winkelblech* im Grunde nicht so „züntlerisch-reaktionär“, wie es die spätere liberale Geschichtsschreibung wahrhaben wollte. Auch die Programme der Handwerkerbewegung von 1848 erscheinen bei dieser unserer Problemstellung unter einem veränderten Aspekt, der eine total abwertende Beurteilung nicht mehr zuläßt.

Es verdient auch festgehalten zu werden, daß zu einer Zeit, da in England die Chartisten und in Frankreich die Frühsozialisten ihren großen Utopien nachgingen, die ersten Kundgebungen der „arbeitenden Klassen“ in Deutschland eine Integration in eine reformierte bürgerliche Gesellschaftsordnung erstrebten und ihre Sprecher weitgehend von den bestehenden sozialen Realitäten ausgingen. *Wenn auch unter dem Schlüsselwort „Organisation der Arbeit“ mancherlei Widersprüchliches verstanden wurde, so ging es doch im Grunde darum, die angestrebte verfassungsrechtliche Gleichstellung des Individuums auch im wirtschaftlichen Bereich wirksam werden zu lassen. In der auf den Handwerker- und Arbeiterkongressen vorgetragenen Forderung nach Errichtung paritätischer Korporationen in Wirtschaft und Betrieb läßt sich durchaus ein Äquivalent zu den politischen Verfassungswünschen erkennen.* Der Ruf nach einer demokratischen „Organisation der Arbeit“ wurde aber ebenso wenig berücksichtigt wie das Verlangen nach einer demokratischen Teilhabe an der politischen Herrschaft, was sich später als gleichermaßen verhängnisvoll erweisen sollte.

II

Wie die Quellen zeigen, leiten sich die ersten Betriebsvertretungen, die ersten praktischen Versuche zur Beschränkung der einseitigen Unternehmergewalt in Deutschland, im Prinzip aus vorindustriellen Formen der genossenschaftlichen Selbsthilfe her, nämlich aus den Knappschaften im Bergbau, Hütten- und Hammerwesen sowie den Bruderschaften und Gesellschaften im Handwerk. Die von diesen sozialen Gruppen entlehnte und dann von den Manufakturen und Fabriken übernommenen Gedanken der Arbeiterselbstverwaltung, der Mitsprache und Mitwirkung bei den verschiedensten betrieblichen Unterstützungskassen bildeten die Vorstufe und Schule für die späteren

Ansätze einer zweiseitigen Betriebsverfassung. Die von Handwerk und Bergbau übernommenen Unterstützungskassen waren weit mehr als bloße Zahlungsinstitute; sie erwiesen sich vielmehr als Kristallisationspunkte einer ersten betrieblichen Sozialpolitik. Die ersten Werkskassen in der Industrie hatten bedeutend mehr Aufgaben und Rechte als die heutigen Betriebskrankenkassen. Sie waren nicht nur Versorgungseinrichtungen für Notfälle, sondern zugleich Institutionen mit einer eigenen sozialen Dynamik. Sie wuchsen allmählich über die ursprünglich gesetzten Aufgaben hinaus und bekamen Funktionen, wie sie später die Sozialabteilungen in Großbetrieben erhielten. Die frühindustriellen Unternehmer, die aus den verschiedensten Gründen zur Errichtung dieser Werkskassen schritten, erweiterten nämlich die ersten Befugnisse zur Verwaltung der Unterstützungskassen: Neben die selbständige Regelung anderer Angelegenheiten der betrieblichen Sozialfürsorge trat das Recht, die betriebliche Ordnung zu überwachen und Streitfälle zu schlichten. Hier und da wurde den aus Arbeitern bestehenden Werkskassenvorständen sogar schon die Befugnis verliehen, als Vermittlungs- und Ausgleichsorgan für den „esprit de corps“ zu sorgen und als Stimmungsbarometer in der Fabrik zu dienen. Freilich spielte diese letzte Funktion in der ersten Periode der Industrialisierung mit ihren meist handwerklich-familiären Arbeitsverhältnissen kaum eine Rolle, am ehesten noch in den großen arbeitsteiligen Manufakturen mit den Merkmalen der industriellen Lohnarbeit.

Das Problem der Arbeiterteilhabe an der betrieblichen Willensbildung und an den Dispositionsrechten der Wirtschaft im großen war überall solange von untergeordneter Bedeutung, wie die personale Entfremdung und die soziale Distanz im Arbeitsleben noch weitgehend unbekannt blieben. *Erst die besonderen Umstände und Bedingungen der industriellen Gesellschaft, das Aufkommen der zweckrationalen sachbestimmten Industriegroßbetriebe mit ihrer Vergrößerung der Distanz zwischen den Leitenden und den Ausführenden machten die betriebliche Willensbildung und das gesamtwirtschaftliche Verfügungsrecht zu einem Sozialproblem.* Bei der Entwicklung des Mitbestimmungsgedankens muß daher immer wieder an die zeitgeschichtliche soziale Betriebssituation und ihre Umwelt erinnert werden. In dem persönlich geführten und noch handwerklich anmutenden „Etablissement“ in der ersten Phase der Industrialisierung war die Frage eines Mitspracherechtes der Arbeiter etwas ganz anderes als in dem familienfernen und anonym regierten „Riesenbetrieb“ am Ende des Jahrhunderts. Unter diesem Gesichtspunkt sind die bescheidenen Formen einer genossenschaftlichen Selbstverwaltung einer Fabrikkrankenkasse im Vormärz als erster Schritt zu einer betrieblichen Mitbestimmung im Grunde ebenso entscheidend gewesen wie die hochorganisierten Betriebsvertretungen unseres Jahrhunderts. Es gilt, die Entwicklung der Betriebsvertretung immer mit der Entwicklung des Betriebes zusammenzusehen und soziale Ansprüche, die nur den industriellen Großbetrieb betreffen,

nicht an die bescheidenen Fabrikationsstätten im 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts heranzutragen. Zu dieser Zeit begann sich das Problem der betrieblichen Entfremdung erst langsam zu entwickeln.

Die Untersuchung der Arbeiterselbstverwaltung bei den betrieblichen Unterstützungskassen hat gezeigt, daß es schon beim Beginn des Fabrikensystems in Deutschland eine ganze Reihe von gesetzlich kaum geordneten, wohl aber schriftlich fixierten Aktivitäten gab, in deren Rahmen die Arbeitnehmer eine beschränkte Mitbestimmung in sozialen Betriebsangelegenheiten entfalten konnten. Anhand zeitgenössischer Berichte, insbesondere behördlicher Statistiken, darf angenommen werden, daß wichtige industrialisierte Teile innerhalb der deutschen Einzelstaaten spätestens seit dem Ende der fünfziger Jahre mit einem dichten Netz gewerblicher Unterstützungskassen überzogen waren und nahezu in jedem größeren industriellen „Etablissement“ ein ernannter oder freigewählter Arbeiterausschuß zur Regelung der Kassengeschäfte und anderer betrieblicher Wohlfahrtsangelegenheiten bestanden hat. In Bayern wurde sogar die Konzessionierung von Fabrikanlagen von der gleichzeitigen Errichtung von Werkskassen abhängig gemacht.

In den weitaus meisten Fällen entwickelten sich – wenn auch lokal äußerst verschieden, so doch im ganzen in höchst kontinuierlicher Weise – aus den Werkskassenvorständen die ersten betrieblichen Arbeitervertretungen. In vielen Fällen wurde dabei bewußt an die vorhandenen institutionellen Formen der betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung angeknüpft und diese dann so umgeformt, wie sie den Bedürfnissen der Zeit und des Ortes entsprachen. Bezeichnenderweise unterschieden sich die ersten betrieblichen Arbeitervertretungen, die von einsichtigen und entschlossenen Unternehmern eingeführt wurden, in Form und Zielsetzung kaum von den bis dahin üblichen Werkskassenvorständen und waren diesen – ein Charakteristikum des kontinuierlichen Übergangs – zum Verwechseln ähnlich. Die Tätigkeit dieser teilweise ernannten, teilweise gewählten, teilweise nur mit Arbeitern, teilweise zusammen mit der Geschäftsleitung oder teilweise sogar mit betriebsfremden Personen gebildeten Organe bezog sich in erster Linie darum auch erklärlicherweise auf die Verwaltung der betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen. Hier haben die Belegschaften den ersten Raum für eine eigene Betätigung innerhalb des Betriebes gefunden. Ein Vergleich mit den heutigen Mitbestimmungsgesetzen, in denen ebenfalls gerade in den Sozialangelegenheiten die Arbeiterbeteiligung am stärksten verankert ist, zeigt, daß hier der erste Kern des Mitbestimmungswesens zu suchen ist. Die Mitwirkung bei der Aufstellung und Überwachung einer Fabrikordnung, die Übermittlung von Wünschen und Beschwerden an die Betriebsleitung, die Ausübung des betrieblichen Disziplinarwesens, die „sittliche“ Überwachung der Fabrikarbeiter in- und außerhalb des Werkes, insbesondere der Lehrlinge und anfangs auch der „Fabrikinder“, die Regelung von Streitigkeiten und Klagen unter den Arbeitern selbst wie

zwischen Arbeitern und Vorgesetzten waren dann weitere Betriebsangelegenheiten, an denen die Belegschaftsvertreter mitbeteiligt wurden. In dritter Stufe kamen die Verantwortungsbereiche der Unfallverhütung, des betrieblichen Vorschlags- und Verbesserungswesens, des Personalwechsels, der Festsetzung von Lohn und Arbeitszeit und schließlich die Gewinnbeteiligung hinzu, in denen die Unternehmer durch Delegation von Befugnissen zu einer mehr persönlichen Zusammenarbeit mit ihrer Belegschaft zu kommen versuchten.

Bei der Errichtung der ersten freiwilligen Betriebsvertretungen herrschten im wesentlichen drei Leitbilder vor: das sozial-liberale, das sozial-ethische und das betriebskonstitutionelle.

Die Unternehmer der sozial-liberalen Richtung wurden dabei vorwiegend durch ein gewisses privatwirtschaftliches Nützlichkeitsprinzip geleitet. Es erschien dieser Gruppe angebracht, mit der Delegation von Befugnissen ein Opfer zu bringen, um die Arbeiter damit mehr für den Betrieb zu interessieren. Die Einräumung von Mitbestimmungsrechten war in ihren Augen ein Stück immaterieller Lohn und ein Mittel, den Leistungswillen wie auch die Werkstreue quantitativ und qualitativ zu steigern, was dann indirekt dem Unternehmenserfolg zugute kam. Damit verband sich eine Art von liberaler Gerechtigkeitsidee, die verschieden motiviert war. Die Arbeitgeber dieser Richtung hatten durchaus die Divergenz zwischen der formellen, auf dem Papier stehenden Rechtsgleichheit und der tatsächlichen proletarischen Abhängigkeit beim liberalen Arbeitsvertrag erkannt. Sie waren zur Einsicht gelangt, daß der Unternehmer bei der Gestaltung des Arbeitsvertrages regelmäßig eine stärkere Macht ausüben könne und der Produktionsfaktor Arbeit beim Zustandekommen des Arbeitsvertrages nicht genügend berücksichtigt werde. Fest auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung stehend versuchten sie, diese offenbaren Mängel des ökonomischen Liberalismus abzuschwächen. Eine grundsätzliche Interessenshomogenität zwischen Arbeit und Kapital im Sinne der alten Handwerkerverfassung wurde von ihnen aber nicht mehr angenommen. Die Überwindung der Ungleichheit im Betrieb war für sie zu einer mehr formalen Rechtsfrage geworden, wobei an dem liberalen Vertragsmodell, der sachenrechtlichen Auffassung vom Arbeitsverhältnis grundsätzlich festgehalten wurde.

Die sozial-ethische Unternehmergruppe führte dagegen die soziale Entfremdung im Betrieb vor allem auf den Mangel an christlicher Harmonie unter den Menschen zurück und erinnerte immer wieder daran, daß auch die Fabrikarbeiter „Brüder in Christo“ seien. Wie von ihnen die menschliche Gesellschaft als eine einzige große christliche Familie aufgefaßt wurde, ebenso wurde für den Betrieb das Leitbild der Familie vorangestellt. Diese ethisch-religiösen Vorstellungen waren ihrer Meinung nach seit der Aufklärung nur in Vergessenheit geraten und fälschlicherweise durch die Klassenkampf-

idee ersetzt worden. Nach ihrer Ansicht sollte die Fabrik eine wie die Familie persönliche Bande stiftende Institution werden. Mit dem Gedanken der Rechristianisierung der industriellen Gesellschaft vom Betrieb her verbanden sich die Bemühungen zur sittlichen Erziehung der Arbeiterschaft. Im Gegensatz zur sozialliberalen Richtung wurde die Fabrik als ein eigenständiges Sozialgebilde und nicht nur als Stätte unternehmerischen Wirtschaftens aufgefaßt. Die Installierung einer Betriebsvertretung sollte vor allem der sittlichen Regenerierung der Belegschaft dienen; die Organisierung der guten und die Kontrolle der schlechten Elemente.

Die betriebskonstitutionelle Richtung wurde schließlich durch gesellschaftspolitische Erwägungen bestimmt. Zunächst einmal wollte sie das Modell der Gewaltenteilung auf den Betrieb übertragen. Wie im staatlichen Bereich glaubte man auch im industriellen Sektor dem „absoluten Fabrikmonarchen“ ein Arbeiterparlament entgegensetzen zu müssen, das dann durch eine die gegenseitigen Rechte und Pflichten abgrenzende Fabrikverfassung, die Errichtung von Selbstverwaltungsinstitutionen und die Einschaltung einer *pouvoir neutre* in Form von paritätischen Einigungsämtern und Gewerbegerichten an den drei Gewalten der Betriebsherrschaft partizipieren könne. Dabei herrschte vor allem der Gedanke der sozialen Zweckmäßigkeit vor. Von einer Beteiligung der Arbeiter am Betriebswillen erhoffte man sich einen Ausgleich der sozialen Disharmonien zwischen den Arbeitsparteien. Die betriebliche Mitbestimmung analog einer konstitutionellen Monarchie war im Gegensatz zu den anderen beiden Gruppen nicht nur eine Form der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit, sondern vor allem auch ein Mittel gesellschaftsgestaltender Sozialpolitik. Die gesellschaftspolitische Motivierung bei der Gewährung einer Betriebsvertretung schloß allerdings die anderen Zwecke, nämlich die Steigerung des Leistungswillens, die Förderung der Arbeitsproduktivität, die Bekämpfung der Sozialdemokratie usw., durchaus nicht immer aus.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß bei allen drei Motivhaltungen versucht wurde, über die rein liberalrechtlichen Vertragsbindungen hinaus die Betriebsatmosphäre zu vermenschlichen, doch hatten die Bestrebungen im ganzen gesehen noch recht wenig mit einer echten betrieblichen Sozialpolitik im Sinne der heutigen Mitbestimmung zu tun. Die Vermischung von ökonomischen, ethischen, politischen und sozialen Anliegen, wie sie kaum eine andere Frage der Sozialpolitik in diesem Ausmaß kennt, ist bei der Bildung der ersten Betriebsvertretungen besonders charakteristisch gewesen und macht das Bild so widerspruchsvoll und oft schwer verständlich. Nur eine verschwindende Minderheit der Unternehmer sah den eigentlichen Sinn der Arbeiterausschüsse darin, mit Hilfe einer Mitbestimmung die Arbeiter in die bestehende Ordnung zu integrieren. Für die meisten Betriebsleitungen, die diese Ausschüsse errichteten, waren andere Momente, nicht zuletzt die Bekämpfung der Sozialdemokratie, ausschlaggebend.

Auf Grund des hier vorgebrachten Materials schiene es verfehlt, die freiwillige Beschränkung der Unternehmervgewalt monokausal zu erklären. Bei allen Beweggründen wurden zugleich auch philanthropische, ethisch-religiöse oder sozialpolitische Züge sichtbar, mit denen die patriarchalisch-individualistische Unternehmereinstellung aufgelockert wurde. Alle diese Elemente waren in verschiedenem Maße und mit unterschiedlicher Intensität bei der Gründung der Ausschüsse beteiligt. Dabei soll nicht vergessen werden, daß es von Anfang an auch markante und dauerhafte Beispiele für eine Kooperation im Sinne einer zweiseitigen betrieblichen Willensbildung gegeben hat. Den Unternehmern *Degenkolb, Peters, Koenig, Brandts, Oechelhäuser, Starke, Roesler, Rösicke, Freese, Abbe* und anderen war es um eine Fabrikverfassung zu tun, in deren Mittelpunkt die Würde des Arbeiters stehen sollte. Sie wollten keine Wohlfahrtseinrichtungen, sondern Rechtsinstitutionen schaffen; nicht nur materiell zufriedene Untergebene, sondern auch freie und verantwortlich sich fühlende Mitarbeiter um sich haben. Bei einigen ging die genossenschaftliche Auffassung vom Arbeitsleben so weit, daß sie sogar die Arbeiter durch eine Gewinnbeteiligung zu Mitteilhabern am kaufmännischen Erfolg machen wollten. Das war und blieb aber eine Ausnahme.

Nach alledem erscheint es berechtigt, die Entstehung der Realformen der deutschen Mitbestimmung im 19. Jahrhundert, wie es *O. Neuloh* getan hat¹, als das Ergebnis dreier Herkunftslinien zu deuten: *Einer Angebotslinie der Unternehmer, einer Forderungslinie der Arbeiter und einer Gesetzgebungslinie des Staates, die erstmals im Jahre 1916 im Hilfsdienstgesetz zusammenmünden.* Was die Angebotslinie der Unternehmer betrifft, so hat die Untersuchung nun erwiesen, daß die erste Realisierung des Mitbestimmungsgedankens eindeutig auf das Konto einiger sozial eingestellter Betriebsleitungen geht, die mit der Einführung von Betriebsvertretungen zunächst einmal ihre mitmenschliche Verpflichtung gegenüber ihren Belegschaften zum Ausdruck bringen wollten. Andere Motive kamen dann hinzu. Ihre heute bescheiden anmutenden Experimente auf dem Gebiet der sozialen Betriebsverfassung wurden freilich weder von der Mehrheit ihrer Standesgenossen noch von den Arbeiterverbänden anerkannt. Dieser freiwillige Verzicht auf gewisse Herrschaftsvorrechte war allerdings – auch daran muß erinnert werden – etwas durchaus Ungewöhnliches in einer Epoche, in der die totale Unterordnung zum Führungsstil der Betriebe gehörte und die Denk- und Handlungsweise nicht nur der Unternehmer und Arbeiter, sondern auch fast aller anderen gesellschaftlichen Gruppen bestimmte. Die Initiative einiger weniger Arbeitgeber bei der Errichtung der Arbeiterausschüsse, auf welche die Präambel des Betriebsrätegesetzes 1920 noch ausdrücklich hinwies, war bei der Kontroverse um die Mitbestimmungsgesetze nach 1945 den meisten Red-

¹ Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung aaO, S. 109.

nern und Autoren kaum bewußt, obwohl das frühzeitige unternehmerische Angebot in dieser Frage den Gang der Entwicklung inauguriert und entscheidend beeinflusst hat. *Der oft gehörten Meinung, daß es sich bei der Mitbestimmung nur um eine reine Gewerkschaftsangelegenheit handele, fehlt deshalb jede historische Grundlage.*

Die Forderungslinie der Arbeiter beginnt, was ebenfalls vielfach in Vergessenheit geraten ist, in dem schicksalsentscheidenden Jahr 1848. Die Revolutionsbewegung muß überhaupt,² da sie auch die Gesetzgebungslinie mitveranlaßt hat, als der eigentlich auslösende Faktor und Motor vieler in diese Richtung laufenden Theorien und praktischen Versuche angesehen werden. Die Forderung nach einer demokratischen „Organisation der Arbeit“ im Jahre 1848 erwies sich, wenn auch in andere Terminologien gekleidet, als eine Äußerungsform der demokratischen Freiheit, als eine Übertragung der politischen Verfassungswünsche in den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Bereich, wobei sich eine bemerkenswerte ideologische Parallelität ergab. Die Programme der ersten Arbeitersprecher und die Vorstellungen des liberalen Bürgertums überschneiden sich dabei oder waren sogar im Prinzip kongruent; jedenfalls gab es in dieser Frage noch keine in Haß und Bitterkeit erstarrten Fronten wie am Ende des Jahrhunderts.

Verursacht durch den unglücklichen Ausgang der Revolution und die nachfolgende Reaktionsperiode entfernten sich dann die Angebotslinie der Unternehmer und die Forderungslinie der Arbeiter, bis die sozialrevolutionäre Kampfansage auf der einen und der extrem reaktionäre Herr-im-Hause-Standpunkt auf der anderen Seite jedes friedliche Übereinkommen verhin-derten. Sicherlich haben der Verzicht des unternehmerischen Bürgertums auf eine eigene politische Emanzipation, der einseitige Drang, nur die industrielle Entwicklung weiterzutreiben, das mangelnde politische Bewußtsein und damit die Fortdauer der maßgebenden politischen Herrschaftsfunktionen durch die privilegierten alten Mächte, an deren Denk- und Verhaltensweisen sich das Unternehmertum weitgehend ausrichtete, zu dieser Entwicklung beigetragen². Erst die auf einen sozialen Kompromiß bedachten und von Manchester-tum und Freihandelschule sich scharf abgrenzenden bürgerlichen „Kathedersozialisten“, das Erstarken des Revisionismus innerhalb der Sozialdemokratie und der an einer Sozialpolitik grundsätzlich interessierten Gewerkschaften brachten dann um die Jahrhundertwende herum wieder eine langsame Annäherung in der Frage der Betriebsvertretung.

Wenn die sozialistischen Arbeiterführer des Bismarck-Reiches nur wenig Interesse an Mitbestimmungsrechten im Betrieb zeigten, so vor allem darum, weil sie auf Grund bitterer Erfahrungen nichts mehr von der herrschenden

² Zu diesem interessanten Problem, auf das wir hier nicht näher eingehen können, vgl. die Untersuchung von Friedrich Zunkel, *Der rheinisch-westfälische Unternehmer 1834-1879. Ein Beitrag zur Geschichte des Bürgertums* (Manuskript, erscheint 1961).

Gesellschaftsordnung erwarteten und ihre ganze Hoffnung auf den sozialistischen Zukunftsstaat setzten, dessen Verwirklichung noch in ihrer Generation erwartet wurde. Es war allerdings nicht nur die klassenideologische Gesellschaftskritik, welche die Arbeiter zu jener betont ablehnenden Haltung gegenüber allen Unternehmerversuchen führte, die Distanz zwischen ihnen und der Belegschaft zu überwinden. *Für den offensichtlichen Mangel an Aktivität auf der Arbeitnehmerseite beim Ausbau einer sozialen Betriebsverfassung gibt es noch eine andere Erklärung: Eine gesellschaftliche Gruppe, die generationenlang kaum Möglichkeiten hatte, in größerem Ausmaß Verantwortung im industriellen Arbeitsleben zu tragen, besaß vom Wert dieser Rechte keine klare Vorstellung mehr.* Das zeigen die Berichte der Fabrikinspektoren recht deutlich. Wenn viele Belegschaften keine intensiven Anstrengungen unternahmen, um aus den freiwilligen Arbeiterausschüssen lebensfähige Gebilde zu machen, so war daran nicht nur die sozialistische Agitation schuld: Die Menschen waren einfach dieser Verantwortung im patriarchalischen und absolutistischen Herrschaftssystem entwöhnt worden. Um diese Rechte wahrnehmen zu können, brauchte man einen sozial mündigen Arbeiter. Die zunehmende Zahl der Großbetriebe, das Anwachsen der ungelernten Hilfsarbeiter und der erwerbstätigen Frauen, das Anschwellen der teilweise wirtschaftlich bedingten betrieblichen Fluktuation und der Binnenwanderungen sowie die Bürokratisierung der Unternehmen mit dem Dazwischentreten der neuen Schicht der Angestellten und des Managements ließen das Gefühl der handwerklichen Verwurzelung und Mitverantwortung im Betrieb absterben und führten zu jener Indifferenz gegenüber der Frage der Mitbestimmung. In dem Maße, wie dem überlieferten Patriarchalismus durch den Wandel der sozialen Betriebsverhältnisse der Boden entzogen wurde, im gleichen Maße zogen sich auch die Arbeiter auf eine Art von Selbstinteresse zurück, das im Grunde dem liberalen individuellen Wettbewerbssystem entsprach. Das Gefühl, gegenüber dem Werk und der Belegschaft Verantwortung zu tragen, war weitgehend geschwunden und mußte erst wieder neu geweckt werden. *So war der Ausbau der deutschen Mitbestimmung zugleich auch eine Frage der Wirtschaftspädagogik:* Wie die ersten Lohnarbeiter mühsam an Manufaktur und Fabrik mit ihrem völlig neuen Arbeitsrhythmus gewöhnt werden mußten, ebenso schwierig war es, das starre, absolute und nur auf den technisch-merkantilen Betriebszweck gerichtete Herrschaftssystem in der Industrie wieder mit dem genossenschaftlich-sozialen Geist aufzulockern, der einstmals zu den Kennzeichen der handwerklichen Arbeitsverfassung gehört hatte.

III

Am Anfang der Gesetzgebungslinie des Staates in dieser Frage steht die im Jahre 1849 erfolgte Einführung der überbetrieblichen Gewerberäte in Preußen, in die außer Fabrikanten, Kaufleuten und Handwerkern auch Fabrik-

arbeiter hineingewählt wurden. Die neuen Vertretungsorgane für die „arbeitenden Klassen“ waren aber von vornherein vom preußischen Handelsministerium nur als ein Ventil gegen die sozialen Unruhen angelegt worden, obwohl sie bei einem entsprechenden Ausbau bereits ein wirksames Faktum der staatlichen Sozialpolitik hätten bilden können. Unter anderem wäre durch die preußischen Gewerberäte die Möglichkeit geboten gewesen, schon damals im Einvernehmen mit den Arbeitervertretern einen Maximalarbeitstag für die Industrie festzusetzen und damit einen der folgenschwersten Konfliktstoffe im betrieblichen Bereich zu entschärfen. Entgegen dem ausdrücklichen Wunsch der maßgeblichen Sozialreformer waren aber die Gewerberäte vom Gesetzgeber zu mangelhaft konstruiert worden, um diese Aufgaben zu erfüllen. Ganz anders suchte das Königreich Sachsen in den Revolutionswochen auf Grund einer beispielhaften Sozial-Enquête gesetzliche Arbeitervertretungen in den Fabriken und der Wirtschaft zu etablieren. Abgesehen von den Gesetzentwürfen der Frankfurter Nationalversammlung ist dies wahrscheinlich der erste ernstgemeinte Gesetzesvorschlag einer verantwortlichen Regierung in Deutschland in Sachen der Mitbestimmung gewesen. Die Pläne waren um so bemerkenswerter, als man im Gegensatz zu Preußen nicht nur an überbetriebliche Gewerkekorporationen, sondern vor allem auch an ständige Arbeiterausschüsse in den Betrieben dachte. Alle diese staatlichen Initiativen gingen ebenso wie die anderen weitreichenden Ideen aus der idealistischen Achtundvierzigerbewegung in der nachfolgenden Reaktionsperiode unter. Eine Kette von Gedanken und Ereignissen nach der Reichsgründung führte dann dazu, diesen verlorengegangenen Faden der staatlichen Sozialpolitik wieder aufzunehmen, wobei der Druck der im „Verein für Socialpolitik“ zusammengeschlossenen Nationalökonomien der jüngeren Historischen Schule eine wichtige Rolle spielte. Interessanterweise wurde im Handelsministerium schon frühzeitig das Problem der Arbeiter-Mitbestimmung erkannt und geeignete Lösungsvorschläge ausgearbeitet. Ihre Verwirklichung scheiterte zunächst an dem mächtigen Widerstand *Bismarcks*, der mit dem Prinzip der Berufsgenossenschaften und der Volkswirtschaftsräte völlig neue Wege einer berufsständischen Vertretung gehen wollte. *Bismarcks* Pläne, die vor allem wegen seiner innenpolitischen Nebenabsichten Schiffbruch erlitten, unterstreichen die schon früher festgestellte These, daß der Kanzler nicht allein durch den Aufbau einer Sozialversicherung und die Bekämpfung der Sozialdemokratie die „Arbeiterfrage“ lösen wollte, sondern auch durch die Schaffung neuer berufsständischer Organe, um die Arbeiterschaft als einen staatsershaltenden Träger in den „unvollendeten Bau des Reiches“ einzugliedern.

Das gute Funktionieren der Arbeitervertretungen in der staatlichen Krankenversicherung, der Ausbruch des bis dahin größten Streiks in Deutschland im Jahre 1889, das sprunghafte Anwachsen der Sozialdemokratie nach der Aufhebung des Ausnahmegesetzes sowie Wilhelms II. zeitweiliges Interesse

an der Arbeiterfrage bei seiner Thronbesteigung und seine gleichzeitige Beeinflussung durch Berlepsch waren die auslösenden Faktoren, eine reichseinheitliche Regelung der Frage einer Betriebsvertretung endgültig ins Auge zu fassen. Aber erst nach dem Sturz *Bismarcks*, der sich diesen gesetzgeberischen Absichten scharf entgegenstellte und die dahin zielenden Februarerlasse des Kaisers in seinem Sinn zu verwässern versuchte, konnte die „Lex Berlepsch“ verabschiedet werden. Wenn auch die praktischen Ergebnisse der Gewerbeordnungsnovelle von 1891, die fakultativen Arbeiterausschüsse, höchst kümmerlich waren, wie die Berichte der Gewerbeaufsicht zeigten, so bedeutete das Gesetz doch eine entscheidende Zäsur in der Entwicklung der sozialen Betriebsverfassung: Der Staat verkündete damit den Grundsatz, daß die innere Ordnung eines Betriebes nicht mehr allein und ausschließlich vom Willen eines Unternehmers abhing. Das Arbeitsverhältnis war nicht länger mehr ausschließlich eine Privatangelegenheit der beiden vertragschließenden Arbeitsparteien, sondern prinzipiell der allgemeinen Rechtsanschauung unterworfen. Wenn auch von der Verwirklichung des Mitbestimmungsgrundsatzes in der Praxis bis auf wenige Ausnahmen noch keine Rede sein konnte, so erwies sich doch diese Novelle als der Beginn einer völlig neuen Betrachtungsweise beim industriellen Arbeitsverhältnis.

Das war auch der tiefere Grund, weshalb der „Centralverband deutscher Industrieller“ und die Schwerindustrie einen beinahe wütend zu nennenden Widerstand gegen dieses Gesetz leisteten, das doch – verglichen mit anderen sozialpolitischen Neuregelungen – äußerlich nur unscheinbare Eingriffe in das Betriebsleben brachte. *Es ging den Gegnern auf der Unternehmerseite auch nicht um den weiteren Ausbau einer sozialen Betriebsform und auch nicht um eine gesetzlich besser geregelte Fürsorge für den arbeitenden Menschen – bei der gerade die Vertreter des patriarchalischen Herr-im-Hause-Standpunktes oft Vorbildliches leisteten – sondern um die neue Situation, daß der Unternehmer vom Staat gezwungen werden konnte, sich in seinem Betrieb mit den Arbeitern an einen Tisch zu setzen und mit ihnen über Einzelmaßnahmen zu diskutieren.* Das industrielle Arbeitsverhältnis sollte nach Ansicht der Regierung nicht mehr alleine durch individualistischen Eigentumsanspruch, sondern auch als öffentliche Angelegenheit, wie es *Gustav Schmoller* gefordert hat, geregelt werden.

Wenn sich die hochgespannten Erwartungen der Sozialreformer, die sich eine freiwillige und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Ausschüsse mit den Betriebsleitungen erhofft hatten, nicht erfüllten und die meisten Betriebsvertretungen – wenn sie überhaupt ins Leben gerufen wurden – ein passives und formelles Schattendasein führten, so trugen daran die Arbeitgeber die Hauptschuld, weil sie die Nützlichkeit eines Bindegliedes zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft nicht erkannten, die Vertretungen höchst selten zusammenriefen und dann – wenn überhaupt – mit ihnen nur nebensächliche Dinge

verhandelten. Auf der anderen Seite stellten die Belegschaften selbst ein Hemmnis dar, indem sie die Unternehmer, die guten Willens waren, durch ihr von den Arbeiterverbänden geschürtes Mißtrauen oder einfach durch Interessenlosigkeit an einer Zusammenarbeit hinderten. Manchmal erwarteten auch umgekehrt die Arbeiter von den Ausschüssen gleich zuviel, während die Arbeitgeber zuviel von den Ausschüssen befürchteten. *Die rückblickend fast unglaublich erscheinende Furcht vor der Ausbreitung der Sozialdemokratie in den Betrieben, die mit der Erinnerung an den Pariser Kommuneaufstand und die Attentate auf regierende Häupter zusammenhing, sowie Wilhelms II. unglückliche Zickzack-Politik auch in dieser Frage, deren tieferer Sinn ihm wahrscheinlich niemals ganz aufgegangen ist, erwiesen sich als das vielleicht schwerste Hindernis.* Demgegenüber spielten die gut funktionierenden Betriebsvertretungen eine vergleichsweise bescheidene Rolle. Nach einer Schätzung auf Grund der Jahresberichte der Gewerbeaufsicht besaßen 1905 erst etwa 10 Prozent aller privatwirtschaftlich geführten Gewerbebetriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern im Deutschen Reich eine Betriebsvertretung.

Der entscheidende Anstoß zum weiteren Ausbau der Betriebsvertretungsorgane ging vom Bergbau aus, der bemerkenswerterweise von Anfang an in dieser Entwicklung eine Sonderstellung eingenommen hatte: Nach dem großen Streik von 1905 wurden auf allen größeren Bergwerken obligatorische Arbeiterausschüsse gesetzlich eingeführt. Die preußische Berggesetznovelle, die gegen schärfste Opposition der Bergbaulichen Vereine, unter dem ungestümen Drängen der Arbeiterverbände und unter dem Druck außenpolitischer Ereignisse zustande gekommen war, stellte auf der einen Seite einen Höhepunkt der Gesetzgebungslinie vor dem Ersten Weltkrieg dar; denn in keinem anderen Gesetz wurde die Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Festsetzung von Lohn und Arbeitszeit, beim Strafwesen und den betrieblichen Wohlfahrts-einrichtungen so weitgehend geregelt. Auf der anderen Seite nutzten aber besonders die Zechenleitungen einige Mängel der Novelle so einseitig für ihre Zwecke aus, daß die Wirksamkeit der gesamten gesetzlichen Regelung in Frage gestellt wurde. *Rückblickend muß festgestellt werden, daß die Errichtung der obligatorischen Betriebsvertretungen 15 bis 20 Jahre zu spät kam.* Sie wurden erst dann eingeführt, als die Fronten bereits in tiefem gegenseitigem Haß erstarrt waren. Die von den Unternehmern in den sechziger und siebziger Jahren zunächst freiwillig eingeführten Arbeiterausschüsse hatten, wenngleich ihnen nur recht beschränkte Vermittlungs- und Verwaltungsfunktionen zugestanden wurden, im ganzen doch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Betriebsleitungen und den Belegschaften bewirkt. Diese freiwilligen Arbeiterausschüsse verloren zunehmend an Bedeutung, als der Staat gesetzlich regelnd in diese Frage eingriff. Die nach 1891 neu geschaffenen Betriebsvertretungen verkörperten einen ganz anderen Typus bzw. machten einen inneren Funk-

tionswandel durch: Die ursprüngliche Vermittlerrolle verschwand immer mehr; an die Stelle der friedlichen und vertrauensvollen Kooperation trat ein Neben- und Gegeneinander, da in zunehmendem Maße außerbetriebliche Verbände und Organisationen sie in ihrer Richtung zu beeinflussen versuchten. Die rein patriarchalischen Ausschüsse aus der ersten Zeit, vor allem die der sozialetischen Unternehmerrichtung mit ihrer Vorstellung von der „christlichen Werksfamilie“, verschwanden fast völlig. Der sachbestimmte Charakter der industriellen Großbetriebe mit ihren komplizierten hierarchischen Formen und ihrer bürokratischen Herrschaftsstruktur machten die Versuche einer rein persönlichen Distanzüberwindung im früheren Sinne utopisch.

Dabei wollte die Regierung die Frage einer gesetzlichen Arbeitervertretung im Betrieb durchaus nicht einseitig im Sinne der Arbeitgeber und auch nicht patriarchalisch-fürsorgerisch lösen, wie manche ihrer Gegner ihr vorwarfen. Besonders *Lohmann*, *Berlepsch* und *Posadowsky* hatten als maßgebliche Verantwortliche eine grundlegende Konzeption, wie der Arbeiter auf diese Weise in die bestehende Wirtschaftsordnung eingegliedert werden sollte. Sie hatten durchaus erkannt, daß die Lohnforderungen und andere betriebliche Mißstände eigentlich nur vordergründig waren. In Wirklichkeit ging es um die Unwahrhaftigkeit des „freien“ Arbeitsvertrages, um die gesellschaftliche Degradierung des Arbeiters und die Anerkennung der sozialen Gleichberechtigung. So hatte der Staat, wenn auch vielfach von anderen Seiten gedrängt, weit eher als die Masse der Unternehmer die notwendigen Konsequenzen erkannt, die aus der industriellen Entwicklung zu ziehen waren. Ohne diese staatlichen Einsichten, die allerdings bei den unteren Organen kaum zu finden waren, wären die großen Ausstände für die Arbeiterschaft nicht so erfolgreich verlaufen, wie sie es im Endresultat doch taten. Die gesetzlichen Maßnahmen der Regierung entzogen die ungeordneten freiwilligen Leistungen der Unternehmer dem Zufall und ordneten zum ersten Mal dieses Gebiet des Arbeitsrechtes einheitlich.

Freilich hafteten den staatlichen Bemühungen von Anfang an viele tiefgreifende Versäumnisse und Mängel an. Durch die fast typisch zu nennende Unbeständigkeit und mangelnde Geradlinigkeit, durch die Unsicherheit und zu kompromißvolle Gesamttendenz des sozialpolitischen Kurses, die von echtem sozialreformerischem Gewissen beseelte Männer wie *Berlepsch* und *Posadowsky* auf die Dauer nicht mitzumachen vermochten, verstellten die Regierung und die sie tragenden Parteien ihren oft besten Absichten selbst den Weg. Zieht man die hier ausgebreiteten Tatbestände richtig in Betracht, so läßt sich bei Anerkennung aller Ursachen und Bedingtheiten der staatlichen Vorkriegspolitik und bei aller sonstigen Zurückhaltung von pauschalen Schuldurteilen ein Vorwurf der offiziellen deutschen Sozialpolitik nicht ersparen: *Das Maß der Energie, das notwendig gewesen wäre, um gewisse als richtig erkannte sozialpolitische Maßnahmen gegen den Willen der Unterneh-*

mer wie der Arbeiterbewegung durchzusetzen, war zu gering. Die Einsichten waren zum Teil vorhanden, aber es mangelte an der Konsequenz, sich auch voll dazu zu bekennen. Die gesamte aufgebaute sozialpolitische Apparatur wurde dadurch entscheidend in ihrer Wirksamkeit gehemmt. *Der größte Irrtum der staatlichen Sozialpolitik des kaiserlichen Deutschlands in dieser Frage lag aber darin, daß sie bei dieser für das gesamte Arbeitsverhältnis so fundamentalen Gesetzgebung die vorhandenen Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung ignorierte und erst zu einem späteren Zeitpunkt heranziehen wollte.* Die rechtzeitige Verknüpfung der Arbeiterverbände mit den Intentionen der Regierung unterblieb aus den verschiedensten Gründen, obwohl hohe Beamte der Ministerialbürokratie ihre Dringlichkeit erkannt hatten. Damit wurden aber im Grunde alle Bestrebungen des Staates von vornherein wieder illusorisch; denn die behördlich approbierten Ausschüsse ohne eine breite Unterstützung der Arbeiterschaft erwiesen sich gegenüber den zukunfts-trächtigen Visionen der sozialistischen Arbeiterbewegung unterlegen.

Gesetze haben letztlich nur einen Sinn, wenn das vom Gesetzgeber Gewollte auch tatsächlich zustande kommt. Das war hier in nur ganz geringem Umfang der Fall. *Ein weiteres wichtiges Ergebnis dieser Arbeit scheint daher auch in der Tatsache zu liegen, daß bei allen hier behandelten gesetzlichen Interessenorganen der Arbeiter der Schwerpunkt für eine erfolgreiche Tätigkeit nicht so sehr in der äußeren institutionellen Verfassungsform, sondern vielmehr in der inneren Verfassungswirklichkeit lag, d. h. in dem spezifischen Geist und Gehalt, in dem die Betriebsvertretung gehandhabt wurde*³. Entscheidend war, was aus dem Arbeiterausschuß gemacht wurde, welche Rechte er tatsächlich von der Betriebsleitung eingeräumt erhielt und wie er damit umzugehen verstand. Entscheidend war, ob die Beteiligung an der betrieblichen Willensbildung wirklich zustande kam oder nur auf dem Papier blieb. Entscheidender als die Paragraphen war der Geist, mit dem sie von beiden Seiten erfüllt wurden. Auch in der heutigen Mitbestimmungspraxis ist dieses entscheidende Merkmal immer wieder sichtbar geworden, ohne daß die notwendigen Lehren aus der historischen Entwicklung gezogen worden sind.

Die mangelnde Energie der staatlichen Sozialpolitik, die deutsche Paragraphengründlichkeit und das Starren auf den eigenen Parteizaun kam dann besonders bei der Behandlung des Arbeitskammer-Gesetzesentwurfes noch einmal zum Vorschein. In drei Vorlagen zwischen 1909 und 1911 versuchte die Regierung, nachdem sich frühere Absichten in dieser Richtung als unrealisierbar herausgestellt hatten, den Wünschen der Sozialreformer im Reichstag nachzukommen. Bemerkenswerterweise war es gerade die den betrieblichen Arbeitervertretungen zumindest in der offiziellen Parteitheorie ablehnend

³ Auf die Unterscheidung von institutioneller Verfassungsnorm und innerer Verfassungswirklichkeit bin ich näher eingegangen in meinem Aufsatz: Kirche und Betriebsverfassung, Zeitschrift für evangelische Ethik, Jg. 1960, H. 1, S. 28 ff.

gegenüberstehende Sozialdemokratie, die sich hier als parlamentarischer Schrittmacher betätigte. Rückschauend muß man erkennen, daß bei der Fülle der tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten, bei denen die Frage der Wählbarkeit der Gewerkschaftssekretäre in die geplanten Organe die Schlüsselrolle spielte, an eine Verabschiedung des Gesetzesentwurfes, der im Grunde eine alte Idee aus dem Programm der Achtundvierziger-Bewegung verwirklichen wollte, nicht zu denken war. Das Nichtzustandekommen des Gesetzes, dessen Grundgedanke von vielen Sozialpolitikern mit *Friedrich Naumann* an der Spitze als die einzig mögliche Zukunftslösung für das industrielle Arbeitsleben bezeichnet wurde, zeigte deutlich, wie tief und verhärtet die sozialen Fronten geworden waren und als Folge davon sich eine allgemeine Stagnation in der amtlichen Sozialpolitik ausbreitete.

Wenn der Stillstand der Gesetzgebungslinie durch den „politischen Burgfrieden“ bei Kriegsausbruch 1914 so überraschend überwunden wurde, es den von der Regierung nun offiziell anerkannten Gewerkschaften innerhalb kurzer Zeit gelang, eine ganze Reihe von sozialen Zugeständnissen, vor allem bei den Bergarbeiterausschüssen, herauszuholen und der Machtzuwachs der Arbeiterverbände, häufig genug von den Militärbehörden gefördert, überall ein langsames Aufblühen der dahin kümmernden Arbeiterausschüsse brachte, so zeigte sich deutlich, daß es der schwärenden Wunde im industriellen Arbeitsverhältnis nur an der richtigen Behandlung gefehlt hatte. Vor allem erwies sich, daß die Arbeiterausschüsse nur mit einem starken Rückhalt und einer Ergänzung bei den Gewerkschaften wirklich lebensfähig waren. *Zu dem Aufblühen der Betriebsvertretungen hatte vor allem auch die Tatsache beigetragen, daß sich die sozialistischen Freien Gewerkschaften seit der Jahrhundertwende mehr und mehr im Gegensatz zur Sozialdemokratie ihnen grundsätzlich positiv zugewandt und, wie erstmals auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß, die „Erringung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter“ gefordert hatten, nachdem sich die neuen Arbeiterausschüsse als Träger der Tarifpolitik bewährten*⁴. Die Ausbildung der betrieblichen Arbeitervertretungen als unterste Glieder einer umfassenden Tariforganisation und ihre Verschmelzung mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten im Betrieb förderte auch auf dem revisionistischen Flügel der Sozialdemokratie die Erkenntnis, daß die Mitbestimmung unter Umständen eine durchaus „wichtige Waffe der Arbeiterbewegung“ werden könne.

⁴ Vgl. Protokolle der Verhandlungen des Kongresses der Freien Gewerkschaften zu Frankfurt/M. aaO, S. 152. – Die von Emil Döblin, dem Vorsitzenden des Gehilfenverbandes des deutschen Buchdruckergewerbes, auf gewerkschaftlicher Seite wohl erstmals gebrauchte Formulierung von der „Erringung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter“ wurde kurz danach im Jahre 1902 auch von Carl Legien im Zusammenhang mit der Tarifpolitik aufgegriffen. Vgl. Carl Legien, Tarifgemeinschaften und gemeinsame Verbände von Arbeitern und Unternehmern. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1902, S. 29.

Der vorläufige Abschluß dieser Entwicklung, das Ende 1916 verabschiedete und aus einer rein militärischen Notwendigkeit geborene Hilfsdienstgesetz mit seiner Einführung der obligatorischen Betriebsvertretungen in der gesamten deutschen Industrie, stellte die Tatsache heraus, daß es der Krieg unmöglich gemacht hatte, in dem Arbeitgeber den alleinigen Vertreter der Industrie zu sehen. *Trotz Suspendierung eines Teiles des Arbeiterschutzes bedeutete der Krieg paradoxerweise einen nicht zu übersehenden Fortschritt auf dem Gebiet der Sozialreform. Besonders das Hilfsdienstgesetz stellte sich als die endgültige Abkehr des Staates von der Unterstützung des Herr-im-Hause-Standpunktes und damit das Ende der Quasi-Hörigkeit des Arbeiters im Betrieb dar.* Das Betriebsräterrecht der nachfolgenden Weimarer Periode wie auch die Gesetzgebung nach dem Zweiten Weltkrieg haben hier ihre entscheidende legislative Wurzel gefunden.

IV

Das Mitbestimmungsproblem ist in Deutschland lange Zeit nur als eine Angelegenheit der patriarchalischen „Fabrikwohlfahrtspflege“, des staatlichen „Arbeiterschutzes“ oder als rein „ökonomische Frage“ im Sinne der klassischen Volkswirtschaftslehre angesehen und dementsprechend unterbewertet worden. Auch heute kommt noch in der Literatur vereinzelt eine solche Fehleinschätzung zum Ausdruck, die auf einer Unkenntnis des historischen Werdeganges beruht. Rückblickend müssen wir nun verschiedene allgemeine Gründe erkennen, die eine solche Unterschätzung der Mitbestimmungsfrage nicht mehr zulassen:

1. Die Geschichte der industriellen Mitbestimmung im 19. Jahrhundert stellt sich letzten Endes als ein vielschichtiges gesellschaftliches Kräftespiel aus der Vergangenheit dar, das aber noch keineswegs als abgeschlossen gelten kann. Im Gegenteil: Die Kontinuität dieses sozialdynamischen Prozesses wirkt noch unmittelbar in unsere Gegenwart hinein, und die darin liegende Problematik hat noch nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Es sieht so aus, als würde die Arbeitnehmer-Mitbestimmung als eine der wichtigsten Ordnungsfragen innerhalb der industriellen Arbeitswelt uns auch noch in Zukunft beschäftigen, wie die unverändert andauernden Diskussionen und Versuche, besonders auch im Ausland, zeigen⁵. Wie kaum bei einem anderen Sozialproblem bietet also hier der Blick in die Vergangenheit zugleich den Schlüssel zum Verständnis für die noch nicht ausgekämpften Meinungsverschiedenheiten der Gegenwart.

2. Auf Grund der hier dargestellten Ergebnisse läßt sich der Schluß ziehen, daß das Ringen um ein angemessenes Mitspracherecht der Arbeiter und damit die Forderung nach einer gesellschaftlichen Gleichberechtigung in Wahrheit

⁵ Neuloh, Der neue Betriebsstil aaO.

immer im Hintergrund aller sozialen Konflikte im industriellen Arbeitsbereich gestanden hat – wenn auch dies den Beteiligten nicht immer bewußt gewesen ist. Es war dies ein zäher und oft von außen her nutzlos erscheinender Kampf um die Machtpositionen der Fabrik, eine Rivalität zwischen dem Herr-im-Hause-Standpunkt sowie dem liberal-rechtlichen Eigentumsanspruch des Unternehmers auf der einen Seite und dem kollektiven Sozialanspruch der Arbeiter auf der anderen Seite, um die extremen Positionen zu kennzeichnen. Der Gedanke der Mitbestimmung, der institutionell gesicherten und zugleich sittlich gewollten Teilhabe an den Verfügungsrechten in Betrieb und Wirtschaft, suchte gewissermaßen den „dritten Weg“: Die Überwindung des einseitigen Individualismus wie des einseitigen Kollektivismus in einer die Rechte und Pflichten von Individuum und Gemeinschaft gleichermaßen umschließenden höheren Synthese.

3. Die Untersuchung unterstreicht vor allem auch die schon früher vorgebrachte These, daß die Überwindung der Objektstellung des Arbeiters und der Abbau der sozialen Distanz zwischen den Wirtschaftsträgern Arbeit und Kapital durchaus nicht nur eine rein „ökonomische Frage“ im Sinne der klassischen Nationalökonomie und auch nicht eine rein ethische Frage im Sinne der Historischen Schule gewesen sind, sondern darüber hinaus Probleme der gesamten betrieblichen Arbeits- und Lebensordnungen. Die hier zitierten mannigfaltigen Ideen, Programme, Kämpfe und Realformen sind der beste Beweis dafür, daß die im Gefolge der Industrialisierung auftretende „soziale Frage“ schon im vorigen Jahrhundert nicht nur wirtschaftlich-materielle Aspekte hatte. Denn sie wandelte vor allem die geistigen Wertvorstellungen der Menschen, unter anderem ihre überlieferten Ansichten über die Arbeit an sich und ihre Träger. Das Suchen nach einer dem neuen „Maschinenzeitalter“ angepaßten Arbeitsverfassung war zugleich das Suchen nach einer neuen industriellen Lebensform überhaupt. Die rein ökonomische Bewertung der Arbeit und ihrer Träger im Denken des orthodoxen Liberalismus und Marxismus versperrte eine gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise von Arbeit und Betrieb im Grunde den Weg. Beide Denkrichtungen überschätzten, wie schon Wilhelm Röpke vor über zwei Jahrzehnten überzeugend nachgewiesen hat, mit ihrem Ökonomismus die wirtschaftlichen Interessen als soziologische Triebkräfte oder übersahen ganz einfach, daß der Mensch nicht allein vom Brote lebt⁶.

4. In der geschichtlichen Zusammenschau stellt sich schließlich die Entwicklung der sozialen Betriebsverfassung in Richtung auf eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer im weiteren Sinn als eine Rückkehr zu den Traditionen und Grundideen der Genossenschaft dar, die in einem auf Gerechtigkeit und Freiheit aufgebauten Ordo wohl immer eines der gesellschaftlichen Urelemente

⁶ Wilhelm Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 4. Aufl., Erlenbach-Zürich 1942, S. 49.

gewesen ist. Nach dieser Untersuchung erscheint es jedenfalls legitim, den Weg des Arbeiters aus der Passivität des „Wirtschaftsuntertans“ zur aktiven Mitgestaltung eines „Wirtschaftsbürgers“ im Laufe eines Jahrhunderts ganz pauschal gesprochen als eine zunehmende Vergenossenschaftlichung des Arbeitslebens zu bezeichnen. Angesichts der langen Kette von Theorien und praktischen Bemühungen kann die deutsche Mitbestimmung so gesehen auch als ein Versuch angesehen werden, einige der unheilvollen gesellschaftlichen Auswirkungen der Industrialisierung zu überwinden.

QUELLEN- UND LITERATURNACHWEIS

- Abbe, Ernst*, Socialpolitische Schriften. In: Gesammelte Abhandlungen von Ernst Abbe Bd. 3, Jena 1906. (Als gesonderte Neuauflage hrsg. von Dr. Czaoski, Jena 1921.)
- Achenbach, Heinrich*, Geschichte der Cleve-Märkischen Berggesetzgebung und Bergverwaltung bis zum Jahre 1815. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preußischen Staate, Jg. 1869, S. 178 ff.
- Ders.* Die deutschen Bergleute in der Vergangenheit. In: Zeitschrift für Bergrecht, Jg. 12 (1870), S. 80 ff.
- Adelmann, Gerhard*, Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirkes Essen, Bd. 1: Überbetriebliche Einwirkungen auf die soziale Betriebsverfassung der Ruhrindustrie. In: Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, Bd. 54, Bonn 1960.
- Adler, Georg*, Die Geschichte der ersten Socialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf die einwirkenden Theorien. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der socialen Frage. Breslau 1885.
- Albrecht, Gerhard*, Sozialpolitik. In: Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd. 16, Göttingen 1955.
- Allendörfer, J. C.*, Über die Gewerbefrage. Von einem Gewerbetreibenden. Kassel o. J. (1848).
- Alletz, Edouard*, Die neue Demokratie oder die Sitten und die Macht der Mittelklassen in Frankreich. Im Auszug bearbeitet und mit einem Sendschreiben begleitet von F. J. Buß, Karlsruhe 1838.
- Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft*, 2 Bde. Berlin 1898.
- Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft* (Berlin) 1893–1908, Berlin 1908.
- Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* (Hrsg.), 75 Jahre AEG Berlin und Frankfurt/M. 1958.
- Allix, Edgar*, L'œuvre économique de Karl Marlo. Paris 1898.
- Altenrath, J.*, Arbeiterausschüsse. In: Concordia, Jg. 1907, Nr. 20.
- Andreae, W.*, Beiträge zur Genealogie und Geschichte der Familie Andreae. Köln 1902.
- Angermann, Erich*, Karl Mathy als Wirtschafts- und Sozialpolitiker (1842–1848). In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 103 (1955), S. 499 ff.
- Anton, Günther Karl*, Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung bis zu ihrer Aufnahme durch die Reichsgewerbeordnung. Auf Grund amtlicher Quellen bearbeitet. In: Schmollers Forschungen, Bd. 11, H. 2, Leipzig 1891 (Neu hrsg. und eingeleitet von Horst Bülter, Berlin-Ost 1953).
- Arbeiterausschüsse* bei den badischen Staatsbahnen. In: Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen, Jg. 1910, Nr. 7.

- Arbeitsfürsorge* im Hause Cornelius Heyl (Lederfabrik), Worms a. Rh. Jubiläumsausgabe zum 10. Februar 1913. Leipzig 1913. (Umschlagtitel: Zum 10. Geburtstag des hochverehrten Chefs Cornelius Wilhelm Freiherr Heyl zu Herrnsheim.)
- Arensbergische* Actiengesellschaft (Hrsg.), Denkschrift zur Erinnerung an das fünfzigjährige Bestehen der Arensbergischen Actiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Essen/Ruhr. Zechen Prosper I–IV bei Borbeck und Bottrop 1856 bis 1906. Düsseldorf o. J. (1906).
- Armin, Bettina v.*, Dieß Buch gehört dem König (1843). In: Sämtliche Werke, hrsg. von Waldemar Oehlke, Bd. 6, Berlin 1920–22, S. 453 ff.
- Arnold*, Aufzeichnungen des Grafen Carl v. Voß-Buch über das „Berliner Politische Wochenblatt“. In: Historische Zeitschrift, Bd. 106.
- Artl, H. St.*, Richard Roesicke. Sein Leben und Wirken dem Volke dargestellt. Berlin 1904.
- Auerbach, Felix*, Das Zeiss-Werk und die Carl-Zeiss-Stiftung in Jena. Ihre wissenschaftliche, technische und soziale Bedeutung. 5. Aufl., Jena 1925.
- Ders.*, Ernst Abbe – sein Leben, seine Persönlichkeit. Nach Quellen und eigener Erfahrung geschildert. In: Große Männer, Bd. 5, 2. Aufl., Leipzig 1922.
- Augsburger* Kammgarnspinnerei 1836–1936. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Wollgewerbes. Augsburg 1936 (mit Bibl.).
- Aus* der Geschichte des sächsischen Bergbaus und seiner Arbeiter. Zur 50-jährigen Erinnerung an die Gründung der sächsischen Bergarbeiter-Organisationen, Zwickau 1924.
- Axhausen, Günther*, Utopie und Realismus im Betriebsrätegedanken. Eine Studie nach Freese und Godin. In: Betriebs- und finanzwirtschaftliche Forschungen H. 4, Berlin 1920.
- Baader, Franz*, Sämtliche Schriften, hrsg. von Franz Hoffmann u. a., 16 Bde. 1851–60.
- Ders.*, Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen besitzenden Klassen der Societät in Betreff ihres Auskommens sowohl in materieller als intellektueller Hinsicht, aus dem Standpunkte des Rechtes betrachtet. In: Schriften zur Gesellschaftsphilosophie, hrsg. von Johannes Sauter. In: Die Herdflamme. Sammlung der gesellschaftswissenschaftlichen Grundwerke aller Zeiten und Völker, hrsg. von Othmar Spann. Jena 1925.
- Babbage, Charles*, On the Economy of Machinery and Manufactures. London 1832. (Über Maschinen und Fabrikwesen. Aus dem Englischen übersetzt von G. F. Fiedenberg und mit einer Vorrede von K. F. Klöden, Berlin 1833).
- Baernreither, Dr.*, Ergebnisse der vom Gewerbeausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses veranstalteten mündlichen und schriftlichen Enquête über den Gesetzentwurf betr. die Einführung von Einrichtungen zur Förderung des Einvernehmens zwischen den Gewerbsunternehmern und ihren Arbeitern. Wien 1893.
- Barkhausen, Ernst*, Die Tuchindustrie in Montjoie, ihr Aufstieg und ihr Niedergang. Aachen 1925.
- Barnikol, Ernst*, Weitling, der Gefangene und seine „Gerechtigkeit“. Kiel 1929.
- Barthel, Paul*, Handbuch der Gewerkschaftskongresse. Dresden 1916.
- Bauer, G.*, Bericht über die Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen betr. das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 1916. Berlin 1917.
- Baum, Georg*, Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 1916 nebst Ausführungsbestimmungen. In: Heß' Kriegsschriftensammlung Nr. 47, Stuttgart 1917.

- Baumgardt, David*, Franz v. Baader und die philosophische Romantik. In: Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte, hrsg. von Paul Kluckhohn und Erich Rothacker, Buchreihe Bd. 10, Halle 1927 (Hab.Schr. mit Bibl.).
- Baxa, Jacob*, Einführung in die romantische Staatswissenschaft, 2. Aufl., Jena 1931.
- Bayles*, The Shop council. New York 1886.
- Bebel, August*, Aus meinem Leben. 3 Bde. 1910–14. (Neuauf. Berlin-Ost 1946.)
- Behse, Gertrud*, Die Soziologie der industriellen Gesellschaft bei Robert von Mohl. Diss. rer. pol. (Masch.Schr.). Münster 1952.
- Bein, Alex und Goldschmidt, Hans*, Friedrich Hammacher. Lebensbild eines Parlamentariers und Wirtschaftsführers 1824–1904. Berlin 1932.
- Bein, Louis*, Die Industrie des sächsischen Voigtlandes. Wirtschaftsgeschichtliche Studie. 2 Teile. Leipzig 1884.
- Benario, Rudolf*, Deutsche Wirtschaftsräte in Vormärz und Märzrevolution. Fürth 1933.
- Benno*, Die Bewegung des Socialismus und Humanismus. Mit besonderem Bezug auf Deutschland und die Litteratur der letzten vier Jahre daselbst. Repertorium der sozialen Literatur, Bautzen 1848.
- Benseler, Georg*, Geschichte Freibergs und seines Bergbaus. 2 Bde. Freiberg 1843.
- Benz, Ernst*, Franz v. Baaders Gedanken über den Proletair. In: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte Jg. 1 (1948), H. 2, S. 97 ff.
- Berdrow, Wilhelm*, Alfred Krupps Briefe 1826–1887. Berlin 1928.
- Ders.*, Die Familie Krupp in Essen. Essen 1931.
- Ders.*, Alfred Krupp. 2 Bde. Berlin 1932.
- Berends, Julius*, Jesus bei den Zöllnern und Sündern. Predigt. Leipzig 1844.
- Ders.* Wie ist der Noth der arbeitenden Klassen abzuhefen? 2. Aufl., Leipzig 1847. (1. Aufl. unter dem Titel: Hebung der Noth der arbeitenden Klassen, Leipzig 1845).
- Bergarbeiterschutz* und Zentrum. Eine aktenmäßige Darstellung der Tätigkeit des Zentrums im deutschen Reichstag und im Preußischen Landtage zugunsten der Bergarbeiter. In: Soziale Tagesfragen, hrsg. vom Volksverein für das Katholische Deutschland, H. 10, M.-Gladbach 1908.
- Bergengrün, Alexander*, Staatsminister August Freiherr von der Heydt. Leipzig 1908.
- Berger, Louis Konstanx*, Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild. Hrsg. von Aloys Meister. 5. Aufl., Leipzig 1926.
- Bericht* über die Berathungen der vorbereitenden Kommission für die Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse in Sachsen, abgehalten in Dresden o.O., o.J. (Dresden 1849).
- Berichte* der Regierungs- und Gewerbeberäthe Preußens über die in ihren Inspektionsbezirken bestehenden Arbeiterausschüsse. In: Zeitschrift für Gewerbehygiene, Jg. 1906, H. 13/14.
- Berlepsch, Hans Hermann Freiherr v.*, Socialpolitische Entwicklungen im ersten Jahrzehnt nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, 1901.
- Ders.*, Warum betreiben wir soziale Reform? In: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Bd. 11, Jena 1903.
- Ders.*, Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bismarck. Berlin 1922.
- Ders.*, Sozialpolitische Erfahrungen und Erinnerungen. M.-Gladbach 1925.
- Berling, K. u. a.*, Festschrift zur 200-jährigen Jubelfeier der ältesten europäischen Porzellanmanufaktur Meissen. Leipzig 1912.
- Bernhard, Ludwig*, Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. 2. Aufl., Berlin 1913.

- Bernhardi, Anton*, Der Handarbeiterstand und sein Nothstand, 1847.
- Ders.*, Die Ärzte als Gesundheitsbeamte. Eine Medicinal-Organisation mit unentgeltlicher Krankenbehandlung und einer progressiven Gesundheitssteuer, 1849.
- Bernstein, Eduard*, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 3 Bde. Berlin 1907–10.
- Ders.*, Die Schneiderbewegung in Deutschland. Ihre Organisation und Kämpfe. 2 Bde., Berlin 1913.
- Beschlüsse* des Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Frankfurt a. Main, gefaßt in den Monaten Juli, August und September 1848. Darmstadt 1848.
- Bethmann-Hollweg, Stein, Helfferich und Gröner*, Vaterländischer Hilfsdienst. Reden zur Vorlage des Gesetzes im Reichstage. Stuttgart 1916.
- Betrachtungen* eines deutschen Proletariats. München 1848.
- Bäumer*, Arbeiterausschüsse, christliche Gewerkschaften und Arbeitgeberinteressen. In: Stahl und Eisen, Jg. 1909, H. 22.
- Biedermann, Karl*, Vorlesungen über Socialismus und sociale Fragen. Leipzig 1847.
- Ders.*, Die Aufgabe des ersten vereinigten Landtages in Preußen. Leipzig 1847.
- Ders.*, Socialistische Bestrebungen in Deutschland. In: Unsere Gegenwart, Jg. 1846.
- Ders.*, Erinnerungen aus der Paulskirche. Leipzig 1849.
- Ders.*, Das erste deutsche Parlament, Breslau 1898.
- Biermann, Eduard*, Karl Georg Winkelblech. Sein Leben und sein Werk. 2 Bde. Leipzig 1909.
- Biermer, Magnus*, Arbeiterkammer. In: Sammlung nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge, Bd. 1. H. 2, Gießen 1905, S. 52 ff.
- Bismarck, Otto Fürst v.* Gedanken und Erinnerungen. (Neue Ausgabe), 2. Bde., Stuttgart und Berlin 1921.
- Bitzer, Friedrich*, Kapital und Arbeit. Ein Beitrag zum Verständnis der Arbeiterfrage. Stuttgart 1871.
- Blanc, Jean Joseph Louis*, Organisation du travail. Paris 1840 (Dtsch. Organisation der Arbeit. Nordhausen 1847. 2. Aufl. Berlin 1899).
- Blanqui, Louis-Auguste*, Critique Sociale. 2 Bde. (Neudruck). Paris 1885.
- Blum, Emil*, Zwanzigjährige Erfahrung mit der Einrichtung eines Arbeiterrates. In: Technik und Wirtschaft, Jg. 2 (1909), S. 496 ff.
- Boch, Eugen v.*, Ein Blatt der Erinnerung. 1898.
- Bodemer, Heinrich*, Über die Zustände der arbeitenden Klassen. Grimma 1845.
- Ders.*, Die industrielle Revolution mit besonderer Rücksicht auf die erzgebirgischen Erwerbsverhältnisse. Dresden 1856.
- Ders.*, Zur Beurteilung des Entwurfes einer Gewerbeordnung für das Königreich Sachsen. Leipzig 1859.
- Bodenstein, Bernhard*, Arbeiterausschüsse, Arbeitsordnung, Unterstützungskassen im Bergbau. Erläuterungen zur Berggesetznovelle von 1905. Essen 1905.
- Bodz-Reymond, F. H.*, Staatswesen und Menschenbildung umfassende Betrachtungen über die jetzt allgemein in Europa zunehmende National- und Privatarmuth, ihre Ursachen, ihre Folgen und die Mittel, ihr abzuhelfen und besonders vorzubeugen. 4 Bde., Berlin 1837–39.
- Böhmert, Victor*, Briefe zweier Handwerker. Ein Beitrag zur Lösung gewerblicher und socialer Fragen. Dresden 1854.
- Ders.*, Freiheit der Arbeit. Beiträge zur Reform der Gewerbeetze. Bremen 1858.
- Ders.*, Urkundliche Geschichte und Statistik der Meißener Porzellanmanufaktur 1710–1880 mit besonderer Berücksichtigung der Betriebs-, Lohn- und Kassenverhältnisse. In: Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Bureaus, Jg. 26, H. 1 und 2.

- Ders.*, Die Harburger Gummi-Kamm-Compagnie. In: Arbeiterfreund, Jg. 23 (1885).
- Ders.*, Eine Untersuchung über Arbeiterausschüsse und Ältestenkollegien. In: Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889), Nr. 4, S. 439 ff.
- Ders.*, Der Streik der deutschen Kohlenbergleute vom Mai 1889. In: Arbeiterfreund, Jg. 27 (1889).
- Ders.*, Arbeiterausschüsse und ihre Beziehungen zur Industrieverwaltung. In: Arbeiterfreund, Jg. 52 (1914), Nr. 1, S. 24 ff.
- Boerner, Paul*, Erinnerungen eines Revolutionärs. Hrsg. von E. Menke-Glückert, 2 Bde., Leipzig 1920.
- Bogsch, W.*, Der Marienberger Bergbau in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Diss. phil., Leipzig 1933.
- Boldt, Ingeborg*, Großdeutsch-bürgerliche Zeitkritik zwischen Revolution und Reichsgründung, dargestellt an Cottas Deutscher Vierteljahrsschrift 1850–1870. Diss. phil., Göttingen 1955.
- Bollnow, Hermann*, Wilhelms II. Initiative zur Arbeiterschutzgesetzgebung und die Entlassung Bismarcks. In: Aspekte sozialer Wirklichkeit, Berlin 1958.
- Borchard, Hans Heinrich*, 50 Jahre Preussisches Ministerium für Handel und Gewerbe. Berlin 1929.
- Born, Karl Erich*, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur Geschichte der innenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches von 1890–1914. In: Historische Forschungen der Kommission der Akademie der Wissenschaften und Literatur, Bd. 1, Wiesbaden 1957.
- Born, Stephan*, Erinnerungen eines Achtundvierzigers. 3. Aufl., Leipzig 1898.
- Botzenhart, Erich*, Freiherr v. Stein. Staatsgedanken aus seinen unveröffentlichten Geschichtswerken. 1924.
- Bruckert, E.*, Geschichte der Brauereibewegung. Berlin 1916.
- Bräuer, Karl*, Albert Christian Weinlig. In: Sächsische Lebensbilder Bd. 3. Leipzig 1941.
- Brandt, Alexander v.*, Zur sozialen Entwicklung im Saargebiet. Leipzig 1904.
- Brassert, Hermann*, Bergordnungen der Preussischen Lande. Köln 1858.
- Brassert, Hermann und Gottschalk, Hans*, Allgemeines Berggesetz für die preussischen Staaten. Bonn 1914.
- Brauer, Theodor*, Ketteler, der deutsche Bischof und die Sozialreform, 1927.
- Braun, Adolf*, Die Möglichkeit von Lohnstarifen im Bergbau. In: Soziale Praxis, Jg. 1907, Sp. 593.
- Braun, Rudolf*, Industrialisierung und Volksleben. Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1960.
- Brauns, H.*, Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der Niederrheinischen Samt- und Seidenindustrie und die Lage der Arbeiter in dieser Periode. In: Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. von G. Schmoller, Bd. 25 (1906).
- Bredenbeck, Anton*, 1889. Die erste Erhebung der Bergarbeiter. Dortmund 1909.
- Ders.*, Kritische Randbemerkungen zur Berggesetznovelle. In: Die Neue Zeit, Jg. 23 (1904/05), Bd. 1.
- Brentano, Lujo*, Zur Geschichte der englischen Gewerkvereine. Leipzig 1871.
- Ders.*, Die Arbeitergilden der Gegenwart. 2 Bde., Leipzig 1871–72.
- Ders.*, Die gewerbliche Arbeiterfrage. In: Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie. Tübingen 1882.
- Ders.*, Auerbach und Lotz, Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrages. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 45–47, Leipzig 1890.
- Ders.*, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands. Jena 1931.

- Bretschneider, K. G.*, Der Simonismus und das Christentum. Leipzig 1832.
- Briefs, Goetz*, Artikel „Betriebssoziologie“. In: Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931.
- Ders.*, Betriebsführung und Betriebsleben in der Industrie. Zur Soziologie und Sozialpsychologie des modernen Großbetriebes in der Industrie. Stuttgart 1934.
- Brougham*, The results of machinery, (Übersetzt von J. Riecken) 1833.
- Brüggemann*, Preußens Beruf in der deutschen Staatsentwicklung. 1843.
- Brust, August*, Bericht über den 1. Delegiertentag christlicher Bergarbeiter vom 31. 1.–2. 2. 1897. Bochum 1897.
- Ders.*, Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 20 (1905), H. 3.
- Buddensieg, Hermann*, Wilhelm Weitling und der frühe deutsche Sozialismus. 2. Aufl., Heidelberg 1934.
- Bücher, Karl Wilhelm*, Zur Arbeiterkammer. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 60, S. 400 ff.
- Büchner, Fritz*, 125 Jahre Geschichte der Gutehoffnungshütte. o.O. (Düsseldorf) 1935.
- Büchsel, Hans Wilhelm*, Rechts- und Sozialgeschichte des oberschlesischen Berg- und Hüttenwesens 1740–1806, Forschungen zur schlesischen Wirtschaftsgeschichte Bd. 1 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Schlesien, 3. Reihe) Breslau-Kattowitz 1941.
- Bueck, Henry Axel*, Der Zentralverband Deutscher Industrieller 1876–1901, 3 Bde. Berlin 1902–05.
- Ders. und Leidig*, Der Aufstand der Bergarbeiter im Ruhrkohlenrevier Januar/Februar 1905. In: Schriften der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 1.
- Ders.*, Kathedersozialisten. Berlin 1906.
- Bülau, Friedrich*, Der Pauperismus. In: Deutsche Vierteljahrsschrift, Jg. 1838, H. 1.
- Ders.*, Der Pauperismus. In: Zeitfragen aus dem Gebiete der Politik und Volkswirtschaft. Leipzig 1846.
- Bülau, Das Knappschaftswesen im Ruhrkohlenbezirk bis zum allgemeinen preussischen Berggesetz vom 24. Juni 1865.* (Diss.). Borna-Leipzig 1905.
- Bülau, Bernhard Fürst v.*, Deutsche Politik. Berlin 1916.
- Buhl, Ludwig*, Fragen der inneren Politik und Verwaltung. Zürich und Winterthur 1843.
- Ders.*, Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen. Mannheim 1844.
- Ders.*, Andenken über die Noth der arbeitenden Klassen und über die Aufgaben der Vereine zum Wohl derselben. Berlin 1845.
- Burét, Eugen*, De la misère des classes laborieuses en Angleterre et en France, 2 vols. Paris 1840.
- Buß, Franz Joseph Ritter v.*, Über die mit fabrikmäßigen Gewerbsbetrieb verbundenen Nachtheile und die Mittel ihrer Verhütung. Eine Rede, gehalten am 25. April 1837 in der 16. öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer der Großherzoglichen Badischen Landstände. Karlsruhe 1837.
- Bußmann, Walter*, Artikel „Freiherr v. Berlepsch“. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 2 (1955), S. 96.
- Ders.*, Zur Geschichte des Liberalismus im 19. Jahrhundert. In: Historische Zeitschrift, Bd. 186 (1958), H. 3.
- Carové, F. W.*, Der St. Simonismus und die neuere französische Philosophie. 1832.
- Carstens, E.*, Elbings wirtschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert. In: Altpreußische Monatsschrift, Bd. 50.

- Chevalier, Michel*, Über die Arbeiterfrage (Dtsch. von Franz Hauser). Aachen 1847.
- Combe*, Metaphysical Sketches on the new and old system with opinions on interesting subjects. Edinburgh 1823.
- Conrad, Else*, Der Verein für Sozialpolitik und seine Wirksamkeit auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeiterfrage. 1906.
- Conze, Werner*, Friedrich Naumann. In: Schicksalswege deutscher Vergangenheit (Kaehler-Festschrift). Düsseldorf 1950.
- Ders.*, Vom „Pöbel“ zum Proletariat. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Jg. 41 (1954), H. 4, S. 333 ff.
- Ders.*, Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands. In: Historische Zeitschrift Bd. 186 (1958), H. 1.
- Cramer, Franz Theodor*, Handel und Verkehrswesen der Freiheit Mülheim am Rhein im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des Herzogtums Berg. (Diss. phil. Münster). Düsseldorf 1908. Sonderdruck aus: Beiträge zur Geschichte des Niederrheins. Jahrbuch des Düsseldorfer Geschichtsvereins, Bd. 22.
- Curtius, Julius*, Bismarcks Plan eines deutschen Volkswirtschaftsrates. Heidelberg 1919.
- Ders.*, Bismarck und die „Preussischen Gewerbekammern“, Ein Beitrag zum Problem der Bezirkswirtschaftsräte. In: Nachrichten aus dem Ruhrbezirk Jg. 2 (1921).
- Dahlmeier, Ilse*, Geschichte der Arbeitskämpfe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier. Diss. Köln 1922.
- David, Eduard*, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg. 1915.
- Degenkolb, Carl*, Dem volkswirtschaftlichen Ausschusse von seinem Mitgliede C. D. (Entwurf einer Gewerbeordnung nebst Motiven), o.O., o.J. (Frankfurt/M. 1848).
- Ders.*, Über die Mittel zur Hebung der deutschen Gewerbe. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, II. Lieferung, Mittheilung XXX. S. 226.
- Ders.*, Veit und Becker (Gotha), Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Frankfurt/M. 1949.
- Ders.*, Arbeitsverhältnisse. Frankfurt/M. 1849.
- Delbrück, Clemens v.*, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. München 1924.
- Delbrück, Hans*, Schmoller und Wagner: Über die Stummsche Herrenhausrede, Berlin 1897. (Sonderdruck aus: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 76.)
- Delbrück, Joachim v.*, Clemens v. Delbrück. Ein Charakterbild. Berlin 1922.
- Delbrück, Rudolf v.*, Lebenserinnerungen 1817–1867, mit einem Nachtrag aus dem Jahre 1870, 2 Bde. Berlin 1905.
- Demeure*, Note sur les chambres d'explication. Extrait de la Revue universelle des mines. Paris 1887.
- Denkschrift* des Centralvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands betr. Reform des preussischen Berggesetzes. Alten-Essen 1901.
- Denkschrift* über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung des Handwerker- und Gewerbekongresses, veranlaßt durch den Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zu Frankfurt a. M. in den Monaten August und September 1848. Darmstadt 1848.
- Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft* 1855 bis 1955, o.O. 1955.
- Deutsche Solvay-Werke GmbH.* (Hrsg.): 75 Jahre Deutsche Solvay-Werke 1880 bis 1955. Darmstadt o. J. (1955).

- Die Entwicklung der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens. 1855–1880. Dessau 1881.
- Die fünfzigjährige Entwicklung der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft (Dessau) 1855–1905. o.O., o.J. (München 1905).
- Die Wiederbelebung des Schwanenordens in Preußen im Jahre 1843. In: Deutsche Vierteljahrsschrift, Jg. 1844, H. 2, S. 212 ff.
- Die Zustände der arbeitenden Klassen. Ein Beitrag zur socialen Reform des 19. Jahrhunderts. Beleuchtet von einem Proletarier. Düsseldorf 1847.
- Diesterweg, Friedrich Adolph Wilhelm*, Lebensfragen der Civilisation. Oder: Über die Erziehung der unteren Classen der Gesellschaft. Essen 1836. (2. Aufl. unter dem Titel: Beiträge zur Lösung der Lebensfrage der Civilisation, einer Aufgabe der Zeit. Essen 1837).
- Doehow*, Arbeitskammern. In: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, Jg. 28 (1904), S. 1090 ff.
- Domsch, Paul*, Albert Christian Weinlig. Ein Lebensbild nach Familienpapieren und Akten. In: Abhandlungen und Berichte der Technischen Staatslehranstalten Chemnitz, H. 2, Chemnitz 1912.
- Dortmund-Hoerder-Hüttenunion* Aktiengesellschaft o.O., o.J. (Dortmund 1937).
- Dortmund-Hoerder-Hüttenunion* Aktiengesellschaft 1852–1952. Essen 1952.
- Duckwitz, Arnold*, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben von 1841 bis 1866. Ein Beitrag zur bremischen und deutschen Geschichte. Bremen 1877.
- Dupuis, Julien*, La Délégation ouvrière dans l'usine (Thèse). Paris 1909.
- Ebel, W.*, Gewerbliches Arbeitsvertragsrecht im deutschen Mittelalter, Weimar 1934.
- Eckler, Otto*, Was muß man vom Vaterländischen Hilfsdienst wissen? Saarbrücken 1917.
- Effert, Johann*, Der Streik der Ruhrbergleute und die Berggesetznovelle sowie die Reorganisation des Gewerkvereins. Essen 1905.
- Ehrenberg, Richard und Racine, Hugo*, Kruppsche Arbeiterfamilien. In: Archiv für exakte Wirtschaftsforschung (Thünen-Archiv), Bd. 1, Jena 1906 und Ergänzungsheft 6, Jena 1912.
- Ders.*, Krupp-Studien. In: Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, Bd. 3, Jena 1911.
- Eich, Mathias*, Die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Oberhausen/Rheinland. Oberhausen 1910.
- Eilenburger Kattunmanufaktur* Aktiengesellschaft, Eilenburg, 1873–1923 (Festschrift). Berlin 1923.
- Eisenmann, G.*, Die Parteyen der teutschen Reichsversammlung. Ihre Programme, Statuten und Mitgliederverzeichnisse. Erlangen 1848.
- Eisenwerk Kaiserslautern* – 75 Jahre. Ein modernes Emaillierwerk wird aus Anlaß des Jubiläums dem Betrieb übergeben. 1939.
- Elsholz, U.*, Die Entwicklung des sächsischen Knappschaftswesens. Dresden 1910.
- Engel, Ernst*, Der Bergarbeiterstreik im Ruhrbezirk im Jahre 1905. In: Glückauf, Jg. 41 (1905) Nr. 8.
- Engels, Friedrich*, Die Lage der arbeitenden Klassen in England. 4. Aufl., Stuttgart 1921.
- Entwurf einer allgemeinen Handwerks- und Gewerbeordnung für Deutschland*. Beraten und beschlossen von dem deutschen Handwerker- und Gewerbekongreß zu Frankfurt a. M. vom 15. Juli bis 15. August 1848. Hrsg. von Albrecht Volkhardt. Augsburg 1848.
- Eppstein, Georg Freiherr v.*, Fürst Bismarcks Entlassung. Nach hinterlassenen Aufzeichnungen des pp. Karl Heinrich v. Bötticher und pp. Franz Johannes v. Rottenburg. 1920.

- Ders. und Bornhak, Conrad*, Bismarcks Staatsrecht. 2. Aufl., Berlin 1923.
- Epstein, Jacob Hermann*, Die autonome Fabrik. Dresden 1907.
- Erdberg, Robert v.*, Die Wohlfahrtspflege. Jena 1913.
- Erdmann, Gerhard*, Das Recht der Arbeitnehmer an der Beteiligung der Verwaltung der Betriebe der gewerblichen Wirtschaft. Köln 1952.
- Ders.*, Die Entwicklung der deutschen Sozialgesetzgebung. In: Quellensammlung zur Kulturgeschichte, hrsg. von Wilhelm Treue, 2. Aufl. Berlin 1957.
- Ergebnisse einer Erhebung über die in Bayerischen Fabriken und größeren Gewerbebetrieben zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen*, hrsg. vom Staatsministerium des Innern. München 1874.
- Erkelenz, Anton*, Kraftprobe im Ruhrgebiet. (Gewerkvereins. Agitationsbibliothek). Düsseldorf 1905.
- Ders.*, Arbeitervertreter in den Organen der Arbeitsversicherung. In: Arbeiterversorgung, Jg. 1909, H. 11.
- Ermisch, Hubert*, Das sächsische Bergrecht des Mittelalters. Leipzig 1887.
- Erzberger, Mathias*, Die Industrie(arbeits)kammern im Reichstage. Ein geschichtlicher Überblick über die bisherigen Bestrebungen im Reichstage auf die Errichtung einer Interessensvertretung für die Industrie, zugleich eine Materialsammlung. Jena 1905.
- Eschenbach, A.*, Die Lehren des Bergarbeiterstreiks vom Mai 1889. Berlin 1889.
- Esenbeck, Christian Gottfried Daniel Nees v.*, Was bedeutet die sociale Frage in der Verfassung? Gesetzesvorschlag der Nationalversammlung zu Berlin vorgelegt den 1.ten Juli 1848. Anhang zu der Schrift: Die demokratische Monarchie. Berlin 1848.
- Faber, R.*, Eine Enquête über Arbeiterausschüsse. Wien 1893.
- Facius, Friedrich*, Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945. In: Schriften des Bundesarchivs Bd. 9, Boppard/Rh. 1959.
- Fallati, Johannes*, Das Vereinswesen als Mittel zur Sittigung der Fabrikarbeiter. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 1844, S. 737.
- Ders.*, Zur Verständigung über Begriff und Wesen des Socialismus und Communismus. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 1847.
- Faulhaber, C.*, Die schlesische Goldproduktion mit besonderer Berücksichtigung des Reichensteiner Bergreviers. Diss. phil. Breslau 1896.
- Fechner, Hermann*, Geschichte des schlesischen Berg- und Hüttenwesens 1741–1806. Berlin 1903 (Sonderdruck aus: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preußischen Staate, Bd. 48, 49 und 50 / 1900–02).
- Festschrift über das Steinkohlenbergwerk Vereinigte Glückhülff-Friedehoffnung Hermsdorf* (Reg.-Bez. Breslau). Hermsdorf 1892.
- Festschrift zum Jubiläum der Firma D. Peters & Co. GmbH. Elberfeld* 1908.
- Fette, Robert*, Arbeiterausschüsse. In: Sozialistische Monatshefte Jg. 1904/05.
- Ders.*, Arbeiterausschüsse. In: Sozialistische Monatshefte Jg. 15 (1911), Bd. 1, S. 129 ff.
- Fielden, H.*, The Course of the Factory System. London 1836.
- Fischer, Guido*, Sinn und Zweck der Mitbestimmung. In: Mensch und Arbeit. Jg. 1950.
- Fischer, Johann Conrad*, Tagebuch einer im Jahre 1814 gemachten Reise über Paris nach London und einigen Fabrikstädten Englands vorzüglich in technologischer Hinsicht. Aarau 1816.
- Ders.*, desgl. einer zweiten Reise. Aarau 1826.

- Ders.*, Fragmente aus dem Tagebuch dreier Reisen nach England 1825. Stuttgart 1829. (Alle drei Tagebücher neu hrsg. durch Karl Schib. In: Schriftenreihe 150 Jahre Georg Fischer Werke 1802–1952. Schaffhausen 1951).
- Fischer, Lorenz*, Bergbau und Bergarbeiter vom 14. bis 16. Jahrhundert. Staatsw. Diss. (Masch.Schr.) München 1927.
- Fischer, Marie*, Ein Lebensbild des verewigten Präsidenten Dr. Lette zu seinem 100. Geburtstag. 2. Aufl. Berlin 1899.
- Fischer, Wolfram*, Handwerksrecht und -wirtschaft um 1800, Studien zur Sozial- und Wirtschaftsverfassung vor der industriellen Revolution. (Diss. phil.) Berlin und München 1955.
- Ders.*, Karl Mez. Ein badischer Unternehmer im 19. Jahrhundert. In: Tradition, Jg. 1 (1956), H. 1 und 2.
- Ders.*, Quellen zur Geschichte des deutschen Handwerks. Selbstzeugnisse seit der Reformationszeit. In: Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Bd. 13, Göttingen 1957.
- Ders.*, Drei Schweizer Pioniere der Industrie (Johannes Conrad Fischer, Johann Caspar Escher und Johann Georg Bodmer). In: Tradition Jg. 3 (1958), H. 4, S. 215 ff.
- Ders.*, Arbeitermemoiren als Quellen für Geschichte und Volkskunde der industriellen Gesellschaft. In: Soziale Welt, Jg. 9 (1958), H. 3–4.
- Flamm, Hermann*, Arbeiterausschüsse. In: Sociale Revue, Jg. 8 (1908).
- Flesch, Karl*, Wohlfahrteinrichtungen für Arbeiter und deren Familien. In: Handbuch der Hygiene, Bd. 4, Jena 1904.
- Flesch, M.*, Die Vertrauensmänner der Bergleute und die Bergwerksbesitzer. Entlassungsrecht oder Entlassungsmacht? In: Die Hilfe, Jg. 1908, Nr. 52 und Jg. 1909, Nr. 9.
- Focroulle*, Le Conseil d'usine. Brüssel und Paris 1892.
- Forberger, Rudolf*, Die Manufakturen in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Berlin-Ost 1958.
- Fourier, Charles*, Textes choisis. Préface, commentaires et notes explicatives par Felix Armand. Paris 1953.
- Ders.*, Introduction et choix par Jacques Delu-Bridel. Genf und Paris 1947.
- Franz, Albert*, Der soziale Katholizismus in Deutschland bis zum Tode Kettlers. M.-Gladbach 1914.
- Freese, Heinrich*, Zehn Jahre in einem Arbeitsparlament. In: Preußische Jahrbücher, Jg. 1895.
- Ders.*, Fabrikantensorgen. Eisenach 1896.
- Ders.*, Gewinnbeteiligung der Arbeiter. In: Verhandlungen des 15. Evangelisch-sozialen Kongresses in Göttingen. 1904, S. 120 ff.
- Ders.*, Das konstitutionelle System im Fabrikbetriebe. Eisenach 1900 (2. veränd. Aufl. Gotha [übergekl.] Leipzig 1905).
- Ders.*, Die Gewinnbeteiligung der Angestellten. Gotha 1905.
- Ders.*, Die konstitutionelle Fabrik. Jena 1909 (4. Aufl. 1922).
- Ders.*, Fabrikantenglück. Ein Weg, der dazu führen kann. 2. Aufl. Leipzig 1910.
- Ders.*, Der freie Werkvertrag und seine Gegner. Jena 1913.
- Freyer, Hans*, Die Bewertung der Wirtschaft im philosophischen Denken des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1921.
- Freytag, Gustav*, Karl Mathy. 2. Aufl. 1872.
- Fricke, Fritz*, Zur Geschichte der Betriebsvertretungen in Deutschland. In: Handbuch der Betriebsverfassung, hrsg. von Erich Bührig. Köln 1953.

- Fricke, Johann Heinrich*, Grundsätze des Rechtes der Handwerker. Göttingen und Kiel 1771.
- Früh, Walter*, Radowitz als Sozialpolitiker. Seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Frage. (Diss.) Berlin 1937.
- Frühau, Julius*, Die Einrichtung von Arbeiterausschüssen oder Ältestenkollegien im Großgewerbe. In: Die chemische Industrie, Jg. 13 (1890), Nr. S. 66 ff.
- Ders.*, Zur Frage der Arbeiterausschüsse. In: Die chemische Industrie, Jg. 13 (1890), Nr. 7, S. 118 ff.
- Fuchs, K.*, Zur Frage der reinen Arbeiterkammern. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 20, S. 101 ff.
- Fünfviertel Jahrhundert Neunkirchener Eisenwerk (Neunkirchen/Saar) und Gebr. Stumm. Mannheim 1935.
- Fünfzig Jahre wirtschaftlicher Verein im Saargebiet. Saarbrücken 1930.
- Gagliardi, Ernst*, Bismarcks Entlassung. Bd. 1 Tübingen 1927, Bd. 2 Tübingen 1941.
- Gaskell, The*, The manufacturing population of England, its moral, social and physical conditions. London 1832.
- Ders.*, Artisans and Machinery. London 1836.
- Gawronski, Vitaly*, Das Mitspracherecht der Arbeitnehmer im Betriebe. Diss. jur. Bern 1935.
- Gay, Peter*, Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx. Nürnberg 1954.
- Gebauer, Heinrich*, Die Volkswirtschaft im Königreich Sachsen. 1893.
- Gebhardt, Gerhard*, Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen. Essen 1957.
- Geck, Adolf*, Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung. Der erste sozialpolitische Versuch in einem deutschen Parlament. Mit einem Geleitwort von August Bebel. Offenburg 1904.
- Geck, Ludwig Heinrich Adolph*, Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit. Berlin 1931.
- Gedenklätter* zur Jubelfeier des 50-jährigen Bestehens des Hauses Doerr & Reinhardt in Worms, o. J.
- Gehrig, Hans*, Die Begründung des Prinzips der Sozialreform. Eine literatur-historische Untersuchung über Manchestertum und Kathedersozialismus. Jena 1914.
- Gerlach, Josef*, Der Betriebsvertretungsgedanke in seiner Entwicklung und Verwirklichung. Diss. jur. Gießen 1929.
- Gerlach, Leopold v.*, Denkwürdigkeiten. Nach seinen Aufzeichnungen hrsg. von seiner Tochter. 2 Bde., Berlin 1891–92.
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands* (Hrsg.), Bergarbeiterfragen vor dem preußischen Landtag. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Hauses betr. die eigentlichen Bergarbeiterfragen bei Gelegenheit der Beratung des Etats der Preußischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung am 12., 15. und 16. 2. 1904. Hrsg. vom Zentralvorstand. Alt-Essen 1904.
- Geyer, Curt*, Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Maiaufstandes 1848–49. (Diss.) Leipzig 1914.
- Gibon, Les conseils d'usine*. Paris 1895.
- Godeffroy, Carl*, Theorie der Armuth. Ein Versuch. Hamburg 1834. (Büchersammlung des Gottfried Geffcken in Hamburg).
- Göhre, Paul*, Drei Monate als Fabrikarbeiter und Handwerksbursche. Leipzig 1891.

- Goergen, A., E. v. Boch und R. v. Boch. In: Heimatbücher des Saarlandes. Saarlouis 1912.
- Goetting, Hildegard, Die sozialpolitische Idee in den konservativen Kreisen der vormärzlichen Zeit. (Diss. phil.) Berlin 1922.
- Goldschmidt, Ernst Friedrich, Die deutsche Handwerkerbewegung bis zum Sieg der Gewerbefreiheit. (Diss.) 3. Aufl. München 1916.
- Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Berlin 1931.
- Goldschmidt, Karl, Zur Frage der Arbeiterausschüsse. In: Die chemische Industrie, Jg. 13 (1890), Nr. 5 S. 83 ff.
- Gosebruch, Karl, Franz Hitze und die Gemeinschaftsidee. (Diss.) Münster 1927.
- Gothein, Georg, Die preußischen Berggesetznovellen. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Jg. 1905.
- Grabski, Stanislaus, Karl Marlo als Sozialtheoretiker. Bern 1899.
- Grassmann, Josef, Die Entwicklung der Augsburger Industrie im 19. Jahrhundert. Augsburg 1894.
- Gray, John, The social System. A Treatise on the Principle of Exchange. Edinburgh 1831.
- Grebe, Paul, Bismarcks Sturz und der Bergarbeiterstreik 1889. In: Historische Zeitschrift Bd. 157 (1938).
- Gröger, Helmut, Die Arbeits- und Sozialverhältnisse der staatlichen Porzellanmanufaktur Meißen im 18. Jahrhundert, Forschungen aus mitteldeutschen Archiven (Kretzschmar-Festschrift). Berlin-Ost 1953.
- Grunau, Axel, Ignaz Grunau und George Grunau 1790–1890. Elbing 1937.
- Grunzel, Josef, Die Arbeiterausschüsse in Österreich. Wien 1896.
- Günther, Adolf und Prévôt, René, Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich, hrsg. vom Verein für Socialpolitik. Leipzig 1905 (Mit Bibl.).
- Gutehoffnungshütte Oberhausen/Rhld., Werden und Entwicklung. 1940.
- Haenisch, Konrad, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg. 1916. (mit Bibl.).
- Hagen, Thomas Philipp von der, Beschreibung der Kalkbrüche bey Rüdersdorf, der Stadt Neustadt-Eberswalde und des Finow-Kanals wie auch der dasigen Stahl- und Eisenfabrique, des Messingwerkes und Kupferhammers. Berlin 1785.
- Hahn, Wilhelm, Der Bergarbeiterstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unter besonderer Berücksichtigung der Stellung Wilhelms II. und Bismarcks. Diss. phil. Göttingen 1924.
- Hansen, Joseph, Gustav v. Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild 1815–1899. 2 Bde. Berlin 1906.
- Ders., Friedrich Wilhelm IV. und das liberale Märzministerium. Trier 1913.
- Ders., Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830 bis 1850. Essen Bd. I 1919, Bd. II 1942.
- Harkort, Friedrich, Bemerkungen über die preußische Volksschule und ihre Lehrer. Elberfeld 1842.
- Ders., Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation und Emancipations der unteren Klassen. Elberfeld 1844. (Neudruck hrsg. von Julius Ziehen. In: Historisch-politische Bücherei. H. 1, 1919).
- Ders., Die Vereine zur Hebung der unteren Volksklassen nebst Bemerkungen über den Centralverein in Berlin. Elberfeld 1845.
- Harms, Bernhard, Die holländischen Arbeitskammern. Ihre Entstehung, Organisation und Wirksamkeit. Tübingen und Leipzig 1903.

- Ders., Jay und Varlez, Über die Arbeitskammern in Holland, die Arbeitsräte in Frankreich und die Organisation der Industrie- und Arbeitsräte in Belgien. In: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Bd. 12 und 13 (1903–04).
- Ders., Deutsche Arbeitskammer. In: Beiträge zur Arbeiterstatistik. Tübingen 1904.
- Ders., Die Literatur zur Arbeitskammerfrage. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 84 (1905).
- Ders., Arbeitskammern und Kaufmannsgerichte. 2. Aufl. Tübingen 1906.
- Ders., Artikel „Arbeitskammern“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl. (1909), Bd. 1, S. 1058 ff.
- Hassel, Paul, Joseph Maria v. Radowitz. Berlin 1905.
- Hasslacher, Jacob, Geschichtlicher Entwurf des Steinkohlenbergbaus im Saargebiet. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preußischen Staate, Jg. 32.
- Hauck, Albert, Kirchengeschichte Deutschlands. Leipzig 1911.
- Haupt, Elisabeth, Amalie Sieveking als Gründerin des Christlichen Vereins für Armen- und Krankenpflege (Diss. Frankfurt/M.) Berlin 1953.
- Haym, Rudolf, Die deutsche Nationalversammlung bis zu den Septemberereignissen. Ein Bericht aus der Partei des rechten Centrum. Frankfurt/M. 1848.
- Hedderheimer Kupferwerke und süddeutsche Kabelwerke AG. Frankfurt a. M. und Mannheim, Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der AG und des 65jährigen Bestehens des Unternehmens. 1853–1893–1918. Frankfurt a. M. 1918.
- Heermann, Heinrich, Arbeiterausschüsse im Bergbau. In: Neue Zeit, Jg. 23 (1906–07), Bd. 1.
- Heffler, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institution. Stuttgart 1950.
- Hegel, Georg Friedrich Wilhelm, Grundlinien der Philosophie des Rechtes. 1821. (Neuauf. Leipzig 1921 Phil. Bibl.).
- Heidegger, Hermann, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870 bis 1920. In: Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft Bd. 25, Göttingen 1956.
- Herkner, Heinrich, Die oberelsässische Baumwollindustrie und die deutsche Gewerbeordnung. Straßburg 1887.
- Ders., Die Arbeiterfrage. 5. Aufl. Berlin 1908 und 8. Aufl. Berlin und Leipzig 1922 (2 Bde.).
- Hellwig, Fritz, Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg 1836–1901. Heidelberg 1936.
- Hermann, Max, Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 1916. Berlin 1917.
- Herrfahdt, Heinrich, Das Problem der berufsständischen Vertretungen von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Stuttgart und Berlin 1921.
- Herse, Wilhelm, Fürst Otto zu Stolberg-Wernigerode und die deutsche Reichspolitik 1867–1881. In: Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte und Altertumskunde, Jg. 55 (1922).
- Henkelom, H. P. van, Arbeitsraden. Amsterdam 1892.
- Heuß, Theodor, Friedrich Naumann, 2. Aufl. Tübingen 1949.
- Heyde, Ludwig, Die deutschen sozialistischen Gewerkschaften im Weltkrieg. In: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, H. 54–55 (1915).
- Herzfeld, Hans, Johannes v. Miquel. 2 Bde., Detmold 1938/39.
- Herzog, Emil, Geschichte des Zwickauer Steinkohlenbergbaus. Dresden 1852.
- Hilbck, A., Zum Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier. Köln 1905.

- Hildebrand, Bruno*, Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft. Frankfurt/M. 1848.
- Hilgenstock*, Über Lohntarife im britischen und rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. In: Glückauf, Jg. 43 (1907), Nr. 49–52.
- Hilt*, Bericht über die Entstehung und Entwicklung der Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau im Wurmgebiet, erstattet zur Erinnerung an das 50. Jahr des Bestehens der Gesellschaft. Aachen 1886.
- Hintze, Otto*, Die Preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert und ihre Begründung durch Friedrich den Großen. In: Acta Borussica, hrsg. von der Kgl. Akademie der Wissenschaften, Bd. 3, Berlin 1892.
- Hirsch, Max*, Das Fiasko der Arbeiterräte. In: Neue Zeit, Jg. 25 (1906–07) Bd. 1, S. 573 ff.
- Hirsch-Weber, Wolfgang*, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht. In: Schriften des Institutes für politische Wissenschaft Bd. 13, Köln und Opladen 1959.
- Hitze, Franz*, Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung. Drei Vorträge. Paderborn 1877 (4. Aufl. M.-Gladbach 1904).
- Ders.*, Die Quintessenz der sozialen Frage. 2. Aufl. Paderborn 1880.
- Ders.*, Schutz dem Arbeiter! Köln 1881.
- Ders.*, Über den Fabrikorganismus. In: Arbeiterwohl Jg. 1 (1881), S. 21 ff.
- Ders.*, Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft (Vorträge). Paderborn 1881.
- Ders.*, Pflichten und Aufgaben der Arbeitgeber in der Arbeiterfrage. Köln 1888.
- Ders.*, Normalarbeitsordnung sowie Normalstatut eines Arbeiterrates. (Festgestellt vom Linksrheinischen Verein für Gemeinwohl. Mit einer Einleitung und Auszügen aus Fabrikordnungen sowie einer Zusammenstellung der Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes 1891). Köln 1892.
- Ders.*, Rede des Abgeordneten Dr. Hitze zur Begründung der Interpellation über die Ausführung der Kaiserlichen Februar-Erlasse (Reichstagssitzung vom 6. 2. 1895). Hrsg. vom Volksverein für das katholische Deutschland. M.-Gladbach o.J.
- Ders.*, Die Preußische Berggesetznovelle vom 14. Juli 1905. In: Soziale Kultur, Jg. 1905, H. 9.
- Ders.*, Deutschland unter Kaiser Wilhelm II. Berlin 1914.
- Hoffmann, Franz*, Der Vaterländische Hilfsdienst. 5. Aufl. Berlin 1918.
- Hofmann, Hermann*, Fürst Bismarck 1890–1898. 2 Bde., Hamburg 1913.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu*, Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit. Hrsg. von Karl Alexander v. Müller. 2 Bde. 1931.
- Hohn, W., Franz Brandts*. In: Führer des Volkes. Sammlung von Zeit- und Lebensbildern. Bd. 2, 2. Aufl., 1920.
- Ders.*, Artikel „Franz Brandts“. In: Staatslexikon der Goerres-Gesellschaft, Bd. 1, 5. Aufl. (1926), Sp. 1029.
- Ders.*, Werden und Wachsen eines Wirtschaftsgebietes am linken Niederrhein. In: Festschrift der Industrie- und Handelskammer zu M.-Gladbach, M.-Gladbach 1937.
- Holek, Wenzel*, Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters. Hrsg. von Paul Göhre. Jena 1909.
- Ders.*, Vom Handarbeiter zum Jugendzieher. Jena 1921.
- Holtz, J. F.*, Noch ein Wort über Arbeiterräte. In: Die chemische Industrie Jg. 13 (1890), Nr. 15–16, S. 301.
- Hoppe, O.*, Der Silberbergbau zu Schneeberg bis zum Jahre 1500. Diss. phil. Heidelberg 1908.

- Horster, Paul*, Die Entwicklung der sächsischen Gewerbeverfassung von 1780–1861. (Heidelberger Diss.). Krefeld 1908.
- Huber, Victor Aimé*, Über Arbeiter-Coalitionen, ein der Coalitions-Commission nicht vorgelegtes Gutachten. Berlin 1865.
- Ders.*, Ausgewählte Schriften über Sozialreform und Genossenschaftswesen, hrsg. von K. Munding. Berlin 1894.
- Hue, Otto*, Bergleute und preußischer Landtag. In: Neue Zeit, Jg. 24 (1905–06), Bd. 1, S. 605 ff.
- Ders.*, Arbeiterräte als Arbeitervertretungen. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 11 (1907), H. 1, S. 15 ff.
- Ders.*, Die Bergarbeiter, 2 Bde. Stuttgart 1910–13.
- Huffmann, F. R.*, Über die sächsische Berggerichtsbarkeit vom 15. Jahrhundert bis zu ihrem Ende. Weimar 1935.
- Hundert Jahre Neunkirchener Eisenwerk unter der Firma Gebr. Stumm (1806 bis 1906) Saarbrücken 1906.
- Hutschenreuther AG, Lorenz* (Hrsg.), Hundert Jahre Porzellan, o. O. 1957.
- Huyßen, A.*, Die Knappschaftsvereine im preußischen Staate. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preußischen Staate, Jg. 2 (1855).
- Ders.*, Lage der Arbeiter auf den Berg- und Hüttenwerken der Altenberger Bergwerksgesellschaft. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preußischen Staate, Jg. 1860.
- Imbusch, H.*, Das deutsche Knappschaftswesen, eine Darstellung seiner Entwicklung und seines heutigen Standes unter besonderer Berücksichtigung des Knappschaftsrechtes und des Wirkens der Knappschaftsvereine in der Praxis. Köln 1910.
- Imle, Fanny*, Gewerbliche Friedensdokumente. Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Tarifgemeinschaften in Deutschland. Jena 1904.
- Ders.*, Die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland. Jena 1907.
- Industrie- und Handelskammer Karlsruhe* (Hrsg.), Karlsruhe – Wirtschaftszentrum am Oberrhein. Karlsruhe 1953.
- Jacobi, Ludwig Hermann Wilhelm*, Das Berg-, Hütten- und Gewerbeswesen des Regierungsbezirkes Arnsberg in statistischer Darstellung. Nach amtlichen Quellen herausgegeben. Iserlohn 1857.
- Ders.*, Statistische Nachrichten über die gewerblichen Unterstützungskassen des Regierungsbezirkes Arnsberg im allgemeinen und die Kranken- und Unterstützungskasse für die Meister und Arbeiter des Hoerder Bergwerks- und Hüttenvereins insbesondere. In: Zeitschrift für das Wohl der arbeitenden Klassen, Bd. 3 (1861).
- Jänecke, Max*, Die Gewerbepolitik des ehemaligen Königreiches Hannover in ihren Wandlungen 1815–1866. Hannover 1892.
- Jahn, Gustav*, Die Zerstörung der Maschinenfabrik im Dorf Mitweida bei Scheibenberg durch aufrührerische Nagelschmiede, Handarbeiter und Bauern der Umgebung, geschildert zum Besten seiner treuen Arbeiter und veröffentlicht von G. J., früherer Besitzer der Fabrik. Chemnitz 1848.
- Jansen, Hanns Ernst*, Das Proletariat im Vormärz in den Anschauungen deutscher Denker. Diss. phil. Kiel 1928.
- Jecht, R.*, Über Handwerk und Industrie in Markklissa bis 1850. In: Laubaner Heimatkalender Jg. 1926.
- Jordan, Gerhard*, Die Geschichte des Knappschaftswesens im Mansfelder Bergrevier. Diss. Halle 1905.

- Jüngst, Ernst, Festschrift zur Feier des 50-jährigen Bestehens des Vereins für bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen 1858–1908. Essen 1908.
- Kaisig-Bellée, Oberschlesische Biographien. 1938.
- Kaizl, Josef, Der Kampf um Gewerbeform und Gewerbefreiheit in Bayern von 1799–1868. In: Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 1, Leipzig 1879.
- Kampfmeyer, Paul, Max Schippel. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 34 (1928), H. 2, S. 587 ff.
- Kardorff, Siegfried v., Wilhelm v. Kardorff. Breslau 1926.
- Karwehl, H., Die Entwicklung und Reform des deutschen Knappschaftswesens. Mit besonderer Berücksichtigung der preußischen Knappschaftsnovelle vom 19. Juni 1906. In: Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars Jena, hrsg. von J. Pierstorff, Bd. 4, Jena 1907.
- Kaufmann, Richard v., Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen in den Staaten Europas, die Reorganisation der Handels- und Gewerbekammern und die Bildung eines volkswirtschaftlichen Centralorgans in Deutschland. Berlin 1879.
- Kay, The moral and physical condition of the working classes. London 1832.
- Keller, K., K. Fr. Freiherr v. Stumm-Halberg. In: H. v. Arnim und G. v. Below, Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart rechtsstehender Parteien. Berlin und Leipzig 1925.
- Keßler, Gerhard, Die deutschen Arbeitgeberverbände. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 124 (1907).
- Ketteler, Wilhelm Emanuel Freiherr v., Wilhelm Emanuel v. Kettelers Schriften. Ausgewählt und hrsg. von Johannes Mumbauer. 3 Bde., Kempten und München 1911. (2. Aufl. 1924).
- Kirchhoff, Hans Georg, Die staatliche Sozialpolitik im Ruhrbergbau 1871–1914. Köln und Opladen 1954.
- Kistler, Franz, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Baden 1849–1870. Freiburg 1954.
- Klebe, Artikel „Oechelhäuser“. In: Biographien. Jahrbuch und Deutscher Nekrolog, hrsg. von A. Bettelheim, Bd. 7 (1905).
- Klebe, Heinrich, Die Entwicklung von Industrie und Gewerbe in Bayern. München 1930.
- Kleis, Friedrich, Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland. Berlin-Lichterfeld 1928.
- Kleinschrod, C. Th. v., Der Pauperismus in England. 1843.
- Ders., Die neue Armengesetzgebung Englands und Irlands in ihrem 10-jährigen Vollzuge. Augsburg 1849.
- Kley, W., Bei Krupp. Leipzig 1899.
- Kober, Johannes, Karl Mez. Ein Vorkämpfer für den christlichen Sozialismus. Basel 1892.
- Koch, Heinrich, Arbeiterausschüsse. Hrsg. vom Arbeiterwohl, Verband für Soziale Kultur und Wohlfahrtspflege. M.-Gladbach 1907.
- Koch, Max Jürgen, Die Bergarbeiterbewegung zur Zeit Wilhelms II. (1889–1914) In: Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 5, Düsseldorf 1958.
- Köhler, Ludwig, Das württembergische Gewerbe von 1805–1870. Tübingen 1891.
- Köhne, A., Die deutschen Knappschaftsvereine, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung. Hannover 1915.

- Koehne, K., Die Arbeitsordnung vom Standpunkte der vergleichenden Rechtswissenschaft. Stuttgart 1901.
- Ders., Die Arbeitsordnungen im deutschen Gewerbe. 1901.
- Köllmann, Wolfgang, Hilfe von Mensch zu Mensch. 100 Jahre Elberfelder Armenpflege 1853–1953. Wuppertal 1953.
- Ders., Wirtschaft, Weltanschauung und Gesellschaft in der Geschichte Wuppertals. In: Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde des Wuppertals, Bd. 1 (1955).
- Ders., Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert. In: Soziale Forschung und Praxis, hrsg. von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, Bd. 21, Tübingen 1960.
- König, Albin, Die sächsische Baumwollindustrie am Ende des vorigen Jahrhunderts und während der Kontinentalsperre. Leipzig 1899.
- König, Friedrich v., Ein Jahrhundert Fabrikleben auf dem Lande. Als Manuskript gedruckt in Münster/Westf. o.J. (1900).
- König, Robert, Karl Mez, der Vater der Arbeiter. Heidelberg 1881.
- Koenig & Bauer, Maschinenfabrik Kloster Oberzell GmbH. Würzburg, Berlin o.J. (1910). In: Deutsche Industrie – deutsche Kultur, Jg. 8, H. 8.
- Köstel, Zur begrifflichen Systematik einer arbeitnehmerischen Mitgestaltung des Betriebes. In: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Jg. 1951, S. 175 ff.
- Koettig, R. F., Geschichtliche, technische und statistische Notizen über den Steinkohlenbergbau Sachsens. Leipzig 1861.
- Kötzschke, H., Offener Brief an Freiherrn von Stumm und Genossen. Leipzig 1905.
- Kohl, Horst, Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Hist. krit. Gesamtausgabe. Stuttgart 1892.
- Kolbe, G., Geschichte der Kgl. Porzellanmanufaktur zu Berlin. Berlin 1863.
- Koszyk, Kurt, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933. In: Deutsche Presseforschung Bd. 1. Heidelberg 1958.
- Kraneburg, Hans, Hitzes sozialpolitische Forderungen und ihre Verwirklichung in der Gesetzgebung. M.-Gladbach 1927.
- Krause, Hans, Die demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage. Ein Beitrag zur Geschichte der ersten deutschen Revolution. Frankfurt/M. 1923.
- Krieg, Hans und Hieke, Ernst, Geschichte der New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie. Hamburg 1951 (Unveröffentl. Manuskript).
- Krosigk, Lutz Graf Schwerin von, Die große Zeit des Feuers. Der Weg der deutschen Industrie, Bd. 1, Tübingen 1957.
- Krupp, 1812–1912. Zum hundertjährigen Bestehen der Firma Krupp und der Gußstahlfabrik zu Essen herausgegeben, Jena 1912.
- Krusekopf, Erich, Entwicklung der Betriebskrankenkasse der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin. In: Die Betriebskrankenkasse, Essen Jg. 1922, Nr. 16, S. 169 ff. und Nr. 17, S. 177 ff.
- Kühn, Heinrich Gottlob, Acta, Geschichte der Kgl. Sächsischen Porzellanmanufaktur usw. betreffend. 1828.
- Kulemann, Wilhelm, Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder. 2. Aufl. 3 Bde. Jena 1908. (3. Aufl. unter dem Titel: Die Berufsvereine. 5 Bde. Jena 1908–13).
- Lammers, A., Arbeitervertretungen in Fabriken. In: Der Arbeiterfreund Jg. 1884, H. 3.
- Landmann, Robert v., Kommentar zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. 2. Bde. 5. Aufl. München 1907 (8. Aufl. hrsg. von Gustav Rohmer. München 1932).

- Lange, Friedrich Albert, Die Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Duisburg 1865. (5. Aufl. Leipzig 1910).
- Lange, Rudolf, Franz Joseph Ritter v. Buß und die soziale Frage seiner Zeit. Freiburg/Br. 1955.
- Langer, J., Die Freiburger Bergknappschaft. In: Mitteilungen des Freiburger Altertumsvereins Jg. 61 (1931) und Jg. 62 (1932).
- Langhorst, F., Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaus und seiner Arbeiter. Zwickau 1924.
- Lauck, W. Jett, Political and Industrial Democracy 1776–1926. New York–London 1926.
- Léclaire, Repartition des bénéfices du travail en 1842. Paris 1843.
- Lederer, Emil, Die ökonomische Umschichtung im Kriege. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Jg. 1918.
- Legien, Carl, Aufruf an alle Mitglieder der Gewerkschaften. In: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, Jg. 1891 Nr. 3, S. 9 ff.
- Ders., Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1900. S. 112 ff.
- Ders., Tarifgemeinschaften und gemeinsame Verbände von Arbeitern und Unternehmern. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1902.
- Ders., Gesetz betr. den Vaterländischen Hilfsdienst. Berlin 1916.
- Lehmkuhler, Marie-Luise, Streik als soziale Krise, des Großbetriebes. In: Soziale Welt, Jg. 3 (1952).
- Lehmann, Max, Freiherr v. Stein. 2 Bde. Leipzig 1902 (3. Aufl. in einem Bd. Göttingen 1928).
- Lensch, Paul, Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Berlin 1915.
- Ders., Die Sozialdemokratie, ihr Ende und Glück. Berlin 1916.
- Lensing, Lambert, Der große Bergarbeiterstreik von 1889 im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Ein Wort zur Abwehr. Dortmund 1889.
- Lette, Wilhelm Adolph, Denkschrift, betr. die Organisation der gewerbetreibenden Klassen und die Gewerbeordnung vom 9. Februar 1849. In: Mitteilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, V. Lieferung. Berlin 1849, S. 18 ff.
- Ders., Über den Zustand der Arbeiter- und Armenbevölkerung im preußischen Staate und die Gesetzgebung zur Verbesserung dieses Zustandes. In: Mitteilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. N. F. Jg. 2 (1875), S. 311 ff.
- Ders., Zur Geschichte der Bildung und Wirksamkeit des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. In: Der Arbeiterfreund. Zeitschrift des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen hrsg. von K. Brämer, Jg. 1 (1863), S. 1 ff.
- Leubuscher, Charlotte, Sozialismus und Sozialisierung in England. 1923.
- Levy, J. A., Arbeitsraden. Nijmegen 1887.
- Ley, K., Zur Geschichte und älteren Entwicklung der Siegerländer Stahl- und Eisenindustrie. Münster 1909.
- Liebknecht, Wilhelm, Klassenkampf gegen den Krieg. Berlin o.J.
- Liedke, Friedrich, Die Elbinger Industrie bis zur Gründung der Schichauwerft im Jahre 1837. In: Elbinger Jahrbuch Jg. 10 (1932).
- Lindner (Hrsg.), Petition, überreicht der Kgl. Sächsischen Ständerversammlung von den endesunterschiedenen Innungen und Personen der Stadt Leipzig 1839. Leipzig 1846.
- Lochmüller, Zur Entwicklung der Baumwollindustrie in Deutschland. Jena 1906.

- Löscher, Hermann, Die Anfänge der erzgebirgischen Knappschaft. In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung Jg. 40 (1954).
- Ders., Kerzenheller, Wochen- und Büchsenpfennige der erzgebirgischen Knappschaften. In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung, Jg. 42 (1956).
- Ders., Die erzgebirgischen Knappschaften vor und nach der Reformation. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Bd. 92 (1956).
- Lomberg, August, Bergische Männer. Elberfeld 1927.
- Lotmar, Ph., Der Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches. 2 Bde. 1902 und 1908.
- Lüchow, Johann Christian, Die Organisation der Arbeit und deren Ausführbarkeit. Berlin 1848.
- Lüders, Gustav, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848. Berlin 1849.
- Lüning, Otto Heinrich (Hrsg.), Dieß Buch gehört dem Volke. Bielefeld 1845.
- Lüth, Erich u. a., Die Nähmaschinenfabrik G. M. Pfaff AG, Kaiserslautern. In: Musterbetriebe der Wirtschaft, H. 32, Leipzig 1936.
- Mamroth, Karl, Gewerblicher Konstitutionalismus. Die Arbeitstarifverträge in ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung. Jena 1911.
- Marlo, Karl, (Winkelblech, Karl Georg), Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie. 2. Aufl., 4 Bde. Tübingen 1884–86.
- Ders., Aus dem literarischen Nachlaß. Eingel. und hrsg. von Eduard Biermann. Leipzig 1911.
- Martius, C. A., Materialien zur Beurteilung der Frage der Interessenvertretung in Industrie und Handwerk. 1894.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich, Historisch-kritische Gesamtausgabe. Werke, Schriften, Briefe. Im Auftrage des Marx-Engels-Lenin-Institutes in Moskau hrsg. von D. Rjazanow und V. Adoratskij. 7 Bde. Frankfurt/M.–Berlin und Moskau 1929–1935.
- Ders. und Engels, Friedrich, Briefwechsel, 4 Bde., Berlin 1949–50.
- Ders., Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 3 Bde. (Volksausgabe). 5. Aufl. Berlin-Ost 1956.
- Marzisch, Kurt, Die Vertretung der Berufsstände als Problem der Bismarckschen Politik, Diss.phil. Marburg 1934.
- Mascher, H. A., Das deutsche Gewerwesen von der frühesten Zeit bis zur Gegenwart. Potsdam 1866.
- Matschoß, Conrad, Die geschichtliche Entwicklung der Allgemeinen Electricitätsgesellschaft (AEG) in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens. In: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie. Jahrbuch des Vereins deutscher Ingenieure, Jg. 1 (1909).
- Matthias, Ernst, Der nächste allgemeine Streik der Bergleute und seine rationelle Bekämpfung. Ratibor 1890.
- May, Martin, Die Arbeiterfrage. An den Hochverehrlichsten Ausschuß für volkswirtschaftliche Verhältnisse. Frankfurt a. M. 1848.
- Ders. und Busch, B., Zur Arbeiterfrage. An den verehrlichen Ausschuß des Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit. Antrag der Unterzeichneten den Schutz und die Ordnung der deutschen Arbeit betreffend. Frankfurt/M. 1849.
- Ders., Entwurf einer Gewerbeordnung der freien Stadt Frankfurt. Frankfurt/M. 1850.

- Mayer, Gustav, Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen. In: Zeitschrift für Politik, hrsg. von Richard Schmidt und Adolf Grabowski, Bd. 6 (1913), S. 1 ff.
- Meerwein, Georg, Die Entwicklung der Chemnitzer bzw. sächsischen Baumwollspinnerei von 1789–1879. (Heidelberger Diss.) Berlin 1914.
- Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart 1892 (12. Aufl. 1922).
- Meier, Ernst, Robert v. Mohl, In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Jg. 1878.
- Meisinger, Hermann, Begriffserklärung zum Mitbestimmungsrecht. In: Recht der Arbeit Jg. 1950.
- Meltzer, Christian, Erneuerte Stadt- und Bergchronica der Bergstadt Schneeberg, 1716.
- Mertes, Paul H., Das Werden der Dortmunder Wirtschaft. Dortmund 1942.
- Metzner, M., Die soziale Fürsorge im Bergbau. Jena 1911.
- Meyer, Heinrich Adolph, Erinnerungen an Heinrich Christian Meyer. Hamburg 1887 (Neudruck durch Hamburger Liebhaberbibl. 1900).
- Meyer jr., Heinrich Christian, Kommanditgesellschaft auf Aktien. Hamburg-Harburg 1818–1918 (Jubiläumsschrift). Harburg 1918.
- Meyer, Moritz, Geschichte der preußischen Handwerkerpolitik. 2 Bde. Minden 1884–88.
- Mitwirkung der Arbeiter bei der sicherheitlichen Überwachung des Bergbaubetriebes in anderen Ländern. In: Zeitschrift des Verbandes deutscher Bergbau-Betriebsleiter, Jg. 1909 (Aprilheft).
- Moennig, Maria, Die Stellung der deutschen katholischen Sozialpolitiker des 19. Jahrhunderts zur „Staatsintervention“ in der sozialen Frage. (Diss.) Münster 1927.
- Möslin, Paul, Die Gewerbegesetzgebung der Thüringer Herzogtümer im 19. Jahrhundert bis zur Einführung der Gewerbefreiheit. Diss. Erlangen 1909.
- Mohl, Robert v., Die Polizeiwissenschaft. Tübingen 1832.
- Ders., Über die Nachteile, welche sowohl den Arbeitern selbst als dem Wohlstande und der Sicherheit der gesamten bürgerlichen Gesellschaft von dem fabrikmäßigen Betriebe der Industrie zugehen und über die Notwendigkeit gründlicher Vorbeugungsmittel. In: Archiv der politischen Oekonomie und Polizeiwissenschaft, hrsg. von Karl Heinrich Rau, Bd. 2, H. 2, Heidelberg 1835.
- Ders., Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der politischen Ökonomie. In: Deutsche Vierteljahrsschrift, Jg. 1840, H. 3.
- Ders. und Mathy, Carl, Artikel „Gewerbe- und Fabrikwesen“. In: Staatslexikon, hrsg. von Carl v. Rotteck und Carl Welcker, Bd. 5 (1847).
- Ders., Lebenserinnerungen 1799–1875. Hrsg. von Dieter Kerler, 2 Bde., Stuttgart und Leipzig 1902.
- Mollat, Wilhelm, Wilhelm Oechelhäuser. In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien Bd. 1 (1932).
- Moltke, Siegfried und Stieda, Wilhelm, Albert Christian Weinlig in Briefen von ihm und an ihn. Leipzig 1931.
- Mombert, Paul, Aus der Literatur über die soziale Frage und die Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Bd. 9 (1921).
- Morogue, Recherches des causes de la richesse et de la misère des peuples civilisés. Paris 1832.
- Ders., Du Paupérisme et de la Mendicité. Paris 1834.

- Mosch, Carl Friedrich, Zur Geschichte des Bergbaus in Deutschland. 2 Bde. Liegnitz 1829.
- Müller, Adam Heinrich, Gesammelte Schriften. Hrsg. von Georg Franz. München 1839.
- Müller, Franz, Franz Hitze und sein Werk. Hamburg, Berlin und Leipzig 1928.
- Mummenhoff, Ernst, Die Handwerker in der deutschen Vergangenheit. Leipzig 1901.
- Mundt, Theodor, Die Geschichte der Gesellschaft in ihren neueren Entwicklungen und Problemen. Berlin 1844. (Neuauf. unter dem Titel: Geschichte der deutschen Stände nach ihrer gesellschaftlichen Entwicklung und politischen Vertretung. Berlin 1854).
- Ders., Der dritte Stand in Deutschland und Preußen. Berlin 1847.
- Mushacke, W., Krefeld im Friederizianischen Zeitalter mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Seidenindustrie. Krefeld 1899.
- Natorp, Gustav, Der Aufstand der Bergarbeiter im niederrheinisch-westfälischen Kohlenbezirk. Essen 1889.
- Naumann, Friedrich, Das Arbeitsverhältnis in den Riesenbetrieben. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 116.
- Ders., Demokratie und Kaisertum. 4. Aufl. Berlin 1905.
- Ders., Neudeutsche Wirtschaftspolitik. 3. Aufl. Berlin 1911.
- Ders., Ausgewählte Schriften. Eingel. von Hannah Vogt. In: Civitas gentium. Quellenschriften und Monographien zur Soziologie und Kulturphilosophie. Frankfurt/M. 1949.
- Naumann, Georg, Über einhundert Jahre gingen ins Land. Am 17. 1. 1833 starb Friedrich Koenig. Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer AG, Würzburg. Lützschena b. Leipzig 1933.
- Nebbien, C. H., Der schuldenfreie Staat oder landwirtschaftliche Ansichten und Erfahrungen in Hinsicht auf allgemeine Schuldentilgung sowohl der Landgüter als der Staaten. Berlin 1834.
- Nell-Brenning, Oswald v., Mitbestimmung. Landshut 1950.
- Nemnich, Philipp Andreas, Tagebuch einer der Kultur und Industrie gewidmeten Reise. Tübingen 1811.
- Nestiepeke, Siegfried, Die Gewerkschaftsbewegung 3 Bde. 2. Aufl. Stuttgart 1923.
- Neubaur, Paul, Heinrich Lanz. Fünfzig Jahre Wirken in Landwirtschaft und Industrie. 1859–1909. Berlin 1909. (Große Ausgabe Berlin 1910).
- Neuburg, Clamor, Goslars Bergbau bis 1552. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte des Mittelalters. Hannover 1892.
- Neukamp, Ernst, Über Arbeiterausschüsse. In: Soziale Praxis, Jg. 1906 (8. März).
- Neuloh, Otto, Über Wesen und Verfassung der industriellen Großbetriebe. Eine Erinnerung an Gustav Schmoller. In: Soziale Welt, Jg. 3 (1951/52), H. 2.
- Ders., Sozialpolitik im großbetrieblichen Industriebereich. In: Beiträge zur Soziologie der industriellen Gesellschaft, hrsg. von Walter G. Hoffmann. Dortmund 1952.
- Ders., Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung. In: Soziale Forschung und Praxis, hrsg. von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Dortmund, Bd. 13, Tübingen 1956.
- Ders., Der neue Betriebsstil. Untersuchung über Wirklichkeit und Wirkungen der Mitbestimmung. In: Soziale Forschung und Praxis, hrsg. von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Dortmund, Bd. 14, Tübingen 1960.
- Neumann, E. v., Ein Arbeiterausschuß. In: Deutsche Worte, Monatshefte. Hrsg. von Engelbert Pernerstorfer, Jg. 13 (1893), H. 5, S. 310.

- Nöggerath, Jacob, Sammlung von Gesetzen und Verordnungen in Berg-, Hütten-, Hammer- und Steinbruchsangelegenheiten, welche seit der Wirksamkeit des Kgl. Preussischen Rheinischen Oberbergamtes erlassen worden sind und in dessen Hauptbergsdistrikt Gültigkeit besitzen, o.O. 1836–40.
- Noyelle, H., Les chambres du travail en Allemagne. Thèse de doctorat, Faculté de Droit. Paris 1909.
- Nürnberger, Richard, Imperialismus, Sozialismus und Christentum bei Friedrich Naumann. In: Historische Zeitschrift, Bd. 170 (1950), S. 525 ff.
- Obermann, Karl, Die deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848. Berlin-Ost 1953.
- Oberwinter, Entstehung, Entwicklung und Aufbau der deutschen Sozialversicherung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Betriebskrankenkassen. Essen 1930.
- Oechelhäuser, Wilhelm, Das schweizerische Gewerbewesen. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 1851.
- Ders., Die Arbeiterfrage. Berlin 1886.
- Ders., Die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber. 1. und 2. Aufl., Berlin 1887.
- Ders., Über die Durchführung der sozialen Aufgaben im Verein der Anhaltischen Arbeitgeber. Berlin 1888.
- Ders., Soziale Tagesfragen. 2. Aufl. Berlin 1889.
- Öser, Louis, Album der sächsischen Industrie. 2 Bde., Neuensalza 1856–63.
- Oldenberg, Karl, Studien zur rheinisch-westfälischen Bergarbeiterbewegung. Leipzig 1890.
- Oldenburg, Ferdinand, Die Fabriken von Augsburg und Blicke auf die europäischen Industrie- und Gewerbeausstellungen. Augsburg 1850.
- Oldenburg, Karl, Aus Bismarcks Bundesrat. Berlin 1929.
- Ommelmann, Heinrich, Der rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik. Dortmund 1889.
- Ordinaire, Eduard, Abriß der von Fourier vorgeschlagenen Einrichtung der lust-erweckenden Gewerbethätigkeit. In: Raus Archiv der politischen Oekonomie und Polizeiwissenschaft. Bd. 2, H. 2. Heidelberg 1835, S. 159 ff.
- Orloff, Johann Andreas, Das Recht der Handwerker. Erlangen 1803.
- Owen, Robert, Report to the county of Lanark. London 1820.
- Ders., Book of the new moral world. London 1820.
- Ders., A new view of society or essays on the principle of formation of the human character and the application of the principle of practice. Four parts, London 1812–13. (Dtsch. Eine neue Auffassung von der Gesellschaft, übersetzt von Collmann, Leipzig 1900).
- Ders., The Life of Robert Owen written by himself, with selection from his writings and correspondance. 2 vols. London 1857–58.
- Pachnicke, Hermann, Die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes. Referat erstattet zusammen mit Dr. H. Freiherr v. Berlepsch. In: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Jg. 1901, H. 1.
- Pagenstecher, C. H. Alexander, Als Abgeordneter in Frankfurt im Jahre 1848. In: Voigtländers Quellenbücher, Bd. 5. Leipzig 1913.
- Perlick, Alfons, Oberschlesische Berg- und Hüttenleute. Lebensbilder aus dem ober-schlesischen Industrieviertel. Kitzingen/Main 1953.
- Perthaler (Johannes Alois), Ein Standpunkt zur Vermittlung sozialer Mißstände im Fabriksbetriebe. In: Zeitschrift für österreichische Rechtsgelehrsamkeit u. politische Gesetzeskunde, Wien Jg. 3 (1843) S. 66 und S. 188 ff.

- Peters, Alfred, Vorstufen der Betriebsräte. Diss. iur. (Masch.Schr.) Rostock 1929.
- Peters, David, Wohlfahrtseinrichtungen im Bergischen Land. Der Ältestenrath und die sonstige Arbeitervertretung in der Fabrik von D. Peters & Co. in Neviges. In: Gemeinwohl. Elberfeld, Jg. 1888, Nr. 1, S. 20 ff.
- Pflaume, Heinz, Organisation und Vertretung der Arbeitnehmer in der Bewegung von 1848. Mit einer Einleitung: Gesellenorganisationen des Mittelalters und ihre Ausläufer. Diss. phil., Jena 1934.
- Pfiff, Otto, Bischof Ketteler und die deutsche Sozialreform. 3 Bde. Mainz 1899.
- Philippovich, Eugen v., Arbeiterausschüsse und Einigungsämter in Österreich. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Jg. 1894, S. 164 ff.
- Ders., Das Eindringen der sozialpolitischen Ideen in die Literatur. In: Die Entstehung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert. Festschrift für G. Schmoller. Leipzig 1908.
- Pieper, August, Soziale Arbeit im neuen Deutschland. Festschrift zum 70. Geburtstag Franz Hitzes. M.-Gladbach 1921.
- Pieper, Lorenz, Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. In: Münchner volkswirtschaftliche Studien, H. 58. Stuttgart und Berlin 1903.
- Ders., Aufsätze über den Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. In: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform Jg. 1905, H. 17.
- Piette, Louis, Die Nützlichkeit der Maschinen für die Abnehmer und Arbeiter nebst einigen Bemerkungen über die gegenseitigen Pflichten der Fabrikherrn und Arbeiter. Köln 1840.
- Pinner, Felix, Deutsche Wirtschaftsführer. 15. Aufl. Berlin-Charlottenburg 1925.
- Pintsch-Bamag Aktiengesellschaft (Hrsg.) 100 Jahre BAMAG Köln-Bayenthal. In: Archiv für Wirtschaftskunde. 2 Bde. o.O., o.J. (Darmstadt 1956).
- Plaut, Theodor, Entstehung, Wesen und Bedeutung des Whitleyismus, des englischen Typus der Betriebsräte. Berlin 1922.
- Pönicke, Herbert, Sachsens Entwicklung zum Industriestaate 1830–1871. Dresden 1934.
- Ponfick, Friedrich Wilhelm, Geschichte der Sozialversicherung im Zeitalter der Aufklärung. Diss. iur. Leipzig 1940.
- Post, Julius und Albrecht, Heinrich, Musterstätten persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäftsangehörigen. 2 Bde. Berlin 1889 und 1893.
- Preussische Staatsmanufakturen, Ausstellung der Preussischen Akademie der Künste zum 175-jährigen Bestehen der Staatl. Porzellanmanufaktur Berlin. Berlin 1938.
- Prince-Smith, John, Die sogenannte Arbeiterfrage. In: Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte, Jg. 2 (1864), H. 4 S. 192 ff.
- Ders., Gesammelte Schriften. 3 Bde. 1877.
- Proesler, Hans, Das gesamtdeutsche Handwerk im Spiegel der Reichsgesetzgebung von 1530–1806. In: Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, H. 5, Berlin 1954.
- Protokoll der Konferenzen der Arbeiterbeisitzer zu Jena, Hrsg. von der Kommission der Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands. Dresden 1908.
- Protokoll des 1. Bergarbeiterdelegiertentages für Preußen in Berlin vom 28.–30. 3. 1905. Alten-Essen 1905.
- Prym, Agnes, Staatswirtschaft und Privatunternehmung in der Geschichte des Ruhrkohlenbergbaus. Essen 1950.
- Quarck, Max, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Leipzig 1924.

- Radowitz, Joseph Maria v.*, Gesammelte Schriften (Reden und Betrachtungen). 5 Bde. Berlin 1852–53.
- Ders.*, Ausgewählte Schriften. Hrsg. von W. Corvin, 3 Bde. Regensburg 1911.
- Ders.*, Ausgewählte Schriften und Reden. Hrsg. von Friedrich Meinecke. München 1921.
- Rassow, Peter und Born, Karl Erich*, Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890–1914. Wiesbaden 1959.
- Rau, Karl Heinrich*, Über das Zunftwesen und die Folgen seiner Aufhebung. Ge-krönte Preisschrift. 2. Aufl. Leipzig 1816.
- Ders.*, Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik. 2. Aufl. Leipzig 1839.
- Rauke, Aretin v.*, Bayerisches Berggesetz. 2. Aufl. Berlin 1911. (Mit einem Nachtrag 1918).
- Rausch, Ernst*, Der Anhaltische Industrieverein 1883–1908. Dessau 1909.
- Rausch, P.*, Kettler als Politiker. (Diss.) Heidelberg 1936.
- Reden, Friedrich Wilhelm Freiherr v.*, Erwerbsmangel, Massenverarmung, Massen-verderbnis – deren Ursachen und Heilmittel. In: Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, Jg. 1 (1847).
- Ders.*, Die Verhältnisse der handarbeitenden Bevölkerung im Fürstenthum Hohen-zollern-Sigmaringen. In: Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, Berlin Jg. 1 (1847).
- Ders.*, Die Gewerbe-Gesetzgebungen Deutschlands. Zerlegung und vergleichende Dar-stellung der in den einzelnen deutschen Staaten über das Gewerbewesen erlas-senen Bestimmungen. Aus den Akten des beim volkswirtschaftlichen Ausschuss er-richteten statistischen Bureaus für den verfassungsgebenden Reichstag. In: Ver-handlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung, Bd. 2, Frank-furt/M. 1848/49, S. 269 ff. (Auch als Sonderdruck Frankfurt/M. 1848).
- Remé, Richard*, Amalie Sieveking, eine Vorkämpferin für die christliche Frauen-bewegung. 1911.
- Reuß, Maximilian*, Erläuternde Bemerkungen zur preußischen Berggesetznovelle. In: Zeitschrift für Bergrecht Jg. 1909.
- Richter, Adolf*, Bismarck und die Arbeiterfrage im preußischen Verfassungskonflikt. Stuttgart 1933.
- Ring, Walter*, Geschichte der Duisburger Familie Böniger. Duisburg 1930.
- Ritter, Emil*, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein. Köln 1954.
- Ritter, Gerhard A.*, Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich. Die sozialdemo-kratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900. In: Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Uni-versität Berlin, B. 3, Berlin-Dahlem 1959.
- Ritter, Hermann*, Alte rheinische Fabrikantenfamilien. Köln 1920.
- Rodbertus-Jagetzow, Carl*, Briefe und sozialpolitische Aufsätze. Hrsg. von Rudolf Meyer, 2 Bde. Berlin 1882.
- Roehl, Hugo*, Vom Allgemeinen Landrecht zur Allgemeinen Gewerbeordnung von 1845. Beiträge zur preußischen Handwerkerpolitik. In: Staats- und socialwissen-schaftliche Forschungen, hrsg. von G. Schmoller, Bd. 17, H. 4. Leipzig 1900.
- Rönne, Julius v.*, Friedrich v. Rönne. Preußischer Ministerresident und im Jahre 1849 deutscher Reichsgesandter bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Grund-züge aus seinem Leben und dessen Abhandlung über die Verfassung der Ver-einigten Staaten. Dem Norddeutschen Parlament gewidmet. Berlin 1867.
- Rönne, Ludwig v.*, Die Gewerbe-Polizei des Preußischen Staates. 2 Bde. Breslau 1851.

- Roepke, Wilhelm*, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. 4. Aufl. Erlenbach-Zürich 1942.
- Roesicke, Richard*, Arbeiterschutz. Dessau 1887.
- Ders.*, Über das Verhältnis der Arbeitgeber zu ihren Arbeitnehmern. In: Schmollers Jahrbücher, Jg. 17 (1893), S. 1.
- Ders.*, Über die Aufgaben der bürgerlichen Klassen in sozialer Beziehung. Berlin 1908 (Zuerst in Soziale Praxis Bd. 10, Sp. 1306 ff. und Bd. 11 Sp. 1 ff.).
- Ders.*, Die Gleichberechtigung der Arbeiter. Berlin 1909 (Zuerst in Soziale Praxis Bd. 11, Sp. 689 ff. und 713 ff.).
- Roesler, Max*, Über den Arbeiterkrieg. Berlin 1895.
- Ders.*, Arbeiterbeteiligung an Führung, Ertrag und Besitz von Gewerbebetrieben. Dresden 1914.
- Rohmer, Friedrich*, Der vierte Stand und die Monarchie. München 1848.
- Rohrscheidt, Kurt v.*, Vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit. Berlin 1898.
- Roscher, Wilhelm*, Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland. Leipzig 1874.
- Rosenbaum, Louis*, Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847–1919. In: Die Paulskirche, eine Schriftenreihe. Frankfurt/M. 1923.
- Rothfels, Hans*, Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik (1871–1905). In: Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv, Bd. 6, Berlin 1927.
- Ders.*, Zur Geschichte der Bismarckschen Innenpolitik. In: Archiv für Politik und Geschichte, Jg. 4 (1926), S. 284 ff.
- Ders.*, Prinzipienfragen der Bismarckschen Sozialpolitik. In: Königsberger Historische Forschungen, Bd. 17, Königsberg 1935.
- Ders.*, Bismarck's Social policy and the problem of State Socialism in Germany. In: The Sociological Review, Bd. 30, London 1938.
- Ders.*, Bismarck und das 19. Jahrhundert. In: Schicksalswege deutscher Vergangen-heit, hrsg. von Walter Hubatsch. Düsseldorf 1950.
- Roy, François*, Le mineur sarrois. (Diss.) Paris 1951.
- Ruge, Arnold*, Briefwechsel und Tagebuchblätter. Hrsg. von Paul Herrlich. 2 Bde. Berlin 1868.
- Rühmer, Otto*, Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Eilenburg. Diss. iur. (Masch. Schr.). Halle 1924.
- Sadler*, Factory Statistics. London 1836.
- Sassenbach, E.*, 25 Jahre Berliner Gewerkschaftsbewegung. Berlin o.J.
- Seelow, P.*, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse. In: Volkswirtschaftliche Blätter, Jg. 10 (1911), H. 5.
- Seidel, Heinz*, Mitbestimmungsziele, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Mitbestim-mungswirklichkeit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 11 (1960), H. 4.
- Sering, Max*, Arbeiter-Ausschüsse in der deutschen Industrie. Gutachten, Berichte, Statuten, hrsg. im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 46, Leipzig 1890.
- Serlo, Walter*, Das Geschlecht von Viebahn und seine Nachkommen. In: Bergmanns-familien in Rheinland und Westfalen. Münster 1936 S. 98 ff.
- Sieber, Jacob Gottlieb*, Abhandlung von den Schwierigkeiten, in den Reichsstädten das Reichsgesetz vom 16. 8. 1731 wegen der Mißbräuche bey den Zünften zu vollziehen. Goslar und Leipzig 1771.
- Sieber, Siegfried*, Geschichte des Blaufarbenwerkes Niederpfannenstiel in Aue im Erzgebirge anlässlich seiner Dreihundertjahrfeier. Schwarzenberg 1935.

- Ders.*, Festschrift zum 300jährigen Bestehen des Schindlerischen Blaufarbenwerkes (Masch.Schr.). 1949.
- Ders.*, Zur Geschichte des erzgebirgischen Bergbaus. Monographie zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte Sachsens. Halle 1954.
- Simon, Peter*, Bismarcks Kampf gegen eine Mediatisierung des Staates durch die Sozialpolitik. (Diss.) Köln 1935.
- Simons*, Das deutsche Knappschaftswesen. Mainz 1895.
- Sismondi, J. C. L. de Sismonde de*, Du sort des ouvriers dans le manufactures. Paris 1834.
- Ders.*, De la richesse territoriale. Paris 1834.
- Ders.*, Etudes sur l'économie politique. 2 vols. Paris 1883 (1. Aufl. 1837). Dtsch. Neue Grundsätze der politischen Ökonomie, übersetzt von R. Prager. 2 Bde. Berlin 1902.
- Sombart, Werner*, Der moderne Kapitalismus. 3 Bde. München und Leipzig 1916/17 und 1927.
- Sperges, Joseph v.*, Tyrolische Bergwerksgeschichte. Wien 1765.
- Spethmann, Hans*, Franz Haniel. Sein Leben und seine Werke. Duisburg-Ruhrort 1956.
- Spreng, Karl*, Studien zur Entstehung sozialpolitischer Ideen in Deutschland auf Grund der Schriften Franz v. Baaders und Franz Josef v. Buß'. (Diss.) Gießen 1932.
- Springer, August*, Der Andere das bist Du. Lebensgeschichte eines reichen armen Mannes. Tübingen 1954.
- Syrup, Friedrich*, 100 Jahre staatliche Sozialpolitik 1839–1939. Bearb. von Otto Neuloh. Stuttgart 1957.
- Schäfer, H.*, Arbeiterausschüsse in Gemeindebetrieben. In: Kommunale Praxis, Jg. 1905, Nr. 43.
- Schäffle, Albert*, Gemeinsame Ordnung der Gewerbebefugnisse in Deutschland. In: Deutsche Vierteljahrsschrift Jg. 1859, H. 1.
- Ders.*, Kapitalismus und Socialismus mit besonderer Rücksicht auf Geschäfts- und Vermögensformen. Vorträge zur Versöhnung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital. Tübingen 1870.
- Ders.*, Aus meinem Leben. Berlin 1905.
- Schanz, Georg*, Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände im Mittelalter. Leipzig 1876.
- Scheibler, Hans Carl und Wülfrath, Karl*, Westdeutsche Ahnentafeln, 2 Bde., Weimar 1939.
- Scheibler, Walter*, Geschichte und Schicksalsweg einer Firma in 6 Generationen 1724 bis 1937. Aachen 1937.
- Scheidtmann, G.*, Der Communismus und das Proletariat. Leipzig 1848.
- Schellwein, R.*, Arbeit und Recht. Berlin 1892.
- Schenkel*, Die deutsche Gewerbeordnung. 2. Aufl. 2 Bde. Karlsruhe 1894.
- Schiebler, W.*, St. Simonismus. 1831.
- Schieder, Theodor*, Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert. In: Historische Zeitschrift, Bd. 170 (1950).
- Schiffer, Eugen und Junck, Johann*, Der Vaterländische Hilfsdienst. Berlin 1917.
- Schipp, Ernst*, Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Deutschland. Diss. rer. pol. Nürnberg 1952.
- Schippel, Max*, Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. In: Berliner Arbeiterbibliothek, H. 22. Berlin 1889.
- Ders.*, Arbeiterausschüsse. In: Neue Zeit, Jg. 9 (1891), Bd. 1, S. 129 ff.

- Ders.*, Gewerkschaften und Koalitionsrecht der Arbeiter. Berlin 1889.
- Ders.*, Der Zentralverband der Scharfmacher. Berlin 1899.
- Ders.*, Fabrikkonstitutionalismus oder kooperativer Arbeitsvertrag. In: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Jg. 1900 (24. Dezember).
- Ders.*, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch. Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichsgesetzgebung. Berlin 1902.
- Ders.*, Vom Arbeiterausschuß zum Betriebsrat. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 25 (1919), Maiheft, S. 440 ff.
- Schirbel, Eugen*, Geschichte der sozialen Krankenversicherung vom Altertum bis zur Gegenwart. 2 Bde. Berlin 1929.
- Schleth, Eckart*, Der profane Weltchrist. Neubau der Lebensform für den Industriemenschen. München 1957.
- Schlittgen*, Erläuterungen zu den Wohlfahrtseinrichtungen für das Arbeitspersonal des Eisenhüttenwerkes Marienhütte bei Kotzenau AG (Hrsg. anlässlich der Berliner Unfallverhütungsausstellung) o.O., o.J.
- Schmelzer, J.*, Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung. Leipzig 1906.
- Schmidt, Ferdinand*, Die neuen social-politischen Vorlagen der österreichischen Regierung. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 5.
- Schmidt, Franz Anton*, Chronologisch-systematische Sammlung der Berggesetze der österreichischen Monarchie. Wien 1832.
- Schmidt, Friedrich*, Vom Wesen und Wert parlamentarischer und berufsständischer Ideen. Diss. Köln 1929.
- Schmidt, Robert*, Interessensvertretung der Arbeiter. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 9 (1905), H. 1.
- Ders.*, Ein Vorschlag zur Errichtung gesetzlicher Arbeitervertretungen. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 12 (1908), H. 1.
- Ders.*, Max Schippel im Dienste der Arbeiterbewegung. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 34 (1928), Bd. 67, H. 2, S. 595 ff.
- Schmidt, Adolf W.*, Die Zukunft der arbeitenden Klassen und die Vereine für deren Wohl. Eine Mahnung an die Zeitgenossen. Berlin 1845.
- Schmidthemer, Friedrich*, Über Pauperismus und Proletariat. Frankfurt/M. 1848 (Zuerst in Frankfurter Oberpostamtszeitung vom 22., 25. und 26. 2. 1848).
- Schmoller, Gustav*, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Halle 1870.
- Ders.*, Die Straßburger Tucher- und Weberzunft. Straßburg 1879.
- Ders.*, Über Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen. In: Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart. Leipzig 1890.
- Ders.*, Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 im Lichte der deutschen Wirtschaftspolitik 1860–1890. In: Jahrbuch für Volkswirtschaft, Gesetzgebung und Verwaltung im deutschen Reiche, Jg. 14 (1890), S. 691 ff. (später aufgenommen in den Sammelband: Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart. Leipzig 1890 S. 42 ff.).
- Ders.*, Über die Entwicklung des Großbetriebes und die soziale Klassenbildung. In: Preußische Jahrbücher, Bd. 69 (1892), H. 4.
- Ders.*, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. München und Leipzig 1904.
- Schneer, A.*, Über die Zustände der arbeitenden Klassen in Breslau. Berlin 1845.
- Schneider, H.*, Jakob Bernhard Eisenstucks Leben und Wirken. Diss. (Masch.Schr.) Leipzig 1921.
- Schneider, H.*, Zur Geschichte des Bergrechts und der Bergverfassung im Siegerland. Diss. iur. (Masch.Schr.) Bonn 1954.

- Schneider, W.*, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Frankfurter Parlament 1848/49. Frankfurt/M. 1923.
- Schöler, H.* Helden der Arbeit: Die drei Bodemer, 1925.
- Schön, Theodor v.*, Studienreise eines jungen Staatsmannes am Schluß des vorigen Jahrhunderts. 1891.
- Schönberg, Gustav Friedrich v.*, Arbeitsämter, eine Aufgabe des Deutschen Reiches. Berlin 1871.
- Schönerer, Friedrich*, Geschichte der Jenaer Zeißwerke 1846–1946. Stuttgart 1951.
- Ders.*, Werden und Wesen der Carl-Zeiß-Stiftung an der Hand von Briefen und Dokumenten aus der Gründerzeit (1886–1896) dargestellt. 2. Aufl. Stuttgart 1953.
- Schraepfer, Ernst*, Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland. In: Quellensammlung zur Kulturgeschichte. Hrsg. von Wilhelm Treue, Bd. 6 und 9. Göttingen 1955 und 1957.
- Ders.*, Linksliberalismus und Arbeiterschaft in der preußischen Konfliktzeit. In: Forschungen zu Staat und Verfassung (Hartung-Festschrift). Berlin 1958.
- Schramm, Percy-Ernst*, Hamburg, Deutschland und die Welt. Leistung und Grenzen hanseatischen Bürgertums in der Zeit zwischen Napoleon I. und Bismarck. Ein Kapitel deutscher Geschichte. München 1943. (2. verkürzte Aufl. Hamburg 1952.)
- Schroedel, L.*, Die Frühgeschichte der sozialen Versicherung mit spezieller Berücksichtigung der Quellen des Harzer Bergbaus. Diss. iur. (Masch.Schr.) Leipzig 1949.
- Schröder, Ernst*, Krupp-Geschichte einer Unternehmerfamilie. In: Persönlichkeit und Geschichte Bd. 5, Göttingen 1957.
- Schürmann, Karl Heinz*, Zur Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften. Freiburg/Br. 1958.
- Schütz, Über das Princip der Ordnung in der Volkswirtschaft.* In: Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft Jg. 1845.
- Schütz, J. H.*, Praktische Sozialpolitik in allen Ständen. 1906.
- Schulte, Wilhelm*, Iserlohn. Die Geschichte einer Stadt, 2 Bde. Iserlohn 1937.
- Schulze-Delitzsch, Hermann*, Schriften und Reden. Hrsg. von F. Thorwart. 5 Bde. Berlin 1909–13 (5 Bd. Biographie).
- Schumacher, Martin*, Gesellschafts- und Ständebegriff um 1840. Ein Beitrag zum sozialen Bild des süddeutschen Liberalismus nach dem Rotteck-Welckerschen Staatslexikon. Diss. phil. (Masch.Schr.) Göttingen 1955.
- Schwarz, Klaus*, Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Bergleute im späten Mittelalter. In: Freiburger Forschungshefte, hrsg. vom Rektor der Freiburger Bergakademie, Reihe Kultur und Technik D 20. Berlin-Ost 1958.
- Schwemann, A.*, Freiherr v. Heinitz. In: Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie. Jahrbuch des Vereins deutscher Ingenieure. Hrsg. von Conrad Mat-schoß, Jg. 12 (1922) und Jg. 14 (1924).
- Schwenger, Rudolf*, Die deutschen Betriebskrankenkassen. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 186, Teil 3. München und Leipzig 1934.
- Schwer-Müller*, Der deutsche Katholizismus im Zeitalter des Kapitalismus. Augsburg 1932.
- Schwieland, Eugen*, Der Gedanke der verbindlichen Arbeiterausschüsse in Österreich. In: Jahrbuch für Volkswirtschaft, Gesetzgebung und Verwaltung im Deutschen Reiche. Jg. 32, H. 1, S. 48 ff.
- Ders.*, Die Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse. In: Jahrbuch für Volkswirtschaft, Gesetzgebung und Verwaltung im Deutschen Reiche, Jg. 1891, S. 1245.

- Ders.*, Arbeiterausschüsse. In: Handelsmuseum, Jg. 1891, Nr. 16, 17, 22 und 25.
- Ders.*, L'organisation de la grande industrie en Autriche. In: Revue d'économie politique, Jg. 1891, S. 993.
- Schwinke, Walter*, Der politische Charakter des Dresdner Maiaufstandes 1849 und die sächsischen Parteien während des Aufbruchs und seine unmittelbaren Folgen. Diss. phil. Jena 1917.
- Stadelman, Rudolf*, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848. München 1848.
- Ders. und Fischer, Wolfram*, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers um 1800. Studien zur Soziologie des Kleinbürgers im Zeitalter Goethes. Berlin 1955.
- Stahl, Friedrich Wilhelm*, Kritik der sozialen Reformen Frankreichs und ihrer Folgen. Erlangen 1848.
- Ders.*, Das deutsche Handwerk. Gießen 1874.
- Stamper, Friedrich*, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik. 2. Aufl. Offenbach 1947.
- Stein, Hans*, Pauperismus und Association. Soziale Tatsachen und Ideen auf dem westeuropäischen Kontinent vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung des Rheingebietes. In: International Review for Social History, Jg. 1936, H. 1, S. 1 ff.
- Stein, Lorenz v.*, Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreich, Leipzig 1842 (2. Aufl., Leipzig 1878).
- Ders.*, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage. Hrsg. von Gottfried Salomon, 3 Bde. München 1921.
- Steinbeck, Aemil*, Geschichte des schlesischen Bergbaus, seiner Verfassung, seines Betriebes. Breslau 1857.
- Steinberg, Kaspar Graf v.*, Umriss einer Geschichte der böhmischen Bergwerke 2 Bde. Prag 1836.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.* Hrsg. auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redaktionskommission und in deren Auftrag von Franz Wigard. 9 Bde. Frankfurt/M. 1848/49.
- Sternfeld, Kurt*, Die geschichtliche Entwicklung der Betriebsvertretung. Diss. iur. Jena 1935.
- Stiebel, Nora*, Der „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ im vor-märzlichen Preußen. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialreformerischen Bewegung. Diss. phil. (Masch.Schr.) Heidelberg 1922.
- Stieda, Wilhelm*, Arbeitsordnungen in Deutschland. In: Handelsmuseum, Jg. 5 (1892), Nr. 19.
- Ders.*, Der große Befähigungsnachweis, 1895.
- Ders.*, Artikel „Arbeitsordnung und Arbeiterausschüsse“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. 1, 1.–3. Aufl., Jena 1898–1908.
- Stillich, Oskar*, Eisen- und Stahlindustrie. Berlin 1904.
- Stock, A.*, Handel und Verkehr im Dortmunder Raum seit Beginn des 19. Jahrhunderts. (Diss.) Köln 1948.
- Stock, C. L.*, Grundzüge der Verfassung des Gesellenwesens der deutschen Handwerker in alter und neuer Zeit. Ein Beitrag zur Sittengeschichte. Magdeburg 1844.
- Stromeyer, Franz*, Die Organisation der Arbeit. Belle-Vue bei Konstanz/Bodensee 1844.
- Stuke, Horst*, August Cieszkowski und Bruno Bauer. Zum Problem der Verwirklichung der Philosophie bei den Junghegelianern. Diss. phil. (Masch.Schr.) Münster 1958.

- Tatarin-Tarnheyden*, Die Berufsstände, ihre Stellung im Staatsrat und die deutsche Wirtschaftsverfassung. Berlin 1922.
- Teuteberg, Hans J.*, Kirche und Betriebsverfassung. In: Zeitschrift für evangelische Ethik, Jg. 1960, H. 1, S. 27 ff.
- Ders.*, Zur Entstehungsgeschichte der ersten betrieblichen Arbeitervertretungen in Deutschland. In: Soziale Welt, Jg. 11 (1960), H. 1–2, S. 69 ff.
- Ders.*, Staatsbürger – Betriebsbürger. Referat vor dem 9. Wirtschaftsseminar der Evangelischen Akademie Loccum am 23./24. 9. 1960. (Unveröffentl. Manuskript).
- Thieme, Karl*, Bismarcks Sozialpolitik. In: Archiv für Politik und Geschichte. Jg. 9 (1927), S. 382 ff.
- Thier, Erich*, Wegbereiter des deutschen Sozialismus. Eine Auswahl aus ihren Schriften. Stuttgart 1940.
- Thimme, Friedrich und Legien, Carl* (Hrsg.), Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Leipzig 1915.
- Thimme, Hermann*, Geschichte der Firma Christoph Andreae in Mülheim a. Rh. 1714–1914. Köln 1914.
- Thissen, Otto*, Beiträge zur Geschichte des Handwerks in Preußen. Tübingen 1901.
- Ders.*, 25 Jahre Kulturarbeit. Aus der Geschichte des Verbandes Arbeiterwohl. In: Soziale Praxis, Jg. 1905.
- Thuns, Alphons*, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. In: Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. von G. Schmoller, Bd. 2, H. 3. Leipzig 1881.
- Tiedemann, Christian v.*: 6 Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck. Leipzig 1910.
- Tigges, W.*, Konsumvereine in Westfalen 1844–1867. (Diss.) Köln 1928.
- Tille, Alexander und Arnim*, Die Reden des Freiherrn C. F. von Stumm-Halberg, 12 Bde. (vier Bde. ungedruckt) Berlin 1906–1915.
- Tilman, Margret*, Der Einfluß des Revolutionsjahres 1848 auf die preußische Gewerbe- und Sozialgesetzgebung. (Die Notverordnung vom 9. Februar 1849). Diss. Berlin 1935.
- Trappe, Werner*, Dr. Hans Freiherr v. Berlepsch als Sozialpolitiker. Diss. rer. pol. Köln 1934.
- Treichler, J. J.*, Mittheilungen aus den Akten der zürcherischen Fabrikkommission. Zürich 1858.
- Treitschke, Heinrich v.*, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 7. Aufl. Leipzig 1907.
- Ullmann, Wilhelm*, Die hessische Gewerbepolitik von der Zeit des Rheinbundes bis zur Einführung der Gewerbefreiheit. (Diss.). Heidelberg 1903.
- Umbreit, Paul*, Die Stellung der Gewerkschaften zur sozialpolitischen Gesetzgebung. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1903, H. 1, S. 319 ff.
- Ders.*, Gewerkschaften und Sozialpolitik. In: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1914, H. 2, S. 780 ff.
- Ders.*, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg. Berlin 1917.
- Ders.*, Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften. Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin 1918.
- Unger, M.*, Stadtgemeinde und Bergwesen Freibergs im Mittelalter. Diss. phil. (Masch. Schr.). Leipzig 1957.
- Upwich, H. van der*, Die Geschichte der rheinischen Samt- und Seidenindustrie. Diss. Krefeld 1922.

- Ure, Andrew*, The philosophy of manufactures. London 1835. Dtsch. Das Fabrikwesen in wissenschaftlicher, moralischer und kommerzieller Sicht. Übersetzt von A. Dietzmann. Leipzig 1835. (3. Aufl. 1861).
- Valentin, Veit*, Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49. 2 Bde. Berlin 1930–31.
- Varain, Heinz-Josef*, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter Führung Carl Legiens (1890–1920). In: Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 9, Düsseldorf 1958.
- Veit, Moritz, Saint Simon und St. Simonismus*. Allgemeiner Völkerbund und der ewige Friede. Leipzig 1834.
- Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft*, Dortmund-Hoerder Verein, Dortmund: Anker und Ketten (Dortmund) 1929.
- Verhandlungen* betr. die Berathung des Entwurfes einer Verordnung zur Ergänzung einer Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845. Berlin 1849.
- Verhandlungen* der Generalversammlung des Allgemeinen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit. Darmstadt 1849.
- Verhandlungen* der ersten Abgeordnetenversammlung des Norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes zu Hamburg, den 2. Juni bis 6. Juni 1848. Hamburg 1848.
- Verhandlungen* des Deutschen Parlamentes (Vorparlament und Fünfziger Ausschuß). Offizielle Ausgabe. Hrsg. von F. S. Jucho. 2 Lieferungen, Frankfurt a. M. 1848.
- Verhandlungen* des ersten deutschen Handwerker- und Gewerkekongresses, gehalten zu Frankfurt a. M. vom 14. Juli bis 18. August 1848, hrsg. von G. Schirges. Darmstadt 1848.
- Verhandlungen* der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. Hrsg. von K. D. Hassler. Frankfurt a. M. – 1848/49. (Vgl. Bd. 2: Verhandlungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Entwurf einer Gewerbeordnung nach verschiedenen diesen Gegenstand betreffenden Petitionen und Anträgen).
- Verhandlungen* des Evangelisch-sozialen Kongresses (Protokoll). Göttingen 1890 f. J.
- Viebahn, Georg v.*, Über die gewerbliche Aufhülfe der Leinenarbeiter und die Lage der arbeitenden Klasse in Belgien. In: Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. 3. Lieferung. Berlin 1849, S. 323.
- Ders.*, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands. 3 Teile. Berlin 1858 bis 1868.
- Ders.*, Über Leinen- und Wollmanufakturen, deren Ursprung, Umfang und Leistungen in Deutschland. Berlin 1846.
- Vigener, Fritz*, Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts. München und Berlin 1924.
- Villeneuve-Bargemont, A. de*, Economie politique chretienne ou recherches sur la nature et les causes du pauperisme en France et en Europe et sur les moyens de soulager et de prevenir. Paris 1834.
- Vlothen, Willem van*: Hoerder Bergwerks- und Hüttenverein, Hörde in Westfalen. 50 Jahre seines Bestehens als Aktiengesellschaft. Aachen 1902.
- Voege, Ernst*, 100 Jahre J. A. Lindgens Erben Hochneukirch 1853–1953. Baumwoll- und Zellwollspinnerei, o.O., o.J. (1953).
- Vogel, Walter*, Bismarcks Arbeitsversicherung. Ihre Entstehung im Kräftespiel der Zeit. Braunschweig 1951.

- Vogelsang, Carl v.*, Arbeiter und Industrieführer in genossenschaftlicher Organisation. In: Monatsschrift für christliche Sozialreform., Jg. 8, Basel 1886.
- Ders.*, Maschine und Arbeit. In: Monatsschrift für christliche Sozialreform, Jg. 8 (1886).
- Vogelsang, Hermann*, Der Arbeiterausschuß in Belgien. Köln 1908.
- Ders.*, Der Arbeiterausschuß im Bergbau. Essen 1908.
- Voght, Baron Caspar v.*, Über die hamburgische Armenanstalt von 1788–1794. 2 H. Lüneburg 1832.
- Vollmar, Georg v.*, Sozialpolitik in Deutschland und Frankreich. Dresden 1901.
- Voltz*, Handbuch des oberschlesischen Industriegebietes. 1913.
- Vossiek, Wilhelm*, 100 Jahre Krupp'sche Betriebskrankenkasse 1836–1936. In: Sozialpolitik deutscher Krankenkassen Bd. 1. Berlin 1937.
- Voßler, Otto*, Bismarcks Sozialpolitik. In: Historische Zeitschrift Jg. 67 (1943) S. 336 ff.
- Wagner, Adolf*, Rede über die sociale Frage. In: Die Verhandlungen der kirchlichen Oktoberversammlung in Berlin vom 10.–12. Oktober 1871. Hrsg. vom Sekretariat. Berlin 1872.
- Ders.*, Mein Konflikt mit dem Freiherrn von Stumm. Berlin 1895.
- Ders.*, Sozialismus, Sozialdemokratie, Katheder- und Staatssozialismus. Berlin 1895.
- Ders.*, Unternehmergewinn und Arbeitslohn. Rede, gehalten in Bochum vor der Versammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund. Göttingen 1897.
- Ders.*, Die Strömungen in der Sozialpolitik und der Katheder- und Staatssozialismus. In: Deutsch-Akademische Schriften. Jg. 1912.
- Wagner, Thomas*, Corpus iuris metallici. Sammlung der neuesten und älterer Berggesetze. Leipzig 1791.
- Waldersee, Alfred Graf v.*, Denkwürdigkeiten. Hrsg. von Otto Meißner. 2 Bde. Stuttgart 1923.
- Waldthausen, Albert v.*, Beiträge zur Geschichte der Familie Huyßen. Düsseldorf 1900.
- Walter, Heidrun*, Theodor Adolf v. Möller. Neustadt a. d. Aisch 1958.
- Wappler, Paul*, Über die alte Freiburger Berg-Knapp- und Bruderschaft. In: Mitteilungen des Freiburger Altertumsvereins, Bd. 37 (1900).
- Weber, Max*, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, 2. Aufl., Tübingen 1912.
- Wegge, Heinrich*, Der Bergbau in der Standesherrschaft Fürstenstein und im privilegierten Bergbaugebiet des Fürstentums Pleß. 1892.
- Wehrenpfennig*, Zum Andenken an Moritz Veit. In: Preußische Jahrbücher Bd. 13 (1864). (Als Sonderdruck auch Berlin 1870).
- Weigert, Max*, Der Volkswirtschaftliche Senat. Berlin 1880.
- Weiler, Vivons-nous sur un volcan?* Brüssel 1893.
- Ders.*, La conciliation industrielle et le rôle des mineurs. Brüssel 1893.
- Ders.*, L'esprit d'autorité et la conciliation industrielle. Brüssel 1894.
- Weißer, Christoph*, Das Recht der Handwerker. Stuttgart 1780.
- Weithofer, K. A.*, Das Pechkohlengebiet des bayerischen Voralpengebietes und die Oberbayerische Actiengesellschaft für Kohlenbergbau (München). Denkschrift aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Gesellschaft 1870–1920. München 1920.
- Weitling, Wilhelm*, Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte. Neu hrsg. von Eduard Fuchs. In: Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze H. 9. München 1895.

- Ders.*, Garantien der Harmonie und Freiheit. Hrsg. von Franz Mehring. Berlin 1908 (Mit Biographie).
- Wermuth und Stieber*, Die Communisten-Verschwörungen des 19. Jahrhunderts. Im amtlichen Auftrag zur Benutzung der Polizei-Behörden der sämtlichen deutschen Bundesstaaten auf Grund der betreffenden gerichtlichen und polizeilichen Acten dargestellt. 2 Bde. Berlin 1853–54.
- Westphal, Eberhard*, Ein ostdeutscher Industriepionier. Ferdinand Schichau in seinem Leben und Wirken. Hrsg. von Fritz Pudor. Essen 1957.
- Westphal, Ernst*, Bismarck als Gutsherr. 1932.
- Wichern, Johann Hinrich*, Gesammelte Schriften, hrsg. von Friedrich Mahling. 6 Bde. Hamburg 1901–08.
- Ders.*, Ausgewählte Schriften. Hrsg. von Karl Jansen. 2 Bde. Gütersloh 1956.
- Wicke, Friedrich Georg*, Industrielle Zustände Sachsens. Das Gesamtgebiet des sächsischen Manufaktur- und Fabrikwesens, Handels und Verkehrs. Historisch, statistisch und kritisch beleuchtet. Chemnitz 1840.
- Wiedemann, Willi*, Die Barmer Unternehmer. Ein Beitrag zur Soziologie des Unternehmertums. Diss. rer. pol. Köln 1952.
- Wiese, Leopold v.*, Freiherr v. Berlepsch. In: Kölner Sozialpolitische Vierteljahresschrift, Jg. 5 (1926), S. 89 ff.
- Wildermann, Hans*, Die Entwicklung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenausschüsse. Diss. iur. (Masch. Schr.) Kiel 1922.
- Wilhelm II.*, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878 bis 1918. Leipzig und Berlin 1922.
- Wing*, The Evils of the Factory System. London 1836.
- Wirminghaus*, Artikel „Arbeitskammern“. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. 5, 3. Aufl. Jena 1910.
- Wissel, Rudolf*, Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit. 2 Bde. Berlin 1929.
- Ders.*, Der soziale Gedanke im Handwerk. Berlin 1930.
- Wißmann, G.*, Entstehung und Entwicklung des deutschen Knappschaftswesens bis zum Jahre 1920. Hrsg. vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Bochum 1920.
- Wittke, Carl*, The Utopian Communist. A Biography of Wilhelm Weitling. Baton Rouge (La.) 1950.
- Woeniger, August Theodor*, Publicistische Abhandlungen. Berlin 1843.
- Wohlfarth, Johann Friedrich Theodor*, Der Pauperismus nach seinem Wesen, Ursprung, Folgen und Heilmitteln. Vom Standpunkte der Geschichte, Anthropologie, Staatsökonomie, Legislation, Polizei, Moral und Kirche. Weimar 1845.
- (Wohlwill, Immanuel)*, Beiträge zur Theorie des Armenwesens. Veranlaßt durch des Herrn Carl Godoffroy „Theorie der Armuth“. Hamburg 1834. (In: Büchersammlung des Gottfried Geffcken in Hamburg).
- Ders.*, Auf welche Weise könnte in Hamburg die sittliche Verbesserung der weiblichen Dienstboten durch Privatwirksamkeit einzelner oder mehrerer im Vereine befördert werden? Eine von der Gesellschaft der Künste gekrönte Preisschrift. Hamburg 1834.
- Wolff, Adolf*, Berliner Revolutionschronik. Darstellung der Berliner Bewegung im Jahre 1848 in politischer, socialer und litterarischer Hinsicht. 3 Bde. Berlin 1852–54. (2. Jubiläumsausgabe Berlin 1898 in 2 Bde.).
- Wolmann, Arnold und Frölich, Friedrich*, Die Gutehoffnungshütte Oberhausen/Rhld. Zur Erinnerung an das 100jährige Bestehen 1810–1910. Düsseldorf 1910.
- Wolzogen, Alfred v.*, Aus Schinkels Nachlaß. 3 Bde. 1862–64.

- Württembergische Metallwarenfabrik, Geformtes Metall-gestaltetes Glas. Ein Buch vom Entstehen modernen Haushaltsgeräts. Stuttgart 1953.
- Wurster, Paul, Gustav Werners Leben und Werke. Reutlingen 1888.
- Wuttke, H., Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. 2. Aufl. Leipzig 1875.
- Wuttke, Konrad, Aus der Vergangenheit des oberschlesischen Berg- und Hüttenlebens. 1913.

Young Germany. An Account of the Rise, Progress and present position of German Communism, with a memoir of Wilhelm Weitling, its founder, and a report of the proceedings at the banquet given by English Socialists. London 1844.

- Zahn, Friedrich, Die Organisation der Principale und Gehülfen im deutschen Buchdruckergewerbe. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 45–46 (1890).
- Zander, C. H., Soziale Wohlfahrtseinrichtungen im Staat, in der Gemeinde und im Fabrikbetriebe. Düsseldorf 1890.
- Zechlin, Egmont, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. Stuttgart und Berlin 1929.
- Zils, W., Bayerisches Handwerk in alten Zunfturkunden. München o.J.
- Zobeltitz, H. v., Villeroy & Boch. In: Velhagen u. Klasings Monatshefte, Okt. 1908.
- Zorn, W., Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwaben 1648–1870. In: Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft der Kommission für Bayerische Landesgeschichte. Augsburg 1961.
- Zschopauer Baumwollspinnerei Aktiengesellschaft (vormals Georg Bodemer), Gedenschrift anlässlich der 100jährigen Wiederkehr des Tages der Inbetriebnahme der Spinnerei 1819–1919, o.O.o.J., Chemnitz 1919.
- Zunke, Friedrich, Der rheinisch-westfälische Unternehmer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des Bürgertums. (Manuskript, erscheint 1961).
- Zur Halbjahrhundertfeier der BAMAG 1872–1922. (Festausgabe zur Halbjahrhundertfeier der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau AG). Berlin 1922.
- Zycha, Adolf, Das Recht des ältesten deutschen Bergbaus bis ins 13. Jahrhundert. Eine Studie aus der deutschen Rechts- und Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1899.

PERSONENREGISTER

- Abbe, Ernst Carl, (1840–1905) 267–270, 305, 314, 525
- Albrecht 435
- Alletz, Edouard 29
- Andreae, Christoph (1665–1742) 167
- Andreae, Christoph, (1735–1804) 167 bis 169
- Arendt, Julius 236
- Arnim, Achim von (1781–1831) 106
- Arnim, Bettina von (1785–1859) 106
- Auerswald, Rudolf von (1795–1866) 82
- Augusta von Sachsen-Weimar, Deutsche Kaiserin (1811–1890) 372
- Baader, Benedikt Franz Xaver von (1765–1841) 10–19, 23, 28, 29, 35, 40–43, 240
- Baader, Joseph von (1763–1835) 13
- Baare, Louis (1821–1897) 374
- Babbage, Charles (1792–1871) 30–32, 266
- Babœuf, François-Emilie (Gracchus) (1760–1797) 80
- Bäumer, W. 461, 463
- Ballestrem, Franz Karl Wolfgang Ludwig Alexander Graf von (1834–1910) 378
- Bamberger, Ludwig (1823–1899) 360
- Bassermann, Ernst (1854–1917) 468
- Bassermann, Friedrich Daniel (1811 bis 1855) 109
- Bauer, Andreas Friedrich (1783–1863) 257
- Bauer, Bruno (1809–1882) 85
- Bauer, Edgar 85
- Baumbach, Karl Adolf (1844–1896) 364
- Bebel, August (1840–1913) 300, 302–305, 307–309, 311, 380–382, 466, 491, 503
- Becker, H. 95, 98, 102, 105, 106, 108
- Berends, Julius 51, 85
- Berger, Louis Konstanz (1829–1891) 181, 199
- Berlepsch, Hans Hermann Freiherr von (1843–1926) 245, 362, 369–371, 376, 381–385, 387, 399, 400, 418, 419, 421, 423, 424, 473, 500, 506, 529, 531
- Bernhard, Ludwig (1875–1928) 500
- Bernhardi, Anton 214–217
- Bernstein, Eduard (1850–1932) 309, 492, 511
- Bethmann-Hollweg, Theobald von (1856–1921) 476, 479, 500
- Beuth, Peter Christian Wilhelm (1781 bis 1853) 31
- Biedermann, Karl (1812–1901) 99, 336
- Biermann, Wilhelm Eduard 64, 69
- Biermer, Magnus (1861–1913) 473
- Bisky 82
- Bismarck, Otto Fürst von (1815–1898) 79, 191, 196, 346, 347, 349–361, 363 bis 365, 367–370, 372–374, 376, 418, 470, 471, 489, 528, 529
- Bitzer, Friedrich 283
- Blanc, Jean Joseph Louis (1813–1882) 61, 78, 346
- Blum, Emil 236–238
- Blum, Robert (1804–1848) 85, 336
- Boch-Buschmann, Johann Franz Nikolaus (Jean François) (1782–1858) 162, 163
- Boch-Galhau, René von (1843–1908) 163
- Bodemer jr., Georg Jakob (1807–1888) 214, 218, 220
- Bodemer, Johann Jacob (1764–1844) 102, 213, 214
- Bodz-Reymond, F. H. 17
- Boeddinghaus, Wilhelm 48
- Bödiker, Tonio (1843–1907) 353, 354
- Böhme, Jakob (1575–1624) 15

- Böhmert, Karl Victor (1829–1918) 70, 156, 177, 289, 292, 406
 Böttcher, Karl Heinrich von (1833 bis 1907) 369
 Bogner, Simon 136
 Born, Stephan (1824–1898) 84–93, 108, 330, 340
 Bornemann, Ferdinand Wilhelm Ludwig (1798–1864) 48
 Borries, Friedrich von (1815–1864) 323
 Borsig, August (1804–1854) 199
 Bosse, Robert (1832–1901) 299, 375
 Brandts, Franz (1834–1914) 243–246, 251, 258, 280, 291, 525
 Braun 338
 Brefeld, Ludwig (1837–1901) 399, 455, 456
 Brentano, Lujo (1840–1931) 284–286, 294, 304, 349, 483
 Breusing, Friedrich Ludwig Wilhelm 95
 Briefs, Götz 301
 Brill 82
 Bruck, Karl Ludwig Freiherr von (1798–1860) 95, 96
 Brust, August (1862–1924) 424
 Büdler, Karl Wilhelm (1847–1930) 473
 Bueck, Henri Axel (1830–1912) 294, 295, 387, 444
 Bülow, Friedrich (1805–1859) 23, 30, 31, 34
 Bülow, Bernhard Fürst von (1849–1929) 431, 432, 435, 445
 Bürmann 215
 Buhl, Ludwig 50
 Bunte 364
 Burger, Friedrich Moritz Freiherr von (1804–1873) 95
 Burke, Edmund (1729–1797) 9
 Buß, Franz Joseph Ritter von, (1803 bis 1878) 29, 34, 240

 Caber, Etienne (1788–1856) 80
 Camphausen, Ludolf von (1803–1890) 322
 Caprivi, Leo Graf von (1831–1899) 399
 Carlyle, Thomas (1795–1881) 64
 Chamisso, Adalbert von (1781–1838) 106
 Chevalier, Michel (1806–1879) 33, 53, 266
 Combe 32
 Considérant, Victor (1808–1893) 80
 Croon, Quirin 48
 Dannenberg, August Wilhelm Friedrich (1793–1876) 48
 Dasbach, Georg Friedrich (1846–1907) 287
 Degenkolb, Carl 95, 98, 102–108, 112, 113, 213–221, 226, 252, 525
 Delbrück, Clemens von (1856–1921) 499, 500, 505
 Delbrück, Hans von (1848–1929) 299
 Delbrück, Rudolf von (1817–1903) 324
 Diergardt, Friedrich Freiherr von (1795 bis 1869) 48
 Dieskau 95
 Diesterweg, Friedrich Adolph Wilhelm (1790–1866) 17, 107
 Ditges 299
 Döblin, Emil 287
 Dönhoff 377
 Douglas, Hugo Sholto Oskar Graf von (1837–1912) 369
 Droste-Hülshoff, Annette Freiin von (1797–1848) 182
 Droysen, Johann Gustav (1808–1884) 106
 Duckwitz, Arnold (1802–1881) 98, 231
 Ebbinghaus, Carl (1815–1866) 48
 Effert, Johann 429, 435
 Ehrenberg, Gustav 218
 Eichhorn, Johann Albrecht Friedrich (1779–1856) 217
 Eisenstuck, Jakob Bernhard (1805–1871) 95, 96, 98
 Elsner, Lothar (1825–1887) 323
 Engels, Friedrich (1820–1895) 52, 85, 302, 518
 Epstein, Jakob Hermann 266
 Erkelenz, Anton (1878–1945) 473
 Erzberger, Mathias (1875–1921) 473
 Esenbeck, Christian Gottfried Daniel Nees von (1776–1858) 83, 84, 89
 Fallati, Johannes, (1809–1855) 95, 97
 Feig, Johannes 111
 Fette, Robert 498
 Finckenstein 48
 Fischer, Anton 423
 Fouqué, Friedrich Heinrich Karl Freiherr de la Motte –, (1777–1843) 106

- Fourier, Charles (1772–1837) 28, 34, 40, 80, 266, 336
 Francke, Ernst (1852–1921) 495, 500, 515
 Franke 95
 Freese, Heinrich (1853–1944) 260–266, 269, 273–375, 403, 468, 488, 525
 Freyer, Hans (geb. 1887) 8, 18
 Freytag, Gustav (1816–1895) 97
 Fricke, Fritz 112
 Friedrich I. (Barbarossa) Deutscher König und Kaiser (1152–1190) 132
 Friedrich August I., der Starke, Kurfürst von Sachsen und König von Polen (1697–1733) 156
 Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg (später Friedrich I., König in Preußen) (1688/1701–1712) 47
 Friedrich II., der Große, König von Preußen (1712–1786) 142, 146, 158, 166, 178, 368
 Friedrich Wilhelm II., König von Preußen (1786–1797) 146
 Friedrich Wilhelm III., König von Preußen (1797–1840) 44
 Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen (1840–1861) 44–47, 81, 82, 114, 324
 Fritzsche 466
 Fritzsche, August 215
 Frommel, Albert 287
 Frühauf, Julius 290, 291
 Fuchs 473
 Gagern, Heinrich Freiherr von (1799 bis 1880) 97
 Gamp-Massaunen, Karl Freiherr von (1846–1918) 353
 Gentz, Friedrich von (1764–1832) 10
 Georg II., König von England und Kurfürst von Hannover (1727–1760) 145
 Gerlach, Leopold von (1790–1861) 331
 Gevekoht 95, 98
 Godeffroy, Carl (1787–1848) 20–23, 29, 41
 Godeffroy, Peter 20
 Godin, Jean Baptist André (1817–1888) 266
 Göhre, Paul (1864–1928) 378, 379
 Görres, Joseph von (1776–1848) 11
 Goethe, Johann Wolfgang von (1749–1832) 1, 2, 106
 Goldschmidt 48
 Goldschmidt, Karl 292, 293
 Gothein, Georg (1857–1924) 432, 440, 444
 Gotzkowski, Johann Ernst (1710–1775) 158
 Gray, John 32, 266
 Gröner, Wilhelm (1867–1939) 509, 513
 Grunau, Ignaz 178–180, 206
 Gruner, Otto 342
 Haegeler, Carl 402
 Hammacher, Friedrich (1824–1904) 364 bis 366
 Haniel, Franz (1779–1868) 186, 189, 190
 Haniel, Gerhard 186
 Hans Heinrich XI., Fürst zu Pleß (1833 bis 1907) 412–414, 434, 437
 Hansemann, David (1790–1864) 48
 Hanssen, Georg (1809–1894) 28
 Hardenberg, Karl August Fürst von (1750–1822) 261, 317, 319, 320
 Harkort, Friedrich Wilhelm (1793–1880) 181–185, 194, 216
 Harmel, Léon 246
 Harms, Bernhard (1876–1939) 473
 Hecht, Max 293
 Heermann, Heinrich 442
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1770 bis 1831) 3, 6, 15, 38, 42, 105
 Heine, Heinrich (1797–1856) 106
 Heinitz, Freiherr von 145, 147
 Held, Adolf (1844–1880) 258, 260
 Helfferich, Karl (1872–1924) 500, 513
 Henckel, Freiherr von Donnersmarck, Guido Graf, (1830–1916) 199
 Herkner, Heinrich (1863–1932) 284, 286, 304, 500
 Hermann, Friedrich Benedikt Wilhelm von 95, 97
 Hertling, Georg Freiherr von (1843 bis 1919) 246
 Heß, Moses (1812–1875) 81
 Heydebrand und von der Lase, Ernst von (1851–1924) 434
 Heyden, August von (1827–1897) 369
 Heydt, August Freiherr von der (1801 bis 1874) 226, 324–326, 330–332
 Heydt, Daniel von der 97, 226, 325
 Heydweiller, Frantz Henrich 166
 Heydweiller, Johann Valentin 166

- Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm Freiherr von 239, 468
 Hildebrand, Bruno (1812–1878) 24, 95, 96, 103
 Hilt 411
 Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von (1847–1934) 508, 510
 Hintze, Otto (1861–1940) 164
 Hinzpeter, Georg (1827–1907) 369
 Hirsch, Max 448, 449
 Hirsch, Max (1832–1905) 380, 456
 Hitze, Franz (1851–1921) 214, 241, 243, 244, 246, 247, 366, 378–380, 398, 401, 439, 441, 466, 468, 473, 500
 Hlubeck 95
 Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich (1798–1874) 85
 Hoffmann, Johann Gottfried 320
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu (1819–1901) 399
 Hohenthal und Bergen, Wilhelm Graf von (1853–1909) 372
 Hohenstein, Graf von 134
 Holek, Wenzel 312–315
 Hollandt, 95, 100–102, 109, 113
 Holtz, J. F., 292, 293
 Holtzendorff, von 338
 Hompesch, Graf von 435, 476
 Huber, Victor Aimé (1800–1869) 47, 346, 354, 469
 Hue, Otto (1868–1922) 413, 422, 431, 440, 442, 445, 474
 Hutschenreuther, Lorenz 229, 230
 Huyßen, Heinrich 186
 Itzenplitz, Heinrich Graf von (1799 bis 1883) 346, 469
 Jacobi, Gottlob 186, 189
 Jacobi, Johann Heinrich 180, 232
 Jacobi, Ludwig Hermann Wilhelm 195, 202–204
 Jencke, Hans 374, 375
 Johann Wilhelm, Kurfürst von der Pfalz-Neuburg, Herzog von Berg (1658–1716) 166
 Johannes, Bischof von Hildesheim 132
 Joseph II., Kaiser (1741–1790) 167
 Junghanns, Hermann 103
 Kalle, Fritz 246
 Kant, Immanuel (1724–1804) 180
 Kardorff, Wilhelm von (1828–1853) 299
 Kautsky, Karl (1854–1938) 302, 502
 Keßler, Emil 200
 Ketteler, Wilhelm Emanuel Freiherr von (1811–1877) 240, 243, 246, 466
 Kistel 460
 Kleist-Retzow, Hans von (1814–1892) 470
 Klöden, Karl Friedrich von (1786–1856) 31
 Knigge, Adolf Franz Freiherr von (1752 bis 1796) 98
 Knoblauch 48
 Koch SJ, Heinrich 211, 212, 241, 242, 406
 Koch, Wilhelm 89
 Köchlin, André 174
 Koenig, Friedrich (1774–1833) 257, 258, 291
 Koenig jr., Friedrich (1829–1924) 257 bis 261, 525
 Koenig jr., Wilhelm (1826–1894) 257 bis 261, 525
 Königs 383
 Kohn 473
 Konsky 82
 Korfanty, Wojciech (1873–1938) 457
 Krolik 417
 Krupp, Alfred (1812–1887) 191–193, 301
 Kühn, Heinrich Gottlob 156, 157
 Kulemann, Wilhelm 482
 Lammenais, Hugues Felicité Robert de (1782–1854) 80
 Lange, Friedrich Albert (1828–1875) 232
 Lasker, Eduard (1829–1884) 344
 Lassalle, Ferdinand (1825–1864) 346
 Lclair 33, 261, 266
 Legien, Carl (1861–1920) 310–312, 422, 474, 491, 513
 Leimpeter 447
 Leopold IV., Friedrich, Herzog von Anhalt-Dessau (1817–1871) 236
 Le Play, Frdric (1806–1882) 241
 Lette, Wilhelm Adolph (1799–1868) 95, 97, 102, 106–109, 221, 327–330, 334
 Leyen, Peter von der 166, 222
 Lieber, Ernst (1838–1902) 468
 Liebknecht, Karl (1871–1919) 502
 Liebknecht, Wilhelm (1826–1900) 308

- List, Friedrich (1789–1846) 320
 Loewe-Calbe, Wilhelm (1814–1886) 360
 Lohmann, Christian Theodor (1831 bis 1905) 347–355, 363, 374, 377, 383, 400, 433, 445, 469, 470, 531
 Lucas, Gustav 222, 227
 Ludendorff, Erich (1865–1941) 508, 510
 Ludwig I., Knig von Bayern (1825 bis 1848) 16
 Lchow, Johann Christian 78–81, 93
 Lueg, Wilhelm 186, 189, 191
 Malthus, Thomas Robert (1766–1834) 21, 25
 Maria Cunegunda, Frstbtissin des Stiftes Essen-Werden 186
 Marken, J. C. van 266
 Marlo, Karl (vgl. Winkelblech, Karl Georg)
 Marten 195, 196
 Martiensens 200
 Marx, Karl (1818–1883) 3, 32, 52, 55, 60, 79, 85, 86, 303, 310, 519
 Matthy, Carl (1806–1868) 95, 97
 Maximilian III., Joseph, Kurfrst von Bayern (1727–1777) 161
 Maximilian II., Joseph, Knig von Bayern (1848–1864) 175, 230
 May, Martin 67
 Maybach, Albert von (1822–1904) 364
 Mencker, Johann Wilhelm 165
 Merck, Ernst 95, 98, 101–103
 Merkel 170, 171
 Merz, Johann Anton Friedrich (1803 bis 1866) 174
 Metternich, Klemens Frst von (1773 bis 1859) 10, 39
 Mevissen, Gustav von (1815–1899) 2, 95, 97, 195
 Meyer, Heinrich Christian („Stockmeyer“) 176, 177, 180
 Meyer, jr., Heinrich Christian 178
 Meyer, Jacob Abraham 171–173
 Meyer, Rudolph (1839–1899) 350
 Meyeren, von 377
 Mez, Carl 254, 255, 258, 261, 266, 484
 Michael, Adolph 218
 Milde, Carl August (1805–1861) 190, 322, 323, 325
 Miquel, Johannes von (1828–1901) 344, 382
 Mitscherlich, C. F. 218
 Mller, Theodor Adolf von (1840 bis 1925) 386, 431–433, 439–441, 443, 471
 Mohl, Moritz (1802–1888) 28, 99, 101, 102
 Mohl, Robert von (1799–1875) 16, 23 bis 35, 38–43, 95, 96, 99, 102, 184, 266
 Mombert, Paul 3, 4
 Moser 469
 Moufang, Christoph (1817–1890) 246, 466, 468
 Mller, Adam Heinrich (1779–1829) 9, 10, 18
 Mylau 338
 Napoleon I., Kaiser der Franzosen (1769 bis 1821) 351
 Nasse 418
 Nasse, Erwin (1829–1890) 299
 Naumann, Josef Friedrich (1860–1919) 483–490, 533
 Nebbien, C. H. 30, 31
 Neuenburger, Carl Ludwig 169–171
 Neumann 287
 Nobiling 48
 Nobiling, Karl Eduard (1848–1878) 399
 Novalis (Friedrich Freiherr von Hardenberg) (1772–1801) 10
 Oberlnder 338
 Oberlin, Johann Friedrich (1740–1826) 484
 Oechelhuser, Philipp Otto 236
 Oechelhuser, Wilhelm von (1820 bis 1902) 230–234, 236, 238, 252, 274, 284, 291, 306, 307, 380, 382, 398, 411, 416, 468, 525
 Ottringen-Wallerstein, Ludwig Frst von (1791–1870) 11
 Oldenburg, Karl 354
 Osterrath 95, 101
 Oswald, Wilhelm 48
 Owen, Richard (1771–1858) 28, 32, 40, 80, 266
 Pagenstecher, Carl Alexander 95, 97
 Pammen, Karl 196
 Patow, Robert Freiherr von (1804 bis 1890) 48, 320–322, 325
 Perthaler, Johannes Alois (1816–1862) 36–40, 43, 184, 240

- Peters (der Ältere), David (1808 bis 1878) 222, 225, 226, 243, 252, 258, 291, 325, 525
 Peters (der Jüngere), David (1837 bis 1891) 227, 367
 Pfaff, H. 279
 Pfandhöfer, Eberhard 185
 Pfordten, Ludwig Freiherr von der (1811–1880) 338
 Philippgracht, Johann Wilhelm 165
 Piepenstock, Caspar Diedrich 197, 198
 Piepenstock, Hermann Diedrich, (1782 bis 1843) 194, 196, 198
 Piette, Louis 254
 Podewils-Dürnitz, Klemens Freiherr von (1850–1922) 427
 Pommer-Esche, Adolph von 325
 Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von (1845–1932) 432, 445, 476, 500, 531
 Post, Julius 211, 260, 274, 291, 406
 Potthoff, Heinz 479
 Prince-Smith, John (1809–1874) 103

 Quentin 48
 Quesnay, François (1694–1774) 24

 Radowitz, Joseph Maria von (1797 bis 1853) 35, 46, 47, 266
 Ranke, Leopold von (1795–1886) 1, 106
 Rau, Karl Heinrich (1792–1870) 28, 31, 34
 Reden, Friedrich Wilhelm Otto Ludwig Freiherr von (1804–1857) 48, 95, 98
 Reiche, Anton 239
 Reichensperger, Peter Franz (1810 bis 1892) 240
 Remy, Heinrich Wilhelm 199
 Ricardo, David (1772–1823) 24
 Richter, Carl 218
 Richter, Eugen (1838–1906) 354, 360
 Ritter 412, 413
 Rodbertus-Jagetzow, Johann Carl (1805 bis 1875) 308, 350
 Roenne, Friedrich Ludwig von (1804 bis 1891) 48, 95, 320
 Rösicke, Richard (1845–1903) 238, 252, 403, 468, 494, 525
 Roesler, Max 251–256, 291, 397, 398, 525
 Rössler 95

 Rohmer, Friedrich (1814–1856) 46
 Roscher, Wilhelm (1817–1894) 24
 Rosenstiel 158, 159
 Rothfels, Hans 355
 Rotteck, Karl Wenzeslaus von (1775 bis 1840) 41

 Sachse 445, 446
 Sachsenröder, G. 342
 Saint-Simon, Claude Henry de Rouvroy Graf von (1760–1825) 3, 28, 33, 40, 80, 106
 Savigny, Friedrich Carl von (1779–1861) 64
 Schäffle, Albert Eberhard Friedrich (1831–1903) 64, 70, 283, 308, 354
 Schätzler, Ferdinand 175
 Schätzler, Karl 175
 Schaper, von 48
 Scheibler, Katharina 167
 Scheibler, Wilhelm (1737–1797) 165, 298
 Scheibner 414, 415
 Schenck, Emil 281
 Schichau, Ferdinand (1814–1896) 178, 179, 199
 Schiller, Friedrich von (1759–1805) 213
 Schindler, Erasmus 156
 Schippel, Max (1859–1928) 225, 226, 307, 308, 310, 493
 Schirrmeister 95, 101
 Schlegel, August Wilhelm von (1767 bis 1845) 9
 Schlicke, Alexander 514
 Schlieper, Gustav 226
 Schlittgen 250
 Schmidt, Adolf Wilhelm (1812–1887) 53–56, 106
 Schmitz 196
 Schmoller, Gustav (1838–1917) 70, 164, 210, 211, 257, 260, 285–288, 294, 295, 299, 335, 349, 363, 386, 387, 487, 500, 529
 Schneer 171
 Schnorr, Veit Hans (1644–1715) 157
 Schönberg, Gustav Friedrich von (1839 bis 1908) 466
 Schomerus, Friedrich 271
 Schröder 364
 Schulte, Theodor 193
 Schulze-Delitzsch, Hermann (1808 bis 1883) 215, 323

- Schwab, Gustav (1792–1850) 106
 Schwarzenberg, Felix Fürst von (1800 bis 1852) 95, 96
 Schwenger 48
 Schweniger 92
 Selenka 66
 Semmig, Hermann 337
 Sering, Max (1857–1939) 210, 212, 288, 289, 391, 406, 499
 Siegel 364
 Siegrist 82
 Siemens, Werner von (1816–1892) 301
 Sieveking, Amalie (1794–1859) 20
 Sieveking, Carl 20
 Simons, Louis 287
 Sismondi, Jean Charles Léonard Sismonde de (1773–1842) 25, 28, 64
 Smith, Adam (1723–1790) 9, 24, 25, 32, 317
 Sonnemann, Leopold (1831–1909) 360
 Sprengel 95
 Stadelmann, Rudolf 78
 Stahl, Friedrich Julius (1802–1855) 64, 347
 Stahl, Friedrich Wilhelm 79, 95, 97
 Stampfer, Friedrich 501, 502
 Starke, Kurt 274, 291, 403, 525
 Stein, Karl Reichsfürst vom und zum (1757–1831) 145–148, 261
 Stein, Lorenz von (1815–1890) 3, 4, 8, 40, 46, 47, 79, 85, 181, 182, 347
 Steward, Dugald (1753–1828) 21
 Stieda, Wilhelm (1852–1933) 397
 Stinnes, Hugo (1870–1924) 428, 429
 Stirner, Max (Pseudonym für Kaspar Schmidt), (1806–1856) 85
 Stöcker, Adolf (1835–1909) 354, 435, 468
 Stötzl G. 287
 Stolberg-Wernigerode, Otto Fürst zu (1837–1896) 351
 Sträter, Clemens 246
 Stresemann, Gustav (1878–1929) 513
 Stroh, Jacob Gottfried 214
 Stromeyer, Franz 34
 Studt, Konrad von (1838–1921) 370, 371, 418
 Stumm-Halberg, Carl Ferdinand Freiherr von (1838–1901) 296–302, 305, 365, 374, 375, 382, 383, 385, 387, 400
 Sydow, Reinhold von (1851–1943) 505

 Thiel 287
 Tiedemann, Christoph von (1836–1907) 367
 Tischendörfer 397
 Traun, Heinrich 178
 Treitschke, Heinrich von (1834–1896) 18
 Trimborn, Karl (1854–1921) 476
 Tröge 95

 Umbreit, Paul 311, 474
 Unruh, Hans Victor von (1806–1886) 231, 323
 Ure, Andrew 5

 Valentin, Veit 77
 Veit, Moritz (1808–1864) 83, 95, 98, 100, 102, 105–108
 Velsen, von 430–432
 Verkauf, Leo 310, 490, 491
 Viebahn, Johann Georg von 48, 56, 108
 Villeroy, Nikolaus 163
 Vincke, Ludwig Freiherr von (1774 bis 1844) 181, 182
 Vogelsang, Carl Freiherr von (1818 bis 1890) 266
 Vogelsang, Hermann 461–463
 Voght, Caspar Baron von 21
 Vopelius 48

 Wagener, Hermann (1815–1889) 347, 349
 Wagner, Adolph (1838–1917) 285, 286, 299, 308
 Waldersee, Alfred Graf von (1832 bis 1904) 375
 Weber, Max (1864–1920) 485, 489
 Weinlig, Albert Christian (1812–1873) 338, 341, 342, 344
 Weißleder 415
 Weitling, Wilhelm (1808–1871) 79–81, 85, 89, 93
 Welcker, Karl Theodor (1790–1864) 41
 Wenge zu Dieck, Franz Ferdinand Freiherr von der 185
 Wenzel II., König von Böhmen 139
 Werner, Gustav (1809–1887) 484
 Wichern, Johann Hinrich (1808–1881) 21, 47, 347, 484
 Wiesenthal, Gustav 48
 Wierminghaus, Alexander 473

- Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen (1797–1888) 399
- Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen (1859–1941) 300, 362, 364, 365, 368, 369, 372–374, 376, 385, 399, 400, 412, 416, 432, 513, 528, 530
- Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken 151
- Wilhelmi 383
- Windthorst, Ludwig (1812–1891) 246, 360
- Winkelblech, Karl Georg (Pseudonym Karl Marlo) (1810–1865) 63–70, 73 bis 76, 84, 85, 89, 92, 100, 103, 108, 283, 520
- Wissel, Rudolf 120
- Wittenstein, W. 48
- Wörishoffer, Fr. 304, 392, 393
- Wohlfarth, Johann Friedrich Theodor 17
- Wohlwill, Immanuel (1799–1847) 19–23, 27, 28, 31, 40
- Wolff 171
- Wolff, Joel 172
- Wolff-Lissa 440
- Wyneken, Ernst 352
- Zander, C. H. 256
- Zeiss, Carl (1816–1888) 266, 270, 271, 273, 314, 488

SACHREGISTER

- Abwerbung (Debauchieren) 116, 167, 205
- Alterleute (Aldermänner, Olderlue) 119, 120
- Ältestenkollegium (-ausschuß, -rat, -Culatorium) 118, 159, 160, 172, 206, 223 bis 226, 233, 242, 244–250, 252, 256, 264, 277, 286, 287, 290, 291, 297, 304, 366, 395, 415, 460, 465
- Allgemeine Electricitätsgesellschaft (AEG) Berlin 403, 409
- Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein 346
- Altenberger Bergwerksgesellschaft 152
- Alter Verband (Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen) 422, 424, 429, 432, 440, 442, 445–453, 460, 461
- Angestelltenausschüsse 511, 512, 514, 516
- Arbeitsraden 498
- Arbeiter- und Armenlandrat 14, 16, 18, 44
- Arbeiterratsausschuß, betrieblicher 26, 34, 36, 38, 39, 44, 118, 153, 204, 207, 210–212, 228, 229, 232–235, 242, 245, 247, 251, 252, 255, 257–260, 263, 266 bis 297, 303–310, 313, 315, 339, 348, 363, 367, 375–382, 400, 413, 419, 420, 423, 426, 433, 435, 441–449, 452, 453, 458–465, 472, 475, 485, 488–497, 505, 507, 509, 511–514
- Arbeiterratsausschüsse, fakultative (freiwillige) 281, 302, 305, 344, 376, 380, 384–406, 437, 530
- Arbeiterratsausschüsse, obligatorische (gesetzliche) 271, 292, 298, 351, 365, 366, 369, 380, 422, 430, 434, 436, 498, 515, 516, 530
- Arbeiter-Deputierte, betriebliche 161, 171, 177, 178, 191–193, 196
- Arbeiterfrage 11, 232, 241, 282, 335, 368, 400, 469, 528
- Arbeiter-Geschworenengericht 27
- Arbeiterkammer 18, 348, 380, 470 bis 475, 478, 479
- Arbeiterkongreß 1848, Berliner 83, 84, 87, 89–93, 100, 113, 323, 327, 518
- Arbeiterkongreß 1848, Frankfurter → Gesellenkongreß 1848, Frankfurter
- Arbeiterkontrollen zur Hebung der Grubensicherheit → Sicherheitsmänner
- Arbeiterrat, betrieblicher 118, 237, 238
- Arbeiterschutz 39, 238, 300, 302, 368, 372, 377, 454, 470, 476, 534
- Arbeiterschutzgesetz 1891 (Lex Berlepsch) 376, 383, 385, 402, 419, 421, 437, 529
- Arbeiterwohl, Katholischer Industriellenverband 277, 246, 468
- Arbeitsämter, paritätische 53, 285, 467, 468
- Arbeitskammer 111, 286, 467, 472–482, 485–487, 497–499, 518, 532
- Arbeitsministerium (Arbeiterministerium), paritätisches 69, 75, 79–84, 100, 108, 337, 340
- Arbeitsnachweise 53, 116, 480
- Arbeitsordnung (Fabrikordnung, -reglement) 57, 58, 88, 104, 109, 110, 116, 117, 205, 218–220, 223, 224, 228, 234, 244, 263, 273, 275, 280, 285, 292, 295, 328, 329, 335, 342, 343, 372, 377, 378 bis 385, 396–398, 405, 414, 419, 430, 437, 438, 491, 507, 522
- Arbeitszeit (Schichtdauer, Maximalarbeitstag, Achtstundentag) 57, 87,

110, 116, 141, 144, 182, 219, 220, 224, 225, 228, 238, 239, 259, 260, 265, 274, 278, 294, 327, 334, 337, 364, 375, 385, 404, 405, 438, 440, 491, 523
 Arensbergsche Actiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb Essen 451
 Armenwesen (Armut, Armenpflege, Armenpolizei, Armenministerium) 4, 15, 19–22, 29, 54, 55, 184, 207, 518^{eb}
 Association 5–8, 13, 26, 29, 33, 34, 45, 52, 54, 55, 61, 79, 84, 88, 89, 91, 107, 108, 183, 208, 319, 322, 337, 345, 518
 Atomisierung, gesellschaftliche 6, 9, 319, 519
 Augsburger Kammgarnspinnerei Johann Anton Friedrich Merz 174, 176, 230
 Ausbeutung der Arbeiter 43, 304, 307
 Ausgleichscommission 22, 44
 Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) 293
 Baumwollspinnerei und -weberei Augsburg 175
 Baumwollspinnerei E. J. Clauß Plauen 171
 Baumwollspinnerei J. H. Heymann Erdmannsdorf 171
 Baumwollspinnerei J. A. Lindgens Erben Hochneukirch/M.-Gladbach 245, 246, 409
 Baumwollspinnerei M. May & Co. M.-Gladbach 409
 Beer & Co. Wirkwarenfabrik in Liegnitz 409
 Belgien 473, 488
 Bergarbeiterausschüsse 370–372, 410 bis 417, 420, 421, 425–427, 437–440, 449, 450, 460, 505, 533
 Bergarbeiterstreik 1889 362–372, 411
 Bergarbeiterstreik 1905 427–433, 530
 Bergarbeiterdelegiertentag, Erster preußischer 435, 440, 445
 Bergaufsicht (-inspektion) 426, 427, 454, 457
 Bergesetznovelle 1892, Preußische 419 bis 421, 425, 426, 449, 453
 Bergesetznovelle 1905, Preußische 436, 438, 442, 444, 447–449, 453
 Bergesetznovelle 1909, Preußische 458
 Berggewerbegericht (Berggerichtsbarkeit) 138, 370, 371, 429, 454, 455, 512
 Berggewerbekammer, paritätische 370, 371, 418, 429
 Bergischer Verein für Gemeinwohl 246, 367, 427
 Berlin-Anhaltische Maschinenbau Actiengesellschaft (BAMAG) 235, 236, 408
 Berufsgenossenschaften 353–356, 455, 471, 477, 478, 528
 Beschwerden (Beschwerderecht im Betrieb) 230, 239, 252, 263, 268, 269, 272, 280, 437
 Betriebsräte(-gesetz 1920) 111, 525
 Betriebsverfassung (soziale, demokratische, konstitutionelle, kooperative) 44, 112, 418, 458, 483, 485–490, 504, 516, 527
 Betriebsverfassung, familienhafte 254
 Betriebsverfassung, zweiseitige 521
 Betriebsverfassungsgesetz 1952 111, 112
 Betriebsverfassungsform, äußere (institutionelle) 532
 Betriebsverfassungswirklichkeit, innere 532
 Betriebsvertretung → Arbeiterausschuß, betrieblicher
 Bezirkswirtschaftsräte (Provinzial-Volkswirtschaftsräte, Bezirkskommissionen, -ausschüsse, Industriebezirksräte) 104, 111, 321, 322, 471
 Blechwarenfabrik Anton Reiche Plauen 239
 Bleistiftfabrik A. W. Faber Stein bei Nürnberg 253, 409
 Bochumer Gußstahlfabrik (Bochumer Verein) 199, 374, 464
 Brauerei zum Waldschlößchen AG Dessau 235, 238, 410
 Brauereigesellschaft vorm. Sinner im Grünwinkel b. Karlsruhe 406, 410
 Breitskopf & Härtelsches Officin Leipzig 128
 Bruderbüchsen (-laden) 115, 119, 120, 122, 131, 151, 154, 193, 196, 197, 205
 Bruderschaften 118, 120–122, 131, 138, 144, 162–165, 207, 520
 Büchsenmeister (Brudermeister, Ladenmeister) 118, 121, 134, 138, 168

Büchsenpfennige (Wochenpfennige, Kirchenheller) 119, 133, 135, 136, 138, 140, 141
 Buchdruckerei Alfred König Dessau 289
 Bund der Industriellen 474
 Bund Thüringer Industrieller 271
 Bundeswirtschaftsrat 356
 Centralverband deutscher Industrieller 294, 356, 358, 365, 399, 433, 458, 471, 474, 529
 Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen 44, 47, 49, 50, 53, 56 bis 58, 97, 107, 108, 170–172, 189, 221, 246, 327, 329, 406, 465, 518
 Chambre d'explication 498
 Chartisten 93, 520
 Chemische Fabrik auf Actien, vorm. Emil Schering Berlin 292
 Chemische Fabrik Concordia Leopoldshall 235, 408
 Chemische Fabrik und fiskalische Saline Schönebeck 150
 Chemische Fabriken von G. Siegle & Co. Stuttgart-Feuerbach 253, 410
 Chemnitz-Riesaer Eisenbahngesellschaft 338
 Christlich-Soziale Partei 468, 482
 Christlicher Gewerkverein der Bergarbeiter Deutschlands 424, 429, 440, 450, 455, 460, 462
 Christoph Andreae, Seidenmanufaktur Mülheim/Rhein 166
 Comités ouvriers 498
 Conseil des prud'hommes 53
 Conseil d'usine 498
 Consulting committees 498
 Cooperativ-Gesellschaft 31
 Dannenberg & Sohn, Kattundruckerei in Eilenburg 218
 Délégués permanents 498
 Deutsch-amerikanische Maschinenfabrik Ernst Kirchner & Co. Leipzig-Sellershausen 408
 Deutsch-Freisinnige Partei 354
 Deutsch-Holländischer Aktienverein für Hüttenbetrieb und Bergbau Duisburg (Johannishütte, Friedrich-Alfred-Hütte Rheinhaufen) 199
 Deutsch-Konservative Partei 434, 435, 442
 Deutsch-Nationaler Handlungsgehilfenverband 501
 Deutsche-Continental-Gas-Gesellschaft Dessau 230, 231, 235, 236, 409, 411
 Deutsche Solvay-Werke AG Bernburg 235, 408
 Deutscher Handelstag 356, 358, 474, 475
 Deutscher Metallarbeiterverband 494, 514
 Dessauer Actien-Zuckerraffinerie 235, 410
 Direktionsprinzip im Bergbau 144, 364
 Disziplinarbefugnis (-mittel, -gewalt, betriebliche) 159, 162, 343, 365, 420
 Ehrenberg & Richter, Kattundruckerei in Eilenburg 218
 Eilenburger Abkommen 220
 Einigungsämter (-ausschüsse) im Bergbau 365, 370, 372, 414, 454, 509
 Eisengießerei und Drahtfabrik Schulze-Vellinghausen Stockum/Witten (Ruhr) 199
 Eisengießerei Wiedenbrück & Wilms Köln-Ehrenfeld 408
 Eisenwerk Kaiserslautern 279, 408
 Eisenwerk Marienhütte Kotzenau und Mallnitz b. Liegnitz 247–251, 291, 292, 408
 Elberfelder Armenpflege, System der 173, 226, 325
 Elsässische Konservenfabrik und Importgesellschaft Straßburg 410
 England 2, 3, 13, 20, 46, 65, 82, 93, 227, 284, 432, 498, 508, 520
 Enquêtes, soziale 228, 280, 288, 340, 391, 406, 467, 528
 Entlassungen, betriebliche 116, 206, 220, 269
 Erziehung der Arbeiter, sittliche 5, 117, 209, 224, 242–244, 401, 522, 524
 Evangelisch-sozialer Kongreß 397
 Fabrik für chemische Produkte L. Vossen & Co. Neuß/Rhein 395, 408
 Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen Heinrich Lanz Mannheim 406, 408
 Fabrikkasschüsse, betriebliche 104, 109, 111, 219–221, 251, 273, 328, 329, 465
 Fabrikräte 109–111, 118, 219–221, 259, 260

- Fabrikvereine, paritätische, überbetriebliche 44, 56–58, 518
 Fabrikverrätere (Verrat von Produktionsgeheimnissen) 205
 Februar-Erlasse Kaiser Wilhelms II. 362, 373, 375, 376, 416, 473, 475, 478, 529
 Feinsteingut-Fabrik Max Roesler Rodach b. Coburg 291, 409
 Flachsspinnerei Hirschfeld-Sachsen 409
 Föderalismus, System des ökonomischen 63, 65, 72
 Fortschrittspartei 231, 346
 Frankreich 2, 3, 53, 61, 62, 65, 82, 85, 93, 152, 266, 432, 473, 498, 520
 Freihandelspartei (Freihändler) 28, 282, 301, 345, 526
 Friedrichshütte in Greulich 408
 Fürstlich-Isenburg-Wächtersbacher Steingutfabrik Schlierbach/Hessen 248, 251, 409
 Fürstlich Pless'sche Bergwerksgesellschaft 412, 413
 Fürstlich Stolberg'sche Hüttenwerke Ilseburg/Harz 408
 Gefahrenkassen der Seeleute 180
 Gesellenkongress 1848, Frankfurter (Allgemeiner deutscher Arbeiterkongress) 67, 71–75, 89, 113, 322, 323, 327, 465, 518, 520
 Gesellenladen (-kassen, Bruderbüchsen) 122–126, 130, 154, 205
 Gesellschafter 116, 118, 121–129
 Gesellschaft für soziale Reform 444, 473, 500
 Gewerbeaufsicht (Fabrikinspektion) 217, 228, 229, 246, 275–278, 312, 345, 372, 386–394, 397, 402–407, 470, 507, 527 bis 530
 Gewerbefreiheit, liberale 24, 29, 62, 63, 102, 103, 109, 130, 318, 319, 334, 346, 518, 520
 Gewerbegericht 57, 88, 108, 328, 340, 342, 376, 386, 475–477
 Gewerbekammern 66, 68, 70, 75, 100, 101, 104, 108, 110, 111, 466, 467, 470, 471
 Gewerbeordnung 56, 58, 68, 70, 74, 76, 83, 92, 94, 99, 100, 103, 105, 106, 108, 113, 200, 248, 320, 326, 328, 333, 336, 344, 345, 349, 361, 376–378, 386, 387, 419, 465, 466, 494, 511, 519
 Gewerberäte 18, 57, 58, 68–70, 100, 101, 111, 219, 320, 326–334, 340–345, 466, 472, 518, 527, 528
 Gewerkschaften 91, 285, 287, 288, 296, 310–313, 348, 380, 393, 399, 401, 425, 431, 436, 441, 444, 449, 450, 453, 454, 458, 461–463, 472, 474, 482, 488, 491 bis 497, 500, 504–507, 510, 514, 515, 526, 533
 Gewerkschaften, Christliche 237, 401, 425, 429, 440, 444, 448, 451, 455, 460, 461, 500, 506
 Gewerkschaften, Freie 237, 310, 311, 358, 401, 422, 474, 503, 504
 Gewinnbeteiligung, betriebliche 5, 26 bis 29, 33–38, 42, 184, 261, 264, 266, 268, 269, 288, 488, 523
 Gießerei F. S. Kustermann München 279, 402, 408
 Glashütte Schleswig 409
 Grand Bazar „Zum Strauß“ Nürnberg 410
 Grillo, Funke & Comp., Puddings- u. Walzwerk zu Schalke 199
 Großmeierei C. Bolle Berlin-Moabit 253, 410
 Gußstahlfabrik Berger & Comp. Witten/Ruhr 199
 Gußstahlfabrik Fried. Krupp Essen 191, 374, 464
 Gustav Brinkmann & Cie. Witten/Ruhr 199
 Gutmann & Co. Göppingen 403, 410
 Handwerker-Kommunismus 81, 89
 Handwerker- und Gewerbe Kongress 1848, Frankfurter → Meisterkongress, Gesellenkongress, Frankfurter
 Handwerkervereine 47, 83, 89, 96, 107, 322, 325, 330
 Hanseatische von 1826 und Merkur-Ersatzkrankenkasse Hamburg 180
 Hausarbeitsgesetz 1911 483
 Hausindustrie, Fachausschüsse in der 483
 Hedderheimer Kupferwerk F. A. Hesse (Süddeutsche Kabelwerke AG) 281
 Heinrich Wilhelm Remy & Consorten Neuwied/Rhein (Rasselsteiner Eisenwerke) 199

- Heiratskonsens 248, 251, 252
 Heinrichshütte Hattingen/Ruhr (Ruhrstahl AG) 199
 Hermannshütte Gremsdorf/Schlesien 408
 Herr-im-Hause-Standpunkt (Fabrikabsolutismus, Fabrikfeudalismus, Fabrikmonarchie, Hausherrnrecht des Unternehmers) 36, 255, 256, 289, 298, 301, 348, 349, 366, 381, 386, 441, 461, 472, 513, 514, 524–529, 534, 535
 Hilfsdienstgesetz 1916, Vaterländisches 509–515, 525, 534
 Hindenburg-Programm 508, 510
 Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 237, 273, 313, 380, 429, 448, 456, 460, 473, 474, 501
 Historische Schule 96, 258, 282, 285, 528, 535
 Hoerder Bergwerks- und Hüttenverein Dortmund (Hermannshütte, Dortmund-Hörder Hütten-Union AG) 193–198, 203
 Holland 266, 473, 498
 Hüttengewerkschaft und Handlung Jacobi, Haniel & Huyßen (Gutehoffnungshütte Oberhausen AG) 185 bis 192, 206
 Hüttenknappschaften (Schmelzbruderschaften) 141, 156, 185
 Industrialisierung (Industrialismus) 1–5, 24, 40, 116, 117, 181, 207, 517 bis 520, 536
 Innere Mission 21, 347, 484
 Jalousie- und Holzpflasterfabrik Heinrich Freese Berlin-Hamburg 261 bis 266, 273, 403, 409
 Joint standing industrial councils 509
 Kaffeegrößtösteri Heinrich Franck & Söhne Ludwigsburg 211, 410
 Kameradschaftlicher Verein im Bergbau 411, 460
 Kammgarnspinnerei A. W. Hardt/Lennep 211
 Kartell der schaffenden Stände 500
 Kathedersozialisten 282, 283, 287, 294, 298, 299, 301, 349, 351, 526
 Kattundruckerei Bodemer & Co., Eilenburg 102, 214, 218
 Kattundruckerei Jacob Bodemer jr. Eilenburg 218
 Kattundruckerei B. G. Pflugbeil & Comp. 171
 Kinderarbeit (Fabrikkinder) 49, 104, 109, 164, 182, 216, 217, 328, 335, 345, 470, 522
 Kirche 15, 16, 34, 43, 350, 489
 Klasse (arbeitende Klassen) 6, 12–14, 30, 41, 44, 47–52, 59–64, 77, 87, 105–108, 182, 320, 470, 518, 520
 Klassenkampf 86, 88, 229, 240, 247, 381, 448, 472, 503
 Knappschaft 116, 118, 131–153, 182, 190–193, 203, 364, 384, 415, 424, 429, 350, 520
 Knappschaftsälteste (-vorsteher, -vormünder) 118, 133, 134, 137, 138, 140, 142–152, 155, 384, 411, 414, 423, 426, 436, 437, 455, 464
 Knappschaftskassen (-büchsen, -laden) 115, 133, 137, 139, 141–146, 151, 152, 154, 163, 197, 203, 205, 298, 299, 410, 436
 Koalitionsrecht (-freiheit) 284, 285, 289, 335, 346, 348, 485
 Königliche Gewehrfabrik Etablissement Hattingen/Ruhr 199
 Kommission für die Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse in Sachsen 339, 345
 Kommunismus 45, 52, 64, 65, 72, 85, 86
 Kommunistisches Manifest 41, 86, 112, 519
 Konservatismus 40, 298, 301, 332, 345 bis 348, 374, 435, 442, 510, 511
 Konstitutionelle Fabrik (Konstitutionalismus, gewerblicher; konstitutionelles System) 112, 253–264, 273, 375, 418, 438, 498, 524
 Konsumvereine 216, 502
 Krankenkontrolle 121, 150, 159, 160, 187, 193
 Kreisgewerbekammern 104, 110, 111
 Kreuznacher Glashütte 280, 409
 Kündigung 110, 219, 328, 385, 396, 440, 459, 461
 Kupfer-, Metall- und Eisenwarenfabrik F. Hallström Nienburg/Saale 235, 408
 Kupferhütte Grünthal bei Olbernhau (Sachsen) 156

- Lederfabrik Dörr & Reinhart Worms 239, 409
 Lederfabrik Jacob Hermann Epstein Frankfurt/M. 409
 Lederfabrik Cornelius Heyl Worms 239, 409
 Lehrlingswesen 88, 110, 116, 259, 269, 278, 341
 Liberalismus 6, 8, 24, 25, 32, 43, 44, 59, 64, 65, 71, 72, 97, 99, 103, 208, 229, 247, 317, 319, 346, 350, 518, 523, 535
 Linksrheinischer Verein für Gemeinwohl 245, 246, 280
 Lohn (Gedinge) 13, 23, 32, 33, 53, 54, 57, 83, 87, 88, 91, 104, 116, 117, 122, 141, 144, 157, 184, 206, 216, 223, 224, 228, 238, 252, 258, 259, 263, 265, 268, 269, 278, 294, 314, 315, 364, 404, 405, 414, 415, 426, 429, 435, 438, 440, 441, 451, 452, 463, 488, 491, 493, 505, 506, 523
 Lohnkommissionen, paritätische 54, 259
 Lokalaussschüsse (-komitees, -vereine) 49, 53, 91–93, 230, 321, 322
 Lokomotivfabrik Krauß & Co. München 408
 Loyalität, doppelte 287
 Luxuspapierfabrik Max Krause Berlin 409
 Manchestertum 24, 240, 282, 526
 Maschinenbau Aktiengesellschaft Nürnberg (MAN) 408
 Maschinenfabrik Keßler & Martensen Karlsruhe (Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe AG) 199, 200
 Maschinen- und Waffenfabrik Ludwig Loewe & Co. Berlin 312
 Mechanische Bautischlerei AG Bad Oeynhausen 278, 403, 409
 Mechanische Samt- und Samtbandfabrik Gebr. Rossié Stüchteln b. Krefeld 409
 Mechanische Spinnerei Fiedler & Lechla Scharfenstein (Sachsen) 171
 Mechanische Weberei Franz Brandts M.-Gladbach 243–246, 251, 291, 409
 Mechanische Weberei für ganzseidene und halbseidene Schirmstoffe F. W. Greef Viersen 246, 409
 Mechanische Weberei Linden bei Hannover 409
 Mechanische Weberei, Färberei und Appreturanstalt M. Molls & Meer, M.-Gladbach 245, 246, 409
 Mechanische Weberei Otto Müller & Co. Görlitz 409
 Mechanische Weberei Carl Ludwig Neuenburger Marklissa/Oberlausitz 169
 Mechanische Weberei David Peters & Co. Neviges/Elberfeld 221, 243, 264, 291, 409
 Mechanische Weberei Max Scheibler M.-Gladbach 409
 Meisterkongress, Frankfurter (Allgemeiner Handwerker- und Gewerbetkongress 1848) 69–74, 100, 113, 322, 323, 465
 Minoritäten-Gegenentwurf 100–103, 109, 111, 328
 Mitbestimmung (-srecht) der Arbeiter 8, 10, 14, 24, 35, 44, 53–56, 78, 87, 91, 105, 111–117, 153, 221, 231, 235, 251, 253, 259, 260, 263, 266, 278, 285, 294, 298, 301, 309, 315, 330, 349, 351, 363, 368, 375, 380, 385, 387, 400, 414, 450, 463, 483, 488, 490, 492, 517, 525–527, 533 bis 535
 Miteigentum → Gewinnbeteiligung
 Mitwirkungsrecht 118, 193, 196, 225, 269, 320, 335, 505
 Nähmaschinenfabrik G. M. Pfaff AG, Kaiserslautern 279, 402, 408
 Nationalliberale 40, 227, 434, 435, 442, 468, 476, 510, 511
 Nationalversammlung, Frankfurter 39, 66, 69, 70, 73, 83, 89–91, 94–100, 105, 108, 113, 114, 323, 324, 327, 343, 344, 465, 518, 519, 528
 Nationalversammlung, Preußische 83, 84, 323–325, 518
 Nationalwerkstätten 78, 84, 89, 334, 337
 Nauen, Löwe & Comp., Handlungshaus in Schönberg Marklissa und Beerberg (Schlesien) 170
 Neue Photographische Gesellschaft AG Berlin 409
 Neuer Kurs in der Sozialpolitik 399, 422
 Neunkirchner Eisenwerk Neunkirchen (Saar) 298, 374, 382

- New York-Hamburger Gummi-Waaren-Compagnie Hamburg-Harburg 176, 280, 409
 Norder Eisenhütte, Eisengießerei, Schleiferei und Vernicklungsanstalt Julius Meyer & Comp., Norden 250, 408
 Oberbayerische Actiengesellschaft für Kohlenbergbau München 426, 427
 Oberschlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein 434, 441
 Österreich 82, 130, 145, 498
 Optische Werkstätten von Carl Zeiß Jena 266–273, 314, 409
 Organisation der Arbeit, demokratische 37, 43, 59–62, 65, 70–73, 76, 78, 85, 89, 217, 320, 322, 519, 520, 526
 Papierfabrik Laroch-Joubert 34
 Panther-Fahrradwerke Ernst Kuhlmann & Co. Magdeburg 408
 Patriarchalismus 207, 208, 243, 298, 348, 351, 520, 527
 Pauperismus 4, 8, 19, 20, 30, 31, 40, 42, 45, 47, 182
 Pflegerinnen (Pflegetöchter), betriebliche 172, 173, 207
 Philanthropismus 5, 183, 234
 Phönix Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb (Phönix-Rheinrohr AG) Laar bei Duisburg-Ruhrort 199
 Polnische Berufsvereinigung 429, 460
 Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther Selb/Oberfranken 229, 409
 Porzellanmanufaktur Nymphenburg 161
 Porzellanmanufaktur F. Adolph Schumann, Berlin-Moabit 161
 Presshefefabrik J. C. van Marken Delft 26
 Produktiv-Assoziation (Arbeiterproduktivgenossenschaften) 5, 89, 92, 93, 288, 334, 346
 Proletariat (Proletarier) 2–4, 11, 13, 15, 16, 30, 35, 41, 42, 45, 51, 52, 54, 59, 77, 78, 80, 182, 216, 261, 305, 309, 325, 448, 449, 483, 484, 517
 Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirktes Bonn 417
 Rédouly & Co., Paris 33, 261
 Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 503
 Reichswirtschaftsrat 66, 356
 Revisionismus 309, 422, 492, 502
 Revolution 1848/49 1, 28, 56, 63, 77, 84, 317, 331, 518, 528, 533
 Rheinisch-Westfälischer Bergarbeiterverein „Glückauf“ 423
 Rheinische Brauerei Mainz 410
 Rheinmühlenwerke Mannheim 406, 410
 Rietschel & Henneberg, Fabrik für Zentralheizungen Berlin 408
 Roi des gueux 368, 400
 Rossiny & Comp. Witten (Ruhr) 199
 Schichau-Werke Elbing 179
 Schiedsgerichte, gewerbliche (Schlichtungsämter, -ausschüsse, -kommissionen) 57, 88, 108, 110, 111, 208, 285, 365, 371, 372, 418, 449, 468, 481, 497, 509, 512, 513
 Schnellpressen- und Druckmaschinenfabrik Koenig & Bauer, Kloster Oberzell bei Würzburg 256–260, 291, 408
 Schuhfabrik Heimann Schweinfurt 279, 402, 409
 Schuhwarenfabrik Salamander Kornwestheim bei Stuttgart 253, 409
 Schultheiß-Brauerei Berlin 238, 403, 410, 494
 Schulwesen (Fabrikschulen, Fortbildungsschulen, Volksschulen) 57, 182, 217, 219, 300
 Schwanenorden 47
 Schweden 152
 Schweiz 498
 Seidenfabrik August Andreas Behrs Frankenberg (Sachsen) 171
 Seidenwarenfabrik Jacob Abraham Meyer, Brandenburg (Havel) 172, 173
 Shop council 498
 Sicherheitsmänner (Arbeiterkontrolleure für Grubensicherheit) 429, 430, 453 bis 464
 Siemens & Halske Berlin 409
 Siemens & Schuckert Berlin 237
 Sociale Volks-Charte 84, 90, 92
 Sozialdemokratie 41, 227, 229, 233, 234, 243, 288, 292, 295, 300–312, 350, 361, 362, 371, 375, 376, 380–382, 394, 399,

- 415, 419, 422, 431–436, 447–450, 453, 458, 467, 474, 475, 487, 498, 501–503, 515, 524, 526, 528, 530, 533
- Soziale Frage 9, 10, 15, 20, 28, 36, 43, 60, 69, 90, 146, 171, 180, 182, 214, 233, 286, 351, 470, 535
- Sozialisierung 507
- Sozialismus (Sozialisten) 45, 52, 61, 64, 87, 93, 309, 330, 336, 449
- Sozialismus, System des föderativen 63
- Sozialismus, utopischer (Frühsozialismus) 12, 34, 43, 64, 78, 93, 181, 336, 520
- Sozialismus, Wahrer 50, 51
- Sozialistengesetz (Ausnahmegesetz) 233, 302, 305, 311
- Sozial-Kammer, paritätische (Sozialparlament, Allgemeine Soziale Kammer) 65, 66, 69, 70, 73–75, 89, 93, 100, 101, 108
- Sozialpolitik, staatliche 234, 241, 334, 335, 345, 347, 349, 350–356, 369, 381, 387, 400, 422, 465, 479, 499, 500, 501, 524, 526, 528, 531–533
- Sozialpolitik, betriebliche 43, 116, 180, 208, 227, 265, 299, 311, 518, 521, 524
- Sozialversicherung (Arbeiterversicherung) 161, 183, 191, 196, 299, 352, 362, 363, 500
- Spinnerei und Weberei Otto Böninger, Duisburg 277, 408
- Spruchsmänner, von Arbeitern selbstgewählte 13
- Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin 158–161, 206, 409
- Staatliche Porzellanmanufaktur Meißen 154–158, 161, 207
- Stahlfederfabrik Heintze & Blandkertz, Berlin 408
- Stettiner Portland-Zementfabrik Züllchow (Pommern) 410
- Strafwesen, betriebliches 205, 208, 219, 220, 259, 274, 297, 328, 385, 389, 412, 420, 437, 438, 463
- Streik 284, 290, 294, 365, 370–372, 412, 413, 427–431, 435, 443, 445, 530
- Strumpffabriken Thalheim Erzgebirge 409
- Sulzer, Gebr. Ludwigshafen 408
- Tabakfabrik Loeser & Wolff Elbing 410
- Tarifwesen 264, 449, 480, 492–497
- Tonwarenfabrik Bärensprung & Starke, Frankenau bei Mittweida/Sachsen 273, 291, 409
- Trade Unions 284
- Tuchfabrik C. Lückcrath Euskirchen bei Bonn 280, 409
- Tugendprämien (-lotterien) 22
- Überstunden 239, 265, 278, 412, 451, 505, 506
- Unfallschutz, betrieblicher 225, 244, 275, 352–354, 360, 361, 427, 453, 455, 456, 459, 460, 523
- Unternehmer, sozial-liberale 228–231, 243, 303, 413, 523
- Unternehmer, sozial-ethische 240–244, 248, 253, 280, 303, 523
- Unterstützungskassen, betriebliche (Fabrik-, Kranken-, Spar-, Pensions-, Invaliden-, Alters-, Sterbe-, Toten-, Witwen-, Waisen-, Prämien- und Vorschußkassen) 5, 18, 49, 53, 55, 56–58, 104, 107, 109, 110, 115–118, 127–130, 153–158, 161, 166, 168, 170–172, 175 bis 187, 192–230, 239, 244, 257, 258, 274, 277, 281, 327–329, 335, 337, 384, 396, 414, 426–429, 436, 437, 520–522
- Velhagen & Klasing Bielefeld 128
- Verband der Brauereiarbeiter 494
- Verband keramischer Gewerke in Deutschland 252
- Verein der Anhaltischen Arbeitgeber 233–235, 274, 468
- Verein der Arbeitgeber des Amtsbezirkes Mittweida 274
- Verein deutscher Arbeitgeberverbände 434
- Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 433, 461
- Verein deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA) 494
- Verein für die Berg- und Hüttenmännischen Interessen des Aachener Bezirkes 246
- Verein für Bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund 364, 429–433, 444, 452, 457, 458, 530
- Verein für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie 458
- Verein für Sozialpolitik 210, 280–284, 287, 289, 294, 299, 391, 406, 528

- Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen 433
- Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie 295
- Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschland 290
- Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.G., Abt. Donnersmarkhütte 199
- Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau Aachen 411
- Verlag H. S. Art'l Dessau 289
- Verlag J. P. Bachem, Köln 128
- Verlag Du Mont Schauberg Köln 128
- Vertrauensmänner (-konferenzen) 147, 148, 152, 170, 211, 225, 412, 416, 456, 460
- Vierter Stand, 2, 15, 46, 59, 383
- Villeroy & Boch, Steingut- und Porzellanfabrik in Mettlach/Saar 163, 206, 409
- Voith, J. M. Maschinenfabrik in Heidenheim/Brenz 408
- Volkswirtschaftsrat, Deutscher 357–361, 470, 471, 528
- Volkswirtschaftsrat, Preussischer 355 bis 361, 470, 471, 528
- Volkswirtschaftlicher Ausschuß in der Frankfurter Nationalversammlung 90, 95–102, 105, 108, 112, 113, 219, 322, 324, 327, 343, 344, 465, 519
- Vorschlagswesen, betriebliches 523
- Vorschußwesen, betriebliches 168, 206, 215
- Vorster & Grüneberg, Chemische Fabrik in Leopoldshall 235, 408
- Wagenfabrik und Eisengießerei Carl Schenck Darmstadt 281, 408
- Wagen-Nullen 420, 427, 428
- Warenhaus Willy Cohn, Halberstadt 410
- Warenhaus Leonhart Tietz, Berlin-Köln 410
- Werksfamilie, Christliche 241, 380, 401, 531
- Whitley-Räte 509
- Wilhelmshütte, Aktiengesellschaft für Maschinenbau und Eisengießerei Eula-Wilhelmshütte 250, 408
- Work-Committees 509
- Württembergische Metallwaren-Fabrik, Stuttgart-Geislingen 248, 402, 408
- Zechmeister 136, 138
- Zellstoff- und Papierfabrik Feldmühle-Schlesien 409
- Zentralgewerbekammer (-kommission, -rat) 108–111, 321, 322
- Zentrum 40, 227, 241, 380, 401, 435, 439, 466, 468, 476
- Zuckerfabrik Cuny & Co., Bernburg 410
- Zunftwesen (Zünfte, Zunftsystem, Zunftverfassung) 7, 8, 21, 24, 28, 37, 65, 72, 87, 118, 123–125, 130, 164, 166, 216, 246, 248, 318, 320